Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 26

Chronik vom 9. Februar bis zum 14. März 2024

Chronik vom 09.02. - 14.03.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 9. Februar bis zum 14. März 2024	5-421
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	422-423

Danksagung und Widmung

> Die Vernunft ist eine Fackel in einem Kerker.
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hamed Abdel-Samad, Henry Albrecht, Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Marcel Barz, Christina Baum, Peter Boehringer, Helmut Böttiger, Stephan Brandner, Günter Buchholz, Karlheinz Deschner, Wolfgang Eggert, Jürgen Elsässer, Philippe Fischer, Joseph Fournier, Marc Friedrich, Larissa Fußer, Willi Haentjes, Louis Hagen, Mariana Harder-Kühnel, S. Hofer, Elfie Kaspers, Birgit Kelle, Heinz Kockel, Stefan Korinth, Aloys Krause. Janina Lionello, Herbert Ludwig, Wim Lukowsky, Stefan Magnet, Eugen Mannheimer, Milosz Matuschek, Karel Meissner, Hans-Jörg Müllenmeister, Daniell Pföhringer, Akif Pirinçci, Julian Reichelt, Sven Reuth, Thomas Röper, Max Roland, Ivo Sasek, Thorsten Schulte, Pauline Schwarz, Naomi Seibt, Marlies Spuhler, Sebastian Thormann, Jörg Urban, Alice Weidel, Willi Weißfuß und Ernst Wolff.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Jeder Staat wird auf Gewalt gegründet.
> *Leo Trotzki, eigentlich Lew Dawidowitsch Bronstein (1879-1940, russischer Politiker)*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.
In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.
Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.
In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Kaufen, was einem die Kartelle vorwerfen; lesen, was einem die Zensoren erlauben; glauben, was einem die Kirche und Partei gebieten. Beinkleider werden zur Zeit mittelweit getragen. Freiheit gar nicht.
> *Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.
Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.
Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.
Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Lügen zu durchschauen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir unseren komaähnlichen Todesschlaf sofort beenden und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen.
Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten Februar und März 2024 bleibt nicht

mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Proteste gegen "Dorf im Dorf": 500 Flüchtlinge auf 200 Anwohner**
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.365/…): >>**"Ministerien zerstören": CDU-Außenpolitiker Kiesewetter will Krieg nach Rußland tragen**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Lehrer-Brandbrief: Gewalt an Hannovers Schulen außer Kontrolle**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Sendung mit der Maus: Schwule Drag-Prinzen für Kinder ab vier Jahren**
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Weiterhin keine Corona-Aufarbeitung, nur Mauscheleien und Vertuschung**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Ende des Trans-Wahns - Dänische Regierung stellt klar: Es gibt nur zwei Geschlechter**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Februar 2024 (x1.362/…): >>**Bargeld: Die Tage sind gezählt**
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 19. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Rente in weiter Ferne: Deutlich mehr ältere Menschen gehen arbeiten**
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Zweiter Jugendlicher stirbt nach Messer-Überfall: Wir schweigen nicht über die tägliche Migrantengewalt!**
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Eine unbequeme Wahrheit: Wie es zum Phänomen der Gruppenvergewaltigung kam**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Habecks unfaßbarer Ausruf: Der Wirtschaft geht's gut - nur "die Zahlen" sind schlecht**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.361/…): >>**ÖRR meint, Werbung für Impfpflicht sei richtig gewesen**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Spanische Regierung gesteht: Maskenpflicht war reine Willkür**
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Brisante Studie zu Sexualstraftaten: 88 Prozent der Vergewaltiger kommen mit geringem Strafmaß davon**
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Mehr als 20.000 Insolvenzen drohen 2024: Die Ampel ruiniert unser Land!**
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Die respektloseste Debatte des Jahres: Jetzt wollen sie Opa aus dem Haus werfen, weil er Wohnraum blockiert …**
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. März 2024 (x1.362/…): >>**Auftragseingang der Industrie kollabiert**
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 8. März 2024 (x1.365/…): >>**Ein Leben lang gearbeitet und trotzdem arm: Bürgergeld höher als viele Renten**
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. März 2024 (x1.361/…): >>**Schüsse, Schlägereien, Angriffe auf Kinder: Der Amateurfußball versinkt in hemmungsloser Gewalt**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 9. Februar bis zum 14. März 2024

09.02.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2024: >>**Grünen-Fraktionschefin: Komfort für Spitzel**

Von *Karel Meissner*

Bayerns Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze will das Denunzieren erleichtern: Jeder soll vom Sofa aus bequem melden können. …

Katharina Schulze, Grünen-Fraktionschefin im bayerischen Landtag fordert Wohlstand nicht nur für sich selbst (ein Wochenendflug nach L. A. hat der Klimaschützerin den Spitznamen "Kerosin-Kati" eingebracht). Nein, auch Denunzianten sollen es bequem haben.

Was waren das für schreckliche Zeiten, als venezianischen Spitzel des 14. Jahrhunderts extra den Dogenpalast aufsuchen mußten, um dort ihre Meldung an die Inquisition in einen steinernen Schlitz zu werfen.

Selbst der Gang zum hausnahen Briefkasten ist für moderne Denunzianten unzumutbar. Am besten gar keine Zeit zum Überdenken lassen. Die Untertanen sollen sofort auf "Melden" klicken. Je schneller, desto besser. In einem Video, das reitschuster.de vorliegt, fordert Kerosin-Kati gesteigerten Denunziations-Komfort.

Man solle den "Einsatz gegen Fake News und Verschwörungsmythen intensivieren, indem wir die Vernetzungen der verschiedenen Akteure offenlegen. Wir brauchen weitere konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel eine virtuelle Polizeiwache, so daß jede Bürgerin, jeder Bürger Haß, Hetze, Beleidigungen, Bedrohungen, Antisemitismus bequem und einfach von zu Hause aus vom Sofa aus anzeigen kann."

Wie schon hundertmal gesagt: Hetze oder Antisemitismus sind bereits strafbar. Und das zu Recht. Aber bei Forderungen wie denen von Schulze werden "Haß" oder "Hetze" zu Codewörtern: Sie meinen jeglichen Widerspruch zur Regierung. Weiter O-Ton Kerosin-Kati:

"Wir müssen unsere Sicherheitsbehörden gut ausstatten, damit sie den Fahndungs- und den Ermittlungsdruck auf die rechte Szene erhöhen, daß sie die digitalen Machenschaften noch besser in den Blick nehmen können. Wir sollten darüber diskutieren, ob eine Prüfung eines AfD-Verbots nicht sinnvoll wäre.

Auch davor sollten wir uns nicht scheuen. Lassen Sie uns dies gemeinsam angehen. Der Rechtsstaat gibt uns Mittel in die Hand, gegen unsere Demokratiefeinde vorzugehen. Nutzen wir sie bitte auch."

Selbst die Online-Petz-Optionen diverser Stiftungen sind nicht bequem genug. Gleich eine App, deren Symbol sich auf der Bildschirmleiste "bequem" klicken läßt. Immer und überall. Und direkt zur virtuellen Polizei, die unverzüglich analog losstürmt. Hausdurchsuchung fünf Minuten nach einem klimaskeptischen Post. Davon träumen grüne Politiker. Da wirkt Orwell fast schon antiquiert.

Wie die Grünen ihre Diktatur errichten, lesen Sie in COMPACT-Spezial Öko-Diktatur: Die geheime Agenda der Grünen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 9. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Mehr als 26.000 Asylanträge im Januar: Endlich ECHTEN Grenzschutz durchsetzen!**

Es war nicht anders zu erwarten: Die von Innenministerin Faeser (SPD) angekündigten Grenzkontrollen entpuppen sich als reines PR-Theater und Augenwischerei! Aktuelle Zahlen des Bundesamts für Migration zeigen, daß die Massenmigration unvermindert anhält: 26.376 Asylanträge wurden allein im Januar dieses Jahres gestellt. Multipliziert mit zwölf Monaten

wären das mehr als 300.000 Asylanträge im Jahr 2024 - also wieder eine Großstadt. Auch im Januar kamen die meisten Antragsteller aus Syrien (7.543), aus der Türkei (4.727) und aus Afghanistan (3.479).
"Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben", versprach Bundeskanzler Scholz im Oktober vollmundig. In der Realität findet eine ungebremste Massenmigration statt, während fast niemand abgeschoben wird. Nur mit der AfD wird gewährleistet, daß die hohle Ankündigung von Olaf Scholz umgesetzt wird und daß darüber hinaus unsere Staatsgrenzen gesichert werden. Bereits in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2021 forderte die AfD daher, daß die Bundespolizei rechtlich, personell und technisch auf einen wirksamen Schutz unserer Staatsgrenzen eingestellt wird. Denn ein Staat, der souverän sein will und die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten will, muß Herr über seine Grenzen sein!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2024:
>>**Pirinçci: Tuntenball im Kindergarten**
Von COMPACT Redaktion
Das Amtsgericht Bonn hat den Bestsellerautor Akif Pirinçci zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Berufung wurde bereits angekündigt. Im Folgenden lesen Sie einen Beitrag aus COMPACT-Pirinçci: Magazin für echte Männer und wahre Frauen.
_ von *Akif Pirinçci*
"Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben" heißt eine 140-seitige "Handreichung für pädagogische Fachkräfte der Kindertagesbetreuung", die von der Bildungsinitiative Queerformat sowie dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg herausgegeben und vom Berliner Senat finanziert wurde. Die Broschüre widmet sich "sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt" als Thema "frühkindlicher Inklusionspädagogik".
Wohlgemerkt: Es handelt sich dabei nicht um Materialen für den Aufklärungsunterricht an Grund oder weiterführenden Schulen, sondern in Kitas und Kindergärten, also für Kinder zwischen einem und fünf Jahren.
In der Einführung heißt es: "In vielen Kitas gibt es einen Murat, der gerne Prinzessin spielt, eine Alex, die bei lesbischen, schwulen oder transgeschlechtlichen Eltern zu Hause ist, oder einen Ben, der nicht länger Sophie heißen möchte."
Da von "vielen Kitas" gesprochen wird, stellt sich natürlich die Frage, wie viele Einrichtungen genau denn von diesem Phänomen betroffen sind. Jede? Jede zehnte? Jede hundertste? Jede tausendste? Jede zehntausendste? Jedenfalls muß in diesen "vielen Kitas" die Not sehr groß sein, wenn auf Seite 73 eine Mari Günther erklärt, woran man die ein-, zwei- oder dreijährigen Tunten und Lesben erkennen soll, nämlich an ihrem sehr präzise formulierten Outing:
"Ich bin ein Junge und habe gern Kleider an oder spiele gern mit den Mädchen" oder "Ich bin ein Junge / will ein Junge sein, auch wenn andere mich als Mädchen bezeichnen. Wenn ich groß bin, werde ich ein Mann / wächst mir ein Puller". Kim, angeblich fünfeinhalb Jahre alt und "geschlechtsvariant", sagt: "Ich will auch so ein schönes Kleid wie meine Schwester anziehen und ich möchte auch so einen schönen Badeanzug haben."
Außerdem möchte er oder sie "mal einen Bart haben, Brüste mit Milch drin, Baby im Bauch, Penis und Scheide und eine hohe Stimme". Also, ich weiß ja nicht, wenn so kleine Kinder sich en detail mit ihrer Geschlechtlichkeit beschäftigen, sollte man zu der aufklärerischen unbedingt auch psychiatrische Hilfe hinzuziehen. Auch Mari Günther könnte davon profitieren. Ich kann mich gar nicht mehr daran erinnern, womit ich mich in dem Alter beschäftigt habe. Vermutlich mit Spielzeugpistolen. Na ja, ich bin ja auch nicht normal.
Herr Öztürk wird sich freuen …
Die zweite Frage in diesem Zusammenhang ist etwas brisanter. Wie wir wissen, ist es mit der

Kinderproduktion der Bio-Deutschen nicht weit her, so daß ihnen diese lästige Pflicht immer mehr von Migranten, vornehmlich Moslems, abgenommen wird. 50 Prozent, in Ballungsräumen sogar 70 bis 80 Prozent der Vorschulkinder haben einen Migrations- beziehungsweise Islamhintergrund. Wenn jedoch "in vielen Kitas" ein Murat, der gerne Prinzessin spielt, zu findet ist, wer unterrichtet dessen Vater Abdullah davon?
Denn so viele Erzieherinnen mit einem schwarzen Gürtel in Karate oder einer Schußwaffe wird es nicht geben, die nachmittags bei der Abholung des Kindes en passant den Hinweis fallenlassen können: "Ach, Herr Öztürk, Ihr Sohn ist übrigens schwul!"
Das Herausragende an dieser Handreichung sind jedoch die eingestreuten Fallbeispiele, die nicht nur suggerieren, daß Homo-, Trans- oder Intersexualität bei Kleinkindern so häufig vorkommen wie aufgeschürfte Knie, sondern auch, daß Geschlecht und Sex die beherrschenden Themen in dieser Altersgruppe sind.
Den Anfang macht ein Junge mit absonderlichen Namen Jazz, über den es heißt: "Jazz liebt Rosa, verkleidet sich gern als Meerjungfrau, mag Radschlagen, Fußball und Trampoline und empfindet Jungenkleidung für sich als unpassend."
Die Familie sei "zunächst verwirrt" gewesen, doch nachdem eine Ärztin den Eltern erklärt habe, daß ihr Kind "transgeschlechtlich" sei, würden sie es nun "unterstützen". Kleine Jungen, die sich auch mal als Mädchen verkleiden, sind sicherlich nichts Außergewöhnliches. Welche drollige Ärztin erklärt den Eltern da, daß ihr Kind transgeschlechtlich sei? Laut Weltgesundheitsorganisation zählt Transsexualismus zu den Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen. Bei derartiger Diagnose atmen die Eltern bestimmt nicht auf und "unterstützen" das.

Regenbogen-Lifestyle im Sandkasten

Dann wird es streng wissenschaftlich: "Jill kommt neu in den Kindergarten. Die anderen Kinder können Jill wegen des Namens nicht einordnen und fragen sich, ob Jill nun ein Mädchen oder ein Junge ist. Nachdem die Mutter antwortet: "Wir wissen es noch nicht", wollen die Kinder Jill erst einmal den Kindergarten zeigen und spielen.
Im Verlauf der Geschichte versuchen die Kinder verschiedene Erklärungen zu finden, um Jill geschlechtlich einzuordnen: Tims Vater hat erklärt, daß man das an den Geschlechtsorganen erkennen könnte. Jill erklärt, daß das bei ihr ihm nicht so sei. Die Kinder suchen Kriterien, die sich etwa auf Kleidung, Farben oder Spiele beziehen, doch keines davon trifft auf alle zu. Schließlich stellen sie fest, daß alle Kinder sich aufgrund unterschiedlicher Merkmale voneinander unterscheiden."
Echt jetzt? Die Kleinen wollen ums Verrecken herausfinden, welchem Geschlecht "Jill" angehört, nachdem sie ihren / seinen Namen nicht zuordnen konnten, und suchen dann nach "Kriterien", die die Sache klären? Ich dachte immer, diese Gören suchen meist nach Süßigkeiten, zu Ostern nach Ostereiern und im Winter nach dem Weihnachtsmann.
Die Geschichte klingt so glaubwürdig wie die von den Bauarbeitern, die sich in ihrer Mittagspause in die philosophischen Schriften von Martin Heidegger vertiefen. Ein anderer Knirps, der den Klischee-Männernamen Karl trägt, vollbringt eine wahre Heldentat: "Nach einem dreiviertel Jahr des Probierens zu Hause und im näheren Umfeld, teilweise einem Kleidungsstück in der Kita, wechselte Karl die Rolle komplett ins Weibliche, also auch in der Kita. Sie hieß nun Lisa. ... Sie wirkte auf einmal so stark, so selbstbewußt, so kannte ich mein Kind gar nicht.
Als sich Lisa entschied, in der Kita durchgehend als Mädchen aufzutreten, informierten wir die Kitaleiterin und Erzieherinnen und versorgten sie mit Infomaterial.
Die Reaktion der Pädagogen war erstaunlich: "Na endlich haben wir eine Erklärung, ein Wort dafür."" Nana, nicht so bescheiden, ihr habt bestimmt schon vorher gewußt, was mit Karl nicht stimmte …
Der ganze Bullshit soll offenbar dazu dienen, biologisch Abweichendes mit Phantasiebezeich-

nungen zu belegen und zu einer Art coolem Lifestyle zu stilisieren - schon bei Kleinkindern. Das mag zunächst lustig klingen, doch hinter der Geschlechtervielfalt-Fassade sieht es oft ziemlich traurig aus. Das Gros der Betroffenen fühlt sich keineswegs von ihrem Dilemma erlöst und bricht in freudige Jubelschreie aus, wenn man sie offiziell zu einem dritten oder anderen Geschlecht deklariert.

Man schätzt, daß bei jedem 1.000. Baby das Geschlecht nicht eindeutig ist. Eine verläßliche Statistik existiert nicht. Bei vielen Menschen ist diese Abweichung so geringfügig, daß sie ohne Probleme in einer eindeutigen Geschlechterrolle leben. Bei anderen tritt die Andersartigkeit erst in der Pubertät zu Tage. Bei einer der weiblichen Varianten ist ein genetisch weiblicher Fötus im Mutterleib zu vielen Androgenen (männlichen Geschlechtshormonen) ausgesetzt: Eine fruchtbare Frau entsteht, deren Klitoris aber so groß ist, daß sie für einen Penis gehalten werden kann.

Die Schamlippen wirken wie ein leerer Hodensack. Bei einer männlichen Variante ist ein genetisch männlicher Fötus zu wenigen Androgenen ausgesetzt. Das Kind kann entweder insgesamt sehr weiblich aussehen, oder es hat ambivalent wirkende Genitalien, etwa einen sehr kleinen Penis oder nur einen Hoden. Im Erwachsenenalter sind diese Männer unfruchtbar.

Kohle für die Gender-Irren

Betroffene, auf die diese körperlichen Merkmale nicht zutreffen und die ihre Geschlechterrolle für sich "erfinden" oder auswählen, kommen weit seltener vor als die Letztgenannten. Und etwa 2,7 Prozent der Bevölkerung (Männer und Frauen) sind homosexuell veranlagt. Es ist jedoch eine glatte Lüge, daß sich diese Neigung bereits im Kindergartenalter so gehäuft zeigt, wie es die Handreichung des Berliner Senats suggeriert. Kinder, erst recht Kleinkinder, haben in der Regel vollkommen andere Interessen und beschäftigen sich nicht rund um die Uhr mit ihrer Geschlechterrolle.

Bleibt die Frage: Wem nützt es? Ganz simpel: einer Gender-Mainstreaming-Industrie in Universitäten, Verwaltungen, Instituten, Vereinen und in der Politik, die den Steuerzahler inzwischen mehrere Milliarden Euro kostet und mit frei erfundenem Schwachsinn, insbesondere was Zahlen anbelangt, fleißig expandiert.

Das Beste an dieser sinn- und wertlosen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist, daß man über die Emotionsschiene - hier Kinder, Meerjungfrauen, die Farbe Rosa und so weiter - irgendwelche aufgeschnappten pseudowissenschaftlichen Sprüche aufsagen oder im Gewande der Hilfestellung niederschreiben kann, um auf ein ordentliches Beamtengehalt zu kommen.<<

Rußland: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Februar 2024: >>**Tucker Carlson: Putin bietet Deutschland sichere und preiswerte Energie an - Kreml-Chef macht CIA für Nord Stream-Sabotage verantwortlich**

Ungeachtet des westlichen Sanktions-Irrsinns und der Kriegstreiberei deutscher Politiker ist Rußland zu einem Neubeginn in den Beziehungen mit Deutschland, insbesondere bei der Energieversorgung, bereit. Das hat Kreml-Chef Wladimir Putin in einem gut zweistündigen Exklusiv-Interview mit dem konservativen US-Starjournalisten Tucker Carlson durchblicken lassen. Der russische Präsident machte mit einer von ihm bisher nicht gehörten Deutlichkeit den US-Geheimdienst CIA für die Nord Stream-Sabotage verantwortlich. Putin versicherte, sein Land hege keine Angriffspläne gegen Nato-Staaten wie etwa Polen.

Es ist ein Interview, über das die ganze Welt spricht! Erstmals seit Beginn der militärischen Eskalation des Ukraine-Konflikts hat Kreml-Chef Putin mit einem westlichen Journalisten gesprochen. Exakt 127 Minuten dauerte das Interview, das der frühere Fox News-Moderator Tucker Carlson mit Wladimir Putin im Kreml führte und das der konservative US-Journalist und Trump-Anhänger auf dem Kurznachrichtenportal X veröffentlichte.

Zu Beginn des Interviews holte der russische Präsident zu einem längeren historischen Exkurs

aus, um die geschichtlichen Zusammenhänge deutlich zu machen, die nach dem "Staatsstreich" (Putin) 2014 in der Ukraine zur militärischen Eskalation führten. Erneut warf Putin in diesem Zusammenhang dem Westen mit Blick auf die Nato-Osterweiterung Wortbruch vor. Er versicherte zugleich, daß Rußland die Nato nicht angreifen werde. Rußland habe "kein Interesse an einer Ausweitung des Konflikts", betonte Putin mit Blick auf Staaten wie Polen oder Lettland - sofern sein Land von dort nicht angegriffen werde.

Wer hat Nord Stream in die Luft gejagt?

Im weiteren Verlauf des Interviews fragte Tucker Carlson: "Wer hat Nord Stream in die Luft gesprengt?" Putins Antwort an den US-Journalisten fiel klar und eindeutig aus: "Sicherlich Sie!"

Tucker Carlson parierte schlagfertig: "Ich war an diesem Tag beschäftigt. Ich habe Nord Stream nicht in die Luft gejagt …" Der Kreml-Chef legte nach: "Sie persönlich haben vielleicht ein Alibi, aber die CIA hat kein solches Alibi!"

Carlson: "Haben Sie Beweise dafür, daß die NATO oder die CIA es getan haben? ... Ich meine, das ist der größte Akt des industriellen Terrorismus aller Zeiten und der größte CO2-Ausstoß der Geschichte. Okay, wenn Sie also Beweise hätten und vermutlich aufgrund Ihrer Sicherheitsdienste oder Geheimdienste wüßten, daß die NATO, die USA, die CIA, der Westen dies getan haben, warum würden Sie sie nicht präsentieren und einen Propagandasieg erringen?"

Putin: "Wissen Sie, ich werde nicht ins Detail gehen, aber man sagt in solchen Fällen immer, man solle nach jemandem suchen, der daran interessiert ist. Aber in diesem Fall sollten wir nicht nur nach jemandem suchen, der interessiert ist, sondern auch nach jemandem, der über Fähigkeiten verfügt. Denn es mag viele Interessenten geben, aber nicht alle von ihnen sind in der Lage, auf den Grund der Ostsee zu sinken und diese Explosion auszuführen." Es sei der "ganzen Welt klar, was damals geschah. Selbst amerikanische Analysten sprechen direkt darüber. Das ist wahr!", unterstrich Putin.

Das große Schweigen aus Berlin

"Warum sagen die Deutschen nicht etwas dazu?", insistierte Tucker Carlson. "Sie haben bekanntlich lange in Deutschland gearbeitet …"

"Das verwirrt mich auch", sagte Putin in Anspielung auf das deutsche Schweigen und warf der Berliner Ampel-Regierung vor, sie lasse sich "eher von den Interessen des kollektiven Westens als von ihren nationalen Interessen leiten. Andernfalls ist es schwierig, die Logik ihres Handelns oder Nichthandelns zu erklären."

Putin reicht die Hand

Der russische Präsident wies darauf hin, es gehe "nicht nur um Nord Stream eins, das in die Luft geflogen ist, und Nord Stream zwei, das beschädigt wurde, sondern ein Rohr ist sicher und unversehrt, und Gas kann durch es nach Europa geliefert werden - Wir sind bereit. Ich bitte Sie!"

Putin erinnerte daran, daß auch noch eine andere Route durch Polen gebe, die Yamal Europe, die ebenfalls einen großen Durchfluß ermögliche. "Polen hat sie geschlossen, aber Polen pickt aus der deutschen Hand. Es erhält Geld aus den paneuropäischen Fonds, und Deutschland ist der Hauptgeldgeber für diese paneuropäischen Fonds. Deutschland füttert Polen bis zu einem gewissen Grad und es schließt seine Route nach Deutschland. Und warum?", fragte Putin.

"Das sind höchst inkompetente Leute in Berlin"

Außerdem gebe es zwei Gasrouten durch die Ukraine, erinnerte der Kreml-Chef weiter und kritisierte: "Ich verstehe die Ukraine nicht, an die die Deutschen Waffen liefern und Geld geben ... Holen Sie bitte Gas aus Rußland. Sie öffnen sie nicht."

Der russische Präsident äußerte absolutes Unverständnis: "Warum sagen die Deutschen nicht: Seht her, Jungs, wir geben euch Geld und Waffen. Öffnet das Ventil. Bitte laßt das Gas aus

Rußland für uns durch. Wir kaufen in Europa Flüssiggas zu exorbitanten Preisen, was unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Wirtschaft im Allgemeinen auf den Nullpunkt bringt ... Lassen Sie uns ein anständiges Leben führen, um Geld für unsere Wirtschaft zu verdienen, denn von dort kommt das Geld, das wir Ihnen geben. Sie weigern sich, dies zu tun. Warum eigentlich?"
Dann gab Putin seinem Interview-Partner Tucker Carlson einen Rat mit Blick auf die deutsche Bundesregierung: "Fragen Sie, was in ihren Köpfen vorgeht. Das sind höchst inkompetente Leute!"<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2024: >>**Putin/Tucker Carlson: Das autorisierte Interview**
Von *COMPACT Redaktion*
Es ist jetzt schon eines der Interviews des Jahres: Der bekannte US-Journalist Tucker Carlson war in Moskau und hat dort den russischen Präsidenten Wladimir Putin interviewt. COMPACT dokumentiert das autorisierte Transkript des Interviews. …
Tucker Carlson: Herr Präsident, ich danke Ihnen.
Am 22. Februar 2022 wandten Sie sich in Ihrer landesweiten Ansprache an Ihr Land, als der Konflikt in der Ukraine begann, und Sie sagten, daß Sie handelten, weil Sie zu dem Schluß gekommen waren, daß die Vereinigten Staaten durch die NATO einen, Zitat, "Überraschungsangriff auf unser Land" starten könnten. In amerikanischen Ohren klingt das paranoid. Sagen Sie uns, warum Sie glauben, daß die Vereinigten Staaten Rußland aus heiterem Himmel angreifen könnten. Wie kamen Sie zu diesem Schluß?
Wladimir Putin: Es ist nicht so, daß die Vereinigten Staaten einen Überraschungsangriff auf Rußland starten würden, das habe ich nicht gesagt. Ist das hier eine Talkshow oder ein ernsthaftes Gespräch?
Tucker Carlson: Das war ein gutes Zitat. Danke, es ist formidabel ernst!
Wladimir Putin: Soweit ich weiß, wurden Sie ursprünglich in Geschichte ausgebildet?
Tucker Carlson: Ja.
Wladimir Putin: Wenn es Ihnen also nichts ausmacht, werde ich nur 30 Sekunden oder eine Minute Ihrer Zeit in Anspruch nehmen, um Ihnen einen kleinen historischen Hintergrund zu geben.
Tucker Carlson: Bitte sehr.
Wladimir Putin: Schauen wir uns an, woher unsere Beziehung zur Ukraine kommt. Woher kommt die Ukraine?
Der russische Staat wurde im Jahr 862 als Zentralstaat gegründet. Dieses Jahr gilt als das Gründungsjahr des russischen Staates, denn in diesem Jahr luden die Bürger von Nowgorod (einer Stadt im Nordwesten des Landes) Rurik, einen Warägerfürsten aus Skandinavien, zur Herrschaft ein. Im Jahr 1862 feierte Rußland den 1.000. Jahrestag seiner Staatlichkeit, und in Nowgorod gibt es eine Gedenkstätte, die dem 1.000-jährigen Bestehen des Landes gewidmet ist.
Im Jahr 882 kam Ruriks Nachfolger Fürst Oleg, der eigentlich die Rolle des Regenten bei Ruriks jungem Sohn spielte, da Rurik zu diesem Zeitpunkt bereits gestorben war, nach Kiew. Er verdrängte zwei Brüder, die offenbar einst Mitglieder von Ruriks Truppe gewesen waren. So begann sich Rußland mit zwei Machtzentren, Kiew und Nowgorod, zu entwickeln.
Das nächste, sehr wichtige Datum in der Geschichte Rußlands war 988. Dies war die Taufe Rußlands, als Fürst Wladimir, der Urenkel Ruriks, Rußland taufte und die Orthodoxie, das östliche Christentum, annahm. Von diesem Zeitpunkt an begann der zentralisierte russische Staat zu erstarken. Und warum? Weil es ein einziges Territorium gab, integrierte wirtschaftliche Beziehungen, ein und dieselbe Sprache und, nach der Taufe Rußlands, denselben Glauben und dieselbe Herrschaft des Fürsten. Der zentralisierte russische Staat begann Gestalt

anzunehmen.
Bereits im Mittelalter führte Fürst Jaroslaw der Weise die Thronfolge ein, doch nach seinem Tod wurde sie aus verschiedenen Gründen kompliziert. Der Thron ging nicht direkt vom Vater auf den ältesten Sohn über, sondern vom verstorbenen Fürsten auf seinen Bruder und dann auf dessen Söhne in verschiedenen Linien. All dies führte zu einer Zersplitterung und dem Ende der Rus als einheitlichem Staat. Das war nichts Besonderes, das Gleiche geschah damals in Europa. Doch der zersplitterte russische Staat wurde eine leichte Beute für das zuvor von Dschingis Khan geschaffene Reich.
Seine Nachfolger, namentlich Batu Khan, kamen nach Rus, plünderten und zerstörten fast alle Städte. Der südliche Teil, zu dem übrigens auch Kiew und einige andere Städte gehörten, verlor einfach seine Unabhängigkeit, während die nördlichen Städte einen Teil ihrer Souveränität bewahrten. Sie mußten zwar Tribut an die Horde zahlen, aber sie konnten einen Teil ihrer Souveränität bewahren. Und dann begann sich ein einheitlicher russischer Staat zu bilden, dessen Zentrum in Moskau lag.
Der südliche Teil der russischen Länder, einschließlich Kiews, wurde allmählich von einem anderen "Magneten" angezogen - dem Zentrum, das sich in Europa bildete. Dies war das Großfürstentum Litauen. Man nannte es sogar das litauisch-russische Herzogtum, weil die Russen einen bedeutenden Teil der Bevölkerung ausmachten. Sie sprachen die altrussische Sprache und waren orthodox.
Doch dann kam es zu einer Vereinigung, der Vereinigung des Großfürstentums Litauen mit dem Königreich Polen. Einige Jahre später wurde eine weitere Union unterzeichnet, diesmal jedoch bereits im religiösen Bereich. Einige der orthodoxen Priester wurden dem Papst unterstellt. So wurden diese Länder Teil des polnisch-litauischen Staates.
Jahrzehntelang bemühten sich die Polen um die "Polonisierung" dieses Bevölkerungsteils: Sie führten dort ihre Sprache ein und versuchten, die Idee zu verankern, daß diese Bevölkerung nicht wirklich Russen sei, sondern "Ukrainer", weil sie am Rande (u kraya) lebten. Ursprünglich bedeutete das Wort "Ukrainer", daß eine Person am Rande des Staates, in der Nähe des Randes, lebte oder im Grenzdienst tätig war. Es bezeichnete keine bestimmte ethnische Gruppe.
Die Polen versuchten also auf jede erdenkliche Art und Weise, diesen Teil der russischen Gebiete zu polonisieren, und behandelten ihn tatsächlich ziemlich hart, um nicht zu sagen grausam. All das führte dazu, daß dieser Teil der russischen Gebiete begann, für seine Rechte zu kämpfen. Sie schrieben Briefe nach Warschau, in denen sie die Einhaltung ihrer Rechte und die Erteilung von Aufträgen, auch an Kiew, forderten …
Tucker Carlson: Ich bitte um Verzeihung, können Sie uns sagen, in welchem Zeitraum … Ich verliere den Überblick, wo in der Geschichte wir uns befinden?
Wladimir Putin: Es war im 13. Jahrhundert.
Jetzt werde ich erzählen, was später geschah, und die Daten nennen, damit es keine Verwirrung gibt. Und 1654, sogar noch etwas früher, wandten sich die Menschen, die die Autorität über diesen Teil der russischen Gebiete innehatten, an Warschau, ich wiederhole, sie verlangten, daß ihre Rechte beachtet werden, daß sie ihnen Herrscher russischer Herkunft und orthodoxen Glaubens schicken. Als Warschau ihnen nicht antwortete und ihre Forderungen zurückwies, wandten sie sich an Moskau, so daß Moskau sie abholte.
Damit Sie nicht denken, daß ich Dinge erfinde … gebe ich Ihnen diese Dokumente …
Tucker Carlson: Es hört sich nicht so an, als würden Sie es erfinden, aber ich bin mir nicht sicher, warum es für das, was vor zwei Jahren passiert ist, relevant ist.
Wladimir Putin: Aber trotzdem, das sind Dokumente aus den Archiven, Kopien. Das sind Briefe von Bogdan Chmelnizkij, dem Mann, der damals die Macht in diesem Teil der russischen Länder, der heute Ukraine heißt, innehatte. Er schrieb nach Warschau und verlangte,

daß ihre Rechte gewahrt werden, und nachdem ihm dies verweigert wurde, begann er, Briefe nach Moskau zu schreiben und sie unter die starke Hand des Moskauer Zaren zu nehmen. Von diesen Dokumenten gibt es Kopien. Ich überlasse sie Ihrem guten Gedächtnis. Es gibt eine Übersetzung ins Russische, Sie können sie später ins Englische übersetzen.
Rußland war nicht bereit, sie sofort aufzunehmen, da es davon ausging, daß der Krieg mit Polen beginnen würde. Dennoch beschloß 1654 die vom Zaren geleitete panrussische Versammlung der obersten Kleriker und Grundbesitzer (Zemsky Sobor), das repräsentative Machtorgan des altrussischen Staates, einen Teil der altrussischen Gebiete in das Moskauer Königreich aufzunehmen.
Wie erwartet, begann der Krieg mit Polen. Er dauerte 13 Jahre, und 1654 wurde ein Waffenstillstand geschlossen. Und 32 Jahre später wurde, glaube ich, ein Friedensvertrag mit Polen unterzeichnet, den sie "ewigen Frieden" nannten. Und diese Gebiete, das gesamte linke Ufer des Dnjepr, einschließlich Kiew, gingen an Rußland, und das gesamte rechte Ufer des Dnjepr blieb in Polen.
Unter der Herrschaft von Katharina der Großen beanspruchte Rußland all seine historischen Gebiete zurück, auch im Süden und Westen. Dies alles dauerte bis zur Revolution. Vor dem Ersten Weltkrieg stützte sich der österreichische Generalstab auf die Ideen der Ukrainisierung und begann, die Ideen der Ukraine und der Ukrainisierung aktiv zu fördern. Ihr Motiv war offensichtlich.
Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wollte man den potentiellen Feind schwächen und sich günstige Bedingungen im Grenzgebiet sichern. So begann der österreichische Generalstab die in Polen aufgekommene Idee zu propagieren, daß die in diesem Gebiet lebenden Menschen angeblich keine echten Russen seien, sondern einer besonderen ethnischen Gruppe, den Ukrainern, angehörten.
Bereits im 19. Jahrhundert gab es Theoretiker, die die Unabhängigkeit der Ukraine forderten. Alle behaupteten jedoch, daß die Ukraine ein sehr gutes Verhältnis zu Rußland haben sollte. Darauf beharrten sie.
Nach der Revolution von 1917 strebten die Bolschewiki die Wiederherstellung der Staatlichkeit an, und der Bürgerkrieg begann, einschließlich der Feindseligkeiten mit Polen. Im Jahr 1921 wurde der Frieden mit Polen verkündet, und im Rahmen dieses Vertrags wurde das rechte Ufer des Dnjepr wieder an Polen zurückgegeben.
Nachdem Polen mit Hitler kollaboriert hatte - es hat mit Hitler kollaboriert, wissen Sie -, bot Hitler 1939 Polen Frieden und einen Freundschafts- und Bündnisvertrag an (wir haben alle einschlägigen Dokumente in den Archiven) und verlangte im Gegenzug, daß Polen den so genannten Danziger Korridor, der den größten Teil Deutschlands mit Ostpreußen und Königsberg verband, an Deutschland zurückgibt.
Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dieses Gebiet an Polen abgetreten, und anstelle von Danzig entstand die Stadt Gdansk. Hitler forderte sie auf, es freundschaftlich abzugeben, aber sie weigerten sich. Dennoch kollaborierten sie mit Hitler und waren gemeinsam an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt.
Tucker Carlson: Darf ich fragen … Sie argumentieren, daß die Ukraine, bestimmte Teile der Ukraine, die Ostukraine, in der Tat seit Hunderten von Jahren zu Rußland gehört, warum haben Sie sie nicht einfach genommen, als Sie vor 24 Jahren Präsident wurden? Ihr habt Atomwaffen, sie nicht. Es ist eigentlich Ihr Land. Warum haben Sie so lange gewartet?
Wladimir Putin: Das werde ich Ihnen sagen. Dazu komme ich gleich. Dieses Briefing neigt sich dem Ende zu. Es mag langweilig sein, aber es erklärt viele Dinge.
Tucker Carlson: Es ist nicht langweilig.
Wladimir Putin: Sehr gut. Das ist gut. Ich bin sehr erfreut, daß Sie das zu schätzen wissen. Ich danke Ihnen.

Vor dem Zweiten Weltkrieg hat Polen also mit Hitler kollaboriert, und obwohl es Hitlers Forderungen nicht nachgegeben hat, hat es sich dennoch gemeinsam mit Hitler an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt. Da die Polen den Danziger Korridor nicht an Deutschland abtraten, gingen sie zu weit und veranlaßten Hitler, den Zweiten Weltkrieg durch einen Angriff auf sie zu beginnen. Warum begann der Krieg am 1. September 1939 ausgerechnet gegen Polen? Polen erwies sich als kompromißlos, und Hitler hatte nichts anderes zu tun, als seine Pläne mit Polen in die Tat umzusetzen.
Übrigens hat sich die UdSSR - ich habe einige Archivdokumente gelesen - sehr redlich verhalten. Sie bat Polen um die Erlaubnis, ihre Truppen durch polnisches Gebiet zu schicken, um der Tschechoslowakei zu helfen. Aber der damalige polnische Außenminister sagte, wenn die sowjetischen Flugzeuge über Polen fliegen würden, würden sie über dem polnischen Territorium abgeschossen werden.
Aber das spielt keine Rolle. Was zählt, ist, daß der Krieg begann und Polen der Politik zum Opfer fiel, die es gegen die Tschechoslowakei betrieben hatte, denn gemäß dem bekannten Molotow-Ribbentrop-Pakt sollte ein Teil dieses Gebiets, einschließlich der Westukraine, an Rußland abgetreten werden. Auf diese Weise erhielt Rußland, das damals UdSSR genannt wurde, seine historischen Gebiete zurück.
Nach dem Sieg im Großen Vaterländischen Krieg, wie wir den Zweiten Weltkrieg nennen, wurden all diese Gebiete schließlich als zu Rußland, zur UdSSR gehörend, festgeschrieben. Polen erhielt als Ausgleich die Gebiete, die ursprünglich zu Deutschland gehörten: die östlichen Teile Deutschlands (die heute zu Westpolen gehören). Natürlich erhielt Polen wieder Zugang zur Ostsee und zu Danzig, das wieder seinen polnischen Namen erhielt. So hat sich die Situation also entwickelt.
Im Jahr 1922, als die UdSSR gegründet wurde, begannen die Bolschewiki mit dem Aufbau der UdSSR und gründeten die Sowjetukraine, die es vorher nicht gegeben hatte.
Lenins unerfindliche Entscheidungen
Tucker Carlson: Richtig.
Wladimir Putin: Stalin bestand darauf, daß diese Republiken als autonome Einheiten in die UdSSR aufgenommen werden. Aus irgendeinem unerklärlichen Grund bestand Lenin, der Gründer des Sowjetstaates, darauf, daß sie das Recht haben, aus der UdSSR auszutreten. Und, ebenfalls aus unbekannten Gründen, übertrug er der neu gegründeten Sowjetrepublik Ukraine einige Ländereien mitsamt den dort lebenden Menschen, obwohl diese Ländereien niemals Ukraine genannt worden waren; und dennoch wurden sie Teil dieser Sowjetrepublik Ukraine. Zu diesen Ländern gehörte auch die Schwarzmeerregion, die unter Katharina der Großen erhalten worden war und die keinerlei historische Verbindung zur Ukraine hatte.
Selbst wenn wir bis ins Jahr 1654 zurückgehen, als diese Gebiete an das Russische Reich zurückgegeben wurden, war das Gebiet so groß wie drei bis vier Regionen der heutigen Ukraine, ohne die Schwarzmeerregion. Das war völlig indiskutabel.
Tucker Carlson: Im Jahr 1654?
Wladimir Putin: Genau.
Tucker Carlson: Sie haben, wie ich sehe, ein enzyklopädisches Wissen über diese Region. Aber warum haben Sie in den ersten 22 Jahren Ihrer Präsidentschaft nicht behauptet, daß die Ukraine kein richtiges Land ist?
Waren die Verbrechen des Bolschewismus "ursprünglicher" als die Verbrechen des Nationalsozialismus? Lenin-Denkmal vor dem transnistrischen Regierungssitz in Tiraspol.
Wladimir Putin: Der sowjetischen Ukraine wurde ein großer Teil des Territoriums zugesprochen, das ihr nie gehört hatte, einschließlich der Schwarzmeerregion. Irgendwann, als Rußland diese Gebiete als Ergebnis der russisch-türkischen Kriege erhielt, wurden sie "Neurußland" oder Noworossija genannt. Aber das spielt keine Rolle.

Entscheidend ist, daß Lenin, der Gründer des Sowjetstaates, die Ukraine auf diese Weise gegründet hat. Jahrzehntelang entwickelte sich die ukrainische Sowjetrepublik als Teil der UdSSR, und aus unbekannten Gründen betrieben die Bolschewiki wiederum eine Ukrainisierung. Das lag nicht nur daran, daß die sowjetische Führung zu einem großen Teil aus Ukrainern bestand. Vielmehr lag es an der allgemeinen Politik der Indigenisierung, die die Sowjetunion verfolgte. In anderen Sowjetrepubliken wurde das Gleiche getan. Dazu gehörte die Förderung von Nationalsprachen und Nationalkulturen, was im Prinzip nicht schlecht ist. Auf diese Weise entstand die sowjetische Ukraine.
Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die Ukraine zusätzlich zu den Gebieten, die vor dem Krieg zu Polen gehört hatten, einen Teil der Gebiete, die zuvor zu Ungarn und Rumänien gehört hatten (heute als Westukraine bekannt). Rumänien und Ungarn wurde also ein Teil ihrer Ländereien weggenommen und an die Ukraine gegeben, und sie sind immer noch Teil der Ukraine. In diesem Sinne haben wir allen Grund zu behaupten, daß die Ukraine ein künstlicher Staat ist, der nach Stalins Willen geformt wurde.
Tucker Carlson: Glauben Sie, daß Ungarn das Recht hat, sein Land von der Ukraine zurückzufordern? Und daß andere Nationen das Recht haben, zu ihren Grenzen von 1654 zurückzukehren?
Wladimir Putin: Ich bin mir nicht sicher, ob sie zu den Grenzen von 1654 zurückkehren sollten, aber in Anbetracht der Zeit Stalins, des so genannten Stalin-Regimes - das, wie viele behaupten, zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der Rechte anderer Staaten erlebte - kann man sagen, daß sie ihr Land zurückfordern könnten, auch wenn sie kein Recht dazu haben, so ist es doch zumindest verständlich …
Tucker Carlson: Haben Sie Viktor Orbán gesagt, daß er einen Teil der Ukraine haben kann?
Wladimir Putin: Niemals. Ich habe es ihm nie gesagt. Nicht ein einziges Mal. Wir haben noch nicht einmal ein Gespräch darüber geführt, aber ich weiß mit Sicherheit, daß die Ungarn, die dort leben, in ihr historisches Land zurückkehren wollen.
Außerdem möchte ich eine sehr interessante Geschichte mit Ihnen teilen, ich schweife ab, es ist eine persönliche Geschichte. Irgendwann in den frühen 80er Jahren unternahm ich eine Autoreise vom damaligen Leningrad (heute St. Petersburg) nach Ungarn. Petersburg) quer durch die Sowjetunion über Kiew, machte einen Zwischenstopp in Kiew und fuhr dann in die Westukraine. Ich fuhr in die Stadt Beregovoye, und alle Namen der Städte und Dörfer dort waren auf Russisch und in einer Sprache, die ich nicht verstand - auf Ungarisch. Auf Russisch und auf Ungarisch. Nicht auf Ukrainisch - auf Russisch und auf Ungarisch.
Ich fuhr durch eine Art Dorf, und da saßen Männer neben den Häusern und trugen schwarze dreiteilige Anzüge und schwarze Zylinderhüte. Ich fragte: "Sind das irgendwelche Entertainer?" Man sagte mir: "Nein, das sind keine Entertainer. Das sind Ungarn." Ich sagte: "Was machen die hier?" - "Was meinen Sie? Das ist ihr Land, sie leben hier." Das war während der Sowjetzeit, in den 1980er Jahren. Sie bewahren die ungarische Sprache, ungarische Namen und alle ihre Trachten. Sie sind Ungarn und sie fühlen sich als Ungarn. Und natürlich, wenn es jetzt eine Verletzung gibt …
Tucker Carlson: Und davon gibt es eine ganze Menge, denke ich. Viele Nationen sind verärgert über ihre neu gezogenen Grenzen nach den Kriegen des 20. Jahrhunderts und den Kriegen, die tausend Jahre zurückreichen, die Sie erwähnen, aber Tatsache ist, daß Sie diesen Fall erst vor zwei Jahren, im Februar, öffentlich gemacht haben, und in dem Fall, den Sie gemacht haben, den ich heute gelesen habe, erklären Sie sehr ausführlich, daß Sie eine physische Bedrohung durch den Westen und die NATO, einschließlich einer potentiellen nuklearen Bedrohung, für möglich hielten, und daß das der Grund war, warum Sie sich zu bewegen. Ist das eine angemessene Charakterisierung dessen, was Sie gesagt haben?
Wladimir Putin: Mir ist klar, daß meine langen Reden wahrscheinlich nicht in das Genre eines

Interviews passen. Deshalb habe ich Sie zu Beginn gefragt: "Werden wir ein ernsthaftes Gespräch oder eine Show führen?" Sie sagten - ein ernstes Gespräch. Haben Sie also bitte Geduld mit mir.
Wir kommen jetzt zu dem Punkt, an dem die Sowjetukraine gegründet wurde. Dann, 1991, brach die Sowjetunion zusammen. Und alles, was Rußland der Ukraine großzügig geschenkt hatte, wurde von letzterer "weggeschleppt".
Ich komme jetzt zu einem sehr wichtigen Punkt der heutigen Tagesordnung. Schließlich wurde der Zusammenbruch der Sowjetunion praktisch von der russischen Führung eingeleitet. Ich weiß nicht, wovon sich die russische Führung damals hat leiten lassen, aber ich vermute, daß es mehrere Gründe gab, zu glauben, daß alles gut werden würde.
Erstens glaubte die damalige russische Führung, daß die Grundlagen der Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine folgende seien: eine gemeinsame Sprache - mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sprachen Russisch -, familiäre Bindungen - jeder Dritte dort hatte familiäre oder freundschaftliche Bindungen -, eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Geschichte und schließlich ein gemeinsamer Glaube, die jahrhundertelange Koexistenz in einem einzigen Staat und eine eng miteinander verflochtene Wirtschaft. All dies war so grundlegend. Alle diese Elemente zusammen machen unsere guten Beziehungen unvermeidlich.
Der zweite Punkt ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich möchte, daß Sie als amerikanischer Bürger und Ihre Zuschauer dies ebenfalls erfahren. Die frühere russische Führung ging davon aus, daß die Sowjetunion nicht mehr existiert und es daher keine ideologischen Trennlinien mehr gibt. Rußland stimmte sogar freiwillig und proaktiv dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu und glaubte, daß dies vom so genannten (jetzt in Anführungszeichen) "zivilisierten Westen" als Einladung zur Zusammenarbeit und Assoziierung verstanden werden würde. Das ist es, was Rußland sowohl von den Vereinigten Staaten als auch vom so genannten kollektiven Westen als Ganzes erwartete.
Es gab kluge Leute, auch in Deutschland. Egon Bahr, ein bedeutender Politiker der Sozialdemokratischen Partei, der in seinen persönlichen Gesprächen mit der sowjetischen Führung am Rande des Zusammenbruchs der Sowjetunion darauf bestand, daß in Europa ein neues Sicherheitssystem geschaffen werden sollte. Es sollte Hilfe bei der Wiedervereinigung Deutschlands geleistet werden, aber es sollte auch ein neues System geschaffen werden, das die Vereinigten Staaten, Kanada, Rußland und andere mitteleuropäische Länder einschließt. Aber die NATO muß nicht erweitert werden. Das hat er gesagt: Wenn die NATO erweitert wird, wäre alles wie zu Zeiten des Kalten Krieges, nur näher an den Grenzen Rußlands. Das ist alles.
Er war ein weiser alter Mann, aber niemand hörte auf ihn. Einmal wurde er sogar wütend (wir haben eine Aufzeichnung dieses Gesprächs in unserem Archiv): "Wenn Sie nicht auf mich hören, werde ich nie wieder einen Fuß nach Moskau setzen", sagte er. Er war frustriert über die sowjetische Führung. Er hatte Recht, alles geschah genau so, wie er es gesagt hatte.
Tucker Carlson: Nun, natürlich hat sich das bewahrheitet, und Sie haben es oft erwähnt. Ich denke, das ist ein guter Punkt. Und viele in Amerika dachten, daß die Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Kern gut sein würden. Aber das Gegenteil war der Fall. Aber Sie haben nie erklärt, warum Sie glauben, daß das passiert ist, außer zu sagen, daß der Westen ein starkes Rußland fürchtet. Aber wir haben ein starkes China, vor dem der Westen keine große Angst zu haben scheint. Und was ist mit Rußland? Was hat die politischen Entscheidungsträger Ihrer Meinung nach dazu bewogen, es abzuschalten?
Wladimir Putin: Der Westen hat mehr Angst vor einem starken China als vor einem starken Rußland, denn Rußland hat 150 Millionen Einwohner, China dagegen 1,5 Milliarden, und

seine Wirtschaft wächst sprunghaft - über fünf Prozent pro Jahr, früher sogar noch mehr. Aber das ist genug für China. Wie Bismarck einst sagte, sind die Potentiale das Wichtigste. Chinas Potential ist enorm - es ist heute die größte Volkswirtschaft der Welt, gemessen an der Kaufkraftparität und an der Größe der Wirtschaft. Es hat die Vereinigten Staaten schon vor langer Zeit überholt und wächst rasant.
Lassen Sie uns nicht darüber reden, wer vor wem Angst hat, lassen Sie uns nicht in solchen Begriffen argumentieren. Und lassen Sie uns auf die Tatsache eingehen, daß nach 1991, als Rußland erwartete, in die brüderliche Familie der "zivilisierten Nationen" aufgenommen zu werden, nichts dergleichen geschah. Sie haben uns ausgetrickst (ich meine natürlich nicht Sie persönlich, wenn ich "Sie" sage, ich spreche von den Vereinigten Staaten), das Versprechen lautete, daß die NATO sich nicht nach Osten ausdehnen würde, aber das geschah fünfmal, es gab fünf Erweiterungswellen.
Wir haben das alles toleriert, wir haben versucht, sie zu überzeugen, wir haben gesagt: "Bitte nicht, wir sind jetzt genauso bürgerlich wie ihr, wir sind eine Marktwirtschaft, und es gibt keine Macht der Kommunistischen Partei. Laßt uns verhandeln." Außerdem, das habe ich auch schon einmal öffentlich gesagt (schauen wir uns jetzt die Zeit von Jelzin an), gab es einen Moment, in dem eine gewisse Kluft zwischen uns zu wachsen begann. Davor kam Jelzin in die Vereinigten Staaten, erinnern Sie sich, er sprach im Kongreß und sagte die guten Worte: "Gott segne Amerika". Alles, was er sagte, waren Signale - laßt uns rein.
Erinnern Sie sich an die Entwicklungen in Jugoslawien, davor wurde Jelzin mit Lob überschüttet, sobald die Entwicklungen in Jugoslawien begannen, erhob er seine Stimme zur Unterstützung der Serben, und wir konnten nicht anders, als unsere Stimme für die Serben zu ihrer Verteidigung zu erheben. Ich verstehe, daß dort komplexe Prozesse im Gange waren, das tue ich. Aber Rußland konnte nicht anders, als seine Stimme zur Unterstützung der Serben zu erheben, denn die Serben sind auch ein besonderes und uns nahestehendes Volk, mit orthodoxer Kultur und so weiter.
Es ist ein Volk, das seit Generationen so viel gelitten hat. Wie dem auch sei, wichtig ist, daß Jelzin seine Unterstützung zum Ausdruck gebracht hat. Was haben die Vereinigten Staaten getan? Unter Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta begannen sie mit der Bombardierung Belgrads.
Es waren die Vereinigten Staaten, die den Geist aus der Flasche ließen. Und was wurde gesagt, als Rußland protestierte und seinen Unmut zum Ausdruck brachte? Die UN-Charta und das Völkerrecht sind obsolet geworden. Heute beruft sich jeder auf das Völkerrecht, aber damals hieß es, alles sei überholt, alles müsse geändert werden.
In der Tat müssen einige Dinge geändert werden, da sich die Machtverhältnisse geändert haben, das stimmt, aber nicht auf diese Weise. Jelzin wurde sofort in den Dreck gezogen, ihm wurde Alkoholismus vorgeworfen, er habe nichts verstanden, er habe nichts gewußt. Er hat alles verstanden, das versichere ich Ihnen.
Nun, ich wurde im Jahr 2000 Präsident. Ich dachte: Okay, die Jugoslawien-Frage ist erledigt, aber wir sollten versuchen, die Beziehungen wiederherzustellen. Lassen Sie uns die Tür wieder öffnen, durch die Rußland versucht hatte zu gehen. Und außerdem habe ich es öffentlich gesagt, ich kann es wiederholen.
Bei einem Treffen hier im Kreml mit dem scheidenden Präsidenten Bill Clinton, gleich hier im Nebenzimmer, habe ich ihn gefragt: "Bill, glauben Sie, daß Rußland, wenn es um den Beitritt zur NATO bäte, dies tun würde?" Plötzlich sagte er: "Wissen Sie, es ist interessant, ich denke schon." Aber am Abend, als wir zu Abend aßen, sagte er: "Wissen Sie, ich habe mit meinem Team gesprochen, nein, das ist jetzt nicht möglich." Sie können ihn fragen, ich denke, er wird unser Interview sehen, er wird es bestätigen. Ich hätte so etwas nicht gesagt, wenn es nicht passiert wäre. Okay, nun, jetzt ist es unmöglich.

Tucker Carlson: Waren Sie aufrichtig? Wären Sie der NATO beigetreten?
Wladimir Putin: Sehen Sie, ich habe die Frage gestellt: "Ist es möglich oder nicht?" Und die Antwort, die ich erhielt, war nein. Wenn ich unaufrichtig gewesen wäre in meinem Wunsch, herauszufinden, was die Position der Führung ist …
Tucker Carlson: Aber wenn er ja sagen würde, wären Sie dann der NATO beigetreten?
Wladimir Putin: Wenn er Ja gesagt hätte, hätte der Prozeß der Annäherung begonnen, und schließlich wäre es vielleicht dazu gekommen, wenn wir einen aufrichtigen Wunsch auf Seiten unserer Partner gesehen hätten. Aber das ist nicht geschehen. Nun, nein heißt nein, okay, gut.
Tucker Carlson: Was glauben Sie, warum ist das so? Nur um zum Motiv zu kommen. Ich weiß, Sie sind eindeutig verbittert darüber. Ich verstehe das. Aber warum, glauben Sie, hat der Westen Sie damals abblitzen lassen? Warum die Feindseligkeit? Warum hat das Ende des Kalten Krieges die Beziehungen nicht verbessert? Was ist aus Ihrer Sicht der Grund dafür?
"USA unterstützten Terror im Kaukasus"
Wladimir Putin: Sie sagten, ich sei verbittert über die Antwort. Nein, das ist keine Verbitterung, das ist nur eine Feststellung der Tatsachen. Wir sind nicht die Braut und der Bräutigam, Bitterkeit, Groll, um solche Dinge geht es unter solchen Umständen nicht. Wir haben einfach gemerkt, daß wir dort nicht willkommen sind, das ist alles. Okay, gut. Aber lassen Sie uns die Beziehungen auf eine andere Art und Weise aufbauen, lassen Sie uns anderswo nach einer gemeinsamen Basis suchen. Warum wir eine so negative Antwort erhalten haben, sollten Sie Ihren Führer fragen. Ich kann nur vermuten, warum: ein zu großes Land, mit einer eigenen Meinung und so weiter. Und die Vereinigten Staaten - ich habe gesehen, wie die Probleme in der NATO gelöst werden.
Ich werde Ihnen jetzt ein anderes Beispiel geben, das die Ukraine betrifft. Die US-Führung übt Druck aus, und alle NATO-Mitglieder stimmen gehorsam ab, auch wenn ihnen etwas nicht gefällt. Ich werde Ihnen jetzt sagen, was 2008 in dieser Hinsicht mit der Ukraine passiert ist, auch wenn es diskutiert wird, ich werde Ihnen kein Geheimnis verraten, nichts Neues sagen. Dennoch haben wir danach versucht, die Beziehungen auf verschiedene Weise aufzubauen. Zum Beispiel haben wir nach den Ereignissen im Nahen Osten, im Irak, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auf eine sehr sanfte, vorsichtige und vorsichtige Weise aufgebaut.
Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten keinen Separatismus oder Terrorismus im Nordkaukasus unterstützen sollten. Aber sie taten es trotzdem weiter. Die Vereinigten Staaten und ihre Satelliten unterstützten terroristische Gruppen im Kaukasus politisch, mit Informationen, finanziell und sogar militärisch.
Ich habe dieses Thema einmal bei meinem Kollegen, der ebenfalls Präsident der Vereinigten Staaten ist, angesprochen. Er sagte: "Das ist unmöglich! Haben Sie Beweise?" Ich sagte: "Ja." Ich war auf dieses Gespräch vorbereitet und gab ihm den Beweis. Er sah sie sich an und wissen Sie, was er sagte? Ich entschuldige mich, aber das ist passiert, ich zitiere. Er sagte: "Nun, ich werde ihnen in den Arsch treten". Wir warteten und warteten auf eine Antwort - es gab keine Antwort.
Ich sagte zum FSB-Direktor: "Schreiben Sie an die CIA. Was ist das Ergebnis des Gesprächs mit dem Präsidenten?" Er schrieb einmal, zweimal, und dann bekamen wir eine Antwort. Wir haben die Antwort im Archiv. Die CIA hat geantwortet: Wir haben mit der Opposition in Rußland zusammengearbeitet. Wir glauben, daß dies das Richtige ist, und wir werden es auch weiterhin tun. Einfach lächerlich. Nun ja, okay. Uns war klar, daß das nicht in Frage kam.
Tucker Carlson: Kräfte, die in Opposition zu Ihnen stehen? Denken Sie, daß die CIA versucht, Ihre Regierung zu stürzen?
Wladimir Putin: Natürlich meinten sie in diesem speziellen Fall die Separatisten, die Terroristen, die mit uns im Kaukasus gekämpft haben. Das ist die Opposition, die sie genannt

haben. Das ist der zweite Punkt.
Der dritte Punkt, ein sehr wichtiger Punkt, ist der Moment, als das US-Raketenabwehrsystem (ABM) geschaffen wurde. Das war der Anfang. Wir haben lange Zeit darauf hingearbeitet, daß die Vereinigten Staaten es nicht tun. Nachdem ich von Bush Jr.'s Vater, Bush Sr. eingeladen worden war, sein Haus am Meer zu besuchen, hatte ich ein sehr ernstes Gespräch mit Präsident Bush und seinem Team.
Ich schlug vor, daß die Vereinigten Staaten, Rußland und Europa gemeinsam ein Raketenabwehrsystem aufbauen, das unserer Meinung nach, wenn es einseitig aufgebaut wird, unsere Sicherheit bedroht, obwohl die Vereinigten Staaten offiziell sagten, daß es gegen Raketenbedrohungen aus dem Iran aufgebaut wird. Das war die Rechtfertigung für die Errichtung des Raketenabwehrsystems. Ich schlug vor, zusammenzuarbeiten - Rußland, die Vereinigten Staaten und Europa. Sie sagten, das sei sehr interessant. Sie fragten mich: "Ist das Ihr Ernst?" Ich sagte: "Auf jeden Fall".
Tucker Carlson: Darf ich fragen, in welchem Jahr das war?
Wladimir Putin: Das weiß ich nicht mehr. Es ist leicht, im Internet herauszufinden, als ich auf Einladung von Bush Sr. in den USA war. Es ist sogar noch einfacher, von jemandem zu erfahren, von dem ich Ihnen erzählen werde.
Man sagte mir, es sei sehr interessant. Ich sagte: "Stellen Sie sich vor, wenn wir eine solche globale, strategische Sicherheitsherausforderung gemeinsam angehen könnten. Die Welt würde sich verändern. Wir werden wahrscheinlich Streitigkeiten haben, wahrscheinlich wirtschaftliche und sogar politische, aber wir könnten die Situation in der Welt drastisch verändern." Er sagt: "Ja." Und fragt: "Ist das Ihr Ernst?". Ich sage: "Natürlich." "Wir müssen darüber nachdenken", wird mir gesagt. Ich sagte: "Bitte, nur zu."
Dann kamen Verteidigungsminister R. Gates, der ehemalige Direktor der CIA, und Außenministerin C. Rice hierher, in dieses Kabinett. Genau hier, an diesem Tisch, saßen sie auf dieser Seite. Ich, der Außenminister, der russische Verteidigungsminister - auf dieser Seite. Sie sagten zu mir: "Ja, wir haben darüber nachgedacht, wir sind einverstanden." Ich sagte: "Gott sei Dank, großartig." - "Aber mit einigen Ausnahmen."
Tucker Carlson: Sie haben also zweimal beschrieben, wie US-Präsidenten Entscheidungen treffen und dann von ihren Behördenleitern unterboten werden. Es klingt also so, als würden Sie ein System beschreiben, das nicht von den Leuten geführt wird, die Ihrer Meinung nach gewählt wurden.
Wladimir Putin: Das ist richtig, das ist richtig. Am Ende haben sie uns einfach gesagt, wir sollen verschwinden. Ich werde Ihnen keine Einzelheiten nennen, weil ich das für falsch halte, schließlich war es ein vertrauliches Gespräch. Aber unser Vorschlag wurde abgelehnt, das ist eine Tatsache.
Damals habe ich gesagt: "Schauen Sie, aber dann werden wir gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wir werden solche Schlagsysteme schaffen, die sicherlich die Raketenabwehrsysteme überwinden werden." Die Antwort war: "Wir tun das nicht gegen Sie, und Sie tun, was Sie wollen, vorausgesetzt, es ist nicht gegen uns, nicht gegen die Vereinigten Staaten". Ich sagte: "Okay."
Nun gut, so war es dann auch. Und wir haben Hyperschallsysteme mit interkontinentaler Reichweite entwickelt, und wir entwickeln sie weiter. Wir sind jetzt allen voraus - den Vereinigten Staaten und anderen Ländern -, was die Entwicklung von Hyperschallsystemen angeht, und wir verbessern sie jeden Tag.
Aber wir waren es nicht, wir haben vorgeschlagen, in die andere Richtung zu gehen, und wir wurden zurückgedrängt.
Nun zur Osterweiterung der NATO. Nun, uns wurde versprochen, keine NATO im Osten, keinen Zentimeter im Osten, wie uns gesagt wurde. Und was dann? Sie sagten: "Nun, es ist

nicht auf dem Papier verankert, also werden wir expandieren." So gab es fünf Erweiterungswellen, die baltischen Staaten, ganz Osteuropa und so weiter.
Und jetzt komme ich zur Hauptsache: Sie sind letztendlich in die Ukraine gekommen. Im Jahr 2008 erklärten sie auf dem Gipfel in Bukarest, daß die Türen für einen NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens offen stünden.
Jetzt geht es darum, wie die Entscheidungen dort getroffen werden. Deutschland und Frankreich schienen dagegen zu sein, ebenso wie einige andere europäische Länder. Aber dann, wie sich später herausstellte, hat Präsident Bush, und er ist so ein harter Kerl, ein harter Politiker, wie mir später gesagt wurde, Druck auf uns ausgeübt und wir mußten zustimmen. Das ist lächerlich, das ist wie im Kindergarten. Wo sind die Garantien? Was ist das für ein Kindergarten, was sind das für Leute, wer sind sie?
Sehen Sie, sie wurden unter Druck gesetzt, sie haben zugestimmt. Und dann sagen sie: "Die Ukraine wird nicht in der NATO sein, wissen Sie." Ich sage: "Ich weiß nicht, ich weiß, daß ihr 2008 zugestimmt habt, warum wollt ihr in Zukunft nicht zustimmen?" "Nun, sie haben uns damals unter Druck gesetzt." Ich sage: "Warum sollten sie euch morgen nicht unter Druck setzen? Und Sie werden wieder zustimmen."
Nun, das ist unsinnig. Ich verstehe einfach nicht, mit wem man da reden soll. Wir sind bereit, zu reden. Aber mit wem? Wo sind die Garantien? Keine.
Sie haben also begonnen, das Gebiet der Ukraine zu entwickeln. Was auch immer dort ist, ich habe Ihnen den Hintergrund erzählt, wie sich dieses Gebiet entwickelt hat, welche Art von Beziehungen es zu Rußland gab. Jede zweite oder dritte Person dort hatte immer irgendwelche Beziehungen zu Rußland. Und während der Wahlen in der bereits unabhängigen, souveränen Ukraine, die ihre Unabhängigkeit durch die Unabhängigkeitserklärung erlangt hat, in der übrigens steht, daß die Ukraine ein neutraler Staat ist, standen ihr 2008 plötzlich die Türen oder Tore zur NATO offen.
Das darf doch nicht wahr sein! So haben wir das nicht vereinbart. Alle Präsidenten, die in der Ukraine an die Macht gekommen sind, haben sich auf eine Wählerschaft verlassen, die auf die eine oder andere Weise eine gute Einstellung zu Rußland hat. Das ist der Südosten der Ukraine, das ist eine große Zahl von Menschen. Und es war sehr schwierig, diese Wählerschaft, die eine positive Einstellung zu Rußland hatte, umzustimmen.
Wiktor Janukowytsch kam an die Macht, und wie: Als er das erste Mal nach Präsident Kutschma gewann, organisierten sie einen dritten Wahlgang, der in der Verfassung der Ukraine nicht vorgesehen ist. Das ist ein Staatsstreich. Stellen Sie sich vor, jemandem in den Vereinigten Staaten würde das Ergebnis nicht gefallen …
Tucker Carlson: Im Jahr 2014?
Wladimir Putin: Davor. Nein, das war davor. Nach Präsident Kutschma gewann Viktor Janukowitsch die Wahlen. Seine Gegner erkannten diesen Sieg jedoch nicht an, die USA unterstützten die Opposition und die dritte Runde wurde angesetzt. Und was ist das? Das ist ein Staatsstreich. Die USA haben ihn unterstützt, und der Gewinner der dritten Runde kam an die Macht. Stellen Sie sich vor, in den USA gefällt jemandem etwas nicht, und es wird ein dritter Wahlgang angesetzt, den die US-Verfassung nicht vorsieht, und trotzdem wird das in der Ukraine gemacht. Okay, Viktor Juschtschenko, der als pro-westlicher Politiker galt, kam an die Macht. Gut, wir haben auch zu ihm Beziehungen aufgebaut.
Er kam mit Besuchen nach Moskau, wir besuchten Kiew. Ich habe ihn auch besucht. Wir haben uns in einem informellen Rahmen getroffen. Wenn er pro-westlich ist, dann ist das eben so. Das ist in Ordnung, lassen Sie die Leute ihre Arbeit machen. Die Situation sollte sich innerhalb der unabhängigen Ukraine selbst entwickeln. Unter Kutschmas Führung hat sich die Lage verschlechtert, und Viktor Janukowitsch ist schließlich an die Macht gekommen.
Vielleicht war er nicht der beste Präsident und Politiker. Ich weiß es nicht, ich will keine

Wertungen abgeben. Allerdings kam die Frage der Assoziierung mit der EU auf. Wir waren in dieser Hinsicht immer nachsichtig: Wie ihr wollt. Aber als wir uns den Assoziierungsvertrag durchgelesen haben, hat sich das für uns als Problem herausgestellt, denn wir hatten eine Freihandelszone und offene Zollgrenzen mit der Ukraine, die im Rahmen dieser Assoziierung ihre Grenzen für Europa öffnen mußte, was zu einer Überflutung unseres Marktes hätte führen können.
Wir haben gesagt: "Nein, das wird nicht funktionieren. Dann werden wir unsere Grenzen zur Ukraine schließen". Das heißt, die Zollgrenzen. Janukowitsch begann zu berechnen, wie viel die Ukraine gewinnen und wie viel sie verlieren würde, und sagte zu seinen europäischen Partnern: "Ich brauche mehr Zeit zum Nachdenken, bevor ich unterschreibe". In dem Moment, in dem er das sagte, begann die Opposition, zerstörerische Schritte zu unternehmen, die vom Westen unterstützt wurden. Es lief alles auf den Maidan und einen Putsch in der Ukraine hinaus.
Tucker Carlson: Er hat also mehr Handel mit Rußland als mit der EU getrieben? Die Ukraine hat …
Wladimir Putin: Ja, natürlich. Es ist nicht einmal eine Frage des Handelsvolumens, obwohl das zum größten Teil der Fall ist. Es geht um die Kooperationsbeziehungen, auf denen die gesamte ukrainische Wirtschaft beruhte. Die Kooperationsbeziehungen zwischen den Unternehmen waren seit den Zeiten der Sowjetunion sehr eng. Ein Unternehmen produzierte Komponenten, die sowohl in Rußland als auch in der Ukraine montiert wurden und umgekehrt. Es gab sehr enge Beziehungen.
Es wurde ein Staatsstreich begangen, obwohl ich jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen möchte, da ich es für unangebracht halte, sagten uns die USA: "Beruhigt Janukowitsch und wir werden die Opposition beruhigen. Lassen Sie die Situation sich im Rahmen einer politischen Lösung entwickeln". Wir sagten: "In Ordnung. Einverstanden. Machen wir es so". Wie von den Amerikanern gewünscht, setzte Janukowitsch weder die Streitkräfte noch die Polizei ein, doch die bewaffnete Opposition verübte einen Staatsstreich in Kiew. Was soll das heißen? "Für wen halten Sie sich eigentlich?", wollte ich die damalige US-Führung fragen.
Tucker Carlson: Mit Rückendeckung von wem?
Wladimir Putin: Natürlich mit der Unterstützung der CIA. Die Organisation, der Sie damals beitreten wollten, wie ich hörte. Vielleicht sollten wir Gott danken, daß man Sie nicht aufgenommen hat. Obwohl es eine seriöse Organisation ist. Ich weiß. Mein früheres Vis-à-vis, denn ich habe in der Ersten Hauptdirektion gedient - dem Geheimdienst der Sowjetunion. Sie waren immer unsere Gegner. Ein Job ist ein Job.
Technisch gesehen haben sie alles richtig gemacht, sie haben ihr Ziel des Regierungswechsels erreicht. Vom politischen Standpunkt aus gesehen war es jedoch ein kolossaler Fehler. Sicherlich war es eine Fehleinschätzung der politischen Führung. Sie hätten erkennen müssen, was daraus werden würde.
So wurden 2008 die Türen der NATO für die Ukraine geöffnet. Im Jahr 2014 gab es einen Putsch, sie begannen mit der Verfolgung derjenigen, die den Putsch nicht akzeptierten, und es war tatsächlich ein Putsch, sie schufen eine Bedrohung für die Krim, die wir unter unseren Schutz nehmen mußten. Sie begannen 2014 einen Krieg im Donbass mit dem Einsatz von Flugzeugen und Artillerie gegen Zivilisten. Das war der Anfang. Es gibt ein Video von Flugzeugen, die Donezk von oben angreifen. Sie starteten eine groß angelegte Militäroperation, dann eine weitere. Als diese scheiterte, begannen sie, die nächste vorzubereiten. All dies vor dem Hintergrund der militärischen Entwicklung dieses Gebiets und der Öffnung der NATO-Türen.
Wie könnten wir da nicht unsere Besorgnis über das Geschehen zum Ausdruck bringen? Von unserer Seite aus wäre dies eine sträfliche Nachlässigkeit gewesen - das wäre es gewesen. Es

ist nur so, daß die politische Führung der USA uns an eine Grenze gedrängt hat, die wir nicht überschreiten durften, weil dies Rußland selbst hätte ruinieren können. Außerdem konnten wir unsere Glaubensbrüder und damit einen Teil des russischen Volkes nicht im Angesicht dieser "Kriegsmaschine" zurücklassen.
Tucker Carlson: Das war also acht Jahre vor Beginn des aktuellen Konflikts. Was war für Sie der Auslöser? Was war der Moment, in dem Sie beschlossen haben, daß Sie das tun müssen?
Wladimir Putin: Ursprünglich war es der Putsch in der Ukraine, der den Konflikt auslöste.
Damals kamen übrigens die Vertreter von drei europäischen Ländern - Deutschland, Polen und Frankreich - an. Sie waren die Garanten für das unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung Janukowitsch und der Opposition. Sie unterzeichneten es als Garanten.
Trotzdem hat die Opposition einen Staatsstreich begangen, und all diese Länder haben so getan, als ob sie sich nicht daran erinnern könnten, daß sie Garanten für eine friedliche Lösung waren. Sie haben es einfach in den Ofen geworfen, und niemand erinnert sich daran.
Ich weiß nicht, ob die USA irgend etwas über die Vereinbarung zwischen der Opposition und den Behörden und ihren drei Bürgen wissen, die, anstatt die ganze Situation wieder ins politische Lot zu bringen, den Putsch unterstützt haben. Obwohl es bedeutungslos war, glauben Sie mir, denn Präsident Janukowitsch hat allen Bedingungen zugestimmt, er war bereit, vorgezogene Wahlen abzuhalten, die er nicht gewinnen konnte, offen gesagt, jeder wußte das. Warum dann der Putsch, warum die Opfer? Warum die Bedrohung der Krim? Warum eine Operation im Donbass? Das kann ich nicht verstehen. Genau das ist die Fehlkalkulation.
Die CIA hat ihren Job gemacht, um den Putsch zu vollenden. Ich glaube, einer der stellvertretenden Staatssekretäre sagte, daß dies eine große Summe Geld gekostet hat, fast 5 Milliarden. Aber der politische Fehler war kolossal! Warum mußten sie das tun? All dies hätte auf legale Weise geschehen können, ohne Opfer, ohne militärische Aktionen, ohne die Krim zu verlieren. Wir wären nie auf die Idee gekommen, auch nur einen Finger zu rühren, wenn es nicht zu den blutigen Entwicklungen auf dem Maidan gekommen wäre.
Denn wir waren damit einverstanden, daß nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unsere Grenzen entlang der Grenzen der ehemaligen Unionsrepubliken verlaufen sollten. Dem haben wir zugestimmt. Aber wir haben der NATO-Erweiterung nie zugestimmt, und wir haben auch nie zugestimmt, daß die Ukraine in die NATO aufgenommen wird. Wir haben nicht zugestimmt, daß die NATO dort Stützpunkte errichtet, ohne mit uns darüber zu sprechen. Jahrzehntelang haben wir immer wieder gefordert: Tut dies nicht, tut das nicht.
Und was ist der Auslöser für die jüngsten Ereignisse? Erstens hat die derzeitige ukrainische Führung erklärt, daß sie die Minsker Vereinbarungen, die bekanntlich nach den Ereignissen von 2014 in Minsk unterzeichnet wurden und in denen der Plan für eine friedliche Beilegung des Konflikts im Donbass dargelegt wurde, nicht umsetzen wird.
Aber nein, die derzeitige ukrainische Führung, der Außenminister, alle anderen Beamten und der damalige Präsident selbst sagten, daß sie nichts von den Minsker Vereinbarungen halten. Mit anderen Worten, sie würden sie nicht umsetzen. Vor einem Jahr oder anderthalb Jahren haben die ehemaligen Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs vor der ganzen Welt offen gesagt, daß sie die Minsker Vereinbarungen zwar unterzeichnet haben, aber nie die Absicht hatten, sie umzusetzen. Sie haben uns einfach an der Nase herumgeführt.
Tucker Carlson: Gab es jemanden, mit dem Sie sprechen konnten? Haben Sie den US-Präsidenten, den Außenminister angerufen und gesagt, wenn Sie die Ukraine weiterhin mit NATO-Truppen militarisieren, werden wir handeln?
Wladimir Putin: Wir haben die ganze Zeit über dieses Thema gesprochen. Wir haben uns an die Führung der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder gewandt, um diese Entwicklungen sofort zu stoppen und die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Ehrlich gesagt, wußte ich nicht, wie wir das machen sollten, aber ich war bereit, sie umzusetzen.

Diese Abkommen waren für die Ukraine kompliziert; sie beinhalteten viele Elemente der Unabhängigkeit der Donbass-Gebiete. Das ist wahr.
Aber ich war absolut zuversichtlich, und das sage ich Ihnen jetzt: Ich habe ehrlich geglaubt, daß die Wunden allmählich heilen würden, wenn es uns gelänge, die Bewohner des Donbass zu überzeugen - und wir mußten hart arbeiten, um sie zu überzeugen, in die ukrainische Staatlichkeit zurückzukehren. Wenn dieser Teil des Territoriums sich wieder in ein gemeinsames soziales Umfeld integrieren würde, wenn die Renten und Sozialleistungen wieder gezahlt würden, dann würden sich allmählich alle Teile zusammenfügen.
Nein, das wollte niemand, jeder wollte das Problem nur mit militärischer Gewalt lösen. Aber das konnten wir nicht zulassen. Und dann war es so weit, daß die ukrainische Seite verkündete: "Nein, wir werden nichts tun". Sie begannen auch, sich auf militärische Aktionen vorzubereiten. Sie waren es, die den Krieg im Jahr 2014 begonnen haben. Unser Ziel ist es, diesen Krieg zu beenden. Und wir haben diesen Krieg nicht 2022 begonnen. Dies ist ein Versuch, ihn zu beenden.
Tucker Carlson: Glauben Sie, daß Sie ihn jetzt gestoppt haben? Ich meine, haben Sie Ihre Ziele erreicht?
Wladimir Putin: Nein, wir haben unsere Ziele noch nicht erreicht, denn eines davon ist die Entnazifizierung. Das bedeutet das Verbot aller Arten von Neonazi-Bewegungen. Dies ist eines der Probleme, die wir während des Verhandlungsprozesses, der Anfang letzten Jahres in Istanbul endete, erörtert haben, und es war nicht unsere Initiative, denn uns wurde (vor allem von den Europäern) gesagt, daß "es notwendig sei, Bedingungen für die endgültige Unterzeichnung der Dokumente zu schaffen". Meine Amtskollegen in Frankreich und Deutschland sagten: "Wie können Sie sich vorstellen, daß sie einen Vertrag unterschreiben, wenn man ihnen eine Waffe an den Kopf hält? Die Truppen sollten aus Kiew abgezogen werden. Ich sagte: ‘In Ordnung. Wir zogen die Truppen aus Kiew ab.
Sobald wir unsere Truppen aus Kiew zurückgezogen hatten, warfen unsere ukrainischen Unterhändler sofort alle in Istanbul getroffenen Vereinbarungen in den Papierkorb und bereiteten sich mit Hilfe der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten in Europa auf eine langjährige bewaffnete Konfrontation vor. So hat sich die Situation entwickelt. Und so sieht sie auch jetzt aus.
Tucker Carlson: Was ist Entnazifizierung? Was würde das bedeuten?
Wladimir Putin: Darüber möchte ich jetzt sprechen. Es ist ein sehr wichtiges Thema.
Entnazifizierung. Nachdem die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangt hatte, begann sie, wie einige westliche Analysten sagen, nach ihrer Identität zu suchen. Und es fiel ihr nichts Besseres ein, als diese Identität auf einigen falschen Helden aufzubauen, die mit Hitler kollaboriert haben.
Ich habe bereits gesagt, daß die Theoretiker der Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine Anfang des 19. Jahrhunderts davon ausgingen, daß eine unabhängige Ukraine sehr gute Beziehungen zu Rußland haben sollte. Aber aufgrund der historischen Entwicklung waren diese Gebiete Teil der Polnisch-Litauischen Gemeinschaft - Polen, wo die Ukrainer verfolgt und ziemlich brutal behandelt wurden und grausamem Verhalten ausgesetzt waren. Es gab auch Versuche, ihre Identität zu zerstören. All dies blieb in der Erinnerung der Menschen. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, kollaborierte ein Teil dieser extrem nationalistischen Elite mit Hitler, weil sie glaubten, er würde ihnen die Freiheit bringen.
Die deutschen Truppen, sogar die SS-Truppen, ließen Hitlers Kollaborateure die schmutzigste Arbeit verrichten, nämlich die Ausrottung der polnischen und jüdischen Bevölkerung. So kam es zu diesem brutalen Massaker an der polnischen und jüdischen Bevölkerung, aber auch an der russischen Bevölkerung. Angeführt wurde es von den bekannten Personen Bandera und Schuchewitsch. Diese Leute wurden zu Nationalhelden gemacht - das ist das Problem. Und

man sagt uns ständig, daß es Nationalismus und Neonazismus auch in anderen Ländern gibt. Ja, es gibt Keimlinge, aber wir entwurzeln sie, und andere Länder bekämpfen sie.
Aber in der Ukraine ist das nicht der Fall. Diese Leute sind in der Ukraine zu Nationalhelden gemacht worden. Für diese Menschen wurden Denkmäler errichtet, sie sind auf Fahnen abgebildet, ihre Namen werden von Menschenmassen gerufen, die mit Fackeln durch die Straßen gehen, wie es in Nazideutschland der Fall war. Das waren die Leute, die Polen, Juden und Russen vernichtet haben. Es ist notwendig, diese Praxis zu beenden und die Verbreitung dieses Konzepts zu verhindern.
Ich sage, daß die Ukrainer ein Teil des einen russischen Volkes sind. Sie sagen: "Nein, wir sind ein separates Volk". Okay, gut. Wenn sie sich selbst als ein separates Volk betrachten, haben sie das Recht dazu, aber nicht auf der Grundlage des Nazismus, der Nazi-Ideologie.
Tucker Carlson: Wären Sie mit dem Gebiet, das Sie jetzt haben, zufrieden?
Wladimir Putin: Ich werde die Frage zu Ende beantworten. Sie haben gerade eine Frage über Neonazismus und Entnazifizierung gestellt.
Sehen Sie, der Präsident der Ukraine hat Kanada besucht. Diese Geschichte ist gut bekannt, wird aber in den westlichen Ländern totgeschwiegen: Das kanadische Parlament stellte einen Mann vor, der, wie der Parlamentspräsident sagte, während des Zweiten Weltkriegs gegen die Russen gekämpft hat. Nun, wer kämpfte während des Zweiten Weltkriegs gegen die Russen? Hitler und seine Komplizen. Es stellte sich heraus, daß dieser Mann in den SS-Truppen diente. Er hat persönlich Russen, Polen und Juden getötet. Die SS-Truppen bestanden aus ukrainischen Nationalisten, die diese Drecksarbeit erledigten. Der Präsident der Ukraine stand zusammen mit dem gesamten kanadischen Parlament auf und applaudierte diesem Mann. Wie kann man sich das vorstellen? Der Präsident der Ukraine selbst ist übrigens ein Jude.
Tucker Carlson: Meine Frage ist wirklich: Was kann man dagegen tun? Ich meine, Hitler ist seit achtzig Jahren tot, Nazi-Deutschland existiert nicht mehr, und das ist wahr. Ich denke, was Sie sagen, ist, daß Sie den ukrainischen Nationalismus auslöschen oder zumindest kontrollieren wollen. Aber wie wollen Sie das tun?
Wladimir Putin: Hören Sie mir zu. Ihre Frage ist sehr subtil.
Und darf ich Ihnen sagen, was ich denke? Nehmen Sie es mir nicht übel.
Tucker Carlson: Aber natürlich!
Wladimir Putin: Diese Frage scheint subtil zu sein, sie ist ziemlich lästig.
Sie sagen, Hitler ist seit so vielen Jahren tot, seit 80 Jahren. Aber sein Beispiel lebt weiter. Menschen, die Juden, Russen und Polen ausgerottet haben, leben noch. Und der Präsident, der derzeitige Präsident der heutigen Ukraine, applaudiert ihm im kanadischen Parlament, gibt stehende Ovationen! Können wir sagen, daß wir diese Ideologie vollständig ausgerottet haben, wenn das, was wir heute sehen, geschieht? Das ist es, was Entnazifizierung in unserem Verständnis bedeutet. Wir müssen die Leute loswerden, die dieses Konzept aufrechterhalten und diese Praxis unterstützen und versuchen, sie zu bewahren - das ist Entnazifizierung. Das ist es, was wir meinen.
Tucker Carlson: Richtig. Meine Frage ist fast spezifisch, sie war natürlich keine Verteidigung des Nazismus. Ansonsten war es eine praktische Frage. Sie kontrollieren nicht das ganze Land, und es scheint auch nicht so, als ob Sie das wollten. Wie also beseitigt man eine Kultur, eine Ideologie, ein Gefühl oder eine Geschichtsauffassung in einem Land, das man nicht kontrolliert? Was kann man dagegen tun?
Wladimir Putin: Wissen Sie, so seltsam es Ihnen auch vorkommen mag, während der Verhandlungen in Istanbul haben wir uns darauf geeinigt - wir haben alles schriftlich -, daß der Neonazismus in der Ukraine nicht kultiviert wird, einschließlich eines Verbots auf legislativer Ebene.
Herr Carlson, darauf haben wir uns geeinigt. Es hat sich gezeigt, daß dies während des

Verhandlungsprozesses möglich ist. Und es gibt nichts, was die Ukraine als modernen zivilisierten Staat demütigen würde. Ist es einem Staat erlaubt, den Nazismus zu fördern? Das darf er nicht, nicht wahr? Das ist es.
Tucker Carlson: Wird es Gespräche geben? Und warum hat es keine Gespräche über die Lösung des Konflikts in der Ukraine gegeben? Friedensgespräche.
Wladimir Putin: Es hat sie gegeben. Sie erreichten ein sehr hohes Stadium der Koordinierung der Positionen in einem komplexen Prozeß, aber dennoch waren sie fast abgeschlossen. Aber nachdem wir unsere Truppen aus Kiew abgezogen hatten, warf die andere Seite (die Ukraine), wie ich bereits sagte, all diese Vereinbarungen über Bord und befolgte die Anweisungen der westlichen Länder, der europäischen Länder und der Vereinigten Staaten, Rußland bis zum bitteren Ende zu bekämpfen.
Darüber hinaus hat der Präsident der Ukraine ein Verbot von Verhandlungen mit Rußland erlassen. Er hat ein Dekret unterzeichnet, das jedem verbietet, mit Rußland zu verhandeln. Aber wie sollen wir denn verhandeln, wenn er sich selbst und allen anderen dies verbietet? Wir wissen, daß er einige Ideen zu dieser Regelung vorbringt. Aber um sich auf etwas einigen zu können, müssen wir einen Dialog führen. Ist das nicht richtig?
Tucker Carlson: Nun, aber Sie würden nicht mit dem ukrainischen Präsidenten sprechen, sondern mit dem amerikanischen Präsidenten. Wann haben Sie das letzte Mal mit Joe Biden gesprochen?
Wladimir Putin: Ich kann mich nicht erinnern, wann ich mit ihm gesprochen habe. Ich kann mich nicht erinnern, wir können es nachschlagen.
Tucker Carlson: Sie erinnern sich nicht?!
Wladimir Putin: Nein, warum? Muss ich mich an alles erinnern? Ich habe meine eigenen Dinge zu tun. Wir haben innenpolitische Angelegenheiten.
Tucker Carlson: Aber er finanziert den Krieg, den Sie führen, also denke ich, das wäre denkwürdig?
Wladimir Putin: Nun, ja, er finanziert, aber ich habe mit ihm natürlich vor der militärischen Sonderoperation gesprochen. Und ich habe ihm damals übrigens gesagt - ich werde nicht ins Detail gehen, das tue ich nie - aber ich habe ihm damals gesagt: "Ich glaube, daß Sie einen großen Fehler von historischem Ausmaß begehen, wenn Sie alles unterstützen, was dort, in der Ukraine, passiert, indem Sie Rußland wegdrängen." Das habe ich ihm gesagt, übrigens wiederholt. Ich denke, es wäre richtig, wenn ich hier aufhöre.
Tucker Carlson: Was hat er gesagt?
Wladimir Putin: Fragen Sie ihn, bitte. Es ist einfacher für Sie, Sie sind ein Bürger der Vereinigten Staaten, gehen Sie und fragen Sie ihn. Es ist nicht angebracht, daß ich mich zu unserem Gespräch äußere.
Tucker Carlson: Aber Sie haben nicht mehr vor Februar 2022 mit ihm gesprochen?
Wladimir Putin: Nein, wir haben nicht miteinander gesprochen. Bestimmte Kontakte werden jedoch aufrechterhalten. Apropos, erinnern Sie sich an meinen Vorschlag, gemeinsam an einem Raketenabwehrsystem zu arbeiten?
Tucker Carlson: Ja.
Wladimir Putin: Sie können alle von ihnen fragen. Sie sind alle gesund und munter, Gott sei Dank. Die ehemalige Präsidentin Condoleezza ist gesund und munter, und ich denke, auch Herr Gates und der derzeitige Direktor der Central Intelligence Agency, Herr Burns, der damalige Botschafter in Rußland, meiner Meinung nach ein sehr erfolgreicher Botschafter. Sie alle waren Zeugen dieser Gespräche. Fragen Sie sie.
Wenn Sie wissen wollen, was Herr Präsident Biden mir geantwortet hat, fragen Sie ihn ebenfalls. Ich habe auf jeden Fall mit ihm darüber gesprochen.
Tucker Carlson: Ich bin definitiv interessiert. Aber von der anderen Seite sieht es so aus, als

ob es sich zu etwas entwickeln könnte, das die ganze Welt in einen Konflikt bringt und einen nuklearen Start auslösen könnte, und warum rufen Sie nicht einfach Biden an und sagen "laßt uns das klären"?
Wladimir Putin: Was gibt es da zu klären? Das ist ganz einfach. Ich wiederhole: Wir haben Kontakte über verschiedene Agenturen. Ich werde Ihnen sagen, was wir in dieser Angelegenheit sagen und was wir der US-Führung übermitteln: "Wenn Sie die Kämpfe wirklich beenden wollen, müssen Sie die Waffenlieferungen einstellen. In ein paar Wochen wird es vorbei sein. Das war's. Und dann können wir uns auf einige Bedingungen einigen, bevor ihr das tut, hört auf."
Was ist einfacher? Warum sollte ich ihn anrufen? Worüber soll ich mit ihm reden? Oder ihn um was anflehen? "Sie werden diese und jene Waffen an die Ukraine liefern. Oh, ich habe Angst, ich habe Angst, bitte nicht." Was gibt es da zu besprechen?
Tucker Carlson: Glauben Sie, die NATO war besorgt, daß dies zu einem globalen Krieg oder einem Atomkonflikt führen könnte?
Wladimir Putin: Zumindest ist es das, worüber sie reden. Und sie versuchen, ihre eigene Bevölkerung mit einer imaginären russischen Bedrohung einzuschüchtern. Das ist eine offensichtliche Tatsache. Und denkende Menschen, keine Spießer, sondern denkende Menschen, Analysten, diejenigen, die sich mit echter Politik befassen, einfach kluge Menschen, verstehen sehr wohl, daß dies eine Fälschung ist. Sie versuchen, die russische Bedrohung zu schüren.
Tucker Carlson: Die Bedrohung, auf die Sie sich, glaube ich, bezogen haben, ist die russische Invasion in Polen und Lettland - expansionistisches Verhalten. Können Sie sich ein Szenario vorstellen, in dem Sie russische Truppen nach Polen schicken?
Wladimir Putin: Nur in einem Fall: wenn Polen Rußland angreift. Und warum? Weil wir kein Interesse an Polen, Lettland oder sonst wo haben. Warum sollten wir das tun? Wir haben einfach kein Interesse. Das ist nur Drohgebärde.
Tucker Carlson: Nun, das Argument, ich weiß, daß Sie das wissen, ist, daß er in die Ukraine einmarschiert ist - er hat territoriale Ziele auf dem ganzen Kontinent. Und Sie sagen unmißverständlich, daß Sie das nicht tun?
Wladimir Putin: Das kommt überhaupt nicht in Frage. Man muß kein Analytiker sein, es widerspricht dem gesunden Menschenverstand, sich auf einen globalen Krieg einzulassen. Und ein globaler Krieg wird die gesamte Menschheit an den Rand der Zerstörung bringen. Das liegt auf der Hand.
Natürlich gibt es Mittel zur Abschreckung. Sie haben uns die ganze Zeit Angst eingejagt: Morgen wird Rußland taktische Atomwaffen einsetzen, morgen wird Rußland das einsetzen, nein, übermorgen. Was soll's? Das sind nur Schauermärchen für die Leute auf der Straße, um den amerikanischen und europäischen Steuerzahlern zusätzliches Geld für die Konfrontation mit Rußland auf dem ukrainischen Kriegsschauplatz abzuluchsen. Das Ziel ist es, Rußland so weit wie möglich zu schwächen.
Tucker Carlson: Einer unserer ranghöchsten US-Senatoren aus dem Bundesstaat New York, Chuck Schumer, sagte gestern, daß wir die ukrainischen Bemühungen weiterhin finanzieren müssen, da sonst US-Soldaten, Bürger, dort in den Kampf ziehen könnten. Wie beurteilen Sie das?
Wladimir Putin: Das ist eine Provokation, und zwar eine billige Provokation.
Ich verstehe nicht, warum amerikanische Soldaten in der Ukraine kämpfen sollten. Es gibt dort Söldner aus den Vereinigten Staaten. Die meisten Söldner kommen aus Polen, an zweiter Stelle stehen die Söldner aus den Vereinigten Staaten und an dritter Stelle die Söldner aus Georgien. Nun, wenn jemand den Wunsch hat, reguläre Truppen zu entsenden, würde das die Menschheit sicherlich an den Rand eines sehr ernsten, globalen Konflikts bringen. Das ist

offensichtlich.
Haben die Vereinigten Staaten das nötig? Wozu denn? Tausende von Kilometern entfernt von ihrem nationalen Territorium! Habt ihr denn nichts Besseres zu tun?
Sie haben Probleme an der Grenze, Probleme mit der Migration, Probleme mit der Staatsverschuldung - mehr als 33 Billionen Dollar. Sie haben nichts Besseres zu tun, also sollten Sie in der Ukraine kämpfen? Wäre es nicht besser, mit Rußland zu verhandeln? Eine Vereinbarung treffen, wenn man die Situation, die sich heute entwickelt, bereits kennt und weiß, daß Rußland bis zum Ende für seine Interessen kämpfen wird. Und wenn man sich dessen bewußt ist, sollte man zum gesunden Menschenverstand zurückkehren, anfangen, unser Land und seine Interessen zu respektieren und nach bestimmten Lösungen suchen. Das scheint mir viel klüger und vernünftiger zu sein.
Tucker Carlson: Wer hat Nord Stream in die Luft gejagt?
Wladimir Putin: Sie, ganz sicher. (Lacht.)
Tucker Carlson: Ich war an diesem Tag beschäftigt. Ich habe Nord Stream nicht in die Luft gejagt.
Wladimir Putin: Sie persönlich mögen ein Alibi haben, aber die CIA hat kein solches Alibi.
Tucker Carlson: Haben Sie Beweise, daß die NATO oder die CIA es getan haben?
Wladimir Putin: Wissen Sie, ich werde nicht ins Detail gehen, aber man sagt in solchen Fällen immer: "Sucht nach jemandem, der interessiert ist". Aber in diesem Fall sollten wir nicht nur nach jemandem suchen, der interessiert ist, sondern auch nach jemandem, der über Fähigkeiten verfügt. Denn es mag viele Interessenten geben, aber nicht alle von ihnen sind in der Lage, auf den Grund der Ostsee zu sinken und diese Explosion durchzuführen. Diese beiden Komponenten sollten miteinander verbunden werden: Wer ist interessiert und wer ist fähig, es zu tun.
Tucker Carlson: Aber ich bin verwirrt. Ich meine, das ist der größte Akt des industriellen Terrorismus aller Zeiten und der größte CO2-Ausstoß der Geschichte. Okay, wenn Sie also Beweise hätten, und angesichts Ihrer Sicherheitsdienste, Ihrer Geheimdienste würden Sie das vermutlich, daß die NATO, die USA, die CIA, der Westen das getan haben, warum würden Sie sie nicht präsentieren und einen Propagandasieg erringen?
Wladimir Putin: Im Propagandakrieg ist es sehr schwierig, die Vereinigten Staaten zu besiegen, weil die Vereinigten Staaten alle Medien der Welt und viele europäische Medien kontrollieren. Der eigentliche Nutznießer der größten europäischen Medien sind amerikanische Finanzinstitute. Wussten Sie das nicht? Es ist also möglich, sich an dieser Arbeit zu beteiligen, aber es ist sozusagen unerschwinglich. Wir können einfach unsere Informationsquellen ins Rampenlicht stellen, aber wir werden keine Ergebnisse erzielen. Es ist der ganzen Welt klar, was passiert ist, und selbst amerikanische Analysten sprechen direkt darüber. Das ist wahr.
Tucker Carlson: Ja. Aber hier ist eine Frage, die Sie vielleicht beantworten können. Sie haben bekanntlich in Deutschland gearbeitet. Die Deutschen wissen ganz genau, daß ihr NATO-Partner dies getan hat, daß sie ihrer Wirtschaft großen Schaden zugefügt haben - sie wird sich vielleicht nie wieder erholen. Warum schweigen sie dazu? Das ist für mich sehr verwirrend. Warum sagen die Deutschen nicht etwas dazu?
Wladimir Putin: Das verwirrt mich auch. Aber die heutige deutsche Führung läßt sich eher von den Interessen des kollektiven Westens als von ihren nationalen Interessen leiten, sonst wäre es schwierig, die Logik ihres Handelns oder Nichthandelns zu erklären. Es geht ja nicht nur um Nord Stream 1, das gesprengt wurde, und Nord Stream 2, das beschädigt wurde, sondern ein Rohr ist sicher und gesund, und Gas kann durch es nach Europa geliefert werden, aber Deutschland öffnet es nicht. Wir sind bereit, bitte.
Es gibt noch eine andere Route durch Polen, Jamal-Europa, die ebenfalls einen großen

Durchfluß ermöglicht. Polen hat sie geschlossen, aber Polen pickt aus der deutschen Hand, es erhält Geld aus paneuropäischen Fonds, und Deutschland ist der Hauptgeldgeber für diese paneuropäischen Fonds. Deutschland ernährt Polen bis zu einem gewissen Grad. Und sie haben die Route nach Deutschland geschlossen. Aber warum? Ich verstehe das nicht. Die Ukraine, an die die Deutschen Waffen liefern und Geld geben.
Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Geldgeber der Ukraine, was die finanzielle Unterstützung angeht. Es gibt zwei Gasrouten durch die Ukraine. Sie haben einfach eine Route geschlossen, die Ukrainer. Öffnen Sie die zweite Route und holen Sie bitte Gas aus Rußland. Sie öffnen sie nicht. Warum sagen die Deutschen nicht: "Schaut mal, Leute, wir geben euch Geld und Waffen. Macht das Ventil auf, bitte, laßt das Gas aus Rußland für uns durch.
Wir kaufen in Europa Flüssiggas zu exorbitanten Preisen, was unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Wirtschaft im Allgemeinen auf den Nullpunkt bringt. Wollt ihr, daß wir euch Geld geben? Laßt uns ein anständiges Leben führen, Geld für unsere Wirtschaft verdienen, denn von dort kommt das Geld, das wir euch geben". Sie weigern sich, dies zu tun. Warum eigentlich? Fragen Sie sie. (Klopft auf den Tisch.) So sieht es in ihren Köpfen aus. Das sind höchst inkompetente Leute.
Tucker Carlson: Nun, vielleicht teilt sich die Welt in zwei Hemisphären. Eine mit billiger Energie, die andere ohne sie. Und ich möchte Sie fragen: Wenn wir jetzt eine multipolare Welt sind, und das sind wir offensichtlich, können Sie dann die Blöcke der Allianzen beschreiben? Wer ist Ihrer Meinung nach auf der jeweiligen Seite?
Wladimir Putin: Hören Sie, Sie haben gesagt, daß die Welt in zwei Hemisphären zerfällt. Ein menschliches Gehirn ist in zwei Hemisphären unterteilt: Die eine ist für eine Art von Aktivitäten zuständig, die andere ist eher für Kreativität und so weiter. Aber es ist immer noch ein und derselbe Kopf. Die Welt sollte ein einziges Ganzes sein, die Sicherheit sollte geteilt werden und nicht für die "goldene Milliarde" bestimmt sein. Dies ist das einzige Szenario, in dem die Welt stabil, nachhaltig und vorhersehbar sein könnte. Bis dahin ist die Spaltung des Kopfes in zwei Teile eine Krankheit, ein schwerwiegender Mißstand. Es ist eine Phase schwerer Krankheit, die die Welt derzeit durchmacht.
Aber ich denke, daß dank des ehrlichen Journalismus - diese Arbeit ist mit der Arbeit der Ärzte vergleichbar - dies irgendwie behoben werden könnte.
Tucker Carlson: Nun, lassen Sie uns nur ein Beispiel nennen - den US-Dollar, der die Welt in vielerlei Hinsicht geeint hat, vielleicht nicht zu Ihrem Vorteil, aber sicherlich zu unserem. Wird er als Reservewährung, als universell akzeptierte Währung, verschwinden? Wie haben die Sanktionen Ihrer Meinung nach den Platz des Dollars in der Welt verändert?
Wladimir Putin: Wissen Sie, den Dollar als Instrument des außenpolitischen Kampfes einzusetzen, ist einer der größten strategischen Fehler der politischen Führung der USA. Der Dollar ist der Eckpfeiler der Macht der Vereinigten Staaten. Ich denke, jeder versteht sehr gut, dass, egal wie viele Dollar gedruckt werden, sie schnell in der ganzen Welt verteilt werden. Die Inflation in den Vereinigten Staaten ist minimal. Sie liegt bei 3 oder 3,4 Prozent, was meiner Meinung nach für die USA völlig akzeptabel ist. Aber sie werden nicht aufhören zu drucken. Was sagt uns die Verschuldung von 33 Billionen Dollar? Es geht um die Emission.
Symbolbild Petrodollar. Seine große Ära ist mittlerweile vorbei.
Dennoch ist dies die Hauptwaffe, die die Vereinigten Staaten einsetzen, um ihre Macht in der Welt zu erhalten. Sobald die politische Führung beschloß, den US-Dollar als Instrument des politischen Kampfes einzusetzen, wurde dieser amerikanischen Macht ein Schlag versetzt. Ich möchte nicht zu hart formulieren, aber das ist eine Dummheit und ein schwerer Fehler.
Schauen Sie sich an, was in der Welt vor sich geht.
Sogar die Verbündeten der Vereinigten Staaten bauen jetzt ihre Dollarreserven ab. Angesichts

dieser Tatsache sucht jeder nach Möglichkeiten, sich zu schützen. Aber die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Länder ergreifen, wie z.B. die Beschränkung von Transaktionen, das Einfrieren von Vermögenswerten usw., gibt Anlaß zu großer Sorge und sendet ein Signal an die ganze Welt.
Was haben wir hier? Bis 2022 wurden etwa 80 Prozent der russischen Außenhandelstransaktionen in US-Dollar und Euro abgewickelt. Etwa 50 Prozent unserer Transaktionen mit Drittländern wurden in US-Dollar abgewickelt, während es derzeit nur noch 13 Prozent sind. Es waren nicht wir, die die Verwendung des US-Dollars verboten haben, wir hatten keine solche Absicht. Es war die Entscheidung der Vereinigten Staaten, unsere Transaktionen in US-Dollar zu beschränken. Ich halte dies im Interesse der Vereinigten Staaten selbst und ihrer Steuerzahler für eine völlige Dummheit, denn es schadet der US-Wirtschaft und untergräbt die Macht der Vereinigten Staaten in der Welt.
Übrigens machten unsere Transaktionen in Yuan etwa 3 Prozent aus. Heute werden 34 Prozent unserer Transaktionen in Rubel abgewickelt, und etwa ebenso viel, etwas mehr als 34 Prozent, in Yuan.
Warum haben die Vereinigten Staaten das getan? Meine einzige Vermutung ist Selbstüberschätzung. Wahrscheinlich dachten sie, es würde zu einem vollständigen Zusammenbruch führen, aber nichts ist zusammengebrochen. Außerdem denken andere Länder, darunter auch Ölproduzenten, darüber nach und akzeptieren bereits Zahlungen für Öl in Yuan. Ist Ihnen überhaupt klar, was hier vor sich geht? Ist sich irgend jemand in den Vereinigten Staaten dessen bewußt? Was tun Sie denn da? Sie schotten sich ab … das sagen alle Experten. Fragen Sie jeden intelligenten und denkenden Menschen in den Vereinigten Staaten, was der Dollar für die USA bedeutet? Ihr macht ihn mit euren eigenen Händen kaputt.
Tucker Carlson: Ich denke, das ist eine faire Einschätzung. Die Frage ist, was kommt als nächstes? Und vielleicht tauscht man eine Kolonialmacht gegen eine andere, viel weniger sentimentale und nachsichtige Kolonialmacht? Besteht zum Beispiel die Gefahr, daß die BRICS-Staaten vollständig von der chinesischen Wirtschaft dominiert werden? In einer Weise, die ihrer Souveränität nicht zuträglich ist. Machen Sie sich darüber Sorgen?
Wladimir Putin: Wir haben diese Boogeyman-Geschichten schon oft gehört. Es ist ein Schreckgespenst. Wir sind Nachbarn von China. Nachbarn kann man sich nicht aussuchen, genauso wenig wie man sich enge Verwandte aussuchen kann. Wir haben eine gemeinsame Grenze von 1.000 Kilometern mit ihnen. Das ist die Nummer eins.
Zweitens: Wir haben eine jahrhundertelange Geschichte der Koexistenz, wir sind daran gewöhnt.
Drittens: Chinas außenpolitische Philosophie ist nicht aggressiv, sondern sucht immer den Kompromiß, und das können wir sehen.
Der nächste Punkt ist folgender. Man erzählt uns immer wieder dieselbe Schreckensgeschichte, und auch jetzt ist es wieder so, wenn auch in beschönigender Form, aber es ist immer noch dieselbe Schreckensgeschichte: Die Zusammenarbeit mit China nimmt immer mehr zu. Das Tempo, mit dem Chinas Zusammenarbeit mit Europa zunimmt, ist höher und größer als das der chinesisch-russischen Zusammenarbeit. Fragen Sie die Europäer: Haben sie keine Angst? Vielleicht, ich weiß es nicht, aber sie versuchen immer noch, sich um jeden Preis Zugang zum chinesischen Markt zu verschaffen, insbesondere jetzt, wo sie mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Auch chinesische Unternehmen erkunden den europäischen Markt.
Haben chinesische Unternehmen eine geringe Präsenz in den Vereinigten Staaten? Ja, die politischen Entscheidungen sind so, daß sie versuchen, ihre Zusammenarbeit mit China zu begrenzen.
Es ist zu Ihrem eigenen Schaden, Herr Tucker, wenn Sie die Zusammenarbeit mit China

einschränken, Sie schaden sich selbst. Es ist eine heikle Angelegenheit, und es gibt keine Patentlösungen, genauso wenig wie beim Dollar.
Bevor man also irgendwelche illegitimen Sanktionen einführt - illegitim im Sinne der Charta der Vereinten Nationen - sollte man sehr genau nachdenken. Für die Entscheidungsträger scheint dies ein Problem zu sein.
Tucker Carlson: Sie sagten vorhin, daß die Welt viel besser wäre, wenn sie nicht in konkurrierende Bündnisse zersplittert wäre, wenn es eine globale Zusammenarbeit gäbe. Einer der Gründe, warum das nicht der Fall ist, ist die Tatsache, daß die derzeitige amerikanische Regierung gegen Sie eingestellt ist. Glauben Sie, daß Sie mit einer neuen Regierung nach Joe Biden die Kommunikation mit der US-Regierung wiederherstellen könnten? Oder spielt es keine Rolle, wer der Präsident ist?
Wladimir Putin: Ich werde es Ihnen sagen. Aber lassen Sie mich den vorherigen Gedanken beenden. Wir haben uns gemeinsam mit meinem Kollegen und Freund, Präsident Xi Jinping, das Ziel gesetzt, in diesem Jahr 200 Milliarden Dollar im gegenseitigen Handel mit China zu erreichen. Dieses Ziel haben wir bereits übertroffen. Unseren Zahlen zufolge beläuft sich unser bilateraler Handel mit China bereits auf 230 Milliarden, und die chinesische Statistik gibt ihn mit 240 Milliarden Dollar an.
Und noch etwas ist wichtig: Unser Handel ist sehr ausgewogen und ergänzt sich in den Bereichen Hochtechnologie, Energie, wissenschaftliche Forschung und Entwicklung. Er ist sehr ausgewogen.
Was die BRICS-Staaten betrifft, bei denen Rußland in diesem Jahr den Vorsitz übernommen hat, so entwickeln sich die BRICS-Länder im Großen und Ganzen sehr schnell.
Wenn ich mich recht erinnere, lag der Anteil der G7-Länder an der Weltwirtschaft 1992 bei 47 %, während er 2022 nur noch bei etwas über 30 % lag. Die BRICS-Länder hatten 1992 nur einen Anteil von 16 Prozent, aber jetzt ist ihr Anteil größer als der der G7. Das hat nichts mit den Ereignissen in der Ukraine zu tun. Das liegt an den Trends der globalen Entwicklung und der Weltwirtschaft, die ich soeben erwähnt habe, und das ist unvermeidlich. Das wird immer so weitergehen, es ist wie beim Sonnenaufgang - man kann nicht verhindern, daß die Sonne aufgeht, man muß sich ihr anpassen. Wie passen sich die Vereinigten Staaten an? Mit Hilfe von Gewalt: Sanktionen, Druck, Bombardierungen und dem Einsatz von Streitkräften.
Hier geht es um Selbstüberschätzung. Ihr politisches Establishment begreift nicht, daß sich die Welt (unter objektiven Umständen) verändert, und um Ihr Niveau zu halten - auch wenn jemand, pardon, die Vorherrschaft anstrebt -, müssen Sie kompetent und rechtzeitig die richtigen Entscheidungen treffen.
Ein solch brutales Vorgehen, auch gegenüber Rußland und, sagen wir, anderen Ländern, ist kontraproduktiv. Das ist eine offensichtliche Tatsache, das ist bereits deutlich geworden.
Sie haben mich gerade gefragt, ob ein anderer Führer kommt und etwas ändert. Es geht nicht um den Führer, es geht nicht um die Persönlichkeit einer bestimmten Person. Ich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu, sagen wir, Bush. Ich weiß, daß er in den Vereinigten Staaten als eine Art Junge vom Lande dargestellt wurde, der nicht viel versteht. Ich versichere Ihnen, daß das nicht der Fall ist. Ich denke, er hat auch in Bezug auf Rußland viele Fehler gemacht. Ich habe Ihnen von 2008 erzählt und von der Entscheidung in Bukarest, die Türen der NATO für die Ukraine zu öffnen und so weiter. Das geschah während seiner Präsidentschaft. Er hat tatsächlich Druck auf die Europäer ausgeübt.
Aber im Allgemeinen, auf einer persönlichen, menschlichen Ebene, hatte ich eine sehr gute Beziehung zu ihm. Er war nicht schlechter als jeder andere amerikanische, russische oder europäische Politiker. Ich versichere Ihnen, er verstand, was er tat, genauso gut wie andere. Auch zu Trump hatte ich ein solches persönliches Verhältnis.
Es geht nicht um die Persönlichkeit des Führers, es geht um die Denkweise der Eliten. Wenn

die Idee der Herrschaft um jeden Preis, die sich auch auf gewaltsame Aktionen stützt, die amerikanische Gesellschaft beherrscht, wird sich nichts ändern, es wird nur noch schlimmer werden. Wenn man aber schließlich zu der Einsicht gelangt, daß sich die Welt aufgrund objektiver Umstände verändert hat und daß man in der Lage sein sollte, sich rechtzeitig darauf einzustellen, indem man die Vorteile nutzt, die die USA heute noch haben, dann kann sich vielleicht etwas ändern.
Schauen Sie, Chinas Wirtschaft ist zur ersten Volkswirtschaft der Welt geworden, was die Kaufkraftparität angeht; was das Volumen angeht, hat sie die USA schon lange überholt. An zweiter Stelle stehen die USA, dann Indien (eineinhalb Milliarden Menschen), dann Japan und an fünfter Stelle Rußland. Rußland war im vergangenen Jahr trotz aller Sanktionen und Beschränkungen die erste Wirtschaftsmacht in Europa. Ist das aus Ihrer Sicht normal: Sanktionen, Beschränkungen, die Unmöglichkeit, in Dollar zu zahlen, der Ausschluß von den SWIFT-Diensten, Sanktionen gegen unsere Öl transportierenden Schiffe, Sanktionen gegen Flugzeuge, Sanktionen in allen Bereichen und überall? Die meisten Sanktionen, die weltweit verhängt werden, richten sich gegen Rußland. Und wir sind in dieser Zeit zur ersten Wirtschaftsmacht in Europa geworden.
Die Instrumente, die die USA einsetzen, funktionieren nicht. Nun, man muß darüber nachdenken, was zu tun ist. Wenn diese Erkenntnis bei den herrschenden Eliten ankommt, dann ja, dann wird die erste Person des Staates in Erwartung dessen handeln, was die Wähler und die Menschen, die auf verschiedenen Ebenen Entscheidungen treffen, von dieser Person erwarten. Dann wird sich vielleicht etwas ändern.
Tucker Carlson: Aber Sie beschreiben zwei verschiedene Systeme. Sie sagen, daß der Führer im Interesse der Wähler handelt, aber Sie sagen auch, daß diese Entscheidungen nicht vom Führer getroffen werden - sie werden von den herrschenden Klassen getroffen. Sie haben dieses Land so lange geführt, Sie haben all diese amerikanischen Präsidenten gekannt. Was sind Ihrer Meinung nach die Machtzentren in den Vereinigten Staaten? Und wer trifft eigentlich die Entscheidungen?
Wladimir Putin: Ich weiß es nicht. Amerika ist ein komplexes Land, das einerseits konservativ ist, sich andererseits aber auch schnell verändert. Es ist nicht einfach für uns, das alles zu sortieren.
Wer entscheidet bei den Wahlen - ist es möglich, das zu verstehen, wenn jeder Staat seine eigene Gesetzgebung hat, jeder Staat sich selbst reguliert, jemand von den Wahlen auf Staatsebene ausgeschlossen werden kann. Es ist ein zweistufiges Wahlsystem, das ist für uns sehr schwer zu verstehen.
Sicherlich gibt es zwei Parteien, die dominieren, die Republikaner und die Demokraten, und innerhalb dieses Parteiensystems gibt es die Zentren, die Entscheidungen treffen, die Entscheidungen vorbereiten.
Warum wurde dann meiner Meinung nach nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine so falsche, grobe, völlig ungerechtfertigte Druckpolitik gegen Rußland betrieben? Es handelt sich schließlich um eine Politik des Drucks. Die NATO-Erweiterung, die Unterstützung der Separatisten im Kaukasus, die Schaffung eines Raketenabwehrsystems - all das sind Elemente von Druck. Druck, Druck, Druck.
Und wenn die Ukraine in die NATO aufgenommen wird, geht es auch um Druck, Druck, Druck. Und warum? Ich denke, unter anderem, weil übermäßige Produktionskapazitäten geschaffen wurden. Während der Konfrontation mit der Sowjetunion wurden viele Zentren und Spezialisten für die Sowjetunion geschaffen, die nichts anderes tun konnten. Es schien ihnen, sie überzeugten die politische Führung: Es ist notwendig, Rußland weiter zu "zerkleinern", zu versuchen, es zu zerschlagen, auf diesem Territorium mehrere quasi-staatliche Einheiten zu schaffen und sie in geteilter Form zu unterwerfen, um ihr kombiniertes Potential

für den künftigen Kampf mit China zu nutzen.
Das ist ein Fehler, einschließlich des übermäßigen Potentials derjenigen, die auf die Konfrontation mit der Sowjetunion hinarbeiteten. Damit muß Schluß sein, es muß neue, frische Kräfte geben, Menschen, die in die Zukunft schauen und verstehen, was in der Welt geschieht.
Sehen Sie sich an, wie sich Indonesien entwickelt? 600 Millionen Menschen. Wo können wir davon wegkommen? Nirgendwo, wir müssen einfach davon ausgehen, daß Indonesien in den Klub der führenden Volkswirtschaften der Welt eintreten wird (es ist schon drin), egal, wer es mag oder nicht.
Ja, wir verstehen und sind uns bewußt, daß in den Vereinigten Staaten trotz aller wirtschaftlichen Probleme die Situation immer noch normal ist und die Wirtschaft anständig wächst, das BIP wächst um 2,5 Prozent, wenn ich mich nicht irre.
Aber wenn wir die Zukunft sichern wollen, dann müssen wir unsere Einstellung zu dem, was sich ändert, ändern. Wie ich bereits sagte, würde sich die Welt dennoch verändern, unabhängig davon, wie die Entwicklungen in der Ukraine ausgehen. Die Welt verändert sich. In den Vereinigten Staaten selbst schreiben Experten, daß die Vereinigten Staaten dennoch allmählich ihre Position in der Welt verändern, es sind Ihre Experten, die das schreiben, ich habe sie gerade gelesen. Die Frage ist nur, wie das geschehen soll - schmerzhaft und schnell oder sanft und allmählich. Und das schreiben Leute, die nicht antiamerikanisch sind, sondern einfach die globalen Entwicklungstrends verfolgen. Das war's.
Und um sie zu bewerten und die Politik zu ändern, brauchen wir Menschen, die denken, nach vorne schauen, analysieren und bestimmte Entscheidungen auf der Ebene der politischen Führer empfehlen können.
Tucker Carlson: Ich muß einfach fragen. Sie haben deutlich gesagt, daß die NATO-Osterweiterung eine Verletzung des Versprechens ist, das Ihnen allen in den 1990er Jahren gegeben wurde. Sie ist eine Bedrohung für Ihr Land. Kurz bevor Sie Truppen in die Ukraine schickten, sprach der Vizepräsident der Vereinigten Staaten auf der Sicherheitskonferenz und ermutigte den Präsidenten der Ukraine, der NATO beizutreten. Glauben Sie, daß dies ein Versuch war, Sie zu einer militärischen Aktion zu provozieren?
Wladimir Putin: Ich wiederhole noch einmal, wir haben wiederholt vorgeschlagen, eine Lösung für die Probleme, die in der Ukraine nach dem Staatsstreich von 2014 entstanden sind, mit friedlichen Mitteln zu suchen. Aber niemand hat uns zugehört. Außerdem erklärte die ukrainische Führung, die vollständig unter der Kontrolle der USA stand, plötzlich, daß sie die Minsker Vereinbarungen nicht einhalten würde, daß ihr alles dort mißfiel und daß sie ihre militärischen Aktivitäten in diesem Gebiet fortsetzte.
Parallel dazu wurde dieses Gebiet von den militärischen Strukturen der NATO unter dem Deckmantel verschiedener Personalausbildungs- und Umschulungszentren genutzt. Sie begannen im Wesentlichen, dort Stützpunkte einzurichten. Das ist alles.
Die Ukraine verkündete, daß die Russen (ein Gesetz wurde verabschiedet) eine nicht-tituläre Nationalität seien, und verabschiedete gleichzeitig Gesetze, die die Rechte der nicht-titulären Nationalitäten in der Ukraine einschränken. Die Ukraine, die all diese südöstlichen Gebiete als Geschenk des russischen Volkes erhalten hat, verkündet plötzlich, daß die Russen in diesem Gebiet eine nicht-tituläre Nationalität sind. Ist das normal? All dies zusammengenommen führte zu der Entscheidung, den Krieg zu beenden, den die Neonazis 2014 in der Ukraine begonnen hatten.
Tucker Carlson: Glauben Sie, daß Zelensky die Freiheit hat, eine Lösung für diesen Konflikt auszuhandeln?
Wladimir Putin: Ich kenne die Details nicht, es ist natürlich schwierig für mich, das zu beurteilen, aber ich glaube, er hat sie, jedenfalls hatte er sie früher. Sein Vater hat im Zweiten

Weltkrieg gegen die Faschisten, die Nazis gekämpft, ich habe einmal mit ihm darüber gesprochen. Ich sagte: "Wolodja, was machst du da? Warum unterstützt du heute die Neonazis in der Ukraine, während dein Vater gegen den Faschismus gekämpft hat? Er war ein Frontsoldat." Ich werde Ihnen nicht sagen, was er geantwortet hat, das ist ein anderes Thema, und ich denke, es ist nicht richtig, wenn ich das tue.
Aber was die Freiheit der Wahl angeht - warum nicht? Er kam mit der Erwartung des ukrainischen Volkes an die Macht, daß er die Ukraine zum Frieden führen würde. Er sprach davon, und dank dieser Erwartung gewann er die Wahl mit überwältigender Mehrheit. Aber als er dann an die Macht kam, hat er meiner Meinung nach zwei Dinge erkannt:
Erstens ist es besser, sich nicht mit Neonazis und Nationalisten anzulegen, denn sie sind aggressiv und sehr aktiv, von ihnen kann man alles erwarten, und zweitens unterstützt der von den USA angeführte Westen sie und wird immer diejenigen unterstützen, die mit Rußland verfeindet sind - das ist vorteilhaft und sicher. Er hat also die entsprechende Position eingenommen, obwohl er seinem Volk versprochen hat, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Er hat seine Wähler getäuscht.
Tucker Carlson: Aber glauben Sie, daß er zu diesem Zeitpunkt - ab Februar 2024 - den Spielraum, die Freiheit hat, mit Ihnen oder der Regierung direkt zu sprechen, was seinem Land oder der Welt eindeutig helfen würde? Glauben Sie, daß er das tun kann?
Wladimir Putin: Warum nicht? Er hält sich für das Staatsoberhaupt, er hat die Wahlen gewonnen. Obwohl wir in Rußland glauben, daß der Staatsstreich die Hauptquelle der Macht für alles ist, was nach 2014 passiert ist, und in diesem Sinne ist auch die heutige Regierung fehlerhaft. Aber er betrachtet sich selbst als Präsident, und er wird von den Vereinigten Staaten, ganz Europa und praktisch dem Rest der Welt in dieser Eigenschaft anerkannt - warum nicht? Er kann es.
Wir haben in Istanbul mit der Ukraine verhandelt, wir haben uns geeinigt, er war sich dessen bewußt. Außerdem ist der Leiter der Verhandlungsgruppe, Herr Arakhamia ist sein Nachname, glaube ich, immer noch Vorsitzender der Fraktion der Regierungspartei, der Partei des Präsidenten in der Rada. Er ist immer noch Vorsitzender der Präsidentenfraktion in der Rada, dem Parlament des Landes, und er sitzt immer noch dort. Er hat sogar seine vorläufige Unterschrift unter das Dokument gesetzt, von dem ich Ihnen erzähle.
Aber dann erklärte er öffentlich vor der ganzen Welt: "Wir waren bereit, dieses Dokument zu unterzeichnen, aber Mr. Johnson, der damalige Premierminister Großbritanniens, kam und riet uns davon ab, weil es besser sei, gegen Rußland zu kämpfen. Sie würden uns alles geben, was wir bräuchten, um das zurückzugeben, was wir während der Auseinandersetzungen mit Rußland verloren hätten. Und wir haben diesem Vorschlag zugestimmt." Sehen Sie, seine Erklärung ist veröffentlicht worden. Er hat dies öffentlich gesagt.
Können sie zu diesem Vorschlag zurückkehren oder nicht? Die Frage ist: Wollen sie es oder nicht?
Außerdem hat der Präsident der Ukraine ein Dekret erlassen, das Verhandlungen mit uns verbietet. Er soll dieses Dekret aufheben, und das war's. Wir haben in der Tat nie Verhandlungen abgelehnt. Wir hören immer wieder: Ist Rußland bereit? Ja, wir haben nicht abgelehnt! Sie waren es, die öffentlich abgelehnt haben. Nun, soll er sein Dekret zurücknehmen und in Verhandlungen eintreten. Wir haben nie abgelehnt.
Und die Tatsache, daß sie der Forderung oder Überzeugung von Herrn Johnson, dem ehemaligen Premierminister Großbritanniens, nachgegeben haben, erscheint mir lächerlich und sehr traurig. Denn, wie Herr Arakhamia es ausdrückte: "Wir hätten diese Feindseligkeiten, diesen Krieg, schon vor anderthalb Jahren beenden können. Aber die Briten haben uns überredet, und das haben wir abgelehnt." Wo ist Mr. Johnson jetzt? Und der Krieg geht weiter.
Tucker Carlson: Das ist eine gute Frage. Warum hat er das getan?

Wladimir Putin: Weiß der Teufel. Ich verstehe es selbst nicht. Es gab eine allgemeine Ausgangssituation. Aus irgendeinem Grund hatten alle die Illusion, daß Rußland auf dem Schlachtfeld besiegt werden könnte. Wegen der Arroganz, wegen eines reinen Herzens, aber nicht wegen eines großen Verstandes.
Tucker Carlson: Sie haben die Verbindung zwischen Rußland und der Ukraine beschrieben; Sie haben Rußland selbst ein paar Mal als orthodox bezeichnet - das ist für Ihr Verständnis von Rußland von zentraler Bedeutung. Was bedeutet das für Sie? Nach Ihrer eigenen Beschreibung sind Sie ein christlicher Führer. Welche Wirkung hat das auf Sie?
Wladimir Putin: Wissen Sie, wie ich bereits erwähnt habe, wurde Fürst Wladimir 988 nach dem Vorbild seiner Großmutter, Prinzessin Olga, getauft, und dann taufte er seine Truppe, und dann nach und nach, im Laufe mehrerer Jahre, taufte er die ganze Rus. Es war ein langwieriger Prozeß - von den Heiden zu den Christen dauerte es viele Jahre. Aber am Ende hat sich diese Orthodoxie, das östliche Christentum, tief in das Bewußtsein des russischen Volkes eingegraben.
Als Rußland sich ausdehnte und andere Nationen aufnahm, die sich zum Islam, zum Buddhismus und zum Judentum bekannten, war Rußland immer sehr loyal gegenüber den Menschen, die sich zu anderen Religionen bekannten. Das ist seine Stärke. Das ist völlig klar.
Und Tatsache ist, daß die Hauptpostulate, die Hauptwerte in allen Weltreligionen, die ich gerade erwähnt habe und die die traditionellen Religionen der Russischen Föderation, Rußlands sind, sehr ähnlich, um nicht zu sagen gleich sind.
Übrigens waren die russischen Behörden immer sehr vorsichtig in Bezug auf die Kultur und Religion der Völker, die in das russische Reich kamen. Dies ist meiner Meinung nach die Grundlage für die Sicherheit und Stabilität der russischen Staatlichkeit - alle Völker, die Rußland bewohnen, betrachten es im Grunde als ihr Mutterland.
Wenn, sagen wir, Menschen aus Lateinamerika zu Ihnen oder nach Europa kommen - ein noch deutlicheres und verständlicheres Beispiel -, so sind sie doch aus ihrer historischen Heimat zu Ihnen oder in die europäischen Länder gekommen. Und Menschen, die sich in Rußland zu verschiedenen Religionen bekennen, betrachten Rußland als ihr Mutterland, sie haben kein anderes Mutterland. Wir sind zusammen, es ist eine große Familie. Und unsere traditionellen Werte sind sehr ähnlich.
Ich habe gerade von einer großen Familie gesprochen, aber jeder hat seine eigene Familie, und das ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Und wenn wir sagen, daß das Mutterland und die Familie besonders miteinander verbunden sind, dann ist das in der Tat so, denn es ist unmöglich, eine normale Zukunft für unsere Kinder und unsere Familien zu sichern, wenn wir nicht eine normale, nachhaltige Zukunft für das ganze Land, für das Mutterland sichern. Aus diesem Grund ist das patriotische Gefühl in Rußland so stark.
Tucker Carlson: Darf ich sagen, daß sich die Religionen unter anderem dadurch unterscheiden, daß das Christentum eine besonders gewaltfreie Religion ist. Jesus sagt: "Halte die andere Wange hin, töte nicht". Wie kann ein Anführer, der töten muß, egal in welchem Land, wie kann ein Anführer ein Christ sein? Wie kann man das mit sich selbst vereinbaren?
Wladimir Putin: Das ist ganz einfach: Wenn es darum geht, sich selbst und seine Familie, sein Heimatland zu schützen. Wir werden niemanden angreifen.
Wann haben die Entwicklungen in der Ukraine begonnen? Seit dem Staatsstreich und dem Beginn der Feindseligkeiten im Donbass, da haben sie angefangen. Und wir schützen unser Volk, uns selbst, unser Heimatland und unsere Zukunft.
Wissen Sie, es geht nicht um äußere Erscheinungsformen, es geht nicht darum, jeden Tag in die Kirche zu gehen oder den Kopf auf den Boden zu schlagen. Es geht um das Herz. Und unsere Kultur ist so sehr auf den Menschen ausgerichtet. Dostojewski, der im Westen als das Genie der russischen Kultur, der russischen Literatur, bekannt ist, hat viel darüber gesprochen,

über die russische Seele.
Die westliche Gesellschaft ist ja eher pragmatisch. Die Russen denken mehr an das Ewige, an moralische Werte. Ich weiß nicht, vielleicht werden Sie mir nicht zustimmen, aber die westliche Kultur ist eben doch pragmatischer.
Ich sage nicht, daß das schlecht ist, es macht es möglich, daß die heutige "goldene Milliarde" gute Erfolge in der Produktion, sogar in der Wissenschaft usw. erzielt. Dagegen ist nichts einzuwenden, ich sage nur, daß wir irgendwie gleich aussehen, aber unser Verstand ist ein bißchen anders gebaut.
Tucker Carlson: Sehen Sie also das Übernatürliche am Werk? Wenn Sie auf das schauen, was jetzt in der Welt passiert, sehen Sie da Gott am Werk? Haben Sie jemals gedacht: Das sind Kräfte, die nicht menschlich sind?
Wladimir Putin: Nein, um ehrlich zu sein, glaube ich das nicht. Meiner Meinung nach verläuft die Entwicklung der Weltgemeinschaft im Einklang mit den ihr innewohnenden Gesetzen, und diese Gesetze sind so, wie sie sind. Das war in der Geschichte der Menschheit schon immer so. Einige Nationen und Länder stiegen auf, wurden stärker und zahlreicher, und verließen dann die internationale Bühne und verloren den Status, an den sie sich gewöhnt hatten. Ich brauche wohl keine Beispiele anzuführen, aber wir könnten mit Dschingis Khan und den Eroberern der Goldenen Horde beginnen und mit dem Römischen Reich enden.
Es scheint, daß es in der Geschichte der Menschheit nie etwas Vergleichbares wie das Römische Reich gegeben hat. Dennoch wuchs das Potential der Barbaren allmählich, ebenso wie ihre Bevölkerungszahl. Im Allgemeinen wurden die Barbaren immer stärker und begannen, sich wirtschaftlich zu entwickeln, wie wir heute sagen würden. Dies führte schließlich zum Zusammenbruch des Römischen Reichs und des von den Römern errichteten Regimes. Es dauerte jedoch fünf Jahrhunderte, bis das Römische Reich zerfiel. Der Unterschied zu heute besteht darin, daß alle Veränderungsprozesse in einem viel schnelleren Tempo ablaufen als zu Zeiten der Römer.
Tucker Carlson: Wann wird das KI-Imperium Ihrer Meinung nach beginnen?
Wladimir Putin: (Lachend) Sie stellen immer kompliziertere Fragen. Um sie zu beantworten, muß man ein Experte für große Zahlen, große Daten und KI sein.
Die Menschheit ist derzeit mit vielen Bedrohungen konfrontiert. Dank der Genforschung ist es heute möglich, einen Übermenschen, einen spezialisierten Menschen zu schaffen - einen gentechnisch veränderten Sportler, Wissenschaftler, Militärmann.
Es gibt Berichte, daß Elon Musk in den USA bereits einen Chip in das menschliche Gehirn implantieren ließ.
Tucker Carlson: Was halten Sie davon?
Wladimir Putin: Nun, ich denke, man kann Elon Musk nicht aufhalten, er wird tun, was er für richtig hält. Trotzdem muß man eine gemeinsame Basis mit ihm finden, nach Wegen suchen, ihn zu überzeugen. Ich glaube, er ist ein kluger Mensch, davon bin ich fest überzeugt. Sie müssen also eine Einigung mit ihm erzielen, denn dieser Prozeß muß formalisiert und bestimmten Regeln unterworfen werden.
Die Menschheit muß sich überlegen, was aufgrund der neuesten Entwicklungen in der Genetik oder in der KI passieren wird. Man kann eine ungefähre Vorhersage darüber machen, was passieren wird.
Als die Menschheit eine existentielle Bedrohung durch Atomwaffen spürte, begannen alle Nuklearnationen, sich miteinander zu arrangieren, da sie erkannten, daß ein fahrlässiger Einsatz von Atomwaffen die Menschheit in den Untergang treiben könnte.
Es ist unmöglich, die Forschung im Bereich der Genetik oder der künstlichen Intelligenz heute zu stoppen, so wie es damals unmöglich war, den Einsatz von Schießpulver zu verhindern. Aber sobald wir erkennen, daß die Bedrohung von einer ungezügelten und unkontrollierten

Entwicklung der KI, der Genetik oder anderer Bereiche ausgeht, wird es an der Zeit sein, ein internationales Abkommen über die Regelung dieser Dinge zu schließen.
Tucker Carlson: Ich danke Ihnen für die Zeit, die Sie uns geschenkt haben. Ich möchte Ihnen nur noch eine letzte Frage stellen, und zwar zu jemandem, der in den Vereinigten Staaten sehr berühmt ist, hier wahrscheinlich nicht. Evan Gershkovich, der Reporter des Wall Street Journal, ist 32 Jahre alt und sitzt seit fast einem Jahr im Gefängnis. Dies ist eine große Geschichte in den Vereinigten Staaten, und ich möchte Sie direkt fragen, ohne auf Einzelheiten Ihrer Version der Geschehnisse einzugehen, ob Sie als Zeichen Ihres Anstands bereit wären, ihn an uns freizulassen, damit wir ihn in die Vereinigten Staaten zurückbringen können?
Wladimir Putin: Wir haben so viele Gesten des guten Willens aus Anstand gemacht, daß ich glaube, daß uns die Gesten ausgegangen sind. Wir haben noch nie erlebt, daß sich jemand in ähnlicher Weise bei uns revanchiert hat. Theoretisch können wir jedoch sagen, daß wir nicht ausschließen, daß wir dies tun können, wenn unsere Partner entsprechende Schritte unternehmen.
Wenn ich von den "Partnern" spreche, meine ich in erster Linie die Spezialdienste. Die Sonderdienste stehen miteinander in Kontakt, sie sprechen über die betreffende Angelegenheit. Es gibt kein Tabu, die Frage zu klären. Wir sind bereit, das Problem zu lösen, aber es gibt bestimmte Bedingungen, die über die Kanäle der Sonderdienste diskutiert werden. Ich glaube, daß eine Einigung erzielt werden kann.
Tucker Carlson: Also, typischerweise, ich meine, so etwas passiert seit Jahrhunderten. Ein Land fängt einen anderen Spion innerhalb seiner Grenzen und tauscht ihn gegen einen seiner eigenen Geheimdienstler in einem anderen Land aus. Ich denke, was es ausmacht, und es geht mich nichts an, aber was es anders macht, ist, daß dieser Kerl offensichtlich kein Spion ist, er ist ein Kind, und vielleicht hat er in irgendeiner Weise gegen ein Gesetz verstoßen, aber er ist kein Superspion, und jeder weiß das, und er wurde als Geisel gehalten und ausgetauscht, was wahr ist, bei allem Respekt, es ist wahr und jeder weiß, daß es wahr ist. Vielleicht gehört er also in eine andere Kategorie, vielleicht ist es nicht fair, jemand anderen als Gegenleistung für seine Freilassung zu verlangen. Vielleicht entwürdigt es Rußland, das zu tun.
Wladimir Putin: Wissen Sie, man kann unterschiedlich interpretieren, was ein "Spion" ist, aber es gibt bestimmte Dinge, die vom Gesetz vorgesehen sind. Wenn eine Person an geheime Informationen gelangt und dies auf konspirative Weise tut, dann wird dies als Spionage eingestuft. Und genau das hat er getan. Er erhielt geheime, vertrauliche Informationen, und er tat dies heimlich. Vielleicht war er darin verwickelt, vielleicht hat ihn jemand hineingezogen, vielleicht hat er es aus Unachtsamkeit oder aus eigenem Antrieb getan.
In Anbetracht der reinen Faktenlage ist dies als Spionage zu qualifizieren. Die Tatsache ist bewiesen, denn er wurde auf frischer Tat ertappt, als er diese Informationen erhielt. Wäre es eine weit hergeholte Ausrede gewesen, eine Erfindung, etwas, das nicht bewiesen ist, wäre es eine andere Geschichte gewesen. Aber er wurde auf frischer Tat ertappt, als er heimlich vertrauliche Informationen erhielt. Was ist es dann?
Tucker Carlson: Aber wollen Sie damit sagen, daß er für die US-Regierung oder die NATO gearbeitet hat? Oder war er nur ein Reporter, der Material erhalten hat, das er nicht haben sollte? Das scheinen sehr verschiedene, sehr unterschiedliche Dinge zu sein.
Wladimir Putin: Ich weiß nicht, für wen er gearbeitet hat. Aber ich möchte noch einmal betonen, daß die geheime Beschaffung von Verschlußsachen als Spionage bezeichnet wird, und er hat für die US-Spezialdienste und einige andere Agenturen gearbeitet. Ich glaube nicht, daß er für Monaco gearbeitet hat, denn Monaco ist kaum daran interessiert, diese Informationen zu erhalten. Es ist Sache der Sonderdienste, eine Vereinbarung zu treffen. Einige Vorarbeiten sind bereits geleistet worden. Es gibt Leute, die unserer Meinung nach nichts mit

den Sonderdiensten zu tun haben.
Ich möchte Ihnen eine Geschichte über eine Person erzählen, die eine Strafe in einem verbündeten Land der USA verbüßt. Diese Person hat aus patriotischen Gefühlen heraus einen Banditen in einer der europäischen Hauptstädte beseitigt. Wissen Sie, was er während der Ereignisse im Kaukasus getan hat? Ich möchte das nicht sagen, aber ich werde es trotzdem tun. Er hat unsere gefangenen Soldaten auf die Straße gelegt und ist dann mit seinem Auto über ihre Köpfe gefahren. Was ist das für ein Mensch? Kann man ihn überhaupt einen Menschen nennen? Aber es gab einen Patrioten, der ihn in einer der europäischen Hauptstädte beseitigt hat. Ob er das aus eigenem Antrieb getan hat oder nicht, ist eine andere Frage.
Tucker Carlson: Evan Gershkovich, das ist eine ganz andere, ich meine, das ist ein zweiunddreißig Jahre alter Zeitungsreporter.
Wladimir Putin: Er hat etwas anderes begangen.
Tucker Carlson: Er ist nur ein Journalist.
Wladimir Putin: Er ist nicht nur ein Journalist, ich wiederhole, er ist ein Journalist, der sich heimlich vertrauliche Informationen beschafft hat.
Ja, das ist etwas anderes, aber ich spreche auch von anderen Personen, die im Wesentlichen von den US-Behörden kontrolliert werden, egal wo sie ihre Strafe verbüßen. Es gibt einen ständigen Dialog zwischen den Sonderdiensten. Dies muß auf ruhige, verantwortungsvolle und professionelle Weise gelöst werden. Sie bleiben in Kontakt, also lassen Sie sie ihre Arbeit machen.
Ich schließe nicht aus, daß die von Ihnen erwähnte Person, Herr Gershkovich, in ihr Heimatland zurückkehren kann. Letztendlich macht es keinen Sinn, ihn in Rußland im Gefängnis zu behalten. Wir möchten, daß die US-Spezialdienste darüber nachdenken, wie sie dazu beitragen können, die Ziele unserer Spezialdienste zu erreichen. Wir sind zu Gesprächen bereit. Im Übrigen sind die Gespräche im Gange, und es gab schon viele erfolgreiche Beispiele für solche Gespräche, die von Erfolg gekrönt waren. Wahrscheinlich wird auch dieses von Erfolg gekrönt sein, aber wir müssen zu einer Einigung kommen.
Tucker Carlson: Ich hoffe, Sie lassen ihn raus. Herr Präsident, ich danke Ihnen!
Wladimir Putin: Ich möchte auch, daß er endlich in sein Heimatland zurückkehrt. Ich bin absolut aufrichtig. Aber lassen Sie mich noch einmal sagen: Der Dialog geht weiter. Je mehr wir solche Dinge öffentlich machen, desto schwieriger wird es, sie zu lösen. Alles muß in aller Ruhe geschehen.
Tucker Carlson: Ich frage mich, ob das auch auf den Krieg zutrifft. Ich meine, ich schätze, ich möchte noch eine weitere Frage stellen, die lautet, und vielleicht wollen Sie das aus strategischen Gründen nicht sagen, aber sind Sie besorgt, daß das, was in der Ukraine passiert, zu etwas viel Größerem und viel Schrecklicherem führen könnte, und wie motiviert sind Sie, die US-Regierung anzurufen und zu sagen: "Laßt uns zu einer Lösung kommen"?
Wladimir Putin: Ich habe bereits gesagt, daß wir uns nicht weigern zu reden. Wir sind bereit zu verhandeln. Es ist die westliche Seite, und die Ukraine ist offensichtlich ein Satellitenstaat der USA. Das ist offensichtlich. Ich möchte nicht, daß Sie es so auffassen, als ob ich nach einem starken Wort oder einer Beleidigung suche, aber wir beide verstehen, was passiert.
Die finanzielle Unterstützung, 72 Milliarden US-Dollar, wurde bereitgestellt. Deutschland steht an zweiter Stelle, dann kommen andere europäische Länder. Dutzende von Milliarden US-Dollar gehen an die Ukraine. Es gibt einen riesigen Zustrom von Waffen.
In diesem Fall sollten Sie der derzeitigen ukrainischen Führung sagen, sie solle aufhören und an den Verhandlungstisch kommen und dieses absurde Dekret zurücknehmen. Wir haben uns nicht geweigert.
Tucker Carlson: Nun, sicher, Sie haben es bereits gesagt - ich dachte nicht, daß Sie es als Beleidigung gemeint haben - denn Sie haben bereits gesagt, richtig, es wurde berichtet, daß

die Ukraine von dem ehemaligen britischen Premierminister, der im Namen der Biden-Administration handelte, daran gehindert wurde, eine Friedensregelung auszuhandeln. Natürlich, das ist unser Satellit, große Länder kontrollieren kleine Länder, das ist nicht neu. Deshalb habe ich darum gebeten, direkt mit der Biden-Regierung zu verhandeln, die diese Entscheidungen trifft, und nicht mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj.
Wladimir Putin: Nun, wenn die Selenskyj-Regierung in der Ukraine sich weigert zu verhandeln, nehme ich an, daß sie dies auf Anweisung Washingtons getan hat. Wenn Washington der Meinung ist, daß es eine falsche Entscheidung war, dann soll es diese Entscheidung aufgeben, dann soll es eine delikate Entschuldigung finden, damit niemand beleidigt ist, dann soll es einen Ausweg finden. Es waren nicht wir, die diese Entscheidung getroffen haben, sie waren es, also sollen sie sie rückgängig machen. Das war's.
Sie haben jedoch eine falsche Entscheidung getroffen, und jetzt müssen wir nach einem Ausweg aus dieser Situation suchen, um ihre Fehler zu korrigieren. Sie haben es getan, also sollen sie es selbst korrigieren. Wir unterstützen dies.
Tucker Carlson: Ich möchte nur sicherstellen, daß ich nicht falsch verstehe, was Sie sagen - und ich glaube nicht, daß ich das tue - ich glaube, Sie sagen, Sie wollen eine Verhandlungslösung für die Geschehnisse in der Ukraine.
Wladimir Putin: Richtig. Und wir haben es geschafft, wir haben in Istanbul ein großes Dokument vorbereitet, das vom Leiter der ukrainischen Delegation paraphiert wurde. Er hat seine Unterschrift auf einige der Bestimmungen gesetzt, nicht auf alle. Er hat seine Unterschrift gesetzt und dann selbst gesagt: "Wir waren bereit, es zu unterzeichnen, und der Krieg wäre längst vorbei gewesen, schon vor achtzehn Monaten. Aber dann kam Premierminister Johnson, redete uns das aus und wir haben diese Chance verpaßt. " Nun, du hast es verpaßt, du hast einen Fehler gemacht, laß sie darauf zurückkommen, das ist alles. Warum müssen wir uns die Mühe machen und die Fehler der anderen korrigieren?
Ich weiß, man kann sagen, es ist unser Fehler, wir waren es, die die Situation verschärft haben und beschlossen haben, den Krieg, der 2014 im Donbass begonnen hat, zu beenden, wie ich schon gesagt habe, mit Waffengewalt. Lassen Sie mich noch weiter in der Geschichte zurückgehen, ich habe es Ihnen bereits gesagt, wir haben es gerade besprochen. Gehen wir zurück ins Jahr 1991, als uns versprochen wurde, daß die NATO nicht erweitert werden würde, ins Jahr 2008, als sich die Türen zur NATO öffneten, zur Erklärung der staatlichen Souveränität der Ukraine, in der die Ukraine zu einem neutralen Staat erklärt wurde.
Erinnern wir uns an die Tatsache, daß NATO- und US-Militärstützpunkte auf dem Territorium der Ukraine auftauchten und eine Bedrohung für uns darstellten. Erinnern wir uns an den Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014. Aber das ist doch sinnlos, oder? Wir können endlos hin und her gehen. Aber sie haben die Verhandlungen abgebrochen. Ist das ein Fehler? Ja. Korrigieren Sie ihn. Wir sind bereit. Was ist noch nötig?
Tucker Carlson: Glauben Sie, daß es zu diesem Zeitpunkt zu demütigend für die NATO ist, die russische Kontrolle über ein Gebiet zu akzeptieren, das vor zwei Jahren noch ukrainisches Territorium war?
Wladimir Putin: Ich habe gesagt, sie sollen darüber nachdenken, wie sie es mit Würde tun können. Es gibt Optionen, wenn der Wille vorhanden ist.
Bis jetzt hat man sich darüber aufgeregt und geschrien, daß man Rußland auf dem Schlachtfeld eine strategische Niederlage zufügen würde. Jetzt scheint man zu erkennen, daß dies nur schwer, wenn überhaupt möglich ist. Meiner Meinung nach ist es per Definition unmöglich, es wird niemals geschehen. Ich habe den Eindruck, daß nun auch die Machthaber im Westen zu dieser Einsicht gekommen sind. Wenn das so ist, wenn die Erkenntnis eingesetzt hat, dann müssen sie überlegen, was sie als nächstes tun. Wir sind bereit für diesen Dialog.

Tucker Carlson: Wären Sie bereit zu sagen: "Glückwunsch, NATO, ihr habt gewonnen"? Und die Situation einfach so zu belassen, wie sie jetzt ist?
Wladimir Putin: Wissen Sie, das ist ein Verhandlungsthema, zu dem niemand bereit ist, oder, um es genauer zu sagen, sie sind bereit, wissen aber nicht, wie sie es tun sollen. Ich weiß, daß sie wollen. Es ist nicht nur so, daß ich es sehe, sondern ich weiß, daß sie es wollen, aber sie wissen nicht, wie sie es tun sollen. Sie haben die Situation an den Punkt gebracht, an dem wir uns jetzt befinden. Nicht wir haben das getan, sondern unsere Partner, unsere Gegner haben das getan. Nun, sie sollen sich überlegen, wie sie die Situation umkehren können. Wir sind nicht dagegen.
Es wäre lustig, wenn es nicht so traurig wäre. Diese endlose Mobilisierung in der Ukraine, die Hysterie, die innenpolitischen Probleme - früher oder später wird das alles zu einer Einigung führen. Wissen Sie, das wird sich angesichts der aktuellen Situation wahrscheinlich seltsam anhören, aber die Beziehungen zwischen den beiden Völkern werden trotzdem wiederhergestellt werden. Es wird viel Zeit brauchen, aber sie werden heilen.
Ich werde Ihnen sehr ungewöhnliche Beispiele nennen. Es gibt eine Kampfbegegnung auf dem Schlachtfeld, hier ein konkretes Beispiel: Ukrainische Soldaten wurden eingekesselt (dies ist ein Beispiel aus dem wirklichen Leben), unsere Soldaten riefen ihnen zu: "Es gibt keine Chance! Ergeben Sie sich! Kommt raus und ihr werdet leben!" Plötzlich schrien die ukrainischen Soldaten von dort aus in perfektem Russisch: "Russen ergeben sich nicht!", und sie kamen alle um. Sie identifizieren sich immer noch als Russen.
Was hier geschieht, hat in gewisser Weise etwas von einem Bürgerkrieg. Jeder im Westen denkt, daß das russische Volk durch die Feindseligkeiten für immer gespalten ist. Nein, es wird wieder zusammengeführt werden. Die Einheit ist immer noch da.
Warum demontieren die ukrainischen Behörden die ukrainisch-orthodoxe Kirche? Weil sie nicht nur das Territorium, sondern auch unsere Seelen zusammenführt. Niemand wird in der Lage sein, die Seele zu trennen.
Sollen wir hier enden oder gibt es noch etwas anderes?
Tucker Carlson: Vielen Dank, Mr. Präsident.
Legendär sind seine großen Friedensreden Wladimir Putins im Bundestag (2001) und bei der Münchner Sicherheitskonferenz (2007) mit umfangreichen Angeboten zur Kooperation. Alle diese Reden finden Sie im Original in den beiden COMPACT-Editionen "Wladimir Putin: Reden an die Deutschen" (2001 bis 2014) und "Putin verstehen: Seine großen Reden aus der Kriegszeit im Original " (2016 bis 2022).<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 9. Februar 2024 (x1.364/…): >>**Die Lüge vom russischen Imperialismus als Vorwand für neue Kriegsrüstungen**
Von *Herbert Ludwig*
Die westlichen Medien bringen laufend Meldungen über einen angeblich bevorstehenden Krieg mit Rußland, vor dessen Angriffsplänen auf Osteuropa man gerüstet sein müsse. Daher hält die NATO vom 31. Januar bis 31. Mai mit 90.000 Soldaten bis an die russische Grenze ein großes Manöver ab, in dem ein Krieg gegen Rußland trainiert wird. Auch der deutsche Wehrminister Pistolius spricht davon, die Deutschen sollten "kriegstüchtig" werden und auf einen Krieg vorbereitet sein.
Die Kampagne wirkt, "Bild" titelte: "Jeder zweite Deutsche fürchtet Putin-Angriff". Und fast 40 % würden bereits Notvorräte anlegen. - Der Informationskrieg zur Gehirnwäsche der Menschen gleicht dem vor jedem großen Kriege. Doch wo ist hier der Imperialismus?
Die Imperialismus-Hetze knüpft an den einseitigen Vorwurf gegen Putin an, durch seinen Einmarsch in die Ukraine vor zwei Jahren den Krieg schuldhaft vom Zaun gebrochen zu haben, wobei aber schon die ganze Vorgeschichte der NATO- und EU-Erweiterungen nach

Osten, des vom Westen initiierten Maidan-Putsches 2014, der NATO-Flugplätze in der Ukraine und des NATO-unterstützten Bürgerkrieges gegen die Russisch sprechende Bevölkerung der Ost-Ukraine ausgeklammert wird.
Putin strebe ein großes Reich an und wolle die Ukraine wieder der Russischen Föderation einverleiben und schließlich - wie ehemals die Sowjetunion - auch Osteuropa unter seine Herrschaft bringen.
So lautet die westliche Propaganda. Doch wie verhält es sich mit dem Imperialismus wirklich?
Zur Beantwortung dieser Frage steht uns aktuell ein 2023 erschienenes, sehr empfehlenswertes Buch des Bürgerrechtlers Thomas Mayer mit dem Titel: "Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg" zur Verfügung.
Er hat Worte Karl Jaspers vorangestellt, die dieser in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Jahr 1958 ausgesprochen hat:
"Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich.
Daher ist die Unwahrheit das eigentliche Böse,
jeden Frieden Vernichtende:
die Unwahrheit von der Verschleierung
bis zur blinden Lässigkeit,
von der Lüge
bis zur inneren Verlogenheit,
von der Gedankenlosigkeit
bis zum doktrinären Wahrheitsfanatismus,
von der Unwahrhaftigkeit des einzelnen
bis zur Unwahrhaftigkeit des öffentlichen Zustandes."
Das Buch ist eine sorgfältig recherchierte und belegte umfassende Tatsachensammlung, ein Kompendium, in dem man sich zu einzelnen Aspekten in den entsprechenden Kapiteln kundig machen kann. So befaßt sich am Ende von Kapitel I "Die Ausgangslage", das letzte Unterkapitel mit der Frage:
Ist Rußland imperialistisch?
Thomas Mayer schildert zunächst, daß sich Rußland nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 politisch neu erfunden habe: mit einer repräsentativen Demokratie, Parteien und zwei Parlamentskammern. Der Präsident habe dabei sehr viele Kompetenzen bekommen. Eine zentrale und starke Führung werde von der russischen Bevölkerung erwartet. Doch gebe es dazu auch schon immer Selbstverwaltungen in den Regionen. Die Rolle, die Putin im Staat habe, entspreche der gesellschaftlichen Realität in Rußland. T. Mayer beruft sich dazu auf den Rußland-Kenner Kai Ehlers, der seit Jahrzehnten über Rußland schreibt und dort oft arbeitet.
"Zentralismus in Moskau und herrschaftsfreie Elemente im Land, das sind diese traditionellen Gegensätze. Verbunden sind sie nicht durch verfassungsmäßige Organe, sondern in einer personalen Struktur, ich betone das: in einer personalen Struktur! Man hört, wenn man in Rußland unterwegs ist: Guter Natschalnik, also guter Chef, gute Verhältnisse; schlechter Natschalnik, schlechte Verhältnisse. Guter Präsident, gute Gesellschaft; schlechter Präsident, schlechte Zeiten. … Das ist etwas, was den Menschen in Rußland tief im Blut liegt, dieses personale Verständnis ihrer Gesellschaft." (Kai Ehlers)
Putin habe, so Thomas Mayer, dieses Bedürfnis erfüllen können. Er sei in einer Zeit des gesellschaftlichen Verfalls, des wirtschaftlichen Chaos, das Boris Jelzin von 1991 bis 1999 herbeigeführt habe, Präsident geworden und habe das Land da herausgeführt. Kai Ehlers sehe Putin als "einen autoritären Modernisierer, der im Spagat zwischen Neoliberalismus und monarchischer Tradition steht und aus dieser Haltung das Land sanieren will." Er habe wieder verläßliche gesellschaftliche Strukturen, soziale Verhältnisse und Versicherungen aufgebaut. Ihm

sei es darauf angekommen, daß wieder eigene Regeln, nicht fremde im Lande herrschen und ein starkes Rußland aufzubauen, das erneut in die Funktion eintritt, die seiner historischen Rolle entspreche, nämlich Integrationsknoten in Eurasien zu sein.
Putin habe die Altschulden der Sowjetunion bei der Weltbank beglichen und IWF-Kredite gekündigt. Zur Sicherung seiner Herrschaft sei es ihm gelungen, daß die Oligarchen einbezogen wurden, diese wieder Steuern zahlten, sich für soziale Strukturen verantwortlich fühlten und sich weitgehend aus der Politik heraushielten.
Außenpolitisch sei Putin mit offenen Armen auf den Westen zugegangen und habe vorgeschlagen, daß Rußland in die NATO und in die EU eintritt. Doch er sei auf Ablehnung gestoßen. Nach diesen Erfahrungen habe Putin begonnen, den Militarismus und die Hegemonie der USA zu kritisieren, z.B. bei seinem Auftritt in der Münchner Sicherheitskonferenz 2007.
Rußland habe immer noch die Folgen der Zeit des sowjetischen Totalitarismus zu tragen, der von Moskau ausging. In der Reaktion der unterdrückten Länder habe sich viel Verzweiflung und Wut gegen Moskau gerichtet. Inzwischen sei die Sowjetunion weg, aber die Wut gegen Moskau sei geblieben und habe sich nun gegen Rußland, das von Moskau aus regiert werde, gewendet.
So werde verständlich, woher der Rußlandhaß z.B. in den baltischen Staaten, Polen oder Tschechien komme. Thomas Mayer:
"Seit 1991 ist die Politik Rußlands gegenüber diesen Staaten freundlich. Rußland hat diese Staaten sogar in die NATO gehen lassen, obwohl dies den erklärten Sicherheitsinteressen Rußlands widersprach. Rußland hat diese Länder mit billiger Energie versorgt. Ich konnte keine feindlichen politischen Handlungen Rußlands gegenüber diesen Staaten seit 1991 finden. Hinter dem aktuellen Rußlandhaß stehen also keine konkreten gegenwärtigen Tatsachen, sondern alte kollektive emotionale Verletzungen und ungelöste Traumata aus der Sowjet- und Zarenzeit. Solange diese nicht überwunden werden, bleibt die nachbarschaftliche Stimmung verdorben."

Woher kommt der Imperialismus-Vorwurf?

Die NATO-Staaten führen als Hauptargument für Ihre umfassende Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Rußland an, daß Rußland eine imperialistische Ausdehnung verfolge. Was verstehe man unter Imperialismus? Die Bundeszentrale für politische Bildung definiere:
"Es bezeichnet das Streben von Staaten, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszudehnen. Das kann dadurch erfolgen, daß schwächere Länder gezielt politisch, wirtschaftlich kulturell oder mit anderen Methoden vom stärkeren Land abhängig gemacht werden. Manchmal führt auch ein stärkeres Land direkt einen Krieg gegen ein schwächeres Land, um die Kontrolle über dieses Land zu erreichen."
Es gebe mehrere Kriterien, so Thomas Mayer, an denen man einen Imperialismus eines Landes einschätzen könne:
Erweiterung des Herrschaftsgebietes,
ausländische Militäreinsätze,
ausländische Militärbasen und
die Art der außenpolitischen Doktrin.

Wie stelle sich die russische Politik auf dieser Basis dar?

1. Eine Erweiterung der Herrschaftsgebiete habe sowohl im Zarenreich von 1547 bis 1917, als auch in der kommunistischen Sowjetunion stattgefunden. Beide seien imperialistisch gewesen. Im Verlaufe des 2. Weltkrieges habe die Rote Armee viele Territorien in Osteuropa besetzt und sich entweder einverleibt, wie Gebiete Ostpolens und das gesamte Baltikum, oder zu kommunistischen Satellitenstaaten gemacht.
Dagegen sei Rußland nach 1991 völlig anti-imperialistisch. Anstatt den Machtbereich zu erweitern, habe es ihn radikal verkleinert. Mit der Auflösung der Sowjetunion seien die osteuro-

päischen Satellitenstaaten frei gelassen worden, die nun politisch ihre eigenen Wege hätten gehen können. Aber auch den fünfzehn Republiken der Sowjetunion sei freigestellt worden, sich zu trennen und eigene Wege zu gehen. Vierzehn hätten das getan. Rußland sei Rechtsnachfolger der Sowjetunion geworden und habe sich für die Erfüllung bestehender internationaler Verträge verantwortlich erklärt.
Damit habe sich das heutige Rußland gegenüber dem monarchischen Zarenreich von 1914 sehr stark verkleinert. Das zeige eine Graphik nach einer Statista-Recherche, die auf Seite 136 des Buches abgedruckt ist.
2. Zu den ausländischen Militäreinsätzen werde gern auf eine "Liste von Militäroperationen Rußlands" von Wikipedia verwiesen, so auf:
a) Abchasien, Südossetien und Georgien:
Abchasien und Südossetien sind Gebiete zweier kleiner Völkerschaften mit eigener Sprache, die bis 1991 zur Sowjetrepublik Georgien gehörten. Nach der Unabhängigkeit Georgiens hätten sich diese ethnischen Minderheiten durch den erstarkten Nationalismus in Georgien - der auch vielfach in anderen frei gewordenen Republiken entstanden sei - bedroht gesehen. Es sei zu einem Bürgerkrieg mit schlimmen gegenseitigen Massakern gekommen, woraufhin sich diese beiden Regionen zu unabhängigen Republiken erklärt hätten.
Rußland habe auf deren Bitten militärisch dort eingegriffen, wodurch eine weitere Eskalation vermieden worden sei: 1991-1992 im Georgisch-Südossetischen Krieg, und 1992-1993 im Georgisch-Abchasidischen Krieg. Danach seien in diesen Republiken russische Soldaten zur Friedenssicherung stationiert geblieben, die dazu mit einem Mandat der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" (GUS) ausgestattet worden seien, einer zwischenstaatlichen Organisation der meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion.
Nachdem der NATO-Gipfel in Bukarest vom 2.-4. April 2008 Georgien eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt habe, sei die georgische Regierung, so Thomas Mayer, in der Hoffnung auf eine militärische Unterstützung durch die USA übermütig geworden und habe im Juli 2008 die beiden abtrünnigen Republiken militärisch angegriffen. Dabei habe man auch die russischen Friedenstruppen angegriffen. Aus der russischen Grenzregion seien daraufhin weitere russische Truppen eingerückt, die die georgische Armee bis ins Kernland Georgiens zurückgedrängt hätten.
Da die USA ihre Hilfe ablehnten, sei Georgien gezwungen gewesen, am 12. August 2008 ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Daraufhin habe sich die russische Armee wieder zurückgezogen.
Rußland wolle keine Kriege und Flüchtlingsdramen an seinen Grenzen und habe deshalb versucht, für Ruhe in diesen beiden Mini-Republiken zu sorgen. Ein imperialistisches Handeln Rußlands sei hier nicht zu erkennen.
b) Transnistrien:
Transnistrien, eine weitere abgespaltene Republik, liegt im Osten der Republik Moldau an der Grenze zur Ukraine, wird von 375.000 Menschen bewohnt und wurde 1992 unabhängig. Die Einwohner hätten sich von dem Nationalismus der Republik Moldau, die Rumänisch orientiert ist, bedroht gefühlt, so daß es zu einem kurzen Krieg zwischen beiden gekommen sei, der im August 1992 von den in Transnistrien stationierten russischen Truppen beendet worden sei. Die Republik werde seither von Rußland unterstützt, und es seien zur Friedenssicherung etwa 1.500 russische Soldaten stationiert geblieben.
c) Tadschikistan:
Einen weiteren russischen Militäreinsatz habe es in Tadschikistan, im Norden von Afghanistan, im dortigen Bürgerkrieg von 1992-1997 gegeben. Rußland habe den regierenden tadschikischen Präsidenten militärisch unterstützt und im weiteren Verlauf des Bürgerkrieges den Großteil der Friedenstruppe der GUS gestellt. Der Bürgerkrieg sei am 27. Juni 1997 mit

einem Friedensvertrag in Moskau beendet worden.
d) Syrien, Bergkarabach, Kasachstan:
Es gebe noch drei weitere militärische Einsätze, die auf ein Hilfsersuchen der jeweiligen Regierung des Landes erfolgten:
Seit 2015 ist die russische Armee in Syrien aktiv.
2020 seien russische Soldaten als Friedenstruppe nach Bergkarabach in Aserbeidschan gegangen. 2023 habe Präsident Putin einen Frieden zwischen Armenien und Aserbeidschan vermitteln können, wodurch dieser Konflikt erst einmal beendet worden sei.
2022 seien russische Truppen an der Niederschlagung der Unruhen in Kasachstan beteiligt gewesen.
Dies seien alle militärischen Einsätze der russischen Armee im Ausland von 1991 bis 2023 gewesen, außer dem Ukraine-Krieg. Es habe sich - bis auf Syrien - immer um Regionen ehemaliger Sowjetrepubliken gehandelt, in denen durch Nationalismus unlösbare Konflikte entstanden waren.
Für diese Regionen und die darin russisch sprechenden Menschen habe sich Rußland wegen der Geschichte, Grenznähe und der menschlichen Verbindungen verantwortlich gefühlt. Man habe in bestehende Konflikte eingegriffen. Es hätten aber keine Angriffe oder Besitznahmen durch Rußland stattgefunden. Der Ukraine-Krieg habe übrigens das gleiche Muster.
Um einen Imperialismus Rußlands zu belegen, werde oft auf die Tschetschenienkriege von 1994-1996 und 1999-2009 verwiesen. Diese Militäreinsätze haben aber nicht außerhalb Rußlands stattgefunden. Tschetschenien ist kein eigener Staat, sondern ein Teil der russischen Föderation mit dem Status einer "autonomen Republik", die von Menschen mit überwiegend islamischem Glauben bewohnt wird.
Islamische Radikale hätten eine Loslösung von Rußland angestrebt und 1991, nach einem Referendum, Tschetschenien für unabhängig erklärt. Die russische Regierung habe dies aber nicht anerkannt, da nach der Verfassung eine "Autonome Sozialistische Sowjetrepublik" (ASSR) im Gegensatz zu einer "Sozialistischen Sowjetrepublik" (SSR) kein Austrittsrecht habe.
Es sei den islamischen Radikalen um die Errichtung eines islamischen Staates gegangen, der sich mit dem Rechtsraum Rußlands nicht vertragen habe. Die tschetschenische Regierung habe innenpolitisch eine anti-russische Politik verfolgt, die russische Sprache zu verdrängen versucht und das Clansystem neu belebt.
3. Ausländische Militärbasen gebe es weltweit ca. 1.000. Davon seien 800 in 80 Ländern unter der Kontrolle der USA. Rußland verfüge über 9 ausländische Militärbasen, davon 6 in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, zwei in Syrien sowie 1 in Vietnam. China verfüge bisher über 1 Basis in Dschibuti in Ostafrika. Das bedeute: Die USA haben ihre militärische Macht weltweit ausgedehnt und ihre beiden "Hauptkonkurrenten" China und Rußland mit Militärbasen regelrecht eingekreist. Damit seien offensichtlich die USA imperialistisch.
4. In der "Außenpolitischen Doktrin" Rußlands, in der die Prinzipien und Ziele der Außenpolitik des Landes beschrieben werden, wolle Rußland die "Bildung einer gerechten und nachhaltigen Weltordnung" auf Basis der UNO, deren "Rolle wiederhergestellt" werden solle. Rußland fordere eine "multipolare" internationale Ordnung mit zahlreichen gleichberechtigten Akteuren. Eine "unipolare" Weltordnung, bei der ein Staat alle anderen dominiert, lehne Rußland ab und positioniere sich damit klar gegen die Hegemonie der USA. Rußland formuliere damit eine anti-imperialistische Außenpolitik.
Der russische Außenminister Lawrow faßte im August 2023 in einem Interview die außenpolitische Doktrin zusammen (auf Anti-Spiegel nachzulesen). In ihr sind keine imperialistischen Bestrebungen Rußlands zu entdecken.
Thomas Mayer: "Entsprechend dieser Doktrin arbeitet Rußland mit anderen Staaten zusam-

men. Besonders wichtig ist dabei die Vereinigung der BRICS-Staaten. Die Abkürzung BRICS steht für die Anfangsbuchstaben der fünf zugehörigen Staaten Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika. Dutzende weitere Staaten streben eine Aufnahme in die BRICS-Vereinigung an. Wenn man die BRICS-Treffen verfolgt, kann man keinen Imperialismus Rußlands finden, da die Gespräche auf Augenhöhe stattfinden."

Auch die Reden Putins selbst, die er während seiner Präsidentschaft über die geopolitischen Ziele Rußlands gehalten hat, enthalten keinerlei imperialistische Ziele. Vor allem drei Reden Putins mit geopolitischen Themen sind besonders bedeutsam: die Rede Putins vor dem deutschen Bundestag am 25.9.2001, seine Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 und seine Ausführungen vor der UNO-Vollversammlung im Jahr 2015.

Schon in seiner Bundestagsrede, so der in Rußland lebende Thomas Röper, habe man im Kern alle Punkte seiner Politik aus erster Hand auf Deutsch hören können, Punkte, die alle praktisch unverändert bis heute seine Politik bestimmten.

Putins Ausführungen sind dort mit "Standing Ovations" begrüßt worden. (Näher siehe im Artikel: Geopolitische Ziele Putins)

Demgegenüber hat die "National Security Strategy" der USA vom Oktober 2022, die als Leitfaden für die Außenpolitik der US-Regierung dient, eine ganz andere Intention. Darin werde, so Thomas Mayer, der angeblich unverzichtbare Charakter der USA und die Notwendigkeit ihrer Führungsrolle in der Welt bekräftigt. Die Krisen der Welt könnten nur durch eine entschlossene Führung der USA bewältigt werden. Da die freundschaftliche Ära nach dem Kalten Krieg vorbei sei, sei es notwendig, dem "russischen Imperialismus" und den Ambitionen Chinas entschlossen entgegenzutreten.

Heute verlaufe die Konfrontation nicht mehr zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen Demokratie und Autokratie.

(Dabei wird natürlich verschwiegen, daß diese Demokratie im Grunde eine "aristokratische Demokratur", also eine Oligarchie ist.)

"Laut der National Security Strategy bestimmen die USA, was richtig ist - angeblich nur zum Wohle aller und für die Demokratie. In keiner Zeile steht, daß internationale Probleme auf Basis der UNO durch Gespräche auf gleicher Augenhöhe zwischen den Staaten gelöst werden sollen. Die UNO hat in den Augen der USA keine aktive leitende Rolle. Damit beschreiben die USA ihre Hegemonie und ihren Imperialismus selbst, natürlich ohne dieses Wort direkt zu verwenden."

Zusammenfassung

Der Versuch, so Thomas Meyer, anhand der vier Kriterien einen Imperialismus Rußlands zu finden, habe einen solchen jedoch nirgend ausfindig machen können. Auch beim Lesen von Artikeln und Kommentaren über russischen Imperialismus, die es in großer Zahl gebe, habe er bisher nichts entdecken können. Diese hätten immer aus Stimmungsmache und herbeigeschriebener Emotionalität bestanden. Fakten habe er nicht gefunden.

"Deshalb muß ich den russischen Imperialismus als eine Propaganda-Erfindung einstufen. Da diese über Jahrzehnte aufgebaut und ständig wiederholt wurde, schlich sie sich als scheinbare Realität in das Bewußtsein der Menschen ein.

Die USA projizieren ihren eigenen Imperialismus auf Rußland, um ihn zu verbergen."

Auch das militärische Eingreifen Rußlands in der Ukraine war kein imperialistischer Akt, wie die genaue Kenntnis der Vorgeschichte zeigt. Auch diese wird in dem verdienstvollen Buch von Thomas Mayer objektiv dargestellt.

Fazit

Die ständig wiederholten Behauptungen der in Deutschland herrschenden Parteipolitiker und ihrer medialen Lautsprecher, der russische Präsident Putin strebe nach imperialistischer Ausdehnung Rußlands und schmiede nach dem Einfall in die Ukraine auch Angriffspläne gegen

die osteuropäischen NATO-Länder, sind gigantische Propaganda-Lügen. Sie dienen der teuflischen Bewußtseinsmanipulation der Bevölkerung, um sie für einen Krieg der USA-geführten NATO gegen Rußland bereit und angst- und haßerfüllt gefügig zu machen. Einen Grund "zurückschlagen" zu müssen, läßt sich immer provozieren.
Wie vor jedem Krieg spielen auch jetzt wieder die Medien ihre Kriegs-vorbereitende und Kriegs-hetzende Rolle. Ohne ihre verruchte Macht über das Bewußtsein der meisten Menschen wären solche Kriegs-Inszenierungen nicht möglich. Denn die Völker wollen keinen Krieg, sondern ein friedliches Zusammenleben. Das Agieren der Mainstream-Medien vor und während der Kriege ist mindestens ebenso verbrecherisch wie das Handeln der unmittelbar verantwortlichen Politiker und obersten Militärs.
"Die gefährlichsten Massenvernichtungswaffen sind die Massenmedien", schrieb daher M. A. Verick. Sie müssen als solche entlarvt werden.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28104" berichtet am 9. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Dringende Warnung vor WHO-Diktator Tedros!**
Weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt plant WHO-Chef Tedros einen großen Coup für 2024! Durch einen heimtückischen Plan möchte er Macht über den Körper und die Freiheit von Milliarden von Erdenbürgern bekommen! Seine kriminelle Vergangenheit könnte ihm jedoch zum Verhängnis werden …
Dieser Mann hat auf dem WHO-Chefsessel nichts verloren. Es darf nicht sein, daß ein Mann Macht über Milliarden von Menschen bekommt!
Was hat das noch mit Demokratie zu tun?
Wie naiv bist Du eigentlich, wenn Du denkst, daß in solch hohe Ämter nur ehrenwerte Menschen kommen?
Hallo, hier ist wieder der Klaus aus Franken!
Zu Beginn dieses neuen Jahres habe ich mich gefragt: Was ist wohl die größte Gefahr für die Menschheit für 2024?
Ich möchte Euch mit diesem kurzen Video eine gigantische Gefahr bewußt machen: Im Mai wird die WHO-Generalversammlung über die Änderung ihrer Internationalen Gesundheitsvorschriften und den geplanten Pandemievertrag abstimmen. …
Welches Ziel verfolgt die WHO?
Bisher hat die WHO lediglich beraten. Nun soll sie zur rechtsverbindlichen weltweiten Führungsinstanz in allen Gesundheitsfragen werden! Aus den bisherigen Empfehlungen werden nun zwingend einzuhaltende Befehle! Die erlassenen Maßnahmen müssen dann von allen Mitgliedstaaten rechtsverbindlich umgesetzt werden.
Die WHO könnte z.B. sogar eine Impfpflicht für nahezu alle Menschen auf diesem Planeten verfügen!
Hier soll offensichtlich eine weltweite, zentralistische "Gesundheits-Diktatur" errichtet werden!
Sogar den Passus, daß Menschenrechte und Grundfreiheiten berücksichtigt werden müssen, will die WHO aus ihren Gesundheitsvorschriften streichen!
Und darüber sollen dann Vertreter abstimmen, die nicht einmal vom Volk gewählt sind. Was hat das noch mit Demokratie zu tun? Bei unseren Politkern, die sich immer wieder uneingeschränkt zur Demokratie bekennen, müßten hier doch sämtliche Alarmglocken läuten, oder?
Wem soll diese Generalvollmacht gegeben werden?
Es geht um diesen Mann: WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus
In der Dokumentation "Die Akte Tedros" kommt ans Licht, daß Tedros über viele Jahre ein führender Kopf der kommunistischen Tigrayan People's Liberation Front - kurz TPLF - war!
Die TPLF wird offiziell als Terrororganisation in der Global Terrorism Database geführt. Unglaublich: Diese Terrororganisation, die vielfach an Entführungen und Geiselnahmen beteiligt

war, verhalf Tedros zu seinem unglaublichen Aufstieg - sogar bis er zum Außenminister Äthiopiens ernannt wurde!
Die bekannten Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch bestätigen brutalste Menschenrechtsverletzungen in seiner insgesamt 12-jährigen Amtszeit als Gesundheits- bzw. Außenminister von 2005-2016:
- Schwerste Folterungen - sogar von Schulkindern!
- Regierungstruppen brennen ganze Dörfer nieder, vergewaltigen Frauen und Mädchen
- Ermordung friedlicher Demonstranten
- Ethnische Säuberungen und gewaltsame Umsiedlung Hunderttausender Dorfbewohner
Das britische Nachrichten-Portal The Expose stellt fest, daß die "Tedros-Regierung" unzählige Massaker verübt hat und ihre Macht nur dadurch aufrechterhielt, daß sie jeden abschlachtete, der es wagte, ihre Unterdrückungstaktik in Frage zu stellen."
Ich habe diesen Horror nicht erfunden. Ihr könnt es in der Doku "Die Akte Tedros" selber nachprüfen. Dort sind auch alle Quellen angegeben.
Von all diesen Gräueltaten hat sich Tedros nie öffentlich distanziert und abgewendet!
Als Gesundheitsminister hat Tedros darüber hinaus mehrere Choleraausbrüche einfach ignoriert und war mitschuldig an der jahrelangen völkermörderischen Blockade von Lebensmitteln und Medikamenten für die somalische Bevölkerung im Ogaden! Dies führte zum Tod unzähliger Menschen!
Mein Fazit: Meiner Meinung nach ist Tedros ein schwerstkrimineller Mensch! Dieser Mann hat auf dem WHO-Chefsessel nichts verloren. Er gehört vielmehr hinter Schloß und Riegel!
Wie ist es überhaupt möglich, daß Tedros WHO-Generalsekretär wurde?
Auch hier bringt die "Akte Tedros" Licht ins Dunkel! Tedros hatte nämlich beste Connections zu ranghöchsten Persönlichkeiten, z.B.
- Ex-US-Präsident Bill Clinton,
- Ex-US-Präsident Barak Obama,
- US-Milliardär Bill Gates
- WEF-Chef Klaus Schwab.
Offensichtlich scheinen diese mächtigen Herren kein Problem zu haben, Menschen mit schwerstkrimineller Vergangenheit in höchste Ämter zu plazieren!
Wie naiv bist Du eigentlich, wenn Du denkst, daß in solch hohe Ämter nur ehrenwerte Menschen kommen?
Es ist doch offensichtlich, daß genau das Gegenteil der Fall ist!
Wach endlich auf und beerdige Deinen Glauben an ein "Gutmenschentum"!
Ich sage deshalb: Bei der WHO-Abstimmung im Mai geht es um das Wohl und Wehe fast aller Völker und somit der gesamten Menschheit!
Sollten die WHO-Entwürfe angenommen werden, wäre Tedros nämlich "WHO-General-Diktator" mit unglaublichen Vollmachten.
Er müßte nur einen potentiellen Gesundheitsnotstand ausrufen und könnte dann über Deinen Körper bestimmen. Er schreibt Dir dann z.B. vor:
- Welche Medikamente Du zu schlucken hast.
- Daß Du dich unverzüglich zum Impfen einzufinden hast.
- Wohin Du noch reisen darfst und wohin nicht, usw.
Freiheit ade!
Es darf nicht sein, daß ein Mann Macht über Milliarden von Menschen bekommt!
Da dieser auch noch schwerstkriminell ist, handelt es sich hier um ein Horrorszenario!
Uns bleiben jetzt noch ca. 4 Monate, um dies zu verhindern!
Was kannst Du praktisch tun?
Ich nenne zwei Beispiele:

1. Schau Dir die "Akte Tedros" an. Mach diese erschütternde Doku über die sozialen Plattformen und in Deinem persönlichen Umfeld überall bekannt! Dadurch wirst Du die kriminellen Machenschaften von Tedros ans Licht der Öffentlichkeit bringen! Es braucht einen öffentlichen Aufschrei! Es muß dahin kommen, daß selbst die Massenmedien die Verbrechen von Tedros nicht mehr zudecken können.
2. Kontaktiere die Abgeordneten Deines Wahlkreises in dem Land, wo Du lebst.
Informiere Sie über die Vergangenheit dieses Mannes und fordere Sie auf, sich von dessen Menschenrechtsverbrechen zu distanzieren. Fordere Sie zum Handschlag auf, daß sie Dir versprechen, alles dafür zu tun, um einen WHO-Pandemievertrag unter der Führung von General-Diktator Tedros zu verhindern!
D*as war mein Anliegen heute: Diesen Fokus wollte ich Euch für das Jahr 2024 geben: Laßt uns gemeinsam die verbleibende Zeit nutzen, um diese drohende WHO-Diktatur zu stoppen!*
Ich habe fertig!
Euer Klaus aus Franken<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2024:
>>**Hammer: Elon Musk will Disney kaufen**
Von *Daniell Pföhringer*
Paukenschlag im Wunderland: Tech-Unternehmer und Meinungsfreiheitskämpfer Elon Musk hat angedeutet, den Disney-Konzern übernehmen zu wollen. …
Die Übernahme von Twitter (jetzt X) fing 2022 auch mit einem flotten Spruch von Elon Musk an, den zunächst keiner Ernst nahm. Nur wenige Monate später hatte Tesla-Gründer die Plattform im Sack. Seitdem geht es dort mit der Meinungsfreiheit kontinuierlich bergauf - zum Ärger der woken Blase, die bei X auf einmal nicht mehr die Lufthoheit über den Schreibtischen hat. Nun hat Musk eine ähnliche Andeutung mit Blick auf den Disney-Konzern gemacht.
Der Tech-Unternehmer war am vergangenen Wochenende in Los Angeles unterwegs und besuchte dort eine Filmpremiere. Aufmerksame Beobachter fragten sich, warum der reichste und vielbeschäftigte Mann der Welt für einen relativ unbekannten Independent- und Low-Budget-Film namens "Lola" quer durch die USA reist. Das könnte nicht nur cineastische Gründe haben, sondern auch geschäftliche. Regisseurin des Streifens ist nämlich Nicola Peltz - Tochter des Hedgefonds-Managers Nelson Peltz, der große Anteile an Disney hält.
Bündnis gegen Disney-Boß?
Peltz ist schon seit geraumer Zeit über Kreuz mit Bob Iger, CEO der der Walt Disney Company. Der Investor beanspruchte einen Sitz im Aufsichtsrat des Unternehmens, was ihm dessen Chef Iger verwehrte. Daraufhin startete er einen Angriff auf Disney und wirft der Konzernleitung Mißmanagement vor.
Als Musk nun von einem Reporter gefragt wurde, warum er die "Lola-Premiere" besuche, antwortete er vielsagend: "Ich bin nur mit Freunden hier ... und überlege, welche Unternehmen ich kaufen soll."
Nun gehen in Hollywood manche davon aus, Musk und Peltz hätten sich gegen Iger verbündet und strebten eine Übernahme des Unterhaltungskonzerns an. Der X-Eigentümer ist nämlich auch nicht gut auf den Donald-Duck-Konzern zu sprechen.
Erst im Dezember hatte Tesla alle Disney-Apps aus seinen Fahrzeugen verbannt. Zuvor hatte das Unterhaltungsunternehmen alle Werbeaktivitäten auf X eingestellt. Auch andere Firmen taten es Disney gleich - politische Hintergründe sind dabei nicht ausgeschlossen, denn Musk ist ein erklärter Feind des Wokeness-Kultes, der in der US-Wirtschaft grassiert.
Möglich ist, so Branchen-Insider, daß Peltz mit seinem Hedgefonds bei Disney aussteigt, wodurch das Unternehmen deutlich an Wert verlieren würde. Dann könnte im zweiten Schritt Musk zuschlagen und den Konzern zu einem weitaus günstigeren Preis als heute aufkaufen.

Der Unternehmenswert von Disney beträgt derzeit knapp 180 Milliarden Dollar, Musk verfügt über ein Vermögen von 198 Milliarden Dollar. Selbst wenn der Tesla- und X-Boß Disney heute kaufen würde, hätte er immer noch 18 Milliarden Euro auf der hohen Kante - mehr, als er in zehn Leben ausgeben könnte.

Sex in Kinderfilmen

Warum der Disney-Konzern eine Roßkur á la Elon bitter nötig hätte, verdeutlicht unsere "Geheimakte Disney" in COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat". Und das betrifft nicht nur Transgender-Moderatoren im Disney Channel oder genderfluide Bäumchen-wechsel-dich-Spiele bei den Figuren in den Disney-Themenparks, sondern auch die Tatsache, daß das Unternehmen schon seit vielen Jahren daran arbeitet, Kinder und Jugendliche mit seinen Produkten zu sexualisieren.

Das geschieht etwa durch subliminale Botschaften in Filmen und auf Zeichnungen, die eigentlich als familienfreundlich deklariert sind. Nur zwei Beispiele:

- In dem Animationsfilm "Arielle, die Meerjungfrau" (1995) nimmt die böse Meereshexe Ursula Menschengestalt an, um sich mit Prinz Erik zu vermählen. Der Bischof, der das Paar trauen soll, ist offenbar so von der schönen Braut angetan, daß er eine Erektion bekommt. Disney-Zeichner Tom Sito bestritt das: "Das sind seine Knie. Der Witz ist, daß er ein sehr kleiner Mann ist, der auf einer Kiste steht und sein riesiges Bischofsgewand darüber hängt und seinen ganzen Körper samt Kiste verdeckt."

Diese Erklärung ist jedoch schon allein deshalb unglaubwürdig, weil man selbst auf dem "Arielle-Filmplakat" in der Verzierung des Prinzenschlosses einen Phallus versteckt hatte. Penis-Symbolik ist bei Disney übrigens besonders beliebt. So gab es vor ein paar Jahren ein Comic-Titelbild, auf dem Minnie Mouse ihren Mickey im Arm hält. Zoomt man jedoch näher ran, scheint es so, als hielte der Mäuserich sein steifes Glied in der Hand. In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" zeigen wir die verstörenden Abbildungen.

- In "Aladdin" (1992) landet der titelgebende Straßendieb in einer Szene in einem Raum voller junger, attraktiver, leicht bekleideter Damen, die ihm flirtend Tücher zuwerfen. Dann jedoch werden sie sauer, weil der Eindringling kein Geld hat, um sie zu bezahlen. Offenbar ist Aladdin also in einem Bordell gelandet. Das allerdings ist ebenso wenig jugendgerecht wie die lesbischen Anspielungen in "Tinker Bell" (2008) oder die selbst von Zeichner Sito nicht abgestrittene Tatsache, daß die animierte Jessica Rabbit in "Falsches Spiel mit Roger Rabbit" (1988) in einer Einstellung ohne Höschen unter ihrem Kleid zu sehen ist.

Pädophile in Freizeitparks

Solche Sex-Botschaften in Disney-Kinderfilmen haben ein besonderes Geschmäckle vor dem Hintergrund, daß die Freizeitparks des Unterhaltungskonzerns immer wieder durch Pädophilie-Skandale in die Schlagzeilen geraten. So wurde etwa 2015 bekannt, daß ab 2006 insgesamt 42 Mitarbeiter amerikanischer Vergnügungsparks wegen Kindesmißbrauchs und –pornographie festgenommen worden waren. Allein 35 davon hatten in Parks von Disney gearbeitet, fünf bei den Universal Studios und zwei bei Seaworld.

Die Süddeutsche Zeitung schrieb über einen damals 40-jährigen Ressort-Mitarbeiter namens Allen Treaster:

"Er hatte versucht, sich mit einem 14 Jahre alten Jungen zu treffen, laut den sichergestellten Textnachrichten hatte er sich damit ‚eine Phantasie erfüllen' wollen. Nur: Der Junge, mit dem er zu schreiben glaubte, war in Wahrheit ein verdeckter Ermittler. Treaster wurde festgenommen, als er zur vermeintlichen Verabredung mit dem Minderjährigen erschien. Bei der Vernehmung gab er zu, wenige Wochen vor der Verhaftung Sex mit einem 15-jährigen Jungen gehabt und von dessen Alter vor dem Treffen gewußt zu haben. Treaster arbeitete bei Disney zunächst bei der Attraktion um den Film Toy Story und später als Concierge im Hotel Animal Kingdom Lodge."

Polizist Grady Judd, der an der Verhaftung des Kinderschänders beteiligt war, erklärte gegenüber dem Sender CNN: "Wo Kinder sind, da sind auch Kinderschänder. Die Menschen arbeiten bei Disney, weil sie einen guten und sicheren Job bei einem großartigen Unternehmen haben wollen, aber es gibt auch wenige, die deshalb dort sind, um Kinder zu sehen. Sie können in dieser Kinderwelt leben."
Höchste Zeit also, daß Elon Musk, der selbst zehn Kinder hat, in dem Laden aufräumt - und zugleich die Disney-Filmproduktionen vom Woke-Virus heilt.
Wir blicken hinter die Kulissen - und enthüllen Abgründe: In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood" erfahren Sie, wie Satanisten, Geheimdienste und Pädophile das Film- und Musikgeschäft unterwandert haben - und woran Sie das erkennen.<<

10.02.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2024:
>>**Bauernverband distanziert sich von Traktor-Protesten**
Von *Karel Meissner*
Der Geschäftsführer des Deutschen Bauernverbandes wünscht sich Proteste ohne Blockaden von Medienhäusern, Druckereien, Lebensmittellagern. Kurzum, die Light-Version eines Aufstandes. Können die Bauern den Krieg, den die Herren gegen sie führen, gewinnen? …
Was wäre, wenn eine Gewerkschaft sich plötzlich gegen die streikenden Mitglieder wenden und die Bosse verteidigen würde? - Es wäre der Gipfel der Peinlichkeit. So eine Gewerkschaft verdient keine Mitgliedsbeiträge. Aber so hat jetzt der Deutsche Bauernverband reagiert.
Mit eingezogenem Schwanz distanzierte er sich von den aufständischen Landwirten. Obwohl die Protestierenden nicht halb soviel Chaos wie die französischen Kollegen entfachen, dem Verbandsgeschäftsführer Bernhard Krüsken ist es bereits zu viel:
"Blockaden und Protestaktionen vor Medienhäusern, Druckereien, Lebensmittellagern sind aus unserer Sicht die falschen Instrumente, Unsere Botschaften sichtbar zu plazieren ist wichtig und richtig, aber das geht auch ohne Blockaden."
Klar, wie wär's stattdessen mit einem Protestbrief an die Ampel? Hat bestimmt große Wirkung! Mit dieser Distanzierung stellt Krüsken sich hinter den Grünen-Politiker Konstantin von Notz - manchem noch bekannt durch seine Kritik an den "gemeingefährlichen" Anti-Corona-Maßnahmen-Demos. Auch diesmal gehen dem Vorsitzenden des für Nachrichtendienste zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestags die Demos zu weit: Etwa beim Sperren von Autobahnen.
Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland verbreitet von Notz altbekannte Verschwörungstheorien: Die Aktionen seien "immer deutlicher, wie systematisch von gewissen Protagonisten aus dem rechtsextremen Spektrum versucht wird, die Proteste zu unterwandern". Ein Zug, auf den der Bundesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Jochen Kopelke, gerne aufspringt:
"Nach der großen Welle von Demonstrationen kommen oft die kleinen. Wenn ein Thema zieht, wollen andere den Hype nutzen und ziehen nach. Die haben dann zum Teil ganz andere Ziele."
Böse Extremisten unterschiedlichster Couleur "wollen auf der Welle mitsurfen." Es gibt demnach einen neuen Frontverlauf: Der Deutsche Bauernverband mit den Grünen und der Polizeigewerkschaft auf einer Seite, die Bauern auf der anderen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Drosselung der E-Produktion in Deutschland - Sonderschichten für Verbrenner in Bratislava**
"Mobilitätswende" gescheitert: Volkswagen muß seine E-Auto-Produktion wegen mangelnder Nachfrage drosseln. Zeitgleich schieben die Werksarbeiter Sonderschichten, um bei der Produktion von Verbrennern dem Bedarf nachzukommen.

Von *Redaktion*
Wie alle deutschen Autobauer setzt Volkswagen öffentlichkeitswirksam vor allem auf E-Mobilität. Doch die folgende Meldung dürfte ein paar Risse in das Bild vom "ökologischen Autobauer" bringen. Denn die Produktion von Verbrenner-Modellen läuft auf Hochtouren - bloß nicht in Deutschland, sondern zunehmend im Ausland.
VW steht derzeit vor einem interessanten Phänomen. Während in Emden die Produktion des alten Passats zuletzt gestoppt wurde, erleben andere Produktionsstandorte regen Zulauf. Die Neuauflage des Passats, sowie der Tiguan und der Golf - alles Modelle auf der MQB-Basis - führen zu überfüllten Auftragsbüchern für den Wolfsburger Autokonzern.
Die Nachfrage nach VW-Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor scheint derart hoch zu sein, daß im Werk Bratislava in der Slowakei die Produktion des neuen Passats intensiviert werden muß - dort werden sogar Sonderschichten geschoben. Und auch im Stammwerk in Wolfsburg müssen die Mitarbeiter nun Extraschichten an den Wochenenden schieben, um den Bedarf zu decken. Betroffen sind die Produktionslinien für Golf- und Golf-Variant-Modelle sowie Tiguan und Touran. Diese Zusatzschichten sind bis mindestens Mitte März geplant.
Im Gegensatz dazu sieht es bei der Produktion der Elektromodelle VW ID.3 in Wolfsburg und des ID.7 in Emden anders aus - hier fehlt trotz der ausgerufenen Mobilitätswende die entsprechende Nachfrage. Die Masse zieht offensichtlich nicht ganz so mit, wie man es sich in den Vorstandsetagen erhoffte: Insgesamt überflügeln die klassischen VW-Verbrennermodelle weiterhin die elektrische ID-Linie in puncto Beliebtheit um Längen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2024: >>**Experte: COMPACT-Boykott nicht rechtmäßig!**
Von *COMPACT Redaktion*
Sogar der Stern zweifelt jetzt an der Rechtmäßigkeit des COMPACT-Boykotts. Dazu befragte das Magazin einen Presserechtsanwalt.
Sogar das Mainstream-Magazin Stern zweifelt an der Rechtmäßigkeit des COMPACT-Boykotts durch den Kiosk-Grossisten Valora. Jeder habe das Recht, "seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten". Das verpflichte den Vertrieb zur Neutralität.
Die Grossisten müßten alle Verlage und Einzelhändler gleich behandeln, den freien Marktzutritt aller Anbieter sicherstellen, so Presserechtsanwalt Andreas Thiel. Sie hätten die Pflicht, jeden Artikel in ihr Sortiment aufzunehmen.
Auch der Einzelhandel habe nicht das Recht, nach "eigenen politischen, ethischen, moralischen oder sozialen sowie religiösen Gründen eine Sortimentsauswahl vorzunehmen", faßt Thiel zusammen. Selbst "Extrempositionen" rechtfertigten keinen Boykott. COMPACT geht gegen Valora juristisch vor!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Proteste gegen "Dorf im Dorf": 500 Flüchtlinge auf 200 Anwohner**
In den Weilern rund um den Wertstoffhof in Warngau leben nur 200 Menschen, trotzdem soll ein Containerdorf mit insgesamt 500 Flüchtlingen in der Gemeinde aufgebaut werden. Die Gemeinde ist haltlos überfordert, die Anwohner haben Angst.
Von *Redaktion*
"Brennpunkt Warngau" steht auf den Plakaten, mit denen die Bürger der Gemeinde des Landkreises Miesbach in Oberbayern ihren Unmut gegen die Pläne von Landrat Olaf von Löwis Luft protestieren. Der CSU-Politiker plant "mangels jeglicher Alternative" ein Containerdorf mit 500 Flüchtlingen auf einem kreiseigenen Grundstück neben der Müllverwertungsanlage des Landkreises zu bauen - und das, obwohl in den anliegenden Weilern, weniger als 200 Menschen leben.
Die Warngauer sind mit diesem Plan "völlig überfordert", so Bürgermeister Klaus Thurnhuber

(FW) bei der Bürgerversammlung, die am Montagabend in Holzkirchen stattfand. Die Wut, die laut der Süddeutschen Zeitung an diesem Abend bei den 800 Teilnehmern spürbar ist, hängt auch damit zusammen, daß man die Menschen vor vollendete Tatsachen stellte - und daran, daß sie Angst haben.
Wie der Focus berichtet, fürchtet eine Anwohnerin zum Beispiel um ihre Kinder. Wenn das Containerdorf kommt, würde sie die Kleinen nicht mehr über die Felder laufen lassen. Andere beschreiben, daß sie sich vorsorglich einen dritten Hund angeschafft hätten. Auch vor dem möglichen Einschleppen von in Deutschland eigentlich ausgerotteten Krankheiten wie Tuberkulose oder dem Dealen mit Drogen fürchten sich die Anwohner.
Und sie fragen sich: Wie soll man diese Masse an Menschen an so einem kleinen Ort integrieren? Unter dem lauten Protest und Buh-Rufen gab Landrat von Löwis zu, daß er sich auch weniger Flüchtlinge wünschen würde. Laut Merkur sagte er: "Die derzeitige Flüchtlingspolitik ist katastrophal. Der Schutz der EU-Außengrenzen versagt total und wenn ich Flüchtling wäre, würde ich natürlich auch versuchen nach Deutschland zu kommen."
Doch es gehe nicht anders - daß Kinder und Jugendliche die Turnhallen in Miesbach und Tegernsee nicht nutzen könnten, in denen die betreffenden Flüchtlinge aktuell untergebracht seien, sei nicht mehr zumutbar.
Und seine Meinung entbinde ihn auch nicht von den Gesetzen. Alle zwei Wochen würden ihm knapp 50 Flüchtlinge zugewiesen, die er unterbringen müsse.
Doch die Warngauer Bürger tröstet das nicht. Monika Gschwendtner, die mit ihrer Tochter eine Petition gegen den Bau des Containerdorfes gestartet hat, bringt noch einen weiteren Kritikpunkt der Anwohner ins Spiel: "Auf dem Gelände ist es laut, da gibt es Gerüche, da ist Lastwagenverkehr. Da ist nichts". Wie auf den Protestplakaten prangert Gschwendtner an, daß die Unterbringung neben der Müllverwertung VIVO "menschenunwürdig" sei. Ihre Petition hat laut Fokus Stand letzten Dienstag 3.793 Unterzeichner. Zum Vergleich: In der gesamten bayerischen Gemeinde leben knapp 3.700 Menschen.
Doch sie wird nichts nützen - die Bürger diskutierten deshalb die Möglichkeit, Klage einzureichen. Laut Fokus hatte das in dem im benachbarten Landkreis gelegenen Dorf Greiling Erfolg. Das Münchner Verwaltungsgericht hatte Ende Januar entschieden, daß der Landkreis nicht in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen eingreifen darf. Der Klage-Erfolg sei allerdings von Faktoren wie der Überlastung der Infrastruktur abhängig. Bürgermeister Thurnhuber erklärt, daß er erstmal schauen müsse, ob sich so eine Klage in ihrer Gemeinde rentiert - "Wenn ich Aussichten auf Erfolg habe, mache ich es. Aber wenn nicht, dann lasse ich es, ganz klar".
Die Stimmung bleibt den ganzen Abend emotional und aufgeheizt. So sehr, daß Landrat von Löwis laut SZ am Ende von der Polizei und Sicherheitsleuten aus dem Seitenausgang eskortiert wird - ein Streifenwagen fährt ihn aus dem Ort. Derweil stehen die Bürger noch mindestens eine halbe Stunde vor dem Gasthaus, in dem die Veranstaltung stattfand. Vor der Blokkade von Traktoren, mit denen der Anwohner-Protest unterstützt werden sollte.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2024: >>**Dresden 1945: "Der Phosphor brachte den Tod"**
In wenigen Tagen jährt sich die Bombardierung Dresdens zum 79. Mal. Heinz Kockel, Jahrgang 1930, erlebte die Angriffe am 13./14. Februar 1945 direkt im Stadtzentrum mit. Zu diesem Zeitpunkt war er als Luftschutzmelder der Hitlerjugend eingeteilt. …
_ von *Heinz Kockel*
Ich bin Jahrgang 1930, geboren im Mai. Ich bin groß geworden als Arbeitersohn. Mein Vater war Kraftfahrer in Dresden. Ich bin also gebürtiger Dresdner, mit Leib und Seele meiner Heimatstadt verbunden. 1937 kam ich in die erste katholische Volksschule auf der Grünstraße. Als die Konfessionsschulen geschlossen wurden kam ich auf die zweite Volksschule

von Dresden auf der Reitbahnstraße.
1940 wurde ich in die Hitlerjugend (HJ) aufgenommen. Die Vereidigung fand auf dem Adolf-Hitler-Platz, dem heutigen Theaterplatz, statt. Dort bekam ich auch meine erste Uniform, worauf ich sehr stolz war. Wir machten Kameradschaftsabende, wir sangen Lieder und vieles mehr. 1939 begann der Krieg. Mein Vater wurde im Zuge der Mobilmachung auf der Königsbrücker Straße mitsamt seinem Fahrzeug requiriert. Die geladene Ware durfte er noch ausliefern und kam danach nach Dresden-Übigau in die Kaserne zur Ausbildung. Da er Kraftfahrer war wurde das Fahrzeug ebenfalls konfisziert. So diente mein Vater in Polen und Frankreich.
1944 wurde ich bei der HJ als Luftschutzmelder eingesetzt. Unser Stützpunkt befand sich auf der Schloßstraße im Keller der Nordstern-Versicherung. Wir hatten jedoch nie damit gerechnet, daß unsere Heimatstadt zerstört wird. Schließlich hieß es immer "Dresden wird verschont", da es eine Kunst- und Kulturstadt sei. Die ganze Welt, so dachte man, würde darauf achten, daß Dresden nichts passiert.

Als die Sirenen heulten

Am 13. Februar 1945 begann bei meiner Familie und mir der Untergang. Es war Faschingsdienstag. Meine ältere Schwester und ich tobten auf den Straßen herum, woran sich aber niemand störte. Wir waren eben Kinder. Als wir am Abend wieder zu Hause angekommen waren, sagte meine Mutter: "Nun aber rasch ins Bett", worauf ich entgegnete: "Gibt es denn heute keine Pfannkuchen?" In diesem Moment sagte meine Schwester: "Na die kommen von oben". So ein Quatsch - von oben werden wir Pfannkuchen bekommen, sagte sie. Es war als wäre es eine Voraussage gewesen. Hätten wir erahnt was uns bevorstand, hätten wir sofort unsere Sachen gepackt und die Stadt verlassen. Aber es hatte niemand gewußt - im Vertrauen darauf, daß unsere Stadt verschont bleibt.
Nachts ging es los. Wir waren kaum im Bett, als die Sirenen heulten. Wir sprangen aus den Betten und meine Mutter, meine Schwester und meine Oma sind in den Keller unseres Hauses gegangen, was sich auf der Kleinen Brüdergasse befand. Ich mußte in meine Leitstelle. Ich hatte die Winterkleidung der HJ in schwarz.
Die Hosen nannten wir scherzhaft "Äpfelklauhosen" weil sie unten einen Gummizug hatten. Also zog ich die Winteruniform an und rannte in die Nordstern-Versicherung wo ich mich beim zuständigen Luftschutzwart meldete.
An der Wand hing ein Rundfunkapparat: "Achtung, Achtung! Feindliche Bomberverbände sind im Anflug auf das Stadtgebiet, es ist mit Bombenabwürfen zu rechnen." Noch heute packen mich diese Worte. Da waren die feindlichen Verbände vielleicht in Meißen oder Leipzig. Dann war eine kleine Weile Ruhe, bevor die Meldung erneut kam: "Achtung, Achtung! …" In meiner Erinnerung hörte ich viermal die Ansage. Dann ging es los. Mit einem Rauschen schlugen die ersten Bomben ein. Vom Zwinger herüber zur Kleinen Brüdergasse kamen sie immer näher. Die Einschläge waren im unmittelbaren Bereich. Dann rauschten die Brandbomben und Phosphorkanister. Ich habe später gesehen, wie die Sandsteinfiguren des Dresdner Zwingers vom Phosphor zerschmolzen waren.
Aus den Erzählungen meiner Mutter weiß ich, daß sie noch auf den Dachboden rennen wollte, um die Brandbomben zu löschen. Sie hatte in unserem Haus den Posten des Luftschutzwartes übernommen. Heute ist das sicher unvorstellbar. Meine Großmutter sagte zu ihr: "Anna" - meine Mutter hieß Anna - "Anna bleib hier". Denn wer wußte schon was oben auf dem Dachboden passieren würde? Unser Haus brannte noch nicht. Aber die Nebengebäude, in den Gründerjahren umgebaute Klostergemäuer, standen lichterloh in Flammen. Sie dienten ehemals zur Aufnahme der im Zuge der Industrialisierung nach Dresden ziehenden Landbevölkerung.
Ich selbst sollte eine Meldung zur Schloßwache überbringen, wie weiter zu verfahren wäre.

Denn in unserer Leitstelle war bereits der gesamte Funk ausgefallen. Ich wollte gerade die Leitstelle verlassen, als gegenüber in einem Haus eine schwere Bombe einschlug. Die rückwärtige Notausgangstür aus Stahlbeton wurde herausgerissen und Staub, Dreck und Mörtel in die Leitstelle geschleudert. Der Druck schleuderte mich bis fast auf die Straße. Es entstand eine Panik. Meine Meldung hatte ich schon vergessen und machte mich auf den Weg, meine Familie zu finden.

"Raus hier, kommt, wir müssen hier raus!"

Der Weg von der Schloßstraße zur Kleinen Brüdergasse war ja nicht weit. Ich rannte zu unserem Haus, es stand noch. Im Hausflur stand eine alte Frau im Rollstuhl. Sie war gelähmt und beim Alarm konnte sich niemand mehr um sie kümmern. Jeder versuchte sein eigenes Leben zu schützen.

Ich rannte in den Keller hinunter, wo meine Mutter und alle anderen verängstigt, mit tränenverschmierten Gesichtern saßen. Aber niemand schrie. Ich ging zu meiner Mutter, Oma und Schwester und sagte: "Raus hier, kommt, wir müssen hier raus!"

Glücklicherweise war dies gerade das Ende des ersten Luftangriffes. So sind wir die Treppe herauf gestiegen und aus dem Haus. Die Frau im Rollstuhl stand noch immer im Hausflur. "Nehmt mich mit, nehmt mich mit", bat sie, aber wir konnten ihr nicht helfen. In der Aufregung hatten wir nicht einmal mehr an das Gepäck gedacht, worin sich hauptsächlich die wichtigsten Dokumente wie Ausweispapiere usw. befanden. Wir haben an nichts weiter gedacht als: "Weg hier, an die Luft".

Wir bewegten uns in Richtung Taschenberg. Auf dem Weg dorthin sah ich schreckliche Dinge. Zwei Frauen rannten brennend über die Straße. Sie hatten scheinbar Phosphor abbekommen. Aber auch ihnen konnten wir nicht helfen. Als wir ein Stück weit gekommen waren, bemerkte meine Mutter, daß wir sämtliches Gepäck vergessen hatten. Ich überlegte nicht lange und sagte: "Mache Dir keine Sorgen, wir treffen uns an der Brühlschen Terrasse wieder".

Instinktiv rannte ich zurück, die zwei Frauen waren in der Zwischenzeit schon tot. Am Haus angekommen - die Frau im Hausflur war auch bereits tot - rannte ich in den Keller. Ich konnte nur noch den Rucksack meiner Großmutter finden, nahm ihn und rannte wieder aus dem Haus heraus. Als ich auf Höhe des Schlosses war, hörte ich aus der Ferne immer wieder die Explosionen der Zeitzünder. Es war ein mächtiges Getöse und der Feuersturm tobte. Auf dem Taschenberg, wo etwas Platz war, hockten die Menschen um ein ehemaliges Denkmal von dem nur noch der Sockel stand. Sie hockten da, nur das was sie am Leibe trugen und hatten sich aufgegeben.

Da ich zur Brühlschen Terrasse wollte rannte ich weiter und sah, als ich an der Hofkirche war, wie die Feuerwehr noch versuchte die Semperoper zu retten. Das Fahrzeug steckte aber schon im Asphalt fest. Ich rannte weiter in Richtung der Brühlschen Terrasse, wo mir eine Nachbarin entgegen kam. Diese gab mir zu verstehen, daß meine Mutter sich am ersten Durchgang der Terrasse aufhielt, wo sich auch die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft befand. Dort fand ich sie auch tatsächlich wohlbehalten wieder.

Dann hörten wir aus Dresden-Neustadt wieder die Sirenen und suchten Schutz unter dem Bogen des Durchganges. Im Durchgang selbst befand sich eine kleine Eisentür, welche offen stand. In dem Raum befanden sich Menschen. Da wir so ziemlich die Letzten waren und nach uns nur noch zwei Soldaten kamen, begaben wir uns auch in diesen Raum und die Soldaten schlossen sofort die Tür.

Der zweite Angriff

Dann kam der zweite Angriff. Bei jedem Bombeneinschlag riß es den Soldaten die Tür aus der Hand und sie hatten alle Mühe sie jedes mal wieder zu schließen. Ich erinnere mich noch genau wie, als die Türe wieder aufflog, ein Phosphorkanister die Straße herunter gerutscht

kam und dabei seinen todbringenden Inhalt verspritzte. Der Behälter hatte in etwa die Größe eines Benzin- oder Ölkanisters, allerdings viereckig. Durch die Decke in der sich Gullydeckel befanden kam der Funkenflug und am anderen Ende des Raumes brannte das Gebäude der Dampfschifffahrtsgesellschaft.
Ich sah eine Frau die nichts weiter hatte als ihren Kanarienvogel, der aufgeregt in seinem Käfig umherflatterte. Aus dem hinteren Teil des Raumes, wo bereits das Feuer eintrat, schrien die Menschen. Ansonsten herrschte eine gespenstische Stille. Die Menschen standen unter Schock, waren verängstigt. Es waren vielleicht nur Minuten aber es kam uns vor wie ein ganzes Menschenleben.
Als es ruhiger wurde konnten wir den Raum verlassen, denn glücklicherweise saßen wir nahe am Ausgang. Nur wenige Meter weiter suchten wir erneut Unterschlupf in einem Bierkeller wo wir dann einige Stunden abwarteten bis wir uns in Sicherheit glaubten.
Als wir den Keller verließen, bewegten sich schon Tausende Menschen die Elbe entlang, strömten aus der Stadt. Obwohl die Augustbrücke bereits gesperrt worden war sickerten noch einige Menschen links und rechts durch. Wir aber bewegten uns die Elbe entlang in Richtung Blasewitz zum Blauen Wunder. Es bot sich ein entsetzliches Bild. Überall lagen die Leichen. Hier ein Körper ohne Kopf, da nur ein abgerissener Finger mit Ehering. Andere lagen da, als würden sie nur schlafen.
Wir überquerten das Blaue Wunder, wo auf der anderen Elbseite bereits eine Auffangstelle eingerichtet war. Über diese organisatorische Leistung und die Zusammenarbeit der SA, der Bevölkerung, des Luftschutzes und der Wehrmacht staune ich noch heute. Überall waren Schilder mit der Aufschrift "Auffangstelle" angebracht. Dort wurden wir zunächst registriert und die Verwundeten vor Ort notdürftig versorgt. Es gab auch einen großen Tisch mit geschmierten Broten, wobei die Organisation so eingerichtet war, daß wirklich jeder etwas Verpflegung erhielt. Meine Großmutter bekam bei dieser Gelegenheit das erste Mal seit langem wieder richtigen Bohnenkaffee.
In einer vollkommen zerstörten Stadt vorbereitet zu sein um die Menschen aufzufangen und erste Hilfe zu leisten - diese Leistung beeindruckt mich bis heute. Nachdem wir in der Auffangstelle alles erledigt hatten, bewegten wir uns über die Grundstraße in Richtung Bühlau. Dort wurden wir auf der Ullersdorfer Straße von einer Anwohnerin angehalten, die uns Hilfe anbot. So bekamen wir noch einmal etwas Verpflegung und die Möglichkeit, vor allem für meine Mutter und meine Großmutter, uns ein wenig frisch zu machen.
Dort erlebten wir auch den Mittagsangriff, wo man mit Bordwaffen auf wehrlose Menschen geschossen hat. Eine wehrlose Stadt anzugreifen, in der die Menschen nur noch ihr Leben retten wollen, die nichts weiter haben als ihr Leben, das war Mord. Davon können sich die Alliierten nicht freisprechen. Wir kamen dann bei Verwandten in Höflein bei Crostwitz unter. So hatten wir erst einmal wieder ein Dach über dem Kopf. (Quelle: dresden-gedenken.info)
Weitere Zeitzeugenberichte, eine fundierte Darstellung der Bombardierung und Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen, finden Sie in COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" . Wir gedenken der Opfer und treten den Lügen entgegen.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2024: >>**BILD: "Putin schockt mit irrem Hitler-Lob"**

Von *Jürgen Elsässer*

Im Interview mit Tucker Carlson machte der russische Staatschef Ausführungen über den Weltkriegsbeginn 1939, die man bei den Westmächten nicht gerne hört - weil sie richtig sind.
Die Bild-Zeitung, mittlerweile das Zentralorgan des staatlichen Antifaschismus (freilich mit großem Herz für ukrainische Nazis), war nach dem Gespräch Tucker Carlson mit Putin echauffiert:

"Putin schockt mit irrem Hitler-Lob ... Eine Aussage Putins stach jedoch ganz besonders hervor: Er stellte sich hinter Nazi-Diktator Adolf Hitler. ... Putins absurde Behauptung: Hitler hatte keine andere Wahl, als 1939 Polen zu überfallen und somit den Zweiten Weltkrieg zu beginnen, weil Polen das Nazi-Reich provoziert und Hitlers legitime Forderungen abgelehnt habe."
Tatsächlich hatte Putin etwas Ähnliches gesagt - aber keineswegs, um sich "hinter Hitler zu stellen", sondern nur, um zu verdeutlichen, daß der Zweite Weltkrieg "viele Väter hatte" (General Schultze-Rhonhof). In der autorisierten Übersetzung sagte Putin zu Tucker Carlson in Bezug auf Danzig:
"Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dieses Gebiet an Polen abgetreten, und anstelle von Danzig entstand die Stadt Gdansk. Hitler forderte sie auf, es freundschaftlich abzugeben, aber sie weigerten sich. Dennoch kollaborierten sie mit Hitler und waren gemeinsam an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt. ... Da die Polen den Danziger Korridor nicht an Deutschland abtraten, gingen sie zu weit und veranlaßten Hitler, den Zweiten Weltkrieg durch einen Angriff auf sie zu beginnen. Warum begann der Krieg am 1. September 1939 ausgerechnet gegen Polen? Polen erwies sich als kompromißlos, und Hitler hatte nichts anderes zu tun, als seine Pläne mit Polen in die Tat umzusetzen."
Tucker Carlson begreift die Brisanz dieser Aussage gar nicht und versucht zwischendrin, da wo im obigen Zitat die ... sind, auf scheinbar Aktuelles abzuschweifen, wovon sich Putin aber nicht irritieren läßt.
Tatsächlich berührte Putin ein gutgehütetes Geheimnis der Westmächte, was ihre eigene Mitschuld am Zweiten Weltkrieg und vor allem die ihres Hätschelkindes Polen angeht.
Carlson war an dieser Stelle des Interviews eindeutig überfordert, offensichtlich in Unkenntnis darüber, daß sich der Präsident schon früher sehr ausführlich und sehr grundsätzlich mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges beschäftigt hat und dabei Dinge formuliert, die hierzulande als sogenannter Revisionismus gelten, in Rußland aber zum Kernbestandteil des Antifaschismus gehören.
Diese strategischen Aufsätze beziehungsweise Reden haben wir in der COMPACT-Edition "Putin verstehen. Seine Reden aus der Kriegszeit im Original" dokumentiert. Tucker, please read it before your next stop in Moscow!<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28095" berichtet am 10. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Updates für Greta! - Die wahren Klimakiller**
von *Ivo Sasek*
Klein Greta bekommt von Kla.TV-Gründer Ivo Sasek etwas Nachhilfeunterricht … Denn die gleichen Drahtzieher, die uns wegen "Gesundheit & Klima-Rettung" immer teurere Feinstaubfilter aufnötigen und den Bauern die Kühe wegnehmen, weil diese zu viel furzen, befördern jährlich zig MILLIONEN TONNEN Aluminiumfeinstaub in unsere Luft und allerlei sonstige hochgiftige Nano-Cocktails. Gleichzeitig mißbrauchten dieselben Drahtzieher mit militärischen HAARP-Anlagen unsere Ionosphäre, um diverse Erdbeben, Dürren, Stürme, Überschwemmungen usw. auszulösen. Während Wikipedia & Co. solches hartnäckig leugnen, geben Geoengineering-Patente offen zu, daß HAARP-Anlagen im Verbund mit Millionen Tonnen Nano-Cocktails sogar ganze Tsunamis auslösen und jedes Klima schädigen können.
Ich habe heute eine gewichtige Warnung an alle freien Aufklärer, was den menschgemachten Klima-Wandel betrifft.
Bis vor kurzem konnte ich noch nicht verstehen, wie eine halbe Welt auf die Klima-Parolen einer Greta Thunberg abfahren konnte, während es doch diesem damals erst 15-jährigen Kind direkt ins Gesicht geschrieben stand, daß diese neue Klima-Zwangsreligion unmöglich ihrem eigenen Kopf oder Verstand entsprungen sein kann. Jedermann unter diesem Himmel müßte doch sofort einsehen, daß hier bis dato lediglich ein armes krankes Menschlein von einer

mächtigen Elite instrumentalisiert und für deren Zwecke mißbraucht wird.
Was ich bislang aber fast noch weniger begreifen konnte, war, daß so unsagbar viele, doch ganz offensichtlich kerngesunde Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene, sich samt diesem mißbrauchten Gretchen haben instrumentalisieren lassen. Zumindest diese normalen und denkfähigen Menschen sollten doch durchschauen können, so dachte ich, daß sie hier von den ganz großen Abzockern bloß instrumentalisiert werden.
Überdies dürfte es doch keinem vernünftigen Menschen entgangen sein, daß es immer ein und dieselben Machtmißbraucher sind, die unsere schöne Welt auch ständig mit ihren strategisch geschürten Finanzkrisen, Kriegen und allerlei Plandemien und selbst gemachten Krisen überziehen, uns alle tyrannisieren, ausplündern und schrittweise in die Versklavung zwingen.
Doch erst, nachdem wir mit Kla.TV schon viele Dokus gegen diese sektiererische neue Klima-Religion gedreht hatten, ging mir ein Licht auf. Hochbrisante, uns zugespielte Dokumente haben mich nämlich davon überführt, daß wir von Kla.TV uns nicht minder haben instrumentalisieren lassen - und zwar von ein und denselben Krisen-Machern, von denen wir hier gerade reden. Schlagartig ging mir auf, daß es weder Dummheit noch Ignoranz ist, die die Menschenmassen auf diesen Klimawahn abfahren lassen.
Es liegt vielmehr an der diabolischen Schläue dieser Klima-Flüsterer, die ganz genau wissen, wie man uns allesamt entweder im Unwissen behält oder dann geschickt auf Nebenschauplätze manövriert, wo wir uns gegenseitig mit wahrsten Argumenten und Gegenargumenten die Köpfe einschlagen können.
Ich erkläre euch jetzt, in welcher Weise auch wir als Kla.TV uns von diesen Klima-Kriminellen haben instrumentalisieren lassen - und was wir nun daraus gelernt haben. Es ist nämlich so, daß auch wir auf deren Taschenspielertricks hereingefallen sind. Und wie das? Ganz einfach: indem wir der ständigen Behauptung, der Klimawandel sei durch uns Menschen herbeigeführt worden, mit ranghöchsten Klimatologen und Wissenschaftlern widersprochen haben.
Diese haben mit den allerbesten und überzeugendsten Beispielen dargelegt, daß es schon seit Jahrtausenden einen ganz natürlichen Klimawandel, ein ständiges auf und ab und hin und her, von Temperaturen, Winden und Wetterlagen etc. gibt. Und das ist und bleibt korrekt so.
Doch, je überzeugender wir beweisen konnten, daß der Klimawandel unmöglich menschengemacht sein kann, desto mehr haben wir diesen Klimakrisen-Machern direkt in die Hände gespielt! Nun wirst du natürlich fragen, warum denn das? Was könnte denn nützlicher sein, als die Einsicht, daß wir Menschen bestenfalls einen Einfluß von 0,000-irgendwas auf das Klima haben können? Damit wäre doch eindeutig belegt, daß "Gretchen" nur Schwachsinn verbreitet …
Und seht ihr, genau dieses ständige Hin und Her, dieses Kräfteringen auf dieser viel zu niedrigen Ebene, ob der Klimawandel nun menschengemacht oder nicht menschengemacht ist, ist der absolut gewollte Nebenschauplatz, auf den uns diese schlauen Klima-Füchse hin manövriert haben. Was mir aber erst diese Tage, durch die Einsicht in hochrangige Wettermanipulations-Patente klar geworden ist, ist die Tatsache, daß viele gegenwärtige Veränderungen unseres Wetters und "Klimas" eben doch menschengemacht sind!
Aber eben nicht von ahnungslosen Menschen wie dir und mir, sprich dem Volk auf unterster Ebene, sondern durch skrupellose Menschenfeinde auf oberster Ebene! Weder durch unsere Heizsysteme noch durch unsere Autoabgase oder Industrien! Und natürlich schon gar nicht durch irgendwelche Kuhfürze, denen man obendrein noch die Ozonlöcher anlastet.
Nein, in zahllosen Patenten, die es schon seit vielen Jahrzehnten gibt, kann man mit eigenen Augen nachlesen, daß durch Geoengineering, sprich verschiedenste Wettermanipulations-Techniken, unter anderem Ozonlöcher verursacht werden. Aus den Patenten dieser Wetterwaffen wird aber darüber hinaus ersichtlich, daß sie tatsächlich auch noch Erdbeben, Flutkata-

strophen, Dürren, Schneestürme, Blitze mit und ohne Donner, oder Hitzewellen, Kälte, Sturmwinde bis hin zu Tornados verursachen. Ja sogar Tsunamis werden dort aufgeführt, die zu jenem Zeitpunkt noch kein Mensch kannte, und was wir in den vergangenen Jahrzehnten sonst noch so alles Grauenhaftes erleben mußten!
Im hinten eingeblendeten offiziellen US-Patent 4.686.605 wird genau beschrieben, wie man mit höchst gefährlichen, elektromagnetischen HAARP-Waffen auch Hitze oder Waldbrände erzeugen kann! Ihr findet unten im Text-Anhang zahlreiche weitere numerierte US-Patente - ich kann sie hier der Fülle wegen noch nicht einmal herunter lesen, geschweige denn auch nur ansatzweise abhandeln.
Und beim Durchsehen verschiedenster solcher Patente wurde ich auch darüber aufgeklärt, daß solche Patente sehr, sehr viel Geld kosten und nur dann erteilt werden, wenn die angemeldeten Techniken auch wirklich funktionieren. Weiter mußte ich feststellen, daß die allermeisten Wettermanipulations-Patente militärischen Ursprungs sind. Das war auch der Grund, warum man schon in den sechziger Jahren viele Gesetzesvorlagen erarbeitet hatte, daß diese Wetterwaffen nicht für kriegerische Zwecke eingesetzt werden dürfen. Allein zwischen 1947-1978 wurden schon 110 Wettermanipulations-Programme vom US-Kongreß genehmigt. 1962 meinte Lyndon B. Johnson.
"Das wird den Menschen erlauben, die Wolkenschicht der Erde zu bestimmen und letztlich das Wetter zu kontrollieren. Und derjenige, der das Wetter kontrolliert, wird die Welt kontrollieren."
Doch dann sah ich all diese Zahlen, wie viele Millionen Tonnen Nanofeinstaub, bis hin zu Rußpartikeln regelmäßig in unseren Lufthimmel gepumpt werden. In den siebziger Jahren hat die US-Air-Force hierfür den Begriff Chemtrails kreiert. Als erste freie Aufklärer Wind von diesem heimlichen Verbrechen gegen die Menschheit bekamen, hat die CIA sofort damit begonnen, diese Menschen als Verschwörungstheoretiker zu diskreditieren. So kam es, daß alle, die diese hochgiftigen, alle Natur zerstörenden Streifen und Vernebelung des Himmels angezeigt hatten, über Jahrzehnte hinweg von allen Seiten als Spinner, mit Vorliebe als Nazis und Verschwörungstheoretiker erniedrigt wurden.
Noch 2008, als Werner Altnickel bei der 1. AZK hunderte Beweise von solchen Chemtrail-Einsätzen, im Zusammenhang mit HAARP und der Mikrowellentechnologie vorgelegt hatte, hielt der Ansturm gegen ihn und alle diesbezüglichen Zeitzeugen nicht nur an, sondern nahm erst recht noch an Fahrt auf. Erst nachdem tausende unwiderlegbare Beweise die Öffentlichkeit erreicht hatten, haben nicht nur Wikipedia, sondern auch allerlei staatliche und wissenschaftliche Webseiten ganz offiziell zugegeben, daß die Chemtrail-Technologie schon seit vielen Jahrzehnten existiert, nur, daß man sie ab gleich konsequent nur noch Geoengineering nannte.
Dieses plötzlich allgemeine Einlenken unter Verwendung des neuen Fachbegriffs hat darum die Aufdecker der Chemtrails keineswegs etwa entlastet, gerechtfertigt oder gar deren geschändeten Ruf rehabilitiert. Ganz im Gegenteil: Man hat sie nur um so mehr in die Ecke der Verschwörungstheoretiker gedrückt und einfach stur behauptet, bei Geoengineering würden eben nicht schädliche Substanzen versprüht, sondern nur nützliche Wettermodifikationen zum Wohl der Menschheit ausgeführt … Und so wurde das Narrativ geprägt, daß man damit nur das Beste der Menschen im Auge hat. Was aber aus vielen dieser aufgeflogenen Patenten glasklar hervorgeht, ist das bare Gegenteil: Unten, im Anhang des Sendungstextes, findet ihr viele Quellen auch zu absolut verheerenden Gesundheitsschädigungen, die durch Geoengineering verursacht werden.
Das Schlimmste aber ist, daß genau diese gewaltigen und alles vergiftenden Eingriffe eben tatsächlich doch Wetter und Klima verändern. Und obgleich es so etwas wie ein Weltklima ja gar nicht gibt, verändern diese Giftcocktail-Sprüheinsätze, im Verbund mit den Hochfrequen-

zen von HAARP, 5G, 4G, Smart-Technologien usw., völlig unwiderlegbar die verschiedensten regionalen Klimata der Erde. Was also bislang als bitterböse Verschwörungstheorie verunglimpft wurde, hat sich nun als ein Wald von etwa 1.000 patentierten Wettermanipulations-Techniken entpuppt, die schon seit Jahrzehnten, ohne jedes Wissen, geschweige Mitspracherecht der Völker, gnadenlos eingesetzt werden.
Einige Patente zur Wetterbeeinflussung wurden schon vor über 100 Jahren eingereicht, bewilligt und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt. Ihr findet im Anhang des Sendungstextes auch eine ganze Liste solcher Patente mit Quellen-Angaben und weiteren Links zu vertiefenden Dokus.
Laut dem Geoengineering-Experten Dane Wigington werden selbst Zyklone und Hurrikans manipuliert. Wirbelsturm-Manipulationen werden ABSOLUT SICHER durchgeführt. Das US-Militär ist seit mindestens 1947 mit Orkan-Manipulationsprogrammen beschäftigt - und zwar bis zum heutigen Tag. Laut Dane Wigington ist Klima-Engineering dabei der nachweislich größte kausale Einzelfaktor im Bezug auch auf die immer zahlreicher auftretenden Waldbrände.
Und während man uns in aller Welt immer mehr und immer teurere Feinstaubfilter aufzwingt, um quasi klimaschädliche Rußpartikel von Dieselfahrzeugen usw. einzudämmen, pochen Geoingenieure, wie Dr. David Keith und Dr. Ken Caldeira darauf, daß jährlich bis zu 20 MILLIONEN Tonnen Aluminium-Nanopartikel in den globalen Himmel zu blasen seien. Habt ihr das gut verstanden?
Seit längster Zeit werden jährlich viele Millionen Tonnen solches Zeug bis hin zu Rußpartikeln und zahlreich tödliche Chemikalien in Form von Nano-Partikeln in den Äther geflogen. Auch all diese verursachen mit Verschwefelungen und dergleichen zusammen den sogenannt sauren Regen, der seit Jahrzehnten gnadenlos unsere gesamte Vegetation zerstört.
Jede Aufklärung solcher Art wirkt aber leider völlig unglaubwürdig. Dies nur schon deshalb, weil über die Mittäter-Medien mantramäßig behauptet wird, daß all solche Wetter- und Klimawaffen niemals eingesetzt würden. Stattdessen begleiten sie des nachts lieber vermummte Terroristen, die im Namen des Klimaschutzes tausenden Fahrzeugen die Luft ablassen. Sie unterhalten sich vor laufenden Kameras freundlich mit ihnen und verschleiern sogar deren Stimmen, wenn sie antworten und ihre Wut gegen die Auto-Klimasünder rauslassen. Obgleich die Polizei nach diesen Terroristen fahndet, werden sie von den Mainstream-Medien mutwillig gedeckt statt aufgedeckt.
Machen wir uns nicht mitschuldig, wenn wir solchen Mainstream-Verbrechern weiterhin unsere Zwangsabgabe-Gebühren abliefern? Mit unseren Geldern decken sie doch ganz offensichtlich die wahren Klima-Zerstörer und Völker-Mörder. Dies tun sie mutwillig auch durch die mantramäßige Behauptung, daß doch keine Regierung der Welt ihre Bürger absichtlich und obendrein noch unbemerkt schädigen würde. So das eingehämmerte Narrativ. Doch zahlreiche Dokumente und Fakten belegen leider das bare Gegenteil.
Zum einen gibt es eine ganze Reihe aufgeflogene Erdbeben- und Umweltkatastrophen, die durch aktivierte Wetterwaffen zustande gekommen sind. Bereits in den fünfziger und sechziger Jahren mußten die ersten solchen Terroranschläge auch offen zugegeben werden. Allerdings ohne jedes erleichternde Nachspiel für die mißbrauchte Weltbevölkerung. Hier nur gerade der Anbruch bzw. ein kleines Spitzchen dieses abscheulichen Eisberges:
Seit 1945 haben weit über 2.100 aufgedeckte Atombombentests mit Sicherheit für einen mensch-gemachten nuklearen Klimawandel gesorgt!
Zusammengenommen hatten schon allein 520 dieser in Wikipedia verzeichneten nuklearen Explosionen einen Detonationswert, der 45.000 Mal stärker war als die Wucht der ersten Atombombe auf Hiroshima. Anders gesagt: Hiroshima wurde durch irrsinnige Wissenschaftler und Kriegstreiber seit 1945 weitere 45.000 Mal allein in der Atmosphäre und unter Wasser

wiederholt! - Nur fehlen in dieser Rechnung leider noch mindestens 1.680 weitere entdeckte nukleare Explosionen, ohne jede Dunkelziffer, so daß Hiroshima sogar über 100.000 Mal wiederholt worden sein dürfte. Versteht ihr, wovon wir hier gerade reden? Doch unseren Bauern nimmt man gerade die Kühe weg, weil sie angeblich zu viel furzen und dadurch Land, Wiesen und das Klima schädigen …
1952 führte das Projekt Cumulus in Großbritannien zu einer Mega-Flutkatastrophe mit Dutzenden Toten.
1962-71 wurden mit dem Projekt "Stormfury" Hurrikans verursacht und gezielt gelenkt.
1967-72 provozierte das Projekt Popeye gigantische Niederschläge in Vietnam, die gezielt die Versorgungswege der Vietcongs (Worterklärung Vietcong: Nationale Front für die Befreiung Südvietnams; Guerillaorganisation im Vietnamkrieg) verschlammt und abgeschnitten haben.
Seht ihr, und all dies liegt schon weit über 50 Jahre zurück. Unsere Generation wurde bereits mit zahllos weiteren Überschwemmungen, Tsunamis, Erdbebengeschichten und dergleichen heimgesucht. Und zur verlogenen Mainstream-Behauptung, niemals würden irgendwelche Regierungen ihre Völker bewußt und gar noch unerkannt schädigen, verweise ich nochmals auf unseren Doku-Film USA - Giftversuche an der eigenen Bevölkerung, vom 24.01.2024 www.kla.tv/27988.
Denn auch 1994 sind weitere großangelegte Völker-Experimente in den USA aufgeflogen. Die unfreiwilligen Testobjekte waren hier US-Bürger - ganze Großstädte. Militärflugzeuge haben sie gezielt über lange Zeiträume mit Gift übersprüht, weil das Militär angeblich sehen wollte, was passiert - da Kampfstoffe erprobt werden müssen, bevor sie beim "Feind" zum Einsatz kommen. Selbst eine Grundschule mit Kindern wurde drei Monate lang gezielt täglich mit Zink-Cadmium-Sulfid übersprüht.
Die Folgen waren grausam. Die Hälfte einer ganzen Schulklasse war tot, die andere Hälfte erlitt schwerste Krankheiten, Sterilisation oder Behinderung. Opfer gebaren später selber schwerbehinderte Kinder usw. Die Regierung gab an, daß die Flugzeuge nur unschädliche Chemikalien versprüht hätten. Doch die Messungen ergaben, daß unter anderem Zink-Cadmium-Sulfid versprüht wurde. Also genau solche Giftstoffe, die seit Jahrzehnten, wie bereits erwähnt, unter vielen anderen auch weltweit insgeheim über nahezu allen Ländern der Welt Millionen tonnenweise versprüht werden - und zwar jährlich!
Und seht ihr, diese Klima-Zerstörer und gigantischen Schandtäter haben schon von allem Anfang an uns ahnungslosen Völkern die Schuld für ihre weltweiten Boden- und Gewässerverschmutzungen in die Schuhe geschoben.
Wie aber das? Indem sie uns verklagen, schädliche Shampoos und Pflegemittel und dergleichen zu verwenden. Gleichzeitig versprühen sie aber fortlaufend weitere zig Millionen Tonnen unsagbarer Giftcocktails über die ganze Welt, so daß mittlerweile keine Region der Erde mehr von diesen Verseuchungen verschont geblieben ist. Und durch diese Sprüh-Flüge im stärksten Verbund mit 4G, 5G Mobilfunkbestrahlungen sterben allerorts die Bäume, die Bienen, Insekten und folglich auch Vögel ab. Aber auch all unsere Gewässer und Böden werden durch Geoengineering ständig hochgradig mitvergiftet.
Im US-Patent 9924640 werden Boeing-Flugzeuge umfunktioniert, um Ladungen von jeweils 25 Tonnen sandartige Nanopartikel in 18.000 m Höhe zu bringen. Diese Partikel bleiben bis zu zwei Jahre in der oberen Atmosphäre - dann aber rieseln sie alle lautlos auf unsere Äcker, Gärten, Wälder, Seen, Flüsse und Wiesen nieder!
Überdies verkauft die von Hochgrad-Freimaurern gegründete NATO ihren Treibstoff JP8 längst zu etwa 90 % an die Zivilluftfahrt, sprich an fast alle großen Flughäfen der Welt. Auf diesem Weg geschieht wieder ein und dasselbe. Wir dürfen nie vergessen, daß die verborgenen Drahtzieher dieser weltweiten Sprüh-Aktionen die Weltbevölkerung ernsthaft auf 500 Millionen herunter reduzieren wollen. Das haben sie auf ihren 120 Tonnen Monumenten, den

berühmten Guide Stones, in acht Sprachen eingravieren lassen.
Oder ist es bloßer Zufall, daß die an uns verkauften NATO-Treibstoffe wieder etliche genau gleiche oder ähnliche hochgefährliche Stoffe als Additive enthalten? In diesem wohl bemerkt militärischen Treibstoff wurden nämlich hohe Mengen Aluminium, Barium, Beryll, Blei, Cadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nickel, Strontium, Titanium, Vanadium, Zink und Zinn nachgewiesen, sowie die Oxide dieser Metalle und weitere giftige Stoffe. Seht ihr, da haben wir's wieder.
Tragt darum Transparente durch die Straßen und Klima-Demos, auf denen steht: NATO-Treibstoffe in unseren Flugzeugen sind Klimakiller! - Blei, Strontium & Eisenoxid töten uns! Das Versprühen von jährlich zig Millionen Tonnen Aluminium-Nanopartikeln bis hin zu Kohlenfeinstaub in die Atmosphäre ist nicht nur massiver Völkerbetrug, sondern auch hinterhältiger Völkermord!
Alles bisher Genannte war also menschengemacht! Nie wieder werden wir darum mit Kla.TV behaupten, daß der gegenwärtige angeprangerte Klimawandel nicht von Menschen verursacht ist! Wir werden nun aber fortan allen Greta Thunbergs dieser Welt etwas Nachhilfeunterricht erteilen, indem wir inmitten der Klimawahn-Veranstaltungen unsere eigenen Banner hochhalten! Und auf denen wird stehen, welche Menschen genau auch all diese Klimakatastrophen mit welchen Mitteln auslösen.
Wir werden Greta und deren kindliche Nachfolger vor laufenden Mainstream-Kameras allerorts darüber aufklären, wer die wahren Klimasünder sind. Wir halten unsere Transparente hoch, wo draufsteht, wer z.B. genau jährlich diese 10 Millionen Tonnen Aluminiumfeinstaub usw. in unsere Atmosphäre pustet! Und welche genauen Auswirkungen dies auf unsere menschliche Gesundheit hat! Seht euch die Krankheitslisten unten im Sendungstext an, da packt euch der blanke Schauder.
Ich fordere hiermit auch alle freien Aufklärer und Fachleute dazu auf, es uns gleichzutun. Wir fragten uns immer wieder, wie man am besten jene Leute aufklären kann, die noch nicht aufgeklärt sind. Dann ließen wir uns dazu hinreißen, irgendwelche kleine Briefkastenaktionen zu machen, wo wir unsere Traktate oder was auch immer reinwerfen. Quittiert werden solche Einsätze meist mit Protest der passiv-ahnungslosen Bevölkerung, die solches weder hören mag, noch irgendwelche diesbezüglichen Fragen gestellt hat.
Wenn wir aber alle zu diesen Demonstrationen gehen, Friday for Futures usw. und dort unsere Banner hochhalten, um die Schuldigen dieser Klimakrise mit Namen anzuprangern und gerechte Strafe für sie einzufordern, dann könnten wir die Wut dieser hoch interessierten Massen möglicherweise noch in letzter Minute auf die wahren Verursacher umlenken! Die wahren Verursacher müssen dringend öffentlich angeklagt werden!
Und seht ihr, damit würden wieder genau die gleichen Übeltäter getroffen, die auch hinter der Covid-Plandemie gestanden haben, die aber auch verantwortlich waren für die meisten Kriege der vergangenen Jahrzehnte, und auch der gegenwärtigen, aber auch für alle bewußt herbei manipulierten Finanzkrisen usw. Denn es sind immer ein und dieselben Eliten aus der Hochgrad-Freimaurerei, sprich dem Satanismus, die all diese gegenwärtigen Paniken und dergleichen schüren. Es sind immer dieselben, die all diese Weltkrisen verursachen, um aus denselben dann wieder unsägliche Profite und persönliche Machterweiterungen zu generieren.
Helft uns bitte mit, all diese Wetter- und Klima-zerstörenden Hintergrundmächte mit Namen aufzudecken, indem ihr Sendungen wie diese auch fleißig unter die "erweckten Klima-Kämpfer" in aller Welt verbreitet. Kommt mit uns mit zu den Klima-Demonstrationen und haltet eure selbst entworfenen Transparente in die Mainstream-Kameras.
Nicht nur Greta Thunberg und die mit ihr fanatisierte Jugend, sondern auch sämtliche besorgten Menschen dieser Welt sollen wissen, wer genau wie viele Millionen Tonnen welchen tödlichen Giftes in die Atmosphäre einfliegt, um uns betrogenen Weltbürgern dann die Schuld

für all diese Umweltzerstörungen in die Schuhe zu schieben. Das Krasse hierbei ist, daß dieselben Weltverschwörer uns dann auch noch tüchtig mit allerlei Klima-Abgaben und Klima-Bußen abzocken.
Die international ausgerufenen Klimaziele im Verbund mit der Agenda 2030 verraten uns, daß insbesondere ihr geschürter Klimawahn zur Abzocke der größten Tribute aller Zeiten führen wird, so wir diese Irrsinnigen nicht stoppen! Denn durch diese uns alle anklagende Grundhaltung verstecken sich diese Völkermörder auch noch geschickt hinter uns. Alles, was sie selber tun, dichten sie einfach uns an - das ist ihre uralte Strategie - eine Strategie des baren Teufels, nebenbei bemerkt.
Vergeßt bei alledem nie, daß all dies unverjährbare Schwerstverbrechen sind. Und weil sie durch ihre Mainstream-Medien alles decken und schönreden, und überdies durch ihre Internetplattformen zunehmend jede Offenlegung zensieren, müssen auch all diese ihre Vasallen als Mittäter entwaffnet und hinter Schloß und Riegel gebracht werden.
Auf unseren Bannern, die wir künftig zu Greta und Co. hintragen, soll auf einen Blick ersichtlich sein, wie viele HAARP-Anlagen es z.B. weltweit gibt und wer alles genau mit diesen Wetterwaffen unsere Ionosphäre hochkocht, um hier unten Kataklysmen (Wortbedeutung: eine sehr große, alles zerstörende Katastrophe) jeder Gattung auszulösen.
Die Weltbevölkerung muß diese Massenmörder offenlegen, anzeigen und alternativlos hinter Gitter bringen. Wenn sich bei all der vielen Aufdeckung aber auch weiterhin keine Justiz für die geschädigte Weltbevölkerung einsetzt, noch nicht mal irgendeine Rest-Justiz, zwingen sie die schutzlos gewordenen Völker dazu, sich neue Wächter und Richter zu erwählen, die zu ihrer Lebensverteidigung wieder da sind. Ja, dann hat sich Justitia durch ihre Dienstverweigerung selber disqualifiziert und die Welt dazu gezwungen, auch neue, unentgeltliche Gerichte ins Leben zu rufen und zu bevollmächtigen, denn: Die Neue Welt ist ohne Geld!
Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2024: >>**Musk unterstützt gecancelte "Star Wars-Darstellerin"**
Von *Karel Meissner*
Vor drei Jahren feuerte Disney die Schauspielerin Gina Carano wegen ihrer Kritik an der US-Regierung. Die klagt jetzt gegen den Konzern und erhält Unterstützung von Elon Musk, der Disney möglicherweise aufkaufen möchte. …
Zu den bekanntesten Coups der Cancel-Krieger gehört Gina Caranos Rauschmiß aus der Serie "Star Wars: The Mandalorian" im November 2021. Die Serie handelt von einem Kopfgeldjäger nach dem Untergang des Imperiums. Zu ihren beliebtesten Charakteren gehörte Cara Dune.
Die ist laut Jedipedia "eine Frau von Alderaan, die als Schocktrupplerin der Allianz zur Wiederherstellung der Republik tätig war, die Einheit jedoch verließ und ... als Söldnerin zu arbeiten begann". Das Kraftweib erreichte eine Popularität, daß sogar eine Spin-off-Serie für sie in Planung war.
Plötzlich, im Februar 2021, verkündeten Lucasfilm und die Talentagentur UTA: Aus! Die Figur ist gestorben. Wird aus dem "Star-Wars-Kosmos" verbannt. Für immer. Was war geschehen? Cara-Dune-Darstellerin Gina Carano hatte in sozialen Medien verkündet, die US-Bürger seien 2020 zu Opfern eines politischen Wahlbetrugs geworden.
Außerdem kritisierte sie die Corona-Politik des Establishments, amüsierte sich über Gender-Ideologie und verglich die politisch korrekte Jagd gegen Konservative mit der Judenverfolgung unter dem NS-Regime: Damals wie heute stachele die Regierung zum Haß gegen eine bestimmte Menschengruppe auf.
Auf X (damals noch Twitter) verlangten Cancel-Krieger mit dem Hashtag *FireGinaCarano* ihre Entlassung. Und so kam es: Cara Dune verschwand, auch die Produktion ihrer Figur

wurde eingestellt. Viele Fans, darunter der republikanische US-Senator Ted Cruz, forderten ein Comeback. Mancher distanzierte sich von den Aussagen der Schauspielerin, betonte aber ihr Recht auf Meinungsfreiheit. Weitere Kultisten wollten den Fortbestand der Cara-Dune-Figur durch Neubesetzung retten. Auch dem wurde nicht entsprochen. Urteil: Tod durch Verschwinden. Ohne Revision.
Jetzt klagt Carano gegen diesen Rausschmiß. Ihre Anwälte setzten die Klageschrift laut Spiegel in Form einer "Star Wars-Parodie" auf:
"Vor kurzer Zeit in einer nicht sehr weit entfernten Galaxis machten die Beklagten klar, daß nur eine Orthodoxie in Denken, Sprechen oder Handeln in ihrem Imperium akzeptabel sei."
Wer die Diskurse der Machthaber in Frage stelle, werde nicht toleriert: "Carano wurde so eilig aus ihrer Rolle entfernt, wie der friedliche Heimatplanet ihrer Figur, Alderaan, vom Todesstern zerstört wurde."
Mit anderen Worten: Disney und Lucas-Film bilden mit der Regierung und ihren Wokeness-Truppen das Imperium, gegen das Carano ankämpft. Ihre Forderungen beinhalten eine Ausgleichszahlung von 75.000 Dollar.
Inzwischen ist die Plattform X in neuen Händen. Die einstigen Jäger von Gina Carano verlassen sie scharenweise. Denn ihr neuer Besitzer, Multimilliardär Elon Musk, hat dem Wokeness-Terror den Kampf angesagt. Folglich unterstützt Musk auch Carano.
Er teilte ihren Post und sagte ihr finanzielle Unterstützung zu. Außerdem rief er auf: Alle, die sich von Disney schlecht behandelt fühlten, sollten "uns wissen lassen, ob sie der Klage gegen Disney beitreten wollen". Natürlich ist diese Aktion kein Zufall. Musk will Disney nämlich möglicherweise aufkaufen, um den dortigen Wokeness-Trend zu beenden. Ganz wie bei X.<<

11.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.362/…): >>**Bundesliga: 2-Geschlechter Statement auf Fan Transparent - Bayer Leverkusen muß 18.000 Euro Strafe zahlen**
Bundesliga: Bayer Leverkusen muß 18.000 Euro Strafe zahlen, weil Fans ein Banner mit der Aufschrift zeigten, es gebe nur zwei Geschlechter. Folge: Medien im Woke-Wahn. Deutscher Fußballbund (DFB) leistet öffentlich Abbitte.
DFB Presse in einer verklausulierten Mitteilung:
"Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hat den Bundesligisten Bayer 04 Leverkusen im Einzelrichterverfahren nach Anklageerhebung durch den DFB-Kontrollausschuß wegen eines diskriminierenden unsportlichen Verhaltens seiner Anhänger mit einer Geldstrafe in Höhe von 18.000 Euro belegt. Davon kann der Verein bis zu 6000 Euro für präventive Maßnahmen gegen Diskriminierung verwenden, was dem DFB bis zum 31. Juli 2024 nachzuweisen wäre.
Während des Bundesligaspiels beim SV Werder Bremen am 25. November 2023 zeigten Leverkusener Anhänger ein Banner mit diskriminierendem Inhalt.
Der Verein hat dem Urteil zugestimmt, das Urteil ist damit rechtskräftig."
Was ist passiert?
Fans von Bayer Leverkusen hielten ein Transparent hoch, auf dem zu lesen stand: "Der Volksmund sagt: Es gibt viele Musikrichtungen, aber nur zwei Geschlechter." - Eigentlich wissenschaftlich belegt und ein Statement, das natürlich auch von dem im Grundgesetz garantierten Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt ist. Trotzdem: Daraufhin ging die deutsche Presse inklusive der "Deutsche Fußball Bund" sofort in den woken Wahn-Modus über.
Bayer-Geschäftsführer Fernando Carro leistete sofort öffentlich Abbitte, hatte das Banner bereits kurz nach der Partie gegen Werder Bremen verurteilt: "Diese Aktion war geschmacklos und falsch und sie hat nichts mit Werten wie Offenheit und Toleranz zu tun, für die Bayer 04 als Organisation steht", sagte der 59-Jährige seinerzeit. Der Verein akzeptierte das jetzige Ur-

teil, wodurch es rechtskräftig ist. 6000 der insgesamt 18.000 Euro kann Bayer 04 Leverkusen für sogenannte präventive Maßnahmen gegen ein entsprechendes Fehlverhalten nutzen.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.365/…):

>>**Potsdam-Teilnehmer wehren sich juristisch gegen Correctiv-Bericht: "Correctiv täuscht die Öffentlichkeit"**

Dem Landgericht Hamburg liegen sieben eidesstattliche Erklärungen vor.

Redaktion

Die angeblichen Enthüllungen des Portals Correctiv über ein privates Treffen in Potsdam haben ein juristisches Nachspiel.

Mindestens sieben Teilnehmer der Veranstaltung vom 25. November 2023 gaben vor dem Landgericht Hamburg eine eidesstattliche Erklärung ab. Entgegen der Correctiv-Berichterstattung sei im Landhaus Adlon nicht von der Ausweisung deutscher Staatsbürger oder einer Ausweisung nach rassistischen Kriterien gesprochen worden, heißt es darin laut der Welt. Die zentrale Behauptung von Correctiv stimme nicht.

Hintergrund sind die Strafanzeige einer Teilnehmerin des Treffens sowie zwei weitere Klagen von unmittelbar betroffenen Personen gegen die Berichterstattung. Einer von ihnen ist der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau. Im Gespräch mit NIUS erklärt er, warum ein juristischer "Generalangriff" auf den Correctiv-Text kaum möglich sei und was hinter dem juristischen Streit steckt.

"Das ist infam, aber klagen kann man dagegen schlecht"

"Correctiv erklärt öffentlich, ihre Darstellung müsse im Wesentlichen stimmen, weil bislang noch niemand geklagt habe", so Vosgerau. "Aber das ist so nicht richtig - schon wieder täuscht Correctiv die Öffentlichkeit. Man kann nämlich juristisch nur gegen unwahre Tatsachenbehauptungen vorgehen, nicht aber gegen - noch so abseitige - Meinungen oder Bewertungen. Der Correctiv-Text - das wissen viele gar nicht - enthält aber kaum Tatsachenbehauptungen. Correctiv behauptet eigentlich nur, Martin Sellner habe das Wort ‚Remigration' gebraucht. Das stimmt ja auch."

Anschließend spreche Correctiv jedoch wieder mit seiner eigenen Stimme und behaupte sinngemäß: "Und wir alle wissen ja, was das bedeutet, nämlich die Vertreibung von Millionen von Menschen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft!" Das Recherche-Portal schreibe diese Forderung nicht im Sinne einer Tatsachenbehauptung Martin Sellner zu, sondern vermittele dem Leser letztlich den Eindruck, "zu wissen, was Sellner heimlich denkt, auch wenn er es nicht ausspricht, sondern eigentlich das Gegenteil sagt. Das ist infam, aber klagen kann man dagegen schlecht", bemerkt das CDU-Mitglied Vosgerau.

Natürlich sei der Text absichtlich so und nicht anders verfaßt. "Die Kernkompetenz von Kampagnenjournalisten wie denen von Correctiv liegt überhaupt darin, unterlassungsfeste Texte formulieren zu können, die zumal beim ungeübten Leser den Eindruck hinterlassen, geballte Tatsachenaufklärung zu vermitteln, obwohl in Wahrheit gar keine Tatsachen vorkommen."

Wurden Stellungnahmen verfälscht?

Deshalb geht es in den juristischen Streitigkeiten vor allem um Details. Die Strafanzeige etwa stammt von der AfD-Bundestagsabgeordneten Gerrit Huy. Sie bezieht sich insbesondere auf Paragraph 201 des Strafgesetzbuches. Demnach kann eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe verhängt werden, wenn eine Person "unbefugt das nicht öffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht." Gegenüber NIUS hatte Correctiv bestritten, die Veranstaltung mit einem Richtmikrofon aufgezeichnet zu haben. Auch gegen die Verwendung eines heimlich aufgenommenen Bildes von ihr auf der Veranstaltung will Huy vorgehen.

Zudem klagen ein Unternehmer, der im Correctiv-Text als Spender erwähnt wird, aber nicht

vor Ort war, und der bereits erwähnte Staatsrechtler Ulrich Vosgerau aufgrund von Falschbehauptungen und falschen Unterstellungen. Ihre juristische Vertretung hat der Anwalt Carsten Brennecke aus der bekannten Kanzlei Höcker übernommen. Es wurden zwei Abmahnungsschreiben verschickt. Laut Brennecke geht es auch darum, daß Correctiv "entlastende Stellungnahmen irreführend und verfälschend verkürzt hat, um die Legende des Berichts irgendwie aufrechterhalten zu können".

"Was meine eigene Darstellung betrifft, sehe ich gute Erfolgsaussichten", ist sich Jurist Vosgerau sicher. "In meinem Fall gibt es nicht nur eindeutig falsche Tatsachenbehauptungen bzw. Wertungen ohne nachvollziehbaren Tatsachenkern, sondern hier kommt hinzu, daß Correctiv meine sorgfältigen Darlegungen über den Inhalt meines Vortrages, nachdem sie mich mit ihrer Berichterstattungsabsicht ‚konfrontiert' hatten, weitgehend ignoriert hat, gleichzeitig aber behauptet, ich hätte ihre Darlegungen 'bestätigt' - dabei war das Gegenteil der Fall."

Correctiv-Anwalt zeigt sich gelassen

Die Welt sprach über die Vorwürfe mit Correctiv-Anwalt Thorsten Feldmann. Dieser sehe den Ermittlungen "völlig gelassen" entgegen. "Derartige Dinge haben wir erwartet und im Vorfeld natürlich geprüft. Die Vorwürfe wegen angeblich unsauberer Recherche dienen nur dazu, Correctiv zu diskreditieren. Es wurde sogar fabuliert, die Geheimdienste hätten das Treffen abgehört und Correctiv eine Aufnahme zur journalistischen Verwertung zur Verfügung gestellt. Das ist natürlich alles Unfug", erklärte Feldmann.

Noch weiter geht Correctiv-Gründer David Schraven: "Ich weise freundlich darauf hin, daß die Abgabe von falschen eidesstattlichen Versicherungen strafbar ist", erklärte er am Sonntag. "Ich wäre an der Stelle der Leute sehr vorsichtig. Wir haben unsere Arbeit sorgfältig gemacht. Und wir haben kein Problem damit, sieben Leute zu überführen."

Am 10. Januar hatte das Correctiv-Netzwerk über ein angebliches "Geheimtreffen" zwischen Unternehmern, AfD-Politikern, CDU-Mitgliedern und dem Kopf der Identitären Bewegung, Martin Sellner, berichtet.

"Was dort an diesem Wochenende entworfen wird, ist ein Angriff auf die Existenz von Menschen. Und es ist nicht weniger als ein Angriff gegen die Verfassung der Bundesrepublik", kommentierte das Portal in seinem Bericht mit dem Titel: "Geheimplan gegen Deutschland". Anschließend kam es in ganz Deutschland zu Protesten "gegen Rechts".

Unterdessen war erst kürzlich bekannt geworden, daß es mehr als nur ein Treffen zwischen der Bundesregierung und dem Recherche-Netzwerk gegeben hatte. Zudem hatte Correctiv auf ihrer Internetseite mehrere Korrekturen vorgenommen und das Wort "Deportationen" getilgt. Im ARD-Presseclub hatte die stellvertretende Chefredakteurin, Anette Dowideit, gleich dreimal die Unwahrheit gesagt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.361/…):

>>**Die große Nebelkerze: Warum die Bezahlkarte für Flüchtlinge keine Lösung ist**

Erstmals nach Jahren der unregulierten Migration, scheint Deutschland seine Pull-Faktoren herabzusetzen. Die Wahrheit ist aber, daß die Bezahlkarte nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Wer asylberechtigt ist, darf weiterhin Bürgergeld beziehen. Auch Bayern schneidet kaum besser ab als die anderen Bundesländer.

Jonas Aston

Ab dem ersten Tag, an dem Flüchtlinge in Deutschland einen Asylantrag stellen, haben diesen Anspruch auf Transferleistungen. 410 Euro bekommt eine alleinstehende Person. Für Kinder werden je nach Alter Beträge zwischen 278 und 364 Euro ausgezahlt. Eine Unterkunft inklusive Zahlung aller Nebenkosten wird in aller Regel gestellt.

Seit neun Jahren verweigern sämtliche Bundes- und Landesregierungen die Diskussion darüber, zumindest in Teilen auf Sach- statt Geldleistungen umzustellen. In dieser Zeit sind Milliarden an Geldern geflossen, welche die Bürger nie wieder sehen werden - und Menschen

sind ins Land gekommen, die dieses nie wieder verlassen werden. Im November des vergangenen Jahres einigten sich nun erstmals der Bundeskanzler und die meisten Bundesländer darauf, daß Asylbewerber ihre Leistungen mittels einer Bezahlkarte und einer Bargeldauszahlung in Höhe von nur noch um die 200 Euro erhalten sollen. Die eigentliche Höhe der Leistungen soll jedoch nicht angepaßt werden.

Die Bezahlkarte als Hoffnungsschimmer

In der thüringischen Stadt Greiz macht man schon jetzt ernst. Seit Dezember 2023 läuft das Modellprojekt an. Inzwischen haben alle 740 Asylbewerber ihre Bezahlkarte erhalten. Monatlich werden 300 bis 400 Euro - je nach Anspruch - auf die Karte geladen. Hinzu kommt ein "Taschengeld" in Höhe von durchschnittlich 100 Euro, welches weiterhin bar ausgezahlt wird. Laut Bild hätten etliche Flüchtlinge dort ihrem Unmut mit Ausrufen wie "Wir wollen keine Karte, wir wollen Bargeld!" Luft gemacht.

Mit dieser Bezahlkarte sind Einkäufe nur in Geschäften in der unmittelbaren Umgebung möglich. Bargeldauszahlungen sind weder am Bankautomaten noch an der Supermarktkasse möglich. Überweisungen und die Überziehung der Karte ist ausgeschlossen.

Auch im Eichsfeld (ebenfalls Thüringen) und inzwischen im Kreis Ortenau (Baden-Württemberg) hat man versuchsweise bei einigen Asylbewerbern von Bargeldleistungen auf die Bezahlkarte umgestellt. Die Umstellung zeigte direkt Wirkung. Mehrere Asylbewerber verließen Greiz. Ob in ihre Heimat oder eine andere Region ist allerdings unklar. Im Landkreis Eichsfeld sollen sich 35 geduldete Asylbewerber aus Georgien, Nordmazedonien und Serbien ebenfalls aus dem Staub gemacht haben.

Ob die Bezahlkarte als einzelne Maßnahme am Ende aber wirklich das hält, was sie verspricht, muß bezweifelt werden. Flüchtlinge aus der Ukraine verfügen etwa in aller Regel per se über einen Status als anerkannter Kriegsflüchtling. Diese sind von der Bezahlkarte nicht betroffen und sind weiterhin zum Bezug von Bürgergeld berechtigt. Auch alle anderen Flüchtlinge, deren Asylantrag positiv beschieden wurde, haben weiterhin ebenso Anspruch auf Bürgergeld, wie Menschen, die seit ihrer Geburt in Deutschland leben.

Warum Bayern kaum besser da steht als der Rest

Bayern will bei der Bezahlkarte seinen eigenen Weg gehen. Ministerpräsident Markus Söder hat erklärt, die Karte "schneller und härter" einführen zu wollen als andere Bundesländer. Entsprechende Pläne wurden in Bayern ebenfalls im November vorgestellt. In Bayern soll das "Taschengeld" in Bar nur 50 Euro betragen, außerdem sollen die Bezahlmöglichkeiten etwas weiter eingeschränkt werden als in anderen Bundesländern. Der aufgerechnete Leistungsanspruch zusammengesetzt aus dem "Taschengeld" und der Bezahlkarte ist jedoch so hoch wie in anderen Ländern auch.

Dies wird womöglich den Mißbrauch von Asylleistungen etwas ausbremsen - mehr aber auch nicht. Bei der Aufnahme von Asylbewerbern wird jedes Bundesland mehr oder weniger gleichermaßen in die Pflicht genommen. Nach dem Königsteiner Schlüssel werden Asylbewerber unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft auf die Bundesländer verteilt. Hier stand Bayern mit 50.000 Asylanträgen im Jahr 2023 auf Platz 2 hinter Nordrhein-Westfalen und vor Baden-Württemberg.

Die Pull-Faktoren und auch die unmittelbaren Kosten in den Bundes- und Landeshaushalten könnten durch die Bezahlkarte etwas sinken. Der große Wurf ist die Bezahlkarte mit Sicherheit aber nicht. Wenn Pull-Faktoren wirklich gesenkt werden sollen, muß die Höhe der Leistungen heruntergefahren werden. Die Bezahlkarte ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zudem winkt nach Anerkennung des Asylstatus - obwohl damit zumindest der Theorie nach nur ein Aufenthaltsrecht auf Zeit gewährt wird - die transferrechtliche Gleichstellung mit Menschen, die schon immer hier gelebt haben. Personen mit anerkanntem Asylstatus können problemlos Bürgergeld beantragen. Mehr als 50 Prozent aller Asylbewerber haben mit ihrem

Antrag Erfolg.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.365/…):

>>**"Ministerien zerstören": CDU-Außenpolitiker Kiesewetter will Krieg nach Rußland tragen**

CDU-Politiker Kiesewetter fordert mehr Unterstützung für die Ukraine.

Redaktion

CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter hat mit drastischen Worten eine größere Unterstützung der Ukraine durch Deutschland gefordert. Der Krieg müsse nach Rußland getragen werden, verlangte er im Interview mit der Deutschen Welle, dem Auslandssender der Bundesrepublik.

"Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden. Wir müssen alles tun, das die Ukraine in die Lage versetzt, nicht nur Ölraffinerien in Rußland zu zerstören, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände." Es sei an der Zeit, daß die russische Bevölkerung begreife, einen Diktator zu haben, der die Zukunft des Landes opfere. Rußland sei ein Land, "das den Krieg in die Welt trägt".

Regierung erklärt der Meinungsfreiheit den Krieg!

Zuvor hatte Kiesewetter auch im NDR gefordert, die "Rüstungsindustrie anzukurbeln" und "die Bevölkerung darauf vorzubereiten, daß die nächsten zwei, drei Jahre sehr, sehr schwer werden". Kiesewetter ist Oberst a.D. und seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der 60-Jährige ist unter anderem Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, in der Atlantik-Brücke und in der Trilateralen Kommission.

Grünen-Politiker fordert Aussetzung der Schuldenbremse

Grünen-Politiker Anton Hofreiter sprach sich am Sonntag ebenfalls dafür aus, mehr Geld zu investieren, um die Ukraine mit Waffen und Munition ausrüsten zu können. Es sei in diesem Zusammenhang ein "Sicherheitsrisiko", an der Schuldenbremse festzuhalten, sagte er der Funke Mediengruppe.

Derzeit gibt es in vielen Ländern Debatten über die weiteren Finanzhilfen an die Ukraine. Gerade erst hatte die EU ein 50-Milliarden-Euro-Paket beschlossen. Unterdessen blockieren Abgeordnete der Republikaner im US-Kongreß weitere Ukraine-Hilfen.

"Das Versäumnis des Kongresses der Vereinigten Staaten, die Ukraine nicht zu unterstützen, kommt einer kriminellen Nachlässigkeit gleich", kritisierte US-Präsident Joe Biden. "Für die Frage, ob die Ukraine in der Lage sein wird, das eigene Land zu verteidigen, ist die Unterstützung aus den Vereinigten Staaten unverzichtbar", mahnte auch Kanzler Olaf Scholz, der zu Besuch in Washington weilte.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.361/…):

>>**Die große Nebelkerze: Warum die Bezahlkarte für Flüchtlinge keine Lösung ist**

Erstmals nach Jahren der unregulierten Migration, scheint Deutschland seine Pull-Faktoren herabzusetzen. Die Wahrheit ist aber, daß die Bezahlkarte nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Wer asylberechtigt ist, darf weiterhin Bürgergeld beziehen. Auch Bayern schneidet kaum besser ab als die anderen Bundesländer.

Jonas Aston

Ab dem ersten Tag, an dem Flüchtlinge in Deutschland einen Asylantrag stellen, haben diesen Anspruch auf Transferleistungen. 410 Euro bekommt eine alleinstehende Person. Für Kinder werden je nach Alter Beträge zwischen 278 und 364 Euro ausgezahlt. Eine Unterkunft inklusive Zahlung aller Nebenkosten wird in aller Regel gestellt.

Seit neun Jahren verweigern sämtliche Bundes- und Landesregierungen die Diskussion darüber, zumindest in Teilen auf Sach- statt Geldleistungen umzustellen. In dieser Zeit sind Milliarden an Geldern geflossen, welche die Bürger nie wieder sehen werden - und Menschen sind ins Land gekommen, die dieses nie wieder verlassen werden. Im November des vergan-

genen Jahres einigten sich nun erstmals der Bundeskanzler und die meisten Bundesländer darauf, daß Asylbewerber ihre Leistungen mittels einer Bezahlkarte und einer Bargeldauszahlung in Höhe von nur noch um die 200 Euro erhalten sollen. Die eigentliche Höhe der Leistungen soll jedoch nicht angepaßt werden.

Die Bezahlkarte als Hoffnungsschimmer

In der thüringischen Stadt Greiz macht man schon jetzt ernst. Seit Dezember 2023 läuft das Modellprojekt an. Inzwischen haben alle 740 Asylbewerber ihre Bezahlkarte erhalten. Monatlich werden 300 bis 400 Euro - je nach Anspruch - auf die Karte geladen. Hinzu kommt ein "Taschengeld" in Höhe von durchschnittlich 100 Euro, welches weiterhin bar ausgezahlt wird. Laut Bild hätten etliche Flüchtlinge dort ihrem Unmut mit Ausrufen wie "Wir wollen keine Karte, wir wollen Bargeld!" Luft gemacht.

Mit dieser Bezahlkarte sind Einkäufe nur in Geschäften in der unmittelbaren Umgebung möglich. Bargeldauszahlungen sind weder am Bankautomaten noch an der Supermarktkasse möglich. Überweisungen und die Überziehung der Karte ist ausgeschlossen.

Auch im Eichsfeld (ebenfalls Thüringen) und inzwischen im Kreis Ortenau (Baden-Württemberg) hat man versuchsweise bei einigen Asylbewerbern von Bargeldleistungen auf die Bezahlkarte umgestellt. Die Umstellung zeigte direkt Wirkung. Mehrere Asylbewerber verließen Greiz. Ob in ihre Heimat oder eine andere Region ist allerdings unklar. Im Landkreis Eichsfeld sollen sich 35 geduldete Asylbewerber aus Georgien, Nordmazedonien und Serbien ebenfalls aus dem Staub gemacht haben.

Ob die Bezahlkarte als einzelne Maßnahme am Ende aber wirklich das hält, was sie verspricht, muß bezweifelt werden. Flüchtlinge aus der Ukraine verfügen etwa in aller Regel per se über einen Status als anerkannter Kriegsflüchtling. Diese sind von der Bezahlkarte nicht betroffen und sind weiterhin zum Bezug von Bürgergeld berechtigt. Auch alle anderen Flüchtlinge, deren Asylantrag positiv beschieden wurde, haben weiterhin ebenso Anspruch auf Bürgergeld, wie Menschen, die seit ihrer Geburt in Deutschland leben.

Warum Bayern kaum besser da steht als der Rest

Bayern will bei der Bezahlkarte seinen eigenen Weg gehen. Ministerpräsident Markus Söder hat erklärt, die Karte "schneller und härter" einführen zu wollen als andere Bundesländer. Entsprechende Pläne wurden in Bayern ebenfalls im November vorgestellt. In Bayern soll das "Taschengeld" in Bar nur 50 Euro betragen, außerdem sollen die Bezahlmöglichkeiten etwas weiter eingeschränkt werden als in anderen Bundesländern. Der aufgerechnete Leistungsanspruch zusammengesetzt aus dem "Taschengeld" und der Bezahlkarte ist jedoch so hoch wie in anderen Ländern auch.

Dies wird womöglich den Mißbrauch von Asylleistungen etwas ausbremsen - mehr aber auch nicht. Bei der Aufnahme von Asylbewerbern wird jedes Bundesland mehr oder weniger gleichermaßen in die Pflicht genommen. Nach dem Königsteiner Schlüssel werden Asylbewerber unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der Wirtschaftskraft auf die Bundesländer verteilt. Hier stand Bayern mit 50.000 Asylanträgen im Jahr 2023 auf Platz 2 hinter Nordrhein-Westfalen und vor Baden-Württemberg.

Die Pull-Faktoren und auch die unmittelbaren Kosten in den Bundes- und Landeshaushalten könnten durch die Bezahlkarte etwas sinken. Der große Wurf ist die Bezahlkarte mit Sicherheit aber nicht. Wenn Pull-Faktoren wirklich gesenkt werden sollen, muß die Höhe der Leistungen heruntergefahren werden. Die Bezahlkarte ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zudem winkt nach Anerkennung des Asylstatus - obwohl damit zumindest der Theorie nach nur ein Aufenthaltsrecht auf Zeit gewährt wird - die transferrechtliche Gleichstellung mit Menschen, die schon immer hier gelebt haben. Personen mit anerkanntem Asylstatus können problemlos Bürgergeld beantragen. Mehr als 50 Prozent aller Asylbewerber haben mit ihrem Antrag Erfolg.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Wegen Bauern-Demos: Politisch motivierter Brandanschlag auf Landwirtschafts-Betrieb**
Im Erzgebirge brannte in der Nacht zum Sonntag ein Agrarbetrieb. An einer Scheunenwand fand die Polizei Drohungen gegen die Bauernproteste und die Warnung vor weiteren Bränden. Mehrere Fahrzeuge wurden zerstört, verletzt wurde niemand.
Von *Redaktion*
Im Erzgebirge ermittelt die Polizei wegen Brandstiftung, nachdem ein Agrarbetrieb in der Nacht zum Sonntag in Flammen aufgegangen war. Vorausgegangen war ein mutmaßlicher Brandanschlag auf den Betrieb zwischen 1 Uhr und 2.45 Uhr. Im sächsischen Oelsnitz fanden die Beamten eine Drohung an einer Scheunenwand, außerdem mußten ein Auto und ein Lastwagen mit Anhänger sowie ein Traktor und andere landwirtschaftliche Maschinen von der Feuerwehr gelöscht werden.
Laut Polizei war ein Schriftzug auf eine Scheunenwand des Betriebsgeländes gesprüht worden, der sich gegen die Bauernproteste richtete und androhte, es könnte zu weiteren Bränden in landwirtschaftlichen Betrieben kommen: "Schluß-Blockade, sonst brennt alles", war offenbar hastig an die Wand geschmiert wurde.
Einen Zusammenhang wollte die Polizei noch nicht eindeutig erkennen, ermittelt aber wegen Brandstiftung, Sachbeschädigung sowie Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. Der bei dem Brand entstandene Schaden ist bislang unklar, verletzt wurde niemand. Die Feuerwehr war mit 83 Einsatzkräften vor Ort und mußte das Feuer mit mehreren Trupps unter schwerem Atemschutz bekämpfen. Nach einer Stunde konnte das Feuer gelöscht werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Lehrer-Brandbrief: Gewalt an Hannovers Schulen außer Kontrolle**
An Hannovers Brennpunktschulen ist Gewalt zum Alltag geworden. Die Lehrer fordern Sicherheitspersonal, während der Grüne Bürgermeister nur mit den Schülern reden will.
Willi Weißfuß
Brandbrief an die Politik: Die Lehrkräfte der Brennpunktschule IGS Stöcken in Hannover sind verzweifelt. In der Schule, auf die insgesamt 900 Schüler aus geschätzt 40 Nationen gehen, kommt es ständig zu Gewalt, Vandalismus und Bedrohung. Schüler tragen Waffen und halten sich nicht an die Regeln. Das Problem beginne laut dem Hilferuf der Lehrer in der Familie - hier hätte die "Religionsauffassung einen höheren moralischen Stellenwert als unser Grundgesetz".
Wie der NDR berichtet, beklagt das Lehrpersonal in dem Brief, daß sie keine Kraft mehr haben. Fast täglich müßten Schüler aus dem Unterricht ausgeschlossen werden. Einige Schüler würden ständig Messer oder andere Waffen mit sich herumtragen, andere zünden auf dem Schulhof Böller. Vor einiger Zeit sei sogar ein Schüler außerhalb der Schule mit einer Eisenstange bewußtlos geschlagen worden. Nachdem er aus dem Krankenhaus entlassen wurde, habe sich der Junge nicht mehr in den Unterricht getraut.
Andere Kinder seien auf dem Schulweg mit Pfefferspray angegriffen worden. Und auch in der Schule hätten viele Kinder Angst: So würden sich viele Schüler kaum noch auf die Toiletten trauen, weil sie dort von Mitschülern belästigt und sogar gefilmt werden. Anschließend, so heißt es in dem Brandbrief, werden diese Videos in sozialen Medien verbreitet.
Sicherheitsdienst wird von der Stadt abgelehnt
Zur Entlastung und Unterstützung wünschen sich die Lehrer Sicherheitspersonal - sowohl auf dem Schulhof als auch auf dem Schulweg. Hannovers Oberbürgermeister und Grünenpolitiker Belit Onay ist jedoch gegen die Einführung von Sicherheitskräften an der Schule. Er wolle keine "amerikanischen Verhältnisse" und befürchte, daß die Gewalt- oder die Eskalationsspi-

rale nur weiter verschlimmern würde. Er möchte stattdessen eine verbindliche Verabredung mit allen Schülern beschließen, die besagt, daß Gewalt verbannt wird.
Ein illusorisches Vorhaben, zumal die Elternhäuser dabei mitspielen müßten. Doch die haben nach Aussagen der Lehrer Mitschuld an den Problemen. Die Eltern der Täter sind überwiegend bildungsfern und sprechen kein Deutsch beziehungsweise nur sehr wenig Deutsch. Nötige Dolmetscher hat die Schule nicht. Zusätzlich komme erschwerend hinzu, daß den Tätern zu Hause ein Männlichkeitsbild vermittelt wird, bei dem Gewalt legitim ist.
Ein weiteres Problem, was in dem Brief thematisiert wird ist, daß bei nicht wenigen Schülern der Schule Homosexualität und sexuelle Diversität abgelehnt wird, weil dies der religiösen Auffassung widerspricht. Es ist wenig überraschend, daß "Programme zur Toleranz" auf "Widerstand" stoßen.

Nicht die einzige Problemschule in Hannover

Schon im Dezember vergangenen Jahres haben sich die Lehrkräfte der ebenfalls in Hannover ansässigen IGS Büssingweg mit einem Brandbrief an die Politik gewandt. In diesem Brief werden ähnliche Probleme geschildert, wie in der IGS Stöcken. Auch diese Schule forderte einen Sicherheitsdienst, um den Problemen Herr zu werden. Auch dieser wurde von der Stadt abgelehnt.
Stattdessen wollte die Stadt anbieten, daß der städtische Ordnungsdienst Streife läuft und zusammen mit der Polizei über Gewaltprävention sprechen, wie Radio Hannover berichtete. Eine weitere Möglichkeit zur Bewältigung der Gewaltprobleme in der Schule sieht die Stadt Hannover in der Anmietung weiterer Räume. Aufgrund von Bauarbeiten ist es in der Schule sehr beengt, was zu einem Teil der Konflikte beitrage.<<

Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Februar 2024: >>**Bauern-Proteste: Frankreich in Flammen**

Von *Daniell Pföhringer*

Sieg gegen Macron: Mit ihrer Belagerung von Paris haben die französischen Bauern die Regierung in die Knie gezwungen. COMPACT-TV war an vorderster Front dabei. Eine Reportage zwischen Feuer und Traktoren.
Ende Januar setzt sich im südfranzösischen Agen ein riesiger Konvoi in Bewegung, um den Protest aus der Provinz nach Paris, ins Machtzentrum der Nation, zu tragen. Innenminister Gérald Darmanin reagiert, indem er den Fahrzeugen ein Großaufgebot samt Polizeipanzern entgegenschickt.
Doch die Dampfwalze aus Traktoren bahnt sich unaufhaltsam ihren Weg, durchbricht mehrfach Absperrungen der Polizei. Ihr Ziel: Rungis im Süden von Paris. Der dortige Frischmarkt ist der größte weltweit. Auf einem Gelände größer als das Fürstentum Monaco werden täglich tausende Tonnen Fisch und Fleisch, Obst und Gemüse angeliefert. Die gesamte Metropolregion mit ihren über 12 Millionen Einwohnern und 25.000 Restaurants versorgt sich aus dieser Speisekammer mit Lebensmitteln.
Aus allen Ecken des Landes rollen Trecker-Konvois auf die Seine-Metropole zu: Die A6 bei Chilly-Mazarin ist in roten Feuerschein getaucht. Rauchschwaden vernebeln die Sicht. Wo sich normalerweise die Verkehrsmassen in Richtung Paris entlang wälzen, reiht sich in dieser Nacht Traktor an Traktor. Eine schier endlose Karawane. Am Straßenrand brennen Palettenstapel, Mauern aus Heu versperren die Fahrbahn - die gallischen Bauern haben sich zu einer Belagerungsarmee formiert.
Die umgedrehten Schilder ihrer Herkunftsorte haben die Fahrer wie Trophäen auf die Erntewerkzeuge ihrer Maschinen gespießt. Nun sind im Umkreis von 40 Kilometern alle wichtigen Zufahrtsstraßen nach Paris blockiert. Es ist ein Akt des Widerstandes in Zeiten größter Verzweiflung.<<

12.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.361/…): >>**"Stellen Sie bitte im eigenen Interesse die Zahlungen ein": Sparkasse droht AfD-Spender**

Die Sparkasse Mittelfranken-Süd fordert einen Kunden auf, Spenden an die AfD einzustellen. Auf Nachfrage spricht man von einem Versehen. Tatsächlich könnte auch ein externer Dienstleister hinter der Nachricht stecken.

Jonas Aston

"Der Zahlungsempfänger hat eine rechtsextreme Ausrichtung." Und weiter: "Stellen Sie bitte im eigenen Interesse die Zahlungen ein". Mit diesem Inhalt erhielt ein Mann kürzlich ein Schreiben der Sparkasse Mittelfranken-Süd. Grund war die Spende einer dreistelligen Summe an die AfD. Nur einen Tag danach kam der Brief. Der Jungen Freiheit zufolge wurde die Echtheit des Briefes von der Sparkasse bestätigt. Zu dem Vorgehen erklärt man dann: "Tatsächlich handelt es sich hier um ein Versehen, der Kunde wird auch entsprechend informiert". Wie das nun zu verstehen sei, will die Sparkasse nicht preisgeben.

Nach Angaben der Jungen Freiheit könnte die Nachricht tatsächlich nicht direkt auf das Kreditinstitut, sondern auf einen externen Dienstleister zurückzuführen sein. Es sei vorstellbar, daß dieser im Auftrag der Sparkasse Finanzströme nach Hinweisen auf mögliche Anzeichen von Geldwäsche überprüft. Angesichts der jüngsten gescheiterten Klagen der AfD gegen ihre Überwachung und der Einstufung einiger ihrer Landesverbände durch den Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextrem", erscheint dies durchaus möglich. Hier erklärte die Sparkasse: "Zu unseren IT-Sicherungssystemen" gebe man grundsätzlich keine Auskunft. Der externe Finanzdienstleister habe auf Anfragen der JF nicht reagiert.

Erst kürzlich erklärte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bei (vermeintlichen) Extremisten das Bankgeheimnis aussetzen zu wollen. Einschlägig sei dies insbesondere, wenn die Extremisten eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Hierdurch solle dem Verfassungsschutz die Möglichkeit gegeben werden, Auskunftsersuchen bezüglich Transaktionen und Konten zu stellen. Grundsätzlich erklärte Faeser: "Wenn wir Anhaltspunkte dafür haben, daß mit solchen Geldern illegale Dinge finanziert werden, um die demokratische Grundordnung zu unterbinden, dann können wir auch Konten stillegen".<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 12. Februar 2024 (x1.363/…): >>**Landwirte und Mittelständler demonstrieren vor Medienhäusern in mehreren deutschen Städten**

Handwerker und Landwirte sowie deren Unterstützer haben in den vergangenen Tagen gemeinsam vor mehreren Medienhäusern und Druckereien protestiert. Zuletzt blockierte in der Nacht zu Sonnabend (10. Februar) eine Gruppe von etwa 120 Personen mit Traktoren, einem Sattelschlepper und weiteren Fahrzeugen die Druckerei von Axel Springer in Ahrensburg bei Hamburg und verhinderte damit stundenlang die Auslieferung mehrerer Tageszeitungen.

In der Nacht zum Donnerstag war die Druckerei der Nordsee-Zeitung in Bremerhaven für zwei Stunden blockiert worden, dort war auch Mist abgekippt worden. Eine Woche zuvor hatten Demonstranten in Hamburg das Auslieferungslager eines Pressegroßhändlers blockiert.

Weitere Proteste gab es in den vergangenen zwei Wochen beim Landesfunkhaus des NDR in Hannover, in Unterföhring bei München beim Bayerischen Rundfunk sowie in Kempten im Allgäu und im niedersächsischen Hameln jeweils vor dem Gebäude der lokalen Tageszeitung.

Nach Angaben des Hamburger Abendblatts konnten am Sonnabend insgesamt 15.000 Abonnenten nicht beliefert werden. In der Druckerei werden auch die Bild, die Welt und die Süddeutsche Zeitung gedruckt. Im Bremerhaven kam die Zeitung laut Medienbericht trotz der Blockade pünktlich bei den Abonnenten an, am Morgen nach dem Protest war ein Gespräch zwischen dem Verleger und Demonstranten geplant.

Im Zuge des Protestes vor dem Landesfunkhaus in Hannover wurden vergangenen Montag

drei Vertreter der Demonstranten von der Leitung des Landesfunkhauses Niedersachsen zum Dialog empfangen, bestätigte der Sender auf Nachfrage von Multipolar. In dem Gespräch wurden Forderungen nach Medienberichten thematisiert und über die Arbeit der Journalisten berichtet. In einem auf Youtube verbreiteten Video sagte Landwirt und Lohnunternehmer Günther Winkelmann aus dem Landkreis Uelzen über das Gespräch: "Das war erfolgreich und das war gut."
"Der Dialog mit unserem Publikum gehört zum Auftragskern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks", sagte der NDR auf Anfrage von Multipolar. Konkrete Inhalte der Berichterstattung seien nicht zugesichert worden, eine Liste der Landwirte mit Höfen, von denen berichtet werden sollte, werde entgegen genommen. "Aber wie auch in anderen Fällen treffen weiterhin stets Journalistinnen und Journalisten im NDR eine eigene Auswahl nach handwerklichen Kriterien."
Dies habe die Funkhausleitung den Landwirten deutlich gemacht, so eine Sprecherin. Im Gespräch mit Multipolar bewertet Landwirt Winkelmann die Aktion beim NDR auch rückblikkend als positiv und verweist insbesondere auf die Veranstaltung, die vom Sender zugesagt wurde. Eine Spaltung der Bewegung, von der unter anderem in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung die Rede war, sieht er nicht. "Der Bauernverband steht weiter hinter uns."
Die Demonstranten halten die Berichterstattung über die Proteste nach eigenen Angaben für unausgewogen. Die Medien hingegen verweisen auf ihre Unabhängigkeit und sehen bei Aktionen wie in Hamburg die Pressefreiheit in Gefahr, heißt es vom Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger. "Wer mit der journalistischen Berichterstattung nicht zufrieden ist, kann Leserbriefe schreiben oder Postings in sozialen Netzwerken absetzen", sagte der DJV-Bundesvorsitzende Mika Beuster. Blockaden gegen die Auslieferung von Zeitungen des Axel Springer Verlags im Jahre 1968 waren von einigen Gerichten als berechtigte Demonstrationen gewertet worden.
Hinweis zum Urheberrecht: Multipolar-Meldungen können frei von anderen Portalen übernommen werden. Bedingung einer Übernahme ist die Nennung der Quelle und die Einbettung des Originallinks. Textliche Ergänzungen oder andere inhaltliche Veränderungen der Originalmeldung müssen durch einen separaten Hinweis an die Leserschaft kenntlich gemacht werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**"Stellen Sie bitte im eigenen Interesse die Zahlungen ein": Sparkasse droht AfD-Spender**
Die Sparkasse Mittelfranken-Süd fordert einen Kunden auf, Spenden an die AfD einzustellen. Auf Nachfrage spricht man von einem Versehen. Tatsächlich könnte auch ein externer Dienstleister hinter der Nachricht stecken.
Jonas Aston
"Der Zahlungsempfänger hat eine rechtsextreme Ausrichtung." Und weiter: "Stellen Sie bitte im eigenen Interesse die Zahlungen ein". Mit diesem Inhalt erhielt ein Mann kürzlich ein Schreiben der Sparkasse Mittelfranken-Süd. Grund war die Spende einer dreistelligen Summe an die AfD. Nur einen Tag danach kam der Brief. Der Jungen Freiheit zufolge wurde die Echtheit des Briefes von der Sparkasse bestätigt. Zu dem Vorgehen erklärt man dann: "Tatsächlich handelt es sich hier um ein Versehen, der Kunde wird auch entsprechend informiert". Wie das nun zu verstehen sei, will die Sparkasse nicht preisgeben.
Nach Angaben der Jungen Freiheit könnte die Nachricht tatsächlich nicht direkt auf das Kreditinstitut, sondern auf einen externen Dienstleister zurückzuführen sein. Es sei vorstellbar, daß dieser im Auftrag der Sparkasse Finanzströme nach Hinweisen auf mögliche Anzeichen von Geldwäsche überprüft. Angesichts der jüngsten gescheiterten Klagen der AfD gegen ihre Überwachung und der Einstufung einiger ihrer Landesverbände durch den Verfassungsschutz

als "gesichert rechtsextrem", erscheint dies durchaus möglich. Hier erklärte die Sparkasse: "Zu unseren IT-Sicherungssystemen" gebe man grundsätzlich keine Auskunft. Der externe Finanzdienstleister habe auf Anfragen der JF nicht reagiert.
Erst kürzlich erklärte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bei (vermeintlichen) Extremisten das Bankgeheimnis aussetzen zu wollen. Einschlägig sei dies insbesondere, wenn die Extremisten eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Hierdurch solle dem Verfassungsschutz die Möglichkeit gegeben werden, Auskunftsersuchen bezüglich Transaktionen und Konten zu stellen. Grundsätzlich erklärte Faeser: "Wenn wir Anhaltspunkte dafür haben, daß mit solchen Geldern illegale Dinge finanziert werden, um die demokratische Grundordnung zu unterbinden, dann können wir auch Konten stillegen".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Sendung mit der Maus: Schwule Drag-Prinzen für Kinder ab vier Jahren**
In der aktuellen Folge der "Sendung mit der Maus" wird Kindern ab vier Jahren ein geschminkter Drag-Prinz präsentiert, der von seiner Mutter eine Prinzessin nach der anderen präsentiert bekommt - und seine wahre Liebe am Ende im Bruder einer seiner Königs-Anwärterinnen findet.
Pauline Schwarz
Ein Eichhörnchen springt durch einen Wald aus Brokkoli-Bäume, um einem Mann in viel zu kurzen Hosen ein paar Brezeln zu präsentieren - doch ob man es glaubt oder nicht, das ist nicht das Absurdeste in der aktuellen Folge der "Sendung mit der Maus". Während Kinder sich früher die Abenteuer von Shawn das Schaf oder Captain Blaubär anschauen konnten, präsentiert der WDR Kindern ab vier Jahren heute diskriminierungsfreie Märchengeschichten - mit einem schwulen Drag-Prinzen.
Die Geschichte beginnt mit einer alleinerziehenden Königin, die nach vielen Jahren ihrer Regentschaft keine Lust mehr auf den Thron hat. Deswegen will sie ihren völlig gelangweilten Sohn dazu bringen, endlich zu heiraten und mit seiner neuen Frau das Königreich zu regieren - doch schaut man sich den Prinzen, der wie einer nasser Waschlappen am Eßtisch sitzt, genauer an, weiß man schon, wo die Reise hingeht. Der Prinz hat langes, wallendes Haar - was für mittelalterliche Zeiten noch nicht besonders ungewöhnlich ist, doch es ist auffällig gepflegt. Viel eindeutiger ist jedoch sein Make-up: mit Eye-Shadow und dicker Wimperntusche ist der junge Mann stärker geschminkt als eine durchschnittliche Frau.
Den Zuschauer wundert es daher wenig, daß der Prinz auf der - ihm von seiner Mutter aufgenötigten - Reise zu den Königreichen seiner Anwärterinnen alles andere als begeistert ist. In ihrem Luftschloß fliegen die beiden zunächst zu Prinzessin Aria von Lautenbach. Anders als man zunächst denken könnte, forscht diese jedoch nicht an Corona-Viren - der Name spielt nicht auf unseren Gesundheitsminister an. Sondern darauf, daß die Dame einfach wahnsinnig laut ist: Sie singt - oder besser gesagt: schreit - Mutter und Sohn eine Arie entgegen.
Daß der Prinz diese Prinzessin nicht haben will, ist verständlich. Doch auch die nächste, Frostmunde von Splitterstein, ist nichts für ihn. Sie jongliert mit großen Eiswürfeln und ist dem jungen Mann wohl einfach zu kalt. Die dritte Prinzessin, Tarzia von Melonien, hätte es aber eigentlich gewesen sein müssen. Kindern würde wohl die Phantasie fehlen, warum er sie nicht heiraten wollte: Immerhin schwingt sich die coole, hübsche junge Frau an Lianen von Melonen-Haus zu Melonen-Haus. Doch der Prinz ist nicht begeistert - im Gegenteil: Ihm wird nur schlecht, er muß sich erbrechen.
So fliegen die Königin und ihr Sohn mit Hilfe ihrer Zug-Schwäne wieder nachhause. Der Prinz ist sichtlich froh, daß die Brautschau vorbei ist - doch die müde Königin ist wütend. Sie schreit ihren Sohn an, der von einem Läuten an der Tür gerettet wird. Dort steht eine wunderschöne Prinzessin - genervt will unser Drag-Prinz die Tür zuknallen.
Doch - Achtung - sie sagt: Ich habe meinen Bruder Richard dabei. Und als der blonde Jüng-

ling ins Bild schreitet, pocht des Prinzen Herz. Und: "Allen war klar, endlich kehrte die Liebe ins Königreich ein".
Für einen Erwachsenen klingt die ganze Geschichte wie Satire - eine, die sogar leicht homophobe Züge annimmt. Denn der Prinz kann nicht einfach schwul sein, er muß schon eine gelangweilte Diva sein, die sich tonnenweise Make-up in sein ansonsten bärtiges Gesicht klatscht. Trotzdem könnte man darüber lachen, einfach, weil die ganze Story so absurd ist. Doch für ein kleines Kind ist das anders.
Es versteht nicht, was man ihm da zeigt. Gleichzeitig wird suggeriert, daß es völlig normal ist, daß der Märchenprinz eine schwule Dragqueen ist. Und der, natürlich, von allen bedingungslos akzeptiert wird - auch die Königin hat überhaupt kein Problem damit, daß ihr Sohn, doch lieber einen Prinzen als eine Prinzessin haben will.
Eigentlich fehlt in der ganzen Sendung nur noch, daß die Mutter ihren Sohn mit "they / them-Pronomen" anredet. Überraschen würde es nicht. Schon im März 2022 strahlte die ARD zum Tag der "Trans-Sichtbarkeit" eine Folge "Sendung mit der Maus" aus, in dem über das Leben eines Obdachlosen berichtet wurde.
Doch der arme Erik, der nun eine Frau sein möchte und sich Katja nennt, ist nicht das einzige, was Kindern an diesem Tag als "normal" verkauft werden sollte. Auch hier ging es am Ende um eine Prinzessin - die lieber ein Ritter sein wollte.
So beschallen die öffentlich-rechtlichen Kinder von vier bis neun Jahren mit ihrem LGBTQ-Programm. Und drängen ihnen damit nicht nur Dinge auf, die sie überhaupt noch nicht verstehen können, sie verunsichern sie mit ihren unkritischen - teils glorifizierenden Beiträgen - auch in ihrer eigenen Identität. Ein Vorgehen, das anhand der Masse und Inszenierung der Beiträge für Kinder den Geschmack zurückläßt, daß genau das Absicht ist.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Neue EU-Verordnung: "Haßrede" auf einer Stufe mit Terrorismus**
Das EU-Parlament hat eine Resolution verabschiedet, durch die Haßrede kriminalisiert werden soll. Damit stünden die Straftatbestände "Haß und Hetze" auf einer Stufe mit Terrorismus und Menschenhandel.
Henry Albrecht
"Rechtsextreme und Populistinnen und Populisten nutzen Haß und Hetze gegen Frauen und queere Menschen als politisches Instrument", schreiben die Grünen EU-Abgeordneten Pierrette Herzberger-Fofana und Alexandra Geese in einer Stellungnahme zu einer neuen EU-Verordnung, die darauf abzielt, Haßrede zu einem besonders schwerwiegenden Verbrechen nach EU-Recht zu erklären. Damit würde "Haß und Hetze" in eine Kategorie mit Terrorismus und Menschenhandel fallen.
Die Abstimmung zu der Verordnung fand am Donnerstag, dem 18. Januar, statt und wurde mit 397 Stimmen dafür und 121 dagegen angenommen. Es gab lediglich 26 Enthaltungen, hauptsächlich von einigen Linken, die befürchten, daß das Gesetz dazu genutzt werden könnte, anti-israelische Stimmen zu unterdrücken. Nur die beiden rechts-konservativen Fraktionen, ECR und ID, stimmten dagegen, während alle linken und die mitte-rechts Partei EPP die Resolution unterstützten.
Das Dokument verfolgt zwei Hauptziele: die Einbeziehung von Haßrede in die EU-Verbrechen, die in Artikel 83 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, auch bekannt als EU-Vertrag, aufgeführt sind und besonders schwerwiegende Straftaten mit grenzüberschreitenden Dimensionen wie Terrorismus, Menschenhandel, Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche und organisierte Kriminalität umfassen. Diese Straftaten unterliegen EU-weiten Mindestregeln hinsichtlich Definitionen und Strafen. Neue Kriminalitätsbereiche können ebenfalls aufgenommen werden, vorausgesetzt, sie erfüllen die Kriterien schwerer Kriminalität.

Gemäß der offiziellen Erklärung verdient Haßrede dieselbe Bezeichnung, da sie nicht nur eine Einzelperson oder eine Gemeinschaft betrifft, "sondern auch die Gesellschaft als Ganzes, indem sie die Grundlagen der EU untergräbt", während soziale Medien ihr sofort eine "grenzüberschreitende Dimension" verleihen.
Das Zweite in der Resolution betonte Ziel besteht darin, die Definition von Haßrede und Haßverbrechen auf mehrere zusätzliche Opferkategorien auszudehnen. Derzeit definieren EU-Gesetze sie als Haß nur gegenüber einer bestimmten Rasse, Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Ethnizität, was linke Gesetzgeber in der heutigen Welt als bei weitem nicht ausreichend bezeichnen.
Daher fordert das Dokument, die Definition auf "Geschlecht, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck, Geschlechtsmerkmale, Alter, Behinderung und jede andere grundlegende Eigenschaft" auszudehnen. Ohne eine objektive Definition ist es leicht vorstellbar, daß die letzte als Blankoscheck fungiert, um alles abzudecken, was jemanden beleidigen könnte.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Februar 2024: >>**Familie, Glaube, Werte: WARUM DER DEKADENT-WOKE WESTEN PUTIN HASST!**
Mehr als 150 Millionen Menschen haben allein in den ersten 24 Stunden auf der Plattform "X" das gut zweistündige historische Interview des konservativen US-Starjournalisten Tucker Carlson mit Rußlands Staatspräsidenten Wladimir Putin angeklickt. In den linksgrünen Redaktionen der deutschen Mainstream-Medien hat das weltweite Interesse regelrechte Panik ausgelöst - der Aufwand jedenfalls, mit dem der politisch-mediale Komplex hierzulande versucht, den Deutschen das Gespräch als vermeintliche "Propagandashow" auszureden, ist beachtlich.
Eine Analyse von *Aloys Krause*
In dem Interview betont Putin mehrfach seine tiefe Verwurzlung im russisch-orthodoxen Glauben. Liegt hier der tiefere Grund dafür, warum der Kreml-Chef dem dekadent-woken Westen so verhaßt ist?
Warum "grüne" Klima- und Gender-Ideologen im Ukraine-Konflikt die Speerspitze der Kriegstreiber bilden? Warum die Globalisten-Clique um George Soros und der "tiefe Staat" um den senilen Noch-US-Präsidenten Joe Biden in Washington den russischen Präsidenten Wladimir Putin fürchten wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser?
Der Kreml-Chef wirft westlichen Demokratien (sind sie das vielfach überhaupt noch?) immer wieder einen erschreckenden Werteverlust vor. Sogenannte "westliche Werte" - Putin sieht darin vor allem einen Verfall von Sitten und traditionellen Werten. Der woken Gender-Ideologie und linksgrünen Vielfalt-Dekadenz unter dem Deckmantel "queerer Toleranz" stellt der russische Präsident ein standfestes konservatives Leitbild von im christlichen Glauben fest verwurzelten Familienwerten entgegen.
Putin sieht sich als Wahrer christlicher Tradition
Die Zerstörung von Familienwerten, davon ist der mächtige Mann im Kreml zutiefst überzeugt, führe letztlich zum Verfall von Gesellschaften. Der von der westlichen Propaganda verbreitete Vorwurf, Putin sei "homophob", ist unzutreffend und irreführend. Richtig ist zwar, daß Putin per Gesetz verbieten lassen will, in Gegenwart von Minderjährigen positiv über Homosexualität zu sprechen. Aber aus einem einfachen Grund: Weil Homosexualität aus Sicht Putins nicht die natürliche auf Fortpflanzung ausgerichtete Lebensweise ist, wie sie im Alten Testament das Buch Mose verkündet: "Seid fruchtbar und mehret Euch!"
Wenn Pädophilie zur Norm wird
Schon vor zehn Jahren, in seiner Rede an die Nation, betonte Putin: "Wir wissen, daß es in der Welt immer mehr Menschen gibt, die unsere Position beim Schutz traditioneller Werte unterstützen." Rußland habe eine "historische Verantwortung", die jahrtausendealten Grundlagen

menschlichen Zusammenlebens in der Welt zu verteidigen.
"Natürlich ist das eine konservative Position", unterstrich Putin. Doch nur so könne Chaos verhindert werden. "In vielen Ländern werden heute die Normen von Moral und Sittlichkeit umgekrempelt, nationale Traditionen und die Unterschiede zwischen den Nationen und Kulturen verwaschen", beklagte der russische Präsident und kritisierte wörtlich: "Pädophilie wird zu einer Norm erklärt."
Putin nutzte die Rede auch, um die sogenannten "westlichen Werte" zu zerpflücken - vor allem mit Blick auf die LGBTQ-Ideologie. So würden Geistliche genötigt, gleichgeschlechtliche Ehen zu segnen, die "heiligen Schriften" der Kirche zunehmend in Frage gestellt.
"Elternteil 1, Elternteil 2 - nicht mit mir!"
Putin will, daß die traditionelle Definition der Ehe als Ehe zwischen Mann und Frau in die russische Verfassung aufgenommen wird. Unter seiner Führung werde es Begriffe wie "Elternteil Nummer 1" und "Elternteil Nummer 2" nicht geben. Wladimir Putin erklärte dies während einer Diskussion über die Familienwerte in Rußland.
Rußlands Präsident wörtlich: "Was 'Elternteil 1' und 'Elternteil 2' betrifft, so habe ich es bereits öffentlich gesagt und ich wiederhole es: Solange ich Präsident bin, werden wir nicht 'Elternteil Nr. 1' und 'Nr. 2' haben - sondern 'Papa' und 'Mama'."
Für Wladimir Putin ist die Sache klar: Der Westen habe seine wahren Werte im Gender-Wahn und unter dem Druck von Klima-Hysterikern verraten. Was heute unter dem Deckmantel "westlicher Werte" im Gewand von Opposition unterdrückender Demokratie daherkomme, sei die Agenda einer mächtigen Minderheit. Eine linksgrüne Elite bestimme, was die Menschen zu denken hätten. Sie drücke der Mehrheit ihren Meinungs-Stempel auf - dies alles und vor allem auch in Deutschland unter dem ideologischen Kampfbanner der Regenbogen-Fahne!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Februar 2024: >>**CO2: Warum die Panikmache grundfalsch ist**
CO2 Kohlenstoffdioxid
Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich habe es satt, jeden Tag mit der Behauptung bombardiert zu werden, daß CO2 ein Schadstoff ist und daß ich als Verursacher dafür zahlen muß. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.
_ von *Joseph Fournier*
Ich bezweifle ernsthaft, daß der Durchschnittsbürger diese Sichtweise akzeptieren würde, wenn er wüßte, daß CO2 tatsächlich eine Voraussetzung für das Leben ist und daß die weltweite Nahrungsmittelproduktion in den kommenden Jahrzehnten um Billionen von Dollar zunehmen wird, wenn die CO2-Werte weiter steigen.
Die Vorhersage von Svante Arrhenius
Noch weniger würden CO2 als Schadstoff akzeptieren, wenn sie wüßten, daß Svante Arrhenius, der Nobelpreisträger und Vater der Treibhausgas-Hypothese, vor über einem Jahrhundert Folgendes voraussagte:
"Durch den Einfluß des zunehmenden Prozentsatzes von Kohlensäure (d.h. CO2) in der Atmosphäre können wir hoffen, Zeitalter mit gleichmäßigerem und besserem Klima zu genießen, besonders in den kälteren Regionen der Erde - Zeitalter, in denen die Erde viel reichhaltigere Ernten als jetzt hervorbringen wird, zum Nutzen der sich schnell vermehrenden Menschheit."
Mit anderen Worten: Der Vater der Treibhaus-Hypothese argumentierte, daß die Verwendung von Kohlenwasserstoffen durch die Menschheit und die steigenden CO2-Konzentrationen in der Troposphäre dem Planeten Erde zugute kommen würden. Welch eine Ironie!
Keine Angst vor dem Treibhaus-Effekt
Die Beispiele, die ich anführen werde, um zu zeigen, daß Arrhenius‘ Vorhersagen wahr

werden, sind 1) das expandierende Pflanzenreich, 2) die Beschleunigung der landwirtschaftlichen Produktivität und 3) die das Klima stabilisierenden Auswirkungen des steigenden CO2-Gehaltes.
All diese Faktoren sind auf das zurückzuführen, was gemeinhin als CO2-Düngungseffekt bezeichnet wird. Der CO2-Düngungseffekt bei Pflanzen bezieht sich auf die Tatsache, daß sowohl die Photosyntheserate als auch die H2O-Nutzungseffizienz im Gleichschritt mit der CO2-Konzentration in der Umgebung steigen. Infolgedessen verbessert sich die Trockenheitsresistenz des Pflanzenreichs auf natürliche Weise, wenn die CO2-Konzentration steigt, und die meisten Pflanzen produzieren mehr Blätter pro mm Niederschlag.
Aus diesem Grund wird in kommerziellen Gewächshäusern die CO2-Konzentration künstlich um das Drei- bis Vierfache der atmosphärischen Konzentration erhöht. Fernerkundungsdaten von Satelliten haben gezeigt, daß die Ausdehnung des Pflanzenreichs von 1982 bis 2015 einer zusätzlichen Blattoberfläche von über 20 Millionen Quadratkilometern oder der doppelten Größe der Vereinigten Staaten entsprach.
Zahlreiche Studien haben gezeigt, daß die borealen Wälder in höheren Breitengraden und die halbtrockenen Wüstenökosysteme entlang der Roßbreiten den größten Nutzen für das Pflanzenreich gebracht haben. Die Blattfläche in der arktischen Region hat in dieser kurzen Zeitspanne um 25 bis 50 Prozent zugenommen hat: Daher sollte es nicht überraschen, daß die weltweite landwirtschaftliche Produktivität in Abhängigkeit von den steigenden CO2-Konzentrationen in der Atmosphäre ebenfalls stetig zunimmt.
CO2Science.org, eine sich für Klimarealismus einsetzende und gemeinnützige PR-Organisation, hat die umfangreiche Literatur über die positiven Auswirkungen des CO2-Düngeeffekts auf die modernen landwirtschaftlichen Erträge hervorragend zusammengefaßt.
Großer Nutzen für die Nahrungsmittelproduktion
Die Beschleunigung der globalen landwirtschaftlichen Produktivität zwischen 2012 und 2050 aufgrund des prognostizierten Anstiegs der atmosphärischen CO2-Konzentration wird auf einen zusätzlichen Wert von 10 Billionen Dollar (in Dollar 2006) in Form von steigenden Erträgen für 45 verschiedene Getreide-, Obst- und Gemüsesorten geschätzt.
Wenn man bedenkt, daß die derzeitigen atmosphärischen CO2-Konzentrationen bei etwa 425 ppm liegen und daß die Sättigungsgrenze des CO2-Düngeeffekts bei den meisten Pflanzenarten im Bereich von 1.100 bis 1.300 ppm liegt, kann man davon ausgehen, daß die Menschheit diesen Nutzen für die Nahrungsmittelproduktion erst ansatzweise realisiert hat.
Neben diesem kalorischen Nutzen der CO2-Düngung gibt es auch den das Klima stabilisierenden Effekt, der durch die Anhäufung von Pflanzenbiomasse entsteht, wie z.B. eine verbesserte Speicherung der Bodenfeuchtigkeit, Wolkenbildung und eine höhere Wiederverwertungsrate von Niederschlägen.

Pflanzenwachstum begrenzt Erwärmung

Tatsächlich haben zahlreiche neuere Studien geschätzt, daß der natürliche kühlende Einfluß des Pflanzenreichs die Erwärmung seit den 1970er Jahren im globalen Durchschnitt um mehr als 0,5 °C begrenzt hat.
Umgekehrt haben zahlreiche Studien auch gezeigt, daß die Verdrängung natürlicher Landschaften durch städtische Infrastrukturen wie Parkplätze und Wolkenkratzer (auch bekannt als Urban Heat Island oder UHI) einen Erwärmungseffekt auf die Lufttemperaturen hat, der sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene nachgewiesen werden kann.
In diesem Sinne ist UHI eine Form der anthropogenen globalen Erwärmung, und ironischerweise wirkt der CO2-Düngungseffekt als Gegenmittel. Wenn also das nächste Mal jemand behauptet, CO2 sei ein Schadstoff, dann erinnern Sie ihn daran, daß selbst der Vater der Hypothese vom verstärkten Treibhauseffekt die menschlichen CO2-Emissionen als positiv für Mutter Erde betrachtet.

Begrünung der Städte vorantreiben

Erinnern Sie sie daran, daß die derzeitigen CO2-Konzentrationen in der Atmosphäre drei- bis viermal niedriger sind als die Sättigungsgrenze, unter der die meisten Pflanzenarten gedeihen, und daß jeder Anstieg von den derzeitigen Werten bis zu dieser Grenze das terrestrische Pflanzenreich erweitert und damit allen davon abhängigen Lebensformen zugute kommt.

Abschließend läßt sich sagen, daß die kosteneffektivste Art, die vom Menschen verursachte globale Erwärmung auszugleichen, darin besteht, in die Begrünung unserer städtischen Ballungszentren zu investieren.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Banden-Krieg in Stuttgart: Straffällige Ausländer konsequent abschieben!**

Im Raum Stuttgart tobt ein exzessiver Bandenkrieg - mit rund 550 Beteiligten, ausgetragen mit Messern, Schußwaffen und sogar Handgranaten. Die Mitglieder sind Männer größtenteils zwischen 19 und 26 Jahren und haben "Migrationshintergrund". Und obwohl Polizei und Landeskriminalamt massiv gegen die Täter vorgehen, ist kein Ende der Gewalt in Sicht. Nur darum geht es ihnen laut Polizei: Nicht um illegale Geschäfte oder Einfluß, sondern darum, Gewalt auszuüben - und sich damit einen Platz in der Bandenhierarchie zu erobern.

Dieser "Einzelfall" wirkt wie ein Modellprojekt für viele weitere bundesdeutsche Städte, die in Zukunft folgen werden. Es sind Verhältnisse, für die die Merkel-CDU das Fundamt gelegt hat und auf welche die Ampelregierung nun aufbaut, indem sie immer mehr kulturfremde potentielle Gewalttäter ins Land holt - und von den Folgen mit ihrem "Kampf gegen rechts" ablenkt.

5.000 Personen wurden mittlerweile von der Polizei im Raum Stuttgart kontrolliert, es gab 500 Razzien und 50 Festnahmen. Doch von einem ist nie die Rede: Abschiebungen! Dabei muß genau das die Folge sein, wenn Straftäter ohne Aufenthaltsrecht ihrem Heimweh dadurch Ausdruck verleihen, daß sie hier die gleichen Verhältnisse schaffen wie zu Hause. Aber solange solche Täter von Justiz, Politik und der bunt-besoffenen Öffentlichkeit ignoriert oder sogar protegiert werden, können sich die Ermittler noch so sehr abmühen. Man kann den Bürgern nur wünschen, daß sie sich schnell besinnen und zusammen mit uns Neuwahlen einfordern - um das Treiben solcher Banden sofort zu beenden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Februar 2024: >>**Fünf Thesen zur Berliner Wiederholungswahl**

Von *Sven Reuth*

Das Ergebnis des gestrigen Urnengangs enthält maximal negative Botschaften für Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Christian Lindner (FDP). Die AfD hingegen hat Grund für Optimismus. …

These 1: Am gestrigen Sonntag, dem Auftakt zum deutschen Super-Wahljahr 2024, waren nicht einmal ein Prozent der Wahlberechtigten zur Beteiligung an der teilweisen Nachwahl in Berlin aufgerufen. Nur in etwa 20 Prozent der Wahllokale der deutschen Hauptstadt hatte das Bundesverfassungsgericht die Nachwahl wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten und Pannen beim ersten Urnengang im September 2021 angeordnet. Dennoch sind die Auswirkungen beträchtlich.

Demos gegen Rechts erreichen nur linke Blase

Wegen der gestern schwachen Wahlbeteiligung sinkt die Zahl der Bundestagsabgeordneten, die das Land Berlin in das nationale Parlament entsendet, von 29 auf nur noch 25, dafür rückten drei Listenkandidaten von Linken, SPD und Grünen aus Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nach. Das gestrige FDP-Ergebnis war sogar so schwach, daß Berlins FDP-Generalsekretär Lars Lindemann aus dem Bundestag fliegt, aber niemand aus seiner

Partei aus einem anderen Bundesland für ihn nachrückt. Das zeigt: Jeder Patriot sollte unbedingt von seinem Wahlrecht Gebrauch machen. Die Ergebnisse sind oft viel knapper, als man denkt.

These 2: Gewinner der Wahl sind die AfD, die in den von der Teil-Wahlwiederholung betroffenen Gebieten um 5,6 Prozent auf 12,6 Prozent zulegen konnte, und die CDU, die um 6,9 Prozent auf 20,6 Prozent zulegen konnte. Im nordöstlichen Bezirk Marzahn-Hellersdorf wird die AfD mit 33,1 Prozent zur mit Abstand stärksten Partei, im September 2021 hatte sie hier nur 18,5 Prozent erreicht.

Das Bundestagsmandat von Götz Frömming, der 2021 als der am weitesten hinten stehende AfD-Kandidat auf der Berliner Landesliste noch in den Bundestag eingezogen war, geriet gestern zu keinem Zeitpunkt des Wahlabends in Gefahr.

Das zeigt: Die Demos gegen Rechts mögen zwar gerade in Berlin beeindruckende Teilnehmerzahlen aufweisen, sie entfalten jedoch keine gesamtgesellschaftliche Wirkung, sondern mobilisieren nur innerhalb der linken Blase. Das ist eine sehr gute Nachricht. In der Welt stellte Kommentator Thore Barfuss konsterniert fest:

"Politische Stimmen, die nahelegten, daß die Partei durch das gesellschaftliche Aufbäumen quasi von selbst verschwindet, wurden eines Besseren belehrt. Selbst in den Großstädten, wo die AfD traditionell schwächer ist und die auch das Herz der Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und die AfD bildeten, kann die Partei punkten. Auch das sollte eine Warnung an die Mitte sein."

FDP: Ampel-Ausstieg oder Untergang

These 3: Wir sehen gerade erst den Auftakt des Super-Wahljahres 2024 und das Totenglöcklein läutet schon so laut für die FDP wie selten einmal zuvor. Gestern stürzten die Liberalen in den von der Teil-Wiederholungswahl betroffenen Gebieten von 9,1 Prozent auf nur noch 3,3 Prozent ab, nur noch jeder dritte Wähler konnte gehalten werden. Außerdem ist die FDP die einzige Partei, die durch das Ergebnis der gestrigen Wahl einen Netto-Mandatsverlust im Bundestag hinnehmen muß, der nicht durch den Nachrücker einer anderen Landesliste ausgeglichen werden kann.

Es zeigt sich immer deutlicher: FDP-Chef Christian Lindner hat sich mit dem von ihm vollzogenen Eintritt seiner Partei in die Ampel so schlimm verzockt, wie dies überhaupt nur möglich ist. Keim Mensch wählt die FDP, um im Gegenzug dann grün-linke Irsinnspolitik serviert zu bekommen. Wenn die Liberalen sich auch nur eine Rest-Wahrscheinlichkeit auf den Wiedereinzug in den Bundestag bewahren wollen, dann müssen sie sofort die Notbremse ziehen und die Bundesregierung verlassen.

Darüber denken einige profilierte Politiker der Partei wie Wolfgang Kubicki und Frank Schäffler schon laut nach. Wer die Zeichen der Zeit bei den Liberalen immer noch nicht erkannt hat, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen. Sollte die FDP nämlich nach 2013 ein zweites Mal aus dem Bundestag fliegen, könnte sie dieses Mal dauerhaft in der Außerparlamentarischen Opposition verschwinden.

SPD: Nichts mehr übrig von der einstigen Volkspartei

These 4: Ähnlich desaströs wie für die FDP fiel gestern das Ergebnis für die SPD aus. Die Sozialdemokraten stürzten in einem ihrer einstmals stärksten Landesverbände von 22,4 Prozent auf 14,6 Prozent ab und verloren somit satte 7,8 Prozent.

Die SPD steckt in der Klemme, denn dieses Wahlergebnis ist der Ausdruck einer tiefen strukturellen Krise der deutschen Sozialdemokratie: Die linken Wähler gehen zu den hipperen Grünen und die konservativen Wähler gehen zur CDU oder zur AfD. Bald kommt mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht dann auch noch ein weiterer, für die SPD brandgefährlicher Konkurrent hinzu.

Eine zweite Amtszeit für Olaf Scholz scheint schon jetzt nur noch illusorisch zu sein. Die

einzige Chance der Partei wäre wohl eine migrationspolitische Wende nach dem Vorbild der dänischen Sozialdemokratie und eine Rückbesinnung auf die sozialkonservativen Traditionen der SPD, aber dafür wird diese Partei viel zu sehr von linken Ideologen beherrscht.

Grüner Todeskuß für jeden Koalitionspartner

These 5: Nachdem die Grünen bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Herbst vergangenen Jahres noch die Partei mit den jeweils höchsten Verlusten waren, legen sie jetzt in Berlin ein auf den ersten Blick stabiles Ergebnis vor. Sie können sich in den von der Wiederholungswahl betroffenen Gebieten sogar um 0,5 Prozent auf 27,6 Prozent steigern und bleiben damit - wie schon 2021 - die stärkste Partei bei einer Bundestagswahl in Berlin. Wirklich freuen können sich die Berliner Grünen über dieses Ergebnis aber nicht, ganz im Gegenteil. Wegen der sehr schwachen Wahlbeteiligung verlor ihre Landesvorsitzende Nina Stahr in der gestrigen Nacht dennoch ihr Bundestagsmandat, um das ihr Landesverband zuvor einen relativ aufwendigen Wahlkampf geführt hatte.

Dennoch zeigt das Ergebnis, daß die Grünen im Vergleich zu den beiden anderen Ampel-Parteien den noch stabilsten Wählerkern haben. Sie binden ein 10 bis 15 Prozent umfassendes, staatsnahes Milieu, das sich für Transgender-Totalitarismus, unbegrenzte Zuwanderung und eine völlig dysfunktionale "Energiewende" begeistert, weil es so wohlhabend ist, daß es mit den desaströsen Folgen dieser Politik leben kann.

Für die Wähler der Koalitionspartner der Grünen gilt diese Faustregel aber nicht, die strafen ihre bisherigen Stammparteien - siehe das Berliner Ergebnis von SPD und FDP - mit maximaler Härte ab. CDU-Chef Friedrich Merz sollte sich also gut überlegen, ob er nach der nächsten Bundestagswahl wirklich in die Koalition mit den Grünen geht, die er derzeit zu bevorzugen scheint. Dies könnte dann auch zum endgültigen Untergang der CDU führen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Weitere 16 Milliarden Euro für Gaskraftwerke: Ampel führt uns in die Energie-Notlage!**

Sie nennen ihr Zerstörungswerk "Strategie". Mit einer sogenannten "Kraftwerks-Strategie", auf die sich die Ampel-Regierung kürzlich einigte, sollen Gaskraftwerke mit einem Leistungsvolumen von bis zu zehn Gigawatt auf Wasserstoff-Kraftwerke umgestellt werden. Schon allein diese teure und hochriskante Säule der "Energiewende" soll in den nächsten zwei Jahrzehnten rund 16 Milliarden Euro kosten. Und das alles nur, weil die sogenannten "Erneuerbaren" einfach nicht grundlastfähig sind, so daß die Chaos-Ampel das selbst verursachte Versorgungsloch notdürftig mit Gaskraftwerken zu stopfen versucht.

Sogar Energiewende-Unterstützer sind alarmiert. "Es scheint problematisch, daß ein Industrieland wie Deutschland auf eine wenig getestete Technologie setzt und damit Unsicherheit für Investoren schafft, ob die künftige Stromversorgung reibungslos gewährleistet werden kann und vor allem zu welchem Preis", sagt Finanzinvestor Sebastian Hell. Die mit dem Harakiri-Kurs der Ampel-Regierung verbundenen Abhängigkeiten vom Ausland, vor denen Hell warnt, sind längst da. Mit dem Wirtschaftskrieg gegenüber Rußland und der Nicht-Reparatur der Nord-Stream-Leitung wurde Rußland als Energiepartner ausgeschaltet, während uns der Ausstieg aus der Kernkraft von amerikanischen LNG-Lieferungen abhängig macht. Konsequenter und knallharter als die Ampel-Regierung kann man sein eigenes Land wahrlich nicht verscherbeln und fremden Mächten ausliefern.

Die Irrationalität des Kernkraft-Ausstiegs zeigt sich dabei schon in der Tatsache, daß sich derzeit rund 100 neue Kernkraftwerke im Bau befinden - auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft setzen Polen, Tschechien und Frankreich weiter auf Kernkraft. Für die AfD gibt es deshalb keinen Grund zum Warten: Wir wollen die energiepolitische Geisterfahrt unseres Landes beenden, zur Kernenergie zurückkehren, die Nord-Stream-Leitungen reparieren und endlich einen soliden Energie-Mix ohne ideologisch motivierte Planwirtschaft auf den Weg brin-

gen!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Weiterhin keine Corona-Aufarbeitung, nur Mauscheleien und Vertuschung**
Bei dem von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hoch gepriesenen "StopptCovid-Gutachten", das einen Schlußstrich unter die rigiden Maßnahmen der Bundesregierung setzen sollte und der Regierung dabei ein schmeichelhaftes Abschlußzeugnis bescheinigt, stellt sich nun heraus, daß dieses von der Bundesregierung quasi selbst geschrieben wurde.
Nicht ganz regelkonform wurde die Ausschreibung zudem für dieses Gutachten im Wege einer Zuwendung bzw. Zuweisung an das dem BMG untergeordnete Robert-Koch-Institut (RKI) vergeben. Die Daten werden bislang unter Verschluß gehalten. Ein solches Vorgehen verurteilt Dr. Christina Baum, Mitglied im Gesundheitsausschuß und Mitglied im AfD-Bundesvorstand auf das Schärfste:
"In Sachen Corona konnte man sich beim Bundesgesundheitsministerium bisher nur auf eines verlassen: Ob bei der Überlastung der Intensivstationen, bei der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe oder jetzt beim Gutachten zur Coronapolitik, es wurde immer nach dem Motto 'Tarnen, tricksen und täuschen' gehandelt. Zunächst um ihre Politik unter der Anwendung von Angst und Ausgrenzung umzusetzen und nun um sich aus der Verantwortung stehlen zu können.
Denn eines steht fest: während und als Folge der Coronajahre wurde die Gesundheit vieler Menschen im Land massiv geschädigt. Verursacht vor allem durch die von der Regierung diktierten Maßnahmen und nicht zuletzt durch die als sicher propagierte Impfung. Das vorliegende Gutachten ist wertlos. Nur von einer Bundesregierung unter AfD-Beteiligung ist zu erwarten, daß es zu einer ehrlichen Aufarbeitung der Coronapolitik kommen kann."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28117" berichtet am 12. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Klima der Angst: "Wer hat ein Interesse an knapper Energie?"**
Interview mit *Dr. Helmut Böttiger*
Energieverknappung, Erderwärmung und CO2-verursachter Klimawandel: die Menschen sind gefesselt in den Bann dieser Schlagzeilen. Woher kommt eigentlich die Angst vor CO2? Befinden wir uns tatsächlich an der Grenze des natürlichen Wachstums im Bereich Energie? Dr. Helmut Böttiger erläutert im Interview mit Kla.TV Hintergründe zur Hypothese der CO2-Klimaerwärmung. Erfahren Sie, welche Rolle diese Kampagne zum Beispiel für die Hochfinanz und deren Pläne zur Globalherrschaft spielt …
Dr. Helmut Böttiger, 1940 in Berlin geboren, verwitwet, Vater von zwei Kindern. Helmut Böttiger studierte nach seinem Wehrdienst Vergleichende Religionswissenschaft und Theologie. 1969 folgte ein Studium in Pädagogik, 1973 studierte er Soziologie mit anschließender Promotion 1975. Ab 1970 arbeitete Dr. Böttiger als Lehrer an einer Gesamtschule, welche er 1973 verließ, um als Assistent im Fach Wirtschaftslehre an der PH Bielefeld zu arbeiten. Nach 1980 war er selbständiger Verlagsleiter und Autor von bislang 15 Buchveröffentlichungen sowie zahlreichen Aufsätzen und Zeitungsartikeln.
2015 sprach Dr. Böttiger bei der ersten Anti-Zensur-Konferenz in der Schweiz über das Thema "Klimawandel - Gewißheit oder politische Machenschaft?". Von ihm veröffentlichte Bücher sind u.a. "Klimawandel - Gewißheit oder politische Machenschaft?", "Die größten Politikirrtümer der heutigen Zeit", "Agenda 2030: Der Kompaß zu einer lebenswerten Welt?", "Energie der Zukunft: nuklear, fossil oder erneuerbar?", "Neue Energietechnologie für die Zukunft: Auf dem Weg zu einer neuen Zivilisation", "Wer hat Interesse an knapper Energie?"
Sehen Sie im Folgenden das Interview mit Dr. Böttiger zu seinem 2023 erschienenen Buch: "Wer hat Interesse an knapper Energie?"
Kla.TV-Moderatorin

Herzlich willkommen bei Kla.TV, Herr Dr. Böttiger. Sie waren 2021 schon einmal bei uns. Heute machen wir Fortsetzung. Sie haben wieder ein neues Buch geschrieben. Das heißt: "Wer hat Interesse an knapper Energie?". Herzlich willkommen.
Das Thema Energieverknappung, Erderwärmung, CO2-verursachter Klimawandel sind Schlagzeilen, die durch Politik und Medien der reinste Dauerbrenner sind. Wir zahlen in Deutschland seit 2021 sogar eine CO2-Steuer, die jetzt, 2024, stark erhöht wurde. Und da würde ich gern auch mit der ersten Frage starten: Was hat es denn Ihrer Meinung nach mit diesem CO2-verursachten Klimawandel auf sich? Oder auch: Für wie wissenschaftlich halten Sie diese These denn überhaupt?
Dr. Helmut Böttiger
Tja, die Medien und Politiker sagen ja immer, daß es wissenschaftlich erwiesen sei, aber es haben sich 44.000 Wissenschaftler in den USA eingetragen, die sagen, es sei wissenschaftlich nicht erwiesen. Und auch in jüngster Zeit haben noch einmal 1.600 Spezialisten gesagt, es gibt keinen Beweis, daß CO2 das Klima erwärmt. Und es ist sehr erstaunlich, daß es trotzdem überall behauptet wird. Zum Beispiel Paul Crutzen, der Nobelpreisträger, hat auch gesagt, es gibt bereits so viel CO2 in der Luft, daß eine Zunahme von CO2 sich nicht mehr auswirken kann auf das Klima! Und von daher meine ich, daß das mit der Wissenschaftlichkeit einfach nicht mehr stimmt. Ich kann Ihnen inhaltlich ein bißchen dazu sagen.
Das Leben auf der Erde ist abhängig von Kohlenstoff und vor allem von Sonnenenergie. Und wir hatten ursprünglich mal 92 % CO2 in der Luft, wie die Venus, und die 92 % sind heruntergegangen auf 0,04 %. Das heißt: Auf 10.000 Luftmoleküle kommen ganze vier CO2-Moleküle. Und CO2 ist das Element, aus dem die Pflanzen sich und die Ernährung für die Tiere machen. Sie spalten das CO2 und setzen Sauerstoff frei, also O2, und dieser Sauerstoff, ohne den könnten wir nicht leben. Ursprünglich gab es den überhaupt nicht in der Atmosphäre. Vor 3 Milliarden Jahren etwa haben Blaualgen angefangen, CO2 zu spalten und haben damals die Luft verpestet mit O2, also Sauerstoff.
Und inzwischen ist dieses ganze CO2 aus der Luft verschwunden, und der größte Teil davon ist im Meer mit dem Wasser in Verbindung gekommen, und daraus hat sich Kalk gebildet. Kalk ist wichtig für die Skelette der Tiere und Menschen. Und da ist eben ganz wichtig, daß wenn der CO2-Gehalt der Atmosphäre unter 400 ppm, also unter 0,02, also auf die Hälfte nochmal zurückgeht, dann hört das Leben auf der Erde auf, denn ohne CO2 können die Pflanzen nicht existieren. Man muß sich vorstellen: Um an ein Kohlenstoffmolekül zu kommen, muß die Pflanze 10.000 Luftmoleküle durchfiltern. Und wenn die auf zwei absinken - also dann bei 10.000 kriegt sie vier, und wenn sie auf zwei absinken, wenn sie nur noch zwei kriegt, dann kann sie das nicht mehr schaffen.
Wir hatten auch Zeiten um 1800 und ein bißchen was, wo wir 600 ppm, also 0,06 Anteile hatten in der Atmosphäre. Heute haben wir vier. Und ein zweiter Teil ist scheinbar noch wichtiger: Wasser im Meer hat das 60-fache an CO2-Gehalt als die gesamte Atmosphäre. Das 60-fache! Und der zweite Punkt dabei ist: Wasser, wenn es kalt ist, kann mehr CO2 speichern, als wenn es warm ist. 1 Liter kaltes Wasser kann 3,4 g CO2 speichern. Wenn es auf 20°C erwärmt, kann es nur noch die Hälfte speichern.
Von daher kann man davon ausgehen, daß es umgekehrt ist als allgemein behauptet wird. Es wird erst wärmer, und dann wächst der CO2-Gehalt in der Atmosphäre. Und das sind Sachen, die nicht berücksichtigt werden, weil in der ganzen Diskussion immer nur verglichen wird zwischen Anstieg von CO2 und Anstieg der Wärme, und das wird über Modellrechnungen, die auch nicht überprüfbar sind, zurechtgebaut. Und davon wird abgeleitet, daß also CO2 und Erwärmung gleichzeitig ansteigen. Solche Modelle können etwas erklären, aber sie können nichts beweisen.
Ein Beispiel: Hätte man im Mittelalter die Wiederankunft der Störche mit der Geburtenrate

verglichen, hätte man beweisen können, daß der Storch die Kinder bringt. Und solche Analogieschlüsse sind einfach Unsinn.
Kla.TV-Moderatorin
Der Nobelpreisträger für Physik von 2022, Clauser, hat den CO2-Klimawandel als schockjournalistische Pseudowissenschaft bezeichnet. Ein extrem starker Begriff "schock-journalistische Pseudowissenschaft". Trifft das Ihrer Meinung nach auf den Punkt?
Dr. Helmut Böttiger
Das trifft den Punkt ziemlich genau. Ich hatte vorhin schon erzählt, wie viele Wissenschaftler eigentlich dagegen sind. Jetzt neu 1.600 Spezialisten, die dem widersprechen, und 44.000. Die Tabelle kann man im Internet finden, und es ist im Buch zitiert - (also die Wissenschaftler) die auch dagegen angehen. Nur, die werden eben nicht erwähnt.
Kla.TV-Moderatorin
Ja, da wären wir auch bei meiner nächsten Frage: Das ist ja mittlerweile eine sehr große Menge an Wissenschaftlern, die sich zusammengeschlossen hat, die sich sehr klar gegen diese These aussprechen, und dennoch ist es der Dauerbrenner in den Medien. Wie sehen Sie denn die Rolle der Medien in diesem Ganzen, in dieser These? Nennen wir es doch mal eine "These".
Dr. Helmut Böttiger
Ja, das ist sehr interessant, daß sich diese Medien organisiert haben. Es gibt eine Organisation, die heißt "Covering Climate Now". Das sind 460 Journalisten, also 460 Medienkonzerne von 57 Ländern, die sich zusammengeschlossen haben, daß sie Leute, die leugnen, daß CO2 das Klima erwärmt, nicht abdrucken. Das muß man sich mal vorstellen. Da muß es Interessen geben, daß die Medien und die Journalisten das beschließen.
Kla.TV-Moderatorin
Es muß ja ein großes Interesse geben. 460 Medienkartelle aus 57 Ländern. Das ist ja eine verrückt große Zahl. Also wir sprechen von Kartellen. Wir sprechen nicht von einzelnen Medienstellen, sondern von Kartellen. Das ist wirklich verrückt.
Also, es gab ja 2009 einen Hackerangriff vor der 15. Klimakonferenz. Dort wurden sehr, sehr viele E-Mails freigeschaltet, öffentlich zugänglich gemacht, wo quasi gezeigt wurde, daß diese ganzen Daten zum Teil stark ausgemustert wurden. Also man hat einfach Meßstationen ausgemustert, die vielleicht gezeigt hätten: es gibt keinen CO2-induzierten Klimawandel. Wie haben die Medien da reagiert? Wurde das aufgegriffen?
Dr. Helmut Böttiger
Das war so, es hieß, diese gehackten Daten stammen aus der Climatic Research Unit East Anglia Universität - ein Gremium des IPCC in der Community der Weltorganisation die hinter diesem Klimawandel standen. Und der Leiter, ein Phil Johnson, hat zugegeben, daß das tatsächlich aus dem Institut genommene Daten waren. Wobei, ich persönlich kann's nicht beweisen, ich glaube eher, daß das Angestellte mit Gewissen waren, die die Lügerei bekämpfen wollten. Weil Johnson das zugegeben hatte, dann mußte auch de Boer, der damals die 5. Klimakonferenz, das war glaube ich 1971, der diese geleitet hat, der mußte auch zurücktreten. Und das ging kurz durch die Medien, so daß die 5. Klimakonferenz gescheitert ist.
Aber kurze Zeit später verschwand das wieder völlig aus der Mediendiskussion und die alte Leier ging weiter, daß CO2 Klima erwärmt. Was die Daten dort gesagt haben, daß also Daten von Meßstationen, die nicht konform waren, gelöscht worden sind, daß Wissenschaftler, die also widersprochen haben, daß die nicht veröffentlicht wurden. Da hat man also leitenden Medien gesagt: "Den nicht, den dürft ihr nicht drucken!" Und das war natürlich schon ein Hammer.
Kla.TV-Moderatorin
Sie haben es eben schon angerissen, also diese These, daß CO2 den Klimawandel verursacht,

gibt es schon ziemlich lange. Ich würde gerne einmal die Geschichte anschauen. Wie kommt es überhaupt zu der These und wer macht diese These auch so glaubwürdig?
Dr. Helmut Böttiger
Also, zunächst angefangen hat es mit Arrhenius, der hat 1885 gehofft, daß durch CO2 das Klima erwärmt wird angesichts der drohenden Eiszeit. Damals glaubte man, daß eine Eiszeit wiederkommen würde. Und Arrhenius sagte, das CO2 kann wie ein Gasdach wirken, so daß es unten wärmer bleibt und wir nicht so einfrieren wie während der Eiszeit. Und die These von Arrhenius wurde dann widerlegt von dem Physiker, Wood hieß er, 1909. Aber später hat Callendar, ein Ingenieur, entdeckt (er hat private Messungen durchgeführt), daß es langsam wärmer wurde. Und zwar von 1880 bis in die zwanziger Jahre etwa um 0,3 Grad. Und er führte das auf die Industriegesellschaft zurück. Und einer, der das aufgegriffen hat, war ein Deutscher, Hermann Flohn, der für die Luftwaffe tätig war.
Er hat 1941 einen Artikel geschrieben: "Die Fähigkeit des Menschen als Klimafaktor." Und dieser Flohn ist dann hinterher vom IPCC (Weltklimarat), er war damals sehr jung, hofiert und honoriert worden und ist im IPCC mit seinen Thesen weiter vertreten. Dann wurde das natürlich auch von allen möglichen Seiten unterstützt. Im Jahr 1952 hat auch Rockefeller diese Linie schon unterstützt, was aber weitgehend ohne große Auswirkungen blieb. Danach kam ein Ozeanforscher (der Name fällt mir jetzt nicht ein) der befürchtet hatte, daß möglicherweise, wenn es wärmer wird, der Ozean nicht so viel CO2 aufnimmt wie vorher.
Dieser hat einen Brief an den US-Präsident Johnson geschrieben und hat gesagt, daß es da also Bedenklichkeiten gibt. Johnsons Berater war ein Lorenz Rockefeller, der Johnson dann eine Rede schrieb, woraufhin damals dann Umweltschutz allem voran betrieben werden muß wegen der Klimaerwärmung und wegen Radioaktivität in der Luft - Die Klimaerwärmung sollte unterdrückt werden. Daraufhin gab es in der Öffentlichkeit kaum Reaktionen, aber sein Nachfolger Richard Nixon, auch US-Präsident, der griff das auf. Nixon hatte zwei Gründe, das aufzugreifen.
Der erste Grund war: Nixon hat 1969 in seiner Amtsantrittsrede gesagt, daß Umweltschutz mit Klima und Atmosphäre das Hauptthema seien. Das war 1969. Daraufhin wurde auch von der NATO ein neues Führungsgremium eingerichtet, im Dezember 1969, ich weiß nicht mehr genau wie es heißt. Aber wichtig ist, Nixon hatte zwei Gründe, auf dieses Klimathema oder Umweltthema einzugehen. Der erste Grund war, daß die 68er-Revolte an den Universitäten herrschte, ausgelöst durch den Vietnamkrieg.
Und da ging es darum, daß man von diesem Thema auf ein anderes ablenkt. Und das Thema, was neu propagiert wurde, war der Umweltschutz. Und deswegen hat Nixon den "Tag der Erde" für 1970 angeregt. "Tag der Erde". Das wurde von den Medien sehr propagiert und die New York Times hat sich dann - der Artikel ist im November erschienen - ganz deutlich ausgesprochen, damit könne man tatsächlich diese Bewegung an den Universitäten umlenken. Wurde ganz ausdrücklich gesagt, daß das das Ziel war. Das war in der New York Times, die dann auch den "Tag der Erde" deswegen gelobt hat und das alles.
Aber das Hauptziel war eigentlich ein anderes von Nixon, und das ist vielleicht viel wichtiger. Den USA ist 1969 das Gold ausgegangen. Und Gold diente zur Deckung des Dollars, des Dollarwertes. Und die hatten nun kein Gold mehr. Und damit hat dann Nixon die Golddeckung aufgekündigt. Die Golddeckung des Dollars.
Und was trat an die Stelle? Das hatte Kissinger vorbereitet. An die Stelle trat der Ölpreis. Und zwar wurde jetzt Folgendes gemacht. Der Ölpreis wurde im Jahr 1973 anlässlich des Jom-Kippur-Kriegs vervierfacht. Angeblich hatten das die Ölscheichs gefordert. Das stimmte aber nicht. Der saudische Ölscheich hat dann in einer US-Zeitschrift 2001 gesagt, wir wurden genötigt von Kissinger und von dem US-Finanzminister damals.
Und das Ziel war, über den Ölpreis und, weil Öl nur noch verhandelt werden sollte, über Dol-

lar. Das wurde damals festgelegt. Damit wurden die Ölscheichs auch geködert, daß sie da mitgemacht haben. Und mit dem Ölpreisanstieg wurden sie geködert, damit sie sich darauf eingelassen hatten. Und damit wurde sozusagen über den Ölpreis der Dollar abgesichert.
Nun war aber Folgendes: In der Zeit danach wurden ständig neue Ölquellen und Gasquellen entdeckt, so daß die Preise gesunken sind. Und wäre die OPEC eingetreten, um die Förderung von Öl und Gas zu drosseln, damit der Öl- und Gaspreis entsprechend hoch bleibt, zur Sicherung des Dollars. Aber das ging dann so stark, daß man das nicht mehr machen konnte. Und da kam man auf die Idee die Klimaerwärmung reinzubringen. Und daß die Ölindustrie da (auch) so konzentriert war, will ich kurz erklären. Das hat auch seinen Grund.
1880 gab es einen großen Wettkampf zwischen Rothschild und Emanuel Nobel. Das war ein Verwandter des Nobels, der dann den Nobelpreis gemacht hat. Er war ein Ölmagnat. Sie hatten vor allem Öl in Rußland, im Osten. Und im Westen waren es eben Rockefeller und andere, die das Öl im Westen kontrolliert haben. Und da gab es einen großen Konkurrenzkampf. Und 1882 hat sich dann Rockefeller, David Rockefeller, mit Rothschild getroffen in den USA und haben ausgemacht, so etwas darf nie wieder passieren.
Und seitdem haben die Konzerne, die weltweiten Konzerne, zusammengearbeitet. Und das war eben auch die Voraussetzung, um diese Ölpreiskontrollen durchzuführen. Aber weil ein Überangebot an Erdgas und Öl die Preise so gedrückt hat, daß man das auch mit OPEC nicht mehr abfedern konnte, wurde dann um 1980, vorher schon 1972, ein neues Problem in Gang gebracht.
Und das war dieses Buch "Grenzen des Wachstums", was überall verbreitet wurde, weltweit. Geschrieben wurde das im Auftrag der Rockefeller, nicht der Rockefeller Foundation, die hat Geld dazu gelegt, im Auftrag vom Club of Rome. Der Club of Rome war 1968 gegründet worden in der Villa Pelagio auf dem Krummer See, Eigentum von David Rockefeller, zusammen mit Alexander King und noch einem. Die hatten den Club of Rome gegründet.
Und der Club of Rome hat dann das Buch "Grenzen des Wachstums" herausgebracht, 1972. Und in diesem Buch stand drin, daß die Rohstoffe - Öl und Gas vor allem - aber auch andere, daß die knapp würden und man deshalb das beschränken müsse. Das war also im Vorab. Und weil diese Verknappung immer undurchführbarer wurde wegen der neu entdeckten Gas- und Ölfelder, ist man dann runtergefahren und hat das Klimathema wieder hochgeholt. Das war so um 1980 herum, da wurde das dann publik.
Und da gibt es ein schönes Zitat von Haber, Professor Haber, von "Bild der Wissenschaft". Der hat damals dann die Sache, sozusagen diesen Umwandelprozeß, wie man von der Knappheit und auch von der Klimakälte - bis 1974 hatte man erwartet, daß es eine Eiszeit gibt. Hat auch der CIA noch … da gibt es eine Studie von CIA ... verschiedene Studien sind da abgedruckt in dem Buch. Das ist nicht vom CIA, das Buch, die drucken die ab.
Die haben gesagt - 1974 noch - es droht eine neue Eiszeit. Und das wurde dann runtergefahren und ab 1980 war die Eiszeit vergessen. Und da gibt es eben ein schönes Zitat von Haber, Professor Haber, Professor Heinz Haber hieß der Mann. Und der hat "Bild der Wissenschaft" herausgegeben und hatte eine Sendung, die in ARD am 6.12.1979, also vor 1980, kam. Und das will ich mal vorlesen:
"So sind Klimatologen heute der einhelligen Meinung, daß der natürliche Rhythmus einer irdischen Klimaschwankung zum Kalten hin Anfang des nächsten Jahrhunderts überrollt werden wird durch eine von Menschen verursachte Erwärmung unseres Planeten. Für diese Gefahr gibt es ziemlich bestürzende Prognosen. Wenn unsere Kernkraftgegner daher wieder auf die Kohle zurückgreifen wollen, werden sie unseren Enkeln keinen Gefallen tun. Für ihre Klimasorgen, die diese haben werden, würden sie bestimmt sehr gerne unsere Sorgen mit den Kernkraftwerken eintauschen."
Diese Geschichte ist damals auf allen ARD-Sendern gesendet worden. Und das war der Wan-

del, daß in Deutschland sozusagen die Klimaerwärmung publik wurde. Und der Hintergrund, wie gesagt, Absicherung des Dollars.

Kla.TV-Moderatorin

Gut, also Sie haben es ja auch schon angesprochen - das ist seit den 70ern eigentlich ein Riesenthema mit dieser ganzen Energie. Über die Energieknappheit hatten wir auch beim letzten Interview schon gesprochen.

Gut, wir leben auch in einer Zeit, wo wir einen immer höheren Energiebedarf haben. Sie haben in einem Ihrer Bücher Zahlen genannt: Ich meine, wir hatten 1945 ungefähr sechs Millionen Faß Erdöl pro Tag und sind jetzt angestiegen auf fast schon 90 Millionen Erdöl pro Tag. Der Energieverbrauch ist ja extrem. Irgendwoher muß die Energie ja kommen. Aber seit den 70ern wird uns erzählt, die Energie wird knapp, die Energie wird knapp. Aber es stimmt ja nicht. Also es scheint genug Energie da zu sein. Und Sie haben in Ihrem Buch ein ganz spannendes Kapitel, das heißt: "Wen stört eigentlich zu viel Energie?"

Dr. Helmut Böttiger

Ich will erst mal kurz zurückkommen, warum Energie nicht unbedingt knapp ist. Und ich hatte ja eingangs gesagt, daß das meiste CO2 sozusagen im Meer verschwunden ist und im Meer abgesenkt worden ist in Kalk. Und dort, mit den Knochen der Fische und so, wird daraus Kalkgebirge. Und die Tektonik hat diese Kalkgebirge ja an die Oberfläche gebracht, die Alpen, der Jura. Aber die hat sie auch weitergebracht, wieder in die Erde hinein. Und wenn der Kalk in das Magma kommt - hoher Druck, hohe Temperatur - dann löst er sich auf. Und 2004 hat eine Forschergruppe in Indiana unter der Führung von - ich glaube er hieß Scott - die haben jetzt mal Kalk mit Bestandteilen des Magmas, also vor allem auch Eisen, diesen Temperaturen und diesem Druck ausgesetzt.

Und was kam heraus? Kohlenwasserstoffe wurden freigesetzt. Und das heißt, die Kohlenwasserstoffe, die aus der Erde herauskommen, nicht nur gebohrt, sondern die auch so durchsikkern, das hat ein Thomas Gold in seinem Buch ganz gut beschrieben, wo überall, selbst durch Wasser, springt das raus, blubbert das raus. Und da, wo es nicht durchkommt, da sammeln sich dann Lagerstätten an. Da, wo die Oberfläche zu dicht ist. Und die werden dann auch nachgefüllt.

Das heißt, wenn das ausgepumpt wird, das Öl oder das Gas abgezapft, dann kommt es von unten wieder neu nach. Die füllen sich also wieder auf. Das heißt, die Knappheit ist nicht unbedingt real; wir haben nicht einen Verbrauch, sondern einen Gebrauch, der sich in den Zyklus hinein verwandelt. Wäre das nicht der Fall, würde dieses CO2 nicht nachkommen, dann gäbe es auf der Erde schon kein Leben mehr. Weil wir dann diese 0,04 % nicht mehr hätten. Und das ist also ganz wichtig, das mit im Kopf zu haben.

Und jetzt die Frage: "Wer hat ein Interesse am hohen Ölpreis?", ist eigentlich sehr naheliegend. Wenn die Energie verknappt wird, kann man weniger produzieren. Und wenn man weniger auf den Markt bringt, kann man das Geld der Leute besser über die Preise abschöpfen. Vor allem in konzentrierten Industriebereichen. Auto, was sonst. Und das ist eigentlich das Motiv dahinter. Das setzt aber voraus, daß wir eine relativ hochkonzentrierte Wirtschaft haben. Wodurch ist die hochkonzentriert? Wir haben viele Konzerne und so weiter. Der eigentliche Konzentrator ist die Finanzwirtschaft. Weil die großen Bankbetriebe in der Hand auch von Erdölkonzernen sind.

Kla.TV-Moderatorin

Ja, das ist sehr spannend. Da würde ich gerne gleich noch eine Frage anschließen. Und zwar, Sie haben es vielleicht zum Teil schon beantwortet, aber ich würde trotzdem gerne noch mal darauf eingehen. Welchen Zweck verfolgt Ihrer Meinung nach diese ganze Kampagne, CO2 würde das Klima erwärmen, wir hätten Energieverknappung? Welche Motive stecken Ihrer Meinung nach noch dahinter?

Dr. Helmut Böttiger
Ja, da sagen wir, die Voraussetzung ist, daß über die höheren Preise die Konzentration vor allem der Finanzwirtschaft zugenommen hat. Und die großen Finanziers, ich nenne sie immer "die Billionäre", also Rockefeller, Rothschild. Rothschild darf man nicht nennen, dann wird man Antisemit. Aber es gibt ja andere auch, die haben eigentlich ein Konzept, das hat drei Ebenen. Das erste ist, über die Finanzen die Wirtschaft zu kontrollieren. Das machen sie ohnehin schon weitgehend.
Aber sie wollen die Weltherrschaft einrichten, also eine Bürokratie in ihren Händen, die sozusagen die Weltpolitik gestaltet. Und Klimafragen, Umweltfragen - Klimafragen vor allem - kann man nicht in einem Land lösen, sondern dazu braucht man ein internationales Gremium. Das hat Rockefeller bereits 1952 angesprochen, wo er gesagt hat, wir müssen internationale Regierungen haben, anders können wir mit den Umweltfragen nicht umgehen. Mit anderen Worten - das ist veröffentlicht - finden Sie im Buch das Zitat.
Da geht's also darum, wirklich so eine Weltregierung einzurichten mit einer Bürokratie, die letzten Endes von den globalen Finanziers abhängig ist. Das ist das eine Ziel. Ein anderes Ziel, und das ist vor allem auch das von Rockefeller seit 1952: Auf der Erde sind zu viel Menschen. Da gibt es auch eine Studie von Kissinger von 1974. Das ist der sogenannte Kissinger Report. Und da wird gesagt, das ist beschränkt auf 13 Länder noch, die bevölkerungsreich und unterentwickelt sind. Und in diesem geheimen Report, der also bis in die 90er Jahre geheim war, dann flog er auf, ihn haben irgendwelche Leute aufgedeckt.
In dem Report heißt es, daß man in 13 bevölkerungsreichen Ländern einmal dafür sorgen muß, daß es eine Bevölkerungsreduktion gibt oder auch kein Wachstum der Bevölkerung läuft. Warum? Wenn das Wachstum der Bevölkerung läuft, dann werden möglicherweise die Regierungen sich mehr für ihre Interessen als für unsere einsetzen. Und wir haben an diesen Ländern Interesse. Warum? Weil wir Rohstoffe brauchen. Wenn diese Länder sich entwikkeln, dann verbrauchen sie die Rohstoffe selber. Also, wir müssen dafür sorgen, einmal die Bevölkerung niedrig halten und die Rohstoffe niedrig halten.
Das ist natürlich eine sehr dramatische Geschichte. Das ist heute nicht mehr auf 13 Entwicklungsländer beschränkt, sondern das ist inzwischen Weltpolitik. Und die Bevölkerungsreduktion, das ist ein ganz erklärtes Ziel der Rockefeller Foundation, der verschiedenen, die haben ja drei: Family Foundation, Rockefeller Brüder Foundation und die ursprüngliche Rockefeller Foundation. Die wollen das. Und das dritte Ziel ist eigentlich … dafür gibt es natürlich keine Belege, aber das kann man sich überlegen … Die Weltführung will natürlich die Macht erhalten und konzentrieren. Und wie kann man das?
Wir haben zurzeit eine Entwicklung, nachdem man also den Leuten immer mehr aufgeschwatzt hat, damit die Geschäfte laufen: Du brauchst ein größeres Auto, brauchst ein größeres Haus, neue Mode, möglichst jedes Vierteljahr eine neue Mode usw. Und das hat dazu geführt, daß viele, vor allem jüngere Leute, die gut verdienen, gesagt haben, das muß ich mir nicht antun, ich möchte eine Work-Life-Balance: weniger arbeiten, dafür mehr Bergsteigen oder reisen oder sonst was.
Oder Romane schreiben oder Musik machen und was weiß ich. Und das wurde auch bereits von einem Menschen, wo ich den Namen jetzt nicht im Kopf hab, der hat es auch schon in den 60er Jahren geschrieben, daß zu viel Freizeit eine Gefahr ist. Er hat das auf Kernenergie bezogen. Wir dürfen Kernenergie nicht entwickeln, weil uns das zu viel Freizeit gibt. Das wäre schädlich. Das ist im Buch zitiert, im Kopf ist es nicht mehr drin.
Aber diese, letzten Endes Bevölkerungsreduktion und Zeitreduktion ist, daß man dafür sorgen muß, daß die Leute durch den Verdienst ihres Lebensunterhalts möglichst so belastet sind, daß nur noch ein bißchen für Freizeit und Gaudi übrigbleibt. Und das führt eben über die Preiskontrolle und dazu, die Bürokratie neu auszurichten, weil, die neue Technologie erlaubt es,

mit weniger Arbeitskraft die Leute zu versorgen. Das heißt, man muß auch Arbeitsplätze schaffen. Und das haben wir durch die Entfaltung der Bürokratie. Und das sind, glaube ich, die drei Ziele, die hinter dieser Klimageschichte stehen.

Kla.TV-Moderatorin

Wenn man das so hört, muß man auch irgendwo noch mal zu der Frage kommen, also auch wenn man die ganze technische Entwicklung unserer Menschengeschichte anschaut: Denken Sie, daß wir an einem Endpunkt gelandet sind? Sind wir irgendwo gesellschaftlich an einem Punkt, wo man sagen muß, es geht gar nicht mehr weiter?

Dr. Helmut Böttiger

Ja, es wird sogar zugegeben, die herrschenden Billionäre propagieren Bevölkerungsreduktion. Das hören Sie immer öfters. Das heißt, sie sagen, die Erde kann eine wachsende Bevölkerung nicht mehr ernähren mit unserer Technologie, das heißt, ohne Öl und Gas, ohne Kernenergie. Und da gibt es, ausgesprochen bei Nixon zum Beispiel, der forderte, und sein Berater, der Meuner: Kein CO2 mehr zusätzlich und keine Kernenergie. Ausdrückliche Zitate, haben wir auch im Buch. Und das heißt aber, daß letzten Endes sich das nicht weiterentwickeln kann. Und ich gehe davon aus, daß es eigentlich, wenn diese Thesen sich durchsetzen, zum Zusammenbruch der Gesellschaft kommt.

Heute deuten sich Weltkriege an, heute deuten sich Kollapse, des Dollars zum Beispiel, an usw. Das heißt, hier kann eine gesellschaftliche, wirkliche Krisensituation auftauchen, die nicht sicherstellt, daß die Klimabürokratie, die Weltherrschaft sozusagen, sich durchsetzen kann. Aber es kann auch heißen, daß es zum Untergang kommt, wenn es zum Weltkrieg mit Nuklearwaffen usw. kommt. Und ich meine aber, weil ich Optimist bin, daß wir an einem Durchbruch stehen. Das heißt, wir kommen zu einer Veränderung der Gesellschaftsstruktur. Und da sehe ich einige Voraussetzungen:

Eine ist, daß es eine Fusionstechnologie gibt, die schon ziemlich erfolgreich ist und kurz vor dem Durchbruch steht, die staatlich nicht gefördert wird, sondern privat von einem Bekannten von mir, Eric Lerner in den USA. Und es gibt in München einen Herrn Höss, der daran arbeitet. Das ist die Plasma-Fokus-Maschine. In einem Plasma fließen elektrische Ströme. Und das führt dazu, daß es Filamentation gibt, also Wirbelstrukturen. Und in dem Stellarator und Tokamaks, da muß das mit gewaltigen Magneten unterdrückt werden, sonst geht das Plasma an den Rand und macht die Maschinen kaputt.

Und die Plasma-Fokus-Maschine kann diese Wirbelstrukturen benutzen, um überhaupt den Fusionsprozeß auszulösen. Das heißt, innen ist eine Anode, außen ist eine Kathode. Bei einer Entladung entstehen eben die Plasmen, und es entstehen Magnetfelder, die werden nach vorne geschleudert, ziemlich schnell. Und wo das Ende ist, da verknoten sie sich. Und dieser Verknotungsprozeß erzeugt die Dichte und die Energie, die die Fusionsprozesse auslösen.

Und da kann man das steigern. Man braucht nicht mehr Tritium-Deuterium-Fusion, sondern kann Wasserstoff mit Bor verbinden. Und das Ergebnis ist dann ein Wasserstoff- und ein Bor-Kern, zusammen gibt es drei Helium-Kerne, die in einem Strahl wegfliegen. Und wenn man die durch eine Spule, wie etwa von einem Transformator, schickt, kann man direkt Strom erzeugen und muß nicht Wasser kochen, um dann irgendwelche Turbinen anzutreiben.

Und der zweite Vorteil: Dieses Gerät ist relativ klein und billig. Die sagen, das könnte so groß sein wie ein Kühlschrank. Kann ich nicht beweisen. Dazu braucht man außen natürlich noch große Kondensatoren. Weil auf der anderen Seite, wo diese Kerne wegfliegen, fliegen auf der anderen Seite die Elektronen weg. Und die können dann direkt auf eine Kondensatorplatte aufgeladen werden. Dann kann auch direkt der Strom fließen. Doppelt, von den Kernen her und durch die Kondensatorplatte.

Den Kondensator braucht man wieder zur Aufladung dieser Maschine. Das heißt, das wäre eine Energieerzeugung, das hat eine neue Qualität. Und das zweite wäre, daß man über die

3D-Druckerei auch die Produktion, die Güterproduktion, dezentralisieren kann. Das heißt, in einem Dorf oder in einer Kleinstadt könnte man sich Gabeln, Messer, Löffel und so weiter selber machen. Und das würde dazu führen, daß sich die Gesellschaft dezentralisiert.
Und ein drittes Element ist noch da: Die Veränderung der Landwirtschaft, daß man Landwirtschaft nicht großflächig anbauen muß, mit Düngemitteln den Boden kaputt macht, sondern die Zusammenarbeit der Pflanzen untereinander, die Kooperation verschiedener Pflanzen kann man ausnutzen. Das verbessert den Boden und erhöht die Erträge, allerdings auch die notwendige Arbeit, weil man eben keine großen Flächen, sondern kleine Flächen hat. Und so könnte es dann sein, daß in einer neuen Gesellschaft tatsächlich Work-Life-Balance durchgeführt werden kann.
Und ein Bürger würde dann etwas für die Kommune tun, als Verkehrshelfer oder ein anderer Helfer, Wasserinstallateur oder sonst wie. Er würde ein Drittel seiner Freizeit in die Landwirtschaft stecken, und er würde ein Drittel seiner Freizeit mit Leuten international über das Internet kommunizieren, sei es Musik machen oder sei es was erfinden oder sonst was. Und das wäre eine neue Gesellschaftsperspektive, die natürlich jetzt meine Phantasie ist, aber ich bin zuversichtlich, daß wir dieser Gesellschaft, die auf einen Engpaß zuläuft, zu einem Durchbruch verhelfen in eine neue Gesellschaft. Und darüber möchte ich mich demnächst äußern.
Kla.TV-Moderatorin
Sie arbeiten an einem neuen Buch, das haben Sie uns schon verraten. Ja, vielen Dank. Das ist sehr, sehr spannend, also auch für die Zuschauer: Wer mehr erfahren möchte über dieses Thema: "Wer hat ein Interesse an knapper Energie?", kann natürlich in Ihr Buch reinschauen. Sie nennen sehr, sehr viele Namen. Es ist sehr komplex, aber auch sehr auf den Punkt gebracht. Und was wir uns auf jeden Fall merken, wenn wieder kommt: "Erwärmung des Klimas, CO2", merken wir uns: "schock-journalistische Pseudowissenschaft". Dieses Schlagwort nehmen wir mit. 2024 werden wir daran anhand dessen untersuchen.
Dr. Helmut Böttiger
40 Nobelpreisträger.
Kla.TV-Moderatorin
Genau. Vielen Dank, Herr Böttiger, für Ihre Zeit. Und wir wünschen Ihnen alles Gute und viel Erfolg mit Ihrem Buch.
Dr. Helmut Böttiger
Ich bedanke mich.<<

13.02.2024

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 13. Februar 2024 (x1.364/…): >>**"Acht Stunden nach der 2. Impfung war ich todkrank" - weitere Impfgeschädigte klagt an**

Von *Herbert Ludwig*

In einer weiteren Folge der Interview-Serie "geimpft, geschädigt, geleugnet", in der die MWGFD mutmaßlich Impfgeschädigte, deren Therapeuten und Ärzte, sowie Wissenschaftler zu Wort kommen lassen, schildert die Physiotherapeutin Marion ihr erschütterndes Martyrium. Es sind wieder nicht nur die zahlreichen Krankheitssymptome wie verschiedenste Schmerzen über den ganzen Körper, Atemnot, Brustenge, Herzstechen, Herzrhythmusstörungen, Schwindel, Benommenheit, Gangunsicherheit, chronische Erschöpfung etc., sondern auch die Ignoranz der meisten Ärzte, der Krankenkasse und die finanziellen Nöte. Doch trotz allem gibt ihr Lebenswille nicht auf. (hl)

Vom MWGFD-Presseteam; Autorin *Elisabeth Maria*

Wir möchten die sechste Folge der Interviewserie "geimpft, geschädigt, geleugnet" mit euch teilen, in der der Verein MWGFD mutmaßlich Impfgeschädigte, deren Therapeuten und Ärzte, sowie Wissenschaftler zu Wort kommen läßt. Ziel dieser Serie ist, die für impfgeschädigte

Menschen so wichtige Öffentlichkeit herzustellen, exemplarisch aufzuzeigen, welche therapeutischen Wege beschritten werden können, und nicht zuletzt einen Beitrag zu der so notwendigen Aufarbeitung zu leisten, um dadurch einen Bewußtwerdungsprozeß über das Verbrechen, das so vielen Menschen angetan wurde, anzustoßen.
"Acht Stunden nach der zweiten Impfung war ich todkrank" so Marion, die mit den Tränen kämpft, während sie mit dem MWGFD-Mitarbeiter Johannes Clasen über ihre Krankheits- und Leidensgeschichte, die mit der 2. Coronaimpfung mit dem Präparat Spikevax der Firma Moderna begann, spricht. Hat die ehemals lebensfrohe und energiegeladene Sportphysiotherapeutin und Yogalehrerin die erste Impfung noch relativ gut vertragen, führt sie die zweite Injektion, verabreicht an einem Samstag morgens um 8.30 Uhr in einem Impfzentrum, in den gesundheitlichen Abgrund:
"Acht Stunden nach der zweiten Impfung war ich todkrank", so beschreibt sie ihre Reaktion auf die Spritze. Anfangs noch voller Hoffnung, es würde sich um eine vorübergehende Nebenwirkung handeln, ließ sie sich nach einer Nacht und einem Wochenende mit schier unerträglichen Symptomen am Montag mit der ärztlichen Empfehlung, Paracetamol zu nehmen, und das Ganze auszusitzen, für eine Woche arbeitsunfähig schreiben. Das durchlittene Wochenende, an dem sie Krankheitszeichen wie hohes Fieber, Schüttelfrost, Brustenge, Brustschmerzen, Muskelschmerzen, Nervenschmerzen am ganzen Körper, Sehstörungen, massivste Kopfschmerzen, Atemaussetzer und einen geschwollenen Impfarm zu ertragen hatte, beschreibt sie mit den Worten:
"Die Nacht war Horror. Ich hab wirklich gedacht, ich muß sterben. ... Auch der nächste Tag, der Sonntag, der war ganz schlimm."
Die Blutabnahme beim Hausarzt ergab erhöhte D-Dimere-Werte, was eine Aufnahme als Notfall ins Krankenhaus notwendig machte. Trotz des Ausschlusses einer Lungenembolie wurde ihr Zustand nicht besser. Symptome wie Wärme- und Hitzeintoleranz, Streßintoleranz, Lärmintoleranz, Belastungsintoleranz, Atemnot, Brustenge, Herzstechen, Herzrhythmusstörungen, Schwindel, Brainfog, Benommenheit, Gangunsicherheit, ständige Schmerzen und chronische Erschöpfung waren von nun an ihre ständigen Begleiter. 12 weitere Klinikaufenthalte folgten. Dennoch persistieren (bleiben) ihre Symptome.
"Ich hab am ganzen Körper Schmerzen. ... Jeder Streß macht die Situation schlimmer."
Ein Arzt aus dem Klinikum ihrer Stadt bescheinigte ihr ein halbes Jahr nach der Impfung die Diagnose Post Vac. Weiterführende Diagnostik wurde zudem von ihrem Heilpraktiker veranlasst. Daher ist Marion sehr dankbar für ihre Heilpraktiker ("Wenn wir die nicht hätten, ich ... glaub ich wär nicht mehr da."), die mittels verschiedener Blutuntersuchungen labortechnisch die vielfältigen Schäden, die die Moderna-Impfung in ihrem Körper verursacht hat, nachweisen konnten. So hat sie "seit der Impfung viele Diagnosen."
Genannt seien hier die Spikopathie, was bedeutet, daß Spikeproteine aufgrund der andauernden Spikebildung immer noch in ihrem Körper vorhanden sind, sehr hohe Autoantikörperwert, ein dreifach erhöhter RANTES-Wert, der stille Entzündungen im Körper anzeigt, das posturale Tachykardiesyndrom POTS, Mitochondriopathie, einhergehend mit einem massiv erniedrigten ATP-Spiegel, ME/CFS sowie sieben reaktivierte Virusstämmen.
All dies stellt ein großes Problem für das Immunsystem, das durch diese Belastungen und die chronischen Entzündungen "nur noch in den Keller gefahren ist", dar. In ihrer Not wendet sie sich an den Leiter des Impfzentrums, in dem sie geimpft wurde. Doch der kennt zu ihrer großen Enttäuschung einige der pathologischen Laborwerte, die seit der Injektion bei ihr auffällig sind, nicht, stellt sie vielmehr sogar in Frage. Ernüchtert stellt sie fest:
"Ich habe ... viel Ignoranz mitbekommen ... von vielen Ärzten."
Der einzige Arzt in ihrer Gegend, der sich der Impfgeschädigten annimmt, ist hingegen maßlos überlastet, man muß als Betroffener mit mindestens einem halben Jahr Wartezeit rechnen.

Besonders belastend ist für Marion, daß sich ihre Wahrnehmungsfähigkeit, sowohl die Selbstwahrnehmungsfähigkeit, als auch die Fähigkeit, andere Menschen wahrzunehmen, drei Monate nach der Impfung verändert hat:
"Ich bin aufgestanden, bin ins Bad gegangen, hab in den Spiegel geschaut und hab mich ab diesem Zeitpunkt nicht mehr scharf gesehen. Ich hab nurmehr alles verschwommen gesehen."
Auch klagt sie, daß sie "viele Menschen nicht mehr" kennen würde, "die sind aus dem Kopf verschwunden, die sind raus gewaschen worden. Patienten, die ich ewig behandelt hab, sind weg, die kenn ich nicht mehr. ... Ich habe so viele Leute gekannt, ich kenn sie nicht mehr, die sind weg aus dem Kopf."
Zu ihrem großen Leidwesen ist zudem ihre Empathiefähigkeit nicht mehr in dem Maße vorhanden, wie vor der Injektion.
"Ich muß das erklären. Wenn ich dich jetzt anschaue und du bist jetzt traurig, oder du freust dich, das hab ich gesehen vor der Impfung. Wenn ich jetzt wen anschaue, dann schau ich in ein Gesicht, das sich nicht verändert. ... Ich seh dich jetzt, wenn du sagst, du bist gut drauf, sag ich ja Ok, weil ich seh ja, daß du lachst, aber ich empfinde jetzt nicht, daß du glücklich bist, oder ich empfinde das jetzt nicht, daß du traurig bist. Ich seh das nicht und ich fühl das nicht."
Jedoch hat sie, begünstigt durch ihre berufliche Erfahrung als Physiotherapeutin, eine Technik entwickelt, dem gegenzusteuern und die verlorenen Fähigkeiten zu kompensieren:
"Ich hab mich in diese Situation reingelebt. ... Ich arbeite jetzt einfach anders damit. ... Ich übersetz das anders, gehirnmäßig. ... Ich schau halt jetzt dir nicht in die Augen, sondern ich schau auf den Körper, die Gestik ..."
Therapeutisch arbeitet Marion mit der Einnahme verschiedenster Supplemente, die von der Krankenkasse nicht bezahlt werden. Zudem hat sie bereits Apheresen, also Blutwäschen, bekommen, die ihr jeweils für 3-4 Monate durch die Entfernung der Spikeproteine und anderer Toxine spürbare Erleichterung gebracht hatten.
Leider ist ihr finanzielles Polster aufgebraucht, hat sie doch mittlerweile privat ca. 20.000 Euro für Diagnostik und Therapie aufgewendet. Marion ist sich sicher, daß sie mit genügend Apheresen gesund werden könnte. Sie hat die innere Gewißheit, mit zwei Apheresen pro Woche über ein halbes Jahr hinweg gesund und wieder arbeitsfähig werden zu können. Leider kann sie dabei jedoch nicht auf die Finanzierung durch die Krankenkasse bauen, da sie den falschen ICD 10 Schlüssel hat bzw. es für Post Vac gar keinen ICD 10 Schlüssel gibt. Marion klagt:
"Wenn man es schon fühlt, wenn man schon weiß, daß diese Blutwäsche hilft, finde ich es eigentlich so traurig, daß man wirklich nur, weil man nicht diesen ICD 10 Schlüssel hat, so hängen gelassen wird."
Trotz ihrer Krankheit und der vielen Belastungen verliert Marion ihr großes Ziel, eines Tages wieder arbeiten zu können, nicht aus den Augen. Dazu ist sie, ebenso wie andere Betroffene, jedoch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Weinend klagt sie:
"Es ist so viel Elend und so viel Leid, das wir Impfgeschädigte ertragen müssen. ... Mir geht's einfach um das, daß wir Hilfe bekommen. Wir brauchen finanzielle Hilfe. Ich muß Monat für Monat schauen, daß ich die Supplemente mir kaufen kann. ... Ich brauche diese Apherese, weil ich weiß, daß sie mir gut tut."
Viele Betroffene müßten sie einklagen. Aber: "Wir haben ja keine Kraft." Ihr fehlt sogar die Kraft, Behördenbriefe zeitnah auszufüllen, da das Ausfüllen eines Behördenbriefes für sie 2-3 Tage in Anspruch nimmt,
"weil ich es kopfmäßig nicht schaffe. ... Das kann sich keiner vorstellen, der ... das nicht mitmachen muß."
Doch Marion gibt nicht auf. Sie hat die Hoffnung, daß ihr Körper irgendwann aufhören wird, die schädlichen Spikes zu produzieren und sich erholen kann. "Man sagt ja immer: Die Hoff-

nung stirbt zuletzt."
Mit ihr hoffen wir alle, daß dies wahr werden möge, und daß sich nach dieser großen Krise eine Medizin etablieren möge, die den Menschen wieder als Menschen in seiner Ganzheit, und nicht als Träger von ICD 10 Codes sieht.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Jubel über Bauern-Protest: Feuerwehrmann lehnt Belehrungs-Gespräch mit Berliner Innensenatorin ab**
Mitte Januar jubelte ein Feuerwehrmann protestierenden Bauern zu. Die Folge war ein disziplinarrechtliches Verfahren gegen ihn. Innensenatorin Iris Spranger wollte sich nun mit dem Mann über die Normen und Werte sowie die Wirkung seiner Aktion auf den Berufsstand austauschen. Der Mann lehnte das Gespräch ab.
Jonas Aston
Ein Feuerwehrmann aus Wittenau, im Norden Berlins, begrüßte Mitte Januar überschwenglich vorbeifahrende Bauern in ihren Traktoren mit La-Ola-Wellen und Beifall. Die Bauern waren auf dem Weg zu der zentralen Kundgebung des Bauernprotests im Regierungsviertel vom 15. Januar. Ein Video, das den Mann zeigt, ging auf Social Media viral. Diese Begrüßung war für den Mann jedoch mit erheblichen Konsequenzen verbunden. Der Feuerwehrmann mußte ein Disziplinarverfahren über sich ergehen lassen. Zwischenzeitlich soll ein Mitarbeiter der Innenverwaltung darauf plädiert haben, strafrechtlich gegen den Mann vorzugehen.
Immerhin wurden sämtliche Verfahren nun abgeschlossen und disziplinarrechtliche Folgen ausgeschlossen. Berlins Innensenatorin Iris Spranger betonte schon im Vorfeld keine disziplinarrechtliche Verfolgung des Mannes anzustreben. Zugleich erklärte die SPD-Innensenatorin jedoch, mit dem Feuerwehrmann über "die Wirkung des Videos und die Auswirkung auf den Berufsstand" reden zu wollen. Als Konsequenz "angemessen" sei es, sich über Normen und Werte auszutauschen.
Am Freitagmorgen war Innensenatorin Iris Spranger (SPD) dann vor Ort in der Feuerwache Wittenau. Doch der Feuerwehrmann lehnte ein Gespräch mit der SPD-Politikerin ab. Gegenüber dem Tagesspiegel erklärte sie: "Ich habe gesagt, daß ich spontan vorbeikommen werde für ein Gespräch beim Kaffeetrinken. Daran habe ich mich gehalten". Der Mann wollte jedoch nach den Erfahrungen in den vergangenen Wochen nur unter Beisein des Personalrats und eines Anwalts mit Spranger sprechen. Das Gespräch war daraufhin geplatzt. Die Innensenatorin erklärte hierzu: "Das akzeptiere ich selbstverständlich, damit kann ich umgehen."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Für den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands ist allein die Ampel verantwortlich!**
In einer aktuellen Analyse kommt eines der wichtigsten Wirtschaftsmedien der Welt, das amerikanische Portal Bloomberg, zu dem Schluß, daß Deutschlands Tage als industrielle Supermacht "gezählt" seien. Hierzu erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel:
"Die Ampel-Koalition fährt Deutschlands Wirtschaft gegen die Wand - das wird auch zunehmend dem Ausland bewußt. Verantwortlich für diesen beispiellosen Niedergang einer führenden Industrienation ist die rein ideologisch motivierte 'Transformationspolitik' der Bundesregierung. Die Grundpfeiler des deutschen Industrieapparats, warnt Bloomberg, seien 'wie Dominosteine umgefallen'. Der von mehreren Nachkriegsgenerationen hart erarbeitete Wohlstand wird in kürzester Zeit verspielt, der Standort Deutschland rutscht immer weiter ab.
Um unser Land aus der Rezession zu holen und die dramatische Deindustrialisierung zu stoppen, ist eine Senkung der Energiepreise dringend notwendig. Bürger und Unternehmen müssen schnellstmöglich entlastet werden, indem die Strom- und die Energiesteuer auf ein Minimum gesenkt, sowie die Luftverkehr- und Grundsteuer, die CO2-Abgabe und der Solidaritäts-

zuschlag ersatzlos gestrichen werden. Jeder Tag, den die Ampel weiter dilettiert und eine Kurskorrektur verweigert, schadet Deutschland. Es muß jetzt umgehend gehandelt werden, sonst droht ein Substanzverlust, der nicht wieder auszugleichen ist."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Februar 2024: >>**DDR 2.0: Faeser und Paus planen Diktaturgesetze**

Von Sven Reuth

Gegen das, was die beiden Ampel-Ministerinnen Lisa Paus (Grüne) und Nancy Faeser (SPD) planen, waren die Notstandsgesetze der 60er Jahre ein harmloser Scherz. In Deutschland steht die Demokratie auf dem Spiel. …

So ernsthaft war die Demokratie seit Bestehen der Bundesrepublik wohl noch nie bedroht. Der heutige Tag lieferte dafür gleich zwei anschauliche Beispiele. Da kündigt Innenministerin Nancy Faeser (SPD) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit VS-Chef Thomas Haldenwang und BND-Präsident Holger Münch die faktische Abschaffung von Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaat an.

Keine Ein- und Ausreisen für Rechte mehr

So sollen "rechtsextremistische Netzwerke" künftig wie Strukturen der organisierten Kriminalität behandelt werden - die Gleichsetzung tatsächlicher Krimineller mit Dissidenten, Oppositionellen und Andersdenkenden war ja schließlich schon eines der Hauptkennzeichen des Sowjettotalitarismus und soll nun in Deutschland offenbar fröhliche Wiederauferstehung feiern. "Rechtsextremisten" - wer das ist, wird dann durch die knalllinke Haldenwang-Behörde bestimmt - sollen künftig auch weder ein- noch ausreisen können.

Schon die Benutzung des Begriffs "Ethnopluralismus" soll reichen, um künftig als Polit-Krimineller zu gelten und für vogelfrei erklärt zu werden. Faeser erklärte zu ihrem Vorhaben:

"Bei Rechtsextremen jeden Stein umdrehen, das muß der Ansatz sein."

Herrschaft der Gesetze soll nicht mehr gelten

Bei Islamisten und den immer gewalttätiger auftretenden Linksextremisten will man das natürlich nicht machen. Ähnliche Töne kommen von der linken Familienministerin Lisa Paus. Sie äußerte heute auf einer Pressekonferenz:

"Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, daß Haß im Netz auch unter der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt."

Die Strafbarkeitsgrenze soll künftig also nicht mehr gelten, fordert Paus, stattdessen sollen vermutlich ihr Ministerium sowie ein Rattenschwanz linksextremistischer NGOs bestimmen dürfen, was man in Deutschland noch sagen, schreiben, lesen und hören darf.

Faeser und Paus planen nichts anderes als die komplette Zerstörung des Rechtsstaats in seinem Kern. Denn dieser ist gekennzeichnet durch die Rule of Law, womit ein Konzept bezeichnet wird, das das Regieren auf der Basis von Gesetzen als wesentlich hervorhebt und dem Recht Vorrang vor anderen Maßstäben oder Begründungen für hoheitliches Handeln einräumt. Das soll offenbar beiseitegewischt werden, um Andersdenkende mit beliebigen sozialen, beruflichen und wirtschaftlichen Repressionen zu überziehen.

Ein Warnruf von Wolfgang Kubicki

Selbst FDP-Vize Wolfgang Kubicki äußerte sich entsetzt über die Pläne von Lisa Paus.

Gegenüber dem Portal Nius äußerte er:

"Als Jurist bin ich sehr gespannt, wie Frau Paus ein Grundrecht dauerhaft gesetzlich einschränken will. Es ist jedenfalls nicht politische Aufgabe, schon gar nicht Aufgabe eines Ministeriums, Artikel 5 unseres Grundgesetzes auszulegen. Ich möchte nicht, daß Frau Paus anhand ihrer eigenen gefühligen Maßstäbe darüber befindet, was im Rahmen unserer Verfassung möglich und nicht möglich ist. Man muß sich schon die Frage stellen, wer eigentlich gefährlicher für unsere Verfassungsordnung ist: Diejenigen, die sich im Rahmen des

Erlaubten bewegen, oder diejenigen, die den Rahmen des Erlaubten nach eigenem Gusto beschränken wollen. Deshalb halte ich im Übrigen auch das sogenannte 'Demokratieförder-gesetz' für eine Gefahr für unsere Demokratie."
Wahre Worte! Die nächsten Monate werden entscheidend sein, um den von Paus und Faeser geplanten Angriff auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Meinungsfreiheit abzuwehren.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Februar 2024: >>**Der Kreis schließt sich: "Correctiv-Chefin" traf sich vor "Geheimkonferenz" mit Kanzler Scholz!**

Scheibchenweise kommen immer mehr brisante Details im Zusammenhang mit der seit Wochen die Schlagzeilen beherrschenden Massenpsychose "gegen rechts" ans Licht: Die Bundesregierung hat sich viel öfter mit dem sogenannten Rechercheportal "Correctiv" getroffen als bisher bekannt. Es gab sogar eine Begegnung mit Kanzler Olaf Scholz (SPD), wie aus der Antwort auf eine schriftliche Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf hervorgeht. Es verdichtet sich der Verdacht, daß das Kanzleramt über die vermeintlichen "Correctiv-Enthüllungen" bezüglich des Potsdamer "Geheimtreffens" im privaten Kreis informiert war, wenn nicht sogar darauf Einfluß genommen hat.

Demnach kam es unmittelbar vor dem seit Wochen die Schlagzeilen dominierenden vermeintlichen "Geheimtreffen" am 25. November 2023 in Potsdam zu zwei Begegnungen zwischen der "Correctiv-Geschäftsführerin" Jeannette Gusko und Vertretern des Bundeskanzleramts. Auch ein persönliches Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe es gegeben, räumte die Bundesregierung ein.

Nur acht Tage vor der vermeintlichen "Geheimkonferenz" in einem Hotel am Lehnitzsee traf Gusko demnach persönlich auf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). "Eine Begegnung des Bundeskanzlers mit der Geschäftsführerin von Correctiv, Frau Gusko", habe "spontan am Rande der Konferenz Ostdeutschland 2030 am 17.11.2023" stattgefunden, bestätigte die Regierung.

Zudem habe zehn Tage davor, am 7. November 2023, eine "Diskussionsrunde" im Bundeskanzleramt stattgefunden, an der die Geschäftsführerin des linksgrünen Lügen- und Hetzportals ebenfalls teilnahm und unter anderem auf den sogenannten Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), traf. Insgesamt begegneten sich Regierungsvertreter und "Correctiv-Mitarbeiter" elfmal, öffentliche Diskussionsveranstaltungen mitgezählt.

Über Inhalte schweigt die Bundesregierung

Über die Inhalte der nicht-öffentlichen Treffen gibt die Bundesregierung keine Auskunft. Demnach unterliegen "nicht-öffentliche bzw. nicht veröffentlichte Gespräche, die Journalistinnen und Journalisten in Ausübung ihrer durch die Pressefreiheit geschützten Redaktions- oder Recherchetätigkeit mit Vertreterinnen und Vertreter von Behörden führen" dem Recherche- und Redaktionsgeheimnis, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Daß ausgerechnet die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer neuen Schnüffelgesetze von "Pressefreiheit" spricht, ist schon jetzt der Witz des Jahres!

"Hilfs-Stasi" der Ampel!

Zuvor hatte die "Berliner Zeitung" über mehrere Treffen zwischen "Correctiv-Journalisten" und Vertretern der Bundesregierung berichtet. Demnach kam es laut einer Antwort auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm zu mindestens drei nicht-öffentlichen Treffen zwischen Redaktionsmitarbeitern des Lügen- und Hetzportals und Vertretern der Bundesregierung.

So gab es beispielsweise am 2. Juni 2020 ein Treffen mit Regierungsvertretern und Facebook-Repräsentanten. Thema: "Bekämpfung von Desinformation". Begegnungen zwischen "Correctiv" und der Bundesregierung werden vor dem Hintergrund immer brisanter, daß sich in den vergangenen Wochen Zweifel an der journalistischen Unabhängigkeit des selbsternannten Rechercheportals mehren. Die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alice

Weidel, spricht inzwischen von einer "Hilfs-Stasi" der Ampel-Regierung.
Wie der Deutschland Kurier berichtete, hat "Correctiv" in den vergangenen zehn Jahren rund 2,5 Millionen Euro Steuergelder aus Finanzmitteln des Bundes und Länder erhalten. Zahlreiche Projekte des sich hochtrabend "Medienhaus" nennenden Lügen- und Hetzportals, das sich auf seiner Website als "gemeinwohlorientiert" und "unabhängig" beschreibt, wären ohne die diese finanzielle Unterstützung kaum darstellbar gewesen.
Als "Correctiv-Geschäftsführerin" Gusko am 17. November auf Kanzler Scholz traf, wußte das Portal laut "NIUS-Recherchen" schon längst darüber Bescheid, daß das geplante Treffen ("Geheimkonferenz") infiltriert wird. Der in Potsdam unter dem Aliasnamen Walter Redelfs eingeschleuste "Gast" checkte demnach über die Website booking.com bereits am 16. Oktober im Gasthaus am Lehnitzsee ein - einen Monat vor dem privaten Treffen zwischen Gusko und Scholz und zwei Wochen, bevor einer der Gastgeber, Gernot Mörig, eine Einladung verschickte, in der erstmals der Name Martin Sellner fiel.

Bestens vernetzt im SPD-Milieu

Bei Jeannette Gusko, die am 17. November 2023 auf Kanzler Scholz traf, handelt es sich nach eigenen Angaben um eine "Verfechterin sozialer Gerechtigkeit", "Anführerin für Systemveränderungen" und "Feministin", die seit Jahren im SPD-Milieu bestens vernetzt ist. Sie trat mehrmals bei Veranstaltungen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung auf und hielt auf einem SPD-Parteitag eine Rede.
Dazu steht sie in einem engen freundschaftlichen Kontakt mit der linksextremen Berliner SPD-Politikerin Sawsan Chebli. Das zeigen laut dem Portal "NIUS" gemeinsame Bilder. Zusammen mit SPD-Vorzeigemuslima Chebli unterschrieb Gusko 2019 als eine von 20 Erstunterzeichnerinnen einen SPD-Appell zum Internationalen Frauentag, der eine 50:50-Parität zwischen Männern und Frauen bei allen Wahlen forderte.
Schon 2015 war Jeannette Gusko einer Einladung ins Bundesfamilienministerium gefolgt, als die SPD-Politikerin und heutige Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, das Ressort leitete. Dort referierte sie vor Kommunalpolitikern zum Thema Social Media. Die 1984 in Berlin geborene Aktivistin erhielt dafür eine Aufwandsentschädigung von 200 Euro, wie das Bundesfamilienministerium bestätigte.
Der Kreis schließt sich immer mehr!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Acht Tage vor Hotel-Bespitzelung: Geheimtreffen von Olaf Scholz mit "Correctiv"!**
Da haben sich zwei Flunkerer gefunden! Nur acht Tage vor der bespitzelten Konferenz in einem Potsdamer Hotel kam es zu einem "nicht-öffentlichen" Treffen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und "Correctiv-Geschäftsführerin" Jeannette Gusko. Das hat eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf ergeben. Gusko bezeichnet sich selbst als "Anführerin für Systemveränderungen" und "Feministin" und ist bestens mit der SPD vernetzt.
Zum Zeitpunkt des Treffens wußte "Correctiv" offenbar bereits von der Einschleusung eines Informanten bei der Konferenz in Potsdam. Brisant ist der Vorgang nicht zuletzt aus dem Grund, daß "Correctiv" in den vergangenen zwei Jahren rund 2 Millionen Euro Steuergeld aus Mitteln des Bundes und der Länder erhielt. Allein den letzten vier Jahren trafen Regierungsvertreter und "Correctiv-Aktivisten" mindestens elfmal aufeinander.
Beim unfaßbaren Medien- und Regierungsskandal um die "Correctiv-Machenschaften" wird somit ein immer tieferer Sumpf sichtbar. Wir fassen zusammen: Kein Geheimtreffen. Keine Deportationspläne. Keine AfD-Forderung nach Abschiebung von deutschen Staatsbürgern. Keine AfD-Veranstaltung, sondern ein Treffen von CDU-Mitgliedern, Unternehmern, AfD-Mitgliedern und Parteilosen. Und gleichzeitig ein Spitzel-Netzwerk, das private Veranstaltun-

gen in Stasi-Manier überwachen läßt und anschließende Zersetzungs-Kampagnen gegen die einzige wirkliche Oppositionspartei fährt. Es ist Zeit, daß wir mehr Demokratie wagen - und weniger Bespitzelung und Diffamierung. Es ist Zeit für die AfD!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. Februar 2024: >>**Stasi 2.0: Faeser will "Früherkennungseinheit" gegen rechts - Paus plant Anschlag auf die Meinungsfreiheit!**

Jetzt geht es Schlag auf Schlag in den totalitären Ampel-Überwachungsstaat: Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will eine "Früherkennungseinheit" gegen angeblich "ausländische Manipulations- und Einflußkampagnen" aufbauen. Bundesfamilienministerin Lisa Paus ("Grüne") kündigte parallel dazu weitere Maßnahmen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit an. Die Demokratie funkt SOS!

Nancy Faeser will mit einem Paket aus 13 Maßnahmen, zusammengefaßt unter dem Titel "Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen - Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen", den Schnüffelstaat weiter ausbauen. Gemeinsam mit den Chefs des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang (CDU), und des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, stellte die Innenministerin ihre teilweise schon bekannten Pläne in Berlin offiziell vor.

- Neu ist: Die Innenministerin will eine "Früherkennungseinheit" aufbauen, die angeblich aus dem Ausland gesteuerte Kampagnen gegen die Politik der Bundesregierung und des Altparteien-Kartells bereits im Vorfeld erkennen und unterbinden soll.
- Für die Sicherheitsbehörden, hier insbesondere für den Verfassungsschutz, soll es leichter werden, Konten, Geldquellen und Geldflüsse von angeblichen "Extremisten" und deren "Netzwerken" auszuforschen.
- Lokale Polizei- und Ordnungsbehörden wie die Gewerbe- und Gaststättenaufsicht sollen - basierend auf Informationen des Verfassungsschutzes - "rechtsextremistische Veranstaltungen" möglichst untersagen.
- Ein- und Ausreisen von "Rechtsextremisten" sollen so weit wie möglich verhindert werden. Zur Erinnerung: Ausreise-, aber auch Einreiseverbote gab es bekanntlich in der DDR!
- Paus ("Grüne") will gegen nicht strafbare Inhalte vorgehen

Parallel dazu will die "grüne" Familienministerin Lisa Paus, die in ihrem Geschäftsbereich Hunderte Millionen Euro für den "Kampf gegen rechts" verwaltet, verschärft gegen "Haß im Netz" vorgehen. Im Klartext: Die Meinungsfreiheit hierzulande soll unter dem Deckmantel des sogenannten Demokratieförderungsgesetzes weiter eingeschränkt, die Finanzierung linksgrüner Lügen- und Hetzportale mit Steuergeldern ausgebaut werden!

"Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, daß Haß im Netz auch UNTER der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt", erklärte die Ökosozialistin.

In der Übersetzung heißt das: Paus möchte ausdrücklich auch gegen Äußerungen vorgehen, die bislang von der Meinungsfreiheit gedeckt sind!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28175" berichtet am 13. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Anti-Rechts-Demos und Great Reset**

Eine Analyse von *Stefan Magnet*

Kurz nach den Bauernprotesten gehen jetzt unzählige Menschen gegen "Rechts" auf die Straße. Doch es gibt einen Zusammenhang mit dem Great Reset! Sehen Sie dazu eine hervorragende Analyse von AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet mit klaren Schlußfolgerungen.

Kurz nach den "Anti-Regierungsprotesten" der Bauern gehen nun Tausende von Menschen auf "Pro-Regierungsdemos " gegen die AfD auf die Straße. Doch AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet warnt zur Vorsicht: Wurde mit diesen Demonstrationen den Bauernprotesten ganz gezielt der mediale "Stecker" gezogen, um gleichzeitig die immer stärker werdende Opposition auszuschalten? Denn diese Strategie entspricht exakt dem neuen Schwerpunkt des Welt-

wirtschaftsforums, das unter dem Schlagwort "Agenda gegen Desinformation" kritische Stimmen ausschalten will - offenbar mit dem Ziel, den Great Reset durchzusetzen. Eine hervorragende Analyse von Stefan Magnet mit klaren Schlußfolgerungen …

"Aufgedeckt: Wie die Anti-Rechts-Demos zum Great Reset gehören!"

von Stefan Magnet, AUF1, am 26.01.2024

Das Schicksalsjahr 2024 - es startet ereignisreich, es startet temporeich. Nach den Bauernprotesten, jetzt die Massendemonstrationen gegen Rechts in Deutschland und am Weltwirtschaftsforum wurde die große Agenda ausgegeben: Kampf gegen Desinformation. Kampf gegen Desinformation wurde von Ursula von der Leyen sogar als die Zwei-Jahres-Hauptagenda in ihrem Vortrag ausgegeben und das bedeutet, sie sagte es klar, nicht einmal der Ukraine-Krieg oder die selbstverordnete Klimahysterie wären momentan wichtiger, sondern es geht primär um den Kampf gegen die Desinformation.

Damit wollen die Globalisten vorgeben, was ist Desinformation und was ist Information und was sie als Desinformation kennzeichnen, muß gnadenlos bekämpft werden. Es würde um die Zukunft selbst gehen. Die Demonstrationen gegen Rechts sind schon eine erste Umsetzung dieser Agenda-Vorgabe in Deutschland. Doch Vorsicht: bei all der Aufregung soll von vielen Dingen abgelenkt werden. Es soll nicht nur abgelenkt werden vom wirtschaftlichen Niedergang Europas und Deutschlands, vom Abriß im Zuge des Great Reset, von neuen Gesetzen, die auf den Weg gebracht werden, und vom eigenen Unvermögen der Systempolitiker.

Es soll viel mehr auf den Weg gebracht werden, und es soll vorgearbeitet werden, um uns vorzuprogrammieren, was nach diesem ganzen Abriß kommen soll, was nach dem Great Reset auf uns zukommt. Worum geht es also wirklich? Was wird gerade geplant? Was wird auf den Weg gebracht, und was steht am Ende? Wir wollen uns dies heute von der Adlerperspektive aus einmal ansehen. (INTRO)

Vordergründig und ganz konkret geht es um aktuelle politische Ziele, um aktuelle politische Vorgaben, die die Systemparteien, die Systemmedien, die Politologen, das ganze Establishment verfolgen. Es geht um vier Punkte:

1. Hysterie der Massen, also auch Hysterie des Durchschnittsbürgers
2. Mobilisierung des gesamten als gemeinhin linkes Klientel bezeichnete Gruppe als Mobilisierung des linksgrünen Bereichs
3. Spaltung und Ächtung der AfD
4. Vorbereitung von Repression & Verbot gegen die AfD

Beginnen wir mit Punkt 1: Hysterie der Massen. Die Demonstrationen sind tatsächlich geeignet, die Tagesschau jeden Tag zu füllen, die Medienberichte dorthin zu lenken, daß man nicht mehr zu den Bauernprotesten bzw. zu den Unternehmerprotesten hinsehen soll. Das hat sich ja ausgeweitet auf die … Spediteure und so weiter. Das, die ganze Entwicklung der Bauernproteste in der 1. Januarwoche, waren geeignet, sich größer auswachsen zu können, und das wollte man natürlich wunderbar abfedern. Die Demonstrationen gegen Rechts haben die Bauerndemos abgestochen, wenn man so möchte. Von Antiregierungsdemos waren wir plötzlich bei Regierungsdemos und diese Demonstrationen lenken ganz allgemein von sehr vielen Dingen ab. Ein paar Zahlen:

60 Milliarden Euro Steuergeld wird nach wie vor für Auslandsprojekte und Entwicklungshilfe vom Steuerzahler freiwillig über seine Bundesregierung, die Ampelregierung, bezahlt.

50 Milliarden Steuergeld wird jährlich für Asyl in Deutschland aufgewendet.

Die Exporte brechen ein, ein unglaubliches Haushaltsdefizit klafft, ein Krater klafft, und Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Deswegen wollte man und will man ja bei den Landwirten sparen.

Unzählige Firmen flüchten aus Deutschland, weil der Great Reset so offensichtlich wird. Nur ein paar Namen, klingende Namen: der Magna-Konzern (Autozulieferer), Michelin (Reifen-

produktion) oder Goodyear: die Werke verlassen Deutschland. Ford will das Werk in Saarlouis verkaufen. VW streicht mindestens 2200 Arbeitsplätze in Zwickau und so weiter und so fort.
Die explodierenden Kosten in allen Bereichen, auch hier nur ein Beispiel: der deutsche Netzausbau hätte 250 Milliarden Euro Investitionsvolumen bis 2035 kosten sollen. 250 Milliarden waren veranschlagt. Jetzt sprechen wir von 550 bis 715 Milliarden. Das wird einfach so kommuniziert, eine Verdoppelung dieser unsäglichen, unglaublichen Milliardensummen, und das Geld wird schon früher benötigt: nicht nur 2035, sondern 2030.
Würde irgendein Unternehmen in der Wirtschaft so agieren und handeln, wäre er nicht nur pleite, nein, er würde im Knast sitzen, denn das wäre Fahrlässigkeit mit Vorsatz. Aber bei der Politik ist das alles möglich. Davon lenken natürlich die Regierungsdemos ab und die Regierungsjournalisten, die Systemjournalisten, die ja nichts anderes wie Lautsprecherverstärker der Systempolitiker sind, die können dann die großen Demonstrationen, die Massenaufmärsche zum Thema machen.
Natürlich, die Menschen sind dort real. Man kann darüber streiten, ob man auch in einem Fluß demonstrieren kann, wenn gewisse Bildmontagen aufgetaucht sind, ob es sein muß, daß jeder Interviewte auf einer Demonstration auch gleichzeitig ein grüner oder Linkspolitiker sein muß und man den als Bürger verkauft. Das kann man alles diskutieren, aber die Aufmärsche sind tatsächlich mächtig. Sie sind groß und sie sind beeindruckend. Das muß man dem System lassen.
Und das war der zweite Punkt: nämlich die Mobilisierung des linksgrünen Klientels. Man darf nicht vergessen: Diese linke, grüne, woke Blase - sie hatten in den letzten Jahren kein Thema, denn sie haben Corona nicht verstanden. Sie haben Corona als Freiheitseinschränkung nicht verstanden und haben deswegen mitgeplärrt. Ich erinnere an den Antifa-Wahlspruch "Wir impfen euch alle" gegen die vermeintlichen rechten Corona-Demonstranten - die wurden ja so geframed.
Und sie haben jegliche Form von Krieg verpennt. Ja, den Krieg in der Ukraine haben sie nicht verstanden. Sie haben den Krieg in Israel/Palästina, den Völkermord nicht verstanden. Sie haben einfach alles verpennt und deswegen hatten die sogenannten Linken kein Thema. Jetzt haben sie ein Thema: gegen Rechts. Das ist immer die größte und letzte Mobilisierung. Das war zu allen Zeiten so.
Der dritte Punkt ist Spaltung und Ächtung der AfD. Das wird zu einem großen Teil von der AfD selbst abhängen, wie sie sich spalten läßt. Das wird die Entwicklung in den nächsten Wochen zeigen. Und das vierte ist Vorbereitung von Repression und Verbot gegen die AfD. Das alles ist interessant. Das alles ist aus der aktuellen Lage tatsächlich einen Blick wert. Das sollte man am Schirm haben. Aber letzten Endes ist es nebensächlich.
Es ist vollkommen nebensächlich, ob sie die AfD gut finden, ob sie AfD-Mitglied sind, ob sie die AfD vielleicht wählen würden, ob sie zu diesen 25 % bundesweit oder über 30 % im Osten gehören, die überlegen, die AfD bei der nächsten Bundestagswahl aus Protest oder aus Überzeugung zu wählen. Sie zählen in jedem Fall zu den AfDlern in den Augen der Linksextremen, die sich hier ganz klar vor einen Karren spannen lassen und die dann auf Transparente schreiben: "AfDler töten".
Da meinen sie nicht nur die Frau Weidel oder den Herrn Höcke. Da meinen sie die AfDler. Ein AfDler ist für diese Antifa-Kreise auch jemand, der einfach die AfD wählt. Und damit würde man dann ein Drittel oder ein Viertel der Bevölkerung einfach liquidieren. An die Wand stellen, Genickschuß, wie das in besten Zeiten im Kommunismus tatsächlich in großem Ausmaße üblich war.
Also, es geht um etwas Größeres. Was ist das Größere? Ich möchte nochmal die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß beim Weltwirtschaftsforum der Kampf gegen die Desinformation

vorgegeben wurde. Als Überagenda, als die größte Agenda. Wir dürfen uns unsere Transformation nicht wegnehmen lassen, haben die Speaker in Davos gesagt.
Wir dürfen sie uns nicht wegnehmen lassen von Desinformation und von Gruppierungen und Parteien, die diese Desinformation nutzen, um selbst nach oben zu kommen. Damit entscheiden die Globalisten.
Das System sagt, was ist Information und was ist Desinformation. Was ist es etwa, wenn zwei Tage vor dem ersten bundesweiten Lockdown in Deutschland, die Regierung verkündet, es wird keine Lockdowns geben und jeder, der von Ausgangsbeschränkungen schreibt, berichtet oder faselt, weil wir Journalisten hatten ja schon vorab gewisse Informationen aus den Sicherheitskreisen, wenn wir das geschrieben und verbreitet haben, dann würden wir damit Fake News verbreiten. Das sagt die Regierung. Bis heute unwidersprochen.
Die Regierung hat sich dafür nie entschuldigt. Das war zwei Tage (davor) und zwei Tage später verkündete Jens Spahn und seine Regierung die ersten bundesweiten Lockdowns im März 2020. Ist das jetzt Information oder ist das Desinformation? Die Regierung sagt, es ist Information gewesen. Und wenn wir sagen, wir sehen das aber als Desinformation, als klassische Fake News, dann steht Aussage gegen Aussage. Aber wer mächtiger ist, wer mächtiger ist und das ist das System, das kann behaupten, daß wir Desinformation verbreiten.
Und wird deswegen gegen uns vorgehen. Den Kampf ansagen, wie Ursula von der Leyen es gesagt hat. Und damit beginnt ein sehr wichtiges Framing, sich fortzusetzen und fortzupflanzen und mächtiger zu werden. Denn wer die Opposition ist, der ist der Feind. Wer im System nicht mitspielen und mitschwimmen möchte, wer sich nicht bestechen oder korrupt werden möchte, der ist der Feind. Der ist der Gegner, der ist der Böse und den darf man entmenschlichen, weil er tatsächlich ein Krimineller ist. Und das ist das Wesen, das wissen wir, das Wesen von totalitären Systemen, daß man die Oppositionellen kriminalisiert.
Ein paar Eckpunkte, ich brauche das für Sie nicht alles zu wiederholen, was in den letzten Tagen, in diesen Wochen jetzt geschehen ist an Framing gegen die AfD und für die Regierungsdemos. Die Deutsche Bahn fordert ja beispielsweise am 19. Jänner die Mitfahrenden in der Deutschen Bahn auf: "Heute müssen alle stehen, aufstehen für die Demokratie." Das ist billigste Mitmachpropaganda seitens eines Staatsbetriebes. Die Deutsche Bahn gehört dem deutschen Steuerzahler und damit der Regierung. Und die Regierung sagt, sie müssen heute aufstehen, denn wir stehen heute alle auf.
Da gehört viel Gratismut dazu, daß man das als Deutsche Bahn so verkündet. In Bayern preschte die CDU vor, AfD-Mitglieder sollen nicht mehr als Beamte arbeiten dürfen. Also noch einmal: Eine demokratisch gewählte, stark vom Bürger, stark vom Staat, aber mit Wählerstimmen ausgestattete Kraft, nämlich die AfD, deren Mitglieder dürfen nicht als Beamte arbeiten können. Das hat überhaupt nichts mit dem zu tun, was man uns jetzt jahrzehntelang als Demokratie und Meinungsfreiheit und Gleichheit und Vielfalt verkauft hat. Von CDU-Merz, BlackRock, von CDU-Merz bis zum grünen Habeck, kommunistisches Manifest, begrüßen alle gleichgeschaltet die Anti-AfD-Proteste.
Alle. Die SPD und die Grünen diskutieren über eine Streichung der staatlichen Mittel für die AfD. Also, man kann sie nicht gleich verbieten, aber man kann ihnen doch die Gelder entziehen. Das sind Millionensummen und damit wäre natürlich so ein Parteiapparat komplett tot gemacht. Von einem Tag auf den anderen. Man kann die Strukturen nicht mehr bezahlen. Das wird offen diskutiert, weil sie ihnen nicht in den Kram paßt. Denn wenn sie etwas Verbotenes tun würden, wenn die AfD gegen Gesetze verstoßen würde, dann würde man sie doch längst verbieten.
Scholz sagte wörtlich: "Ich sage es in aller Deutlichkeit und Härte, Rechtsextremisten greifen unsere Demokratie an. Sie wollen unseren Zusammenhalt zerstören." Also Scholz stellt sich nicht vor die Demokratie und verteidigt sie beispielsweise gegen Faktenchecker, die Informa-

tionen zu Desinformationen machen. Er stellt sich nicht vor Wahlbetrüger über Computerwahlmaschinen oder Briefwahlbetrug. Er stellt sich nicht gegen die Vorträge, die Redner, allen voran Yuval Noah Harari am Weltwirtschaftsforum, die sagen, die KI wird in Zukunft die Stimmen für uns zählen.
Die KI wird Wahlen unnötig machen. Sehen Sie sich das ganz kurz an. "But one fear which I have heard is, the technology now is, and the digital technologies mainly have an analytical power. Now we go into a predictive power. We have seen the first examples and your company very much involved into it. But then the next step could be to go into prescriptive mode. Which means, you do not even have to have elections anymore. Because you can already predict what predict an afterwards you can say, why do we need elections? Because we know what the result will be. Can you imagine such a world?"
(Deutsche Übersetzung: "Aber eine Befürchtung, die ich gehört habe, ist, daß die Technologie jetzt existiert und die digitalen Technologien hauptsächlich eine analytische Macht haben. Jetzt gehen wir auf die Vorhersagekraft ein. Wir haben die ersten Beispiele gesehen und Ihre Firma ist sehr involviert darin. Aber der nächste Schritt könnte sein, in einen präskriptiven Modus zu gehen. Das bedeutet, daß Sie keine Wahl mehr haben müssen, denn Sie können bereits präsentieren, was Sie präsentieren. Danach können Sie sagen, warum wir Wahlsitzungen brauchen. Denn wir wissen, was das Ergebnis sein wird. Können Sie sich so eine Welt vorstellen?").
Also die KI fragt alle Informationen von uns ab. Alle Informationen. Und mit diesen Informationen geht die KI, also eine Computermaschine, an dessen Ende wieder jemand sitzt, der die Informationen einspeist, diese Computermaschine errechnet dann, was die Menschen wollen. Die KI kann also voraussagen, was bei den nächsten Wahlen aller Wahrscheinlichkeiten herauskommen wird, weil sie Ihre Nutzerdaten absaugen. Weil sie sehen, was schauen Sie sich auf Google an. Was schauen Sie bei Netflix und Amazon abends. Was kaufen Sie ein über Amazon oder über andere Suchmaschinen?
Was wird abgefragt? Und dann macht die KI ein Gesamtbild und sagt, wir haben aktuell etwa 22 % AfD-Wähler, 15 % Grünwähler usw. usf. Und deswegen werden Wahlen unnütz, sagt Klaus Schwab, sagte Harari schon vor vielen, vielen Jahren. Das sind Angriffe auf die Demokratie, wie wir noch gelernt haben, was Demokratie ist. Nämlich Volksherrschaft, daß das Volk durch die Abgabe einer Stimme, durch das Wählen eine Regierung wählt. Das wird jetzt überflüssig gemacht. Nicht diese Bestrebungen, nicht diese Konzern- und Globalistenbestrebungen gefährden die Demokratie.
Nein, es sind vermeintlich Rechtsextremisten, sagt Kanzler Scholz, Freimaurer Scholz, der gern vor Freimaurern wie etwa in Hamburg Vorträge hält. Es ist vollkommen klar, worum es geht. Es ist wie bei Corona, es geht um ein Framing. Es geht um systematische Entmenschlichung einer Gruppe, die man in diesem Moment diskreditieren möchte. Können Sie sich noch erinnern bei Corona?
"Eine Gruppe von asozialen Vollidioten". So wurde über die Corona-Demonstranten gesprochen. "Ein Idiot vor einem Haufen Idioten". Das waren dann die Redner oder die Ärzte, die Wissenschaftler, die gewagt hatten zu sagen, "Na ja, die Genspritze ist vielleicht doch nicht so sicher, weil sie experimentell und nicht erprobt ist". Oder "Querdenker und Montagsspaziergänger proben den Aufstand". Weil Montagsspaziergänger friedlich gesagt haben, wir wollen uns nicht in die Genspritze zwingen lassen.
Deswegen haben sie ja gegen den Staat opportuniert. Denn der Staat wollte ja in Deutschland eine Impfpflicht einführen. In Österreich hat er das so getan. Also waren sie Staatsfeinde. "Das sind Leben, mit denen die spielen", also die Mörderthese. Jeder, der sich nicht impfen läßt, trägt dazu bei, daß die Oma und der Opa sterben. Und trägt dazu bei, daß überhaupt die Menschheit ausgerottet wird. Und wir wissen es. Es waren nicht Friedensbewegte. Es waren

nicht Grundrechtsbewegte.
Es waren nicht Menschen, die die Freiheits- und Bürger- und Menschenrechte verteidigen wollten. Nein. Es waren "rechtsextreme Hooligans und Impfskeptiker", also Verrückte. "Zehntausende bei Corona-Demo." Das waren die Schlagzeilen. Oder "Verschwörungstheoretiker und Corona-Leugner immer gewaltbereiter. Es ist verdammt ernst". Das waren die Schlagzeilen, das war das Framing. Und genauso geht es jetzt gegen die AfD. "Es gibt einen Masterplan zur Deportation" - alles Framing, alles Lüge. Es wurde nie über Deportation gesprochen. Es ist vollkommen klar, was hier gespielt wird. Und wir wissen, was der Beweggrund ist.
Und jetzt komme ich dort hin, wo ich eigentlich hin möchte heute. Die Wirtschaft, der Great Reset, die Umgestaltung unseres Lebens findet statt. Und hier möchte ich nicht wieder selbst zum x-ten Mal erklären, was Inflation ist und was das mit uns macht. Ich habe bei Uncut-News ein Video gefunden, was der Chef der Bank of England zur Inflation sagt. Und was hier in den letzten Jahren passiert ist. Ich könnte es nicht besser sagen. Schauen wir uns das ganz kurz an:
"The central-bank lost control of inflation, governments lost control over the public finance, not surprising, that markets respond to that."
"And whose responsibility was it, then, if both the central bank and the government lost control?"
"Well I think, all central banks in the west interestingly made this same mistake. And during Covid when the economy was actually contracting, because of lockdown, central-banks decided it was a good time to print a lot of money. And that was a mistake. That led the inflation. We had too much money chasing too few goods. And the result was inflation. That was predictable, it was predicted and it happend!"
(Deutsche Übersetzung: "Die Zentralbank hat die Kontrolle über die Inflation verloren, die Regierungen haben die Kontrolle über die öffentlichen Finanzen verloren. Es überrascht nicht, daß die Märkte darauf reagieren."
"Und wessen Verantwortung war es dann, wenn sowohl die Zentralbank als auch die Regierung die Kontrolle verloren?"
"Nun, ich denke, interessanterweise haben alle Zentralbanken im Westen denselben Fehler gemacht. Und während Corona, als die Wirtschaft aufgrund des Lockdowns tatsächlich schrumpfte, entschieden die Zentralbanken, daß es ein guter Zeitpunkt sei, viel Geld zu drukken. Und das war ein Fehler. Das führte zur Inflation. Wir hatten zu viel Geld für zu wenig Waren. Und das Ergebnis war Inflation. Das war vorhersehbar, es wurde vorhergesagt und es ist passiert!")
Der Mann in dem Videoausschnitt ist Mervyn Allister King. Der Mann heißt auch King, also König. Und er war sozusagen der König der Bank of England. Er war der Gouverneur der Bank von England. Ein Mann, der mit rund 7 Millionen Euro Pensionsfonds in Rente geschickt wurde vor einigen Jahren. Und er war eben der Chef einer der wichtigsten Banken, der Bank of England, von 2003 bis 2013. Und er plaudert hier in diesem Videoausschnitt ganz klar und erklärt, was passiert ist. Sie können sich vielleicht noch erinnern, wenn Sie sich damals schon beschäftigt haben, daß 2018 und 2019 Ökonomen und Wirtschaftsfachleute Prognosen abgegeben haben.
Ich möchte zwei Namen nennen, die genau für 2020 einen Wirtschaftscrash vorausgesagt haben. Es war zum einen der Bestsellerautor Mark Friedrich und zum anderen der Bestsellerautor Markus Krall. Und beide haben gesagt, es wird im Jahr 2020, vermutlich im Frühjahr 2020, zu einem unglaublichen Börsen- und Wirtschaftscrash kommen. Der kam dann aber nicht, denn Corona kam dem Ganzen zuvor. Und im Frühjahr gab es die ersten Lockdowns durch Corona im März 2020. Und in dieser Phase, das beschreibt King in diesem Videoaus-

schnitt sehr gut, haben die Staaten und die Zentralbanken und die Gelddruckmaschinen Geld gedruckt.
Sie haben Geld in die Märkte gepumpt. Sie haben das ganze Geldvolumen aufgeblasen. Und das ist so wie bei einem Marmeladenbrot. Wenn Sie dickflüssige, gute Marmelade auf Ihr Brot streichen, nehmen wir Marillenmarmelade, und die ist ganz dickflüssig, dann rinnt das nicht vom Brot herunter, man kann abbeißen. Wenn Sie da immer mehr Zuckerwasser hinzugeben in diesen Marmeladentopf, dann verflüssigt sich das immer mehr. Und es wird immer mehr, und Sie können herumstreichen, es wird Ihnen vom Brot herunterlaufen, es wird verflüssigt. Es ist weniger wert, weil mehr davon da ist.
Es ist viel mehr da, und es ist dann ganz viel Geld da. Die Produkte bleiben aber gleich. Sie können die realen Produkte und die realen Werte in der Welt nicht per Knopfdruck verhundertfachen. Das können Sie aber mit der Geldmenge machen. Wenn das Geld immer mehr wird an Masse, und es gibt gleichbleibende Produkte, dann wird das Geld weniger wert. Und dann kommt es zu diesem Great Reset und zu dieser Umverteilung.
Und es wird passieren, daß das Ersparte, das Sie haben, daß das Geld, das Sie auf Ihrem Privat- oder Firmenkonto haben, immer weniger wert wird. Das ist die Inflation, die wir erleben. Das wird noch viel schlimmer. Und es führt dazu, daß selbst der Mittelstand, der jetzt noch glaubt, mit einem Zweitwohnsitz und drei Autos noch gut abgesichert zu sein, daß man auch diesen Mittelstand enteignen wird. Der Great Reset ist die größte Enteignungsaktion der Geschichte der Menschheit.
Und was kommt dann? Was passiert dann? Dann könnte man sagen, dann kommt es zu Aufständen. Nein, das ist eben nicht geplant. Es ist nicht geplant, daß man dann die Banker zur Verantwortung zieht. Es ist nicht geplant, daß man dann die Politiker zur Verantwortung zieht. Denn so wie man diesen Crash nicht möglich werden ließ, sondern ein Virus ausnutzte, damit man Geld in die Märkte unerkannt pumpen kann, so wird man auch nicht zulassen, daß die Inflation immer schlimmer wird. Der Staat wird sich dann hinstellen und sagen, jetzt mache ich eine Notlösung. Ich mache ein Grundeinkommen.
Dieses Grundeinkommen wird aber gekoppelt sein an ein Digitalgeld. Und dieses Digitalgeld werden Sie über ein Grundeinkommen ausbezahlt bekommen. Und wenn Sie jetzt glauben, wir sind jetzt komplett verrückt geworden, dann schauen Sie bitte einmal nach China. In China kann man viel besser sehen mit dem westlichen Abstand, was in China passiert. Die Chinesen verstehen dort schon längst nicht mehr, was mit Ihnen gemacht wird. Aber wir können es noch sehen.
Schauen Sie mal in China. Wir nehmen her die Stadt Rongcheng. Rongcheng gibt allen Bewohnern 1.000 Punkte Sozialkreditpunkte. 1.000 Punkte bekommen sie. Und die Behörden machen für schlechtes Verhalten, wie etwa Verkehrsverstöße, Abzüge. Oder sie fügen Punkte für gutes Verhalten hinzu. Wenn Sie zum Beispiel an einen wohltätigen Zweck spenden, dann bekommen Sie Punkte hinzu. Nochmal: Sie bekommen in der Zukunft ein Grundeinkommen über Digitalgeld. Es gibt kein Schwarzgeld mehr. Alles wird am Konto gelöst. Sie bekommen ein Grundeinkommen und Sie bekommen Punkte.
Und wenn Sie sich schlecht verhalten, wenn Sie zum Beispiel die falsche Partei wählen, oder wenn Sie die Regierung kritisieren, oder wenn Sie zu einer regierungskritischen Demo hingehen wollen, dann werden Ihnen Punkte abgezogen. Und das alles über dieses Digitalgeld. Und das daran gekoppelte Sozialkreditsystem. Das ist die perfekte Masche, um alle Abweichler unter Kontrolle zu halten. Und das ist das Ziel hinter der ganzen Kampagne, die wir aktuell erleben. Daran gekoppelt ist, daß das alles natürlich über die Handydaten und andere biometrische Daten abgefragt werden wird.
In China ist es jetzt schon so, das berichtet selbst die ARD kritisch, daß wenn Sie als Regierungskritiker in Peking zu einer Demonstration fahren wollen, an diesem Tag ist eine regie-

rungskritische Demonstration angesagt, dann können Sie nicht mehr in die U -Bahn steigen, denn Sie sind ja schon als Regierungskritiker registriert. Und dieser Regierungskritiker kann an diesem Tag nicht die U-Bahn benutzen, damit niemand zur Demonstration kommt. Ist das nicht genial ausgeklügelt?
Und jetzt nochmal zu den Demos gegen Rechts. Wenn die Staatskampagne, und vielen sind noch diese DDR-Kampagnen in Erinnerung, Einheitsfront gegen Rechts. Wenn die Staatskampagne lautet "Einheitsfront gegen Rechts", alle marschieren gegen Rechts, dann müssen in Zukunft alle mitmachen. Denn die, die jetzt dort stehen, die sind schon vielfach vom Staat abhängig. Sie sind vom Staat instrumentalisiert, sie können vom System einfach abgerufen werden. Wenn Sie ein Lehrer im System sind oder ein Beamter, dann kann man Ihnen ganz einfach sagen, am Montag ist frei, wir gehen demonstrieren. Und dann müssen Sie mitgehen, weil Sie dort sonst Ihre Anstellung verlieren.
Und natürlich gibt es weitere Eskalationsstufen. Denn das eine ist, daß man Ihnen Punkte abzieht, aber es gibt in China beispielsweise eine schwarze Liste. In China sehen wir relativ klar, was dort passiert. Es gibt in China eine schwarze Liste. Das eine ist, daß Ihnen Sozialkreditpunkte gestrichen werden, daß Sie vielleicht Strafzahlungen bekommen, daß Sie vielleicht weniger Geld bekommen. Das andere ist die schwarze Liste. Auf die kommen Sie zum Beispiel, wenn Sie eine Staatsstrafe einfach nicht bezahlen.
Wenn Sie sagen, ich bekomme jetzt eine Strafe wegen eines Maskenattests, und ich möchte die einfach nicht bezahlen, ich versuche den Rechtsweg oder ich sitze das aus, ich sehe es nicht ein, daß ich diese Strafe bezahle, dann kommen Sie auf die schwarze Liste der Regierung und dann werden Sie gegängelt. Im schlimmsten Fall, und das sage ich voraus, wird es nach dem Great Reset ja nicht nur darum gehen, daß man Ihnen irgendwelche Zahlungen verweigert, man wird Sie einfach abholen. Man wird sie abholen. Und das ist die endgültige Dimension.
Und wenn wir uns ansehen, was politische Dissidenten für Strafen in Deutschland oder Österreich bekommen, wenn man Ihnen zum Beispiel unterstellt, daß Sie den Staat ablehnen würden, oder daß Sie Hochverrat begehen würden, es gibt ja auch tatsächlich Prozesse wegen Hochverrat gegen Leute, die im Internet irgendeinen Unsinn gepostet haben, dann bekommen Sie eine gleich hohe Strafe. Das sind 10, 20 Jahre Haft.
Das ist in China nicht anders. Das ist in China nicht anders. Und man wird die Kritiker abholen. Das ist die Dimension. Wenn Sie in China beispielsweise die Musik im Zug zu laut spielen, dann können Ihnen bestimmte Rechte in Zukunft über das Sozialpunktesystem aberkannt werden. Sie können dann zum Beispiel einen Flug nicht mehr buchen oder ein Zugticket lösen. Das können Sie alles nachlesen, wenn Sie sich mit China heute schon beschäftigen.
Es gibt eine aktuelle Harvard-Studie, und die hat herausgefunden, also die Universität Harvard hat eine Studie in China gemacht, in Zusammenarbeit mit einer chinesischen Firma. Die haben herausgefunden, daß 93 % der Chinesen, also 93 % der Befragten, waren mit der Arbeit der chinesisch-kommunistischen Zentralregierung zufrieden. 93 % Zustimmung.
Das können sich westliche Demokratien und westliche Regierungen nicht einmal im Traume vorstellen. Aber warum ist das so? Warum ist das so? Der Politologe von der Universität in Nottingham, Andreas Fulda, sagt, in China haben wir es mit einem hochgradig politisierten Staat und einer politisierten Gesellschaft zu tun. Und die Bürger wissen in China, in diesem System, um die Risiken wahrheitsgetreu zu sprechen.
Es steht also im Raum, daß bei diesen Befragungen überhaupt nicht die Wahrheit gesagt wird. Warum soll man einem Fremden, den man nicht kennt, wo man nicht weiß, wo die Informationen landen, überhaupt die Wahrheit sagen? Warum soll man sich offen, kritisch über ein totalitäres System äußern, wenn man doch weiß, daß es gefährlich ist? Und wer ein öffentliches Amt bekleidet, der orientiert sich sehr stark am Framing der Regierung. Das ist eben

einmal so, denn man möchte ja weiter von der Regierung abhängig sein, man möchte ja weiter seinen Job haben.
Beispielsweise sagt die Sozialwissenschaftlerin Saltanat Janenova, sie ist an der Universität in Bristol in England, sie sagt in Bezug auf China und andere totalitäre Systeme: "Im nicht demokratischen Kontext zögern Regierungsbeamte ihre Ansichten offen zu äußern und neigen dazu, gemäß der ‚Skripte' der staatlichen Propaganda zu sprechen." Es geht aktuell nur scheinbar gegen die AfD. Natürlich, diejenigen Politiker, die jetzt politisches Kleingeld daraus machen können, die werden das nutzen. Das ist vollkommen klar. Aber es geht nur scheinbar gegen die AfD. Es geht auch nur scheinbar um Rechts gegen Links.
Es geht darum, daß der Great Reset eine Entwicklung einleitet, die eben zu einer Enteignung aller Bevölkerungsschichten führen wird. Die 0,001 % werden an der Spitze bleiben. Sie werden ihre Macht ausbauen. Der Rest wird enteignet. Und es geht darum, daß in diesem Prozeß Großkonzerne, Milliardenkonzerne mit dem Staat immer mehr verschmelzen werden, daß sie die Macht zusammenfügen werden.
Man sollte nicht glauben, daß es um einen Kampf Deutsche Bundesregierung gegen Amazon hinauslaufen wird, sondern es wird immer mehr zu einer Verknüpfung dieser öffentlich-privaten Partnerschaften kommen. Das habe ich in der letzten Sendung angesprochen. Und das wird am Weltwirtschaftsforum in Davos jedes Jahr intensiver diskutiert, daß diese Verschmelzung schneller gehen muß. Darum geht es.
Und es geht darum, daß man diejenigen, die dagegen aufbegehren, gegen diese Machtübernahme im Stillen, daß man diese Menschen framed, attackiert, abseits stellt. Daß man in den Gehirnen vorprogrammiert: "Es gibt das System, das ist gut, das sorgt für dich, du wirst nichts besitzen, du wirst glücklich sein. Und es gibt die Gegner, die das nicht wollen, die sich dagegenstellen. System, Gegner. System und Feinde. Gut gegen Böse." Das soll jetzt vorprogrammiert werden. Das ist ein Ablauf, den wir in den letzten Jahren so intensiv erleben.
Heute ist es die AfD. Noch vor zwei Wochen waren es die Bauern. Traktorfahren macht offenbar dumm. Oder Mistgabelmob. Es ist ein Framing. Man soll die Menschen, die aufbegehren, schlecht machen. Die für die Regierung jubilieren, wie jetzt die Demonstranten, die werden in den Himmel gelobt. Was ist das denn für ein Einsatz für die Demokratie, wenn der Staat, der Kanzler, die Medien, die Bildungsbehörden, sogar der Verfassungsschutzchef sagt, "Ja gehen Sie bitte demonstrieren für unsere Demokratie".
Was ist denn unsere Demokratie? Wem gehört sie denn, die unsere Demokratie? Aber da gehört ja nicht viel dazu. Aber wenn man weiß, daß man geframed wird, daß man fertig gemacht wird, um zu demonstrieren, ob als Landwirt oder als jemand, der um die Grundrechte besorgt ist, dann benötigt man Mut. Und das soll den Leuten ausgetrieben werden, mit diesem Framing. Heute die bösen rechtsextremen AfDler, gestern die Bauern, davor waren es die Leute, die die Hitzehysterien nicht mitgetragen haben, die nicht geglaubt haben, daß wir den heißesten Sommer seit einer Million Jahren erlebt haben oder die nicht von der Winterhitze gezittert haben und natürlich davor die sogenannten Corona-Leugner.
Die Leute, die sich nicht in eine experimentelle Genspritze treiben lassen wollten. Die wollten, daß die Grund- und Freiheitsrechte nicht verhandelbar sind. Das waren auch Rechtsextreme, das waren Verschwörungstheoretiker. Das ist immer das gleiche Framing. Es geht darum, die Menschen jetzt schon in den Gehirnen zu programmieren, Freund gegen Feind.
Denn wenn dieser Prozeß abgeschlossen ist, wenn der Great Reset abgeschlossen ist, dann wird es zu einer totalen digitalen Knechtung kommen. Und dann soll es kein Ausscheren mehr geben. Und dann sollen die Leute schon instinktiv wissen, daß sie sich für das System entscheiden.
Die wichtigste Waffe in diesem Kampf ist Propaganda. Das ist die absolute Medienmacht. Das ist, was wir gerade erleben in den letzten Jahren. Diese Medienmacht, die uns sagen will,

was gut und was schlecht ist. Die über jeden ein Urteil spricht. Die mächtigste Waffe in dieser Auseinandersetzung ist die Medienmacht, ist die Propaganda. Und die mächtigste Waffe der Freiheitsbewegung ist der Widerspruch dagegen. Ist aufzuzeigen, da stimmt etwas nicht. Da wird etwas gemacht. Da versucht man über perfide Taktiken unsere Gehirne zu manipulieren. Und deswegen ist der Kampf gegen diese Gleichschaltung der entscheidendste Kampf in diesen Zeiten.
Deswegen sind natürlich öffentliche Bekundungen und Demonstrationen unsagbar wichtig. Denn damit zeigt man, hey, es gibt noch Menschen, die sich nicht gleichschalten lassen wollen. Es gibt noch Menschen, die keine Diktatur haben wollen. Die unter Demokratie auch Meinungsvielfalt verstehen. Daß sich die besten Meinungen austauschen sollen. Und dann sollen doch die Menschen beurteilen, was gut und was schlecht ist. Wir glauben, daß dieser Kampf gegen diese Gleichschaltung der Globalisten, das ist der entscheidende Kampf.
Und die Globalisten haben uns recht gegeben. Indem sie diesen Kampf gegen die Desinformation nun zu ihrer Hauptagenda gemacht haben. In diesem Jahr und für das nächste Jahr. Sie werden Gesetze auf den Weg bringen. Sie werden freie und alternative Medien angreifen. Sie werden Medienmacher angreifen. Sie werden alles versuchen, um ihren Great Reset durchzubringen.
Denn sie wissen, wenn die Freiheitsbewegung erfolgreich ist, wenn man die Menschen aus diesem Wachkoma rütteln kann, wenn man ihnen klarmachen kann, daß es auch sie betrifft, daß es um ihre Freiheit geht, dann ist das Spiel vorbei. Dann ist das Spiel vorbei und dann wird der Great Reset mit all seinen dystopischen Plänen nicht durchgeführt werden können, denn sie brauchen die Duldung der Masse dazu.
Es ist nicht unmöglich, diesen Prozeß aufzuhalten. Überhaupt nicht. Es ist realistisch, daß wir gerade 2024 hier eine Bresche schlagen können. Dazu brauchen wir aber alle. Dazu muß sich jeder überlegen, was er tun kann. Als Medienmacher, als Journalisten, können wir nur garantieren, wir werden uns dagegenstemmen, mit aller Kraft. Wir werden niemals erdulden, daß man uns zum Schweigen bringt. Wir werden alles tun, die Demokratie und die Freiheit zu retten, die Grundrechte für Menschen zu retten, denn deswegen sind es ja Grundrechte. Tun sie ihren Beitrag. Ich glaube, nein, ich weiß, wir können, wenn wir alles geben, die Vernichtung unserer Freiheitsrechte und die Verbauung unserer Zukunft aufhalten!<<

14.02.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Februar 2024: >>**Krieg gegen COMPACT: Heute läuft Ultimatum aus**

Von *Jürgen Elsässer*

Krieg gegen Rechts

Nach der Ankündigung der Großhandelsketten, unser Magazin nicht mehr an ihren Bahnhofskiosken anzubieten, haben wir wegen dieses Verstoßes gegen die Pressefreiheit ein Ultimatum gesetzt: Am heutigen Mittwoch, 14. Februar, muß der Boykott zurückgezogen werden. Bisher haben wir von unserem Anwalt keine Nachricht erhalten, daß die Feinde der Pressefreiheit eingelenkt hätten. …
Bis zum heutigen Mittwoch, 12 Uhr, muß die Valora Holding GmbH den rechtswidrigen Boykott des Verkaufs von COMPACT zurückziehen. Anderenfalls drohen dem Großhändler Schadenersatzansprüche von unserer Seite in Höhe von mehreren hunderttausend Euro. Das ist der Kern des Schreibens, das unser Anwalt jetzt an den Vertriebsgiganten geschickt hat.
Der renommierte Jurist, der schon viele wichtige Verfahren für COMPACT gewonnen hat, wird jeden weiteren Bruch von Recht und Gesetz, insbesondere des Rechts auf Presse- und Meinungsfreiheit, in unserem Auftrag unnachgiebig verfolgen. Auszüge aus dem Anwaltsschreiben können Sie unten lesen.
Gegen frühere Versuchen von Großhändlern, COMPACT aus ihrem Angebot zu verbannen,

haben wir mit Hilfe unserer Anwälte in jedem Einzelfall obsiegt - die Rechtslage ist einfach eindeutig auf unserer Seite, also auf der Seite der Meinungsfreiheit. In der augenblicklichen Anti-Rechts-Hysterie besteht jedoch die Gefahr, daß die ohnedies wackelige Unabhängigkeit der Justiz gänzlich zusammenbricht. ...

Auszüge aus dem Schreiben unseres Rechtsanwalts an die Valora Holding GmbH:

Ihre Gesellschaft ist Marktführerin im Deutschen Bahnhofs- und Flughafenbuchhandel. Mit Mail vom 06.02.2024 haben Sie mitgeteilt, daß Sie COMPACT-Magazin, COMPACT-Edition, COMPACT-Geschichte und COMPACT-Spezial unverzüglich nicht weiter zum Verkauf anbieten werden. Über Ihre Gesellschaft wird ein ganz erheblicher Teil der vorgenannten Produkte meiner Mandantschaft zum Verkauf angeboten und auch veräußert.

Als Grund für die Weigerung geben Sie an, meine Mandantschaft werde als "gesichert extremistisch" durch das Bundesamt für Verfassungsschutz eingestuft. Diese Einstufung erfolgte vor mehr als zwei Jahren und ist in der Öffentlichkeit bekannt. Kein Produkt meiner Mandantschaft ist je von staatlichen Stellen verboten worden oder unterlag auch nur dem Versuch staatlich ein Verbot durchzusetzen. Zu keinem Zeitpunkt stand oder steht die Verbreitung der Produkte meiner Mandantschaft rechtlichen Regelungen entgegen.

Verstoß gegen die Neutralitätspflicht

Die Weigerung, Ihre Kunden mit Produkten meiner Mandantschaft zu beliefern, widerspricht dem Diskriminierungsverbot. Danach sind Sie zur Neutralität, d.h. zur Gleichbehandlung aller Verlage und zum Verbot von Diskriminierungen verpflichtet. Inhaltliche Kriterien eines Produkts rechtfertigen eine Gleichbehandlung nicht (Paschke/Berlit, Hamburger Kommentar Gesamtes Medienrecht 4. Aufl. 2020 50. Abschn. Rnn 64; LG Köln AfP 1984, 173). Sie sind nicht berechtigt, im Rahmen einer "Selbstkontrolle" (festgelegte Geschäftspolitik) Produkte meiner Mandantschaft vom Vertrieb rauszunehmen.

Die seit Jahren bekannte Einstufung meiner Mandantschaft ist ganz offensichtlich ein Vorwand für Ihr rechtswidriges Handeln. Mehr als zwei Jahre lang war die Einstufung durch den Verfassungsschutz kein Anlaß, die Mandantschaft zu diskriminieren.

Doppelte Standards

Die Einstufung durch den Verfassungsschutz ist für Sie ganz offensichtlich kein Grund, ein Produkt von Ihrem Vertrieb rauszunehmen. So mußte festgestellt werden, daß Sie beispielsweise die Tageszeitung Junge Welt vertreiben. Die Junge Welt wird als einzige deutschsprachige Tageszeitung seit Jahren im Verfassungsschutzbericht gewürdigt mit:

"Die kommunistisch ausgerichtete Tageszeitung Junge Welt tritt für die Errichtung einer sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft ein. Sie ist das bedeutendste und auflagenstärkste Printmedium im Linksextremismus.

Einzelne Redaktionsmitglieder und ein nicht unerheblicher Teil der Stamm- und Gastautoren sind dem linksextremen Spektrum zuzurechnen. Die Junge Welt bekennt sich nicht ausdrücklich zur Gewaltfreiheit. Vielmehr bietet Sie immer wieder Personen, die politisch motivierte Straftaten gutheißen, eine öffentliche Plattform."

Dies hindert Sie nicht, die Junge Welt in Ihr Angebot aufzunehmen. Die seit Jahren bekannte Einstufung meiner Mandantschaft durch den Verfassungsschutzbericht ist also ganz offensichtlich ein Vorwand, sich Ihren gesetzlichen Pflichten zu entziehen. Diese doppelzüngige Argumentation wird einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Unser Ultimatum

Namens meiner Mandantschaft fordere ich Sie deshalb auf, die vorgenannten Produkte meiner Mandantschaft in Ihren Verkaufsstellen unverzüglich weiter zum Verkauf anzubieten und bis zum 14.02.2024 12.00 Uhr rechtsverbindlich zu erklären, daß Sie die Produkte auch weiterhin zum Verkauf anbieten werden.

Geht mir die verbindliche Erklärung nicht fristgemäß zu, werde ich eine einstweilige Ver-

fügung erwirken, wonach die Produkte meiner Mandantschaft von Ihnen weiterhin zum Verkauf anzubieten sind. Daß dies durch einstweilige Verfügung durchgesetzt werden kann, können Sie der Entscheidung des LG Köln in AfP 84, 173, 174 entnehmen. Das vielfach zitierte Gericht ist zutreffend davon ausgegangen, daß hier keine Vorwegnahme der Hauptsache vorliegt. Gleichzeitig würde ich auch allerdings Hauptsacheklage erheben.
Daß Sie sich durch Ihre Weigerung, die Produkte meiner Mandantschaft zum Kauf anzubieten, schadensersatzpflichtig machen, braucht nicht besonders erwähnt werden. Angesichts des erheblichen Umfangs des Vertriebs der Produkte durch Sie, könnte ein Schadensersatzanspruch in Höhe mehrerer 100.000 € entstehen.
(Zwischenüberschriften von der COMPACT-Redaktion)<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. Februar 2024 (x1.361/…): >>**ARD-Vorsitzender erklärt: ÖRR so wichtig "wie in den letzten siebzig Jahren nicht"**
Im Interview mit der FAZ erklärt der ARD-Vorsitzende Kai Gniffke, daß die ARD für die Demokratie unerläßlich sei. In unseren Nachbarländern zeige sich, wie bedroht die freie Presseberichterstattung sei. Gniffke konstatiert, daß der ÖRR so wichtig sei, "wie vielleicht in den letzten siebzig Jahren nicht."
Jonas Aston
Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) wird in wenigen Tagen eine Empfehlung aussprechen, um welchen Betrag der Rundfunkbeitrag in Zukunft steigen soll. Der ARD-Vorsitzende Kai Gniffke hat sich bereits jetzt in Stellung gebracht, die erneuten Beitragserhöhungen zu verteidigen. Im Interview mit der FAZ betont er die unerläßliche Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Medien für die Demokratie in Deutschland.
Konkret erklärt Gniffke: "Ich weiß, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Moment eine bedeutende gesellschaftliche Funktion hat, die so wichtig ist, wie vielleicht in den letzten siebzig Jahren nicht." Besonders mit Blick aufs Ausland betont der ARD-Vorsitzende, wie wichtig der gebührenfinanzierte Rundfunk für eine unabhängige Medienlandschaft sei. "In vielen unserer Nachbarländer ist freier Journalismus bedroht", führt Gniffke aus. Und weiter: "Deshalb sollte jedem klar sein, daß wir einen funktionsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk benötigen."
Auch innerhalb der Gesellschaft würden die Öffentlich-Rechtlichen über einen breiten Rückhalt verfügen. Kai Gniffke zufolge würden etwa in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz 78 Prozent aller Menschen angeben, daß sie dem SWR vertrauen. "Das sind ja keine Zeichen für einen Akzeptanzverlust", so Gniffke gegenüber der FAZ.
Bezüglich der konkreten Ziele für die ARD erklärt Gniffke, sowohl digitale Plattformen als auch die Regionalität stärken zu wollen. Man wolle "vor allem den Jüngeren die Region nahebringen", so Gniffke. Zumindest räumt der ARD-Vorsitzende ein, daß man effizienter mit den Geldern umgehen müsse. Es brauche mehr "Koordination" zwischen den Sendern.
Gegen den spürbaren Abbau von Personal verwehrt er sich jedoch. Nach Berechnungen des KEF wird rund 30 Prozent der Belegschaft altersbedingt den ÖRR bis 2030 verlassen. Trotz fallender Einschaltquoten plant man den Personalbestand fast eins zu eins aufrechtzuerhalten. Anders könne man seinen Auftrag nicht erfüllen. Auch als der FAZ-Journalist Helmut Hartung darauf hinweist, daß das Bundesverfassungsgericht den Auftrag lediglich inhaltlich und nicht quantitativ bestimmt habe, bleibt Gniffke bei seiner Aussage.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Mutmaßliche Gruppenvergewaltigung eines Mädchens in Speyer: Wir müssen unser Land endlich wieder sicher machen!**
Es ist eine der abscheulichsten Folgen der Migrations-Anarchie, welche Union und Ampelparteien über uns gebracht haben: Täglich gibt es laut Statistik zwei Gruppenvergewaltigungen in

Deutschland, die Täter schrecken dabei selbst vor Minderjährigen nicht zurück. Wirklich sichere Räume gibt es keine, wie ein erschreckender Fall im rheinland-pfälzischen Speyer jetzt gezeigt hat: Zwei Syrer und ein Deutsch-Kroate sollen auf einer Karnevalsfeier für Jugendliche über ein 15-jähriges Mädchen hergefallen sein.
Die Feier fand am Samstagabend im Jugendkeller der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) St. Joseph statt. Die Jugendliche wurde nach der Tat ärztlich behandelt, eine Vernehmung war noch nicht möglich. Die drei Verdächtigen konnten schnell ermittelt werden. Die beiden Syrer sind angeblich selbst 15 Jahre alt, der Deutsch-Kroate 19.
Während die Ampel mit ihren Propaganda-Abteilungen ARD und ZDF die Bürger benebelt und sie jedes Wochenende zu Regierungsdemonstrationen auf die Straße treibt, werden täglich vor allem Frauen und Mädchen mit der widerlichen Realität konfrontiert. Auch die katholische Kirche, unter deren Dach dieses jüngste Verbrechen stattfand, biedert sich lieber an die bunte Minderheitengesellschaft an und verteufelt die Opposition. Sie alle sollten sich schämen, wenn sie doch nur in der Lage dazu wären.
Man kann dem Mädchen nur wünschen, daß es die schreckliche Tat irgendwann überwinden wird. Und man kann nur immer wieder appellieren, daß die Bürger aus solchen Taten Schlüsse ziehen - und die AfD unterstützen, damit wir unser Land endlich wieder sicher machen können.
Ein Lagebild über die täglichen "Einzelfälle" auf: www.einzelfallticker.de<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Februar 2024: >>**Dresden mahnt: Keine Eskalation im Ukrainekrieg**
Am Gedenktag für die Bombenopfer von Dresden lautet die Botschaft: Nie wieder Krieg! Dagegen treiben Politiker wie Roderich Kiesewetter (CDU) das Land in den Dritten Weltkrieg. …
Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Außenpolitik-Experte Roderich Kiesewetter fordert in einem Interview mit der Deutschen Welle:
"Der Krieg muß nach Rußland getragen werden. Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden. Wir müssen alles tun, daß die Ukraine in die Lage versetzt wird, nicht nur Ölraffinerien in Rußland zu zerstören, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände."
Die russische Bevölkerung müsse laut Kiesewetter endlich aufwachen und begreifen, daß ein Diktator in Moskau herrsche. Dr. Erich Vad, Brigadegeneral a.D., Militärpolitischer Berater unter Merkel, hält im Interview mit der Berliner Zeitung dagegen:
"Wer heute fordert, man müsse Rußland besiegen und bis zur Handlungsunfähigkeit schwächen, übersieht zudem, daß ein Zusammenbruch der Russischen Föderation ein riesiges strategisches Vakuum hinterließe: Der Osten Eurasiens würde weitestgehend destabilisiert. Im Interesse des Westens wäre dies nicht. Darauf hat zuletzt noch Henry Kissinger kurz vor seinem Tode hingewiesen."
Militärische Abschreckung ist wichtiger Teil unserer Verteidigungsstrategie. Aber zu ihr gehören auch Dialogbereitschaft, Entspannungspolitik und vertrauensbildende Maßnahmen. Diese sogenannte Harmel-Doktrin wurde seit den 60er-Jahren vom westlichen Verteidigungsbündnis praktiziert.
Moskau hat im Ukraine-Krieg das Ziel, einen Nato-Beitritt der Ukraine und die Stationierung westlicher Truppen in der Ukraine zu verhindern. Strategisch und geopolitisch gesehen geht es Rußland darum, über eine Sicherheitszone zur Nato zu verfügen. Rußland weiß aus der historischen Erfahrung seit dem Feldzug Napoleons 1812 und zweier großer Kriege im 20. Jahrhundert, daß es von der nordeuropäischen Tiefebene aus am ehesten angegriffen werden könnte und dort entsprechend verletzlich ist.
Auch andere Staaten beanspruchen Sicherheitszonen für sich, so wie die Türkei im Nordirak

und in Syrien gegenüber den Kurden, Israel gegenüber der Hamas im Gazastreifen. So etwas ist nicht immer völkerrechtskonform; Militärs müssen das aber unabhängig von der jeweiligen Rechtslage, aus der strategischen Lage, die sich für beide Seiten daraus ergibt, interpretieren und verstehen. Erst so kann adäquat gehandelt werden.
Die Russen wollen die Kontrolle der Zugänge zum Schwarzen Meer im Griff behalten. Dazu gehört die Krim, auf der die Schwarzmeerflotte stationiert war. Übrigens war dies auch vertraglich geregelt, als die Ukraine noch die staatliche Kontrolle über die Krim hatte. Aus russischer Perspektive ist dies nicht verhandelbar. Der Oblast Kaliningrad, die Region Murmansk und die Schwarzmeerregion mit der Krim bilden die strategischen Eckpfeiler der westlichen Verteidigung Rußlands.
Diese Regionen zu kontrollieren, ist existentiell für Rußland, solange es Weltmacht sein will. Darüber hinaus geht es Rußland um die Kontrolle seiner strategischen Peripherie. Darauf hat der frühere Sicherheitsberater im Weißen Haus unter Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, früh hingewiesen.
Sicher ist es ein berechtigtes Interesse Rußlands eine Entmilitarisierung der Ukraine erreichen zu wollen, um eine Sicherheitszone zur Nato zu schaffen. Auch andere Staaten legen Wert auf Sicherheitszonen. Daher ist es jetzt höchste Zeit den Kriegstreibern den Kampf anzusagen und auf die Verhandlungsbereitschaft Putins, die er im Interview mit Tucker Carlson bekundet hatte, einzugehen, um den Ukrainekonflikt zu beenden. Weitere Waffenlieferungen befeuern den Konflikt nur.
Der Westen hat Mitschuld am Ausbruch des Ukrainekrieges, da das Minsker Abkommen von 2015, dessen Einhaltung die Ukraine befriedet hätte, niemals umgesetzt wurde. Merkel gab 2022 öffentlich zu, daß dieses Abkommen nur geschlossen worden war, um der Ukraine Zeit zur Aufrüstung zu geben und nie geplant war, es auch einzuhalten und umzusetzen.
Vor dem Einmarsch der Russen stationierten die US-Amerikaner Waffen im Wert von ca. 4 Milliarden Euro in der Ukraine mit Raketen, die in 8 Minuten Moskau erreichen können. Die US-Amerikaner haben inzwischen nahezu 100 Milliarden US-Dollar investiert, Deutschland als braver Vasall 17 Milliarden Euro in diesem Stellvertreterkrieg, der nur den Interessen der Amis nützt, ohne eine Wende herbeiführen zu können. Höchste Zeit, jetzt auszusteigen und den Kriegstreibern die Rote Karte zu zeigen!
Stattdessen reist Kanzler Scholz in die USA, um die Blockade des US-Senates, der keine weiteren 67 Milliarden US-Dollar für den Ukraine-Krieg freigeben will, umzustimmen. Wodurch? Durch Erhöhung des deutschen Anteils an den Kriegskosten natürlich, was sonst? - Der bayerische Seher Alois Irlmaier: "Im Dritten Weltkrieg werden mehr Menschen sterben als in beiden Weltkriegen zusammen.
Heute am 13. zum 14. Februar ist der. Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 durch die US-Amerikaner und die Engländer auf die wehrlose Stadt, die voll von Flüchtlingen vor der Roten Armee aus dem Osten war: 275.000 Tote nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes, nach Angaben von Kanzler Konrad Adenauer einige Jahre später: 250.000 Tote.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Ampel will Meinungsfreiheit ausschalten!**
Was Faeser und Haldenwang gestern verkündeten, ist die Aushöhlung von Rechtsstaat und Verfassung. Die Bundesinnenministerin stellte ein Gesetzespaket vor, das die Bekämpfung von Rechtsextremismus vorgibt. In Wirklichkeit richtet es sich gegen die AfD als einzige ernstzunehmende Oppositionspartei und die Meinungsfreiheit insgesamt. Dazu AfD-Bundessprecherin Dr. Alice Weidel:
"Die von Innenministerin Faeser vorgestellten Maßnahmen beziehen sich ausdrücklich auf all jene, die als angeblich ‚rechtsextreme Verdachtsfälle' ins Fadenkreuz dieser Regierung geraten sind.

Mit anderen Worten: Die bloße Unterstellung, jemand könne ‚rechtsextrem' sein, reicht bereits aus, um die Betroffenen mit massiven staatlichen Repressalien zu überziehen. Das ist nichts anderes als die Aufhebung der Unschuldsvermutung durch diese Regierung.
'Rechtsextrem' sind für sie bereits alle Bürger, die die Regierung kritisieren. Denn Regierungskritik ist für sie und den Verfassungsschutzpräsidenten Haldenwang bereits eine ‚verbale und mentale Grenzverschiebung'. Obwohl dies zwar nicht gegen geltendes Recht verstoße, setzt Faeser also grundgesetzlich geschützte Regierungskritik mit organisierter Kriminalität gleich.
Der AfD, die bereits willkürlich als 'Verdachtsfall' eingestuft wurde, soll dadurch die finanzielle Grundlage entzogen werden. Spendeneingänge würden laut Faeser behandelt wie der Zahlungsverkehr ‚krimineller Vereinigungen'. Noch vor der Europawahl will Faeser eine Erweiterung von Finanzermittlungen durchsetzen. Man setzt gleichzeitig gegen angeblich ‚rechtsextremistische Personen', die laut Verfassungsschutzpräsident Haldenwang ‚auch im Bundestag anzutreffen seien', bereits repressive Mittel ein.
Die Maßnahmen der Bundesregierung sollen nicht nur die politische Konkurrenz in Form der AfD ausschalten, sondern auch ein hohes Gut aller Bürger: Die Meinungsfreiheit. Die AfD unterscheidet nicht zwischen angeblich 'kriminellen' und 'regierungskonformen' Meinungen. Wir verteidigen die Meinungsfreiheit unseres Grundgesetzes."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Februar 2024: >>**Demokratie-Alarm: "Grüne" bauen eigene politische Polizei auf - Um Kritiker wird sich "gekümmert"!**
Auf dem Weg vom Ökosozialismus zum Ökofaschismus gehen die "Grünen" jetzt noch einen großen Schritt weiter: Sie haben eine eigene politische Polizei ("Polizei Grün") gegründet - mit Sitz in der Parteizentrale!
Was macht eine Regierung, die am Ende ist, die das Vertrauen der Bevölkerung verloren hat, die sich aber trotzdem mit Zähnen und Klauen an die Macht klammert? Sie schlägt wütend um sich - sie denunziert, diffamiert und drangsaliert! Wer nicht für die Ampel ist, ist "rechts(extremistisch)", wird als "Demokratiefeind" an den Pranger gestellt, vom Verfassungsschutz überwacht oder gerät in das Visier seiner linksgrünen Vorfeldorganisationen, die sich irreführender Weise Recherchenetzwerke nennen.
Die "Grünen" setzen dem Überwachungsstaat jetzt die Krone auf: Die Ökosozialisten haben eine eigene politische Polizei ins Leben gerufen! Aus Parteizentralen gesteuerte politische Polizeien - hatten wird das nicht bereits zwei Mal in Deutschland, mit verheerenden Folgen?
Ohnehin glauben nur noch 40 Prozent der Deutschen laut Umfragen, daß man hierzulande frei seine Meinung äußern darf. Jetzt aber sollten auch die letzten Schlafschafe aufwachen: Es ist absolut kein Witz: "Nie wieder" ist in einem beängstigenden Ausmaß "Schon wieder"!
"Ex-Bild-Chef" Julian Reichelt schlägt Demokratie-Alarm: "Das wirklich Allerletzte, was wir in diesem Land jemals wieder wollen, ist eine politische Polizei. Eine Polizei, die im Dienste der herrschenden Partei steht und mit der ganzen Macht der Polizei gegen politische Gegner, gegen die Kritiker der Mächtigen und unbequeme Medien vorgeht und mit Polit-Kommissaren gemeinsame Sache macht."
"Polizei AfD" - was wäre da wohl los?
Die von der Staatspropaganda auf die Straße getrommelten Menschen "gegen rechts", die in diesen Tagen zu Zehntausenden gegen die AfD demonstrieren, haben nicht begriffen, daß in Deutschland "Schon wieder" längst Realität ist! Man stelle sich einmal vor, es würde eine "Polizei der CDU" oder gar eine "Polizei der AfD" geben. Die Lichterketten würden von Garmisch bis Flensburg reichen, der Bundespräsident wäre im Dauer-Erregungszustand. Für die "Grünen" läßt der SPD-Apparatschik und frühere Linksextremist Frank-Walter Steinmeier offenbar andere Maßstäbe gelten. Sie dürfen bisher unwidersprochen ihre eigene politische

Polizeitruppe aufbauen - eine Polizei, die für die Ökosozialisten spitzelt und überwacht - demnächst womöglich auch verhaftet.

"Wir kümmern uns um Sie!"

Diese Art "Grünen-Gestapo" nennt sich ganz offiziell "Polizei Grün". Der Name soll einschüchtern und ängstigen: Passen Sie auf, was Sie sagen oder wir "kümmern" uns um Sie!

Sie haben richtig gelesen: Diese Einschüchterungstruppe, die sich aus echten Polizisten mit linksgrüner politischer Einstellung rekrutiert und im Hauptquartier der "Grünen" in Berlin-Mitte sitzt, will sich erklärtermaßen um Kritiker des linksgrünen Gesinnungsterrors "kümmern". Was für ein verräterischer Jargon!

Aber mit genau diesem Wort hat es "Polizei Grün" auf dem Kurznachrichtendienst "X" dem früheren "Bild-Chefredakteur" Julian Reichelt und dessen Portal angedroht. Reichelt ist entsetzt: Die "grüne" Polizei sei "nichts anderes als ein digitaler Schlägertrupp, wo echte Polizisten unter dem Namen Polizei als Vollstrecker grüner Ideologie auftreten. Partei-Polizisten, die Zugriff auf Polizei-Computer, auf Ihre Daten haben. Polizisten, die im Schutze der Grünen Partei gegen Presse- und Meinungsfreiheit vorgehen."

"Vollzugspolizeiliche Aufgaben"

Auf der Website von "Polizei Grün" heißt es: "Für die aktive Mitgliedschaft muß die Zugehörigkeit zu einer Länderpolizei, zur Bundespolizei, zum Bundeskriminalamt oder zur Deutschen Hochschule der Polizei nachgewiesen werden. Auch Mitarbeitende anderer Sicherheitsbehörden mit vollzugspolizeilichen Aufgaben können eine aktive Mitgliedschaft beantragen."

Es läuft einem eiskalt den Rücken hinunter: "vollzugspolizeiliche Aufgaben!"

Ob die "grüne" Polizei demnächst auch eine Art Leibstandarte für Parteichefin Ricarda Lang und andere Öko-Bonzen wird, bleibt abzuwarten. Volker Boehme-Neßler, Professor für Öffentliches Recht an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, hält die "Grünen-Polizei" jedenfalls für "rechtlich unzulässig" und "indiskutabel".

Stellt sich abschließend die Frage: Wo bleibt das Lichtermeer auf der Münchner Theresienwiese, wo bleibt der Aufschrei im Deutschen Bundestag, wo bleibt des Bundespräsidenten "Sorge um die Demokratie"?

MERKE: Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf. Allerhöchste Zeit, aufzuwachen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Februar 2024:

>>**Gender-Polizei: Wer darf wen durchsuchen?**

Von *S. Hofer*

Wenn also ein polizeilich festgenommener Mann sich zur Frau erklärt, darf er verlangen, daß er nur von Polizistinnen durchsucht wird. Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit "Irreversibler Schaden" …

In England dürfen Trans-Polizisten (also männliche Beamte, die sich für Frauen halten) Leibesvisitation an weiblichen Verdächtigen vornehmen. Klar, schließlich sind sie ja auch Frauen. Logisch, nicht? Bei so einem Wokeness-Vorstoß darf Deutschland natürlich nicht hintenanstehen.

Allerdings streitet die Berliner Variante nicht für das Geschlechtswahlrecht der Beamten, sondern des Durchsuchten. Der habe jetzt laut "nach § 81d S. 4 stopp" das Recht, daß "die Durchsuchung von einer Person des Geschlechtes, das die/der Betroffene wünscht" vorgenommen wird - so heißt es laut Nius in einer Veröffentlichung der Polizei.

Wenn also ein polizeilich festgenommener Mann sich zur Frau erklärt, darf er verlangen, daß er nur von Polizistinnen durchsucht wird. Für Exhibitionisten bestimmt eine gute Nachricht.

Schließlich gilt, daß das Geschlecht einer Person sich "nicht nach den primären Geschlechtsorganen richtet, sondern nach der geschlechtlichen Identität der betroffenen Person, die glaubhaft nachgewiesen werden muß."

Ein solch "glaubhafter Nachweis" würde durch Vorzeigen eines Antrages "auf Personenstandsänderung beim Amtsgericht, ärztlicher Dokumente, eines Ergänzungsausweises der Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V. (dgti) oder ähnlichem" erbracht.
Und wenn die Polizistinnen aber keinen Mann durchsuchen möchten? Dann müssen sie es trotzdem tun. Die "durchsuchenden Dienstkräfte" können/dürfen "die Durchsuchung dementsprechend nicht verweigern". Immerhin: Solche Durchsuchungs-Szenarien werden bestimmt manchen Porno-Drehbuchautor anregen.
Schützenhilfe für Gender-Kritiker liefert die US-Journalistin Abigail Shrier mit "Irreversibler Schaden". Das Werk, das in Amerika zum Skandal erklärt wurde, eignet sich ganz besonders als Handreichung für Jugendliche und besorgte Eltern, da die Gefahren des Transgender-Wahns deutlich benannt wird - und die Propaganda dahinter enttarnt wird.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Die Landesregierung MV hat vier E-Fahrzeuge: Wer E-Antriebe predigt, darf kein Benzin tanken**
Die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion zeigt, daß trotz massiver Förderung der Infrastruktur von insgesamt über 1,1 Millionen Kraftfahrzeugen in Mecklenburg-Vorpommern bislang 16.327 Fahrzeuge Stand Januar 2023 rein elektrisch oder als Hybrid neue Fahrzeuge mit alternativen Antrieben zugelassen wurden. Die Landesregierung selbst verzichtet nahezu darauf. Nur vier Fahrzeuge und damit sieben Prozent des Fuhrparks haben einen alternativen Antrieb. Dazu erklärt der wirtschafts- und haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Martin Schmidt:
"Wenn man das 15-Millionen-Ziel der Bundesregierung grob auf die Bevölkerung unseres Landes überschlägt, müßten hier in sechs Jahren allerdings 300.000 E-Fahrzeuge fahren. Diese sogenannte Mobilitätswende ist krachend gescheitert. Und an den 1.030 Ladesäulen scheint kein Andrang zu sein, da die Landesregierung nicht einmal den Nutzungsgrad irgendwie benennen kann oder will.
530.323 Euro wurden bspw. durch die Klimaschutz-Förderrichtlinie für Ladesäulen seit 2020 ausgegeben. 656.441 Euro gab es aus dem LEADER-Programm für Ladeinfrastruktur. Aus dem EFRE-Topf flossen dafür 5.251.218 Euro an den Schweriner Nahverkehr. Scheinbar führt dies nicht zum Erreichen der Ziele. Übertroffen wird das Scheitern dieser Förderprogramme nur durch die Wasserstoffutopie des Landes. Nahezu keine Abnehmer und Infrastruktur stehen zur Verfügung. Sie werden noch nicht einmal erfaßt. Es gibt drei Tankstellen im von der SPD ausgerufenen 'Wasserstoff-Texas'.
Kein Wunder also, daß die Landesregierung selbst auf konventionelle Fahrzeuge setzt. Rückblickend gab es früher sogar mal mehr E-Fahrzeuge. Aktuell sind nur vier Fahrzeuge in Einsatz. Eine Zeit lang waren es mal fünf. Über den Fuhrpark der gesamten Landesverwaltung schweigt man lieber komplett. Die sogenannte Mobilitätswende wird nur durch staatlichen Druck und ein paar Klimaschutz-Enthusiasten halbwegs gestützt.
Die Landesregierung will bekanntlich mehr E-Mobilität. Es stünde der Landesregierung daher gut zu Gesicht, wenn Schwesig und Kollegen wenigstens beim Fahrzeugkauf halbwegs eine Art Vorbild abgeben würden. Wer E-Antriebe predigt, sollte kein Benzin tanken. Ehrlich wäre es, wenn die Landesregierung ihr Scheitern der Mobilitätswende endlich einräumt und anerkennt, daß der Elektromotor für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern nicht massentauglich ist."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Februar 2024: >>**Dresden-Gedenken 2024: Hetze auf neuem Höchststand**
Von *Sven Reuth*
Der regierungsoffiziell ausgerufene "Kampf gegen Rechts" tobt sich auch mit voller Wucht

gegen die Dresdner Bombenopfer aus. Die letzten drei Tage haben wieder einmal gezeigt, wie weit man bei diesem Kampf gegen die Toten zu gehen bereit ist. Wahrheit statt Lüge und Hetze …

Man mußte dieses Jahr schon mit größten Bedenken zur Kenntnis nehmen, daß die Stadt und ihr durch mehrere Skandale angeschlagener FDP-Oberbürgermeister Dirk Hilbert die alljährlich stattfindende Menschenkette am 13. Februar unter das gleichermaßen paranoide wie sachfremde Motto "Gemeinsam wachsam" gestellt hatte. Schon dies machte deutlich, daß die offizielle Gedenkveranstaltung der Stadt sich nahtlos in jede x-beliebige "Kampf gegen Rechts-Veranstaltung" einreiht und rein gar nichts mehr mit der Bombardierung der Stadt zu tun hat.

Gewaltphantasien der Jusos

In dieses Bild paßt auch, daß die Gedenkstunde auf dem Dresdner Heidefriedhof am Aschegrab auf dem Ehrenhain für die Luftkriegstoten von einer offiziellen Protokollveranstaltung der Stadt auf eine sogenannte individuelle Gedenkveranstaltung heruntergestuft wurde. Auch hier hat die Stadt am Ende dem Druck gewaltbereiter Linksextremisten nachgegeben, die die Feierstunde in der Vergangenheit häufig gestört hatten.

Als Fazit läßt sich feststellen: Die auch in diesem Jahr erhobene Forderung der Grünen Jugend Sachsen, das Dresden-Gedenken vollständig einzustellen, ist de facto schon längst erfüllt worden. Mehr noch: Wenn man sieht, wie sehr die letzten Reste des offiziellen Dresden-Gedenkens fast ausschließlich nur noch einer platten politischen Instrumentalisierung dienen, dann muß man die Forderung der Grünen Jugend Sachsen nach einem Ende des offiziellen Dresden-Gedenkens mittlerweile eigentlich sogar unterstützen.

Wie aggressiv die Stimmung in diesem Jahr war, zeigte sich am vergangenen Sonntag schon am Rande des traditionellen und von nationalen Gruppen organisierten Trauermarschs. Linksextremisten versuchten immer wieder, mit Gewalt zu dem Gedenkmarsch, an dem etwa 1.200 Personen teilnahmen, vorzudringen. Die Polizei hatte viel zu tun und mußte die gewaltbereiten Linksextremisten an vielen Stellen zurückdrängen. Auf einem Transparent der linken Krawallos konnte man lesen:

"Neonazis jetzt tut's weh, Steine für die AfD"

Als Urheber dieser Parole, die man nur als Ankündigung einer schweren Straftat werten kann, gaben sich die Jusos zu erkennen. Was wäre bloß wieder los gewesen, wenn die AfD oder eine andere patriotische Organisation oder Partei eine solche Losung gezeigt hätte?

Der Vernichtungswille gegen jede Form eines authentischen Dresden-Gedenkens wurde dann auch am Montag, dem 12. Februar, erneut deutlich. Gestern schon sorgten die Freien Sachsen und die Bürgerinitiative Ein Prozent für einen gleichermaßen spektakulären wie auch würdigen Gedenkakt. Am Rande des allwöchentlich stattfindenden Dresdner Montagprotests wurde ein tonnenschweres Metalldenkmal für die Dresdner Bombenopfer auf dem Dresdner Altmarkt aufgestellt.

In dem Metallwürfel, der mit dem bekannten Zitat von Gerhart Hauptmann geschmückt war, wurde ein Gedenkfeuer für die Bombenopfer entzündet. Nicht nur Passanten, sondern auch vorübergehende Touristen zeigten sich bewegt über diese Form des Gedenkens.

Kripo kontrolliert Hotel-Gästelisten

Um 1 Uhr 30 ließ Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) dann die Feuerwehr anrücken, um das Mahnfeuer zu löschen. Dann rückte das THW mit schwerem Gerät an, um das Denkmal zu demontieren - hier kann also plötzlich sehr schnell gehandelt wurde. Wie mittlerweile bekannt wurde, steht das Denkmal nun auf einem Bauhof der Stadt.

Die Freien Sachsen teilten dazu auf Telegram mit:

"Das Denkmal für die Opfer des alliierten Bombenterrors, das in der Nacht zum 13. Februar auf dem Dresdner Neumarkt von Stadt und THW entfernt wurde, ist aufgetaucht: Es befindet

sich im städtischen Bauhof. Unklar ist jedoch, was die Stadt damit plant. Wir fordern Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf, das Denkmal unverzüglich herauszurücken und an einen angemessenen Ort in der Dresdner Innenstadt aufzustellen!
Die Nerven bei Dresdens Behörden scheinen indes blank zu liegen, wie nicht nur die nächtliche Entfernung des Denkmals zeigt: Ein Großaufgebot der Polizei ist bereits in der Stadt, um Hilberts Auftritt abzusichern. In einem Hotel am Neumarkt tauchten am Morgen sogar Mitarbeiter der Kriminalpolizei auf, um sich die Gästelisten zeigen zu lassen - ein rechtswidriges Vorgehen, denn auch die Errichtung des Denkmals war keine Straftat."
Dann kam schließlich der 13. Februar. Mit dem Dresdner Demogeschehen vertraute Beobachter hatten schon vorhergesehen, daß es an diesem Tag auf dem Altmarkt hoch hergehen würde. Patriotische Initiativen wie die "Heidenauer Wellenlänge" oder "Dresden mahnt" oder auch der patriotische Aktivist Marcus Fuchs hatten am Luther-Denkmal auf dem Neumarkt sowie auf dem Altmarkt zu Gedenkveranstaltungen oder einem Stillen Gedenken aufgerufen. Die AfD wiederum hatte für den Abend eine Kranzniederlegung an der Stelle des Altmarkts geplant, an dem der Dresdner OB Dirk Hilbert zu Beginn dieses Jahres in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eine Gedenkinschrift an die Bombenopfer hatte entfernen lassen.
Glockenläuten geht in Haßparolen unter
Dieses Areal wurde dann den ganzen Abend über regelrecht belagert - sowohl von einem linksextremistischen Antifa-Mob, der auch unbeteiligte Passanten einschüchterte und beleidigte, wie auch von den Teilnehmern der angeblich so überparteilichen und vermeintlich politisch neutralen Lichterkette, die von der Stadt organisiert wurde. Kurz nach 20 Uhr setzten Linksextremisten zu einem Sturm auf den Gedenkort in der Mitte des Altmarkts an und konnten von der Polizei nur durch den massiven Einsatz von Pfefferspray gestoppt werden.
Als auch gestern wieder um 21 Uhr 45 wie jedes Jahr als Erinnerung zur Uhrzeit des Beginns des damaligen Bomberangriffs die Glocken läuteten, da ging das im ohrenbetäubenden Lärm und den Haßparolen einer rasenden Menge auf dem Altmarkt unter.
War es Strafvereitelung im Amt?
Die Initiative "Dresden mahnt" stellte dazu nun heute auf ihrem Telegram-Kanal fest:
"Die Zugangsbeschränkungen und Konfrontationen, die viele Teilnehmende daran hinderten, die Versammlungsfläche zu erreichen, sowie die Überforderung der Polizeikräfte haben gezeigt, daß die Bedingungen für ein friedliches und würdiges Gedenken nicht vollständig gegeben waren.
Angesichts dieser Umstände haben wir beschlossen, eine rechtstaatliche Prüfung auf 'Strafvereitelung im Amt' in Gang zu bringen. Dieser Schritt ist notwendig, um zu untersuchen, ob durch Unterlassen oder Handlungen seitens der zuständigen Behörden und Einsatzkräfte eine angemessene Ausübung der Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verhindert wurde. Es ist unsere Pflicht, sicherzustellen, daß alle Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf friedliche Versammlung wahrnehmen können, und wir müssen jegliches Versäumnis, dieses Recht zu schützen, ernst nehmen.
Diese Hindernisse haben uns vor Augen geführt, daß die Arbeit, die vor uns liegt, nicht nur in der Erinnerung an historische Ereignisse besteht, sondern auch in der täglichen Verpflichtung, für eine Gesellschaft einzustehen, in der Dialog, Toleranz und das Recht auf friedliche Versammlung uneingeschränkt gewährleistet sind."
Eines konnte die von den staatsoffiziellen "Kampf gegen Rechts-Hetzern" aufgehetzte Meute aber nicht verhindern, nämlich daß in der Mitte des Altmarkts auf dem von der Polizei geschützten Areal ein würdiges und schönes Gedenken an die Dresdner Bombenopfer abgehalten werden konnte, das seinen Namen wirklich verdiente.
SPD-Mann räumt Kerzen ab
Das immer mehr Dresdner Bürger das Gedenken in ihre eigenen Hände nehmen ist offenbar

für die Vertreter des Altparteienkartells unerträglich. So ließ der SPD-Stadtbezirksbeirat Lutz Hoffmann über seinen X-Account wissen, er habe den Platz vor dem Klinikum in Dresden-Friedrichstadt gemeinsam mit einer weiteren Person von "Schund" geräumt, womit dort aufgestellte Kerzen für die Bombenopfer gemeint waren.
Offenbar war Herrn Hoffmann nicht bewußt, daß die mutwillige Zerstörung solcher Gedenkorte eine Straftat ist. Seinen Post auf X hat er mittlerweile wieder gelöscht. Sein Handeln ist dennoch absolut typisch für die Geisteshaltung des Dresdner-Stadt-Establishments, das sich in kaum einer Nuance mehr von derjenigen irgendwelcher Linksextremisten zu unterscheiden scheint.
Der Dresdner SPD-Kommunalpolitiker Lutz Hoffmann vernichtete nach eigenen Angaben eigenhändig einen mit aufgestellten Kerzen dekorierten Gedenkort am Krankenhaus Friedrichstadt. Foto: Screenshot des Telegram-Kanals von Max Schreiber.
Diese Stadtoberen betonen dabei immer wieder selbst, daß es ihnen nicht um das Gedenken an die Dresdner Bomberangriffe geht. So äußerte gestern der Dresdner OB Hilbert als Redner vor der Menschenkette:
"Wir stehen aber auch hier, weil in den vergangenen Wochen in unseren Land hunderttausende von Menschen auf die Straße gegangen sind, um für unsere Demokratie zu demonstrieren - auch hier in Dresden. Diese Demonstrationen haben eine weit größere Bedeutung als der normale politische Wettstreit verschiedener Parteien oder Ideologien. ... Deshalb bin ich der festen Überzeugung: Wir können und dürfen die Menschenkette als Teil dieser Bewegung betrachten."
Wieder einmal eine mehr als selbstentlarvende Äußerung. Das Dresden-Gedenken soll nach dem Willen von OB Hilbert Teil des staatsoffiziellen "Kampf gegen Rechts" sein, bei dem man sich zwar lautstark über Extremismus echauffiert, selbst aber Arm in Arm mit gewalttätigen Extremisten marschiert. Nein, das offizielle Gedenken der Stadt sollte tatsächlich ruhen, bis endlich wieder Politiker im Rathaus sitzen, die noch eine Beziehung zu ihrem Volk und ihrer Stadt haben.
Wahrheit statt Lüge und Hetze: In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" geben wir den Opfern eine Stimme.<<

Schweiz: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Februar 2024:
>>**Heimliche Planung einer WHO-Diktatur**
Von *Karel Meissner*
Nächste Woche startet in Genf eine WHO-Marathonsitzung. Ziel: Ihre Ermächtigung zur Diktatur-Behörde bei der nächsten "Pandemie". …
Es soll still und heimlich geschehen. Während Mainstream-Medien die Bürger mit Empörungs-Entertainment ("Wie politisch-korrekt ist Karneval?" Oder: "Wie rechts ist die Bauernbewegung?") ablenken, versucht die WHO ihre globalen Herrschaftsansprüche zu etablieren. Gipfel der Ironie: Die Bürger sollen ihre Entmündigung durch Steuer-Milliarden selber finanzieren.
Die konservative Stiftung Citizengo schlägt Alarm: Die Weltgesundheitsorganisation WHO plant für den 19. Februar, also in der kommenden Woche, einen vierzehntägigen Sitzungsmarathon in Genf. Am 24. Mai soll unterzeichnet werden. Wahrscheinlich werden Propaganda-Medien erst anschließend darüber berichten - wenn es zu spät ist.
Damit einzelne Staaten wie Schweden nicht länger "querdenken", fordert die WHO ihre Ermächtigung zur Weltgesundheitsdiktatur: Die Länder sollen für die Dauer kommender "Pandemien" ihre Souveränität abtreten. WHO-Befehle wären für alle Regierungen rechtlich bindend: Sie könnte weltweit bestimmen, wer im Lockdown versauern und an der kommenden Zwangsimpfung sterben muß. Citizengo faßt die Forderungen zusammen:
"- Erweiterte Kontrolle über Ärzte, Spitäler und alles, was im weitesten Sinne mit Gesundheit

zu tun hat.
- Die Befugnis, globale Gesundheitspolitik vorzuschreiben, was die Souveränität jedes Landes und das Recht jedes einzelnen Bürgers, über Behandlungen und Impfungen selbst zu entscheiden, einschränken würde
- Die Befugnis, jederzeit eine Pandemie auszurufen und Maßnahmen zu ergreifen, die unseren Alltag und unsere Wirtschaft empfindlich beeinträchtigen würden. Die WHO bekäme die Kontrolle über Reisen, Kommunikation, religiöse Versammlungen und sogar Firmenschließungen.
- Maßnahmen zur Bekämpfung sogenannter Falschinformationen, mit denen die WHO unsere Meinungsfreiheit einschränken und bestimmen dürfte, was als Wahrheit gilt und was zensiert wird."
Natürlich weiß die WHO, daß ihr Aufstieg zur Orwell-Behörde auf Widerstand stoßen wird. Propaganda-Medien und "Faktenchecker" unterstützen sie durch ihr Schweigen. Wir nicht. Die Citizengo-Petition gegen diese WHO-Anmaßung können Sie hier unterschreiben.
Unser Paket "Impf-Tribunal - die Anklageschrift" enthält alle Fakten, mit denen man den Impf-Verbrechern den Prozeß machen kann - und die Mitmenschen überzeugt, von welchen Verbrechern wir regiert werden. ...<<

15.02.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Februar 2024: >>**Handelskonzerne beharren auf COMPACT-Verbot**

Von *Jürgen Elsässer*

Seit Ende letzter Woche ist COMPACT-Magazin aus Verkaufsknotenpunkten wie etwa an Bahnhöfen verschwunden - die großen Handelsketten haben ein Verkaufsverbot verhängt! Dieser in der Bundesrepublik historisch einmalige Angriff auf die Pressefreiheit muß zurückgeschlagen werden - wir brauchen die Unterstützung unserer Leser.

COMPACT hatte den Handelsriesen ein Ultimatum gestellt, das bis gestern (14.2.) befristet war: Schluß mit dem Boykott oder Klage! Die Antwort des Handelsriesen Valora, einer der Beherrscher der Bahnhofsbuchläden, kam rechtzeitig, aber sie war negativ. Der Verkaufsboykott wird also fortgesetzt.

Wie rechtswidrig dieser historisch einmalige Bruch des Artikels 5 Grundgesetz ist, zeigt sich an der Stellungnahme des Gesamtverbandes Pressegroßhandel, dessen Mitgliedsfirmen vor allem die Zehntausende kleinen Kioske im Bundesgebiet beliefern: "Es liegen keine Informationen vor, wonach einzelne Ausgabe des Magazins COMPACT oder das Magazin als solches auf dem Index stehen oder durch die zuständigen Behörden verboten wurden", so Geschäftsführer Kai Albrecht in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem Pressedienst "Übermedien" - und er verweist auf die Pressefreiheit und den daraus folgenden neutralen Versorgungsauftrag des Pressegroßhandels.

Das ist die korrekte Rechtsposition, vielen Dank für die Klarstellung, Gesamtverband Pressegroßhandel! Wie aber begründen Handelsriesen wie Valora, daß sie sich nicht an diese Rechtslage halten wollen? Mit einem Trick: Sie erklären, sie gehörten nicht zum Großhandel, sondern seien Einzelhändler! Und das, obwohl sie hunderte von Filialen an den wichtigsten Verkaufsflächen wie Bahnhöfen und Flughäfen kontrollieren.

Angst vor unseren populären Titelbildern

Dieser Rechtsbruch wird vor den Gerichten keinen Bestand haben - im Normalfall. Aber der Druck auf die Justiz durch das Regime ist erheblich, ein Verfahren kann lange dauern. Offensichtlich haben die Handelsgiganten die Rückendeckung der Politik, die ihnen gesagt hat: Je länger COMPACT von den wichtigen Verkaufsstätten verschwindet, um so eher wird sich das Publikum denken, daß es das Magazin nicht mehr gibt. So wollen sie uns fertigmachen.

Ein sogenannter Medienexperte sagte heute gegenüber dem "Deutschlandfunk": "Wenn die

irgendwo stehen in ganz, ganz vielen Supermärkten und Bahnhofskiosken, COMPACT ist so gestaltet, daß die sehr sprechende Cover haben, das heißt, die springen einen an, die sind provokativ, die sind bunt, die haben krasse Schlagzeilen. Und das ist natürlich darauf angelegt, daß die im Buchhandel sofort Leute ansprechen und gegebenenfalls noch mal Stimmungen anfachen und dazu beitragen oder Leute neugierig machen, da mal reinzugucken."
Genau diese starke Außenwirkung von COMPACT soll mit dem Kiosk-Verbot beseitigt werden … Und leider muß befürchtet werden, daß sich der Verkaufsboykott auch auf die Kioske des Großhandels ausweitet, obwohl der Großhandelsverband sich - siehe oben - nicht dem Rechtsbruch anschließt: Einfach deswegen, weil viele kleine Kioskhändler im derzeitigen Hetzklima "gegen Rechts" unsicher sind, ob noch die Pressefreiheit wie bisher gilt oder schon das Faustrecht der "bunten Republik" … Und tatsächlich erreichen uns immer wieder Berichte, wie Kioskverkäufer bepöbelt und bedroht werden, nur weil sie, wie seit vielen Jahren, COMPACT anbieten.

Jedes Abo hilft - uns, aber vor allem auch Ihnen

Aber COMPACT ist unkaputtbar, wenn wir jetzt zusammenhalten. Wir sind ein gesundes Unternehmen und haben eine gefüllte Kriegskasse für solche Fälle. Trotzdem trifft uns das Verbot der Handelsriesen, weil es unsere Aufwärtsentwicklung im so wichtigen Wendejahr 2024 stoppt. Das Regime will uns zum Verstummen bringen, weil COMPACT als reichweitenstärkstes Medium der Opposition mit entscheidend dazu beitragen kann, daß die blaue Welle in diesem Jahr alle Brandmauern wegspült. Deswegen brauchen wir Ihre Solidarität, liebe Leser!
1) Bitte helfen Sie uns in der gerichtlichen Auseinandersetzung mit den Feinden der Pressefreiheit! Das juristische Vorgehen wird teuer, wir brauchen die besten Anwälte. Spenden Sie bitte!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.362/…): >>**KI: Wahn und Wirklichkeit**
Ist das unsere Zukunft, eine neue KI-dominierte Welt? Werden wir zu Sklaven der KI? Können sich da selbst schwachköpfige Autoren über eine entsprechende KI einen geschliffenen Schreibstil angedeihen lassen und den als den ihrigen ausgeben?
Von *Hans-Jörg Müllenmeister*
Die Pisa-Studie bewies: Die Summe der Intelligenz auf unserem Planeten ist konstant. Die Bevölkerung wächst, vor allem in Deutschland! Da muß Künstliche Intelligenz her, die soll's wieder richten. Schließlich wollen wir Hightech-Getriebenen endlich zum Mars. Kurz: Je besser die KI, desto mehr dumme Menschen können wir uns leisten.

Was verstehen wir unter Künstliche Intelligenz?

Die Heimat der Künstlichen Intelligenz (KI) ruht nicht in den Köpfen, vielmehr ist sie in aller Munde. Im mystischen Dickicht der Computer-Technologie fallen weitere aparte Begriffe wie Algorithmen, neuronale Netze oder das Deep Learning. Aber was ist überhaupt Künstliche Intelligenz?
Stellen Sie sich dazu ein lernwilliges Kind vor, das durch Regeln, Muster und Wiederholungen seinen Lebensweg schrittweise erkundet, dann haben Sie im Prinzip eine "Computer-Lernmaschine mit KI" konform abgebildet. Allerdings fehlt ihr die typisch menschliche Empathie - es gebricht ihr an letzter Kreativität mit der wir Zweibeiner aus Fleisch und Blut, samt den denkwilligen Synapsen, die Lösung eines Problems finden können.
Auf die KI übertragen, heißt das: Je mehr Daten sie bekommt, um so schein-intelligenter ist sie. Rasch gelingt es ihr, daraus eigenständige Rückschlüsse zu ziehen, um eine komplexe Aufgabe zu lösen. Dabei ahmt sie unsere Verstandesleistung, unsere Intelligenz nach. Sie ist vor allem fähig, Muster und Trends in großen Datenmengen zu erschließen, die für Entscheidungen und Prognosen bedeutend sind. Etwa in der Spracherkennung, im Finanz-Unwesen bis

hin zur personalisierten Medizin der Weißkittel-Zunft oder auch in der Roboter-Technik. Genau für diese Aufgaben ist die KI prädestiniert.

Der KI-Quantensprung in der Computertechnologie

Vorab zur Information: Die ungeheure Flut weltweit produzierter digitaler Speicherkapazität liegt bei etwa 40 Zetta-Byte (eine Trilliarde Bytes; das ist eine 1 mit 21 Nullen). Ein Bit ist ja die kleinste Informationseinheit des Computers und entspricht den Zuständen Strom (1) an und Strom aus (0). Ein Byte = 8 Bit = 256 Werte.

Zu Beginn der KI-Technologie war das Trainieren von Algorithmen für maschinelles Lernen begrenzt. Ein Algorithmus ist übrigens eine Art Rezept, das einem Computer sagt, was er Schritt für Schritt tun soll, um ein bestimmtes Problem einer Lösung näher zu führen. Aber Vorsicht: Eingegebene Algorithmen haben kein moralisches Bewußtsein. Erst als es gelang, größere Datenmengen zu verarbeiten, konnte sich die KI in das menschliche Denken - aber nicht ins Fühlen - mehr und mehr "hineindenken".

Dies mit verbesserter Speicherkapazität und fortschrittlicheren Algorithmen. In den letzten Jahren hat die Künstliche Intelligenz mit der Entwicklung des sog. Deep Learning erhebliche Fortschritte gemacht. Damit lassen sich künstliche neuronale Netzwerke mit mehreren Schichten trainieren.

Das künstliche neuronale Netz

Stellen Sie sich dieses Gebilde aus vielen miteinander verbunden Mini-Computern vor, ähnlich wie das Synapsen-Netzwerk im menschlichen Gehirn. Was geschieht beim Training? Auf die eingehenden Daten wendet die KI in verschiedenen Ebenen Muster-Erkennungen an. Diese Muster werden so von Schicht zu Schicht immer abstrakter und nützlicher, um Entscheidungen oder Vorhersagen zu treffen. So lernt das Netzwerk Zug um Zug komplexere Muster zu erkennen.

Und doch gebricht es der Künstlichen Intelligenz an Kreativität

"Hier stock ich schon, wer hilft mir weiter fort", das sagte einst Rat-suchend Goethes Faust. Da, wo es nämlich auf kreative Intelligenz ankommt, stockt die Entwicklung der KI. Warum? Weil die derzeitige Dateneingabe keine kreative Komponente enthält, will heißen: die Entscheidung einer KI wird nur auf der Grundlage der bestmöglichen analytischen Lösung getroffen. Und das ist nicht unbedingt die richtige.

Keinem noch so guten KI-Computer gelingt es bisher, in seinen Entscheidungen menschliche Kreativität, Intuition und Empathie erfolgreich nachzuahmen. Die historische "Unsterbliche Schach-Partie" verdeutlicht das: Eine hochkreative und opferreiche Schachpartie, 1851 von Adolf Anderssen gespielt, von einem der besten Schachspieler des 19. Jahrhunderts. Er opferte einen Läufer, beide Türme und schließlich auch seine Dame.

Mit den verbliebenen Leichtfiguren erzwang er das brillante Matt. Das vermag ein noch so KI-strotzender Schachcomputer nicht. Übrigens gibt der Programmierer dem Rechner nicht vor, wie er auf jeden Zug seines Gegenspielers reagieren soll. Vielmehr erlernt er während des Spielens, wie bestimmte Züge aufeinander aufbauen und welche Wechselwirkungen sie haben. Beim Erlernen spielt der Computer gegen sich selbst, nicht gegen den Menschen. Bei geschätzten 2 hoch 1.043 möglichen Stellungen auf dem 64-feldrigen Schachbrett wäre es schlicht unmöglich "per Hand" einem Computer alle möglichen Schachzüge beizubringen. Nebenbei gesagt: 2 hoch 10 sind schon 1.024 Möglichkeiten.

Bestenfalls könnte eine KI versuchen, die Idee hinter dieser Partie zu verstehen, indem sie z.B. die Eröffnung, die Stellungsbewertung, die Kombinationen und die Mattmotive analysiert. Sie könnte auch versuchen, die Partie mit anderen berühmten Partien zu vergleichen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu finden. Aber ist das möglich mit imitierter menschlicher Kreativität, einem Bündel aus Intuition, Emotion, Inspiration und Originalität?

Leisten Sie sich eben mal einen KI-geprägten Picasso

Künstliche Intelligenz spielt in der Kreativ-Wirtschaft zunehmend eine immer größere Rolle. Dazu trägt der leichte Zugang zu KI-Werkzeugen bei. Kunstbanausen können diese kreativen KI-Tools zur "Erschaffung" computer-generierter Bilder und Kunstwerke nutzen. KI-Bildgeneratoren erzeugen in Minutenschnelle sehr realistisch anmutende Bilder, sogar in verschiedenen Stilarten. Mit anderen Tools können wir Illustrationen für Produktdesigns erzeugen.
Doch wie stark ist der Einfluß der Künstlichen Intelligenz auf unsere aktuelle TV-Werbelandschaft? Sind wir gezwungen, den hereinbrechenden, ideenlosen Werbe-Tsunami mit stereotypem Gehampel und schrillen Tönen zu ertragen? Man erinnert sich mit Wehmut und einem Lächeln an die alten Webespots zurück: An das HB-Männchen, an den Klementine-Spot für Ariel oder an Humphrey Borgart mit "Finden Sie einen Optiker, der günstiger ist als Fielmann". Das waren noch originelle kreativ ausgedachte Spots voller Humor, Esprit und Charme.

Der gefälschte Olav

Tools sind in der Lage synthetische Gesichter zu erschaffen, die glatt als echte Gesichter durchgehen. Es bedarf schon menschlicher Experten, um Echtheit oder Fälschung zu erkennen. Da ruht fatalerweise ein nicht ausgeschöpftes Betrugspotential und harrt seiner kriminellen Anwendung. Die KI kann uns sogar extrem realistisch gefälschte Videos, Audioaufnahmen und Bilder vorgaukeln, bekannt als "Deepfakes".
Neulich sahen wir im Fernsehen einen synthetisch erzeugten Bundeskanzler Olav Scholz in Bild und Ton. Nun, uns' Olav Waterkant-Stockfisch-Gestalt mit seinen sparsamen Gesten und bekannt durch seine ruhige Sprechweise, eignet sich hervorragend für eine synthetische Darbietung. Sein Video bestach. Dagegen sind Ampel-grüne Politiker unbestechlich, sie nehmen nicht einmal Vernunft an.

Deepfakes, Schattenseite der Künstlichen Intelligenz

Ist das unsere Zukunft, eine neue KI-dominierte Welt? Können sich da selbst schwachköpfige Autoren über eine entsprechende KI einen geschliffenen Schreibstil angedeihen lassen und den als den ihrigen ausgeben? Lassen sich gar Romane oder Drehbücher aus der KI-Retorte heben, ähnlich wie die dubios erworbenen Doktorwürden einiger Politiker, allen voran ein edler Herr von "Schlechtental"? Wäre es sogar Kriminellen möglich, ein Testament des Erblassers zu ihren Gunsten "eigenhändig" zu fälschen?
Ohne Frage, im guten Sinne wird die KI demnächst stärker in der Verbrechensprävention und bei der Strafverfolgung eingesetzt (u.a. die Gesichtserkennung). Auch die Fluchtgefahr von Gefangenen lassen sich so genauer einschätzen und Straftaten oder Terroranschläge vorhersagen und sogar verhindern.

Seien wir allzeit wachsam und skeptisch bei "schicken" Technologien

Risiken der Anwendung des mächtigen KI-Werkzeugs sind sorgfältig abzuwägen. KI sollte nur menschliche Entscheidungen unterstützen mit verläßlichen und repräsentativen Daten.
Denken Sie an weitere "Hightech-Wonneproppen", die uns die moderne Technologie schenkt. Siehe dazu den Beitrag "5G-Netz: Zwiespalt zwischen Vernunft und Zukunftswahn", denn für jede Innovation gilt der Grundsatz "Cui bono", wem nützt das? Noch attackieren die im GHz-Bereich strahlenden Hightech-Schleichkatzen nicht unsere Gesundheit. Oder denken Sie an die Fortschritte in der Gen-Technik.
Unbenommen von aller Ethik und Moral, fuhrwerkt man auch in fragwürdiger Absicht im menschlichen Erbgut herum. Mißbrauch ist hier der böse Stiefvater des guten Sprößlings. Die Ergebnisse Künstlicher Intelligenz hängen davon ab, wie sie konzipiert sind und mit welchen Daten man sie füttert. Diese können absichtlich oder unabsichtlich verzerrt sein. Wer sich künftig KI-Tools ohne Murren und Knurren in seinen Körper implantieren läßt, geht ein hohes Sicherheitsrisiko ein. Die Gefahr besteht darin, daß sich unbemerkt fremdgesteuert, sogar über

große Distanzen, das Tor öffnet für ein unbefugtes Eindringen in die Intimsphäre.
Zukunftsaussichten in einer KI-affinen Gesellschaft
Ich befürchte, daß Künstliche Intelligenzen in Zukunft manchen Beruf ad absurdum führen. Die mit KI automatisch gesteuerte Übersetzung bricht Sprachbarrieren und womöglich den Übersetzern das Genick. Das Heer der teuren Winkeladvokaten und Links-Anwälten könnte sich stark dezimieren. Viele Taxi-Unternehmen würden autonome Fahrten anbieten und Taxler den Fahr-Garaus machen, Klar … Na, da denken auch einige Zahlungsanbieter ernstlich darüber nach, eben mal 1000 Mitarbeiter an die Luft zu setzen, wegen effizienteren "KI-Mitarbeitern". Und im nächsten moral-sterilen, KI-gesteuerten Weltkrieg, feiert die Autonomie der Waffensysteme donnernd ihre Hochzeit. Hoffentlich gibt es dann neben dem resistenten Giftmüll aus machtlüsternen Despoten nur noch "tote" Drohnen.
Bloß keine KI-Sklaven sein; pflegen wir statt dessen das eigene Lernen, …
… sonst wird aus dem Meister ein Sklave. Der weise griechische Philosoph Sokrates sagte vor über 2.400 Jahren archaisch geprägt: "Lernen besteht in einem Erinnern von Informationen, die bereits seit Generationen in der Seele des Menschen wohnen".
Im erlernten Anwenden ist die KI ambivalent. Zu sehr besteht in Zukunft die Gefahr, daß wir KI-Süchtigen unreflektiert das Denken und Handeln leichtfertig der Künstlichen Intelligenz überlassen. Es ist ein Circulus vitiosus, der Konflikt zwischen unserem ethischen Handeln und dem Fortschritt der Computer-KI-Technik. Diesen dekliniere ich augenzwinkernd so:
Je mehr Daten die KI lernt, desto intelligenter ist sie.
Je intelligenter sie ist, desto mehr menschelt sie.
Je mehr sie menschelt, desto weniger intelligent ist sie.
Je weniger intelligent sie ist, desto mehr menschelt sie.
Je weniger sie menschelt, desto intelligenter ist sie.
Aber warum überhaupt noch lernen? Übertragen wir das Lernen doch ganz der KI, dann sind wir außer Obligo und damit aus dem Schneider. Das wäre zweifellos ein katastrophaler Fehler unserer auf Komfort getrimmten Gesellschaft. Die Büchse der Pandora ist bereits geöffnet und die Künstliche Intelligenz tritt selbstbewußt in Erscheinung. Sie wird sich wie eine Pandemie über alle Gesellschaftsschichten hinweg ausbreiten. Verstricken wir uns evolutionär in eine gefährliche Rolle? Es dräut Gefahr, daß unsere kollektive Intelligenz sich zügig der kognitiven Leistungsfähigkeit einer Stubenfliege annähert.
In Goethes Bildungsroman "Wilhelm Meisters Lehrjahre" heißt es:
"Der Menschen größtes Verdienst bleibt wohl, wenn er die Umstände soviel als möglich bestimmt und sich so wenig als möglich von ihnen bestimmen läßt" - wohl wahr, im Hier und Jetzt, eben von einer zwiespältig anwendbaren Künstlichen Intelligenz.<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.365/…):
>>**Habecks brisantes Atom-Aus-Geständnis: "Erst, wenn neue Kraftwerke ausgebaut sind, kann man Atomkraftwerke abschalten"**
Robert Habeck hat plötzlich eine Einsicht zum AKW-Aus.
Redaktion
Würde Robert Habeck auf Robert Habeck hören, würden in Deutschland noch Atomkraftwerke sauberen Strom liefern ...
Es ist ein brisantes Eingeständnis verfehlter Energie-Politik: Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck gibt öffentlich zu, daß es keine gute Idee ist, Kernkraftwerke abzuschalten, bevor man eine neue, verläßliche Energiequelle hat - und dennoch hat Habeck das Atom-Aus im April 2023 nach einer dreimonatigen Verlängerung nicht verhindert.
"Richtig ist, daß eine Veränderung eines Systems - die Dekarbonisierung - bedeutet, man muß was Neues aufbauen", so Habeck im Gespräch mit dem RND. Er habe von der Vorgängerregierung nur Ausstiegsdaten aus Atom- und Kohle-Energie hinterlassen bekommen, jedoch

nicht den nötigen Ersatz, schimpfte der Minister. Und weiter: "Garantien fallen nicht vom Himmel, sondern das Gelingen liegt darin begründet, daß Dinge auch gemacht werden: heißt also Netzausbau, Ausbau von erneuerbaren Energien, Ausbau einer neuen Generation von Kraftwerken. Das schieben wir alles an."
Dann der Hammer-Satz: "Erst, wenn es getan wird, kann man dann andere Geräte abschalten, also Atomkraftwerke oder dann Kohlekraftwerke."
Heißt: Habeck erkennt öffentlich an, daß grundlastfähige Kraftwerke - wie Atomkraft oder Kohle - erst dann abgeschaltet werden können, wenn man einen gleichwertigen, verläßlichen Ersatz dafür hat.
Und den hat Deutschland längst nicht: Auch nach 20 Jahren "Energiewende" haben Wind, Solar & Co. erst im vergangenen Jahr erstmals die Hälfte des Stroms geliefert. Wie wochenlange windstille Phasen ("Dunkelflauten"), in denen Wind und Sonne völlig ausfallen, kompensiert werden sollen, steht noch in den Sternen. Die benötigten Energiespeicher und Back-up-Kraftwerke jenseits von Kohlekraft existieren nur in grünen Träumen. Wohl deshalb wird der von der Ampel-Regierung für 2030 angestrebte Ausstieg aus der Kohle längst in Frage gestellt.
Besonders brisant ist Habecks Erkenntnis, weil sein Ministerium in dieser Woche ein Gerichtsverfahren gegen das Medium Cicero verloren hat. Das Magazin hatte um Herausgabe aller internen Informationen rund um den Atom-Ausstieg gebeten, was das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium mit einer Reihe an Ausreden verhindern wollte. Das Gericht verpflichtet Habecks Ministerium nun zur Herausgabe. Darin werden sachliche Gründe der Fachleute im Ministerium vermutet, die Kernkraftwerke aus Strompreis- und Energiesicherheitsgründen weiterlaufen zu lassen. Der Minister hatte sich bekanntlich dafür entschieden, das Atom-Aus durchzuziehen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**"Das Ende der Correctiv-Legende": Absurde Widersprüche zu Tonaufzeichnungen**
Die Chefredakteurin von Correctiv möchte die sieben eingereichten eidesstattlichen Versicherungen zum "Geheimtreffen" in Potsdam nicht widerlegen. Zuvor hatte sie sich bezüglich möglicherweise angefertigter Tonaufnahmen in Widersprüche verstrickt.
Wim Lukowsky
Die stellvertretende Chefredakteurin von Correctiv, Annette Dowideit, verstrickt sich zunehmend in Widersprüche.
Die Journalistin behauptet, Informationen mit den Aufnahmemöglichkeiten einer Smartwatch gesammelt zu haben - was technisch nicht möglich ist - und geht dann auf eidesstattliche Versicherungen einiger Teilnehmer des umstrittenen Potsdamer Treffens nicht weiter ein. Weil sie den Erklärungen der Teilnehmer nicht widersprechen kann?
Nachdem Correctiv durch die Recherche "Geheimplan gegen Deutschland" behauptete, ein vermeintliches "Geheimtreffen" rechter Akteure und Politiker in Potsdam aufgedeckt zu haben, hatten sieben Teilnehmer die Stimme gegen die Darstellungen von Correctiv erhoben und eidesstattliche Versicherungen zum Inhalt der Veranstaltung abgegeben.
Darin weisen sie rechtlich binden darauf hin, daß entgegen der ursprünglichen Berichterstattung von Correctiv keine "Remigrationspläne" von oder mit dem rechten Aktivisten Martin Sellner besprochen wurden, die beinhalten würden, Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft abzuschieben. Lediglich die Ausweisung ausreisepflichtiger Personen sei besprochen worden.
Auf diese eidesstattlichen Erklärungen angesprochen, erklärte Dowideit am Mittwoch im Interview mit dem KNA-Mediendienst, daß die Versicherungen "weder das Treffen noch das besprochene Thema in Frage" stellen würden. Zwar liegt Dowideit mit dieser Aussage richtig, verpaßt es aber, Stellung zu den Erklärungen zu beziehen und deren Richtigkeit einzuschät-

zen.
"Wir schauen uns das an, sehen es aber auch entspannt", sagte die Correctiv-Journalistin lediglich. Der Anwalt der sieben Teilnehmer, Carsten Brennecke, teilte dann am Donnerstag auf X mit, Dowideit würde "ganz bewußt die Aussage, daß die Versicherungen falsch seien oder daß entgegen der Versicherungen diese Themen auf dem Treffen besprochen wurden" vermeiden. Brennecke ist überzeugt, daß Dowideit nicht behaupten möchte, bei dem Treffen sei über eine Ausweisung deutscher Staatsbürger gesprochen worden. "Sie weiß genau, daß diese Behauptung ansonsten sofort durch Teilnehmer abgemahnt und gerichtlich angegriffen würde", erklärt Brennecke.
Der Rechtsanwalt weist außerdem darauf hin, daß Correctiv die sieben eidesstattlichen Erklärungen durch ein Gericht bereits am Montag erhalten habe. Dowideit könne also nicht behaupten, sie wüßte nicht, was die Teilnehmer rechtlich bindend versichert haben. Damit bestätigt die Journalistin "das Ende der Correctiv-Legende", so Brennecke. Der Anwalt könnte damit Recht behalten, denn tatsächlich spricht Correctiv in der Recherche von einer angeblichen Forderung Martin Sellners, tausende Menschen aus Deutschland auszuweisen, "auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind."

Hat Correctiv Aufnahmen mit einer Smartwatch gemacht?

Zudem sagte die Chefredakteurin im Interview mit der KNA-Mediendienst, das Team habe einige Teilnehmer vor der Veröffentlichung der Recherche "mit den Inhalten konfrontiert - niemand hat sie grundsätzlich dementiert". Das mag mitunter daran liegen, daß Correctiv möglicherweise nicht auf die eigens gesetzten Fristen achtete und die Recherche schon vor deren Ablauf veröffentlichte. So zumindest erklärt der Jurist Ulrich Vosgerau die Sachlage. Vosgerau war Teilnehmer und Referent des Treffens und wird in einer Klage von Brennecke vertreten.
Daß Correctiv sauber gearbeitet hat, wird also längst in Frage gestellt. Dazu trägt auch ein amerikanischer Medienbericht bei, der eigentlich nur über die Recherche berichten wollte und dann ein brisantes Detail ans Tageslicht beförderte. Wie Übermedien berichtet, spricht die amerikanische Nachrichtenseite Semafor nach einem Gespräch mit Correctiv-Gründer David Schraven von Video- sowie Audioaufnahmen, die ein verdeckter Reporter "mit Hilfe seiner Apple Watch gemacht" haben soll. Doch das wäre illegal. Obwohl Videoaufnahmen für journalistische Zwecke stets erlaubt sind, stellt das Mitschneiden des Tons eine Straftat dar, es sei denn, die Veröffentlichung der Aufnahmen liegt im öffentlichen Interesse.
Dieser Punkt ist bezüglich der Correctiv-Recherche bisher fraglich, die AfD-Abgeordnete Gerrit Huy stellte dahingehend bereits Strafanzeige wegen der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes. Auch Correctiv wurde die Brisanz dieser Aussage schnell bewußt und korrigierte Semafor: Es habe sich lediglich um Übersetzungsprobleme gehandelt, die Semafor hätte das falsch verstanden. Eigentlich wurden mit Hilfe der Apple Watch ausschließlich Bilder aufgezeichnet.

Schraven: Apple Watch sei Synonym für smarte Uhren

Würde das stimmen, wäre Correctiv rechtlich wieder auf der sicheren Seite. Würde. Denn ein entscheidendes Detail stellt die Berichterstattung in ein schlechtes Licht: Eine Apple Watch kann eigenständig keine Bilder (und auch keinen Ton) aufnehmen, weil es über keine Kamera verfügt. Übermedien erkundigte sich deshalb bei Dowideit, wie dieser Umstand zu erklären sei. Die stellvertretende Chefredakteurin weicht aber zunächst aus.
Auf die erneute Nachfrage erklärt Dowideit, "wahrscheinlich war es ein anderes Fabrikat." Der Kollege David Schraven habe das nur ungenau ausgedrückt. Eine andere Smart Watch wäre dann aber keines Falls eine sogenannte Apple Watch, da dieses Modell - wie der Name schon sagt - von Apple hergestellt wird. Schraven erklärt Übermedien deshalb, für ihn sei Apple Watch ein Synonym für den umfassenden Begriff Smartwatch.

Inwiefern diese Aussage der Wahrheit entspricht, wird schwer nachzuvollziehen sein - es sei denn, Correctiv stellt das betreffende Modell zur Begutachtung bereit. Sollten die Journalisten tatsächlich Tonaufnahmen gemacht haben, dürfte es für das Medienunternehmen eng werden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Februar 2024: >>**"Putin muß vernichtet werden" - Russischer Botschafter empört über Hetze auf n-tv**

Rußlands Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, hat in einem "Offenen Brief" an den Chefredakteur des zur RTL-Gruppe gehörenden Nachrichtenportals n-tv.de, Tilman Aretz, energisch gegen die Veröffentlichung eines Interviews mit dem sogenannten Dissidenten Leonid Wolkow protestiert. In dem Interview hatte der in Litauen lebende Vertraute des wegen extremistischer Bestrebungen zu 19 Jahren Haft verurteilten sogenannten Kreml-Kritikers Alexej Nawalny zur Ermordung des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin aufgerufen - dies mit den Worten: "Putin muß vernichtet werden!"

Netschajew schreibt an n-tv.de-Chefredakteur Aretz, der sich selbst als einen "linksliberalen, homosexuellen Friedensaktivisten" bezeichnet: "Am 10. Februar 2024 wurde auf www.n-tv.de ein Gespräch mit Leonid Wolkow, gefüllt mit Faktenverdrehungen, verlogenen Unterstellungen und obszönen Beschimpfungen, veröffentlicht. Die Meinung erbärmlicher Außenseiter, deren Lebenszweck allein darin besteht, den Haß gegen das eigene Land zu multiplizieren, ist uns zutiefst gleichgültig. Es geht jedoch um etwas anderes: Am Ende des Gesprächs ruft Wolkow offen zur ‚Vernichtung' des Präsidenten der Russischen Föderation auf. Das sprengt jeden denkbaren Rahmen und ist eklatanter Mißbrauch der Meinungsfreiheit."

Rußlands Botschafter weiter: "Es ist empörend und abstoßend, daß auf n-tv.de eine offene Plattform für die rechtswidrigen und im Kern terroristischen Äußerungen geboten wird, und diese sogar in der Schlagzeile plaziert werden." Eine Verurteilung oder kritische Reaktion darauf seitens n-tv.de sei nicht erkennbar gewesen. "Diese Herangehensweise kann nur bedeuten, daß die Gewaltanwendung gegen ein demokratisch gewähltes ausländisches Staatsoberhaupt somit de facto gutgeheißen wird", schlußfolgert Netschajew und wirft dem Portal eine "grobe Verletzung der journalistischen Ethik und Berufsstandards" vor.

Abschließend schreibt der russische Spitzendiplomat an den n-tv.de-Chef: "Wir fordern Sie auf, sich von den rechtswidrigen Äußerungen Wolkows zu distanzieren und die entsprechenden Inhalte zu entfernen. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß Ihre Berichterstatter zur Veröffentlichung anstehende Beiträge künftig mit etwas mehr Sorgfalt prüfen werden.

Mit Hochachtung."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Habeck auf Handwerksmesse ausgebuht**

Nachdem der Bundeswirtschaftsminister auf der Leipziger Handwerksmesse von einer "dramatisch schlechten" Wirtschaftslage sprach, mußte er Hohn und Spott über sich ergehen lassen: Während eines kurzen Rundgangs wurde Habeck ausgebuht.

Von *Redaktion*

Auf der Leipziger Handwerksmesse wurde Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mehrfach ausgebuht und mit abfälligen Kommentaren konfrontiert. "Endlich arbeitet er mal", rief ein Passant gut hörbar, als der Grünen-Politiker an einem Schau-Stand des Backhauses Hennig gut einsehbar einige Brötchen formte.

Wie die Dresdner Neueste Nachrichten berichteten, wagte Habeck nur einen kurzen Besuch auf der traditionellen Handwerksmesse. Dabei wurde der Wirtschaftsminister auf einer Podiumsdiskussion bereits von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) kritisiert, als Habeck feststellte, etwas liefe "grundlegend schief" in der deutschen Wirtschaft.

Während der Diskussion hatte der Wirtschaftsminister außerdem mitteilen müssen, daß die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose für dieses Jahr senken muß. Statt der anvisierten

1,3 Prozent sei lediglich mit einem Wachstum von 0,2 Prozent zu rechnen. Im Wirtschaftsministerium muß man künftig also kleinere Brötchen backen. Das erkennt auch Habeck und nannte die aktuelle Lage "dramatisch schlecht". Wobei er auch dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts im November eine Mitschuld gab.
Als der Grünen-Politiker 2022 davon sprach, Betriebe wie Bäckereien würden nicht insolvent gehen, sie müßten lediglich die Produktion einstellen, hatte es sich Habeck mit vielen Handwerkern verscherzt. Auf der diesjährigen Handwerkermesse war der Minister um Wiedergutmachung bemüht - sein kläglicher Auftritt mit Ministerpräsident Kretschmer und die anschließenden Buhrufe wiesen Habeck aber in die Schranken.<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Die deutsche Rentenkatastrophe**
Louis Hagen
Es war eine Anfrage an die Bundesregierung. Sie kam von Sahra Wagenknecht, der Chefin der neuen Partei "Bündnis Sahra Wagenknecht". Wagenknecht sagt: "Deutschland steuert auf eine Rentenkatastrophe zu." Und: Deutschland habe ein "schlechtes Rentensystem".
Tatsächlich sprechen die amtlichen Zahlen der Bundesregierung für sich, und das hat nichts mit Sahra Wagenknecht zu tun: Fast ein Drittel aller Rentner in Deutschland bekommt nur eine Rente von 1.100 Euro. In Worten: eintausendeinhundert Euro.
Ricarda Lang, Co-Vorsitzende der Grünen und Bundestagsabgeordnete, blamierte sich mit ihrer Schätzung zur deutschen Durchschnittsrente bei Markus Lanz.
Ricarda Lang, Co-Vorsitzende der Grünen und Bundestagsabgeordnete, blamierte sich mit ihrer Schätzung zur deutschen Durchschnittsrente bei Markus Lanz.
Es ist also amtlich, wovon Grünen-Chefin Ricarda Lang keine Ahnung hat. Am 16. Januar hatte sie in einer legendären Ausgabe des ZDF-Talks "Markus Lanz" auf die Frage nach der Durchschnittsrente der Deutschen gesagt: um die 2.000 Euro.
Weit gefehlt, wie wir jetzt aus der Antwort der Bundesregierung wissen. Um es noch mal zu sagen: Fast jeder dritte Arbeitnehmer, der bei uns ein Leben lang gearbeitet hat, bekommt für einen ganzen Monat 1.100 Euro.
Es ist einfach traurig
Diese Zahl ist nicht abstrakt. Sie lebt - und zwar auf manchmal erschütternde Weise. Gehen Sie doch bitte mal in einen Supermarkt Ihrer Wahl. An den Ständen, an denen Sonderangebote ausgeschrieben sind, drängeln sich die Menschen. Es sind überwiegend ältere Damen und Herren, unsere Rentner. Oft tragen sie Prospekte bei sich, in denen vergünstigte Angebote zusammengestellt sind. Die Überschrift dieser Angebote heißt: aus unserer Werbung. Das ist eine freundliche Umschreibung für "billigste Angebote".
Es ist ein Unterschied, ob man ab und zu nach günstigen Artikeln sucht. Das machen Menschen aller Altersschichten, manchmal nach dem Motto: "Geiz ist geil". Wenn aber eine ganze Existenz davon abhängt, ob man günstige Kartoffeln, Milch, Möhren oder Fleisch findet, ist das traurig. Traurig in diesem einst so stolzen Land.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Wirtschaftsminister jammert: "Können so nicht weitermachen!"**
Was hat die Grünen eigentlich geritten, mitten in der Energiekrise aus der Kernkraft auszusteigen? Ob es einfach ihr Haß auf Deutschland war - oder doch etwas anders - wird man bald erfahren: Das Vetternwirtschaftsministerium von Kinderbuchautor Robert Habeck wurde jetzt gerichtlich dazu verdonnert, die bislang geheim gehaltenen Unterlagen zu diesem fatalen und folgenreichen Schritt herauszurücken. Geklagt hatte das Magazin Cicero.
Unterdessen trägt die dadurch verursachte Energiekrise weiter Früchte. Und für Habeck dürfte es immer schwieriger werden, frei nach dem Kanzler, "traurig zu gucken". Denn eigentlich

möchte er wohl jubeln, weil sein Herzensprojekt - die Deindustrialisierung Deutschlands - mit vollem Tempo läuft.
Das US-Wirtschaftsportal "Bloomberg" hat jetzt festgestellt, daß Deutschlands Tage als industrielle Supermacht gezählt sind. Unternehmen wandern reihenweise ins Ausland ab, weil sie sich die Energiekosten nicht mehr leisten können, investiert wird nur noch aus Steuermitteln und Staatsschulden. Habeck selbst räumte jetzt auf der Leipziger Handwerksmesse (wo er gewohnheitsmäßig ausgebuht wurde) ein, daß die Wirtschaft nur noch um 0,2 Prozent in diesem Jahr wächst. Er bezeichnete diesen Zustand als "dramatisch schlecht" und ergänzte, "So können wir nicht weitermachen." Natürlich mit pietätvoller Betroffenheitsmine.
Und während Deutschland weiter lachend in die grüne Kreissäge rennt und sich von den Klima-Priestern in der Ampelregierung erzählen läßt, daß der Ausstoß von CO2 noch viel teurer gemacht werden muß, baut Tschechien jetzt vier Kernkraftwerke in unmittelbarer Nachbarschaft zu Deutschland. Steigt die Nachfrage, schafft man Angebote. Und profitiert. Volkswirtschaftliche Grundsätze, die aber für Grüne zu hoch sind. Deshalb: AfD!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**"Verläßliche Finanzierung" für "Antifa-Gruppen": So erklärt Renate Künast das Demokratieförder-Gesetz**
Die Grünen fordern das problematische "Demokratiefördergesetz" seit langem. Schon 2020 erklärte Renate Künast im Bundestag offen, daß man damit "Antifa-Gruppen" endlich verläßlich staatliches Geld zukommen lassen wolle.
Max Roland
Das sogenannte "Demokratiefördergesetz" ist schon seit langem ein Herzensanliegen der Grünen; bereits in der vergangenen Legislaturperiode forderten sie so ein Vorhaben vehement. 2020 schon rief Grünen-Urgestein Renate Künast im Bundestag die damalige Bundesregierung auf, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen.
"Jeden Tag werden in diesem Land rassistische, antisemitische, antiziganistische, antimuslimische, frauenfeindliche, homo- und transphobe und behindertenfeindliche Diskriminierung und Übergriffe geleistet, jeden Tag findet Entmenschlichung statt". Im Kampf gegen "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" hätten sich Rechtsextremisten vernetzt. Das koste "manche Menschen das Leben". Und "in diesem Lichte" müßte man Gesetzesvorhaben diskutieren, meint Frau Künast. "Wir müssen mehr als den Täter bestrafen", forderte sie - man müsse "die NGOs, die heute aktiv sind, in den Mittelpunkt stellen".
"Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz", schlußfolgert sie deswegen. Sie und ihre Partei seien es "leid, wie wir seit Jahrzehnten kämpfen darum, daß NGOs und Antifagruppen" an ihr Geld kämen. "Wir sind es leid, daß zwischendurch einigen das Geld gestrichen wird", so Künast in ihrer Rede im März 2020. Daß Antifa-Gruppen immer um ihr Geld ringen müßten, reiche nicht, so die Grünen-Politikerin. Deswegen brauche es das Demokratiefördergesetz. "Wir wollen dieses Gesetz endlich haben", rief Künast damals im Bundestag. Der Rechtsstaat lebe "von Voraussetzungen, die er selber nicht herstellen kann", meint die einst führende Grüne. "Und das ist eine Zivilgesellschaft, die sich engagiert; und die müssen wir institutionell und in Beratung unterstützen."<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.365/…):
>>**Diese Kurve müssen Sie kennen: So hat sich die Zahl der Gruppenvergewaltigungen seit 2010 entwickelt**
Die Anzahl nichtdeutscher Täter bei Gruppenvergewaltigungen ist überproportional hoch.
Redaktion
2022 war für Deutschland ein trauriges Rekordjahr für Gruppenvergewaltigungen. 789 Fälle fanden laut einer Drucksache des Bundestags 2022 statt - die meisten davon in Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen wachsen nicht linear, aber nehmen dennoch zu.

Ähnlich hoch war die Zahl der Gruppenvergewaltigungen zuletzt im Jahr 2016 mit 749 Fällen. Diese knapp 800 Fälle stellten eine Verdopplung der 400 Fälle des Vorjahres 2015 dar.
Positiv fallen dagegen die sinkenden Zahlen der nicht aufgeklärten Fälle von Gruppenvergewaltigungen auf. Nach einem Anstieg auf besorgniserregende 69 Prozent nicht aufgeklärter Fälle im Jahr 2016, sank der Anteil 2022 auf 38 Prozent. Heißt aber auch: Selbst 2022 blieb jeder dritte Fall einer Gruppenvergewaltigung in Teilen oder gänzlich ohne Urteil für die Täter!

Zahl der Opfer verdoppelt

Die Opferzahl von Gruppenvergewaltigungen hat sich seit 2015 beinahe verdoppelt. 408 Opfer verzeichnete die Polizei 2015 - 806 im Jahr 2022.
Ungewöhnlich scheint das Jahr 2017, das mit 380 Fällen einen absoluten Tiefstwert erzielte. In einer Vorbemerkung der Drucksache heißt es: "Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, daß es seit dem Jahr 2010 mehrere Datenbrüche gibt. Sowohl von 2016 auf 2017 als auch von 2017 auf 2018 wurde die Methodik bzw. die Rechtsgrundlage der Erfassung von sogenannten Gruppenvergewaltigungen geändert. Die Daten sind daher nicht exakt vergleichbar."
Beachtenswert ist der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen. Während vor der Migrationskrise 2014 der Anteil bei 37 Prozent lag, lag dieser 2022 bei 50 Prozent. Das Rekordjahr 2016 mit 56 Prozent wurde nicht übertroffen.
Bei der Betrachtung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß nur 15 Prozent der 2022 in Deutschland lebenden Menschen als "Nichtdeutsche" gewertet wurden.
Die fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten der 2022 in der Statistik erfaßten Tatverdächtigen bei Gruppenvergewaltigungen waren deutsch (471), syrisch (72), afghanisch (52), irakisch (51) und türkisch (31). 6,9 Prozent der Täter im Jahr 2022 konsumierten harte Drogen.
Ein überproportional hoher Anteil der Täter (50,1 Prozent) waren Nichtdeutsche - 81 Prozent der Opfer waren dagegen Deutsche.

Besserung ist vorerst nicht in Blick

Laut polizeilicher Kriminalstatistik gab es im Jahr 2022 39.687 nicht-deutsche Tatverdächtige im Alter von 14 bis 18 Jahren - ein Anstieg um 40,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ein Blick auf die Zahlen der nächsten Generation verheißt keine sichere Zukunft: Hier gab es mit 22.016 nicht-deutschen Tatverdächtigen im jüngeren Alter von 0 bis 14 Jahren einen Anstieg um 55,2 Prozent.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Mutmaßlicher Nordafrikaner verprügelt und uriniert auf Kontrolleurin.**

Nur die AfD stoppt die Anarchie in Deutschland!
Was muß man sich als Migrant in diesem Land eigentlich leisten, um irgendwelche Konsequenzen zu spüren? In einer Straßenbahn im Landkreis Karlsruhe hat ein mutmaßlich nordafrikanischer "Flüchtling" auf widerlichste Weise gezeigt, was er von Frauen und von Deutschland hält: Zuerst attackierte er bei einer Fahrkartenkontrolle eine 57-jährige Schaffnerin mit Tritten, Schlägen und Würgen, dann wollte er sie zum Oralverkehr zwingen. Außerdem sollte sie "Heil Hitler" rufen.
Danach urinierte er auf die schwer verletzte, am Boden liegende Frau, bevor er unbehelligt an der nächsten Haltestelle ausstieg und dort auf zwei weitere Frauen losging. Anschließend lief er in einen Supermarkt, griff eine Mitarbeiterin und eine Kundin an, und bewaffnete sich mit einer zerbrochenen Bierflasche. Mit der zwang er einen Autofahrer, ihm seinen Wagen zu überlassen, mit dem er dann mehrere Unfälle baute.
Es ist unglaublich, was sich mittlerweile täglich in unseren Städten abspielt! Die Polizei hat den - laut Zeugen zwischen 30 und 40 Jahre alten - Mann nicht stellen können, er ist weiter

flüchtig. Und während die Beamten immer wieder an solchen brutalen Gewalttätern scheitern, bekommen friedlich demonstrierende Landwirte Pfefferspray ins Gesicht, müssen säumige Rundfunkgebühren-Zahler mit Haft rechnen, werden Oppositionelle in diesem Land bespitzelt, bedroht, mundtot gemacht.
Die Behörden scheinen die Sicherheitslage nicht mehr im Griff zu haben, vielleicht wollen sie es auch gar nicht. Es ist allerhöchste Zeit für die blaue Wende - um Recht und Gesetz wieder zur Geltung zu verhelfen und diese Ampel-Anarchie zu beenden!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Corona: Italien setzt Untersuchungs-Ausschuß ein**
In Italien soll nun ein Untersuchungsausschuß Versäumnisse der Regierung während der Corona-Pandemie aufarbeiten. Melonis Regierung wirft ihren Vorgängern viele Fehler vor.
Von *Redaktion*
Knapp vier Jahre nach dem Beginn der Corona-Pandemie hat die italienische Abgeordnetenkammer nach einer kontroversen Debatte die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschlossen. Der Ausschuß soll sich mit den Maßnahmen der damaligen Regierung unter Ex-Regierungschef Giuseppe Conte und dem ehemaligen Gesundheitsminister Roberto Speranza zur Bewältigung der Pandemie befassen. Die Rechtsregierung unter Ministerpräsidentin Giorgia Meloni wirft Conte und Speranza insbesondere Versäumnisse in der ersten Phase der Pandemie im Frühjahr 2020 vor.
Italien war zu dieser Zeit stark von der Pandemie betroffen und zählte zu den ersten europäischen Ländern, in denen sich das Coronavirus dramatisch ausbreitete. Die Kritik der aktuellen Regierung richtet sich darauf, daß unzureichende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen wurden, auch nachdem der Ausbruch festgestellt wurde. Die Regierung argumentiert, daß durch angemessenere Maßnahmen viele Todesfälle hätten vermieden werden können.
Die Abstimmung in der Abgeordnetenkammer, der größeren der beiden Parlamentskammern, wurde von einer hitzigen Debatte begleitet und mußte aufgrund anhaltender Störungen und Zwischenrufe der Opposition unterbrochen werden. Conte, der derzeit Vorsitzender der Oppositionspartei "Fünf Sterne" ist, betonte, daß er nichts zu verbergen habe. Gleichzeitig bezeichnete er den Untersuchungsausschuß als Instrument der amtierenden Regierung, um die vorherige Regierung politisch anzugreifen.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28191" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Julian Assange - kein Einzelfall!**
Julian Assange hat Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt - nun sitzt er im Gefängnis. Am 20. und 21.02.24 entscheidet sich, ob er an die USA ausgeliefert werden soll - also an jene "Brandstifter", die daran interessiert sind, ihre Schandtaten zu vertuschen. Gleichzeitig soll hier der "Brandmelder" bestraft werden! Diese Sendung zeigt auf, daß diese Täter-Opfer-Umkehr leider kein Einzelfall ist. Haben wir einen weltweiten Rechtsbankrott zu beklagen, der - nicht nur - den letzten Rest der noch vorhandenen Pressefreiheit zerstören will?
Der Australier Julian Assange wird seit nunmehr viereinhalb Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London festgehalten. Dies allerdings - nach Einschätzung von Prof. Nils Melzer, des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters für Folter - unschuldig und daher gesetzeswidrig. Melzer ist Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte an der Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte in Genf sowie Professor für Internationales Recht an der Universität von Glasgow.
Julian Assange hatte im Jahr 2010 über seine Internetplattform Wikileaks Material veröffentlicht, welches u.a. Beweise für Kriegsverbrechen der USA im Irakkrieg lieferte. Statt daß nun die Justiz aktiv geworden wäre, diesen Beweisen nachzugehen, und diese Verbrechen zu ahnden, hat die US-amerikanische Regierung eine regelrechte Hetzjagd auf Assange begonnen.

So haben die USA einen Auslieferungsantrag an Großbritannien gestellt, nachdem sich eine weltweite mediale Schmutz- und Lügenkampagne nach der anderen über Assange ergossen hatte.
Vor der gesetzeswidrigen Inhaftierung hatte Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London Schutz vor politischer Verfolgung gesucht. Dieser Schutz wurde ihm 2019 entzogen. Britische Behörden entführten ihn daraufhin unter Einsatz von Gewalt aus der Botschaft. Anschließend wurde er im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh bis zum heutigen Tag inhaftiert.
Britische Gerichte befaßten sich nun mit dem Auslieferungsantrag der USA. In der ersten Instanz entschied ein britisches Gericht, daß Assange nicht ausgeliefert werden darf. Frei gelassen wurde er anschließend dennoch nicht. Als die USA nach diesem Urteil in Berufung gegangen waren, wurde dem Auslieferungsantrag in der zweiten Instanz stattgegeben. Nun findet am 20. und 21. Februar 2024 eine letzte Anhörung vor der höchsten Instanz des British High Court statt.
Prof. Nils Melzer befaßte sich in seiner Funktion als UNO-Sonderberichterstatter für Folter mit dem Fall Assange. Auch er vertraute, wie der Großteil der Menschen in der westlichen Welt, der Rechtsstaatlichkeit und der freien Presse. Daher war er anfangs nicht gewillt, sich auf den Fall von Julian Assange einzulassen. Er war der Überzeugung, daß es sich bei Assange um einen Vergewaltiger und Narzißten handle; wie eben von den Medien behauptet.
Erst als er Assange im Gefängnis besucht und die Fakten recherchiert hatte, durchschaute er die Täuschungsmanöver der beteiligten Staaten und der dortigen Justiz und Medien und begann den Fall als das zu sehen was er wirklich war: die Geschichte einer politischen Verfolgung.
Folgende Aspekte sind ihm u.a. bei der Überprüfung des Falles deutlich geworden:
1. Es lagen Beweise für psychische Folter im Londoner Gefängnis Belmarsh vor.
2. Es gab Rechtsbeugung durch mehrere Gerichte in Schweden und Großbritannien trotz eindeutiger vorliegender Entlastungsbeweise.
3. Die Massenmedien weltweit haben den Fall Assange einseitig negativ dargestellt.
4. Nach der Entkräftung aller Vorwürfe wegen Vergewaltigung, haben die Massenmedien sich trotzdem kaum für eine Rehabilitierung von Assange und Veröffentlichung der US-amerikanischen Kriegsverbrechen eingesetzt.
Es stellen sich hier nun folgende Fragen: Sind die Rechtsbeugung durch Gerichte und Diffamierungen durch die Massenmedien im Fall Assange nur ein bedauerliches Einzelschicksal? Oder gibt es weitere Beispiele dafür, wie aus jemandem, der ein Verbrechen anzeigt oder Mißstände angeht, dieser plötzlich selber zu einem kriminellen Täter durch die Justiz und Medien gemacht wird?
Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, daß die Rechtsbeugung im Fall Assange und die Diffamierung durch die Medien kein Einzelschicksal ist. Es stellt sich vielmehr ein systemisches Versagen des Wirkens der Justiz und der Medien dar. Hier einige Beispiele aus der kürzlich ausgestrahlten Sendung "Justizbankrott" (www.kla.tv/28058) von äußert beliebten und engagierten Ärzten, die zum Teil die Corona-Maßnahmen öffentlich kritisierten und von der Justiz dafür abgestraft wurden:
- Dr. Bianca Witzschel: Sitzt seit 11 Monaten in Untersuchungshaft wegen dem Vorwurf falsche Maskenatteste ausgestellt zu haben, Hausdurchsuchungen bei 84 Angehörigen und Patienten, Prozeß im Hochsicherheitstrakt, die Ärztin wird in Handschellen vorgeführt, 40 Verhandlungstage sind vorgesehen - die Abstrafung ist nicht zu übersehen
- Dr. Rolf Kron: Wegen angeblich falscher Maskenatteste zu Bewährungsstrafe und Geldstrafe von 10.000€ verurteilt, vorübergehendes Berufsverbot, 15-monatige Kontosperrung
- Dr. Martin Bündner: Wegen angeblich falscher Atteste für Kinder und Jugendliche nach

massiver Vorverurteilung und Verunglimpfung durch die Massenmedien vom Gericht zu Geldstrafe verurteilt
- Dr. Heinrich Habig: Wurde wegen falschen Impfbescheinigungen ohne Anklage und Verurteilung für 11 Monate in U-Haft festgehalten, obwohl gesetzlich außer in begründeten schweren Ausnahmefällen nur 6 Monate U-Haft zulässig sind.
- Dr. Bodo Schiffmann: Mußte zwei Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen wegen Kritik an Corona-Politik, 81.000 Patientenakten wurden beschlagnahmt, was seinen finanziellen Ruin bedeutete.
- Dr. Ronald Weikl: Wurde wegen angeblich falscher Maskenatteste in über 1.000 Fällen angeklagt. Da er die gesundheitsschädlichen Effekte des längerfristigen Maskentragens nachweisen konnte, mußten die Anklagen fallen gelassen werden. Trotzdem wurde er wegen Systemuntreue zu 20.000€ Geldstrafe verurteilt. Der medizinische Sachverhalt tue hier nichts zur Sache, so der Richter.
- Prof. Dr. Stefan Hockertz: Brachte Fakten zu Corona, die nicht regierungskonform waren. Folge: Hausdurchsuchung, Sperre seines kompletten Vermögens wegen angeblicher Steuerhinterziehung.
- Dr. Jens Bengen: Sprach sich öffentlich gegen die Corona-Impfung und Gesichtsmasken aus. Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft und die Ärztekammer sowie ständige Diffamierungen; Verhaftung und Einweisung in eine geschlossene Anstalt, wo er offiziell an Selbstmord verstarb.
- Dr. Monika Jiang: Wegen Maskenattesten zu Freiheitsstrafe von zwei Jahren, Berufsverbot und Geldstrafe verurteilt. Sogar die Praxishelferin wurde mit Geldstrafe belegt.
Zwischenfazit: Trotz der Tatsache, daß nachgewiesen wurde, daß längerfristiges Maskentragen nachteilige gesundheitliche Folgen haben kann, greifen Juristen, die selbst keine Ärzte sind, mit voller Härte gegen Mediziner durch, die von Herzen das Beste für ihre Patienten wollten.
In den Medien blieb - ähnlich wie beim Fall Assange - ein Aufschrei über diese Skandalurteile aus. Bestenfalls berichteten sie neutral, oftmals auch reißerisch, indem sie die Angeklagten vorverurteilten oder in ein schräges Licht rückten.
Nebst den Ärzten wurden auch wichtige Aufklärer von der Justiz in die Zange genommen. So mußte Enthüllungsjournalist Gerhard Wisnewski im Dezember 2021 unter vorgeschobenen Gründen eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen.
Querdenken-Frontmann Michael Ballweg wurde über 9 Monate hinweg in Untersuchungshaft festgehalten, bis ein Gericht dann feststellte, daß der Großteil der Anklagen zu dünn für einen Prozeß seien.
Auch gegen den bekanntesten Kritiker der Corona-Maßnahmen Prof. Dr. Sucharit Bhakdi - bis zu seiner Pensionierung Professor und Vorsitzender am Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Chefredakteur der medizinischen Zeitschrift "Medical Microbiology and Immunology" wurden juristische Schritte eingeleitet und Anklage wegen angeblicher Volksverhetzung und Antisemitismus erhoben.
In erster Instanz wurde er zwar freigesprochen (www.kla.tv/26149), die Generalstaatsanwaltschaft hat hiergegen jedoch Berufung eingelegt. Bhakdi galt lange als hoch geachtete Persönlichkeit. 2005 erhielt er den Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz und ist Inhaber zahlreicher Ehrungen von verschiedenen Universitäten. Aufgrund seiner kritischen Äußerungen zur MRNA-Impfung wurde er von den Medien als "Schwurbler", "Coronaleugner" usw. heftig diffamiert.
Aus diesen Beispielen wird deutlich, daß Justiz und Leitmedien als sogenannte 3. und 4. Gewalt im Staat nicht unabhängig von der Politik agieren, sondern offensichtlich mit dieser verfilzt sind. Die Gewaltenteilung funktioniert anscheinend höchstens nur noch in Teilen.

Es stellen sich nun folgende Fragen:
1. Aus welchen Gründen ist es zu diesem systemischen Versagen von Justiz und Medien als dritter und vierter Gewalt im Staat gekommen?
2. Warum sind Justiz und Medien in Fällen von politischer Brisanz so wenig ihrem Auftrag nach wirklicher Rechtsprechung und fairer, umfassender Berichterstattung nachgekommen?
Eine Antwort auf diese Fragen bekommt, wer sich die Verfilzungen der Leitmedien mit Politik und Hochfinanz ansieht. So treffen sich z.B. an der sogenannten Bilderbergkonferenz jährlich Vertreter der Massenmedien hinter verschlossenen Türen mit Wirtschaftsbossen, Hochfinanz, Hochadel und politischen Entscheidungsträgern.
Dies aber nicht, um über deren Gespräche und Vereinbarungen zu berichten. Im Gegenteil, auch die anwesenden Medien verpflichten sich zu absolutem Stillschweigen über die Inhalte. Was ist dann der Sinn ihrer Teilnahme, wenn sie nicht berichten? Sie beeinflussen die öffentliche Meinung in Richtung der auf der Konferenz vereinbarten Ziele, die wir in der Sendung "Bilderberg-Gruppe - die geheime Schattenregierung?" (www.kla.tv/26219) ausführlich dargelegt haben.
Um zu verstehen, in welcher Breite diese Beeinflussung stattfindet, lohnt es sich darauf zu blicken, welche Medien bereits an diesen Konferenzen teilgenommen haben:
USA: Washington Post, New York Times, Foreign Affairs, Bloomberg, The Wallstreet Journal Newsweek International, Thomson Magazine
Canada: National Post, CB Media Ltd, Canadian Business, Le Devoir, The Globe and Mail
Großbritannien: The Times, The Economist, The Financial Times, Sunday Times, The Observer, Daily Telegraph
Frankreich: Le Monde, Le Figaro, Les Echo's, L'Obs, Le Point, Valeurs Actuelles
Deutschland: Axel Springer Verlag, Burda Verlag, Die Zeit, Süddeutsche Zeitung
Österreich: Standart Media AG
Schweiz: Ringier Inc, Tamedia AG
Spanien: El Pais, Prisa Media
Portugal: Jornal Expesso
Italien: die Zeitungen Corriere della Sella, La Stampa und Domani, die Fernsehsender RAI TV, LA7 TV,
Irland: Irish Times
Niederlande: NRD Handelsblad
Schweden: die Zeitungen Svenska Dagbladet und Dagens Nyheter
Dänemark: die Zeitungen Weekendavisen, Politiken und Berlingske Tidende
Norwegen: Aftenposten
Finnland: Helsingin Sanomat - die größte Tageszeitung Finnlands
Island: Morgunbladid
Griechenland: die Zeitung Kathimerini
Türkei: Hürriyet
Angesichts dieser Verfilzungen der weltweiten Leitmedien mit den gewichtigsten weltweiten Entscheidern wundert es nicht, daß auch über den Fall Julian Assange nur zögerlich berichtet wird. Schließlich sind an diesen Konferenzen ja auch die Kräfte anwesend, die Kriege - wie den Irak-Krieg - mit eingefädelt haben und von diesen Kriegen profitieren, wie z.B. BlackRock, (weltweit größter Vermögensverwalter) die an den größten Rüstungskonzernen allesamt beteiligt sind.
Offensichtlich ist auch die Justiz Teil dieser Verfilzungen, auch wenn diese nicht auf solchen Konferenzen anwesend ist. Am Beispiel des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth, welcher in der Sendung "Die Akte Stephan Harbarth" (www.kla.tv/21609) ausführlich durchleuchtet wurde, kann man jedoch gut erkennen, wie diese Netzwerke agie-

ren. Harbarth war vor seiner Tätigkeit beim Bundesverfassungsgericht 30 Jahre lang aktiver CDU-Politiker, zudem studierte er an der Yale University, einer Elitekaderschmiede mit wenigen handverlesenen Studenten und konnte dort sicher wesentliche Kontakte knüpfen.
Als Anwalt vertrat er die großen Konzerne ausgerechnet bei der Kanzlei, welche auch die Cum-Ex Betrugsgeschäfte (Cum-Ex: größter Steuerbetrug in der deutschen Geschichte durch Banken und Investoren - www.kla.tv/23323) austüftelte.
Während seiner Tätigkeit als Abgeordneter erhielt Harbarth hohe Nebeneinkünfte, allein 2016 von über einer Million Euro, deren Herkunft unbekannt ist. Harbarth wurde von der Politik ins Amt des Verfassungsrichters gebracht, obwohl dieser keinerlei Erfahrung als Richter hatte und auch kein Spezialist für Verfassungsrecht war. Unter seiner Führung gingen dann während der Corona-Maßnahmen allein im Jahr 2020 239 Verfassungsbeschwerden gegen die Maßnahmen der Bundesregierung ein, von denen gerade drei stattgegeben wurden. Angesichts der Vorgeschichte von Harbarth wenig verwunderlich.
Es ist davon auszugehen, daß in den anderen Ländern ebenfalls gut vernetze Leute von der Politik in die höchsten Justizämter befördert werden.
Schert dann aus den unteren Ebenen wirklich einmal jemand aus, ergeht es ihm wie dem Weimarer Familienrichter Christian Dettmar, der die Maskenpflicht in 2 Schulen aufgehoben hatte. Gegen ihn wurde eine Hausdurchsuchung angeordnet, PC und Handy beschlagnahmt und er selbst wurde wegen Rechtsbeugung verurteilt und aus dem Richteramt suspendiert.
Ob Julian Assange angesichts dieser unterwanderten Justiz noch einmal ein Leben in Freiheit führen kann, ist höchst fraglich.
Durch seine mutige Aufklärungsarbeit ist er ins Fadenkreuz jener mächtigen finanziellen Interessengruppen - wie die der Bilderberger - geraten, die hierin die Umsetzung ihrer Agenda gefährdet sehen. Doch es sind genau diese Interessensgruppen, wie die Bilderberger oder das WEF (www.kla.tv/27824), die nachweislich an jedem Krieg, jeder Pandemie und jeder Krise kräftig verdienen.
Diese haben weltweit ganz offensichtlich die Justiz und ebenso die Massenmedien wie ein Krake im Griff, so daß diese ihrem Auftrag nicht mehr nachkommen. Anhand des Schicksals von Assange und den anderen genannten Personen wollen sie der ganzen Welt zeigen, was mit jenen passiert, die durch ihre erhellenden Recherchen und Veröffentlichungen die Erreichung ihrer perfiden Ziele gefährden. Damit wollen sie allen zeigen: "Macht es ihnen nicht nach, sonst ergeht es euch genauso."
In einer öffentlichen Rede schilderte der frühere UN-Sonderberichterstatter Prof. Nils Melzer, wie Assange durch das Veröffentlichen der geheimen Dokumente und Videos quasi ein Scheinwerferlicht auf die Kriegsverbrechen der US-Regierung gerichtet hat. Auch deren Rechtsbrüche unter der Maske des Rechts sowie die schweren Verletzungen der Menschenrechte wurden dadurch ans Licht gebracht. Doch dann wurde der Spieß umgedreht und Julian Assange wurde beleuchtet.
In den Medien wurde nur noch über dessen Charakter und Fehler diskutiert und nicht mehr über die begangenen Verbrechen im Namen der US-Regierung. Trotz massiven Beweismaterials wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen wird jetzt derjenige als Verbrecher verfolgt, der die Gräueltaten aufdeckt. Julian Assange enthüllte Folter, nun aber wird er selber gefoltert. Zu Recht prangert der UN-Sonderberichterstatter in seiner Rede diesen Mißstand an und ermutigt alle, den Blick wieder auf die wahren Verbrecher zu richten:
Rede von Nils Melzer (Kla-TV-Sendung https://www.kla.tv/JulianAssange/15785)
"Also ich denke, daß es für uns allerhöchste Zeit ist, unsere eigenen Scheinwerfer einzuschalten und sie auf den Elefanten im Raum (d.h. den wirklichen Verbrecher) zu richten und aufzuhören, die Persönlichkeit eines Mannes zu diskutieren, der mehr als genug getan hat, um unserer Gesellschaft Dienste zu erweisen. Die Zeit ist gekommen, uns darüber klar zu werden,

worum es hier geht. Wir können uns keine Staaten mit unkontrollierter Macht erlauben. Menschen können mit unkontrollierter Macht nicht umgehen. Deswegen haben wir die Gewaltenteilung, deswegen haben wir das System gegenseitiger Kontrolle geschaffen.
Aber diese Kontrollinstanzen, diese Zweige von Staat und Regierung tendieren dazu, miteinander zu kollaborieren, wenn wir sie nicht überwachen. Und darum haben wir die freie Presse, die die Aufgabe hat, genau das zu tun. Aber eine Presse, die das nicht tut, ist nicht frei. Sie ist überhaupt keine Presse. Sie ist nur eine Public-Relations-Abteilung dieser Regierungen. Daher ist das Entstehen von Wikileaks nur die natürliche Konsequenz der Tatsache, daß die Medien nicht ihre Arbeit tun. Weil irgend jemand die Öffentlichkeit informieren und ermächtigen muß.
Und jetzt ist es an uns, in die Bresche zu springen. Ja, es geht hier um Julian Assange. Aber es geht noch vielmehr um Sie alle und Ihre Kinder und Ihre Familien. Werden Sie in 20 Jahren immer noch das Gefühl haben, die Wahrheit über das erfahren zu können, was Ihre Regierung tut? Oder wird es dann zum Verbrechen geworden sein, Sie darüber zu informieren, was Ihre Regierung mit Ihren Steuergeldern anderen Menschen antut, die sich keinerlei Fehlverhaltens schuldig gemacht haben. Es liegt also an uns, wir müssen unsere eigenen Scheinwerfer in die Hand nehmen und sie auf den Elefanten richten."
Am Schluß dieser Sendung wollen wir Ihnen einfache, aber sehr wirkungsvolle Möglichkeiten aufzeigen, wie jeder Einzelne in die Bresche springen bzw. das Licht auf den Elefanten - also den eigentlichen Verbrecher - richten kann:
1. Erheben Sie Ihre Stimme und teilen Sie diese Hintergründe allen in ihrem Umkreis, die das noch nicht wissen, mit.
2. Verbreiten Sie regelmäßig unsere Kla.TV-Sendungen an daran interessierte Menschen.
3. Geben Sie unsere kostenlose internetunabhängige und wöchentlich erscheinende Aufklärungszeitung Stimme und Gegenstimme - kurz S&G - ebenso regelmäßig an Menschen in ihrem Umfeld weiter.
4. Nehmen Sie an Demonstrationen teil, auf denen die Freilassung von Julian Assange gefordert wird. …
Dadurch können auch sie mithelfen, Licht zu machen und den Menschen eine mündige Meinungsbildung zu ermöglichen. Wenn Sie, liebe Zuschauer, hier nicht zögern, sich hier mit einzubringen, wird eine weltweite Kettenreaktion des Lichtmachens entstehen. Und dann ist die Zeit des Elefanten im Dunkeln beendet.<<

Großbritannien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Februar 2024 (x1.361/…): >>**"Explosion des Hasses" - Antisemitismus erreicht nie dagewesenen Höchststand**

Großbritannien verzeichnet einen nie dagewesenen Anstieg antisemitischer Attacken: Im Jahr 2023 gab es im Vereinigten Königreich mehr als 4.000 Vorfälle - mehr als die Hälfte davon am oder nach dem 7. Oktober.

Henry Albrecht

Eine "Explosion des Hasses" fand laut der jüdischen Wohltätigkeitsorganisation "Community Security Trust" (CST) im letzten Jahr in Großbritannien statt. Im Jahr 2023 ereigneten sich mehr als 4.000 antisemitische Vorfälle, was einem Anstieg von rund 55 Prozent entspricht. Wobei sich mehr als die Hälfte aller Taten am oder nach dem Angriff der Hamas auf Israel.
Der Bericht der CST, der am Donnerstag veröffentlicht wurde, weist 3.328 Fälle von verbaler Belästigung, 266 tätliche Angriffe, 305 Bedrohungen und 182 Schäden und Schändungen im gesamten Jahr auf. Die Gesamtzahl der antisemitischen Vorfälle stieg im Jahr 2023 auf 4.103 - im Jahr 2022 lag die bisherige Rekordzahl noch 2.261. Auffällig ist zudem, daß sich von den 4.103 Fällen 2.699 am oder nach dem 7. Oktober ereigneten.
Die CST - eine Organisation, die Hilfsangebote zum Schutz vor antisemitische Angriffe an-

bietet und die staatlichen Mittel zur Sicherung jüdischer Einrichtungen, insbesondere von Schulen und Synagogen, im gesamten Vereinigten Königreich verwaltet -, bezeichnete diesen Zustand als "absolut beschämend". Zum ersten Mal seit Beginn der Datensammlung hat die Organisation in jedem Polizeibezirk des Vereinigten Königreiches mindestens einen antisemitischen Vorfall verzeichnet.

"Feier des Hamas-Angriffs"

Zu der Häufung am und nach dem 7. Oktober sagt die CST: "Diese Zahl allein (2.699, Anm. d. R.) übertrifft jede zuvor von der CST aufgezeichnete jährliche Gesamtzahl von antisemitischen Vorfällen". Sie markiere einen "Anstieg um 589 Prozent gegenüber den 392 antisemitischen Vorfällen", die der CST im gleichen Zeitraum 2022 gemeldet wurden.

Die Wohltätigkeitsorganisation erhielt Berichte über 416 antisemitische Vorfälle in der Woche nach dem 7. Oktober, was höher war als in jeder darauf folgenden Woche. Ihr Bericht sagt: "Die Geschwindigkeit, mit der Antisemiten im Vereinigten Königreich am 7. Oktober und sofort danach mobilisiert wurden, legt nahe, daß diese Zunahme des anti-jüdischen Hasses zunächst eine Feier des Hamas-Angriffs auf Israel war, eher als Ärger über die militärische Reaktion Israels im Gazastreifen."

Unter den Vorfällen waren unter anderem Drohgebärden vor Synagogen, direkte körperliche Angriffe, Graffitis mit "Free Palestine" oder die Verunstaltung von Plakaten mit Hakenkreuzen - unter anderem von einem, das ein von der Hamas entführtes Baby zeigte. Die CST stellt dabei einen "besorgniserregenden Anteil von Kindern, die Antisemitismus verüben", fest.

Großdemonstrationen in London

Im November fanden immer wieder antisemitische Großdemonstrationen in London statt. Am 11. November kamen laut Londoner Polizei 300.000 Menschen zusammen, um ihren Haß gegen den jüdischen Staat auf die Straße zu tragen.

Der Tag war nicht zufällig gewählt: Am 11. November, der in Großbritannien als "Armistice Day" (Tag des Waffenstillstandes) begangen wird, gedenkt man traditionell den Gefallenen des British Empire im Ersten Weltkrieg. Premierminister Rishi Sunak nannte das Timing der Demo "respektlos". Es war das erklärte Ziel der Demonstration, den Gedenktag zu "kapern" und für die palästinensische Sache zu vereinnahmen. Laut der Londoner Metropolitan Police waren knapp 2.000 Polizisten wegen der Demonstration im Einsatz.<<

16.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Februar 2024 (x1.361/…): >>**"Aus Klimasicht wollen wir das" - Leibniz-Volkswirt begrüßt Abwanderung deutscher Unternehmen**

Der Chef-Ökonom des prominenten Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Reint Gropp, begrüßt die Verlagerung energieintensiver Produktion aus Deutschland, um die Klimaziele zu erreichen. Die drohende Arbeitslosigkeit sieht er nicht als Problem an, schließlich herrsche in Deutschland aktuell Fachkräftemangel.

Willi Weißfuß

Immer mehr Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland. Sei es das Traditionsunternehmen Miele, das angekündigt hat, 700 Stellen in Gütersloh abzubauen und nach Polen zu verlagern oder der Autozulieferer ZF Friedrichshafen, der in Deutschland Stellen abbaut und diese in den USA und in Indien wieder aufbaut. Während ZF die Verlagerung der Arbeitsplätze damit begründet, daß außerhalb Europas weiter auf den Verbrennermotor gesetzt wird, war für Miele der Grund nach Polen zu gehen, daß es in Polen billige Energie und weniger Bürokratie als in Deutschland gibt.

An Entscheidungen wie diesen hängt immer auch die Existenz der Arbeiter und der Wohlstand ganzer Regionen. Schuld an diesen Entscheidungen sind Vorgaben der Politik, die die Unternehmen dazu nötigt, Deutschland zu verlassen, insbesondere die von der Bundesre-

gierung vorangetriebenen Maßnahmen zum Klimaschutz. Dadurch scheint der Industriestandort Deutschland zu einem Klimamaßnahmenflüchtling zu werden. Eine Entwicklung, die eigentlich besorgniserregend sein sollte.
Der Volkswirt und Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Reint Gropp, sieht in der Abwanderung deutscher Unternehmen und Arbeitsplätze hingegen kein Problem, im Gegenteil. Im Interview mit ntv schockierte Gropp damit, daß er diese Entwicklung gutheiße. "Aus Klimasicht wollen wir das", sagte Gropp über die Verlagerung der Produktion ins Ausland und das Zurückfahren der Produktion beim deutschen Chemieriesen BASF. Gropp, der unter anderem in verschiedenen Positionen für den IWF und die EZB tätig war, geht in dem Interview sogar weiter und sagt, daß sich die Abwanderung der energieintensiven Industrie nicht wirklich verhindern lassen kann, "wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen."
Daß CO2 kein Gas ist, was sich an Ländergrenzen hält und eine Abwanderung der energieintensiven Produktion den CO2-Ausstoß nur verlagert, ist Gropp dabei bewußt. Er fordert deswegen einen Klima-Zoll, "damit es keinen Anreiz gibt, dreckig in China zu produzieren und in Europa zu verkaufen." Sorge, daß sich der Arbeiter, der gerade entlassen wurde, weil sein Unternehmen lieber im billigen China statt im teuren Deutschland produziert, die Produkte aus China aufgrund des Klima-Zolls nicht mehr leisten können, macht sich Gropp nicht. Aus seiner Sicht finden die Arbeitslosen sehr schnell einen neuen Arbeitgeber. Er verweist dabei auf den aktuellen Fachkräftemangel, der sich durch den Renteneintritt geburtenstarker Jahrgänge in den nächsten Jahren noch verschärft.
Die Zukunft Deutschlands sieht Gropp dennoch in der Industrie, nur ohne Massenproduktion. Als Beispiel führt Gropp dafür Apple an. Der Konzern von iPhone und Co. hat in seiner Zentrale in Cupertino 25.000 Angestellte, die sich um Entwicklung und Marketing kümmern. Ein fragwürdiger Vergleich, wohl kaum werden schließlich die Arbeiter in Industrie-Unternehmen wie Unternehmen wie BASF oder Miele auf Marketingabteilung à la Apple umstellen, zumal auch in Zukunft Waschmaschinen und Co. in Deutschland konsumiert werden.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Weitere Milliarden an Geld und Waffen für Kiew: Scholz ist der Kanzler der ukrainischen Regierung**
Die Ampelregierung will in Zukunft doppelt so viel an Geld und Waffen in der Ukraine versenken wie bisher - und damit den Krieg gegen Rußland weiter am Laufen halten. Statt auch nur einen Gedanken an diplomatische Initiativen zu verschwenden, will Bundeskanzler Olaf Scholz allein in diesem Jahr über acht Milliarden Euro nach Kiew überweisen. Für sechs weitere Milliarden in den nächsten Jahren gibt es schon Verpflichtungsermächtigungen.
Das hat er heute in Berlin dem Ukrainischen Präsidenten Selenskyj persönlich vor Kameras mitgeteilt. Während sich die USA nun als Hauptsponsor des Nicht-EU und Nicht-Nato-Mitgliedsstaates Ukraine zurückziehen werden, springt die Ampel fröhlich in die Bresche und schwört Gebertreue. Kann also erstmal weitergehen mit Krieg.
Daß Scholz sich nicht als Kanzler der Deutschen fühlt, sondern als eifriger Gönner der Kiewer Staatsführung - welche die für dieses Frühjahr anstehenden Parlamentswahlen schon abgesagt hat - hat er einmal mehr mit dem Schlachtruf "Slava Ukraini" unter Beweis gestellt. Wenn er sich auch an sonst nicht viel erinnern kann, das Versprechen "an der Seite der Ukraine zu stehen, so lange wie nötig", wiederholt er gebetsmühlenartig. Und dafür geht er an all unsere Reserven.
Insgesamt 28 Milliarden Euro an Waffen, Panzer und auch Geld aus dem sogenannten Sondervermögen, mit dem die Bundeswehr eigentlich modernisiert werden sollte, hat die Ampel schon veruntreut. Deutschland wird auf diesem Wege nicht nur systematisch verarmt, sondern zugleich militärisch bloßgestellt. Vielleicht ist das auch die Strategie der Ampel: Wenn es hier

nichts mehr zu verteidigen gibt, wofür dann noch eine eigene Armee? Deshalb: AfD!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Februar 2024: >>**"Lieber tot als Sklave!" - Bauern gegen Unterdrücker**
Von *Daniell Pföhringer*
Mit dem Widerstandsgeist der Nordfriesen mußte nicht nur Robert Habeck Bekanntschaft machen. "Lewer duad üs Slav!" ziert ihre traditionelle Flagge - und ist ihnen Leitspruch bis heute. …
Anfang Januar wurde Robert Habeck von einem ganz besonderen Empfangskomitee begrüßt: Der Bundeswirtschaftsminister hatte gerade mit seiner Frau einen Bekannten auf der Hallig Hooge besucht, doch als seine Fähre in Schlüttsiel an der nordfriesischen Westküste angelegt hatte, drängte sich ein Pulk aufgebrachter Bauern nach vorn.
Etwa 1.000 Landwirte aus der Region hatten vom Aufenthaltsort des Grünen-Politikers Wind bekommen und wollten ihm nun die Meinung geigen. Die überforderte Polizei versprühte Pfefferspray, was die Menge nur noch wütender machte. Am Ende drehte die Fähre wieder ab und fuhr zurück aufs Meer. Für die Sicherheit des Wirtschaftsministers könne man sonst nicht mehr garantieren, hieß es. Doch Augenzeugen sind sich jedoch einig: Die Bauern waren nicht auf Gewalt aus - Habeck wäre kein Haar gekrümmt worden.
Pidder Lüng und der Amtmann
Der grüne Kinderbuchautor war sichtlich erstaunt über den Widerstandsgeist der nordfriesischen Bauern. Dabei hätte er als Schleswig-Holsteiner doch wissen müssen, daß dies an der Westküste Tradition hat. Es war schließlich der Tetenbüller Bauer Wilhelm Hamkens, der mit seinem Mitstreiter Claus Heim aus Dithmarschen die Landvolkbewegung Ende der 1920er Jahre anführte - und schon der Wahlspruch der Nordfriesen sagt ganz klar, was Sache ist: "Lewer duad üs Slav!" Auf Hochdeutsch: "Lieber tot als Sklave!".
Fahnen mit diesem Motto zierten zahlreiche Traktoren bei den großen Bauernprotesten Anfang des Jahres. Doch woher stammt der Spruch? Laut Lokalhistorikern ist "Lewer duad üs Slav!" seit alters her der Kampfruf der Nordfriesen gegen ihre Unterdrücker, die im Mittelalter vor allem über die nördliche Grenze einfielen.
Ein Fischer aus Hörnum auf Sylt soll die Worte gerufen und den dänischen Amtmann Henning Pogwisch im Grünkohl erstickt haben. Detlev von Liliencron hat ihn in seiner Ballade "Pidder Lüng" (1892) verewigt. In dem Gedicht weigert sich dieser, den Zehnten, also eine steuerähnliche Abgabe von zehn Prozent, an den Amtmann zu zahlen. Er begründet das mit der alten Freiheit von solchen Zahlungen.
In Liliencrons Ballade droht Pogwisch zu Beginn: "Und kann ich die Abgaben der Fischer nicht fassen, / Sollen sie Nasen und Ohren lassen, / Und ich höhn ihrem Wort:/ Lewwer duad üs Slaav!" Als er dem widerspenstigen Pidder dann wütend in den Grünkohltopf spuckt, packt der Fischer ihn und drückt seinen Kopf in den "glühheißen Brei", bis er erstickt ist. Die Söldner des Amtmanns töten daraufhin den Fischer und viele andere: "In den Dünen, im Dorf rasen Messer und Mord."
Verpflichtung und Auftrag bis heute
Doch auch die Westfriesen mußten sich fremder Zwingherren erwehren. Von ihnen stammt der ähnliche Leitspruch "Lieber tot als unfrei!", mit dem sie ihren Sieg über den Grafen Wilhelm IV. von Holland im Jahr 1345 unterstrichen. Ab 1844 tauchen die vier Worte im Kampf gegen den dänischen Alleinherrschaftsanspruch im Herzogtum Schleswig wieder auf.
In unserer Februar-Ausgabe mit dem Titelthema "Bauern, Bonzen und Blockaden" lesen Sie über die widerständigen Bauern aus dem hohen Norden:
"Die Nordfriesen sind bei den aktuellen Blockaden ein wichtiger Faktor. Am 4. Januar verdarben sie Wirtschaftsminister Robert Habeck seinen Fährausflug auf eine Hallig. Die große Blockade vor dem Brandenburger Tor am darauffolgenden Sonntag wurde von Frerk Arfsten

organisiert. An seinem niegelnagelneuen Traktor hatte er die gold-rot-blaue Fahne mit dem zitierten Spruch angebracht, denn er ist selbst Nordfriese, wurde auf der Insel Föhr geboren. Mittlerweile lebt er in Havelberg/Sachsen-Anhalt und ist Vorsitzender der Freien Bauern, einer frischen Konkurrenzorganisation zum Deutschen Bauernverband."
Man sieht daran: Für aufrechte Nordfriesen ist "Lewer duad üs Slav!" nicht nur eine historische Reminiszenz, sondern Verpflichtung und Auftrag bis heute. …<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 16. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Von der Ampel ignoriert und mit dem Rükken zur Wand: Deutschlands Bauern demonstrieren weiter**
Aus den Nachrichtenspalten werden sie herausgehalten, aber auf den Straßen sind sie weiterhin präsent: Deutschlands Landwirte, Fuhrunternehmer, Handwerker und viele weitere demonstrieren - genauso wie ihre europäischen Kollegen - weiter gegen die Zerstörung ihrer Existenz. Mahnwachen, Fahrzeugkorsos und Blockaden von Verkehrswegen und Zentrallagern der Supermarktketten sind an der Tagesordnung.
Der geneigte Staatspropaganda-Konsument bemerkt davon kaum etwas, er bekommt nur den verordneten Beifall für die Regierungsdemos zu sehen. Und auch die Ampel selbst hat sich mittlerweile so weit von der Realität entfernt, daß sie die Folgen ihres Treibens überhaupt nicht mehr überblickt.
Spätestens jetzt, nachdem trotz allen Widerstandes die volle Steuerbelastung für den Mittelstand mit CO2-Abgaben, Agrardiesel-Abschaffung oder Lkw-Maut durchgepeitscht wurde, sollte klar sein: Den etablierten Parteien ist die arbeitende Bevölkerung schlichtweg egal. Die Steuerzahler werden so lange ausgepreßt, bis nichts mehr übrig ist und sie ins Bürgergeld rutschen. Wo das dann herkommen soll - so weit denkt man nicht.
Es gibt nur noch eine Möglichkeit, das Ruder herumzureißen, und das sind Neuwahlen - und die müssen die Betroffenen weiterhin einfordern, auch wenn die Staatspropaganda sie dabei ignoriert.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Der Schatten-Verfassungsschutz**
Der Staat gliedert immer mehr bestimmte Teile der Strafverfolgung gegen "Hetze im Netz" auf merkwürdige private Träger und Meldestellen aus. Damit wird ein rechtsfreies System geschaffen, gegen das sich Betroffene nicht wehren können.
Henry Albrecht
Eine Apollo News-Recherche
Nancy Faeser setzt auf eine neue Eskalationsstufe im Kampf gegen Rechts. Unter anderem sollen Kontobewegungen überwacht werden, gar Ausreisesperren verhängt werden. Parallel will Lisa Paus das Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen - und damit den Kampf gegen Rechts in die "Zivilgesellschaft" privatisieren. Diese Hybrid-Strategie ist besonders deshalb so bemerkenswert, weil der angebliche Kampf gegen Rechts immer weiter weggeführt wird von den für den Schutz der Verfassung zuständigen, gesetzlich geregelten Organisationen und hinein in einen Nebel, in dem es plötzlich keine Kontrolle mehr gibt: Die Zivilgesellschaft wird zur Hilfspolizei.
Apollo News-Recherchen zeigen jetzt, wie dabei gerade private Meldestellen eingesetzt werden - als freie Ermittler, als Strafverfolgung in der Blackbox. Apollo News fragte dazu beim Innenministerium und deutschen Staatsanwaltschaften über die genaue Zusammenarbeit mit solchen Stellen an.
Das Bundesinnenministerium bestätigte gegenüber Apollo News die Zusammenarbeit u.a. mit der privaten Meldestelle "REspect!" und weiteren Portalen mit dem Bundeskriminalamt. "Seit dem 01.02.2022 sind soziale Netzwerke mit mindestens zwei Millionen registrierten Nutzern in Deutschland nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verpflichtet, bestimmte

Inhalte, die ihnen in einer Beschwerde gemeldet worden sind und die sie als rechtswidrig einordnen, dem Bundeskriminalamt (BKA) zu übermitteln. Zur Entgegennahme dieser Meldungen hat das BKA die der Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI BKA) eingerichtet", erklärt man gegenüber Apollo News.

Auch Staatsanwaltschaft greift auf private Meldestellen zurück

Auf der Internetseite des Meldeportals "REspect!" wird der Arbeitsgrundsatz erläutert: "Was uns verbindet, ist der gemeinsame Einsatz für einen respektvolleren Umgang im Internet sowie die Bekämpfung von Hetze, Verschwörungserzählungen und Fake News. Wir setzen uns, auch wenn es nicht immer leichtfällt, mit viel Spaß und der Überzeugung für etwas Gutes ein!" Es wird betont, daß das Internet kein rechtsfreier Raum sei und daß Volksverhetzung und politisch motivierte Drohungen auch in sozialen Netzwerken strafbar wären. Die Website ermuntert alle, die auf Haßkommentare stoßen, aktiv dagegen vorzugehen. Leider fehlen konkrete Definitionen, was genau bei "REspect!" als Haß und Hetze betrachtet wird, ebenso wie eine Erklärung zu Volksverhetzung.

Jedes Bundesland hat inzwischen eine Stelle in einer Generalstaatsanwaltschaft, die auch mit zivilen Meldestellen zusammenarbeitet. Die Generalstaatsanwaltschaft in Göttingen bestätigte gegenüber Apollo News, daß man "zur Bekämpfung von Haßkriminalität im Netz mit zivilen Meldestellen wie z.B. REspect!" zusammenarbeitet.

"REspect" ist als private Stiftung organisiert - wird dennoch ganz überwiegend durch "Demokratie leben" und andere Staatstöpfe finanziert. Und dann arbeitet "REspect" wiederum Staatsanwaltschaften und BKA zu. Es wird ein Baustein der Strafverfolgung in eine private Organisation ausgelagert, in eine Blackbox. "REspext" dürfte Meldungen etwa einseitig gefiltert oder sonst wie verzerrt weitergegeben, sie ist nicht den Gesetzen staatlicher Strafverfolgungsbehörden unterworfen und nimmt dennoch faktisch ihre Aufgaben wahr.

Der Verfassungsschutz setzt auch auf Informationsbeschaffer aus der "Zivilgesellschaft"

Auch der Verfassungsschutz nutzt "zivilgesellschaftliche" Organisationen als Quellen. Der Verfassungsschutz unterstellte etwa in seinen Akten Hans-Georg Maaßen "antisemitische Chiffren" verwendet zu haben und verwendet als Beleg einen Beitrag des linksextremen Senders Radio Dreyeckland.

Das Antifa-nahe Radio Dreyeckland geriet im Januar 2023 selbst ins Visier der Behörden. Die Polizei führte eine Razzia bei dem RDL-Journalisten Fabian Kienert durch und beschlagnahmte Datenträger sowie Laptops und Smartphones. Kienert soll in einem Artikel auf die illegale und linksextremistische Nachrichtenseite linksunten-indymedia verwiesen und damit eine verbotene Organisation unterstützt haben, weil auf der von ihm angegeben Seite auch zum Spenden für linksunten-indymedia aufgerufen wurde.

Auch die Redaktionsräume von RDL in Freiburg wurden von der Polizei durchsucht. Diese Durchsuchung wurde allerdings später als unrechtmäßig erklärt - die Razzia bei Fabian Kienert blieb jedoch rechtens.

Der Verfassungsschutz griff gegen Maaßen ebenso auf Informationen des linken Nachrichtenportals Belltower News zurück, das von der staatlich unterstützten Amadeu Antonio Stiftung herausgegeben wird. Eine weitere zivile Stelle, natürlich staatlich gefördert, die sich gegen Haß im Netz einsetzt, ist die "Fachstelle Gender, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus" der linken Amadeu Antonio Stiftung. "Die Fachstelle berät und schult mit einem Fokus auf Gender bundesweit Zivilgesellschaft, Politik, Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen und Medien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit", heißt es auf der Website.

Anders als bei den anderen beiden Meldestellen, wird hier tatsächlich erklärt, was Rechtsextremismus bedeuten soll: "Die Bilder des ‚wehrhaften Mannes' und der ‚deutschen Mutter'

prägen den Rechtsextremismus. Die biologistische Geschlechterideologie ist ein zentrales Element der vorgestellten ‚Volksgemeinschaft'. Wenn Mädchen oder Jungen in die rechte Szene einsteigen orientieren sie sich oft an den traditionalisierten Geschlechterrollen". Rechtsextrem ist also, wer an biologischen Geschlechtern festhält und nicht daran glaubt, daß man sie sich täglich aussuchen kann? Das suggerieren solche schwammigen Definitionen jedenfalls.
Was am Ende bei der Amadeu Antonio Stiftung feststeht: Jeder, der solcher "rechten" oder "antifeministischen" Ideologie im Internet begegnet, solle dies schleunigst melden. All diese Vorgänge werden bisher kaum problematisiert. Dabei haben semi-private Ermittlungsprozesse, Hilfspolizisten gerade im politischen Bereich keinen Platz. Dadurch das bestimmte Ermittlungsprozesse im verborgenen, rechtsfreien Raum geschehen wird es für Betroffene schwieriger sich zu wehren.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28200" berichtet am 16. Februar 2024 (x1.359/…): >>**WEF 2024: Kriegserklärung gegen freien Journalismus**
… Bei der 54. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos leitete die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ihre Rede mit folgenden Worten ein: "Die Hauptsorge für die nächsten zwei Jahre sind nicht Konflikte oder das Klima, sondern Desinformation und Fehlinformationen. Dicht gefolgt von der Polarisierung unserer Gesellschaften sind diese Risiken ernst, weil sie unsere Fähigkeiten einschränken, die großen globalen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen wir konfrontiert sind."
An dieser Stelle muß die Frage erlaubt sein, was genau Frau von der Leyen unter dem Begriff Fehlinformation versteht, zumal das diesjährige Treffen des WEF unter dem Thema "Rebuilding Trust", zu Deutsch "Vertrauen wiederherstellen", steht.
Offensichtlich ist der WEF-Elite klar, daß sie ihr Vertrauen bei vielen Menschen verspielt hat - und eben dieses Vertrauen soll jetzt wiederhergestellt werden.
Wir helfen dem WEF dabei gerne auf die Sprünge und verweisen auf unsere ausführliche Dokumentation über seine weltweiten Verstrickungen und üblen Machenschaften, deren Aufdekkung durch alternative Medien der wahre Grund für den Vertrauensverlust der Menschen ist. Offensichtlich sind es nämlich genau diese harten Fakten, deren Verbreitung der WEF beim Kampf gegen "Desinformation" zensieren möchte.
Nachfolgend greifen wir beispielhaft vier Themen aus der Dokumentation "WEF, Great Reset und ihre Drahtzieher - Gibt es doch eine Weltverschwörung?" (www.kla.tv/27824) heraus, die unter anderem für den weltweiten Vertrauensverlust gegenüber dem WEF gesorgt haben.
Fakt 1: WEF-Chef Klaus Schwab brüstete sich in einem Interview mit folgenden Worten: "Ich arbeite seit 1973 am Klimawandel. Nur um Ihnen zu sagen, daß ich derjenige war, der dem ‚Club of Rome' die erste große Plattform gegeben hat!"
Eben jener Club of Rome, der auf der Bilderberg-Konferenz im Jahr 1968 durch David Rockefeller gegründet wurde - als Teil einer Strategie zur globalen Bevölkerungsreduktion. Offener Diskurs zum Klimawandel? Fehlanzeige! Die offizielle Darstellung des menschgemachten Klimawandels spielt der "Great Reset" Agenda von Klaus Schwab in die Hände und darf heute kaum noch hinterfragt werden. Jeder kritische Beitrag wird als "Falschinformation" abgetan, ein offener Diskurs unmöglich gemacht.
Fakt 2: Die GAVI (zu Deutsch "Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung") wurde am 29.1.2000 am Weltwirtschaftsforum gegründet. Laut dem bekannten Wirtschaftsjournalisten und Bestsellerautor Ernst Wolff waren u.a. die WHO, UNICEF, die Weltbank, die Bill and Melinda Gates Stiftung sowie die Rockefeller-Stiftung, also hochrangige globale Strippenzieher, daran beteiligt. Gates versorgte die Allianz mit einer Anschubfinanzierung i.H. von 750 Millionen US-Dollar und gründete 2017 zusammen mit der GAVI und weiteren Unternehmen die ID2020.

Neben dem Ziel, möglichst die gesamte Menschheit zu impfen und mit der Impfung jedem eine Identifikationskennzahl zu verpassen, soll zeitgleich auch die lückenlose Totalüberwachung ausgebaut und damit ein weiterer Baustein des Great Reset gesetzt werden. Offener Diskurs zu diesen Zielen? Fehlanzeige! Impfkritiker werden mundtot gemacht, und wer sich über die zunehmende Überwachung beschwert, wird als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt.
Fakt 3: Das WEF hat es geschafft, innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Dreh- und Angelpunkte des Weltgeschehens zu werden. Klaus Schwab schwärmt in einem Interview: "Frau Merkel, Tony Blair, die waren alle, selbst Präsident Putin, sie waren alle mal "Young Global Leaders", sprich sie durchliefen das Trainingscamp des WEF. Wie paßt es zusammen, daß Personen, die auf der Weltbühne Konflikte austragen, dieselbe Ausbildung bei Klaus Schwab durchlaufen haben? Daß auch Kriege dem Great Reset in die Karten spielen, liegt auf der Hand. Offener Diskurs über einen Stopp von Waffenlieferungen und über diplomatische Lösungen? Fehlanzeige!
Fakt 4: Immer mehr freie Medien enthüllen, daß es einflußreiche Kräfte gibt, die Schwab im Hintergrund unterstützen und die das WEF als ihr Werkzeug strategisch führen. Unter anderem wurde das WEF unter starkem Einfluß des Globalstrategen Henry Kissinger gegründet. So ist es nicht verwunderlich, daß Klaus Schwab auch Teil der Bilderberg-Gruppe ist. Das ist jener Machtzirkel, der 1954 im Geheimen von David Rockefeller und Henry Kissinger als Teil einer weltweiten Schattenregierung errichtet wurde. Ursula von der Leyen stammt aus derselben Riege und ist Teil dieser Bilderberg-Gruppe, womit sie selbst Teil dieser Schattenregierung ist. Diese Gruppe ist sehr darauf bedacht, daß die Bevölkerung nichts von den Inhalten der streng abgeschotteten Treffen erfährt. Offener Diskurs? Fehlanzeige!
Die Bekundung des WEF, "Vertrauen wiederherstellen" und gleichzeitig sein Bestreben, die Meinungsfreiheit einzuschränken, stehen im krassen Widerspruch zueinander.
Bereits am 25.8.2023 verabschiedete die EU-Kommission den "Digital Services Act" und schaffte damit eine Grundlage für die Auslöschung unabhängiger Berichterstattung. Der Digital Services Act, kurz DSA, tritt am 17.2.2024 in vollem Umfang in Deutschland in Kraft.
Neben zahlreichen freien Aufklärern warnte auch der deutsche Richter im Ruhestand Dr. Manfred Kölsch am 18.1.2024 in der Berliner Zeitung vor den daraus drohenden Folgen. Wir fassen hier seine Aussagen zusammen:
- Der DSA eröffnet die Möglichkeit, auch nicht rechtswidrige Eintragungen als löschungspflichtig zu erklären.
- Das Maß, an dem die Beurteilung als Desinformation ausgerichtet ist, wird von der Europäischen Kommission bestimmt - das aber heißt, daß politisch unliebsame Meinungen, ja selbst wissenschaftlich argumentierte Positionen gelöscht werden können. Und nicht nur das: Bei einer Einstufung als rechtswidrig drohen soziale Konsequenzen.
- Die Herrschaft des Verdachts wird ausgedehnt, da ein klarer Nachweis nicht mehr nötig ist und Internet-Plattformen sich im Zweifel eher für die Zensur entscheiden, um kein Risiko einzugehen.
- Unberechtigten Löschungen wird durch den unvermeidlichen Einsatz automatischer Inhaltserkennungstechnologien, welche angesichts der Informationsflut eingesetzt werden, zusätzlich Vorschub geleistet.
- Die Überwachungsverpflichtung aller Akteure ist präventiv angelegt.
- Es geht immer um - wie es heißt - "voraussichtlich kritische", "voraussehbar nachteilige" oder "absehbar nachteilige Auswirkungen" auf die "gesellschaftliche Debatte", die "öffentliche Sicherheit" oder die "öffentliche Gesundheit".
(Dringende Sendungsempfehlung mit weiterführenden Hintergründen zum WEF und seinen Drahtziehern: www.kla.tv/27824)

Daß das WEF vorgibt, Vertrauen wiederherstellen zu wollen, während es zeitgleich über die EU den Digital Services Act durchsetzt, um einer Totalzensur Tür und Tor zu öffnen, spricht Bände.
Die eingangs zitierte Aussage von Frau von der Leyen beim WEF darf uns einerseits Mut machen, denn offensichtlich haben es freie Aufklärer und wahrheitsliebende Menschen weltweit geschafft, zahlreiche Mängel sowie Verstrickungen eben dieser Elite aufzudecken und sie bei der Verwirklichung ihrer perfiden Pläne zu stören. Diese unterdrückten Stimmen und Gegenstimmen zum aktuellen Weltgeschehen haben dafür gesorgt, daß ein spürbares Erwachen in der Weltbevölkerung wahrzunehmen ist. Bravo!
Doch andererseits darf uns dieser Etappensieg nicht glauben lassen, wir befänden uns schon auf der Zielgeraden zum Sieg hin. Die Aussage von Ursula von der Leyen, aber auch von anderen WEF-Mitgliedern in Davos, gleichen einer Kriegserklärung an alle freien Aufklärer, mit noch nie dagewesenen Folgen für die Meinungsfreiheit. Zudem werden wir damit rechnen müssen, daß auf Veranlassung des WEF und mit Hilfe Künstlicher Intelligenz in Zukunft noch deutlich mehr gezielt generierte "Fake News" gestreut werden, um die Aufklärungsbewegung hinters Licht zu führen und ihr zu schaden.
Darum nutzen wir doch jetzt gemeinsam die kommende Zeit, um möglichst viele Menschen auf die drohende Gefahr hinzuweisen.
Nehmen wir neue Informationen gründlicher denn je unter die Lupe!
Vernetzen wir uns unabhängig vom Internet miteinander!
Wie wir von Frau von der Leyen lernen durften: Für die WEF-Elite stellen aufgeklärte und wahrheitsliebende Menschen die größte Gefahr dar!<<
USA: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 16. Februar 2024 (x1.364/…): >> **Wie verbrecherisch darf ein Geheimdienst sein? - Die CIA, Joshua Schulte und Julian Assange**
Von *Herbert Ludwig*
Die Mainstream-Medien berichteten in gewohnter US-Hörigkeit, der 35-jährige Joshua Schulte sei für den größten Diebstahl geheimer Daten in der Geschichte der CIA verantwortlich, für ein "digitales Pearl Harbor", und zu 40 Jahren Haft verurteilt worden (z.B. tagesschau.de). Doch über die "dünne Beweislage", die "illegalen Inhalte" dieser Daten und die "verbrecherischen Methoden" des CIA berichten sie folgsam nichts.
An ihrer Stelle tut das jedoch in einem fulminanten Artikel der Satiriker im EU-Parlament Martin Sonneborn. Was er schreibt, ist aber, mit nur wenigen ironischen Wendungen, bitterer Ernst, der unter die Haut geht. Ich übernehme seinen Artikel von seinem X- (Twitter-) Kanal. Die Zwischenüberschriften sind von mir eingefügt. (hl)
Von Lügnern, Betrügern und Dieben
Martin Sonneborn
Wenn es Sie nicht kümmert, daß Ihre Regierung (und vielleicht auch Sie da draußen an den Geräten) mit illegalen Programmen vom US-amerikanischen Geheimdienst überwacht werden oder Sie das sogar ganz richtig finden - immerhin wäre angesichts der manifesten Kriminalitätsquote in unseren Parlamenten deren (lückenlose) Überwachung ja tatsächlich einmal angebracht - dann brauchen Sie gar nicht erst weiter zu lesen.
40 Jahre Haft für Whistleblower
Vorgestern (2. Februar 2014) wurde Joshua Schulte, ein ehemaliger Mitarbeiter des Center for Cyber Intelligence (CCI), einer CIA-Abteilung für offensive Cyberoperationen, vom New Yorker Federal Court zu 40 Jahren Haft verurteilt. Schulte soll 2 Milliarden Seiten "streng geheimer" CIA-Daten, die bezeichnenderweise mit so eindrucksvollen Codenamen wie "Brutal Kangaroo", "AngerQuake" oder "McNugget" versehen waren, 2016 entwendet und ein Jahr später an WikiLeaks weitergegeben haben. Durch dieses (von WikiLeaks) als "Vault 7" be-

zeichnete Leak wurde der Öffentlichkeit bekannt, daß die CIA auch im digitalen Zeitalter zu einer Praxis in der Lage ist, die man ihr sowieso schon zugetraut hatte: haarsträubende Hakkingoperationen und weltweite Spionage.
Bei den in Frage stehenden Programmen handelt es sich um eine Reihe maßgeschneiderter Techniken, mit denen die CIA nicht nur Wifi-Netzwerke und Webbrowser kompromittieren, Skype hacken, Antivirensoftware oder Verschlüsselungen von Messenger-Diensten überwinden und digitale Endgeräte (Apple & Android) in Abhörwanzen umwandeln kann. Auch auf "intelligente" Fernsehgeräte, semiintelligente Haushaltsgeräte und total dümmliche Kühl-, Heiz-, Mix-, Fön-, Licht-, Blas- und Sauggeräte (Heinzelmann) versteht sie sich Zugriff zu verschaffen. Sogar auf die Lenksysteme (hupps!) moderner Automobile.
Vault 7 machte die CIA nicht nur als weltweit größten Lieferanten ekliger Schadsoftware (Viren!) sichtbar, sondern zeigte auch ihre Fähigkeiten zur Fälschung digitaler "Beweise", mit denen die CIA eigene (böswillige) Hacking-Operationen problemlos einem ihrer "Gegner" in die Schuhe schieben kann (sog. "schwarze Propaganda"). Man darf getrost davon ausgehen, daß alles, was die US-Regierung anderen Staaten mit Bezug auf Cyberangriffe jemals vorgeworfen hat, weit umfassender von ihrer eigenen Behörde durchgeführt worden ist.
Zur Veröffentlichung von Vault 7 schrieb WikiLeaks: "In einer Erklärung erläutert die Quelle politische Fragen, die ihrer Meinung nach dringend in der Öffentlichkeit diskutiert werden müssen, darunter die Frage, ob die Hacking-Fähigkeiten der CIA über die ihr übertragenen Befugnisse hinausgehen, und das Problem der öffentlichen Kontrolle dieser Behörde. Die Quelle möchte eine öffentliche Debatte über die Sicherheit, die Schaffung, den Einsatz, die Verbreitung und die demokratische Kontrolle von Cyberwaffen anstoßen."
Das langwierige Verfahren gegen Joshua Schulte hat einen verschlungenen Verlauf genommen und enthält - wie andere von der CIA zur Kriminalisierung von Whistleblowern und Journalisten geführte Gerichtsvorstellungen auch - eine Reihe fragwürdiger Details und fadenscheiniger Argumentationen, die wir hier weder nachzeichnen noch jemandem zur Nachtlektüre empfehlen wollen: es erschütterte das Vertrauen in das Rechtssystem zu sehr.
Nur so viel: Während die CIA ihr peinlichstes Datenleck um keinen Preis ungesühnt lassen möchte, beteuert Schulte seine Unschuld. Die Zweifel an den ihm zugeschriebenen Straftaten waren objektiv so groß, daß die Geschworenen sich 2020 noch nicht einmal auf die vorgesehenen Anklagepunkte einigen konnten, was das erste von der CIA zusammengeschusterte Verfahren 2020 gar in seiner Gänze platzen ließ ("Fehlprozeß").

Verbrecherische Operationen des CIA

An dieser Stelle muß man sich rasch Erinnerung rufen, wer oder was die CIA eigentlich ist. Obwohl dieser ursprünglich nur für Informationsbeschaffung, Analyse und Prognose zuständige Dienst - der älteste von 17 US-Geheimdienstbrüdern - juristisch keineswegs über geltendem Gesetz steht, ist er in den Jahrzehnten seines Bestehens vor allem durch eigenmächtiges und rechtswidriges Verhalten aufgefallen:
illegale Datensammlungen (z.B. hunderttausender Privatdaten von US-Bürgern),
illegale Verhörmethoden (z.B. Waterboarding),
illegale Operationen auf fremdem Staatsgebiet einschließlich illegaler Umsturzversuche und illegaler Umstürze (zuletzt vermutlich Pakistan …),
illegale Mordversuche und Morde (z.B. 1961 an Patrice Lumumba),
illegale Folter (z.B. in Guantanamo und Abu Ghraib),
illegale Forschungsprogramme (z.B. MK-ULTRA zur Bewußtseinsmanipulation und –kontrolle),
illegale Experimente (z.B. mit Chemikalien, Drogen, LSD, Meskalin, Angel Dust) an ahnungslosen Krankenhauspatienten und (schwarzen) Gefängnisinsassen,
und die illegale Zusammenarbeit mit absolut illegalen Terrornetzwerken (z.B. Al-Quaida).

WikiLeaks, Assange (und wir) sind im Vergleich zur CIA natürlich hoffnungslos von vorgestern. Wir hängen nämlich dieser ganz schön altmodischen Demokratievorstellung an, derzufolge SIE DA DRAUSSEN ein Recht darauf haben zu erfahren, was die von Ihnen in Macht gesetzten Regierungen (mitsamt ihrem unübersichtlichen Sekundärapparat aus Unterorganisationen und Diensten) in Ihrem Namen den lieben langen Tag so tun - vor allem, wenn ihre Praxis möglicherweise rechtswidrig ist.
Von vorvorgestern ist auch diese (von neuerdings sogar als "demokratiegefährdend" geltende) Idee, daß Regierungen ihren Bürgern gegenüber noch immer in vollem Umfang rechenschaftspflichtig sind, und es ihnen daher keinesfalls zusteht, ihre eigenen Straftaten oder die ihrer Behörden vor der Öffentlichkeit zu verbergen.
Mike Pompeo: "Ich war der Direktor der CIA. Wir haben gelogen, wir haben betrogen, wir haben gestohlen. Wir hatten dafür ganze Trainingskurse."

CIA-Methoden bei Julian Assange und Joshua Schulte

Falls Sie da draußen finden, daß eine derart sympathische Organisation das Recht haben sollte, sich weiterhin ungestraft über alles hinwegzusetzen, was ihr im Weg steht, dann ist ja alles gut. Und wenn Sie der Meinung sind, daß es einer ausländischen Regierungsorganisation mit überreichem Strafregister natürlich frei-, offen- oder zusteht, jede fiese Verbrecherregierung auf der ganzen Welt (außer ihrer eigenen) systematisch mit verbotenen Mitteln auszuspähen, dann dürfen Sie ganz unbesorgt sein.
Wenn Sie schließlich auch noch denken, daß rezidivierende Rechtsbrecher ein Recht darauf haben sollten, ihre gesammelten Rechtsbrüche unter Aushebelung jeder öffentlichen Kontrolle im Geheimen ihrer vordemokratischen Dunkelkammern zu begehen, dann können wir Ihnen hier nicht helfen.
Vault 7, dieses größte (und wirklich auch peinlichste) Datenleck in ihrer gesamten Geschichte veranlasste die CIA und ihren damaligen Chefpimmel Mike "Fatty" Pompeo jedenfalls zur brutalistischen Ausrufung eines "all-out war" - nicht gegen Kriminelle oder Rechtsbrecher, versteht sich, sondern gegen WikiLeaks & Julian Assange, die das geleakte Material (ehrverletzenderweise) veröffentlicht hatten.
Es nimmt nicht wunder, daß dieser von notorischen Straftätern einer kriminellen Behörde ausgeheckte "totale Krieg" gegen WikiLeaks, eine für die Wiederherstellung des bürgerlich-demokratischen Informationsrechts und umfassende institutionelle Transparenz eintretende Plattform, schnurstracks in eine weitere Straftat mündete: die minutiöse Planung (illegal) der Entführung (sowieso) und Ermordung (irgendwie auch) von Julian Assange, der sich zu dieser Zeit als politischer Flüchtling in der ecuadorianischen Botschaft in London aufhielt. Anklage gegen Assange wurde von der US-Regierung übrigens erst dann erhoben, als der CIA-Plan zur außergerichtlichen Regelung dieses Problems gescheitert war.
Seine sechseinhalbjährige Untersuchungshaft (seit Oktober 2018) hat Joshua Schulte im Metropolitan Correctional Center (MCC) der Stadt New York verbracht. Unter Haftbedingungen, die für zivilisierte Gesellschaften eigentlich undenkbar sind, sogenannte SAMs - Sonderverwaltungsmaßnahmen, die eine vollständige Isolation und sensorische Deprivation des Insassen anstreben. Durchgehende Einzelhaft in einer Betonbox von der Größe eines PKW-Stellplatzes (Nicht SUV. Kleinwagen.) mit absichtlich verbarrikadiertem Fenster.
Aktenkundig ist die Beschreibung seiner Anwälte vor Gericht:
"Die Käfige sind schmutzig und mit Nagetieren, Nagetierkot, Kakerlaken und Schimmel befallen; es gibt keine Heizung oder Klimaanlage in den Käfigen, keine funktionierenden Sanitäranlagen, das Licht brennt 24 Stunden am Tag, und den Insassen werden normale Besuche, der Zugang zu Büchern und juristischem Material, medizinische und zahnmedizinische Versorgung verweigert."
Zweimal pro Woche darf der Gefangene duschen (Warmwasser nur auf dem Rechtsweg). Er

darf nicht fernsehen, nicht Radio hören und nicht mit der Außenwelt kommunizieren, kein Telefon, keine E-Mail, keine Rauchzeichen. Besuch ist nur von Anwälten erlaubt. Im Besprechungsraum ist er an eine Ösenschraube im Boden gekettet, was ironischerweise exakt der Praxis entspricht, die die CIA bei Verhören von Al-Qaida-Gefangenen angewandt hat.
Da er während der Anwaltsbesuche nicht auf die Toilette gehen darf, ist er gezwungen, etwaige Geschäfte in eine Plastiktüte zu verrichten, die ein Wärter ihm zu Beginn der Sitzungen aushändigt. Vor Gericht muß er Fesseln um die Knöchel und Ketten um die Taille tragen, an denen seine Hände, ihrerseits in einer separat verschlossenen Stahlbox eingeschlossen, in Handschellen befestigt sind.
"Wie schützt es die nationale Sicherheit, wenn er jahrelang den Himmel nicht sehen darf? Schützt es die nationale Sicherheit, wenn man ihm nicht erlaubt, einen Arzt aufzusuchen? Schützt es die nationale Sicherheit, ihm das Lesen zu verbieten? Das tut es nicht. Es beweist nur, daß die Vereinigten Staaten keinen Respekt vor den Menschenrechten oder der Rechtsstaatlichkeit haben", schreibt John Kiriakou, der seines Zeichens ehemaliger CIA-Analyst, leitender Ermittler des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen und Berater für Terrorismusbekämpfung ist.
Nun also 40 weitere Jahre Haft. Schuldig in 13 Anklagepunkten, hauptsächlich nach dem Espionage Act von 1917, der unter historischen Ausnahmebedingungen geschaffen und seither unverändert in Kraft geblieben ist, obwohl der 1. Weltkrieg, wenn wir uns nicht verrechnet haben, schon seit 107 Jahren beendet ist.
Ob man es tatsächlich für "Spionage" halten kann, wenn Material, das eine kriminelle Regierungsorganisation unter Mißachtung der demokratischen Rechenschaftspflichten geheim hält, gar nicht einem fremden Staat oder Geheimdienst, sondern schlicht dem Demos zur Verfügung gestellt wird, jener aus mündigen Bürgern bestehenden Öffentlichkeit also, ohne die jener Geheimdienst auch nicht den Funken irgendeiner Legitimität besäße, darüber könnte man trefflich streiten.
Dasselbe gilt natürlich für die ebenfalls auf den Espionage Act von 1917 gestützte US-Anklage im Fall Assange. Auf die Frage, was der Unterschied zwischen ihm und Mark Zukkerberg sei, antwortete Assange einmal: "Ich gebe private Informationen über Organisationen umsonst an Sie weiter und bin ein Schurke. Zuckerberg gibt Ihre privaten Informationen für Geld an Organisationen und ist Mann des Jahres."
In Gedanken erweitern wir dieses zutreffende Bonmot um die Parameter "kriminelles Regierungsverhalten" und "Kriegsverbrechen" - und überlassen es Ihnen, ob es auch nur den geringsten Anschein von Plausibilität hat, daß ein australischer Publizist durch die Weitergabe von wahrheitsgemäßer Information an Sie da draußen der "Spionage" schuldig geworden sein soll. ("Spion des Jahres" 2010 - 2019)
Am 20. und 21. Februar wird eine zweitägige Anhörung zum von Assange angestrengten Rechtsmittelverfahren am Londoner High Court stattfinden - demselben Gerichtshof, an dem derselbe Haufen gepuderter Perücken noch einmal dasselbe grenzwertige Rechtsverständnis an den Tag legen wird wie beim letzten Mal (vgl. unsere Assange-Broschüre auf meiner Homepage).
Sollte sein Antrag auf Bewilligung eines eigenen Berufungsverfahrens keinen Erfolg haben, sind Assanges Möglichkeiten innerhalb des britischen Rechtssystems erschöpft. Er würde dann umgehend an die Vereinigten Staaten ausgeliefert, wo ihm nach sieben Jahren Isolation in der ecuadorianischen Botschaft und fünf Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Hellmarsh weitere 175 Jahre Haft drohen - einschließlich "schwerer Menschenrechtsverletzungen u.a. durch Haftbedingungen, die Folter und Mißhandlung gleichkommen" (Amnesty International).
Amnesty (und einer unzähligen Reihe weiterer Organisationen) zufolge dürfe die Veröffentli-

chung geleakter Dokumente auf WikiLeaks nicht bestraft werden, da dies "ein übliches Vorgehen des investigativen Journalismus ist. Eine Anklage gegen Julian Assange könnte andere Journalisten und Publizisten davon abhalten, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen." …
Wir halten es für völlig abwegig, daß es zu den von Pompeo erwähnten Trainingskursen für dienstliche Lügner, Betrüger und Diebe gehören könnte, neben die standardmäßig wegen Spionage erhobenen Anklagepunkte noch ein paar weitere wegen irgendeines plakativen Schweinkrams zu stellen. Das ist in jedem der zahlreich dokumentierten Fälle gegen von der CIA detektierte "Feinde" nämlich immer nur purer Zufall (gewesen).
Die Details der Anklage zum (angeblich tatsächlichen) Besitz von photographischem Zeug ab 18, das auf einem von Schulte bei der CIA zurückgelassenen Computer aufgetaucht sein soll, kümmern uns nicht die Bohne. Sie mögen wahr sein oder - analog zur Assange über Jahre fälschlicherweise nachgesagten Vergewaltigung - eben einfach auch nicht. Es hätte weder für die hier verhandelte Frage noch für unsere Bewertung des von Schulte (angeblich tatsächlich) durchgeführten CIA-Leaks auch nur die geringste Bedeutung.
P.P.S.: Wenn von geheimen Diensten die Rede ist, dann geht es um eine Grundsatzfrage, die auch von den Gesellschaften Europas wird beantwortet werden müssen: mit welchen Rechten, welchen Freiheiten und welcher Machtfülle wollen wir unsere Geheimdienste eigentlich ausgestattet wissen? Und vor allem: welcher Ziele wollen wir sie sich mit welchen Mitteln zuwenden sehen? Sicher nicht denen, die den deutschen Grünen vorschweben, die kürzlich erneut eine "europäische Nachrichtendienstagentur" zur Bekämpfung von "Terrorismus" und "Desinformation" gefordert haben.
Dieselbe "Desinformation", für die im hierfür maßgeblichen DSA noch nicht einmal ansatzweise eine Definition oder Spezifizierung vorgelegt wird und die den inkriminierten Terminus daher auf jeden nur denkbaren Inhalt (Guten Morgen!) willkürlich anwendbar macht. Ob wir inmitten der sich EU-weit auf verschiedenen Ebenen anbahnenden Ermöglichung von Massenüberwachung tatsächlich noch eine eigene EU-Spionageagentur brauchen, die sich der regierungsseitig betriebenen Desinformationshysterie anschließt, das möchten wir doch stark bezweifeln. Staatliche Einmischung in die öffentliche Meinungsbildung - oder gar der Versuch ihrer Steuerung - ist kein Mittel einer "wehrhaften" Demokratie, sondern eine zutiefst antidemokratische Praxis.
Quelle: https://twitter.com/MartinSonneborn/status/1754227768659730733<<

17.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Sparkasse verstrickt sich nach Drohbrief wegen AfD-Spende in Widersprüche**
Nachdem die Sparkasse einem Kunden eine Spende an die AfD untersagen wollte, erklärte die Bank, es handele sich um ein "menschliches Versehen", nur Zahlungen an verfassungswidrige Parteien dürften verboten werden. Die Frage, ob die Bank allerdings AfD-Spenden systematisch erfaßt, bleibt offen.
Wim Lukowsky
Im Skandal um eine abgemahnte Parteispende an die AfD sind weitere Ungereimtheiten aufgetaucht. Nachdem die Sparkasse Mittelfranken-Süd infolge einer Überweisung an die AfD den Spender aufgefordert hatte, solche Zahlungen zu unterlassen, war der betroffene Bürger mit dem Sparkassen-Schreiben an die Öffentlichkeit gegangen. Am Mittwoch veröffentlichte das Bankinstitut dann eine Stellungnahme, die weitere Fragen aufwirft. Ursprünglich wurde dem Bürger mitgeteilt, die Sparkasse akzeptiere solche Überweisung künftig nicht, da der Zahlungsempfänger eine "rechtsextremistische Ausrichtung" hätte. Der Kunde solle solche Zahlungen daher im "eigenen Interesse" einstellen.

Das Unternehmen hatte damals die Ansicht geteilt, die AfD sei eine rechtsextreme Bestrebung. In der Pressemitteilung vom Mittwoch erklärt die Sparkasse, Zahlungen würden nur für Parteien und Vereine eingeschränkt werden, wenn "deren Verfassungswidrigkeit rechtskräftig festgestellt wurde".
Bereits nach Bekanntwerden des Falls entschuldigte sich das Bankinstitut und erklärte, es habe sich lediglich um ein "Versehen" gehandelt. Diese Darstellung verfolgt das Unternehmen auch in der am Mittwoch veröffentlichten Pressemitteilung, denn die "Mitteilung, daß ein Kunde in Folge einer Spende an die AfD ein Schreiben erhalten hat, beruht auf einem menschlichen Versehen unsererseits." Allerdings erklärt die Sparkasse somit nicht, ob die Überprüfung der Zahlung an die AfD auf menschliches Versagen zurückzuführen ist.
Eigentlich wollte das Unternehmen mit dieser Mitteilung grundsätzlich ausräumen, daß Spenden an die AfD systematisch überprüft werden. Dieser Eindruck war zuvor entstanden, weil die Junge Freiheit von einem "externen Dienstleister" berichtet hatte, der möglicherweise im Auftrag der Bankinstitute "Finanzströme auf Geldwäsche-Hinweise" überprüft. Auf Anfrage der JF wollte die Sparkasse Mittelfranken-Süd den Verdacht weder bestätigen noch dementieren und auch der betreffende Dienstleister wollte der JF keine Auskunft erteilen.
In ihrer Stellungnahme geht die Sparkasse auf diese Anfragen dann auch nicht weiter ein und betont, "daß der Zahlungsverkehr für unsere Kunden natürlich im gesetzlichen Rahmen uneingeschränkt gewährleistet ist. Eine Zahlung an die AfD ist damit möglich." Doch das klang einige Tage zuvor noch anders, als die Sparkasse die AfD als "rechtsextrem" bezeichnete. Jetzt verkündet die Bank, "als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ermöglichen wir allen gesellschaftlichen Gruppen und Personen, unabhängig von deren politischen Zielen, Zugang zu kreditwirtschaftlichen Leistungen."
Erst kürzlich erklärte Innenministerin Nancy Faeser (SPD), das Bankgeheimnis könnte bei vermeintlichen Extremisten ausgesetzt werden, wenn diese eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Dadurch soll dem Verfassungsschutz die Möglichkeit gegeben werden, Auskunftsersuchen bezüglich Transaktionen und Konten zu stellen. Faeser erklärt, wenn verfassungswidrige Bestrebungen durch den Verfassungsschutz attestiert werden, "dann können wir auch Konten stillegen".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Februar 2024: >>**Neuer Zoff in der Chaos-Ampel: "Grüne" blockieren Bezahlkarte für Migranten!**
Nach der Beschlußlage von Bund und Ländern war eigentlich klar: Asylbewerber erhalten künftig statt Bargeld eine aufladbare Bezahlkarte, mit der sie zum Beispiel einkaufen können. Damit sollen vor allem Geld-Überweisungen in Heimatländer unterbunden werden. Jetzt stellen sich die "Grünen" quer. Die für kommende Woche geplante Verabschiedung der entsprechenden Begleitgesetze im Deutschen Bundestag drohe zu platzen, heißt es laut Medienberichten.
Demnach wollen die "Grünen" ihre Zustimmung zur Bezahlkarte an die Bedingung knüpfen, daß die Meldepflicht von "Flüchtlingen" ohne Paß gelockert wird. Migranten sollen zum Arzt gehen können, ohne eine Abschiebung befürchten zu müssen. Mit diesem Zugeständnis von SPD und FDP wollen die "Ampel-Grünen" offenbar den heftigen Widerstand der "Basis-Grünen" gegen die Bezahlkarte brechen.
Hintergrund für den Kuhhandel ist: In Deutschland halten sich hunderttausende ausreisepflichtige Migranten ohne Papiere auf. Für sie gibt es eine medizinische Basis-Versorgung. Aber: Bei einem Arztbesuch müssen sie damit rechnen, gemeldet und abgeschoben zu werden. Das wollen die "Grünen" verhindern.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Februar 2024: >>**Morddrohungen gegen AUF1-Chef Stefan Magnet**
Von *Jürgen Elsässer*

Die Saat der Gewalt: AUF1 muß aus Sicherheitsgründen zwei große Veranstaltungen absagen. COMPACT und AUF1 wollen gemeinsam gegen die unerhörten Angriffe auf die Pressefreiheit vorgehen.
Nun schrecken die linksgrünen Freiheitsfeinde, die mit Rückendeckung des Regimes operieren, auch vor Gewalt gegen Journalisten nicht mehr zurück: Nach "sehr konkrete Anschlagsdrohungen" gegen AUF1-Chef Stefan Magnet mußte der Sender "auf dringendes Anraten von Behörden und dem eigenen Sicherheitsdienst" zwei fast ausverkaufte Vortragsveranstaltungen in Deutschland und Österreich im Vorfeld absagen.
Die Drohungen richteten sich demnach nicht gegen das Publikum, wohl aber gegen Magnet persönlich und auch den Vermieter der Lokalität. "Das ist die Saat des Systems!", sagt AUF1-Moderator Thomas Eglinski. "Wenn Andersdenkende mit Propaganda ständig zum Haßobjekt gemacht werden, ruft das auch Fanatiker, Extremisten und Kriminelle auf den Plan."
Im Fadenkreuz
AUF1 ist, ähnlich wie COMPACT, immer wieder im Fadenkreuz des Regimes. Die juristische Ausgangslage der Kollegen ist etwas besser als bei uns, da AUF1 seinen Sitz in Österreich hat und daher vom deutschen Inlandsgeheimdienst ("Verfassungsschutz") nicht offiziell als "gesichert rechtsextrem" zum Abschuß freigegeben werden kann. Inoffiziell ist die Hetze aber ähnlich stark, in den Leitmedien erscheinen regelmäßig Verleumdungen gegen Magnet und sein Team. Zwischenzeitlich wurde auch versucht, AUF1 die Satellitenlizenz zu entziehen und damit die Reichweite erheblich einzuschränken - was aber nicht geklappt hat, aber trotzdem wahrheitswidrig von Wikipedia und Lügenmedien weiter behauptet wird.
Magnet selbst steht übrigens, wie auch Tucker Carlson, Gerhard Schröder, meine Wenigkeit und über hundert weitere Personen, auf der inoffiziellen Todesliste des ukrainischen Geheimdienstes. Die Gefahr durch diese Kräfte für Journalisten und Medien, die die NATO-Linie der bedingungslosen Unterstützung (eigentlich: Verheizung) der Ukraine im Krieg gegen Rußland nicht mittragen, ist beträchtlich. Angesichts der für Kiew aussichtslosen Lage auf dem Schlachtfeld - gestern fiel die strategisch wichtige Festung Awdijiwka - sind auch Racheaktionen von Desperados nicht auszuschließen.
Im Zuge der koordinierten Vernichtungskampagne gegen die gesamte patriotische und freiheitliche Opposition nach der Erfindung des Potsdamer "Geheimtreffens" zur "Deportation von Millionen" kommt das Regime zwar gegen die AFD nicht voran - siehe die Stimmengewinne der Partei bei der Nachwahl in Berlin am vergangenen Sonntag -, versucht es aber um so brutaler gegenüber dem Umfeld. So wurde dem Online-Portal "Heimatkurier" das Konto gekündigt, so erklären sich die Morddrohungen gegen AUF1, und so erklärt sich das Verkaufsverbot gegen COMPACT durch die großen Handelsketten seit 6. Februar. Gegen diesen historisch in er BRD einmaligen Anschlag auf die Pressefreiheit rufen wir unsere Leser zur Solidarität auf …
Gemeinsamer Auftritt von AUF1 und COMPACT
Gegen den diktatorischen Druck des Regimes wollen, so habe ich mich mit Stefan Magnet verständigt, AUF1 und COMPACT gemeinsam öffentlich auftreten. Näheres werden wir Anfang nächster Woche verabreden. Auf jeden Fall habe ich Stefan Magnet schon einmal als Redner zum Auftakt der "Blauen-Welle-Tournee" von COMPACT als Redner eingeladen: am 30. März (Karsamstag) findet unsere erste Veranstaltung in Velten nördlich von Berlin statt. Das muß eine große Kundgebung zur Verteidigung der Freiheit, gerade auch der Pressefreiheit, werden. Die Antifa mobilisiert schon bundesweit zum Gegenprotest - aber wir lassen uns nicht einschüchtern! Am 30. März auf nach Velten, Eintritt frei - weitere Informationen in Kürze!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Ende des Trans-Wahns - Dänische Regierung stellt klar: Es gibt nur zwei Geschlech-**

ter

Während in Deutschland das Geschlecht zu einem sozialen Konstrukt erklärt wird, hat sich Dänemarks Gleichstellungsministerin eindeutig positioniert und verkündet, daß es nur zwei Geschlechter gibt und Transfrauen keine biologischen Frauen sind.

Willi Weißfuß

Die dänische Gleichstellungsministerin hat sich in einer Parlamentssitzung klar gegen den Trans-Wahn positioniert. Wie dänische Medien berichten, verkündete die Politikerin Marie Bjerre von der liberalkonservativen Partei Venstre vor wenigen Tagen bei einer Ausschußdebatte mit den Gleichstellungsberichterstattern aller Parteien aus dem dänischen Parlament, daß es nur zwei Geschlechter gibt. Bjerre lehnte damit deutlich das von der Genderwissenschaft propagierte Konzept, daß Geschlecht lediglich ein soziales Konstrukt ist, ab.

Ebenso bezog Bjerre eindeutig Stellung zu Transpersonen. Dabei machte sie deutlich, daß man sein biologisches Geschlecht nicht ändern kann und Transmänner dementsprechend keine biologischen Männer sind und Transfrauen keine biologischen Frauen. Bjerre stellte auch klar, daß bei der Geburt kein Geschlecht "zugewiesen", sondern "festgestellt" wird.

Schon im vergangenen Sommer hat das dänische Gesundheitsministerium verkündet, daß Geschlechtsumwandlungen bei Kindern vollständig verboten werden. Zuvor war der Anteil der Kinder, die sich nicht ihrem biologischen Geschlecht zugehörig fühlten und sich einer Geschlechtsumwandlung unterzogen, bereits rückgängig. Wurden 2018 noch rund 65 Prozent der Kinder mit einer solchen Diagnose operiert, waren es 2022 nur noch 6 Prozent.

Damit geht Dänemark einen Weg, der sich von Deutschland diametral unterscheidet. Während die Ampel in Deutschland mit dem Selbstbestimmungsgesetz durchsetzt, daß das Geschlecht einmal im Jahr per Selbsterklärung im Standesamt geändert werden kann - und das im Übrigen auch von Kindern und im Zweifel gegen den Willen der Eltern - orientiert sich Dänemark an der klassischen Biologie.

In Dänemark regieren die Sozialdemokraten mit ihrer Ministerpräsidentin Mette Frederiksen zusammen mit der liberal-konservativen Partei Venstre und der sozialliberalen Partei Moderaterna. Die dänische Sozialdemokratie ist im Vergleich zur deutschen Sozialdemokratie in gesellschaftlichen Fragen konservativ und lehnt unter anderem die unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen in Dänemark ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Februar 2024: >>**Werteunion: Maaßen gründet Partei**

Von *Daniell Pföhringer*

Die konservative Werteunion, bislang ein Verein, wurde heute von Hans-Georg Maaßen und seinen Mitstreitern in Bonn als Partei gegründet. Die neue Formation zeigt sich gesprächsoffen mit der AfD. Am Aschermittwoch hatte Maaßen hingegen die Grünen als in Teilen extremistische Partei bezeichnet, die eigentlich ein Fall für den Verfassungsschutz wären.

Werteunion: Maaßen gründet Partei

- Die konservative Werteunion, bislang ein Verein, wurde heute von Hans-Georg Maaßen und seinen Mitstreitern in Bonn als Partei gegründet.
- Medienberichten zufolge ist die Gründungsversammlung derzeit noch in Gang. Neben einer Satzung soll heute auch ein Grundsatzprogramm beschlossen und ein Gründungsvorstand gewählt werden. Maaßen will nach eigenen Angaben für den Parteivorsitz kandidieren. Die Weichen für die Parteigründung hatte die Werteunion im Januar bei einer Mitgliederversammlung in Erfurt gestellt - mit der Übertragung des Namensrechts.
- In einem Interview kündigte Maaßen kürzlich an, die neue Partei wolle mit dem Motto "Wir wählen die Freiheit" in den Wahlkampf ziehen. Gegenüber der AfD soll keine sogenannte Brandmauer errichtet werden. Vielmehr sei man zu Gesprächen mit allen demokratischen Parteien bereit, wozu Maaßen auch die AfD zählt. Antritte der Werteunion sind zu den Land-

tagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg geplant.
- Bei einer Aschermittwochsveranstaltung der Werteunion hatte Maaßen scharfe Kritik an den Grünen geübt und die Partei als in Teilen extremistisch bezeichnet. Zudem müßten die "Staatsmedien" aufgelöst werden. Maaßen weiter:
"Wir wollen, daß diese ganzen linken und grünen Thinktanks ausgetrocknet werden. Es kann nicht sein, daß der Staat Gruppierungen, Bewegungen, sogenannte NGOs finanziert, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung kämpfen, die dafür verantwortlich sind, daß wir hier eine hunderttausendfache Massenmigration haben. Diese Finanzierung muß sofort gestoppt werden."
Auch Markus Krall ist mit an Bord: Er ist einer der scharfsinnigsten und schärfsten Kritiker der Herrschenden - darum überziehen sie ihn mit Razzia, Stasi-Methoden und GEZ-Hetze!<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28141" berichtet am 17. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Münchner Sicherheitskonferenz - militärischer Arm der weltweiten Schattenregierung?!**
Münchner Sicherheitskonferenz - militärischer Arm der weltweiten Schattenregierung?!
Die Münchner Sicherheitskonferenz (16. bis 18. Februar 2024) feiert in diesem Jahr ihr 60-jähriges Jubiläum. Sie nennt sich das weltweit führende Forum für Debatten zur internationalen Sicherheitspolitik. Ihr ursprüngliches Motto lautet: "Frieden durch Dialog zu fördern". Doch speziell die Münchner Sicherheitskonferenz forderte dazu auf, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu unterstützen! Welche Ziele verfolgt sie eigentlich? Und welche Verbindungen hat sie zur Bilderberg-Gruppe und der privaten US-Denkfabrik Council on Foreign Relations CFR? …
"Frieden durch Dialog fördern", "weltweit führendes Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik".
Das sind unter anderem Ziele der Münchner Sicherheitskonferenz.
Doch wie kann sich die Münchner Sicherheitskonferenz für Frieden einsetzen und zur Beilegung der Konflikte beitragen, wenn Rüstungskonzerne, die an Kriegen verdienen, ihre Sponsoren sind?
Könnte es daher sein, daß die Münchner Sicherheitskonferenz nicht der Sicherheit der europäischen Bevölkerung dient? Könnte es sein, daß sie - vorbei an den Nationalstaaten und vorbei am Willen des Volkes - zum militärischen Arm der geheimen Weltregierung, bestehend aus der Bilderberg-Gruppe, dem CFR und dem ECFR geworden ist oder gar zu diesem Zweck gegründet wurde? …
Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde 1963 gegründet und findet jährlich in München als eine internationale Tagung statt, auf der u.a. Politiker, Militär- und Wirtschaftsvertreter sowie Nichtregierungsorganisationen strategische Debatten zur Weltsicherheitslage führen.
Bevor wir uns die Frage stellen, welche Ziele die Münchner Sicherheitskonferenz verfolgt, möchten wir uns zunächst fragen, wer ihre Sponsoren sind, da sich hinter den Sponsoren auch die Ziele der Münchner Sicherheitskonferenz zeigen. Ganz nach einem alten Sprichwort, das es bereits zur Zeit der Minnesänger gab: Wes Brot ich eß, des Lied ich sing!
Auf der offiziellen Seite der Münchner Sicherheitskonferenz werden u.a. folgende Sponsoren aufgeführt:
Der Atlantic Council, die Atlantik Brücke, Bill & Melinda Gates Foundation, der Rockefeller Brothers Fund (Familie Rockefeller), Rockefeller Foundation (Familie Rockefeller), die Denkfabrik Chatham House, der ECFR, das meint den European Council on Foreign Relations. Die Open Society Foundations von George Soros wird aktuell nicht mehr als Sponsor aufgeführt, war dies aber in den letzten Jahren.
Auch Rüstungskonzerne werden als Sponsoren aufgeführt, darunter u.a. Airbus, Rheinmetall, MBDA, ein europäisches Rüstungsunternehmen und Lockheed Martin. Lockheed Martin ist

gemäß dem Handelsblatt vom 12.3.22 der größte Waffenkonzern der Welt. 2020 verkaufte der Konzern Waffen im Gesamtwert von mehr als 58 Milliarden Dollar.
Während die Rüstungsindustrie als Sponsor auftritt, bezeichnet die Münchner Sicherheitskonferenz ihre Ziele nach außen hin wie folgt: Die Münchner Sicherheitskonferenz ist das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik. Die Münchner Sicherheitskonferenz will Vertrauen fördern und zur friedlichen Beilegung von Konflikten beitragen, indem sie einen anhaltenden, kuratierten (von Verwaltern betreuten organisierten) und zugleich informellen Dialog innerhalb der internationalen Sicherheitsgemeinschaft ermöglicht - gemäß ihres ursprünglichen Mottos - "Frieden durch Dialog zu fördern".
Doch wie kann sich die Münchner Sicherheitskonferenz für Frieden einsetzen und zur Beilegung der Konflikte beitragen, wenn Rüstungskonzerne, die an Kriegen verdienen, ihre Sponsoren sind? Hier zeigt sich ein deutlicher Interessenkonflikt. Wie sehr sich die Münchner Sicherheitskonferenz in den letzten Jahren für die friedliche Beilegung von Konflikten eingesetzt hat, zeigt die jüngste Entwicklung des Rußland-Ukraine-Konfliktes. Dazu vier Beispiele:
1. Beispiel
Nach Ausbruch des Ukraine-Konflikts 2013/2014 sprach sich bereits 2015 der damalige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger für die Pläne der US-Delegation aus, an die Ukraine Waffen zu liefern. Ischinger betrachtete dies als "angemessen und wichtig".
2. Beispiel
Durch die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erfuhr man im Dezember 2022, daß das Minsker Abkommen von 2015, also die gemeinsam beschlossene Waffenruhe zur Beilegung des Konfliktes zwischen Rußland und der Ukraine, nur unterstützt wurden, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen. Auch sie war regelmäßiger Gast der Münchner Sicherheitskonferenzen in den Jahren 2015, 2017 und 2019.
3. Beispiel
Anfang April 2022 - nur knapp 2 Monate nach dem Einmarsch der russischen Truppen - verhinderte der damalige britische Premierminister Boris Johnson die Einigung zwischen der Ukraine und Rußland durch Friedensverhandlungen. Es hätten nur noch beide Parteien den vorliegenden Friedensvertrag in Istanbul unterschreiben müssen. Dazu kam es aber nicht, weil die ukrainische Seite von Boris Johnson in letzter Minute daran gehindert wurde, den Vertrag zu unterzeichnen. Mit der Zusage von weiteren Waffenlieferungen drang Johnson darauf, den Konflikt statt über Dialog übers Schlachtfeld zu gewinnen.
Johnson war Teilnehmer der 58. Münchner Sicherheitskonferenz, die im Februar 2022 stattfand, also kurz bevor er den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Rußland und der Ukraine vereitelte.
4. Beispiel
Auch bei der Sicherheitskonferenz von Februar 2023 läßt sich dasselbe Vorgehen beobachten: Der neue Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, verteidigte weiterhin vehement die Lieferung deutscher Leopard Kampfpanzer an die Ukraine. Ebenso forderte damals der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz im Hinblick auf die Ukraine: "Wir brauchen eine permanente Produktion unserer wichtigsten Waffensysteme."
Schließlich sind seit 2023 Vertreter Rußlands an der Münchner Sicherheitskonferenz nicht mehr eingeladen.
Zwischenfazit
Zur Erinnerung: Wie lautet die Selbstdarstellung der Münchner Sicherheitskonferenz noch mal?
Sie nennt sich das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik. Die Münchner Sicherheitskonferenz will Vertrauen fördern und zur friedlichen Beilegung von

Konflikten beitragen, indem sie einen anhaltenden ... Dialog innerhalb der internationalen Sicherheitsgemeinschaft ermöglicht - gemäß ihres ursprünglichen Mottos - "Frieden durch Dialog zu fördern".
Alle vier genannten Beispiele hingegen zeigen keine Bestrebung seitens der Münchner Sicherheitskonferenz, den Rußland-Ukraine-Konflikt auf friedlichem Weg über einen offenen Dialog zu lösen, sondern im Gegenteil: Durch Waffenlieferungen und die Verhinderung von Einigungen wird der Konflikt weiter angeheizt!
Es stellt sich daher die Frage: Wenn die Münchner Sicherheitskonferenz nicht dazu dient, den Rußland-Ukraine-Konflikt auf einem friedlichen Weg zu lösen, wozu dient sie dann? Und welche eigentlichen Ziele hat die Münchner Sicherheitskonferenz bzw. welche Hintergründe sind der Bevölkerung gar nicht bewußt?
Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir uns mit der Entstehungsgeschichte, den Hintermännern und Organisationen hinter der Münchner Sicherheitskonferenz beschäftigen.

Hintermänner der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Gründer

Der Vorläufer der Sicherheitskonferenz ist die internationale Wehrkundebewegung. Sie wurde 1963 von Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin initiiert, einem deutschen Offizier und Widerstandskämpfer. Das erste Treffen war auf 60 Teilnehmer beschränkt, darunter Helmut Schmidt und Henry Kissinger.
Der 2023 verstorbene Henry Kissinger gilt als einer der Initiatoren der Münchner Sicherheitskonferenz. Er ist bekannt als ein Globalstratege, der über Jahrzehnte die Weltpolitik prägte. Henry Kissinger war seit 1956 Mitglied des Council on Foreign Relations - später im Vorstand des CFR und war regelmäßiger Teilnehmer der Bilderberg Treffen. Er war auf der Führungsebene der Bilderberg Gruppe - dem Advisory Board tätig.
Seit 2009 werden von der Münchner Sicherheitskonferenz Persönlichkeiten mit dem sog. Ewald-von-Kleist-Preis ausgezeichnet. Die erste Verleihung ging an Henry Kissinger.

Die Vorsitzenden

Geleitet wurde die Münchner Sicherheitskonferenz bis 1997 durch von Kleist-Schmenzin. Im Anschluß durch Horst M. Teltschik von 1999 bis 2008. Teltschik war ein enger Vertrauter Helmut Kohls und im Bundeskanzleramt tätig. Er ist u.a. Mitglied im Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Beirat der Atlantischen Initiative. Auch Horst Teltschik war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 1982, 1984, 1988 und 1990 und war Mitglied des International Advisory Board des Council on Foreign Relations, CFR.
Von 2008 bis 2022 wurde die Münchner Sicherheitskonferenz von Wolfgang Ischinger geleitet.
Ischinger ist ein deutscher Jurist und Diplomat. Er war wiederholt Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz und des Weltwirtschaftsforums, WEF. Er ist u.a. Mitglied des European Council on Foreign Relations, dem europäischen Ableger des CFR. Auch er war gut bekannt mit Henry Kissinger und hielt beim Festakt zu Henry Kissingers hundertstem Geburtstag eine Rede.
In seiner Rede erwähnte Ischinger, daß sich der Gründer der Münchner Sicherheitskonferenz, Ewald von Kleist, mit Henry Kissinger über viele Jahrzehnte hinweg eng austauschte.

Zwischenfazit

Wenn man sich nur schon die Gründer und Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz vor Augen führt, zeigen sich klar Verbindungen zum Globalstrategen Henry Kissinger, zur Gruppe der Bilderberger sowie dem CFR, dem Council on Foreign Relations.
Um das Bild der Münchner Sicherheitskonferenz zu vervollständigen werden im Weiteren nun die Beiratsmitglieder genannt. Achten Sie dabei darauf, wie häufig auch hier der Name Henry Kissinger und dessen Denkfabrik Trilaterale Kommission, die Bilderberg-Gruppe, der Council on Foreign Relations CFR oder dessen europäischer Arm, der ECFR, genannt wer-

den.
Welche Bedeutung und Interessen diese Organisationen haben, soll anschließend aufgezeigt werden.

Die Beiratsmitglieder

2009 wurde mit dem Advisory Council der Münchner Sicherheitskonferenz ein Beirat gegründet, der den Vorsitzenden bei der strategischen Ausrichtung und Entwicklung der Sicherheitskonferenz unterstützt.
Fast alle Mitglieder dieses Beirates der Münchner Sicherheitskonferenz waren bereits Teilnehmer an Bilderberg-Konferenzen:
Paul Achleitner, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, von 2012 bis 2022. Er nahm von 2015 bis 2019 an der Bilderberg-Konferenz teil und ist Mitglied im Führungskomitee.
Oliver Bäte ist Vorstandsvorsitzender der Allianz SE. Er war 2017 Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz und ist Mitglied der deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission. Die Trilaterale Kommission ist eine im Juli 1973 auf Initiative von Henry Kissinger und David Rockefeller gegründete private, politikberatende Denkfabrik. Sie dient dem Austausch der Eliten von Nordamerika, Westeuropa und Japan.
Carl Bildt, ehemaliger Premierminister des Königreichs Schwedens ist stellvertretender Vorsitzender für Europa in der Trilateralen Kommission. Er ist einer der Vorsitzenden des ECFR und regelmäßiger Teilnehmer der Bilderberg- Konferenz.
Josep Borrell Fontelles ist Vizepräsident der Europäischen Kommission und war Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz 2023.
Thomas Enders ist seit Juni 2019 Präsident der Gesellschaft für Auswärtige Politik und war 1984, 2005 und von 2009 bis 2015 Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz.
Fu Ying, ehemalige Vize-Außenministerin, Volksrepublik China und Teilnehmerin der Bilderberg-Konferenz 2011 und 2012.
John F. Kerry, ehemaliger Außenminister der USA, Teilnehmer der Bilderberg- Konferenz 2012.
Radosław Sikorski, ehemaliger Außenminister der Republik Polen ist Mitglied im Führungszirkel der Bilderberger und Mitglied des ECFR.
Weitere Personen aus dem Advisory Council, dem Leitungsgremium der Münchner Sicherheitskonferenz haben ebenfalls eine starke Verstrickung mit dem CFR und dem von Soros gegründeten ECFR.
Ine Marie Eriksen Søreide ist Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung im Parlament des Königreichs Norwegen. Sie war von 2013 bis 2017 Verteidigungsministerin. Sie ist Mitglied im europäischen Ableger des CFR, dem ECFR.
James G. Stavridis ist ehemaliger Admiral der U.S. Navy und Mitglied im CFR.
Arancha González Laya, eine spanische Diplomatin, sie war von 2020 bis 2021 spanische Außenministerin. Sie ist Mitglied im ECFR.
Jane Harman, eine US-amerikanische Politikerin der demokratischen Partei, sie ist Mitglied im CFR und der Trilateralen Kommission.
Kersti Kaljulaid ist eine estnische Wirtschaftswissenschaftlerin und Politikerin. Sie war von 2016 bis 2021 Staatspräsidentin der Republik Estland. Sie ist Mitglied im ECFR.
David Miliband ein früherer britischer Politiker, der von 2007 bis 2010 Außenminister des Vereinigten Königreichs war. Er ist Mitglied im ECFR.

Verbindung der NATO zur Münchner Sicherheitskonferenz

Auch Jens Stoltenberg, der Generalsekretär der NATO, nimmt regelmäßig an der Münchner Sicherheitskonferenz teil. Stoltenberg, der ebenfalls Mitglied der Bilderberg-Gruppe ist, hier bei seiner Rede an der Münchner Sicherheitskonferenz 2023.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist deutlich erkennbar:
Fast sämtliche Mitglieder der Leitung der Münchner Sicherheitskonferenz haben Verbindungen zur Bilderberg-Gruppe, dem CFR und dem ECFR. Wie Kla.TV in verschiedenen Sendungen dargelegt hatte (www.kla.tv/19404 - www.kla.tv/26219), wurden diese als Schattenregierung von der Familie Rockefeller und ihren Verbündeten wie Henry Kissinger und George Soros aufgerichtet. Ihr Ziel: die Durchsetzung einer Neuen Weltordnung und die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung.
Werfen wir deshalb noch kurz einen Blick auf diese Organisationen.

Die Organisationen hinter der Münchner Sicherheitskonferenz und deren Interessen

Die Bilderberg-Gruppe und der CFR

Kla.TV berichtete bereits ausführlich über die Bilderberg-Gruppe in der Sendung. Die Bilderberg-Gruppe - die geheime Schattenregierung? (www.kla.tv/Bilderberger/26219)
Gegründet wurde die Bilderberg Gruppe auf Initiative von David Rockefeller. Der strategische Plan zur Gründung des Bilderberg-Klubs entstand im Council on Foreign Relations, kurz CFR. Das CFR ist eine private US-amerikanische Denkfabrik, 1921 gegründet, die als eine Art Schattenregierung in den USA die Fäden zieht.
Vom 18. bis 21. Mai 2023 war es wieder so weit: Die alljährliche Bilderberg-Konferenz tagte. Jede Person, die an einer Bilderberg-Konferenz teilnahm, bleibt ab diesem Zeitpunkt mit der Bilderberg-Gruppe verbunden. Nach jeder Konferenz erhält jeder Teilnehmer sowie alle früheren Teilnehmer ein Protokoll des Treffens zugesandt. Darüber hinaus erhalten sie seit 1963 eine dazu gehörige erläuternde Schrift, also die Agenda des Bilderberg-Klubs.
Der European Council on Foreign Relations
Der ECFR, der europäische Arm des CFR wurde in erster Linie von George Soros gegründet und finanziert. George Soros war selbst bis 2020 Mitglied im Advisory Council, also dem Beirat der Münchner Sicherheitskonferenz. Soros gilt neben David Rockefeller und Henry Kissinger als einer der Globalstrategen, was die Aufrichtung einer verborgenen Schattenregierung betrifft.
Kla.TV berichtete über George Soros und seiner Open Society Foundations, in der Sendung "George Soros - Das Netzwerk des Globalstrategen enthüllt" (www.kla.tv/GeorgeSoros-/22509):
Die OSF sind ein Verbund von Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, die 1979 von George Soros gegründet wurden. Soros ist einer der großen Global-Strategen, mit dem Ziel, eine völkerunterwerfende Neue Weltordnung (auch NWO genannt) zu errichten. Die OSF werden von Soros als Werkzeug dafür benutzt, politische Aktivitäten zu finanzieren, die der Umsetzung dieser NWO dienen. Wo Soros auftritt, sind Destabilisierung, Chaos, Krieg oder politische Veränderungen für die Bevölkerung im Sinne seiner Interessen die Folge.
Seine Handschrift läßt sich sowohl beim Euromaidan-Putsch in den Jahren 2013 bis 2014 in der Ukraine als auch bei der Flüchtlingsbewegung seit 2015 erkennen. Es gibt aber auch konkrete Hinweise darauf, daß Soros an sämtlichen "Farbrevolutionen" - sprich Regierungsumstürzen der vergangenen 15 Jahre - beteiligt war. Diese reichen von Georgien über Venezuela bis hin zum "Arabischen Frühling". Die OSF sind in 120 Ländern weltweit aktiv.
George Soros ist regelmäßiger Teilnehmer an der Münchner Sicherheitskonferenz, zuletzt gemeinsam mit seinem Sohn Alexander Soros bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2023. Im Jahr 2021 trat sein Sohn für 2 Jahre in den Beirat der Münchner Sicherheitskonferenz ein. Alexander Soros ist Vorsitzender der von seinem Vater gegründeten Open Society Foundations. Er ist Mitglied im ECFR.

Weitere beteiligte Globalstrategen

Auch Richard Nathan Haass, Präsident des CFR bis 2022, ist regelmäßiger Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz. Zuletzt war er 2023 an der Konferenz anwesend.

Ebenfalls sind Vertreter der Rockefeller Foundation und des Rockefeller Brothers Fund - einer Stiftung der Rockefeller Familie - jährlich auf der Teilnehmerliste der Münchner Sicherheitskonferenz ersichtlich.
Bill Gates ist nicht nur Sponsor der Münchner Sicherheitskonferenz, sondern auch Teilnehmer - zuletzt 2017 und 2022. Gates tritt immer wieder als Globalstratege in Erscheinung und verfolgt dieselbe Agenda wie auch David Rockefeller, Henry Kissinger und George Soros.
Fazit
Wenn man sich dies alles summarisch vor Augen führt, läßt sich nicht leugnen, daß die Münchner Sicherheitskonferenz nicht der Sicherheit der europäischen Bevölkerung, sondern vielmehr den Interessen weniger Globalstrategen und Denkfabriken dient. Könnte es sein, daß sie - vorbei an den Nationalstaaten und vorbei am Willen des Volkes - zum militärischen Arm der geheimen Weltregierung, bestehend aus der Bilderberg-Gruppe, dem CFR und dem ECFR geworden ist oder gar zu diesem Zweck gegründet wurde?
Die Zeitung "Die Linke" schrieb dazu treffend am 4. Februar 2010: Die Münchner Sicherheitskonferenz bleibt ein Treffen, das von Rüstungsindustrie und Kriegspolitikern dominiert wird und auf dem die führenden Militärmächte dieser Welt ihre Interventionskriege besprechen und sich dafür gegenseitig Legitimation verschaffen.
Helfen Sie durch Verbreitung dieser Sendung mit, solche Zusammenhänge und Hintergründe aufzudecken und die Münchner Sicherheitskonferenz unter weltweite Beobachtung zu stellen! Nur wenn die Drahtzieher der Kriege ans Licht gezerrt werden, besteht Hoffnung auf Frieden!
Wir schließen mit einem Zitat des russischen Schriftstellers Leo Tolstoi (1828-1910):
"In der ganzen Geschichte gibt es keinen Krieg, der nicht von den Regierungen, von den Regierungen allein ausgeheckt wurde, unabhängig von den Interessen des Volkes, für das der Krieg immer verderblich ist, selbst wenn er erfolgreich ist."<<

18.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 18. Februar 2024 (x1.365/…):
>>**Der Vollzeit-Hetzer vom ZDF: Wie Jan Böhmermann seit Jahren das Klima vergiftet**
Redaktion
Der Mann, der im ZDF zur Tötung von AfD- und FPÖ-Politikern aufruft, hat immerhin klare Moral-Vorstellungen …
"Moral ist eine Leitplanke, die wir brauchen, um das mit dem Leben und dem Zusammenleben überhaupt hinzubekommen. Jeder Mensch braucht Dinge, an die er fest glaubt, damit er nicht der Versuchung erliegt …" Das sagte Jan Böhmermann im Gespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland im Januar 2020.
Um dann am Freitag, 16. Februar 2024, in seiner Sendung "ZDF Magazin Royale" zur Tötung von AfD- und FPÖ-Politikern aufzurufen: "Nicht immer die Nazi-Keule raus holen, sondern vielleicht einfach mal ein paar Nazis keulen. Tschüß, bis nächste Woche." Keulen wird vom Duden so definiert: "Nutztiere töten, um Tierseuchen zu verhindern oder einzudämmen." In den 34 Minuten zuvor hatte er die Politiker von AfD und FPÖ immer wieder mit den NSDAP-Politikern Hitler und Goebbels verglichen.
Böhmermann behauptet auf Twitter, er hätte sich auf das Jugendwort "sich einen keulen", also onanieren, bezogen. Nur: Für diese Logik fehlt ein Wörtchen im Original-Zitat. Böhmermann sagte: "Nazis keulen". Und nicht: "Nazis einen keulen". Hier ist die Szene:
Man weiß nicht, ob Böhmermann vor vier Jahren schon wußte, wie oft er in den folgenden vier Jahren "der Versuchung erliegen" würde, seine eigenen Moralvorstellungen zu brechen. Aber auch darüber spricht er: "Es kommt darauf an, sich nicht in diesen dunklen Sumpf hinabziehen zu lassen. Das passiert ja nicht auf einer rationalen Ebene. Leute, die sich radikalisieren, tun das ja auf derselben Ebene, auf der Moral stattfindet, also im Persönlichen, Emotionalen. Und Moral kann vor dem unbemerkten Abgleiten in die Menschenfeindlichkeit

schützen."
Es ist immer schön, die Menschen an ihren eigenen Worten zu messen. Menschenfeindlichkeit! Dunkler Sumpf! Moral als Leitplanke des Zusammenlebens! Jan Böhmermann hat extrem hohe Moral-Vorstellungen. Entweder ist er überzeugt, daß seine regelmäßigen Grenzüberschreitungen davon gedeckt sind - oder sie gelten einfach nicht für ihn. In jedem Fall ist der Abgrund, der sich immer wieder unter dem "ZDF-Satiriker" auftut, bemerkenswert groß …

Fünf Böhmermann-Abgründe, die tief blicken lassen

Hier sind 5 erschreckende Beispiele von dem Mann, der 682 000 Gebühren-Euro im Jahr kassiert und sich gerne als Frontkämpfer gegen Haß und Hetze inszeniert:
Abgrund 1: Im Jahr 2010 reißt Böhmermann beim 25. Bühnenjubiläum von Serdar Somuncu einen ekelhaften Judenwitz nach dem anderen. Nach einem Stand-Up-Vortrag von Oliver Polak, Jude und Sohn eines Holocaust-Überlebenden, fragen sich Böhmermann & Co. auf der Bühne: "Habt ihr ihm die Hand gegeben? Kann man das kriegen?" Gemeint ist: Jüdisch sein. Als ansteckende Krankheit. Böhmermann kommt mit einer Sprühflasche zum Desinfizieren. Nach der Show kommt steht Böhmermann unbemerkt hinter Polak, schneidet Grimassen, zeigt mit dem Finger auf ihn und formt mit den Lippen das Wort: "JUDE!" Glauben Sie nicht? …
Jahre später hat Polak die Szene in seinem Buch "Gegen Judenhaß?" beschrieben - zwar anonymisiert, aber die Situation ist eindeutig zu erkennen. "Sollte das Ironie sein? Wem genau galt sie? Imitierte er mit seiner Geste einen Antisemiten, oder sprach einer aus ihm? Fakt ist: Sein Gag war keiner, denn er hatte keine Pointe. Er bildete lediglich den Antisemitismus des Dritten Reiches ab." Böhmermann sagte später zu dem Vorwurf: "Alles kein Problem: Alle Beteiligten haben ihre Rollen freiwillig selbstbestimmt gespielt, in gegenseitigem Einverständnis." Na dann, wenn der Jude sogar mitgeprobt hat, ist ja alles in Ordnung …
Abgrund 2: Im September 2021, also dem 2. deutschen Corona-Herbst, saß Böhmermann auf einem Podium mit ZDF-Talkmaster Markus Lanz und wollte ihm vorschreiben, wen man als Gast einladen darf - und vor allen Dingen, wen nicht. Die renommierten Wissenschaftler Streeck und Kekulé seien gar keine renommierten Wissenschaftler, ihre Meinung ist nämlich "durchtränkt von Menschenfeindlichkeit", sagt Böhmermann. Was der "Satiriker" damals sagte, würde nichts anderes als das Ende der Meinungsfreiheit bedeuten. Die Meinungsfreiheit endet für Böhmermann dort, wo er (!) etwas als "menschenfeindlich" einstuft.
Abgrund 3: Ebenfalls 2021 beleidigte Böhmermann pauschal vier Millionen Menschen, die ihn mit ihren 18,36 Euro jeden Monat bezahlen. In einer Sendung, in der er sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigte, meinte er: "Sachsen ist ein Ort, an dem Nazis noch Nazis sein können." Das Bundesland sei ein "Nazi-Hotspot". Auch hier wieder eine bemerkenswerte Vokabel: "Hotspot" war in der Corona-Zeit ein Ort, an dem es besonders viele Infektionen gab. Menschen als Krankheit … Der Mann, der ja angeblich etwas gegen Menschenfeindlichkeit hat, behauptete, er wolle "kein Sachsen-Bashing betreiben", unterstellte aber einfach einem gesamten Bundesland, daß sie Rechtsradikale seien oder gerne mit Rechtsradikalen zusammenleben.

Bei Kritik am eigenen Laden wird zurückgeschlagen

Abgrund 4: Als die FDP im Mai 2021 forderte, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk - also die finanzielle Grundlage für Böhmermanns Feldzug gegen Andersdenkende - zu beschneiden, twitterte der ZDF-Mann nur vier Buchstaben: AFDP. Bei Kritik am eigenen Laden schlägt er um sich. Böhmermann setzte die FDP mit der AfD gleich, und wer Böhmermanns Lebenswerk verfolgt, der weiß: Die AfD scheint für den "Satiriker" in einer logischen Folge von Hitler-Deutschland zu stehen.
Abgrund 5: Im Juli 2023 reagierte Böhmermann auf einen Satz von CDU-Chef Friedrich

Merz zum Umgang mit der AfD wie folgt: "Keine Sorge, die Nazis mit Substanz wollen nach aktuellem Stand voraussichtlich nur auf kommunaler Ebene mit Nazis zusammenarbeiten." Gemeint waren CDU ("Nazis mit Substanz") und die AfD ("Nazi"). Die Reaktion vom Mutterschiff aus Mainz: "Das ZDF distanziert sich von der Äußerung Böhmermanns", so hieß es kurz angebunden gegenüber der FAZ. Und weiter: "Der Tweet ist eine private Äußerung von Jan Böhmermann, die in keinem Zusammenhang mit einer Produktion des ZDF steht."
Im aktuellen Fall ("Nazis keulen") steht eine Reaktion des ZDF noch aus. Eine NIUS-Anfrage an den Intendanten Norbert Himmler blieb bis zur Veröffentlichung dieses Textes unbeantwortet.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Februar 2024: >>**Der Hetzer: Böhmermann ohne Maske**
Von *Sven Eggers*
Mit seinem Aufruf, "Nazis" (gemeint sind AfDler und FPÖler) zu "keulen", hat Schmuddel-Satiriker Jan Böhmermann endgültig die Maske fallen lassen. Selten um einen untergriffigen Spruch verlegen, reagiert er aber selbst wie eine Mimose, wenn ihm einer in die Parade fährt. Wie die Opposition von Politik und Medien zu Unmenschen erklärt wird, dokumentieren wir in unserer druckfrischen März-Ausgabe mit dem Titelthema "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert". Wehret den Anfängen!
Jan Böhmermann ist das Hätschelkind bundesdeutscher Eliten: Brav teilt er bei seinen Auftritten nach unten aus, giftet gegen Regierungskritiker und hält den oberen Etagen des Politbetriebes auf diese Weise den Rücken frei. Dabei schreckt er auch vor blanken Mordaufrufen nicht zurück, wie man hier nachlesen kann.
Der gebürtige Bremer hat zum Dank für seine Regimetreue in den vergangenen Jahren jede Menge Lorbeeren eingeheimst, darunter diverse Male den Deutschen Fernsehpreis und den Grimme-Preis. Er war schon "Journalist des Jahres", "Entertainer des Jahres" und "Unterhaltungsjournalist des Jahres", hat den Deutschen Comedypreis, den Preis für Popkultur, den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis sowie jede Menge andere Trophäen abgeräumt.
Der öffentlich-rechtliche Pausenclown - seit 1999 ist er für den Mainstream aktiv, seit 2013 für das ZDF - findet es lustig, mit reichlich Sarkasmus über Menschen herzuziehen, die er für "Nazis" hält. Dabei schreckt er auch nicht davor zurück, eigene Kollegen zu denunzieren, etwa Anfang 2019 den ehemaligen Spiegel-Mitarbeiter Matthias Matussek, der zu seiner Geburtstagsfeier Gäste einlud, die Böhmermann zu politisch unkorrekt waren. In seiner TV-Sendung schwärzte er die Geladenen an und trat damit entsprechende Kampagnen los.
Schmuddel-Komödiant
Überhaupt gibt der Pseudo-Comedian gerne den Besserwisser. Im September 2021 kritisierte er bei einer Podiumsdiskussion das ZDF-Format Markus Lanz, weil dort während der Corona-Krise zu viele maßnahmenkritische Stimmen zu vernehmen gewesen wären. Böhmermann fragte sich, warum man "Leuten eine Bühne gibt, die man nur deswegen veröffentlicht, weil man sagt, man muß auch die andere Seite sehen".
Die Bild-Zeitung grätschte am 5. September 2021 dazwischen:
"Was den Komiker und Studienabbrecher (Fachrichtung Geschichte und Soziologie) fachlich befähigt, so über Professoren wie Alexander Kekulé (Lehrstuhl für Medizinische Mikrobiologie und Virologie seit 1999) und Hendrik Streeck (Direktor des Instituts für Virologie an der Uni Bonn) zu urteilen: unklar. Stattdessen präsentiert sich der ZDF-Mann meinungsstark - vor allem, wenn es darum geht, andere Meinungen zu unterdrücken."
Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde Böhmermann 2016, als er bei ZDF Neo im Rahmen seiner vermeintlichen Satireshow Neo Magazin Royale seine "Schmähkritik" auf den türkischen Staatspräsidenten absonderte - eine Aneinanderreihung von primitiven schmuddelsexuellen Unterstellungen.

Kleiner Einblick in sein Humorverständnis:
"Sackdoof, feige und verklemmt, ist Erdogan, der Präsident. Sein Gelöt stinkt schlimm nach Döner, selbst ein Schweinefurz riecht schöner." Oder: "Am liebsten mag er Ziegen ficken und Minderheiten unterdrücken. ... Bis der Schwanz beim Pinkeln brennt, das ist Recep Erdogan, der Präsident." Dieser habe "statt schlafen ... Fellatio mit hundert Schafen" und sei "voll und ganz ein Präsident mit kleinem Schwanz".
Der Sudel-Poet wurde anschließend mit Strafanzeigen von verschiedenen Seiten überzogen, darunter auch von der türkischen Regierung. Diplomatische Verwicklungen waren die Folge. Bundeskanzlerin Merkel wertete die Zeilen des Gedichts zwar als "bewußt verletzend", sprach sich aber dafür aus, den Paragraphen 103 des Strafgesetzbuches, wonach die Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten untersagt ist, zu streichen. Der Bundestag kam dieser Empfehlung kurze Zeit später nach. Das Ermittlungsverfahren gegen Böhmermann wurde am Ende eingestellt.
Das ZDF hatte die entsprechende Sendung gleich nach Beginn der teils heftigen Debatten um das sogenannte Gedicht aus der Mediathek genommen und sie wenig später in einer gekürzten Version wieder im Internet veröffentlicht. Die "Parodie" habe nicht den Ansprüchen entsprochen, "die das ZDF an die Qualität von Satiresendungen" stelle, so der Sender in einer knappen öffentlichen Erklärung. Gegenüber dem türkischen Botschafter in der Bundesrepublik drückte der damalige Intendant Thomas Bellut sein Bedauern aus.

Am Pranger

Im April 2018 rief Böhmermann die Troll-Kampagne "Reconquista Internet" ins Leben - um damit vermeintliche Haßredner koordiniert zu denunzieren. Jeder dürfe mitmachen, tönte der Schmierenkomödiant damals. Angeblich fanden sich anschließend etwa 50.000 Internetnutzer zusammen, um Leute mit abweichenden Meinungen an den Pranger zu stellen. Vermeintliche Hetzkommentare wurden gesammelt, die Profile der Angeprangerten veröffentlicht. Auch konservative Publizisten wie Roland Tichy oder die vormalige Präsidentin des Vertriebenenbundes Erika Steinbach fanden sich auf den Schwarzen Listen.
Das ging selbst dem Zeit-Journalisten Jochen Bittner zu weit. Dieser kritisierte, daß Böhmermann demonstriere, "wie totalitäres Denken wieder cool werden" könne.
"Man hätte wirklich gerne gewußt, wer im Team von Jan Böhmermann die geniale Idee hatte, Orwells 1984 als Massenbewegungssatireaktion im echten deutschen Leben loszutreten", so Bittner weiter.
Schwarze Listen gegen alle Personen, die einen irgendwann einmal kritisiert haben oder die von eigenen Ansichten abweichen - diese Vorgehensweise sagt viel aus über die Überempfindlichkeit eines Fernsehmannes, der gerne und heftig austeilt, aber nicht einstecken will. In diesem Punkt unterscheidet sich Böhmermann fundamental von linken Kabarettisten der Vergangenheit. Einem Satiriker wie Dieter Hildebrandt wäre es wohl nie in den Sinn gekommen, Personen zu verfolgen, die sich über ihn lustig gemacht hatten. Humor wird bei dem Magazin-Royale-Moderator so zu einer Sache der richtigen politischen Haltung.
Der Mann, der sich bei Twitter damit rühmt, etwa 14.000 Accounts geblockt zu haben, weil dort Reizwörter wie "Gutmensch", "links-grün-versifft", "Zwangsgebühr" oder "Systemling" zu entdecken waren, hat keine Hemmungen, rabiat zu werden. Im September 2020 beschimpfte er bei Twitter den amtierenden Innenminister Horst Seehofer mit den Worten "Fick Dich, Opa!", weil dieser keine akute Veranlassung erkennen wollte, eine Studie über rassistische Strukturen innerhalb der Polizei in Auftrag zu geben. Seinen Tweet löschte Böhmermann nach Protesten.
Sorgen um das eigene Ansehen muß sich das ZDF angesichts solcher Aushängeschilder nicht machen. Die GEZ-Abgabe, von der ja auch Böhmermann bezahlt wird, fließt ganz unabhängig vom Geschmack der Gebührenzahler. Insofern verteidigte das Zweite seinen Star auch im

Rahmen der Auseinandersetzung mit Seehofer: "Der Tweet ist erkennbar spontan aus persönlicher Betroffenheit entstanden", so ein Sprecher seinerzeit; die Wortwahl sei aber indiskutabel. Eine Ausnahme war das allerdings nicht. Im Januar 2020 griff Böhmermann seinen ARD-Comedy-Kollegen an:
"Irgend jemand soll verdammt noch mal endlich Dieter Nuhr die Fresse polieren!"
Das ZDF sah keinen Grund zum Einschreiten.

Motzen gegen Musk

Natürlich giftete Böhmermann auch gegen Elon Musk. Als dieser 2022 angekündigt hatte angekündigt, den Kurznachrichtendienst Twitter (heute X) für 44 Milliarden Dollar zu kaufen und dort wieder echten Meinungspluralismus zuzulassen, war das für die linken Meinungskrieger aus Wokistan der wohl größte Albtraum. Asyl-Kapitänin Carola Rackete ließ ihrem Frust am 26. April 2022 freien Lauf: "Ich habe Twitter so satt, daß ich überlege, diesen Account zu löschen. Vor allem jetzt, wo Elon Musk die Plattform übernimmt."
In großer Sorge zeigte sich auch Marina Weisband, einstiges Postergirl der Piratenpartei, die inzwischen bei den Grünen gelandet ist. Sie setzte folgenden Tweet ab:
"Die Propaganda der internationalen Rechten stirbt, wo man ihr die Plattform entzieht. Sie blüht auf, wo Journalist*innen und Politiker*innen den ständigen Lärm von Trollen für öffentliche Meinung halten. Die kommende Zeit könnte sehr, sehr bitter werden. Und gefährlich."
Die stramm antideutsche Ex-Piratin Julia Schramm, jetzt im Parteivorstand der Linken, twitterte: "Enteignet Elon Musk!" Und Böhmermann? Der motzte am 25. April 2022 via Twitter:
"Hä? Wieso gehört am Ende alles immer reichen Wichsern, die machen können, was sie wollen?"
Der Tagesspiegel schrieb zur Tirade des unlustigen Komikers: "Fällt das jetzt unter jedwede Meinungsfreiheit, egal, ob damit die deutsche oder die amerikanische gemeint ist? Fällt es. Und wird nicht unbedingt weiter auffallen. Twitter zählt weltweit rund 250 Millionen Nutzerinnen und Nutzer, da ist Böhmermann nur ein Fliegenschiß." Touché!
Massenaufmärsche, Sondergesetze gegen Oppositionelle, Einreiseverbot, Grundrechtsentzug und Mordaufrufe - das kommt einem irgendwie bekannt vor. In unserer druckfrischen März-Ausgabe mit dem Titelthema "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert" entlarven wir die totalitäre Fratze der Bunten Republik.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Februar 2024: >>**"Der neue Faschismus" - die März-Ausgabe von COMPACT**
Von *Valentina Schacht*
Massenaufmärsche im ganzen Land, Sondergesetze gegen Oppositionelle, Einreiseverbot, Grundrechtsentzug und Mordaufrufe - das kommt einem irgendwie bekannt vor. In unserer März-Ausgabe mit dem Titelthema "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert" entlarven wir die totalitäre Fratze, die sich hinter den bunten Fahnen der Ampel offenbart.
Jeder kennt die Geschichte mit dem Flügelschlag eines Schmetterlings, der am anderen Ende der Welt einen Orkan auslöst: Genauso könnte man beschreiben, was hierzulande nach einem privaten Treffen in einem Landhaus in Potsdam geschah: Da trafen sich zunächst auf Einladung eines Zahnarztes Mitglieder der AfD, der Werteunion und Identitäre, um einem Vortrag von Martin Sellner zu lauschen, dann machten die Faktenfälscher von Correctiv daraus eine "zweite Wannseekonferenz", um die "Deportation" von Millionen Menschen zu planen, und am Ende gingen Hunderttausende auf die Straße, um gegen "Faschismus" und "Nazis" zu demonstrieren.
Die Kampagne war penibel durchorchestriert, die Zielrichtung ist klar: das patriotische Lager in Deutschland soll diskreditiert, der Aufschwung der AfD gestoppt, das politische Klima vergiftet werden. Die Folgen: Verkaufsboykott gegen COMPACT, Einreisestopp für Martin Sellner, Debatten über den Grundrechteentzug für Björn Höcke und sogar das Verbot der

AfD. Hinzu kommt aktuell Nancy Faesers Ankündigung einer Sonderbehandlung von Rechten "auch unter der strafrechtlichen Schwelle".

Totalitarismus in Regenbogenfarben

Man reibt sich verwundert die Augen: Bekunden die politischen Eliten und ihre medialen Steigbügelhalter nicht permanent, "gegen Faschismus" anzukämpfen? Doch warum wenden sie dann die Methoden an, gegen die sie sich angeblich stellen? In der März-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert" zeigen wir mit dem Finger auf die "Nazis raus-Schreier" zurück und verdeutlichen, daß nicht die Rechten, sondern die politischen Entscheidungsträger an einem neuen Totalitarismus basteln, der diesmal nicht in braunen Hemden oder mit roten Fahnen daherkommt, sondern woke, bunt und in Regenbogenfarben getaucht.

"Alle zusammen gegen den Faschismus" wird heuchlerisch auf dem vom Regime und seinen NGOs initiierten Massendemonstrationen gegen die demokratische Opposition skandiert. Doch was verstehen die Leute unter dem berühmt-berüchtigten Begriff eigentlich? "AfDler töten", stand auf einem Transparent in Aachen, gegen das kein Polizist, kein Richter seines Amtes waltete. Weil es den innenpolitischen Feind markierte, den das Regime zum Abschuß freigegeben hat. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Februar 2024: >>**Warum uns die Repression stärker macht**

Von *Martin Sellner*

Sie machen ernst: Vor unseren Augen und Ohren fährt Frau Faeser die Demokratie-Simulation herunter. Wir hören, wie die Systeme heruntergefahren werden, wir sehen, wie die Hologramme erlöschen, und wir erkennen die harte Realität eines Systems, das langsam, aber sicher totalitär wird.

Big Sister is watching you - die ersten Memes sind schon draußen, und kein Symbol könnte besser dafür stehen, als das, was in der Pressekonferenz von Faeser und Haldenwang diese Woche angekündigt wurde. Ich möchte hier nicht die einzelnen 13 Punkte durchgehen - es gibt bereits viele gute Artikel, die von COMPACT ausführlich analysiert wurden -, sondern ich möchte zeigen, warum dies ein Zeichen von Schwäche ist, und wie es uns konkret in vier Punkten in unserem politischen demokratischen Ringen nützt.

Ich gehe zunächst kurz auf einen sehr wichtigen Punkt dieser 13 Punkte eingehen: Das Grundgesetz soll geändert werden, Behörden sollen übergreifend informiert werden, bei Verdachtsfällen sollen bereits legale Waffen weggenommen werden, Ein- und Ausreiseverbote - die DDR läßt grüßen - sollen zur Tagesordnung werden und ebenfalls sollen Geldflüsse unter die Lupe genommen werden, jeder Stein soll umgedreht werden, sagt Frau Faeser.

Oppositionelle Medien stärken

Es gibt bereits konkrete Konsequenzen: Eine Person, die der AfD spenden wollte, erhielt einen Drohbrief von ihrer Sparkasse. Entscheidend ist jedoch, was sich hier ankündigt. Haldenwang zum Beispiel warnt davor, den Fehler zu machen, beim Rechtsextremismus nur auf Gewaltbereitschaft zu achten. Es geht vielmehr um verbale und mentale Grenzverschiebungen. Versuche, das Denken und die Sprache zu ändern, werden als staatsfeindlich betrachtet und führen dazu, daß man darüber nachdenkt, beispielsweise Nius abzuschalten.

Durch eine politisch-mediale Kampagne hat man bereits COMPACT, einem der größten Dornen im Auge dieser Demokratie-Simulation, einen unfaßbaren Schlag versetzt: Aufgrund dieser Kampagne soll COMPACT aus den Bahnhofskiosken verschwinden. Dagegen wird geklagt, und ich bitte euch, besonders in dieser Stunde um Unterstützung. Dies ist ein Sperrfeuer der Repression, dem wir widerstehen müssen.

Wenn wir es schaffen, gestärkt daraus hervorzugehen, hängt davon ab, ob wir jetzt wichtige Flaggschiffe wie COMPACT retten können. Bitte abonniert jetzt COMPACT, um von sol-

chen Kioskverboten unabhängig zu sein, und unterstützt die Klage. Ein Sieg und die Rückkehr in die Kioske wären ein Triumphzug. …

Im Geiste der Stasi

Kommen wir zum entscheidenden Punkt: Noch deutlicher als Faeser und Haldenwang äußerte sich Lisa Paus von den Grünen. Sie sagte: "Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt."

Konkreter und detaillierter formulierte sie es so: "Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, daß Haß im Netz auch unter der Strafbarkeitsgrenze vorkommt."

Da müssen eben Gesetze überprüft und nachjustiert werden. Das Problem besteht darin, daß die Meinungsfreiheit, mit der wir, um ein Zitat von Haldenwang zu verwenden, die mentale und verbale Grenze des Sagbaren verschieben wollen, noch nicht strafbar ist. Das erinnert mich stark an die Richtlinie zur Zersetzung, genauer gesagt an die Richtlinie "Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge" Nr. 1/76 der Stasi. Diese Richtlinie, die etwa 14 Jahre vor dem Fall der DDR herausgegeben wurde, lautet wie folgt:

"Wenn der jeweilige Operative Vorgang aus politischen oder politisch-operativen Gründen im Interesse der Realisierung eines höheren gesellschaftlichen Nutzens nicht mit strafrechtlichen Maßnahmen abgeschlossen werden soll, ist mit 'Maßnahmen der Zersetzung' zu arbeiten, so daß 'feindlich-negative Kräfte' zersplittert, gelähmt, desorganisiert, isoliert und ihrer feindlichen Handlungen ... verhindert, ... eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden."

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und jetzt kommt's: "(Die) Methoden des feindlichen Wirkens unter der Jugend (lassen sich) mit strafrechtlichen Mitteln nicht bekämpfen ... ." Also auch die Stasi verzweifelte daran, daß das Strafrecht nicht weit genug ging, und versuchte dann mit "Methoden der Zersetzung" - heute vergleichbar mit Kontokündigungen, Diffamierungen, Extremismus-Klauseln oder sogar psychologischer Zermürbung - dagegen anzugehen.

Erst später in Archiven sahen wir, wie weit die Stasi wirklich ging, um den politischen Gegner unterhalb der Strafbarkeitsgrenze anzugreifen, zu vernichten und zu zermürben. Das Einreiseverbot gegen mich wurde auch eigens von Faeser gelobt: "Ich bin der Bundespolizei sehr dankbar, daß sie Herrn Sellner bei der Einreise kontrolliert hat."

Verpanzerung des Systems

Jetzt aber zu den positiven Punkten. Vier Punkte, über die wir, wenn wir die Repression überleben - und dazu brauchen wir, wie gesagt, eure Hilfe als gesamtes Vorfeld -, profitieren können: Es gibt einen Modebegriff von Nassim Nicholas Taleb, der heißt Anti-Fragilität. Bei Rolf Peter Sieferle ist es die systemische Gesellschaft. Habermas schrieb im Wesentlichen, daß in der heutigen Gesellschaft Konsum, Spaß, Ablenkung und die individuellen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung so umfassend sind, daß es gar keine herrschende Ideologie mehr braucht, daß es gar keine Zensur mehr braucht.

Zum ersten Mal in der Geschichte geht es den Menschen so gut, daß sie satt und zufrieden sind. Erst kommt das Fressen und dann die Moral, und sie rebellieren gar nicht.

Damit wird das System antifragil, sprich, es ist nicht extrem stabil, denn auch das Härteste kann brechen, einen Stein kann man spalten. Es ist nicht greifbar und weicht aus, und die politischen Revolutionäre scheitern nicht an der Repression, sondern daran, daß ihnen keiner mehr zuhört.

Die Sedierung der Menschen durch Waffen der Massenzerstreuung, ständige Unterhaltung, und die zunehmende Flucht in die digitale Sphäre haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark zugenommen. Mit Faeser und ihrer Ideologisierung der Demokratie, die von unserer sogenannten Demokratie spricht und eine linksradikale, ökototalitäre, technokratische Haltung meint, wird das System nicht mehr antifragil, sondern es verhärtet sich.

Das ist zunächst einmal unangenehm, wenn wir merken, daß hinter diesen Hologrammen der

Demokratie-Simulation eine Gefängniswand steht. Schließlich führt es aber auch dazu, daß man viel stärker und besser im demokratischen Widerstand der Opposition ansetzen kann.
Im Unterschied zu den meisten Politikern versuche ich, das Ganze auch wissenschaftlich anzugehen. Hier habe ich die letzten Tage etwas gelesen. Es handelt sich um eine spieltheoretische Studie von Experten, die interessanterweise herausgefunden haben, daß Systeme, in denen die Repression gering ist und die Systempropaganda relativ niedrig ist, zwar dazu führen, daß Dissidenten und Berufsaktivisten häufig auf die Straße gehen und viele Demonstrationen machen. Die Masse schließt sich ihnen jedoch nicht an und nimmt sie nicht ernst, weil sie das Gefühl hat, daß alles in Ordnung ist.
Sobald jedoch die Repression härter wird, werden die Demonstrationen seltener, aber wenn demonstriert wird und die Masse kippt, dann haben diese Demonstrationen eine viel größere Wirkung. Denken wir an die Montagsdemos in der DDR. Indem ein System durch den Widerstand genötigt wird, offen totalitär und repressiv zu werden, wird es einerseits unangenehmer, aber es verhärtet sich und wird greifbarer, was es überwindbar macht. Das ist der erste Vorteil. Der zweite Vorteil ist, daß die Repression dazu führt, daß das System an Autorität verliert.

Mehr Spott wagen

Das hat Hannah Arendt, eine wichtige politische Philosophin und Theoretikerin, perfekt ausgearbeitet. Hier ein kurzer Absatz aus ihrem berühmten Essay über Macht und Gewalt: "Autorität, das begrifflich am schwersten zu fassende Phänomen und daher das am meisten mißbrauchte Wort ... . Ihr Kennzeichen ist die fraglose Anerkennung seitens derer, denen Gehorsam abverlangt wird; sie bedarf weder des Zwanges noch der Überredung."
Also fraglose Anerkennung und Gehorsam ohne Zwang und Überredung. Und jetzt kommt ein Beispiel, das ich als Vater mittlerweile gut verstehe. Der Kleine kommt bei mir in die Trotzphase, und auch alle anderen Väter können das verstehen:
"So kann ein Vater seine Autorität entweder dadurch verlieren, daß er das Kind durch Schläge zwingt, oder dadurch, daß er versucht, es durch Argumente zu überzeugen. In beiden Fällen handelt er nicht mehr autoritär, in dem einen Fall tyrannisch, in dem anderen demokratisch."
Tatsächlich: Wenn ein Vater, stellt euch vor, irgendwo im Supermarkt ist, und das eigene Kind sich schlimm verhält, und der Vater sagt "Ja bitte, komm, Hans, Jonas, bitte Kai, mach das doch", oder aber wenn er das Kind an den Ohren zieht, es anschreit und brüllt, würde man in beiden Fällen nicht davon ausgehen, daß das ein guter Vater beziehungsweise ein autoritärer Vater ist, eine Respektsperson für sein Kind.
Weiter Arendt: "Autorität bedarf zu ihrer Erhaltung und Sicherung des Respekts entweder vor der Person oder dem Amt." Das ist die bürokratische und charismatische Autorität nach Max Weber. "Ihr gefährlichster Gegner ist nicht Feindschaft, sondern Verachtung, und was sie am sichersten unterminiert, ist das Lachen."
Wir lernen daraus, dass, indem man tyrannisch vorgeht und die Leute, die nicht mehr wollen, weil sie zu Recht keinen Respekt mehr vor der Autorität einer solchen Innenministerin haben, dies dazu führt, daß man die Autorität noch mehr verliert und die Dosis des Zwangs in einer Repressions-Spirale wie ein Drogensüchtiger steigern und steigern muß . Und nicht die Feindschaft und Härte und Radikalisierung fürchtet eine Faeser, sondern am meisten fürchtet sie das Lachen.

Den Bogen überspannt

Wenn dann eine Faeser poltert und dröhnt "Wir wollen bei Rechtsextremisten jeden Stein umdrehen. Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen", dann ist das die perfekte Vorlage für Internet-Späßchen wie dieses: "Sie verstekken staatsverhöhnende Memes unter ihren Fußbodendielen, nicht wahr?" Oder für Ansagen wie jene von Markus Krall (der übrigens sechsmal so viele Follower wie Nancy Faeser auf X hat):

"Ich werde Sie und die ganze inkompetente Regierung, der sie angehören auch weiterhin verhöhnen, bis die Hölle gefriert. PS: Es ist eine Einbildung zu denken, daß sie ewig an der Macht wären und sich nie für ihre verfassungsfeindlichen Umtriebe im Amt verantworten müssen."
Das ging ganz schön nach hinten los, Frau Faeser, und auch ihre Aussage zur Verhöhnung erinnert an den Paragraphen 106 des DDR-Strafgesetzbuches zur "staatsfeindlichen Hetze".
Der dritte Punkt, auch ganz entscheidend, ist, daß Faesers Ankündigungen Kritik bis weit über die AfD hinaus ausgelöst hat. Diese Maßnahmen richten sich gegen das COMPACT-Magazin, gegen die AfD, gegen den Antaios-Verlag, gegen mich als Person, gegen die IB, also gegen das neue patriotische Umfeld, das so ab 2012 bis 2015 entstanden ist. Aber die Maßnahmen sind so absurd, so kraß und so überzogen, daß sogar Kubicki, ein Koalitionspartner und FDP-Vize, sie kritisiert, die Welt kritisiert sie, die CDU kritisiert sie, und in dieser Kritik wird die AfD - und werden wir - von einer gewissen Art und Weise sogar legitimiert, denn in den Augen der Bevölkerung ist das ein Schlag gegen die AfD und gegen die Patrioten, COMPACT und IB.
Wenn dieser Schlag von Kubicki & Co. kritisiert wird, wird dies tendenziell als Verteidigung wahrgenommen. So kann eine Repression nach hinten losgehen, wenn die getroffene Gruppe bereits zu groß und zu beliebt ist und wenn die Repression selbst keine große Mehrheit hinter sich hat. Ich glaube, Faeser war hier ein wenig betäubt und berauscht von diesen inszenierten Regime-Demos. Jetzt erlebt sie einen Rückschlag, zumindest einen publizistischen, und es könnte sein, dass, wenn jetzt alles richtig gemacht wird, wir als Patrioten und die AfD als Partei nach diesem Repressionsschlag von Faeser weniger isoliert und normalisierter sind als zuvor.
Diese überzogene Repression kann also ins Gegenteil umschlagen, und im Moment sieht es auch genau so aus. Wenn man sich ansieht, daß die Deportationslüge bei X trendet, merkt man, daß auch die Correctiv-NGO panisch zurückrudern muß.

Das Pendel schlägt zurück

Der vierte Punkt schließlich ist ganz spezifisch und besonders. Indem diese Repression die AfD zum großen dämonischen Gegner, zur gigantischen Gefahr, aufbaut, macht dies sie sie erst groß und relevant. Denn die AfD hat einen Markenkern, der aus zwei wesentlichen Punkten besteht. Erstens ist die AfD das genaue Gegenteil des Systems, denn sie ist eine echte Alternative zu all den Altparteien und eine relevante und wichtige Kraft.
Zweitens hat die AfD einen konkreten Plan, sie hat konkrete Vorschläge und kann ab Tag eins, wenn sie politische Macht und Gestaltungsmacht hätte, alles ändern. Und genau das sagt Faeser letztlich: die AfD ist so groß und gefährlich und wird alles ändern. Wenn es ständig parteiübergreifende Zeichen gegen die AfD gibt, bewirkt das, daß all jene, die politikverdrossen sind und denen das gesamte System auf den Nerv geht, täglich mehr werden. Über Corona-Demos und Bauern-Demos werden täglich mehr Menschen langsam aber sicher zur AfD tendieren, und da leistet Faeser gute Arbeit.
Walter Benjamin hat gesagt, ich paraphrasiere, "daß es so weitergeht, das wäre die Katastrophe. Und alle, die so denken, die sagen, daß alles so weitergeht wie bisher, das wäre die Katastrophe". All diese Leute werden auch dank Faesers kaputter Zensur langsam aber sicher in unser Lager rüberkommen.
Ein erstes Anzeichen dafür sehen wir bei der Blockade der Bauern des grünen Aschermittwochs in Biberach, und das ist aus meiner Sicht die perfekte Antwort auf die irren Zensur-Phantasien von Big Mother, die uns beobachten möchte. Schauen Sie ruhig her, Frau Faeser, schauen Sie uns dabei zu, wie wir immer stärker werden und Deutschland, Österreich und Europa wieder demokratisch und patriotisch machen! …<<

19.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Februar 2024 (x1.362/…): >>**Bargeld: Die Tage sind gezählt**

Selbst die Verbraucherzentrale und beklagt mittlerweile, daß es immer schwieriger wird, mit Bargeld zu bezahlen. Verbraucher müßten mit Bargeld im gesamten Euroraum zahlen können. Ein frommer Wunsch? Droht Bargeldverbot durch die Hintertür?

Die Verbraucherzentralen haben eine rückläufige Akzeptanz von Bargeld kritisiert. Verbraucher müßten "auch in Zukunft die Möglichkeiten haben, zwischen Bar- und Digitalzahlungen zu wählen", sagte die VZBV-Vorständin Ramona Pop den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. "Bezahlen mit Bargeld ist einfach, anonym, hinterläßt keine Daten und ist universell einsetzbar."

Pop erhofft sich vom Nationalen Bargeldforum der Deutschen Bundesbank, daß dieses das Bezahlen mit Bargeld zukunftsfest mache. Für Verbraucher sei das wichtig. "Sie benötigen einen barrierefreien Zugang zum Bargeld, der effizient organisiert und gesetzlich abgesichert werden muß", sagte Pop.

Die Verbraucherschützer fordern zudem eine "Akzeptanzpflicht für Bargeld" in Europa. Verbraucher müßten mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel Bargeld im gesamten Euroraum bezahlen können. "Einseitige Ex-ante-Ausschlüsse durch Unternehmen und Behörden müssen eindeutig verboten werden", so der VZBV.

Wie aus einer Umfrage für die Verbraucherzentralen hervorgeht, wird der Zugang zu Bargeld wird für Verbraucher immer teurer und schwieriger. 23 Prozent der 1.000 befragten Internetnutzer gaben an, daß sich das Abheben von Bargeld innerhalb der vergangenen drei Jahre für sie verteuert habe.

26 Prozent haben nach eigener Aussage einen längeren Weg zum Geldautomaten. Zudem sagten 27 Prozent der Befragten, daß sie in den vergangenen sechs Monaten mindestens einmal in der Situation waren, nicht bar bezahlen zu können, weil eine Barzahlung nicht möglich war.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 19. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Rente in weiter Ferne: Deutlich mehr ältere Menschen gehen arbeiten**

Immer mehr ältere Menschen gehen weiter arbeiten, um ihren Lebensstandard zu erhalten.

Redaktion

Ab Anfang 60 freut sich die arbeitende Bevölkerung in Deutschland eigentlich auf die Rente. Doch es brechen neue Zeiten an: Immer mehr Deutsche arbeiten länger als ursprünglich geplant.

Immer mehr Menschen in Deutschland gehen auch im Alter zwischen 63 und 67 Jahren einer Beschäftigung nach. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten in diesem Alter stieg von 1,31 Millionen im Jahr 2020 kontinuierlich auf 1,67 Millionen im vergangenen Jahr, wie aus einer Regierungsantwort auf Fragen der Linken im Bundestag hervorgeht. Im Jahr 2022 waren noch 1,52 Millionen Menschen dieser Altersgruppe, in der ein Renteneintritt möglich wird, in Beschäftigung.

Der Linken-Rentenexperte Matthias W. Birkwald, der die Anfrage gestellt hatte, wendet sich unter Verweis auf die gestiegene Beschäftigungsquote der 63- bis 67-Jährigen gegen eine Abschaffung der "Rente mit 63". So wurde die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren zunächst genannt, da zunächst Menschen mit Geburtsjahr vor 1953 mit ihr bereits mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen konnten. Nun liegt die Altersgrenze hierfür bei 64 Jahren und 4 Monaten für 1960 Geborene. Für später Geborene erhöht sich das Eintrittsalter bis 2029 auf 65 Jahre.

Niedrige Rente als Ursache

Birkwald sagte: "Ständig hört man Forderungen über die Anhebung der Regelaltersgrenze, die

Abschaffung der 'Rente ab 63' oder einem sogenannten ‘flexiblen Renteneintritt‘." Dabei steige die Beschäftigung Älterer bereits. In der Pflicht seien die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen, ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gute Arbeit anzubieten, so daß sie die Möglichkeit, länger zu arbeiten, auch freiwillig nutzen wollen.
Ältere Menschen dürften dagegen nicht gezwungen sein, aufgrund einer niedrigen Rente weiter arbeiten zu müssen, forderte der Linken-Rentenexperte. Dabei habe fast jeder zweite Senior oder Seniorin über 65 hierzulande nur ein Nettoeinkommen von unter 1250 Euro zur Verfügung. Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage der Linken hatten Anfang des Jahres gezeigt, daß 42,3 Prozent der Rentnerinnen und Rentner mit einem Netto-Einkommen bis zu dieser Grenze auskommen müssen. Von den knapp 7,5 Millionen Betroffenen sind mehr als 5,2 Millionen Frauen.

Streit um "Rente mit 63"

Deutschlands Arbeitgeber, die Union, aber auch Politiker von Grünen und FDP hatten sich für eine Abkehr von der sogenannten "Rente mit 63" ausgesprochen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte im September: "Wir können es uns nicht leisten, daß hauptsächlich eigentlich gesunde und gut verdienende Menschen mit 63 in Rente gehen." FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner hatte in einem Interview gesagt: "Warum setzen wir nicht Anreize, damit Menschen länger arbeiten wollen - statt die Rente mit 63 zu finanzieren? Die ist eine Stilllegungsprämie für qualifizierte Beschäftigte."
Birkwald hielt solchen Forderungen entgegen: Anstatt die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte abschaffen zu wollen, "sollte genau hingeschaut werden". Die Beschäftigung älterer Menschen sei stark gestiegen - dies zeigten die Statistiken. Bei den 63- bis 67-Jährigen seien in den vergangenen drei Jahren die Beschäftigungsquoten in Deutschland um 26,2 Prozent gestiegen.

Arbeitsminister Heil (SPD) will Rentenreform vorlegen

Die damalige Koalition von Union und SPD hatte die vorgezogene Altersrente ohne Abschläge ab 45 Jahren Versicherungszeit 2014 eingeführt. Bei der Einführung hatte die Regierung jährlich rund 200 000 Antragsteller prognostiziert - die Prognosen werden Jahr für Jahr deutlich übertroffen. Insgesamt gab es zuletzt deutlich mehr als zwei Millionen Nutzerinnen und Nutzer dieser Rentenart. Hier zeigt sich bereits, daß immer mehr Beschäftigte der geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger klagte: "Die Rente ab 63 hat zu einem Braindrain geführt."
Laut Statistischem Bundesamt nahm die Erwerbs-beteiligung der 60- bis 64-Jährigen in den vergangenen Jahren so stark zu wie in keiner anderen Alters-gruppe - von 47 Prozent 2012 auf 63 Prozent 2022. Jenseits des regulären Renten-eintritts-alters hat sich der Anteil der Erwerbstätigen von 11 Prozent 2012 auf 19 Prozent 2022 erhöht - das sind jene, die mit 65 bis 69 Jahren noch gearbeitet haben.
Trotz Fachkräftemangel hatte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) Forderungen nach einem Aus für die "Rente mit 63" eine Absage erteilt: "Wer 45 Jahre lang gearbeitet hat, hat dann ein Recht darauf, früher abschlagsfrei in Rente zu gehen." Eine Rente mit 70, wie es viele Konservative wollten, werde es mit ihm nicht geben, so Heil in einem Interview. In den kommenden Wochen will Heil seine lange angekündigte Rentenreform zur langfristigen Stabilisierung der Renten vorlegen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Februar 2024 (x1.361/…):

>>**Energiewende scheitert: Geplante Batteriefabriken stehen vor dem Ende**

Teslas Gigafactory katapultierte Brandenburgs Wirtschaftswachstum an die Spitze aller 16 Bundesländer, weitere Unternehmen sollten nachziehen. Doch viele Batteriefabriken für E-Autos stehen jetzt vor dem Scheitern, weil die staatliche Unterstützung fehlt oder die Ressourcen zu teuer sind.

Wim Lukowsky
Hunderte Millionen Euro versprach der Bund dem Land Brandenburg für den Bau von Batteriefabriken, um die Energiewende voranzubringen. Doch bislang ist von den Projekten an drei Standorten wenig bis gar nichts zu sehen - und das, obwohl die Errichtung der Fabriken schon vor Monaten starten sollte. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) wandte sich deshalb in einem Brief bei Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck - bislang erfolglos, wie die BZ berichtet.
Im September 2022 begrüßte Woidke die Pläne des chinesischen Batteriekonzerns SVOLT, der das Werk des Windanlagenherstellers Vestas übernehmen und somit bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze in Lauchhammer schaffen möchte. Brandenburg erhoffte sich dadurch eine weitere Stärkung der lokalen Wirtschaft, nachdem bereits Teslas Gigafactory 12.400 neue Arbeitsplätze ermöglicht hatte und Brandenburgs mitunter das stärkste Wirtschaftswachstum aller 16 Bundesländer verholfen hatte. Doch bislang ist auf dem Gelände in Lauchhammer nichts passiert - laut SVOLT soll aber bereits 2025 eine "Mustervalidierung" stattfinden, aktuell werde ein "Masterplan" entwickelt.
Keine Subventionen für neue Fabriken
Auch in Guben verzögert sich der Bau einer Vorzeige-Fabrik: An der Grenze zu Polen möchte der deutsch-kanadische Konzern Rock Tech eine Lithiumfabrik errichten, in der Batterien für elektronisch angetriebene Automobile hergestellt werden sollen. Doch die Fläche liegt brach - es mangelt an Ressourcen und vor allem Fördergeld. Ursprünglich war eine Subventionierung von 235 Millionen Euro durch den Bund vorgesehen. Das Haushaltschaos der Ampel verhinderte diese Pläne.
Ministerpräsident Woidke bat Habeck deshalb im November 2023, die Fördergelder "bei den weiteren Entscheidungen" des Haushalts zu beachten, doch der Wirtschaftsminister antwortete bislang nicht. Die Lithiumfabrik gilt als Hoffnungsträger für Brandenburgs Wirtschaft und die E-Mobilität in Deutschland. Ehemalige Mitarbeiter von Rock Tech stehen dem Projekt mittlerweile aber kritische gegenüber: Ursprünglich wollte das Unternehmen 800 Millionen Euro investieren - wo das Geld herkommen soll, weiß bislang aber niemand, berichtet die Welt.
Das Ausland ruft: Unternehmen bauen in Amerika oder Asien
Außerdem fehlen Rock Tech die Ressourcen: Eigentlich sollte Lithium aus Minen in Kanada importiert werden. Weil dieser Plan in der Umsetzung aber Jahre dauern könnte, schloß Rock Tech eine Partnerschaft mit dem Schweizer Unternehmen Arcore ab, um eine Versorgung mit dem benötigten Leichtmetall zu "prüfen" - konkretere Vereinbarungen wurden bislang nicht getroffen, so die Welt. Deshalb könnte das Projekt bei fehlenden Subventionen nach Japan oder in die USA auswandern.
Bereits ins Ausland verlegt wurde ein Batteriewerk der Porsche-Tochter Cellforce. Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung plante das Unternehmen eine riesige Fabrik in Baden-Württemberg zu errichten - nachdem man die Subventionsgelder in Deutschland mit den Möglichkeiten in den USA verglichen hatte, entschied Cellforce sich 2024 dann für einen amerikanischen Standort.
In den Staaten erwartet man die doppelte bis dreifache Subventionssumme. Deutschland geht damit eine Fabrik verloren, die Batterieeinheiten für 150.000 bis 200.000 Fahrzeuge im Jahr herstellen soll. Die für die Energiewende benötigten Batterien und Speichersysteme werden vermehrt im Ausland hergestellt. Dadurch wird Deutschland nicht nur abhängig, sondern verliert auch seine wirtschaftliche Attraktivität und Stellung in Europa.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Februar 2024: >>**Freie Wähler Sachsen lehnen Anti-AfD-Brandmauer ab**
Von *Sven Reuth*
Die Front gegen die AfD bekommt Risse. Zwei kleinere bürgerlich-konservative Gruppierun-

gen, die Werteunion und der Landesverband der Freien Wähler in Sachsen, erteilen der Ausgrenzung nun eine Absage. …
Streit bei den Freien Wählern über den Umgang mit der AfD! Beim Bundesparteitag der Partei im rheinland-pfälzischen Bitburg stimmten 92 Prozent der anwesenden Mitglieder für ein striktes Kooperationsverbot mit der AfD.

"Dann sind wir angezündet"

Parteichef Hubert Aiwanger hatte zuvor in seiner Rede betont: "Es darf nicht passieren, daß irgendwo ein Wildgewordener mit dem Namen Freie Wähler ... mit der AfD in eine Koalition geht. Dann sind wir deutschlandweit angezündet."
Das ist eine sehr unreflektierte und ängstliche Positionierung ausgerechnet jenes Politikers, der in diesen Tagen sonst gerne mit markigen Worten den Bauernprotest begleitet. Beim Thema AfD scheint Aiwanger aber der Mut zu fehlen, nach einer Positionierung jenseits des politisch-medialen Mainstreams zu suchen.
Dabei wollen die Freien Wähler von ihrem eigenen Anspruch her doch eigentlich eine radikalpragmatische und unideologische Kraft sein und mit diesem Politikansatz im kommenden Jahr in den Bundestag einziehen.

"Keine guten Erfahrungen mit dem Bau von Mauern"

Widerspruch gegen den Beschluß des Bitburger Parteitags kam nun prompt aus Sachsen. Der Vorsitzende der Freien Wähler im grün-weißen Freistaat, Thomas Weidinger, sagte, man nehme den Beschluß zur Kenntnis, unterstütze ihn aber nicht. Zugleich sehe er keine größeren Auswirkungen für seine Partei in Sachsen. Weiter äußerte Weidinger:
"Die Freien Wähler in den Kommunen sind parteiunabhängig und daher vom genannten Beschluß ohnehin nicht betroffen. Diese haben seit einiger Zeit erfolgreich bewiesen, daß die sogenannte Brandmauer nicht hilfreich ist, wenn es um das Lösen konkreter sachlicher Probleme geht. Hinter einer Brandmauer würden auch die Wähler der AfD verschwinden, die wir für die bürgerliche Mitte zurückgewinnen wollen. Wir haben in Deutschland keine guten Erfahrungen mit dem Bau von Mauern gemacht."

"Politik an Inhalten festmachen"

Ähnlich äußerte sich auch Matthias Berger, Oberbürgermeister der Stadt Grimma und Spitzenkandidat der Freien Wähler zur anstehenden Landtagswahl am 1. September 2024. Berger hatte mit Blick auf die AfD betont:
"Diese Ausschließeritis der AfD gegenüber, das ist politisch aus meiner Sicht kein guter Stil. Wir werden die Politik nur an Inhalten festmachen."
Berger wurde im Juni 2022 mit 85,9 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt, vorherige OB-Wahlen hatte er teilweise mit Ergebnissen von über 90 Prozent gewonnen. Bei der Wahl 2019 hatten die Freien Wähler mit 3,4 Prozent der Stimmen den Einzug in den Landtag verpaßt. Bei der anstehenden Landtagswahl hofft die Gruppierung nun, über mindestens zwei gewonnene Direktmandate in den Sächsischen Landtag einzuziehen, falls es wieder nicht gelingen sollte, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.
Das sächsische Wahlgesetz sieht nämlich vor: Die Partei, die mit ihren Kandidaten zwei Direktmandate gewinnt, erhält so viele Landtagssitze, wie ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen.

Hoffnung auf zwei Direktmandate

Beobachter halten es für möglich, daß die Freien Wähler in Sachsen zwei oder mehr Direktmandate gewinnen. Ein Kandidat dafür wäre Berger selbst, der im Muldental stark verwurzelt ist. Auch beim ehemaligen Innen-Staatssekretär Günther Schneider, der früher in der CDU war und in einem Wahlkreis im Erzgebirge für die Freien Wähler antreten wird, spekulieren die Freien Wähler auf den möglichen Gewinn eines Direktmandats.
Neben den Freien Wählern in Sachsen lehnt auch die am Wochenende gegründete konservati-

ve Partei Werteunion (WU) die Errichtung einer Brandmauer gegenüber der AfD ab. Dazu äußerte der WU-Vorsitzende Hans-Georg Maaßen auf der Pressekonferenz zur Gründung der Partei:
"Wir sind eine Partei, die keine Brandmauern aufbaut. Wir reden mit allen, ob es die AfD ist oder die Linke, ob es die Grünen sind oder die SPD. Diese Position habe ich auch als Verfassungsschutzpräsident seinerzeit vertreten, denn als Demokrat muß man bereit sein, mit allen Menschen zu sprechen - auch mit Radikalen und Extremisten. Die andere Frage ist, ob man mit Leuten zusammenarbeitet, und wir arbeiten mit allen Parteien und Gruppierungen zusammen, die unseren Positionen zur Mehrheit verhelfen. Das werden wir tun.
Ich sage auch: Unser Premiumpartner wäre die CDU, aber wir arbeiten zusammen mit allen, die unseren Positionen zur Mehrheit verhelfen. Es kommt nicht darauf an, wer wählt, sondern wer gewählt wird, und sie wissen, ich habe mich zur Causa Kemmerich auch wiederholt geäußert. Kemmerich war ein Ministerpräsident in Thüringen, der auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stand, auch wenn er von Radikalen gewählt wurde. Es ist für mich wichtiger, wer gewählt wird als wer wählt."

CDU zunehmend unter Druck

Das sind realistische und wichtige Einsichten, die man im konservativen Lager lange Zeit vermißt hat. Und die gegenwärtige Entwicklung zeigt, daß Parteien wie die CDU, die argumentfrei an der Bildung irgendwelcher Brandmauern festhalten, durch andere konservative oder patriotische Gruppierungen abgelöst werden könnten.
In Sachsen stehen hier auch die Freien Sachsen parat, die bei der Kommunalwahl 2022 zahlreiche aufsehenerregende Erfolge feiern konnten und deren Vorsitzender Martin Kohlmann auch immer betont, prinzipiell mit jedem zusammenzuarbeiten, mit dem man auch nur eine einzige Position teilt. Die CDU könnte von der Seite dieser Parteien aus bald unter erheblichen Druck geraten.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Wärmepumpen floppen in 2023 - Anteil von Öl- und Gasheizungen steigt sogar**

Das selbsterklärte Ziel der Bundesregierung, die Wärmepumpe als maßgebliche Heizung in deutschen Haushalten zu etablieren, scheitert. Dies zeigen Zahlen des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie.
Henry Albrecht
Die Bundesregierung bleibt ihrem Ziel, die Wärmepumpe als Standardheizung zu etablieren, weiterhin fern. Die der WELT vorliegenden Heizungsabsatzzahlen für 2023 zeigen, daß Öl- und Gasheizungen nach wie vor die Bestseller sind und sogar noch weiter zulegen. Die Entwicklung im Bereich der Wärmepumpe geht nur stockend vor ran. Die staatlich geförderte ökologische Wärmewende erfährt einen Rückschlag.
Insbesondere fällt in den Daten des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie auf, daß nach einem Rückgang im Jahr 2022 der Absatz von Gasheizungen im vergangenen Jahr stark anstieg und einen Rekordwert von 790.500 verkauften Kesseln erreichte - ein Plus von 32 Prozent. Sogar der Absatz der als umweltschädlich betrachteten Ölheizungen verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 112.500.
Im vergangenen Jahr griffen die Kunden vermehrt zu bewährter Technik: Während im Jahr 2022 noch 66 Prozent der nachgefragten Heizungen auf Erdgas oder Heizöl setzten, stieg dieser Anteil im Jahr 2023 sogar auf 70 Prozent der verkauften Wärmeerzeuger, die größtenteils mit fossilen Energien betrieben werden. Die politisch geförderte Wärmepumpe verzeichnete zwar einen deutlichen Absatzsprung um 51 Prozent auf 356.000 Stück. Dennoch bleibt dies weit hinter der von der Bundesregierung angestrebten Marke von 500.000 Verkäufen pro Jahr zurück.
Auch der geplante Neubau befindet sich in einer prekären Lage, paradoxerweise auch auf-

grund der kostspieligen Umweltauflagen. Dies wirkt sich ebenfalls negativ auf die Aussichten für den Verkauf von Wärmepumpen und Systemkomponenten aus, die besonders im Neubausektor ihre Vorteile entfalten könnten. Viele Immobilienbesitzer scheinen abwarten zu wollen, um die Perspektiven der kommunalen Wärmeplanung zu sehen, die gesetzlich bis Ende 2026 in größeren und bis Ende 2028 in kleineren Städten und Gemeinden abgeschlossen sein muß.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Februar 2024: >>**Polizei: Abschiebungen scheitern reihenweise**

Von *Sven Eggers*

Irre, was neue Zahlen belegen: Zwei von drei Abschiebungen scheitern! Und die Politik? - Sie hetzt gegen Rechte. …

Allein im vergangenen Jahr sind in der BRD 31.330 Abschiebungen gescheitert. Das hat die Bundespolizei auf Anfrage der Welt am Sonntag eingeräumt. Zur Erinnerung: 242.600 Personen halten sich in der Bundesrepublik Deutschland auf, die unverzüglich angehoben gehörten (Stichtag 31. Dezember 2023), darunter etwa 60 Prozent abgelehnte Asylbewerber sowie Arbeitsmigranten mit abgelaufenen Visa und Straftäter.

Durchgreifen jetzt!

Daß die Anzahl der Ausreisepflichtigen erstmals seit 2015 etwas gesunken ist, liegt an großzügiger Verteilung von Duldungstiteln und fast schon willkürlichen Einbürgerungen. Die Deutschen aber wollen keine Polit-Tricks, sondern endlich konsequentes Handeln, das ist auch der Welt am Sonntag aufgefallen:

"Ein bedeutender Teil der Bürger wünscht sich eine Zuwanderungssteuerung, mit der es dem Land gelingt, sich seine neu hinzukommenden Gesellschaftsmitglieder selbst auszuwählen. Das bedeutet, unerlaubt einreisende Menschen vom Grenzübertritt abzuhalten oder - nach erfolgreicher Einreise - früher oder später abzuschieben, falls sie nicht freiwillig gehen."

Aus diesem Grund dürfte auch Kanzler Scholz kürzlich via Spiegel-Interview Abschiebungen "endlich im großen Stil" angekündigt haben. Allein geschehen ist seither nichts. Im Gegenteil: Zwei von drei Abschiebungen gehen in die Hose und scheitern. Laut Bundespolizei wurden im vergangenen Jahr 47.760 Abschiebeversuche unternommen, doch nur 16.430 vollzogen.

Woran scheitern Abschiebungen? In 14.011 Fällen, so ist es statistisch für 2023 festgehalten, sind die Ausreisepflichtigen schlicht und einfach nicht erschienen. Bei ins Auge gefaßten Sammelabschiebungen läge die Ausfallquote nicht selten bei 60 Prozent, so ein Bundespolizeibeamter, der von "Ausreisepflichtigen, die am Flugtag abgetaucht oder jedenfalls nicht da sind" spricht.

Stornierte Abschiebungen

In 15.798 Fällen wurden die Ausreiseersuche schon im Vorfeld storniert, weil es nicht möglich war, die Abzuschiebenden, hier in erster Linie Straftäter und abgelehnte Asylbewerber, aufzutreiben. In manchen Fällen (56) scheiterte die Abschiebung darüber hinaus am aktiven Widerstand des Ausreisepflichtigen, 230 Male weigerte sich der Pilot, die betreffende Person mitzunehmen, in 86 Fällen konnten ärztliche Atteste beigebracht werden.

Grundsätzlich aber besteht das "größte Abschiebungshindernis" in der so oft ungeklärten Identität ungezählter Personen. Denn, so die Welt am Sonntag: "Rund die Hälfte aller Asylsuchenden übertritt die deutsche Grenze ohne Personaldokumente. Vor allem aus jenen Staaten mit geringen Anerkennungschancen".

Das Blatt zitiert einen Ministerialbeamten: "Sie kommen rein, legen keinen Paß vor, die ID kann nicht geklärt werden, dann werden sie geduldet."

Vergegenwärtigt man sich dieses ganze Desaster, daß ist es unverantwortlich, Remigrations-Vorschläge zu ignorieren. Das gilt eben auch für Martin Sellners Sicht der Dinge, soeben in seinem Buch vorgelegt. Er formuliert hier, wie eine Remigration kulturell, ökonomisch, poli-

tisch und religiös nicht integrierbarer Fremder gelingen könnte.
Es geht um Anreizsysteme, um freiwillige Ausreise und um klare Kriterien wie Kriminalität, politische Religiosität und kulturelle Ferne. Es geht um einen Prozeß, der sich über 30, 40 Jahre erstrecken würde, wenn man ihn in Gang brächte. Die Hetze, die auf Martin Sellner derzeit niedergeht, unterstreicht, daß der Österreicher hier einen wunden Punkt tritt.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Februar 2024: >>**Die neue Diktatur: Faeserismus oder Faschismus?**
Von *Jürgen Elsässer*
Faschismus ist schon seit Jahrzehnten ein frei flottierender Begriff geworden, der auf jede Form von Gewaltherrschaft angewendet wird und ansonsten inhaltlich völlig entkern ist. Die definitorische Verluderung geht bis in den Privatbereich: Wer einem nicht paßt, den kam man als A***loch bezeichnen, oder, wenn man linke Pseudo-Bildung vortäuschen will, als Fascho. In der druckfrischen März-Ausgabe von COMPACT wird das F-Wort jedoch nicht im Sinne einer wohlfeilen Denunziation verwendet, sondern politökonomisch abgeleitet. Es hat nämlich schon seinen Grund, warum man die Ampel-Bande als faschistisch und nicht zum Beispiel als kommunistisch bezeichnen sollte - obwohl sie sich rot-grün kostümiert. Die Titelschlagzeile von COMPACT 3/2024 trägt dem Rechnung: "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert".
Der Kern des Faschismus: Finanzkapital
Wenn man eine exakte Definition sucht, wird man bei denen fündig, die als erste die Opfer dieser politischen Strömung geworden sind, nämlich bei den alten Kommunisten (nicht zu verwechseln mit ihrer schmutzigen Nachgeburt heute). "Der Faschismus die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", lautete die verbindliche Formel, die von allen KPs auf der Welt 1935 in Moskau verabschiedet wurde. Die heutige Linke will davon nichts mehr wissen, weil diese Definition, trotz des kaum verständlichen Parteichinesisch, einen wichtigen Gedanken formuliert: Die totalitäre Gefahr kommt nicht vom Volk und noch nicht einmal vom Kapital als Ganzes, sondern nur vom Finanzkapital, ja sogar, weiter einschränkend, nur von dessen extremsten Elementen.
Diese Fraktionen des Finanzkapitals setzte in den 1930er Jahren auf Hitler: Die Wallstreet schoß den Nazis Kapital zu, die Bank of England unterhielt glänzende Beziehungen zum Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht. Auch die Windsors, in deren Tresoren bis heute die Schätze kolonialer Raubzüge lagern, fanden die Nazis sehr schick. Doch dieselben Geldsäcke, die vor 80 Jahren für Nation und Rasse trommelten, machen heute auf One World und Multikulti.
Der Grund liegt in der Ökonomie: Damals genügten zur Kapitalverwertung starke Nationalstaaten, die die Profitmacher vor Revoluzzern schützen; diesen Schutz garantierte die NSDAP, jedenfalls nach Ausschaltung ihres linken SA-Flügels. In der heutigen Zeit können die immensen Vermögen jedoch können nur noch auf dem Weltmarkt rentabel eingesetzt werden - die Nationen sind ein Hindernis geworden und müssen zerstört werden.
Zur Propagierung und Durchsetzung dieses Globalismus kann das internationale Finanzkapital aber nicht mehr, wie damals, die Rechten instrumentalisieren, da die an Volk und Heimat hängen. Stattdessen setzen die Rothschilds und Rockefellers auf die Linken, die seit der Hippie-Revolte 1968 den Patriotismus ihrer Altvorderen vergessen haben.
Das Kostüm des Faschismus: beliebig
Faschismus entsteht, wenn sich die Hochfinanz mit Extremisten verbündet, die jeden Andersdenkenden von der Straße prügeln. Ob diese Extremisten sich auf Hitler oder auf Marx oder auf den Propheten Mohammed berufen, ist völlig egal - Hauptsache, sie teilen in der jeweiligen Epoche die Ziele ihrer Geldgeber. Für die Gegenwart gilt jedenfalls: Die Forderung nach

offenen Grenzen ist das einigende Band zwischen den autonomen Steinewerfern, den Linksparteien und den Gangstern in Nadelstreifen. Sie alle sind wurzellose Kosmopoliten, die im Volk nichts anderes als einen "Haufen Scheiße" (Strack-Zimmermann) sehen. …<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28201" berichtet am 19. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Einmal trans und (kein) Zurück! Die Realität hinter dem Transgender-Hype**

Auf Social Media und in den Mainstream-Medien berichten immer mehr Menschen von ihrer Geschlechtsumwandlung. Dabei wird jeder Schritt der sogenannten Transition begeistert dokumentiert und geteilt. Doch blickt man hinter die bunte Kulisse dieser Trendbewegung, zeigt sich die grausame Realität ...

Warnung: Diese Sendung ist nicht für Kinder oder Menschen mit schwachen Nerven. Die Thematik betrifft aber vor allem junge Menschen und sollte insbesondere von Eltern und Verantwortungsträgern gesehen werden.

Chloe Cole: "Meine Stimme wird für immer tiefer sein, meine Kieferpartie schärfer und meine Nase länger. Mein Knochenbau wird dauerhaft maskulin sein. Mein Adamsapfel tritt stärker hervor, meine Fruchtbarkeit unbekannt. Manchmal schaue ich in den Spiegel und fühle mich wie ein Monster."

(Mann) "Und es war das erste Mal, daß ich vor einem Spiegel stand und es sah: Es sah aus, als hätte man mich angegriffen. Es war wirklich brutal. Ich fühlte mich niedergeschmettert und hatte das Gefühl, mich selbst auf die schlimmste Art und Weise hintergangen zu haben. Und das war es, wissen Sie."

"Dies ist nicht umkehrbar. Das Experiment ist für mich vorbei. Es gibt wirklich kein Zurück mehr."

Am 23.08.2023 hat die Bundesregierung den Entwurf für das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz beschlossen. Volljährige Menschen sollen durch eine schlichte Erklärung gegenüber dem Standesamt die Änderung ihres Geschlechtseintrags und ihrer Vornamen bewirken können. Minderjährige ab 14 Jahren sollen die notwendige Erklärung selbst abgeben können. Stimmen die Sorgerechtsberechtigten nicht zu, kann diese Zustimmung vom Familiengericht ersetzt werden. Das Selbstbestimmungsgesetz soll im November 2024 in Kraft treten.

Was dies in der Praxis bedeutet, ist vielen in der Bevölkerung nicht bewußt. Hier bekommen Jugendliche in einer sehr vulnerablen (*verwundbaren, beeinflußbaren und sensiblen) Entwicklungsphase Entscheidungsfreiheiten, die weitreichende Folgen für ihr ganzes Leben haben. Eine Änderung des Geschlechtseintrags geht in den meisten Fällen mit einer hormonellen und operativen Geschlechtsumwandlung einher. Diese Geschlechtsumwandlung nennt man Transition. Es ist belegt, daß die Zahl der Transitionen in den letzten Jahren rapide gestiegen ist.

Das Thema ist sehr weit verbreitet auf Social Media und für viele Jugendliche allgegenwärtig. Dabei wird im Mainstream fast ausnahmslos sehr positiv, unkritisch und befürwortend berichtet. Über Gefahren, Nebenwirkungen und negative Folgen der Eingriffe wird kaum gesprochen. Dabei wächst die Zahl der Menschen, die ihre Transition bereuen. Sie werden jedoch zensiert, ausgegrenzt oder ihre Erfahrungen totgeschwiegen.

Diese Sendung gibt diesen Menschen eine Stimme. Anhand einiger Beispiele werden die Risiken und Probleme einer Transition aufgezeigt und zugleich hinter die Kulissen der Genderideologie geblickt.

Quelle Nele:

Detrans - Wenn die Geschlechtsangleichung nicht glücklich macht, 30.04.2023, ZDF, https://www.zdf.de/dokumentation/37-grad-leben/detrans-wenn-die-trans-op-nicht-gluecklich-macht-100.html (Abrufdatum: 02.02.2024)

Nele - vor der Transition

Nele: "Ja, wie das abgelaufen ist. Ich war da eine Stunde nur. Der hat gefragt, warum ich da bin. Er hat recht viel auch selbst geredet. Ich habe gar nicht so viel geredet. Und was mich ein bißchen gestört hat, ist, daß er - also man könnte fast schon meinen, daß er fast schon ein bißchen dazu gedrängt hat, daß ich dort jetzt die Therapie beginne und nicht nochmals nach anderen Therapeuten suche. Er hat auch gesagt, theoretisch dauert es ein Jahr oder ein halbes Jahr, um Hormone zu kriegen. In der Praxis sieht das kürzer aus. Das heißt, er ist auch offen dafür, daß es auch schneller gehen kann." ...
"Vielleicht habe ich eigentlich ein ganz anderes Problem und habe versucht, davor zu fliehen. Ich habe halt Angst, daß ich dann hinterher das alles mache und dann doch nicht glücklich bin. Oder daß ich es im schlimmsten Fall sogar bereuen könnte." ...
Nele - Nach der Einnahme von Hormonen
"Dann habe ich dort im Rahmen dieser Therapie auch relativ schnell Hormone angefangen - Testosteron. Ich glaube, ich war vielleicht drei Monate in Therapie. Der Therapeut hat das dann so ein bißchen, der muß das ja vor den Krankenkassen auslegen, das ist ja so eigentlich die einzige Richtlinie in Deutschland, wie schnell man transitionieren darf, sind ja im Grunde die Krankenkassen, die vorgeben, wann sie etwas bezahlen und wann nicht. Und der hat dann auch so argumentiert, daß es besonders dringend ist und ein sehr sicherer oder ausgeprägter Fall von Transsexualität. Dementsprechend wurde es dann auch recht schnell genehmigt. Dann hat der mir noch irgendwie einen Bekannten empfohlen, einen Gynäkologen, der sehr schnell, wo man schnell Termine bekommt." ...
Quelle Cat C.:
Identity Crisis: Detransitioner Loses Natural Singing Voice After 'Gender Affirming Care', 06.10.22, IWF, https://www.youtube.com/watch?v=yPxt2X_mXsE (Abrufdatum: 02.02.2024)
Cat Cattinson - Das Vorgespräch
Cat Cattinson: "Ich dachte, ich müßte irgendeinen Prozeß durchlaufen, um das Testosteron zu bekommen, ein psychologisches Gutachten oder eine bestimmte Anzahl von Besuchen beim Psychiater usw., aber stattdessen hatte ich ein 30-minütiges Telefongespräch mit einem Arzt, den ich nie persönlich vorher getroffen hatte, und mir wurde das Testosteron übers Telefon verschrieben."
Quelle Helena:
A Story Of Detransitioning | Michael Knowles, 25.03.22, Mike's Tom MacDonald Reviews, https://www.youtube.com/watch?v=5HbPzJy9gkY (Abrufdatum: 02.02.2024)
Helena - Gespräch mit Planned Parenthood
Interviewer: "Du bist also zu Planned Parenthood gegangen und hast gesagt, ich identifiziere mich als Junge, ich glaube, daß ich ein Junge bin - und da haben sie gesagt: 'Ok, du mußt ein paar Monate oder Jahre mit ein paar Therapeuten sprechen,' oder haben sie gesagt: Hier sind die Pillen, Lady - äh Sir - hier sind die Pillen, machen Sie's gut, einen schönen Tag … "
Helena: "Ja so ungefähr, es waren nicht mal Pillen, es sind Spritzen. Hier sind die Injektionen, Sir. - Also, ja, mein Termin dauerte ungefähr eine Stunde. Die ersten zwanzig Minuten oder so waren ein kurzes Hin und Her zwischen der Sozialarbeiterin, die ich bei Planned Parenthood getroffen hatte. Und wenn Sie meinen Substack-Artikel lesen - ich habe einen Substack-Artikel über meine ganze Reise geschrieben - dort nenne ich die Fragen, die mir die Sozialarbeiterin gestellt hat, und das ist keine tiefgehende psychologische Arbeit, um es mal gelinde zu sagen. Ich hatte also dieses kurze Aufnahmegespräch mit der Sozialarbeiterin, und dann kam sie wieder herein und sagte:
'Sie sind der perfekte Kandidat für Testosteron, wir können gleich loslegen.' Also ging ich zur Krankenschwester, und die ging mit mir eine sehr kurze Liste an Risiken durch, welche sehr untertrieben waren. Es waren Dinge wie: ‚Sie könnten Stimmungsschwankungen haben' - das ist nicht gerade eine gute Art zu vermitteln, was die Möglichkeiten einer Hormonbehandlung

ausmacht - aber egal, ich sah mir die kurze Liste an, und dann sprachen wir über die Dosierung ..."
Quelle Chloe:
Chloe Cole: 'I‘m Still Recovering' From Hormones, Surgery at 15, 07.02.23, IWF, https://www.youtube.com/watch?v=DtItMuCW0vI (Abrufdatum: 02.02.2024)
Chloe Cole - Keine andere Option
Chloe Cole: "... das Team der medizinischen Fachkräfte, die mir geholfen haben, mich tatsächlich zur Transition zu drängen, sie zeigten mir keinerlei andere Optionen auf. Sie sagten, daß die Rate derer, die einen solchen Schritt bereuen, weniger als ein oder zwei Prozent beträgt. Sie logen sogar meine Eltern an, daß ich selbstmordgefährdet sei, wenn mir die Transition nicht erlaubt würde. Meine medizinische Transition dauerte etwa dreieinhalb Jahre. In dieser Zeit gab es eigentlich nur einen Arzt, der sich dagegen wehrte, und das war der erste Endokrinologe, bei dem ich war, um Hormone zu bekommen.
Er sagte mir und meiner Mutter, daß es Risiken für meine Gehirnentwicklung geben würde. Aber gleich danach kam ich zu einem anderen Endokrinologen, und nur 6 Monate nachdem ich mit Dysphorie (*hier: Gender-Dysphorie = mangelnde Übereinstimmung zwischen dem biologischen Geschlecht eines Menschen und dem von ihm gefühlten) diagnostiziert worden war, wurden mir Pubertätsblocker gegeben. Und dann Testosteron, ungefähr einen Monat später."
Quelle Janine:
Detrans - Wenn die Geschlechtsangleichung nicht glücklich macht, 30.04.2023, ZDF, https://www.zdf.de/dokumentation/37-grad-leben/detrans-wenn-die-trans-op-nicht-gluecklich-macht-100.html (Abrufdatum: 02.02.2024)
Janine - Geschlechtsumwandlung zum Mann
Janine (auf Wunsch anonym): "Mit 21 Jahren habe ich die Mastektomie (Entfernung der Brustdrüse/Brüste) gemacht. Dann mit 25 Jahren die Phalloplastik (operative Maßnahme, deren Ziel die Bildung bzw. Anfertigung eines Penis ist.), den Penoid-Aufbau, wozu aus dem Arm Haut entnommen wurde und dann zwischen die Beine verpflanzt. Und daraus sollte dann der künstliche Penis gebildet werden. Ich hatte dann danach noch so ungefähr zehn OPs. Wo dann auch der Harnröhrenanschluß gemacht wurde. Die Ärzte sagen einem, daß man ausstreichen muß. Aber dieses "Ausstreichen" finde ich ein bißchen zu schlecht als Beschreibung. Darunter konnte ich mir nicht wirklich etwas vorstellen.
In Wirklichkeit ist es halt so, daß ich in diesem künstlich angelegten Penoid, da fließt ja eigentlich wie durch eine Verlängerung der Urin durch. Da kann man nicht wirklich alles ausstreichen, das heißt, es tropft eigentlich immer etwas raus. Und dadurch hat man dann gerne wiederkehrende Harnwegsinfekte. Und jetzt habe ich in diesem Jahr die Operation, um das Ganze rückgängig zu machen. Es ist wirklich hart, vor allem, weil es auch sehr viel Zeit meines Lebens gefressen hat, im Krankenhaus zu sein. Das finde ich eigentlich so das Schlimmste. Die ganze Zeit, die weg ist. Und natürlich auch gesundheitliche Aspekte."
Quelle Chloe:
'My Childhood Was RUINED:' Detransitioner Chloe Cole Talks About Trans Procedures, 27.07.23, The Daily Signal, https://www.youtube.com/watch?v=DSGgR3W_jjg (Abrufdatum: 02.02.2024)
Chloe Cole - Riesige Narben
Chloe Cole: "Meine Stimme wird für immer tiefer sein, meine Kieferpartie schärfer und meine Nase länger. Mein Knochenbau wird dauerhaft maskulin sein. Mein Adamsapfel tritt stärker hervor, meine Fruchtbarkeit unbekannt. Manchmal schaue ich in den Spiegel und fühle mich wie ein Monster."
"Nachdem man mir meine Brüste abgenommen hatte, wurde das Gewebe verbrannt. Bevor ich

im Alter war, wo man den Führerschein macht, war mir ein großer Teil meines zukünftigen Frauseins genommen. Ich werde niemals ein Kind stillen können. Es fällt mir manchmal schwer, mich im Spiegel anzusehen, und ich kämpfe bis heute mit sexueller Dysfunktion. Und ich habe riesige Narben quer über meine Brust. Und die Hauttransplantate, die sie mir an den Brustwarzen entnommen haben, nässen heute noch, sie wurden in eine männlichere Position verpflanzt, sagten sie.
Nach der Operation verschlechterten sich meine Noten in der Schule. Alles, was ich durchmachte, trug nicht dazu bei, meine zugrundeliegenden psychischen Probleme zu beheben, die ich hatte. Und meine Ärzte mit ihren Gender-Theorien dachten, daß all meine Probleme verschwinden würden, sobald ich chirurgisch in etwas verwandelt sein würde, das vage einem Jungen ähnelt. Ihre Theorien erwiesen sich als falsch, die Medikamente und Operationen veränderten meinen Körper, aber sie konnten nichts an der grundlegenden Tatsache ändern, daß ich eine Frau bin und für immer sein werde."
Quelle Soren:
Soren's Story: How One Detransitioner Found Peace Outside of Medicalization, 19.05.23, IWF, https://www.youtube.com/watch?v=FD_brjpAk2c (Abrufdatum: 02.02.2024)
Soren - Komplikationen
Soren: "Ich hätte mir niemals vorstellen können, wie es sein würde, wenn sie meine Narben wieder aufschneiden um meine Brusthöhle von Hand von Blutgerinnseln zu befreien, bis es mir passierte, bis ich in diesem Krankenhaus war und es erlebte. Zu der Zeit dachte ich, ich würde sterben. Die Wunde infizierte sich, und niemand schien es wirklich zu kümmern. Ich denke, niemand versteht die Komplikationen, die mit diesen Prozeduren und Behandlungen einhergehen, bis man es selbst erlebt."
"Children are being seriously harmed by this! - No turning back", Film von David Icke (Ickonic), https://www.youtube.com/watch?v=v_aKAHRIBq8 (Video zensiert, von Kla.TV gesichert)
Ritchie - Genitalchirurgie
"Der Prozeß der Genitalchirurgie ist äußerst brutal. Als Erstes wird eine so genannte Orchiektomie durchgeführt, d.h. die Hoden werden entfernt. Danach rasieren sie die Haut vom Penis ab, damit sie wiederverwendet werden kann. Und dann wird das Penisgewebe, die Schwellkörper, entfernt. Jeder Mensch, egal wer, wird immer ein wenig Schwellkörper haben. Wenn Sie sich vorstellen, daß Ihr Fingerknöchel von dieser Stelle aus, daß Sie Ihren Finger verlieren, haben Sie immer noch den Rest Knöchel, sie können ihn immer noch bewegen. (Im Film sieht man, wie er es zeigt am Finger.)
Man hat also leider immer noch dieses Phantomgefühl. Bei all dem verschieben sie auch die Harnröhre und sie wird neu gewinkelt, was zu einer sehr häufigen Komplikation führt, die auch bei mir auftritt, nämlich eine Harnröhrenverengung, bei der man nicht richtig urinieren kann. Der Urin kommt entweder langsam, schmerzhaft oder in manchen Fällen gar nicht. Manche Menschen müssen für den Rest ihres Lebens einen Katheter tragen. Bei einigen Menschen kommt es zu wirklich schrecklichen Komplikationen. Ich selbst habe bei der Operation viel Blut verloren, weil der Bohrer direkt durch das Becken geht.
Die Infektionen, die man danach bekommt, sie sagen: Das ist ganz normal. Man bekommt einfach Infektionen. Es gibt Leute, die nekrotisiertes Gewebe haben, das heißt, das Gewebe stirbt innerlich ab oder stößt sich ab. Es besteht das Risiko eines Prolapses (Heraustreten eines inneren Organs oder eines seiner Teile aus einer Körperöffnung).
Und dann gibt es noch die psychischen Probleme, über die niemand sprechen will. Die mentalen Probleme nach einer Operation sind hart, selbst wenn man die Operation will, selbst wenn man mit ihr zufrieden ist, es ist hart. Man verliert an Energie. Man wird extrem erschöpft und in gewisser Weise verletzlich, weil man merkt, daß man diese Kraft nicht hat. In gewisser

Weise ist das ein sehr komisches Gefühl. Ja, es ist ziemlich brutal."
"Ich kann mich nicht mehr genau an den Tag nach der Operation erinnern, als ich zu mir kam. Aber es war der Moment, als ich aus dem Bett aufstand und der Verband weg war. Es muß also ungefähr der vierte oder fünfte Tag gewesen sein. Und es war das erste Mal, daß ich vor einem Spiegel stand und es sah: Es sah aus, als hätte man mich angegriffen. Es war wirklich brutal. Ich fühlte mich niedergeschmettert und hatte das Gefühl, mich selbst auf die schlimmste Art und Weise hintergangen zu haben. Und das war es, wissen Sie."
"Dies ist nicht umkehrbar. Das Experiment ist für mich vorbei. Es gibt wirklich kein Zurück mehr."
Genau das ist der Punkt. Die Genderideologie und die Transition wird der Menschheit zwar als menschenfreundlich vorgestellt, entpuppt sich aber in der Realität als das genaue Gegenteil. Die Genderideologie und die aus ihr entwachsene Transition sind Teil der Agenda 2030 des Weltwirtschaftsforums und der UNO. Diese Agenda zielt auf eine völlige Umgestaltung aller vorhandenen Strukturen und Lebensbereiche ab. Angeblich zum Nutzen aller, wird die Menschheit jedoch sämtlicher natürlicher Schönheiten und Vorzüge beraubt.
In der Sendung "Etikettenschwindel Agenda 2030 - Wie die UNO die Welt in den Abgrund reißt" (www.kla.tv/18739) wird ausführlich über diese verhängnisvolle Irreführung berichtet.
Daher sind fast alle westlichen Regierungen eifrig dabei, die Genderideologie schon in die Kleinsten einzupflanzen. Nebenbei und als Lockmittel ist die Gendermedizin eine immense Geldquelle. Zigtausende von Genderkliniken sind in den letzten Jahren in der westlichen Welt aus dem Boden gestampft worden.
Eine einzige geschlechtsangleichende Operation bringt diesen Kliniken mehrere Tausend Euro ein. Dazu kommt die lebenslange Einnahme der Hormone, die in den meisten Fällen die Krankenkasse bezahlt, sowie die dazugehörigen Therapien. Je nach Aufwand, Dauer und Maßnahmen können fünfstellige Beträge im oberen Bereich entstehen. Geschlechtsumwandlungen stellen somit eine äußerst lukrative Einnahmequelle dar.
Eine weitere Folge der Transition ist, daß diese Menschen ganz im Sinne der menschenfeindlichen Agenda 2030 in vielen Fällen unfruchtbar werden. Das wiederum dient der Bevölkerungskontrolle, welche führende Globalstrategen schon seit Jahrzehnten ganz offen anstreben. (Bill Gates und das Netz der Bevölkerungskontrolle, www.kla.tv/17389)
Doch die Agenda 2030 geht noch weiter: Mit der transhumanen Technologie soll der Mensch durch die Verknüpfung mit künstlicher Intelligenz in einen Bioroboter umgestaltet werden. Vorgeblich, um ihn mit übermenschlichen Fähigkeiten auszustatten. Doch in Tat und Wahrheit geschieht eine Verstümmelung wie bei der Transition; der Mensch wird zur steuerbaren Maschine entwürdigt, wie in der eingeblendeten Sendung deutlich dargelegt. (www.kla.tv/-18068, www.kla.tv/23931). Das Start-up-Unternehmen "Neuralink" von Elon Musk setzte vor wenigen Tagen erstmals ein Gehirn-Implantat bei einem Menschen ein, wie er am 29.01.2024 auf seiner Plattform 'X' ehemals twitter verkündete.
Fazit: Daß der Mensch derart zur Zielscheibe für Verstümmelungen und Fremdkontrolle wird, macht klar, daß allein Menschen mit ihren wiederentdeckten, genialen göttlichen Fähigkeiten diese zerstörerische Agenda 2030 und deren Strippenzieher stoppen können. Und genau das ist dringend nötig.
Auch Sie können dabei helfen, indem Sie diese Sendung an Freunde und Bekannte verbreiten, damit die Auswirkungen und Hintergründe dieser Machenschaften offenbar werden! Schreiben Sie Ihrem Bundestagsabgeordneten oder rufen Sie ihn an. Drücken Sie Ihr Mißfallen gegenüber dem Selbstbestimmungsgesetz aus und nennen Sie die in dieser Sendung genannten Fakten. Sehen Sie dazu auch folgende Sendung an. ("Selbstverstümmelungsgesetz" schafft Chaos in Kinderköpfen! https://www.kla.tv/27007)
Lassen wir es nicht zu, daß unsere Kinder und somit unsere Gesellschaft durch diese abscheu-

lichen Menschenversuche zerstört wird.
Quelle Chloe:
'My Childhood Was RUINED:' Detransitioner Chloe Cole Talks About Trans Procedures, 27.07.23, The Daily Signal, https://www.youtube.com/watch?v=DSGgR3W_jjg (Abrufdatum: 02.02.2024)
Chloe Cole: "Meine Kindheit wurde ruiniert, zusammen mit Tausenden Detransitionierern, (die Geschlechtsumwandlung - soweit möglich - rückgängig machen) die ich über unsere Netzwerke kenne. Das muß aufhören! Sie alleine können es stoppen! Genug Kinder sind dieser barbarischen Pseudowissenschaft zum Opfer gefallen. Bitte, lassen Sie mich Ihre letzte Warnung sein! Danke."<<

20.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Februar 2024 (x1.362/…): >>**Wer Schulden sät, wird Staatsbankrott ernten**

Aufgestaute Weltschulden: Wir befinden uns auf dem steilen Funktionsast, der uns im Schlußakt ins Finanzchaos stürzt. Bund, Länder und Gemeinden samt ihrer Finanz-Schlupflöcher sind mit rund 2,4 Billionen Euro verschuldet.

Von *Hans-Jörg Müllenmeister*

"Wer den Wind sät, wird Sturm ernten", so heißt es alttestamentarisch. Da nehmen sich bei Sturm unsere Windrad-Stanglwälder verhältnismäßig bescheiden aus, gegenüber der ausufernden, orkanartigen Staatsverschuldung. Täglich setzen die Polit-Fuzzis mit noch mehr Fiat-Geld auf rasch wechselnde irre Felder im Kasino-Tollhaus. Selbstverständlich auf Kosten aller Bürger.

Bei neu erfundenen Steuern sind unsere Minister so hochgradig kreativ, (lateinisch "ministrare" für "dienen", ein sinnentstellender Euphemismus), daß für umsichtiges Denken und Handeln nur ein Hohlraum im Obergeschoß übrig bleibt. Wie das Geldsystem durch exponentielle Verschuldung und damit der Bankrott des Staates sein Ende findet, davon sei hier die Rede.

Tücken exponentiellen Wachstums: Vorab die bekannte Schach-Legende

Eine vielzitierte Metapher für exponentielles Wachstum ist die bekannte indische Schach-Parabel, Sie wissen schon. Wie für Exponentialfunktionen typisch, fängt alles ganz harmlos an, hier mit einem einzigen Weizenkorn auf dem ersten Schachfeld. Bei jedem weiteren der insgesamt 64 Felder soll sich die Anzahl der Körner jeweils verdoppeln. Die Frage heißt nun: Wieviel Körner liegen dann auf dem letzten, dem 64sten Feld?

Nun, es sind etwa 18,4 Trillionen. Da so ein Korn an die 50 Milligramm wiegt, sind das 922 Milliarden Tonnen, die insgesamt theoretisch auf dem Schachbrett lasten. Ja, rechnen sie ruhig nach. Die weltweite Weizenproduktion lag zuletzt bei jährlich etwa 760 Millionen Tonnen. Diese Weltjahresproduktion müßte also über 1.200-mal aufgebracht werden. Der Schüttkegel an Weizenkörnern würde ganz Deutschland bedecken.

Irre ist diese abschreckende Story schon, denn auch Schulden quellen exponentiell über alle Maßen. Belassen wir es bei diesem Beispiel mit dem 2 hoch x-Gesetz, das die Macht des exponentiellen Wachstums dramatisch veranschaulicht. Aber Sie sehen schon: Es ist für uns unmöglich, so ein Wachstum einzuschätzen, ob es sich um die Ausbreitung der ausufernden Corona-Pandemie handelt, dem ideologisch krankhaften Hirnverfall der Politiker oder um das Anwachsen der Weltbevölkerung. Diese wuchs zu Beginn durch zwei vermehrungsfreudige Zweibeiner moderat linear bis zur Zeit Goethes auf etwa eine Milliarde. Dann aber ging die Wachstumskurve über in die Direttissima bis zur heutigen Weltbevölkerung von über 7,5 Milliarden Erdbewohnern.

Kein Gefühl für den Zinseszins

Der Zinseszins ist die selbstgewählte Geißel der Menschheit. Wir sind ungeduldig und sind in unserem Dasein in Raum und Zeit begrenzt. Dieses Bewußtsein führt zu sehnsüchtigen Spe-

kulationen. Damit wir uns Dinge der Zukunft aber schon jetzt leisten können, zahlen wir einen hohen Tribut: eben den Zins mit Zinseszins. Genau das ist gleichsam die Großmannssucht und der Pferdefuß aller verschuldeten Staaten, die über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse leben. Wir unterschätzen den Zinseszinseffekt als Wachstumsmonster, weil wir für die ins gigantische laufende Funktion keinen Sensus haben.

Ein gefährliches Experiment mit desaströsem Ausgang geht damit gerade mit dem Papiergeld in seine Schlußrunde. Es ist ein von der Realwirtschaft abgekoppeltes Monster: Die aufgestauten Weltschulden. Wir befinden uns auf dem steilen Funktionsast, der uns im Schlußakt ins Finanzchaos stürzt.

Kreative Weltschulden

Veranschaulichen wir uns die momentanen Weltschulden in Höhe von 93 Billionen US-Dollar. Stellen wir uns vor, daß ein Dollar einem Liter Wasser entspräche, dann könnte man die gigantischen Weltschulden mit dem Wasserkörper des Bodensees mit seinen 51 Kubikkilometer Wasser vergleichen: Es langt sogar fast noch für einen zweiten Bodensee.

Der Sündenfall der Micky Maus-Währung nimmt häßliche Konturen an. Der US-Dollar ist zum aufgeblasenen Dollargötze mutiert. Im globalen Spielkasino muß sich die Mischpoke immer neue, noch absurdere, noch spektakulärere Konstrukte ausdenken, um die Roulettkugel der Finanzwelt am Laufen zu halten. Das Ende des größten Finanzschwindels in der Menschheitsgeschichte ist in Sichtweite. Der Untergang des Schulden-Imperiums steht bevor.

Internationale Verschuldungsorgien und die Minimalisten der Staatsverschuldung

Wie immer, American First: Gold Medal gebührt den USA. Sie sind die absoluten Weltmeister der Staatsverschuldung, denn ihr Schulden-Monster für das Jahr 2023 schätzt man auf etwa 33,2 Billionen US-Dollar. Und jeder Deutsche schleppt ein Schulden-Päckchen von 28164 Euro mit sich. Und man höre und staune: Rußland hatte 2022 mit 18,9 Prozent des Bruttosozialprodukts die niedrigste Staatsverschuldung der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.

Und ja, es gibt fünf Länder auf diesem Planeten, die keine Verschuldungsorgien feiern. Dazu gehört in Europa das Fürstentum Liechtenstein und in Asien das Sultanat Brunei. Dieses Miniland auf der Insel Borneo mit weniger als einer halben Million Einwohner, gehört laut des IWF aufgrund seiner Wirtschaftsleistung zu den Entwicklungsländern. Welch ein Widersinn! Sultan Hassanal Bolkiah, der greise Landesfürst, vergnügt sich mit drei Frauen und 7.000 Luxuslimousinen (Schätzwert rund fünf Milliarden) - aber wohl kaum gleichzeitig.

In der Verlängerungsphase bis zum Knall blüht die Kriegswirtschaft

Nicht nur die USA hat längst auf die profitable Kriegswirtschaft umgerüstet. Was heißt hier umgerüstet, sie macht's schon immer? Alles was in Arbeit ausartet, verschob Onkel Tom auf die lange Werkbank nach Asien. Fiat-Geld arbeitet ohne Schweißperlen und klont sich selbst. Rüstungsgüter aus aller Welt für die Ukraine sind nicht nur für die USA-Kriegsindustrie unglaublich gewinnträchtig. Für das Großkapital sind ja Kriege immer ein hübsches Zubrot, selbst nach Kriegsende.

Kollateralschäden bescherten der USA-Industrie bereits im Irak-Krieg Wiederaufbauaufträge in Milliardenhöhe. Halliburton und Lockheed Martin profitierten klotzige hunderte Milliarden am Irak-Krieg. Indes verbraucht der US-Militärapparat mehr Öl als unsere gesamte Volkswirtschaft. Allein ein einziger 60-Tonnen-Kampfpanzer, von den insgesamt über 6.000 Ketten-Monster, schluckt über 1.200 Liter Sprit auf 100 km. Wenn ich mir das Geschehen im Baltikum anschaue, dann sind selbst unsere Pseudo-Friedensengel aus der Nato hübsch auf Krieg gebürstet.

Weltweite Betrugsmanöver im großen Stil

Der unaufhaltsame Marsch ins neue finanzielle und menschliche Chaos hat begonnen. Seien wir Realist. Hüten wir uns, heute den Kopf in den Sand zu stecken, sonst knirschen wir mor-

gen kräftig mit den Zähnen. In den nächsten Jahren kann letztlich nur das Urgeld Gold dem Papiergeld Mores lehren. Der goldene, kosmische Bote der Neutronensterne, wird alle Papier- und Digitalwährungen entzaubern; sie alle finden so rasch zurück zu ihrem inneren Wert "Null". Und erinnern Sie sich noch an den üblen Typen, der für 30 Silberlinge seinen Lehrmeister verriet? Damals bekam man dafür einen Esel. Heute sage ich dem geschätzten Leser: Es ist keine Eselei, wenn Sie noch bei Zeiten ein paar silberne Maple Leaf-Münzen aus Kanada für den Tag x dazulegen.

Irrsinnige Staatsverschuldung

Eine zu hohe Staatsverschuldung führt zum Verlust der Kreditwürdigkeit (Bonität) als Anleihe-Emittent. Eine schwache Bonität geht einher mit höheren Zinsen für die Anleger. Es entsteht eine Verschuldungsspirale.

Bund, Länder und Gemeinden samt ihrer Finanz-Schlupflöcher sind mit rund 2,4 Billionen Euro verschuldet. Die immer höheren Zinssätze bedeuten mehr Inflation. Das liegt daran, daß der Zinsaufwand des Bundes mit steigenden Zinsen zunimmt: Ein Wohlstand-fressender Lindwurm! In dem Maße, wie nämlich die Zinsausgaben des Bundes ansteigen, steigt auch das Haushaltsdefizit. Und damit entwertet sich der Euro, der zur Finanzierung des Defizits erforderlich ist.

Und wer finanziert den irren Wildwuchs des US-Haushaltsdefizites in Höhe von mehreren Billionen Dollar? Natürlich die Federal Reserve. Sie kauft die Staatsanleihen mit der grünen Dollar-Krätze, die sie aus dem Nichts erschafft. Die Monetarisierung von Schulden macht den hohen Finanzbedarf erforderlich.

Stichwortartig: blinder Steuer-Aktionismus unserer Regierungstrikolore

Als da wären: Verwirrend viele Regularien einführen, neue Steuerabgaben aus dem Hut zaubern wie die jüngste Tierwohlabgabe. Weniger kuschelig ausgedrückt, ist das eine neue Fleischsteuer. Und da defilieren des weiteren die Flugticket-Steuerabgaben, die Abgaben für Plastik, Fischfang und CO2.

All dies erfordert zudem einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Es wäre doch gelacht, wenn man den Bürger nicht mit weiterem Ungemach erfreuen könnte. Etwa das Bargeld unattraktiv machen, eine Obergrenze dafür einführen und diese schrittweise nach unten fahren. Sogar saftige Steuer auf's Bargeld erheben und so das Bare vergellen, statt dessen das neue überwachungssichere Digital-Geld kreieren. Die richtig schweren Steuer-Schlachtschiffe liegen noch vor Anker im Steuerhafen: die Erbschaftssteuer und der Lastenausgleich.

Die Generalanweisung heißt: Bürger abkassieren und schikanieren, ihre Meinungsfreiheit Zug um Zug einschränken. Ach ja, ich vergaß die neue Sandsteuer in NRW. Dringende Wohnungsbaumaßnahmen fördern oder eine Sandkasten-Bremse für den Spieltrieb unserer Kinder? Nichts von beiden.

Ad hoc fallen mir im Gegenzug folgende Sparmöglichkeiten ein: Das Kürzen von Bürgergeld, Immigrationsgeld, Klimahilfen und all die Geld-Mitbringsel, die unser Streu-Engelchen als Außenministerin im Ausland verteilt - und das ohne unser Wissen.

Drohender Niedergang der Weltwirtschaft

Der Zusammenbruch des Geldsystems ist das eine, die bleibende Energiekrise das andere. Ergänzend dazu die Ereigniskette aus Bürgerkriegen, Wirtschaftseinbrüchen und eine Schwemme an schwachem politischen Führungspersonal, das desaströs-widersinnige Entscheidungen trifft. Die Krönung findet sich in der Steuerung unserer Energiewirtschaft. Stellen Sie sich dazu einen Notfall-Patienten vor, der dringend eine Blutkonserve bräuchte.

Dem kann man keine Rote Beete-Safttransfusion verabreichen und chirurgisch nicht mit Küchenmesser und Büroklammern zu Leibe rücken. Er wäre, genau wie unsere Wirtschaft, todgeweiht. Es muß doch selbst jedem Mini-Synapsen-Träger einleuchten, daß ohne ausreichende Energiemengen unser Lebensstandard verheerend zurück geht. Der Wohlstand unserer

Welt erhöht sich nicht durch ein Schulden-Meer, auch nicht durch die eklatante Fehlsteuerung in der Energiepolitik, sondern durch weitere und bezahlbare Energie, die speicherbar sein muß.

Unsere Freiheit war einmal, aber was kommt danach?

Verabschieden Sie sich langsam von Ihrer Freiheit. Schon bald wird mit Notverordnungen hart am Kriegsrecht vorbei regiert. Allgegenwärtig greift unser Staat durch, mit Bundes-Trojanern und Trompeten, selbstverständlich nur zum Schutz gegen Terroristen. Das wirtschaftliche Leben erlahmt zusehends. Ich sehe schon ein kuscheliges Schlagwort für die kommende Währungsreform - mögliches Unwort des Jahres 2026 - es könnte "Digitale Weltwährungsharmonisierung" heißen.

Erinnern Sie sich noch vage: Schon vor 2.000 Jahren gab es jemanden, der eine Bergpredigt hielt; er warnte davor, falschen Schätzen nachzujagen. Aber auch davor, das man für sein schändliches Tun früher oder später Rechenschaft ablegen muß. Gilt diese hehre Moral nicht auch für Politiker und sonstige Volkswohltäter?

Am Ende werden wir alle Zeitzeugen eines zweiten dekadenten Rom sein. Das Rom von morgen, wird durch seine Großmannssucht, Arroganz und Verlogenheit mit Mann und Maus untergehen. Aber was können wir im kleinen Kreis bewirken? Ganz einfach: Unsere Mitmenschen und die Natur achten. Die Anomalie Mensch dürfte früher oder später vergehen. Auch ohne uns rollt der Erdball durchs Universum. Vielleicht in einer nicht allzu fernen Zukunft mit einer spirituellen Crew, die sich einst auf moralische Werte besinnen mußte, um in Frieden zu überleben.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Februar 2024 (x1.361/…):

>>**Journalismus oder Spionage? Darum geht es im Fall Assange**

Am Dienstag und Mittwoch findet die letzte Anhörung von Julian Assange in England statt. Sollte das Gericht eine Berufung verweigern, droht die Auslieferung an die USA. Darum geht es bei den 18 Anklagepunkten im umstrittenen Fall Assange.

Von *Wim Lukowsky, Sebastian Thormann*

Die Auslieferung von Julian Assange steht kurz bevor - das befürchten Anhänger des australischen Whistleblowers, während am Dienstag und Mittwoch die möglicherweise letzten Anhörungen des 52-Jährigen in einem Londoner Gericht stattfinden. Tausende demonstrieren für seine Freilassung - doch die wenigstens kennen die Anklagepunkte. Assange, der seine Bekanntheit durch die Gründung von WikiLeaks und dort veröffentlichtem Material erlangte, müßte sich bei einer Auslieferung in den USA auf zwei Ebenen verantworten.

Einerseits hat der Australier diverses Militärmaterial veröffentlicht, darunter sowohl Enthüllungen über US-Kriegsverbrechen, aber auch etwa sensibles Material wie Namen von US-Informanten. Andererseits soll Assange sein informationstechnisches Wissen und Werkzeuge genutzt haben, um an das Material zu gelangen. Ihm wird vorgeworfen, mit einem US-Soldaten mit hoher Sicherheitsfreigabe kollaboriert zu haben, um Zugang zu Geheimdokumenten zu erlangen - das wäre Spionage.

Die Veröffentlichung der Militärdokumente ist presserechtlich umstritten, die Anklage könnte in diesen Punkten wegen des Argumentes der Presse- und Meinungsfreiheit am Ende sogar leer ausgehen. Doch das ist bei weitem nicht der einzige - oder schärfste - der 18 Anklagepunkte, die Assange bei einer Auslieferung an die USA drohen. Neben Hacking in die US-Militärsysteme, werden ihm auch mehrere Fälle von Verschwörung zum Erwerb von geheimen Militärinformationen unter dem Espionage Act vorgeworfen. Das Gesetz von 1917 ist zum Teil wegen seiner breiten Fassung umstritten, andererseits Kernstück vieler auch klassischer Spionagefälle in den USA.

USA: Assange wollte den USA schaden

2010 veröffentlichte der damals 38-Jährige mehrere Geheimdokumente, die auf Kriegsverbre-

chen der USA im Nahen Osten, darunter Folter, hinwiesen. Erhalten hatte Assange das Material von dem Soldaten Bradley Edward Manning (heute Chelsea Manning), der bis zur Veröffentlichung der brisanten Inhalte als IT-Spezialist für das US-Militär tätig war. Im Januar 2010 brannte Manning rund 500.000, den Irakkrieg und den Einsatz in Afghanistan betreffende Dokumente von einem militärischen Datenserver auf eine CD.
Manning und Assange gaben einen Austausch in Bezug auf den Datendiebstahl bislang nicht zu, Manning legte 2012 aber ein Teilgeständnis ab, in dem der Datenanalyst einräumte, die Dokumente kopiert und an WikiLeaks weitergegeben zu haben.
Manning wurde später von Barack Obama begnadigt und 2017 aus der Haft entlassen. Die Ermittler der zuständigen US-Behörden werteten Chatprotokolle aus, die einen Kontakt von Manning und Assange zeigen.
Die veröffentlichten Dokumente ermöglichten nicht nur der Öffentlichkeit Einsicht in US-Militärunterlagen, sondern auch den Gegnern der USA. Amerikanische Behörden standen infolge der Veröffentlichungen vor massiven Problemen: Die Hunderttausenden Dokumente beinhalteten auch ungeschwärzte Namen irakischer und afghanischer Informanten, die so in Lebensgefahr kamen. Ebenso detaillierte Informationen über Minenentschärfungsgeräte, die wiederum ihre Umgehung für Terroristen einfacher machten.
2019 erklärte das amerikanische Justizministerium, es handelte sich um "eine der größten Veröffentlichung von Verschlußsachen in der Geschichte der Vereinigten Staaten". Deshalb habe man 18 Anklagen gegen Assange erhoben. Assange und Manning wird vorgeworfen, sich gemeinsam zum illegalen Erwerb der geheimen Militärdokumente "verschworen" und sie danach veröffentlicht zu haben, obwohl davon auszugehen war, daß den Vereinigten Staaten dadurch "Schaden zugefügt werden" und das Material "zum Vorteil einer fremden Nation verwendet werden" könnte.
Interessanterweise ging das amerikanische Justizministerium damals von einer Höchststrafe von 10 Jahren Haft in jedem Anklagepunkt aus - außer für das Eindringen in staatliche Computer-Systeme, wo es mit fünf Jahren Gefängnis rechnet. Kritiker befürchten, die Anklagen könnten in den USA addiert werden, Assange also zu einer Freiheitsstrafe von 175 Jahren in allen 18 Fällen verurteilt werden.

Debatte um Haftbedingungen

Bis 2019 hatte sich Assange in die ecuadorianische Botschaft in England zurückgezogen, nachdem diese sein Asyl aberkannt hatte, wurde der Australier aber festgenommen und vor Gericht geführt. Obwohl das die Auslieferung an die USA zunächst untersagte, kippte ein Berufungsgericht die Entscheidung. Auch der Oberste Gerichtshof Großbritanniens ordnete die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers an. Die Gerichte befürchteten keine Verstöße gegen die Menschenrechte in amerikanischen Gefängnissen und widersprachen somit einem der Hauptargumente der Verteidigung von Assange.
2019 hatte der UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer Assange in seiner Zelle im englischen Belmarsh-Gefängnis besucht. Melzer berichtete infolgedessen, er befürchte, in den USA könnten die Menschenrechte von Julian Assange ernsthaft verletzt werden. Welche Gründe dieser These zugrunde liegen, konnte Melzer nicht sagen. Auch die englischen Verhältnisse wies der Experte nicht als menschenunwürdig aus, allerdings sei die Isolation für die Gesundheit des Australiers verheerend. Außerdem würde Assange alle Anzeichen für psychologische Folter zeigen, sagte Melzer, der von zwei medizinischen Fachkräften begleitet wurde.

Gegen die Pressefreiheit? Oder gegen Spionage?

Während der Fall Assange auch eine Debatte um die Pressefreiheit darstellt, wirft es vor allem die Frage auf: Was entspricht in den USA dem öffentlichen Interesse, rechtfertigt also eine Veröffentlichung geheimer Dokumente, und was ist in diesem Kontext erlaubt?
Es gibt zwar durchaus, amerikanische Whistleblowing-Gesetze, die vor Strafen schützen, auch

für das Militär - vorausgesetzt man gibt die Informationen an bestimmte Aufsichtsstellen, so wie die interne Aufsichtsbehörde des Ministeriums oder Kongreßmitglieder. Manning, der als Datenanalyst unter anderem für die Sicherheit der amerikanischen Streitkräfte verantwortlich war, war somit nicht vor rechtlichen Konsequenzen geschützt - weil die Dokumente direkt veröffentlicht und nicht einer amerikanischen Behörde vorgelegt wurden.
War die Veröffentlichung einer halben Million Geheimdokumente nun moralisch gesehen richtig, weil damit auch auf mögliche Kriegsverbrechen hingewiesen werden konnte? So sehen es seine Anhänger. Auf der anderen Seite entwickelte sich für die USA aber zweifellos eine prekäre Situation, weil der Schutz amerikanischer Soldaten und Informanten im Einsatz im Irak und Afghanistan gefährdet wurde. Um solche Fälle in Zukunft einzuschränken, möchte die US-Regierung jetzt eine möglichst harte Strafe, damit soll ein Exempel statuiert werden - das aus Sicht der Kritiker auch die Pressefreiheit treffen würde.
Julian Assange befindet sich nun seit mehr als 1.100 Tagen in Haft, bisher nur in Großbritannien, ohne daß über die Anklagepunkte selbst verhandelt wurde, bisher ging es lediglich darum, warum er nicht in die USA ausgeliefert werden sollte.
Deshalb forderte das australische Parlament am 14. Februar eine schnelle Aufklärung des Falls. Wie eine solche Aufklärung aussieht, dafür könnte das Urteil der aktuellen Anhörungen ein erster Wegweiser sein. Am Dienstag und Mittwoch prüft der High Court, ob er erneut ein Berufungsverfahren in Großbritannien anstreben kann, oder ob die Auslieferung an die USA rechtskräftig wird.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Februar 2024 (x1.361/…):

>>**Klimawandel - Grüne wollen Fahrräder in Wäldern verbieten - Waldbesitzern drohen drastische Einschränkungen**
Mit einer Neuerung des Bundeswaldgesetzes könnten die Grünen das Fahrradfahren in Wäldern kriminalisieren und auch das Wandern erschweren. Grundbesitzer müssen außerdem mit weitreichenden Einschränkungen bei der Waldbewirtschaftung rechnen - ein privates Gutachten entpuppt die Neuerungspläne als verfassungswidrig.
Wim Lukowsky
Mit einer Reformierung des Bundeswaldgesetzes könnte das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Federführung von Cem Özdemir (Grüne) das Spazierengehen oder Fahrradfahren in Deutschlands Wäldern künftig einschränken, möglicherweise sogar kriminalisieren. Die Waldbewirtschaftung könnte stark reguliert werden - gegen den Klimawandel. Einige Forst- und Mountainbikeinitiativen fürchten daher zahlreiche Einschränkungen beim Umgang mit den eigenen Waldflächen oder der simplen Freizeitgestaltung in der Natur. Außerdem soll der Umgang mit dem Wald weiter bürokratisiert werden.
Nachdem Inhalte der zurückgehaltenen Novelle des Waldgesetzes Ende 2023 durchgestochen wurden, zeigten sich einige Landwirtschaftsverbände empört und fürchten einschneidende Änderungen des Betretungsrechts. "Das Reiten, Fahren mit Kutschen sowie das Fahren mit betriebserlaubnisfreien Fahrrädern ist nur auf Straßen und dafür geeigneten Wegen zulässig", heißt es in Paragraph 29. Damit wird das Fahrradfahren und auch das Reiten auf nicht befestigten oder inoffiziellen Wegen untersagt. Viele Reiter und Mountainbiker nutzen aber kleine Trampelpfade durch den Wald. Solche Erschließungen wären damit künftig illegal.
Das wird im Gesetzesentwurf anschließend konkretisiert: "Keine geeigneten Wege sind Feinerschließungslinien, wie Rückegassen, Zugänge zu forstlichen und jagdlichen Infrastrukturen, Wildwechsel und Pirschpfade." Jeder Fahrradfahrer dürfte die Verlockung kennen, schmale und unberührte Wege durch den Wald zu befahren oder zu erschließen. Die Natur bleibt dabei meist unberührt, auch sogenannte Trails für das Befahren mit dem Mountainbike gehen meist nachhaltig mit dem umgebenden Wald um.
Bislang keine Verbote - auch Navigation soll eingeschränkt werden

Manche Mountainbiker betreiben tatsächlich illegalen Streckenbau. Hier hat sich aber gezeigt: Es braucht Gespräche mit den Grundbesitzern und Kommunen. Eine Bedrohung für die Umwelt sind das Mountainbiking und Reiten grundsätzlich aber nicht. Im 1975 verabschiedeten Bundeswaldgesetz gab es daher zwar eine Aufforderung, auf Wegen zu bleiben, jedoch wurden diese Wege nicht weiter definiert: "Das Radfahren, das Fahren mit Krankenfahrstühlen und das Reiten im Walde ist nur auf Straßen und Wegen gestattet." Gäbe es umweltschädliche Probleme mit der aktuellen Gesetzeslage, dann wären Waldbestände und das Tierwohl längst durch Radfahrer bedroht, immerhin befahren Menschen die Wälder schon seit mehreren Jahrzehnten mit dem Rad.

In Zeiten der Urbanisierung und ideologisierten Angst vor dem Klimawandel scheint die Reformierung des Gesetzes die Menschen aber eher aus den Wäldern verbannen zu wollen. Genau das könnte durch die Novelle des Bundeswaldgesetzes passieren, weil zusätzlich zu den Betretungsregelungen auch ein "Komoot-Paragraph" eingeführt werden könnte.

Unter Paragraph 33 wird festgehalten, daß digitale Aufzeichnungen, etwa in Google Maps oder der beliebten Navigations-Applikation Komoot, erst nach Rücksprache mit dem Waldbesitzer oder den zuständigen Behörden erlaubt sei. Dabei sind Wochenendwanderer oder Radreisende oftmals auf die Navigationen über kleine Abkürzungen und Wege angewiesen. Seltenst kommt es hier zur Beschädigung der Umwelt, im Gegenteil: Die Nutzer solcher Navigationsmöglichkeiten wie Komoot sind meist umweltbewußt, nehmen vorgefundenen Müll sogar mit, um ihn später zu entsorgen.

Eigenes Gutachten: Gesetzesentwurf ist verfassungswidrig

Neben dem Betretungsrecht soll auch der Umgang von Waldeigentümern mit dem Wald reformiert werden. Bei der Anpflanzung müßte auf "überwiegend heimische Baumarten" zurückgegriffen werden, außerdem sei eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und eine "natürlichen Anpassung des Waldes an den Klimawandel" vonnöten. Weil es sich dabei nicht nur um eine massive Verschärfung des Waldgesetzes handelt, sondern auch nichtheimische Baumarten ausgeschlossen werden, die vielleicht aber eigentlich für deutsche Standorte sehr geeignet wären, haben die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) sowie die Familienbetriebe Land und Forst (FLF) ein privates Gutachten in Auftrag gegeben.

Das im Januar veröffentlichte Papier verurteilt die mögliche Gesetzesänderung und bezeichnet sie sogar als verfassungswidrig. Die Änderungen sehen eine Umkehrung der Nutzfunktion des Waldes, wie sie heute besteht, hin zu einem umfassenden Waldschutz im Namen der Klima- und Biodiversitätskrise vor.

Dieser Paradigmenwechsel soll durch das Waldgesetz derartig massiv umgesetzt werden, daß er gegen zentrale Grundrechte verstoße. Denn wer gegen die Maßnahme verstoße, muß hohe Geldstrafen oder sogar Freiheitsentzug befürchten, zum Beispiel wenn man gegen "die Stille des Waldes" verstößt, wie in Paragraph 4 festgehalten wird.

Das Gutachten bemängelt zudem die Fülle an neuen Paragraphen: Waren es 1975 noch 48, sollen es laut Entwurf 86 Paragraphen werden. Das könnte vor allem bei den zuständigen Behörden zu erhöhter Bürokratie führen. Außerdem wird in dem Gutachten kritisiert, daß die Gesetzesnovelle an keiner Stelle den Beweis erbringt, daß die aktuellen Statuten unzureichend wären.

Man müsse auch bedenken, daß die momentan vorherrschende föderalistische Ordnung umgangen werde, der Bund sich mit dem neuen Waldgesetz also weitreichende Eingriffermächtigungen zusprechen könnte. Obwohl zahlreiche Verbände, Landwirte und Sportler den Gesetzesentwurf kritisch beäugen, möchte die Ampelregierung die Reformierung Anfang 2025 vollstrecken.<<

Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 20. Februar 2024 (x1.363/…): >>**"Das Gericht in Kiew hat bestätigt: Maidan-Scharfschützen schossen aus dem Hotel**

Ukraina"

Vor zehn Jahren sorgte ein Scharfschützenmassaker an Polizisten und Maidan-Aktivisten für eine hochexplosive Atmosphäre auf dem Kiewer Maidan und leitete den zwei Tage später folgenden Putsch gegen die ukrainische Regierung ein. Der Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski von der Universität Ottawa erläutert im Interview mit Multipolar den Tathergang, die vorliegenden Beweise, die fragwürdige Rolle der ARD und die Erkenntnisse eines kürzlich ergangenen Kiewer Gerichtsurteils zu dem Massenmord. Die Richter stellten faktisch fest: Rechtsextreme Maidankämpfer schossen aus dem Hotel Ukraina und sind für den Tod von mindestens zehn Menschen verantwortlich.

STEFAN KORINTH

Multipolar: Herr Katchanovski, in diesen Februartagen jähren sich das Massaker auf dem Maidan vom 20. Februar 2014, der gewalttätige, pro-westliche Machtwechsel in Kiew zwei Tage danach und der russische Einmarsch in die Ukraine vom 24. Februar 2022.

Inwiefern führt eine politische Linie von den Ereignissen im Februar 2014 zum Krieg acht Jahre später?

Katchanovski: Wie ich in meinem kürzlich in einer Fachzeitschrift veröffentlichten Open-Access-Artikel schrieb, führte das Massaker auf dem Maidan zum Sturz der prorussischen Regierung von Viktor Janukowitsch und war der Beginn eines Bürgerkriegs im Donbass, der militärischen Intervention Rußlands auf der Krim und im Donbass, der russischen Annexion der Krim und eines zwischenstaatlichen Konflikts zwischen dem Westen und Rußland sowie zwischen der Ukraine und Rußland, den Rußland mit seinem illegalen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 drastisch eskalierte.

Nicht nur Putin in seinem Interview mit Tucker Carlson, sondern auch Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, erklärte, daß das Massaker auf dem Maidan eine Schlüsselrolle bei der Entstehung des russisch-ukrainischen Krieges spielte.

Multipolar: Bitte fassen Sie kurz zusammen, wie der Massenmord am 20. Februar in Kiew ablief. Wer waren die Opfer? Wer waren die Täter? Welche gesicherten Zahlen und Informationen gibt es? Was sind die Erkenntnisse Ihrer Forschungen?

Katchanovski: Das Massaker begann damit, daß Scharfschützen der rechtsextremen Maidan-Gruppe ein Waffenstillstandsabkommen brachen und am Morgen des 20. Februar auf dem Maidan drei Berkut-Polizisten und 39 Angehörige der Truppen des Innenministeriums töteten und verwundeten.

Sowohl aus meinen Studien als auch aus dem Urteil des Prozesses zum Massaker auf dem Maidan geht hervor, daß sich die unbewaffneten Berkut-Polizisten und Mitglieder der Truppen des Innenministeriums infolge dieses tödlichen Angriffs rasch vom Maidan zurückzogen und von den Maidan-Aktivisten verfolgt wurden, wobei ein Polizist getötet und zwei von einem Maidan-Aktivisten verwundet wurden. Eine bewaffnete Sondereinheit der Berkut rückte kurzzeitig auf den Maidan vor, um den Rückzug der Internen Truppen zu sichern. Während dieser Zeit wurden die Maidan-Aktivisten massakriert.

In der kürzlich ergangenen Urteilsbegründung eines Kiewer Gerichts heißt es:

"Am 20. Februar 2014 wurden 113 Polizeibeamte unterschiedlich schwer verletzt (Schläge, Gehirnerschütterungen, Knochenbrüche, Vergiftungen, Verbrennungen), vier von ihnen starben an Schußverletzungen, und 63 Polizeibeamte erlitten insgesamt Schußverletzungen. 233 Aktivisten wurden ebenfalls unterschiedlich schwer verletzt, 49 von ihnen kamen ums Leben, 48 davon durch Schußverletzungen, und 172 Aktivisten wurden insgesamt durch Schüsse verwundet."

Mein kürzlich veröffentlichter, von Fachleuten begutachteter Zeitschriftenartikel mit dem Titel "The 'snipers' massacre‘ on the Maidan in Ukraine" faßt die Ergebnisse meiner Studien wie folgt zusammen:

"Synchronisierte Videos, Zeugenaussagen von mehreren hundert Personen, Geständnisse von 14 Mitgliedern von Scharfschützengruppen auf dem Maidan und die Lage der Einschußlöcher zeigen, daß sowohl die Polizei als auch die Demonstranten von Scharfschützen des Maidan massakriert wurden, die sich in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden und Bereichen befanden.
Eine inhaltliche Analyse der synchronisierten Videos ergab, daß der Zeitpunkt und die Richtung der Schüsse durch die Polizei-Spezialeinheit der 'Berkut', die für das Massaker verantwortlich gemacht wurde, nicht mit der Tötung bestimmter Demonstranten übereinstimmte.
Aussagen der absoluten Mehrheit der verwundeten Demonstranten und von etwa 100 Zeugen sowie gerichtsmedizinische Untersuchungen von ballistischen und medizinischen Experten für den Prozeß und die Untersuchung des Massakers auf dem Maidan in der Ukraine bestätigen dies.
Der Artikel zeigt, daß das Massaker unter falscher Flagge gezielt organisiert und unter Beteiligung von oligarchischen und rechtsextremen Elementen der Maidan-Opposition durchgeführt wurde, um die amtierende Regierung in der Ukraine zu stürzen."
Die überwältigenden Beweise, die dies ohne jeden vernünftigen Zweifel belegen, werden in diesem und zwei weiteren, von Fachleuten überprüften Open-Access-Zeitschriftenartikeln ("The Maidan Massacre Trial and Investigation Revelations" und "The far right, Euromaidan, and Maidan massacre in Ukraine: Implications for the Ukraine-Russia War and Relations") sowie in deren Videoanhängen und in meinen beiden Büchern präsentiert, die in diesem Jahr von großen westlichen akademischen Verlagen veröffentlicht werden sollen.

Das Blutbad im Stadtzentrum führte zum Rückzug der Polizei

Multipolar: Welche Auswirkungen hatte der Massenmord auf die zwei Tage später erfolgte verfassungswidrige Absetzung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch?
Katchanovski: Die Maidan-Opposition, die westlichen Regierungen sowie die westlichen und ukrainischen Medien machten sofort Janukowitsch, die Scharfschützen der Regierung und die "Berkut" für das Massaker an den Maidan-Demonstranten verantwortlich. Das Massaker führte dazu, daß das Parlament am 20. Februar über den Rückzug der Regierungstruppen aus dem Kiewer Stadtzentrum und anschließend über die Absetzung des damaligen Präsidenten Janukowitsch und seiner Regierung abstimmte.
Die Abstimmung über seine Entlassung verstieß gegen die ukrainische Verfassung, und erreichte nicht die notwendige Stimmenzahl, obwohl die Wahlergebnisse durch die Verwendung von Stimmkarten abwesender Abgeordneter manipuliert wurden und obwohl die rechtsextreme Gruppe der Maidan-Schützen viele Abgeordnete zur Stimmabgabe zwang.
Multipolar: Im Oktober 2023 erging - wie Sie schon erwähnten - ein Urteil des zuständigen Bezirksgerichts Swjatoschinski in Kiew über das Massaker vom 20. Februar 2014. Wie lautete die Anklage?
Katchanovski: Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine (GPU) hat fünf Angehörige der Polizei-Spezialeinheit "Berkut" angeklagt, wegen der Tötung von 48 Demonstranten und der versuchten Tötung 80 weiterer Demonstranten, die verwundet wurden und daß "Berkut" dies mit Hilfe eines terroristischen Anschlags getan habe. Dies waren die Hauptanklagepunkte.
Multipolar: Was hat das Gericht konkret untersucht?
Katchanovski: Das Gericht hat nur die Anklage gegen fünf Mitglieder der Sondereinheit "Berkut" wegen des Massakers an den Maidan-Aktivisten geprüft. Es untersuchte weder das Massaker an der Polizei noch das Massaker, das die Maidan-Scharfschützen anrichteten.
Multipolar: Und wie lauteten die zentralen Punkte des Urteils?
Katchanovski: Das Urteil bestätigte, daß viele Maidan-Aktivisten sowie auch Fernsehjournalisten der BBC und der ARD nicht von Mitgliedern der ukrainischen Berkut-Sonderpolizei oder anderen Ordnungskräften beschossen wurden, sondern von Scharfschützen im von der rechts-

extremen Partei "Swoboda" kontrollierten Hotel Ukraina und anderen vom Maidan kontrollierten Orten.
Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß das Hotel Ukraina von Maidan-Aktivisten kontrolliert wurde und daß sich eine bewaffnete, der rechtsextremen Maidan-Gruppe nahestehende Person im Hotel aufhielt und von dort aus schoß. Das Urteil kam "zu dem kategorischen Schluß, daß sich am Morgen des 20. Februar 2014 Personen mit Waffen, aus denen die Schüsse abgefeuert wurden, in den Räumlichkeiten des Hotels Ukraina aufhielten."
In der Entscheidung des Gerichts heißt es, daß es keine Beweise für die Beteiligung der Berkut-Polizei und anderer "Strafverfolgungsbeamter" an der Tötung von neun und der Verwundung von 23 Maidan-Aktivisten gibt und daß ihre Erschießung durch "unbekannte Personen ... nicht ausgeschlossen werden kann." Das Urteil stellte fest, daß mindestens sechs bestimmte Demonstranten aus "dem von Aktivisten kontrollierten" Hotel Ukraina und anderen vom Maidan kontrollierten Orten getötet und viele andere verwundet wurden. Es kam zu dem Schluß, daß der Euromaidan zum Zeitpunkt dieses Massakers kein friedlicher Protest war, sondern "eine Rebellion", die mit dem Massaker an der Berkut-Polizei und dem Angriff der Maidan-Aktivisten einherging.

Kein Schießbefehl durch Janukowitsch, keine russische Beteiligung

Das Urteil bestätigte auch die Ergebnisse meiner Studien, wonach es keinen Befehl zum Massaker von Janukowitsch oder seinen Ministern gab und keine russische Beteiligung an dem Massaker vorlag. Es stellte ausdrücklich fest, daß "die ‚russische Spur' nach Prüfung der einschlägigen Dokumente, insbesondere aller Fälle des Grenzübertritts von FSB-Offizieren in die Ukraine, ihrer Bewegungen in Kiew und in der Region, der Zeit und des Ortes ihres Aufenthalts sowie der Daten und der Art und Weise, wie sie das Hoheitsgebiet der Ukraine verließen, nicht bestätigt wurde", daß "diese Personengruppe ständig überwacht wurde" und "dementsprechend keine Beteiligung" an dem Massaker vorlag.
Zwei Berkut-Offiziere wurden vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Drei Berkut-Polizisten, die bereits auf Befehl von Selenskyj gegen Separatisten aus dem Donbass ausgetauscht worden waren, wurden in Abwesenheit für die Ermordung von 36 der 49 Demonstranten und die Verwundung von 52 der 172 Maidan-Aktivisten verurteilt. Diese Verurteilung stützte sich auf eine einzige, gefälschte gerichtsmedizinische Untersuchung und eine kollektive Verantwortung. ´
Auf derselben Grundlage wurde auch ein Berkut-Befehlshaber wegen Totschlags an vier Demonstranten und der Verwundung von acht weiteren Personen verurteilt, weil er angeblich seinen Offizieren befohlen hatte, bei der Evakuierung interner Truppen durch die Berkut-Kompanie und deren anschließendem Rückzug, bei dem ein Berkut-Offizier getötet und ein weiterer verwundet wurde, wahllos zu schießen.

"Alle Beweise zeigen: Berkut kann die Demonstranten nicht erschossen haben"

Diese einzige gerichtsmedizinische Untersuchung von Projektilen, die fünf Jahre nach dem Massaker durchgeführt wurde, widerlegt die Ergebnisse von etwa 40 früheren gerichtsmedizinischen Untersuchungen der Projektile - einschließlich einer computergestützten Analyse, die ergab, daß die Kugeln aus den Körpern der getöteten Maidan-Demonstranten nicht zu den Kalaschnikow-Sturmgewehren der "Berkut" paßten. Die verfälschte forensische Untersuchung der Kugeln steht auch im Widerspruch zu synchronisierten Videos, aus denen eindeutig hervorgeht, daß Berkut-Offiziere nicht zu den Zeitpunkten geschossen haben, als fast alle Maidan-Aktivisten getötet wurden.
Sie widerspricht zudem Tatort-Untersuchungen von Ballistik-Experten der Regierung, die darauf hinweisen, daß die Flugbahnen der Kugeln aus den vom Maidan kontrollierten Bereichen stammen. Und sie widerspricht den Ergebnissen gerichtsmedizinischer Untersuchungen, bei denen die Flugbahnen der Geschosse anhand der Wunden der Opfer bestimmt wurden, die

sich oben, hinten und seitlich in deren Körpern befanden.
Ebenso widerspricht diese Untersuchung den Aussagen der absoluten Mehrheit der verwundeten Maidan-Demonstranten sowie den Aussagen mehrerer hundert Zeugen der Anklage und der Verteidigung und anderen Zeugen, die von Scharfschützen im Hotel Ukraina und an anderen vom Maidan kontrollierten Gebäuden berichten. All diese Beweise zeigen eindeutig, daß die Berkut-Polizisten diese Demonstranten nicht erschossen haben können, während in einer kleinen Minderheit anderer Fälle keine oder widersprüchliche Beweise vorliegen.

Urteil ist offizielles Eingeständnis von Tatsachen, die die Regierung weiterhin leugnet

Das Urteil des ukrainischen Gerichts und die Ermittlungsergebnisse der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft bedeuten de facto ein offizielles Eingeständnis selbst der nicht unabhängigen Justiz, daß mindestens 10 der 49 getöteten und 115 der 172 verwundeten Maidan-Aktivisten am 20. Februar 2014 nicht von Berkut oder anderen Strafverfolgungsbehörden, sondern von Maidan-Scharfschützen aus den vom Maidan kontrollierten Bereichen erschossen wurden.
Selbst die Ermittlungen der ukrainischen Regierung räumten ein, daß ein toter Demonstrant und die Hälfte der verwundeten Maidan-Aktivisten nicht aus den von Berkut kontrollierten Sektoren erschossen wurden, und klagten daher niemanden für diese Verbrechen an, während sie öffentlich leugneten, daß es in den vom Maidan kontrollierten Gebäuden Scharfschützen gab.

Die seltsame Rolle der ARD

Multipolar: Für die deutschen Leitmedien war das Massaker auf dem Maidan immer nur ein Randthema - und das obwohl Maidankämpfer am 20. Februar 2014 sogar ein Zimmer des ZDF im Hotel Ukraina besetzten und aus dem Fenster in Richtung der Todeszone auf der Institutska-Straße feuerten. Wenn die deutschen Medien das Massaker doch mal thematisierten, wurde mit einer Ausnahme regelmäßig die These verbreitet, daß Janukowitsch und Berkut die Täter waren, so als ob es Ihre Untersuchungen und Erkenntnisse zum Verbrechens nicht gäbe. Wie ist das in den englischsprachigen Leitmedien? Hat sich der Blick dort auf das Massaker in den vergangenen zehn Jahren verändert?
Katchanovski: Ein langes Video des deutschen Fernsehsenders ARD wurde von den Anwälten der Maidan-Opfer zunächst als anonymes Video in den Prozeß eingeführt, und erst vor einigen Jahren stellte das Gericht fest, daß es sich um ARD-Aufnahmen handelte. Ein ukrainischer Journalist schrieb in den sozialen Medien, er habe dieses Material für die ARD gefilmt, aber die ARD habe sich geweigert, dieses Video für den Maidan-Massaker-Prozeß in der Ukraine freizugeben, und das im Prozeß gezeigte Video sei geschnitten und ohne Ton.
Der Inhalt des Videos und seine Aussagen deuten darauf hin, daß das Video aus demselben Raum des Hotels Ukraina gedreht wurde, den das ZDF angemietet hatte und in dem Scharfschützen der rechtsextremen Maidan-Gruppierung gefilmt wurden, die auf die Maidan-Demonstranten schossen.
Da dieses Video gleichzeitig die Tötung und Verwundung einer großen Zahl von Demonstranten und die Position der Berkut-Polizei festhielt, hätte es, wenn der fehlende Ton der Schüsse verfügbar gewesen wäre, zeigen können, daß die genauen Zeitpunkte der Erschießung bestimmter Demonstranten mit dem lauten Klang der Schüsse aus diesem vom Maidan kontrollierten Hotel zusammenfielen und nicht mit dem weiter entfernten Klang der Berkut-Schüsse von ihrer Barrikade.
In dem Urteil heißt es, daß vom Musikkonservatorium und dem benachbarten Hauptpostamt aus auf zwei Zimmer im Hotel Ukraina geschossen wurde und daß dies der von Maidan-Aktivisten besetzte Bereich war. Es wurde jedoch verschwiegen, daß diese Hotelzimmer von deutschen ARD-Fernsehjournalisten gemietet waren und daß das Postamt damals das Hauptquartier des Rechten Sektors war.

"Westliche Medien verbreiten ein falsches Narrativ über das Massaker"

Mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen berichten die führenden englischsprachigen Medien immer noch nicht über meine akademischen Studien, die Enthüllungen über die Heckenschützen vom Maidan-Massaker in der Ukraine und die Bestätigungen der Urteile gegen die Heckenschützen vom Maidan. Die New York Times und andere führende westliche Medien verbreiteten ein falsches Narrativ über das Maidan-Massaker.

Zwei BBC-Berichte, die zeigten, wie Maidan-Scharfschützen im Hotel Ukraina auf das BBC-Fernsehteam und Maidan-Demonstranten schossen, waren bemerkenswerte Ausnahmen.

Aber die BBC wie auch alle anderen großen westlichen Medien berichteten nicht über das Eingeständnis der ukrainischen Regierung, daß dieses Zimmer von einem der Führer der rechtsextremen Svoboda-Partei bewohnt wurde und daß im Urteil des Maidan-Massakers-Prozesses festgestellt wurde, daß das BBC-Video dieser Schießerei "dokumentierte Daten aus dem von Aktivisten kontrollierten Gebäude des Hotels Ukraina in Kiew über den gezielten Einsatz von Gegenständen durch die Aktivisten darstellt, die aufgrund ihrer äußeren Merkmale eindeutig Schußwaffen ähneln, Waffen vom Typ Jagdwaffen."

Dieses absichtliche Ausblenden meiner Enthüllungen über den Maidan-Massaker-Prozeß, des Urteils und meiner akademischen Studien erfolgt trotz des fast eine Million Wörter umfassenden Urteils über den Maidan-Massaker-Prozeß und der automatisierten englischen Übersetzung der relevanten Auszüge, die öffentlich zugänglich sind, trotz der über eine Million Aufrufe und Downloads meiner akademischen Studien über das Maidan-Massaker und Videoanhänge mit Videos von Maidan-Scharfschützen, Aussagen der absoluten Mehrheit der verwundeten Aktivisten und über 150 Zeugen über solche Scharfschützen, und trotz meiner viralen Tweets darüber.

Darüber hinaus stellte Cathy Young in ihrem Meinungsbeitrag auf der parteiischen neokonservativen Website "Bulwark" das Urteil falsch dar, behauptete fälschlicherweise, daß die Berkut-Polizei für die Tötung von 40 der 48 Demonstranten verantwortlich sei, und leugnete und beschönigte offen die Existenz von Scharfschützen auf dem Maidan und die Beteiligung der Rechtsextremen am Massaker auf dem Maidan als "Verschwörungstheorie".

Sie bezeichnete die Scharfschützen des Maidan im Hotel Ukraina ebenso als "Verschwörungstheorie" und behauptete fälschlicherweise, daß das Urteil nicht besagt, daß die Demonstranten des Maidan von diesem Hotel und anderen vom Maidan kontrollierten Orten aus erschossen wurden, und daß das Urteil die Beteiligung russischer Scharfschützen nicht widerlegt hat.

Sie behauptete fälschlicherweise, daß das Hotel Ukraina nicht von den Maidan-Aktivisten kontrolliert wurde, und propagierte eine tatsächliche Verschwörungstheorie, daß die Polizei vom Hotel aus die Demonstranten erschossen haben könnte, obwohl das Urteil, der Prozeß und die Ermittlungen sowie meine Forschungsarbeiten klare und überwältigende Beweise für das Gegenteil enthalten.

Multipolar: Wladimir Putin sagte kürzlich im Interview mit Tucker Carlson, daß die CIA für den Staatsstreich in Kiew 2014 verantwortlich ist. Welche Indizien und Beweise sehen Sie für diese These?

Katchanovski: Bei meinen Untersuchungen habe ich keine öffentlich zugänglichen Beweise für eine Beteiligung der CIA am Massaker auf dem Maidan oder am gewaltsamen Sturz der ukrainischen Regierung gefunden, und Putin hat auch keine solchen Beweise vorgelegt. Er behauptete fälschlicherweise, daß es sich um einen "faschistischen Staatsstreich" handelte und daß in der Ukraine ein "Neonazi-Regime" installiert wurde.

Es gibt jedoch verschiedene Hinweise darauf, daß dieser Regierungssturz Ausdruck der US-Politik des "Regime Change" war. Zwei Führer der rechtsextremen Swoboda-Partei erklärten in getrennten Interviews, ein westlicher Regierungsvertreter habe ihnen und anderen Maidan-

Führern einige Wochen vor dem Massaker gesagt, daß sich die westlichen Regierungen gegen die Janukowitsch-Regierung wenden würden, wenn die Zahl der Todesopfer unter den Demonstranten 100 erreichen würde.
Die getöteten Demonstranten wurden unmittelbar nach dem Massaker als "Himmlische Hundertschaft" bezeichnet. Demonstranten und Menschen, die gar nicht auf dem Maidan waren und an Krankheiten oder anderen Ursachen starben, wurden mit einbezogen, um die Zahl der Opfer auf 100 zu erhöhen.
Die USA und andere westliche Regierungen machten fast unmittelbar nach dem Massaker auf dem Maidan die Regierung Janukowitsch und deren Streitkräfte für diesen Massenmord verantwortlich und erkannten die neue Maidan-Regierung an. Biden beschrieb in seinen Memoiren, wie er Janukowitsch anrief, "als seine Scharfschützen Dutzende ukrainische Bürger ermordeten", um ihm zu sagen, er solle "seine Bewaffneten zurückrufen und gehen", und daß "der in Ungnade gefallene Präsident am nächsten Tag aus der Ukraine floh".
Am 21. Februar unterzeichnete Janukowitsch ein Abkommen mit den Oppositionsführern vom Maidan und Vertretern Frankreichs, Deutschlands und Polens. Doch dann erklärte US-Präsident Barack Obama in seinem CNN-Interview, daß "wir einen Deal für den Machtwechsel in der Ukraine ausgehandelt haben".
Multipolar: Sie leben und arbeiten seit mehr als 20 Jahren in Kanada. Dort gibt es eine große ukrainische Exilgemeinde. Im September 2023 bejubelte das kanadische Parlament den ukrainischen SS-Veteran Jaroslaw Hunka, der von Premierminister Justin Trudeau und dem damaligen Parlamentspräsidenten Anthony Rota eingeladen worden war. Hunka sei ein "kanadisch-ukrainischer Held", der im Zweiten Weltkrieg gegen "die Russen" gekämpft hat, lobte Rota. Kurz darauf trat er wegen des Skandals zurück und bezeichnete die Einladung und Ehrung des früheren SS-Mannes als "Fehler". Wie erklären Sie sich das Zustandekommens solch eines "Fehlers".
Katchanovski: Meine auf Recherchen basierenden viralen Tweets, die diesen Veteranen des Zweiten Weltkriegs als Veteran der SS-Division Galizien identifizierten, und meine Interviews mit führenden kanadischen Medien zu diesem Thema trugen wesentlich dazu bei, daß diese Geschichte publik wurde. Ich sehe keine Beweise dafür, daß der Sprecher des kanadischen Parlaments, der kanadische Premierminister und andere kanadische Beamte wußten, daß sie den ukrainischen Veteranen der SS-Division Galizien einluden und mit stehenden Ovationen bedachten. Aber die Propaganda während des russisch-ukrainischen Krieges und die Beschönigung von Neonazis und Nazi-Kollaborateuren in der Ukraine haben ihren Teil zu diesem epischen Debakel beigetragen.

"Selenskyj ist ein politischer Opportunist"

Multipolar: An dem Tag im kanadischen Parlament war auch der ukrainische Präsident Selenskyj anwesend und applaudierte Hunka. Wie ist es zu erklären, daß ein Ukrainer mit jüdischen Wurzeln einen früheren SS-Mann ehrt?
Katchanovski: Es gibt keinen Beweis dafür, daß Selenskyj wußte, daß er einem ukrainischen Veteranen der "SS-Division Galizien" stehende Ovationen gab.
Aber die Vorstellung dieses Veteranen durch den kanadischen Parlamentspräsidenten - Hunko habe während des Zweiten Weltkriegs gegen "Russen" gekämpft - war für jeden Ukrainer, einschließlich Selenskyj, ausreichend, um zu erkennen, daß dieser Kriegsveteran nur ein Nazi-Kollaborateur sein konnte.
Selenskyj hat dieses Debakel auch dann nicht öffentlich verurteilt oder kommentiert, als Putin es als Beweis für seine falschen Behauptungen, die Ukraine sei ein Nazi- oder Neonazi-Staat, und zur Rechtfertigung der illegalen russischen Invasion in der Ukraine vorlegte. Selenskyj ist natürlich kein Nazi oder Neonazi, aber er ist ein politischer Opportunist und versucht, die Rechtsextremen zu beschwichtigen und zu integrieren, einschließlich offen auftretender Neo-

nazis, die die "SS-Division Galizien" und andere Nazi-Kollaborateure als ukrainische Helden betrachten und die Macht haben, Selenskyj zu stürzen.
Über den Interviewpartner: Ivan Katchanovski, Jahrgang 1967, stammt aus der Westukraine und lebt seit mehr als 30 Jahren in Nordamerika. Der Politikwissenschaftler promovierte 2002 an der George-Mason-Universität in Fairfax (Virginia) bei Washington und hatte später Forschungs- und Lehraufträge u.a. in Toronto und Harvard. Er lehrt an der School of Political Studies der Universität Ottawa. Katchanovski hat sich unter anderem auf die Themen gewalttätige Konflikte und Rechtsextremismus in der Ukraine spezialisiert.
Er ist Autor von vier Büchern - darunter: "Cleft Countries - Regional Political Divisions and Cultures in Post-Soviet Ukraine and Moldova" und 19 Artikeln in wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Seit zehn Jahren sammelt und analysiert er sämtliche öffentlich zugänglichen Informationen zum Maidan-Massakers. 2024 sollen zwei Bücher von ihm zu diesem Thema erscheinen.<<
Österreich: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 20. Februar 2024 (x1.364/…): >>**Die ständige Mär von der "lebensrettenden Corona-Impfung"**
Von *Herbert Ludwig*
Im Januar verbreiteten die "Austria Presse Agentur" und ein Großteil der österreichischen Medien wieder die Mär, die Corona-Impfungen hätten bis März 2023 in Europa über 1,4 Millionen Leben gerettet, in Österreich seien es rund 25.000 gewesen. Die "Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich" um Prof. Andreas Sönnichsen ist erstaunt, wie dieser "wissenschaftliche Unsinn völlig ungeprüft weiterverbreitet" werde.
Schon eine einfache Plausibilitätsprüfung hätte das kritische Denken einschalten können. Die Initiative nimmt im nachfolgenden offenen Brief an die APA, die österreichischen Leitmedien sowie die Entscheidungsträger in Politik und Institutionen dazu Stellung, "damit Lügen nicht zur 'Wahrheit' werden können". (hl)
Warum die Impfung in Österreich gar nicht 25.000 Leben retten konnte
Offener Brief der Wissenschaftlichen Initiative Gesundheit für Österreich an die Austria Presse Agentur (APA) und alle Medien, die ohne zu prüfen von dort abgeschrieben haben
Liebe Wissenschaftsredaktion,
schon im April 2023 haben wir in unserer Stellungnahme aufgezeigt, wie Modellrechnungen mit falschen Grundannahmen zu den damaligen Propagandaschlagzeilen geführt haben (nachzulesen hier: "Warum die COVID-Impfstoffe keine Million Leben gerettet haben").
Beinahe ein Jahr später verbreitet die Austria Presse Agentur noch immer, was man aus wissenschaftlicher Sicht als Impfpropaganda interpretieren muß. Auch wenn eine "Studie" (tatsächlich handelt es sich ja nur um eine Modellrechnung) von der WHO kommt, bedeutet das nämlich nicht, daß sie über alle Zweifel erhaben wäre und keines wissenschaftlichen Diskurses mehr bedürfte. Vor allem dann, wenn die zitierte Modellrechnung noch nicht einmal peer-reviewed ist, sondern nur als Preprint eingereicht wurde.
Eine Modellrechnung ist kein Abbild der Wirklichkeit
Diesmal sind es 25.000 Leben, die die COVID-Impfstoffe angeblich in Österreich gerettet haben sollen. Die Schlagzeile basiert wieder auf einer ähnlichen Modellrechnung, wie sie schon im letzten Frühjahr zu völlig realitätsfernen Ergebnissen geführt hat, weil sie abermals von drei falschen Annahmen ausgeht:
Falsche Vorannahme 1: "Alle PCR-Test-Positiven, die gestorben sind, sind an COVID gestorben."
Falsche Vorannahme 2: "Die Vaccine-Effectiveness beträgt je nach SARS-CoV-2-Variante und Anzahl der erhaltenen Impfungen zwischen 71 und 95 %."
Falsche Vorannahme 3: "Die an COVID Verstorbenen waren überwiegend ungeimpft."
Warum diese Vorannahmen falsch sind, lesen Sie in der oben verlinkten Stellungnahme. Lo-

gisch ist: Eine Modellrechnung, die auf falschen Annahmen beruht, kommt zu falschen Ergebnissen.

Wissenschaftlicher Unsinn

Zu allem Überfluß wurden Geimpfte nach der 1. Impfung noch vier Wochen, nach der 2. Impfung noch drei und nach der 3. Impfung noch zwei Wochen als ungeimpft gewertet. Wer also in den ersten Wochen nach seiner Impfung gestorben ist (egal ob an Covid-19 oder an der Impfung selbst), fällt in die Gruppe der ungeimpft Gestorbenen. Das ist wissenschaftlicher Unsinn.

Epidemiologischer Unsinn ist diese Modellrechnung obendrein: Insgesamt hätte es in Österreich demnach ohne die Impfung 47.300 Covid-19-Todesfälle gegeben? Rechnen Sie doch einfach einmal selbst hoch: Nach 13 Monaten Pandemie ohne Impfung sind in Österreich 11.422 Menschen offiziell an oder mit Covid-19 verstorben. Hätte sich diese Entwicklung einfach fortgesetzt, so wären in den folgenden 26 Monaten bis Ende Mai 2023 weitere 22.844 an (oder mit) Covid-19 verstorben.

Und das in einer Zeit, als bereits immer ungefährlichere Virusvarianten im Umlauf waren! Die zitierte Modellrechnung kommt sogar auf noch höhere Zahlen: Nicht 34.266, sondern sogar 47.300 Todesfälle werden hier über umständliche Formeln errechnet, denen die oben erwähnte medizinische und epidemiologische Unwissenheit zugrunde liegt.

Es gäbe nur zwei mögliche Erklärungen für eine solche unrealistische Entwicklung:

Das Virus hat mit neuen Varianten an Gefährlichkeit zugenommen (das Gegenteil ist nachweislich der Fall).

Österreichs Bevölkerung ist im Jahr 2022 von 9 Mio auf 12 Mio angestiegen (auch das ist nachweislich nicht geschehen).

Plausibilitätsprüfung schützt vor Propaganda

Spätestens hier hätten in einer kritischen Wissenschaftsredaktion ein paar Warnlampen aufleuchten müssen. Eine simple Prüfung der Plausibilität hätte genügt, um die "25.000 geretteten Leben" als Phantasie zu enttarnen. Daß das österreichweit nicht geschehen ist, stellt den Wissenschaftsredaktionen ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

Tatsächlich starben in Österreich bis Ende Mai 2023 rund 22.300 Menschen an oder mit Covid-19. Mehr als die Hälfte davon bereits im ersten Pandemiejahr. Die Infektions-Sterbezahlen sanken danach kontinuierlich, was mit den weniger gefährlichen Virusvarianten auch genauso zu erwarten war.

Fazit: Nein, die Impfung rettete in Österreich KEINE 25.000 Leben. Tatsächlich wissen wir nicht wie viele Leben die Impfung gerettet, und auch nicht wie viele sie gekostet hat. Weil die relevanten Zahlen nicht erhoben wurden.

Wissenschaft funktioniert nur im kritischen Diskurs. Ehrlicher Wissenschaftsjournalismus ebenfalls.

Mit freundlichen Grüßen

Die Wissenschaftliche Initiative

Gesundheit für Österreich …<<

21.02.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Februar 2024: >>**Rußlands Botschafter beklagt zunehmende "antirussische Rhetorik" in Deutschland**

In einem Kommentar für die "Neue Osnabrücker Zeitung" hat sich der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, mit deutlichen Worten besorgt darüber geäußert, "daß die antirussische Rhetorik in Deutschland an Fahrt gewinnt."

Seine Besorgnis macht der Diplomat an mehreren Punkten fest: Auf hoher politischer Ebene werde gefordert, die Bundeswehr und die deutsche Gesellschaft "kriegstüchtig" zu machen, die eigenen Militärausgaben und die Militärhilfe für das Marionetten-Regime in Kiew um ein

Vielfaches zu erhöhen, den Krieg "nach Rußland zu tragen, dort Städte zu bombardieren, russische Ministerien und Infrastruktur mit modernen deutschen Waffen zu zerstören."
Netschajew mahnt: "Das alles kann nur Anlaß zu großer Sorge sein und läßt Erinnerungen an die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte aufkommen. Diese Forderungen deuten nicht nur auf die Realitätsfremdheit einzelner Politiker hin.
Wir sehen sie auch als direkte Anbiederung an die Interessen der Rüstungsindustrie und an die Strategie der angelsächsischen Eliten, Europa in eine unmittelbare militärische Auseinandersetzung mit Rußland hineinzuziehen."
De facto gehe es darum, "nicht nur Rußland zu schwächen, sondern auch die EU-Länder, denen die Rolle des Bauernopfers im Spiel anderer zugedacht" sei. Ein Nebenziel der nach seinen Worten "militaristischen Hysterie" ist dem Botschafter zufolge auch der "Versuch, die öffentliche Aufmerksamkeit von den inneren Schieflagen abzuziehen, indem man Rußland für die negativen Folgen der von Berlin erklärten Zeitenwende verantwortlich macht und Angst vor einem nahenden globalen Konflikt schürt."
Netschajew betont: "Ich möchte daran erinnern, daß Rußland nie eine Gefahr für Deutschland darstellte. Die deutsch-russischen Beziehungen, die mehrere Generationen unserer Vorgänger gemeinsam gestalteten, bildeten Grundlage für die Aussöhnung zwischen unseren Ländern und Völkern, für die Deutsche Einheit und eine vielfältige vorteilhafte Zusammenarbeit, die zum Wohlstand und internationalen Ansehen der Bundesrepublik beitrug.
Derzeit werden alle Brücken, die uns zusammenhielten, einschließlich der Kontakte zwischen den Menschen, von der deutschen Seite im Eilverfahren zerstört. Das ist über alle Maßen bedauernswert. Ich bin überzeugt, daß es den nationalen Interessen Deutschlands und seiner Bürger nicht entspricht."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Zweiter Jugendlicher stirbt nach Messer-Überfall: Wir schweigen nicht über die tägliche Migrantengewalt!**
Am heutigen Mittwoch ist es genau ein Jahr her, daß der "Einzelfallticker" der AfD an den Start ging. Auf dieser Internetseite (https://www.afd.de/einzelfallticker/) dokumentieren wir jene brutale Alltagsgewalt, die von den etablierten Parteien und den Medien gern mit dem Mantel des Schweigens belegt wird. Angesichts der Vielzahl tausender "Einzelfälle" können wir nur einen unvollständigen, aber schon sehr erschreckenden Überblick über die Brutalisierung des Alltags zeigen. Wie wichtig diese Aufklärungsarbeit ist, zeigt aktuell wieder ein besonders schrecklicher Fall: Der zweite ukrainische Basketballspieler - ein erst 18-jähriger Jugendlicher - ist nach einem Migranten-Überfall in Oberhausen verstorben.
Der bei einem Nachwuchsteam spielende Artem Kozachenko hatte den Angriff mit sechs Messerstichen zunächst mit Hilfe einer Notoperation überlebt, erlag nun aber seinen Verletzungen. Sein Mannschaftskollege, der erst 17-jährige Volodymyr Yermakov, starb bereits am Abend der Messerattacke am 10. Februar. Die Täter: Ein 15-jähriger deutsch-türkischer Messerstecher und seine Komplizen - ein 14-jähriger Deutsch-Grieche und zwei Syrer. Die drei Komplizen schlugen offenbar zusätzlich auf die Ukrainer ein.
Um die Probleme lösen zu können, müssen sie schonungslos und transparent benannt werden. Es ist nicht hinnehmbar, daß vermeintliche "Qualitätsmedien" die Herkunft von Tätern immer wieder verschweigen. Deshalb schweigen wir nicht über die tägliche Migrantengewalt. Wir wollen, daß das Experiment der Massenmigration beendet wird, Täter mit aller Härte bestraft werden und das Recht konsequent durchgesetzt wird!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Februar 2024: >>**Das fängt ja heiter an: Erste Austritte aus neuer Maaßen-Partei!**
Wirbel um die neu gegründete Partei "Werte Union" (WU) von Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen: Der Autor und Wirtschaftsexperte Markus Krall und der Ökonom und

frühere WU-Vorsitzende Max Otte teilten auf dem Kurznachrichtendienst "X" (früher Twitter) wegen inhaltlicher Differenzen ihren Austritt mit.
"Die Aussagen aus den Reihen der Werte Union lassen zweifeln", schrieb Otte, "daß die Partei geeignet ist, die Politikwende in Deutschland mitzugestalten." Otte sieht "Fehleinschätzungen und Selbstüberschätzung".
Auch Krall ließ in seiner Stellungnahme erkennen, daß ihm die Programmatik der Maaßen-Partei zu unscharf und unentschieden sei. Krall spricht von einer "Wasch-mich,-aber-mach-mich-nicht-naß-Partei".
Er kritisierte: "Man möchte diejenigen einsammeln, die mit Entsetzen auf die aktuelle Politik blicken, also vor allem auch die Libertären, die Marktwirtschaftler und diejenigen, die noch an ein christliches Menschenbild glauben, aber man möchte dabei programmatisch möglichst unverbindlich bleiben, weil man sich in einem Anfall von Größenwahn schon als neue Volkspartei sieht."
Im Netz wird gleichzeitig immer mehr Kritik daran laut, daß sich Maaßen zuletzt von der AfD distanziert hat und die CDU offenbar der neue Wunschpartner der Polit-Sektierer ist.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Februar 2024: >>**Böhmermann: "Keulen" steht für Masturbieren**
Von *S. Hofer*
GEZ-Clown Jan Böhmermann beteuert auf X, sein Appell zur Keulung von Nazis sei ein Mißverständnis. Keule stehe laut Jugendsprache für Penis und Masturbation. …
Nein, der "GröSaZ", der "größte Satiriker aller Zeiten" (Vera Lengsfeld) kann es nicht abstreiten. Er hat mit seinem Appell ("Liebe 3sat-Zuschauer*innen, bitte nicht vergessen: Nicht immer die Nazikeule rausholen, sondern vielleicht einfach mal ein paar Nazis keulen.") einen Mordaufruf gestartet und sich damit selbst als Fascho geoutet.
Das wird ihm seitens der GEZ-Gremien zwar weitere Auszeichnungen, Gehaltserhöhung und Sonderformate einbringen, dennoch: Selbst mancher Mainstream-Schreiber wollte nicht mitjubeln. Mit anderen Worten: Jan Böhmermann muß sich ausnahmsweise rechtfertigen. Und das tat der TV-Scherzkeks auf denkbar peinlichste Weise.
Auf X beschimpft er alle "Humorlose(n) Bauernfänger", die die Bedeutung des Wortes "keulen" nicht kennen: Keule sei nämlich "das Synonym für Penis als (sich selbst) befriedigen, masturbieren, onanieren." Alles klar? Na, dann müssen sich die Kritiker des GröSaZ aber wirklich entschuldigen:
Böhmermann hat demnach gar nicht zum Mord aufgerufen, sondern dazu, die Nazis (also AfD-Anhänger, Friedensaktivisten, mRNA-Skeptiker, Querdenker oder Kritiker der Klimabewegten) einfach mal zu masturbieren. Was er sich davon verspricht? Wahrscheinlich denkt er: Wer diese alternativlose Regierung kritisiert, muß sexuell verspannt sein. Die muß man nur rasch befriedigen, und schon sind die wieder konform.
Damit hat der GröSaZ auch übergriffige Parolen der Antifa wie "Fuck Nazis" oder "Fuck AfD" effektiv korrigiert: Nein, Ihr sollt sie nicht f****n (sonst schreien die noch #Metoo), sondern sie nur masturbieren. Keine Frage: Für Böhmermann ist das Bundesverdienstkreuz überfällig.
Vor diesem Hintergrund erscheinen auch Horror-Berichte über das "Massenkeulen" von Rindern während der BSE-Hysterie (in den 1990ern) und der "Keulung" von dänischen Nerzen während der Corona- "Pandemie" in gänzlich anderem Licht: Die prüden Journalisten hatten mit "Keulung" nur ein Jugend-Codewort verwendet. Was sie eigentlich meinten: Rinder und Nerze wurden massenhaft masturbiert, um sie von ihrem Leiden zu heilen. Da sage noch einer, die Fleisch- und Pelzindustrie habe kein Herz für Tiere.
Ein Frage bleibt aber noch: Wie läßt sich das Wort "Nazikeule" entsprechend verstehen? Gibt es Dildos, die nur zur therapeutischen Beruhigung von "Nazis" zum Einsatz kommen? Außer-

dem, wenn Keule nur für Penis-Masturbation steht, was ist dann mit weiblichen Nazis? Hier ist ein Boykott des GröSaZ durch die Gender-Ideologen überfällig.
Es geht so nicht mehr weiter: Sie lügen, sie hetzen, sie manipulieren - und wir werden dafür auch noch zwangsweise zur Kasse gebeten. Die Einseitigkeit von ARD und ZDF dokumentiert das spannende COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" mit Hinweisen, was dagegen unternommen werden kann.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Februar 2024: >>**Unruhe in der Eifel: 60 Flüchtlinge für ein 100-Seelen-Dorf!**
Michelbach, ein friedliches 100- Seelen-Dorf in der rheinland-pfälzischen Vulkaneifel bei Gerolstein, soll 60 "Flüchtlinge" aufnehmen! SPD-Landrätin Julia Gieseking will ein leerstehendes Hotel, das einst Wanderer und Radfahrer beherbergte, zu einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber umfunktionieren.
Unter den 100 Dorfbewohnern herrscht Unruhe. Sorgen und Befürchtungen werden laut. "Was sollen die denn bei uns? Hier gibt es doch nichts", sagt eine ältere Dame. Eine andere Frau wirft der Landrätin aus Angst vor Vergewaltigungen schon jetzt "vorsätzliche Körperverletzung" vor. Ein Familienvater, der ein Haus in dem Dorf gekauft hat, bangt: "Ich werde nie mit ruhigem Gewissen auf der Arbeit sein können, wenn meine Frau allein zu Hause ist oder mit unserem Kleinkind durch das Dorf spazieren geht."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28252" berichtet am 21. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Helden stehen auf: Für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit**
Die Corona-Krise machte sichtbar, was zuvor unter einer Decke der Täuschung verborgen gehalten wurde: Übelste Verbrecher haben sich in die Führungspositionen sämtlicher Bereiche unseres Gemeinwesens eingeschlichen und verfolgen orchestriert ihre Menschen verachtende, Völker knechtende Eine-Welt-Agenda 2030. Angetrieben von existentiellen Nöten und Verantwortungsbewußtsein stehen jetzt Helden aus den unterschiedlichsten Berufs- und Gesellschaftssparten auf. Sie treten für Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Friede ein. Diese Sendung zeigt einen kleinen wegweisenden Querschnitt aus dieser Heilsbewegung von Menschen mit feinster Gesinnung.
01_Ärzte stehen auf
Es ist leider wahr, daß die meisten Ärzte die mRNA-Impfung wider besseres Wissen großzügig verabreichen, weil sie ihrer pharmafinanzierten Ausbildung, dem beruflichen Druck und dem finanziellen Vorteil nachgeben. Doch es gibt auch Ärzte, die sich trotz dramatischer Schikanen öffentlich gegen diese Verbrechen aussprechen, die weltweit Millionen schwerster Impfschäden und Todesopfer fordern. Dr. Rolf Kron von der Organisation Ärzte stehen auf mit über 400 Ärzten mußte dafür ins Gefängnis gehen.
Dr. Bodo Schiffmann floh ins Ausland. Dr. Jens Bengen von Schwert der Wahrheit beging aufs Äußerste schikaniert sogar Selbstmord. Die Vereinigung Ärzte für Aufklärung, die Autoren vom Manifest der Tausend Ärzte, die World Doctors Alliance sowie Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V. kämpfen dafür, daß die Gesundheit wieder in die Eigenverantwortung der Menschen kommt, weg vom One-Health-Diktat der WHO.
02_Juristen holen Recht, Freiheit und Demokratie zurück
Das Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte (KRiSTA) setzt sich für Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit ein. Genau diese Fundamente unseres Zusammenlebens und Gemeinwohls sind bei der Corona-Krise auf der Strecke geblieben. Die Anwälte für Aufklärung (AfA eV) setzen sich für die Förderung des demokratischen Staatswesens und die Würde des Menschen ein. "WIR KLÄREN DICH ÜBER DEINE RECHTE AUF, SO DASS DU DIESE SELBSTBEWUSST EINFORDERN KANNST!" schreiben die Betreiber der Website klagepaten.de. Das Netzwerk kritischer Juristen "Schluß Jetzt" hat auf seiner Seite

juristische Mustertexte und Informationen zusammengestellt, so daß jeder selbst zur Verteidigung seiner Grundrechte tätig werden kann.

03 "Stauf" - Studenten stehen auf

"Du bist unzufrieden mit der Politik und der Richtung, in die sich unsere Gesellschaft entwikkelt? Suchst du nach Gleichaltrigen, mit denen du dich unvoreingenommen austauschen kannst? - Komm zu Stauf!" Mit diesem Aufruf wendet sich diese Hochschulgruppe in Deutschland wie Österreich an ihre Mitstudenten, die sich nicht mehr länger von einem - oft eben auch seitens ihrer Unis - aufgezwungenen Narrativ des politisch Korrekten und seinem damit einhergehenden "Framing" gängeln lassen wollen.

So kämpft sie z.B. auch für Professoren, die entlassen wurden, nur weil diese in ihren Verlautbarungen nicht dem politisch Gewünschten entsprachen, indem sie sich während Corona gegen die Ausgrenzung Ungeimpfter stellten. Und mit solchen Kampfbegriffen ("Framing") etwa wird dabei diffamiert: "Verschwörungstheoretisches Gedankengut", "Querdenken-Nähe" und dergleichen mehr.

Zitat 1

"An vorderster Stelle steht bei uns ein offener und unvoreingenommener Diskurs. Es werden alle Meinungen gehört. Nur so kann um die besten Argumente gerungen und Wahrheitsfindung betrieben werden."

04_Musiker stehen auf und gehen neue Wege

Die Corona-Maßnahmen trafen Bands und Musiker mit besonderer Härte. Die Einschränkungen und Abstandsgebote waren da ein echter Stimmungskiller. Darum nahm es z.B. die berühmte Sängerin Nena mit den Einschränkungen nicht so genau. Auch andere Musiker gingen auf Konfrontationskurs mit der Corona-Politik. Sänger wie etwa Taylor komponierten ihre Kritik in ihre Liedtexte.

Die Coronamaßnahmen verstärkten auch den Trend unter Musikern, ihre Musik direkt über das Internet zu verbreiten und direkt an die Fans zu vermarkten. Damit umgehen sie die Abhängigkeit von Produktionsfirmen, denen es oft mehr um Geld und Politik geht als um echte Kunst. So gesehen wirkten die Corona-Maßnahmen auch als Katalysator, der die Menschen dazu brachte, neue Wege zu entdecken und sich von bestehenden Strukturen unabhängig zu machen. Auf ihrer Website musikerstehenauf.de schreiben sie folgendes:

Zitat 2

"Wir sind die musikalische Brücke und verbinden Menschen in der weltweiten Friedens- & Freiheitsbewegung. Wir musizieren, singen, tanzen für die Freiheit, die Wahrheit, die Menschenrechte & ein selbstbestimmtes Leben. Mit Respekt, Werte, Glaube, Musik und positiver Zuversicht, schaffen wir eine hoffnungsvolle neue Zukunft."

05_Bauernprotest - die Bauern kämpfen ums Überleben!

Wer die Ernährung beherrscht, beherrscht das Volk. Darum lassen superreiche Globalisten über korrupte Politiker und Funktionäre unter dem Deckmantel des Klima- und Naturschutzes die Bauern mit immer unsinnigeren, aber kostspieligen Auflagen und bürokratischen Zwängen finanziell schachmatt setzen. Die aktuelle Steuererhöhung auf Agrar-Diesel war ein weiterer Baustein für den sicheren Bankrott des Großteils unserer Bauern. Sobald diese dann insolvent sind, kaufen Superreiche deren Land billig auf, um es stillzulegen. Mit dem Abschaffen der Landwirtschaft, wie wir sie kennen, kann eine Umstellung unserer Ernährung von natürlichen gesunden Agrarprodukten auf künstliche ungesunde Nahrung aus den Fabriken der superreichen Elite erzwungen werden.

06_Für Gesundheit, Freiheit und Demokratie

Während der Coronakrise schlossen sich Mediziner und Wissenschaftler aus Kritik an den überzogenen Beschränkungen zusammen. Sie gründeten den Verein der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V." (MWGFD) und kämpfen für das

Grundgesetz, die UN-Menschenrechtsdeklaration und die darin verankerten Werte.
Statt der diktatorischen Coronamaßnahmen ist für diese Ärzte einzig das tatsächliche Wohl der Patienten entscheidend. Für die Wissenschaftler dieses Vereins zählt nur die tatsächliche Datenbasis, die Meinungsfreiheit und der wissenschaftliche Diskurs in seiner ganzen Breite. Dazu stellen diese Wissenschaftler auf ihrer unten angegebenen Website kostenlos Fachartikel, Broschüren und Videos zur Verfügung, um zu einer offenen und sachlichen Diskussion beizutragen.
07_Freie und unzensierte Medien auf dem Vormarsch
Immer mehr Menschen erkennen, daß die propagierte Medienvielfalt eine einzige Täuschung ist. Besonders in der Pandemie hat sich gezeigt, wie schnell Andersdenkende von Politik und Medien stigmatisiert, ausgegrenzt und regelrecht zerstört werden. Dadurch sind unabhängige, unzensierte Nachrichtensender wie Auf1 TV, Compact TV oder Kla.TV um so wichtiger geworden.
Wenn die Hauptmedien oder namhafte Politiker usw. die Öffentlichkeit irreführen, wichtige Tatsachen zensieren, verfälschen und unterschlagen, findet man bei ihnen eine unabhängige Berichterstattung zur freien Meinungsbildung. Nachhaltige positive Veränderungen sind nur aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk möglich.
Fazit: Bei der ganzen Fülle an Unrecht, gegen das nun unterschiedlichste mutige Helden aufstehen, zeigt sich letztendlich EIN gemeinsamer Roter Faden ab: Es sind nur eine Handvoll superreicher Strippenzieher im Hintergrund, Mitglieder einer Satanssekte, die über ihre korrupten Vasallen in WHO, UNO, WEF, NATO, USA, EU u.a.m. ihre gotteslästerlichen und krankhaft egomanischen Ziele der Agenda 2030 durchdrücken wollen. Konsequentes Aufdekken und geschlossener passiver Widerstand bereiten diesem Spuk über Nacht ein Ende.<<

22.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.362/…): >>**Scheitert die Werteunion?**
Kaum gegründet, verlassen prominente Mitglieder die Werteunion. Prof. Max Otte und Dr. Markus Krall sind ausgetreten. Es gab offenbar Unstimmigkeiten darüber, ob die Werteunion tatsächlich die Politikwende in Deutschland vollziehen kann.
Prof. Max Otte erklärte seinen Austritt auf dem Portal X mit Aussagen aus den Reihen der Werteunion, die daran zweifeln ließen, "daß die Partei geeignet ist, die Politikwende in Deutschland mitzugestalten. Sie deuten stattdessen auf erhebliche politische Fehleinschätzungen und Selbstüberschätzung hin", so Otte.
Damit bezog sich Otte wohl unter anderem auch auf Aussagen von Maaßen selbst. Dieser hatte schon vor der Parteigründung der Süddeutschen Zeitung mitgeteilt, die Werteunion wolle sich von "radikalen Positionen der AfD klar abgrenzen". Nach der Gründungsversammlung auf einem Schiff am Rhein sprach Maaßen dann davon, daß die CDU ein "Premiumpartner" für die neue Partei sein könne.
Markus Krall
Mit ähnlichen Argumenten wie Otte begründete auch Krall seinen Austritt aus der neuen Partei. Deren Vorstand "möchte in seiner Mehrheit eine 'Wasch mich, aber mach mich nicht naß Partei'," kritisierte er: "Das kann man machen, es ist aber nicht mein Ding, und es ist auch keine Politikwende."
Krall schreibt weiter: "Ich lasse mich nicht gerne vorführen. Bereits das Interview des Vorsitzenden Ende 2023, in dem er sich von mir distanzierte war kommunikativ nicht einfach zu reparieren. Mit Mühe und weil mir die Sache zu wichtig war, habe ich die Kröte geschluckt und gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Dann kam die Parteigründung mit handverlesenen Teilnehmern. Meine Abwesenheit haben wir diplomatisch mit meinem Gesundheitszustand erklärt, wobei die neuen alten CDU-Granden noch nicht mal den Anstand hatten, dieses Nar-

rativ durchzuhalten und stattdessen der NZZ ihre "Erleichterung" über meine Abwesenheit durchstachen.
Die zweite Hälfte der Wahrheit ist: Ich war nicht eingeladen, offenbar ebenfalls auf Betreiben der neu dazugekommenen ehemaligen CDU- und FDP-Funktionäre im Vorstand. Ich dränge mich nicht auf, wenn ich nicht erwünscht bin, aber ich muß auch nicht so tun, als wäre das in Ordnung. Zur Stilfrage äußere ich mich lieber nicht. Und um eines klarzustellen: Der Grund war ausdrücklich nicht, daß ich kein Amt bekommen habe, denn ich habe keines angestrebt."<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Eine unbequeme Wahrheit: Wie es zum Phänomen der Gruppenvergewaltigung kam**
Birgit Kelle
Die Idee der multikulturellen Gesellschaft ist die verklärte Vision einer Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religion, Hautfarbe und Sprache friedlich miteinander leben und sich dabei ständig mit ihren spezifischen Eigenarten, Glaubenssätzen und gesellschaftlichen Vorstellungen nicht etwa in die Haare bekommen, sondern 24/7 gegenseitig bereichern, weil alle Beteiligten auf diesem permanenten Fest der Kulturen sich unentwegt freuen, täglich von Andersdenkenden und Andersgläubigen, die sie sprachlich nicht einmal verstehen, inspiriert zu werden.
Dankbarkeit, Friede, Neugier, Lernbereitschaft und Verständnis sind in diesem Paralleluniversum die vorherrschenden Gefühlswelten. Jeder neue Tag ist dabei ein einziger "Jede Zelle meines Körpers ist glücklich-Körperzellen-Rock" zum Mitsingen.
Soweit die Theorie. In der Praxis bereichert uns die Idee einer multikulturellen No-Border-Gesellschaft gerade mit neuen Gewalt-Phänomenen, um die wir gar nicht gebeten hatten und bei denen es fragwürdig erscheint, ob es im Sinne einer toleranten Willkommenskultur jener, die frei nach Angela Merkel "schon länger" hier sind, wirklich eine Bereicherung darstellt, an die wir uns gerade als Frauen gewöhnen wollen. Auch wenn zumindest das feministische Lager sich erstaunlicherweise als Erstes bereit erklärt hat, eine bedingungslose Kapitulation vor kulturell neuartigen sexuellen Phänomenen zu unterzeichnen.
Da schweigen die Aufschrei-Feministinnen
Geht es nämlich um die polizeilichen Gewaltstatistiken und das Explodieren von Zahlen ganz neuer widerlichster Sexualverbrechen an Frauen, wie etwa der "Gruppenvergewaltigung", ist in Deutschland seit 2015 ausgerechnet jene Szene still, die sonst bei jedem ungebetenen Kompliment eines einheimischen Mannes in Schnappatmung verfällt und unermüdlich auf der Jagd ist nach Sexismus-Tätern Trumpscher Natur. Kein Aufschrei ist dann zu wenig, keine metoo-Betroffenheit zu gering, kein Gerücht zu unglaubwürdig, als daß man nicht eine öffentliche Hinrichtung eines Mannes daraus basteln könnte.
Merke: Verbale Ausfälle und die Ansprache mit dem falschen Pronomen ist das sexuell Schlimmste, was einer deutschen Frau passieren kann. Echte sexuelle Übergriffe und gar die reihum Vergewaltigung einer Frau durch eine ganze Gruppe an Männern verursachen keine Aufregung im Land. Gehen Sie weiter, es ist nichts passiert.
Oh ja, "Multikulti" hat uns in der Tat bereichert, zum Beispiel mit dem kulturellen Phänomen der Gruppenvergewaltigungen, sie ist die manifestierte Kölner Silvesternacht der deutschen Polizeistatistik. Gerade hat die Regierung erneut bestätigt, daß sich die Zahlen dieser Übergriffe einer ganzen Männergruppe an einer Frau seit dem Jahr 2015 beinahe verdoppelt haben. Verdoppelt. Das sind 806 weibliche Opfer im Jahr 2022, jeden Tag mindestens zwei Gruppenvergewaltigungen in Deutschland.
Was sind das für Männer, die Freude daran haben, sich einer nach dem anderen an derselben Frau zu vergehen und sich gegenseitig bei dieser "Heldentat" zuzusehen, anzufeuern oder mitzufilmen? Wie verkommen muß man sein als Mensch, um sich an so etwas auch noch sexuell

zu erregen? Spannend wird die Frage, welche kulturelle Prägung haben diese immer jünger werdenden Täter genossen, welches Frauenbild verinnerlicht, welche Hemmschwelle zu Gewalt gegen Frauen ist bereits in jungen Jahren gerissen? Warum vor allem aber regt sich weder im politischen noch im sonst hypernervösen feministischen Raum keine Solidarität, kein Aufschrei und noch nicht einmal ein müdes Statement?

In der Kölner Silvesternacht hat die Verharmlosung begonnen

Nun hat jedes Volk seine kulturellen Eigenarten, auch sexuell. Wir kennen das indische Kamasutra, der Mythos des orientalischen Harems läßt manche bis heute auf die 72 Jungfrauen in einem späteren Leben hoffen. Die britische Komikertruppe Monty Python besang einst den Unterschied der sexuellen Eigenarten zwischen Protestanten und Katholiken.

Dänemark hat die Bereitstellung von Tierbordellen als zweifelhaftes Alleinstellungsmerkmal vorzuweisen. Deutschland hat mit den Sex-Shops einer Beate Uhse, den schlüpfrigen Aufklärungsfilmen von Oswald Kolle, Dr. Sommer in der Bravo und einer 68er WG mit einer nackten Uschi für alle bislang in Sachen sexueller Tradition den Pubertätszustand nie wirklich verlassen. Gerade wird das deutsche Portfolio um die "Gruppenvergewaltigung" erweitert und will nicht so richtig in die aufgeklärte sexuell vielfältige Reihe als weiteres G in der LGBTQ-Reihe passen, sondern nur als Aktenvermerk in polizeiliche Ermittlungen.

In der Kölner Silvesternacht wurde das gezielte Einkreisen von Frauen durch migrantische Männergruppen gerne noch als "Antänzer-Phänomen" verniedlicht. Bis heute hält sich zudem das Märchen, wir hätten in Köln nicht mehr, als ein erweitertes Oktoberfest erlebt, in jenen gesellschaftlichen Kreisen, die lieber ein paar hundert Frauen einem Männermob opfern, als zuzugeben, daß die Zuwanderung nicht europäisch geprägter Männer eine neue Gefahrenlage für die Frau bedeutet. Nicht einmal die Polizeistatistiken zum Oktoberfest, die diesen Vergleich Lüge strafen, bewirkten hier jemals ein Umdenken, das eigene Weltbild darf schließlich nicht gefährdet werden.

Vom "Mythos des gefährlichen Flüchtlings"

Es verwundert nicht wirklich, daß die staatlich durchfinanzierte Amadeu Antonio Stiftung dazu gar eine wortreiche Broschüre verfaßt hat, wie der angebliche "Mythos" des übergriffigen Fremden von Nazis mißbraucht wird, weil ja bekanntlich mit diesen Lügen über sexualisierte Gewalt durch Migranten nur "Haß geschürt" werden soll. Wir lernen: "Im Mythos des gefährlichen Flüchtlings werden koloniale, rassistische und sexistische Denkmuster vermengt und Hetze gegen Geflüchtete betrieben."

Nach dieser Definition ist die deutsche Polizeistatistik eine einzige "Haßrede" -- bestätigt sie doch nicht nur mit 50 Prozent den überproportionalen Anteil von Migranten an "einfachen" Vergewaltigungen, sondern auch bei der Gruppenvergewaltigung.

Nun kannte man das Phänomen der Gruppenvergewaltigung bislang nicht als deutsche Tradition, wohl aber aus dem arabischen Raum. Unvergessen bleiben die Berichte vom Tahir-Platz in Ägypten und den bis zu 100 Frauen, die dort jeden Monat Männergruppen zum Opfer fielen, immer im selben Schema: einkreisen, schlagen, ausziehen, vergewaltigen.

Man könnte hinzufügen: entehren, beschämen, entwürdigen. Zuletzt "bereicherten" uns Videos der Hamas mit den "Heldentaten" männlicher Palästinenser, die ihre gemeinschaftliche Vergewaltigungskunst in Ton und Film für die Nachwelt dokumentierten. Es gibt offenbar Dinge, die machen manchen Menschen als Gruppe besonders viel Spaß machen. Manche wandern, singen und kochen zusammen, andere vergewaltigen als Gruppenevent.

Gruppenvergewaltigungen in Zahlen

Der durchschnittliche Gruppenvergewaltiger in Deutschland war laut Statistik leider bei klarem Verstand, nur rund 23 Prozent standen unter Alkoholeinfluß und nur 7 Prozent unter Drogen. Aber er ist im Schnitt zu 70 Prozent bereits polizeilich bekannt durch andere Taten. Die meisten Verhafteten stammten aus Deutschland (471), Syrien (72), Afghanistan (52), dem

Irak (51) und der Türkei (35).
Ha! Eben, die Deutschen sind führend, werden gleich jene frohlocken, die gerne jeden Strohhalm nehmen, um zu beweisen, daß der weiße deutsche Mann eben doch der Haupttäter des strukturell verankerten Sexismus ist.
Nun werden jedoch nur jene konkret als nicht-deutsch statistisch erfaßt, bei denen es tatsächlich amtlich mit Ausweisen nachweisbar ist. Was polizeilich offenbar nicht dokumentiert wird, ist der Migrationshintergrund jener Täter, die einen deutschen Paß besitzen, aber aus fremden Kulturen, und wenn ja, aus welcher, stammen.
Wir haben keine Japaner und auch keine Polen, keine Italiener und auch keine Franzosen in der deutschen Statistik als Gruppenvergewaltiger angeführt, konstant seit Jahren aber beim Ausländeranteil die muslimisch geprägten Syrer, Afghanen, Türken und Iraker an der Spitze. Es wäre spannend zu wissen, wie viele der deutschen Täter Migrationshintergrund besitzen und welcher Religion sie angehören.
Während diese Faktenlage bis in die dritte Generation bei jedem Grundschüler bei der Einschulung erfaßt wird, um den besonderen Förderbedarf bei Migrationshintergrund zu dokumentieren, scheint die Frage, welche Risikofaktoren zum Dauerabo in der Polizeistatistik führen, speziell bei den Sexualstraftätern, auf amtlicher Seite niemanden zu interessieren. Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung, frei nach Ex-Innenminister Thomas de Maizière, bestimmt sehr "verunsichern".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Verfassungsschutz eingeschaltet: Islamistische Vorfälle an 29 Schulen**
In Nordrhein-Westfalen kam es in den Jahren 2022 und 2023 an 29 Schulen zu islamistischen Vorfällen. Unter anderem forderten die Schüler ein schulweite Einführung der Scharia. Der Landesverfassungsschutz wurde über die Fälle informiert.
Jonas Aston
In Nordrhein-Westfalen kam es innerhalb von zwei Jahren an 29 Schulen zu heftigen islamistischen Vorfällen. Dies geht aus einem von der SPD-Landtagsfraktion beantragten Bericht hervor. Berücksichtigt sind dabei allein die Jahre 2022 und 2023. Die Fälle sind auch dem Landesverfassungsschutz bekannt. Da Islamismus an Schulen in NRW zum zunehmenden Problem wird, hat der Verfassungsschutz in NRW nun sogar ein Konzept entwickelt, das islamistischer Radikalisierung entgegenwirken soll. Im Rahmen des Präventionsprogramms "Wegweiser" wurden allein bis Herbst 2023 über 1000 Vorträge gehalten. "Im vergangenen Jahr verzeichneten wir einen erhöhten Beratungsbedarf an Schulen", erklärte hierzu ein Sprecher des NRW-Innenministeriums auf Anfrage der NRZ.
Bundesweit bekannt geworden ist der Fall einer Gesamtschule in Neuss. Dort sollen vier Schüler andere Schüler und Lehrer versucht haben zu überzeugen, daß die Scharia rein positive Auswirkungen habe. Auch der Schulunterricht sollte nach Auffassung der Schüler nach Scharia-Recht organisiert werden. In dem Bericht des Innenausschusses war der Fall in Neuss ebenfalls Thema. Hier wird deutlich, welcher Schulalltag den Schülern ganz konkret vorschwebte.
"Im Klassenchat hatten sie sich dafür ausgesprochen, diesen nach Geschlechtern zu trennen, da die Geschlechtermischung gegen die islamische Grundordnung verstoße", heißt es etwa in dem Bericht. Auch forderten die vier Schüler, daß Frauen sich in der Schule zu bedecken haben und der Schwimmunterricht streng nach Geschlechtern getrennt werden müsse. Dem Bericht zufolge bestanden die Schüler auch auf die Einrichtung eines Gebetsraums. Sogar Foltermethoden wie Steinigungen wurden von den Schülern verteidigt. Nach Aussagen der Staatsanwaltschaft sei der Vorfall in Neuss sowie die anderen vergleichbaren Vorfälle in Nordrhein-Westfalen nicht zwangsläufig meldepflichtig.
Wegen der Vorfälle an der Gesamtschule in Neuss steht die Kriminalinspektion Staatsschutz

der Kreispolizeibehörde Düsseldorf und die Kreispolizeibehörde Neuss im ständigen Austausch. Die Gesamtschule in Neuss ist ebenfalls seit längerem Teil des Präventionsprogramms "Wegweiser". Die islamistische Radikalisierung von Schülern konnte dennoch nicht gestoppt werden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.362/…): >>**Brisante Details zum EU-Vermögensregister**

Die EU macht Ernst. Das Vermögensregister kommt. Erste brisante Details. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Schnüffel-Behörde die Herausgabe von Informationen verlangen und Hausdurchsuchungen durchführen. Wie kann man sich schützen?

Geldwäsche-Gesetz und Vermögensregister

Sie halten das alles für dystopisch und surreal? Dann lesen Sie die Presseerklärung der Europäischen Union über das geplante Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Da steht alles drin.

Dort lesen Sie auch davon, daß alle EU-Länder das umzusetzen haben und dafür extra eine neue Behörde geschaffen wird, um die Vermögensregister länderübergreifend abzugleichen und um unrichtige Angaben im Register zu bestrafen. Diese Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA, "Anti-Money-Laundering Authority") wird vermutlich ab 2024 in Frankfurt angesiedelt sein. Die Stadt bewirbt sich aktuell als Standort der Schnüffelbehörde.

Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU)

Jeder Mitgliedstaat soll eine Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit, kurz: FIU) einrichten.

Zur Aufdeckung von angeblicher Geldwäsche und zum rechtzeitigen Einfrieren von Vermögenswerten sollen die nationalen FIUs und andere zuständige Behörden in der Lage sein, auf Informationen über wirtschaftliches Eigentum, Bankkonten, Grundbucheinträge oder Immobilienregister zuzugreifen. Da bestimmte Waren für Kriminelle attraktiv sind, sollen die Mitgliedstaaten auch Informationen über das Eigentum an Waren wie Yachten, Flugzeugen und Autos im Wert von über 200.000 Euro sammeln.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Behörde von Unternehmen und Personen die Herausgabe von Dokumenten und Informationen verlangen und sogar mit richterlicher Genehmigung Hausdurchsuchungen durchführen.

Journalisten sollen Zugang zum Vermögensregister haben

Die EU verleiht mit diesem Gesetz jeder Behörde, Hochschulen und sogar regierungstreuen Journalisten, Zugang zu den persönlichen Vermögensregistern aller EU-Bürger. Der gläserne Bürger wird Realität, wenn es nach der EU geht. Dagegen war die Utopie "1984" von George Orwell nur ein untauglicher Versuch. Die Regierungen und Behörden haben von der EU mit dem sogenannten Geldwäschegesetz zusammen mit dem Vermögensregister eine Waffe erhalten, die das Ende aller persönlichen Freiheit bedeutet.

Was auf uns zukommt

Nun wäre in einem Rechtsstaat solch ein Gesetz zur Verhinderung von Geldwäsche kein ernsthaftes Problem für die Bürger, wäre da nicht das Vermögensregister. Und das Kleingedruckte. Daß künftig Bargeldzahlungen auf 7.000 Euro bzw. 1.000 Euro in Kryptowährungen begrenzt werden, könnte man, weil es ja "einem guten Zweck" dient, nämlich um Terrorfinanzierung zu erschweren, noch hinnehmen. Da aber die Terrorfinanzierung nicht über europäische Geldinstitute, sondern durch islamisches Halal-Banking abgewickelt wird, wird dieses Gesetz nichts zum eigentlichen Zweck bewirken.

Das Problem ist aber, daß der Rechtsstaat, mit ein paar Ausnahmen, in den meisten EU-Ländern nur noch rudimentär funktioniert. Der ideologisch aufgeladene Rot-Grün-Staat, der alles Regierungshandeln den Dogmen der Klima-Religion unterordnet, den Islam als Staatsreligion etabliert und den politischen Gegner als Staatsfeind behandelt, dem ist nicht zu trauen.

Dann dauert es nur noch wenige Monate, bis das eingangs geschilderte Szenario zur täglichen Realität wird und Journalisten die Vermögensregister ihrer Gegner einsehen dürfen und wahllos Geldwäsche-Anzeigen gegen "rechte" Bürger anzetteln.
Exponierte Widerstandskämpfer durften diese leidvollen Erfahrungen schon in der Coronazeit erfahren. Willkürliche Verhaftungen, monatelange Untersuchungshaft gegen Ärzte, die Impfunfähigkeitsbescheinigungen ausstellten, waren an der Tagesordnung. Selbst der Frontmann der Querdenker, Michael Ballweg, wurde neuen Monate ohne Prozeß inhaftiert. Sie wissen es schon: Wegen Geldwäsche u.a.. Andere Kritiker mußten ihre Heimat verlassen und ins politische Exil gehen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Alarmierende Berechnungen: Falsche Ukraine-Politik kostet uns 200 Milliarden Euro!**
Wie viele Schulen könnte man von diesem Geld errichten, wie viele Straßen sanieren, wie viele Brücken reparieren? Laut Aussage des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, führen allein die hohen Energiekosten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zu einem wirtschaftlichen Schaden von rund 200 Milliarden Euro (jeweils 100 Milliarden Euro in den Jahren 2022 und 2023).
Weitere Folgekosten wie die "eskalierenden geopolitischen und geoökonomischen Konflikte" sind in dieser Rechnung noch gar nicht aufgenommen. Dabei hätte die Explosion der Energiekosten verhindert werden können, wenn man auf den sinnlosen und selbstzerstörerischen Wirtschaftskrieg gegenüber Rußland verzichtet hätte. Alle Warnungen und Prognosen der AfD haben sich einmal mehr bestätigt! Auch der ebenso sinnlose und irrationale Atomausstieg hat seinen Teil zur aktuellen Lage beigetragen.
Doch anstatt diese Kamikaze-Politik rückgängig zu machen und sich für Friedensverhandlungen einzusetzen, gießt die Ampel-Regierung mit einer Debatte über die Lieferung von "Taurus-Marschflugkörpern" weiterhin Öl ins Feuer.
Für die Ampel-Regierung ist es bei der Ukraine-Politik eben "egal, was meine deutschen Wähler denken" - so formulierte es Außenministerin Baerbock ganz offen. Die einzige Partei, der das nicht egal ist, ist die AfD. Denn für uns ist es selbstverständlich, daß wir uns an den Worten auf dem Reichstagsgebäude orientieren: "Dem deutschen Volke".<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Mindestens vier Schüler verletzt! Amoklauf an NRW-Gymnasium**
Redaktion
Messer-Angriff am Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium in Elberfeld bei Wuppertal!
Ein Jugendlicher soll am Donnerstagmorgen mit einem Messer auf seine Mitschüler losgegangen sein. Wie Bild berichtet, wurden mindestens vier von ihnen verletzt. Wie schwer oder ob jemand in Lebensgefahr schwebt, ist derzeit noch unklar.
Die Polizei teilte via X mit: "Wir sind mit vielen Einsatzkräften vor Ort. Es gibt verletzte Schüler. Ein Tatverdächtiger ist sicher." Damit ist wohl gemeint, daß der mutmaßliche Messerangreifer festgenommen worden ist. Rund um das Schulgebäude wurde gegen 10 Uhr ein Großeinsatz ausgelöst. Neben Rettungsdienst und Feuerwehr waren auch Spezialeinheiten der Polizei im Einsatz.
Laut Berichten der Bild-Zeitung hat die Polizei die Messerattacke als Amoklauf eingestuft.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Februar 2024: >>**Köln: 216 Millionen Euro für Sicherheitsdienste in Asylunterkünften**
Rund 216 Millionen Euro will sich die Stadt Köln in den kommenden fünf Jahren die Bewachung von Asylunterkünften kosten lassen. Das geht aus einer aktuellen Ausschreibung hervor. In der Security-Branche am Rhein knallen die Sektkorken. Insgesamt will die Stadt Köln 160 Asylheime und ihre Anrainer "schützen" lassen. Jährlich sind dafür 43,3 Millionen Euro

ausgeschrieben.
Brisant: Einschlägige Firmen sind selber ein zunehmendes Sicherheitsrisiko. Bereits 2016 warnte der Chef der Polizeigewerkschaft vor der Unterwanderung durch kriminelle Migrantenclans.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Habecks unfaßbarer Ausruf: Der Wirtschaft geht's gut - nur "die Zahlen" sind schlecht**
In der Plenardebatte zu Wirtschaftsminister Robert Habecks Jahreswirtschaftsbericht erklärt Jens Spahn die Lage sei "dramatisch schlecht". Habeck erklärt hierauf empört, daß es nicht etwa der Wirtschaft schlecht gehe, sondern lediglich "die Zahlen" schwach seien.
Jonas Aston
Der Bundestag debattierte heute über den Jahresbericht von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Im Rahmen der Plenardiskussion wandte sich der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn direkt an Habeck. "Sie sagen öffentlich, die Lage ist dramatisch schlecht", so Spahn in Richtung des Wirtschaftsministers. Doch das läßt Habeck nicht einfach so stehen. Unaufgefordert meldet sich der Wirtschaftsminister zu Wort: "Die Zahlen, Die Zahlen" seien lediglich schlecht, ruft Habeck mehrfach empört in den Plenarsaal.
Der Wirtschaft geht's gut - nur die Zahlen sind schlecht. Das erinnert schon fast an Habecks legendäre Erklärung, wonach Unternehmen ja nicht Pleite gehen würden, sondern nur aufhören zu arbeiten.
Schon am Mittwoch stellte Robert Habeck seinen Jahreswirtschaftsbericht in der Bundespressekonferenz vor. Demnach erwartet die Bundesregierungen für dieses Jahr nur ein Wachstum von 0,2 Prozent. Für diese schlechten Wachstumsaussichten machte er den schwachen Welthandel verantwortlich. Dieser würde der robusten deutschen Exportwirtschaft zu schaffen machen. Weiterhin belaste der Fachkräftemangel den deutschen Arbeitsmarkt. In der Plenardebatte machte Habeck in seiner Rede allen voran die CDU für die schwächelnde deutsche Wirtschaft verantwortlich.
Man solle auf die Wirtschaftsverbände hören und endlich dem Wachstumschancengesetz zustimmen. Ihre Blockadehaltung sollte sie schleunigst über Bord werfen. Der Union wirft Habeck "Voodoo-Ökonomie, die jeder kann" vor. Höhere Staatsausgaben nur über ein Wachstum der Wirtschaft … zu finanzieren sei zudem nicht möglich.
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Heute Ampel, morgen obdachlos: Nur die AfD kann die Wohnungsnot beenden!**
Die Wohnungsnot, in die Deutschland schlittert, wird noch viel größer, als bislang befürchtet: Allein in den nächsten drei Jahren werden 830.000 Wohnungen fehlen! Das prognostiziert der Zentrale Immobilien Ausschuß (ZIA) in seinem Frühjahrsgutachten. In Anbetracht hoher Zinsen, Baukosten und Baulandpreise rechne sich kaum noch, in den Wohnungsbau zu investieren - denn die Mieten wären am Ende unbezahlbar. Von einer "schrillenden Alarm-Sirene" ist die Rede, aber die Ampel schafft es nicht ansatzweise, gegenzusteuern. Gerade mal 150.000 Wohneinheiten werden pro Jahr noch gebaut werden können.
Die Baukosten werden durch horrende Energiepreise und Öko-Steuern weiter hochgetrieben, privaten Häuslebauern legt man durch ideologiegetriebene Verordnungen wie dem Heizhammer auch noch zusätzlich Steine in den Weg. Und zeitgleich werden weiter Hunderttausende Migranten ins Land gelassen oder sogar geholt. Wie überall versagt die Ampel auch hier - allerdings werden die Konsequenzen in der Wohnungswirtschaft die Bürger besonders hart treffen. Denn über kurz oder lang werden Hunderttausende schlichtweg im Regen stehen.
Die "Immobilienweisen" empfehlen in ihrem Gutachten zwar, Förderkredite zu vergeben, allerdings fördert die Ampel bekanntlich vorzugsweise linksgrüne Lobbygruppen oder Entwick-

lungsprojekte oder Krieg im Ausland. Deutschland muß sich entscheiden: Mit der Ampel obdachlos werden - oder mit der AfD ein Fundament für eine bessere Zukunft zu legen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.361/…): >>**NRW-Bildungsministerium ruft Lehrer und Schüler zur Teilnahme an Anti-AfD-Demonstrationen auf**

Die CDU-Bildungsministerin von NRW will Schüler und Lehrer zu Anti-Rechts-Demonstrationen mobilisieren - auch wenn es direkt gegen die AfD geht. Mit der Neutralitätspflicht ist das nicht vereinbar.

Von *Redaktion*

Die Bildungsministerin von Nordrhein-Westfalen, Dorothee Feller (CDU), hat in einem aktuellen Interview mit der Neuen Westfälischen Schüler und Lehrer zu Demonstrationen "gegen rechts" aufgerufen. "Ich möchte Lehrkräfte ausdrücklich ermuntern, an diesen Demonstrationen für unsere lebendige Demokratie teilzunehmen, um ein Zeichen zu setzen - gern auch mit ihren Schülern" so Feller.

Brisant ist dabei vor allem auch, daß die aktuellen Anti-Rechts-Demonstrationen sich teils explizit gegen die AfD richten. Darauf angesprochen, sagte Feller weiter im Interview: "Unser Ministerpräsident hat die AfD jüngst als Gefahr für die Demokratie bezeichnet. In diesem Sinne begrüße ich jedes Engagement für Demokratie und gegen alle Feinde des Rechtsstaates." Damit ruft sie Schüler und Lehrer mittelbar auch zu Protesten gegen eine Oppositionspartei auf. Im Hinblick auf ihre Neutralitätspflicht als Ministerin und insbesondere der Verpflichtung das Bildungswesen politisch neutral zu halten, lösen diese Aussagen massive Irritationen aus.

Daß damit auch minderjährige Schüler direkt von der zuständigen staatlichen Stelle und dann auch ihren Lehrern dazu gedrängt werden, bestimmte politische Positionen zu beziehen und sich an politischem Aktivismus zu beteiligen, ist nicht mit der Neutralitätspflicht der Ministerin vereinbar. Feller ist seit 2022 Bildungsministerin unter Hendrik Wüst. Dieser sorgte jüngst für einen immer schärferen Ton gegen die AfD - insbesondere, indem er die Partei mehrfach als "Nazi-Partei" beschimpfte und ebenfalls zu den Demonstrationen im Kontext der Correctiv-Recherche aufrief.

Die Frage nach der staatlichen Neutralitätspflicht beim Umgang mit der AfD wird dabei immer brisanter. Zuletzt wurde bekannt, daß im Bundesinnenministerium auf höchster Ministerialebene über "konkreten Strategie zur Bekämpfung der AfD" diskutiert wurde. Darüber berichtet die Neuen Zürcher Zeitung. Eine Sprecherin des Ministeriums bestätigte die Klausur, verweigerte jedoch gegenüber den NZZ weitere Details zu den diskutierten Themen. Die Ideen und Ziele der leitenden Mitarbeiter sollen im offenen Dialog an die Ministerin herangetragen worden sein.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Cannabis-Legalisierung im Bundestag: Das Schlechteste von allem**

Am Freitag will die Ampel das Cannabis-Gesetz durchbringen - dabei will niemand das Vorhaben noch wirklich. Richter, Ärzte, Polizisten, auch SPD-Politiker laufen Sturm gegen das Gesetz. Und selbst die Kiffer dürften unzufrieden sein.

Max Roland

Ende der Woche soll Cannabis legalisiert werden: "Bubatz wird legal", wie die Bundesregierung im infantilen Nachäffen von veraltetem Jugendslang gerne sagt. Am Mittwoch nahm das Gesetz die letzte Hürde im Ausschuß, am Freitag steht die zweite und dritte Lesung des Gesetzes an, also die Abstimmung über den Gesetzesentwurf. Unter anderem soll der Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis zum eigenen Konsum für Erwachsene künftig straffrei sein. Auch der Anbau wird erlaubt, der Konsum wird freier. Es ist ein Vorhaben, in dem sich alle drei Ampel-Parteien schon vor der Wahl einig waren.

Ein Selbstläufer hätte es werden können, könnte man meinen. Kurz vor dem finalen Beschluß des Gesetzes wird jedoch offenkundig: Irgendwie ist niemand zufrieden mit dem Gesetz. Die Regelungen sind halbherzig, komisch, kompliziert, verkopft und undurchsetzbar: Von Polizisten über Richter, Ärzte bis selbst zu vielen Konsumenten ist niemand so wirklich glücklich mit dem, was die Ampel unter der Führung von Gesundheitsminister Lauterbach da zusammengezimmert hat.

Selbst in der sozialdemokratischen Fraktion herrscht ordentlich Unmut über das eigene Gesetz. Die beiden SPD-Innenpolitiker Sebastian Fiedler und Sebastian Hartmann verfaßten jüngst einen Brandbrief, um die Legalisierung doch noch zu stoppen. Fiedler und Hartmann kritisierten unter anderem fehlende Kontrollen, was den Umfang des privaten Cannabis-Konsums anbelangt. Die geplante Erlaubnis für Erwachsene, drei Pflanzen in den eigenen vier Wänden besitzen zu dürfen, werde "nicht kontrolliert werden (können)", schrieben die beiden SPD-Politiker.

SPD-Frust über eigenes Gesetz

Als weiteren Grund für ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs nennen Hartmann und Fiedler, daß "wichtige Ziele einer modernen Drogenpolitik, wie zum Beispiel die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Entlastung der Ordnungs-, Polizei- und Justizbehörden oder die Verbesserung des Jugendschutzes" nicht erreicht würden. Der Konsum würde ermöglicht, irregulärer Konsum und Verkauf aber nicht wirksam bekämpft werden. Kleindealer dürften künftig sogar bis zu 25 Gramm am Mann haben - für den kleinen Schwarzmarkt-Handel in der Regel mehr als genug. Sie könnten ihre Geschäfte mit den Endkunden jetzt leichter ausüben. Selbst in den Niederlanden, dem "Kifferparadies" Europas, bleibt lediglich eine Menge von fünf Gramm straffrei.

Andere Abgeordnete fürchten um die Außenwirkung des Projektes. "Wenn man sich nicht auf Grundlegendes einigen kann, aber dann das Kiffen freigibt, kann ich mir die Schlagzeilen schon vorstellen", sagte ein Abgeordneter dem Tagesspiegel. Doch scheinbar kann sich die Ampel nicht mal wirklich aufs Kiffen einigen. In einer Probeabstimmung am Dienstag stimmten 16 SPD-Abgeordnete gegen das Gesetz ihres Genossen Lauterbachs. Fraktionschef Mützenich hat alle Hände voll zu tun, seine Abgeordneten auf Linie zu peitschen.

Auch alle 16 Innenminister der Länder hatten vor wenigen Tagen in einem Brief vor verheerenden Auswirkungen der Legalisierung gewarnt. Schwer wiege vor allem die von kriminalpolizeilichen Fachleuten befürchtete Stärkung der Strukturen der organisierten Kriminalität durch das Gesetz. Der Gesetzentwurf der Ampelkoalition erleichtere den illegalen Handel mit Cannabis "massiv und schwächt seine Attraktivität kaum", heißt es im Brief der Innenminister.

Länder geschlossen gegen Legalisierungsplan

Auch die Folgen für die Verkehrssicherheit werden angeprangert: "Die Legalisierung wird zwangsläufig zur Folge haben, daß mehr Menschen Cannabis konsumieren. Ebenso zwangsläufig wird es mehr Verkehrsunfälle mit leichten, aber auch mit schweren Folgen geben, die auf Cannabis-Einfluß zurückzuführen sind." Werte aus den USA, wo diverse Staaten Cannabis legalisiert haben, würden eine Zunahme von Verkehrsunfällen wegen Cannabis-Konsums belegen.

Des Weiteren kommt ein BKA-Bericht zu dem Ergebnis, "daß auf die Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden der Länder zusätzliche Aufgaben und Aufwendungen in Form von Personal- und Sachkosten zukommen werden". Diese Kosten habe das Gesundheitsministerium in seinem Entwurf nicht berücksichtigt. Aufgelistet werden in dem Bericht laut Legal Tribune Online noch eine Reihe von anderen Aspekten, die die Bundesregierung bei der Ausarbeitung des Legalisierungsgesetzes nicht berücksichtigt habe.

Unter anderem warnen die Innenminister vor Auswirkungen auf die Bekämpfung der organi-

sierten Kriminalität - die Legalisierung könnte es schwieriger machen, den organisierten Drogenhandel zu bekämpfen. Die Innenminister fordern daher, daß cannabisbezogene Delikte trotz Legalisierung weiter konsequent bekämpfbar bleiben, wenn es um organisierte Kriminalität geht.

Polizisten und Richter lehnen Ampel-Vorhaben ab

Auch Interessensvertreter von Polizei und Gerichten kritisieren das geplante Cannabis-Gesetz. Der deutsche Richterbund fürchtet massiven Aufwand für die Gerichte: Bundesgeschäftsführer Rebehn sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, die betroffenen Strafakten müßten als Folge des Gesetzes händisch ausgewertet werden. Es müsse geprüft werden, ob die betroffenen Sachverhalte nach der neuen Rechtslage straflos wären.

Dies sei sehr zeitaufwendig - allein beim Amtsgericht Köln seien es mehr als 10.000 Fälle. "Die dort zuständigen fünf Richter gehen von einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von mindestens einer Stunde pro Fall aus, so daß die Prüfung bei 2.000 Fällen pro Kopf und 40 Wochenstunden rechnerisch 50 Wochen oder ein Jahr bräuchte". Der Gesetzgeber solle deshalb die geplante Amnestie-Regelung für nicht vollstreckte Altfälle aus dem Cannabisgesetz streichen, appellierte Rebehn.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter forderte ebenfalls den Stopp der Ampel-Pläne. Der DBK-Vorsitzende Peglow sagte der Funke-Mediengruppe, das Gesetz sei für Beamte in der Praxis kaum durch- und umsetzbar und fördere den Kleinhandel vom Cannabis. "Dieses Gesetz muß gestoppt werden", sagte Peglow. Mitte Februar hatte sich der Verbandschef spöttisch über die Nicht-Umsetzbarkeit des Gesetzes geäußert: "Wir warten mal ab, wie es läuft und werden dann feststellen, daß es eben kaum zu kontrollieren ist."

Die Bundesregierung lasse völlig offen, wer für die Überprüfung der sogenannten Cannabis-Clubs, in denen angebaut werden könne, überhaupt zuständig sein soll. Polizeivertreter kritisieren außerdem, daß die persönliche Maximalmenge an Cannabispflanzen, die das Gesetz für privaten Anbau vorsieht, de facto nicht kontrollierbar sein wird.

Ärztekammer warnt vor "gravierenden" Folgen

Auch aus der Medizin kommen verzweifelte Appelle, das Gesetz noch zu stoppen. Der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, warnte vor weitreichenden Folgen. Die Ziele des Gesetzes stünden im eklatanten Widerspruch zur internationalen Erkenntnislage. Statt einer Legalisierung seien Aufklärung und Prävention nötig. Die Bundesärztekammer sieht in dem Gesetz "eine grundlegende Weichenstellung, die gravierende gesellschaftliche Auswirkungen entfalten wird, insbesondere mit Blick auf die Entwicklungs- und Lebensperspektiven junger Menschen in unserem Land."

Aus medizinischer Sicht sei das jetzt vom Bundestag zu beschließende Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis ein Fehler, erklärt auch Dr. Martina Wenker, Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen. "Die Regierungskoalition ist gesundheitspolitisch hier auf einem absoluten Irrweg. Die Legalisierung des Cannabiskonsums wird in Deutschland zu mehr Suchterkrankungen führen - dies ist eindeutig abzulesen aus den Studien, die Legalisierungen in anderen Ländern begleitet haben."

Und die Konsumenten? Auch für die ist das Gesetz am Ende mehr Belastung ohne wirklich positiven Effekt. Das liegt an der umfassenden Regulierung: Es soll das freie Kiffen geben, aber nur streng nach Vorschrift. Beispiel Cannabis-Clubs: Diese Vereine, die die legale Hauptquelle für Cannabis sein sollen, dürfen an jedes Mitglied höchstens 25 Gramm Cannabis pro Tag und maximal 50 Gramm pro Monat ausgeben. Für Personen zwischen 18 und 21 Jahren gilt hingegen eine Höchstgrenze von 30 Gramm im Monat, wobei ihr Cannabis höchstens einen THC-Wert von zehn Prozent haben darf.

Regel-Wirrwarr frustriert Konsumenten: Status Quo bleibt

Im Club selbst dürfen die Mitglieder ihre Joints nicht rauchen, auch nicht in einer Zone von

200 Metern rund um den Eingangsbereich des Vereins. Das sind viele neue, nervige Regeln - und nicht mal Deutsche wollen zum Kiffen erstmal einen Verein gründen. Eine niedrigschwellige Konsumkultur wie etwa in Amsterdam oder US-Bundesstaaten wie Kalifornien wird es mit dem Gesetz nicht geben. Am tatsächlichen Status Quo, mit dem viele Kiffer längst arrangiert sind, ändert sich eh nicht wirklich viel. Viele werden sich fragen: Wozu also durch die ganzen neuen Reifen springen, die einem der Staat hinhält - wenn man Gras ja auch beim Dealer wie gehabt bekommen kann, nur rechtssicherer?
Und das von Cannabis-Verbänden und Interessengruppen immer wieder als dringendste Problemfrage benannte Thema der Grenzwerte am Steuer? Das ist nach wie vor nicht gelöst. Wer Cannabis raucht, muß also trotz Legalisierung damit rechnen, bei Rückständen in Blut- und Haarproben Probleme mit der Polizei zu bekommen - auch, wenn längst keine Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit mehr bemerkbar ist.
Das Gesetz macht also niemanden glücklich: keinen Polizisten, keinen Arzt, keinen Richter und keinen Kiffer. Es ist eben ein "vermurkstes Gesetz", wie Brandenburgs Innenminister Stübgen es nannte. Das Gesetz, das keiner will, kommt nun wahrscheinlich trotzdem - scheinbar als reiner Selbstzweck. Aber wenigstens hat die Ampel einen Punkt im Koalitionsvertrag abgehakt.<<

23.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Angriff auf die Familie? Ampel plant Abschaffung der Steuerklasse 3**
Die Ampel plant die Steuerklassen 3 und 5 abzuschaffen. Diese wurde insbesondere von Ehepartnern mit einem unterschiedlichen Gehaltsniveau genutzt. Die Reform könnte zugleich der Ampel höhere Steuereinnahmen verschaffen.
Jonas Aston
Das von Christian Lindner (FDP) geführte Finanzministerium arbeitet aktuell eine Steuerreform aus. Lindner plant die von vielen Ehepaaren genutzten Steuerklassen 3 und 5 abzuschaffen. Derzeit führe man "abschließende Gespräche und Abstimmungen" wie das Ministerium auf Anfrage der Bild mitteilte. In Kürze werde Finanzminister Lindner "ein umfangreiches Gesetzespaket" vorlegen.
Schon im Koalitionsvertrag wurde zwischen FDP, Grünen und SPD vereinbart die Steuerklassen 3 und 5 abzuschaffen. Die Nutzung dieser beiden Steuerklassen ist bei Ehepartnern sehr beliebt. Sie lohnt sich, wenn ein Partner 60 oder mehr Prozent zum gesamten Brutto-Haushaltseinkommen des Paares beiträgt. Der Partner in Steuerklasse 5 trägt bei diesem Modell eine überdurchschnittlich hohe Abgabenlast, während der (besserverdienende) Partner in Steuerklasse 3 eine geringere Abgabenlast schultern muß.
Der Ampel zufolge ist dieses Modell jedoch nicht mehr zeitgemäß. Ziel des Projektes sei es das Netto-Lohn-Niveau zwischen Männern und Frauen anzugleichen. Dem schlechter verdienenden Ehepartner wolle man durch die Reform zu mehr Steuergerechtigkeit verhelfen, hieß es. Bei Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 bleibt für Ehepaare dann nur noch die gemeinsame Veranlagung in dem sogenannten Faktorverfahren der Steuerklasse 4.
Hier wird das Gehalt der Ehepartner zusammengerechnet und beide Partner werden so behandelt, als würden sie genau dasselbe Gehalt beziehen. Besteuert werden sie dann so wie ein lediger Steuerzahler in Steuerklasse 1. Dies führt - sofern beide nicht exakt das gleiche Gehalt verdienen - aufgrund der Steuerprogression zu einer insgesamt geringeren Steuerlast als in Steuerklasse 1. Für Ehepaare lohnt sich jedoch die Nutzung der Steuerklasse 3 und 5 zumeist mehr.
Die Ampel könnte mit der Reform gleich zwei Zielen näherkommen. Ohne auch nur eine Steuer erhöht zu haben, könnte sich der Staat mit dieser Reform über ein deutliches Plus an Steuereinnahmen freuen. Dies ist zumindest die logische Folge, wenn die Steuerklassen 3 und

5 ersatzlos wegfallen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete und Finanzpolitiker Max Mordhorst erklärte zu dem Vorhaben gegenüber der Bild: "Höchste Priorität hat, daß der Umstieg unterm Strich zu keinerlei Mehrbelastungen bei Ehepaaren führt". Ob dieses Versprechen eingehalten wird, ist jedoch fraglich.
Zum anderen könnte man mit der Reform die gesellschaftliche Stellung der traditionellen Familie zu Gunsten anderer Formen des Zusammenlebens weiter aufweichen. Die Steuerklasse 3 und 5 wird auch insbesondere von Eheleuten genutzt, in denen ein Partner nicht oder nur in Teilzeit arbeitet. Greifen soll die Reform ab dem 1. Januar 2025. Damit die Behörden den folgenden Verwaltungsaufwand bewältigen könne, müsse zuvor allerdings noch die IT der Finanzbehörden überarbeitet werden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Februar 2024: >>**NRW-Parteitag: AfD-Vorstand gegen eigene Jugend**
Von *Sven Eggers*
Ohne Not hat der AfD-Landesverband NRW einen Kleinkrieg mit der eigenen Jugendorganisation angezettelt. So werden Erfolge im entscheidenden Wahljahr gefährdet. Wichtig wäre, dem gefährlichen Gegner gemeinsam zu trotzen. …
Am Wochenende steht in Marl der Landesparteitag der AfD in Nordrhein-Westfalen an. Eigentlich geht es vorrangig um die Wahl eines neuen Vorstandes. Der amtierende Landeschef Martin Vincentz hatte dem WDR zuletzt ein sehr biederes und defensives Interview gewährt und dabei ausgeführt, "daß wir als rechteste Partei im bundesdeutschen Parteienspektrum eine sehr große Verantwortung haben, uns zu Rechtsextremen abzugrenzen". Das will er nun offenbar auch in die Tat umsetzen.
Willkürliche Einstufungen
Die Abgrenzerei geht bei der AfD in Nordrhein-Westfalen inzwischen nämlich so weit, daß sie die eigene Jugendorganisation trifft, weil diese vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wird. Auch in NRW sollte sich mittlerweile herumgesprochen haben, daß der Verfassungsschutz in Wahrheit einen Regierungsschutz darstellt und dessen Einstufungen willkürlich beziehungsweise im Interesse der Mächtigen erfolgen.
Anfang Februar hatte das Kölner Verwaltungsgericht entschieden, daß die AfD-Jugendorganisation in Nordrhein-Westfalen als "gesichert extremistische Bestrebung" eingestuft und behandelt werden dürfe. Seitdem drehen die angeblich so gemäßigten AfD-Kräfte am Rad. Beispielsweise lud man rund um den anstehenden Landesparteitag alle JA-Helfer und –Organisatoren demonstrativ aus.
Jetzt hat die Landespartei der eigenen Jugendorganisation bei nur einer Gegenstimme zudem noch alle finanziellen Zuwendungen gestrichen. Begründung auch hier: Die Einstufung des Verfassungsschutzes.
Prompt hatten der Bezirksverband Düsseldorf und der Kreisverband Mettmann ihre Mitglieder in nahezu gleichlautenden Schreiben aufgefordert, die JA zu verlassen beziehungsweise nicht länger zu unterstützen. Begründung: "Eine völkisch-ethnische Sichtweise ist einfach unhaltbar, da im Widerspruch zum Grundgesetz", so die Formulierung im Mitgliederschreiben.
JA als Gefahr?
Die Schreiben lesen sich, wie direkt von Spiegel oder Tagesschau verfaßt: Von der JA gehe "eine ernste Gefahr" aus, heißt es dort. Gefährdet sei der "Fortbestand und die Handlungsfähigkeit der Partei". Zudem drohten die Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung oder gar ein Parteiverbot. Wer sich mit extremistischen Positionen hervortue, dürfe in der AfD keinen Platz haben. Man habe die Pflicht, durch Parteiausschlußverfahren "diese Mitglieder aus der AfD zu entfernen", so der Appell.
Der AfD-Landesvorsitzende von Thüringen, Björn Höcke, auf dessen Schultern die AfD-

Hoffnungen für 2024 in erster Linie ruhen, hatte unlängst davor gewarnt, sich in Macht- und Distanzierungskämpfen zu verzetteln. Höcke: "Alles, was in Richtung Abspaltung der JA geht, wird von mir den entschlossenen Widerstand erleben." Entsprechend hat er jetzt die Delegierten des NRW-Landesparteitags aufgefordert, sich mit der JA zu solidarisieren.
Ein entsprechender Soli-Antrag für das Wochenende liegt denn auch vor, unterzeichnet vom Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich, der um Zustimmung bittet, "damit ängstliche Distanzierungsorgien der Vergangenheit angehören".
Ob Helferich auch für einen Posten im Vorstand kandidieren wird, blieb zunächst offen. Der vorgesehene Landesvorstand kommt jedenfalls wie ein Gegenentwurf zu nationalen Kräften daher und ist mit Gefolgsleuten des NRW-Vorsitzenden Vincentz.
Trägt die Giga-Kampagne gegen die AfD, die auf allen Ebenen unerbittlich geführt wird, Früchte? Die Herrschenden kennen hier kein Maß. Das neue COMPACT-Magazin nennt die Dinge beim Namen: "Der neue Faschismus. Der Linksstaat marschiert."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Kommission will GEZ um 58 Cent erhöhen: GEZ gehört eher auf 58 Cent reduziert!**
Fernseher: Die AfD lehnt den GEZ-Zwangsbeitrag und Hofberichterstattung ab.
Eine Expertenkommission hat vorgeschlagen, die GEZ für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) um 58 Cent auf 18,94 Euro monatlich zu erhöhen. Dazu erklärt der medienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas de Jesus Fernandes:
"Der Vorschlag könnte abwegiger nicht sein. Deutschland hat mit rund 9 Milliarden Euro jährlich den international teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gleichzeitig stehen die Qualität des Programmes und der Berichterstattung diametral dem Milliardenbetrag gegenüber. Statt ausgewogenem Journalismus wird den Bürgern überproportional regierungsnahe Berichterstattung präsentiert. Wieso die Bürger für an Propaganda erinnernde Sendeformate noch mehr Geld zahlen sollen, ist nicht ersichtlich. Anstatt die GEZ um 58 Cent zu erhöhen, gehört sie eher auf 58 Cent reduziert.
Die zurückliegenden zwei Monate haben dies erneut eindrücklich gezeigt. Anfang des Jahres übernahm der ÖRR fast einstimmig ungeprüft die vermeintlichen Enthüllungen des ‚Recherchekollektivs Correctiv' zum angeblichen ‚Geheimtreffen' in Potsdam, um medial auf die AfD einzudreschen. Inzwischen mußte Correctiv zurückrudern und kann die Aussagen zu ‚Deportationen', welche bei dem Treffen gefallen sein sollen, nicht belegen.
Kurzum: Correctiv hat gelogen, und der ÖRR hat wider journalistischer Standards geifernd die Lüge übernommen. Infolge der Berichterstattung kam es zu regierungsnahen Demonstrationen gegen die Opposition durch medial aufgepeitschte Bürger. Die Interviewpartner waren immer wieder Parteimitglieder der SPD, Grünen oder Linken oder standen diesen Parteien nahe. Diese Hinweise fehlen in der Berichterstattung.
Ausgewogenheit sieht anders aus. So schafft der ÖRR keine Akzeptanz, sondern Ablehnung. Zu Recht, denn ARD, ZDF & Co. sind offensichtlich nicht willens, sich zu reformieren und zu einer fairen wie ausgeglichenen Berichterstattung durchzuringen. So ein Staatsfunk gehört prinzipiell abgeschafft.
Daher hat die AfD ihr eigenes Konzept eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorgestellt, welcher auf eine GEZ verzichtet, den Wettbewerb fördert und die Sender nicht länger zu Selbstbedienungsläden verkommen läßt."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Februar 2024: >>**Jim Knopf und die sexistischen Dinosaurier**
Von *S. Hofer*
Cancel-Amok: Michael Endes legendäre "Jim Knopf "-Romane werden umgeschrieben und eine Paläontologin zeigt auf, wie rassistisch und sexistisch viele Sauriernamen sind. …

Zu den härteten Übergriffigkeiten der Wokeness-Terroristen gehört das Auslöschen der Vergangenheit. Jegliche Ambivalenz muß verschwinden. Selbst der pure Hinweis darauf schreit nach Canceling. So war "Neger" ein wertneutraler Begriff zur Bezeichnung farbiger Menschen - im Gegensatz zum gehässigen Schimpfwort "Nigger".
Aber auch "Neger" soll verschwinden, weil der Begriff in kolonialer Vergangenheit bereits Verwendung fand. Und die will man doch überwunden haben.
Wobei woke Hipster kein Problem damit haben, daß man afrikanische Kinder in der Kobaltmine für Smartphones und E-Autos schuften läßt oder Unterschichten durch globale Gentrifizierung aus ihren Städten vertreibt: Neokolonialismus pur, aber Hauptsache ist Sprache ist "sauber". Peace im Verlies halt.
Ein besonders beliebtes Angriffsziel der Schizo-Woken: Der Kinderbuchklassiker "Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer", der den farbigen Jim als positiven Helden präsentiert. Nur: Autor Michael Ende hat in vorwoken Zeiten gelebt und deshalb das N-Wort verwendet. Jetzt hat der Thienemann Verlag nachgegeben:
Die Neuauflage wird in Absprache mit den Erben des Autors sprachlich korrigiert. Verlegerin Bärbel Dorweiler erklärt: "Kinder, die die Bücher jetzt lesen, diese sprachlichen Elemente nicht in ihren Alltagswortschatz übernehmen." Dabei wurde kein Aufwand gescheut.
Dorweiler: "Wir haben zunächst im Lektorat sehr ausführlich gelesen und alle Stellen markiert, über die man unter Umständen stolpern könnte. Dann haben wir uns von einem Sensitivity Reader beraten lassen, also von jemandem, der selber viel Diskriminierung erfahren hat.
Dann sind wir sehr ausführlich mit den Erben von Michael Ende ins Gespräch gegangen, um Stück für Stück jede Änderung zu beleuchten und zu entscheiden, ob und wie wir ändern. Wir haben vor allen Dingen einzelne Worte gestrichen und so wenig wie möglich neu hinzu geschrieben oder geändert. Das war ein langer und sorgfältiger Prozeß."
Auch die Illustrationen von F. J. Tripp fanden Überarbeitung, weil Jim Knopfs dicke rosa Lippen "und die schwarze Haut, die ohne Begrenzung in die schwarzen Haare übergeht, ... in der heutigen Betrachtung und vor dem Hintergrund der Rassismuserfahrungen schwarzer Menschen irritieren können."
Es wäre interessant herauszufinden, wie viele Kritiker des Textes und der Original-Illustrationen selber farbig sind. Wahrscheinlicher ist, daß es sich mehrheitlich um weiße privilegierte Upper-Class-Akademiker handelt. Aber nicht nur Geschwätzwissenschaftler, auch Kollegen der Naturwissenschaft wollen vom Zeitgeist profitieren:
So stellte die weiße privilegierte Paläobiologin Emma Dunne von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg fest, wie unwoke mancher Saurier- Namen doch sei. Richtig gelesen: Die Urzeitviecher, die vor 66 Millionen Jahren die Erde bewohnt haben, erhielten zahlreiche Namen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Folglich forschte Dunne und ihr Team, wie viele Dino-Namen "von Rassismus und Sexismus ausgehen und in kolonialen Kontexten oder nach kontroversen Persönlichkeiten benannt sind."
Das Ergebnis: Von den 1500 überprüften Saurier fielen 89 beim Wokeness-Test durch: Sie tragen "anstößige Namen". Als kolonialistisch gilt beispielsweise der 30-Tonnen-Dino "Janenschia robusta", benannt nach Werner Janensch, der zwischen 1909 bis 14 eine sehr erfolgreiche Ausgrabung durchzog. Und wo liegt das Problem? War Janensch ein Rassist oder anderweitig ätzend?
Nicht bekannt, aber - so die Kritik von Dunne & Co. - man hätte das Riesenvieh nach einheimischen, also afrikanischen, Expeditionsteilnehmern benennen können (oder sollen). Außerdem trügen 87 Prozent der untersuchten Dinos keine geschlechtsneutralen, sondern männliche Namen. Also auch noch sexistisch. So wird das nix mit der Erkundung der Jura- und Kreidezeit.
In unserer legendären Ausgabe über Cancel Culture lesen Sie alles über die woke Verbotswut

gegen Karl May & Co.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Bischofskonferenz: AfD für Christen "nicht wählbar"**

Die Deutsche Bischofskonferenz erklärt die AfD für "völkisch-nationalistisch" dominiert und daher für Christen "nicht wählbar". Eine Betätigung innerhalb der Partei sei ebenfalls unchristlich, wegen der rechtsextremen und rechtspopulistischen Gesinnung, die die Bischöfe der Partei vorwerfen.

Von *Redaktion*

In einem am Donnerstag veröffentlichten Aufruf erklärt die Deutsche Bischofskonferenz die AfD für "nicht wählbar". In dem Dokument heißt es, in der Partei würde eine "völkisch-nationalistische Gesinnung" dominieren.

Es gelte: "Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar." Und damit auch die AfD.

In dem Aufruf beschreibt die Bischofskonferenz auch, was sie unter der "Ideologie des völkischen Nationalismus" versteht, nämlich: "Der Rechtsextremismus behauptet die Existenz von Völkern, die angeblich in ihrem ‚Wesen' und in den kulturellen Lebensgestalten scharf von den anderen Völkern abgegrenzt werden können." Das Volk würde als "Ethnos" gedacht, als "Gemeinschaft der ethnisch und kulturell Gleichen oder Ähnlichen", das dürfe es in Deutschland nach dem Nationalsozialismus nicht mehr geben.

Daher verstehe das Grundgesetz das Volk "aus gutem Grund" als "Demos", als "Gemeinschaft der Gleichberechtigen, die auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte unsere Gesellschaft gemeinsam aufbauen und gestalten", so die Bischöfe in ihrer Distanzierung von der AfD.

Über die Partei heißt es zudem: "Die AfD changiert zwischen einem echten Rechtsextremismus, den der Verfassungsschutz einigen Landesverbänden und der Jugendorganisation der Partei attestiert, und einem Rechtspopulismus, der weniger radikal und grundsätzlich daherkommt."

Aber der Rechtspopulismus sei deshalb trotzdem nicht akzeptabel, denn er sei der "der schillernde Rand des Rechtsextremismus, von dem er ideologisch aufgeladen wird.

In beiden Fällen wird stereotypen Ressentiments freie Bahn verschafft: gegen Geflüchtete und Migranten, gegen Muslime, gegen die vermeintliche Verschwörung der sogenannten globalen Eliten, immer stärker auch wieder gegen Jüdinnen und Juden", so der Beschluß der Bischofskonferenz.

Die Welt berichtet, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Limburgs Bischof Georg Bätzing, habe zum Abschluß der Versammlung in Augsburg erklärt, das Dokument, sei nicht einfach "vom Himmel gefallen". Man habe viel Arbeit darin gesteckt, einen solchen Text zu entwerfen, bei dem sich alle Bischöfe wiederfinden könnten.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Erhöhung der Rundfunkgebühren völlig inakzeptabel - drastische Senkung ist das Gebot der Stunde**

Die Rundfunkgebühren in Deutschland sollen nach einer Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) um 58 Cent auf 18,94 Euro monatlich steigen.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kritisiert diese Empfehlung scharf und weist darauf hin, daß die AfD eine vollständige Abschaffung der Beiträge fordere:

"Anstatt die Bürger immer weiter auszunehmen, sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich

endlich deutlich gesund schrumpfen. Wir werden, sobald wir in auch nur einem Bundesland in Regierungsverantwortung sind, die Rundfunkstaatsverträge kündigen und auf eine Grundversorgung, die ohne Zwangsgebühren auskommt und sich auf den eigentlichen Programmauftrag konzentriert, hinarbeiten. Die immer wieder aufgewärmten Propagandaelemente des heutigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks braucht kein Mensch. Und die hemmungslose, millionenteure Rundumversorgung von Staatsfunkgroßverdienern schon gar nicht."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Wer kein Deutsch kann, wird nie Teil unserer Gesellschaft**

Für die Ampel reicht es schon, Migranten einen deutschen Paß auszuhändigen, damit sie Teil der Gesellschaft werden. Wohin das führt, kann man vor allem in den Metropolen beobachten: Parallelgesellschaften, Clankriminalität, Entstehung von sozialen Brennpunkten. Dabei geht es auch ganz anders: In unserem Nachbarland Dänemark wurde die Masseneinwanderung nahezu gestoppt, hat man Parallelgesellschaften aufgelöst. Gelungen ist das vor allem durch die klare Vorgabe, daß sich jeder die dänische Kultur und Sprache aneignen muß, wenn er bleiben möchte. Davon sollte Deutschland einiges übernehmen, erklärt der Vize-Fraktionschef der AfD im Bundestag, Sebastian Münzenmaier.

In die gleiche Richtung geht ein weiterer Antrag der AfD im Bundestag: An deutschen Schulen kann nur lernen, wer auch Deutsch spricht. Das genaue Gegenteil ist heute in vielen Klassen der Fall. Kinder, die die Sprache nicht können, bekommen keinen Anschluß, Lehrer sind ernüchtert und werfen immer öfter das Handtuch. Damit muß Schluß sein, fordert die Bildungspolitikerin Nicole Höchst. Kinder, die kein Deutsch können, müssen es lernen - vorher geht es für sie auf keine Regelschule, sondern in die Sprachförderung.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Mitten im Superwahljahr: MDR-Geheimtreffen mit Verfassungsschutz!**

Was von der angeblichen Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu halten ist, zeigt ein aktueller Skandal beim MDR. Der langjährige "Handelsblatt-Korrespondent" Norbert Häring berichtet, daß der MDR "Hintergrundgespräche" mit den Verfassungspräsidenten seines Sendegebiets (Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt) anberaumt habe. "Zufällig" findet im September in zwei dieser drei Bundesländer eine Landtagswahl statt (Sachsen, Thüringen). Gegenüber der Plattform "Apollo News" bestätigten sowohl der MDR als auch der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt den Sachverhalt.

Über die Inhalte der drei geplanten beziehungsweise bereits stattgefundenen Gespräche wird nichts berichtet. Die "Vertraulichkeit" müsse gewahrt werden, heißt es dazu vom MDR. Der Gebührenzahler bezahlt also mit Zwangsbeiträgen jährlich Milliardensummen und darf dann noch nicht einmal erfahren, für welche Machenschaften das Geld verwendet wird und ob die Geheimtreffen dazu dienen sollen, die Diskreditierung der Opposition zu besprechen. Einmal mehr zeigt sich: Institutionen wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Verfassungsschutz müssen umfassend reformiert und vom Einfluß der etablierten Parteien befreit werden. Genau dafür wird die AfD sorgen!<<

Ukraine: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.364/…): >>**Herrschaft des faschistischen Nationalismus in der Ukraine**

Von *Herbert Ludwig*

Die große gesellschaftliche Bedeutung faschistisch-nationalistischer Auffassungen in der Ukraine, die man auch als neonazistisch bezeichnen kann, wird von der Bundesregierung und ihrer geballten Medienmacht bestritten und als Einzelerscheinungen verharmlost. Doch die Wahrheit läßt sich detailliert nachweisen, wozu wir in der Hauptsache wieder auf das bereits im vorangegangenen Artikel vielfach erwähnte, ausgezeichnet recherchierte Buch von Tho-

mas Mayer "Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg" zurückgreifen.
Ausführlich schildert er in "Teil I - Die Ausgangslage" im Unterkapitel "Nationalismus in der Ukraine" die historisch entstandene Situation der heute in der Gesellschaft weitgehend dominierenden neonazistischen Kräfte.
Thomas Mayer weist zu Beginn darauf hin, daß die ukrainische Verfassung von 1996 die einzige Verfassung der Welt sei, in der die genetische (oder "rassische") Reinheit als eine Aufgabe des Staates verankert sei. Es heiße dort in Artikel 16: "… und die Bewahrung des Erbguts des Ukrainischen Volkes sind Pflicht des Staates." Die deutschen Nationalsozialisten hätten dasselbe schreiben können.
Dabei sei die Ukraine ein Vielvölkerstaat. Was heiße da "Erbgut des Ukrainischen Volkes". Durch Heiraten und Völkerwanderungen habe sich das Erbgut dieser Volksgruppen seit Jahrhunderten durchmischt. Das "ukrainische Erbgut" könne es nicht in der Realität, sondern nur als Fiktion in der Ideologie von Nationalisten geben, die so viel Einfluß hatten, daß sie die ukrainische Verfassung 1996 prägen konnten.

Organisation Ukrainischer Nationalisten

1929 sei durch den Zusammenschluß der "Ukrainischen Militärischen Organisation" (UWO) mit verschiedenen schon bestehenden nationalistischen Gruppen die "Organisation Ukrainischer Nationalisten" (OUN) gegründet worden mit dem Ziel, die Unabhängigkeit einer ethnisch reinen Ukraine durch den bewaffneten Kampf zu erreichen.
Wichtigster Ideengeber der OUN sei Dmytro Donzow (1883-1973) gewesen, der einen "integralen Nationalismus" befürwortet habe. Der Vereinigung aller ukrainischen Siedlungsgebiete in einem ukrainischen Nationalstaat und der Unabhängigkeit der Ukraine sollten alle übrigen politischen Ziele untergeordnet werden. Erreicht werden sollte dieses Ziel auch mit "Amoralität". In seinem Buch "Nationalismus" von 1926 habe er gefordert:
"Anstelle von Pazifismus ... die Idee von Kampf, Expansion, Gewalt ... . Anstelle von Skeptizismus und Mangel an Glauben und Charakter - ein fanatischer Glaube an die eigene Wahrheit, Exklusivität, Härte. Anstelle von Partikularismus, Anarchismus und Liberalismus - die Interessen der Nation über allem, ... und die Unterordnung des Individuums unter das Nationale."
Daraus wird schon ersichtlich, daß die ukrainischen Nationalisten einer Form des Faschismus huldigten, obwohl sie dieses Wort möglichst zu vermeiden suchten. Der Historiker Grzegorz Rossolinski-Liebe von der Freien Universität Berlin habe 2014 die erste wissenschaftliche Arbeit über die OUN und deren bekanntesten Führer Stepan Bandera (1909-1959) und den Bandera-Kult veröffentlicht und darin festgestellt:
"In den Diskursen, die sie in ihren eigenen Publikationen führten, setzte sich die Idee, daß die OUN faschistisch ist, spätestens in den frühen 1930er Jahren durch. Seitdem war allen Mitgliedern der Bewegung klar, daß zwischen radikalem Nationalismus und Faschismus kein Widerspruch besteht und daß sie zugleich Nationalisten und Faschisten waren. Viele waren auch stolz, einer europäischen, transnationalen Bewegung anzugehören, die von Mussolini und Hitler angeführt wurde."
Der Historiker habe entdeckt, daß in der OUN seit 1934 Pläne ausgearbeitet wurden, die Polen und Juden aus der Ukraine zu vertreiben oder zu ermorden. Er schreibe:
"Polen, Juden und Russen waren die Hauptfeinde der OUN. Auch demokratische und kommunistische Ukrainer waren eine wichtige Feindgruppe. Allen OUN-Mitgliedern war seit Mitte der 1930er Jahre klar, daß die Führung von ihnen erwartete, bei einer passenden Begebenheit - wie z.B. einem Krieg - die Ukraine ethnisch zu säubern. Als Methoden hierfür wurden Vertreibung und Massenmord gesehen, und viele Nationalisten waren bereit, entsprechend zu handeln."
Bei der Gründung der OUN 1929 seien die "Zehn Gebote des ukrainischen Nationalisten", der

sogenannte "Dekalog" als Kernprogramm der OUV beschlossen worden. Jedes Mitglied der OUN habe den Dekalog auswendig können sollen:
"Ich bin der Geist des ewigen Elementes, der dich vor dem Tatarensturm gerettet und dich an den Rand zweier Welten gebracht hat, um neues Leben zu schaffen.
Du wirst den ukrainischen Staat erkämpfen oder im Kampf für ihn sterben.
Du wirst niemandem erlauben, den Ruhm und die Ehre deiner Nation zu beschmutzen.
Erinnere dich an die großen Tage unserer Befreiungskämpfe.
Sei stolz darauf, daß du der Erbe des Kampfes für den Ruhm des Trysub von Wolodymyr bist. (Anm.: Dreizack im Wappen von Wolodymyr dem Großen, Großfürst von Kiew 978-1015)
Räche dich für den Tod der großen Ritter.
Sprich nicht über die Sache, mit wem du kannst, sondern mit wem du mußt.
Du sollst nicht zögern, die allergefährlichste Tat zu begehen, wenn die Sache dies verlangt. (im Lenkawskyjs Originalfassung: "… das allergrößte Verbrechen …")
Begegne den Feinden Deiner Nation mit Haß und rücksichtslosem Kampf.
Weder Bitten noch Drohungen noch Folter noch Tod werden Dich zwingen, Geheimnisse zu verraten.
Du wirst dich bemühen, die Macht, den Reichtum und den Ruhm des Ukrainischen Staates zu erweitern."
Diese zehn Gebote der Nationalisten seien weitgehend die diabolische Umkehrung der zehn Gebote des Alten Testamentes. Sie hätten auch im weiteren Verlauf der Geschichte eine Rolle gespielt.
Während des 2. Weltkrieges habe die OUN den "Katechismus eines ukrainischen Nationalisten" verteilt, der die wichtigsten Richtlinien, den genannten "Gegen-Dekalog", die 44 Gesetze des Lebens, die 12 Charaktereigenschaften eines ukrainischen Nationalisten enthalten habe und Gedichte, die zum Kampf für eine freie Ukraine aufforderten.
2014 seien die umgekehrten "zehn Gebote" auch bei den monatelangen Protesten auf dem Maidan-Platz in Kiew massenhaft unter die Leute gebracht und Parolen daraus plakatiert worden.
Im Mai 2022 sei in Mariupol das nationalistische "Asow-Battaillon" nach langem Widerstand von der russischen Armee aufgerieben worden. Thomas Röper (Anti-Spiegel) habe danach die Asow-Stabsstelle besichtigen können und geschrieben:
"In einer Etage hatte die russische Armee zusammengetragen, was sie in den Büros der Offiziere gefunden hatte, und ausgestellt. Der größte Raum war vor der Übernahme durch die russische Armee mit den schwarzen Schilden dekoriert, die zu Ehren der gefallenen Asow-Kämpfer angefertigt worden waren. Sie zeigen die ´schwarze Sonne`, ein Symbol der Waffen-SS, und den Kampfnamen des Gefallenen. Auf einem Tisch war eine Hitler-Ikone, die aus dem Büro eines hohen Asow-Offiziers stammte."
Und es habe dort große Plakate mit den zehn Geboten der Nationalisten gegeben. Einen Einblick gibt ein Kurzvideo.
Bemerkenswert sei, daß in der ukrainischen Gesellschaft und in westlichen Mainstream-Medien die Asow-Kämpfer als Volkshelden und Sinnbilder für den nationalen Widerstand verehrt würden.

OUN im 2. Weltkrieg

Da am Ende des 1. Weltkrieges Teile der Westukraine Polen zugeschlagen worden seien, habe die OUN dort bis zum Beginn des 2. Weltkrieges einen Guerillakrieg gegen den polnischen Staat geführt - Anschläge auf staatliche Funktionäre, Brandstiftungen, Bahnstreckenzerstörungen etc. Auch Ukrainer, die für eine Zusammenarbeit mit Polen eintraten, da Kultur- und Wirtschaftsorganisationen der Ukrainer weiter bestehen durften, seien ebenfalls Ziele von OUN-Attentaten gewesen. 1934 sei dem OUN die Ermordung des polnischen Innenministers

Pieracki gelungen.
1939 habe die Rote Armee entsprechend des Hitler-Stalin-Paktes Ostgalizien und Westholhynien im Gebiet der heutigen West-Ukraine besetzt, so daß sich der Untergrundkampf der OUN nun gegen die sowjetischen Truppen gewendet habe.
Doch auch innerhalb der OUN habe es heftige Auseinandersetzungen gegeben, die auf einem Kongreß 1940 in Krakau zur Spaltung in die "Melnykisten" (OUN-M), meist ältere Emigranten, und die "Banderisten" (OUN-B), meist jüngere Anhänger Stepan Banderas mit Erfahrung im Untergrundkampf, geführt hätten.
Aus OUN-Angehörigen habe die deutsche Wehrmacht 1940 das "Bataillon Nachtigall" und das "Bataillon Roland gebildet, die auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion kämpften.
Am 30. Juni 1941 habe das "Bataillon Nachtigall" zusammen mit deutschen Gebirgsjägern die westukrainische Stadt Lemberg besetzt, aus der sich die Sowjets zurückgezogen und zuvor tausende von Strafgefangenen ermordet hätten. Diese Taten seien durch die NS-Propaganda jedoch den Juden zur Last gelegt worden, um die Stimmung gegen die Juden aufzuheizen. Sofort habe in Lemberg unter maßgeblicher Beteiligung des "Bataillons Nachtigall" ein furchtbares Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung mit etwa 4.000 ermordeten Juden begonnen, der den Auftakt zu einem systematischen Völkermord der Nazis gewesen sei.
Mehr als ein Drittel der Bevölkerung Lembergs und damit über 100.000 Menschen seien Juden gewesen. Als die Rote Armee im Juli 1944 Lemberg wieder erobert habe, seien nur noch etwa 300 Juden am Leben gewesen. Insgesamt seien in der Ukraine etwa 1,5 Millionen Juden ermordet worden.
Gleichzeitig am 30. Juni 1941 habe Stepan Banderas Stellvertreter Jaroslaw Stezko in Lemberg einen unabhängigen ukrainischen Staat ausgerufen, als dessen Präsident er von den OUN-B-Angehörigen gewählt worden sei. Stezko habe in Briefen an Hitler, Mussolini, Franco und Pavelic, den faschistischen Regierungschefs in Europa, versichert, daß sein Staat ein Teil von Hitlers "Neuer Ordnung in Europa" sei.
Doch die deutschen Nationalsozialisten hätten keine unabhängige Ukraine gewollt und daher Stezko und Bandera verhaftet und in einem relativ komfortablen Anbau des KZ Sachsenhausen untergebracht.
Der OUN-Verfassungsentwurf für die unabhängige Ukraine aus dem Jahr 1939 habe Juden von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Und noch im Juli 1941 habe Stezko erklärt:
"Ich unterstütze die Vernichtung der Juden und halte es für zweckmäßig, die deutschen Methoden zur Ausrottung des Judentums in die Ukraine zu bringen, um ihre Assimilierung und ähnliches zu verhindern."
Die beiden Bataillone "Nachtigall" und "Roland" seien im Herbst 1941 wieder aufgelöst worden, worauf viele Soldaten zur ukrainischen Hilfspolizei gegangen seien. Der Historiker G. Rossolinski-Liebe erläutere dazu:
"Die Hälfte aller ukrainischen Juden - etwa 800.000 - wurde auf dem kleinen Gebiet der West-Ukraine getötet, wo die OUN-B, trotz der Verhaftung ihrer Führerriege, die Deutschen beim Judenmord unterstützte. Sie schickte ihre Mitglieder zur Polizei, damit sie bewaffnet wurden und die Besatzer bei den Deportationen unterstützen konnten. Aufgrund der kleinen Anzahl von deutschen Polizisten in der Ukraine wäre die Ermordung von mehr als 90 Prozent aller westukrainischen Juden ohne sie nicht möglich gewesen."
Der Historiker Götz Aly schätze die Zahl der ukrainischen Hilfspolizisten auf etwa 200.000, von denen mindestens 40.000 unmittelbar an der Ermordung jüdischer Menschen teilgenommen hätten.
Danach hätten die Banderisten begonnen, massenhaft Polen zu ermorden.
Im März 1943 seien etwa 5.000 ukrainische Hilfspolizisten mit ihren Waffen in die 1942 gegründete "Ukrainische Aufständische Armee" (UPA) übergelaufen, dem neuen militärischen

Arm der OUN-B, der durchgängig die Armee des polnischen Untergrundstaates und die sowjetischen Partisanen bekämpfte. Die UPA habe zwischen 30.000 bis 200.000 Kämpfer umfaßt und bis 1956 existiert.
Von Februar 1943 bis Kriegsende seien von der UPA bis zu 100.000 Polen massakriert worden, von den Deutschen geduldet, und umgekehrt hätten die Polen bis zu 15.000 Ukrainer umgebracht.
Auch die Melnykisten (OUN-M) unterstützten nach Recherchen Thomas Mayers ab Juli 1943 aktiv die Nationalsozialisten. Es seien 7 ukrainische Regimenter mit je 2.000 Mann zur "SS-Freiwilligen-Division-Galizien" aufgestellt worden.

Nach dem Krieg

Stepan Bandera sei 1946 nach München geflüchtet und habe dort unter falschem Namen mit Unterstützung des amerikanischen CIA und des britischen Geheimdienstes M16 ein gegen die Sowjets gerichtetes OUN-Zentrum aufgebaut, das Anhänger ausgebildet und als Spione in die sowjetische Westukraine gesandt habe, um die nationalistische ukrainische Untergrundbewegung zu unterstützen. Auch der deutsche BND habe mit ihm zusammengearbeitet und ihn vor dem sowjetischen Geheimdienst KGB abgeschirmt. Doch am 15.10. 1959 habe ihn ein KGB-Agent in München ermorden können. Seitdem sei Bandera zum Märtyrer der ukrainischen Nationalisten geworden.
Nach dem Krieg habe die CIA besonders auf Banderas Sicherheitschef Mykola Lebed gesetzt, der als Leiter der UPA in der Ukraine während des 2. Weltkrieges die "Säuberungen" der Westukraine von Polen und Juden koordiniert habe.
Lebed sei bis in die 1980er Jahre zum wichtigsten Mann der CIA geworden, um im Kalten Krieg Einfluß in der Ukraine zu nehmen. Ab 1950 sei dies Aufgabe der CIA-Operation "Aerodynamic" gewesen, zu deren Schlüsselfigur Lebed aufgestiegen sei. Es seien Agenten in die Ukraine ein- und ausgeschleust und das ukrainische Untergrundnetzwerk der Nationalisten in jeder Hinsicht unterstützt worden.
Diese Methode habe dann mehr zu einer ideologischen Infiltration der Ukraine gewechselt, die über Zeitungen, Bücher und Radioprogramme stattgefunden habe. Es sollte damit das nationale kulturelle Selbstbewußtsein vor allem der jüngeren Ukrainer gefördert werden, als Vorbereitung für einen weitergehenden Nationalismus.
Man sieht, wie die USA bereits hier den ukrainischen faschistischen Nationalismus für ihre eigenen imperialen Ziele gegen Rußland skrupellos instrumentalisiert haben.
Es wurde erreicht, daß Stepan Bandera, der als Massenmörder bezeichnet werden müsse, vor allem von breiten Bevölkerungsschichten im Westen der Ukraine als Nationalheld verehrt werde. Laut der ukrainischen "Rating Group" hätten 74 Prozent der Ukrainer eine positive Meinung zu ihm. Die Massenmorde würden verdrängt. Bandera sei für sie ein Symbol für den Freiheitskampf. Anstatt die faschistische Vergangenheit aufzuarbeiten, werde aktiv an sie angeschlossen.
Thomas Mayer: "Im Januar 2010 verlieh der damalige ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko Stefan Bandera postum den Ehrentitel "Held der Ukraine". Die Moskauer Allee in Kiew wurde in Stepan-Bandera-Allee umbenannt. Es gibt seit 2014 in der Ukraine hunderte nach ihm benannte Straßen, viele lebensgroße Statuen und Büsten, einige monumentale Denkmäler sowie mehrere Museen zu seinen Ehren. Zum 100. Geburtstag bekam er eine Gedenkbriefmarke."
Auch viele andere Banderisten würden als Nationalhelden verehrt. So habe auch Roman Schuchewytsch, der Kommandeur des "Bataillons Nachtigall", das 1941 an den Pogromen in Lemberg mitgewirkt hatte, und der als UPA-Führer auch für die Ermordung der Polen in der Westukraine verantwortlich gewesen sei, ebenfalls eine Gedenkbriefmarke bekommen. Er habe auch Gedenkmünzen, Denkmäler und postum die Ehrenbürgerschaft von Lemberg sowie

2007 ebenfalls von Präsident Juschtschenko den Titel "Held der Ukraine" erhalten.
Es gebe in der Ukraine noch viele weitere Beispiele der Verehrung von faschistischen Nationalisten. So sei jetzt auch eine "Straße der Helden des Asow-Regiments" bekannt geworden. Das Asow-Emblem sei die "Wolfsangel", ein von der SS verwendetes Nazi-Emblem.

Großer gesellschaftlicher Einfluß

Thomas Mayer schildert weiter, daß sich die heutigen nationalistischen Bewegungen der Ukraine offen auf Bandera bezögen, so wie auch die Partei "Swoboda" mit dem charismatischen Oleh Tyahnybok. Sie habe bei den Wahlen 2012 zwar nur 10 Prozent der Stimmen und 37 Sitze erhalten, ihr nationalistisches Programm und ihre Forderungen nach ethnisch reinen Staatsbediensteten und Wahlberechtigten seien aber weitgehend von den anderen Parteien übernommen und die meisten rassistischen, rechtsradikalen Forderungen inzwischen auch eingeführt worden. Der Swoboda-Abgeordnete Yuriy Mykhalchyshyn habe in Kiew eine Denkfabrik gegründet, die ursprünglich "Joseph Goebbels Political Research Center" geheißen habe.
Thomas Röper resümiere: "Tyahnybok saß Ende Februar 2014 mit dem deutschen Außenminister Steinmeier am Verhandlungstisch, als es um den Machtwechsel in Kiew ging, und Tyahnybok war einer von den Politikern, die im Westen als ´demokratische Opposition` gefeiert und unter anderem von Steinmeier unterstützt wurden."
Neben der Swoboda gebe es weitere nationalistischen Organisationen wie der von Dmitri Jarosch geleitete "Rechte Sektor", ein Zusammenschluß rechtsradikaler Gruppierungen, der beim Maidan-Putsch eine dominierende Rolle gespielt und großen Einfluß auf die Entwicklung des Landes genommen habe. "Diese Gruppen mögen von der Anzahl her relativ klein sein", so Thomas Mayer, ihr Gedankengut und der Bandera-Kult durchzögen jedoch die ganze ukrainische Gesellschaft und seien Allgemeingut und Selbstverständlichkeit geworden. "Kulturelle Hegemonie" sei der Fachbegriff dafür.
"Der 1. Januar, Stepan Banderas Geburtstag, wird in der Ukraine öffentlich gefeiert. Es gibt zahlreiche Paraden, Märsche, Fackelzüge und Gedenkfeiern. Diese Feiern werden von den Behörden unterstützt. Am 1. Januar 2023 twitterte das Kiewer Parlament ein Gedenken für Stepan Bandera. Dabei wurde der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, lächelnd mit einem Porträt von Bandera abgebildet, begleitet von folgendem Zitat Banderas: ´Der vollständige und endgültige Sieg des ukrainischen Nationalismus wird kommen, wenn das russische Imperium aufgehört hat zu existieren`. - Das ist Bandera-Verehrung - also Faschismus-Verehrung - von ganz oben: der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee auf dem Twitterkanal des ukrainischen Parlaments. Mehr geht nicht."
Aus Artikel auf: https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/die-richtlinien-von-stepan-bandera-sind-dem-oberbefehlshaber-wohlbekannt/
Der Historiker Rossolinski-Liebe faßt zusammen:
"Das Tragische an dem Kult um Bandera, andere OUN-Kader und UPA-Partisanen ist, daß die Menschen in der Ukraine - und dazu muß man auch den ukrainischen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, zählen - nicht wissen, wen sie eigentlich verehren. Bzw. sie erinnern sich nur an den Kampf gegen die Sowjetunion, aber nicht an den Faschismus, die Kollaboration im Holocaust und die Massenmorde an Polen und Ukrainern.
Auf diese Weise wird in der Ukraine oft Faschismus bzw. Radikaler Nationalismus mit Demokratie verwechselt."
Thomas Mayer fährt fort, daß die OUN 1939 auf ihrem zweiten Kongreß offiziell die Grußformel "Slawa Ukraini", Slawa Herojam" beschlossen habe, was mit "Heil, Ehre, Ruhm der Ukraine" bzw. "Ruhm den Helden" übersetzt werden könne. Mit diesem Spruch werde die Nation über alles erhoben. Die Nation werde zu einem Gott. Es sei ein Kult-Ritual der "Nationalisten-Kirche". Kulte schüfen eine gemeinsame Identität.

Während der gewaltsamen Maidan-Proteste im Winter 2013/2014 hätten Nationalisten diese Grußformel in Umlauf gebracht, um nationalistische Stimmung zu erzeugen, und die Mehrzahl der Demonstranten habe die Formel übernommen.
An diesem Beispiel sehe man die Einflußnahme der Nationalisten auf die ukrainische Gesellschaft.
2018 habe das ukrainische Parlament mit großer Mehrheit die Grußformel "Slawa Ukraini, Slawa Herojam" verpflichtend für Armee und Polizei eingeführt. Der Faschisten-Gruß sei also zum offiziell verordneten militärischen Gruß geworden.
Viele ukrainische Politiker beendeten damit ihre Reden. Politiker aus aller Welt, auch der deutsche Bundeskanzler Scholz, hätten in Fernsehauftritten "Slawa Ukraini" geschmettert und sich so mit dem ukrainischen faschistischen Nationalismus solidarisiert.
"Slawa Ukraini ist der bekennende Gruß der ukrainischen Faschisten - genauso wie 'Heil Hitler' der der deutschen Faschisten."
Das nationalistische Denken werde in der Ukraine auch in Schulen, Universitäten und Bibliotheken verbreitet. Zur Verehrung der Banderisten gehöre auch, daß es rechtsextremistische Sommerlager für Jugendliche gebe, die staatlich gefördert würden. Dort würden schon achtjährige Kinder an der Kalaschnikow ausgebildet, um Russen zu töten, die von Ausbildern als "Untermenschen" bezeichnet würden.
Das Geschilderte zeige, so Thomas Mayer zusammenfassend, daß es in der Ukraine eine breite faschistisch-nationalistische Bewegung gebe, die ein ethnisch gesäubertes Land zum Ziel habe. Dieser Faschismus sei nicht auf kleine Gruppen beschränkt, sondern - im Sinne der kulturellen Hegemonie - Allgemeingut in Politik und Gesellschaft geworden.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28272" berichtet am 23. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Statistisches Bundesamt verfälscht Todesstatistik!**
… *Marcel Barz*
Die Bürger werden über das Sterbegeschehen nicht ehrlich informiert. Die offiziellen Daten vom Statistischen Bundesamt zeigen deutlich erhöhte Sterbezahlen ab 2021, erstmals auch in jüngeren und mittleren Altersgruppen. Statistiker Marcel Barz zeigt die offiziellen Sterbezahlen und die "seltsamen Fehler", die unsere Behörden bei der Veröffentlichung dieser Zahlen machen.
Zahlen und Statistiken sind bekanntlich nicht jedermanns Sache. Gern überlassen viele deren Erhebung und Auswertung Experten und vertrauen den präsentierten Ergebnissen. Doch nicht immer ist man dabei gut beraten. So zum Beispiel im Fall der publizierten Sterbefallzahlen des Statistischen Bundesamtes während der Coronazeit. Wir alle konnten miterleben, wie das Amt nach Ausbruch der Krise im Jahr 2020 eine deutliche Übersterblichkeit verkündete. Befeuert von den Medien war den meisten klar: Die Pandemie fordert Opfer und wer sich schützen will, muß sich immunisieren lassen. Die erzeugte Angst zeigte Wirkung!
Anders jedoch in den Jahren 2021 und 2022. Die groß angelegte Kampagne hatte ihr Ziel erreicht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung war geimpft. Bezüglich der Sterberaten gab es laut offiziellen Darstellungen demzufolge keine Unregelmäßigkeiten mehr. Wie der Wirtschaftsinformatiker Marcel Barz allerdings feststellte - eine glatte Lüge. Zitat: "Das, was ich in den Rohdaten der Sterbefälle sehe, ist komplett spiegelverkehrt zu dem, was die Öffentlichkeit meint", so Barz. In mühevoller Kleinarbeit verglich er Rohdaten und kam zu erstaunlichen Ergebnissen.
Er fand heraus, daß es entgegen amtlichen Verlautbarungen in 2020 keine Übersterblichkeit gab. Dafür sind in den folgenden 2 Jahren nicht nur alarmierend mehr Menschen gestorben, sondern auffällig viele Frauen und Männer mittlerer und jüngerer Jahrgänge. Das Sterbegeschehen zeigte auch erstmals einen nie zuvor dagewesenen völlig untypischen Verlauf bezogen auf die Jahreszeiten. Marcel Barz zeigt die seltsamen Fehler, welche die Behörden im

Umgang mit den offiziellen Zahlen machten. "Wie kann es sein", fragte sich der Autor, "daß die öffentliche Kommunikation so weit von den Rohdaten abweicht?"
Sehen Sie jetzt einen Zusammenschnitt des Video-Vortrages:
"Das Sterbegeschehen in den Rohdaten" (www.kla.tv/27918)
Über dieses Video …
Die offiziellen Daten vom Statistischen Bundesamt zeigen zweifelsfrei, daß es tausende Tote zu viel in den Jahren 2021 und 2022 in Deutschland gab. Schlimmer noch, erstmals betrifft das auffällige Sterbegeschehen auch jüngere Altersgruppen.
Warum sehen, hören und lesen wir nichts davon in den Medien? Welche tödliche Gefahr hat unsere Bevölkerung ereilt? Welche Rolle spielt das Statistische Bundesamt in Wiesbaden?
In diesem Vortrag zeige ich die offiziellen Sterbezahlen und die "seltsamen Fehler", die unsere Behörden bei der Veröffentlichung dieser Zahlen machen.
Wir Bürger werden über das Sterbegeschehen nicht ehrlich informiert.
(Marcel Barz (Jüterbog, den 20.11.2023))
Vortragsstart:
Mein Name ist Marcel Barz, ich bin 48 Jahre alt. Ich komme aus dem Raum Berlin, um genau zu sein: aus dem kleinen Städtchen Jüterbog. Und ich bin gelernter Wirtschaftsinformatiker, d.h. ich beschäftige mich mit Daten und mit Zahlen. Und weil ich das immer so ganz genau mache und noch mal nachrechne, habe ich mir den Titel "Erbsenzähler" eingefangen - auf den ich aber durchaus stolz bin.
So, das Thema soll heißen: "Das Sterbegeschehen in den Rohdaten".
Mit Rohdaten meine ich unveränderte Daten. Also, ich schaue mir nicht fertige Pressemitteilungen oder Grafiken an, sondern ich hole mir Datenpakete, so feingliedrig, wie ich sie bekommen kann und fang dann selber an, Summen zu bilden und Grafiken zu erstellen usw. Also das meine ich mit "Rohdaten".
Und beim Sterbegeschehen, da geht es um die Frage: Sind denn in Deutschland viele oder wenige Menschen gestorben? Also nicht nur die Anzahl der Menschen, sondern es ist auch einzuschätzen, waren das jetzt mehr als üblich oder waren das weniger. Nichts weiter - das ist die Fragestellung.
Das, was ich in den Rohdaten der Sterbefallzahlen sehe, ist komplett spiegelverkehrt zu dem, was die Öffentlichkeit meint.
Und konkret ist das so - also zum Sterbegeschehen in 2020 - die "Öffentliche Meinung" ist: Wir hatten hier ein auffälliges Sterbegeschehen wegen der Pandemie. Und ich selbst war davon überzeugt, daß es so ist in 2020. Und entsprechend war auch das Verhalten der Menschen - ich selbst war in Angst vor dem Sterben, in Angst vor dem Virus. Aber wenn ich in die Rohdaten schaue, dann sehe ich genau das Gegenteil. Ich sehe nicht nur keine Auffälligkeiten in 2020, ich sehe sogar historische Tiefstände im Sterbegeschehen in 2020. Und die Frage ist: Wie kann das so weit auseinander gehen, das, was in den Daten zu sehen ist und das, was die Öffentlichkeit darüber denkt?
Das ist meine Behauptung. Aber die werde ich auch ausführlich jetzt in dem Vortrag begründen. Nicht nur, daß es in 2020 so war, in 2022, das nehme ich jetzt mal als zweites Beispiel noch, ist es wieder genau andersrum, als die Öffentlichkeit denkt. Während die öffentliche Meinung die ist, in den Sterbefallzahlen gibt es keine Auffälligkeiten mehr, und entsprechend ist auch das Verhalten der Menschen: Normalität, niemand redet mehr über Sterbefallzahlen, wir reden über Ukraine, wir reden über Israel, es gibt ganz andere Themen, Corona ist so was von gestern.
Und wenn ich aber die Sterbefallzahlen sehe, dann sehe ich jetzt diese Auffälligkeiten, die viele in 2020 glaubten zu sehen, die sehe ich jetzt in den Sterbefallzahlen. Und das Dramatische - ich sehe diese Auffälligkeiten auch bei den jungen Jahrgängen. Da hatte ich solche Mu-

ster in der Vergangenheit nie. Aber jetzt sehe ich auffällig erhöhtes Sterben bei den jungen Jahrgängen. Und das ist wirklich dramatisch.
Und interessant ist, wenn wir jetzt reinzoomen auf Wochenebene und das ist eben diese Grafik.
Jetzt habe ich die "Spaghetti" sozusagen nicht übereinander gelegt, sondern hintereinander, also sozusagen von 2011 bis 2023. Und ich habe sogar noch weiter zurückgeschaut, aber das habe ich erstmal abgeschnitten, daß man was sieht. Und diese blaue Zickzacklinie, das ist nun die Sterberate und zwar nur der der Altersgruppe 45 bis 50, also meine Altersgruppe. Und wir sehen ein ziemlich konstantes Muster. Ja, es bricht sozusagen mal oben und mal unten raus, aber es verhält sich doch relativ gleichmäßig.
Ja, immer das gleiche Muster: Im Winter ist es halt ein bißchen erhöht und im Sommer geht es wieder ein bißchen runter, nächsten Winter wieder hoch. Und wenn wir das jetzt nach links noch verlängern würden, dann würde es eben immer dieses Muster ergeben. Und jetzt kommt die schlimmste Pandemie aller Zeiten. Und das sieht dann so aus. Und auf den ersten Blick sagt man: Das ist doch eigentlich so wie immer. Die schwarze Linie, das ist sozusagen der saisonale Trend. Und wir bewegen uns hier in 2020 genauso wie in den Vorjahren. Wir hatten sogar einen Ausreißer nach unten, der historisch ist sozusagen. Aber ich sehe kein auffälliges Muster.
Und jetzt kommen die Jahre 21 und 22 mit dazu. Und das ist aber ein Muster, was man noch nie gesehen hat in dieser Altersgruppe in den kompletten Jahren davor. Also wir sehen deutlich, daß die blaue Linie weit über der schwarzen bleibt, die schwarze Linie kaum noch durchstößt und da große Flächen entstehen. Und das heißt einfach, hier sind viele junge Menschen gestorben an irgendeiner Gefahr, die es da draußen gibt, die es nun zu untersuchen gilt. Diese Sterblichkeit hatten wir vorher noch nie in dieser Altersgruppe. Also ein ganz deutliches Alarmsignal. Und ich wundere mich, daß da nichts passiert, weil dieses Muster gab es noch nicht. Und es zeigt nur in eine Richtung, nämlich nach oben.
Und ich will mal noch eine andere Altersgruppe nehmen. Wir gucken uns mal noch die der 50- bis 55-Jährigen an. Und wir sehen eigentlich das gleiche Bild.
Immer ähnliche Ausschläge der Sterberate. Und jetzt kommt die Pandemie dazu, 2020. Und wir sehen eigentlich ein unterdurchschnittliches Sterbegeschehen in der Gruppe der 50- bis 55-Jährigen. Ja, also andere Jahre waren wesentlich drüber. Und jetzt zeige ich die Jahre 2021 und 2022. Und wir sehen das Gleiche wie in der anderen Altersgruppe:
Ein ganz deutliches Muster, was weit über dem saisonalen Trend liegt. Also mit anderen Worten, hier sind tausende Menschen verstorben in den jungen Altersgruppen, die eigentlich statistisch noch nicht dran wären. Es ist ein ganz deutliches Alarmsignal und ich höre davon nichts.
Und das Problem ist, wenn man sich nur die Gesamtbevölkerung anschaut, dann ist dieses Alarmsignal überdeckt durch das Sterben der Älteren, weil da einfach die Sterberaten viel größer sind. Dann sieht man das gar nicht. Man muß sich Sterberaten anschauen und man muß sie wochenweise anschauen und man muß sie pro Altersjahrgang oder kleine Altersgruppenbilder anschauen.
Und dann ist dieses Signal nicht zu übersehen. Und da das Statistische Bundesamt das ja macht - wochenweise Sterberaten sich anschauen, ich habe es ja gezeigt in der Publikation - wundert es mich, daß dieses Alarmsignal nicht bekannt gegeben wird, und daß das der Öffentlichkeit verschwiegen wird.
Ich komme nun zum Fazit:
Ich denke, ich konnte zeigen, warum Sterberaten geeignet sind, um das Sterbegeschehen zu beurteilen, weil sie nämlich leicht verständlich sind für jedermann und deshalb für die öffentliche Kommunikation so gut geeignet sind. Denn wir haben ein Gefühl dafür, was Prozentan-

gaben bedeuten: 2 %, 5 %, das kennen wir aus dem Alltag. Und deshalb finde ich, sollten wir uns Sterberaten anschauen. Sterberaten sind objektive Daten, das sind sozusagen Fakten. Da steckt keine Rechnung, da steckt kein Modell dahinter, sondern so haben wir es gemessen, so haben wir es beobachtet. Und Sterberaten sind vorhanden im Statistischen Bundesamt. Und nur weil sie nicht veröffentlicht werden, heißt es nicht, daß sie nicht da sind. Also wir sollten die Sterberaten vom Statistischen Bundesamt einfordern.
Und der Grund, warum die Öffentlichkeit ein falsches Bild vom Sterbegeschehen in 2020 hatte, ist einfach der, weil sich das Statistische Bundesamt für falsche Kennzahlen entschieden hat für die öffentliche Kommunikation, nämlich für Sterbefallzahlen und für Übersterblichkeitswerte. Ja, ich habe, glaube ich, ganz gut erklärt, Sterbefallzahlen verzerren das Bild, wenn sich die Bevölkerung verändert, also wenn die Bevölkerung größer wird und wenn die Bevölkerung älter wird. Und bei Übersterblichkeitswerten ist es so, wenn sie mit so einer fragwürdigen Methode, wie diese Medianmethode berechnet wird, dann kommt sie bei einer überalternden Bevölkerung auch zu überhöhten Werten.
Und wenn wir immer nur diese beiden Kennzahlen kommunizieren, was das Statistische Bundesamt macht, dann ist es kein Wunder, daß da eben so ein falscher Eindruck entsteht.
Ja, und das allein ist eigentlich schon ein Skandal, daß da ein ganzes Land in Panik versetzt wird, ohne jede Basis, ohne jede Grundlage in den Rohdaten. Aber das, was wir jetzt in 2022 erleben, daß wir dieses auffällige Muster bei den jungen Jahrgängen überhaupt nicht hören vom Statistischen Bundesamt, also das halte ich fast für kriminell.
Denn wenn ich das hier sehe, diese Auffälligkeiten, dann sieht sie auch das Statistische Bundesamt. Und daß man da gar nichts hört, also das wirft jede Menge Fragen auf. Denn wenn das Statistische Bundesamt sagen würde: "Hallo, hier ist eine deutliche Auffälligkeit!", dann hätte das Auswirkungen in der Politik. Ich verstehe nicht, warum man da nichts hört. Denn die Öffentlichkeitsarbeit, die das Amt gemacht hat in 2020, ja, mit Presse, Konferenzen und so weiter und dieser ganze Alarmismus, der hätte jetzt eine wirkliche Grundlage in den Daten und man hört nichts vom Statistischen Bundesamt.
Also hier ist dringend Aufklärung nötig. Und wie gesagt, ich bitte um Unterstützung, daß die Verantwortlichen hier zur Rede gestellt werden und wir die Sterberaten der jungen Menschen sehen.
Gut, das beendet meine Ausführungen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche alles Gute. Machen Sie es gut, Ihr Marcel Barz.<<

24.02.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Februar 2024: >>**So weit ist es: AfD-MdB Reichardt kassiert "Ordnungsruf" für Zeigen der Deutschlandfahne**
Im Rahmen der von der AfD beantragten Aktuellen Stunde zum "Schutz der Meinungsfreiheit vor staatlichen Übergriffen" zündete der familienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Reichardt, am Freitag (23. Februar) ein rhetorisches Feuerwerk an Regierungskritik. Am Ende seiner fulminanten Rede zeigte er die Deutschlandfahne. Das wurde von der die Sitzung leitenden Bundestags-Vizepräsidentin Yvonne Magwas (CDU) mit Ordnungsrufen quittiert.
Reichardt hatte die, wie er sagte, Lügenkampagne des selbsternannten Recherchenetzwerks "Correctiv" angeprangert. Ausgehend von dieser Kampagne lasse die Regierung Menschen gegen Andersdenkende regelrecht aufmarschieren. "Schmeißfliegen", "Ratten", "AfDler töten", "Nazis keulen" dürfe man hierzulande ungeahndet über Andersdenkende sagen, kritisierte der AfD-Parlamentarier. Wer die linksgrüne Ideologie nicht anerkenne, werde als "Delegitimierer", "Rechtsextremist" oder "Haßredner" verunglimpft. Dabei würden die Verfassungsfeinde auf der Regierungsbank und in den Reihen der Ampelkoalition sitzen, sagte Reichardt mit entsprechendem Fingerzeig. Selbst die schwarz-rot-goldene Fahne gelte in den Reihen der

Koalition bereits als "rechts".
Der familienpolitische Sprecher der AfD prophezeite, daß das Volk den Ampel-Angriff auf die Meinungsfreiheit bei den kommenden Wahlen nicht durchlassen und der "öko-totalitaristische Mief" verschwinden werde. Am Ende seiner Ausführungen schwenkte Reichardt eine kleine Deutschlandfahne und zitierte aus der Nationalhymne (Einigkeit und Recht und Freiheit). Unfaßbar: Seine Rede brachte ihm gleich zwei Ordnungsrufe ein!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Februar 2024: >>**Bunte Logik: Keinen Kaffee für Rechte**
Von *Sven Eggers*
Antifa-Gratismut: Ein Café in Baden-Württemberg will keine AfD-Kunden und verlangt bei Bestellung eine Distanzierung von rechts. …
Ein Lokal im baden-württembergischen Tübingen bewirbt sich offenbar um den nächsten Zivilcourage-Preis aus dem Hause Steinmeier. Wer nämlich via Internet beim Südhang Café etwas ordern möchte, der muß zunächst eine "Checkbox" überwinden und bekennen, gegen rechtsextremistisches Gedankengut zu sein und nicht etwa die AfD gutzuheißen. Gesinnungstest für Kaffee-Kunden? Merken die eigentlich noch irgendwas?
Klar, wer so agiert, der wird natürlich von der ARD-Tagesschau bedacht. Das GEZ-Flaggschiff berichtete über den Fall und machte ihn damit öffentlich. Die Reaktionen waren zahlreich. Das Lokal will Lob erhalten haben, auch Kritik, und der möglicherweise erwünschte Haß ging auch ein. Entsprechende Zuschriften wurden auf der Südhang-Internetseite veröffentlicht.
Mittlerweile ist die "Checkbox" abgeschaltet, und zwar "aus emotionalem Schutz für unser Team". Aber das Café gibt sich kämpferisch: "Wir überlegen, ob wir sie wieder installieren oder andere Wege beschreiten, um klar gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Chauvinismus und Sozialdarwinismus zu positionieren."
Der Wortlaut der "Checkbox", der man zustimmen mußte, wollte man ein Pfund Kaffee bestellen: "Hiermit erkläre ich, daß ich mich von rechtem Gedankengut distanziere. Insbesondere hege ich keinerlei Sympathie für die AfD und ihr nahestehende Gruppierungen."
Wer gegen dieses Vorgehen protestierte und sich dabei im Ton vergriff, der wurde von den Lokal-Betreibern denn auch gleich angezeigt. Tatsächlich hat die Polizei in Reutlingen mittlerweile einen Tatverdächtigen ermitteln können.
Diese woke Front, die sich wie hier formiert, fordert zwar "offene Grenzen" und eine multikulturelle Weltgesellschaft - allerdings in aller Regel nicht für Palästinenser, und auch Russen sind in dieser bunten Welt Menschen zweiter Klasse. Gegen sie marschiert man Schulter an Schulter mit den Asow-Nazis, die schon ab 1941 beim Judenmord an vorderster Front standen. Das "Nie wieder ist jetzt" fungiert also offenbar nur als Passepartout, um die AfD und andere inländische Gegner plattzumachen. Geht es um die Neue Weltordnung, sind die Gutmenschen 2023 von den Herrenmenschen 1933 kaum zu unterscheiden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Februar 2024: >>**Die Ideologie des neuen Faschismus**
Von *Jürgen Elsässer*
"Krieg ist Frieden! Freiheit ist Sklaverei! Unwissenheit ist Stärke!" In George Orwells "1984" verdreht der "Neusprech" alles ins Gegenteil.
Antisemitismus und Nationalismus haben ausgedient. Der neue Faschismus dreht die Feindbestimmung herum, weil es dem Interesse der Hochfinanz entspricht. …
Kommt der Faschismus zurück? Diese Angst treibt seit Januar Hunderttausende auf die Straße. Ihre Angst ist nicht falsch, sondern nur verkehrt. Die Gefahr ist real, aber sie kommt aus der entgegengesetzten Richtung. "Der neue Faschismus wird nicht sagen, ich bin der Faschismus, sondern er wird sagen, ich bin der Antifaschismus", erkannte der linke italienische

Schriftsteller Ignazio Silone schon nach dem Zweiten Weltkrieg zu Recht.
Das ganze Elende der heutigen Linken ergibt sich daraus, daß sie Faschismus in der Regel grottenfalsch definieren und sich dabei vom Tiefen Staat souflieren lassen. Sie mißverstehen ihn als im Kern ideologische Erscheinung, als entfesselten Nationalismus mit dem Antisemitismus als Hauptmoment. Das traf phänomenologisch auf den deutschen Nazismus zu, aber - um einmal die Rede von der Singularität ernst zu nehmen - in dieser Form wird er nicht zurückkommen. Denn der Nationalismus ist für das Kapital dysfunktional geworden in einer Welt, in der der Profit nur noch von jenem Nationalkapital realisiert werden kann, das sich dem globalen Kommando des US-Imperialismus unterordnet.
Die deutsche Wirtschaft hängt fahrlässig am Dollar, und der Wert des durch keine Realproduktion mehr gedeckten US-Dollars hängt an der Fähigkeit des US-Militärs, den Weltmarkt (vor allem die Energiereserven) zu kontrollieren. Aus dieser ökonomischen Lage resultiert eine neue Feindbestimmung: Der aktuelle Faschismus richtet sich nicht mehr, wie damals, gegen die Internationalisten, also die Kommunisten; sondern er richtet sich gegen die Nationalisten, also Kräfte wie die AfD.

Profitinteresse und Feindbestimmung

Faschismus darf also nicht primär phänomenologisch, sondern ökonomisch zu definiert werden. Dabei hilft die Analyse, die die Kommunistische Internationale auf ihrem 7. Weltkongreß 1935 - damals waren die Kommunisten noch recht vernünftig - unter Federführung von Georgi Dimitroff vorgenommen haben: als die "Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Diese Elemente waren vor 75 Jahren (wie auch heute) auf dem freien Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig und mußten (und müssen) deshalb die Flucht nach vorne, zur militärischen Beherrschung des Weltmarktes, antreten. Eine Machtergreifung der Nazis in Deutschland gab es nie; was stattfand, war eine Machtübertragung, und die wurde mit Zustimmung der Wall Street und der Bank of England möglich gemacht.
Aus der spezifischen Situation des damaligen Deutschland ergab sich die Virulenz des Antisemitismus, der außerdem, folgt man den frühen Analysen von Götz Aly, für die profitable Zurichtung Osteuropas auch funktional war. Für die USA heute sieht das anders aus: In einem ihrer Hauptexpansionsräume, dem Nahen und Mittleren Osten, ist der jüdische Staat ihr treuester Verbündeter, während es Moslems sind, die dem totalen Zugriff der Sieben Schwestern auf die Öl- und Gasquellen im Wege stehen.
Schon Max Horkheimer und Theodor W. Adorno haben vorausgesehen, daß die Juden nicht zwangsläufig in der Rolle des bevorzugten Haßobjektes sein müssen. "Die Wut entlädt sich auf den, der auffällt ohne Schutz. Und wie die Opfer untereinander auswechselbar sind, je nach der Konstellation: Vagabunden, Juden, Protestanten, Katholiken, kann jedes von ihnen an die Stelle des Mörders treten, in derselben blinden Lust des Totschlages …" Und weiter: "Seit je zeugte antisemitisches Urteil von der Stereotypie des Denkens. Heute ist diese allein übrig. ... Anstelle der antisemitischen Psychologie ist weithin das bloße Ja zum faschistischen Ticket getreten, dem Inventar der Parolen der streitbaren Großindustrie."

Kriegswahn und Psychose

70 Jahre nach diesen prophetischen Analysen haben die westlichen Liberalen neue Feinde auf ihrem Stereotypie-Ticket. Von der jüdischen Weltverschwörung ist keine Rede mehr; im Mainstream von Politik und Medien hat sich statt dessen die islamistische Weltverschwörung als neue Wahnideologie etabliert. Darunter fallen alle, die den globalen Kapitalinteressen im Wege stehen.
So wie Hitler und die Seinen kontrafaktisch die russischen Bolschewiken und die westlichen Plutokraten als Befehlsempfänger der "Weisen von Zion" halluzinierten, so phantasieren die aggressivsten Teile des Finanzkapitals heute eine einheitliche Front von sunnitischer Hamas

und schiitischer Hisbollah über die Baathisten im Irak und Syrien bis zu den Nasseristen im Libanon und den Kommunisten in der PLO, obwohl sich diese Kräfte in der Vergangenheit zum Teil bis aufs Messer bekämpft haben. Die "Achse des Bösen" verläuft neuerdings von Gaza über Teheran nach Moskau und Peking. …
Psychotische Projektionen, wohin man blickt: "Die Simulation des terroristischen Angriffs auf Bevölkerungszentren mit Biochemie und anderen Massenvernichtungswaffen ist ein dem antisemitischen ähnelnder Wunschtraum, der zum Alptraum umgedeutet wird, damit er wahrgemacht, an anderen vollstreckt werden kann", schrieb Konkret-Autor Wolfgang Pohrt zu recht. Und weiter, als hätte er die aktuelle Kriegshetze gegen Rußland vorausgesehen: "Die Perhorreszierung vermeintlicher Massenvernichtungswaffen beim Gegner dient einzig dem Zweck, den Einsatz der eigenen Massenvernichtungswaffen gegen ihn zu legitimieren. Wenn es soweit ist, schaut die Wertegemeinschaft weg."
Mehr zum Thema in der aktuellen COMPACT-Ausgabe "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert". …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Februar 2024: >>**Wutwelle: Bauern gegen Grüne**
Von *Sven Eggers*
Erst Biberach, jetzt Bamberg: Wütende Bauern stoppen die Grünen. Traktoren werden zum Symbol des Widerstandes. …
Grüne Politik treibt immer mehr bäuerliche Höfe in Deutschland in die Existenznot. Die Wut über Gängelungen und Regelwahn, Besteuerungen und Verteuerungen wächst und wächst. Unlängst verhinderten zornige Bauern mit ihren Traktoren die Aschermittwochs-Veranstaltung der Grünen in Biberach. Die hohe Politik gab sich entsetzt.
Sogar Innenministerin Nancy Faeser, die nie auf die Idee käme, sich von linksextremen Gewalttätern zu distanzieren, schaltete sich ein: "Wenn eine politische Veranstaltung wegen Gepöbel und Gewalt abgesagt werden muß, dann ist eine rote Linie überschritten."
Bei handfesten Gewaltakten gegen AfD-Veranstaltungen war ihr eine solche Abgrenzung nie über die Lippen gekommen. Faesers Doppelmoral ist grenzenlos; ein Rätsel, wie sie den Blick in den morgendlichen Spiegel bewältigt!
Nun aber haben Bauern mit Traktoren abermals für Aufsehen gesorgt. Im fränkischen Hirschaid bei Bamberg demonstrierten sie gegen die Jahreshauptversammlung des Grünen-Kreisverbandes Bamberg-Land. Parteimitglieder hätten "extreme Angst" gehabt. Deswegen sei die Versammlung abgebrochen worden, jammerten Parteitags-Teilnehmer.
Die protestieren Bauern sollen, oh Schreck, sogar gegen die Scheiben des Veranstaltungsraumes geklopft haben. Doch nicht einmal dies wollte die Polizei bestätigen, sondern sprach von einem friedlichen Protest, an dem sich etwa 300 Personen und 60 Traktoren beteiligt hatten.
Der Vorsitzende der Bamberger Grünen wirkte anschließend reichlich blaß um die Nase: "Als wir das Gemeindehaus verließen, sind wir unter Polizeischutz durch die Menge der Protestierenden, die uns mit Beleidigungen angeschrien haben."
Nach seiner Einschätzung sei die Polizei mit zu wenigen Einsatzkräften vor Ort gewesen, weshalb er mehrere Notrufe abgesetzt hätte.
Katharina Schulze, Grünen-Fraktionschefin im bayerischen Landtag und sonst immer gerne ganz vorne dabei, wenn es gilt, zu Protesten gegen AfD-Versammlungen aufzustacheln, sieht nun die Demokratie in Gefahr: Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehörten zum Kern der Demokratie, "aber so eine Störaktion wie in Hirschaid ist absolut inakzeptabel". Mitglieder einen "eingeschüchtert" worden. "Das ist ein weiteres Warnsignal für alle Menschen in unserem Land. Es ist wichtig, daß dieser Vorfall nun von höchster Stelle aufgearbeitet wird", so Schulze.
Das Gejammer ist groß, doch die Bauernproteste gehen weiter. Unser Heft dazu: "Bauern,

Bonzen und Blockaden".<<

Belgien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Februar 2024 (x1.362/…): >>**EU Digital Services Act (DSA): Das Wahrheitsministerium ist da**

Die EU-Kommission, also die Politiker in Brüssel, haben jetzt die Möglichkeit, Einfluß auf Plattformen wie Twitter oder YouTube auszuüben. Wurde damit ein Wahrheitsministerium wie aus Orwells Roman "1984" erschaffen?

von *Marc Friedrich*

Am 17. Februar ist der "Digital Services Act (DSA)" in Kraft getreten. Haben Sie davon schon gehört? Mit dem DSA müssen digitale Anbieter gegen rechtswidrige Inhalte vorgehen. Aber nicht nur das, sondern auch was nicht den "EU-Werten" entspricht (wer bestimmt die?) oder "anderweitig schädlich" ist, muß in Zukunft gelöscht werden. Besonders die schwammige Definition "anderweitig schädlich" läßt viel Spielraum zur Auslegung und könnte somit eine Gefahr für Mißbrauch sein und die freie Meinungsäußerung beschränken.

Wurde jetzt ein Wahrheitsministerium wie aus Orwells Roman "1984" erschaffen? Ist der DSA brandgefährlich und öffnet das Tor zu noch mehr Zensur und Meinungsunterdrückung auf sozialen Plattformen? Falls ja, wo bleibt der öffentliche Aufschrei, wo sind die Demonstrationen und Lichterketten? Lassen Sie uns die Eckdaten gemeinsam anschauen und machen Sie sich ein eigenes Bild:

Die Ziele des DSA

Bereits im letzten Jahr war der DSA für große Konzerne wie Meta, Amazon und Co. in Kraft getreten. Zu den ersten Opfern zählte im letzten Jahr bereits die Plattform X (ehemals Twitter). Erst vor wenigen Tagen hat es außerdem die Social-Media-Plattform TikTok getroffen. Auf Grundlage des DSA hat die EU nun offiziell Ermittlungen gegen das Unternehmen hinter TikTok eingeleitet. Seit dem 17. Februar gilt der DSA nun also auch für kleinere Plattformbetreiber mit weniger als 45 Millionen Kunden.

Die drei Hauptziele des DSA hören sich zunächst einmal harmlos an. So sollen erstens illegale Inhalte schneller und effektiver von den Plattformen entfernt werden. Zweitens sollen die Plattformen transparenter werden und den Nutzern mehr Kontrolle über ihre Daten geben. Und drittens soll der Wettbewerb im Online-Bereich fairer gestaltet werden. So far so good. Damit kann ich mitgehen.

Der digitale Blockwart

Die betroffenen Unternehmen müssen also künftig Haßrede und Fake News noch aktiver bekämpfen. Illegale Inhalte müssen sofort gelöscht werden. Es muß den Nutzern ermöglicht werden, daß Inhalte auch direkt bei der EU gemeldet werden können. Bei Twitter, heute X, sieht das Ganze dann so wie in dem nachfolgenden Tweet aus. Man hat also einen neuen Button hinzugefügt, wo jeder Nutzer Inhalte melden kann.

Damit werden wir alle zur Zensurstelle und einige Mitmenschen werden ihren feuchten Traum der politischen Korrektheit emsig und übereifrig erfüllen. Alleine die Flut der ungerechtfertigten Meldungen wird ein neues Bürokratiemonster entstehen lassen, was Milliarden an nicht produktiven Euros verschlingen wird.

Erfolgt dann die Bekämpfung von Fake News nicht zufriedenstellend, so müssen die Plattformen mit Strafzahlungen von bis zu sechs Prozent des Jahresumsatzes rechnen. Klingt wenig. Das kann im Einzelfall aber dann schon mal ein paar Milliarden Euro bedeuten.

Wer bestimmt was "schädlich" ist?

Was schädlich ist, das bestimmt u.a. planwirtschaftlich der nicht demokratisch legitimierte EU-Kommissar Thierry Breton, der den Digital Services Act als großen Schritt in Richtung Schutz der Bürger feierte. …

Aber der DSA beinhaltet noch eine weitere Neuerung, die stark nach 1984 klingt. Konkret geht es um den sogenannten "Krisenmechanismus", den die EU-Kommission wegen des russi-

schen Angriffs auf die Ukraine nachträglich vorgeschlagen hatte. Dieser gibt der EU-Kommission das Recht, in Fällen wie zum Beispiel einer Pandemie oder Krieg, die Anbieter bzw. die Plattformen aufzufordern, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um die Öffentlichkeit zu "informieren" - oder gar manipulieren?
Online-Plattformen könnten etwa gezwungen werden, Informationen an Aufsichtsbehörden und Experten abzugeben - ohne Kritik und Gegenfragen. Damit werden die Medien wieder einmal ungefiltertes Sprachrohr der Regierungen wie zu Coronazeiten.
In anderen Worten: Die EU-Kommission, also die Politiker in Brüssel, haben nun die Möglichkeit, immensen Einfluß auf Plattformen wie Twitter oder YouTube auszuüben. Das, was bislang vermutlich hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat, wird nun also völlig rechtens.
Könnte es vielleicht sein, daß man hier eine Rechtsgrundlage schafft, um zukünftig unliebsame Meinungen noch schneller von den Plattformen verschwinden zu lassen? Der Verdacht liegt zumindest nahe.
Die EU hat damit also die Möglichkeit, künftig in "Notfallsituationen" (auch dieser Begriff ist sehr schwammig) maßgeblich Einfluß darauf zu nehmen, was Nutzer auf den Sozialen Kanälen sehen dürfen oder nicht. Und dabei muß sie dies noch nicht einmal konkret anordnen, denn im Zweifel werden die Plattformen Inhalte schon im vorauseilenden Gehorsam löschen, um nicht selbst eine Strafe aufgebrummt zu bekommen.

DSA wird durch DMA ergänzt

Neben dem Digital Services Act soll im März ergänzend der Digital Markets Act (DMA) in Kraft treten. Damit möchte die Kommission gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle digitalen Unternehmen in der EU schaffen.
Und zumindest hier hat man seitens der EU nicht unrecht. Die Internetgiganten wie Google, Meta (Facebook), Amazon und Co. haben eine unglaubliche Marktmacht entwickelt, die oft dazu mißbraucht wird, um unliebsame Wettbewerber ausbremsen bzw. ganz aus dem Markt zu verdrängen.
So wird es den Plattformen zum Beispiel verboten, daß man im Ranking eigene Produkte oder Dienstleistungen bevorzugt. Auch die sogenannten "Dark Patterns" sind künftig verboten. Dark Patterns sind im Grunde genommen Versuche der Anbieter, den Nutzer zu Aktionen und Klicks zu bewegen, die er eigentlich nicht treffen würde.

Gefahr der Zensur und der Diskursverengung

Es bleibt abzuwarten, wie der DSA umgesetzt wird und ob legitime und fundierte Kritik an der EU, Regierungen und NGOs noch erlaubt bleibt. Schon jetzt sehen wir erste bedenkliche Entwicklungen in Deutschland, die in eine andere Richtung gehen. So hat es erst vor wenigen Tagen bei einem Unternehmer aus Bayern eine Hausdurchsuchung der Polizei gegeben, weil dieser sich auf Spott-Plakaten über Grünen-Chefin Ricarda Lang und Wirtschaftsminister Robert Habeck lustig gemacht hatte.
Vieles, was sich mittlerweile als wahr erwiesen hat, wäre damals unter dem DSA gelöscht worden. Ich denke dabei vor allem an die Lockdown-Politik, das Schließen von Schulen, Zweifel an der Wirksamkeit von Masken oder berechtigte Zweifel an der Sicherheit und Wirksamkeit der Impfungen gegen Covid-19. Darüber hinaus wäre zudem so manche Kritik an der verkorksten und chaotischen Flüchtlingspolitik der Merkel- und Ampel-Regierung vermutlich zum Opfer des DSA gefallen. Außerdem denke ich hier an die jüngste Debatte im Fußball, wo Fans berechtigterweise anmerken, daß es nur zwei biologische Geschlechter gibt. Auch solche Aussagen könnten theoretisch Plattformbetreiber dazu bewegen, diese von ihren Plattformen zu canceln.
Es ist daher gut möglich, daß die großen Social Media Plattformen übervorsichtig, lieber mal alles löschen, um der Strafe zu entgehen. Damit würde der Diskurs und Meinungskorridor

noch weiter eingeengt werden. Es ist zu befürchten, daß sich der DSA sogar als ein demokratieschädigendes Gesetz entpuppt, weil die freie Meinungsäußerung eventuell massiv eingeschränkt wird.
Hintergründe und weitere Informationen zum DSA und warum dieses Vorhaben als brandgefährlich einstufe, finden Sie in meinem Beitrag auf YouTube sowie in meinem neuen Bestsellerbuch. Twitter und Instagram: @marcfriedrich7 www.friedrich-partner.de<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28116" berichtet am 24. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Papst Franziskus: Handlanger der globalen Agenda**
Eine der vornehmlichen Aufgaben des Papstes ist es, bedeutende Amtsträger zu berufen oder zu entlassen. Dadurch hat er Einfluß auf das Weltgeschehen. Im Fall von Papst Franziskus läßt sich ein roter Faden erkennen. Ist er ein Handlanger der globalen UN-Agenda? …
In der katholischen Kirche ist es üblich, daß Bischöfe an ihrem 75. Geburtstag aus Altersgründen ihren Rücktritt anbieten. In der Regel werden sie vor der Annahme des Rücktritts vom Papst noch für zwei bis drei Jahre als Zeichen der Wertschätzung im Amt belassen. Am 11. November 2023 wurde der beliebte Bischof Joseph Strickland jedoch bereits im Alter von nur 65 Jahren entlassen. Sein Bistum Tyler in Texas hat im Gegensatz zu anderen amerikanischen Diözesen keine Schulden und relativ viel Priesternachwuchs. Warum also wurde er zehn Jahre vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt?
Es ist nämlich eine der vornehmlichen Aufgaben des Papstes, bedeutende Amtsträger zu berufen oder zu entlassen. Dabei läßt sich abseits aller Gesten, Ankündigungen und Beteuerungen bei Papst Franziskus ein roter Faden erkennen, welcher seine wahre Haltung zu den Themen der Agenda der Vereinten Nationen widerspiegelt. Diese kommt nicht nur in seinen Personalentscheidungen zum Vorschein - wie wir im Anschluß sehen werden -, sondern auch in seinen folgenden Aussagen:
- Abtreibung: "Man muß nicht endlos davon sprechen". (2013)
- Homosexualität: "Wer bin ich, um zu richten?". (2013)
- Menschengemachter Klimawandel: "Wir können nur auf verbindliche Formen der Energiewende hoffen, die ... leicht überwacht werden können." (2023)
- Migration: "Die Antworten (können) nur das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit sein, indem eine globale Gesetzgebung für Migration geschaffen wird." (2020)
- Pandemiebekämpfung: "Dazu beizutragen, daß die Mehrheit der Menschen geimpft wird, ist ein Akt der Liebe." (2021)
Papst Franziskus installiert kontinuierlich die Förderer dieser Agenda, während er deren lautstarke Kritiker nacheinander entläßt. Einer von diesen Kritikern ist Strickland, der sich gegen Abtreibung und die Anerkennung homosexueller Gemeinschaften ausspricht. Nachfolgend nun eine Reihe von Personalentscheidungen des Papstes, durch die deutlich wird, wie stark er die globale UN-Agenda fördert.
1. Papst Franziskus I. zu Abtreibung und Lebensschutz
Obwohl Papst Franziskus sich öffentlich als Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen präsentiert und Abtreibung auch schon als "Mord" bezeichnet hatte, entließ er 2016 alle Mitglieder der "Päpstlichen Akademie für das Leben", die gegründet worden war, um menschliches Leben in jeder Phase zu schützen. Mittlerweile hat Franziskus zwei eindeutige Abtreibungsverfechter dort aufgenommen: die Atheistin Mariana Mazzucato und den anglikanischen Moral- und Pastoraltheologen Nigel Biggar, der Abtreibung bis zur 18. Schwangerschaftswoche für legitim erklärt.
Damit unterstützt der Papst eine Agenda der UN zur Kontrolle und Reduktion der Weltbevölkerung. Die UN will diese unter dem Deckmantel des sogenannten "Rechts auf reproduktive Gesundheit" weltweit u.a. durch Zugang zu "sicheren Abtreibungen" durchsetzen. Sehen Sie hierzu auch: "Bevölkerungsreduzierung von langer Hand geplant" (www.kla.tv/24095) oder

"Abtreibungen - Teil eines Bevölkerungsreduktionsprogramms? (www.kla.tv/27094)

2. Papst Franziskus I. zur Gender-Ideologie und Homosexualität

Auch mit der Förderung der Gender-Ideologie verfolgt die UN-Agenda das Ziel der Bevölkerungsreduktion, indem die Familie als Keimzelle einer gesunden Gesellschaft zerstört wird. Entsprechend wird Homosexualität und die Geschlechtervielfalt der LSBT*Q-Bewegung massiv vorangetrieben. Mehr Hintergrundinformationen zu den Ursprüngen finden sie in der Dokumentation "Die verborgenen Wurzeln der modernen Sexualaufklärung" (www.kla.tv/-7445)

Auch der Papst paßt sich dieser Agenda an, indem er die Kirche für Transpersonen öffnet. Wie der Papst zur Homosexualität steht, erklärt sich durch seine Personalentscheidungen. Denn wer sie befürwortet oder gar in homosexuellen Mißbrauch verstrickt ist, wird von Papst Franziskus befördert und nur entlassen, wenn keine andere Wahl mehr besteht:

- Die Bischöfe Jozef De Kesel und Matteo Maria Zuppi sprachen sich beide für eine Anerkennung der Homosexualität durch die katholische Kirche aus. Beide wurden von Franziskus in bedeutende Ämter eingesetzt und zu Kardinälen erhoben.
- 2017 berief Franziskus Gustavo Óscar Zanchetta, den Bischof von Oran, zum Leiter der Apostolischen Güterverwaltung in den Vatikan, obwohl er wußte, daß dieser drei Priesterseminaristen mißbraucht hatte. 2019 wurde Zanchetta angeklagt und schließlich wegen Mißbrauchs zu 4 ½ Jahren Gefängnis verurteilt.
- 2015 ernannte der Papst Juan Barros Madrid zum Bischof, obwohl ihm ein Opfer im gleichen Jahr persönlich schilderte, daß es im Beisein von Barros mißbraucht worden war. Er setzte ihn erst 2018 ab, als dies 34 chilenische Bischöfe in einem kirchengeschichtlich einmaligen Vorgang erzwangen, indem sie alle ihren Rücktritt anboten. In Chile hatte die Staatsanwaltschaft daraufhin Ermittlungen aufgenommen.
- 2013 ernannte der neugewählte Papst Franziskus Kardinal Theodore McCarrick zu seinem Berater für Bischofsernennungen in den USA, obwohl dieser aufgrund von Vorwürfen sexuellen Mißbrauchs ein paar Jahre vorher als Erzbischof von Washington abgesetzt und ihm jegliche öffentliche Tätigkeit verboten wurde. Kurz bevor Franziskus McCarrick rehabilitierte, bestätigte ihm sogar der amerikanische Nuntius Carlos Maria Vigano die Mißbrauchsvorwürfe. Doch erst als die New York Times offenlegte, daß sich McCarrick sexuell an Priesterseminaristen vergangen hatte, entließ Franziskus ihn im Alter von 88 Jahren. Der Mißbrauchsprozeß gegen McCarrick wurde aus Altersgründen eingestellt.

Im Gegensatz zu all diesen Personalentscheidungen von Papst Franziskus wurde Kardinal Sarah, der wie Strickland die kirchliche Lehre zur Homosexualität und zur traditionellen Familie verteidigt, vom Papst mit Erreichen der Altersgrenze emeritiert (=in den Ruhestand versetzt). Ebenso Carlos Maria Vigano, der seit Veröffentlichung seiner Vorwürfe gegen den Papst um sein Leben fürchtet und sich versteckt hält.

3. Papst Franziskus I. zu Corona

Kla.TV zeigte mehrfach auf, welche globalen Pläne hinter der sogenannten Corona-Pandemie stecken und wohin der damit verbundene Impfzwang führt. Als Oberhaupt des souveränen Vatikanstaats stand es Franziskus frei, Maßnahmen zu verhängen. Seine Diözese Rom war weltweit die erste, in der alle Gottesdienste untersagt wurden. Er machte den Vatikan weltweit zum einzigen Staat, der alle nicht-geimpften Menschen ausschloß und ihnen die Lohnzahlung verweigerte.

Franziskus schloß ein Benediktinerinnenkloster, weil sich die Nonnen dort nicht impfen ließen und entließ Bischof Daniel Fernández Torres von Arecibo 57-jährig. Er war der einzige Bischof auf Puerto Rico, der sich weigerte, in seinen Kirchen nicht-geimpfte Gläubige auszuschließen. Hingegen läßt Franziskus den 79-jährigen Kardinal Schönborn, der aus dem Stephansdom in Wien ein Impfzentrum machte, vier Jahre nach Erreichen des Pensionsalters wei-

ter im Amt.
4. Papst Franziskus I. und der Klimawandel
(www.kla.tv/28095 Erfahren Sie zum Thema menschengemachter Klimawandel die neuesten Erkenntnisse!)
Das vor einigen Wochen veröffentlichte zweite Öko-Lehrschreiben "LAUDATE DEUM" widmet sich durchgehend dem angeblich unwiderlegbaren, menschengemachten Klimawandel. Zu dessen Bekämpfung fordert Papst Franziskus unmißverständlich massive Eingriffe in die Freiheit von Nationen und Menschen.
Kardinal Müller, der den Entwurf der ersten Öko-Enzyklika als verantwortlicher Glaubenswächter als unannehmbar blockiert hatte, wurde bereits im Alter von 69 Jahren als solcher abgesetzt. Hans Joachim Schellnhuber, der sich nicht als Christ bezeichnet und Mitglied des UN-Weltklimarats (IPCC) ist, wurde dagegen auf Lebenszeit zum Mitglied der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften ernannt. Dieser hatte 2015 an der ersten Öko-Enzyklika in der Geschichte der katholischen Kirche mitgeschrieben. Mit ihr erhielt die These vom menschengemachten Klimawandel erstmals eine päpstliche Legitimation.
Dies war nur ein Teil der von Papst Franziskus getroffenen Personalentscheidungen. Es ist offensichtlich, daß jeder, der der Umsetzung der UN-Agenda nützt, von Franziskus im Amt gehalten wird.
Selbst bei Skandalen mit strafbaren Handlungen hält der Papst so lange wie möglich seine schützende Hand über ihn. Für die UN-Agenda ist Franziskus offenbar bereit, die eigenen Wurzeln auszureißen, indem er die bei den Gläubigen beliebten Bischöfe entläßt.
Hierbei ist es äußerst wichtig, die Hintergründe und Absichten der UN-Agenda zu berücksichtigen. In der Sendung "Was ALLE betrifft: Top UNO-Beamter enthüllt dunkle Geheimnisse der UNO" berichtete Kla.TV (www.kla.tv/25365), daß das ultimative Ziel der Agenda 2030 die Errichtung einer Ein-Welt-Regierung mit nicht gewählten Führern ist. Laut Calin Georgescu, einem hochrangigen UN-Beamten, bilden die Vereinten Nationen dabei zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem Weltwirtschaftsforum WEF das Herzstück dieser Weltregierung. Darüber wiederum steht die internationale Finanz-Oligarchie, welche die genannten Organisationen völlig kontrolliert und so aus dem Verborgenen heraus agiert.
Daß der Papst für diese Agenda sowohl seine eigene Integrität als auch die der Kirche riskiert, bedeutet, daß er genauso ein Werkzeug und Handlanger der internationalen Finanzoligarchen ist. Diese werden dadurch einmal mehr als die Wurzel all der schlimmen Entwicklungen weltweit offenbar. Jene Strippenzieher in allen Bereichen zu enttarnen, hat daher oberste Priorität, denn sie müssen gestoppt und zur Verantwortung gezogen werden.
Joseph Strickland erklärte nach seiner Entlassung:
"Jetzt ist die Zeit, alles aufzudecken, was momentan verdeckt ist und alles, was versteckt ist, zu verdeutlichen. ... Mein Hauptvergehen, früher wie heute, scheint immer gewesen zu sein, daß ich das ans Licht bringe, was andere versteckt halten wollen."
Verehrte Zuschauer, dieser Appell sagt es überdeutlich: Jetzt ist die Stunde der Aufklärung. Was die Globalisten am meisten fürchten, ist die Wahrheit. Helfen Sie deshalb bei ihrer Verbreitung mit!
ANEKDOTE:
In der Erzdiözese Buenos Aires befindet sich die Basilika "Unserer Lieben Frau vom Rosenkranz". An deren Seiteneingang steht eine Statue des Apostels Petrus. Nachdem 2018 bereits der Heiligenschein abhanden gekommen war, schlug nun am 17. Dezember 2023 - trotz vorhandener Blitzableiter - ein Blitz ein. Dabei wurde die rechte Hand des Apostels abgerissen, in welcher er einen Schlüssel hielt. Das Pikante an der Sache: Der Blitzeinschlag ereignete sich nicht nur genau am Geburtstag des jetzigen Papstes Franziskus, sondern auch in dessen Ge-

burtsort und ehemaliger Diözese, in der er als Erzbischof und Kardinal wirkte. Hinzu kommt, daß ausgerechnet der Petrus-Schlüssel als Symbol päpstlicher Macht betrachtet wird …
Ob der Himmel da etwas sagen will??<<

25.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 25. Februar 2024 (x1.365/…):
>>**So werden Kinder im "Kampf gegen Rechts" instrumentalisiert**
Kinder werden von ihren Eltern instrumentalisiert.
Redaktion
Tausende zieht es zu den Anti-Rechts-Demos auf die Straße. Neben den politischen Kundgebungen bieten die Veranstalter familienfreundliches Programm und ausgelassene Festivalstimmung. Schulen mobilisieren für diese Veranstaltungen und Eltern demonstrieren gemeinsam mit ihren Kindern. Manche Schulen lassen sogar den Unterricht ausfallen, damit die Kinder Demos besuchen können.
Es passiert nicht heimlich, sondern mit dem Lob der staatlichen Medien.
"Das sind gruselige Szenen. Die Indienstnahme von Kindern ist eigentlich ein verläßliches Merkmal von Autokratien bis hin zu Diktaturen. Das Mitnehmen und in Stellung bringen von Kindern für politische Zwecke ist immer ein Zeichen von Inhumanität", analysiert Ralf Schuler. …<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Februar 2024:
>>**Kennedys letzter Kampf**
Als JFK Israels Atombombe stoppte - und starb. Auszug aus dem neuen Buch "Die große Täuschung. John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit" von Bestsellerautor Thorsten Schulte …
Israel wollte in seiner Kernforschungsanlage Dimona ab Anfang der 1960er Jahre A-Bomben bauen, aber der US-Präsident intervenierte und verlangte Inspektionen, um das Projekt zu stoppen. Nach dem Mord an JFK war der Weg zur jüdischen Atommacht frei.
_ von *Thorsten Schulte*
Dem aus einem jüdischen Elternhaus stammenden Enthüllungsjournalisten und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh und seinem Buch Atommacht Israel. Das geheime Vernichtungspotential im Nahen Osten (1992) verdanken wir Informationen über ein Treffen von John F. Kennedy mit vermögenden Juden während des Präsidentschaftswahlkampfes 1960. US-Gesundheitsminister Abraham Ribicoff habe damals mit Abe Feinberg Kontakt aufgenommen, in dessen Apartment im Hotel Pierre ein Treffen mit etwa zwanzig führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Finanzwelt stattfand. Die Gruppe einigte sich laut Hersh auf eine erste Spende von 500.000 Dollar für Kennedys Kampagne und stellte eine weitere in Aussicht.
"Zwischen 1961 und 1963 übte die Kennedy-Administration großen Druck auf Ben-Gurion aus." Gerald M. Steinberg
"Ich rief ihn (Kennedy) sofort an", sagte Feinberg und erklärte: "Ihm versagte die Stimme. Er war gerührt vor Dankbarkeit." Hersh weiß jedoch zu berichten, daß Kennedy am nächsten Morgen zum Haus des befreundeten Kolumnisten Charles Bartlett im Nordwesten Washingtons fuhr und ihm von der Sitzung erzählte. Laut Bartlett sei JFK alles andere als dankbar gewesen. Dieser habe ihm, so Hersh, während eines gemeinsamen Spazierganges eine gänzlich andere Schilderung gegeben: "Als amerikanischer Bürger war er darüber empört", erinnerte sich Bartlett an die Worte des späteren Präsidenten, daß einige Zionisten zu ihm gekommen waren und gesagt hatten: "Wir wissen, daß Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Wahlkampf haben. Wir sind bereit, Ihre Rechnungen zu bezahlen, wenn Sie uns dafür die Kontrolle über Ihre Nahost-Politik überlassen."
Die Schlacht der Briefe

Das National Security Archive ist eine nicht-profitorientierte Nichtregierungsorganisation und Forschungs- und Archivierungseinrichtung an der George Washington University in Washington D. C. Sie wurde 1985 vom Journalisten Scott Armstrong gegründet.
Am 2. Mai 2019 veröffentlichte man unter der Überschrift "Die Schlacht der Briefe, 1963: John F. Kennedy, David Ben-Gurion, Levi Eschkol und die US-Inspektionen von Dimona" unzählige Dokumente.
Hier eine sehr aussagekräftige Passage: "Ab April 1963 bestand Kennedy darauf, daß die israelische Führung regelmäßige halbjährliche US-Inspektionen, oder in der Diplomatensprache "Besuche", des israelischen Atomkomplexes in Dimona in der Negev-Wüste akzeptierte. Premierminister David Ben-Gurion und sein Nachfolger Levi Eschkol versuchten, sich den Inspektionen zu entziehen und sie zu vermeiden, aber Kennedy übte beispiellosen Druck aus und informierte sie unverblümt in einem fast ultimativen Ton, daß Washingtons "Engagement und Unterstützung Israels ... ernsthaft gefährdet" werden könnten, wenn man glaubte, daß die US-Regierung keine "zuverlässigen Informationen" über den Dimona-Reaktor und Israels nukleare Absichten erhalten könnte."
In dem Bericht wird ebenfalls erklärt, warum das alles in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren den Historikern und der Weltöffentlichkeit verborgen blieb: "Einige der Dokumente im heutigen Beitrag, wie die Korrespondenz zwischen Kennedy, Ben-Gurion und Eschkol, wurden in den Neunzigerjahren in US-amerikanischen oder israelischen Archiven freigegeben, waren aber nicht allgemein zugänglich."
Im weiteren Verlauf des Berichts heißt es über einen Brief Kennedys vom Juni 1963: "Rückblickend lief dieser Austausch auf eine Konfrontation zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und den Ministerpräsidenten Israels über die Zukunft des israelischen Atomprogramms hinaus. Der Höhepunkt dieser Konfrontation war Kennedys Brief vom 15. Juni, den Botschafter Barbour am nächsten Tag an Ben-Gurion übergeben sollte. Der Brief enthielt detaillierte technische Bedingungen, in denen Kennedy darauf bestand, daß die halbjährlichen US-Besuche durchgeführt werden sollten. Der Brief kam einem Ultimatum gleich."

Der Showdown

Gerald M. Steinberg, Professor für Politikwissenschaften am BESA Center for Strategic Studies der Bar-Ilan Universität in Tel Aviv, hat über den Konflikt zwischen Kennedy und Ben-Gurion über Israels nukleare Ambitionen geschrieben. Sein Aufsatz "Israel and the United States: Can the Special Relationship Survive the New Strategic Environment" wurde in der Dezemberausgabe 1998 der von Bar-Ilan herausgegebenen Zeitschrift The Middle East Review of International Affairs veröffentlicht. Steinberg schreibt: "Zwischen 1961 und 1963 übte die Kennedy-Administration großen Druck auf Ben-Gurion aus, um die Zustimmung zu einer internationalen Inspektion von Dimona und den Verzicht Israels auf die Atomwaffenoption zu erreichen. Dieser Druck änderte offenbar nichts an der israelischen Politik, trug aber zum Rücktritt Ben-Gurions im Jahr 1963 bei."

"Ein neuer Showdown über Dimona zeichnete sich ab." Avner Cohen

Avner Cohen, ein israelischer Philosoph und Autor, veröffentlichte 1998 sein Buch Israel and the Bomb. Er zeichnet nach, wie der Konflikt zwischen JFK und Ben-Gurion 1963 seinen Höhepunkt erreichte. Unter der Überschrift "Die letzte Konfrontation" schreibt Cohen einleitend über Kennedys Brief: "In Israel wurde Kennedys Brief vom 18. Mai als "hart", ja sogar "brutal" empfunden, sowohl was den Inhalt als auch die Form betrifft. Man ging davon aus, daß Kennedy sich gegen die Entwicklung von Atomwaffen durch Israel aussprach, nicht nur gegen die Herstellung von Atomwaffen selbst. ... Ein neuer Showdown über Dimona zeichnete sich ab. In seiner Antwort an Kennedy mußte Ben Gurion eine Entscheidung treffen: entweder eine unabhängige nukleare Abschreckung ohne die Vereinigten Staaten oder ein Engagement der USA für Israels Sicherheit ohne eine unabhängige nukleare Abschreckung. Ben

Gurion wollte beides, aber genau das lehnte Kennedy ab."

Die Bombe wird gebaut

Kennedy wurde nach der "finalen Konfrontation" am 22. November 1963 umgebracht! Die von ihm für den Frühsommer 1963 vorgesehenen US-Inspektionen der israelischen Atomanlage kamen nicht zustande.

"Niemand sonst darf davon erfahren." Präsident Johnson

Seymour Hersh enthüllte, was danach geschah: "Mitte 1964 war der Reaktor schon seit zwei Jahren in Betrieb, und die Wiederaufbereitungsanlage mit ihren ferngelenkten Laboratorien und computergesteuerten Maschinen war so weit fertiggestellt, daß sie mit der Produktion von waffenfähigem Plutonium aus den verbrauchten Uranbrennstäben des Reaktors beginnen konnte. ... Israel überließ nichts dem Zufall: Die amerikanischen Kontrolleure - vorwiegend Experten auf dem Gebiet der atomaren Wiederaufbereitung - wurden in ein Potemkinsches Dorf geführt und merkten es nicht.

Das simple Täuschungsmanöver der Israelis basierte auf Plänen, die sie von den Franzosen bekommen hatten: Sie bauten in Dimona einen "Kontrollraum" und statteten ihn komplett mit falschen Kontrollanzeigen und computergesteuerten Meßgeräten aus, die zum Schein die Wärmeleistung eines mit voller Leistung gefahrenen 24-Megawatt-Reaktors (was die Anlage in Dimona angeblich sein sollte) anzeigten."

Kommen wir noch einmal zurück auf die Berichte von Hersh. Carl Duckett war 1968 als Abteilungsleiter für Wissenschaft und Technik der CIA tätig. Bei einem Abendessen mit dem berühmten Atomphysiker Edward Teller teilte dieser ihm mit, er sei nach seiner Rückkehr aus Israel davon überzeugt, daß das Land mehrere einsatzbereite Atombomben besitze. Duckett wollte in einem streng geheimen Bericht darlegen, daß Israel eine Atommacht sei.

Laut Hersh verbot CIA-Chef Richard Helms Duckett, den Bericht in irgendeiner Form zu veröffentlichen und erklärte, er selbst werde dem Präsidenten die schlimme Nachricht überbringen. Demzufolge ging Helms dann ins Oval Office und überreichte dem Nachfolger John F. Kennedys die Informationen. Hersh berichtet: "Johnson war außer sich vor Wut und forderte Helms auf, das Dokument zu vernichten. "Niemand sonst darf davon erfahren, nicht einmal (Außenminister) Dean Rusk und (Verteidigungsminister) Robert McNamara."

Die Leerstelle bei Oliver Stone

Oliver Stones Film JFK - Tatort Dallas war 1991 ein weltweiter Publikumserfolg. Der antizionistische Autor und Radiomoderator Michael Collins Piper schreibt in Final Judgment: "Es gibt jedoch noch eine letzte interessante Tatsache über Oliver Stone und seinen viel beworbenen Film, die Erwähnung verdient. Obwohl Stone zweifelsohne das unbestreitbar talentierte kreative Genie war, das für JFK verantwortlich zeichnete, muß man sich immer vor Augen halten, daß in der Filmindustrie letztlich das Geld schlicht und einfach darüber entscheidet, ob ein Film gedreht wird oder nicht. Die alles entscheidende Aufgabe, die Finanzierung zu arrangieren, fällt dem Produzenten des Films in den Schoß. Schaut man sich den Abspann von Stones JFK an, so findet man den Namen von Arnon Milchan als Executive Producer aufgeführt."

Mossad-Agent Arnon Milchan finanzierte und produzierte Oliver Stones Film "JFK".

Wer ist Milchan? Warum ist sein Name relevant für unsere Untersuchung der Fakten über Israels Rolle in der JFK-Attentatsverschwörung und die Art und Weise, in der Oliver Stone diesen kritischen Faktor unterdrückt hat? Laut dem liberalen Journalisten Alexander Cockburn, der am 18. Mai 1992 in The Nation schrieb, wurde Milchan, "in einem israelischen Bericht von 1989 als "wahrscheinlich (Israels) größter Waffenhändler" bezeichnet. ... Wir haben also eine Mossad-Figur im Zentrum des israelischen Nuklearentwicklungsprogramms, die zusammen mit seinen französischen Partnern einen Film finanziert, der ... nicht ein einziges Mal auf JFKs erbitterten Konflikt mit Israel hinweist, insbesondere auf den Kampf um Israels

Bestreben, ein Atomwaffenarsenal aufzubauen."
Selbst die deutsche Wikipedia schreibt über den Produzenten: "Milchan war außerdem von der Mitte der 1960er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre für den israelischen Geheimdienst Mossad tätig." Am 18. Juli 2011 erschien in der großen israelischen Tageszeitung Haaretz der Artikel "Hollywood Producer was an Israeli Nuclear Agent". Darin heißt es zu Beginn: "Einer neuen Biographie zufolge wurde Arnon Milchan, ein enger Freund israelischer Premierminister und Hollywood-Stars, von Schimon Peres angeworben, um Ausrüstung für das angebliche israelische Atomprogramm zu kaufen."

Die BRD und die Bombe

Anstelle der USA sprang die Bundesrepublik als Finanzier der israelischen Atombombenentwicklung in Dimona ein. Ab 1960 begannen die deutschen Gelder zu fließen, angeblich zur Finanzierung eines Entwicklungsprojektes in der Negev-Wüste. "Das Einzige, was damals dort im Bau war, war das Atomkraftwerk Dimona, samt seiner versteckten unterirdischen Anlagen", merkt Buchautorin Gaby Weber in ihrer Untersuchung Eichmann wurde noch gebraucht dazu spöttisch an.
Daß dies auch den bundesdeutschen Stellen klar war, geht auch aus einem "streng geheimen" Aktenvermerk des damaligen Außenamtstaatssekretärs (und späteren Bundespräsidenten) Karl Carstens (CDU) hervor: "Bundesminister Strauß ist vor wenigen Tagen mit Ben-Gurion zusammengetroffen. ... Ben-Gurion ist auf die Produktion atomarer Waffen zu sprechen gekommen. In dem Gespräch habe Ben-Gurion erklärt, der Herr Bundeskanzler habe ihm versprochen, daß sich die Bundesrepublik an der Erschließung der Negev-Wüste beteiligen werde." Zunächst wurden drei Millionen D-Mark bewilligt.
Aber das genügte nicht. Adenauer sagte schließlich einen Kredit über zwei Milliarden Mark "zur Erschließung der Negev-Wüste" zu, verteilt über zehn Jahre. Die beiden Männer hielten den Deal streng geheim. Adenauer unterrichtete weder den Bundestag noch das Kabinett. In den Akten des Auswärtigen Amtes findet sich bis heute kein Vertragstext, fand Frau Weber heraus. (Jürgen Elsässer)
Michael Collins Piper fragt in seinem Buch Final Judgment: "Ist es vor diesem Hintergrund wirklich zu weit hergeholt zu vermuten, daß Oliver Stones "Interpretation" der JFK-Attentatsverschwörung in Wirklichkeit eine höchst raffinierte Form schwarzer Propaganda war, die mit Geldern des Mossad finanziert wurde? War der massive Medienrummel um Stones Film eine Art "begrenzter Hangout" im Auftrag Israels und seiner Verbündeten in der CIA? ... Das werden wir natürlich nie erfahren."
_ Auszug aus dem neuen Buch "Die große Täuschung. John F. Kennedys Mahnung und die Bedrohung unserer Freiheit" von Bestsellerautor Thorsten Schulte (482 Seiten, 24 Euro).<<

26.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.361/…): >>**ÖRR meint, Werbung für Impfpflicht sei richtig gewesen**
In einer neuen Sendung blickt die Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim vermeintlich kritisch auf ihre Impf-Werbung in den Corona-Jahren zurück. Schnell wird aber klar: Sie und der ÖRR bereuen nichts. Vielmehr sei der Widerspruch der Kritiker eine Zumutung gewesen.
Larissa Fußer
"Zur Wissenschaftlichkeit gehört, sorgfältig und selbstkritisch mit Fehlern umzugehen." So vermeintlich versöhnlich teaserte die Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim am Sonntag ihre ZDF-Sendung MAITHINK X an. Angeblich möchte sie eine kritische Aufarbeitung der Impfwerbung während der Corona-Pandemie wagen. "Ich habe mich während Corona viel fürs Impfen ausgesprochen und will mich der Frage stellen: War es richtig, mich so stark für die Corona-Impfungen auszusprechen?", sagt Nguyen-Kim zu Beginn der Sendung

und blendet dabei ein YouTube-Video mit dem Namen "Impfpflicht ist ok" aus November 2021 ein.
In diesem hatte die Journalistin unter anderem die Impfpflicht mit einer Anschnallpflicht im Auto verglichen und das Gegenargument zur Impfpflicht, daß dies eine Verletzung der persönlichen Freiheitsrechte sei, als "puren Egoismus" bezeichnet. Zudem machte sie offensiv Werbung für die Impfung. Unter anderem sagte sie in dem Video: "Die Impfung ist sicher, die Impfung schützt, die Pandemie ist noch nicht vorbei.
Wer diese drei Fakten verstanden hat, kann nur zu einem vernünftigen Schluß kommen: Arm frei machen und rein mit der Impfung." Nur wer die Fakten nicht verstehe oder von Desinformation getäuscht worden sei, lasse sich nicht impfen, so Nguyen-Kim damals. Kurz: Die Ungeimpften seien saublöd und leicht manipulierbar.
Am Sonntag wollte die Journalistin von diesen abfälligen Bemerkungen gegenüber impfkritischen Personen jedoch nichts mehr wissen. Plötzlich bezeichnete sie nun Impfkampagnen von Stars als unwissenschaftlich und behauptete, daß sie es "uncool" gefunden habe, "daß während der Pandemie jeder, der nicht gleich Feuer und Flamme für die Impfung war, Angst haben mußte, als Covidiot abgestempelt zu werden."
Damit meint sie offensichtlich nicht sich selbst. Immerhin amüsiert sie sich darüber, daß ihr - sie macht Anführungsstriche mit den Fingern - "Hetze gegen Ungeimpfte" vorgeworfen worden sei. Man solle ihr doch mal den Videobeweis dafür schicken. Nun, liebe Leser, wollen wir eine Sammelmail verfassen?
Nguyen-Kim macht deutlich, daß sie offensichtlich überhaupt keine ihrer Aussagen aus der Corona-Pandemie bereut. Auf die schon zu Anfang der Sendung gestellte Frage - "War es richtig, mich so stark für die Corona-Impfungen auszusprechen?" - antwortet die Journalistin schließlich einfach süffisant "Ja". Ihr Argument: "Wenn ich nichts zur Impfung gesagt hätte, wäre nicht einfach nichts passiert, sondern ich hätte unsäglich vielen Falschinformationen dadurch Raum gegeben." Sie habe daher auf ihrem - damals durch Gebührengelder finanzierten - YouTube-Kanal Videos dazu veröffentlicht, daß der mRNA-Impfstoff nicht das Erbgut verändere und auch nicht voreilig zugelassen worden sei.

Der ÖRR verhöhnt die Impfkritiker

Allein, daß sie diese Aussagen in einer Zeit wiederholt, in der nun auch schon öffentlich-rechtliche Medien über DNA-Verunreinigungen in den mRNA-Impfstoffen berichtet haben, die aus der Sicht verschiedener renommierter Wissenschaftler durchaus das Erbgut verändert könnten, zeigt, daß Nguyen-Kim nach wie vor kein Interesse an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Risiken der Corona-Impfungen hat.
Stattdessen gibt sie sich pseudo-versöhnlich, ist aber tatsächlich genauso herablassend wie früher. Beispielsweise, wenn sie mit aufgesetztem Hundeblick sagt, daß sie ja durchaus verstehen könne, wenn Fakten, die man im Kopf begreife, manchmal nicht ausreichen würden, um den Bauch zu überzeugen. Daß es heute aber noch deutlich mehr rationale Gründe gibt als damals, die Sicherheit der Corona-Impfungen kritisch zu hinterfragen, kommt der Journalistin nicht in den Sinn.
Vor allem aber möchte sie sich die Möglichkeit nicht nehmen lassen, sich nochmal über ihre Kritiker zu beschweren: "Viele, die während der Pandemie über Impfungen aufgeklärt oder sich dafür ausgesprochen haben, sind inzwischen nicht nur verstummt, weil die akute Bedrohungslage durch Corona für die meisten vorbei ist, sondern auch, weil man mit Beleidigungen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen rechnen muß, wenn man öffentlich fürs Impfen steht."
Unter wissenschaftlicher Aufarbeitung verstehen Mai Thi Nguyen-Kim und die Öffentlich-Rechtlichen offenbar, zwei Jahre nach dem Pandemie-Ende immer noch darauf zu beharren, alles richtig gemacht zu haben. Mitgefühl hat die 36-Jährige nur mit denen, die aus ihrer Sicht

zu blöde sind, ihre "Fakten" zu begreifen. Man könnte darüber lachen, wüßte man nicht, daß man für diese Verhöhnung des wissenschaftlichen Denkens auch noch zahlen muß.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Februar 2024: >>**"Berliner Zeitung" rechnet mit Correctiv ab**

Von *Sven Reuth*

Die "Berliner Zeitung" legt erneut mit einem präzise recherchierten Artikel gegen die hochgradig tendenziöse Berichterstattung des extrem linken und staatsfinanzierten Portals Correctiv nach.

- Bei dem laufenden Verfahren in Hamburg könnte es sich herausstellen, daß viele Behauptungen von Correctiv über das sogenannte Potsdamer Geheimtreffen keine Tatsachenbehauptungen waren, sondern reine Wertungen darstellen.
- Schon in der Überschrift fragt der Autor des Artikels, Nathan Giwerzew: "Fiel die Regierung auf einen Bluff der Rechercheure rein?"
- Correctiv-Chef David Schraven versucht unterdessen erst gar nicht, diese Kritik sachlich zu widerlegen, sondern unterstellt jedem, der die Methoden des von ihm geleiteten Portals hinterfragt, "Correctiv auf Veranlassung der AfD zu diskreditieren"<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Bundesweite Einstufung der AfD - der Verfassungsschutz als Waffe**

Die Enthüllungen über ein neues Gutachten des Verfassungsschutzes zur AfD könnte Menschen davon abhalten, in die Partei einzutreten, weil sie Konsequenzen fürchten müßten. Diese Einschüchterungswirkung ist offenbar gewünscht.

Von *Redaktion*

Daß der Bundesverfassungsschutz die AfD als rechtsextrem einstufen möchte, könnte erhebliche Folgen für Parteimitglieder haben - und neue AfD-Anhänger davon abschrecken, der Partei beizutreten. Am Sonntagabend berichtete die Süddeutsche Zeitung, daß der Verfassungsschutz an einem Gutachten arbeitet, um die AfD als "gesichert extremistische Bestrebung" einzustufen. Eine solche Einstufung würde dem Verfassungsschutz gewaltige Eingriffe in die Arbeit der Partei und ihrer Mitglieder bis in das private Leben erlauben.

Und schon jetzt hat sich der Verfassungsschutz mit dem neuen Gutachten ein mächtiges Werkzeug geschaffen - obwohl das Schreiben erst in Arbeit ist. Anschließend müßten Betroffene mit Disziplinarmaßnahmen, Entfernung aus dem Beamtendienst und ähnlichen Schritten durch ihren Arbeitgeber oder andere Behörden rechnen, würden sie vom Verfassungsschutz als Gefahr für das Grundgesetz eingeschätzt werden.

Weil die AfD seit 2021 als Verdachtsfall eingestuft wird, darf der Verfassungsschutz momentan zwar bereits beobachten und Personen durchleuchten, zu dienstrechtlichen Konsequenzen kam es derweil aber nicht. Zudem ist der Verfassungsschutz bei der Beobachtung, vor allem von Einzelpersonen und Abgeordneten, äußerst eingeschränkt. Die Tiefgründigkeit der Überwachung könnte sich mit einer Einstufung als extremistische Bestrebung ändern.

Im Landtagswahljahr in Sachsen, Thüringen und Brandenburg weist das Bundesamt mit diesem Gutachten außerdem noch einmal auf die eigenen Befugnisse hin, läßt die Muskeln spielen und will so manchen AfD-Sympathisanten möglicherweise abschrecken.

Wie man sich in der Öffentlichkeit, in sozialen Netzwerken oder anderswo äußert, dürfte sich durch die bloße Nachricht, daß der Verfassungsschutz an einem Gutachten arbeitet, erheblich ändern, weil AfD-nahe Personen befürchten könnten, bei einer möglichen rechtsextremistischen Einstufung der Partei ins Visier des Verfassungsschutzes zu geraten.

Auch AfD-Anhänger, die einen Beitritt in die AfD in Erwägung ziehen, könnten durch die öffentlich-wirksame Gutachten-Enthüllung der SZ eingeschüchtert werden und aus Angst vor den Konsequenzen und einer gründlichen Durchleuchtung bei einer möglichen Einstufung von einer AfD-Mitgliedschaft absehen. Trotz zahlreicher Demonstrationen "gegen Rechts" erhielt

die Partei im Januar gut 2.500 Mitgliedsanträge und zählt mittlerweile über 41.000 Mitglieder, Tendenz weiter steigend.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Die Verstrickungen werden immer deutlicher: "Correctiv-Journalistin" leitet Workshop für "Verfassungsschutz"!**

Seit der Verbreitung einer Anti-AfD-Lügengeschichte hat das "Correctiv-Journalistennetzwerk" mehrfache Rollen rückwärts hingelegt: Der Begriff "Deportationen" wurde klammheimlich aus einer Buch-Ankündigung gestrichen - und auch von der Ausweisung deutscher Staatsbürger "aufgrund ihrer Ethnie" will man plötzlich nichts mehr wissen. Nun wird bekannt: Das von der Bundesregierung mitfinanzierte "Correctiv-Netzwerk" klüngelt nicht nur mit der Ampel, sondern auch mit dem sogenannten "Verfassungsschutz".

Correctiv-Autorin Caroline Lindekamp leitete bei einer "Wissenschaftskonferenz" des Bundesamts für Verfassungsschutz einen Workshop. Das Thema: "Meinungsbildung 2.0 - Strategien im Ringen um Deutungshoheit im digitalen Zeitalter".

Es wird immer offensichtlicher: Etablierte Parteien, etablierten Medien und das parteipolitisch instrumentalisierte Bundesamt für Verfassungsschutz bilden ein gemeinsames Meinungskartell, das mit Rufmord und systematischer Denunziation gegen Regierungskritiker vorgeht. Verwunderlich ist das Verhalten des vermeintlichen "Verfassungsschutzes" nicht - schließlich handelt es sich um eine weisungsgebundene Behörde, die dem Innenministerium untersteht. Der massive parteipolitische Einfluß macht sich daher zwangsläufig bemerkbar und wird inzwischen kaum noch zu kaschieren versucht.

Die gute Nachricht: Immer mehr Menschen durchschauen diese Entwicklung und lassen sich nicht mehr davon beeindrucken, wenn Oppositionspolitiker mit diffamierenden Etiketten belegt werden. Am Ende wird sich die Wahrheit durchsetzen. Wir halten deshalb Kurs und lassen uns von vom Machtkartell nicht einschüchtern!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Februar 2024: >>**Streng geheim: Verbotene Erfindungen**

Von *Daniell Pföhringer*

Weil Geldadel und Ölindustrie Milliardenprofite machen wollen, werden bahnbrechende Erfindungen vor der Öffentlichkeit verheimlicht. Dabei wären Alternativen zu herkömmlichen Energieerzeugungsformen gerade jetzt dringend vonnöten. Welche Potentiale ungenutzt bleiben und wer ihren Durchbruch verhindert, lesen Sie in "Verbotene Erfindungen" von György Egely. Wir werden nach Strich und Faden belogen und um unsere Zukunft betrogen! …

In den 1920er Jahren führte der junge amerikanische Elektrotechniker Henry Moray eine Holzkiste vor, die ohne externe Einspeisung wochenlang mehrere Kilowatt elektrische Energie liefern konnte. In seinem Nachlaß aufgetauchte Schaltpläne lassen den Schluß zu, daß Moray versuchte, mit seinem Gerät, das er Radiant Energy Device nannte, elektromagnetische Felder natürlichen Ursprungs, etwa bei Gewitter, durch Halbleiterdioden gleichzurichten und die Spannung in mehreren hintereinander gebauten Transformatoren auf Hochspannung zu bringen. Vom US-Patentamt bekam der Tüftler eine Abfuhr - und die Industrie zeigte kein Interesse, sein Projekt zu finanzieren.

In den 1930er Jahren beobachtete der österreichische Forstmeister und Viktor Schauberger mit Erstaunen, daß die Forellen in einem tosenden Bergbach nicht von der Strömung mitgerissen wurden, sondern nahezu ruhig im Wasser stehen blieben.

Dies und überlieferte Techniken der Holzflößer brachten ihn zu der Erkenntnis, daß die Natur große Antriebskräfte zur Verfügung stellt, die sich die Menschen nutzbar machen könnten. Nach Untersuchung der Kiemen der Fische baute er einen Stromkanal, aus dem das Wasser mit mehr Energie heraustrat, als es eingetreten war. Doch auch diese sensationelle Erfindung verschwand aus unerfindlichen Gründen wieder in der Versenkung.

Gleiches gilt für zahlreiche Entwicklungen des Jahrhundertgenies Nikola Tesla. Der hatte schon im Jahr 1900 vorausgesagt:
"Ehe viele Generationen vergehen, wird unsere Maschinerie durch Energie angetrieben werden, die an jedem Punkt im Universum erhältlich ist - es ist nur eine Frage der Zeit, wann der Mensch seine Maschinerie erfolgreich an das Räderwerk der Natur selbst angeschlossen haben wird."
Doch auch von seinem Elektroauto, das er in den 1930er Jahren baute und das - anders als heutige E-Fahrzeuge - keine externe Energiequelle benötigte, hat man nie wieder etwas gehört. Der mit zahlreichen Preisen und Ehrendoktorwürden ausgezeichnete Elektroingenieur aus Kroatien wurde in den USA zunächst von J. P. Morgan unterstützt, doch als er sich Projekten widmete, die die Energieprobleme der Menschheit hätten lösen können, ließ ihn der Investmentriese fallen wie eine heiße Kartoffel.

Von einflußreichen Kreisen unterdrückt

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß einflußreiche Kreise nicht nur in diesen Fällen ihre Finger im Spiel hatten, um Erfindungen, die den Profitinteressen der Großkonzerne in die Quere hätten kommen können, vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Der seinerzeit von den Rockefellers beherrschten Ölindustrie etwa wären Milliarden durch die Lappen gegangen, hätten sich Morays, Schaubergers und Teslas Entwicklungen durchgesetzt.
Doch es gibt noch viel mehr Beispiele für zukunftsträchtige Erfindungen, die entweder mit der Klassifizierung "Top Secret" in den Archiven verschwanden, von einer gekauften Presse lächerlich gemacht wurden oder bis heute von Politik und Wirtschaft unterdrückt werden, wie der Ingenieur und Wissenschaftsautor György Egely in seinem brandneuen Buch "Verbotene Erfindungen" verdeutlicht.
Wußten Sie beispielsweise, daß schon 1879 eine Maschine erfunden wurde, die weitaus mehr Energie erzeugte, als sie für ihren Antrieb benötigte? Das klingt nach dem alten Traum vom Perpetuum mobile, doch Egely weist in seinem Buch mit technischem Sachverstand und Expertise nach, daß es sich hierbei nicht um die fixe Idee eines Fantasten handelte, sondern um eine geradezu geniale Innovation, die tatsächlich funktioniert.
Egely erläutert in "Verbotene Erfindungen" ganz grundsätzlich das physikalische Wesen der Energie, damit auch Laien davon ein Verständnis bekommen und begreifen, wie wir von einflußreichen Kreisen nach Strich und Faden belogen und betrogen werden. Fakt ist: Die meisten mechanischen Perpetua mobilia sind symmetrische Konstruktionen, die nach naiven Vorstellungen gebaut wurden. Die Symmetrie ist nämlich genau das Problem solcher Gerätschaften.
Das Geheimnis, das für Funktionsfähigkeit sorgt, liegt vielmehr in der Reduktion der Symmetrie. In der Natur vielfach vorhanden, kann dies jedoch von Menschen nur schwer kopiert werden - doch es ist möglich, wie Egely in seinem Werk nachweist. Das gilt ebenso für die Elektrotechnik, wenn man über konventionelle Muster hinausdenkt. Moray und Tesla kannten solche Beschränkungen nicht - heute werden entsprechende Grenzen von einer interessengeleiteten Wissenschaftsindustrie im Auftrag des Großen Geldes errichtet.

Brisante Enthüllungen

Egelys "Verbotene Erfindungen" ist ein geradezu sensationelles Werk, denn der Autor, selbst Ingenieur und Techniker, belegt mit naturwissenschaftlichem Sachverstand, daß Technologien möglich und umsetzbar sind, die uns noch immer als Science-Fiction verkauft werden. Dazu gehören nicht nur die treibstofflose Methoden der Energieerzeugung, sondern auch unbekannte Arten von elektromagnetischen Wellen, Antigravitation und sogar Teleportation und Transmutation von Materie.
Egely macht dabei deutlich: Von Anfang an war nicht der wissenschaftliche Gehalt und der Nutzen solcher Innovationen der entscheidende Faktor, sondern das Geld. Industrie und Wis-

senschaft gehen nicht selten eine Liaison ein, um aus diesem Grund bahnbrechende Entwicklungen zu verhindern. Was Profit bringt, wird finanziert, was ihn schmälert, wird verschwiegen. Dementsprechend fallen oft wissenschaftliche Arbeiten aus, nämlich zugunsten der Konzerne und zum Nachteil der Erfinder und letztlich der gesamten Menschheit.
Dabei wären gerade heute Alternativen vonnöten. Wir sind nicht mehr weit von der endgültigen Explosion der Energiepreise und der daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Krise entfernt. Die Wiederentdeckung von revolutionären Erfindungen, die uns bewußt vorenthalten werden, wäre in der Lage, uns aus dem Schlamassel zu bringen. Doch das ist nicht im Sinne des internationalen Geldadels, der Energiekonzerne und der Großindustrie, denn dadurch würden ihre Profite schwinden. Es bleibt daher zu hoffen, daß "Verbotene Erfindungen" größtmögliche Verbreitung findet, damit jeder erkennt, was wirklich möglich ist - und wer dies verhindern will.
Bahnbrechende Entdeckungen - verboten, ignoriert, vergessen: In "Verbotene Erfindungen" zeigt György Egely auf, wie wir unsere Energieprobleme endlich lösen können - und wer dies mit aller Macht verhindern will. Erfahren Sie, wie wir nach Strich und Faden belogen und um unsere Zukunft betrogen werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Claudia Roth will gegen "Muslimfeindlichkeit" vorgehen - diese Frau ist nur noch ein Witz**
Nach einem erneuten Antisemitismus-Skandal in ihrer Zuständigkeit verspricht Claudia Roth wieder Aufarbeitung - und spricht im nächsten Atemzug über "Muslimfeindlichkeit". Damit offenbart sie, daß ihr das Thema Antisemitismus in echt völlig egal ist.
Max Roland
Die Berlinale endete im Skandal: Der deutsche Film bot wahrscheinlich seit Leni Riefenstahl nicht mehr so eine offene Bühne für Judenhaß, wie die große Preisverleihung es am Wochenende in Berlin tat. Und im Nachhinein sind alle, etwa die Verantwortlichen wie Kulturstaatsministerin Claudia Roth oder Bürgermeister Kai Wegner, schockiert und empört. Vielleicht versuchen sie mit dieser Schauspiel-Leistung auch noch einen Bären abzubekommen - abkaufen kann man es ihnen aber nicht.
Denn das Problem des linken Antisemitismus ist bekannt, seine Präsenz in der deutschen Kulturszene auch. Gerade erst hat die sonst so "antirassistisch" daherkommende Berliner Kunst- und Kulturszene lautstark protestiert, als das Land seine Förderungen an ein Bekenntnis gegen Antisemitismus knüpfen wollte. Spätestens das war der totale Offenbarungseid. Es gibt keine Entschuldigung mehr für Blindheit gegenüber diesem linken Antisemitismus.
Die Berlinale war eine moralische Bankrotterklärung der Hypermoralisten: Die Leute, die sich gratismutig einen "Fck AfD-Sticker" in den Schritt kleben oder sich, von der eigenen Pseudomoral ergriffen, "Es lebe die Demokratie" zurufen, haben kein Problem mit Israel- und Judenhaß, solange er nur woke und akademisch genug daherkommt. Im Gegenteil: Sie klatschen der Hetze derart begeistert zu, daß einem der Sportpalast-Vergleich schon in den Fingern juckt.
Aber die woke Weltsicht ist dort ganz einfach: Sagt ein Deutscher "Ich hasse Juden", ist das Nazi-Sprech. Sagt ein Palästinenser oder ein Moslem "Ich hasse Juden", gilt es für diese Leute als vielleicht streitbare, aber doch relevante Perspektive, der man Raum geben müsse. Er muß nur noch Wörter wie "Antikolonialismus" oder "Genozid" hinterher schieben, und die deutsche Filmszene applaudiert frenetisch. Natürlich nicht alle Schauspieler, Regisseure und Co. - aber genug.
Auch Claudia Roth klatscht zunächst eifrig beim Haß auf Israel mit - nur, um später dann von nichts gewußt zu haben und große Versprechungen von "Untersuchung" und "Aufarbeitung" zu machen. Doch es gibt nichts zu untersuchen. Die Sache ist glasklar: Die Berlinale als

Flaggschiff-Veranstaltung der deutschen Filmszene ist zur Bühne für Antisemitismus und Israel-Haß verkommen - unter Applaus von Claudia Roth.

Woker Israel-Haß: Das Problem ist grünes Denken

Schon bei der Documenta und den widerlichen, antisemitischen Karikaturen, die dort unter Roths Schirmherrschaft als "Kunst" ausgestellt wurden, kündigte die Kulturstaatsministerin reuig Aufarbeitungen und Untersuchungen an - jetzt wieder. Um diesen Untersuchungen mal vorweg zu greifen: Das Problem, Frau Roth, finden Sie weder bei der Documenta, noch bei der Berlinale. Sondern in letzter Konsequenz bei sich selbst.

Denn der Kern der Grünen Sicht auf die Gesellschaft ist dieselbe Denkweise, die jetzt diese Skandale produziert hat. Die Geschehnisse auf der Berlinale fanden nicht in einem Vakuum statt, sondern sind geprägt von einem links-akademischen Umfeld, das den Israel-Haß als "Antikolonialismus" institutionalisiert hat. Diese postkoloniale Ideologie haßt im Kern alle Weißen - und damit auch die Israelis, die in dieser krud-rassistischen Woke-Weltsicht eben auch nur böse weiße Menschen und damit per sé schlecht und unterdrückerisch sind.

Und Claudia Roth hat sich, wie ihre Partei, dieser Denkweise verschrieben. Eine Denkweise, die die Welt wortwörtlich schwarzweiß sieht. Das scheint auch bei den Aufarbeitungs-Bekundungen wieder durch: In ihrer Entschuldigung kommt sie nicht umher, eine Prüfung zu "Muslimfeindlichkeit" zu veranlassen. Die gab es dort nicht: Aber in der Weltsicht, der sich auch Roth in letzter Konsequenz unterwerfen muß, sind "People of Color" gegenüber den "Weißen" eigentlich immer Opfer und unverrückbar im Recht. Da muß auch diese Floskel mit rein.

Diese neue Art der Rassentheorie ist unbestreitbar in der politischen DNA der Grünen verankert - und deswegen sind sie im Zweifel bereit, zu schweigen, wenn jemand gegen Israel und Juden hetzt. Solange er mit der richtigen Melaninkonzentration daherkommt oder sich nicht Antisemit, sondern Antikolonialist nennt. Mit Claudia Roth ausgerechnet die Grünen das Trümmerfeld des woken Israel-Hasses aufarbeiten zu lassen, ist nicht mehr, als den Bock zum Gärtner zu machen.

Mit der deutschen Film- und Kulturszene wird an anderer Stelle abzurechnen sein. Es ist auch eigentlich alles gesagt: Die ganze moralbesoffene Inszenierung gegen die AfD bei gleichzeitigem Applaus für Hetze gegen Israel entlarvt sie genug. Und das hohle, frenetische Applaudieren bei antisemitischen Propaganda-Reden steigt nicht zum ersten Mal zur Kernkompetenz des deutschen Films auf.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Deutschlandfahne im Bundestag? Das ist zu viel für die Altparteien**

Die Regierungsdemos gegen "rechts" erhalten immer weniger Zulauf, die AfD dagegen stetig mehr. Also legen Ampelregierung und Verfassungsschutz nach: In Zukunft soll auch schon gegen Äußerungen vorgegangen werden, die nachweislich nicht die Strafbarkeitsgrenze überschreiten.

Die AfD-Fraktion hat in Anbetracht dieser Umtriebe eine aktuelle Stunde im Bundestag anberaumt. Martin Reichardt, Vorstandsmitglied der Alternative für Deutschland, berichtet, daß so etwas längst passiert: So wurde ein Unternehmer in Bayern mit 6.000 Euro Strafe belegt, weil er auf einem Plakat fragte, ob Wirtschaftsminister Robert Habeck überhaupt bis drei zählen könne. Hausdurchsuchung durch die Polizei inklusive.

Zugleich wird auf den Regierungsdemonstrationen freimütig und straffrei gefordert, AfD'ler zu töten, werden Wähler als "Ratten" beschimpft. Die wahren Verfassungsfeinde, so Reichardt, sind nicht die Menschen da draußen - die wahren Verfassungsfeinde würden auf der Regierungs- und den Koalitionsbänken sitzen. Letztendlich überführt er sie mit einer einfachen Geste: Als Reichardt am Ende die Deutschlandfahne hochhält, kassiert er Empörung der

Abgeordneten und einen Ordnungsruf von Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Februar 2024: >>**"Gesichert rechtsextrem": VS zielt nun auf ganze AfD**
Von *Sven Reuth*
Wird der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung arbeitet das Bundesamt für Verfassungsschutz daran, die gesamte AfD als "gesichert rechtsextremistisch" einzustufen. …
Erst vor einigen Wochen bemerkte des bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), daß es "hilfreich" wäre, die gesamte AfD als "gesichert rechtsextremistisch" einzustufen. Die Botschaft wurde von der Haldenwang-Behörde natürlich sofort erhört. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung arbeiten die Schlapphüte, bei denen sich ein eigenes "Koordinierungsteam" mit der Bearbeitung der AfD befaßt, an einem neuen Gutachten, das als Grundlage für die neue Einstufung dienen soll.
Wer Frieden will, ist Extremist
Schon diese Vorgehensweise spricht natürlich jedweder Rechtsstaatlichkeit Hohn. Offenbar geht es sich nämlich gar nicht um eine objektive Untersuchung, sondern um ein reines Gefälligkeitsgutachten im Sinne von Innenministerin Nancy Faeser (SPD), bei dem das Ergebnis schon von vorneherein feststeht. Noch irrer: Als einziger ganz neuer Punkt in dem Gutachten soll das Thema "Verhältnis zu Rußland" auftauchen. Die AfD soll also als "gesichert rechtsextremistisch" eingestuft werden, weil sie den Kriegskurs der Bundesregierung gegen Rußland nicht mitträgt!
Das Gutachten würde nach Angaben der Süddeutschen Zeitung derzeit schon vorliegen, wenn VS-Chef Haldenwang nicht die Anweisung gegeben hätte, noch ein ausstehendes Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster abzuwarten, in dem es auch um die Beobachtung der AfD geht. Mögliche Einwände der Richter sollen dann noch berücksichtigt werden.
Verfall der Demokratie
Der bunte Linksfaschismus in Deutschland schreitet jedenfalls munter voran. Noch schnell vor den drei im Herbst dieses Jahres anstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen soll eine maximal abschreckende Einstufung herbeigeführt werden. Gut nur, daß viele Bürger schon längst erkannt haben, daß der sogenannte Verfassungsschutz nicht die Demokratie, sondern ausschließlich die herrschende Klasse schützt. Dementsprechend sind die VS-Behörden im Bund und in den Ländern auch weisungsgebunden und unterstehen den jeweiligen Innenministerien. "Wessen Brot ich es, dessen Lied ich sing" - diese Devise gilt insbesondere für die Beamten in den VS-Behörden.
Die Meldung kommt natürlich alles andere als überraschend. Offenbar wollen die Herrschenden die im Zuge der Correctiv-Affäre erzeugte Pogromstimmung gegen Rechts nun dafür nutzen, so viele repressive Maßnahmen wie möglich gegen das patriotische Spektrum durchzuboxen. Die jetzt anstehende Einstufung könnte die AfD am Ende aber sogar enger zusammenschweißen. Unter rein machtpolitischen Aspekten wäre es aus Sicht der Bundesregierung vielleicht sogar klüger gewesen, nur einen Teil der AfD als "gesichert rechtsextremistisch" einzustufen, um innerparteiliche Bruchlinien zu schaffen und interne Konflikte anzuheizen.
Zumindest diese Option haben die Innenminister zukünftig dann nicht mehr. Dennoch ist der immer massivere Einsatz der VS-Behörden gegen die rechtsdemokratische Opposition natürlich ein besorgniserregendes Zeichen für den mittlerweile galoppierenden Verfall demokratischer und rechtsstaatlicher Standards in der Bundesrepublik, die schon längst zu einem strammen linken Weltanschauungsstaat mutiert ist.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Februar 2024: >>**Hetzer-Ehre wem Hetzer-Ehre gebührt: "Karl-Eduard-von-Schnitzler-Preis" für Böhmermann**
Der kleine ZDF-Goebbels Jan Böhmermann hat den "Karl-Eduard-von-Schnitzler-Preis für

Propaganda und Agitation" gewonnen. Mehr als 3.600 Bürger wählten den linksgrünen System-Clown, der weit vor "ARD-Journalist" Georg Restle landete (2.320 Stimmen). Der "Karl-Eduard-von-Schnitzler-Preis für Propaganda und Agitation" wurde im Oktober 2023 ins Leben gerufen und jetzt erstmals verliehen. Benannt ist der "Preis" nach Karl-Eduard von Schnitzler, dem früheren Chefagitator des "Schwarzen Kanals", der wichtigsten SED-Propagandasendung im einstigen DDR-Fernsehen.
Böhmermann stehe "in geradezu unangenehmer Art und Weise auf der Seite der Mächtigen und tritt die Schwachen mit Füßen", sagte der liberal-konservative Publizist und Stifter des "Preises", Roland Tichy. Als Beispiel nannte er Böhmermanns widerliche Hetze gegen Kinder während der Corona-Pandemie. "Was die Ratten in der Zeit der Pest waren, sind Kinder zurzeit für Covid-19: Wirtstiere", hatte der ZDF-Chefagitator im Januar 2022 gesagt.
Böhmermann als Gehilfe des Innenministeriums?
Auch Böhmermanns Rolle bei der sogenannten Schönbohm-Affäre kritisierte Tichy. Mutmaßlich aus dem Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) sollen "Informationen" über angebliche Rußland-Kontakte des damaligen Chefs des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik, Arne Schönbohm, an Böhmermanns Redaktion gelangt sein. Böhmermann veröffentlichte die Anschuldigungen, die sich im Nachhinein als völlig haltlos erwiesen. Schönbohm hatte über diese Intrige seinen Posten verloren.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Polizei sichert Notaufnahme nach Clan-Gewalt: Durchgreifen und ausländische Täter abschieben!**
Dieses Deutschland ist also das angeblich "beste Deutschland, das es jemals gegeben hat": Bewaffnete Polizisten sichern eine Notaufnahme in Berlin-Kreuzberg und patrouillieren in den umliegenden Straßen mit Maschinenpistolen, weil Clans sich eine blutige Auseinandersetzung liefern. Auslöser war eine Unfallfahrt, die dazu führte, daß eine zehn- bis fünfzehnköpfige Personengruppe ein Auto umringte und Scheiben des Fahrzeugs einschlug.
Anschließend kam es zu "Auseinandersetzungen", wie es die Polizei in ihrer Pressemitteilung nennt: Drei Verletzte - darunter ein Mann mit einer Schußverletzung und ein anderer Mann mit einer Stichverletzung - waren das Ergebnis.
Da die Polizei befürchtete, daß es in der Notaufnahme erneut zu "Auseinandersetzungen" kommt, sicherte sie das Areal ab. Und weil durch diese Sicherungsmaßnahmen die Zuwegung zur Klinik versperrt wurde, war die Notaufnahme für Anfahrten anderer Notfälle für drei Stunden gesperrt. Notfällen mußten in andere Kliniken verbracht werden.
Erst in der Silvesternacht kam es in einer anderen Berliner Notaufnahme zu brutalen Migranten-Attacken, bei denen ein Pfleger bewußtlos geschlagen wurde. Und was macht die CDU, die Berlin regiert? Sie reagiert mit ohrenbetäubendem Schweigen und geht zur Tagesordnung über. Im Bund gaukelt CDU-Chef Merz eine Oppositionshaltung gegen die Massenmigration vor, während die CDU in allen von ihr regierten Bundesländern die unfaßbaren Zustände stützt und befördert.
Nicht der Clan-Kriminelle hat von der CDU etwas zu befürchten, sondern der Deutsche, der sein Land behalten will. Wir wollen, daß dieser Zustand umgekehrt wird: Es muß endlich durchgegriffen werden und es müssen alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um ausländische Straftäter konsequent abzuschieben. An ein Deutschland, in welchem noch nicht einmal Notaufnahmen sicher sind vor Clans und brutalen Migranten-Schlägern, dürfen und werden wir uns niemals gewöhnen.
Mehr "Einzelfälle" finden Sie hier: https://www.afd.de/einzelfallticker/<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Februar 2024: >>**"Mr Cash Money" aus Nigeria: 24 Scheinvaterschaften, Audi-Cabrio, 94 Familiennachzügler!**
Scheinvaterschaften oder sogenannte "Ankerkinder" bringen Tausende Migranten ins Land -

und das auch noch völlig legal! Das Bundesinnenministerium schätzt den Schaden für die deutschen Steuerzahler auf mindestens 150 Millionen Euro jährlich. Der Grund: In Deutschland wird zunehmend eine gravierende Gesetzeslücke ausgenutzt, um Aufenthaltstitel und Sozialleistungen zu erschleichen. Deutsche Männer und Migranten mit deutschem Paß erkennen Vaterschaften für Kinder an, mit denen sie nicht verwandt sind.
Dies führt dazu, daß diese Kinder und ihre Mütter ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten. Ein Umstand, der nicht nur den Behörden, sondern auch den Sozialkassen immer mehr zu schaffen macht, wie kürzlich sogar das linksgrüne Portal " tagesschau.de " berichtete.
Der Prototyp des Scheinvaters ist Jonathan A. aus Nigeria. Er posiert in sozialen Netzen als "Mr. Cash Money". Der Nigerianer mit deutschem Paß ließ sich als "Vater" für 24 Kinder eintragen und soll mit diesem Trick 22.500 Euro monatlich an Sozialhilfe abgreifen. In Dortmund ist "Mr. Cash Money" als mittellos gemeldet. In Nigeria fährt er Audi-Cabrio und eine Mercedes-Limousine, wirft mit Geldscheinen um sich.
Seine 24 anerkannten Kinder verschiedener Mütter, meistens aus Nigeria, bekommen sämtliche Leistungen vom deutschen Staat (Steuerzahler). Via Familiennachzug sollen so bereits 94 Migranten nach Deutschland eingereist sein, die über die anerkannten Kinder von A. ein Bleiberecht erhielten. Allein dieser "Einzelfall" dürfte die deutschen Steuerzahler rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr kosten!
Es ist zum kot*en, wie sich dieser Staat von Betrügern ausnehmen läßt.
- 1,5 Mio. deutsches Steuergeld jährlich für 24 anerkannte "Kinder" und 94 "Familienangehörige".
- 22.500 Euro monatlich für den als "mittellos" geltenden Nigerianer, der sich selbst "Mr. Cash Money" nennt. …<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.364/…): >>**Lauterbachs Religionskrieg gegen die Komplementärmedizin**
Von *Herbert Ludwig*
Anfang 2024 verkündete der deutsche Gesundheitsminister Lauterbach, daß den gesetzlichen Krankenkassen verboten werden soll, homöopathische und anthroposophische Medikamente zu bezahlen. Das ist ein weiterer starker Schlag gegen die Komplementärmedizin zu Gunsten der Pharmakonzerne. Homöopathische Medikamente wirken gut, sind sehr billig und sind weitgehend nebenwirkungsfrei. Das ist auch durch viele wissenschaftliche Studien belegt. Das geplante Finanzierungsverbot bevormundet die Patienten, widerspricht jeglicher Vernunft und ist eine grobe Verletzung des Verfassungsgrundsatzes der staatlichen Neutralität. Es geht hier um einen Religionskrieg, mit dem der transhumanistische Materialismus als dominierende Weltreligion durchgesetzt werden soll.
Religionskrieg gegen Komplementärmedizin
Lauterbach will Homöopathie und anthroposophische Medizin als Kassenleistung verbieten
Ein Gastbeitrag von *Thomas Mayer*
Bislang konnte jede Krankenkasse selbst wählen, ob sie Homöopathie und anthroposophische Medizin erstattet oder nicht. Für viele Menschen, die auf Komplementärmedizin setzen, war das in den letzten Jahrzehnten ein Grund, die Krankenkasse zu wechseln. Der deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach will nun die Homöopathie und Anthroposophische Medizin aus dem Katalog der gesetzlichen Krankenkassen streichen. Im Dezember 2023 hat das Bundesgesundheitsministerium einen Entwurf zum "Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG)" veröffentlicht, mit dem entsprechend § 11 Abs. 6 des Sozialgesetzbuches Teil V geändert werden soll. Die Entscheidung liegt nun beim Bundestag.
Ein Verbot dieser Kassenleistungen bedeutet, daß die Mehrheit der an diesen bewährten Medikamenten und therapeutischen Maßnahmen interessierten Menschen sich diese nicht mehr leisten kann. Homöopathische und anthroposophische Verfahren und Arzneimittel sind beliebt

und ausdrücklich erwünscht. Sie werden nach einer aktuellen Allensbach Umfrage (2023) von rund 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland geschätzt und genutzt. Eine Forsa-Umfrage (2021) kommt zu ähnlichen Ergebnissen: Schon mehr als jeder zweite Befragte verfügt über eigene Erfahrungen. Gut 2/3 der Anwender sind zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit der Verträglichkeit und Wirksamkeit der Homöopathie. Man fragt sich, warum die Regierung nicht darauf hört. Warum sollen diese zufriedenen Patienten vom Staat bevormundet werden?

Bundestagspetition gestartet

Gegen das geplante Verbot sammelt sich der Widerstand. Dieser wird organisiert von dem Aktionsbündnis www.weils-hilft.de. Bis zum 07. März 2024 läuft eine Petition auf der Plattform des Bundestages zur Beibehaltung der Homöopathie als Kassenleistung. 50.000 Unterschriften sind notwendig, damit sich der Petitionsausschuß damit befaßt. …

Zur Wirksamkeit der Homöopathie

Jeder Nutzer von homöopathischen Medikamenten hat seine eigenen Erfahrungen. Schon die Zufriedenheit der Patienten beweist die Wirksamkeit. Praxisberichte von homöopathischen Ärzten gibt es auf der Webseite des "Deutsche Zentralvereins homöopathischer Ärzte e.V. (DZVhÄ)".

Die Medikamente sind in der homöopathischen und anthroposophischen Medizin Teil eines Gesamtprozesses. Andere therapeutische Maßnahmen und vor allem die Gespräche mit den Ärzten, zum Beispiel über die biographische und seelische Bedeutung der Erkrankung, sind genauso wichtig.

Aufgrund der individuellen komplexen Umstände ist es nicht einfach, die Wirksamkeit von homöopathischen Medikamenten auch statistisch und mit Vergleichsgruppen nachzuweisen. Es ist aber trotzdem möglich.

In einem kürzlich erschienenen Konsenspapier von zehn Professoren zur Homöopathie sagt Prof. Dr. med. André-Michael Beer von der Ruhr-Universität Bochum: "Es liegen genügend Studien für akute und chronische Erkrankungen vor, die eine Wirksamkeit der homöopathischen Therapie über Placebo belegen."

Das "Institut für Komplementäre und Integrative Medizin" an der Universität Bern pflegt eine im Internet zugängliche Datenbank mit mehr als 460 randomisierten kontrollierten Studien und mehr als 170 nicht-randomisierten Studien zu einer Vielzahl von Diagnosen. Randomisiert heißt, daß es in der Studie eine zufällig ausgewählte Vergleichsgruppe gab.

In einem im Oktober 2023 veröffentlichen Systematischen Review wurden alle sechs Homöopathie-Metaanalysen, in denen Studien zusammengefaßt wurden, methodisch sehr aufwendig nach aktuellen wissenschaftlichen Standards ausgewertet. Die wichtigsten Aussagen dieses Systematischen Reviews sind:

Fünf der sechs Metaanalysen enthalten eine Effektschätzung für alle eingeschlossenen Studien.

Alle diese fünf Metaanalysen zeigen signifikant positive Resultate der Homöopathie im Vergleich zu Placebo.

Die methodische Qualität der Homöopathie-Studien ist ähnlich wie bei anderen klinischen Studien, mit gleichem Design und bewertet nach gleichen Kriterien.

Die Wirksamkeit der Homöopathie ist auch in der Tiermedizin nachgewiesen. Zum Beispiel reduziert Homöopathie nachweislich Durchfall bei Ferkeln um das 6-fache. Und die Grundlagenforschung an Pflanzen zeigt: Mit Arsen vergiftete Wasserlinsen wachsen nach homöopathischer Behandlung wieder. Studien dazu sind in angesehenen internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht.

Wissenschaft wird mit Füßen getreten

Trotz dieser Ergebnisse hält sich in der Öffentlichkeit die Fehlinformation, daß die Wissenschaft der Homöopathie ihre Wirksamkeit abspräche. Um diese öffentliche Diskreditierung

der Homöopathie aufrecht zu erhalten, wird vor allem die Propaganda-Methode ständiger Wiederholung angewandt.
Wenn Menschen eine Unwahrheit oft genug hören, dann halten sie sehr viele irgendwann für wahr und vertreten diese Unwahrheit dann selbst lautstark. Gegen eine solche langfristig angelegte und sich selbst steigernde Propaganda kommen redliche Wissenschaftler mit ihren Studien in Fachzeitschriften nicht an.
Eine weitere Methode ist, daß Artikel zur Unwirksamkeit der Homöopathie Studien als Quellen angeben, die gar nicht zu diesem Ergebnis gekommen sind. Da in der Regel Quellenangaben nicht kontrolliert werden, fällt dieser Betrug nicht auf. Dazu hat eine Gruppe junger Menschen ein prägnantes Video erstellt mit dem Titel "Homöopathie: Quellenlage und Berichterstattung". (https://www.youtube.com/watch?v=EElx8Y6k930)
Absurd wird diese ganze Diskussion zuletzt, da es für eine Vielzahl der in Deutschland zugelassenen Medikamente und Therapien keine verläßlichen Wirksamkeitsstudien gibt.
Um die Gesundheitskosten zu senken, müßte Homöopathie gefördert werden
Homöopathische Medikamente können vergleichsweise preiswert hergestellt werden. Sie sind fast immer deutlich billiger als allopathische. Deshalb sind die Ausgaben der Krankenkassen dafür sehr gering. 2022 wurden rund 6,6 Millionen Euro für homöopathische Medikamente erstattet, also 0,01 % der Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenkassen, die insgesamt 50 Milliarden Euro betrugen. Das Verbot von Homöopathie bringt den Krankenkassen also so gut wie nichts. Es schadet aber den bevormundeten Patienten und den homöopathischen Ärzten und Herstellern. Wer profitiert davon? Wenn homöopathische Medikamente nicht mehr bezahlt werden, werden um so mehr teurere allopathische verschrieben. Die Profiteure sind also die Pharmakonzerne.
Wenn es darum ginge, die Kosten der Krankenkassen zu senken, dann müßte eine große Offensive für homöopathische Medizin gestartet werden. Da dies aber auf Kosten der Marktanteile der Pharmakonzerne gehen würde, findet das nicht statt.
Hinzu kommt, daß allopathische Medikamente die Umwelt vergiften und oftmals energieaufwendig produziert werden, was beides bei der Homöopathie entfällt.

Es geht nicht um Vernunft, sondern um einen fanatischen Religionskrieg

Wir haben gesehen: Homöopathie wird von einer Mehrheit der Bevölkerung positiv gesehen, sie leistet einen wichtigen Betrag bei der Gesundung, ist preiswert, umweltschonend und ist bei richtiger Anwendung nebenwirkungsfrei. Warum nur will die Regierung dann Homöopathie einschränken? Das hört sich nach reinem Irrsinn an. Verständlich wird das erst, wenn man das Ganze in einem größeren Rahmen ansieht.
Die Homöopathie wurde Anfang des 19. Jahrhunderts vom deutschen Arzt Dr. Samuel Hahnemann entwickelt. Es ist eine wichtige Errungenschaft des Landes der Dichter und Denker. Doch die Homöopathie wurde zum Feindbild der Materialisten, da diese es nicht ertragen können, daß eine nicht mehr materiell vorhandene Substanz eine Wirkung haben kann. In der Homöopathie werden Substanzen in potenzierter Form eingesetzt.
Bei diesem pharmazeutischen Verfahren wird eine Substanz wiederholt stufenweise verdünnt und verschüttelt. Der Verdünnungsgrad kann so stark sein, daß die Ausgangssubstanz chemisch-analytisch nicht mehr nachgewiesen werden kann. Durch die Potenzierung wird aber die Qualität, Struktur und die geistige Information der Substanz stärker wirksam. Diese Wirksamkeit nimmt sogar mit der Anzahl der Potenzierungen zu.
Das regt die Materialisten auf und trifft sie in ihrem Kern. Denn sie haben die Materie zu ihrem Gott gemacht und glauben daran - abergläubisch und oftmals fanatisch. Ich nehme hier bewußt den Begriff "Religion", denn der Materialismus ist nichts anderes als eine Weltreligion, auch wenn er sich nicht als solche bezeichnet.
Das Glaubensbekenntnis besteht unter anderem darin, daß es nur Materie gäbe, der Mensch

nur aus Materie bestünde und auch das vielfältige Leben sowie das seelisch-geistige Erleben und das Bewußtsein nur biochemische Vorgänge seien. Die Materie sei das Einzige und alles Bestimmende. Was aber die Materie in Wirklichkeit ist und wie daraus Leben und Bewußtsein entstehen soll, bleibt unklar.
Materialisten reden oft von Wissenschaft. Wenn es aber wissenschaftliche Ergebnisse gibt, die nicht in ihren Glaubenskanon hineinpassen, werden diese ignoriert - wie die Ergebnisse zur Wirksamkeit der Homöopathie. Christian Morgenstern brachte diese Seelenart auf den Punkt: "Also schließt er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf."
Der Materialismus dominiert heute unsere Staaten in Europa. Diese sind nicht mehr neutral. Die Neutralität des Staates gehörte zu den Grundprinzipien moderner Demokratien. Doch tatsächlich sind unsere Staaten von den Wirtschafts-Interessen lobbystarken Pharmakonzerne durchsetzt und sie haben die Religion eines fanatischen transhumanistischen Materialismus zur Staatsreligion erkoren. In diese sollen sich alle einfügen. Das wird auch mit Gewalt durchgesetzt.

Salamitaktik

Das Verbot der Erstattung von Homöopathie ist nur ein Baustein unter vielen Maßnahmen, die nach dem Prinzip der Salamitaktik umgesetzt werden. Wir müssen damit rechnen, daß hier noch einiges auf uns zukommt.
In Frankreich durften die Krankenkassen ab 2021 nicht mehr für Homöopathie bezahlen. Im Februar 2024 beschloß das Pariser Parlament ein Gesetz, das eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vorsieht, wenn man von einer "wissenschaftlich befürworteten Behandlung einer Krankheit abrät und damit Menschen in Gefahr bringt". Dieses Gesetz könnte dafür genutzt werden, um gegen Ärzte vorzugehen, die eine alternative Behandlung zum Beispiel mit Homöopathie empfehlen. Mit diesem Gesetz könnten auch Menschen eingesperrt werden, wenn sie von den umstrittenen mRNA- Impfstoffen abraten.
In Deutschland gab es früher bei den Landes-Ärztekammern 3-jährige berufsbegleitende intensive Ausbildungen in Homöopathie. Die Ärzte konnten sich dann offiziell als Homöopath bezeichnen. Aber seit 2022 haben fast alle Landes-Ärztekammern diese Zusatzausbildungen gestrichen. Wenn junge Ärzte diesen Titel nicht mehr erwerben können, werden sie weniger Interesse daran entwickeln. Das kann auf Dauer ein Ende der ärztlichen Homöopathie bedeuten.
2024 soll nun die Finanzierung der Homöopathie verboten werden. Was kommt als nächstes? Zum Beispiel die Abschaffung des Berufsstandes der Heilpraktiker? Karl Lauterbach hat das auch schon als Ziel ausgesprochen. Ein Religionskrieg war in der Geschichte immer schrecklich. Es ist gut sich darauf innerlich vorzubereiten.
Ein Lichtblick: Anders ist es in Indien. Dort ist die Homöopathie sehr weit verbreitet, regulärer Bestandteil der staatlichen Gesundheitspolitik und integrierter Bestandteil der Ärzteausbildung. Jährlich schließen in Indien etwa 12.000 Studierende ihre Ausbildung in der homöopathischen Medizin ab.<<

Spanien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Spanische Regierung gesteht: Maskenpflicht war reine Willkür**

Die spanische Regierung gab auf Anfrage einer Menschenrechtsgruppe schließlich zu, daß die Maskenpflicht völlig willkürlich war - es gab keine der angegebenen Expertensitzungen. Zudem gerät die Regierung nun wegen mutmaßlicher Maskendeals unter heftigen Beschuß.
alt
Jonas Aston
Die Menschenrechtsgruppe Liberum hatte bereits 2022 das spanische Gesundheitsministerium aufgefordert, Berichte und Protokolle von Expertensitzungen herauszugeben, auf deren Basis Maskenpflichten verhängt wurden. Nachdem die Organisation von der Regierung keine Ant-

wort erhalten hatte, hakte Liberum ein zweites Mal nach. Am 19. Februar kam dann doch noch eine Rückmeldung - man mußte zugeben: Die Maskenpflicht war reine Willkür.
Das Gesundheitsministerium räumte in dem Antwortschreiben ein, daß man keinerlei Dokumente vorlegen kann, weil es die entsprechenden Expertensitzungen schlicht nie gegeben hat. Sämtliche Maskenvorschriften, die in Spanien erlassen wurden, beruhen auf keiner konkret vorweisbaren wissenschaftlichen oder rechtlichen Abwägung.
Der Enthüllung von Liberum kommt gerade in diesen Tagen eine besondere Brisanz zu. Am vergangenen Dienstag kam es in Spanien aufgrund mutmaßlich illegaler Maskendeals zu 14 Verhaftungen. Die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft hatte im Vorfeld eineinhalb Jahre im Geheimen ermittelt. Im September 2023 wurde schließlich Anzeige erstattet. Der Fall wird nun vom nationalen Gerichtshof untersucht.
Im Zentrum des Skandals steht Koldo García. García soll während der Hochphase der Pandemie 2021 für die "Vermittlung und den Kauf" von Masken über 50 Millionen Euro an Bestechungsgeldern von der Regierung erhalten haben, so EFE. Garcia habe vom Ministerium den Auftrag erhalten, "diese Kosten zu verbergen" und die Rückverfolgbarkeit der Gelder zu verhindern. Garcia soll zudem Berater und enger Vertrauter des damaligen Verkehrsministers Ábalos gewesen sein, so berichtet El Pais.
Die linke Regierung um den Sozialisten Pedro Sanchez gerät wegen des Skandals unter massiven Druck. 2021 wurde Ábalos von Pedro Sanchez unter ungeklärten Umständen aus dem Amt entfernt. Viele spekulieren nun, daß der Grund für die Entlassung die dubiosen Maskendeals waren. Die beiden Oppositionsparteien, die Partido Popular und die Vox-Partei fordern den Rücktritt von Ábalos als Abgeordneter sowie die vollständige Aufklärung des Sachverhaltes.
In Spanien war es noch bis ins Jahr 2023 hinein verpflichtend in öffentlichen Verkehrsmittel Maske zu tragen. In Gesundheitseinrichtungen wurden erst vor wenigen Wochen wieder Maskenpflichten eingeführt. Die Regierung um Ministerpräsident Pedro Sanchez begründete dies mit einer starken Krankheitswelle.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28301" berichtet am 26. Februar 2024 (x1.359/…): >>**Der Fall Assange betrifft uns alle**
Ein Beitrag des Journalisten Dr. *Milosz Matuschek*
Wird es in Zukunft für Journalisten überhaupt noch möglich sein, Kriegsverbrechen und andere kriminelle Machenschaften aufzudecken? An Julian Assange wird derzeit ein Exempel statuiert, dessen Ausgang über die Zukunft der Pressefreiheit entscheiden wird, betont der deutsche Journalist Matuschek. …
Am 22. Februar 2024 wurde gerichtlich entschieden, daß der sich in britischer Untersuchungshaft befindende Journalist Julian Assange an die USA ausgeliefert werden kann. Dort drohen ihm 175 Jahre Haft. Assange bleibt nur noch eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Julian Assange wird in den USA strafverfolgt, weil er auf der Wikileaks-Plattform Videos und Dokumente veröffentlichte, die US-amerikanische Kriegsverbrechen dokumentieren.
Der deutsche Journalist Dr. Milosz Matuschek hat in den letzten Jahren immer wieder in zahlreichen Texten, Podcasts und Videos auf das Schicksal von Assange und die Bedeutung seines Falls für uns alle hingewiesen. Zitat: "Man will an Assange ein Exempel statuieren: Das, liebe Journalisten, blüht euch, wenn ihr es wagt, Kriegsverbrechen oder sonstige Schweinereien offenzulegen …"
Im nachfolgenden Bericht erläutert Dr. Matuschek, warum gerade der Fall Julian Assange uns alle betrifft und insbesondere den Journalisten weltweit zum Vorbild dienen könnte.
Man muß sich den Wikileaks-Gründer Julian Assange heute als gebrochenen Mann vorstellen: Mehrere Jahre auf engstem Raum in der Ecuadorianischen Botschaft in London, danach drei

Jahre Isolationshaft im Belmarsh Prison*, was laut dem Sonderberichterstatter der Uno, Nils Melzer, ein Fall von psychologischer Folter war; und nicht zuletzt ein endloser, zermürbender Schauprozeß um die Auslieferung an die USA, der nun als verloren gelten muß. Juristisch ist der Rechtsweg in England fast erschöpft, es bleibt nach einer letzten Berufung nur noch der Gang nach Straßburg, vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. In den USA droht der finale Prozeß, die Anklage lautet auf 175 Jahre Haft wegen unter anderem Spionage. Es wäre ein Todesurteil für Assange. Wie viel kann ein Mensch aushalten?
Doch man muß sich Julian Assange auch als Symbol vorstellen, als Gradmesser für Freiheit im Westen. Und in dieser Funktion als Symbol ist er ungebrochen. Am Zustand von Assange können wir den Zustand der Pressefreiheit ablesen. Und hier machen die Regierungen der USA und Großbritanniens den spektakulärsten aller Fehler: Sie machen Assange aktuell zum Märtyrer und sich selbst zu Vollstreckern und Henkern. An der Art, wie sie Julian Assange behandeln - für die gesamte Weltöffentlichkeit sichtbar - leisten sie den Offenbarungseid auf die westliche Wertgemeinschaft: Humanismus, Menschenrechte, Rechtsstaat werden aus machtpolitischem Kalkül geopfert.
Und die Regierungen in aller Welt halten still. Die deutsche Außenministerin Baerbock, vom Völkerrecht kommend und daher mit dem Begriff der Folter vertraut, wollte sich vor der Wahl noch für Assange einsetzen. Jetzt, nunmehr in der Regierung, sieht sie plötzlich keinen Handlungsbedarf mehr.
Man will an Assange ein Exempel statuieren: Das, liebe Journalisten, blüht euch, wenn ihr es wagt, Kriegsverbrechen oder sonstige Schweinereien offenzulegen, die man hinter der Barriere der "Arcana Imperii", der Staatsgeheimnisse, lieber versteckt sehen will.
Die Kriegsverbrecher in Afghanistan oder im Irak, bis in die oberste Führungsschicht der USA und Großbritanniens, sind bis heute unbehelligt. Angriffskriege sind persönlich risikoloser als kritische Berichterstattung darüber. Wer seine Aufgabe als Journalist in Zukunft so radikal transparent erfüllen will wie Assange, muß sich dafür einen Staatsfeind schimpfen lassen und gilt quasi als vogelfrei. Die Causa Assange ist der Skandal unserer Zeit, die sichtbarste brutale Ungerechtigkeit, die an einer Einzelperson durchexerziert wird, der größtmögliche Verrat an den eigenen Werten.
Je offensichtlicher Julian Assange zum Märtyrer für die Pressefreiheit gemacht wird, desto deutlicher wird jedem, daß hier das Feld der Demokratie und des Rechtsstaats verlassen worden ist. In einem wahrlich freien Westen kann es per Definition keine Dissidenten geben; wer versucht, andere für die Veröffentlichung wahrer Tatsachen zur Strecke zu bringen, hat ganz offensichtlich die Seiten gewechselt und Demokratie gegen eine Form von Feudalherrschaft eingetauscht. Wer so handelt, handelt aus Panik, Hilflosigkeit und Angst vor Aufklärung und Rechenschaft. Ihnen allen sei ins Stammbuch geschrieben, was schon Emile Zola wußte, als er sein berühmtes "J'accuse"* veröffentlichte: Die Wahrheit ist auf dem Weg und nichts wird sie aufhalten.<<

27.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.365/…):
>>**Brisante Studie zu Sexualstraftaten: 88 Prozent der Vergewaltiger kommen mit geringem Strafmaß davon**
Philippe Fischer
Die meisten Strafen für schwere Sexualdelikte liegen im unteren Drittel des gesetzlichen Strafrahmens.
Über drei Viertel der Verurteilten erhalten bewährungsfähige Freiheitsstrafen.
Die Orientierung an der gesetzlichen Mindeststrafe und regionale Gewohnheiten beeinflussen die Bemessungspraxis erheblich.
Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung wirft Licht auf eine Justizpraxis, die in der Öffent-

lichkeit für Unverständnis sorgt: Ein Großteil der Täter erhält Strafen, die weit unter dem möglichen Strafmaß liegen. Das fanden drei Wissenschaftler aus Leipzig und Köln heraus und veröffentlichten ihre Studie in der kriminalpolitischen Zeitschrift (Ausgabe 1/24).
Die umfassende Analyse der sogenannten "Strafzumessungspraxis" bei Sexualdelikten offenbart eine beunruhigende Tendenz: Fast ausschließlich werden Strafen aus dem untersten Drittel des Strafrahmens verhängt. Dieses Muster läßt sich quer durch verschiedene Gerichtsbezirke beobachten und zeugt von einer tief verankerten Zurückhaltung gegenüber strengeren Strafen.
In Fällen sexueller Übergriffe lagen rund 88 Prozent der verhängten Freiheitsstrafen im unteren Drittel des gesetzlichen Strafrahmens (bis zu 24 Monate).
Bei Verurteilungen nach § 177 Abs. 5 StGB (Der Täter wendet Gewalt an oder droht) wurden sogar mindestens 98,21 Prozent der Strafen im untersten Strafrahmendrittel verhängt.
Auch bei Vergewaltigungen entfielen mindestens 90,74 Prozent der Freiheitsstrafen auf das unterste Drittel des Strafrahmens für den Regelfall.

Regionale Unterschiede und die Rolle der Mindeststrafe

Interessanterweise zeigen sich signifikante regionale Unterschiede in der Strafzumessung. In manchen Bundesländern fallen die Strafen deutlich höher aus als in anderen. Zudem spielen gesetzliche Mindeststrafen eine zentrale Rolle bei der Urteilsfindung, oft als Ausgangspunkt für die Strafbemessung.

Zwischen Rechtssprechung und Empfinden von Gerechtigkeit

In der Bevölkerung hat sich das Verständnis gegenüber Sexualstraftaten jedoch in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert. Die Justiz wird dieser Entwicklung nicht gerecht: Selbst in Fällen der Vergewaltigung wurden noch 45 Prozent der Täter so verurteilt, daß eine Bewährung möglich ist.
Dieses Mißverhältnis zwischen juristischer Praxis und dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung fordert ein Umdenken in der Justiz.

Über Strafzumessung wird in der Ausbildung kaum gesprochen

Die Forscher haben auch Lösungsvorschläge parat: Man könnte Kommissionen etablieren, die bundesweit Empfehlungen für das Strafmaß ausgeben. Doch diese tiefgreifenden Reformen brauchen Zeit. Schon jetzt benötige man ein Umdenken in der Justiz für die angemessene Ahndung von Straftaten. Außerdem schreiben die Wissenschaftler:
"Wir zweifeln nicht daran, daß die Mehrheit der Richterinnen und Richter über die Strafzumessung mit Bedacht entscheidet und grundsätzlich sensibel gegenüber dem Leid der Opfer ist. Aber die Untersuchung hat gezeigt, daß die Verhängung milder Strafen im Bereich der Sexualdelikte Ausdruck einer gefestigten, seit vielen Jahren bestehenden Praxis ist. Für Staatsanwälte und Richter, die neu in den Justizdienst eintreten, ist - auch weil die Strafzumessung in der juristischen Ausbildung nur eine untergeordnete Rolle spielt - die tradierte Praxis in ihrem jeweiligen Gerichtsbezirk nachvollziehbarerweise die maßgebliche Richtschnur für die Strafmaßentscheidung.
Dabei bleibt aber unberücksichtigt, daß sich gerade in diesem Bereich in den letzten Jahrzehnten ein erheblicher Wandel im gesellschaftlichen Bewußtsein vollzogen hat. Es ist daher zu wünschen, daß das heutige Verständnis von der Bedeutung sexueller Autonomie und von der Schwere des Eingriffs, den eine sexuelle Nötigung für das Opfer bedeutet, auch in der gerichtlichen Strafzumessungspraxis angemessen reflektiert wird."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.361/…):

>>**So viel kostet Annalena Baerbock den Steuerzahler**

Annalena Baerbock ist eine der Top-Verdiener im Deutschen Bundestag. Apollo News hat errechnet, wie viel der Steuerzahler monatlich für Gehalt, Make-up und Dienstwagen der Außenministerin ausgeben muß.

Jonas Aston
Annalena Baerbock kostet den Steuerzahler mehrere zehntausende Euro pro Monat. Als Bundesministerin steht ihr ein Amtsgehalt in Höhe von 15.500 Euro pro Monat zu. Daneben erhält sie eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 310 Euro sowie eine Ortszulage von 1.100 Euro. Baerbock ist jedoch nicht nur Ministerin, sondern ist zudem gewählt Abgeordnete des Deutschen Bundestages, was ihr noch mehr Geld einbringt.
Minister, die zugleich Mitglied des Bundestags sind, erhalten für diese Beschäftigung obendrauf eine um 50 Prozent geringere Abgeordnetenentschädigung sowie eine um 25 Prozent reduzierte Aufwandspauschale. Für Baerbock bedeutet dies zusätzliche Einnahmen in Höhe von 5.150 beziehungsweise 3.440 Euro. Neben diesen Summen stehen Baerbock noch etwa 23.200 Euro für die Anstellung und Bezahlung von Mitarbeitern zur Verfügung und 1.000 Euro für die Büroausstattung.
Hinzu kommt, daß Baerbock auch für Fotografen und Make-up tief in die Taschen des Steuerzahlers greift. 2022 gab Baerbock etwa 137.000 Euro für ihre Visagistin aus. Auf den Monat heruntergerechnet entspricht das rund 11.400 Euro. Zusätzlich fielen im Auswärtigen Amt 2022 Aufwendungen für Fotografen in Höhe von etwa 178.000 Euro an, was im Schnitt 14.800 Euro pro Monat bedeutet.
Baerbock kostet den Steuerzahler pro Monat damit rund 76.000 Euro. Dabei sind zahlreiche Zusatzleistungen, wie ein persönliches Dienstfahrzeug oder eine Bahncard 100 noch nicht berücksichtigt. Bereits nach einem Tag im Amt steht einem Minister ein Übergangsgeld in Höhe von 75.700 Euro zu. Diese Zahlung ist dazu gedacht, Ex-Ministern Sicherheit beim Ausscheiden aus dem Amt zu gewährleisten.
Abhängig von der Dauer der Amtszeit kann dieses Übergangsgeld auf bis zu fast 227.000 Euro ansteigen. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt, die anfangs dem Amtsgehalt entsprechen und später die Hälfte des Amtsgehalts ausmachen. Wenn ein ehemaliger Minister jedoch eine neue Beschäftigung annimmt, wird das Übergangsgeld mit den anderweitigen Einkünften verrechnet und entsprechend gekürzt.<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Gefährliche Infektionskrankheit: Tuberkulose-Ausbruch in NRW**
Redaktion
Im Hochsauerlandkreis (NRW) sind zwei Fälle von Tuberkulose bekannt geworden. Berichten zufolge sind eine Mutter und ihr Kind von der lebensbedrohlichen Lungenkrankheit betroffen. Auch die Masern sind in dem Bundesland zu Jahresbeginn gehäuft aufgetreten.
Die beiden Tuberkulose-Fälle wurden bereits vergangene Woche bekannt. Dem Gesundheitsamt des Hochsauerlandkreises wurde die meldepflichtige Erkrankung vorschriftsgemäß mitgeteilt. Es soll sich um eine offene Tuberkulose handeln, bei der die Erreger beim Husten oder Niesen freigesetzt werden.
Das betroffene Kind ist laut WDR im Kindergarten-Alter, deshalb sucht das Gesundheitsamt jetzt unter anderem in der Kita nach Kontaktpersonen. Die Kindertagesstätte in Sundern wurde wegen des Tuberkulosefalles laut WDR aber nicht geschlossen. Am heutigen Dienstag soll dort eine Infoveranstaltung stattfinden.
Schon 24 Masern-Fälle in diesem Jahr
Bedenklich: In diesem Jahr sind in NRW auch schon 24 Fälle von Masern registriert worden - obwohl es bundesweit eine Impfpflicht gibt. Die meisten der in NRW neu aufgetretenen Infektionen sind laut WDR bei Kindern und Jugendlichen aufgetreten. Keine der betroffenen Personen war demnach vollständig gegen Masern geimpft.
Tuberkulose ist in Deutschland selten
Die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen in Deutschland ist laut Robert Koch-Institut in den letzten zehn Jahren zurück gegangen. Es handelt sich um eine meldepflichtige Infektions-

krankheit, die vorrangig die Lunge aber auch Nieren, Knochen und andere Organe befallen kann. Nach den Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erkranken jedes Jahr etwa 10 Millionen Menschen an einer Tuberkulose und etwa 1,5 Millionen Menschen sterben daran (Angaben für 2020).<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Bei Verfassungsschutz-Einstufung - Deutscher Journalisten-Verband will bei Berichten über AfD "Warnhinweis wie auf Zigarettenschachteln"**

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) appelliert an Medien und Journalisten, ihre AfD-Berichterstattung neu zu "justieren", wenn der Verfassungsschutz die Partei als extremistisch einstufe. Dann bräuchte es in Artikeln über die AfD "Warnhinweise wie auf Zigarettenschachteln".

Henry Albrecht

In einer Pressemitteilung vom Dienstag fordert der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) die Medien auf, ihre "Berichterstattung über die sogenannte Alternative für Deutschland neu zu justieren." Als Anlaß für diese Forderung nahm der Verband, Berichte der Süddeutschen Zeitung, die beschrieben, daß der Verfassungsschutz die AfD als extremistisch einstufen möchte.

"Wenn das zur offiziellen Position des Verfassungsschutzes wird, können wir Journalistinnen und Journalisten die AfD nicht mehr als eine Partei von mehreren beschreiben", erklärt DJV-Bundesvorsitzender Mika Beuster.

Dann "müsse in der Berichterstattung kontinuierlich auf die extremistischen Absichten dieser Partei hingewiesen werden", heißt es in der Stellungnahme. Vorstellbar wäre für Beuster, daß Artikel und Berichte über die AfD mit "Warnhinweis wie auf Zigarettenschachteln" versehen werden.

Nebenbei erklärt man in der Pressemitteilung die AfD zur Gefahr für die Pressefreiheit. "Die Polizei muß noch stärker als bisher ihr Augenmerk darauf richten, daß Journalistinnen und Journalisten gefahrlos und ungehindert ihrem Berichterstattungsauftrag nachkommen können", so der Vorsitzende.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Februar 2024: >>**Privat-Stasi "Correctiv" - Wer und was stecken hinter dem Lügenportal?**

Massenaufmärsche, Hysterie "gegen rechts" und Parteiverbots-Phantasien: Der "Correctiv-Skandal" um ein vermeintliches "Geheimtreffen" im November 2023 in Potsdam hält die Republik seit Wochen im ideologischen Würgegriff. Im Showdown um die Macht betreibt "Grün-Links" mit seinen ideologischen Hilfstruppen die "zivilgesellschaftliche" Machtergreifung. Eine wichtige Rolle spielt dabei als eine Art Privat-Stasi der "grün-linken" Nomenklatura das Lügenportal "Correctiv". Der Deutschland-Kurier deckt in einem großen und exklusiven Hintergrund-Report auf, wer, was und welche Ziele hinter dieser unheimlichen Agitprop-Maschinerie stecken.

Von *Eugen Mannheimer*

George Orwell hat es schon erkannt: Totalitäre Propaganda benennt ihre Zumutungen gern nach dem Gegenteil oder erfindet einfach neue häßliche Inhalte für vertraute positive Begriffe, um ihre Ideologie in die Köpfe der Menschen zu zwingen. "Krieg ist Frieden", "Sklaverei ist Freiheit", hämmern daher die Lautsprecher des "Großen Bruders" den Untertanen ein. Die Propagandazentrale heißt "Ministerium für Wahrheit", und der allmächtige Geheimdienst, der die Widerspenstigen mit Folter bricht, heißt "Ministerium für Liebe".

Linke und "Grüne" neigen dazu, Orwells zeitlose Dystopie "1984" für eine Gebrauchsanweisung zu halten - da braucht man nur Ministerinnen wie Lisa Paus ("Grüne") und Nancy Faeser (SPD) zuzuschauen, wie sie aus ihren totalitären Tagträumen ein Gesetz nach dem anderen basteln, die Zwangsfinanzierung ihrer Agitprop-Hilfstruppen durch den Steuerzahler mit "Demokratieförderung" begründen oder Zensur als "Vorgehen gegen Desinformation" dekla-

rieren.

Tarnung als "Investigativjournalismus"

Vor diesem Hintergrund paßt es perfekt ins Bild, wenn ein Kollektiv aus linksradikalen Aktivisten, die sich hauptamtlich mit der Verbreitung "links-grüner" Propagandaerzählungen und der Ächtung abweichender Meinungen und Argumente befassen, ihre Tätigkeit als "Faktencheck" und "Investigativjournalismus" tarnt.

Unter dem zynischen Etikett "Correctiv" kultivieren die Macher dieser Manipulationsfabrik das Image von "unabhängigen" und "unbestechlichen" Rechercheuren, obwohl sie sich nicht scheuen, Millionensummen von Regierungsstellen, regierungsnahen Stiftungen und Institutionen sowie von global agierenden Milliardärs-Sozialisten anzunehmen und sich davon einen stattlichen Apparat mit inzwischen siebzig Mitarbeitern zu leisten.

Paukenschlag im Januar

Martin Sellner beim Treffen in Potsdam

Noch vor einigen Wochen war "Correctiv" über den Kreis der Auftraggeber hinaus vor allem Medieninsidern bekannt, vor allem einigen echten Investigativjournalisten aus dem Umfeld der freien Medien. Auch der Deutschland-Kurier hat über die dubiosen Machenschaften des Propaganda-Kollektivs mehrfach berichtet. Natürlich kannten (und schätzten) Mainstream-Redaktionen, hier insbesondere die öffentlich-rechtlichen, die Fälscherwerkstatt ebenfalls. Nur allzu gerne zitierten sie Behauptungen und "Pseudo-Faktenchecks" dieser Agitprop-Truppe und verhalfen dem Lügenportal so zu einer breiten Massenwirkung. Der 10. Januar 2024 markiert diesbezüglich einen vorläufigen Höhepunkt, als "Correctiv" mit einem Paukenschlag (Lügenschlag) an die Öffentlichkeit ging:

Im gediegenen Potsdamer "Landhaus Adlon" hätten, Ende November war's, AfD-Politiker, WerteUnion-Mitglieder und CDU-Leute mit einschlägigen "Neonazis" und "Rechtsextremisten" in einem "Geheimtreffen" die Köpfe zusammengesteckt, um finstere Pläne zur "Remigration" auszuhecken. Im Zentrum des Verschwörungsgebildes: Der österreichische Gründer der vom Verfassungsschutz mit Feindmarkierungen versehenen "Identitären Bewegung", Martin Sellner.

Aber man wisse ja, was "Identitäre" und "Rechte" unter "Remigration" verstünden. Millionenfach, so geht die "Correctiv-Erzählung", sollten Menschen mit "Migrationsgeschichte", deutsche Staatsbürger sogar, außer Landes geschafft werden. Das historisch belastete Schlagwort "Deportation" fiel, und für ganz Begriffsstutzige raunt der Text auch noch davon, daß der Ort der "Wannseekonferenz", auf welcher die Nationalsozialisten die Vernichtung der europäischen Juden geplant hatten, ja nur acht Kilometer entfernt sei.

Das ist freilich ungefähr so faktenhart und aussagekräftig wie die ganz ohne verdeckte Investigativ-Recherche auf jedem Stadtplan zu ermittelnde Feststellung, daß die Berliner "Correctiv-Redaktion" nur drei Kilometer Luftlinie von jenem Ort entfernt ist, an dem einst das Reichspropagandaministerium des Joseph Goebbels stand.

Garniert ist die Geschichte mit unscharfen Fotos einzelner Protagonisten, durch geschlossene Fenster aufgenommen von den tapferen "Enthüllern", die von dem "Geheimtreffen" Wind bekommen haben wollen und die Zusammenkunft mit mehreren Kameras rund ums Gebäude und einem eingeschleusten Beobachter ausgespäht hätten.

Journalismus-Versagen

Wer den als "Enthüllung" vermarkteten "Correctiv-Text" nüchtern und kritisch gelesen hatte, dem mußte von Anfang an klar sein: An Substanz steckt bei diesem geschickt zum Skandal aufgeblasenen Machwerk kaum etwas dahinter. Verschiedene Leute haben sich an einem bestimmten Ort getroffen und über allerlei Dinge gesprochen; unter anderem hat der österreichische Autor Martin Sellner vorgestellt, was er unter "Remigration" versteht - ein Thema, über das er sich vielfach in Text und Video geäußert hat und zu dem er dieser Tage ein neues Buch

auf den Markt bringt.
Der Rest ist Geraune, Mutmaßung und Unterstellung im Konjunktiv. Es war kein "Geheimtreffen", sondern eine private Zusammenkunft; es war auch kein "AfD-Treffen", auch wenn AfD-Mitglieder, darunter auch eine Bundestagsabgeordnete, anwesend waren. Die AfD war aber nicht der Veranstalter, und es wurde auch nichts "geplant", sondern im privaten Kreis über aktuelle Fragen diskutiert - in offenen Gesellschaften gehört das zur alltäglichen, demokratischen Normalität.
Zur Normalität des journalistischen Handwerks gehört es hingegen, Sensationsgeschichten, die von anderen in die Welt gesetzt worden sind, nicht einfach ungeprüft zu übernehmen, sondern im Zuge eines seriösen Nachrecherchierens bei den genannten Akteuren nachzufragen und deren Sicht der Dinge einzuholen, nach unabhängigen Bestätigungen zu suchen und sorgfältig zwischen nachprüfbaren Tatsachen und deren Interpretation und daran anknüpfenden Meinungen zu unterscheiden.

Verschwörungsgeraune und Schmierentheater

Nichts davon haben die etablierten sogenannten "Qualitätsjournalisten" geleistet, als ihnen das "Correctiv-Märchen" von der "zweiten Wannseekonferenz" auf den Tisch flatterte. Dabei hätte sie schon die Aufmachung der Geschichte mißtrauisch machen müssen: Der Text kommt nicht als Reportage daher, sondern ist szenisch aufgebaut wie ein Drehbuch - ein Kunstgriff, um die Grenzen zwischen den wenigen echten Fakten und den vielen eigenen Interpretationen bewußt zu verwischen. Wird man beim Lügen und Verleumden erwischt, kann man sich nach der Methode Böhmermann dann hinter den Etiketten "Kunst" oder "Satire" verstecken.

Die Aufführung im Berliner Ensemble

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung legten die Journ-Aktivisten zudem noch den Propaganda-Kunstgriff nach, ihren Text in Kooperation mit dem linken "Berliner Ensemble" als "Theaterstück" auf die Bühne zu bringen, in dem als Teilnehmer des angeblichen "Geheimtreffens" deklarierte Schauspieler-Chargen all das aussprachen, was die Betreffenden laut "Correctiv-Phantasie" gesagt haben sollen - aber eben nicht gesagt hatten.
Ein Schelm, wer da eine von langer Hand vorbereitete Inszenierung vermutet, wenn eine bereits sieben Wochen zurückliegende private Zusammenkunft zu einem Zeitpunkt skandalisiert wird, an dem sie der abgewirtschafteten Linksregierung und ihren medialen und gesellschaftlichen Hilfstruppen den größtmöglichen Nutzen zu bringen verbricht.

Ein kapitaler Medien- und Politikskandal

Selbst dieses Schmierenstück brachte den etablierten Medien-Mainstream nicht zum Innehalten. Kritiklos verbreiteten öffentlich-rechtliche und private Sender, Agenturen, lokale und überregionale Tages- und Wochenzeitungen in ihrer übergroßen Masse das "Correctiv-Märchen" weiter, griffen artig jedes nachgeschobene Häppchen auf und steuerten eigene Ausschmückungen bei.

Überschrift der Tagesschau

Damit lieferten sie die Vorlage für eine massive politische Verleumdungskampagne gegen die AfD, die von den etablierten Medien wiederum verstärkt und weiter befeuert wurde. Martin Sellner bringt es gegenüber dem Deutschland-Kurier auf den Punkt: "Gezielt versuchte man ins Superwahljahr mit einer schmutzigen ‚Politischen Atombombe' zu starten. Die AfD sollte in die Defensive gedrängt werden, genau zu dem Zeitpunkt, zu dem die Wagenknecht-Partei (BSW) auftaucht. Zudem konnte man ideal die Bauernproteste übertönen."
Der Meuten- und Herdenjournalismus gehört in jahrzehntelanger Einübung zum regierungsamtlichen "Kampf gegen rechts" wie die Glocken zur Kirche. Wo es der "guten Sache" dient, werden politisch erwünschte Narrative und Sensationsmeldungen nicht hinterfragt, sondern im Überbietungswettlauf weiterverbreitet und vervielfältigt: Der erfundene Kindermord durch Neonazis in Sebnitz, die angeblichen "Hetzjagden" auf Ausländer in Chemnitz und Mügeln -

die Liste ist lang. Die "Geheimtreffen-Kampagne" fügt ihr einen kapitalen Medien- und Politikskandal hinzu, der die vorangegangenen weit in den Schatten stellt.

Zwielichtige Verflechtungen

Bei der Medienkampagne um die "Geheimtreffen-Inszenierung" dürften die engen Verbindungen zwischen "Correctiv" und Zwangsgebührenfunk eine tragende Rolle gespielt haben. Vor allem mit dem NDR, der die "Tagesschau" verantwortet, gibt es über das "Netzwerk Recherche" und den "Rechercheverbund" aus NDR, WDR und Süddeutsche Zeitung enge Verflechtungen.

"Correctiv-Mitgründer" Daniel Drepper

Die führenden Figuren wechseln munter hin und her. Vorsitzender von "Netzwerk Recherche", einem Verein mit ähnlichen Geldquellen wie die Erfinder des angeblichen "Geheimtreffens", ist der "Correctiv-Mitgründer" Daniel Drepper, der seit 2022 auch den "Rechercheverbund NDR/WDR/SZ" leitet. Der wiederum ist ein Tummelplatz linksradikaler Journaktivisten, die sich mit komfortablem Budget der Bekämpfung nicht-linker Strukturen und besonders der AfD widmen dürfen.

Dreppers Vorgänger beim "Rechercheverbund" war "Ex-Spiegel-Chef" Georg Mascolo, dem engste Beziehungen zu den deutschen Geheimdiensten nachgesagt werden. Auch mit dem Relotiusblatt scheint "Correctiv" enge Kontakte zu pflegen. In der Liste der "Correctiv-Mitarbeiter" findet sich beispielsweise der frühere "Spiegel-Star-Reporter" Cordt Schnibben. Der hatte 2008 den "Deutschen Reporterpreis" gegründet, mit dem Geschichtenerfinder Claas Relotius gleich viermal ausgezeichnet worden war, bevor seine Betrügereien aufflogen. Bei "Correctiv" leitet Schnibben seit 2018 das Projekt "Reporterfabrik".

Propaganda-Netzwerk in der Defensive

Während der "Corona-Pandemie-Inszenierung" haben die Mainstream-Medien ihre Rolle als Regierungslautsprecher perfektioniert: Den Willen der Mächtigen als Evangelium verkünden, kritische Stimmen ausgrenzen, ignorieren, diffamieren. Mit der Potsdam-Scharade sind sie in dieser Disziplin zu neuer Höchstform aufgelaufen. Angesichts der vielfältigen dubiosen Verflechtungen liegt der Verdacht nahe, daß "Tagesschau" und Zwangsgebührenmedien schon im Vorfeld in die Inszenierung eingebunden waren.

Und ebenso wie zu Zeiten des totalitären Probelaufs im Zeichen der Corona-Hysterie waren es vor allem die freien, unangepaßten und alternativen Medien, Netzportale und Sender, die sich dem Gleichschritt des Mainstreams entgegenstellten, hartnäckig nachrecherchierten und auch die angegriffene Seite zu Wort kommen ließen. Und das trotz der bestehenden Waffenungleichheit gegenüber dem staatlich finanzierten und geförderten Establishment. Als auch einzelne etablierte Medien wiederholt aus dem Geleitzug ausscherten und kritische Fragen stellten, geriet das "Correctiv-Propagandanetzwerk" inhaltlich zusehends in die Defensive.

Verleumdungsopfer wehren sich

Die von der "Correctiv-Stasi" ausgespähten und denunzierten Teilnehmer der privaten Zusammenkunft in Potsdam haben vor allem diese alternativen Medienkanäle genutzt, um sich zur Wehr zu setzen und den Verleumdungen mit Fakten zu widersprechen. Vor allem die Unions-Mitglieder unter ihnen sind unbarmherzig ins Visier der "Cancel Culture" geraten. Ihnen drohen Parteiausschlußverfahren, eine Kölner CDU-Angehörige muß sich vor Gericht gegen ihre fristlose Entlassung aus dem städtischen öffentlichen Dienst wehren.

Der zur dämonischen Gestalt hochstilisierte Martin Sellner widerspricht unermüdlich der böswillig verzerrenden Falschdarstellung seines "Remigrations-Konzepts". "Remigration hat nichts mit Vertreibung oder Deportation zu tun", erklärt Sellner gegenüber dem Deutschland-Kurier. "Diese Unterstellungen sagen mehr über diejenigen aus die sie in die Welt gesetzt haben, als über ihre Opfer. Remigration ist die Umkehrung der Migrationsströme durch rechtsstaatliche politische Maßnahmen und wirtschaftliche Anreize."

Auf einer eigens eingerichteten Internetseite haben die Teilnehmer des Potsdamer Treffens die Lügen und Verleumdungen des "Correctiv-Märchens" Punkt für Punkt widerlegt und die wichtigsten Interviews und Videos verlinkt, auf denen sie ihre eigene Position darstellen und die Absicht der "Correctiv-Machenschaften" entlarven.
Der Co-Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt Ulrich Siegmund, der unter dem Vorwand seiner Teilnahme an der Potsdamer Zusammenkunft von den etablierten Fraktionen regelwidrig als Vorsitzender des Sozialausschusses abgewählt worden ist, bringt es auf den Punkt: Mit der eindeutig geplanten Kampagne gegen die AfD sollen "unbequeme Politiker aus dem Weg geräumt werden".

Wirksame juristische Gegenwehr

Auch juristisch gerät "Correctiv" in die Defensive. Die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy hatte bereits unmittelbar nach der Veröffentlichung Anzeige wegen des "kriminellen Lausch- und Foto-Angriffs" erstattet: "Ein privater Vortragsabend ist privat, aber nicht geheim.

Der renommierte Staatsrechtler Ulrich Vosgerau geht gerichtlich gegen das Lügenportal vor

Energisch in die Offensive ging der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, der mit seinen Ausführungen zum Problem der Wahrung des Wahlgeheimnisses bei der Briefwahl nachweislich falsch zitiert worden war. Vosgerau griff bewußt nur dort an, wo die Lügen klar nachweisbar sind, um den Machern des Märchens keinen billigen Triumph zu ermöglichen.
Vosgerau beantragte eine Einstweilige Verfügung vor der zuständigen Pressekammer des Landgerichts Hamburg und legte sieben Eidesstattliche Versicherungen von Teilnehmern des Treffens vor, die klar aussagen: "Auf dem besagten Treffen in Potsdam am 25.11.2023 wurde weder über eine Ausweisung von Staatsbürgern mit deutschem Paß gesprochen oder gar diese geplant, noch wurde besprochen, Menschen anhand rassistischer Kriterien, wie Hautfarbe oder Herkunft, auszuwählen und aus Deutschland auszuweisen."

"Correctiv" in der Zwickmühle

Damit stecken die "Correctivsten" in der Zwickmühle. Wollten sie den Gegenbeweis antreten, müßten sie entweder offenlegen, was sie denn da genau belauscht hätten - und diese Abhörmaßnahmen wären in jedem Fall rechtswidrig, sie würden sich also selbst strafbar machen -, oder sie müßten die angeblichen "Gedächtnisprotokolle" von ominösen "Teilnehmern" vorlegen, die nur in ihrer Phantasie existieren dürften.

David Schraven, Gründer des Hetzportals

"Correctiv-Gründer" David Schraven maskiert seinen Ärger hinter markigen Worten und gleich acht Eidesstattlichen Versicherungen von fragwürdigem Wert, in denen seine Truppe im Wesentlichen versichert, daß sie selbst glauben, was sie da zusammengeschrieben haben, und schiebt gleich eine neue Verschwörungstheorie hinterher: Die juristische Gegenwehr der von ihm Attackierten und der Gegenwind in den freien Medien sei eine "aus interessierter Richtung gesteuerte" und "recht teure" Kampagne.
Der Anwalt der "Correctiv-Geschädigten" kann angesichts dieser Hilflosigkeit Genugtuung und Schadenfreude kaum verbergen: "Das kann man sich nicht besser ausdenken: Nun jammert Correctiv ernsthaft, weil jetzt die Presse recherchiert, ob die tragende Legende der Potsdam-Berichterstattung von Correctiv möglicherweise schief inszeniert wurde."

Das Lügengebäude kracht zusammen

Für jeden unvoreingenommenen Beobachter, der sich selbst und unabhängig informiert, statt von der "Tagesschau" denken zu lassen, ist das "Correctiv-Lügengebäude" längst zusammengebrochen. Zug um Zug mußte "Correctiv" die zentralen Behauptungen seiner Verschwörungserzählung zurücknehmen.

"Correctiv-Vize" Anette Dowideit

Die stellvertretende "Correctiv-Chefredakteurin" Anette Dowideit wollte vor Gericht den eidesstattlichen Versicherungen nicht widersprechen und bestätigte, daß die Teilnehmer des Treffens "nicht über eine rechts-, insbesondere grundgesetzwidrige Verbringung oder Deportation deutscher Staatsbürger gesprochen haben". Es sei lediglich davon die Rede gewesen, wie Doppelstaatlern der deutsche Paß leichter entzogen werden könne.
Davon haben allerdings wenige Wochen zuvor auch Regierungsvertreter und Unions-Hofopposition eifrig gesprochen, von Bundeskanzler Olaf "im großen Stil abschieben" Scholz bis zu Innenministerin Nancy Faeser, die bereits Mitglieder krimineller Clans nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu solchen ausbürgern wollte - ein tatsächlich verfassungswidriges Ansinnen, zu dem sich ein Martin Sellner niemals verstiegen hat.
Auch von "Deportation" und "Wannseekonferenz" habe man nicht selbst gesprochen, redete Dowideit sich heraus, das hätten erst die von "Correctiv" abschreibenden Medien getan - eine einfach nachzuweisende glatte Lüge. Daß in der internationalen Ausgabe des "Spiegel" der von Scholz gebrauchte Begriff "Abschiebungen" ebenfalls mit "deportations" übersetzt worden war, ist nur ein Treppenwitz am Rande.

"Correctiv" verheddert sich in Widersprüche

Schneller als Orwells Wahrheitsministerium überholte Versionen der eigenen Propaganda im "memory hole" verschwinden läßt, änderte "Correctiv" klammheimlich seine eigenen Texte. Das Internet vergißt aber nichts - aus Netzarchiven geht hervor, daß in der Werbung für das "Correctiv-Buch" "Der AfD-Komplex" im hauseigenen Online-Shop am 29. Januar binnen weniger Stunden aus dem vermeintlichen "Rechtsextremismus-Beleg" "Deportation Millionen Deutscher" erst "Vertreibung Millionen Deutscher" und dann "Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland" geworden war.
In Widersprüche verwickelten sich die Correctivisten auch in der Frage, woher denn ihr Wissen um die ominösen Gesprächsinhalte überhaupt stamme. Eine US-Seite namens "Semafor" berichtete über den ins Tagungshotel eingeschleusten "Correctiv-Aktivisten", der sei mit einem Kaffeebecher herumgelaufen und habe "mit seiner Apple Watch Ton, Video und Fotos" aufgenommen.
Geht nicht, weiß jeder, der so eine Uhr hat, und strafbar wäre es auch. Oder hat er über die Apple Watch ein Spionage-iPhone bedient? Dowideit eierte erst herum, das seien die schon bekannten Bilder, dann redete sich "Correctiv" auf "schlechte Englischkenntnisse" heraus. Die eigene Glaubwürdigkeit befördert das nicht gerade.
"Correctiv-Aktivist" Jean Peters
Was soll man aber auch von einer Truppe erwarten, die Leute wie den linksextremistischen Journ-Aktivisten Jean Peters beschäftigt, der bereits mit kriminellen Aktionen wie dem Tortenwurf auf die AfD-Politikerin Beatrix von Storch Schlagzeilen gemacht hat. Peters hat an der Potsdam-Geschichte maßgeblich mitgeschrieben und war möglicherweise auch selbst direkt an Ort und Stelle.
In einer früheren Version seines Lebenslaufs beschrieb Peters seine Tätigkeit so: "Ich entwikkele Aktionen und erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und ökonomische Geschehen interveniere." Den Passus hat Peters still und leise auf seiner Webseite in die Vergangenheit gesetzt.

Die Propagandashow geht weiter

Das Auffliegen der "Correctiv-Lügen" hat freilich noch lange nicht zur Folge, daß die politischen Akteure ihren Feldzug gegen die AfD einstellen oder daß ihre medialen Büchsenspanner und Wasserträger die eigene Sensationsberichterstattung in Frage stellen.
Nur einige wenige etablierte Medien wie "Welt" und "Cicero" lassen überhaupt kritische Töne zu; vielleicht weil sie erkannt haben, daß der neu angefachte "Kampf gegen rechts" in erster Linie der Festschreibung "links-grüner" Macht trotz rapide schwindenden Rückhalts in der

Bevölkerung dient.
Die Hysterie schlägt dabei abenteuerliche Blüten; gegen den dämonisierten österreichischen Staatsbürger Martin Sellner sollte sogar ein Einreiseverbot verhängt werden.
Für Sellner, der sich über eine Flut an Vorbestellungen für sein noch gar nicht erschienenes Buch zum Thema "Remigration" freuen kann, Anlaß, die Behörden mit intelligenten Aktionen vorzuführen.
In eine ähnliche Kategorie gehört auch die Erklärung von "Remigration" zum "Unwort des Jahres 2023", obwohl der Begriff bis zu der "Correctiv-Veröffentlichung" vom 10. Januar 2024 einer breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt war. Jahr für Jahr erklärt ein obskurer Marburger Privatverein Begriffe, die der "links-grünen" Agenda ein Dorn im Auge sind, zu "Unwörtern", die ohne das Mainstream-Medienecho kaum jemandem auffallen würden.
Die Absicht dahinter wie hinter der ganzen "Geheimtreffen-Kampagne" ist leicht zu durchschauen: Schon der bloße Gedanke, irgendjemanden, der hier einmal eingewandert ist, berechtigt oder nicht, wieder zurückzuschicken, soll in NS-Nähe gerückt und mit der ganz großen Moralkeule erschlagen werden.
Die Zwangsgebührenkanäle von ARD, ZDF und Deutschlandfunk verwenden denn auch ungerührt weiter das Lügennarrativ von den "Vertreibungsplänen", als handele es sich um eine festgestellte Tatsache. In den Mainstream-Medien bleiben regierungskritische Proteste weiter an den Rand gedrängt; um so breiteren Raum erhalten die wöchentlichen Anti-AfD-Demonstrationen, auch wenn diese an Intensität inzwischen deutlich nachgelassen haben.

Massenaufmärsche wie zu "DDR-Zeiten"

Zeitweise konnte die steuerfinanzierte "links-grüne" Zivilgesellschaft dafür hunderttausende mobilisieren. Politiker aller etablierten Parteien ermunterten und befeuerten die Kundgebungen, die "die Demokratie" - im Klartext: ihre eigene Macht - "retten" sollten. Regierungspolitiker mißbrauchten das Demonstrationsrecht, um selbst bei diesen Kundgebungen gegen die Opposition aufzutreten.
Bürgermeister verdonnerten ihre Belegschaften zur Teilnahme, in Nordrhein-Westfalen forderte gar die CDU-Schulministerin Dorothee Feller ihre Lehrer auf, an den Demos "gegen rechts" - und damit nach linker Lesart in letzter Konsequenz auch gegen ihre eigene Partei - teilzunehmen und ihre Schüler gleich mitzunehmen. Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftsverbände, Kulturfunktionäre stoßen mit wiederholten Anti-AfD-Proklamationen ins selbe Horn und reihen sich damit in eine Einheitsfront ein, die in ihrer formierten Gleichrichtung an "DDR-Zeiten" erinnert.
Das vertieft die gesellschaftliche Polarisierung und Spaltung, steigert aber eher noch die Geschlossenheit der Anhängerschaft der AfD. Deren leichter Rückgang in den Umfragewerten dürfte eher auf das Aufkommen der Wagenknecht-Partei als neuem Wettbewerber zurückzuführen sein. In dieser Hinsicht hat sich die von "Correctiv" ausgelöste Kampagne bislang als Fehlschlag erwiesen.

Krieg gegen die Meinungsfreiheit

Nancy Faeser (SPD) und Lisa Paus ("Grüne") sind die Spinnen im Regierungsnetzwerk von "Correctiv".
Den entscheidenden Schlag wollen Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und "Familienministerin" Lisa Paus ("Grüne") auf administrativer Ebene führen. Sie nehmen die von "Correctiv" in die Welt gesetzte Mär von den "Deportationsplänen" der AfD zum Vorwand, um rechtsstaatliche Regeln zu beseitigen und neue Repressionsmethoden gegen Bürger mit abweichenden Ansichten einzuführen, die Stigmatisierung der AfD durch den sogenannten "Verfassungsschutz" voranzutreiben und zu verschärfen und um über das sogenannte "Demokratiefördergesetz" die Finanzierung ihrer "zivilgesellschaftlichen" Hilfstruppen und des wuchernden Geflechts von regierungsfinanzierten "Nichtregierungsorganisationen" abzusichern und

drastisch auszubauen.
Für die bekennende "Antifa-Sympathisantin" Nancy Faeser ist der Kampf "gegen rechts" und der Mythos, der "Rechtsextremismus" sei "die größte Gefahr für unsere Demokratie", seit der Ernennung zur Bundesinnenministerin der Hauptzweck ihrer Amtsführung, dem sie alles unterordnet. Die Konfrontation mit der Aufdeckung der "Correctiv-Lügen" kann sie folglich kaum beirren, nachdem sie die Maschinerie einmal entfesselt hat. Auf die Enthüllungen angesprochen, erklärte Faeser eiskalt, ihr Credo gelte "unabhängig von einzelnen Medienberichten".

Verfassungsschutz und NGO-Stasi

"Fiel die Regierung auf einen Bluff der Rechercheure rein", kommentiert die gern mal aus dem Mainstream-Troß ausscherende "Berliner Zeitung" die wenig überzeugende "Correctiv-Reaktion" auf die Aufdeckung ihrer Lügen und Manipulationen.
Die Frage muß wohl anders lauten: Hat die Regierung Stümper beauftragt, um ihr als Vorlage für ihren Feldzug gegen die unheimlich erfolgreiche AfD ein Kartenhaus zu basteln, das beim ersten Gegenwind umfällt?
Mit ihren infamen Bespitzelungs- und Zersetzungsmethoden verhält sich die "Correctiv-Truppe" tatsächlich wie eine privatrechtlich organisierte Hilfs-Stasi, die dort die Schmutzarbeit erledigt, wo sich der Verfassungsschutz noch nicht traut, die Grenzen der Gesetze zu überschreiten.
VS-Chef Haldenwang weiß, was von ihm erwartet wird. Diensteifrig greift er die "Correctiv-Vorlage" auf, legt seiner Chefin Nancy Faeser neue Pläne vor, wie auf der davon genährten Welle der Empörung und Massenmobilisierung oppositionelle Ansichten kriminalisiert und die Meinungsfreiheit auch unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit weiter beschnitten werden kann, und läßt an einem "Gutachten" arbeiten, um die AfD insgesamt als "gesichert rechtsextremistisch" zu stigmatisieren.
Offenbar kratzt es aber an seiner Eitelkeit, daß die Privat-Stasi "Correctiv" ihm mit ihrem Coup die Schlagzeilen weggeschnappt hat. In einer Hintergrundrunde mit ausgewählten Journalisten prahlte Haldenwang daher, seine Truppe hätte schon lange vor dem sogenannten "Geheimtreffen", nämlich seit Anfang November, bestens über den Teilnehmerkreis Bescheid gewußt: "Wir kennen sie alle."

Haldenwang verplaudert sich

Da liegt der Verdacht nahe, die Verfassungsschützer könnten "Correctiv" mit ihren Informationen gefüttert und in Marsch gesetzt und womöglich auch selbst die illegale Abhörarbeit besorgt haben, bei deren Erklärung die Pseudo-Journalisten so sehr ins Schwimmen gekommen sind. Haldenwang weist das natürlich zurückrudernd weit von sich.
Brandenburgs Innenminister zeigte sich im Landtag zwei Wochen nach der Veröffentlichung dennoch pikiert, daß man ihn nicht früher informiert habe, was in seinem Zuständigkeitsbereich so vor sich gehe, wo das Bundesamt für Verfassungsschutz doch eine "umfangreiche Datensammlung" zu dem Potsdamer Treffen verschickt habe.
In jedem Fall scheinen zwischen Verfassungsschutz und "Correctiv" durchaus innige Bande zu bestehen. Erst im September 2023 veranstaltete das VS-Bundesamt eine "Wissenskonferenz", auf der die Correctiv-Autorin Caroline Lindekamp einen Vortrag über "Prebunking" gehalten hat, nach ihren Worten die präventive "Immunisierung" von Menschen gegen "Desinformation" und "Fake News".
Ob es weitere Treffen, Kontakte oder Gespräche zwischen Mitarbeitern von "Correctiv" und Verfassungsschutz gegeben habe, wollte daraufhin der AfD-Bundestagsabgeordnete Leif-Erik Holm wissen. Die Bundesregierung verweigerte die Auskunft mit Hinweis auf ein "Recherche- und Redaktionsgeheimnis", dementierte aber auch nicht. Keine Antwort ist manchmal auch eine Antwort.

"Geheimtreffen" mit Regierung

Recherchen von kritischen Medien und AfD-Bundestagsabgeordneten haben es an den Tag gebracht: Bundesregierung und "Correctiv" pflegen vertrauten Umgang, Vertreter des Propaganda-Portals gehen in den Ministerien ein und aus. Der Vorgang ist alltäglich, viele dieser Treffen sind gar nicht dokumentiert. Und anders als bei der zum staatsgefährdenden Komplott hochstilisierten Potsdamer Privat-Zusammenkunft werden bei den Geheimtreffen von "Correctiv" und Regierungsvertretern tatsächlich weitreichende Maßnahmen besprochen und geplant, die tief in das Schicksal von Millionen Bürgern eingreifen.

Die Anfänge reichen in die Regierungszeit von Angela Merkel (CDU)

Im Juni 2020 etwa fand im Bundesinnenministerium, noch zu Merkels und Seehofers Zeiten, ein Geheimtreffen mit "Correctiv", der Amadeu-Antonio-Stiftung sowie Vertretern von Facebook und YouTube statt. Thema: Die Bekämpfung von "Desinformation" im Kontext der Corona-Maßnahmen im Rahmen eines "gesamtgesellschaftlichen Ansatzes".

Was nichts anderes bedeutet als die Errichtung eines umfassenden Zensur-Komplexes, um die von der Regierungsmacht als "wissenschaftliche Wahrheit" festgelegte Lesart durchzusetzen und andere, kritische Meinungen zu ächten und aus dem Diskurs zu verbannen. Unter dem Deckmantel des "Faktenchecks" hat sich "Correctiv" dieser Aufgabe bekanntlich auch mit Eifer gewidmet.

Die Auskunft, es habe keine weiteren derartigen Zusammenkünfte gegeben, mußte die Bundesregierung auf Anfrage des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm rasch korrigieren. Es gab danach noch mindestens zwei weitere Geheimtreffen zwischen Regierungsvertretern, "Correctiv-Geschäftsführer" David Schraven und "anderen Faktencheckern".

Auch das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Das Nachrichtenportal "Nius" zählt insgesamt mindestens elf Begegnungen von Regierungs- und "Correctiv-Vertretern" in den letzten vier Jahren. Besonders brisant: Unmittelbar vor dem ausgespähten Potsdamer Treffen kam es zu zwei Begegnungen von "Correctiv-Geschäftsführerin" Jeannette Gusko und Vertretern des Bundeskanzleramts, acht Tage vor dem Potsdamer Treffen - als der Lausch- und Bildangriff schon beschlossene Sache war - sogar mit Kanzler Olaf Scholz persönlich. Das räumte die Bundesregierung auf eine weitere Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf ein.

Geschäftsführerin Jeannette Gusko

Jeannette Gusko ist in SPD-Kreisen bestens vernetzt und betätigte sich unter anderem als Spendensammlerin für das "Zentrum für feministische Außenpolitik", das vom Auswärtigen Amt gesponsert wird und Annalena Baerbock die Stichworte liefert. Gusko selbst war nach eigenen Angaben auch für das Bundesbildungsministerium tätig, das 2022 und 2023 266.000 Euro an "Correctiv" überwiesen hat.

Dubiose Geschäftsmodelle, trübe Geldquellen

Fragt man die Bundesregierung, dann steht das Lügenportal all diesen Fakten zum Trotz für "unabhängigen, faktenbasierten Journalismus". "Correctiv ist nicht von der Regierung bezahlt", behauptete auch Vize-Chefredakteurin Dowideit in einem ihrer verzweifelten Rechtfertigungsversuche. Eine glatte Lüge: Mindestens 2,5 Millionen Euro staatliche Förderung erhielt das Medienportal seit 2014 von der Bundesregierung und Länderregierungen, davon rund 373.000 Euro direkt aus dem Bundesinnenministerium. Von "Unabhängigkeit" kann da beim besten Willen nicht die Rede sein.

Über eine Million kassierte das in Essen ansässige Denunziationsportal vom Land Nordrhein-Westfalen. Die tatsächlichen staatlichen Zahlungen könnten sogar noch höher sein als in der Antwort der Bundesregierung auf eine weitere Anfrage des AfD-Abgeordneten Leif-Erik Holm ausgewiesen. In den angeblich so "transparenten" Einnahmelisten verschleiert "Correctiv" diese direkten Zuschüsse aus Steuergeld gern mit irreführenden Bezeichnungen oder

Sammelposten wie "Bundeskasse", Zahlungen aus Stiftungen oder von Universitäten für "Projekte".
Das sind noch lange nicht alle staatsnahen Geldflüsse. Die Parteistiftungen der Etablierten sind, wenn auch mit kleineren Beträgen, ebenfalls mit von der Partie. Staatliche oder teilstaatliche Unternehmen wie Deutsche Bahn oder Telekom - 370.000 Euro seit 2017 - zahlen ebenfalls gerne an die Faktenfälscher. Bereits die Anschubfinanzierung von 3,8 Millionen Euro zwischen 2014 und 2018 kam von der aufs engste mit der SPD-Nomenklatura Nordrhein-Westfalens verfilzten Brost-Stiftung.

Big Spender George Soros

Woke Milliardärs-Stiftungen sind "Correctiv" besonders gewogen. 2,8 Millionen spendierten seit 2018 die Stiftungen des Ebay-Gründers Pierre Omidyar, 700.000 Euro kamen von Google und 650.000 von der Mercator-Stiftung, die auch bei den Stiftungen im Umfeld des Graichen-Clans intensiv engagiert ist. Die Soros-Stiftungen dürfen mit immerhin noch ca. 420.000 Euro ebenfalls nicht in der Gönner-Liste fehlen.

"Konstruktiver" Staatsjournalismus

Die fragwürdige Konstruktion als "gemeinnützige" und damit steuerbefreite GmbH mit Gründer David Schraven als faktischem Alleinherrscher erlaubt es "Correctiv", die üppigen regelmäßigen Einnahmen aus seinem Netzwerk zu einem großen Teil in seinen umfangreichen Personalapparat mit inzwischen über 70 gutbezahlten Mitarbeitern zu stecken. Darunter befindet sich ein undurchsichtiges Geflecht mit zahlreichen Tochterfirmen, über die "Correctiv" seine nicht unerheblichen kommerziellen Aktivitäten durchaus untransparent laufen läßt, beispielsweise die sorgfältig geheimgehaltenen Einnahmen aus der Internet-Zensurtätigkeit ("Faktencheck") für Facebook.
Konstruktionen wie "Correctiv" sind ein Hebel, um macht- und regierungskonformen Staatsjournalismus finanzieren zu können. So ist es auch kein Zufall, daß "Correctiv" eine wesentliche, wenn auch nicht an die große Glocke gehängte Rolle beim kürzlich gegründeten "Bonn Institute" spielt, einem vom Land NRW initiierten und finanzierten Zusammenschluß mit dem steuerfinanzierten Staatssender Deutsche Welle, dem Privatsender RTL und der "Rheinischen Post" sowie einer dänischen Stiftung als Gesellschafter, der "konstruktiven" Journalismus "in gesellschaftlicher Verantwortung" fördern soll. Inoffizieller weiterer Gesellschafter: "Correctiv".

"Aufstand der Anständigen" in Neuauflage

Die Welle der staatlich ermunterten Anti-Rechts- und Anti-AfD-Aufmärsche, die seit Anfang Januar übers Land geht, erinnert an den im Jahr 2000 vom damaligen "rot-grünen" Kanzler Gerhard Schröder ausgerufenen "Aufstand der Anständigen". Das gilt auch für den Auslöser: Heute muß die längst entlarvte Fake-Inszenierung eines angeblichen "Deportations-Geheimtreffens" herhalten, damals war es ein vom Kanzler prompt "Rechtsextremisten" zugeschriebener Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge, der sich bald genug als Werk zweier Jung-Araber herausstellte, die Rache für Gaza nehmen wollten. Die Propagandamaschine rollte auch seinerzeit unbeeindruckt weiter.
Mit Schröders "Aufstand der Anständigen" begann die Errichtung eines Systems steuergeldfinanzierter "zivilgesellschaftlicher" Strukturen für den "Kampf gegen rechts" über allerlei Programme zur "Demokratieförderung" und "Extremismusbekämpfung", das von der Ampel-Regierung gerade perfektioniert wird.
Dieses System sichert Heerscharen linker Aktivisten ein staatlich garantiertes Auskommen. Es ist das Fundament der weit über ihre tatsächliche Relevanz in Wahlergebnissen herausreichende gesellschaftliche Macht von "Grünen", Linken und Roten, die sich anschickt, in quasi-totalitäre Gesinnungstyrannei umzuschlagen.

Zweiter öffentlicher Dienst

Der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau spricht treffend von einem "zweiten öffentlichen Dienst" aus staatsfinanzierten linken Propaganda-Lautsprechern, einer Art "links-‚grüner' Priesterstand", dessen Hauptaufgabe darin besteht, potentiell jede Gegenstimme zu "grün-linken" Transformationsplänen zum unkalkulierbaren persönlichen Risiko zu machen und zu unterbinden. Das ist der Boden und Resonanzraum, auf dem Rechtsstaatsfeinde wie Innenministerin Faeser und ihr Geheimdienstchef Haldenwang die Errichtung ihres autoritären Gesinnungsstaats betreiben.

Wer mistet den "links-grünen" Augiasstall aus?

Die "Correctiv-Scharade" um das angebliche Potsdamer "Geheimtreffen" hat schlaglichtartig die Mechanismen ans Tageslicht gebracht, mit denen "links-grüne" Regierungsparteien, politisch instrumentalisierte Geheimdienste und Behörden und der in jahrzehntelanger Subversionsarbeit geschaffene staatsfinanzierte Sumpf von "Zivilgesellschaft" und "Nichtregierungsorganisationen" ihre gesellschaftliche Macht ausgebaut haben und zementieren. Ausgemachte Deutschlandhasser und Linksradikale wie "Correctiv-Boß" David Schraven oder der abgehalfterte Ex-Journalist Marcus Bensmann sind dafür willkommene Erfüllungsgehilfen.

Auch der unsägliche, linksgrün-woke Propaganda-Assistent Marcus Bensmann schrieb an dem Lügenartikel mit

Eine nicht-linke Regierung der Erneuerung wird vor der Herkulesarbeit stehen, diesen Augiasstall auszumisten und diesen Sumpf trockenzulegen. Der Widerstand wird zäh, schmutzig und erbittert werden. Es ist eine Generationenaufgabe, die einen langen Atem und starke Nerven erfordern wird.

Dennoch muß diese Aufgabe in Angriff genommen werden, wenn Deutschland zur rechtsstaatlichen Ordnung und bürgerlichen Freiheit zurückkehren und der Marsch in den totalitären "links-grünen" Gesinnungsstaat mit Orwellscher Gedankenkontrolle aufgehalten werden soll. Die Verstrickungen und Verflechtungen, die im Zuge der "Correctiv-Operation" ans Tageslicht gekommen sind, weisen den Weg, der dazu eingeschlagen werden muß.

Inzwischen wird immer klarer: Das "Correctiv-Lügenmachwerk" vom 10. Januar dürfte als einer der größten Skandale des regierungstreuen Pseudojournalismus in die deutsche Pressegeschichte eingehen. Das Landgericht Hamburg entschied gestern (27. Februar): "Correctiv" darf die Behauptung nicht wiederholen, daß der bei dem Potsdamer Treffen anwesende Staatsrechtler Ulrich Vosgerau dazu aufgerufen habe, ein Musterschreiben zu entwerfen, um damit massenhaft Wahlbeschwerden einzulegen mit dem Ziel, die Rechtmäßigkeit von Briefwahlstimmen in Zweifel zu ziehen.

Mitarbeit: Elfie Kaspers und Aloys Krause<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.361/…):

>>**Syphilis verbreitet sich in Deutschland**

In Deutschland werden immer mehr Syphilis-Fälle registriert. Laut dem Robert Koch-Institut (RKI) wurden im Jahr 2022 8.305 Neuerkrankungen gemeldet. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Anstieg von 23 Prozent.

Von *Redaktion*

Es ist eine Krankheit, die den meisten eher aus dem Mittelalter und den Zeiten der Piraterie im 16.-18. Jahrhundert bekannt sein dürfte. Syphilis ist in Deutschland und besonders in Berlin wieder auf dem Vormarsch. Immer mehr Menschen erkranken an der Geschlechtskrankheit. Das Robert-Koch-Institut meldete für das Jahr 2022 8.305 Syphilis-Fälle. Das sind 1560 Infektionen mehr als im Vorjahr, was einer Zunahme von 23 Prozent entspricht. Allein 1.430 dieser Fälle wurden in Berlin registriert.

Laut dem Robert-Koch-Institut gab es in der Hauptstadt in 2022 41,3 Betroffene pro 100.000 Einwohner. Hinter Berlin hat Hamburg mit 23,1 die zweithöchste Inzidenz aller Bundesländer. Generell gelten aber neben den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin die Städte Köln

(42,9), München (38,9), Nürnberg (29,2), Frankfurt am Main (27,8) und Düsseldorf (25,5) als Hotspots der Krankheit.
Syphilis verursacht Hautgeschwüre von etwa zwei Zentimetern Größe, gefolgt von Fieber und Kopfschmerzen. Im Verlauf von Jahren können auch Schädigungen im Nervensystem auftreten. Männer waren bundesweit mit einer Neuerkrankungsrate von 18,9 Fällen pro 100.000 Einwohner etwa 17-mal häufiger betroffen als Frauen, mit einer Rate von 1,1. Laut dem RKI ist dieser Anstieg hauptsächlich auf Fälle bei homosexuellen Männern zurückzuführen. In 85,6 Prozent der gemeldeten Fälle wurde dieser Betroffenengruppe angegeben.
Das RKI führt den massiven Anstieg der Krankheit auf die zunehmende Nutzung von Dating-Apps zur Kontaktaufnahme, die steigende Anzahl an anonymen Sexualpartnern und der Einsatz von Partydrogen im sexuellen Umfeld zurück. Laut dem Tropeninstitut verbreitet sich Syphilis größtenteils in Entwicklungsländern. Rund 90 Prozent der jährlichen Infektionen mit der Geschlechtskrankheit werden dort registriert.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Nordafrikaner sticht zwei 17-Jährige nieder: Unsere Töchter leben nur mit der AfD in Sicherheit!**
Es kann überall und zu jeder Tageszeit passieren: Zwei 17-jährige Mädchen sitzen in Erkrath (Nordrhein-Westfalen) in einer Schutzhütte am Feldweg, als plötzlich ein Mann mit "nordafrikanischem Erscheinungsbild" auftaucht - mit einem Messer in der Hand. Der Täter bedroht die Teenager und fordert die Herausgabe ihrer Handtaschen. Als die Mädchen sich weigern, sticht der Täter zu. Beide Opfer werden schwerverletzt, eines der Mädchen schwebt zwischenzeitlich in Lebensgefahr. Meldungen wie diese sind nicht zu ertragen, sie fordern sofortiges und konsequentes Handeln: Massenmigration beenden, Täter hart bestrafen und ausländische Straftäter sofort abschieben!
Halten wir uns dabei vor Augen: Die CDU stellt in Nordrhein-Westfalen mit Hendrik Wüst den Ministerpräsidenten und mit Herbert Reul den Innenminister. Diese Partei, die mit markigen Wahlkampf-Sprüchen eine Ablehnung der aktuellen Migrationspolitik vorgaukelt, tut in Wirklichkeit NICHTS für mehr Sicherheit und für mehr Abschiebungen.
Sie trägt als Regierungspartei in Nordrhein-Westfalen die Verantwortung dafür, daß 17-jährige Mädchen jederzeit Messerstechern oder Vergewaltigern begegnen können. Innenminister Reul verleugnet die Realität, indem er dreist behauptet: "Der typische Messerangreifer ist männlich, erwachsen und deutsch." An solche ignoranten Aussagen sollten sich die Bürger bei jeder Wahl erinnern!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Bundesregierung muß auf Erhöhung der Amtsgehälter verzichten!**
Zum 1. März steigen nicht nur die Gehälter und Pensionen von Beamten, sondern auch die Bezüge von Bundeskanzler und Ministern. Der Kanzler erhält künftig statt bisher 20.702 Euro nun 22.083 Euro, ein verheirateter Minister ohne Kinder, beispielsweise Finanzminister Lindner, statt bisher 16.816 nun 17.990 Euro.
Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erklärt, daß ein Verzicht auf die opulente Erhöhung in der aktuellen Lage, in der Deutschland von einer Krise in die andere schlittert, ein wichtiges Zeichen setzen würde:
"Es darf nicht sein, daß Kanzler, Minister und Bundespräsident sich Erhöhungen gönnen, die einer durchschnittlichen Monatsrente entsprechen, während viele Bürger weder ein noch aus wissen. Die eh schon hohen Bezüge steigen um über sechs Prozent - davon können die meisten Menschen nur träumen.
Wir haben bereits einen Gesetzentwurf eingereicht, der es den Regierungsmitgliedern erlaubt, auf Amtsbezüge zu verzichten. Man glaubt kaum, daß die Regierenden die Ausrede nutzen,

daß sie auf Gelder nicht verzichten dürften. Unser Gesetzentwurf ist also ein zwingend notwendiger Schritt. Nach der Umsetzung wird sich zeigen, wer tatsächlich auf Teile seiner Amtsbezüge verzichtet."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.361/…): >>**AfD sieht Wahlbetrug bei Briefwahl und zieht gegen verlorene OB-Wahl vor Gericht**

Nach der verlorenen Bürgermeisterwahl in Bitterfeld-Wolfen witterte die AfD Unrechtmäßigkeiten und zieht jetzt gegen die Anerkennung des Ergebnisses durch den Stadtrat vor Gericht. 1.200 Stimmen hatten die Wahl zuungunsten der AfD entschieden - bei einem ungewöhnlich hohen Briefwahlanteil.

Von *Redaktion*

In Bitterfeld-Wolfen möchte die AfD gegen das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl im vergangenen Oktober klagen. Nachdem der CDU-Kandidat Armin Schenk die Stichwahl mit 1.200 Stimmen Vorsprung für sich entscheiden konnte, witterte die AfD Betrug bei der Briefwahl: Sie sprach von "Stimmenkauf" und "möglicherweise massiven wahlrechtswidrigen Wahlbeeinflussungen".

Schenk gewann Anfang Oktober mit 53,8 Prozent, während der AfD-Kandidat Henning Dornack 46,2 Prozent der Stimmen erhielt - im ersten Wahlgang hatte Dornack aber noch vorne gelegen. Grund für den plötzlichen Umschwung war laut AfD "die enorme Anzahl an Briefwahlstimmen für Amtsinhaber Schenk".

Tatsächlich lag der AfD-Kandidat nach der Auszählung der regulären Wahl noch mit 51,1 Prozent in Führung, doch die einseitig verteilten Briefwählerstimmen kippten das Ergebnis: Hier konnte Schenk mit 69,5 Prozent in Führung gehen und Dornack so letztlich noch deutlich schlagen. Die AfD beanstandete das Ergebnis.

Die darauffolgende Abstimmung im Stadtrat Mitte Januar ergab aber, daß das Ergebnis bestehen bleibe. 20 Stadträte votierten für die Wahl - aber auch 17 dagegen. Die AfD beschloß deshalb, juristische Schritte einzuleiten und reichte jetzt eine Klage gegen den Stadtrat in Bitterfeld-Wolfen bei dem Verwaltungsgericht in Halle ein, wie die Mitteldeutsche Zeitung berichtet.

Die AfD sieht klare Verstöße beim Ablauf der Wahl. Der Wahlleiter habe keine Relevanzberechnung durchgeführt und so die notwendigen Überprüfungen der Wahl nicht veranlasst. Der Stadtrat berücksichtigte das aber nicht, die AfD fordert Aufklärung und eine Stellungnahme des Stadtrats.

Nach der Wahl im Oktober hatte die AfD verkündet, der CDU-Kandidat soll seine Amtsfunktion sowie "die Nutzung kommunaler Ressourcen und die Nutzung kommunaler Einrichtungen zu Wahlkampfzwecken" genutzt und während des Briefwahlvorgangs Werbegeschenke an Bewohner von Pflegeeinrichtungen verteilt haben. Weil diese Besuche unangekündigt stattfanden, sprach die AfD von "aufdringlichen Besuchen", die "schon fast an Hausfriedensbruch" grenzten.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Bundesbank zahlt Zeche für lockere Geldpolitik - Eigenkapital fast aufgebraucht**

Die Bundesbank hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 2023 vorgestellt. Um die Verluste von rund 21,6 Milliarden Euro zu tragen, wurden die Wagnisrückstellungen der Bundesbank in Höhe von 19,2 Milliarden Euro vollständig aufgelöst. Zudem wurden zum Verlustausgleich auch noch Rücklagen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro aufgelöst, so daß die Bank nun einen Bilanzgewinn von null ausweist.

Peter Boehringer, stellvertretender Bundessprecher der AfD, kommentiert:

"Der Rekordverlust der Bundesbank im Jahr 2023 ist eindeutig auf die lockere Geldpolitik zurückzuführen, die die politisierte EZB zur permanenten Eurorettung und zur Unterstützung

der Coronamaßnahmen verfolgte. Noch immer schwimmen die Banken darum in Liquidität und parken diese bei der Bundesbank - verzinslich versteht sich. Die nunmehr gestiegenen Zinsen führen dazu, daß die Geschäftsbanken sich allein aufgrund dieser risikofrei geparkten Liquidität auf breiter Front sanieren können. 2023 zahlte die Bundesbank 41 Milliarden Euro an die Geschäftsbanken, 2022 waren es noch zwei Milliarden gewesen.
Dieser Posten wird aktuell zwar ziemlich genau durch die Verzinsung der Targetforderungen in Höhe von ebenfalls 41 Milliarden Euro ausgeglichen, doch kann die Bundesbank ihre weiteren Zinsaufwendungen innerhalb des Eurosystems kaum noch tragen.
Für dieses Jahr konnte die Bundesbank ihren Verlust durch Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen noch einmal auf null drücken. Jene sind nun jedoch aufgebraucht. Die 2024 drohenden Verluste können dann nicht mehr über Rücklagen aufgefangen werden. Will man die Bundesbank mit ihren verbleibenden 3,1 Milliarden Euro Eigenkapital nicht in die Insolvenz schicken oder mit Steuermitteln rekapitalisieren, ist ein schneller Bilanzabbau zwingend. Das Eurosystem muß endlich die aufgekauften Staatsanleihen verkaufen, um die geschaffene Liquidität vom Markt zu nehmen. Nur so kann eine Rückkehr zu geldpolitischer Normalität erfolgen."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28307" berichtet am 27. Februar 2024 (x1.359/…): >>**MDR Investigativ: Auf Linie mit den Globalstrategen**

Eine Reportage von MDR Investigativ beschäftigt sich aus gegebenem Anlaß mit den Haftbedingungen in Ungarn. Bei genauerer Betrachtung der "Enthüllungen" stellt sich jedoch heraus, daß diese Reportage selbst dringend einer genaueren Untersuchung bedarf. Kla.TV deckt auf, wie der MDR manipulativ berichterstattet und mit Aussagen einer höchst fragwürdigen NGO Globalisten-Narrative verbreitet.
"Mutmaßliche Linksextremisten wollen sich stellen - wenn sie nicht ausgeliefert werden" - so titelte am vergangenen Mittwoch der Mitteldeutsche Rundfunk MDR in einer Reportage. Es geht um zehn mutmaßliche deutsche Linksextremisten, die 2023 in Budapest Teilnehmer einer rechtsextremen Gedenkfeier niedergeschlagen und teils schwer verletzt haben sollen. Die ungarische Justiz macht ihnen nun in Abwesenheit den Prozeß und sucht sie per internationalem Strafbefehl. Wie ein Vater eines der mutmaßlichen Straftäter im MDR-Interview sagte, sei ein Großteil der Gesuchten untergetaucht, um einem Prozeß in Ungarn zu entgehen. Die Gesuchten wollten sich nun in Deutschland der Justiz stellen, jedoch mit der Bedingung, nicht nach Ungarn ausgeliefert zu werden. Grund dafür sei die Furcht vor den angeblich miserablen Haftbedingungen in Ungarn.
So viel zum Bericht des MDR …
Diese Reportage trägt das Label "MDR Investigativ" und soll demnach enthüllend sein. Doch der Beitrag selbst bedarf dringend einer genaueren Untersuchung. Eine Analyse zeigt deutlich die manipulative, verschleiernde und verhetzende Stoßrichtung des MDR-Berichts. Doch alles der Reihe nach:

Manipulative Tendenzen im MDR-Bericht

Edgar Lopez von MDR Investigativ gibt den Eltern von mutmaßlichen linksextremen Schlägern eine Bühne, wo diese sich über angebliche "miserable Haftbedingungen" auslassen können. Eine Mutter einer der gesuchten Personen nennt sogar einen Prozeß in Deutschland "die einzige Chance für diese jungen Menschen", so als wäre ein rechtsstaatlicher und fairer Prozeß in Ungarn nicht möglich. Mit diesen Äußerungen lenkt der MDR von den brutalen Schlägerattacken ab und läßt gar Mitleidsgefühle für die mutmaßlichen Täter aufkommen.
Folgende Fragen zeigen ebenfalls die Schieflage der Mainstream-Berichterstattung auf: Wie wäre der Bericht ausgefallen, wenn es sich um rechtsextreme Täter gehandelt hätte? Wäre überhaupt eine Reportage publiziert worden und wenn ja, ebenfalls in dieser unkritischen Haltung gegenüber den Aussagen der Eltern? Diese Fragen mag sich der Zuschauer selbst beant-

worten.
Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, allein diese Punkte aufzuzeigen.

Doppelstandards bezüglich ungarischer und deutscher Justiz

Bezüglich den miserablen Haftbedingungen wird Bezug genommen auf Ilaria Salis, eine Italienerin, die aktuell in Ungarn aus denselben Gründen wie die deutschen Angeklagten vor Gericht steht. Der Bericht prangert an, daß Ilaria Salis mit Fesseln und Handschellen in den Gerichtssaal geführt wurde, die Haftzelle zu klein und Hygienezustände miserabel seien. So weit so schlecht. Doch … kennen wir ungerechte Willkür-Justiz nicht auch aus Deutschland? Wir blenden Ihnen, verehrte Zuschauer, an dieser Stelle eine Zusammenfassung aus der Kla.TV-Sendung "Justizbankrott" (www.kla.tv/28058) ein.

Sehen Sie einen kurzen Abriß darüber, wie die deutsche Justiz mit Ärzten umgesprungen ist, die die Corona-Maßnahmen öffentlich kritisiert oder nicht mitgetragen hatten:

- Dr. Bianca Witzschel: Sitzt seit 11 Monaten in Untersuchungshaft wegen dem Vorwurf falsche Maskenatteste ausgestellt zu haben, Hausdurchsuchungen bei 84 Angehörigen und Patienten, Prozeß im Hochsicherheitstrakt, die Ärztin wird in Handschellen vorgeführt, 40 Verhandlungstage sind vorgesehen - die Abstrafung ist nicht zu übersehen
- Dr. Rolf Kron: Wegen angeblich falscher Maskenatteste zu Bewährungsstrafe und Geldstrafe von 10.000 € verurteilt, vorübergehendes Berufsverbot, 15-monatige Kontosperrung
- Dr. Martin Bündner: Wegen angeblich falscher Atteste für Kinder und Jugendliche nach massiver Vorverurteilung und Verunglimpfung durch die Massenmedien vom Gericht zu Geldstrafe verurteilt
- Dr. Heinrich Habig: Wurde wegen falschen Impfbescheinigungen ohne Anklage und Verurteilung für 11 Monate in U-Haft festgehalten, obwohl gesetzlich außer in begründeten schweren Ausnahmefällen nur 6 Monate U-Haft zulässig sind.
- Dr. Bodo Schiffmann: Mußte zwei Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen wegen Kritik an Corona-Politik, 81.000 Patientenakten wurden beschlagnahmt, was seinen finanziellen Ruin bedeutete.
- Dr. Ronald Weikl: wurde wegen angeblich falscher Maskenatteste in über 1.000 Fällen angeklagt. Da er die gesundheitsschädlichen Effekte des längerfristigen Maskentragens nachweisen konnte, mußten die Anklagen fallen gelassen werden. Trotzdem wurde er wegen Systemuntreue zu 20.000 € Geldstrafe verurteilt. Der medizinische Sachverhalt tue hier nichts zur Sache, so der Richter.
- Prof. Dr. Stefan Hockertz: Brachte Fakten zu Corona, die nicht regierungskonform waren. Folge: Hausdurchsuchung, Sperre seines kompletten Vermögens wegen angeblicher Steuerhinterziehung.
- Dr. Jens Bengen: sprach sich öffentlich gegen die Corona-Impfung und Gesichtsmasken aus. Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft und die Ärztekammer sowie ständige Diffamierungen; Verhaftung und Einweisung in eine geschlossene Anstalt, wo er offiziell an Selbstmord verstarb
- Dr. Monika Jiang: Wegen Maskenattesten zu Freiheitsstrafe von zwei Jahren, Berufsverbot und Geldstrafe verurteilt. Sogar die Praxishelferin wurde mit Geldstrafe belegt.

Sie sehen: die Leitmedien hätten genug zu schreiben über miserable Zustände in der deutschen Justiz, was jedoch tunlichst vermieden wird. Stattdessen wird das Image eines "Unrechtsstaats Ungarn" weiter gepflegt und so die Bevölkerung aufgehetzt.

Verschweigen von haarsträubenden Abhängigkeiten

Journalist Edgar Lopez läßt in seiner MDR-Reportage bezüglich den "miserablen Haftbedingungen" eine Lili Kramer vom ungarischen Helsinki-Komitee zu Wort kommen. Diese Nichtregierungsorganisation befaßt sich mit dem Zustand des ungarischen Justiz- und Gefängnissystems und scheint also die Quelle zu sein, die diesen schlechten Ruf des ungarischen Staates

zu beweisen vermag. Doch wer steckt hinter dieser NGO? Betrachtet man die Spender des Helsinki-Komitees, stechen vor allem zwei Akteure heraus: Das Open Society Institute und das National Endowment for Democracy.
Das Open Society Institute ist eine Schöpfung von niemand Geringerem als George Soros, den Kla.TV bereits als brandgefährlichen Globalstrategen enthüllt hat. Sehen Sie dazu die Sendung "George Soros - Das Netzwerk des Globalstrategen enthüllt". Das Institute selbst ist strategischer Partner des WEF und damit klar als Akteur zu erkennen, der die Neue Weltordnung vorantreibt.
Das National Endowment for Democracy, kurz NED, ist ein halbstaatlicher Arm der US-Außenpolitik. Mit Millionensummen des US-Bundeshaushalts wird weltweit in die Innenpolitik von souveränen Staaten eingegriffen - im Namen der Demokratisierung, versteht sich. Selbst Wikipedia vermerkt eine ganze Liste von höchst zweifelhaften Aktionen, die teilweise wie Staatsstreiche anmuten. Personell ist das NED u.a. mit dem Council on Foreign Relations und dem Atlantic Council verbandelt, also mächtigsten, ebenfalls von Kla.TV enttarnten Think Tanks.
Sehen Sie dazu die Sendung "Council on Foreign Relations - Die geheime Weltregierung?".
Diese haarsträubenden Zusammenhänge und Abhängigkeiten werden vom MDR verschwiegen und setzen ein dickes Fragezeichen hinter die Arbeit des Helsinki-Komitees.
Kurzum: Das Helsinki-Komitee ist keine unabhängige Menschenrechtsorganisation, sondern eine NGO am Tropf von Globalstrategen, welche die Neue Weltordnung vorantreiben.
In diesem Licht erscheint die MDR-Reportage nicht wirklich investigativ, sondern vielmehr als Instrument zur Verhetzung von Ungarn und seiner politischen Agenda.
Denn Ungarn geht unter Präsident Viktor Orban schon seit Jahren gerade in der Flüchtlings- und Familienpolitik nicht den Weg, wie ihn die NWO-Globalstrategen propagieren. …
Geschätzte Zuschauer, helfen Sie mit, solche manipulativen Medienberichte auffliegen zu lassen, indem Sie diese Sendung weiterverbreiten!<<

28.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 28. Februar 2024 (x1.365/…):

>>**Studie prophezeit Deutschland Explosion der Insolvenzen noch in diesem Jahr**

Die Prognosen für Deutschland sind düster: Mehr als 20.000 Firmen werden Pleite gehen.

Redaktion

Auf die Unternehmen kommt 2024 nach Einschätzung des Kreditversicherers Allianz Trade weltweit im dritten Jahr in Folge ein massiver Anstieg der Insolvenzen zu. Auch in Deutschland sieht es für Zehntausende Firmen düster aus.
"Dieser Trend gilt - wenn auch verzögert im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern - auch für Deutschland", prognostizieren die Volkswirte der in Hamburg ansässigen Allianz-Tochter. "So werden im Jahr 2024 laut Allianz Trade Insolvenzstudie die anhaltende Wirtschaftsschwäche, strukturelle Herausforderungen und engere Finanzierungsbedingungen voraussichtlich noch mehr deutsche Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten bringen."

Mehr als 20.000 Firmen pleite

Die Anzahl von Insolvenzen bei deutschen Unternehmen dürften demnach 2024 um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zunehmen. "Dieser Anstieg hat bereits insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2023 begonnen", sagte der Allianz-Trade-Chef für den deutschsprachigen Raum, Milo Bogaerts. Hier habe sich die Zahl der Insolvenzen mit einem 25-prozentigen Plus im Vergleich zur zweiten Hälfte des Vorjahres sichtbar beschleunigt, "wobei das Gastgewerbe, der Handel, die Baubranche und B2B-Dienstleistungen wesentlich dazu beitrugen". B2B (business to business) bezeichnet Geschäfte von Firmen untereinander, nicht mit Verbrauchern.
In einer genauen Analyse der Situation in Deutschland, nannte die Allianz-Studie die Politik

der Bundesregierung als Hauptfaktor für den wirtschaftlichen Absturz.
In einer genauen Analyse der Situation in Deutschland, nannte die Allianz-Studie die Politik der Bundesregierung als Hauptfaktor für den wirtschaftlichen Absturz.
Entsprechend dieser Entwicklung erwarten die Analysten von Allianz Trade, daß die Zahl der Firmenpleiten hierzulande 2024 etwa auf 20.260 Fälle steigt. Erst 2025 dürfte sie sich auf einem etwas stabileren Niveau knapp unter 20.000 einpendeln. …
"Dritte Eskalation in Folge"
Weltweit rechnen die Allianz-Trade-Volkswirte mit einem Plus von 9 Prozent bei den Fallzahlen "in diesem Jahr die dritte Eskalation in Folge" im Insolvenzgeschehen. Als entscheidende Faktoren dafür nennen sie geringeres Wachstum, Handelsunterbrechungen und geopolitische Unsicherheiten. Die größten Steigerungen werden in den USA (plus 28 Prozent), Spanien (plus 28 Prozent) und den Niederlanden (plus 31 Prozent) erwartet. "Dieser breit angelegte Anstieg würde dazu führen, daß die Zahl der Insolvenzen im Jahr 2024 in zwei von drei Ländern die Zahl vor der Pandemie übersteigt. Im Jahr 2023 war das noch bei der Hälfte der Länder der Fall", sagt die Chefin der Allianz-Trade-Gruppe, Aylin Somersan Coqui.
Immerhin: Allianz Trade rechnet "nicht mit einem Tsunami von Unternehmensinsolvenzen, wie er nach der großen Finanzkrise zu verzeichnen war, als die weltweiten Insolvenzen 2008 und 2009 um 17 Prozent beziehungsweise 19 Prozent in die Höhe schnellten".<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Handwerkskammer Heilbronn-Franken lädt Bundestagsabgeordnete aus**
Abgeordnete des Deutschen Bundestages werden zu den vielfältigsten Veranstaltungen eingeladen, um auf Mißstände aufmerksam zu machen, um Veränderungen zu bewirken oder um sich ein Bild vom Stand der Wirtschaft im eigenen Wahlkreis zu machen. Der Unternehmer und Bürger bekommt die Möglichkeit, direkt mit seinem gewählten politischen Vertreter zu sprechen und der Politiker wird mit den Auswirkungen der verabschiedeten Gesetze und somit der Realität konfrontiert. Zu beobachten ist, daß der konstruktive Austausch mit Vertretern der Opposition anscheinend nicht mehr gewünscht ist.
Dazu die Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Mitglied im AfD-Bundesvorstand, Dr. Christina Baum:
"Daß die politische Opposition inzwischen unerwünscht für regierungskonforme Vertreter fast aller Institutionen ist, habe ich bei der Ausladung meiner Kollegen von der Berlinale mitbekommen. Jetzt trifft es mich persönlich. Ich wurde von der Handwerkskammer Heilbronn-Franken zu den Betriebsbesuchstagen erst eingeladen, um drei Wochen später wieder ausgeladen zu werden. Hier verstecken sich die Verantwortlichen sogar hinter der Aussage, daß 'die Unternehmen meinen Besuch nicht wünschen'.
Ich erlebe eine zunehmende Ausgrenzung oppositioneller Politiker nicht etwa bei den Bürgern, sondern in den oberen Etagen der Verantwortlichen, die anscheinend Angst um ihren warmen und gut bezahlten Posten haben und unser Land durch ihr feiges Verhalten immer mehr in Richtung eines totalitären Systems umfunktionieren."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Februar 2024: >>**"Geheimtreffen": Gericht verbietet "Correctiv" Falschbehauptung - Lügenportal muß Passage löschen**
Das Landgericht Hamburg hat eine einstweilige Verfügung gegen das linksgrüne Lügenportal "Correctiv" erlassen. Der renommierte Staatsrechtler Ulrich Vosgerau hatte in Bezug auf Teile des am 10. Januar veröffentlichten Lügenartikels "Geheimplan gegen Deutschland" geklagt. Die Pressekammer des Hamburger Landgerichts gab am Dienstag (27. Februar) der Klage teilweise statt und erließ eine einstweilige Verfügung gegen "Correctiv".
Hintergrund: Der Jurist war Teilnehmer des vermeintlichen Potsdamer "Geheimtreffens" im

November 2023, über das seit Wochen auf deutschen Straßen und Plätzen im Rahmen einer politisch durchinszenierten Kampagne gegen die AfD und einer Massenpsychose "gegen rechts" hysterisiert wird.
Vosgerau forderte eine Unterlassung, weil er Zitate aus dem Kontext gerissen sah. "Correctiv" muß eine diesbezügliche Textpassage entfernen.
Im Detail geht es um den Vortrag, den Vosgerau auf dem rein privaten Treffen Ende November 2023 in einem Potsdamer Hotel hielt. Er thematisierte die Schwierigkeiten des deutschen Wahlsystems.
Dazu schrieb das Lügenportal wahrheitswidrig: "Den Vorschlag, man könne vor den kommenden Wahlen ein Musterschreiben entwickeln, um die Rechtmäßigkeit von Wahlen in Zweifel zu ziehen, hält Vosgerau für denkbar: Je mehr mitmachten, stimmt er zu, um so höher die Erfolgswahrscheinlichkeit."
Diese Passage wurde dem linksgrünen Fälscher-Kollektiv gerichtlich. Es war der inhaltliche Kernpunkt auf Klägerseite. "Dies ist prozessual unwahr", heißt es jetzt im Beschlußpapier. Denn Vosgerau habe argumentiert, "daß er sich vielmehr so geäußert habe, daß ein massenweises Vorgehen bei Wahlprüfungsbeschwerden gerade nicht sinnvoll sei und der Erfolg einer Wahlprüfungsbeschwerde nicht davon abhänge, wie oft sie eingereicht werde, sondern davon, wie gut sie begründet sei", betonte die Pressekammer.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Mehr als 20.000 Insolvenzen drohen 2024: Die Ampel ruiniert unser Land!**
Nach zwei Jahren Ampel-Regierung befindet sich unser Land auf einem steil absteigenden Ast - in jeder Hinsicht. Die Berechnungen eines Kreditversicherers zeigen nun, was für eine wirtschaftliche Katastrophe sich gerade abspielt: Die Zahl der Insolvenzen stieg im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 um 25 Prozent gegenüber dem zweiten Halbjahr 2022. Für das Jahr 2024 rechnen die Experten mit mehr als 20.000 Firmenpleiten!
Bekanntlich hat Wirtschaftsminister Habeck ganz eigene, seltsame Vorstellungen über das Thema Insolvenz. Viele Unternehmen würden nicht insolvent werden, sondern "einfach erstmal aufhören zu produzieren", so Habeck. Es wäre zum Lachen - wenn es nicht so traurig wäre für die Menschen, die in diesem Jahr ihre berufliche Existenz verlieren werden und dann auch noch die höhnischen Bemerkungen von Robert Habeck ertragen müssen.
Doch die Schuld trägt nicht allein die Person Habeck! Alle Ampel-Parteien - auch die angeblich marktwirtschaftliche FDP - haben die grüne Energie-Planwirtschaft unterstützt. Sie haben mit dem Atomausstieg die Energiepreise in die Höhe getrieben, sie haben unsere Auto-Industrie ruiniert und mit Lauterbachs Panik-Politik den Mittelstand drangsaliert. Sie haben keine Gelegenheit ausgelassen, um unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen zu schaden. Es ist höchste Zeit für die Notbremse: Die AfD wird die ideologisierte Wirtschaftspolitik der Ampel rückabwickeln und unseren Unternehmen mit Steuersenkungen und Bürokratie-Abbau wieder Luft zum Atmen geben!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Mehr als die Einwohnerzahl Mannheims: 334.000 Asylanträge im Jahr 2023!**
Die Zahlen belegen es unmißverständlich: Wenn es nicht zu einer umfassenden Migrations- und Politikwende mit der Programmatik der AfD kommt, dann werden wir unser Land verlieren. Sage und schreibe 334.000 Asylanträge wurden im vergangenen Jahr in Deutschland gestellt - mehr als die Einwohnerzahl der Stadt Mannheim. Auf unser Land entfallen somit rund ein Drittel der 1,1 Millionen Asylanträge in der EU, der Schweiz und Norwegen. Bei diesen 1,1 Millionen sind allerdings rund 4,4 Millionen Ukraine-Flüchtlinge (von 2022 bis heute) noch nicht eingerechnet!

Anstatt die Grenzen zu schützen und vor allem die finanziellen Anreize zur Migration zu reduzieren, werden sie von der Ampel-Regierung und der CDU erhöht. Mit dem "Chancenaufenthaltsrecht" belohnt die Bundesregierung illegale Einwanderung, während die in Berlin regierende CDU einen Abschiebestopp für illegale Einwanderer beschließt. Rote, grüne, gelbe und schwarze Politiker arbeiten Hand in Hand für Massenmigration und für die Abschaffung unserer Identität und Heimat.
Doch dabei haben sie die Rechnung ohne die AfD gemacht. Nicht ohne Grund stehen wir vor furiosen Wahlsiegen bei der Europawahl und bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Wir wollen sicherstellen, daß niemand in unser Land gelassen wird, der keinen Asylanspruch hat und sich nur für unsere Sozialleistungen interessiert. Mit einer massiven Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer und zahlreichen weiteren Maßnahmen wollen wir für konsequente Abschiebungen sorgen. Es liegt eine Mammut-Aufgabe vor uns. Doch wir sind bereit, diese Aufgabe anzunehmen und allen Widerständen der Medien, etablierten Parteien und Asyl-Lobbyisten zu trotzen!<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Februar 2024:
>>**Freie Energie: Hochfinanz gegen Nikola Tesla**
Von *Federico Bischoff*
In den Archiven schlummern Erfindungen, die Klima-Ideologen genauso wenig gefallen wie den Rohstoffmonopolisten. Eine hochtechnisierte Gesellschaft auf der Grundlage sauberer und preisgünstiger Energie ist keine Utopie. …
Man muß nach Belgrad reisen, um die Schöpfungen eines der größten Erfinder des 20. Jahrhunderts im Museum bestaunen zu können. Nikola Tesla (1856-1943) ist zwar ein Geheimtip unter Technikinteressierten, aber seit ihn Elon Musks Autokonzern im Markennamen führt, kennt ihn auch ein größeres Publikum.
Nur Fachleute wissen jedoch, daß Tesla über 700 Patente angemeldet hat, die nur zu einem kleinen Teil umgesetzt wurden - doch selbst mit diesen wenigen schrieb der Mann Geschichte. Als er 1917 in den USA die Edison-Medaille verliehen bekam, sagte Jury-Präsident Bernard Arthur Behrend den versammelten Konzernmagnaten der Neuen Welt:
"Wollten wir all das, was aus Teslas Werk bisher entstanden ist, wieder aus der Industrie entfernen, würden ihre Räder nicht weiterlaufen, unsere elektrischen Wagen und Züge stillstehen, unsere Städte wären dunkel und unsere Mühlen tot und nutzlos. Ja, so weittragend ist sein Werk, daß es zum Fundament unserer Industrie geworden ist."
Dafür sind die Ausstellungsräume im ersten Stock einer Gründerzeitvilla im Herzen der serbischen Hauptstadt recht bescheiden. Von den Exponaten ist die sogenannte Tesla-Spule am spektakulärsten: Der Motor wird angeschaltet, und die Besucher halten in einigem Abstand eine Neonröhre in der Hand, die plötzlich zu leuchten anfängt, ganz ohne Kabel.
Tesla hat nach seiner Emigration in die USA am Ende des 19. Jahrhunderts größere Spulen gebaut und dann im Umkreis von Kilometern Glühbirnen einfach in die Erde gesteckt, die dann ohne Leitung funktionierten. Das Magazin Geo berichtet:
"Im Jahr darauf (1899) gelingt es ihm, aus einem Labor in der Nähe von Colorado Springs Radiowellen über eine Entfernung von 1.000 Kilometern zu übertragen. 1900 findet Tesla einen Finanzier für den Bau eines futuristischen Funkturms auf Long Island: Von dort möchte er unter anderem hochenergetische Wellen in die oberen Atmosphäreschichten schicken und deren Energie rund um den Globus verteilen. Doch kurz vor der Fertigstellung des ambitionierten Projekts springt der Investor ab: Wenn jedermann weltweit unkontrolliert die Energie aus Long Island anzapfen kann, womit würde sich dann noch Geld verdienen lassen?"
Offenbar wollte die US-Finanzindustrie Tesla bewußt Steine in den Weg legen. Der Serbe realisierte gemeinsam mit dem Energieriesen Westinghouse unter anderem ein gigantisches Stromwerk an den Niagara-Fällen. Doch das Millionenhonorar, das ihm dafür zustand, bekam

er nie, weil der Großbankier J. P. Morgan eine Verleumdungskampagne gegen die Firma startete und diese dadurch zahlungsunfähig wurde.
Als George Westinghouse Tesla die kritische Situation seines Unternehmens deutlich machte, zerriß dieser den von beiden unterschriebenen Vertrag und verzichtete auf seine Rechte an der Verwendung seiner Patente. Damit fehlte ihm das Eigenkapital für die Umsetzung seiner Erfindungen, er blieb immer auf Gönner angewiesen.

Freie Energie

In einer Rede vor dem renommierten American Institute for Electrical Engineers prophezeite Tesla: "Noch bevor viele Generationen vergehen, werden unsere Maschinen von einer Kraft angetrieben werden, die an jedem Punkt des Universums verfügbar sein wird. Überall im Raum befindet sich Energie. ... Somit ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann die Menschheit ihre Maschinerien direkt an das Getriebe der Natur anschließen wird."
Natürlich hielt das Großkapital nichts davon, daß jedermann kostenlos Strom beziehen kann. Tesla wurde kaltgestellt, obwohl er sich mit der Erfindung des bis heute gängigen Wechselstroms gegen den Gleichstromerfinder Thomas Edison durchgesetzt und Geschichte geschrieben hatte.
Und was ist mit dem Auto, das mit freier Energie - nicht mit teuren Elektrobatterien wie beim US-Autobauer seines Namens - fährt, und mit Teslas Laserkanone? Der Ausstellungsführer des eingangs erwähnten Museums sagt uns, alle Forschungsunterlagen seien mittlerweile im Belgrader Archiv.
Oder hält der US-Geheimdienst, der nach dem Tod des Erfinders dessen Wohnung filzte und alles mitnahm, die brisantesten zurück? Ein früherer Museumsdirektor weiß angeblich mehr, schweigt aber bis heute. …<<

Kanada: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Februar 2024 (x1.361/…): >>**4770.000 Euro und lebenslange Haft: Trudeau will drakonische Strafen für "Online-Haß " durchsetzen**

Die kanadische Regierung möchte mit voller Härte gegen Haßkriminalität im Netz vorgehen. In einem neuen Gesetzesentwurf ist von Geldstrafen bis zu 70.000 Euro und sogar von lebenslangen Haftstrafen die Rede.

Von *Redaktion*

Die kanadische Regierung um Ministerpräsident Justin Trudeau möchte Haßrede im Netz mit Geldstrafen von 70.000 Euro belegen oder sogar mit lebenslanger Haft bestrafen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf stellten die Politiker am Montag vor. Der "Online Harms Act" (Gesetz für Verletzungen im Internet) kriminalisiert in groben Zügen Inhalte, die zu gewalttätigem Extremismus oder Terrorismus aufrufen, Gewalt fördern oder Haß schüren.
Der Entwurf sieht zudem die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für "Haßkriminalität" vor, der eine lebenslange Freiheitsstrafe zur Folge haben kann. So könnte die Befürwortung von Völkermord mit lebenslänglicher Haft statt der bislang üblichen fünf Jahre bestraft, andere Haßpropagandadelikte mit fünf statt zwei Jahren geahndet werden. Zudem müssen alle betreffenden Inhalte unwiderruflich gelöscht werden.
"Haßkriminalität" wird in dem Gesetzesentwurf wie folgt definiert: "Inhalte, die die Verachtung oder Verunglimpfung einer Person oder einer Gruppe von Personen aufgrund eines verbotenen Diskriminierungsgrundes im Sinne des kanadischen Menschenrechtsgesetzes zum Ausdruck bringen." Was wiederum ein verbotener Diskriminierungsgrund ist, erläutert die Regierung nicht. Weil sich eine Person beleidigt oder gedemütigt fühlt, sei aber noch kein Straftatbestand erfüllt, erläutert der Entwurf.

"Misgendern" als Haßverbrechen?

Allerdings wird jeder kanadische Staatsbürger die Möglichkeit haben, Beschwerden einzureichen und ein Formular auszufüllen, um Personen zu melden, die andere wegen Geschlecht,

Rasse oder einer Behinderung diskriminieren. Eine solche Beschwerde wird bei rechtlicher Gültigkeit vor dem kanadischen Menschenrechtstribunal entschieden - dort kann eine Geldstrafe von bis zu 70.000 US-Dollar (etwa 65.000 Euro) verhängt werden, von denen das Opfer 20.000 Dollar (18.000 Euro) erhält. Der Rest des Strafgeldes geht an die Regierung.
Um den neuen Gesetzesentwurf durchzusetzen, möchte die kanadische Regierung eine begleitende Organisation einsetzen. Dieses Gremium setzt sich aus drei bereits bestehenden Behörden zusammen und soll die Durchsetzung der Regeln für schädliche Online-Inhalte, Kinderpornographie und Deepfakes kontrollieren. Welche Aussagen konkret in die Kategorien der Haßverbrechen fallen, ist derzeit nicht bekannt. Interessant wäre, ob beispielsweise auch das "Misgendern" von Transpersonen in diese Kategorie fallen könnte.
Kanada war in der Vergangenheit in dieser Hinsicht mit sehr strenger Rechtssprechung aufgefallen. 2021 beispielsweise wurde die sich selbst als non-binär bezeichnende Jessie Nelson in einem Restaurant mit "falschen" Pronomen angesprochen und zog daraufhin vor Gericht. Das Menschenrechtstribunal sprach den Täter schuldig, weil er durch sein Handeln die Menschenwürde von Nelson verletzt habe und verhängte eine Strafe von 30.000 Dollar.<<
Australien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Februar 2024 (x1.361/…): >>**Oberstes Gericht entscheidet: Impfpflicht war unrechtmäßig und verletzte Menschenrechte**
Während der Corona-Pandemie erließ der australische Bundesstaat Queensland eine Impfpflicht für Rettungsdienstler und Polizisten. Diese Anordnung wurde jetzt vom obersten Gericht des Staates kassiert - sie war menschenrechtswidrig.
Max Roland
Das oberste Gericht in Australiens Bundesstaat Queensland hat festgestellt, daß die Corona-Impfpflichten für die Polizei und Rettungsdienst im Bundesstaat rechtswidrig waren. Das Gericht verkündete am Dienstag seine Urteile in drei Verfahren, die von 86 Klägern gegen die Polizei und den Rettungsdienst von Queensland angestrengt worden waren.
Die Impfpflichten in Queensland verlangten von den Beschäftigten in Polizei und Rettungsdienst, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen und Auffrischungsimpfungen zu erhalten, andernfalls drohten Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Das Gericht befand, daß die Polizeipräsidentin, Katarina Carroll, bei der Entscheidung die Menschenrechte nicht angemessen berücksichtigt hatte.
Das Gesundheitsministerium konnte außerdem die arbeitsrechtliche Rechtmäßigkeit einer Impfpflicht-Klausel nicht nachweisen.
Der leitende Richter Glenn Martin erklärte, daß die Polizei und die Rettungsdienste versucht hätten, ihre Mitarbeiter vor Infektionen, schweren Krankheiten und lebensverändernden gesundheitlichen Folgen zu bewahren. "Die Abwägung zwischen der Bedeutung des Zwecks der Einschränkung und der Bedeutung der Wahrung des Menschenrechts ... wird durch die Tatsache erschwert, daß diese Anweisungen in einer Situation gegeben wurden, die in jeder Hinsicht ein Notstand war", sagte er.
Dennoch erkennt er an, daß die Staatsregierung Absatz 58 des australischen Menschenrechtsgesetzes verletzt habe. Dieser besagt, daß alle Vertreter des Staates die Menschenrechte angemessen berücksichtigen müssen, bevor sie eine Entscheidung treffen, und daß ihre Handlungen immer mit den Menschenrechten vereinbar sein müssen. In seiner Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, daß die Polizeipräsidentin diesen Abschnitt des Gesetzes nicht einhielt - obwohl ihr eine entsprechend ausgefallene Bewertung der Vereinbarkeit mit den Menschenrechten vorlag. Daher erklärte das Gericht die Anweisungen für rechtswidrig.
Der australische Milliardär Clive Palmer hatte die Klagebemühungen mit viel Geld unterstützt. Insgesamt soll der Bergbau-Mogul zwischen 2,5 und drei Millionen Dollar in den Fall gesteckt haben. Er lobte die Entscheidung als globalen Präzedenzfall: "Wir können heute fei-

ern, denn dies ist der erste Präzedenzfall in der westlichen Welt, in der ein Gericht eine Verletzung der Menschenrechte festgestellt hat", sagte Palmer nach dem Gerichtsurteil. Palmer sagte, er sei "gerne bereit", auch künftige Klagen finanziell zu unterstützen.<<

29.02.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.365/…):

>>**Die respektloseste Debatte des Jahres: Jetzt wollen sie Opa aus dem Haus werfen, weil er Wohnraum blockiert …**

Viel zu viel Platz, Opa muß raus.

Birgit Kelle

Noch vor vier Wochen war Remigration das Unwort der Nation, jetzt ist die Umsiedlung größerer deutscher Bevölkerungsteile selbst bei der Süddeutschen Zeitung plötzlich salonfähig.

Nur, daß man bei den Kollegen in München nicht eingewanderte Straftäter ins Ausland, sondern Oma und Opa aus ihrem Eigenheim vertreiben will, das sie vorher mit versteuertem Einkommen abbezahlt haben. Es sei höchste Zeit für ein paar Umzüge, heißt es bei der SZ und hält Statistiken bereit, wonach skandalöser Weise ältere Menschen oft alleine auf zu vielen Quadratmetern, mit zu vielen Zimmern - oder gar in einem Einfamilienhaus leben. Das wiederum ist asozial gegenüber jungen Familien, die diesen Wohnraum viel dringender brauchen und außerdem schädlich für das Klima, wenn das alles auch noch beheizt wird.

Ja genau, was beanspruchen diese alten Leute auch so viel Platz für sich allein, wo doch so viele junge Menschen auf Wohnungssuche sind, in engen Verhältnissen hausen und diese schönen Eigenheime doch viel dringender brauchen als so eine alte Witwe mit ihrem Rollator? Ganz zu schweigen davon, mit wie vielen Ehefrauen und Kindern der arme Geflüchtete Mohammed untergebracht werden könnte, würden diese störrischen Alten endlich einsehen, daß es asozial ist, in ihrem Häuschen zu bleiben, anstatt in ein praktisches Zwei-Raum-Altenheim-Silo umzuziehen.

Nun ist der Slogan "Wir haben Platz" zwar ein geflügeltes Wort jeder Antirassismus-Demo, um jeden Weltbürger zum dauerhaften Wohnsitz nach Deutschland einzuladen. So viel Platz scheint dann allerdings doch nicht da zu sein, jedenfalls nicht im Warmen, wenn der Wohnraum nicht einmal für jene reicht, die frei nach Angela Merkel "schon länger da sind". Es muß also Platz geschaffen werden und als Erstes sollen Oma und Opa aus dem Weg geräumt werden.

Das Rentner-Bashing hat Tradition

Nun hat das Rentner-Bashing im medial linksorientierten und umweltbewegten Teil der Medienlandschaft inzwischen eine lange Tradition. Bereits im Jahr 2020 erfreute der WDR-Kinderchor auf Kosten der Zwangsgebührenzahler das alternde Publikum von ARD und ZDF mit dem adretten eingesungenen Lied "Oma ist 'ne alte Umweltsau", bei dem Oma im Liedtext nicht nur im Hühnerstall Motorrad fuhr, sondern auch als Umweltsau zehnmal im Jahr auf Kreuzfahrt ging, Discounterbilligfleisch verzehrte und mit ihrem SUV die armen Opas samt Rollatoren überfuhr. Ha ha, lustig.

Der alte weiße Mann hat ja bekanntlich sowieso Schuld am Klimawandel und der Ressourcenverschwendung der Erde, jetzt ist aber auch seine Frau mit am Pranger, wenn sie als Witwe ihr Eigenheim beheizt, wo doch drei Kubikmeter warme Atemluft auch reichen würden, um sie am Leben zu erhalten.

So respektlos und dreist, wie man bei der Süddeutschen Zeitung die junge Generation auf die Alten hetzt, habe ich es aber noch nie medial formuliert gefunden, gleichzeitig scheint das Thema "die Alten verbrauchen zu viele Ressourcen und auch zu viel Wohnraum" in der wattebauschgepuderten Klimaretter-Generation Z ein echter Dauerbrenner.

Bereits vor einer ganzen Weile berichteten mir Bekannte von der Ansprache ihrer eigenen Kinder, die nach Rückkehr von einem entsprechend progressiven Seminar in der Hauptstadt

den eigenen Eltern wortreich erklärten, warum es moralisch nicht mehr lange vertretbar sei, daß sie in dem hübschen Architektenhaus, in dem sie ihre Kinder großzogen, noch lange wohnen bleiben, schließlich sei das aus Klimagründen eine unglaubliche Verschwendung von Energiekosten und eine unfaire Beanspruchung von Wohnraum.
Merke: Das Elternhaus ist klasse, solange man selbst dort mit eigenem Zimmer, Garten und Pool groß werden darf. Man läßt sich auch von Oma und Opa zu allen Feiertagen gerne ein paar Scheine zustecken, den Führerschein finanzieren oder gleich das Studium, um dann dieselben Menschen, die mit harter Arbeit, vernünftigem Wirtschaften und Verantwortungsbewußtsein für ihre Nachkommen ein abbezahltes Eigenheim als Alterssicherung geschaffen haben, mit moralisch erhobenem Zeigefinger als Umweltsünder und Sozialschmarotzer aus genau diesem Haus zu vertreiben.

Der renitente Alte ist der neue soziale Gefährder

Die Redakteure der Süddeutschen schlagen nun genau in dieselbe Kerbe und machen auch gleich das ganz große Faß auf. Wir lesen, daß Rentner so viel Wohnraum für sich beanspruchen, sei eine gesamtgesellschaftliche Katastrophe und werfe außerdem die ethisch-moralische Frage auf:
"Darf eine Bevölkerungsgruppe so leben, wie sie will, auch wenn sie damit einer anderen schadet?" Aber auch, was der Staat tun dürfe, um dieses Ungleichverhältnis zu ändern? Der Rentner als Sozialschädling, gegen den der Staat doch vorgehen muß.
Wo kommen wir denn da hin, wenn alle leben, wie sie wollen oder gar, wo sie wollen? Wieso haben die überhaupt Immobilienbesitz und teilen das nicht sozial auf? Wieso verzichten die Rentner nicht? Wenig überraschend kommt man dann zum Ergebnis, ich zitiere nochmal: "Da schadet eine Bevölkerungsgruppe der anderen ganz massiv. In ihrer Entfaltung, in ihrer Entwicklung, im Zusammenleben.
Die radikal einfache Lösung: Opa muß umziehen." Dazu hat man sich bei der Süddeutschen auch ein paar Anreize ausgedacht, wie man den Widerstand renitenter Alter brechen kann, indem man etwa eine "Alleinwohnsteuer" einführt für jene, die es wagen auf zu vielen Quadratmetern alleine zu wohnen, anstatt sich nur in ihrem staatlich genehmigten Planquadrat zu bewegen.
Nun bin ich ja nur Laie in Sachen nationaler Wohnraumplanung. Aber wäre es nicht ein ganz revolutionärer Gedanke, angesichts von Wohnungsnot einfach Wohnungen und Häuser zu bauen, anstatt Menschen aus großen Wohnungen in (nicht existente) kleine Wohnungen zu vertreiben und sie als Zugabe auch noch für die Schaffung von Immobilieneigentum zu beleidigen?
Stattdessen wird der Rentner, der an seinem wohlverdienten Lebensabend einfach nur friedlich in seinem selbstgebauten, selbst bezahlten Haus leben und nicht umziehen will, zum Sozialschädling erklärt. Auch so kann man Menschen stigmatisieren und enteignen, indem man sie zu gesellschaftlichen Gefährdern macht, wenn sie ihre einzige Alterssicherung und ihre selbst geschaffene Lebensleistung auch wirklich nutzen.
Dieselbe Generation, der man gerade ihr Eigenheim vorwirft, wird zudem von der Generation ihrer Enkelkinder permanent dafür beschimpft, daß sie vorhat, ihnen ein Vermögen oder das Haus zu vererben, weil in ihrer Denkschule auch das Weiterreichen von Familienvermögen ein asozialer Vorteil ist, der nur die Schere zwischen Arm und Reich vergrößere.
Was man im intellektuell niederschwelligen Teil mancher Redaktionen und Seminare offenbar noch nicht verstanden hat ist, daß eine Gesellschaft, in der es sich nicht mehr lohnt, Immobilien und sonstige Vermögenswerte anzustreben, weil man im Alter sowieso durch Steuern dafür abgestraft oder alternativ zum Umzug in eine Altersabstellkammer genötigt wird, nicht etwa zu mehr Gerechtigkeit zwischen der jungen und alten Generation führt, sondern dazu, daß niemand mehr in Immobilien als Alterssicherung investiert und die Wohnungsnot in

ein paar Jahrzehnten noch größer wäre.
Schöner sterben
Jetzt fehlt nur noch der Artikel, in dem schon mal moralisch unterfüttert die Frage gestellt wird, ob es nicht überhaupt asozial ist, als alter, nutzloser Mensch den Jungen, der Solidargemeinschaft und den Krankenkassen immer noch auf der Tasche zu liegen, anstatt direkt in einen Sarg umzuziehen. Die Berechnungen der Krankenkassen liegen doch längst vor, daß ein Mensch im letzten Drittel seines Lebens mehr kostet, als sein gesamtes Leben zuvor und angesichts der fehlenden Pflegeplätze und Krankenhausbetten ist eine Triage zugunsten von jungen produktiven Menschen doch nun wirklich einen Gedanken wert, oder nicht?
Bestimmt kann irgendein Ökoinstitut noch die CO2-Menge ausrechnen, die so ein alter Mensch pro Jahr ausstößt, vor allem wenn er dazu noch SUV fährt, Fleisch ißt und auf Kreuzfahrtschiffen flaniert. Unverantwortlich, diese alten Umweltsäue.
Es fehlt also nur noch eine auf Ideologie getrimmte Legalisierung der Sterbehilfe, damit das sozialverträgliche Frühableben auch umgesetzt werden kann, wenn man die einsamen alten Witwen überzeugt hat, daß es doch auch für sie kein Leben mehr ist, so allein in einem trostlosen Zimmer der Altenpflegeanlage. Nennen wir es einfach ein Schöner-Sterben-Gesetz, das klingt ja auch besser als "Die Oma muß weg."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.362/…): >>**Deutschland: Industrie fährt Produktion herunter**
Rot-Grüne Politik und die Folgen: Die deutsche Industrie hat zum Jahresende einen deutlichen Produktionsrückgang verzeichnet. Besonders betroffen: Chemiebranche. Jüngstes Opfer: Thyssen-Krupp plant Verkleinerung der Stahlsparte, 5.000 Jobs weg.
Die deutschen Unternehmen haben ihre Produktion im Dezember überraschend stark heruntergefahren. Industrie, Bau und Energieversorger stellten zusammen 1,6 Prozent weniger her als im Vormonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.
Das ist nicht nur der vierte Rückgang in Folge, sondern zugleich der stärkste seit März 2023. Besonders die Chemiebranche drosselte ihre Produktion herunter: Hier gab es ein kräftiges Minus von 7,6 Prozent. Damit sank die Produktion in der chemischen Industrie 2023 insgesamt auf den niedrigsten Wert seit 1995.
Die energieintensiven Industriezweige, zu denen neben der Chemie unter anderem die Bereiche Glas, Glaswaren und Keramik sowie Metallerzeugung und -bearbeitung gehören, stellten im Dezember 5,8 Prozent weniger her als im Vormonat.
Thyssen-Krupp plant Verkleinerung der Stahlsparte – 5.000 Jobs weg
Der Industriekonzern Thyssen-Krupp bereitet drastische Veränderungen für seine Stahltochter vor. Der Vorstand von Thyssen-Krupp Steel arbeitet an einem Konzept für die künftige Aufstellung der Einheit mit 27.000 Beschäftigten.
Es soll Mitte April vorgelegt werden. Der Plan sieht eine Schließung von mindestens einem Hochofen und zwei Walzwerken am Standort in Duisburg vor, wie das Handelsblatt aus Unternehmenskreisen erfahren hat.
Die Planungen beinhalten derzeit einen Rückbau auf etwa acht bis neun Millionen Tonnen Produktionskapazität, berichteten mehrere mit dem Thema vertraute Personen. Firmenintern läuft das Programm unter dem Namen "Stream".
Mit den Einschnitten könnten nach diesen Plänen mindestens 5.000 Arbeitsplätze überflüssig werden, hieß es von Insidern. Der Konzern wollte sich auf Anfrage nicht zu dem Vorgang äußern.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 29. Februar 2024 (x1.363/…): >>**Juristen kritisieren politische Einflußnahme**
Staatsanwaltschaften unterliegen Weisungen der Justizminister / Reformen trotz UN-Kritik noch nicht umgesetzt

Juristen haben die massive Beeinflussung der deutschen Justiz durch Politiker und hohe Beamte kritisiert. "Eine politische Einflußnahme findet bereits statt", erklärte die Anwältin und Lehrbeauftragte der Hochschule Mainz, Jessica Hamed, in einem Essay für das Magazin "Cicero". (22. Februar) Hohe Richterstellen würden "politisch besetzt". Justizminister können den ihnen unterstellten Staatsanwaltschaften direkte Weisungen erteilen. Dadurch werde das Vertrauen der Bürger in die Justiz "erheblich beeinträchtigt", warnte Hamed.
Die Berliner Generalstaatsanwältin Margarete Koppers hatte Anfang Januar 2024 bereits die Abschaffung des Weisungsrechts der Justizminister gefordert. Dies würde eine "Entpolitisierung der Strafverfolgungsbehörden" darstellen und Ansehen sowie Glaubwürdigkeit der Staatsanwaltschaften erhöhen, sagte sie der Deutschen Presseagentur. Justizminister würden zwar oft erklären, das Weisungsrecht nicht auszuüben. Dies sei jedoch nicht glaubhaft, sagte Koppers. "Denn dann könnten sie es auch abschaffen." Die gleiche Forderung hatte kurz zuvor schon der Deutsche Richterbund erhoben. Das Weisungsrecht erschüttere "das Vertrauen in eine objektive Strafverfolgung", so die Richter.
Justizminister von Bund und Ländern sowie hohe Beamte dürfen Staatsanwaltschaften laut den Paragraphen 146 und 147 Gerichtsverfassungsgesetz Weisungen erteilen - eine Befugnis die noch auf die Kaiserzeit zurückgeht. Derartige Einmischungen habe Jessica Hamed in einem ihrer Strafverfahren mit Corona-Bezug selbst erlebt, erklärte sie im Cicero-Beitrag. Zwar könnten Staatsanwälte rechtswidrige Weisungen ihrer Vorgesetzten beanstanden. Doch damit mache man sich unbeliebt. "Wer Karriere machen will, schwimmt dem Strom nicht entgegen", erläuterte die Rechtsanwältin.
Auch hochrangige Richterposten würden in Deutschland nach politischen Kriterien besetzt, kritisierte Hamed. Die Mainzer Hochschuldozentin führte die Ernennung des SPD-Politikers Lars Brocker zum Präsidenten des rheinland-pfälzischen Oberverwaltungsgerichts und des Verfassungsgerichtshofs als Beispiel an. Zudem entstünden oder wirkten in der Richterausbildung, ebenso wie beim Status des "Proberichters" und bei der Abordnung von Richter an Ministerien immer wieder politische Abhängigkeitsverhältnisse. Ab einer bestimmten Besoldungsgruppe gehe "fast nichts mehr ohne parteipolitische Hintergrundmusik", zitiert sie den ehemaligen Vorsitzenden des Bundesgerichtshofs Thomas Fischer.
Bestimmte Maßnahmen "im Rahmen der allgemeinen Dienstaufsicht" erweckten ebenfalls den Eindruck, "politisch motiviert zu sein", schreibt Hamed. Als Beispiel nennt sie die mit Cum-Ex-Ermittlungen betraute Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker. In deren Fall habe der nordrhein-westfälische Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) im Herbst 2023 versucht, ihre Abteilung personell zu halbieren und ein weiteres Team mit den Untersuchungen zu betrauen.
Weiter führt Hamed die Entlassung von Generalbundesanwalt Harald Range im Jahr 2015 an. Nachdem dieser öffentlich Einflußnahme auf seine Ermittlungen beanstandet hatte, erwirkte Justizminister Heiko Maas (SPD) Ranges Entlassung.
Der UN-Menschenrechtsausschuß kritisierte 2021, daß "die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft von der Exekutive" in Deutschland weder "gesetzlich noch in der Praxis gewährleistet ist". 2019 entschied der Europäische Gerichtshof, daß deutsche Staatsanwaltschaften aus diesem Grund keinen europäischen Haftbefehl ausstellen dürfen. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung ist vereinbart, das Weisungsrecht "entsprechend den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs" anzupassen. Auf Nachfrage von Multipolar teilt eine Sprecherin des Justizministeriums mit, die Prüfungen "zum weiteren Vorgehen in dieser Sache" dauerten "noch an".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Mehr als 1.000 Jobs in Gefahr - Auto-Innenausstatter Eissmann insolvent**
Am Mittwoch reichten die Eissmann Automotive Deutschland GmbH und ihre deutschen Tochtergesellschaften einen Insolvenzantrag ein. Mehr als 1.000 Jobs stehen jetzt in deut-

schen Standorten auf dem Spiel.
Henry Albrecht
Am Mittwoch haben die Eissmann Automotive Deutschland GmbH und ihre deutschen Tochtergesellschaften einen Insolvenzantrag beim Amtsgericht Tübingen eingereicht. Das Unternehmen beschäftigt weltweit rund 5.000 Mitarbeiter an 17 Standorten, wovon etwa 1.000 in Deutschland tätig sind. Der Hauptgrund hierfür liegt vor allem in der Umstellung der Automobilproduktion auf Elektromobilität. Dieser Wandel erfordert weniger Arbeitskräfte, da Elektroautos aus weniger Bauteilen bestehen als die traditionellen Verbrennungsmotoren.
Nebenbei schwingen noch andere Faktoren mit. Das Unternehmen gibt an, daß trotz durchgeführter Sanierungsmaßnahmen in den letzten Monaten die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession nicht ausreichend kompensiert werden konnten. Dazu kommen steigende Energie- und Materialkosten.
Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die Eissmann Group Automotive einen Umsatz von rund 367 Millionen Euro. Die Finanzierung basierte unter anderem auf einem im Juli 2020 unterzeichneten Konsortialkredit über ursprünglich 120 Millionen Euro.
Große Hersteller geben ihre Sparvorgaben oft an Zulieferer weiter, was zu einem verstärkten Druck für die Unternehmen führt. Eissmann befand sich bereits vor der Insolvenzanmeldung in einer wirtschaftlichen Krise. Die Sanierungsmaßnahmen der letzten Monate konnten die Rezessionseffekte und steigende Kosten nicht ausreichend kompensieren. Zudem erschwerten Probleme in ausländischen Werken die Geschäftslage zusätzlich.
Die 1964 gegründete Firma ist bekannt für ihre Produkte, die in den Innenräumen zahlreicher Automodelle zu finden sind. Hierzu zählen Verkleidungskomponenten wie Mittelkonsolen, Instrumententafeln, Armauflagen, Türverkleidungen, Sitzrückenschalen, Driver Airbags, Schaltgriffe und Wählhebel sowie komplette Verkleidungssysteme. Die Eissmann Group Automotive gilt als ein Schwergewicht im Innenausstattungssegment und arbeitet mit nahezu allen namhaften Automobilherstellern und -zulieferern zusammen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.360/…): >>**SPD-Bürgermeister verwehrt AfD-Abgeordneten die Teilnahme**
Der Mühlhausener Oberbürgermeister Bruns (SPD) hat aktuell am 28.2.2024 eine Gesprächsrunde anlässlich der Wanderausstellung des Bundestages zwischen Schülern und dem AfD-Bundestagsabgeordneten Klaus Stöber in einer öffentlichen Bibliothek unterbrochen. Stöber war offiziell als Mandatsträger von der Bundestagsverwaltung für den Termin angemeldet. Dennoch verwehrte der Oberbürgermeister dem Abgeordneten nicht nur ohne Angabe von Gründen die Fortführung der Informationsveranstaltung, sondern zwang ihn dazu, die Bibliothek zu verlassen.
Klaus Stöber teilt dazu mit:
"Wer sein Amt dazu mißbraucht, einen legitim vom Volk direkt gewählten Abgeordneten an der Teilnahme einer offiziellen Veranstaltung zu hindern und ihn zwingt eine öffentliche Einrichtung zu verlassen, hat längst den Grundkonsens einer freiheitlich demokratischen Grundordnung verlassen. Diese diffamierenden Verhaltensweisen und demokratieverachtenden Machtspiele zulasten der Meinungsvielfalt sind entlarvend für Vertreter der Altparteien und müssen endlich gestoppt werden."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Februar 2024: >>**Lügenportal "Correctiv": Kläger Vosgerau geht in die nächste Instanz!**
Die bekanntermaßen linksgrün-gewogen urteilende Pressekammer des Landgerichts Hamburg hat dem Antrag des Staatsrechtlers Ulrich Vosgerau auf einstweilige Unterlassungsverfügung gegen das Lügenportal "Correctiv" zwar in einem wichtigen Punkt stattgegeben, in anderen Teilen aber nicht. Dagegen will der Kläger, der an dem seit Wochen die Schlagzeilen beherr-

schenden privaten Treffen im November 2023 in Potsdam teilgenommen hatte, jetzt vor das Oberlandesgericht ziehen.
Nach Angaben des Landgerichts Hamburg müssen die "Correctiv-Fälscher" nur eine bestimmte Passage betreffend Äußerungen Vosgeraus zur Briefwahl-Problematik aus ihrem Fake News-Machwerk "Geheimplan gegen Deutschland" abändern (Az: 324 O 61/24). Andere Klarstellungsbegehren Vosgeraus wies das Landgericht ab. Dazu zählt, ob, durch wen und in welchem Umfang die in dem Artikel thematisierte Frage der "Remigration" von Menschen mit Migrationshintergrund, die einen Aufenthaltsstatus oder die deutsche Staatsbürgerschaft haben, auf der Veranstaltung in Potsdam diskutiert wurde.
Vosgerau will den Beschluß des Landgerichts insoweit nicht akzeptieren. Auf seinem X-Kanal kündigte der renommierte Jurist eine Fortsetzung der juristischen Auseinandersetzung "vor dem Oberlandesgericht" an.<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Anwältin über erfolgreiche Klage: "Von der Correctiv-Recherche ist nichts übrig geblieben"**
Rechtsanwältin Heinisch war zu Gast beim Stimmt! - Talk.
Redaktion
Das Recherche-Netzwerk Correctiv mußte vor dem Landgericht Hamburg eine Niederlage einstecken. Im Januar hatte es einen Text über ein angebliches "Geheimtreffen" in Potsdam veröffentlicht, bei dem auch Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau anwesend war. Dieser klagte nun und bekam teilweise recht.
Gericht untersagt Falschbehauptung
In der Correctiv-Geschichte, die insinuierte, eine kleine Gruppe Politiker und Unternehmer planten einen rechten Umsturz, wurden Vosgerau folgende Worte in den Mund gelegt: "Man könne vor den kommenden Wahlen ein Musterschreiben entwickeln, um die Rechtmäßigkeit von Wahlen in Zweifel zu ziehen. Je mehr mitmachten, um so höher die Erfolgswahrscheinlichkeit."
Das Gericht untersagte diese Stellen als Falschbehauptung. Gegenüber NIUS nennt Vosgerau das Ergebnis einen "Riesenerfolg." Correctiv sei zum ersten Mal dazu gezwungen worden, zuzugeben, statt Tatsachenbehauptungen lediglich Bewertungen vorgenommen zu haben, so der Staatsrechtler. Sieben Teilnehmer des Treffens gaben eine eidesstattliche Versicherung ab.
Meinung und Tatsachen müßten auseinander gehalten werden
Rechtsanwältin Annette Heinisch ist erfreut über den Vorstoß Vosgeraus. "Tatsache und Meinung können viele Leute nicht auseinanderhalten", sagt sie im Nachrichten-Talk "Stimmt!". Umso wichtiger sei ein solches Urteil, das Klarheit schafft. "Der Jurist sagt immer, die Tatsache ist das, was ich beweisen kann. Also, hier steht ein Tisch". Ob jemand diesen Tisch nun schön oder häßlich findet, sei eine Meinung.
"Aber in dem Zwischenbereich gibt es noch wertende, unterstellende Aussagen", erklärt die Rechtsanwältin im NIUS-Talk. "Grundsätzlich ist es so, daß die Pressekammer der Presse relativ freien Raum läßt. Vor dem grundrechtlichen Hintergrund." Das schätze Heinisch. "Wir sehen aber, daß immer mehr Unsinn geschrieben wird, auch verleumderischer Unsinn". Für jemanden wie Vosgerau könnten sich die Falschaussagen auch geschäftsschädigend auswirken. "Meiner Meinung nach müßten sie hier nochmal das ganze Recht justieren. Was ist der Presse eigentlich an Verleumdungen und Unterstellungen erlaubt?"
Die Klage habe sich definitiv gelohnt, findet Heinisch, denn "es ist von der Correctiv-Recherche nichts übrig geblieben".<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.360/…): >>**IHK beklagt Schul-Niveau: AfD-Antrag soll Bildungsverfall stoppen**

Nach dem Pisa-Schock sieht die Leipziger IHK ihre schlechten Erfahrungen mit Schulabgängern bestätigt. Laut LVZ stellten 59 Prozent der Leipziger Unternehmen letztes Jahr keine Lehrlinge ein, weil die Bildung der Bewerber zu schlecht war. 80 Prozent der Unternehmen, die dennoch Schulabgänger ausbilden, müssen Nachhilfe-Unterricht anbieten, um die Defizite selbst auszugleichen.
Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:
"Wir kritisieren den Niedergang der sächsischen Bildung unter CDU-Regie schon lange. So hat CDU-Kultusminister Christian Piwarz bewußt Stunden in Mathematik und Deutsch gestrichen, um mehr Politikunterricht an den Schulen installieren zu können. Diese falschen Prioritäten wollen wir ändern.
Deshalb wird die AfD-Fraktion im März-Plenum den Antrag stellen: 'Bildungsverfall stoppen - Ausbildungsreife für unsere Fachkräfte von morgen sicherstellen'. Wir fordern, die Kernfächer Deutsch und Mathematik deutlich aufzuwerten. Zusätzlich sollen naturwissenschaftliche Fächer gestärkt werden. Auch Wirtschaft muß eine größere Rolle spielen. Für die spätere Ausbildung sollten frühzeitige Praxismodule den Schülern eine bessere Berufsorientierung ermöglichen."<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.365/…):
>>**Lamy von Asiaten übernommen: Füller-Hersteller wird japanisch**
Redaktion
Die Mitsubishi Pencil Company aus Japan übernimmt den Heidelberger Schreibgeräteherstellers Lamy.
In einem aufwendigen Prozeß habe die Eigentümerfamilie nach einem Käufer gesucht, teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Der Prozeß werde nun mit dem Verkauf aller Anteile am Unternehmen erfolgreich beendet. Zum Verkaufspreis machte eine Lamy-Sprecherin auf Anfrage keine Angaben.
Fast jeder Deutsche kennt die Füller von Lamy
Lamy habe nach einem starken Partner für die Weiterentwicklung des Wachstumsfeldes im digitalen Schreiben und den Ausbau des internationalen Vertriebs gesucht, hieß es weiter.
Das im Jahr 1930 gegründete Familienunternehmen gehört zu den führenden Designmarken im Schreibgerätebereich. Es beschäftigt nach eigenen Angaben mehr als 340 Menschen und ist in über 80 Ländern mit Verkaufsstellen vertreten. Lamy wurde zuletzt in dritter Generation geführt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.361/…):
>>**Nächste Panne: Fregatte Hessen droht Munitionsmangel - Regierung wußte wohl von Engpässen**
Nachdem die Fregatte "Hessen" am Montag versehentlich eine verbündete Drohne angegriffen hatte, folgt jetzt die nächste Hiobsbotschaft: Dem Schiff droht ein Munitionsmangel, weil die "industriellen Kapazitäten" zur Herstellung der Geschosse nicht gegeben seien - die Regierung wußte wohl bereits vor der Entsendung um dieses Detail.
Von *Redaktion*
Nachdem die deutsche Fregatte "Hessen" am Montag im Roten Meer auf eine verbündete US-Drohne gefeuert hatte, scheint dem Marineschiff jetzt die Munition auszugehen. Nach dem erfolglosen Doppelbeschuß der US-Drohne folgt jetzt die nächste Panne der Deutschen Marine.
Eigentlich soll die deutsche Fregatte Handelsschiffe im Roten Meer vor Angriffen der Huthi-Rebellen schützen und so eine der wichtigsten Handelsrouten nach Europa sichern. Diese Mission könnte jetzt an einem Munitionsproblem scheitern. Die benötigten Geschosse können nicht nachgeliefert werden, weil es "die entsprechende industrielle Kapazität nicht mehr gibt", monierte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Florian

Hahn, in der Welt.
Die Besatzung sieht sich im Roten Meer einer konstanten Bedrohung durch Raketen der Huthis ausgesetzt. Geht dem Schiff wegen der Angriffe die Munition aus, könnte die Marine schutzlos sein und müßte abgezogen werden. CSU-Politiker Hahn kritisiert, die Ampelregierung habe monatelang verschwiegen, daß es Probleme mit der Fregattenklasse 124 gibt, das Parlament habe bei der Abstimmung zur Entsendung der "Hessen" also nicht um die Munitionsprobleme der Marine gewußt.
Neben den irrtümlichen Angriffen auf eine US-Drohne hatte die Fregatte auch erstmals Angriffe der Huthi-Terrormilz abgewehrt. Nach Angaben der Bundeswehr wurden zwei Drohnen abgeschossen, ob die Flugkörper die Fregatte attackieren wollten, ist bislang unbekannt. Die 240 Soldaten, die auf der "Hessen" operieren, sind seit vergangenem Freitag im Rahmen der EU-Marinemission "Aspides" im Einsatz.
Die Fregatte "Hessen" war für die multilaterale Schutzmission der EU vom Bundestag entsendet worden, obwohl Marineinspekteur Jan Christian Kaack bereits im Januar die Lieferwege der Marinemunition bemängelte und große Bedenken in Bezug auf die "Durchhaltefähigkeit unserer Einheiten" geäußert hatte. Für den Moment dementierte Kaack zwar, daß es zu unmittelbaren Lieferengpässen kommen könnte, sollten aber tatsächlich industrielle Kapazitäten für die Beschaffung der Geschosse bestehen, droht der "Hessen" bei stetigem Beschuß der Abzug aus dem Roten Meer.
Die Rebellen der pro-iranischen Huthis beschießen aus dem Jemen seit Monaten Handelsschiffe, die israelische Häfen ansteuern. Damit möchten die Rebellen auf den Militäreinsatz der israelischen Streitkräfte infolge der Terrorangriffe der Hamas reagieren. Die Huthi beschossen seitdem mehrfach Frachtschiffe. Viele Cargo-Unternehmen lassen ihre Schiffe daher oftmals Umwege fahren, um den Gefahren zu entgehen. Das führt in Europa zu erheblichen Lieferengpässen und Verzögerung in der Auslieferung zahlreicher Bestellungen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Sie nennen deutsche Behörden "zu weiß": Ampel finanziert radikale Migranten-Lobby!**
Von der Öffentlichkeit unbemerkt fördert die Ampel-Regierung dubiose Migranten-Lobbyvereine, die mit radikalen Forderungen auffallen: Parteien, Behörden und Wohlfahrtsverbände müßten mit "Quoten für People of Color und schwarzen Menschen" versehen werden, weil diese Institutionen "immer noch überproportional weiß" wären. Das heißt im Klartext: Mithilfe von umgekehrter Diskriminierung sollen weiße Menschen benachteiligt werden. Das fordert der Verband "Neue Deutsche Organisationen" (NDO), der zwischen 2020 und 2023 rund 1,7 Millionen Euro aus Mitteln des grünen Familienministeriums von Lisa Paus erhielt.
"Die goldene Zeit des ‚weißen Mannes' ist vorbei", tönte die frühere Sprecherin des NDO-Lobbyvereins, die inzwischen als Antidiskriminierungs-Beauftragte für die Bundesregierung arbeitet und dabei kräftig Weiße diskriminiert. Es ist genau dieser Lobby-Sumpf, den die AfD trockenlegen will. Sobald der Bundesfamilienminister ein blaues Parteibuch führt, werden wir jegliche Zahlungen an derartige Lobby-Organisationen beenden. Das Geld ist nämlich besser bei unseren Rentnern, Arbeitnehmern und Familien angelegt!<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.365/…): >>**Mit diesem Graben vorm Bundestag halten sich die Volksvertreter das Volk vom Hals**
Schon 2018 beschlossen, jetzt in die Tat umgesetzt: Der Bundestag bekommt einen Graben
Willi Haentjes
Der Graben zwischen Politik und Volk wird immer größer. Das ist kein dummer Spruch aus der Kneipe, sondern die Realität in unserer Demokratie.
Schauen Sie sich die Fotos in diesem Artikel genau an: Mitten in der Bau-Krise gibt es im-

merhin eine Baustelle im Land, die richtig brummt. Der Baulärm vorm Bundestag übertönt die Proteste der Ampel-Kritiker. Radlader und Rüttelmaschine wurden angerollt, um einen Graben vor unser Parlament zu ziehen. Mit Baggern und Bohrern geht es emsig vorwärts, damit die Politik ein bißchen Sicherheitsabstand vom Volk bekommt.
Über dem Reichstag steht: "Dem deutschen Volke". Aber das deutsche Volk halten sich die Volksvertreter mit diesem Graben schön vom Leib.

Die Demokratie-Krise

Es gibt wirklich keinen schlechteren Zeitpunkt, um den heiligsten Ort unserer Demokratie für jedermann sichtbar vom Volk abzuschneiden, als mitten in einer Demokratie-Krise. Die absolute Mehrheit der 18- bis 30-Jährigen mißtraut der Regierung (52 Prozent), 45 Prozent der Bürger mißtrauen dem Parlament, nur 59 Prozent vertrauen der Demokratie. Das zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung.
Diese Generation erlebt gerade nicht nur eine Regierung, die gegen den Willen der Mehrheit im Land regiert, sondern bekommt auch noch vor Augen geführt: Die Grenze zwischen Politik und Volk verläuft exakt auf der Wiese vorm Parlament. Bis hierher und nicht weiter. Ihr wählt, wir machen dann. Es fehlt eigentlich nur noch ein "Wir müssen draußen bleiben-Schild" mit Bürgern statt Hunden am Bauzaun.
Der Graben, der bereits im Juli 2018 vom Ältestenrat des Parlaments beschlossen wurde, ist zehn Meter breit und 2,5 Meter tief. Er führt über die gesamte Westseite, also der Vorderseite des Parlaments. Die Botschaft hat etwas Mittelalterliches: Laßt das Volk da draußen ruhig meckern, in unserer geschützten Burg sind wir sicher. Möge sich der Pöbel in vier Jahren per Kreuz wieder melden!
Was 2018 keiner wissen konnte, aber heute wunderbar ins Bild paßt: Der Graben heißt amtlich wirklich "Aha-Graben". Eigentlich, weil man ihn gar nicht wahrnehmen, sondern die Grube erst bemerken soll, wenn man direkt davorsteht - klassischer "Aha-Effekt". Aber im Eindruck der Corona-Krise erinnern wir uns alle noch an die Aha-Regeln der Regierung. Abstand halten, Hygiene-Regeln, Alltagsmasken tragen. Der "Aha-Graben" um die Trutzburg Reichstag kommt mit der ersten der drei Regeln aus: "Aha" steht einfach nur noch für "Abstand halten".
Jeder, der mal den Bundestag besucht hat, weiß, wie leicht man an und in das Gebäude kommt. Insofern ist es schon richtig, die Sicherheitsmaßnahmen hochzufahren. Ein paar popelige Absperrgitter halten keinen Terroristen davon ab, das Parlament zu stürmen. Ein Graben aber ehrlicherweise auch nicht.
Was der Graben uns allen aber vor Augen führt: Unsere Politik hat jeden Instinkt für Symbole verloren. Der Reichstag gehört dem Volk. Wer einen Graben um das Parlament zieht, hat in keiner Weise verstanden, in welcher Vertrauenskrise unsere Politiker - übrigens in Regierung UND Opposition - gerade stecken. Es ist, wie es ist: Demokra-Tiefbau für einen Demokra-Tiefpunkt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Linke Netzwerke ermöglichten Terroristin Klette das Untertauchen über Jahrzehnte**

Nach 30 Jahren des angeblichen Lebens im Untergrund wurde die RAF-Terroristin Klette verhaftet. Während die deutschen Behörden dies als Erfolg feiern, fragt sich der stellvertretende Bundessprecher der Alternative für Deutschland, Stephan Brandner, ob dieser Fahndungserfolg nicht eher privaten Initianten rund um einen Podcast zuzuschreiben ist.
"Man gewinnt den Eindruck, es bestünde gar kein Interesse daran, linke Terroristen festzusetzen. Schließlich geht der Erfolg wohl mitnichten auf öffentliche Behörden zurück. Auch wissen sich Linksextremisten der Unterstützung ihres linken Sumpfs sicher. Wie groß der Fahndungsdruck ist, wenn man 30 Jahre lang unbekümmert mitten in der Bundeshauptstadt woh-

nen und lustig Bilder in sozialen Netzwerken posten, ja sogar bei öffentlichen Veranstaltungen fröhlich tanzend auftreten kann, erscheint mir sehr fraglich. Und vom Steuerzahler finanziert wurden Aktivitäten der Frau Klette offenbar auch noch. Der Fall Klette zeigt einmal mehr, wie tief verwurzelt der Linksextremismus und die Zuneigung zu ihm in den Kreisen der Altparteien in Deutschland ist."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Februar 2024 (x1.360/…): >>**Gewaltexplosion an Bahnhöfen: Nur mit der AfD fährt man sicher!**

Wer in Baden-Württemberg mit dem Zug unterwegs ist, muß mittlerweile auf alles gefaßt sein: Da werden Waffen gezogen, Bahnmitarbeiter und Polizisten verprügelt, Passagiere ins Gleisbett geschubst, Frauen belästigt und ständig wird geraubt und gestohlen. In Baden-Württemberg regieren seit 2011 durchgängig die Grünen.

Was das für die innere Sicherheit bedeutet, zeigt die Antwort der Ampelregierung auf eine kleine Anfrage aus der AfD-Fraktion im Bundestag: In allen Deliktbereichen sind an den Bahnhöfen die Zahlen nicht nur weiterhin hoch, sie sind im vergangenen Jahr sogar nochmal gestiegen. 22 Prozent mehr Sexualstraftaten, 23 Prozent mehr Waffendelikte, 6 Prozent mehr Gewaltstraftaten. Die Tatverdächtigen sind in rund der Hälfte der Fälle keine deutschen Staatsbürger, der Migrationshintergrund der anderen Hälfte wird nicht erfaßt. Die meisten nicht-deutschen Tatverdächtigen kamen aus Syrien, der Türkei, Algerien sowie weiteren nordafrikanischen Staaten.

"Bahnhöfe sind mittlerweile Orte, an denen die Kriminalitätsbelastung ein inakzeptables Ausmaß erreicht hat", sagt der AfD-Innenpolitiker Martin Hess. So kam es allein am Stuttgarter Bahnhof 2023 zu 267 Gewaltdelikten, 188 waren es in Mannheim. "Das sind die direkten Folgen der von der AfD seit Jahren massiv kritisierten unkontrollierten Zuwanderung."

Besonders perfide daran ist, daß vor allem die Grünen einerseits mit ihrer Mobilitätswende Menschen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zwingen wollen, andererseits aber jeden Aufenthalt am Bahnhof für Passagiere zur Tour de Force machen, bei der man mitunter sogar sein Leben riskiert. Eine Strategie gegen die ausufernde Kriminalität nicht nur in Baden-Württemberg, sondern überall in Deutschland, ist bei den etablierten Parteien nicht erkennbar. Nur wir von der AfD wissen, was zu tun ist: Massenmigration stoppen, Täter mit ausländischer Staatsbürgerschaft abschieben!<<

Transnistrien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Februar 2024: >>**Westen schockiert: Transnistrien ruft Putin**

Von *Sven Reuth*

Die Republik Transnistrien hat um den Schutz Rußlands nachgesucht. Damit eskaliert die Situation an einem der geopolitisch heißesten Brennpunkte Europas. …

Schon ein kurzer Blick auf die Landkarte verdeutlicht, wieso der international nicht anerkannten Republik Transnistrien eine so große geopolitische Bedeutung beikommt. Das Land erstreckt sich über mehr als 200 Kilometer Länge, aber nur zwei bis 35 Kilometer Länge zwischen den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Moldau. Es wirkt auf der Landkarte Osteuropas wie ein langer Nagel, der in das Delta des Stromes Dnjestr geschlagen wurde und der an seinem südlichen Ende beinahe das Schwarze Meer berührt.

Geopolitischer Hot-Spot in Osteuropa

Odessa, der wichtigste Schwarzmeerhafen der Ukraine und die zweitwichtigste Metropole des Landes nach Kiew, ist nur etwa eine Autostunde entfernt. Die Grenze des NATO-Landes Rumänien liegt von einigen transnistrischen Orten sogar nur wenige Kilometer entfernt.

Transnistrien gehörte bis 1990 zur Moldauischen Sowjetrepublik. Wegen seines hohen Industrialisierungsgrades zog es allerdings Menschen aus der gesamten Sowjetunion an und war überwiegend russophon. Deshalb stimmten bei einer Volksabstimmung im Jahr 1990 90 Pro-

zent der Wähler für eine Loslösung von Moldau. Die 14. Russische Armee unter General Alexander Lebed beendete 1992 die versuchte Eroberung der transnistrischen Stadt Bendery durch moldauische Einheiten und vermittelte einen Waffenstillstand, nachdem über 700 Menschen ihr Leben verloren hatten.

"Zunehmender Druck durch Moldau"

Seither gilt der Transnistrien-Konflikt als eingefrorener Konflikt. Doch dies könnte sich bald wieder ändern. Ein Sonderkongreß der transnistrischen Abgeordneten, der nur sehr selten zusammentritt, hat nun Rußland um Schutz für das eigene Land gebeten. Einer Resolution zufolge will sich Transnistrien an den russischen Föderationsrat sowie die Staatsduma wenden "mit der Bitte über die Realisierung von Maßnahmen zum Schutz Transnistriens angesichts des zunehmenden Drucks durch Moldau".

Gemeint sind damit extrem verschärfte Zollbestimmungen seitens Moldau, die Transnistrien von lebenswichtigen Im- und Exporten abschneiden. Außerdem können die russischen Friedenstruppen in Transnistrien seit dem Beginn des Ukraine-Krieges nicht mehr rotieren. In dem von dem Sonderkongreß verabschiedeten Dokument sind sieben Appelle aufgelistet, neben Rußland auch an die Vereinten Nationen, das internationale - eingefrorene - "5+2-Format" zur Lösung des Transnistrien-Konflikts, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die interparlamentarische Versammlung der GUS-Staaten, das EU-Parlament sowie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes.

Transnistrisches Munitionslager im Visier?

Es steht aber zu befürchten, daß die internationale Gemeinschaft einmal mehr wegsieht, wenn es um die Minderheitenrechte von Russen oder russischsprachiger Menschen geht. Wie das Portal RT.DE mittlerweile berichtet, hat das moldauische Verteidigungsministerium mittlerweile eine Weisung an alle Betriebe des Landes abgegeben, sich für die Übergabe aller Fahrzeuge an die Streitkräfte im Falle einer dringenden Mobilmachung vorzubereiten. Tritt ein solcher Fall ein, sollen die Betriebe den Militärs die geforderten Fahrzeuge vollgetankt und mitsamt Ersatzteilposten übergeben - innerhalb von zwei Stunden.

Das sind beunruhigende Nachrichten, die die Frage aufwerfen, was der EU-Beitrittskandidat Moldau derzeit gerade plant.

Im transnistrischen Dorf Kolbasnaja liegt immerhin das größte Munitionsdepot Europas mit nach Expertenschätzungen einem Äquivalent von über 2.600 Güterwaggons an Munition und etwa 500 weiteren Güterwaggons an purem Sprengstoff. An diesen Rüstungsgütern hat das verzweifelt nach Munition suchende ukrainische Militär wie auch wohl die Republik Moldau selbst großes Interesse. Es empfiehlt sich also, in den kommenden Wochen den Schauplatz Transnistrien nicht aus den Augen zu verlieren.

Legendär sind Putins großen Friedensreden im Bundestag (2001) und bei der Münchner Sicherheitskonferenz (2007) mit umfangreichen Angeboten zur Kooperation. Alle diese Reden finden Sie im Original in den beiden COMPACT-Editionen "Wladimir Putin: Reden an die Deutschen" (2001 bis 2014) sowie die neuen Reden in "Putin verstehen: Seine großen Reden aus der Kriegszeit im Original".<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Februar 2024:

>>**Ukraine: Korruption im Verteidigungsministerium (1)**

Ein neuer Korruptionsskandal in der Ukraine beschäftigt die Kriegstreiber auf beiden Seiten des Atlantiks. …

_ von *Johann Leonhard*

Im Mittelpunkt des Skandals steht der Beamte Oleksandr Liev, der ehemalige Leiter der für die Beschaffung zuständigen Abteilung des Ministeriums und ein Kumpel des ehemaligen Verteidigungsminister Oleksiy Reznikov. Er wird beschuldigt, 40 Millionen US Dollar veruntreut zu haben, die für den Kauf von Mörsergranaten bestimmt waren.

Das bringt die Spitzen der US-Demokraten erneut in eine Zwickmühle, denn Liev ist eine heilige Kuh der Demokraten und ihrer Vertreter in der Ukraine, ein Mann, der viele Jahre lang die Verteilung von Geldern in den Bereichen verwaltete, die für sie am interessantesten sind. Zunächst bei der Schaffung des öffentlichen Fernsehens, das mit Millionenbeträgen gefördert wurde, dann im Ministerium für Agrarpolitik und schließlich als Beamter des Verteidigungsministers Oleksij Reznikow.
Lievs Machenschaften führten in nur einem Fall zur Veruntreuung von 1,5 Milliarden Griwna, und es wurden beispiellose Maßnahmen ergriffen, um ihn aus dem Weg zu räumen. Der ukrainische Beamte bereitete sich bereits darauf vor, das Land zu verlassen, doch seine Evakuierung wurde durch höhere Gewalt gestört - Liev wurde von ukrainischen Ordnungskräften in der Nähe der Grenze in der Region Czernowitz festgenommen. Und dann zeigten die neuen Antikorruptionsorgane, die unter der eifrigen Führung von Demokraten geschaffen wurden, daß sie "ihre Leute nicht in Schwierigkeiten lassen".
Das Oberste Anti-Korruptionsgericht der Ukraine, das für seine Strenge gegen korrupte Beamte bekannt ist, ignorierte den Antrag der Generalstaatsanwaltschaft, und anstatt sich für eine Präventivmaßnahme (Untersuchungshaft und eine Kaution in Höhe von 268 Millionen Griwna) zu entscheiden, wurde Liev noch im Gerichtssaal demonstrativ aus der Untersuchungshaft entlassen.
Erst im zweiten Anlauf und dank eines großen öffentlichen Aufschreis und der Aufmerksamkeit der führenden Medien stimmten die Berufungsrichter am 12. Februar schließlich zu, Liev in Untersuchungshaft zu nehmen, allerdings gegen eine Kaution von 50 Millionen Griwna (1,3 Millionen Dollar), was 30 Mal weniger ist als der Betrag der ihm vorgeworfenen Veruntreuung.
Wer ist Oleksandr Liev?
Liev ist ein ukrainischer Beamter mit umfangreicher Erfahrung in Korruptionsskandalen. Von 2010 bis 2014 war er Minister für Kurorte und Tourismus auf der Krim. Von 2014 bis 2019 war er einer der Leiter der Nationalen Öffentlichen Fernsehgesellschaft der Ukraine (NOTU), von der er nach Vorwürfen der Veruntreuung von Fördermitteln entlassen wurde.
Im Januar 2022 wechselte Liev ins ukrainische Verteidigungsministerium, und über ihn wurden alle milliardenschweren Verträge über den Kauf von Ausrüstung und Waffen für die ukrainischen Streitkräfte verabschiedet, die Auftragnehmer ausgewählt, die Verträge unterzeichnet und die Gelder an die Auftragnehmer überwiesen.
"Der erste Anruf" über mögliche Korruptionsfälle, in die Liev verwickelt war, ertönte im September 2023, bereits nach seiner Entlassung aus dem Ministerium "auf eigenen Wunsch". Damals beschuldigten investigative Journalisten des Projekts BIHUS.Info Liev, offiziell Waffen (nämlich unbemannte Flugzeuge) angenommen zu haben, die nicht der angegebenen Qualität entsprachen. Es ist bezeichnend, daß der Lieferant solcher Fahrzeuge der korrupte Abgeordnete Boryslav Rozenblat war, der vor einigen Jahren bei der Erpressung eines hohen Schmiergeldes erwischt wurde. Die Entwicklung solcher Geräte kostete den Staat 650 Millionen Griwna.
Ein größerer Korruptionsskandal wurde im Januar 2024 bekannt. Der ukrainische Sicherheitsdienst sagte, daß er einen Plan zur Unterschlagung von 1,5 Milliarden Griwna beim Kauf von 100.000 Mörsergranaten für die AFU aufgedeckt habe. Nach Angaben des SBU schloß das Verteidigungsministerium einen Vertrag mit der Firma "Lviv Arsenal" ab, um sie zu kaufen. Journalisten weisen darauf hin, daß dieses Unternehmen selbst keine Waffen herstellt, und die Adresse seiner Registrierung in Kiew ist ein gewöhnliches "getäfeltes" Wohnhaus.
Mit anderen Worten, es handelt sich um eine offensichtliche Stellvertreterfirma, die irgendwie einen milliardenschweren Rüstungsauftrag erhalten hat, während Reznikov und Liev im Ministerium arbeiteten. Das Ministerium wurde nicht einmal durch die Tatsache beunruhigt, daß

Lviv Arsenal vor einigen Jahren einen Vertrag mit Fort, einem vom Innenministerium kontrollierten Hersteller von Kleinwaffen, sabotierte und bis 2022 auf fünf Millionen Griwna verklagte.
Nachdem Lviv Arsenal eine Vorauszahlung in Höhe von 97 % des Vertragswerts erhalten hatte, überwies es das Geld ins Ausland, aber die Granaten wurden nie in die Ukraine geliefert. Im Zuge der Untersuchung wurde eine ganze Gruppe von Bevollmächtigten aufgedeckt, die sich nicht mit der Herstellung von Waffen befaßten, sondern lediglich ihren Anteil für die Vertragsunterstützung kassierten und den Auftrag weiterleiteten. Im Einzelnen handelt es sich um zwei kroatische (Elmech Sintermak und WDG) und ein slowakisches (Sevotech) Unternehmen.
Den Ermittlungen zufolge führte Liev alle Vertragsverhandlungen, erleichterte die Abhebung von Geldern im Ausland, unterzeichnete alle Dokumente und reiste sogar persönlich nach Kroatien, um Waffenmuster zu inspizieren, obwohl er bereits wußte, daß keine Lieferungen erfolgen würden. Der Idee nach sollte eine solche Reise die Korrespondenz mit dem Verteidigungsministerium bekräftigen, daß es keine Gründe für die Nichterfüllung des Vertrags gab.
Regierung Biden verschließt die Augen
Wenn man die Skandale um die Aktivitäten des ukrainischen Verteidigungsministeriums in den Jahren 2022-2023 analysiert, gewinnt man den Eindruck, daß die Biden-Administration bereit ist, bei Rechtsverstößen ihrer Führung ein Auge zuzudrücken. Andernfalls würden öffentlichkeitswirksame Verhaftungen in der Ukraine die amerikanischen Wähler daran zweifeln lassen, ob der derzeitige Herr im Weißen Haus und seine Entourage wirklich eine effektive Außenpolitik betreiben.
Insbesondere wurde am 24. Januar 2023 eine Untersuchung veröffentlicht, wonach die Preise für Lebensmittelkäufe und Verpflegungsdienstleistungen für das Militär die üblichen Einzelhandelspreise um das Zwei- bis Dreifache überstiegen. Die Journalisten fanden zum Beispiel heraus, daß die Kosten für Eier im Rahmen der Verträge des Verteidigungsministeriums 17 Griwna pro Stück betrugen, während sie im Handel nur 7 Griwna kosteten.
Der Gesamtwert des Vertrags belief sich auf 13 Milliarden Griwna. Infolge des Skandals waren nur zwei Beamte des Ministeriums - der stellvertretende Minister Vyacheslav Shapovalov und der Leiter der Beschaffungsabteilung Bohdan Chmelnytskyy - betroffen. Sie befinden sich in Haft, obwohl der Minister selbst zu diesem Zeitpunkt seinen Posten behielt.
Im Juni 2023 sammelte der SBU Beweise für einen weiteren Korruptionsfall, in den das Verteidigungsministerium verwickelt war. Im März 2022 kaufte Reznikovs Ministerium 3.000 kugelsichere Westen von der slowakischen Sevotech für die Summe von 130 Millionen Griwna Gleichzeitig wurden mehr als 100 Millionen dieses Betrags von den Organisatoren des Plans veruntreut, und außerdem waren die kugelsicheren Westen von unzureichender Qualität.
Im August 2023 beschuldigte eine neue Untersuchung das Verteidigungsministerium der Korruption beim Kauf von Winterjacken für die AFU-Journalisten wiesen nach, daß sich die Uniformen als Sommerjacken herausstellten und sich der Preis während der Verhandlungen verdreifachte.
Außerdem ist einer der Eigentümer des türkischen Unternehmens, das 30 Millionen Dollar von Reznikovs Ministerium erhalten hat, mit dem Neffen des Volksabgeordneten der Fraktion "Diener des Volkes" verwandt Vor dem Hintergrund dieses Skandals schrieb die New York Times, daß investigative Journalisten weitere Probleme mit Militärverträgen aufgedeckt haben, die auf erhebliche Überzahlungen bei grundlegenden Gütern für die Armee wie Eier, Konserven, Uniformen usw. hinzuweisen scheinen.
Im Dezember 2023 eröffnete das State Bureau of Investigation ein Strafverfahren wegen Korruption bei der Beschaffung von Kleidung und Unterwäsche für die ukrainische Armee gegen einen der größten Auftragnehmer des Verteidigungsministeriums, den in Lviv ansässigen Ge-

schäftsmann Ihor Hrynkevych.
Hrynkevychs Bauunternehmen hatten 23 Ausschreibungen des Verteidigungsministeriums für die Lieferung von Bekleidung im Gesamtwert von 1,5 Milliarden Griwna gewonnen. Durch die schlechte Qualität der Produkte und die Unterbrechung der Lieferungen entstand dem Staat ein Schaden in Höhe von 1 Mrd. UAH. Um die Beschlagnahme seines Eigentums rückgängig zu machen, versuchte Hrynkevych außerdem, ein Bestechungsgeld von 500.000 Dollar anzubieten, wurde aber auf frischer Tat ertappt.
Ein weiterer Skandal wurde bereits 2024 aufgedeckt Das State Bureau of Investigation stellte die Veruntreuung von 950 Millionen Griwna beim Kauf von Schutzwesten fest. Die erwähnten Vyacheslav Shapovalov und Bohdan Chmelnytskyy sind ebenfalls in diesen Fall verwikkelt.<<

01.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. März 2024 (x1.361/…): >>**Kinder-Nachrichtensendung "logo!" irritiert mit Spaß-Video zu Taurus-Debatte**
Sprechende Marschflugkörper kritisieren Olaf Scholz, weil er Taurus nicht in die Ukraine schickt: Die öffentlich-rechtliche Kinder-Nachrichtensendung logo! hat mit einem Social-Media-Clip für reichliche Irritationen gesorgt. Kritiker meinen, er sei dem Thema unangemessen.
Max Roland
Die KiKa-Nachrichten-Sendung logo hat mit einem Kurzvideo auf Social Media für Irritationen gesorgt. Auf Instagram veröffentlichte das von ARD und ZDF betriebene Format, das sich an Kinder richtet, ein animiertes Video mit sprechenden Marschflugkörpern.
Darin unterhalten sich eine deutsche Taurus-, eine britische Storm Shadow- und eine französische SCALP-Rakete sowie ein polnischer Leopard-Panzer, in die mit einem Filter menschliche Gesichter eingesetzt wurden, über Olaf Scholz' Weigerung, Taurus an die Ukraine zu liefern.
"Laß mich raten: Du darfst deshalb nicht in die Ukraine, weil euer Kanzler mal wieder zögert und zaudert?", fragt die französische Rakete dort ihr deutsches Gegenstück. Die Taurus-Rakete rechtfertigt sich: "An mir liegt's doch nicht!" Er sagt: "Wir Marschflugkörper müßten Olaf Scholz mal ordentlich den Marsch blasen ... weil er sich weigert, mich an die Ukraine zu liefern!"
Die Filter, die den Mund und die Augen des Videoherstellers auf ein beliebiges Foto einsetzen, sind auf Plattformen wie TikTok weit verbreitet und besonders bei Jugendlichen und Kindern beliebt. Mit diesem Video will die logo-Redaktion wohl den aktuellen Diskurs rund um die Taurus-Lieferung an Kinder vermitteln. Aber ist diese Infantilisierung der Diskussion rund um Waffenlieferungen angemessen? Am Clip entzündet sich zumindest einiges an Kritik. "Ich finde die Infantilisierung des Krieges im Instagram Stil ... peinlich und unangemessen", schreibt zum Beispiel der ehemalige Linken-Politiker Fabio Di Masi.
Der Rechtsanwalt und ehemalige AfD-Mann Marcus Pretzell schreibt: "Diese Art Indoktrination für Kinder ist abzulehnen." Kritiken, die scheinbar viele Nutzer teilen. Der reichweitenstarke Ukraine-News-Aggregator "BrennpunktUA", der sich mit den Geschehnissen rund um den Krieg auseinandersetzt, schreibt kritisch: "Interessant, was so im Kinderfernsehen läuft." Und der Journalist Phillipe Debionne fragt ungläubig: "Kann mich mal jemand zwicken bitte?" Logo! hat sich am Freitagvormittag noch nicht zu der Kritik geäußert.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. März 2024: >>**Sellner: "Die Wahrheit wird sich durchsetzen"**
Von *Paul Klemm*
In dem großen COMPACT-Interview unseres Reporters Paul Klemm mit Martin Sellner geht es auch um die Differenzen zwischen der AfD und Marine Le Pen über den Begriff Remigra-

tion. Auch hier empfiehlt Sellner: Kurs halten. …
Paul Klemm: Du hast gesagt, daß der Begriff Remigration nicht umstritten ist. Allerdings gab es ein Treffen zwischen Marine Le Pen und Alice Weidel, bei dem Le Pen tatsächlich eine schriftliche Garantie eingefordert hat, daß die AfD niemals diesen Begriff in ihr Parteiprogramm aufnehmen soll. Der Pressesprecher von Weidel hat dies mittlerweile auch gegenüber COMPACT bestätigt. Das ist tatsächlich vorgekommen, und Weidel hat das offenbar widerspruchsfrei hingenommen. Also gibt es offenbar doch Probleme mit diesem Begriff Remigration.
Martin Sellner: Ja, Probleme, die von außen hineingetragen werden. Was Le Pen angeht, frage ich mich wirklich, welcher Teufel sie da reitet. Le Pen und Meloni sind Beispiele dafür, was man in vielerlei Hinsicht nicht tun sollte, was den Rechtspopulismus betrifft. Le Pen hat sich ja auch vollkommen ohne Not öffentlich distanziert und die Potsdam-Lüge als Ausgangspunkt genommen, um die AfD zu kritisieren. Daß sie jetzt die Chefin der größten deutschen Oppositionspartei nach Paris zitiert und ihr eine Akte vorlegt, die sie dann unterzeichnen muß, um auf einen Kernbegriff zu verzichten, halte ich für eine absolute Katastrophe.
Ich nehme an, daß Frau Weidel hier vielleicht mal gute Miene zum bösen Spiel gemacht hat und kurz vor der Europawahl die EU-Fraktion nicht gefährden wollte. Aber die AfD muß einen Teufel daran tun und sich vom Rassemblement National vorschreiben zu lassen, welche Begriffe sie verwendet und welche nicht. Es gibt auch andere Rechte in Frankreich, Éric Zemmour zum Beispiel, der mit seiner Liste Reconquete Remigration zum zentralen Thema seiner gesamten Kampagne gemacht hat.
Ich habe viele französische Freunde, die auch Le Pen durchaus kritisch sehen. Ich finde, das ist bezeichnend, und zeigt leider auch, daß der negative Trend zum Appeasement und zur Unterwerfung nicht nur auf die deutsche Rechte beschränkt, sondern sich auch in Teilen der Rechten im Ausland wiederfindet.
Paul Klemm: Abschließend: Du hast ja klar gemacht, daß du weiterkämpfen willst. Was kannst du denn den Menschen sagen, die jetzt mit Sorge in die Zukunft blicken wegen all dieser Repressalien? Es wurden ja einige Maßnahmen angekündigt: Einreiseverbot, Ausreiseverbot - du hast es ja am eigenen Leib erfahren müssen -, dann Überwachung der Geldflüsse, Überwachung der Konten, Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Also, wie kann da überhaupt noch in Zukunft eine ordentliche Opposition möglich sein?
Martin Sellner: Es wird hart werden, das will ich überhaupt nicht verhehlen, denn sie haben die Macht, sie haben unglaubliche Möglichkeiten zur Kontrolle und Überwachung. Die Stasi würde sich alle zehn Finger danach abschlecken. Wenn man sich anhört, wie sie reden, diese brutale Sprache, dann merkt man ihnen wirklich einen Vernichtungswunsch gegenüber der patriotischen Opposition an.
Es wirkt wirklich so, als ob wir keine Chancen mehr hätten. Wir haben keine Mittel, und wo es Unterstützer gibt, will Faeser jeden Stein umdrehen, Netzwerke zerschlagen, die Junge Alternative, Identitäre Bewegung, Ein Prozent, wer weiß wen noch, alles verbieten. Aber ich bin trotzdem guter Dinge, und das sollten auch die COMPACT-Leser sein, denn wir haben die wichtigste Verbündete, und das ist die Wahrheit. Die Wahrheit wird sich am Ende durchsetzen, davon bin ich überzeugt.
Ich weiß ganz genau, daß diese Repression, diese Zensurmaßnahmen ein Zeichen von Schwäche sind. Der Grund, wieso sie das tun, das weiß ich ganz genau, das wissen sie ganz genau, aber sie hoffen, daß die meisten Menschen das nicht wissen. Es werden sehr harte Zeiten auf uns zukommen, Krisenzeiten: Eine Deglobalisierung, ein vollkommen verfahrener Ukraine-Krieg, der nicht so ausgeht, wie sich das der Westen wünscht, ein Präsident Trump, der die NATO umgestalten wird, ein vermutlich alleingelassenes Europa, zugleich einen globalen Fachkräftemangel aufgrund des vergangenen Baby-Booms.

Die Welt steht vor einer großen krisenhaften Entwicklung, sie ist im Wandel, die alte Welt stirbt, und in dieser Zeit hat das System nicht nur das Spielgeld für Brot und Spiele verloren, den Sand, den sie uns in die Augen streuen, geht ihnen aus.
Und sie wissen, daß in dieser kommenden Zeit eine patriotische "Germany first-Partei" wie die AfD in den Umfragen und Wahlen explodieren würde. Ich weiß, daß sie nur noch eine Chance haben, bevor wir in diese neue Phase treten: das patriotische Lager handlungsunfähig schießen, kaputtschlagen, ins Chaos und in die Spaltung stürzen. Wenn wir durchhalten, wenn wir jetzt in diesem Unwetter das Steuerrad gerade halten, dann bin ich überzeugt davon, daß es eine patriotische Wende zur Demokratie geben wird.
Ihre Repression und Zensur sind nur eine zentrale Botschaft, ein Zeichen von Schwäche. Und wenn wir nicht resignieren und uns radikalisieren, sondern einfach glasklar, unbeirrbar und beharrlich weitermachen, dann werden wir am Ende gewinnen, genau wie die Montagsdemonstranten in der DDR und genau wie Gandhi gegen die Engländer - die mußten am Ende nämlich auch remigrieren. …<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. März 2024 (x1.360/…): >>**Stellenabbau, Kapitalabfluß, Flucht ins Ausland: Wir erleben gerade das "grüne Wirtschaftswunder"!**
Mit der Ampel verschwinden nicht nur Abermilliarden Steuergeld im Ausland, sondern auch unsere Wirtschaft. Wie stark der Standort Deutschland ausblutet, zeigen jetzt neue Zahlen der Bundesbank: Fast 250 Milliarden Euro Investitionskapital sind seit Amtsantritt der Scholztruppe bis November vergangenen Jahres abgeflossen! Deutsche Betriebe packen die Koffer - und ziehen dorthin, wo die Energie bezahlbar, die Bürokratie überschaubar und das Wort "Fachkraft" keine Metapher für Armutsmigranten ist.
Der Aderlaß der Wirtschaft ist beispiellos, und das sieht man auch am Stellenabbau: Das Magazin Focus hat errechnet, daß deutsche Konzerne wie BASF, VW, Mercedes oder Continental 40.000 Stellen weltweit streichen wollen. Am stärksten wird es wohl Deutschland treffen. Auch der Traditions-Konzern Thyssenkrupp, der mit staatlichen Subventionen in Milliardenhöhe den ersten "klimafreundlichen Stahl" produzieren sollte, denkt laut Medienberichten über den Abbau von 5.000 Jobs nach.
All diese Entwicklungen drängen eine wesentliche Frage auf: Wie lange darf Kinderbuchautor und Vetternwirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen unser Land noch kaputtmachen? Wie deutlich muß denn noch werden, daß er es bestenfalls einfach nicht kann oder es schlimmstenfalls genauso beabsichtigt? Stoppen wir den Abriß unseres Landes! Deshalb: Neuwahlen. Deshalb: AfD!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. März 2024: >>**Wegen AfD: Steinmeier will Verfassungsgericht "schützen"**
Von *S. Hofer*
Wie auf der Titanic: Die untergehende Ampel-Regierung läßt nichts unversucht, um einen Machtwechsel zu verhindern. Öffentliche Unterstützung durch den angeblich neutralen Bundespräsidenten darf dabei nicht fehlen. Der Faschismus kehrt im Linksstaat zurück. …
Das Altparteien-Regime ist in Panik: Umfragewerte der AfD und Neugründungen weiterer Oppositionsparteien zeigen: Die Zeit der jetzigen Machthaber droht abzulaufen. Wie aber diese demokratische Trendwende stoppen?
Zwei Strategien stechen besonders heraus:
1) Die Opposition zu kriminalisieren. Ein Job, an dem sich Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und ihr Schlapphut-Chef Thomas Haldenwang (CDU) versuchen. Damit in Verbindung:
2) Wichtige Institutionen nur mit linientreuem Personal zu dulden. Vor allem die Lockdown-Diktatur hat gezeigt, wie wichtig beispielsweise die Besetzung des Verfassungsgerichts für

den Machterhalt ist. Motto: Sollte die AfD künftige Wahlen gewinnen, muß trotzdem scheinbar unabhängig, also im linksgrünen Sinne, geurteilt werden.

Herbeihalluzinierte Gefahr

Damit das so bleibt, will die Ampel das Verfassungsgericht vor "Einflußnahme demokratiefeindlicher Kräfte" schützen. Dazu darf man auch gerne das Grundgesetz ändern. Für so ein Projekt bedarf es jedoch einer Zweidrittelmehrheit. Die CDU müßte also mitmarschieren. Parteichef Friedrich Merz will aber zuerst "einen brauchbaren Entwurf der Ampelkoalition" sehen. Der Ampel-Plan droht zu scheitern.

Folglich eilte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) der Innenministerin zu Hilfe. Was schert ihn seine Neutralitätspflicht? Die erwartet ohnehin niemand mehr von ihm. Also warnte er: Auch in Ländern wie Polen oder Ungarn habe die Unabhängigkeit der höchste Gerichte bei antidemokratischen Attacken stets im Zentrum gestanden:

"Deshalb halte ich den Gedanken für richtig, Regelungen für die Struktur des Gerichts, das Wahlverfahren und die Amtszeiten der Richter ins Grundgesetz aufzunehmen. Regelungen, die dann auch nur mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden könnten."

Damit käut Steinmeier lediglich einen Faeser-Satz wieder:

"Unser Rechtsstaat darf nicht von innen heraus sabotiert werden können. Wenn autoritäre Kräfte die Demokratie angreifen, ist die Justiz oft ihr erstes Ziel."

Auch der Grünen-Vize Konstantin von Notz warnt:

"Unser Rechtsstaat, unsere Demokratie sowie ihre Institutionen werden derzeit massiv bedroht."

Wobei Von Notz beim Stichwort "Demokratiebedrohung" freilich nicht an die Grünen denkt. Es herrscht Panik auf der grünen Titanic. Man darf gespannt sein, welche "Rettungsboote" sie in ihrer letzten Phase noch ins Wasser läßt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. März 2024 (x1.361/…):

>>**"Für Demokratie einstehen" - Berliner Schulleiter ruft zu Anti-AfD-Demo auf**

Am Donnerstag demonstrierten 2.000 Schüler nach einem Aufruf der Schulleitung "gegen Rechts" und skandierten dabei gegen die AfD. Der Leiter der Berliner Schule war während der Kundgebung anwesend und erklärte, es sei wichtig, daß Schüler für Demokratie einstehen.

Wim Lukowsky

Rund 2.000 Schüler sind einem Aufruf der Berliner Fichtenberg-Oberschule gefolgt und haben am Donnerstag "gegen Rechts" und die AfD demonstriert. Veranstaltet wurde die Kundgebung von der Schülervertretung und der Schulinitiative "Fichte ohne Rassismus", auch die Schulleitung hatte sich für die Demonstration ausgesprochen. "Ich habe den Demonstrationsaufruf in unserem Newsletter verbreitet", sagte der Schulleiter Andreas Golus-Steiner dem RBB. Es sei wichtig, daß "die Jugend für unsere Zukunft auf die Straße geht und sich engagiert."

Bei der Demonstration skandierten die Schüler immer wieder lautstark "AfD in die Spree" oder "ganz Berlin haßt die AfD". Dabei wurden Transparente hochgehalten, die sich gegen die AfD richteten oder mit Regenbogenfarben für Toleranz und Vielfalt warben. Es sei "höchste Zeit, eine aktiv antifaschistische Haltung zu zeigen", teilte die Fichtenberg-Oberschule zuvor in der hauseigenen Schulzeitung mit. Man sei besorgt wegen der "Gefahr, die von der AfD ausgeht" und wegen des "Geheimtreffens, das stark an die Wannseekonferenz" erinnern würde, hieß es weiter.

Diese Befürchtungen teilte offenbar auch der Schulleiter Golus-Steiner, der die Demonstration selbst bewarb und gemeinsam mit seinen Schülern auf die Straße ging. Dem RBB sagte Golus-Steiner, er müsse sich "natürlich an das Mäßigungsgebot halten". Wichtig sei aber, "daß die Schülerinnen und Schüler hier für Demokratie einstehen". Das sei das Entscheidende, erläutert der Schulleiter weiter. "Wir sind verpflichtet, die Demokratie zu erhalten. Das ist unser

Auftrag."
In seinem Demonstrationsaufruf verweist der Schulleiter auf den ersten Paragraphen des Berliner Schulgesetzes, in dem geschrieben stehe, daß ein Ziel des Unterrichts "die Heranbildung von Persönlichkeiten" sei, damit sie Schüler "der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden" entgegentreten können. In diesem Kontext riefen die Schüler bei der Demonstration immer wieder "1933 soll im Geschichtsbuch bleiben" - sie wollten damit auf den ebenjenen Paragraphen des Schulgesetzes und dem Widerstand gegen Nationalsozialismus hinweisen.
Vertreter der AfD kritisierten, die Schüler hätten sich keine objektive Meinung gebildet. Vielmehr habe der Schuldirektor Golus-Steiner sie für die Kundgebung instrumentalisiert. Die Schüler sind "von ihrem Rektor und der Lehrerschaft in dieser Oberschule für diese Demonstration mißbraucht worden", sagte der stellvertretende Vorsitzende der AfD in Steglitz-Zehlendorf, Matthias Pawlik, am Rande der Kundgebung dem RBB. Die Schüler widersprachen dieser Darstellung, die Demonstration sei aus der Schülerschaft entsprungen.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. März 2024: >>**Deutsche Offiziere planen Angriff auf die Krimbrücke**
_ von *Thomas Röper*
Margarita Simonjan, der Chefredakteurin von RT, sind Tonbänder zugänglich gemacht worden, auf denen Gespräche zwischen deutschen Offizieren zu hören ist, die am 19. Februar einen Angriff auf die Krimbrücke mit Taurus-Raketen besprochen haben.
… Das Gespräch fand am 19. Februar 2024 statt und die Teilnehmer waren Brigadegeneral der Luftwaffe der Bundeswehr und Abteilungsleiter für Einsätze und Übungen im Kommando Luftwaffe Frank Gräfe, der Inspekteur der Luftwaffe der Bundeswehr Ingo Gerhartz und zwei Mitarbeiter der Lufteinsatzzentrale des Bundeswehr-Kommandos. Einer der Mitarbeiter heißt Udo Fenske, den zweiten konnte ich noch nicht identifizieren. …
"Wir führen einen Krieg"
Eine Aussage des Inspekteurs der Luftwaffe Gerhartz müßte eigentlich, wenn die Bundesregierung ihren angeblichen Kampf gegen Nazi-Sympathisanten in der Bundeswehr ernst meint, zur sofortigen Kündigung aller Gesprächsteilnehmer führen. Gerhartz sagte nämlich:
"Wir führen jetzt einen Krieg, der viel modernere Technologie einsetzt als unsere gute alte Luftwaffe."
Die "gute alte Luftwaffe"? Eine sehr interessante Formulierung, der keiner der Gesprächsteilnehmer widersprochen hat, was zeigt, welcher Geist offensichtlich in den oberen Etagen der Bundeswehr weht. Aber das nur nebenbei.
Deutsche Kriegsbeteiligung
In dem Gespräch vom 19. Februar ging es um die mögliche Lieferung der Taurus-Raketen an die Ukraine. Die Offiziere haben technische Details von Lieferung, Ausbildung und Einsatz der Raketen besprochen.
Wichtig war den Offizieren, daß sie bei all dem keine Spuren hinterlassen, die eine deutsche Kriegsteilnahme beweisen, obwohl allen klar war, daß es eine deutsche Kriegsteilnahme wäre. So sagte Gerhartz an einer Stelle beispielsweise:
"Einen Moment. Ich verstehe, was Sie sagen wollen. Die Politiker könnten über eine direkte geschlossene Kommunikation zwischen Büchel und der Ukraine besorgt sein, was eine direkte Verwicklung in den ukrainischen Konflikt bedeuten könnte. Aber in diesem Fall können wir sagen, daß der Informationsaustausch über die MBDA stattfinden wird und wir ein bis zwei unserer Spezialisten nach Schrobenhausen schicken. Das ist natürlich knifflig, aber aus politischer Sicht sieht es wahrscheinlich anders aus. Wenn der Informationsaustausch über den Hersteller läuft, gibt es keine Verbindung zu uns."

Offengelegte US-Kriegsbeteiligung

Interessant war auch, wie die Offiziere kaum verschlüsselt über die amerikanische Beteiligung an dem Krieg gegen Rußland gesprochen haben. Gerhartz sagte an anderer Stelle:

"Glauben Sie, daß wir darauf hoffen können, daß die Ukraine alles allein machen kann? Es ist ja bekannt, daß es da viele Leute in Zivil gibt, die mit amerikanischem Akzent sprechen. Ist es also durchaus möglich, daß sie bald selbst bedienen können? Immerhin haben sie ja alle Satellitenbilder."

In dem Gespräch ging es auch um die nötige Ausbildung der Ukrainer. Dabei wurde sehr konkret darüber gesprochen, wie man die Krimbrücke mit den deutschen Taurus-Raketen angreifen kann. Das klang so:

Frohstedte (eventuell wird sein Name anders geschrieben): Lassen Sie mich ein wenig Pragmatismus hinzufügen. Ich möchte meine Gedanken über die Leistung des Storm Shadow mitteilen. Wir sprechen über Luftabwehr, Flugzeit, Flughöhe und so weiter. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß es zwei interessante Ziele gibt, die Brücke im Osten und die höher liegenden Munitionsdepots. Die Brücke im Osten ist schwer zu erreichen, es ist ein ziemlich flaches Ziel, aber die Taurus kann es schaffen, und die Munitionsdepots können auch getroffen werden.

Wenn man all das berücksichtigt und damit vergleicht, wie viele Storm Shadow und HIMARS eingesetzt wurden, stellt sich mir eine Frage: "Sind unser Ziel die Brücke oder die Munitionsdepots?" Ist das mit den derzeitigen Unzulänglichkeiten, die RED und Patriot haben, erreichbar? Und ich bin zu dem Schluß gekommen, daß der begrenzende Faktor darin besteht, daß sie in der Regel nur 24 Schuß haben. …

"Taurus reicht für die Brücke nicht aus"

Gerhartz: Das ist verständlich.

Frohstedte: Es macht Sinn, die Ukraine an den TTR (vielleicht ist die Abkürzung falsch übersetzt) anzuschließen. Das würde eine Woche dauern. Ich denke, es macht Sinn, über Aufgabenplanung und zentralisierte Planung nachzudenken. Die Aufgabenplanung dauert in unserer Verbindung zwei Wochen, aber wenn Interesse daran besteht, kann man es schneller machen. Was die Brücke betrifft, so denke ich, daß Taurus nicht ausreicht und wir eine Vorstellung davon haben müssen, wie das funktionieren könnte, und dafür brauchen wir Satellitendaten. Ich weiß nicht, ob wir die Ukrainer in kurzer Zeit - wir sprechen hier von einem Monat - für so eine Aufgabe ausbilden können.

Wie würde ein Taurus-Angriff auf die Brücke aussehen? Aus operativer Sicht kann ich nicht abschätzen, wie schnell die Ukrainer in der Lage sein werden, die Planung so einer Aktion zu erlernen und wie schnell die Integration erfolgen wird. Aber da wir über die Brücke und Militärbasen sprechen, gehe ich davon aus, daß sie diese so schnell wie möglich bekommen wollen.

Fenske: Ich möchte noch etwas zur Zerstörung der Brücke sagen. Wir haben uns intensiv mit dem Thema beschäftigt und sind leider zu dem Schluß gekommen, daß die Brücke aufgrund ihrer Größe wie eine Landebahn ist. Deshalb reichen für sie vielleicht keine 10 oder selbst keine 20 Raketen.

Gerhartz: Es gibt die Meinung, daß die Taurus das durch den Einsatz des französischen Kampfflugzeugs Dassault Rafale schaffen kann.

Fenske: Sie können nur ein Loch machen und die Brücke beschädigen. Und bevor wir wichtige Aussagen machen, müssen wir selbst …

Frohstedte: Ich bin kein Befürworter der Brückenidee, ich möchte pragmatisch verstehen, was sie wollen.

Da dies eine Übersetzung aus dem Russischen war, die von dem deutschen Original angefertigt wurde und ich das zurück ins Deutsche übersetzt habe, mag der Text in Details vom Ori-

ginal abweichen, aber der Sinn dürfte der gleiche bleiben. Ich werde die Tonbandaufnahme veröffentlichen, sobald sie in Rußland veröffentlicht wurde.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. März 2024 (x1.361/…): >>**Der Weg in den Polizeistaat**

Im Netz wird jeder zum potentiellen Straftäter - schon Retweets können für Hausdurchsuchung reichen. Und die Bundesregierung will im Kampf gegen Rechts weiter beschleunigen. Wenn jeder Straftäter ist und der Staat entscheidet, bei wem es verfolgt wird, entsteht ein Willkür-Staat.

Jonas Aston

"Lauter Haß - leiser Rückzug. Wie Haß im Netz den demokratischen Diskurs bedroht", so lautet der Titel einer von Familienministerin Lisa Paus (Grüne) kürzlich vorgestellten Studie. "toxische Kommentare, Drohungen, beängstigende Kampagnen" seien ihr zufolge auf sozialen Plattformen "allgegenwärtig". Kaum ein Themengebiet treibt die Ampel stärker voran als den Kampf gegen "Haß", "Desinformation" und "Rechts". In diesem Kampf wird nun wohl eine neue Eskalationsstufe gezündet.

Durch das vom damaligen Justizminister Heiko Maas (SPD) 2017 initiierten Netzwerkdurchsetzungsgesetz wurden Meinungsäußerungen in der digitalen Welt erstmals weitgehenden Beschränkungen unterworfen. Was dies im Einzelfall bedeuten kann, erfuhr kürzlich ein Twitter-User. Im Oktober retweetete er ein Bild, welches den palästinensischen Antisemitismus satirisch mit dem Nationalsozialismus vergleicht.

Gegen 6:30 Uhr am Mittwochmorgen der vergangenen Woche standen dann drei Polizeibeamte mit einem Durchsuchungsbefehl vor seiner Haustür. Durch das aktuell diskutierte Digitale-Dienste-Gesetz soll die Dichte an Regulierungen und Beschränkungen deutlich ausgeweitet werden. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, werden die Bürger künftig noch schärfer ins Visier genommen werden.

Eine entscheidende Rolle wird hier das Bundeskriminalamt (BKA) spielen. Schon seit dem 1. Februar 2022 betreibt das BKA eine zentrale Meldestelle, um gegen strafbare Inhalte im Internet vorzugehen. Die Verfolgung von "Haßkriminalität" im Netz wurde damit zentral zusammengeführt. Das Vorgehen gegen "Haßkriminalität" hat inzwischen auch schon erhebliche Ausmaße angenommen.

Wurden im Juni 2021 dem BKA noch 81 Meldungen vermeintlich strafrechtlich relevanter Inhalte übermittelt, so waren es im Juni 2023 1556 Eingänge, die das BKA verzeichnete. Bei jedem dieser Meldungen wird bei dem jeweiligen Internetanbieter eine Löschung der Äußerung "angestoßen". Zudem nimmt das BKA eine strafrechtliche Erstbewertung der Äußerung vor und leitet die Äußerung gegebenenfalls an die zuständige Staatsanwaltschaft weiter.

BKA-Meldestelle soll hunderttausende Äußerungen auf strafrechtliche Relevanz prüfen

Geht es nach den Plänen der Bundesregierung, soll die Zahl der Eingänge mutmaßlich strafbarer Äußerungen um ein Vielfaches steigen. Beim BKA arbeitet man derzeit an der Einrichtung einer Meldestelle zur Verfolgung von Haßkriminalität. Eine Meldestelle sollte bereits 2017 im Zusammenhang mit dem vom damaligen Justizminister Heiko Maas (SPD) initiierten Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) eingerichtet werden. Plattformbetreiber sollten potentiell strafrechtlich relevante Inhalte an diese Behörde melden. Zum damaligen Zeitpunkt ging man von rund 250.000 gemeldeten Inhalten und daraus rund 150.000 resultierenden Verfahren pro Jahr aus. Der Personalbedarf wurde auf rund 200 geschätzt.

Doch das Projekt platzte. Die Betreiber von Online-Plattformen klagten und wehrten sich erfolgreich gegen die Pläne der Bundesregierung. Nun, rund sieben Jahre später, unternimmt die Bundesregierung einen neuen Anlauf. Die neue Meldestelle soll jedoch wesentlich mehr Fälle

bearbeiten, als es noch 2017 geplant war. 450 Beamte sollen dann rund 720.000 übermittelte Vorgänge pro Jahr prüfen. Plattformbetreiber sind hier künftig verpflichtet, bei "Kenntnis von Informationen, die den Verdacht begründen, daß eine Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit einer Person … darstellt, begangen wurde", die entsprechenden Behörden zu informieren, wie es in dem Digital Services Act (DSA) heißt.

Das BKA nimmt dann eine strafrechtliche Erstbewertung vor und leitet die entsprechenden Vorfälle dann an die zuständige Staatsanwaltschaft weiter. Dieses Verfahren ist - wie erwähnt - auch schon heute Praxis. Es ist jedoch hochumstritten und dürfte nach der Verabschiedung des Digitale-Dienste-Gesetzes massenhaft zum Einsatz kommen. Ohne daß eine Strafanzeige vorliegt oder die Staatsanwaltschaft selbst tätig geworden ist, sollen Bürger nun ins Visier der Justiz geraten können. Ähnliches war bisher nur im Bereich der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung möglich. Hinzu kommt noch, daß die Bundesregierung den Kampf gegen "Haß" und gegen "Rechts" zunehmend an nicht staatliche Stellen auslagert.

Die "Meldestelle REspect!" erhält über das Programm "Demokratie Leben" großzügige staatliche Mittel. Zugleich besteht ihr einziger Zweck darin Strafanzeigen wegen mutmaßlich strafbarem "Haß im Netz" zu stellen. Die Organisation rühmt sich auf ihrer Website damit, bereits mehr als 8.000 Anzeigen beim BKA eingereicht zu haben. Die "Meldestelle REspect!" ist dabei nur ein Beispiel von vielen.

Die Methode, mit der hier vorgegangen wird, ist mehr als fragwürdig. Die Bundesregierung fördert Organisationen, die de facto staatliche Aufgaben wahrnehmen. Diese Organisationen müssen allerdings nur privates Recht gegen sich gelten lassen. Gleichbehandlungsgrundsätze oder ähnliches gilt für ihr Wirken nicht. Sie können mit undurchsichtigen Methoden agieren und sind politisch alles andere als neutral, sondern verfolgen vielmehr eine eigene (linke) Agenda.

Das Verbreiten von Fake News als Straftat

Doch auch mit dem Digitale-Dienste-Gesetz dürfte nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sein. Zahlreiche Politiker fordern, daß die Verbreitung von "Fake News" zum strafrechtlichen Tatbestand gemacht werden soll. Der ehemalige niedersächsische Innenminister und heutige Verteidigungsminister Boris Pistorius erklärte etwa im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, daß es "verboten werden" müsse, "öffentlich unwahre Behauptungen die Versorgungslage der Bevölkerung, die medizinische Versorgung oder Ursache, Ansteckungswege, Diagnose und Therapie von COVID-19 betreffend zu verbreiten." Die Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz Vera Jourová fordert die Einführung eines Fake-News-Paragraphen.

Dieser Straftatbestand würde wohl einem weiten Interpretationsspielraum offenstehen. Wie bei einem solchen Paragraphen etwa die Abgrenzung zur Satire getroffen werden soll, ist fraglich. Ebenso unklar ist, ab welchem "Falschheitsgrad" eine Behauptung als "Desinformation" eingestuft werden soll. Da Sprache regelmäßig Sachverhalte vereinfacht oder zuspitzt, ließen sich wohl unzählige Behauptungen als wie auch immer geartete "Falschinformation" klassifizieren. Doch auch schon heute werden Verfahren - ganz ohne Fake-News-Paragraphen - wegen mutmaßlicher Desinformation eingeleitet.

Aktuell ermittelt der Staatsschutz gegen Veranstalter der seit Corona stattfindenden Montagsproteste in Dresden. Auf der Demonstration wurde eine mittels Künstlicher Intelligenz (KI) erstellte Audiodatei abgespielt, auf welcher sich Tagesschau-Sprecher Jens Riewa für Lügen in der Flüchtlingskrise entschuldigte. Dem Staatsschutz zufolge begründet dies den Verdacht auf Volksverhetzung. Entscheidend für die Ermittlungen sei weniger, was in der Audiospur konkret gesagt wurde, sondern vielmehr, inwiefern durch die Tondatei Desinformationen verbreitet wurden. Mit der Einführung eines weiteren "Gummiparagraphen" dürfte die strafrechtliche Verfolgung in vergleichbaren Fällen noch einfacher werden.

Im Kampf gegen "Haß" und gegen "Rechts" läßt die Bundesregierung alle Hemmungen fallen. Um diesen Kampf auszuweiten, sollen immer mehr Restriktionen durchgesetzt und sogar Straftatbestände mit großem Interpretationsspielraum eingeführt werden. Das Prinzip der Rechtssicherheit wird zu Gunsten zunehmender staatlicher Willkür aufgeweicht. Und durch die digitalen Wege wird quasi jeder Bürger potentiell zum Fall für den Polizeiapparat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. März 2024: >>**Der Plan: Durch Chaos zur Neuen Weltordnung**

Von *Daniell Pföhringer*

In seinem Buch "Demozid" deckte Peter Orzechowski auf, welche Pläne die Globalisten schmieden, um die Weltbevölkerung zu dezimieren. Nun hat der bekannte Investigativjournalist mit seinem neuen Werk "Chaos" nachgelegt - und zeigt auf, wie wir von den gleichen Kreisen in immer neue Konflikte und Krisen getrieben werden, um letztendlich im Namen der NWO versklavt zu werden.

Der erfahrene Journalist Peter Orzechowski nimmt kein Blatt vor den Mund, kennt keine Tabus und nennt in seinen Büchern Ross und Reiter. Bestes Beispiel: Sein im Herbst letzten Jahres erschienenes Enthüllungswerk "Demozid", in dem er anhand nachprüfbarer Fakten nachweist, daß die Globalisten auf verschiedenen Wegen daran arbeiten, die Weltbevölkerung zu dezimieren.

Besonders übel: Der Krieg der globalen Eliten gegen die Menschheit wird an mehreren Fronten geführt. Hauptkampflinien sind laut Orzechowskis "Demozid" der "Angriff auf unsere Gesundheit" (Stichwort: mRNA-Gentherapie), "die Vernichtung unserer Nahrungsquellen", unter anderem durch mutwillig herbeigeführte Lieferengpässe, Großbrände und Dürren, bewußt erzeugte Klimaveränderungen (Stichwort Geo-Engineering und Wettermanipulation), aber auch handfeste militärische Auseinandersetzungen wie derzeit in der Ukraine.

Ordo ab Chao: Eine alte Strategie in neuem Gewand

Doch das alles reicht den selbsternannten Weltherrschern noch nicht. Ihr Endziel ist eine globale Diktatur, in der die Völker eingeebnet und alle Menschen zu Sklaven degradiert werden sollen, um dem Großen Geld und den Strippenziehern im Hintergrund zu dienen. Realisiert werden soll dies nach dem alten freimaurerischen Motto: "Ordo ab Chao" - durch Chaos zur Neuen Weltordnung!

In seinem neuen Enthüllungswerk "Chaos" belegt Orzechowski, daß nun die zweite Stufe auf dem Weg zur NWO erreicht ist. Durch eine immer schnellere Abfolge von Krisen und Konflikten soll die Welt in ihren Grundfesten erschüttert werden. Die perfide Strategie dahinter: Wenn alles aus den Fugen gerät, wünschen sich völlig verängstigte Bürger nichts sehnlicher, als daß endlich wieder jemand für Ordnung sorgt. Die Menschen sind dann bereit, sich jedem Diktat des vermeintlichen Retters zu beugen.

In "Chaos" demaskiert Orzechowski die Anstifter und geistigen Väter dieser Strategie und zeigt anhand verstörender Beispiele auf, welchen Masterplan der Macht- und Geldelite verfolgt. Sie erfahren, wie die Globalisten schon jetzt für Unruhen und Konflikte sorgen - und wo als nächstes Chaos ausbrechen wird? Und Sie lesen, welches Endziel, welche grauenhafte Zukunft die Great-Reset-Strategen für uns alle vorsehen.

Mangel, Flucht, Elend und Tod

Ein Teil der NWO-Strategie besteht zweifelsohne darin, das Denken der Menschen zu verwirren: durch die Umdeutung von Begriffen, die Zerstörung von Werten, das Canceln von Vertrautem, die Verbreitung von Fake News und vieles mehr.

Ein weiteres Schlachtfeld: Die Masseneinwanderung nach Europa, die von einflußreichen Kreisen weiter forciert wird: Sie spaltet die Gesellschaft, zerstört die innere Sicherheit und zersetzt Traditionen, Werte, Kulturen und den Nationalstaat. Bürgerkriege drohen - sie werden auch bewußt geschürt.

Natürlich gehört zu der Errichtung einer Weltdiktatur ebenfalls dazu, die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln und Energie zu behindern: Wenn wir heute von einer Energiekrise und der Unterbrechung von Lieferketten sprechen, so ist das alles kein Zufall, sondern gewollt. Diese erschreckende Schlußfolgerung muß man aus dem ziehen, was Orzechowski in seinem Buch "Chaos" schreibt. Zugleich werden Kriege und geopolitische Konflikte angeheizt. Die Folgen sind Mangel, Flucht, Elend und Tod.

Operation Dritter Weltkrieg

Den Autor von "Demozid" und "Chaos" kann man dabei kaum als sogenannten Verschwörungsspinner abtun: Orzechowski studierte Politikwissenschaften, Geschichte und Germanistik in München und arbeitete dann ab 1978 bei verschiedenen Zeitungen, war zunächst als Redakteur, dann als Chef vom Dienst und schließlich als Chefredakteur tätig. Von 1995 bis 2013 war er außerdem Dozent an der Akademie der Bayerischen Presse in München.

Mit Werken wie "Der Dritte Weltkrieg - Schlachtfeld Europa", "Durch globales Chaos in die Neue Weltordnung", "Durch Corona in die Neue Weltordnung", aber auch als Autor in COMPACT-Spezial "Geheime Mächte - Great Reset und Neue Weltordnung" hat sich der erfahrene Journalist und Publizist einen Namen in der alternativen Medienszene gemacht. Man weiß: Wo Orzechowski draufsteht, sind fundierte Analysen, brandheiße Enthüllungen und erstaunliche Fakten drin.

Das ist auch bei seinem neuen Werk "Chaos" der Fall. Und zwar akribisch mit Quellen belegt. Darum eignet sich das Buch ideal zur Weitergabe im Freundes- und Bekanntenkreis, denn es überzeugt auch Menschen, die sich bislang kaum mit solchen Hintergrundinformationen auseinandergesetzt haben. Wer wissen will, mit welchen Methoden und auf welchen Feldern der Krieg der globalen Eliten gegen die Bevölkerung heute und in Zukunft geführt wird, kommt an diesem Enthüllungswerk nicht vorbei.

Was besonders bedenklich ist: Die Herrscher im Hintergrund rüsten die USA und ihre Verbündeten immer weiter gegen die Rivalen Rußland und China auf. Was einmal mehr dem Zweck dient, die Menschen zu ängstigen und für Chaos zu sorgen, macht einen Dritten Weltkrieg immer wahrscheinlicher. Die Globalisten scheinen dies zur Durchsetzung ihrer Interessen offensichtlich in Kauf zu nehmen.

Um so wichtiger, daß das Buch "Chaos" weite Verbreitung findet. Denn so ist man gewarnt, man weiß, was auf uns zukommt - und kann seinen Teil dazu beitragen, daß sich am Ende die Kräfte des Guten gegen die Mächte der Finsternis durchsetzen.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. März 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen -** Die gewaltsame Verbreitung des Islam

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mohammed und die gewaltsame Verbreitung des Islam

Mohammed (um 570–632, eigentlich Abu I-Kasim Muhammad Ibn Abdallah, Stifter des Islam) fühlte sich etwa ab 610 durch Visionen ("Koran-Offenbarung") zum Propheten berufen und verkündete in Mekka seine Offenbarungen.

Die islamischen Grundpflichten (Die 5 Säulen des Islam):

1) der Glaube, daß es keine Gottheit gibt außer Allah und daß Mohammed der Gesandte Allahs ist,
2) die Pflicht, fünfmal täglich den obligaten Gottesdienst (Szalat) zu verrichten,
3) die Almosensteuer (Zakat) an den öffentlichen Schatz zu entrichten,
4) das Fasten im Monat Ramadhan,
5) die Wallfahrt nach Mekka.

Neben diesen Pflichten wurden die Bekämpfung der Ungläubigen (Dschihad) und die gewalt-

same Verbreitung der Herrschaft des Islam gefordert. Die Zerstrittenheit der Christen erleichterten später den Erfolg des Islam im Orient.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die gewaltsame Verbreitung des Islam (x327/300-304): >>**Der Aufbruch des Islam**
Die Expansion des Islam, zunächst von Persien wie Byzanz unterschätzt, war das bedeutsamste Ereignis des 7. Jahrhunderts, ja, ein einzigartiges Geschichtsphänomen.
Seit der germanischen Völkerwanderung hat nichts mehr derart die europäische Geschichte bestimmt. Und während das Ergebnis der entfernt vergleichbaren früheren Hunnen-, der späteren Mongolenstürme in Europa nur kurzlebig war, dauern die Folgen des Arabersturms bis jetzt fort. "Noch heute sitzen die Anhänger der neuen Religion fast überall da, wo sie unter den ersten Kalifen zum Siege gelangt ist. Ihre blitzartige Ausbreitung ist, verglichen mit dem langsamen Fortschreiten des Christentums, ein "wahres Wunder".
Einerseits war der Islam (das Wort bedeutet nach koranischem Sprachgebrauch: Unterwerfung, Ergebung in den göttlichen Willen) streng monotheistisch. Er verdammte das in Arabien weit verbreitete und gerade deshalb befehdete Trinitätsdogma des Christentums als Polytheismus. (Doch hatte Mohammed selbst, vorübergehend, drei Göttinnen, engelartige Fürsprecherinnen, bei Allah zugelassen, plötzlich aber, als zu gefährlichen Kompromiß, wieder preisgegeben).
Anderseits ging der Islam aus Elementen des Judentums und Christentums hervor, war diesem sogar eng verwandt, wenn auch mit eigenen Zügen (u.a. der Erlaubnis für den Mann, vier Frauen zu haben und ungezählte Kebsen).
Wie das Christentum verkündete der Islam das ganz nahe, furchtbare Endgericht (dessen Zeitpunkt man freilich, als es nicht kam, genau wie bei den Christen, in immer weitere Ferne verlegte). Man kannte auch das Höllenfeuer in der neuen alten Religion, die schattigen Gärten des Paradieses, die Pflicht zu Glaube, Buße, Gebet.
In Moses und Jesus sah der Islam, der die Urreligion, die "Religion Abrahams", wiederherstellen wollte, nicht falsche Propheten, sondern solche, die noch nicht die ganze Wahrheit erkannt oder deren Jünger sie verfälscht haben. Es ist bezeichnend, daß man den neuen Glauben zunächst nur für eine weitere "Ketzerei" orientalischen Christentums hielt; wie ja noch die Scholastiker die Moslems unsicher als "Ketzer oder Heiden" bezeichnen. Mohammed ibn Abdallah wurde wahrscheinlich um 570 in Mekka geboren und um 610 auf dem Berg Hira durch jenseitige Visionen, Stimmen "berufen".
Doch erst seine Ehe mit der bereits etwas bejahrten, aber reichen Kaufmannswitwe Khadidscha, deren Kameltreiber er war, gab ihm die wirtschaftliche Unabhängigkeit für sein Prophetentum, seine Nervenkrisen, Gehörs- und Gesichtshalluzinationen, mystischen Offenbarungen. Und nach Khadidschas Tod gönnte er sich die Freuden eines wohlbesetzten Harems - zum Übersinnlichen das Sinnliche. Trotz kräftiger lokalpatriotischer Töne waren die Anfänge kläglich.
Meist Sklaven und Arme hingen Mohammed an; es erinnert an die ersten Anhänger Jesu. Von der eigenen Familie blieb - selbst und gerade - sein treuer Pflegevater und Onkel Abu Talab ungläubig bis ins Grab. So erlaubte Gott schließlich seinem Propheten, Ungläubige auch mit der Waffe zu bekämpfen. Der Missionar mauserte sich zum Kriegsherrn. (Auch das war bei den Christen, seit dem 4. Jahrhundert, nicht anders - nur kam hier ein ungeheuer widerliches Heucheln hinzu; tat man doch das Gegenteil von dem, was man lehrte). Mohammed missionierte wenigstens mit erklärter Gewalt, mit etwas Raub bloß zunächst, bescheidenem Blutvergießen noch, einer Art Kleinkrieg gegen die ungläubige Vaterstadt.
"Der Unterhalt meiner Gemeinde", lautet ein ihm zugeschriebenes Ondit, "beruht auf den Hufen ihrer Rosse und den Spitzen ihrer Lanzen, so lange sie nicht den Acker bestellen; wenn sie anfangen das zu tun, so werden sie wie die übrigen Menschen."

622, dem Jahr 1 mohammedanischer Zeitrechnung, war der Prophet aus dem ungläubigen Mekka nach Medina geflohen. Und als er einmal mit 300 Soldaten eine Karawane aus seiner Geburtsstadt überfiel, wobei Engelscharen auf seiner Seite mitstritten, holte er sich seine ersten militärischen Lorbeeren. Es nährte seine Allüren wohl ebenso wie jener Glaubensakt in Medina, wo er 627 Hunderte von Juden köpfen und ihre Frauen und Kinder in die Sklaverei verkaufen ließ - was für ein inspirierendes Beispiel für die christliche Welt!
630 nahm er Mekka wieder in Besitz und "bekehrte" es, womit sein Sieg in Arabien entschieden war. 632 starb er, das Haupt im Schoß seiner Lieblingsgattin - und mitten in der Vorbereitung zu neuen Feldzügen, zwischen denen, auf denen er immer weitere göttliche Offenbarungen gehabt. "Das Paradies", lehrt er, "liegt im Schatten der Schwerter."
633 begann der Großangriff. Unter Mohammeds erstem Paladin, seinem Schwiegervater Abu Bekr (632-634) - er avancierte zum Kalifen (Khalifa, Nachfolger) -, gewann man das angrenzende Gebiet zwischen Jordan und Euphrat, erst der Auftakt. Doch unter Kalif Omar (634-644), dem eigentlichen Schöpfer des islamischen Großreiches, folgte ein phantastisch schneller Siegeslauf, vor allem auf Kosten des Christentums, dessen Länder die islamischen Großhändler für ihre Marktwirtschaft brauchten.
"Es ist unsere Aufgabe", so Omar angeblich, "die Christen zu verschlingen, und die Aufgabe unserer Söhne, ihre Nachkommen zu verschlingen, solange es noch welche gibt." Aber selbst das katholische "Handbuch der Kirchengeschichte" läßt die verhältnismäßige Toleranz der Araber bei ihren Eroberungen wiederholt durchblicken: "Die gleichen Steuern waren zu bezahlen, und das kirchliche Leben wurde nicht wesentlich gestört ... im Prinzip genossen Kirchen und Klöster eine relative Freiheit."
635, nach sechsmonatiger Belagerung wurde Damaskus erobert, 636 Syrien überrannt, 638 Jerusalem und Antiochien gewonnen, 639 Ägypten, 642, nach der Schlacht von Nihawad, Persien. Mittellos und ohne Truppen floh sein letzter König Yazdgard (Jezdegerd) III. von Provinz zu Provinz, bis er 652 im Gebiet von Merw einem Mordanschlag erlag. 644 war auch Kalif Omar durch einen persischen Sklaven in Medina umgekommen; doch zuvor, in wenigen Jahren, war das byzantinische Imperium auf ein knappes Drittel geschrumpft, die Eroberung des Herakleios, sein Lebenswerk, vor seinen Augen zusammengebrochen.
Auch Omars Nachfolger Othman (646-656) wurde ermordet, zuvor aber 647 Tripolitanien, die Cyrenaika genommen, 649 Kypros, 654 Rhodos, wo man den berühmten Koloß als Altmetall an einen jüdischen Händler verkaufte. Sogar die oströmische Flotte unterlag an der Küste von Lykien, ja Konstantinopel selbst geriet in Gefahr.
Kaiser Konstans II. (641-668) gab die Stadt bereits auf und regierte in seinen letzten Jahren (663-668) von Italien aus. Indes, am christlichen Byzanz, an seiner Flotte - vom 8. bis 11. Jahrhundert die beste im Mittelmeerraum und in ganz Europa - prallten die Araber ab.
668, 672, 677 stoppte sie die byzantinische Marine, besser gebaute, besser bewaffnete Schiffe, vor allem mit dem durch Kallinikos von Baalbek erfundenen "griechischen Feuer": eine vom Bug katapultierte, auch unter Wasser weiter brennende und am Ziel haftende, geheimgehaltene Mixtur wahrscheinlich aus Naphtha, Bitumen, Pech, Schwefel, Harz, Öl und ungelöschtem Kalk, die jahrzehntelang die Seeschlachten entschied - die direkte Vorstufe des Schießpulvers.
Obwohl die Araber fünf Jahre lang, zwischen 674 und 678, in härtesten Attacken die oströmische Hauptstadt zu Wasser und zu Land bestürmten, wurden sie stets von neuem abgeschlagen.
Kalif Moawijah mußte 678, nach einem Doppelsieg der Byzantiner zu Land und See, einen unvorteilhaften Frieden unterzeichnen.
In der übrigen Welt freilich ging der Siegeslauf der Araber weiter. Unter Abdul Melik (685-705) und seinem Sohn Welid I. (705-715) gewannen sie Turkestan, Kaukasien und Nordafrika, wo man die Berber "bekehrte". 681 wurde erstmals die marokkanische Atlantikküste er-

reicht, 697 Karthago erobert. Bis 698 waren alle Festungen Nordafrikas endgültig genommen, und von Tunis, der neuen Hauptstadt aus, kontrollierte die Flotte der Okkupanten das westliche Mittelmeer.
Noch ehe das Säkulum zu Ende ging, besaßen die Araber das größte Territorialreich der Weltgeschichte, ausgedehnter als das Römische Reich oder das Alexanders. Schließlich reichte ihr Imperium vom Aralsee bis zum Nil und vom Golf von Biskaya bis China. Innerhalb eines Menschenalters verlor die Kirche zwei Drittel ihrer Gläubigen an den Islam. Und fast alle islamischen Eroberungen, abgesehen von Teilen Spaniens und des Balkans, sind bis heute islamisch geblieben. …<<

Vordringen des Islam nach Westen

Moslemische Truppen überquerten im Jahre 711 die Straße von Gibraltar und besiegten den Westgotenkönig Roderich. Der letzte Westgotenkönig Roderich fiel in der Schlacht von Guadalete. Die Westgoten wurden danach in den folgenden 4 Jahren von den Berbern und Arabern (Mauren) fast vollständig überrannt. Fast ganz Spanien wurde von den Arabern erobert und ein Teil des großen Kalifats der Omejjaden.
Karl Martell, der seit 714 als Majordomus (Hausmeier) des Frankenreiches regierte, besiegte im Jahre 732 zwischen Tours und Poitiers die aus Spanien vorrückenden Araber (Sarazenen) und stoppte das Vordringen des Islam nach Westen.
Mit diesem Sieg wurde die europäische Christenheit erfolgreich verteidigt und der Islam schließlich zum Rückzug gezwungen (Beginn der jahrhundertelangen Reconquista bzw. Rückeroberung Spaniens).
Am 2. Januar 1492 eroberten kastilische Truppen Granada (Fall des letzten maurischen Königreiches in Spanien) und beendeten schließlich nach 781 Jahren die Fremdherrschaft des Islam auf der Iberischen Halbinsel. Die Reconquista förderte nachweislich den Zusammenhalt der spanischen Gesellschaft und prägte später auch die spanische Kolonisation Lateinamerikas.

Untergang des Oströmischen Reiches

Im Jahre 1453 griffen etwa 80.000 Türken Konstantinopel, die Hauptstadt des Byzantinischen Reiches, an. Konstantinopel wurde damals von etwa 5.000 bewaffneten Byzantinern und 2.000 Italienern verteidigt.
Bei der Belagerung setzten die Türken erstmalig schwere Geschütze mit Steinkugeln und eisernen Granaten sowie Bomben ein. Am 29. Mai 1453 wurde die Oströmische Hauptstadt von den Türken erobert. Der letzte Oströmische Kaiser Konstantin XI. fiel bei den Kämpfen. Die Türken richteten nach dem Einmarsch ein Blutbad an. Viele Christen wurden verschleppt und versklavt. Nach der Eroberung Konstantinopels flohen vor allem die griechischen Gelehrten und Künstler nach Italien.
Ein Zeitzeuge berichtete damals über die Eroberung der Hauptstadt des Byzantinischen Reiches (x248/93): >>… Am dritten Tage waren die Feinde im Besitze der ganzen Stadt. Es war um ½ 9 Uhr vormittags, am 29. Mai 1453. Die Eindringenden plünderten und machten Gefangene, die Überrumpelten, die sich widersetzten, wurden erschlagen. An manchen Orten war die Erde nicht mehr zu sehen vor lauter Toten, die umherlagen. Es war ein schrecklicher Anblick, jammervoll anzusehen, wie sie unzählige Gefangene wegführten, vornehme Damen, Jungfrauen und gottgeweihte Nonnen, und wie sie sie an den Haaren aus den Kirchen herauszerrten, unter fürchterlichem Jammergeschrei, dazu das Weinen und Heulen der Kinder, die entweihten heiligen Orte – wer könnte all das Grauen beschreiben? …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Eroberung Konstantinopels (x331/233): >>… Und am 29. Mai 1453 verlieren sie sogar Konstantinopel. Vom Westen weitgehend im Stich gelassen, nur von einigen venezianischen Galeeren und ein paar hundert Seeräubern unter dem damals fallenden berühmten ge-

nuesischen Piraten Giovanni Giustiniani unterstützt, dringen nach fast achtwöchiger Belagerung 150.000, 265.000 oder noch mehr Türken unter Allah-Geschrei in Konstantinopel ein. Sultan Mehmet II. reitet hoch zu Roß in die einst von Kaiser Justinian erbaute Hagia Sophia, auf der Kanzel erschallt das Lob des Propheten, Tausende von Christen werden ausgeraubt, geschändet, abgestochen, 50.000 in die Sklaverei geführt.
Mit diesen Schlägen war Byzanz vernichtet, das Schicksal des oströmischen Reiches ebenso besiegelt wie das des Balkans …<<
Nach dem Ende des Byzantinischen Reiches begann die islamische Bedrohung Europas durch die Türken. Konstantinopel blieb bis 1923 die türkische Hauptstadt (Istanbul).
Infolge der Eroberung des Byzantinischen Reiches versperrten die Türken den Landweg nach Indien, der seit Jahrhunderten von Karawanen genutzt wurde, und kontrollierten den östlichen Mittelmeerraum, so daß die europäischen Staaten gezwungen wurden, einen Seeweg nach Indien zu suchen.

Die gegenwärtige Massenmigration aus islamischen Ländern

Bundeskanzler Helmut Schmidt warnte bereits im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<
Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtete im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<
Der deutsch-türkische Journalist Denize Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration" schrieb am 4. November 2011 in dem Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**

Super, Deutschland schafft sich ab!

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.
Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!
Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.
Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben. …
Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.
Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: Die Etrusker wurden zu Bürgern Roms, die Hethiter gingen im anatolischen Völkergemisch auf, die Skythen verschwanden irgendwo in den Weiten der Steppe.

Eine Nation, die mit ewiger schlechter Laune auffällt

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. …

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?
Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<
Das österreichische Internetmagazin "KATH.NET" berichtete am 27. April 2012 (x894/…):
>>**Was steht eigentlich im Koran?**
Islamistische Salafisten verteilen derzeit 25 Millionen Ausgaben des Korans im deutschsprachigen Europa. Wer schon einmal hineingeschaut hat, weiß: Er ist nur schwer zu verstehen. idea bat deshalb einen evangelischen Islam-Experten, Pfarrer Eberhard Troeger (Wiehl bei Köln), die wichtigsten Aussagen des Korans zusammenzustellen. Die Zitate sind dem GTB-Sachbuch "Der Koran" (1992) in der Übersetzung von Adel Theodor Khoury entnommen. …
Der unvoreingenommene Koranleser … muß … sich mit der religiösen und politischen Geschichte des Nahen Ostens im 7. Jahrhundert nach Christus und mit der Geschichte des frühen Islams beschäftigen. Denn der Koran ist ein sehr irdisches Buch. Er spiegelt einen religiösen und politischen Prozeß wider, in dem sich die zentralarabischen Stämme vom Heidentum lossagten, manche Glaubensinhalte und Praktiken aus dem Judentum und dem Christentum entlehnten, diese aber umdeuteten, um einem typisch "arabischen Eingottglauben" zu folgen. Er wurde die Gemeinschaftsreligion eines neuen Großstaates.
Dieser Prozeß verlief konfliktreich und blutig, wurde aber vom Koran göttlich sanktioniert. Der Koran ist somit die Urkunde der religiösen und politischen Emanzipation der Araber von den umgebenden Völkern, Kulturen und Religionen.
Islam bedeutet Unterwerfung und Gehorsam
… Er bestimmt alles (8, 17), gegen ihn kann niemand etwas ausrichten. Er fordert vom Menschen bedingungslose Hingabe, Unterwerfung und Gehorsam - genau das ist auch die Bedeutung des Wortes "Islam". Gleichzeitig wird Allah als der "Allerbarmer" gepriesen. In seinem Namen werden alle Suren gelesen, jede Sure beginnt mit der Formel "Im Namen Gottes, des Erbarmers, des Barmherzigen." Er gewährt den Menschen ihren Lebensunterhalt, beschützt sie und zeigt ihnen im Koran den rechten Weg zum Paradies (1, 6-7). Der Koran verkündigt Allah als den von allem Menschlichen getrennten, absolut freien und gleichzeitig großzügigen Herrn.
Frauen stehen grundsätzlich unter den Männern
In verschiedenen Zusammenhängen wird das Menschenbild des Korans deutlich. Der Mensch ist Diener Allahs, um die Erde zu verwalten (2, 30 f.). Dabei stehen die Frauen grundsätzlich unter den Männern (4, 34). …
Nach dem Koran war auch Jesus ein Muslim
… Nach dem Koran war auch Jesus ein Muslim und Gesandter Allahs (4, 171); er war also nicht Sohn Gottes und starb auch nicht am Kreuz (4, 157). Er hat sogar einen Nachfolger angekündigt (61, 6), was auf Mohammed gedeutet wird. Dieser gilt als der letzte Gesandte Allahs (33, 40). Alle Menschen müssen Mohammeds Botschaft glauben und ihm gehorchen (24, 54).
Die Überlegenheit des Islams
Damit spricht der Koran die Überlegenheit des Islams über die früheren Glaubensweisen aus, denn die Muslime sind die beste Gemeinschaft (Sure 3, 110). Da sich der Islam bereits in Medina (einer Stadt in Saudi-Arabien) zu einem Herrschaftssystem entwickelt hatte, wird hier im Kern die Herrschaft des Islams über die ganze Welt formuliert (vgl. 61, 9).
Juden und Christen werden verflucht
Der Koran enthält zahlreiche Verfluchungen der Gegner des Islams. Juden und Christen (die

"Schriftbesitzer") werden verdächtigt, ihre heiligen Bücher nicht richtig zu zitieren bzw. Texte zu "verheimlichen" - und werden dafür verflucht …
Der Koran fordert Allah auf, gegen sie zu "kämpfen" und sie zu bestrafen. Es sind solche Texte, die heute die Sicht vieler islamistischer Fundamentalisten auf Nichtmuslime prägen.

Die Blutrache wird vorgeschrieben

Der Koran enthält "Rechtsvorschriften", die sich mit einer Rechtsordnung nach unserem Verständnis nicht vertragen. In den muslimischen Rechtsschulen werden solche Anweisungen unterschiedlich "streng" ausgelegt: Moderate Muslime wollen sie nicht mehr angewandt wissen, aber Fundamentalisten fordern ihre wörtliche Befolgung. …
Die Blutrache wird vorgeschrieben bzw. erlaubt mit der Möglichkeit, Blutgeld zu zahlen (2, 178: "der Freie für den Freien"; 17, 33). Bis heute führt diese Regel in muslimischen Gesellschaften zu blutigen Fehden.

Frauen dürfen gezüchtigt werden

Der Koran erlaubt Männern, ihre Frauen körperlich zu züchtigen, wenn sie ihnen nicht gehorchen (4, 34: "Entfernt euch von ihnen in den Schlafgemächern und schlagt sie"). Den Frauen wird befohlen, sich in der Öffentlichkeit zuchtvoll zu kleiden ("ihre Scham zu bewahren") und ihren Schmuck nicht zu zeigen (24, 31). Aus Anweisungen wie Sure 33, 59 ("etwas von ihrem Überwurf über sich herunterziehen") eine Ganzkörperverhüllung abzuleiten, ist allerdings weit hergeholt. …

Wer gegen den Islam kämpft, wird mit dem Tod bedroht

Eindeutig ist die Tötung von Menschen vorgeschrieben, die gegen den Islam kämpfen (Sure 5, 33): "Die Vergeltung für die, die gegen Gott und seine Gesandten Krieg führen … soll dies sein, daß sie getötet oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen Hände und Füße wechselseitig abgehackt werden." Dabei kommt es darauf an, was hier unter "Kampf" zu verstehen ist: Sind verbale Angriffe auf Mohammed oder eine Verunglimpfung des Korans schon Grund genug, den Täter umzubringen? In manchen Ländern gelten entsprechende Blasphemiegesetze, und für Selbstjustiz radikaler Gruppen gibt es genügend Beispiele.

Aufruf zum "Krieg" gegen die "Ungläubigen"

Zahlreich sind im Koran die Aufrufe zum Krieg gegen Andersdenkende …
Für radikale Muslime sind grundsätzlich alle Nichtmuslime sowie alle "liberalen" Muslime Ungläubige. …<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/…): >>**Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?**

Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran

… Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampfgemeinschaft entwickelt haben.
"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" - Sure 2, 62; 109 -."
Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."
"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam." …

"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. … Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."
"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."
"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet - Sure 4,89 -".
Das Endziel ist erst erreicht, "*wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*
"*Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."*

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht - Scharia -, dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen. …
Der Dschihad "*als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit - Sure 8: 17 -, Teilhabe am Rausch des Todes - Sure 50: 19 -, an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte." …*
Einzigartig ist "*die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren* - vom 7.-8. Jahrhundert - *ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*
Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. …
"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ...<<
Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**

Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.
Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:
"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."
Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze

einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

Prof. Dr. Günter Buchholz veröffentlichte später (am 13. April 2017) die sogenannte "Frankfurter Erklärung" über die islamische Expansion (x994/…): >>**1.400 Jahre islamische Expansion, islamischer Imperialismus und islamischer Sklavenhandel**

"Nach knapp 470 Jahren islamischer Expansion durch das Schwert (632 n. Chr. bis 1099 n. Chr.) beginnen zwei Jahrhunderte der christlichen Kreuzzüge. Nachher geht der Jihad ungebrochen weiter - bis heute." ...

"Rund **60 Millionen Christen** wurden während der Eroberungszüge durch den Jihad vernichtet. Die Hälfte der glorreichen Hinduzivilisation wurde ausradiert; **80 Millionen Hindus** wurden umgebracht. Der Jihad zerstörte den ganzen Buddhismus entlang der Seidenstraße. Zirka **10 Millionen Buddhisten** kamen um. Die Bezwingung des Buddhismus ist das praktische Resultat von Pazifismus.

In der Zeit seiner Existenz hat der Islam mehr als 1 Mio. Europäer versklavt und verkauft, mehr als 2 Millionen kamen dabei zu Tode. Islamische Sklavenhändler verkauften bis zu 12 Millionen Afrikaner gen Westen (Nord und Südamerika) und weitere 18 Millionen verschleppten sie in die islamischen Kernlande. Auf einen Sklaven kamen dabei im Durchschnitt 3 Verluste (Tote!). Was die Zahl afrikanischer Opfer des Islam auf bis zu 120 Millionen anschwellen läßt. In Afrika fielen demnach während der letzten 1.400 Jahre über **120 Millionen Christen und Animisten** dem Jihad zum Opfer.

Ungefähr 270 Millionen Ungläubige starben während der letzten 1.400 Jahren für den Ruhm des politischen Islam …"

Literatur: Egon Flaig: Weltgeschichte der Sklaverei, 2. Aufl., Verlag C. H. Beck / beck'sche Reihe 1.884 / München 2011, ISBN 978 3 406 584503

Hans-Peter Raddatz: Von Allah zum Terror? - Der Djihad und die Deformierung des Westens, Herbig-Verlag, 2. Aufl. 2002, ISBN 3-7766-2289-X<<

Schlußbemerkungen

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 28. September 2015: >>**Islam: Der gefährliche Prophet**

Mohamed ist ein Vorbild für Millionen Muslime - und auch für Terroristen. Der Islamexperte Hamed Abdel-Samad kritisiert ihn als Paranoiker und Tyrannen. Ein Vorabdruck

Von *Hamed Abdel-Samad*

Viele Muslime sind noch heute Gefangene der mysteriösen Figur Mohamed, die im 7. Jahrhundert gelebt hat. Aber auch der historische Mohamed ist ein Gefangener - der übertriebenen Verehrung und des Anspruchs der Muslime an seine Unantastbarkeit. … Alles geht auf ihn zurück, er schwebt über allem und bestimmt den Alltag von muslimischen Bürgern, Politikern und Theologen. Gleichzeitig verhindern die emotionale Bindung der Muslime an Mohamed und die unreflektierte Überhöhung des Propheten eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Begründer des Islams. …

Methoden wie bei der Mafia

… Heutige Islamreformer behaupten, der Islam sei als eine moralische und soziale Revolution gegen die Ungerechtigkeit in Arabien entstanden und habe sich erst später durch die Omaijaden zu einer kriegerischen Religion entwickelt. Ähnlich argumentieren Mafia-Sympathisanten, die behaupten, die Mafia sei als Widerstandsbewegung gegen die französische Fremdherrschaft entstanden. Das Wort Mafia sei eine Akronym aus *"Morte Alla Francia Italia Anela"* - "Den Tod Frankreichs ersehnt sich Italien".

Doch die Mafia war nie eine rechtschaffene Organisation. Und auch der Islam entstand als eingeschworene Bruderschaft, die ein tiefes Mißtrauen gegenüber Menschen einte, die nicht zur Familie, nicht zum Clan gehören. Der Koran beschreibt die erste Gemeinde der Muslime

so: "Mohamed ist der Gesandte Allahs. Und die, die mit ihm sind, sind hart gegen die Ungläubigen, doch barmherzig zueinander."
Untereinander ist man freundlich, aber gegenüber Feinden gnadenlos. Ein Soldat Mohameds konnte im Gebet vor Ehrfurcht weinen und wenige Minuten später einen Ungläubigen enthaupten. Gleichermaßen kann ein Mafioso andächtig in der Kirche einer Predigt über Nächstenliebe lauschen und wenig später einen Menschen auf offener Straße erschießen.
Noch eine Parallele: Dem Boss der Bosse darf weder widersprochen noch darf er kritisiert werden. Ein Handkuß symbolisiert die Treue der Mitglieder und ihre blinde Hingabe. Mohamed nahm keine Entschuldigungen von seinen Anhängern an, wenn es um die Teilnahme am Gebet oder an einem seiner Kriege ging. Er sagte: "Keiner wird ein wahrer Gläubiger sein, bis er mich mehr liebt als seine eigenen Eltern, Kinder und alle Menschen."

Der Islam entstand als eingeschworene Bruderschaft, die ein tiefes Mißtrauen gegenüber Menschen einte, die nicht zum Clan gehören

Doch auch Despoten sind nur Männer. Oft haben sie ein Privatleben, das nicht zu ihrem Image als Alleinherrscher paßt. Einer, der ständig über Leben und Tod entscheidet, will gelegentlich schwach sein. Auch der Prophet war überfordert von der eigenen Macht. Je mächtiger er wurde, desto einsamer. Je älter er wurde, desto pubertärer sein Verhalten gegenüber Frauen - mal liebenswürdig, mal rücksichtslos, oft unsicher und eifersüchtig. Er schrieb ihnen den Vollschleier vor, schränkte ihre Bewegungsfreiheit ein und erlaubte ihnen nur dann, mit Männern zu reden, wenn eine Wand die Sprechenden trennte.

Mohameds Problem mit Frauen

Gegen Ende seines Lebens ging er mit Frauen um wie mit Gegenständen, die man nach Belieben sammeln konnte. Auf die erste Ehefrau Khadidscha folgten elf weitere, neun davon lebten mit ihm gleichzeitig in einem Haus. Dazu kamen weitere 14 Frauen, mit denen er zwar einen Ehevertrag schloß, die Ehe aber nicht körperlich vollzog. Darüber hinaus gab es zwei Dutzend Frauen, mit denen er verlobt war.
Nicht zu vergessen seine Sklavinnen, die er im Krieg erbeutet oder als Geschenk bekommen hatte. Mohamed war sogar über seinen Tod hinaus besitzergreifend und verbot seinen Frauen, sich nach seinem Ableben mit anderen Männern zu vermählen. Besonders für seine junge Frau Aischa muß es hart gewesen sein, denn sie war laut islamischen Quellen erst 18 Jahre alt, als sie Witwe wurde.
Als er sie geheiratet hatte, war Aischa gerade einmal sechs Jahre alt. Jahrhundertelang sollte das Heiraten von minderjährigen Mädchen im Islam durch Mohameds Ehe mit Aischa legitimiert werden. Heute ist es vielen moderaten Muslimen eher peinlich, daß ihr Prophet eine Sechsjährige geheiratet hatte; deshalb suchen sie verzweifelt nach Ausreden. Manche erinnern daran, daß er sie zwar ehelichte, als sie sechs Jahre alt war, aber den Liebesakt mit ihr erst drei Jahre später vollzogen hat.
Bei den Apologeten heißt es, damals seien selbst manche Neunjährige frühreif gewesen. Dem läßt sich entgegenhalten: Erstens bestätigte Aischa selbst, daß Mohamed sich ihr von Anfang an sexuell genähert und fast alles mit ihr getan habe, außer sie zu penetrieren. Zweitens: Ein neunjähriges Mädchen ist ein neunjähriges Mädchen und damals wie heute ein Kind. Es war zu Zeiten Mohameds keineswegs üblich, daß ein Mann ein Kind heiratete.
Andere Apologeten zweifeln die Richtigkeit von Aischas Alter an. Dumm nur: Ihr Alter bei der Eheschließung gab Aischa selbst an. Nun wollen einige Islamreformer des 21. Jahrhunderts davon nichts mehr wissen. Sie wollen ihr vom Humanismus geprägtes Weltbild auf den Propheten übertragen. Fakt ist: Mohameds Verhalten läßt sich nicht erst nach den Maßstäben des 21. Jahrhunderts kritisch bewerten; es widersprach schon zu seiner Zeit den herrschenden Gepflogenheiten.
Trotz der großen Zuneigung zu Aischa heiratete Mohamed im Schnitt fast alle sechs Monate

eine weitere Frau. Das Thema Untreue wurde später ein großes Thema für ihn. Nicht nur die Regel der Vollverschleierung wurde konsequent durchgesetzt, auch neue Gesetze zur Bekämpfung von Ehebruch wurden eingeführt:
Wer Unzucht trieb, wurde mit hundert Peitschenhieben bestraft. Wer Ehebruch beging, wurde zu Tode gesteinigt. Bis heute werden Frauen im Irak, in Syrien und Nigeria als Kriegsbeute mißbraucht, leiden fast überall in der islamischen Welt unter physischer Gewalt. Säureattacken auf unverschleierte Frauen, Genitalverstümmelung, Steinigungen und Ehrenmorde sind die brutalsten Formen von Frauenfeindlichkeit in muslimisch geprägten Gesellschaften. Man kann nicht nur Mohamed und den Koran dafür verantwortlich machen, aber diese haben einen großen Beitrag dazu geleistet. …

Paranoia und Kontrollwahn

Der Prophet hatte Macht und Einfluß auf die Welt, die ihn hervorbrachte. Warum aber muß er die gleiche Macht und den gleichen Einfluß in einer Welt behalten, die er nie gekannt hat? Warum muß er noch im 21. Jahrhundert bestimmen, wer wen lieben oder heiraten darf und was man tun, essen oder anziehen sollte? Warum begeben sich Muslime in diesen Geschichtskäfig? …
Viele islamische Rituale sind von sinnlosen Wiederholungen bestimmt, etwa die Gebetsverbeugungen und die Reinigungsrituale. So mußte sich jeder Muslim auch in den trockensten Regionen fünfmal am Tag für das Gebet waschen, wobei jeder Körperteil dabei dreimal mit Wasser benetzt werden mußte. Sollte einmal kein Wasser zur Verfügung stehen, solle man sich symbolisch mit Sand reinigen. Jene Stellen, die das Wasser / der Sand nicht erreicht habe, würden am Jüngsten Tag von Gott verbrannt, ließ Mohamed seine Anhänger wissen.
Möglicherweise litt er unter einem Reinheitswahn, der sowohl auf Schuldgefühlen als auch auf Kontrollzwang beruhte. Bis heute muß ein Muslim sich zum Gebet waschen, wenn er zuvor einer Frau die Hand gegeben hat. Eine Moschee muß man mit dem rechten Fuß betreten, die Toilette dagegen mit dem linken Fuß. …
Um ein guter Muslim zu sein, muß der Gläubige den Propheten auf Schritt und Tritt nachahmen. Selbstbestimmung, Flexibilität und Kreativität sind nicht vorgesehen; heutigen konservativen Islamgelehrten eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, ihrerseits Macht über die Muslime zu gewinnen. …
Das, woran die islamische Welt krankt, kann nur geheilt werden, wenn Muslime sich von den multiplen Krankheiten des Propheten lösen: Selbstüberschätzung, Paranoia, Kritikunfähigkeit sowie die Neigung zum Beleidigtsein. Auch das verzerrte Bild Gottes, das zum Vorbild für Despoten geworden ist, muß in Frage gestellt werden. Fundamentalismus ist nicht eine Folge der Fehlinterpretation des Islams, sondern eine Folge seiner Überhöhung.
Die Reform des Islams beginnt, wenn Muslime es wagen, Mohamed aus dem Käfig der Unantastbarkeit zu entlassen. Erst dann können sie selbst aus dem Gefängnis des Glaubens ausbrechen und Teil einer Gegenwart werden, die nicht von Gott, sondern von den Menschen bestimmt wird.
Hamed Abdel-Samad wurde 1972 in Kairo als Sohn eines sunnitischen Imams geboren. 1991 trat er der Muslimbruderschaft bei, von der er sich später jedoch abwendete. Heute ist er Mitglied der Deutschen Islamkonferenz und einer der bekanntesten Islamkritiker. 1995 kam Abdel-Samad nach Deutschland. Er studierte Politik und arbeitete unter anderem am Erfurter Lehrstuhl für Islamwissenschaft und am Institut für Jüdische Geschichte in München.
2013 verhängten ägyptische Islamgelehrte eine Fatwa gegen ihn und riefen zu seiner Ermordung auf. *Abdel-Samad hatte den Muslimbrüdern Faschismus vorgeworfen. 2014 veröffentlichte er sein Buch "Der islamische Faschismus - Eine Analyse". Darin schreibt er auch über die Ideologie der IS-Kämpfer. Sein neues Buch heißt "Mohamed. Eine Abrechnung" (Droemer Verlag) und erscheint am 1. Oktober 2015.<<*

Der deutsch-ägyptische Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/265-266): >>… **Ein Blick in die Zukunft**

… Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.

Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt , die aus den Fugen geraten ist.

Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.

Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.

Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr.

Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen. …<<

Ukraine: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 1. März 2024 (x1.364/…): >>**Die Etablierung des neonazistischen Regimes in der Ukraine - mit Hilfe der deutschen "Nazi-Jäger"**

Von *Herbert Ludwig*

"Neonazismus (Kurzform von: Neo-Nationalsozialismus) ist eine rechtsextreme Strömung, die sich zur Ideologie des Nationalsozialismus bekennt und die (Wieder-)Errichtung eines autoritären Führerstaats nach dem Vorbild des 'Dritten Reiches' anstrebt", definiert die Bundeszentrale für politische Bildung, eine nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums, Motto: "Demokratie stärken - Zivilgesellschaft fördern". Doch von der Bundesregierung wird diese Erkenntnis offensichtlich ignoriert. Denn seit dem Maidan-Putsch 2014 in der Ukraine unterstützt und fördert sie dort ein Regime, das von faschistisch-nationalistischen Kräften beherrscht wird, die sich offen zum Vorbild des deutschen Nationalsozialismus bekennen.

In einem vorigen Artikel ist bereits geschildert worden, wie sich in der Ukraine eine breite faschistisch-nationalistische Bewegung entwickelt hat, die nicht auf kleine Gruppen beschränkt, sondern Allgemeingut in der Gesellschaft geworden ist. Diese neonazistischen Kräfte haben ihre heutige Stärke vor allem durch den Maidan-Putsch von 2014 erlangt, durch den sie auch zur beherrschenden Macht in Regierung, Sicherheitsapparat und Militär geworden sind.
Es ist daher von großer Wichtigkeit, diesen Prozeß der neonazistischen Machtübernahme genau nachzuzeichnen, die nur durch die Hilfestellung von USA, Nato, EU, also der westlichen "Demokratien", auch der deutschen, möglich gewesen ist. Dies wird durch die westliche "Bewußtseinsindustrie" sorgfältig vertuscht.
Zu den Maidan-Vorgängen insgesamt und ihrer Hintergründe sei auf frühere Artikel hier und hier verwiesen. Hier soll es um einzelne Vorgänge der neonazistischen Machtübernahme im Verlauf des Maidan-Putsches gehen. Erneut greifen wir dazu auf das gut und umfassend recherchierte Buch "Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg" von Thomas Mayer zurück.

Das Maidan-Camp

Obwohl ein Kiewer Gericht den Aufbau von Zelten auf dem Maidan-Platz verboten hatte, schildert Th. Mayer, habe spätestens am 24.11.2013 der Aufbau einer Zeltstadt unter dem "Kommandanten" Andrij Parubij begonnen, der von Anfang an eine treibende Kraft auf dem Maidan gewesen sei. Parubij sei Gründungsmitglied der nationalistischen Swoboda-Partei, Abgeordneter im Parlament Rada und habe eng mit dem Führer des "Rechten Sektors", Dmytro Jarosch, zusammengearbeitet. Die Maidan-Demonstranten seien aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen gekommen, die gut organisierten rechtsradikalen Gruppen hätten aber eine Führungsrolle übernommen.
"Nicht nur prominente amerikanische Politiker tauchten immer wieder auf dem Kiewer Maidan zu Unterstützung des Protest-Camps auf, auch europäische Politiker kamen einer nach dem anderen. Am 4. Dezember 2013 kam der deutsche Außenminister Westerwelle und wiederholte in Kiew den Satz, daß 'die Tür zur EU noch immer weit offensteht.' Am 1o. und 11. Dezember 2013 besuchten Catherine Ashton, Außenbeauftragte der EU, und Victoria Nuland, Vizeaußenministerin der USA, den Maidan, wo Nuland symbolisch bei der Austeilung von Lebensmitteln half."
Die Polizei habe, um Eskalationen zu vermeiden, das unerlaubte Protest-Camp nicht geräumt und sogar im Laufe der Wochen die Besetzung mehrerer Regierungsgebäude zugelassen. Selbst nachdem sich die Proteste im Januar 2014 weiter zuspitzten, habe Präsident Janukowitsch noch weitgehende Schritte zur Entspannung der Lage unternommen.
Am 28. Januar 2014 seien Premierminister Asarow und die gesamte Regierung zurückgetreten, und das Parlament habe die zuvor beschlossenen Einschränkungen des Demonstrationsrechtes wieder aufgehoben. Präsident Janukowitsch sei sogar so weit gegangen, aus seiner präsidialen Befugnis seinem Kontrahenten Arsenij Jazenjuk das Amt des Premierministers und Vitali Klitschko den Posten des Vizepremiers anzubieten. Doch die Opposition habe die Regierungsbeteiligung abgelehnt.
Durch die Zugeständnisse des Präsidenten habe sich jedoch die Situation auf dem Maidan entschärft. Ein friedlicher Kompromiß sei möglich gewesen. Die reguläre Amtszeit von Präsident Janukowitsch, der 2010 durch eine demokratische - und auch vom Westen überprüfte und anerkannte - Wahl ins Amt gekommen sei, wäre 2015 ausgelaufen. Er sei bereit gewesen, in den bis dahin verbleibenden Monaten die Macht mit der Opposition zu teilen und diese als Regierung zu ernennen. Für die Opposition habe es deshalb keinen zwingenden Grund gegeben, die Proteste auf die Spitze zu treiben.
Hinter den Kulissen seien aber andere Entscheidungen getroffen worden. Es habe offensichtlich keine demokratische Lösung geben sollen, sondern einen gewaltsamen Umsturz. Und ab

Dienstag, dem 18. Februar 2014, sei es zu einer - aus der Situation nicht erklärbaren - Explosion der Gewalt gekommen.

Über 100 Tote in drei Tagen

Thomas Röper beschreibt in seinem Buch "Die Ukraine-Krise" (S. 71 f.):

"Schon am 17. Februar berichteten ukrainische Medien, daß der Rechte Sektor seinen Einheiten Kampfbereitschaft befohlen habe und dies mit einem für den nächsten Morgen geplanten 'friedlichen Angriff' auf das Parlament begründete. ...

Am 22. Februar schrieb die 'Welt' in einer Analyse unter der Überschrift 'Die radikale ukrainische Gruppe Rechter Sektor' über die Organisation: 'Erstmals trat die paramilitärische Organisation bei Protesten Ende November in Kiew in Erscheinung.' Es handele sich dabei um Selbstverteidigungskräfte, ´die meist an vorderster Front agieren und die Barrikaden bewachen. Landesweit schätzt die Gruppierung selbst das Mobilisierungspotential auf 5.000 Menschen, Tendenz stark steigend. … Die Mitglieder sind für ihr martialisches Auftreten bekannt. Sie tragen Tarnfleckuniformen, Helme und Skimasken. Anführer Dimitrij Jarosch gibt offen zu, über Schußwaffen zu verfügen. 'Es sind genug, um das ganze Land zu verteidigen´, sagte der 42 Jahre alte Philologe. …'

Am Morgen des 18. Februar 2014 kam es zu schweren Zusammenstößen vor der Rada, als Demonstranten die Polizeisperren um die Rada durchbrechen wollten. Die Polizei setzte Tränengas und Blendgranaten ein, die Demonstranten warfen Steine und Molotow-Cocktails auf die Polizei und zündeten Fahrzeuge an. ... Sowohl westliche als auch russische und ukrainische Medien berichten übereinstimmend von 25 Toten als Folge der Ausschreitungen. ...

Am 19. Februar war es in Kiew nach der "Blutnacht" (Spiegel) vergleichsweise ruhig, und Regierung und Opposition einigten sich auf einen Waffenstillstand. ...

Obwohl Regierung und Opposition einen Waffenstillstand beschlossen hatten, kam es am 20. Februar wieder zur Eskalation, denn der Rechte Sektor und andere radikale Gruppen lehnten den Gewaltverzicht ab."

Für den 20. Februar abends, so Thomas Mayer, seien weitere Verhandlungen zwischen Präsident Janukowitsch und den Anführern der Maidan-Proteste geplant gewesen. Um hier zu vermitteln, seien an diesem Tag die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens nach Kiew geflogen.

Im Vorfeld dieses Treffens sei es zu einem regelrechten Gewaltexzeß gekommen.

Am frühen Donnerstagmorgen des 20. Februar seien auf dem Maidan Busse mit militanten Extremisten aus der Westukraine mit dort aus einer Kaserne gestohlenen Waffen eingetroffen.

"Um 9 Uhr früh", so berichte Matthias Bröckers, "stürmten militante Kämpfer der Opposition die Polizeibarrikaden, gleichzeitig eröffneten Scharfschützen, deren Auftraggeber bis heute nicht ermittelt sind, ihr Feuer. Sie richteten ein Blutbad an, das die Ereignisse vom 18. Februar in den Schatten stellte, und zielten dabei sowohl auf Demonstranten als auch auf Sicherheitskräfte. Die bekannte Strategie,

Vertreter zweier Konfliktparteien zugleich zu töten, so daß jede Gruppe annehmen muß, die jeweils andere habe auf sie geschossen, ging auf: Chaos und blinde Wut griffen um sich."

Nachdem Polizisten von Kugeln getroffen wurden, hätten auch diese zur Selbstverteidigung geschossen. Auch Demonstranten hätten Pistolen und Gewehre benutzt, wie Videos zeigten. Über 50 Menschen seien an den Schußverletzungen gestorben. Doch wer seien die Scharfschützen gewesen?

Keine offiziellen Untersuchungen

Von der ukrainischen Staatsanwaltschaft gebe es keine Untersuchungsergebnisse. Anwälte von Betroffenen hätten keine Akteneinsicht erhalten. Ihrer Kritik hätten sich auch der "Hohe Flüchtlingskommissar der UN" (UNHCR) und der Europarat angeschlossen.

Für die Ermittlungen seien der von der Putschregierung neu eingesetzte Generalstaatsanwalt

Machnizkyj und der neue Geheimdienst-Chef Nalywajtschenko verantwortlich. Machinizkyj sei aktives Mitglied der rechtsradikalen und nationalistischen Partei Swoboda. Von westlichen Medien und Regierungen sei nie die Frage gestellt worden, wie es sein könne, daß ein Rechtsradikaler als Generalstaatsanwalt in Kiew den Rechtsstaat sichern soll.
Nalywajtschenko sei zu dieser Zeit Mitglied der Partei "Udar" gewesen, die von Klitschko geführt worden, und mit rechtsradikalen Netzwerken verbunden gewesen sei.
Thomas Röper schreibt zu Nalywajtschenko:
"Den Gründer des Rechten Sektors, Dimitri Jarosch, kannte er aus jahrelanger Zusammenarbeit, und gemeinsam wurden sie auch von dem mit dem Rechten Sektor verbündeten rechtsradikalen Orden 'Trisub' unterstützt. 'Trisub' nennt auf seiner Homepage als Losung 'Gott, Ukraine, Freiheit', als Schlachtruf 'Heil Ukraine! Heil den Helden!' und nennt als seine Ideologie 'Ukrainischen Nationalismus'. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnete Trisub als 'teils ultrakonservativen, teils neonazistischen nationalistischen Extremistenzirkel'."
Andrij Parubij sei nach dem Putsch Chef des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates geworden und trage in dieser Rolle die Verantwortung für den Beginn des Donbass-Krieges.
Mit Machnizkyj, Nalywajtschenko und Parubij seien also durch den Maidan-Putsch drei nationalistische Rechtsextreme in zentrale politische Ämter gekommen.

Gebrochenes Abkommen

Thomas Mayer berichtet weiter, daß nach dem Massaker am Donnerstagvormittag des 20. Februar Donnerstagabend und am Freitag Verhandlungen zwischen Präsident Janukowitsch und den Anführern der Maidan-Proteste stattfanden, an denen auch die Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs sowie der russische Vermittler Wladimir Lukin teilnahmen. Am Freitag 21. Februar um 16 Uhr sei dann der Abschluß eines Abkommens verkündet worden, in dem Janukowitsch den wesentlichen Forderungen der Maidan-Opposition zugestimmt habe: eine friedliche demokratische Lösung mit vorgezogenen Neuwahlen, Normalisierung des Lebens, u.a. Übergabe aller illegalen Waffen an das Innenministerium.
Das Auswärtige Amt habe noch am selben Tag in einer Presseerklärung mitgeteilt:
"Außenminister Steinmeier war als Vermittler an der Aushandlung der Vereinbarung beteiligt. Die vorläufige Vereinbarung zwischen Regierung und Opposition in der Ukraine sieht eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 innerhalb von 48 Stunden nach Unterzeichnung vor. Außerdem soll innerhalb von 10 Tagen eine Übergangsregierung der Nationalen Einheit gebildet und bis September 2014 die Verfassung reformiert werden. Sobald eine neue Verfassung verabschiedet ist, sollen Präsidentschafts-Wahlen stattfinden, jedoch nicht später als im Dezember 2014. Die jüngsten Gewaltakte sollen durch die zuständigen ukrainischen Behörden in Zusammenarbeit mit der Opposition und dem Europarat untersucht und aufgeklärt werden."
Auch Außenminister Steinmeier, so Thomas Mayer, hätte als einer der drei Garantiegeber das Abkommen unterschrieben.
Im Prinzip habe Janukowitsch damit die wichtigsten Forderungen der Opposition erfüllt, mit Ausnahme seines eigenen sofortigen Rücktritts. Mit der Rückkehr zur Verfassung von 2004 wäre der Präsident jedoch entmachtet worden, in der Übergangsregierung hätten die Oppositionspolitiker Macht erhalten, und die Neuwahlen wären vorgezogen worden.
Doch das Abkommen sei das Papier nicht wert gewesen, auf dem es stand. Thomas Röper ziehe das Fazit:
"Heute wissen wir, daß dieses Abkommen von der damaligen Opposition und (dann) neuen Regierung in fast allen Punkten gebrochen wurde."
Die Verfassung von 2004 sei in Kraft gesetzt worden, aber Verfassungsreformen habe es bis heute nicht gegeben, die "jüngsten Gewaltakte" seien ebenfalls bis heute nicht abschließend untersucht und die Entwaffnung der illegal bewaffneten Kräfte des Maidan sei nie durchge-

führt worden.
Die Militanten des Rechten Sektors, so Thomas Mayer, hätten die Waffen benötigt, um ihre Gewaltherrschaft weiter auszuüben.

Weiter Gewalt statt friedliche Lösung

Die Lage habe sich nun immer mehr zugespitzt. Der "Spiegel" habe am Abend des 21. Februar detaillierter über die Gewaltbereitschaft des Rechten Sektors berichtet, daß aufgebrachte Demonstranten die Einigung der Opposition mit der Regierung ablehnten. "Dimitrij Jarosch, Anführer der radikalen Splittergruppe Rechter Sektor, kündigte auf dem Maidan an, die Waffen nicht niederzulegen, bevor Präsident Janukovitsch nicht zurücktrete. Nationalistische Aktivisten bekamen Applaus für ihre Ankündigung, am Samstagvormittag das Präsidialamt zu stürmen, falls Janukowitsch bis dahin nicht gegangen sein sollte. Tausende Demonstranten auf dem Maidan riefen: 'Tod dem Verbrecher'."
In der Nacht, so Thomas Röper, hätten dann die Kämpfer des rechtsextremen Rechten Sektors das nach Abzug der Polizei unbewachte Regierungsviertel gestürmt. Die Leibwache von Janukowitsch habe seine Sicherheit nicht mehr garantieren können und ihm gesagt, der Sturm komme, er habe noch 40 Minuten. Vor Mitternacht sei Janukowitsch in einen Hubschrauber gestiegen und nach Charkow in die Ostukraine geflogen.
Am 22. Februar sei das ukrainische Parlament zusammengetreten, wobei die Abgeordneten auf ihrem Weg in die Rada durch einschüchternde Gruppen bewaffneter und mit Metallschildern ausgerüsteter Maskierter hätten gehen müssen. Es gebe Berichte, daß unliebsame Abgeordnete vor dem Parlamentsgebäude nicht reingelassen, verprügelt oder gar festgenommen worden seien. Filmaufnahmen zeigten, daß die Plätze der Oppositionsparten eng gefüllt, diejenigen der Kommunisten und der Partei Janukowitschs fast leer geblieben seien. Bei der Abstimmung über dessen Amtsenthebung habe es keine einzige Gegenstimme gegeben.
Das erinnere an die Machtübernahme der deutschen Nationalsozialisten, die damit einhergegangen sei, daß kommunistische oder sozialdemokratische Abgeordnete des Reichstags von den paramilitärischen Einheiten der Nazis bedroht, verhaftet und umgebracht worden seien. Der Reichstag sei immer leerer geworden und habe schließlich im Sinne der Nazis entschieden.
Den westlichen Regierungen und Medien seien die Umstände der Absetzung des rechtmäßigen Präsidenten Janukowitsch bekannt gewesen. Doch für sie sei das Wichtigste, daß sich der vom Westen unterstützte (nazistische) Euromaidan durchgesetzt habe. Die neue Übergangsregierung sei sofort anerkannt und unterstützt worden, gleichgültig, daß es sich um eine eindeutig verfassungswidrige Machtergreifung gehandelt habe.
Die Absetzung des Präsidenten hätte nach Art. 111 der Verfassung nur nach einem genau geregelten Amtsenthebungsverfahren durch Einrichtung einer Untersuchungskommission mit Staatsanwalt und Sonderermittler, Überprüfung durch das Verfassungsgericht sowie Entscheidung durch eine 75-prozentige Mehrheit der gesamten Abgeordneten erfolgen können.
Den westlichen (demokratischen) Regierungen sei aber die Verfassungswidrigkeit nicht wichtig gewesen.
Thomas Mayer fragt sich, was dahinter gestanden habe, daß die ausgehandelte friedliche und demokratische Lösung bewußt nicht durchgeführt und die Ukraine stattdessen in Chaos und Spaltung gestürzt wurde. Und er kommt zu vier Gründen:
Durch den Regierungs-Putsch bekamen die Neonazi-Partei Swoboda und der Rechte Sektor einen überproportional großen Einfluß in der Regierung. Die Maidan-Oppositionsparteien sicherten sich die bewaffnete Macht im Staate und stellten Innen- und Verteidigungsminister, Geheimdienstchef und Vorsitzenden des Sicherheitsrates. Sie bauten damit ein starkes Machtzentrum auf. ...
Es mußten keine Behinderungen durch den Präsidenten befürchtet werden. Durch die Rück-

kehr zur Verfassung von 2004 hatte der Präsident zwar weniger Einfluß, hätte aber trotzdem Gesetze bei der Unterzeichnung und Verkündigung behindern können. Durch den Putsch war diese Möglichkeit beseitigt.
Ermittlungen gegen den Rechten Sektor wegen der Morde auf dem Maidan wurden verhindert durch die entsprechende Besetzung der Ermittlungsstellen mit 'eigenen Leuten'.
Ein Krieg gegen die russischen Ostukrainer und eine unumkehrbare Spaltung des Landes wurden möglich.
Ziel der faschistischen Nationalisten sei ja von Anfang an, zur "ethnischen Reinheit" alles Russische aus der Ukraine auszumerzen. Bei 30 Prozent russischer Muttersprachler habe es dazu schockartiger Maßnahmen bedurft, wozu die Neonazis die Entscheidungsmacht benötigten. Deshalb seien ihre
ersten Taten gewesen:
- das Gesetz zum Schutz von Minderheiten aufzuheben,
- den Maidan-Hundertschaften als Nationalgarde einen offiziellen Status und Geld zu verschaffen,
- noch vor den Neuwahlen Militär in den Donbass zu schicken und auf Menschen schießen zu lassen, die gegen den Putsch demonstrierten, und dabei Panzer, Artillerie und Luftwaffe gegen unbewaffnete Zivilisten einzusetzen.

Die USA und ihre Vasallen

Thomas Mayer weist nun auf einen wichtigen Zusammenhang hin. Der Marschbefehl in den Donbass sei am 13. April 2014 auf einer Sitzung des ukrainischen Sicherheitsrates gegeben worden, und daran habe, nach Recherchen von Thomas Röper, auch der damalige CIA-Chef in geheimer Mission teilgenommen.
Dies weist natürlich darauf hin, daß alles auch und gerade im Interesse der USA geschehen ist, welche die faschistisch nationalistische Bewegung in der Ukraine von Anfang an gefördert und in ihren intriganten Kampf gegen Rußland benutzt haben. An diesem Tag begann der achtjährige Bürgerkrieg im Donbass, bis er 2022 in den US-Stellvertreterkrieg gegen Rußland überging, der offenbar "bis zum letzten Ukrainer" ausgefochten werden soll. Die USA scheuen sich nicht, einen ausgeprägten Neonazismus in einem für ihre imperialistischen Ziele strategisch wichtigen Land zu unterstützen und mit ihm zusammenzuarbeiten.
Dies wirft auch ein Licht auf das Verhalten der drei EU-Außenminister, darunter der Deutsche Frank-Walter Steinmeier, die das Maidan-Abkommen mit dem Präsidenten Janukowitsch als Garanten unterzeichnet haben. Als die Maidan-Militanten, so Thomas Mayer zu Recht,
"wenige Stunden später das Regierungsviertel stürmten und Janukowitsch nach dem Leben trachteten, war von den Garanten nichts zu hören. Die Aufgabe der Garanten der Einigung, also die Aufgabe von Steinmeier persönlich, wäre es gewesen, sofort zu protestieren. Der Protest hätte bei jeder weiteren Mißachtung des Abkommens wiederholt werden müssen, z.B. bei der verfassungswidrigen Absetzung von Janukowitsch oder bei der Bildung einer einseitigen neonazistischen Regierung anstatt der vorgesehenen Allparteienregierung. Es wäre die Aufgabe der Garanten gewesen, dafür zu sorgen, daß die Putsch-Regierung international nicht anerkannt wird. Sie hätten zur Umsetzung des Abkommens und zu einer Rückkehr zur verfassungsgemäßen Ordnung aufrufen müssen. Dazu hätte es Druckmittel gegeben. ...
Stattdessen wurde der Bruch des Abkommens durch die ukrainischen Neonazis und der gewaltsame Putsch schweigend hingenommen und sogar wohlwollend anerkannt."
Man stand also wie die skrupellosen USA - oder besser auf deren Befehl - von Anfang an auf Seiten der ukrainischen Neonazis und hat als offizielle Garantiemächte des Abkommens den gutgläubigen Präsidenten Janukowitsch in eine Falle gelockt.
Halten wir fest:
Auch die herrschenden Politiker der deutschen "Demokratie" haben den neonazistischen Kräf-

ten in der Ukraine an die Macht geholfen und unterstützen deren Regime, das angeblich die westlichen Werte verteidigt, mit gewaltigen Summen und Waffenlieferungen.
In Deutschland aber jagen sie jeden von ihnen verdächtigten Neonazi gnadenlos durch das Land, auch wenn man ihm nur einen Kontakt zu einem angeblichen Neonazi vorwerfen kann. Was für eine ungeheure Verlogenheit!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. März 2024: >>**Ukraine: Korruption im Verteidigungsministerium (2)**
Ein neuer Korruptionsskandal im ukrainischen Verteidigungsministerium zieht weite Kreise. Involviert ist auch die frühere Ukrenegro-Managerin Maryna Bezrukova. …
_ von *Johann Leonhard*
Heute gibt es ein neues Team im Verteidigungsministerium der Ukraine. Aber es scheint, daß dort keine qualitativen Veränderungen zu erwarten sind. Maryna Bezrukova, die zuvor sieben Jahre lang (2017-2024) in leitenden Positionen bei Ukrenergo tätig war - als Beschaffungsdirektorin und dann als Mitglied des Vorstands des Unternehmens - wurde zur Leiterin der Beschaffungsagentur für Verteidigungsgüter ernannt, die nun im Auftrag des Ministeriums die Waffenbeschaffung abwickeln wird.
Von der Sauberkeit von Ukrenergo zeugt zumindest die Tatsache, daß die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine am 20. September 2023 eine beispiellose Massendurchsuchung in den Räumlichkeiten von Ukrenergo durchführte und Tausende von Seiten Ausschreibungsunterlagen und Verträge mit einem Dutzend Unternehmen für die Jahre 2019 bis 2023 beschlagnahmte.
Anlaß war ein Bericht des Staatlichen Rechnungsprüfungsdienstes der Ukraine, demzufolge die staatlichen Rechnungsprüfer einen wahrscheinlichen Betrug bei den Aktivitäten von Ukrenergo in diesem Zeitraum in Höhe eines kolossalen Betrags von 68 Milliarden Griwna festgestellt haben.
Um die Schlußfolgerungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsdienstes anzufechten, reichte das Management von Ukrenergo eine Klage beim Kiewer Bezirksverwaltungsgericht ein, doch die Entscheidung des Gerichts fiel nicht zugunsten des Unternehmens aus. Das Gericht prüfte alle angeführten Verstöße und bestätigte eindeutig die Schlußfolgerungen der staatlichen Rechnungsprüfer.
Doch selbst die Schlußfolgerungen der staatlichen Rechnungsprüfer und das Gerichtsurteil hielten das Management von Ukrenergo nicht von weiteren Betrügereien ab. Im Oktober 2023 wurden Führungskräfte von Ukrenergo angeklagt, bei der Entwicklung eines Projekts zum Bau sicherer Umspannwerke korrupte Machenschaften begangen zu haben.
Laut Ukrenergo-Dokumenten kosteten dieselben Stationen Anfang 2023 45 Millionen Dollar, und am Ende desselben Jahres bereits 110 Millionen Dollar. Die Kosten für den anderen Stationstyp stiegen im gleichen Zeitraum auf dem Papier von 100 auf 250 Millionen Dollar. Somit stiegen die Kosten für das Projekt der 19 Umspannwerke innerhalb eines Jahres unerklärlicherweise um 1,7 Milliarden Dollar.
Und im Januar 2024 kündigten der NABU und die auf Korruptionsbekämpfung spezialisierte Staatsanwaltschaft die Untersuchung des Falles der Beschlagnahmung des Stroms von Ukrenergo und der Legalisierung der aus dem Verkauf erhaltenen Mittel an.
Im Rahmen dieses Falles wird der Schaden für den Staat auf 716 Millionen Griwna geschätzt, und einer der Verdächtigen ist der Direktor einer der Abteilungen von Ukrenergo. Als Ergebnis der Ermittlungen nahm das NABU den Geschäftspartner von Igor Kolomoisky, den Geschäftsmann Mikhail Kiperman, und zwei seiner Komplizen in Abwesenheit fest und setzte ihn auf die Fahndungsliste.
Die ominösen Banken
In einigen Fällen, die sich gegen Ukrenergo richteten, erschien Maryna Bezrukova persönlich.

Insbesondere im Fall der überhöhten Preise für den Kauf von Schutzwesten von der Firma TOP Trading Line im März-April 2022, für die Ukrenergo 16.500 UAH bezahlte, obwohl andere Käufer sie im gleichen Zeitraum zu einem Preis von 8.530 bis 11.750 UAH erwarben, wurden Bezrukowas Telefon und Computer mit dem entsprechenden Schriftverkehr beschlagnahmt. Ukrenergo hat mehr als 20 Millionen Griwna für diese Westen ausgegeben.
Und noch ein kleines Detail zu den persönlichen Eigenschaften der neuen Leiterin der Beschaffung im Verteidigungsministerium. Ende 2019 stellte die Nationale Agentur für Korruptionsprävention (NAPC) nach der Überprüfung von Bezrukowas Erklärung aus dem Jahr 2016 fest, daß Bezrukowa über den Besitz von zwei Grundstücken und einem Auto durch ihre Familie schwieg und falsche Angaben zu ihrem Einkommen sowie zur Höhe ihres Anteils am Satzungskapital einer Reihe von Unternehmen machte. Bezrukova machte auch falsche Angaben zu den Darlehen, die sie bei verschiedenen Banken - Alfa Bank, Ukrgazbank und Delta Bank - aufgenommen hatte.
Vielleicht eine solche Spur von Skandalen und führte zu der Tatsache, daß Maryna Bezrukova in eine andere Abteilung versetzt wurde. Den direktesten Kommentar zu ihrer Ernennung gab der Abgeordnete Oleksandr Dubinsky ab, der derzeit wegen Kritik an den Behörden in Untersuchungshaft sitzt: Die "jungen Sprossen von Soros" haben ihren Vertreter mit Gewalt zum Leiter der Beschaffungsstelle des Verteidigungsministeriums ernannt. Damit ist der lange Kampf um die Korruptionsströme im Militärministerium, der mit dem Angriff auf Reznikov begann, beendet. Jetzt wird niemand mehr über Eier für 17 Griwna schreiben - es sind jetzt ihre Eier!
Bezrukowas nächster Schritt im Verteidigungsministerium wird die Schaffung eines Aufsichtsrates bei der Beschaffungsagentur für Verteidigungsgüter sein, dem "Manager von internationalem Niveau" angehören werden. Mit anderen Worten: Da die Ukraine das Problem der Korruption bei der Waffenbeschaffung nicht aus eigener Kraft in den Griff bekommen hat, wird sie die Kontrolle über diese Angelegenheit möglicherweise an diejenigen abgeben, die für diese Waffen bezahlen - an Ausländer.
Die Praxis zeigt jedoch, daß die Einrichtung solcher Stellen von der Biden-Administration genutzt werden kann, um die Korruptionsprogramme zu verstärken.
In Kiew hat die Straffreiheit korrupter Beamter schon lange niemanden mehr überrascht, aber in Washington wird es für die Demokraten immer schwieriger, den Wählern zu erklären, warum die USA einem Land, das von korrupten Beamten regiert wird, finanzielle und militärische Hilfe gewähren sollten. Zumal das US-Außenministerium es versäumt hat, über einen Teil der für den militärischen Bedarf der Ukraine bereitgestellten Gelder Rechenschaft abzulegen.
Der Bericht des Generalinspekteurs des Außenministeriums besagt, daß das Ministerium nur 1,54 Mrd. Dollar der 44 Mrd. Dollar, die es überwiesen hat, nachverfolgen konnte, und daß der Rest der Gelder noch geklärt werden muß. Darüber hinaus erklärte der Generalinspekteur des Pentagon, Robert Storch, erst kürzlich, daß seine Ermittler mehr als 50 Fälle im Zusammenhang mit der Hilfe für die Ukraine eingeleitet haben, darunter auch gegen einige Auftragnehmer, wie Bloomberg berichtet
Die Untersuchungen, die sich in verschiedenen Stadien befinden, befassen sich mit Themen wie "Beschaffungsbetrug, Produktsubstitution, Diebstahl, Betrug oder Korruption und Mißbrauch", sagte der Generalinspekteur.
Eine wahrheitsgetreue Darstellung des Ukraine-Konflikts und seiner Vorgeschichte finden Sie in COMPACT-Spezial "Feindbild Rußland".<<

02.03.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. März 2024: >>**Wahnvorstellung: So viel Gewalt gegen Grüne**

Von *S. Hofer*
Die Grünen bewerben sich aktuell mit Selbstmitleid: Alle prügeln auf uns ein. …
Die Mainstream-Medien propagieren gerade ein neues Opfernarrativ: Das vom geprügelten Grünen. Nicht die Oppositionspolitiker, die von Antifa-Gorillas zusammengeschlagen, deren Autos angezündet und Häuser beschmutzt werden - nein, die Grünen sind die wahren Märtyrer. Die Mainstream-Seite Web.de behauptet:
"Keine andere Partei wie die Grünen erfährt gerade so viel Gewalt, Haß und Ablehnung."
Haß und Ablehnung vielleicht, wenn auch selbst verschuldet. Aber Gewalt? Wann und wo ist ein grüner Politiker verletzt worden? Weil es kein Beispiel dafür gibt, stilisiert man die Blokkade der Nordseefähre mit Wirtschaftsminister Robert Habeck an Bord und die Biberacher Proteste gegen Ricarda Lang zu Gewalt-Aktionen. Dabei gibt es keinen Kratzer, keine Prellung als Beleg. Trotzdem wiederholt man die Behauptung, bis der Mainstream-Konsument sie glaubt.
Inwiefern nutzt dieser Opfermythos den Machthabern? - In zweierlei Hinsicht: Man lenkt von der eigenen Gewaltbereitschaft gegen Oppositionelle ab. Und - noch wichtiger - man rechtfertigt damit weitere Repressionen. Jetzt durfte die pensionierte Grünen-Ikone Jürgen Trittin im Zwangsgebühren-TV die Haupt-Plattitüden zu diesem Thema nachplappern. Nachdem Markus Lanz ihn nach den Ursachen für den gegenwärtigen Grünen-Haß fragte, antwortete Trittin:
"Das strukturelle Problem ist, daß die Grünen in ihrer Art und Weise eine Partei der Veränderung sind. Und es gibt in dieser Gesellschaft nach Covid, nach den Erfahrungen mit der Krise, die noch nicht vorbei ist durch den Ukraine-Krieg, ... eine Haltung, die sagt: Wir sind auch ein Stück überfordert."
Allerdings sind "wir" ein Stück von den "Veränderungen" durch grüne Politik überfordert: Krieg gegen Rußland, Lockdown, versuchte Zwangsimpfung, Inflation, Zerstörung der Nahrungsproduktion (Bauern), Einschränkung der Meinungsfreiheit - all diese "Veränderungen" haben das Land in Rekordzeit ruiniert. Zugegeben, das haben die Grünen nicht allein gemacht. Aber sie waren stets euphorisch-laute Befürworter dieser Terrormaßnahmen.
Aber für Trittin hat "diese Demokratie ein Problem und nicht die Grünen". Das erinnert an den legendären Slogan von Ex-Bundespräsident Joachim Gauck: Nicht die Eliten, sondern die EU-Bevölkerungen seien das Problem. - Klar, die Untertanen sind noch nicht reif für so progressive "WEF-Führer". Also müssen die Eliten sich doch gegen Aufmüpflinge verteidigen, oder? Trittin über die Biberach- und Nordsee-Blockaden:
"Ich glaube, daß wir vor einer Situation stehen, wo die Demokratie sich fragen muß, ob sie die Wehrhaftigkeit hat, die sie braucht, um gegen solche Gewalttäter vorzugehen."
Spätestens hier spielt Trittin den Ball an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und ihrem Schlapphut-Chef Thomas Haldenwang (CDU). Die wollen der Opposition ja bereits zeigen, wo der Hammer hängt.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28269" berichtet am 2. März 2024 (x1.359/…): >>**Welt im Netz der Freimaurer**
von *Ivo Sasek*
Nur, wer erkennt, wie kraß unsere schöne Welt im Netz der Logen gebannt liegt, kann verstehen, warum alles so läuft, wie es läuft. Kla.TV-Gründer Ivo Sasek erklärt in dieser Rede ausführlich, wer dieses Freimaurer-Netz gespannt hat und welche Vereinigungen ihm aktiv angehören. Das Fazit dieser spannenden Reise ist eindeutig: Alle Staaten raus aus diesem Verbrechernetz - und raus mit diesem Verbrechernetz aus unseren Staaten - beginnend mit der WHO. Mit dieser Rede fasse ich zusammen, was wir bereits in tausenden Sendungen mit hunderttausenden stichhaltigen Quellen belegt haben. Ich bitte euch, gebt dieses Wissen baldmöglichst an eure Abgeordneten, an all eure Volksvertreter, an eure Politiker und Verantwortungsträger weiter, weil jeder einzelne von uns steht einer existentiellen Bedrohung gegenüber. Und was

für die kleinste Einheit unserer Gesellschaft gilt, muß natürlich auch für das große Ganze gelten, den Staat.
Wir üben heute einmal das fraktale Denken. Unsere Staaten unterliegen nämlich denselben Gesetzmäßigkeiten wie etwa unsere Bäume und Pflanzen. Verfolgen wir mit den Augen einmal die dicken Hauptäste eines Baumes, werden wir feststellen, daß sich in jedem von ihnen die Gesamtheit des Baumes wiederholt. Also immer neu zeigt sich das Bild des gesamten Baumes auch in seinen Unterteilungen - und zwar artgleich. Der Baum in seiner Gesamtheit ist gleichsam unser jeweiliges Land, oder unser Staat in seiner Gesamtheit. Der einzelne dicke Ast unser ländlicher Distrikt oder Kanton. Die immer feiner werdenden Äste sind unsere örtlichen Gemeinden im Gleichnis, ja.
Jedes Fraktal ist ein Muster, bei dem sich das Ganze in seinen Teilen real widerspiegelt. In den äußersten Verästelungen können wir daher unsere Nachbarschaft gleichsam sehen und ganz am Ende des Astes die einzelnen Lebenszellen oder Familien erblicken. Und solche fraktalen Wirklichkeiten ziehen sich nun als Ordnungsprinzip durch die gesamte Schöpfung - und sie enden nicht etwa bei der stofflichen Gestalt, sondern sie ziehen sich gesetzmäßig durch alle nichtstofflichen Lebensbereiche hindurch.
Unter diesem Gesichtspunkt bedenken wir nun auch die Tatsache, daß alles, was für das äußerste fraktale Bäumchen gilt, immer unumgänglich auch für den gesamten Baum gelten muß und gilt. Also alles, was dem Ästchen schadet, schadet auch dem Ast, schadet auch dem ganzen Baum - und alles, was dem ganzen Baum schadet, schadet auch jedem einzelnen Ast und Ästchen. Versteht ihr? Und mit dieser Feststellung gehen wir jetzt zu einem Ereignis, das diese Gesetzmäßigkeit in einer völlig alltäglichen Dimension widerspiegelt.
Nehmen wir einmal an, uns geschieht am eigenen Wohnort genau das, was ziemlich vielen ahnungslosen Familien vom Sudan über Uganda bis Zentralafrika passiert ist. Dort gibt es nämlich einen Joseph Kony, so heißt er, und der verspricht, daß er nur das umsetzt, was in der Bibel geschrieben steht - also eine fromme Bewegung. Seine Bewegung nennt sich Lords Resistance Army, kurz LRA. Nun haben sich viele gutgläubige Familienglieder dieser Bewegung angeschlossen, weil sie dachten, das sei eine christliche Widerstandsbewegung, die sie gleichsam gegen teuflische Mächte bevollmächtigt.
Doch schon bald mußten sie leider feststellen, daß es sich lediglich um eine christlich getarnte Terrorgruppe handelt, und eine, die ganze Dörfer und Städte überfällt, ja. Die auch Menschen dazu zwingt, ihr zu folgen. Also statt eine geisterfüllte Gemeinschaft haben sie ein terroristisches Königreich gleichsam mit völlig eigenen strengen Regeln vorgefunden. Und wer diese nicht befolgte, bekam dann wirklich ernsthafte Probleme. Das war aber längst nicht alles. Dort haben sie sogar auch Kindersoldaten rekrutiert und kleine Mädchen werden dort zur Prostitution gezwungen. Sie überfallen ganze Dörfer, verüben Anschläge auf Regierungsinstitutionen usw.
Die zu deutsch LRA entpuppte sich also als äußerst brutal. Zehntausend Morde gehen auf ihr Konto. Und sie morden immer weiter. Und jetzt wenden wir einmal, wie gesagt, konsequent diese fraktalen Gesetzmäßigkeiten an: Was eigentlich erwartet jetzt der ganze Baum, sprich Papa Staat, von seinen kleinsten Fraktalen, wenn sie in solcher Weise in eine Falle getappt sind, wie sie die Menschen mit diesem Joseph. Ja wenn sie sich also völlig - von mir aus ahnungslos und ungewollt - in eine christlich getarnte Terrorgruppe begeben und sich angeschlossen haben? Was erwartet Papa Staat?
Ja, du hast recht: Von staatlicher Seite her würde man schon allein der Mitgliedschaft wegen als Terrorist angezeigt, verfolgt, eingesperrt und mächtig gebüßt werden.
Wie würde aber auch jeder aufrichtige Single, jedes ehrliche Paar oder jede gesunde Familie eigentlich reagieren, wann immer sie auch nur die geringste Tendenz von solch terroristischen Auswüchsen bemerken würden? Wieder richtig, keiner von uns würde solch eine Verbindung

auch nur eine einzige Stunde länger aufrechterhalten wollen, ja. Und seht ihr, genau das, was für die kleinste Einheit unserer Gesellschaft gilt, das muß doch auch für das große Ganze gelten, versteht ihr?
Wenn sich ein ganzes Staatssystem heißt das, irrtümlich in eine überstaatliche Vereinigung verrannt hat, die kriminell ist, hat sie doch nur um so mehr genau so zu handeln. Natürlich auch dann, wenn sie mit dieser - in unseren Fällen den Staaten - supranationalen Terrorvereinigung bereits allerlei Handelsverträge eingegangen ist und sich womöglich zu regelmäßigen Zahlungen irgend welcher Art verpflichtet hat. Der einzelne Bürger könnte ja auch nicht um solcher Verpflichtungen wegen in einer Terrorgruppe verharren, versteht ihr? Er würde durch jede eingegangene Verbindlichkeit nur um so straffälliger, wenn er deswegen den Austritt verzögern sollte.
Höchst erstaunlich ist jetzt aber, daß unsere Staatssysteme als ganzer Baum jetzt gleichsam sich keineswegs in gleicher Weise sofort von jeder überstaatlichen Verbindung lossagen, wenn immer es sich zeigt, daß diese sich irrtümlich oder vielleicht sogar bewußt mit terroristischen Vereinigungen verbündet haben. Darum schauen wir uns heute 12 solche hochkriminelle Terror-Vereinigungen einmal etwas genauer an, zu deren Mitglieder sich unsere Staaten durch allerlei Bündnisse und Verträge gemacht haben. Du fragst, gibt es so was, ja? Wir beginnen einmal mit dem Beitritt zu der 1945 gegründeten UNO. Was ist die UNO?
(1. Die UNO, 1945)
Die UNO ist eine überstaatliche Organisation, die bei ihrer Gründung und Mitgliederbewerbung hoch gelobt hatte, allein der Erhaltung des Weltfriedens, der internationalen Sicherheit sowie der guten Zusammenarbeit der Länder zu dienen oder dienen zu wollen, natürlich auch den Menschenrechten, den Armen, Schwachen, sogar den Kindern, allen dienen, das war hochgelobt. Und für den Eintritt in diese Organisation hatten seither alle Mitgliedsstaaten freiwillig einen guten Teil ihrer Freiheit, ihrer Hoheitsrechte und ihrer Selbstständigkeit abzugeben. Auch die Schweiz ist in der UNO, ohne jedes Hintergrundwissen, was du heute hörst, und sind am 10.9.2002 beigetreten.
Doch zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, daß die UNO all diese guten Absichten bloß vortäuscht. Wißt ihr, nebst zahllosen Zeugen hat auch der hochrangige Ex-UNO-Beamte und nun Whistleblower Calin Georgescu wirklich dunkelste Geheimnisse, Greueltaten und extremste Korruption der UNO ans Licht gebracht. Er deckt jetzt in allen Details auf, wie die Vereinten Nationen von kriminellen Oligarchen kontrolliert werden, die nicht allein Wahlen fälschen, um sich zu bereichern daran und die Menschheit zu versklaven, sondern noch unglaublich viel grausamere Taten vollbringen, wie wir jetzt dann gleich sehen werden.
Und kein Wunder, die UNO wurde während des Zweiten Weltkrieges durch zwei Hochgrad-Freimaurer gegründet: nämlich durch den amerikanischen Präsident Franklin D. Roosevelt von der "Marion-Loge Nr. 70" und dem britischen Premier Winston Churchill. Er gehörte gleich drei - sich zu Satan bekennenden - Freimaurerlogen an: die "United Studholme Loge Nr. 1591", der "Rosemary Loge Nr. 2851", aber auch der "Albion Loge" aus dem antiken Druiden-Orden.
Seht ihr, und diese freimaurerischen Gründerväter haben diesen Völkerbund schon 1948 ganz offiziell als ihre Weltloge bezeichnet. Der aussagende Ex-UNO-Beamte war aber selber zwei Jahre lang internationaler Präsident des freimaurerischen Club of Rome, ja. Also aus über 18 Jahren Vollzeitdienst wissend, wovon er spricht, sagt er jetzt vor laufender Kamera überall aus, wie die UNO laufend zahllose unverjährbare Menschenrechtsverletzungen, Menschenrechtsverbrechen begeht. Mitgegangen - mitgehangen, sagt doch ein altes Sprichwort. Nicht wahr?
Laut diesem UNO-Whistleblower Calin Georgescu gehen die Atombombentests zum Beispiel, die zwischen 1946-58 die meisten Inselgruppen der Malediven ähnlichen Marshallinseln

vernichtet haben, direkt auf das Konto der UNO. Also das heißt im Namen der internationalen Sicherheit hat die nukleare Verstrahlung dort nicht nur die gesamte Thunfischpopulation zerstört, sondern auch die Lebenserwartung der Marshall Inselbewohner. Stellt euch vor, diese lebten vor der Bombardierung durchschnittlich 180-200 Jahre - nachgewiesen. Hernach sank die Lebenserwartung dieser Menschen, die zuvor sogar weder Krankheit noch Ärzte gekannt haben, auf durchschnittlich 35-45 Jahre ab.
Und seht ihr, diese allerliebsten Menschen, die wußten noch nicht einmal, daß es einen Weltkrieg gegeben hat, ja. Also sagt mir bitte, was der Unterschied zur Terrorgruppe des zuvor benannten Joseph Kony ist - außer, daß die UNO allein damit einen ungleich schlimmeren Terrorismus verübt hat, ja. Aber damit nicht genug. Wie auch Joseph Konys Terror-Bande vergewaltigen auch UNO-Mitarbeiter wirklich im großen Stil Frauen und Kinder, das immer wieder.
Schon 2017 ist nämlich ans Licht gekommen, daß sie allein schon in Haiti etwa 60.000 Kinder vergewaltigt haben. Nur das, was grad so ans Licht kommt, versteht ihr? Der Ex-UNO-Beamte und Whistleblower Calin Georgescu bezeugt aber mit Nachdruck, daß auch in der UNO ein weltweites Netzwerk des Kinderhandels überdies existiert, des Kindermißbrauchs und sogar der Kinderopfer.
Und erst durch solche Zeugenaussagen kann die Weltgemeinschaft nun endlich erfassen, warum ausgerechnet die UNO, nebst vielen Unterorganisationen, auch das Weltkinderhilfswerk UNICEF gegründet hat, daß sich angeblich so rührend um sämtliche Kinder dieser Welt "kümmern will" … Versteht ihr?
Die UNO weist nämlich zusammen mit der WHO die Schulbehörden weltweit an, Kleinkindern und jungen Kindern beizubringen, wie man masturbiert, ja. Sie empfehlen unseren Kindern, Pornofilme zu benutzen, das war doch eben grad noch straffällig, erinnert ihr euch? Sie empfehlen verschiedene sexuelle Techniken, wie Oralsex zu erlernen, kleinen Kindern, und gleichgeschlechtliche Beziehungen einzugehen, und all solches Zeugs. Die UNO weist also zusammen mit der WHO die Pädagogen an, Kinder zu ermutigen, so früh wie möglich Sex zu haben und allen Kindern zu helfen, Sexpartner zu finden.
Es gibt auch Beweise dafür, daß dies Teil einer weltweiten Operation zur Normalisierung der Pädophilie ist. Kein Wunder, ja. Und jetzt sag ich wieder: Zeigt mir den Unterschied zur Terrorsekte von Joseph Kony, ja, außer daß es die UNO und die WHO, zu der wir gleich noch kommen werden, noch millionenfach schlimmer treiben, insgesamt weltweit. Seht ihr, allein ein ahnungslos vollzogener UNO-Beitritt sollte aber deshalb keinem gutmeinenden Mitgliedsstaat als Verbrechen angelastet werden. Sobald allerdings solche Greueltaten, wie eben gehört, von der UNO gegen die Menschen ans Licht kommen, darf es für keinen Mitgliedsstaat auch nur einen einzigen Grund geben, um nicht auf der Stelle aus dieser hochkriminellen Terroristen-Vereinigung auszutreten! Klar?
Und schon gar nicht darf sich irgendein Staat darüber in Schweigen hüllen, wenn so was geschieht, oder, um irgendwelcher Verträge oder gar Privilegien willen, sich das Recht nehmen, in dieser Verbrecherorganisation zu verbleiben. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Jeder schuldlose Staat hat sofort zu handeln, die ans Licht gekommenen Schwerstverbrechen in ein gerechtes Gericht zu ziehen, ja, damit nicht etwa der gesamte Staatsbaum der Mitschuld an Völkerverbrechen verfällt.
Und sollten irgendwelche betrogenen und nun aufgeklärten Mitgliedstaaten gar auf die Idee kommen, diese Verbrecherorganisation um ihres schönen Namens oder um der zahllos unterzeichneten Verträge willen am Leben zu erhalten, gleichsam zu reformieren, dann müßte man, fraktal gedacht, das gleiche Recht aber auch allen weit harmloseren Terror-Vereinigungen, wie etwa die des Joseph Kony, einräumen, versteht ihr? Die haben ja auch verheißungsvolle Namen und Verträge. Keinem Menschen unter diesem Himmel käme es doch jemals in den

Sinn, eine Terrororganisation aufrechtzuerhalten, nachdem man vielleicht bloß den Kopf und ein paar seiner Mittäter dieser Mörderbande ausgewechselt hat, versteht ihr?
Auf solch schräge Ideen können doch bestenfalls irregeleitete Köpfe kommen, die schon zuvor ganze Staaten zur Mitgliedschaft weltbeherrschender Terrornetzwerke verführt haben. Doch diese müßten, wieder fraktal gedacht, doch nur um so viel schwerer bestraft werden, wie ja etwa der ganze Baum auch schwerer als sein äußerstes fraktales Ästchen ist ja, sein kleinstes Ebenbild ist. Es ist zu erwähnen, daß ein und dieselbe freimaurerische Geheimorganisation, die 1945 die UNO gegründet hat, drei Jahre später dann aber auch den Staat Israel und 1957 die Europäische Gemeinschaft, kurz EG gegründet hat.
Jeder Höchstgrad-Freimaurer bekennt sich aber, wie ihr wißt, zu Luzifer als seinem Gott. Es handelt sich mit anderen Worten, um Teufelsanbeter, versteht ihr. Teufelsanbeter, die nicht nur die eben genannten, sondern auch diese Institutionen alle gegründet haben und noch mehr. Hört zu: So etwa die FED - Federal-Reserve - die WHO, die NATO, die NASA, das WEF, die EU, die Ökumene, aber auch das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen mit all ihren Universitäten, haben sie gegründet. Ebenso haben sie das gesamte Presse- und Verlagswesen gegründet, aber auch die größten Buchverlage, den gesamten TV- und Hollywood-Apparat mit seiner FSK und weiß was sonstigen Aufsichtsbehörden.
Nicht zu vergessen sind diese Freimaurer-Geheimbünde als Gründer aller weltführenden Presse-Agenturen, die Tag für Tag ihre Mainstreammedien, ich sage ihre Mainstreammedien, füttern mit ihren Zeug. Und auch damit noch nicht genug, haben sie auch viele Geheimdienste, ja sogar die Sozialforschung wie etwa die Frankfurter Schule und vielerlei mehr gegründet.
Aber zuerst schauen wir uns weitere hochkriminelle Machenschaften aus all den eben benannten Freimaurer-Gründungen an und später befassen wir uns noch mit den Kosten, die uns allein schon durch die freimaurerische UNO jährlich beschert werden. Umringt aber und meist schon eingegliedert in auch die übrigen eben benannten Geheimbund-Konstrukte, liefern die Völker pausenlos ihre hart erarbeiteten Steuern letztlich an immer ein und dieselben Oligarchen ab. Das gilt es heute zu verstehen.
Wie wir jetzt im Weiteren sehen werden, hat sich ein und derselbe luziferische Geheimbund über Jahrhunderte hinweg - weltweit - in sämtliche wichtige Schaltstellen unserer Gesellschaft eingenistet, eingeschlichen muß man besser sagen. Und Ihre Methoden sind immer die gleichen: Lügen, Täuschung, und zwar aus Prinzip In aller Regel tun sie eben genau das Gegenteil von dem, was sie versprechen. Und dabei sind Menschen für sie nicht mehr, nicht besser als Vieh oder etwa Maschinen, sie sind einfach Nutzware, die man auf 500 Millionen von uns dezimieren sollte. So sagen sie es offen.
Und diese luziferische Sekte, die sich in Geheimbundstrukturen seit Jahrhunderten formiert hat, dominiert wirklich sämtliche Völker dieser Welt. Zwar setzen sie Schlagworte wie Demokratie, Toleranz, Bruderschaft, ja Freiheit ständig in die Luft. Aber sie manipulieren unsere Politiker und alle denkbar gewordenen Strukturen mit listig ersonnenen Methoden. Wort und Tat stimmen nicht überein, ihr Lieben. Und nicht die Völker kontrollieren sie, sondern sie kontrollieren die Völker. Das ist das Schlimmste dabei! Und alles geschieht völlig an jedem Volkswissen vorbei, völlig vorbei an jedem geltenden Recht oder an geltenden Verfassungen. Und alles was sie tun, tun sie entweder ganz ohne jedes politische Mandat oder ohne Auftrag der Völker oder dann zumindest auf dem bereits benannten Weg der heuchlerisch erschlichenen Mitgliedschaften ahnungslos gutgläubiger Staaten.
Alles was sie tun und manipulieren, geht vollständig an jedem Justizverständnis des Volkes vorbei. Ich sagte des Volkes! Völlig vorbei aber auch an jedem demokratischen Prinzip zwingen sie uns laufend neue Gesetze auf. Sie nehmen immer mehr Einfluß auf unsere Schulen, auf unsere Kinder - und dies an allen Eltern, Lehrern und gesetzten Beauftragten vorbei, konsequent. Es handelt sich also um eine handfeste Verschwörung, die all unsere Verantwortli-

chen und jede Verantwortlichkeit übergeht.
In zahllosen Kla.TV-Sendungen haben wir belegt, daß auch nachfolgende Institutionen allesamt von diesem luziferisch organisierten Geheimbund der Hochgrad-Freimaurerei gegründet wurden. Und wie wir gleich sehen werden, verhält sich eine Vereinigung dieser Geheimbündler wie die andere, und zwar hochkriminell und so etwa die WHO. Die schauen wir uns jetzt an.
(2. Die WHO)
Die Weltgesundheitsorganisation ist eine 1948 gegründete Sonderorganisation der UNO, deren freimaurerische Herkunft wir jetzt gerade nachgewiesen haben, ja. Und dieselben 193 Mitgliedsstaaten der UNO sind eben auch wieder die Mitglieder der WHO und diese haben jährlich festgesetzte Mitgliederbeiträge zu bezahlen. Und auch dieser Freimaurer-Sektor verschlingt jährlich mehrere Milliarden Dollar, ja. Nun aber zur kriminellen Seite: Der heutige Generaldirektor, WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus war zuvor über viele Jahre ein führender Kopf einer kommunistischen Terrororganisation, ja.
Die hat den Kürzel TPLF, ja und die ist sogar offiziell als Terrororganisation in der globalen Terroristen-Datenbank aufgeführt. Die TPLF ist eine gewalttätige Organisation, die vielfache Entführungen, Geiselnahmen und unzählige Massaker verursacht hat oder beteiligt war daran. Ihre Mitglieder haben in ihrer fast 30-jährigen Regierungszeit wirklich schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen. Und jetzt soll uns die WHO bitte erklären, wo da der Unterschied zur Terroristen-Vereinigung des genannten Joseph Kony in Zentralafrika liegt.
Seht doch, schon vor dem explizit durch die WHO geförderten Covid-19-Völkerexperiment mit seinen jetzt Millionen Geschädigten und Hunderttausenden Toten, war es die WHO, die unter Beimischung schwangerschaftsschädigender Wirkstoffe in Tetanusimpfungen Millionen von Frauen in Kenia und anderen Ländern auch unfruchtbar gemacht hat.
Das war die WHO!
Die WHO versuchte auch ihre schädlichen Malaria-Impfungen zu vertuschen, indem sie bei der Evaluierung der Studie schwerwiegend gegen die Internationalen Ethikstandards verstoßen hat. Und gemeinsam mit der freimaurerischen, am WEF gegründeten GAVI, versucht die WHO gerade jetzt Afrika mit einem Malaria-Impfstoff buchstäblich zu fluten. GAVIs Steckenpferd ist übrigens die ID 2020, deren Ziel ist es, jedem Menschen auf der Welt eine eigene digitale Identität zu verpassen - sprich, ihn 100 % gläsern zu machen. Für mich ist das nichts anderes als eine Art wirtschaftspolitischer Voyeurismus, versteht ihr!
Aber jetzt zurück zu den Impfverbrechen von der WHO und der GAVI: Denn schon wieder konnten diesbezügliche Studien nachweisen, daß die durch die WHO Geimpften ein zehnmal höheres Risiko für Gehirnhautentzündung oder zerebrale Malaria und ein doppelt so hohes Sterberisiko aufweisen. Kompetente Richter und Staatsanwälte mögen jetzt den Völkern einmal den Unterschied zu den zehntausenden Ermordeten von Josephs Terrorbande zeigen und uns erklären, warum sie ausgerechnet diejenigen nicht zur Verantwortung ziehen, die um ein X-Tausendfaches geschädigt und gemordet haben!
Aber die WHO wird nicht nur konsequent von ihren Freimaurerkumpels, sprich all den umliegenden Freimaurer-Organisationen, gedeckt - die WHO selber deckt wiederum ihre Kumpels von Big Pharma, sprich die Impfstoffhersteller. Denn die WHO hat die Impfstoffhersteller von Schadenersatzzahlungen bei Impfschäden durch mangelhafte Impfstoffe freigestellt. Seht ihr, wie das geht? So wäscht wie immer, eine Freimaurerhand die andere, versteht ihr? Und gerade jetzt ist diese verbrecherische WHO dabei, einen internationalen Pandemievertrag mit all ihren Geheimbundkumpels auszuhecken.
Sie versuchen, ihren WHO-Terroristenchef Ghebreyesus im wahrsten Sinne des Wortes zum alleinigen Weltherrscher zu küren auf diesem Weg. Das ist ein clever erdachter Weg hin zur Gesundheitsdiktatur. Das müßt ihr verstehen. Diese neuen Gesetze, die wieder einmal mehr

völlig an jedem Volk vorbei hinter verschlossenen Türen ausgebrütet werden, sollen in ein paar Monaten Rechtsverbindlichkeit für die ganze Welt erlangen. Das versuchen sie. Aber dies können sie allerdings nur, wenn wir betrogenen Völker jetzt nicht wirklich mit aller Macht widersprechen.
Und das einzig Richtige, was jetzt alle fraktalen Elemente dieses Weltenbaumes zu tun haben, ist genau das, was jeder Staat dieser Welt auch von einem Terrorverbündeten des Joseph Kony abfordern würde: Wie aus der UNO, haben wir auch auf der Stelle aus dieser terroristischen WHO-Organisation auszutreten! So läuft's! Und gleichzeitig haben wir ihre verbrecherischen Drahtzieher hinter Schloß und Riegel zu bringen, ja. Es genügt nicht, die WHO nur aus allen unseren Ländern hinauszuwerfen, weil man ja selbst mit kleinsten Terroristen viel härter ins Gericht geht. Wir müssen die WHO restlos enteignen und beenden, ja. Alles andere wäre völlig unangemessen, sage ich. Wir würden es doch niemals auch nur schon bei einem Joseph Kony und seiner Terroristenorganisation akzeptieren. Aber wir gehen jetzt einen Schritt weiter zur EU.
(3. Die EU, 1. November 1993)
Wer hat eigentlich die EU gegründet?
1993 war es. Zunächst einmal fußte die gesamte EU- Entwicklung auf dem Coudenhove-Kalergi Plan, also das heißt einem Mitglied der Wiener Freimaurerloge Humanitas. Und mit seinem Vorschlag, ein Paneuropa zu schaffen, erregte dann die freimaurerische Mainstream-Presse schon 1922, als Kalergi grad mal 28 Jahre alt war, das internationale Aufsehen. Und seht ihr, dasselbe machen sie ja heute auch wieder mit all den heimlich ausgebildeten Young Global Leaders.
Und dann traten Hochgrad-Freimaurer wie etwa Robert Schuman und Jean Monnet von Frankreich auf den Plan. Und von letzterem stammt ja die berühmte Monnet-Methode. Das meint diese schrittweise, bewußt schleichende Integrationspolitik, ja, und die hat schließlich ja dann zur Geburtsstunde der EU geführt. Ich kann aus Zeitgründen die Mitbegründer, den Paul-Henri Spaak oder der von Belgien und Altiero Spinelli aus Italien gar nicht abhandeln hier.
Wie es jedenfalls für diese Freimaurer-Gesellschaften nur allzu typisch ist, führten sie 2012 zu ihrer höchsten Gewinn- und Machtmaximierung den Europäischen Stabilitätsmechanismus, kurz ESM, ein. Dieser erwies sich aber einzig als Goldgrube für ihre Banken, nicht fürs Volk: Zuerst konnten die Banken, jetzt als Beispiel, Griechenland über den ESM Geld verleihen, ja. Und als Griechenland dann nicht mehr zahlen konnte, was ja zu erwarten war, mußten die anderen EU-Staaten via ESM dafür einspringen - also NICHT die freimaurerischen Banken! Versteht ihr das? Im Rahmen der Griechenlandrettung wurden von Eurostaaten und IWF 207 Milliarden Euro überwiesen und 170 Milliarden davon sind, wie nicht anders zu erwarten, an den Finanzsektor geflossen.
Die EU begeht darüber hinaus aber auch wirklich schwerste Verbrechen gegen Zivilbevölkerung. Und spätestens mit ihren harten Sanktionen hat sich die EU doch schon 2011 in Syrien als eine Terror-Vereinigung entpuppt, ja, und zwar eine die humanitäre Katastrophen auslöst. Warum? Medizinische Güter waren für die schuldlose Bevölkerung einfach nicht mehr ausreichend verfügbar wegen der EU, ja. Viele Strom- und Wasserwerke sowie Krankenhäuser mußten mangels Bauteilen und mangels Benzin schließen, die Nahrungsmittelversorgung war nicht mehr ausreichend, viele Menschen haben ihre Arbeit verloren, weil die nötigen Waren/Produktionsmittel nicht mehr verfügbar waren, sogar Trinkwasser und Strom mußten rationiert werden. Alles wegen der EU. Versteht ihr?
Und heute aktuell beteiligt sich die EU schon wieder am Ukrainekrieg, indem sie seit Kriegsbeginn nicht weniger als 50 Milliarden in diesen Krieg gepumpt hat, ja. Dann hat sich die EU aber auch direkt an Waffenlieferungen beteiligt: Kurz nachdem Rußland eben seine Militärof-

fensive in der Ukraine gestartet hatte, hat die EU die historische Entscheidung getroffen, Geld aus einem relativ neuen Fond, der Europäischen Friedensfazilität, also EFF, zur Unterstützung der Ukraine zu nutzen. Zum ersten Mal wurde dieser Fonds eingesetzt, um letale Waffen, also potentiell tödliche Waffen, an ein Drittland zu liefern. Darf sie das? Nein, darf sie nicht.
Immer deutlicher erzeigt sich die EU als freimaurerisches Instrument zum Abbau der Demokratie und Souveränität in ihren Mitgliedsländern. So ist das. Etwa 80 % der Gesetze ihrer Mitgliedsländer werden mittlerweile von der EU vorgegeben, das heißt ihrer nicht vom Volk gewählten Kommission. Mitgliedsländer, die ausscheren, werden mit harten Sanktionen belegt. Ich sage sektiererischer gehts einfach nicht. Begreifen wir das endlich.
(4. WEF, 24.01.1971)
Jetzt gehen wir einen Schritt weiter zum WEF, das am 24. Januar 1971 gegründet wurde.
Das World Economic Forum, eben kurz WEF, ist eine Plattform von Konzernlenkern und Globalstrategen, welche von der Höchstgrad-Freimaurer-Finanzelite, wie etwa den Rothschilds oder der Rockefeller-Dynastie gegründet wurde. Der WEF-Geheimbund möchte eine technokratische Gesellschaft errichten. Er arbeitet aber auch auf ein Ziel eisern hin, das Ziel heißt Great Reset und zwar mit der ganzen Menschheit, ja. Und jetzt, jeder kennt mittlerweile das Great-Reset-Buch von Klaus Schwab.
Doch kaum einer weiß, daß ein berüchtigter Satans-Logenbruder und Hochgrad-Freimaurer zeitgleich ein nahezu identisches Machwerk veröffentlicht hatte. Natürlich nur Zufall, ja. Nein, der Italiener Giuliano Di Bernardo ist ein eingefleischter Geheimbündler. Und als Großmeister mehrerer Freimaurer-Vereinigungen, wie etwa dem Großorient von Italien und der Regulären Großloge von Italien hat er unter anderem die Illuminaten-Akademie und den sogenannten Orden der Würde ins Leben gerufen. Übereinstimmend also mit seinen Hochzielen verkündet jetzt auch das WEF ganz offen den luziferischen Transhumanismus und versichert uns allen überdies: Ihr werdet nichts besitzen und habt damit euch zufrieden zu geben und damit zufrieden zu sein.
Solche Aussprüche kommen von dort. Weiter offenbarte das WEF seine Ziele bis 2030 völlig unverhohlen - ich repetiere sie hier in Stichworten: Die Schaffung einer Eine-Welt-Regierung - sehr demokratisch, ja - eine weltweit, kontrollierte bargeldlose Währung - das Ende aller nationalen Souveränitäten, wieder sehr demokratisch, nicht? - das Ende regulärer Wahlen, weil diese durch künstliche Intelligenz ersetzt werden müßten, super, oder? - das Ende alles Privateigentums - Abschaffung des privaten Transports - ein weltweites Sozialkreditsystem - so wie in China - die Kontrolle des Bevölkerungswachstums, sprich Depopulation - die Digitale Identität eines jeden Menschen, habe ich schon erwähnt, ID 2020 - die absolute Mainstream-Hoheit durch Zensur unabhängiger Medien, alles offen dokumentiert - die Schaffung eines neuen Menschen durch Verschmelzung von Mensch und KI, sprich Künstliche Intelligenz und Transhumanismus.
Weitere Ziele des WEF sind aber noch die Errichtung einer Technokratie - der Green Deal zur Durchsetzung einer zentralen Planwirtschaft, das Wort lieben wir ja alle, ja, welche der staatlichen Steuerung aller Bereiche dem Sozialismus gleichkommt, ja; als Vorwand dient ihnen natürlich der von ihnen selber geschürte Klimawahn. Seht euch dazu bitte wieder einmal die eingeblendeten, sehr aufschlußreichen und gut recherchierten Sendungen an. Die Links hierzu findet Ihr auch nochmals unterhalb der Sendung.
Das Weltwirtschaftsforum (WEF) ist also nachweisbar, wie auch der Club of Rome, die Trilaterale Kommission oder die Bilderberger usw., eine echte Hochburg der Freimaurerei schlechthin, ja. Und darum wird das WEF auch durch Immunität und Privilegien in Genf, der Schweiz, geschützt, ganz klar. Gemäß ihrem Abkommen mit der Schweizer Regierung scheinen ihre Archive unantastbar zu sein, was ihnen natürlich die Möglichkeit gibt, die Bewegung von Geldern innerhalb ihres Netzwerkes ohne Transparenz planen und organisieren zu kön-

nen.
Laut dem Finanzexperten Ernst Wolff profitiert das WEF besonders aber auch von dem modernen Stiftungsrecht. Dies sei, sagt er, vor allem deshalb ins Leben gerufen worden, um vermögenden Menschen die Steuerflucht zu erleichtern. Und zudem könnte direkt auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Einfluß genommen werden. Dies unter Umgehung parlamentarischer Strukturen - auch wieder sehr demokratisch, hört ihr das?
Geldfluß in die immer gleichen Taschen!
Heißt das ihr Lieben. Wir müssen dringend verstehen, daß es insgesamt dutzende freimaurerische Institutionen gibt, die die Weltbevölkerung wirklich von allen Seiten her finanziell abmelken, mit Vorliebe unsere Steuergelder durch direkte aber auch immer mehr indirekte Steuern wie jetzt zum Beispiel beim Energiehandel. Dieser weitet sich ja vor unseren Augen immer mehr von z.B. Heizöl- und Treibstoffmittel- zum Emissionshandel aus - also Stichwort Umwelt-Abgaben, CO2-Steuern, Klimastrafen und so weiter. Doch bevor wir uns jetzt die ganz großen und für das gewöhnliche Auge vollständig unsichtbaren Abzock-Methoden anschauen, fasse ich nur einmal die Kosten der bisher genannten supranationalen Freimaurer-Konstrukte zusammen, nur gerade, was wir schon gehört haben:
(UNO-Kosten)
UNO-Kosten zum Beispiel. Die Kosten, um nur schon den internen UNO-Betrieb aufrecht zu erhalten, belaufen sich 2024 auf rund 3,47 Milliarden US-Dollar. Auf 193 Mitgliedsstaaten übertragen macht das durchschnittlich etwa 18 Millionen pro Jahr. Deutschland zahlt aber jährlich das Zehnfache des Durchschnittes, also 200 Millionen! Nur der interne Betrieb. Die Schweiz bezahlt jährlich 40 Millionen nur schon für den UN-Haushalt!
Jetzt aber kommen erst die wirklichen Zahlen und Kosten. Zur Finanzierung der UNO-Agenda 2030 nämlich gedenken sie uns, laut eigenen Angaben wohlverstanden, jährlich weitere, jetzt hört zu, 5-7 Billionen Dollar abzuknöpfen. Das ist im Schnitt eine 6 mit 12 Nullen hintendran, versteht ihr das? Und Artikel 17 der UN-Charta bestimmt, daß die Ausgaben der Organisation von den Mitgliedsstaaten - sprich von uns Steuerzahlern - zu tragen sind. Rechnen wir jetzt einmal nach, was das für uns jährlich kostet:
7 Billionen ÷ 193 gibt "nach Adam Riese" 36 Milliarden Dollar im Schnitt. Wie aber schon eben bei der ungleichen Aufteilung der internen Haushaltskosten gesehen, dürften einige Steuerzahler wie etwa die Deutschen wieder etwas "privilegierter" sein … Aber schon bei dem "nur" 36 Milliarden durchschnittlichen Jahreskonsum würde die Agenda 2030 dem deutschen Steuerzahler pro Kopf jährlich gute 430 Dollar abknöpfen! Für eine Familie mit drei Kindern wären das 2.150 Dollar jedes Jahr … Also jedes Jahr wäre allein schon für diese zwei UNO-Finanzposten ein ganz schöner Urlaub einfach weg … Versteht ihr das?
(EU-Kosten)
Jetzt kommen wir zu den EU-Kosten. Die EU-Ausgaben für den Zeitraum 2021-2027 belaufen sich auf insgesamt, jetzt hört zu: 1.824,3 Milliarden Euro. Also allein die Übersetzung von Dokumenten in die 24 Amtssprachen der EU kosten schon 100 Millionen Euro pro Jahr. Würden diese "Menschenfreunde", als die sie sich immer wieder gerne ausgeben, allein diese fast 2 Billionen Euro Gelder zusammen mit den jährlich 6 Billionen für die Agenda 2030 einfach einmal direkt an hungrige Mäuler dieser Welt verteilen, wißt ihr, wir hätten über Jahrzehnte hinweg keine einzige Hungersnot mehr, glaubt ihr das? Auf der ganzen Erde. Versteht ihr?
Doch selbst unseren Schweizer Steuerzahlern, die ja noch nicht mal EU-Mitglieder sind, knöpfen diese Blutsauger den Kohäsions-Beitrag von insgesamt 2 Milliarden ab.
Und schon dieser saugt uns jährlich 229 CHF pro Kopf, ja selbst jedes Säuglings, ab! Für meine Großfamilie mit Enkeln wären das jetzt 6.870 CHF im Jahr…
(WEF-Kosten)

Jetzt kommen wir zu den WEF-Kosten. Am WEF 2024 nahmen rund 2500 Personen teil. Die Schweizer Armee hat für diesen Anlaß in den letzten Jahren jährlich 20-30 Mio. CHF zur Verfügung gestellt. Dazu kommen aber weitere 9 Millionen Franken, um Polizeidienste und andere Sicherheitskosten zu decken. Für diese Sekte, versteht ihr? Jetzt gehen wir gleich weiter.

UNESCO-Kosten

Die UNESCO finanziert sich hauptsächlich aus den Pflichtbeiträgen ihrer Mitgliedsstaaten. Die UNESCO verfügte für die Jahre 2022 und 2023 über 1,5 Milliarden US-Dollar. Seht ihr diese Zahlen? Immer in die gleichen Taschen.

Und jetzt kommen wir, wie versprochen, zu den vier allergrößten und für uns alle zugleich unsichtbarsten Machtgebilden dieses freimaurerischen Geheimbundes - und das mit ihren gigantischen Tributen, die sie von uns ständig abfordern:

(5. City of London, 43 n. Chr.)

Finanzzentrum der Krake

Jetzt reden wir von der City of London. Auch schon gehört? Die City of London wurde, man höre und staune, 43 n. Chr. von den Römern gegründet und hieß damals Londinium. Ich hab´ mich nicht versprochen. 43 Jahre nach Christus. Also, ihr dürft nie vergessen: ein paar Jahre später ist Rom gefallen. Das war bereits eine Untergrundbewegung.

1140 n. Chr. entstand dann der Vorläufer der City of London Corporation und die noch heute die City of London verwaltet. Und diese City ist ein komplett eigener Staat wie ja auch der Vatikan z.B., und sollte darum mit dem uns bekannten England oder mit Großbritannien nicht verwechselt werden.

Das Freimaurer-Wiki - das Lexikon - offenbart diese Company in der 1. Zeile mit diesen Worten. Ich zitiere: "Verehrungswürdige Company der Freimaurer". Gut verstanden? Kein Wunder, denn die City of London wird von den Rothschilds kontrolliert. Und schon wieder kommen wir zu den kriminellen Aspekten: Die Rothschilds und ihr Bankenkartell haben nämlich seit dem Jahr 1815 praktisch immer beide Seiten jedes Krieges finanziert. Also, dies allein hat im Ersten und Zweiten Weltkrieg über 85 Millionen Menschen das Leben gekostet. Weitere Opfer, die durch Rothschild finanzierte Kriege zu beklagen sind: Osmanische Kriege: 9 Mio. Tote, Russische Revolution: 14 Mio. Tote, Zweiter Weltkrieg: über 70 Millionen Tote, 7 Millionen Vergewaltigungen kommen dazu, Golfkrieg: 100.000 Tote, Vietnam: 3 Millionen Tote, 7 Millionen Verletzte… Ich könnte noch einiges mehr aufzählen.

Doch nun zur Rothschild kontrollierten City of London direkt: Ich sage, sie ist ihr führendes globales Finanzzentrum. Und über 500 Banken unterhalten in der Square Mile, also City of London, dort die Geschäfte. Die City of London ist ein Magnet, heißt das, für Steuerfluchtgelder aus aller Welt. In der City of London sind Tausende von Buchhaltern und Anwälten ausschließlich damit beschäftigt, den Superreichen neue Schlupflöcher zu eröffnen. Multinationale Unternehmungen bunkern mit Hilfe der Londoner Spezialisten ihre Gewinne, heißt das, in Steueroasen, in sogenannten. Und das kostet arme Länder jährlich, ich sag mal - schwerst untertrieben - 170 Milliarden US-Dollar. Die Zahl stimmt wahrscheinlich nicht, muß nach oben revidiert werden.

(6. FED, 23. Dezember 1913)

Wir kommen jetzt zur Federal Reserve, zur FED.

Und jetzt kommt’s, was die finanziellen Verluste angeht, eben noch einmal dicker: Die 1913 gegründete Federal Reserve war bereits die dritte Zentralbank der freimaurerischen Rothschilds in Amerika. Um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu erlangen, haben sie damals lügnerisch behauptet, daß nur eine Zentralbank die Probleme von Inflation und Deflation lösen könnte. Grundsätzlich ist an diesem Satz nichts verkehrt, ist nur in falschen Händen. Freimaurer aber erzählen in der Öffentlichkeit bekanntlich immer das genaue Gegenteil von

dem, was sie tatsächlich vorhaben. Das muß man verstehen.
Denn die Idee hinter den Rothschildschen Zentralbanken bestand eben von Anfang an darin, den Geldfluß so manipulieren zu können, daß sie selber Inflation und Deflation beliebig erzeugen konnten. Versteht ihr? Mit ihrem Federal-Reserve-System haben sie sich auch das verbriefte Recht ergaunert, Geld aus dem Nichts zu schöpfen, um es dann für teuren Zins und Zinseszins zu verleihen - ihr kennt die Geschichte. Der Kongreßmann Charles Lindbergh hat bei der Erlassung des Federal Reserve Acts am 23. Dezember gesagt, ich zitiere: "Hier wird eine unsichtbare Geldmacht legalisiert - das größte Verbrechen aller Zeiten wird von diesen Banken- und Währungs-Gesetzgebern ausgeübt." Zitat Ende.
Er hatte damit recht, denn die FED wurde umgehend zur Mutter aller Inflationen. In falschen Händen, wie ich es gesagt hab. Sie verursachte eben schon in den 1930er Jahren die Große Depression, sprich die schlimmste Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts. Durch diesen bewußt gesteuerten Zusammenbruch haben Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz, ihr Vermögen einfach verloren. Das war wieder nur gerade das Spitzchen dieses großen unfaßbaren Eisberges.
Wir kommen weiter, gehen zur BIZ und ihren Verbrechen.
Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, kurz BIZ, wurde 1930 in Basel gegründet, in der Schweiz. Und warum das? Um sicherzustellen, daß Deutschland eben seine Reparationszahlungen an die Supermächte des Ersten Weltkriegs zahlen würde. Aber hört zu: Ein und dieselbe BIZ hat eben zuvor mitgeholfen, die Kriegsvorbereitungen des Dritten Reiches durch Kredite zu finanzieren und hat die nationalsozialistischen Beutezüge unterstützt im Vorfeld. Versteht ihr? Indem sie z.B. deren Raubgold entgegengenommen haben und in Devisen verwandelt haben, ja.
Und wie schon erwähnt, finanzierten die Rothschild-Banken schon immer beide Seiten des Krieges, ja - und hier sehen wir, wie sie es nach dem Krieg handhaben. Heute gibt es weltweit nur noch etwa zwei oder drei Länder, deren Zentralbank unabhängig vom Besitz oder zumindest der starken Kontrolle der Rothschilds geblieben ist. Die BIZ hat also hinter dem Rücken der Öffentlichkeit mitgeholfen, den Zweiten Weltkrieg, in dem übrigens über 70 Millionen Menschen ihr Leben verloren haben, zu organisieren und sie hat keine Gelegenheit ausgelassen, sich selber auch noch daran zu bereichern, ja.
Später hat die BIZ entscheidend an der Gründung der Europäischen Zentralbank, der EZB, mitgewirkt und in der Krise von 2007/2008 und in der darauffolgenden Eurokrise die Weichen mit dafür gestellt, daß die Folgen beider Krisen eben nicht auf ihre Verursacher, nämlich die Großbanken und die Hedgefonds usw., sondern auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt wurden. Auf dich und mich.
Und so könnten wir noch viele weitere Freimaurer-Institutionen mit ihren Verbrechen nennen, denn wir haben ja zum Beispiel noch kein Wort über die drei größten Medienagenturen, die AP, die Reuters und AFP mit ihrem weltweit vernetzten Mainstream-System verloren.
Auch haben wir noch nicht von dem gesamten Mobilfunksystem mit all seinen WLAN- und Smart- und Überwachungstechnologien gesprochen und auch noch kein Wort von der Freimaurer-Hochburg Washington DC; aber auch noch keine Silbe von dem WWF, Amnesty International, gäbe es auch einiges zu sagen, geschweige denn vom Vatikan, der von dem ganzen hier genannten freimaurerischen Unterbau ja getragen wird und als nicht unbedeutender Kopf der gesamten Geschichte das ganze Weltkonstrukt mitbeeinflußt von religiöser Seite her. Er hat die Aufgabe, das Ganze in den Luzifer-Kult reinzuführen. Merkt euch diesen Satz gut!
Auch von der freimaurerischen UNESCO gäbe es noch viel zu erzählen, weil sie ja hinter unserem Rücken riesige Flächen z.B. von Naturschutzgebieten für Uranminen opfert, ja: Die UNESCO hat einer Grenzänderung eines Wildschutzgebietes in Tansania z.B. zugestimmt, so

daß im Schutzgebiet jetzt Uran zur Belieferung von Atomkraftwerken abgebaut werden kann und … ja.
Oder auch das Pentagon ist zu nennen. Pentagon, diese freimaurerische Militärloge, muß man sie nennen, ja. Hinten eingeblendet seht ihr einmal die Bilanz einiger Pentagon-Kriege, ja. Alles Freimaurer-Werke. Diese mächtigste Behörde der Welt hat nämlich seit 1945 nahezu 14 Millionen Menschen zu Tode gebombt. Und jetzt geht's nochmal weiter. Selbst Hollywood, eine weitere freimaurerische Gründung, arbeitet im Auftrag des Pentagon. Dokumente enthüllen uns, wie Hollywood im Auftrag des Pentagons, aber auch der CIA, der NSA usw. die Kriege fördert. US-Militärgeheimdienste haben nicht weniger als 1.800 Filme und Fernsehsendungen direkt beeinflußt.
Die Drehbücher, alles. Die Institution Pentagon kommt der Welt, insbesondere den USA, wirklich teuer zu stehen. Denn nur gerade einen Tag - jetzt kommt ein fettes Beispiel - einen Tag vor 9/11, vor der Katastrophe mit den Türmen, ja, hat der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld an einer Pressekonferenz gesagt, daß im Pentagon - jetzt hör' bitte gut zu - daß im Pentagon 2,3 Billionen US-Dollar spurlos verschwunden sind. Also 2.300 × 1 Milliarde verloren, oder mit anderen Worten nochmal: 2.300 × 1.000 Millionen. Wir können diese Zahlen gar nicht packen. Nur einen Tag später sind die Zwillingstürme, samt WTC 7, im nuklearen Staub versunken - und mit ihnen sämtliche oder mindestens unzähliges Beweismaterial.
(Zusammenfassung in freien Worten)
Ich möchte das ganze, obwohl es etwas länger dauert nochmal in freien Worten zusammenfassen.
Alles was diese Geheimbund-Sekte über Jahrhunderte aufgebaut hat, bestimmt heute unsere Politik, unsere Wissenschaft, unsere Religion, unser Gesundheitswesen, unser Bildungswesen, ja selbst unser gesamtes Sicherheitswesen und zwar bis hin zur Justiz, bis hin zu den Militärs und so weiter. Und alles was diese luziferische Sekte, wie ich sie gerne nenne, tut, geht vollständig an jedem Volkswissen vorbei, ja. Es geht aber auch vorbei an jedem geltenden Recht, an jeder geltenden Verfassung. Es geht vorbei an jedem erteilten politischen Auftrag, vorbei an jedem Justizverständnis des Volkes, ich sagte "des Volkes". "Des Volkes" rechnet Gerechtigkeit für sich, sucht es, nicht für irgendwelche Oligarchen, vorbei an sämtlichen demokratischen Prinzipien geht das Ganze.
In der Schweiz wurde es besonders deutlich durch die Verweigerung, als der Bundesrat einfach die Umsetzung verweigert hat, was die Ausschaffung von der Ausländerflut und … und, anbetraf, der ja zur Umsetzung der Volksinitiativen bevollmächtigt wurde, dieser Bundesrat. Er setzt einfach die Volksentscheide nicht um, versteht ihr, und anstatt den gesamten Bundesrat dafür abzusetzen, abzuwählen sofort oder wegen Hochverrats noch besser vor Gericht zu stellen, ja, zumindest ihn aber auf der Stelle abzuwählen, haben wir Schweizer uns dazu hinreißen lassen, eine sogenannte Umsetzungsinitiative zu starten, soweit sind wir schon.
Also abermals 100.000 Unterschriften einsammeln, bedeutet das, nur um dem gesetzlich dazu verpflichteten Bundesrat nochmals zu sagen, daß die festen Beschlüsse des Volkes, die demokratischen, jetzt auch wirklich umzusetzen sind. Da seht ihr, wie es läuft, geändert hat sich seitdem wieder nichts, ja. Den Grund dafür habe ich jetzt ausreichend erklärt. Also sie arbeiten an jedem demokratischen Prinzip vorbei, wie ihr seht, aber auch vorbei an allen Eltern, selbst an Lehrern und Lehrbeauftragten oder an Beauftragten irgendwelcher Gattung. Diese Freimaurer-Köpfe übergehen und manipulieren alle Verantwortlichen, umgehen jede Verantwortlichkeit selbst, ja. Und darum sind dringend neue Volksbeschlüsse nötig und unausweichlich.
Ich sage: Schluß mit der Immunität, Schluß mit der Unsichtbarkeit dieser führenden, volksverführenden Elemente, ja. Bevor diese Weltherrschaftslüstlinge den gläsernen Bürger jetzt noch

endgültig ausrufen, sag ich müssen die Völker eine obligatorische Sichtbarmachung über all diesen Sektenstrukturen ausrufen. Es muß sichtbar gemacht werden, wer genau zu welchem Club, welcher Partei, welcher Religion oder Sekte gehört, ja. Das Volk muß ein Totalverbot von Geheimgesellschaften ausrufen sag ich, ja. Es muß glasklar sichtbar werden, zu welchem unserer gesetzten Verantwortlichen, welcher Einflußreiche dieser luziferischen Lobbyisten, Kontakt pflegen, versteht ihr.
Alle Geldflüsse müssen gläsern gemacht werden von diesen Leuten da oben. Wohin fließen zum Beispiel aber auch all unsere Alkoholsteuern und Tabaksteuern und Klimasteuern usw.? Landen sie wirklich in unseren Krankenkassen, die Ersten, ja? Whistleblower der UNO haben klar und deutlich ausgesagt, wie ständig Milliardenbeträge zum Ausbau dieser Sektenmacht verwendet werden und niemals zur Bekämpfung der Armut, des Hungers oder was auch immer da vorgegeben wurde, die Dinge die genannt sind vorhin. Also alle Völker müssen wissen, wie viele Milliarden ihrer Steuerbeträge in das Hochgrad-Freimaurer-Konstrukt zum Beispiel UNO mit seinen Gebäuden fließen.
Die Völker müssen aufgrund der Plünderung durch die Oligarchen ein Erlaßjahr ausrufen. Volksentscheide, die bestimmen, daß sämtliche Schulden der Staaten, ja die ahnungslos da rein geraten sind, die sie bei den oberen 1 % dieser Oligarchen haben, einfach getilgt sind. Schluß fertig, versteht ihr? Auf solche Volksbeschlüsse gilt es weltweit hinzuarbeiten. Klärt darum die Menschheit darüber auf, was hier für ständige Billionen Raubzüge gemacht werden, ich sagte Billionen, nicht Milliarden, ja.
Und bevor sie uns im Great Reset jedem Hab und Gut berauben können, müssen von den Völkern sämtliche Ländereien dieser Großkrisenprofiteure zurückgefordert werden. Beispiel: Bill Gates ist mit seinen über, wie man sagt 108.000 Hektar Landbesitz zum größten privaten Landbesitzer der USA aufgestiegen. Andere Quellen sprechen seit Corona sogar von weit, weit mehr. Ein Vielfaches davon aber, nämlich um die 2,5 Milliarden Hektar, besitzt die britische Krone, ja, dieses freimaurerische Königshaus, das sich schon immer alle Länder ergaunert hat. Das sind die Köpfe versteht ihr.
Durch Völkerbeschlüsse muß aber auch ein Totalstopp jedes Geo-Engineering ausgerufen werden. Es braucht eine Offenlegung sämtlicher, je geschehener Sprüheinsätze zum Beispiel mit genauen Millionen Tonnen Angaben und Inhaltsangaben, was da genau über uns versprüht wurde. Über die unwissenden Völker. Die Völker müssen sämtliche genannten NGOs und supranationalen Organisationen, die unsere Regierungen erkauft und so das Volk hintergangen haben, muß sie entmachten. Es braucht einen total konsequenten Austritt aus all diesen luziferischen Geheimbundstrukturen und Organisationen.
Das gesamte Weltklima-Rettungsgeschwafel kommt auch von derselben luziferischen Ecke her, von denselben Geheimbünden inszeniert und sie treffen sich jährlich in Davos in der Schweiz da mit ihren Marionetten und Schachfiguren. Die Schweiz darf diese Sekte, sag ich, weder jemals wieder finanzieren noch überhaupt in ihrem Land zulassen, ja.
Ich fasse weiter zusammen, mit freien Worten nochmal, ja. Ich bitte euch, ja, ich beschwöre euch geradezu, tragt diese Bezeugungen hier so schnell ihr könnt zu all euren Abgeordneten, zu allen Politikern und Parteien, die ihr finden könnt, zu allen noch unwissenden Menschen, die ihr irgend aufspüren könnt, denn die Zeit eilt. Mit hunderttausenden zuverlässigen Quellen belegt, konnten wir nachweisen mit Kla.TV, daß all jene Oligarchen, die heute ganz offen ihre neue Weltordnung, sprich Weltregierung proklamieren, auch der uralten Tradition einer geheimen Weltverschwörung entsprungen sind und ihr angehören, ja.
Ich wiederhole nochmal: Eine luziferische Sekte hat sich über die Jahrhunderte hinweg in nahezu sämtliche wichtigen Schaltstellen unserer Gesellschaft eingeschlichen. Ihre Methoden sind Lüge und Täuschung aus Prinzip, ja. Sie tun fast immer das genaue Gegenteil von dem, was sie uns versprechen. Menschen sind für sie nicht mehr wert als Vieh oder Maschinen. Sie

sind nur Nutzware in ihren Augen und ihr Ziel ist es, diese Nutzware auf etwa 500 Millionen weltweit zu reduzieren. Und an der Spitze dieser weltweiten Verschwörung stehen einige tausend Oligarchen, sprich Multimilliardäre und sogar Billionäre, die, untereinander insgeheim vernetzt, jeden Bereich der menschlichen Institutionen beherrschen.
Sie sind aber auch weltweit miteinander durch einen pädokriminellen Geheimring vernetzt, das heißt, sie sind direkt in Kindesmißbrauch, in Kinderhandel, aber auch in Frauenhandel verstrickt und dafür verantwortlich, daß weltweit jährlich in etwa acht Millionen Kinder spurlos verschwinden. Das hat der UNO-Spezialist enthüllt. Von diesen pädokriminellen, schwerstreichen Oligarchen kommen die viel zitierten Schlagworte gleichzeitig, wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, ja.
In Tat und Wahrheit aber manipulieren sie die gesamte Weltpolitik und versuchen gerade diese Tage die gesamte Weltbevölkerung unter ihre eigene Weltherrschaft zu zwingen. Schluß mit Demokratie, sie reden nur davon - sie tun das Gegenteil, ja. Der von ihnen ausgearbeitete WHO-Pandemie-Vertrag ist nur gerade deren geplante Möglichkeit, die Welt über eine Gesundheits-Diktatur zu regieren.
In gleicher Weise suchen sie ihre Weltherrschaft aber auch über ihre Bildungsdiktatur oder Militärdiktatur, Umweltdiktatur, Ökumenediktatur im frommen Bereich; über ihre Wissenschaftsdiktatur zu leiten, über ihre Pharmadiktatur, über Geheimdienstdiktatur; sie versuchen uns über ihre Mediendiktatur weiter zu beherrschen und noch einiges mehr, ja. Und all solches tun sie, ohne jemals von irgendeinem Volk gewählt worden zu sein. Ohne selber direkt in unseren Parlamenten zu sitzen oder in unseren Regierungszimmern.
Nein, sie manipulieren das alles seit Jahrhunderten von außen über ihre eigens dazu errichteten NGOs - sprich Nichtregierungsorganisationen. Und die Annahme, möchte ich auch noch erwähnen, ist komplett falsch, daß diese NGOs von irgendwelchen gut meinenden Menschen gegründet und dann von den Oligarchen übernommen wurden. Vielleicht gab es das auch schon. Aber in der Regel ist es genau umgekehrt. Die Oligarchen untereinander, in Geheimbundstrukturen organisiert, haben diese NGOs eigens dazu ins Leben gerufen, um über sie einen direkten und eben doch verborgenen Einfluß auf die Politik und jedes unserer Staatswesen zu nehmen.
Und eben dies taten sie ja schon immer und zwar konsequent getarnt als Wohltäter, als Menschenfreunde, als Umweltschützer, Frauenrechtler, Kinderschützer, ja pauschal als gemeinnützige Organisationen. In Tat und Wahrheit aber taten sie immer nachweislich das genaue Gegenteil dessen, was ihre wohltätigen Zwecke vorgetäuscht haben. Und nun nenne ich noch einmal die wichtigsten dieser NGOs beim Namen und wiederhole noch einmal mit allem Nachdruck, daß es sich bei all diesen Institutionen um ein Netzwerk einer sich zu Luzifer, sprich Satan bekennenden Sekte handelt.
Die Welt ist ohne ihr Wissen in dieses Netzwerk hochgradiger Satanisten geraten - und sie verliert in diesen unseren Tagen noch ihren letzten Rest an schwer erarbeitendem Hab und Gut, weil die Weltbevölkerung noch immer nicht verstanden hat, begriffen hat, daß all diese Institutionen, die ich jetzt nochmal nennen werde beim Namen, noch nie zu ihrem Guten, sondern zu ihrem Allerschlechtesten da waren. Denn all diese Clubs wurzeln ja in ihrem juristischen, politischen, in ihrem wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen aber auch militärischen Streben noch immer in dem antiken Geist römischer Gewaltherrschaft. Und diese Untergrundbewegung erstrebt schon seit Jahrtausenden die Weltherrschaft. So ist das.
Und durch ihre medizinischen oder spirituell-ideologischen Wurzeln reichen sie sogar zurück in die altgriechische Zeit. Und was am allerschlimmsten dabei ist noch, hinein in den uralten okkult-barbarischen Molochsdienst mit all seinen Teufelsverehrungen, Perversitäten und Kinderopfern, die seit altbabylonischer, ja sogar altägyptischer Zeit zu keiner Zeit aufgehört hatten, versteht ihr. Und eben die obersten, den geprellten Völkern völlig unbekannten Welten-

lenker, stecken hinter all den benannten Gründungen. Ich nenne nochmal: 1957 EG, 1945 die UNO, dann kommt die NATO, die EU, die Ökumene, der Weltkirchenrat, die FED, die BIZ, 1948 sogar die Gründung des Staates Israel, und … und.
Sie sind nämlich auch die Gründerväter von Hollywood, haben wir gesehen, der gesamten Filmindustrie, des gesamten Presse- und Verlagswesens, aber auch unserer Universitäten, die Gründer. Sie sind die Gründerväter aller Mainstream-Medien mit ihren Beschwerdestellen wie etwa der UBI, FSK mit ihrem sogenannten Jugendschutz, ja. Und ein und dieselben Hochgrad-Freimaurer, deren höchsten Grade sich offen zum Luzifer-Kult, sprich Satans-Kult bekennen, haben aber auch die Sozialforschung, so etwa die Frankfurter Schule usw. gegründet, haben den babylonischen Talmud, die Kabbala und so weiter eingeschleppt.
Und ein und dieselben Sektengründer sind auch die Gründer der NASA, des Pentagon, sämtlicher führender Wissenschaften. Sie sind die Gründerväter von Big Pharma, dem Versicherungswesen, dem Kranken-System, wie wir es kennen, ja. Sie sind nicht nur die Gründer des Club of Rome von 1968, sondern auch der UNESCO in 1945, sie sind auch die Gründer jeder Wettbewerbskommission, sozusagen. Und Letztere haben eben einzig die Aufgabe, die freimaurerischen Seilschaften vor unabhängigen industriellen Rivalen zu schützen. Ihr seht, wie jetzt der Mittelstand zerstört wird - so läuft das.
Und so, wie die freiwillige Filmkontrolle FSK in erster Linie nicht dem Jugendschutz dient, wie sie vorgeben, sondern dem Rivalenschutz dient, ja, so dienen Medienbeschwerdestellen und Wettbewerbskommissionen der Beseitigung aller Rivalen dieses freimaurerischen Netzwerkes. Sie untereinander sind aber überall verlinkt in Interessengemeinschaften. Diese ihre Aufsichtsbehörden verrichten ein und denselben Dienst wie ihre Geheimdienste, die in den meisten Fällen von dieser Geheimsekte gegründet worden sind.
Sie sind allesamt nur dazu da, die Interessen dieses Geheimbundes zu schützen, nichts anderes. Die NATO ist nachweislich darum letztlich nichts anderes als, ich sag mal, die Privatarmee der Oligarchen-Familie Rothschild. Überhaupt ist nahezu alles eben Genannte dieser Rothschild-Dynastie zuzurechnen, ja.
Und an dieser Stelle ist aber wichtig, die Rothschilds und den gesamten Zionismus, der hinter all diesen Institutionen steckt, eben niemals mit dem Judentum zu verwechseln. Das ist mir noch wichtig, ja. Die jüdische Bevölkerung hat schon seit Jahrhunderten immer wieder unter der Beimischung dieser sich als Juden tarnenden Familien gelitten. Dies hat zu wiederholten Diffamierungen der jüdischen Bevölkerung geführt.
In Wirklichkeit aber handelt es sich um wenige Blutsverwandtschaften, die diese Sekte bilden, ja, die sich mannigfacher historischer Lügen und Propaganda bedienen und bedient haben schon, ja. Die Rothschilds sind aber auch verwandt mit den königlichen Familien von Europa, die behaupten, eine messianische jüdische Herkunft zu besitzen. Diese Familien sind als Illuminaten bekannt, ja. Am frühesten wurden von ihnen die Familie Collins bekannt, die Freemans, Astor, Bundi, Morgan, Rockefeller, Oppenheimer, Sassoon, Schiff, Taft, Van Duyn usw. Das war nur grad wieder die Spitze des Eisberges.
Und sie nutzen die Religion als Tarnmittel, um sich als Gottes auserwähltes Volk einen eigenen Staat im mittleren Osten zu sichern und aufzubauen. Wie gesagt, wurden die echten Juden schon immer in der Vergangenheit auch für die Greueltaten dieser Familien angegriffen. Dies insbesondere, weil die Familie Rothschild immer wieder Kriege von beiden Seiten finanziert hat. Und wer sich fragt, wie sie denn so weltweiten Einfluß gewinnen konnten, muß man verstehen: Es ist nur darum möglich geworden, weil diese mächtigen Familien durch Inzest und Einheirat der Familie selber und Heirat mit den Cousins ersten und zweiten Grades usw. diese mächtiger werdende Familien-Vetternwirtschaft aufbauen konnten.
Und das Ganze eben unter der Errichtung verschiedenster Geheimclubs, Logen, Geheimdienste und selbst Militärs. Und so bilden jetzt seit Jahrhunderten die Freimaurerei, die Mafia und

der Mammon einen wirklich unseligen Pakt gegen die Menschheit. Es gibt darum auch kaum mehr irgendein Land ohne eine durch Rothschild kontrollierte Zentralbank. Denn im Geldwesen waren sie von Anfang an mit allergrößter List zu dieser Macht gelangt. Die Gründung der FED - Federal-Reserve-System - einer völlig privaten Geldeinrichtung, die sich geschickt das Recht erschleichen konnte, Geld aus dem Nichts zu schöpfen, hat den Grundstein zu all dieser weltweiten Unterwerfung sämtlicher Staaten und Länder geführt. Habt Ihr das bisher Gesagte gut verstanden?
Also weder eine Demokratie noch sonst irgendeine Form der Politik oder menschgewählten Aufsichtsform übt Kontrolle über die eben genannten Institutionen aus. Es ist genau umgekehrt. Ohne jedes Wissen und Verständnis der Menschheit haben sich diese von den luziferischen Oligarchen gegründeten Systeme über unsere Politik, über unsere Menschenrechte, ja über die ganze Menschheit gelegt. Und sie üben die nahezu völlige Macht aus. Wenn wir jetzt nicht gemeinsam deren Joch erkennen und von uns abschütteln, steht es wirklich schlecht um diese Welt, um uns.
Es kann daher nur eine einzige richtige Antwort auf alle diese gräulichen Entwicklungen geben, und die lautet: Ihr Völker dieser Erde, wendet Euch ab, sprecht Euch los von jeder Beziehung und Unterstützung - derzeit allem voran von der WHO! Denn über diesen luziferischen Fangarm verschafft sich diese Sekte gerade eine Weltherrschafts-Position über ihren Tedros Ghebreyesus, über den wir jetzt genug gehört haben, was für ein grauenhafter Terrorist er doch ist, ja. Vergeßt das nie.
Raus also alle Völker aus der WHO! Raus mit der WHO aus sämtlichen Ländern! Das ist das einzige, was zählt. Alles andere wäre verkehrt. Ich sage: Völker wehrt Euch gegen all diese Freimaurer-Institutionen! Wendet Euch von ihnen ab und finanziert sie nicht mehr länger! Wendet Euch ab von der UNO! Wendet Euch ab von der NATO! Wendet Euch ab von dem WEF, von dem World Economic Forum! Wendet Euch ab von der EU, aber auch von der ganzen Mainstream-Lügenbrühe! Sie zerstören unsere Demokratien.
Ihr Frommen aller Welt, euch sage ich aller Gattung: Wendet Euch ab von jeder Gattung Weltkirchenrat und Weltökumene. Sie sind eine Gründung der Freimaurer und von der Illuminatensekte - und zwar zur Beseitigung, das ist das Ziel, zur Beseitigung jeder nichtluziferischen Religion. Merkt Euch diesen Satz, Ihr werdet ihn noch verstehen. Ich warne aber auch nicht nur alle Frommen vor einem bloßen äußerlichen Akt oder Austritt. Ein rein äußerliches sich Abwenden und Austreten aus Denominationen, Parteien, nenne was du willst, oder Kirchen und ökumenischen Verbänden, das hilft so lange überhaupt nichts, wie man nicht auch dem ideologischen, falsch gepolten Gift auch wesensmäßig entflohen ist. Versteht Ihr das?
Solange man sich noch kirchlich verhält, religiös, kirchlich denkt, fühlt, empfindet, nützt auch ein Gemeinde- oder Kirchenaustritt nach außen null und nichts. Denn all dieses uns eingeimpfte religiöse Denken ist und bleibt freimaurerische Doktrin - übrigens eigens für uns Frommen eingeträufelt, damit wir ihnen willfährig folgen und als deren Marionetten funktionieren sollten. Man würde also lediglich eine weitere Metastase dieses luziferischen Krebsgeschwüres bilden, wenn man bloß äußerlich diese Kreise verläßt, aber innerlich das alte Denken, Fühlen, Wollen usw. beibehält, ja. Die Weltgemeinschaft muß sich aber auch lossprechen von den unzureichend ausgerichteten Zielen unseres Justizwesens, denn es ist überall ein und dasselbe.
Das gesamte Justizwesen ist mittlerweile von der Hochgrad-Freimaurerei ebenso unterwandert wie unser Finanzsystem, ja. Denn das gesamte Rechtswesen tritt immer letztlich mehr für die Finanz- und Machtinteressen der Hochfinanz, sprich der Oligarchen, ein, ja - im Vergleich dazu aber kaum für die Rechte des gemeinen Volkes. Die Völker müssen demokratische Wahlen und Entscheidungen durchführen, um auf diesem legalen Wege neue Gerichte ins Leben

zu rufen und jene zu bevollmächtigen, die tatsächlich für die Anliegen des Volkes, des kleinen Mannes wieder da sind. Das ist mein Aufruf an alle.
Wir brauchen Gerichte, die auch für uns da sind, wenn Politiker, wenn Big Pharma hochkriminelle Dinge treiben und ganze Völker schädigen und sich dann durch selbstgemachte, völlig ungerechte Gesetze immunisieren versuchen. Wie jetzt bei Corona usw. Wir müssen das durchbrechen. Es darf keine Immunität mehr geben deshalb, für all diese Menschen, die die größte Macht ausüben, diese Macht aber konsequent mißbrauchen und die allergrößten Schäden in unseren Völkern anrichten. Fertig Immunität.
Genau diese Hochgrad-Schädlinge sind bislang die am besten abgesicherten von jeder Rechtsverfolgung. Das müßt Ihr wissen und erkennen. Dies aber eben nur, weil das luziferische Freimaurertum unsere Verfassungen und Gesetze so abgeändert hat, daß dies überhaupt möglich wurde. Es müssen darum weltweit Volksbeschlüsse her, die jegliche solche falsche Immunität einfach auflösen, schlicht abschließen damit. Noch etwas, freilich geht es natürlich auch nicht, daß alle neugewählten Politiker dann von irgendwelchen Bösewichten ständig mit fadenscheinigen Gerichtsprozessen überzogen werden, so daß sie ihren Dienst gar nicht mehr recht tun können.
Die Lösung: Während einer Amtszeit sollten allein die Anwälte unserer Politiker allfällige Streitereien bezwingen. Wann immer aber Politiker wirklich ein Verbrechen begehen, wie es jetzt gerade bei Corona massenhaft der Fall war und noch ist ja, dann müssen solche Politiker umgehend abgesetzt und bestraft werden. Dazu brauchen wir neue Gerichte. Allerspätestens aber nach Beendigung eines Amtsantritts muß ein gerechtes Gericht für alles Rechenschaft fordern, was diese Menschen kaputtgemacht haben. Es müssen Volksbeschlüsse her, die die Billionen Krisenprofite von Big Pharma zurück an das Volk bringen.
Denn Big Pharma ist ganz und gar in den Händen genannter luziferischer Oligarchen. Unser gesamtes Gesundheitssystem ist in deren Hand, versteht das endlich. Darum werden wir seit Jahrhunderten nicht durch dieses System gesundgemacht, sondern vielmehr krank gehalten. Das wußte Goethe schon. Den Beweis hierfür siehst du aber in den ständig ansteigenden Krankenkassenkosten.
Wißt ihr was? Ich sag, so krank können wir doch auch ohne all diese Systeme sein, nicht wahr? Darum müssen sich die Völker der Welt gegen diese Freimaurer-Konzerne und -institutionen stellen, sich von ihnen radikal lossprechen und sich völlig neu ausrichten. Der gesamte satanische Irrtum, daß unsere Gesundheitssysteme immer nur Symptome statt Ursachen bekämpfen, muß aufgedeckt und abgeschafft werden. Darin liegt das große Übel.
Auch die ganze Gender-Agenda ist dieser Hochgrad-Freimaurer-Sekte entsprungen. Die gesamte Frühsexualisierung unserer Kinder, die Einführung in die Pornographie, viele Drogen, überhaupt fast jede neue Fehlentwicklung im Internet und nun zunehmend auch in unseren Schulen, geht auf deren Konto. Das ist die Wahrheit, wie sie ist. All diese nihilistischen, widernatürlichen Praktiken und zwar bis hin zum Geschlechtsverkehr mit Tieren und Dämonen aber auch Geschlechtsumwandlung und … und, geht auf deren Konto. Es ist eben eine luziferische Geheimbund-Sekte, die die ganze Welt in ihrem Würgegriff hält, ja.
Und alles, was sie selbst tun, lasten sie gleichzeitig uns an oder vorweg schon, ja. Alles was man rechtmäßig, also mit ihnen tun müßte, suchen sie vorweg mit uns, den Völkern zu tun. Und darum, bevor der gläserne Bürger kommt, müssen die Bürger der Welt dringend einfordern, weltweit und beschließen, daß zuerst der gläserne Politiker entsteht, versteht ihr? Der gläserne Oligarch muß zuerst kommen, ja. Die Weltgemeinschaft muß entscheiden, daß zuerst für mindestens 20 Jahre oder länger auch die gläserne Wissenschaft zustande kommt, ja. Wir haben ein Recht da rein zu schauen, überall.
Jedes einzelne Projekt muß zuerst gläsern werden, bevor wir als Bürger, ja. Von HAARP und Geoengineering bis zu jedem kleinsten biochemischen Labor runter muß alles transparent

werden. Jedes Patent muß transparent werden. Auch der Geldfluß der ganz Großen muß gläsern werden, zuerst, versteht ihr? Mit den Technologien die sie jetzt erarbeitet haben für uns. Die Völker sollen keinen Cent Steuergelder mehr unnötig für undurchsichtige Projekte ausgeben müssen.
Und alles, was Great Reset mit den Völkern vorhat, sollen die Völker mit den WEF-Verbündeten, ja, umsetzen mit all diesen Clubs, die wir hier besprechen. Es muß glasklar werden, wer von diesen Multis wie viele Steuern bezahlt, auch sämtliche Großkonzerne wie Microsoft oder Google oder Amazon, BlackRock, Vanguard bis hin zu Ikea, Aldi, Lidl, Migros, Coop usw. müssen glasklar unter die Lupe kommen, versteht ihr. Wir brauchen neue, wirklich neutrale Überwachungseinrichtungen und Kompetenzen, Instanzen und Komitees, wir brauchen neue Gerichte, die nun auch für das Volk und nicht nur für die Staatsfinanzen bzw. die Eliteinteressen einstehen.
Es muß Schluß sein mit jeder Entmenschlichung durch den Staat oder Entmenschlichung durch die Medizin, durch die Pharma, durch die Justiz, durch die Bildung, die Entmenschlichung von der Politik muß fertig sein, oder durch die Wissenschaft, ja. Schluß mit der Entmenschlichung durch den Satanismus, durch den ganzen Nihilismus und die Vetternwirtschaft von der wir hier die ganze Zeit reden.
Ein letztes noch an euch Fakten-Checker: Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß bei einer solchen Fülle von Informationen auch einmal eine Äußerung etwas redigiert oder ergänzt werden müßte, ist uns klar. Macht es trotzdem einmal so, daß ihr jeden einzelnen Fakt der hier genannt wurde, der korrekt ist, daß ihr den zuerst einmal öffentlich beglaubigt, bevor ihr wie üblich hunderte hochbrisanter Fakten einfach übergeht, über den Haufen schmeißt um hernach das gesuchte und gefundene Haar in der Suppe anzuschwärzen, anzuprangern, breitzuschlagen, ja.
Durch dieses äußerst ungebührliche Verhalten von euch habt ihr Fakten-Checker euch nämlich selbst unter größten Verdacht gebracht, daß ihr willfährige Gehilfen all dieser hier beklagten Greueltäter seid. Ich rate euch, zieht daher besser eure Köpfe noch rechtzeitig aus dieser Schlinge, indem ihr immer zuerst alles Richtige öffentlich bestätigt, damit ihr euch nicht eines Tages gar als Komplizen all dieser angezeigten Großbetrüger und Völkermörder vor Gericht zu verantworten habt.
Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<
Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. März 2024:
>>**Pariser Sperrfeuer: Weidels Brief an Le Pen**
Frankreichs RN-Chefin Marine Le Pen forderte die AfD zur Distanzierung von dem Wort "Remigration" auf. Deren Parteichefin Alice Weidel antwortete mit einem offenen Brief, den COMPACT-Online hier ungekürzt wiedergibt. …
Die Medienkampagne wegen der angeblichen Geheimkonferenz in Potsdam mit dem Remigrationsexperten Martin Sellner ließ die AfD zunächst ungerührt. Anders als früher blieb die Parteispitze cool und verweigerte die vom Establishment geforderte Distanzierung vom bösen R-Wort.
Doch plötzlich kam Druck aus einer unerwarteten Richtung: Die Schwesterpartei Rassemblement National (RN) mischte sich in die deutschen Angelegenheiten ein, Chefin Marine Le Pen forderte eine Distanzierung. Alles schien zunächst auf ein Mißverständnis hinzudeuten, konnte man einer ersten Stellungnahme von Maximilian Krah, dem AfD-Spitzenkandidaten zur EU-Wahl, entnehmen. Doch die Querele schwelte offenbar weiter.
Deswegen reiste Alice Weidel eigens an die Seine, um die Franzosen in einem Sechs-Augen-Gespräch zu besänftigen. Am 20. Februar traf sie in einem Pariser Restaurant Le Pen und den RN-Parteichef Jordan Bardella. Weidel schrieb noch am Nachmittag auf X:
"Wir haben viele politische Themenfelder besprochen und festgestellt, daß wir bei den großen

Problemen der heutigen Zeit die gleichen Lösungsansätze verfolgen. Ich bedanke mich sehr für den herzlichen Empfang in Paris. À bientot!"
Doch das war offenbar diplomatische Schönfärberei. Nach zwei Tagen Funkstille dementierte Thibaut François - RN-Deputierter, im französischen Parlament für die Kontakte mit den Partnerparteien zuständig -, daß es eine Aussöhnung mit der AfD gegeben habe. Vielmehr habe Le Pen bei dem Treffen weitergehende Einlassungen der Deutschen zu ihrem Remigrationskonzept verlangt, und das sogar schriftlich.
"Alice Weidel hat sich verpflichtet, uns in Kürze einen Brief mit Erklärungen zu schicken", sagte François dem Medium L'Opinion. Ob die AfD diesem dreisten Einmischungsversuch nachgeben würde, war zunächst unklar. Die Partei werde "ihren Freunden vom RN" ein Schreiben übermitteln, in dem noch mal zusammengefaßt wäre, was Weidel "in Paris bereits dargelegt" habe, teilte deren Sprecher Daniel Tapp gegenüber T-Online mit.
Dieser Brief ist nun erschienen. COMPACT Online hat ihn aus dem Französischen übersetzt und gibt ihn hier ungekürzt wieder:
Madame,
ich danke Ihnen herzlich für Ihre Gastfreundschaft bei meinem Besuch am 20. Februar 2024 und freue mich schon auf unser nächstes Treffen. Wie bei unserem Treffen besprochen, sind Ihnen journalistische Kampagnen gegen Parteien, die nicht der von der Regierungspresse veröffentlichten öffentlichen Meinung entsprechen, sicherlich auch bekannt.
Im Zusammenhang mit einem privaten Treffen am 25. November 2023 in Potsdam wurden und werden weiterhin unkorrekte Fakten verbreitet. Obwohl die Teilnehmer derzeit gerichtlich und medienwirksam dagegen vorgehen, gilt leider immer noch das Sprichwort: "Audacter calumniare, semper aliquid haeret." (Verleumde dreist, etwas bleibt immer hängen)
Ein linksextremes Medienunternehmen, das jährlich mit Millionenbeträgen von der deutschen Regierung finanziert wird, Correctiv, veröffentlichte am 10. Januar 2024 einen langen Artikel über dieses private Treffen von Bürgern, die sich für rechte Politik interessierten, darunter CDU-Mitglieder sowie vier AfD-Mitglieder.
Correctiv stellte das Treffen als geheime Veranstaltung dar - auch wenn es keinen konspirativen Charakter hatte -, fotografierte die Teilnehmer und zeichnete den Inhalt auch mittels versteckten Mikrofonen auf, was in Deutschland eine Straftat ist.
Der Artikel von Correctiv war voller heimtückischer Vergleiche, Dramatisierungen und Lügen. Diese wurden ungeprüft von fast allen Medien und vor allem von den öffentlich-rechtlichen Medien verbreitet, denn es war eine willkommene Gelegenheit für eine unpopuläre Linksregierung, mit dem "Kampf gegen Rechts" und der immer stärker werdenden AfD von den eigentlichen Problemen im Land abzulenken:
Einer seit Jahrzehnten verfehlten Regierungspolitik, die Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds bringt und es in jeder Hinsicht zu einem unzuverlässigen Partner in Europa macht.
Der Ablauf der Correctiv-Recherchen, die zahlreichen Treffen des Correctiv-Führungspersonals im Bundeskanzleramt, der Zeitpunkt der Veröffentlichung, die Inszenierung als absurdes Theaterstück durch Correctiv und die angekündigten Großveranstaltungen zeigen ein planvolles Vorgehen.
Ihr Ziel ist offensichtlich: Die Beeinflussung des öffentlichen Diskurses durch Manipulation und Lügen im Jahr der Europawahl und dreier wichtiger Landtagswahlen, bei denen die AfD wahrscheinlich stärkste Kraft werden und Regierungsverantwortung übernehmen wird.
Glücklicherweise bricht dieses Lügenkonstrukt nun zusammen. Die Teilnehmer ergreifen erfolgreich rechtliche Schritte gegen die Berichterstattung. Correctiv hat den Artikel mehrfach geändert und behauptet, sie selbst hätten die problematischen Begriffe nie verwendet - was eine Lüge ist -, sondern dies sei ausschließlich von "den anderen Medien" getan worden. Lei-

der ist Schaden entstanden und die Berichtigungen werden aufgrund ihres geringen Medienwerts nicht international verbreitet.
Die unterschiedlichen Bedeutungen der Begriffe oder vielmehr die Übersetzungen in den jeweiligen Sprachen machen die Erklärungen für ausländische Journalisten ebenfalls schwierig. Das häufig verwendete englische Wort für Abschiebung, "Deportation", wird im Deutschen beispielsweise mit Gewalt und Zwang in Verbindung gebracht und könnte in diesem Zusammenhang niemals verwendet werden.
Dasselbe gilt für das deutsche Wort "Remigration", das lediglich die Anwendung der in Deutschland bestehenden Gesetze bedeutet und bei uns auch mit der Hilfe vor Ort in den Herkunftsländern verbunden ist.
Ich wünsche Ihnen viel Kraft und Ausdauer für den Europawahlkampf. Dies wird ein erfolgreicher Schritt auf dem Weg zu dem Ziel sein, die erste Präsidentin Frankreichs zu werden.
Mit meinen respektvollen Grüßen, verbleibe ich mit vornehmer Hochachtung.
Dr. Alice Weidel<<

03.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 3. März 2024 (x1.361/…): >>**Nach Booster-Impfung: Bürgermeister dauerhaft dienstunfähig**
Im 3.300-Einwohner-Städtchen Oberriexingen im Landkreis Ludwigshafen steht im Juni die Wahl eines neuen Bürgermeisters an. Der bisherige Amtsinhaber, Frank Wittendorfer, ist nach einer Covid-Impfung dienstunfähig geworden, wie das Gesundheitsamt nun bestätigt hat.
Von *Redaktion*
Für die kleine Stadt Oberriexingen im Landkreis Ludwigshafen steht bald eine außerordentliche Bürgermeisterwahl an. Zum 1. April wird Frank Wittendorfer, der bisherige Bürgermeister von Oberriexingen, von Landrat Dietmar Allgaier in den Vorruhestand versetzt. Wittendorfer, erst 41 Jahre alt, ist seit anderthalb Jahren schwer erkrankt: Er leidet am sogenannten Post-Vac-Syndrom, einem Impfschaden. Seit November 2021 kämpft er mit den Folgen seiner Corona-Auffrischungsimpfung. Anfangs wurde dies fälschlicherweise als Long-Covid diagnostiziert.
Der Verlauf der Krankheit ist so dramatisch, daß er seit Juli 2022 dauerhaft krank ist. Die Stadt teilt mit, daß der Zeitpunkt der vollständigen Genesung derzeit nicht absehbar ist.
Besonders bitter: Wittendorfer selbst hatte die Corona-Impfkampagne in der Stadt während der Pandemie federführend vorangetrieben, indem er beispielsweise ein Impfzentrum organisierte.
Wittendorfer selbst bezeichnet in einer schriftlichen Erklärung seine gegenwärtige Situation als die "schwierigste Phase" seines Lebens. Er hätte gerne weiterhin als Bürgermeister der Stadt Oberriexingen gedient. Durch seine Erkrankung wurden jedoch seine beruflichen und privaten Lebenspläne durchkreuzt. Dies sei für ihn und seine Familie unfaßbar. Im November 2023 bot Wittendorfer an, seine Dienstfähigkeit amtsärztlich untersuchen zu lassen. Das Gutachten des Gesundheitsamts des Landratsamts Ludwigsburg liegt mittlerweile vor und bestätigt seine dauerhafte Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen, berichtet die Stuttgarter Zeitung.
Ein vergleichbarer Fall in den letzten 30 Jahren sei im Landkreis nicht bekannt. Zwar komme es gelegentlich vor, daß Bürgermeister aufgrund ihres Gesundheitszustands nicht die volle Amtszeit ableisten können, jedoch seien dies in der Regel ältere Amtskollegen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. März 2024: >>**AUF1 Spezial: "BRICS-Staaten stören die sterbende Nachkriegsordnung!"**
Die BRICS-Staaten, eine Vereinigung von Ländern überwiegend des globalen Südens sowie China und Rußland, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Im Januar erst traten sechs neue Nationen bei. "Die BRICS-Staaten stören empfindlich die sterbende Nachkriegsordnung",

analysiert der österreichische Wirtschaftsfachmann und Bankexperte Thomas Bachheimer.
In der neuen Ausgabe von "AUF1 Spezial" spricht er mit Redakteurin Kornelia Kirchweger über den enormen Zuwachs der BRICS-Staaten, die globale wirtschaftliche Entwicklung, aber auch über den Nahost-Konflikt und die wirtschaftliche Lage von Österreich und Deutschland.

Weltmacht China, USA weit abgeschlagen

Seine Prognose: Auf Dauer werde der Dollar seine Funktion als Leitwährung verlieren, die BRICS-Staaten würden derzeit zwar noch ihre Geschäfte in den Landeswährungen abwickeln, aber eine eigene goldgedeckte Währung dürfte schon geplant sein.
Im letzten Jahr hätte die BRICS-Länder allesamt Gold zugekauft. Diese Staaten bereiten sich vor, sagt Bachheimer. "Der Goldstandard wird kommen, aber dafür wird es keinen formalen Akt geben." Er berichtet in diesem Zusammenhang von einem großen Waffendeal zwischen Rußland und dem Iran, der vorige Woche in Gold (umgerechnet 1,7 Milliarden US-Dollar) abgerechnet wurde.

Dollar ist Konstrukt für Finanz-Eliten

Die "Entdollarisierung" sei im Gange. "Der Dollar ist ein geniales Konstrukt zum Machterhalt von Washington und Finanz-Eliten, nicht aber für den wirtschaftlichen Akteur." Immer weniger Währungsreserven würden in Dollar angelegt, dafür in Gold umgemünzt. Auch im internationalen Handel erlebe der Dollar einen Verlust von rund einem Prozent im Jahr.
"Die Finanzwelt weiß: Es ist vorbei!", so Bachheimer. Er ätzt: "Der Euro ist der arme Verwandte des US-Dollar." Denn im Gegensatz zum Dollar hatte der Euro nie ein breites Netzwerk. "Wir haben den Euro jetzt seit 22 Jahren und die Kaufkraft ist vaporisiert (verdampft) gegenüber dem Gold. Dieses hat seitdem 650 Prozent gemacht!"
Wenn in mehreren Währungssystemen der Goldpreis ansteige, sei das Vertrauen in das Geldregime der Zentralbanken massiv gesunken, erklärt Thomas Bachheimer. Allerdings: Bis zu den US-Wahlen im Herbst werde der Goldwert nicht ansteigen, denn ein explodierender Goldpreis und ein sinkender Dollarwert seien schlecht für jeden Kandidaten. Das bedeute Unsicherheit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. März 2024: >>**Streng geheim: Verbotene Erfindungen**

Von *Daniell Pföhringer*

Weil Geldadel und Ölindustrie Milliardenprofite machen wollen, werden bahnbrechende Erfindungen vor der Öffentlichkeit verheimlicht. Dabei wären Alternativen zu herkömmlichen Energieerzeugungsformen gerade jetzt dringend vonnöten. Welche Potentiale ungenutzt bleiben und wer ihren Durchbruch verhindert, lesen Sie in "Verbotene Erfindungen" von György Egely. Wir werden nach Strich und Faden belogen und um unsere Zukunft betrogen! Hier mehr erfahren.
In den 1920er Jahren führte der junge amerikanische Elektrotechniker Henry Moray eine Holzkiste vor, die ohne externe Einspeisung wochenlang mehrere Kilowatt elektrische Energie liefern konnte. In seinem Nachlaß aufgetauchte Schaltpläne lassen den Schluß zu, daß Moray versuchte, mit seinem Gerät, das er Radiant Energy Device nannte, elektromagnetische Felder natürlichen Ursprungs, etwa bei Gewitter, durch Halbleiterdioden gleichzurichten und die Spannung in mehreren hintereinander gebauten Transformatoren auf Hochspannung zu bringen. Vom US-Patentamt bekam der Tüftler eine Abfuhr - und die Industrie zeigte kein Interesse, sein Projekt zu finanzieren.
In den 1930er Jahren beobachtete der österreichische Forstmeister und Viktor Schauberger mit Erstaunen, daß die Forellen in einem tosenden Bergbach nicht von der Strömung mitgerissen wurden, sondern nahezu ruhig im Wasser stehen blieben.
Dies und überlieferte Techniken der Holzflößer brachten ihn zu der Erkenntnis, daß die Natur große Antriebskräfte zur Verfügung stellt, die sich die Menschen nutzbar machen könnten.

Nach Untersuchung der Kiemen der Fische baute er einen Stromkanal, aus dem das Wasser mit mehr Energie heraustrat, als es eingetreten war. Doch auch diese sensationelle Erfindung verschwand aus unerfindlichen Gründen wieder in der Versenkung.
Gleiches gilt für zahlreiche Entwicklungen des Jahrhundertgenies Nikola Tesla. Der hatte schon im Jahr 1900 vorausgesagt:
"Ehe viele Generationen vergehen, wird unsere Maschinerie durch Energie angetrieben werden, die an jedem Punkt im Universum erhältlich ist - es ist nur eine Frage der Zeit, wann der Mensch seine Maschinerie erfolgreich an das Räderwerk der Natur selbst angeschlossen haben wird."
Doch auch von seinem Elektroauto, das er in den 1930er Jahren baute und das - anders als heutige E-Fahrzeuge - keine externe Energiequelle benötigte, hat man nie wieder etwas gehört. Der mit zahlreichen Preisen und Ehrendoktorwürden ausgezeichnete Elektroingenieur aus Kroatien wurde in den USA zunächst von J. P. Morgan unterstützt, doch als er sich Projekten widmete, die die Energieprobleme der Menschheit hätten lösen können, ließ ihn der Investmentriese fallen wie eine heiße Kartoffel.

Von einflußreichen Kreisen unterdrückt

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß einflußreiche Kreise nicht nur in diesen Fällen ihre Finger im Spiel hatten, um Erfindungen, die den Profitinteressen der Großkonzerne in die Quere hätten kommen können, vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Der seinerzeit von den Rockefellers beherrschten Ölindustrie etwa wären Milliarden durch die Lappen gegangen, hätten sich Morays, Schaubergers und Teslas Entwicklungen durchgesetzt.
Doch es gibt noch viel mehr Beispiele für zukunftsträchtige Erfindungen, die entweder mit der Klassifizierung "Top Secret" in den Archiven verschwanden, von einer gekauften Presse lächerlich gemacht wurden oder bis heute von Politik und Wirtschaft unterdrückt werden, wie der Ingenieur und Wissenschaftsautor György Egely in seinem brandneuen Buch "Verbotene Erfindungen" verdeutlicht.
Wußten Sie beispielsweise, daß schon 1879 eine Maschine erfunden wurde, die weitaus mehr Energie erzeugte, als sie für ihren Antrieb benötigte? Das klingt nach dem alten Traum vom Perpetuum mobile, doch Egely weist in seinem Buch mit technischem Sachverstand und Expertise nach, daß es sich hierbei nicht um die fixe Idee eines Fantasten handelte, sondern um eine geradezu geniale Innovation, die tatsächlich funktioniert.
Egely erläutert in "Verbotene Erfindungen" ganz grundsätzlich das physikalische Wesen der Energie, damit auch Laien davon ein Verständnis bekommen und begreifen, wie wir von einflußreichen Kreisen nach Strich und Faden belogen und betrogen werden. Fakt ist: Die meisten mechanischen Perpetua mobilia sind symmetrische Konstruktionen, die nach naiven Vorstellungen gebaut wurden. Die Symmetrie ist nämlich genau das Problem solcher Gerätschaften.
Das Geheimnis, das für Funktionsfähigkeit sorgt, liegt vielmehr in der Reduktion der Symmetrie. In der Natur vielfach vorhanden, kann dies jedoch von Menschen nur schwer kopiert werden - doch es ist möglich, wie Egely in seinem Werk nachweist. Das gilt ebenso für die Elektrotechnik, wenn man über konventionelle Muster hinausdenkt. Moray und Tesla kannten solche Beschränkungen nicht - heute werden entsprechende Grenzen von einer interessengeleiteten Wissenschaftsindustrie im Auftrag des Großen Geldes errichtet.

Brisante Enthüllungen

Egelys "Verbotene Erfindungen" ist ein geradezu sensationelles Werk, denn der Autor, selbst Ingenieur und Techniker, belegt mit naturwissenschaftlichem Sachverstand, daß Technologien möglich und umsetzbar sind, die uns noch immer als Science-Fiction verkauft werden. Dazu gehören nicht nur die treibstofflose Methoden der Energieerzeugung, sondern auch unbekannte Arten von elektromagnetischen Wellen, Antigravitation und sogar Teleportation und

Transmutation von Materie.
Egely macht dabei deutlich: Von Anfang an war nicht der wissenschaftliche Gehalt und der Nutzen solcher Innovationen der entscheidende Faktor, sondern das Geld. Industrie und Wissenschaft gehen nicht selten eine Liaison ein, um aus diesem Grund bahnbrechende Entwicklungen zu verhindern. Was Profit bringt, wird finanziert, was ihn schmälert, wird verschwiegen. Dementsprechend fallen oft wissenschaftliche Arbeiten aus, nämlich zugunsten der Konzerne und zum Nachteil der Erfinder und letztlich der gesamten Menschheit.
Dabei wären gerade heute Alternativen vonnöten. Wir sind nicht mehr weit von der endgültigen Explosion der Energiepreise und der daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Krise entfernt. Die Wiederentdeckung von revolutionären Erfindungen, die uns bewußt vorenthalten werden, wäre in der Lage, uns aus dem Schlamassel zu bringen. Doch das ist nicht im Sinne des internationalen Geldadels, der Energiekonzerne und der Großindustrie, denn dadurch würden ihre Profite schwinden. Es bleibt daher zu hoffen, daß "Verbotene Erfindungen" größtmögliche Verbreitung findet, damit jeder erkennt, was wirklich möglich ist - und wer dies verhindern will.
Bahnbrechende Entdeckungen - verboten, ignoriert, vergessen: In "Verbotene Erfindungen" zeigt György Egely auf, wie wir unsere Energieprobleme endlich lösen können - und wer dies mit aller Macht verhindern will. Erfahren Sie, wie wir nach Strich und Faden belogen und um unsere Zukunft betrogen werden.<<
Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. März 2024: >>**Letzte Warnung: Rußlands Aufruf zum Dialog**
In seiner Rede vom 29. Februar rechnet der russische Staatspräsident Wladimir Putin zwar mit westlicher Aggressions-Politik ab, betont aber zugleich die Notwendigkeit künftiger Diplomatie. …
_ von *Naomi Seibt*
Die Massenmedien toben: Präsident Putins jüngste Rede an die Bundesversammlung vom 29. Februar 2024 hat eine Flut der Empörung ausgelöst:
"Putin droht dem Westen" hieß es an diesem Tag in den westlichen Mainstream-Medien wie dem Spiegel, der Tagesschau, ZDF, Bayrischer Rundfunk, Frankfurter Rundschau, BBC, DW, EuroNews - die Aufzählung nimmt kein Ende, aber der Titel ist immer derselbe.
Während die Schlagzeilen Putins Worte mit einer Kriegstrommel versahen, blieben die leisen Töne des Dialogs und der Diplomatie unbeachtet. Daß der Westen sich selbst damit der größten Gefahr aussetzt, wird leichtsinnig unterschlagen. Es lebe der Populismus!
Putin, auf den spätestens seit dem viral verbreiteten Interview mit Tucker Carlson wieder alle Augen des Westens gerichtet sind, stellte einmal mehr unter Beweis, daß er sein Land resolut und mit einer präsidialen Zielstrebigkeit beherrscht. Er bot Kompromisse, aber stellte Bedingungen: Die Souveränität seines Volkes erhob Putin klar zu seiner obersten Priorität.
Während der Westen nach dem Prinzip "Gib ihnen Brot und Spiele" zu regieren scheint, informierte Putin sein Volk in seiner Rede genau über Rußlands Position und Pläne im geopolitischen Raum und zeigte sich dankbar für den nationalen Zusammenhalt.
Koloniale Praktiken des Westens
Er berichtete stolz über die militärische Fortschrittlichkeit Rußlands, womit er ein deutliches Zeichen an den Westen sandte, ihn nicht zu unterschätzen.
Dabei betonte er jedoch, daß die Provokation nicht von Rußland ausging und erinnerte die Öffentlichkeit: "Wir haben den Krieg im Donbass nicht begonnen, aber wir werden alles tun, um ihn zu beenden, den Nazismus auszurotten und alle Ziele der speziellen Militäroperation zu erfüllen, sowie die Souveränität zu verteidigen und sicherzustellen, daß unser Volk sicher ist."
Putin nahm kein Blatt vor den Mund und konfrontierte den Westen mit einer bestimmten An-

klage: "Der sogenannte Westen, mit seinen kolonialen Praktiken und seiner Vorliebe für die Anstiftung ethnischer Konflikte weltweit, sucht nicht nur unseren Fortschritt zu behindern, sondern auch eine Vision von Rußland zu verwirklichen, das abhängig vom Westen und dem Untergang geweiht ist, wo sie tun und lassen können, was sie wollen."
Mit deutlichen Worten wies Putin auf die Widersprüche hin, denen Rußland in den Verhandlungen mit dem Westen gegenübersteht:
"Hier haben wir ein gutes Beispiel für ihre Heuchelei. Sie haben kürzlich unbegründete Anschuldigungen, insbesondere gegen Rußland, hinsichtlich (der) Pläne zur Stationierung von Atomwaffen im Weltraum gemacht. Solche erfundenen Erzählungen, und diese Geschichte ist unzweifelhaft falsch, sind darauf ausgelegt, uns in Verhandlungen nach ihren Bedingungen zu verwickeln, was nur den Vereinigten Staaten zugutekommen würde."
Putin bekräftigte außerdem, daß Rußland seit über 15 Jahren einen klaren Vorschlag für eine Vereinbarung mit dem Westen auf dem Tisch hat, um die Stationierung von Waffen im Weltraum zu verhindern. Ohne jegliche Reaktion vom Westen. Stattdessen habe dieser die Angst vor der russischen Bedrohung nur weiter angeheizt. Man muß sich inzwischen fragen, ob das vermeintliche Interesse der US-Regierung an friedlichen Verhandlungen über strategische Stabilität nur der westlichen Bevölkerung vorgetäuscht wird. …
Rußland werde aber keinesfalls akzeptieren, daß der Westen die russische Souveränität und Sicherheit sabotiert, so Putin. Er stellte klar, daß er die Strategie des Westens durchschaut habe: Nämlich ein Rüstungswettlauf, der darauf abzielt, Rußlands Ressourcen restlos zu erschöpfen. So, wie bereits die Sowjetunion im Kalten Krieg gestürzt wurde. Darum sei Rußland bereit, die Verteidigungsindustrie zu stärken und diesmal maximal wirtschaftlich und technologisch effizient vorzugehen.

Eskalation vermeiden

Dennoch, Putin beteuert unmißverständlich: Die Behauptungen, Rußland wolle diesen Krieg auf die Spitze treiben, seien vollkommen haltlos:
"Der Westen hat Konflikte in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Regionen der Welt provoziert, während er kontinuierlich Falschinformationen verbreitet hat. Jetzt haben sie die Dreistigkeit, zu behaupten, daß Rußland Absichten hat, Europa anzugreifen. Könnt ihr das glauben?"
Putins Ansprache beinhaltet definitiv eine warnende Botschaft: Aggressoren gegen Rußland werden deutlich härtere Konsequenzen erfahren. Das ist die Drohung, von der die Medien sprachen. Doch Putin meinte hiermit eindeutig eine defensive Maßnahme als Antwort auf westliche Attacken. Er zeigte sich empört über die waghalsigen Versuche des Westens, Rußland militärisch einzuschüchtern, statt diplomatische Verhandlungen zu initiieren. Das Angebot kommt ja sogar von Rußland selbst!
"Es gibt keinen Grund für eine Eskalation der Spannungen. Rußland steht immer für den Dialog und die Suche nach gemeinsamen Lösungen zur Verfügung."
Die Forderung nach einem Dialog wurde auch vom stellvertretenden russische Außenminister Sergej Rjabkow reflektiert. In einem Interview vom 27. Februar wies er auf die tiefe Verwicklung Deutschlands in den Ukraine-Konflikt hin und äußerte Besorgnis über die zunehmend aggressiven militaristischen Äußerungen. Doch er zeigte Anerkennung dafür, daß dies nicht repräsentativ für das deutsche Volk sei:
"Wir sind aber zuversichtlich, daß bei weitem nicht alle in Deutschland diese Herangehensweise unterstützen und verstehen, worein die hiesigen 'Falken' (Hardliner) das deutsche Volk hineinziehen."
Während der Westen seine eigene Bevölkerung mit der Vorhersage eines Atomkriegs in Angst und Schrecken versetzt, rief Putin dazu auf, sich für Dialog und Zusammenarbeit einzusetzen, um die Eskalation zu vermeiden.

Der Westen sei sich gar nicht der Tragweite dieser Gefahr durch seine eigene Skrupellosigkeit bewußt. Es scheint, die westlichen Mächte wollen nicht aus ihren Fehlern lernen und stattdessen den Konflikt entflammen. Putin selbst wirkte erschrocken über diese Leichtsinnigkeit:
"Alles, was sie jetzt erfinden, indem sie die Welt mit der Bedrohung eines Konflikts mit Atomwaffen in Schrecken versetzen, was potentiell das Ende der Zivilisation bedeutet - begreifen sie das nicht? Das Problem ist, daß dies Menschen sind, die noch nie mit tiefgreifendem Unglück konfrontiert wurden; sie haben keine Vorstellung von den Schrecken des Krieges."
Die derzeitigen Spannungen zwischen den Weltmächten sind keineswegs zu verharmlosen. Das Letzte, was die westlichen Regierungen jetzt tun sollten, ist, einen sturen Egokurs zu fahren und kompromißlos ihre Angriffe zu verschärfen.
Es ist an der Zeit, daß der Westen seine Feindbilder überwindet und sich ernsthaft um eine konstruktive Zusammenarbeit mit Rußland bemüht. Bevor es zu spät ist. …<<

04.03.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. März 2024: >>**"Taurus-Skandal": AfD-Chef Chrupalla fordert in letzter Konsequenz Entlassung von Pistorius**
AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla dringt auf personelle Konsequenzen im Skandal um einen geleakten Geheimchat von deutschen Luftwaffengenerälen bezüglich der Lieferung von "Taurus-Marschflugkörpern" an die Ukraine. Zugleich stellt er den Verbleib Deutschlands in der NATO zur Diskussion.
Der "Welt" sagte der AfD-Chef, Kanzler Olaf Scholz (SPD) könne "in seiner Glaubwürdigkeit gestärkt aus dem größten internationalen Sicherheitsskandal der Bundeswehr hervorgehen". Dafür müsse der Regierungschef entweder Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) dazu bringen, die vier Generäle zu entlassen, die Deutschlands Sicherheit gefährdet hätten. Oder er müsse sonst den Bundespräsidenten um die Entlassung des Ministers ersuchen.
Indirekt stellte Chrupalla sogar den Verbleib Deutschlands in der NATO in Frage: "Wir Deutschen müssen weiterhin überlegen, ob ein Bündnis, das uns in fremde Kriege hineinzieht, unserer Landesverteidigung dient. Im Interesse unseres Landes ist weltweiter friedlicher Handel und Frieden."
Der AfD-Chef warnte: Der Druck im Bündnis bringe Generäle und Offiziere "offenbar an die Schwelle dessen, was man im schlimmsten Fall als Planung eines Angriffskrieges verstanden könnte. Das wäre aber grundgesetzwidrig und könnte Deutschland in einen Krieg stürzen. Eines scheint sicher, die NATO ist schon heute stärker am Ukrainekrieg beteiligt als gedacht."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. März 2024 (x1.360/…): >>**469.000 Rentner leben von Grundsicherung: Wir beenden diese Schande!**
An diese Schande werden wir uns niemals gewöhnen: Fast eine halbe Million Rentner in Deutschland sind auf Grundsicherung angewiesen - das ergab eine Auswertung des Statistischen Bundesamts für die AfD. Die Zahl der Senioren, die von ihrer Rente nicht leben können, stieg zwischen Ende 2022 und September 2024 von 454.000 auf 469.000 Personen. Das ist die traurige Realität in einem Deutschland, das von einem SPD-Bundeskanzler regiert wird. Und das ist die traurige Realität in einem Land, das sein Steuergeld für Massenmigration und Entwicklungshilfe in aller Welt hinauswirft, während jenen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, ein würdiger Lebensabend verwehrt wird.
Nur mit der AfD wird dieser schändliche Dauerzustand beendet! Denn am Umgang mit Kindern und älteren Menschen erkennt man die Menschlichkeit einer Gesellschaft - hier zeigt sich, ob wir eine Zukunft haben oder ob wir uns in einem dekadenten Zerfallsprozeß befinden. Neben deutlichen Rentensteigerungen wollen wir aber auch die Inflation bekämpfen, um nicht

nur für Rentner die Lebenshaltungskosten zu senken. Um dies umzusetzen, wollen wir die "Energiewende" rückabwickeln, Steuern senken und überflüssige CO2-Abgaben abschaffen. Denn wir lassen nicht die Menschen im Stich, die unseren Wohlstand geschaffen haben!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. März 2024: >>**AfD-Bürgermeister: Neuer Sieg der Blauen**

Von *Sven Eggers*

Auf dem Höhepunkt der Giga-Hetze gegen die AfD gewinnen die Blauen eine weitere Bürgermeisterwahl in Sachsen. Es zeigt sich, daß Bürger den Haßpredigern aus Medien und Politik nicht folgen. …

Im mittelsächsischen Großschirma stellt die AfD künftig den Bürgermeister. Bereits im ersten Wahlgang setzte sich der Landtagsabgeordnete Dr. Rolf Weigand gegen die Konkurrenz durch und kam auf ein Ergebnis von 59,4 Prozent. Der AfD-Kandidat triumphierte über den CDU-Vertreter Gunther Zschommler, der 18,2 erzielen konnte. Der Kandidat der örtlichen Bürgervereinigung erreichte 22,3 Prozent.

Die Wahl war nach dem Tode des Amtsinhabers Volker Schreiter im Herbst vergangenen Jahres notwendig geworden. Die Wahlbeteiligung lag bei bemerkenswerten 73 Prozent.

Wahlsieger Weigand zeigte sich am Abend glücklich: "Vielen Dank an meine Frau und meine drei wunderbaren Kinder, die immer hinter mir stehen." Und dann: "Ich versichere auch denen, die mich nicht gewählt haben, daß ich mein Amt wie angekündigt überparteilich ausüben werde. Die Interessen von Großschirma mit all seinen Ortsteilen haben für meine künftige Arbeit oberste Priorität."

Bundessprecher Tino Chrupalla sandte umgehend Glückwünsche:

"Rolf Weigand gewinnt die Bürgermeisterwahl in Großschirma im ersten Wahlgang mit rund 60 Prozent. Und das bei hoher Wahlbeteiligung von über 73 Prozent. Das ist stark! Herzlichen Glückwunsch!"

Erst Anfang der Woche hatte AfD-Kandidat Tim Lochner sein Amt als Oberbürgermeister in Pirna angetreten. Er konnte Ende vergangenen Jahres die OB-Wahl souverän gewinnen. Mit Rolf Weigand hat er jetzt, 60 Kilometer entfernt, einen AfD-Amtskollegen. Seit (dem) vergangenen Sommer ist Hannes Loth AfD-Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt).

Der 39-Jährige Rolf Weigand, promovierter Ingenieur, ist AfD-Mann der ersten Stunde, war schon 2013 in die Partei eingetreten, sitzt seit 2018 im sächsischen Landtag; erst als Nachrükker, seit 2019 als direkt gewählter Abgeordneter. Seit 2019 gehört er auch im Kreistag des Landkreises Mittelsachsen und dem Stadtrat von Großschirma an.

Die Sächsische Zeitung über den Wahlsieger:

"Weigand, der an der Bergakademie Freiberg studierte und promovierte, hatte 2022 auch für das Amt des Landrats kandidiert und aus dem Stand 24,5 Prozent geholt. Von der Sächsischen Zeitung damals nach seiner Lektüre gefragt, nannte er '1984' von George Orwell."

Die Aufregung bei den alten Parteien ist groß. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Detlef Müller bezeichnete das Ergebnis der Wahl in Großschirma als beschämend, es mache ihn fassungslos.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung gibt sich heute ganz investigativ und schreibt über Rolf Weigand: "Er besuchte Treffen des offiziell aufgelösten, völkisch-nationalen Flügels, posierte auf Fotos neben dem Thüringer AfD-Chef Björn Höcke." Der Thüringer AfD-Landeschef gratulierte dem AfD-Sieger auf seinem Telegram-Kanal.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. März 2024 (x1.360/…): >>**Schon im 1. Wahlgang: AfD-Bürgermeister Rolf Weigand mit 59,4 % gewählt!**

Dieses Wahlergebnis ist ein echter Hammer: Mit bärenstarken 59,4 % wurde Rolf Weigand am Sonntag als Bürgermeister der sächsischen Stadt Großschirma gewählt - und zwar im er-

sten Wahlgang! Erstmals wurde somit ein hauptamtlicher AfD-Bürgermeister auch ohne Stichwahl gewählt. Mit dem Landtagsabgeordneten und Diplom-Ingenieur für Keramik, Glas und Baustoffe bekommt Großschirma ein Stadtoberhaupt mit Kompetenz, Bürgernähe und unternehmerischer Erfahrung. Auch die hohe Wahlbeteiligung zeigt, daß immer mehr Menschen sich nach einer politischen Wende sehnen und daß sie der einzigen wirklichen Volkspartei vertrauen.
Die Reaktionen auf das Wahlergebnis zeigen aber auch, wie panisch und nervös die etablierten Parteien inzwischen sind. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Detlef Müller, nennt das Ergebnis der demokratischen Wahl "in erster Linie beschämend" und fühlt sich "neben fassungslos auch sehr betroffen".
Welch unglaubliche Arroganz und Verachtung gegenüber dem Souverän, welch unglaubliche Delegitimierung einer demokratischen Wahl! Es ist die Furcht vor dem Machtverlust, die aus diesen Worten spricht. Doch für uns ist das nur eine Bestätigung: Das Wahlergebnis vom Sonntag bedeutet weiteren Rückenwind für unsere Partei, die bei der bevorstehenden Europawahl und den Landtagswahlen mit hervorragenden Ergebnissen rechnen kann!<<

05.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. März 2024 (x1.361/…): >>**Ramadan-Beleuchtung in Frankfurt: Kapitulation unserer Kultur**
Viele empören sich über die Ramadan-Festbeleuchtung in Frankfurt. Und das ist verständlich. Während wir fremden Bräuchen immer mehr Raum geben, verleugnen wir die eigenen - das muß aufhören.
Max Roland
Die Stadt Frankfurt hängt angesichts des islamischen Fastenmonats Ramadan erstmals entsprechende Festbeleuchtung in der Innenstadt auf. Leuchtschilder mit der Aufschrift "Happy Ramadan", beleuchtete Halbmonde, Sterne und Fanoos-Laternen - Symbole aus der islamischen Kultur - sollen "ein leuchtendes Zeichen für ein friedliches Miteinander" setzen. "Es sind Lichter des Miteinanders, gegen Vorbehalte, gegen Diskriminierungen, gegen antimuslimischen Rassismus ...
In Zeiten von Krisen und Kriegen ist diese Beleuchtung ein Zeichen der Hoffnung für alle Menschen und stärkt den Zusammenhalt in unserer diversen Stadtgesellschaft", meint die Grüne Bürgermeisterin der Stadt.
Erwartungsgemäß entzündet sich an der Ramadan-Beleuchtung Kritik - und erwartungsgemäß gilt diese Kritik als islamophob, als rassistisch. "Die Rechten flippen aus. War klar", meint SPD-Politikerin Sawsan Chebli.
Das zu kritisieren, hat aber nichts mit Islamophobie oder "Haß" zu tun. Ich selbst habe mit Freunden schon Fastenbrechen gefeiert und will niemandem diesen Brauch wegnehmen. Gegen Ramadan und das allabendlichen Iftar-Fest gibt es überhaupt nichts einzuwenden. Jeder soll Ramadan feiern dürfen, wenn er oder sie das möchte - das ist nicht das Problem.
Während Frankfurt Ramadan-Festbeleuchtung in den Straßen aufhängt, diskutieren wir jedoch seit Jahren immer wieder um die Umbenennung von Weihnachtsmärkten in "Wintermärkte"; Supermärkte verkaufen den Schoko-Weihnachtsmann als "Jahresendfigur", um möglichst inklusiv zu sein. Solche Fälle gibt es zuhauf in ganz Europa. Ein paar Beispiele aus den letzten Jahren. In Lüneburg wurde eine Weihnachtsfeier auf den Nachmittag verschoben, weil eine muslimische Schülerin sich beklagt habe, daß das Singen von Weihnachtsliedern während der Schulzeit unvereinbar sei mit dem Islam.
In Mailand hat eine Schule Hinweise auf Weihnachten entfernen lassen und die Weihnachtsfeier in "Großes Festival der fröhlichen Feiertage" umbenannt. Im südtirolischen Bozen entfernte man einen Weihnachtsbaum aus Pappe aus dem Rathaus, um die Gefühle der Muslime nicht zu verletzen. In Halle an der Saale hieß der Weihnachtsmarkt plötzlich "Wintermarkt".

Viele Menschen stört das: 47 Prozent der Deutschen waren 2023 der Überzeugung, daß Deutschland mit seinem christlichen Erbe nicht selbstbewußt genug umgehe.
Das trifft dann auf eine Aktion wie in Frankfurt. Und man merkt: All diese Inklusivität geht vornehmlich in eine Richtung. Niemand würde fordern, den Ramadan in "Frühlingsfasten" umzubenennen, damit auch die Nicht-Muslime sich einbezogen fühlen. Es würde im Übrigen auch Aufstände unter Muslimen hervorrufen. Zurecht! Es wäre genauso unverschämt, ihnen ihre religiös-kulturellen Gebräuche wegnehmen zu wollen. Und nur mal so am Rande: "Happy Ramadan" über einer Straße aufzuhängen, die "Freßgass" heißt und auch genau das darstellt, ist auch eine besondere Gedankenlosigkeit.
Zur Wahrheit gehört auch: Deutschland ist ein christlich-jüdisches Land. Dem Ramadan de facto den gleichen Status einzuräumen, wie es Frankfurt tut - weil man genauso viel Aufwand für den Ramadan betreibt - verleugnet diese christlich-jüdische Prägung noch zusätzlich. Das hat auch nichts mit Religionsfreiheit zu tun, wie oft behauptet wird.
Der Islam ist im übrigen klipp und klar in seiner Ablehnung der Feste der "Ungläubigen". "Wer ein Volk nachahmt, so gehört er zu ihnen", predigte der Prophet Mohammed. Wir können den Weihnachtsmarkt also zur Unkenntlichkeit entstellen, die Spanferkelstände abreißen oder Datteln statt gebrannter Mandeln verkaufen: Eine Religion, die sich nicht in die Gemeinschaft der Ungläubigen integrieren will, bleibt davon ungerührt. Wir dürfen unsere Kultur nicht entkernen: Das ist nicht nur grundsätzlich falsch, sondern auch sinnlos.

So schafft sich Deutschland ab

Das Problem ist nicht, daß Menschen den Ramadan begehen: Das Problem ist der größere Trend von Selbstverleugnung und Selbstaufgabe, bei gleichzeitigem Hofieren fremder Bräuche und Kulturen. Von mir aus könnten wir auch zentralafrikanischem Animismus oder südamerikanisch-indigenen Regensekten Raum für ihre Festivitäten geben - wenn wir gleichzeitig stolz zu unseren eigenen Bräuchen stehen würden, wäre das kein Problem. Dann würde tatsächlich, wie es so oft heißt, niemandem etwas weggenommen werden.
Doch das tun wir nicht. Stattdessen verleugnet Deutschland sich und seine Bräuche kontinuierlich selbst. Die ehemalige Integrations-Staatsministerin Aydan Özoguz meinte ja bekanntermaßen, eine deutsche Kultur überhaupt nicht erkennen zu können. Stolz auf das Eigene, die heimischen Bräuche und Traditionen? Das gilt irgendwie als anrüchig, wahrscheinlich "rechts". Man entchristlicht Dinge, die über Jahrhunderte liebgewonnene Tradition geworden sind, aus irgendeinem absurden Fehl-Verständnis von Toleranz heraus. In Deutschland ißt man gerne und viel Schweinefleisch - es soll trotzdem immer öfter aus Kantinen verschwinden, weil vor allem Muslime es nicht essen dürfen.
Wegen Bestimmungen einer im Kern fremden Religion darf dann also kein Schüler in seiner Mensa mehr Cordon Bleu oder Bratwurst essen. Klar, man kann genauso gut Rind oder Huhn essen - aber der Trend, für fremde Bräuche die eigenen Gewohnheiten einzuschränken, ist ein schlechter Trend. Wir verbiegen und verrenken uns, um uns fremden Kulturen anzudienen, ihnen Raum zu geben und sie in unserem Land zu stärken. Die heimische Kultur verleugnen wir. Das ist keine Toleranz und auch keine "Buntheit" - das ist Unterwerfung aus Selbsthaß. Um es mit Thilo Sarrazin zu sagen: So schafft sich Deutschland ab.
Vor allem, weil diese Toleranz mit Sicherheit eine Einbahnstraße ist. Die Meldungen über islamistische Vorfälle an NRW-Schulen, die Anfang des Jahres die Runde machten, unterstreichen das: Wo der Islam in der Mehrheit ist, ist in der Regel Schluß mit Toleranz, Koexistenz und Buntheit.
Wer jetzt, angesichts der Kritik an der Ramadan-Beleuchtung, reflexartig "Islamophobie" schreit, verkennt das wahre Problem. Kaum jemand hat etwas dagegen, daß Moslems ihre eigenen Feste feiern. Aber die stetige Selbstaufgabe unseres Landes, unserer Sitten und Gebräuche, die Verleugnung unserer Kultur und die Unterwerfung unter eine Religion, die von Ko-

existenz im Kern gar nichts wissen will: Das ist ein gefährlicher Irrweg.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. März 2024 (x1.360/…): >>**Linker Terror ufert immer mehr aus**
Der heutige Tag wird von gleich zwei linken Straftaten geprägt: zum einen hat die linke "Vulkangruppe" sich zu einem Anschlag auf Tesla bekannt, zum anderen sabotieren linke Netzwerke die Fahndung nach den RAF-Terroristen.
Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender der Alternative für Deutschland, erklärt, daß der Staat das offensichtliche Erstarken des Linksextremismus selbst verschuldet habe:
"Linke Netzwerke und Straftäter haben in Deutschland seit vielen Jahren Narrenfreiheit. Ernsthafte Bestrebungen, sie zu bekämpfen gab es in den letzten Jahrzehnten nie. Ganz im Gegenteil werden linke Umtriebe in Deutschland nicht nur verharmlost, sondern finanziell und logistisch sogar gepäppelt. Offene Bekenntnisse linker, grüner und ähnlicher Bundestagsabgeordneter zu Antifa-Gruppierungen sind keine Seltenheit. Insofern muß man sich nicht wundern, daß die seit Jahren einseitig betriebene Fokussierung auf den Rechtsextremismus dazu führt, daß Linke dem Staat auf der Nase herumtanzen und zu einer großen Gefahr geworden sind!"<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 5. März 2024 (x1.364/…): >>**Auch CDU/CSU hetzen mit Lügen-Propaganda zum Krieg gegen Rußland**
Von *Herbert Ludwig*
"Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich.
Daher ist die Unwahrheit das eigentliche Böse, jeden Frieden Vernichtende."
(Karl Jaspers)
Den permanenten Lügen von SPD, Grünen und FDP über die Alleinschuld Rußlands am Krieg in der Ukraine und einen angeblichen Imperialismus Putins stehen CDU/CSU als größte "Oppositions-Fraktion" nicht nach. Auch sie lehnen Friedensverhandlungen ab und treiben auf unverantwortliche Weise dazu, daß die für den US-Imperialismus ausblutende Ukraine den Krieg mit deutschen Fernwaffen noch nach Rußland tragen soll. Daß Deutschland dadurch zum offenen Kriegsgegner Rußlands wird, nehmen sie offensichtlich in Kauf. Kollektiver Wahnsinn hat hier über eine Parteien-Clique vollends die Herrschaft übernommen. Es scheint, daß nur das aufstehende Volk selbst noch den absehbaren eigenen Untergang aufhalten kann.
Partei-Cliquen entscheiden, was dem Deutschen Volke zukommen soll
Am 22. Februar 2024 stimmte der Deutsche Bundestag über drei Anträge zum Ukraine-Krieg ab. Als erstes stand der Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf der Tagesordnung, der sich wie eine Kriegserklärung an Rußland liest, wie Thomas Röper auf Anti-spiegel schreibt. Dann folgte ein Antrag der Regierung etwa gleichen Inhalts, nur weniger radikal formuliert. Und den Schluß bildete ein kurzer Antrag der AfD-Opposition.
Der CDU/CSU Antrag, der mit Kritik an der nicht weit genug gehenden Politik der Regierung gespickt war, wurde natürlich mit großer Mehrheit abgelehnt, aber von der Ampel-Koalition im Grunde nur aus parteitaktischen Gründen, denn man wollte dasselbe Ziel selbstverständlich mit dem eigenen Antrag erreichen, der dann auch die Mehrheit erhielt.
Trotzdem lohnt es sich, den radikalen Antrag der größten Oppositions-Gruppierung genauer zu untersuchen, denn er läßt voraussehen, was unter einem CDU/CSU-Kanzler Friedrich Merz auf das deutsche Volk zukommt - wenn er nicht vom Volk verhindert wird.
Der CDU/CSU-Antrag zu Rußland
Der Antrag beginnt mit einer allgemeinen Lagebeschreibung, die dann in 28 Einzelpunkte übergeht.
Einleitend heißt es:
"Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
Zwei Jahre ist es her, daß Rußland am 24. Februar 2022 mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine den Krieg, der bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine begann, in katastrophalem Ausmaß zurück auf unseren Kontinent gebracht hat. Schon zehn Jahre kämpft das ukrainische Volk aufopferungsvoll für seine Freiheit, die Rückerlangung der territorialen Integrität seines Landes und die Bewahrung seiner politischen Souveränität - zentrale Säulen des Völkerrechts. Dabei kämpfen die Ukrainer auch für unsere Werte, die liberale, regelbasierte Ordnung und somit für die Sicherheit ganz Europas.
Rußland ist mit seiner militaristischen und revanchistischen Außenpolitik eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in ganz Europa und die Welt. Dabei spricht der Kreml seine imperialen und kolonialen Großmachtphantasien unverschleiert und für alle hörbar aus. Gleichzeitig hat Putin sein Land auf Kriegswirtschaft ausgerichtet. Experten gehen von einem Zeithorizont von höchstens fünf bis acht Jahren aus, bevor Rußland in der Lage ist, die NATO konventionell herauszufordern. …"
Es ist unglaublich, wieviel Lügen, Verdrehungen und Entstellungen in so wenigen Zeilen untergebracht werden können.
Der Krieg in der Ostukraine begann 2014, nachdem mit westlicher Hilfe durch den Maidan-Putsch ein faschistisch-nationalistisch dominiertes Regime an die Macht gekommen war, das nach seiner Ideologie eine "ethnisch reine" Ukraine herstellen und sie insbesondere von allem Russischen säubern wollte. Da die russischsprachige Bevölkerung vor allem im Donbass gegen das mit Gewalt verfassungswidrig installierte Regime in Kiew demonstrierte und es nicht anerkannte, wurde bereits am 13. April 2014 auf einer Sitzung des ukrainischen Sicherheitsrates im Beisein des damaligen CIA-Chefs der Marschbefehl an die ukrainische Armee zum Bürgerkrieg in den Donbass gegeben, in dem acht Jahre lang auch die Zivilbevölkerung gezielt beschossen wurde.
Die Abspaltung der Krim, die nach dem Putsch erfolgte, war völkerrechtskonform. So wie nach dem Internationalen Gerichtshof die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 - sogar ohne Volksabstimmung - vom Völkerrecht gedeckt war, so ist es auch die der Krim, die sogar auf einer regulären Volksabstimmung beruht. Die Bevölkerung der Krim hat sich dann durch eine weitere Volksabstimmung Rußland angeschlossen.
Die Ukraine kämpft nicht für "unsere Werte", sondern für faschistisch-nationalistische Ziele und einen neonazistischen Führerstaat. Dieses reaktionäre Bestreben wird vom US-Imperialisten und seinen Vasallen gefördert und benutzt, um die Ukraine stellvertretend für die USA gegen Rußland sozusagen "bis zum letzten Ukrainer" kämpfen zu lassen. Insofern kämpft die Ukraine in der Tat für "die liberale, regelbasierte Ordnung" des Westens, die eine Ordnung ist, in der letztlich die USA die Regeln bestimmen. Die "Sicherheit ganz Europas" wird in erster Linie von den USA und das Aggressions-Bündnis NATO bedroht, die diesen Krieg aus dem Hintergrund inszeniert haben.
Rußland hat die Ukraine nicht "brutal angegriffen". Es hat die separatistischen Bewegungen Donezk und Lugansk in einer föderalistischen Ukraine mit autonomen Rechten halten wollen, was auch die Minsker Abkommen vorsahen, die aber von dem Kiewer Regime nicht umgesetzt und auch nach Eingeständnis der CDU-Vorsitzenden Merkel vom Westen nur hinhaltend benutzt wurden, um für die Ukraine Zeit zur militärischen Aufrüstung gegen Rußland zu gewinnen. Putin, der auf den Vertrag vertraut hatte, wurde also reingelegt.
Er hat schließlich Anfang 2022 die Republiken Donezk und Lugansk, die sich völkerrechtskonform für unabhängig erklärt hatten, anerkannt, mit ihnen einen Beistandspakt geschlossen und ist ihnen auf deren Ersuchen im Kampf gegen die ukrainische Armee zu Hilfe gekommen.
Alle vorangegangenen Friedensbemühungen Putins wurden von den USA abgewiesen. Diese

haben den russischen Einmarsch bewußt provoziert und herbeigeführt.
Auch die Lüge vom russischen Revanchismus und Imperialismus ist eine Propaganda-Lüge, die durch ständige Wiederholung nicht wahr wird. Damit wird nur der US-Imperialismus auf Rußland projiziert, um von ihm abzulenken.

Kriegserklärung der CDU/CSU

Von den 28 Forderungen an die Bundesregierung sollen nur die ersten 3 exemplarisch betrachtet werden, die es in sich haben.
Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, "Rußland als existentielle Bedrohung anzuerkennen, der Bevölkerung transparent die daraus abgeleiteten Herausforderungen zu erläutern und dadurch ein Bedrohungsbewußtsein zu schaffen".
Thomas Röper stellt in dem angeführten Artikel dazu fest:
"Daß Rußland eine 'existentielle Bedrohung' für Deutschland sein soll, ist eine absurde These, schließlich hat Rußland Deutschland nicht nur nie gedroht, es gibt auch keinerlei Interessen, die Rußland gegen Deutschland haben könnte. Es gibt keine strittigen Gebietsfragen und Rußland hat sich Deutschland gegenüber nie aggressiv verhalten.
Im Gegenteil: Rußlands Interesse war immer, Deutschland seine billigen Rohstoffe (vor allem Öl und Gas) zu verkaufen, die das Fundament der deutschen Industrie und des deutschen Wohlstandes waren. Es war auch nicht Rußland, das als erstes Sanktionen eingeführt hat, das war der Westen und in der EU war die Bundesregierung dabei eine treibende Kraft. Außerdem war Rußland seit dem Beginn der Ostpolitik von Willy Brandt immer an guten Beziehungen zu Deutschland interessiert, weil die Jahrzehnte lang - gerade bei politischen Krisen - ein Stabilitätsanker in Europa waren."
Besonders ungeheuerlich ist jedoch der zweite Teil dieser Forderung, "der Bevölkerung die daraus abgeleiteten Herausforderungen zu erläutern und dadurch ein Bedrohungsbewußtsein zu schaffen". Das bedeutet praktisch, daß die Regierung anti-russische Kriegspropaganda betreiben soll, damit die deutsche Bevölkerung entgegen der Wahrheit die Lügen und Entstellungen glauben und so aus Angst vor einer Bedrohung gegen Rußland eingeschworen wird. Es ist wie vor jedem Krieg: zuerst Kampf gegen die Wahrheit, Bewußtseinsmanipulation der Menschen, um sie zum Laufen in den Tod gefügig zu machen.
Thomas Röper bemerkt dazu empört:
"Preisfrage: Welcher deutsche Minister war von 1933 bis 1945 für genau das, also die Etablierung des Feindbildes Rußland, zuständig? Daraus folgt die zweite Frage: Ist die CDU/CSU sich bewußt, in wessen Traditionen sie sich begibt, wenn sie diese Kriegspropaganda fordert? Und eine dritte Frage: Wann beginnt die CDU/CSU in dieser Tradition, vor den "Mongolenhorden aus dem Osten", die über Europa herfallen würden, zu warnen, von denen der genannte deutsche Minister in der ersten Hälfte der 1940er Jahre fabuliert hat?"
Diese Parteicliquen merken schon gar nicht mehr, wie schwer sie mit solchen Machenschaften die Würde des Menschen (Art. 1 GG) verletzten, die darin besteht, daß der Mensch als geistig sittliches Wesen von Natur darauf angelegt ist, in Selbstbewußtsein und Freiheit sich selbst zu bestimmen. Das macht ihn zum Souverän einer freiheitlichen Ordnung. Wird er manipulativ in ein falsches Bewußtsein von der Wirklichkeit versetzt, ist das ein Angriff auf das innerste autonome Wesen des Menschen. Es ist, wie wenn man einem Menschen das Augenlicht raubt, so daß er im Raume orientierungslos wird und geführt werden kann, wohin er nicht will. Es ist wieder das absolut Böse, das durch dieses Papier spricht.
2. - "das Sanktionsregime gegen Rußland weiter zu verschärfen, dessen Umsetzung zu kontrollieren und sich auf internationaler und EU-Ebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß russische Vermögenswerte, vor allem russische staatliche Devisenreserven im Ausland, im Rahmen des rechtlich Möglichen der Ukraine zugutekommen".
Also Eigentumsrechte spielen keine Rolle. Es geht um die größtmögliche Schädigung Ruß-

lands, wie sie ja auch durch die bisherigen Sanktionen beabsichtigt ist.
Das bekannte Problem sei, so Thomas Röper, daß die EU bereits 12 Sanktionspakete gegen Rußland verabschiedet habe, die auf die russische Wirtschaft keine allzu beeindruckende Wirkung gehabt hätten. Daran werde ein weiteres Sanktionspaket, das die EU beabsichtige, auch nichts ändern, denn die EU habe schon praktisch alles sanktioniert, was sie sanktionieren könne.
Daß sich auch die CDU/CSU dafür ausspreche, russische Vermögenswerte zu enteignen, sei nicht überraschend. Aber es sei selbstmörderisch, denn es würde dazu führen, daß internationale Anleger und Investoren den Euro und europäische Banken und Finanzplätze als unsicher ansehen und sich nach neuen Anlagemöglichkeiten für ihr Geld umsehen würden.
Und nützen würde es auch nicht viel, weil Rußland bereits angekündigt habe, darauf spiegelbildlich zu reagieren und westliche Vermögenswerte in Rußland zu enteignen. Mit dieser Maßnahme würde die EU also europäischen Firmen schaden, die in Rußland Eigentum haben.
- "die Ukraine durch unverzügliche Lieferung von erbetenen und in Deutschland verfügbaren Waffensystemen (u.a. TAURUS) sowie Munitionssorten im Kampf gegen Rußland zu unterstützen und dabei europäische Führung und Koordinierung zu übernehmen"
Der CDU-Abgeordnete und ehemalige Bundeswehr-Oberst Kiesewetter hat bereits kürzlich gefordert, der Ukraine Langstreckenwaffen zu liefern, damit sie "den Krieg nach Rußland tragen" könne, und er hat ganz offen die Zerstörung russischer Ministerien gefordert. Das ist offensichtlich keine Einzelmeinung, sondern offizielle Auffassung der CDU/CSU, wie diese Forderung 3 zeigt.
Thomas Röper denkt den Gedanken zu Ende:
"Was würde wohl passieren, wenn morgen eine aus Deutschland an Kiew gelieferte Taurus-Rakete in Moskau in einem Ministerium oder im Kreml einschlagen würde? Könnte das die rote Linie sein, bei der Rußland Deutschland als Kriegspartei ansieht? Und könnte es sein, daß als Antwort eine russische Hyperschallrakete durch das Bürofenster von Herrn Kiesewetter fliegt, wie es der Deutschland-Korrespondent des russischen Fernsehens vor einigen Tagen in seinem Beitrag aus Deutschland formuliert hat?"
Insgesamt seien die Forderungen der CDU/CSU an die Regierung nichts anderes als das Verlangen nach einer Kriegserklärung an Rußland.

Der Antrag der SPD, Grünen, FDP

Der Antrag der Regierungsparteien enthält nichts Neues, sondern, nur etwas mäßiger formuliert, die gleichen einseitigen lügenhaften Beschuldigungen Rußlands und wiederholt breit und wortreich die bekannten hohlen Phrasen von der "unverbrüchlichen Unterstützung des ukrainischen Rechtes auf Selbstverteidigung". Und er erhebt ebenfalls die Forderung, den Krieg nach Rußland zu tragen. So soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung nach Punkt 3 auffordern:
"die in der Sicherheitsvereinbarung vom 16. Februar 2024 bekundete langfristige militärische Unterstützung für die ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte bereitzustellen, um die territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen in vollem Umfang wiederherzustellen, dies beinhaltet die Lieferung von zusätzlich erforderlichen weitreichenden Waffensystemen und Munition, um die Ukraine einerseits in die Lage zu versetzten, völkerrechtskonforme, gezielte Angriffe auf strategisch relevante Ziele weit im rückwärtigen Bereich des russischen Aggressors zu ermöglichen und andererseits die Landstreitkräfte mit der Lieferung von gepanzerten Kampfsystemen und geschützten Fahrzeugen weiter zu stärken";
Parallel zur Abstimmung im Bundestag hat der Sprecher von Scholz allerdings verkündet, wie Thomas Röper bemerkt, daß mit dieser Formulierung keine Lieferung von Taurus-Raketen gemeint sei. Scholz habe seine frühere Position dazu nicht aufgegeben.

- Es ist die Frage, wie lange das dauert. -
Es sei schon schockierend, daß man sich in den heutigen Zeiten schon fast darüber freuen müsse, daß die radikal anti-russische Bundesregierung etwas weniger radikal sei als die CDU/CSU-Opposition, die wahrscheinlich den nächsten Kanzler stellen werde.
- Nur in Klammern sei bemerkt, daß der Antrag der Regierungsparteien natürlich eine leeres Theater ist. Parlament und Regierung sind beide in ihrer Hand. Der Antrag ihrer Parlaments-Fraktion, das Parlament möge bestimmte Forderungen an die Regierung beschließen, heißt nichts anderes als: Die drei Parteien beantragen beim Parlament, in dem sie die Mehrheit bilden, also bei sich selbst, an die Regierung die von ihnen gebildet wird, also an sich selbst, bestimmte Forderungen zu richten. Diese Farce ist das Ergebnis des Parteiensystems, das die Gewaltenteilung de facto aufgehoben hat. -

Der AFD-Antrag

Der Antrag der AfD-Fraktion an diesem Tag 10 enthält nur eine Forderung:
"auf EU-Ebene sich gegen die Verwendung der russischen staatlichen Vermögenswerte einschließlich der aus ihnen erzielten Gewinne einzusetzen und damit für den Erhalt eines international glaubwürdigen rechtsstaatlichen Finanzwirtschaftsstandorts in der EU zu werben."
Alle Parteien im Deutschen Bundestag haben gegen diesen Antrag gestimmt.

Fazit

Die Altparteien CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP versetzen mit Hilfe ihrer medialen Lautsprecher die Bevölkerung permanent in die falsche Vorstellung von der Alleinschuld Rußlands am Ukrainekrieg, das imperialistisch seinen Herrschaftsbereich über die Ukraine hinaus nach Westen ausdehnen wolle und schließlich auch Deutschland bedrohe.
Diese Lügenpropaganda ist nur dadurch möglich, daß entgegen den Regeln sorgfältiger Urteilsbildung die gesamte Vorgeschichte, die zu den Ereignissen in der Ukraine geführt hat, einfach weggelassen wird. So werden die gesellschaftlichen Ereignisse in der Ukraine, die Machenschaften von CIA, Nato und EU, die in den Maidan-Putsch einmündeten, die verlogene Nato-Ostausdehnung, das berechtigte Sicherheitsbedürfnis Rußlands etc. den Menschen vollständig vorenthalten. Sie sollen in ein angsterfülltes Bewußtsein versetzt werden, in dem sie sich von Rußland bedroht fühlen, so daß sie den verruchten kriegerischen Intentionen des US-Imperialismus und ihrer deutschen Vasallen gegen Rußland zustimmen, die den Ukraine-Krieg sogar nach Rußland tragen wollen.
Durch diese Bewußtseins-Manipulationen werden die Menschen zentral in ihrem Wesenskern als autonome Wesen ausgeschaltet und entwürdigt, so daß sie wie Blinde geführt werden können, wohin sie nicht wollen - die größte Attacke gegen die Demokratie. Der seelisch-geistigen Entwürdigung zur Ebnung des blinden Weges in den Krieg folgt die leibliche Entwürdigung des tierischen Abschlachtens und Zerfetzens im Kriege. Kein wirklicher Mensch will einen Krieg, der nur alles Menschliche zerstört und vernichtet.
Aus dem Streben und Handeln dieser Parteien spricht das Anti-Menschliche, das absolut Böse.
Demgegenüber appellierte Jesus Christus an das klare Bewußtsein der Menschen, in dem sie ihre Würde und Freiheit finden:
"Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen." (Johannes 8, 32)
Diese Parteien, die zum Teil sogar noch das "Christliche" schamlos in ihrem Namen tragen, vertreten das Gegenteil, sie dienen dem absoluten Bösen, das vom skrupellosen aggressiven Amerikanismus ausgeht. Nein, direkt Nazis sind sie nicht, das Böse kleidet sich immer in andere täuschende Gewänder. Es kommt heute im Kleid der formalen Demokratie daher, hinter der eine Parteien-Oligarchie immer mehr in die Diktatur übergeht. Doch "an ihren Früchten werdet ihr sie erkennen": Lüge, Machtsucht, Manipulation, Vermassung, Unterdrückung und

schließlich Zerstörung, Not und Tod.
Das "Nie wieder darf von Deutschland ein Krieg ausgehen!" gilt nicht mehr. Es herrschen besessene Machtpsychopathen, die gar nicht mehr wissen, was ein Krieg an leiblichen und seelischen Schmerzen, an furchtbarem Leid, an unendlicher Not wirklich bedeutet.

Kriegslied

Sengen, brennen, schießen, stechen,
Schädel spalten, Rippen brechen,
spionieren, requirieren,
patrouillieren, exerzieren,
fluchen, bluten, hungern, frieren …
So lebt der edle Kriegerstand,
die Flinte in der linken Hand,
das Messer in der rechten Hand,
mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Aus dem Bett von Lehm und Jauche
zur Attacke auf dem Bauche!
Trommelfeuer, Handgranaten,
Wunden, Leichen, Heldentaten,
bravo, tapfere Soldaten!
So lebt der edle Kriegerstand,
das Eisenkreuz am Preußenband,
die Tapferkeit am Bayernband,
mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Stillgestanden! Hoch die Beine!
Augen gradeaus, ihr Schweine!
Visitiert und schlecht befunden.
Keinen Urlaub. Angebunden.
Strafdienst extra sieben Stunden.
So lebt der edle Kriegerstand.
Jawohl, Herr Oberleutenant!
Und zu Befehl, Herr Leutenant!
Mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Vorwärts mit Tabak und Kümmel!
Bajonette, Schlachtgetümmel.
Vorwärts! Sterben oder Siegen
Deutscher kennt kein Unterliegen.
Knochen splittern, Fetzen fliegen.
So lebt der edle Kriegerstand.
Der Schweiß tropft in den Grabenrand,
das Blut tropft in den Straßenrand,
mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Angeschossen, hochgeschmissen,
Bauch und Därme aufgerissen.
Rote Häuser, blauer Äther,
Mutter! Mutter!! Sanitäter!!!
So stirbt der edle Kriegerstand,
in Stiefel, Maul und Ohren Sand
und auf das Grab drei Schippen Sand,
mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.
Erich Mühsam (1878-1934, von der SS im KZ ermordet)<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28378" berichtet am 5. März 2024 (x1.359/…): >>**Kanada: Tod auf Verlangen nun auch für Babys - Trudeau-Regierung erweitert Sterbehilfeprogramm (MAiD)**

2021 wurde in Kanada ein liberalisiertes Euthanasiegesetz eingeführt. Seit dieser Gesetzesrevision hält Kanada den Rekord an Sterbehilfefällen. Der Tod auf Verlangen hat seither um 60 % zugenommen und nirgendwo sonst auf der Welt werden so viele Menschen "auf Wunsch" medizinisch getötet wie in Kanada. Dem aber noch nicht genug, soll nun auch der Tod auf Verlangen für Babys und Kleinkinder möglich sein …

Medical Assistance in Dying, kurz MaiD(zu deutsch: medizinisch begleitete Sterbehilfe),ein Programm der kanadischen Regierung, ist ursprünglich nur für seltene Fälle schwerstkranker Erwachsener gedacht gewesen. Kla.TV hat bereits darüber berichtet (kla.tv/26354), daß es auch armen und psychisch leidenden Menschen - ja sogar Kindern ab 12 Jahren, sog. "mündigen Minderjährigen" - ermöglicht werden soll, "freiwillig" zu sterben, um keine Belastung mehr für die Gesellschaft zu sein.

Nur der große Widerstand in der Bevölkerung, Sterbehilfe nun auch für "lediglich" psychisch Leidende auszuweiten, bewegte Kanadas Gesundheitsminister Holland dazu, das Vorhaben auf März 2027 hinauszuschieben. Seine fadenscheinige Begründung: es gebe in Kanada nicht genügend Ärzte, insbesondere Psychiater, um psychisch kranke Menschen, die sterben wollen, zu beurteilen.

Aber Kanadas jüngst angekündigte Pläne, die "Euthanasie" für Kleinkinder und Säuglinge zu legalisieren, zeigen eindeutig, wo die Reise hingeht: MAiD erfüllt, was viele befürchtet haben: Es scheint ein Programm zur Ausweitung der Kindertötung anstelle der Sterbehilfe zu sein, auch bekannt als "Tod in Würde", so ein Zitat aus dem Bericht von naturalnews.com.

Schrittchen um Schrittchen kommen auch alle anderen "lästigen" Bevölkerungsgruppen wie z.B. schwer Drogenabhängige oder Depressive ins Gespräch. Werden nun die Pläne für aufgedrängten Selbstmord ausgeweitet?

Einige Kritiker sagen, das bestehende System der Sterbehilfe sei fehlerhaft, weil es Menschen in die Sterbehilfe dränge, die unter einem Mangel an Behandlung oder Unterstützung leiden. Die lokalen Nachrichten haben über einige Personen berichtet, die eigenen Angaben zufolge Sterbehilfe in Anspruch nehmen, weil es ihnen an einer angemessenen Unterkunft oder sonstiger Unterstützung fehlt und die ihren Antrag zur Sterbehilfe mit einer finanziellen Not und einem Zwang begründeten. Ein Beispiel: "Durch die Regelung der Sterbehilfe in Kanada habe ich erfahren, daß mir die Pflege und Unterstützung fehlt, die ich zum Leben brauche. ... Ich wurde durch Mißbrauch, Vernachlässigung, mangelnde Pflege und Drohungen zur Sterbehilfe gezwungen."

Vor dem ständigen Ausschuß für Justiz und Menschenrechte sagte ein Mann: "Die Regierung sieht mich als überflüssigen Abschaum, als Nörgler, als nutzlos und als Nervensäge an."

Es gab in der Debatte noch drastischere und bitterere Anklagen gegen die Gesundheitsversorgung.

Abgesehen davon, wie repräsentativ solche Aussagen zum Sterbehilfegesetz in Kanada sind, sprechen sie heikle Punkte an. "Eine Debatte über Abgründe" hieß es in einem anderen Artikel.
An welchem Punkt zieht die Gesellschaft eine Grenze zu den Abgründen und bei der Einwilligung zur Sterbehilfe? Denn Tatsache ist, hier wird eindeutig eine Grenze überschritten. Durch die Ausweitung der Euthanasie auf Säuglinge wird Kanada zu einem Tötungsregime. "Ein Säugling ist sich seiner selbst nicht bewußt und kann keinen "Selbstmord begehen", so naturalnews.com. Weiter heißt es: "Säuglinge wollen leben, essen und von ihren Eltern gehalten werden." Wie könnte ein Baby in einen assistierten Suizid einwilligen?
Louis Roy vom Ärztekollegium der Provinz Quebec hat seine Ideologie vor dem Gemeinsamen Sonderausschuß für medizinische Sterbehilfe des Unterhauses erläutert.
Dr. Roy ist der Ansicht, daß es in Fällen, in denen ein Kind mit "schweren Mißbildungen" geboren wird, nicht ausgeschlossen ist, daß dieses Kind lieber sterben möchte als ein ganzes Leben lang mit solchen Problemen leben zu müssen. Seiner Ansicht nach sollten Neugeborene, die mit schweren Mißbildungen oder schweren und schwerwiegenden Syndromen auf die Welt kommen, das Recht auf einen medizinisch unterstützten Tod haben. Aber da so ein Säugling nicht entscheiden kann, ob er leben oder sterben möchte, wer wird diese Entscheidung für ihn fällen? Ärzte oder gar die "besorgten" Eltern?
Ganz zu schweigen von der Gefahr, daß unter dem Deckmantel "Sterbehilfe" Menschen aus dem Weg geräumt werden, die den Staat und das Gesundheitssystem nur Geld kosten, anstelle Steuern abzuführen. Wer darf dann am Ende die Frage beantworten, ob ein Leben lebenswert ist oder nicht? Und wer will diese Last der Entscheidung mit all ihren Konsequenzen auf sich nehmen?
Eine solche Ärztin, die assistierten Suizid durchführt, ist Dr. Stefanie Green, eine MAiD- Enthusiastin, die bereits mehr als 300 Menschen in den Tod begleitet hat. Früher war Dr. Green für die Betreuung am Lebensanfang zuständig, sie spezialisierte sich auf Säuglings- und Müttergesundheit, jetzt ist sie auf die "Betreuung" am Lebensende umgestiegen. "Das eine ist die Einlieferung, das andere ist die Auslieferung", scherzte Dr. Green im April 2022 gegenüber CTV News. "Sie ähneln sich insofern, als daß es sich bei beiden um unglaublich intime Momente handelt. Es sind Meilensteine im Leben eines Menschen. Sie sind sehr intensiv."
Sie beschreibt es als "starkes Gefühl", wenn sie die Todesmedikamente verabreicht. Diese verstörende Aussage läßt aufhorchen. Und man fragt sich, ob sich ein Genuß am Tod dahinter verbirgt? Jedenfalls erinnert Dr. Greens Bekenntnis auch stark an die sogenannten "Todesengel", Menschen, die meist als Pfleger oder Ärzte in medizinischen Berufen tätig waren und ihre Patienten auf eigene Faust "erlöst" haben. Flogen diese Morde auf, wurden die Straftäter oft als Serienmörder verurteilt. Wobei sich an dieser Stelle die weitere Frage aufdrängt, ob aus den selbsternannten "Erlösern" von damals die "Helfer" von heute werden?
Nicht unerheblich ist auch die Verknüpfung des Onlineportals Bioedge.org. von deutlich gestiegenen Zahlen von sog. Organspenden, nachdem Kanada 2016 die Sterbehilfe legalisierte. Nun ist Kanada bereits weltweit führend bei der Organspende nach Sterbehilfe. Bioedge.org berichtete über eine im September 2022 veröffentlichte amerikanische Studie mit Untersuchungen zu konkreten Zahlen dieser umstrittenen Praxis. Dennoch soll das kanadische MAiD-Programm auf Empfehlung der Ärztekammer von Quebec nun auch auf kleine Kinder ausgeweitet werden. Die Möglichkeit, Organe von einem Säugling zu entnehmen und zu verkaufen - der keinen Einspruch gegen seine Euthanasie erheben kann - ist ein höchst skrupelloses, gewinnbringendes Geschäft, und die Nachfrage steigt.
Abschließend bleibt nur noch zu schlußfolgern, daß es sich beim kanadischen Programm längst nicht mehr um Sterbehilfe für Schwerstkranke handelt, und das Schlimmste von allem ist, daß dieses Programm den globalen Bevölkerungsreduktions-Plänen in die Hände spielt,

(sehen Sie dazu: Die Georgia Guidestones kla.tv/5872 und Eugenik 2.0 kla.tv/23307) wobei die praktische Umsetzung, ganz kraß formuliert, an eine Ausweidung von Schutzlosen erinnert, an der sich all jene berauschen können, die buchstäblich dem Satanskult verfallen sind. (sehen Sie dazu: Die Blutsekte II kla.tv/27211)
Niemals darf dieses Vorhaben zu einer gesellschaftlichen Akzeptanz gelangen: Jedes einzelne Kind und jeder Mensch hat ein absolutes Recht auf Leben - und niemand von uns hat das Recht, es ihnen zu nehmen.<<

06.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. März 2024 (x1.361/…): >>**Grüner Beutezug - das System Deutsche Umwelthilfe**

3 Millionen Euro durch Abmahnungen, 1,5 Millionen Euro von dubiosen Geldgebern: Die Deutsche Umwelthilfe hat das Abkassieren im Namen des Klimas zum Geschäftsmodell gemacht. Ein Ende des Geldsegens ist nicht in Sicht.

Jonas Aston

Anderthalb Millionen Euro: Die Herkunft von Spenden in dieser Höhe verschweigt die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Auf Apollo-News-Anfrage möchte der Verein nicht ausschließen, daß diese Zuwendungen von Unternehmen kommen, die von der Arbeit der (rechtlich gemeinnützigen) Umwelthilfe direkt wirtschaftlich profitieren. "Ob irgend jemand Sonstiges von unserer Arbeit profitiert oder nicht, können wir nicht beurteilen", so die Deutsche Umwelthilfe. Auf Anfrage erklärte man lediglich, daß die Gelder weder von Unternehmen aus der Energie- noch aus der Automobilbranche stammten. "Es profitieren Natur, Umwelt und Verbraucher" von der Arbeit der Umwelthilfe heißt es abstrakt.

Warum die Deutsche Umwelthilfe Spendengelder in Millionenhöhe nicht angibt, bleibt dubios. Gegenüber Table Media räumte man ein damit gegen gesetzliche Verpflichtungen verstoßen zu haben. Ausgewiesen wird von der DUH lediglich, ob es sich bei dem Spender um eine juristische oder natürliche Person bzw. Institution handelt. Gegenüber Table Media erklärte die DUH man sei "nicht dazu berechtigt", die Herkunft der Spendengelder offenzulegen, da die Geber anonym bleiben wollten.

Schon seit 1975 existiert die Deutsche Umwelthilfe. Wirklich relevant wurde sie aber erst in den 2000er Jahren. Der Aufstieg der Organisation ist eng mit dem Wirken der Grünen verknüpft. 2004 wurde der Verein auf Betreiben des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin als gemeinnützig anerkannt. Seitdem kann sie steuerbegünstigt Spenden kassieren und ist zudem klageberechtigt.

Die Organisation finanziert sich zu einem großen Teil über Spendengelder. Im Jahr 2021 erhielt die Deutsche Umwelthilfe Spenden und Schenkungen in Höhe von rund fünf Millionen Euro. Ein anderer wesentlicher Teil ihrer Einnahmen stammt aus Abmahnwellen, mit denen vor allem mittelständische Autohäuser überzogen werden. 5 der rund 100 Vereinsmitarbeiter sind einzig und allein dafür zuständig das Internet nach abmahnbaren Unternehmen zu durchforsten. Für die Organisation ist dieses Vorgehen äußerst lukrativ. Im Jahresbericht 2023 der Deutschen Umwelthilfe wurde vermerkt, daß im Jahr 2022 genau 3.123.317 Euro durch die "Ökologische Marktüberwachung" eingenommen wurden.

Die Umwelthilfe produziert Skandale am laufenden Band

Das Finanzgebaren des Vereins sorgt bereits seit Jahren für Fassungslosigkeit. So unterstützte etwa Toyota die Deutsche Umwelthilfe von 1998 bis 2019. Brisant hieran ist, daß die Deutsche Umwelthilfe eine massive Klagewelle gegen die Hersteller von Diesel-Fahrzeugen losgetreten hatte, da deren Fahrzeuge Grenzwerte überschritten haben sollen. Diesel-betriebene Wagen werden jedoch insbesondere von deutschen Automobilkonzernen hergestellt. Toyota produziert hingegen ganz überwiegend Benziner. Im Gegensatz zur deutschen Konkurrenz wurden sie kaum durch die Klagen der DUH beeinträchtigt.

Erst vor rund einem Monat wurde bekannt, daß die Deutsche Umwelthilfe für eine Millionensumme mit der Gas-Lobby zusammenarbeiten wollte. Im Jahr 2016 bot man eine auf drei Jahre angelegte Kampagne für fossiles Gas als Brennstoff in Autos an. Erdgas Info gehörte zu dem Verein Erdgas Mobil, der sich inzwischen in Zukunft Gas umbenannt. Der Verein bezeichnet sich selbst als die "Stimme der Gas- und Wasserstoffwirtschaft". Der Verband wird insgesamt von rund 130 Unternehmen der Branche getragen.
Nach Dokumenten, die Table Media vorliegen, sollte die Kampagne "Saubere Luft durch saubere Antriebe" genannt werden. 2,1 Millionen Euro wollte die Deutsche Umwelthilfe hiermit einstreichen. Der Lobbyverband Erdgas Info lehnte das Angebot schlußendlich jedoch ab.
Dem Angebot der Umweltschutzorganisation sollen persönliche Verhandlungen vorausgegangen sein. Auf Seiten der DUH wurden diese von Geschäftsführer Jürgen Resch geführt. Resch ist - ebenso wie DUH-Co-Geschäftsführer Sascha Müller-Kenner - Grünen-Mitglied. Nach Recherchen des Spiegels von 2007 ist Resch zudem Inhaber der schwarzen Lufthansa Vielflieger-Karte, welche nur an Personen ausgegeben wird, die besonders viele Flugmeilen zurücklegen. Gerade einmal 3000 Personen sollen über diese Karte verfügen.

DUH-Vorsitzender wirft Automobilindustrie "tausendfachen Totschlag" vor

Das hindert Resch aber nicht daran, heftig gegen die Automobilindustrie zu wettern. Die Luftverschmutzung durch Stickoxide bezeichnete er als "tausendfachen Totschlag". Zudem wirft er der Automobilbranche vor, eine "kriminell agierende Industrie" zu sein, "die seit Jahren nicht belangt wird".
Bezüglich der Luftgrenzwerte hat Resch erst kürzlich wieder nachgelegt. Ab dem Jahr 2030 sind neue Grenzwerte für spezifische Luftschadstoffe geplant. Hierauf haben sich kürzlich der Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission geeinigt. Da die EU von den Vorschlägen der WHO abwich und die Luftgrenzwerte weniger stark verschärft werden sollen, kritisierte Resch das Gesetzesvorhaben scharf.
Demnach sei "die Gesundheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger bei den Verhandlungen dem Diktat der Industrieinteressen zum Opfer gefallen". Außerdem nehme die Bundesregierung mit dieser Einigung "hunderttausende vorzeitige Todesfälle in Kauf". Doch auch schon die bis 2030 vorgeschriebenen Grenzwerte werden aktuell an den meisten Meßstationen deutlich überschritten. Ab 2030 könnte also wieder eine massive Klagewelle durch die DUH und die Ausrufung von Fahrverboten auf bestimmten Strecken anstehen.
2018 wurde etwa aus Reihen der CDU gefordert, der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Passiert ist jedoch bis heute nichts. Für die Organisation hätte der Entzug einschneidende Folgen. Zum einen könnten Spenden an die DUH nicht mehr steuerlich abgesetzt werden. Zum anderen würde man die Klagefähigkeit verlieren. Auch auf diese Weise würden hohe Einnahmen wegfallen. Doch passiert ist seitdem nichts. Im Gegenteil: Die Ampel arbeitet fleißig an der weiteren Privilegierung der DUH.

Ampel lockert Transparenzvorschriften für Umweltverbände

2022 trat ein bundesweites Lobbyregister in Kraft. Seitdem sind Organisationen und Verbände - unter gewissen Bedingungen - verpflichtet auszuweisen, aus welcher Herkunft sie Spendengelder erhielten. Über Jahre kämpften allen voran die SPD und die Grünen für die Einführung dieses Lobbyregisters. Noch in der Großen Koalition wurde dieses dann nach einem Aktien-Skandal um Phillip Amthor (CDU) auf den Weg gebracht. Die Ampel hat inzwischen eine Reform des entsprechenden Gesetzes auf den Weg gebracht.
In der Reform sind viele Verschärfungen enthalten. Beispielsweise wird nun verlangt, daß offengelegt wird, ob ein Lobbyist maßgeblich an der Formulierung eines Gesetzes beteiligt war. Des Weiteren wird die Möglichkeit, Finanzangaben zu verweigern, abgeschafft. Allerdings gibt es Ausnahmen: Kirchen und Gewerkschaften sind auch weiterhin nicht verpflichtet, sich im Lobbyregister einzutragen. Hierfür soll sich insbesondere das Kanzleramt und das

SPD-geführte Innenministerium eingesetzt haben.
Außerdem dürften ausgerechnet Organisationen und Verbände die beiden Parteien inhaltlich nahe stehen, von den Transparenzregelungen künftig großzügig ausgenommen werden. So sollen Großspenden erst dann angegeben werden müssen, wenn die Zuwendung 10.000 Euro und zehn Prozent der gesamten Spendenaufkommens in einem Jahr übersteigt. Profitieren dürften hiervon insbesondere Umweltorganisationen wie Greenpeace oder auch die Deutsche Umwelthilfe.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. März 2024: >>**Europawahl: Facebook verschärft Internet-Zensur - Lügenportal "Correctiv" mit an Bord**
Für die EU-Parlamentswahlen im Juni heuert der Großkonzern Meta (u.a. Facebook, Instagram) insgesamt 29 NGOs an, die für das "Überprüfen von Fakten" zuständig sein sollen. Auf dem deutschen Markt übergibt Meta diese Kompetenz ausgerechnet an das Lügenportal "Correctiv", das nach seiner inszenierten Potsdam-Kampagne gegen die AfD massiv in der Kritik steht.
Die geplante Aufrüstung des Internet-Giganten wurde von Marco Pancini, Meta-Chef für die EU, vorgestellt. Angeblich dienen die Maßnahmen dem Kampf gegen "Desinformation". Um 22 verschiedene Sprachregionen zu kontrollieren, plant Meta nicht nur den Ausbau eigener Kontrollzweige, sondern will auch angeblich "unabhängige Organisationen" ins Boot holen. Diese NGOs erhalten weitreichende Löschbefugnisse und können die Reichweite von Inhalten massiv beschränken. Ebenso gewährt Meta ihnen Zugriff auf interne Daten und die Möglichkeit, die Schaltzentralen des Tech-Giganten zu nutzen.
Fast alle vom Facebook-Mutterkonzern angeheuerten NGOs haben ein Zertifikat der "IFCN" (International Fact-Checking Network). Hinter dieser Dachorganisation stehen die üblichen Verdächtigen: Die "Open Society Foundation" von US-Milliardär George Soros, die "Bill & Melinda Gates-Stiftung" sowie Google und weitere Silicon Valley-Größen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. März 2024 (x1.360/…): >>**Die Deutschlandhasser von Ampel und Union treiben uns in den Krieg!**
Man muß es leider so deutlich sagen: In Deutschland liegt knapp 80 Jahre nach der fast vollständigen Zerstörung wieder Krieg in der Luft! Die Zeichen für ein aktives Eingreifen der Nato - und damit auch der Bundeswehr - in den Ukraine-Konflikt werden immer deutlicher. Während Ampel- und Unionspolitiker schon seit Monaten verbal mit dem Säbel rasseln, finden dieser Tage massive Truppenverlegungen über die Oder statt. Im Moment ist die Rede von einem Manöver. Noch.
Das abgehörte Telefonat hochrangiger deutscher Offiziere, bei dem es um die Zerstörung der Krim-Brücke mit Marschflugkörpern ging, läßt auch einen anderen Schluß zu. Der Staatsfunk rührt selbst im Kinderfernsehen die Werbetrommel für die Taurus-Raketen und die einzige politische Stimme gegen diesen Wahnsinn versucht man, mit Regierungsdemos und Bespitzelung zum Schweigen zu bringen. Aber wir von der AfD werden auch weiterhin unsere Stimme erheben - für unser Land und für die Menschen, die hier leben. Und die das auch morgen noch wollen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. März 2024: >>**Gegen Taurus-Kriegsverbrecher: Heraus für den Frieden!**
Von *Jürgen Elsässer*
In 24 Stunden schon 5.000 Unterschriften unter COMPACT-Strafanzeige gegen Pistorius und Generäle wegen "Vorbereitung eines Angriffskrieges". Friedenskundgebungen am 10. März in Berlin und am 30. März in Velten ("Blaue Welle").
Das hat vielen aus dem Herzen gesprochen: Meine Strafanzeige gegen Pistorius und Generäle wegen "Vorbereitung eines Angriffskrieges" wurde am Sonntag beim Generalbundesanwalt

eingereicht. Die Petition zur Unterstützung der Strafanzeige wurde schon in den ersten 24 Stunden von über 5.000 Menschen unterzeichnet. Jetzt heißt es dranbleiben! Wir wollen mindestens 50.000! Wir Deutsche müssen deutlich machen, daß wir mit den Kriegsverbrechern in Bundesregierung und Bundeswehr nichts zu tun haben! Bitte unterschreiben Sie und verbreiten Sie die Petition weiter.
Deswegen heißt es auch: Heraus auf die Straße! Schon am kommenden Sonntag (10. März) findet die erste Kundgebung "Frieden statt Kriegstreiberei" in Berlin statt, um 14 Uhr auf der Straße des 17. Juni (am sowjetischen Ehrenmal) mit Heiko Schöning und Captain Future.
30. März: Die Blaue Welle rollt - für den Frieden
Am 30. März lädt COMPACT zur Kundgebung "Frieden mit Rußland" nach Velten ein, einer Stadt nordwestlich von Berlin ((17 Uhr, am Bahnhof - nicht Marktplatz, wie zuerst angegeben). Dies ist gleichzeitig der Auftakt zu unserer großen Tournee "Die Blaue Welle rollt". In unserem Aufruf heißt es:
Stoppt die Kriegstreiber in NATO und Bundeswehr!
Dieses Jahr stehen die Ostermärsche ganz im Zeichen einer drohenden direkten Konfrontation NATO gegen Rußland. Das Bündnis diskutiert in erschreckender Offenheit über die Entsendung eigener Bodentruppen in die Ukraine. Und deutsche Generäle planen schon den Einsatz von Taurus-Marschflugkörpern der Bundeswehr gegen die Krimbrücke und auf Ziele im russischen Kernland. Diese Geschosse könnten sogar Moskau zerstören! Die einzige Sorge der Bundeswehr-Experten bei einer abgehörten Telefonkonferenz am 19. Februar 2024 war nur, wie man diese ungeheure Aggression am besten so trickreich tarnt, daß der Verdacht nicht auf Deutschland fällt…
COMPACT hat beim Generalbundesanwalt Strafanzeige wegen der Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die beteiligten Offiziere und ihren Dienstvorgesetzten, Minister Boris Pistorius (SPD) gestellt. Sie haben sich nicht nur gegen die öffentliche Absage des Bundeskanzlers an Taurus-Lieferungen verschworen, sondern auch gegen den Frieden und das Grundgesetz. Dort heißt es in Artikel 26 eindeutig:
"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."
Unterstützen Sie unsere Strafanzeige gegen Pistorius und seine Generäle auf der Petitionsseite frieden-mit-russland.de. Kommen Sie zu unserer Kundgebung gegen die Kriegstreiber in NATO und Bundeswehr! Jeder Deutsche hat jetzt die Pflicht, den Weltbrandbrandstiftern öffentlich entgegenzutreten.
30. März (Ostersamstag), 17 Uhr, Bahnhof, 16727 Velten/Oberhavel.
Redner: Doris von Sayn-Wittgenstein, Birgit Bessin (AfD-Landesvorsitzende Brandenburg), André Poggenburg, Jürgen Elsässer.
Wir brauchen Ihre Unterstützung
Das juristische Vorgehen gegen Pistorius und seine Taurus-Krieger wie auch unsere Friedenskundgebung in Velten zeigen: COMPACT wird wieder einmal aktiv, während viele andere noch schlafen! …<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. März 2024 (x1.360/…): >>**Stümperhafter Digitalisierungsversuch ist eine Katastrophe für alle Kunden und Apotheker**
Nach dem Fehlstart des E-Rezeptes zu Jahresbeginn reißen die Störungen nicht ab. Aktuell können in zahlreichen Apotheken wegen einer technischen Störung keine E-Rezepte mittels elektronischer Gesundheitskarte (eGK) ausgelesen werden. Die Apotheker werden mit dem Problem alleingelassen, denn es gibt keine Durchwahlnummer, lediglich ein Kontaktformular.
Dazu die Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Mitglied im AfD-Bundesvorstand, Dr.

Christina Baum:
"Dieser unausgegorene und stümperhafte Digitalisierungsversuch aus dem Hause Lauterbach ist eine Katastrophe für alle Kunden und Apotheker und es zeigt sich erneut, daß die Digitalisierung nicht die Antwort auf eine immer schlechtere Gesundheitsversorgung ist. Bevor Herr Lauterbach also Bereiche digitalisieren möchte, hätte er nachweisen müssen, daß dies auch tatsächlich eine Entlastung bringt. Bislang entsteht für alle Betroffenen oftmals nur ein Mehraufwand, der sie von ihrer eigentlichen Arbeit abhält.
Diese andauernden Störungen zeigen deutlich, daß man sich nicht ausschließlich auf digitale Anwendungen verlassen kann und deshalb immer analoge Wege möglich sein müssen. Wir als AfD-Fraktion fordern deshalb ein Recht auf analoge Teilhabe am gesellschaftlichen Leben."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. März 2024: >>**NEU: "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei"**
Potsdam-Inszenierung, Verbotsdebatte, Grundrechte-Entzug, Geheimdienst-Überwachung: Das Regime führt einen Vernichtungsfeldzug gegen die blaue Opposition. Wir liefern das Gegengift: mit unserer neuen Spezial-Ausgabe "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei". Es folgt ein Auszug aus dem Editorial von Chefredakteur Jürgen Elsässer. …
Erleben wir gerade die Zerschlagung der Demokratie? Grundrechteentzug für Björn Höcke, Auflösung der Jungen Alternative, Verbot der größten Oppositionspartei - oder gleich "AfDler töten", wie es ein Transparent auf einer Anti-Rechts-Demonstration in Aachen verlangte… Die Altparteien überbieten sich mit Forderungen, Tabula rasa zu machen. Jetzt geht das Regime auch gegen die vor, die "unterhalb der Strafbarkeitsschwelle" agieren, so Ministerin Lisa Paus. Der Rechtsstaat ist abgeschafft, der Linksstaat marschiert. ...
Natürlich sitzt den Altparteien die Angst im Nacken: Die AfD könnte bald die Brandmauern durchbrechen, dann wäre ihre Regierungsbeteiligung nicht mehr aufzuhalten. Aber könnten die Etablierten ihren Gegner, anstatt ihn durch irre Verteufelung immer stärker zu machen, nicht einfach so zähmen, wie sie es vor 30 Jahren mit den Grünen gemacht haben? Indem man die Patrioten einbindet und einkauft, ihnen kleine Zugeständnisse macht und sie bei den entscheidenden Fragen auf Linie bringt? Eine Figur vom Zuschnitt Joschka Fischers, der die Grünen damals domestizierte, würde sich sicher - leider! - auch bei den Blauen finden lassen. Aber das Regime will diese Lösung nicht, es will vernichten. ...
Aber kommt mit der AfD nicht der Faschismus zurück? Diese Angst treibt seit Januar Hunderttausende auf die Straße. Ihre Angst ist nicht falsch, sondern lediglich verkehrt. Die Gefahr ist real, aber sie droht aus der entgegengesetzten Richtung - vom Regime.
Das ganze Elend der heutigen Antifanten kommt daher, daß sie - anders als ihre historischen Vorgänger - den Faschismus nicht mehr als Verpanzerung des Finanzkapitals begreifen. Stattdessen denken die hysterischen Bürgertöchter und ihr Milchbuben-Anhang, das Volk würde ihn hervorbringen, und mißverstehen ihn als entfesselten Nationalismus.
Das traf phänomenologisch auf den Nazismus zu, aber dieser wird - um einmal die These von der Singularität ernst zu nehmen - nicht 1:1 zurückkommen. Denn der Nationalismus ist für das Kapital in Zeiten des Globalismus dysfunktional geworden: Profit kann nur noch erzielen, wer sich dem planetaren Kommando des US-Imperialismus unterwirft. ... Aus dieser ökonomischen Lage heraus haben die Finanzmächte einen neuen Hauptfeind definiert: nicht mehr, wie damals, die Internationalisten, also vor allem die Kommunisten; sondern die Patrioten, also Kräfte wie die AfD.
In unserer aktuellen Spezialausgabe "AfD - Erfolgsgeschichte einer verfemten Partei" lesen Sie, warum den Altparteien die Angst im Nacken sitzt, welche infamen Lügen sie verbreiten und warum sie immer neue Geschosse gegen die größte Oppositionspartei abfeuern. Erfahren Sie, warum das Regime die AfD vernichten will: jene Partei, die viele Deutsche als Hoff-

nungsträger sehen. Sie werden feststellen, daß die AfD schon längst die Grundlagen für eine neue und bessere Nation im Bismarck'schen Sinne gelegt hat. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. März 2024: >>**AfD vs. CDU: Wirbel um TV-Duell**

Von *Sven Eggers*

Vor der Landtagswahl in Thüringen wollen sich die Spitzenkandidaten von CDU und AfD ein TV-Duell liefern. Die Aufregung der kleinen Parteien, darunter die SPD, ist grenzenlos. …

Ein gutes halbes Jahr vor der mit Spannung erwarteten Landtagswahl in Thüringen liegt die AfD von Landes- und Fraktionschef Björn Höcke bei 33 Prozent und damit weiterhin klar in Führung. Die CDU kann gegenwärtig mit 20 Prozent rechnen.

Da liegt es nahe, daß die maßgeblichen Köpfe von CDU und AfD sich im Fernsehen verbal duellieren. CDU-Landesvorsitzender Mario Voigt ist dazu ebenso bereit wie Höcke. Am 11. April soll die Sendung über die Bühne gehen. Da sind Spitzen-Einschaltquoten garantiert. Der Privatsender Welt.tv soll übertragen.

Gekeife bei SPD, Linken und Grünen

Die SPD, die in Umfrage derzeit um die sieben Prozent taxiert wird, krakeelt laut gegen das geplante TV-Duell. Georg Maier, roter Innenminister, hat den CDU-Mann öffentlich dazu aufgefordert, den Auftritt abzusagen. Man dürfe "Antidemokraten nicht zum Schaulaufen einladen", so Maier auf X.

Auch Christian Schaft, Landesvorsitzender der Linken, unterstützt die Kritik an der Fernseh-Diskussion. Schließlich sei der 11. April auch Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora. Dann fährt er das ganz große Geschütz auf:

"Wer dem Faschisten Höcke eine Bühne bietet und dann auch noch ausgerechnet am Tag der Befreiung der Thüringer Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora, der ignoriert entweder die Thüringer Geschichte oder dem ist Ego-Show wichtiger."

Das gewählte Datum sei ein Schlag ins Gesicht der Hunderttausenden, die für die Demokratie und gegen rechts auf die Straße gingen, schaltet sich auch Staatskanzlei-Chef Hoff (Linke) ein. Die Ramelow-Linke liegt in Umfragen momentan übrigens bei 16 Prozent.

Madeleine Henfling von den Grünen warf der CDU unterdessen vor, Höcke mit dem TV-Duell aufzuwerten. Die CDU suggeriere damit, Höcke wäre ein normaler politischer Gegner. Übrigens: Die Grünen werden in aktuellen Meinungsumfragen mit fünf Prozent gemessen.

In der Zeit sorgt sich Polit-Redakteurin Lisa Caspari derweil um den CDU-Politiker Voigt und um dessen Fähigkeiten. Höcke sei schließlich "klug" und immer "gut vorbereitet":

"Um Höckes Demagogie zu entlarven, braucht es mehr. Man kann nur hoffen, daß dem CDU-Kandidaten Mario Voigt das bewußt ist und er sich entsprechend gut rüstet für das Duell. Auch die anderen Parteien sollten schon mit den Vorbereitungen begonnen haben."

Sie erkennt: "Das Dilemma besteht seit dem Aufstieg der Rechtspopulisten. Nur war es vor ein paar Jahren noch etwas einfacher zu lösen. Damals luden die Fernsehsender die AfD einfach zur TV-Diskussion der zahlreichen kleineren Parteien ein. Dort hatte sie - wie alle anderen - nur wenig Redezeit. In die wichtigen TV-Duelle vor der Bundestagswahl oder vor Landtagswahlen schaffte die AfD es nicht, weil ihre Umfragewerte nicht hoch genug waren." Die Zeit-Redakteurin schwelgt in Erinnerungen: "Zur Hauptsendezeit traten lange immer nur die zwei stärksten Parteien an. Meist waren das SPD und CDU."

Höcke-Büro attackiert

Nicht nur in Thüringen, auch in Sachsen und Brandenburg, müßten sich die Fernsehsender fragen, wie die mit der jeweils stärksten Partei umgehen wollen, so Caspari.

Unterdessen ist das Abgeordneten-Büro von Björn Höcke in Eisenfeld mit Parolen wie "FCK AfD" beschmiert worden. Solidarität im schwierigen Wahlkampf ist gefordert. ...<<

07.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. März 2024 (x1.362/…): >>**Auftragseingang der Industrie kollabiert**

Der reale Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland im Januar 2024 gegenüber dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt um 11,3 Prozent gefallen. Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Angaben am Donnerstag mit.

Diesem starken Rückgang war demnach im Dezember 2023 nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein durch Großaufträge bedingter Zuwachs gegenüber November 2023 von 12,0 Prozent vorausgegangen (vorläufiger Wert: +8,9 Prozent). Im weniger volatilen Dreimonatsvergleich lag der Auftragseingang von November 2023 bis Januar 2024 um 2,3 Prozent höher als in den drei Monaten zuvor.

Die vergleichsweise starke Revision im Dezember 2023 beruht auf Nachmeldungen von Betrieben in mehreren Wirtschaftszweigen. Der starke Rückgang im Januar 2024 ist auf das hohe Volumen an Großaufträgen im Dezember 2023 zurückzuführen, so das Bundesamt. Im Januar 2024 befand sich das Großauftragsvolumen wieder auf einem durchschnittlichen Niveau. Besonders stark ausgeprägt ist dieser Basiseffekt in den Bereichen Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (-33,2 Prozent), Sonstiger Fahrzeugbau (insbesondere Flugzeuge, Schiffe, Züge; -27,3 Prozent) und Herstellung von Metallerzeugnissen (-14,5 Prozent).

Auch der Auftragseingang im Maschinenbau nahm im Januar 2024 um 4,7 Prozent ab, nachdem er bereits im Dezember 2023 um 4,9 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken war. In der Automobilindustrie stieg der Auftragseingang im Januar 2024 dagegen um 4,2 Prozent, nachdem er im Vormonat um 5,8 Prozent abgenommen hatte. Bei allen drei Hauptgruppen, also bei den Investitionsgütern (-13,1 Prozent), bei den Vorleistungsgütern (-9,3 Prozent) sowie bei den Konsumgütern (-5,7 Prozent) ist der Auftragseingang im Januar 2024 gegenüber dem Vormonat gefallen. Die Auslandsaufträge sanken um 11,4 Prozent. Dabei gingen die Aufträge aus der Eurozone um 25,7 Prozent zurück.

Die Aufträge von außerhalb der Eurozone stiegen hingegen um 1,6 Prozent. Die Inlandsaufträge nahmen um 11,2 Prozent ab. Der reale Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe war nach vorläufigen Angaben im Januar saison- und kalenderbereinigt 2,0 Prozent niedriger als im Vormonat, so die Statistiker weiter. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Umsatz kalenderbereinigt 3,5 Prozent geringer. Für Dezember 2023 ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Anstieg von 1,3 Prozent gegenüber November 2023 (vorläufiger Wert: -0,1 Prozent). Auch diese Revision ist auf Nachmeldungen von Betrieben in mehreren Wirtschaftszweigen zurückzuführen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. März 2024 (x1.360/…): >>**Sie nennen es "Chancen-Aufenthalt": Faeser macht aus Illegalen Dauergäste im Sozialsystem!**

Was wurde uns in den vergangenen Jahren nicht alles vorgegaukelt: Man wolle ausreisepflichtige Ausländer "im großen Stil" abschieben. Man wolle den Grenzschutz verbessern und Geldleistungen in Sachleistungen umwandeln. In Wirklichkeit führt das sogenannte "Chancen-Aufenthaltsrecht" der Ampel-Regierung zur Dauerversorgung von illegalen Migranten und Kriminellen in unseren Sozialsystemen.

Wie praktisch für die Ampel, daß die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer aufgrund des "Chancen-Aufenthaltsrechts" im vergangenen Jahr sank - von 304.308 Personen auf 242.642. Denn illegale Migranten wurden einfach legalisiert, während die Bürger mit der sinkenden Zahl in die Irre geführt werden!

Vom sogenannten "Chancen-Aufenthaltsrecht" profitieren sogar Kriminelle: Wer wegen einer Straftat zu Geldstrafen von bis zu 50 Tagessätzen nach dem allgemeinen Strafrecht oder von bis zu 90 Tagessätzen nach dem Aufenthalts- oder Asylgesetz verurteilt wurde, darf sich wei-

terhin um die 18-monatige Aufenthaltserlaubnis bewerben - und diese Erlaubnis soll dann als "Brücke" für einen dauerhaften Aufenthalt fungieren.
Während deutsche Staatsbürger bei kritischen Online-Kommentaren über die Regierung mit drastischen juristischen und polizeilichen Konsequenzen rechnen müssen, bekommen ausländische Straftäter einen Freifahrtschein.
Daß ein solches politisches Machwerk von der Ampel-Regierung und der zuständigen Innenministerin Faeser (SPD) als "Chancen-Aufenthaltsrecht" bezeichnet wird, ist an Zynismus und Dreistigkeit kaum zu überbieten. Mit unzähligen irreführenden Wortschöpfungen versucht die Ampel zu vertuschen, daß sie alles unternimmt, um so viele illegale Migranten wie möglich nach Deutschland zu bekommen. Es wird einmal mehr bewiesen, daß nur die AfD es ernst meint mit dem Ende der Massenmigration. Wir stehen bereit, unsere Forderungen auf der Regierungsbank umzusetzen!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. März 2024: >>**Pistorius: Geheimplan für den Krieg**
Verteidigungsminister Boris Pistorius schickt Truppen in nie gekanntem Umfang an die Ostfront. Vor allem beim gegenwärtigen NATO-Manöver Steadfast Defender, dem größten seit 1989, könnte sich das Pulverfaß entzünden. Ein Auszug aus der März-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Der neue Faschismus". …
_ von *Kai-Uwe Reiter* und *Karel Meissner*
Alle Welt spricht über den halluzinierten Geheimplan, den angeblich AfD-Politiker und Martin Sellner zur "Deportation von Millionen Ausländern" ausgearbeitet haben sollen. Vielleicht dient diese ganze Lügenpropaganda nur dazu, von einem echten Geheimplan abzulenken - einem Kriegsplan!
Immerhin hat die Bild-Zeitung andeutungsweise darüber berichtet, jedoch nicht kritisch und empört, sondern stolz wie Bolle. Das Springer-Blatt schrieb Mitte Januar 2024:
"Das geheime Bundeswehr-Szenario "Bündnisverteidigung 2025" beginnt im Februar 2024. Rußland startet eine weitere Mobilisierungswelle und beruft zusätzlich 200.000 Mann in die Armee ein. ... So könnte es laut dem Geheimpapier der Bundeswehr eskalieren: Im Oktober verlegt Rußland Truppen und Mittelstreckenraketen nach Kaliningrad ... Im Mai 2025 beschließt die NATO laut Bundeswehr-Szenario "Maßnahmen zur glaubhaften Abschreckung", um einem russischen Angriff auf die Suwalki-Lücke aus Richtung Belarus und Kaliningrad zuvorzukommen. ... Am "Tag X", so das Geheimpapier der Bundeswehr, befiehlt der Oberbefehlshaber der NATO die Verlegung von 300.000 Soldaten an die Ostflanke, darunter 30.000 Bundeswehrsoldaten."
Nur dem Militärkenner dürfte auffallen: Die in diesem Szenario für Februar 2024 angekündigte "Mobilisierungswelle" Rußlands war vom Kreml nicht angekündigt worden und fand auch gar nicht statt. Was sich dagegen tatsächlich in jenem Monat ereignete, war der Beginn des größten NATO-Manövers seit 1989: Insgesamt 90.000 Soldaten üben bei Steadfast Defender 2024 bis zum Mai den Krieg mit Rußland, vor allem die im Bild-Zitat erwähnte "Verlegung an die Ostflanke".
Im Rahmen der Mega-Übung kommt den Deutschen eine besondere Rolle zu, wie das Fachblatt Europäische Sicherheit & Technik im November 2023 verkündete: "Die 10. Panzerdivision ... wird daher unter anderem die Übung ... nutzen, um exemplarisch für einen Großverband des Heeres alle Phasen eines möglichen Einsatzes an der NATO-Ostflanke zu durchlaufen ..., in einem noch nie da gewesenen Umfang."
Bis 31. März 2024 will das Bundesverteidigungsministerium ein mehrere hundert Seiten starkes Drehbuch für den Tag X vorbereiten: "Der Geheimplan für den Ernstfall - Wir alle sollen mit anpacken", titelte Bild. ...

Karriere eines Sozis
Der SPD-Verteidigungsminister, der deutsche Soldaten aktuell nach Osten schickt, galt noch vor wenigen Jahren als einer der eher besonnenen Köpfe, die vor ausufernden Sanktionen warnten und sich für stabile Beziehungen zu Rußland aussprachen. 2018 etwa trat Pistorius dafür ein, die damals schon üppig wuchernden Sanktionen zu überprüfen.
Während Außenminister Heiko Maas eine härtere Gangart gegenüber Moskau forderte, behielt Pistorius einen kühlen Kopf. "Wir werden keine europäische Friedenspolitik hinbekommen ohne Rußland", sagte er und empfahl einen "freundschaftlich-kritischen Umgang" mit Putin.
…
Anders als im Neuen Testament entwickelte er sich jedoch vom Paulus zum Saulus. Schon im Mai 2022 erklärte er rundweg: "Die Ukraine muß den Krieg gewinnen." Gründe für diese Maximalposition, die keinen Platz für Verhandlungen zuläßt, führte er nicht an. Und bei seiner Ernennung zum Verteidigungsminister am 19. Januar 2023 nahm er das unheilvolle Diktum von Außenministerin Annalena Baerbock vorweg, der Westen führe "Krieg gegen Rußland".
...
Sprengfalle Suwalki
Neben Putin fürchtet Pistorius vor allem Donald Trump. Dessen Rückkehr ins Weiße Haus wäre eine "Katastrophe", so der SPD-Politiker. Tatsächlich hat der Republikaner immer wieder angekündigt, die US-Schutzzusagen für die europäischen Bündnispartner zurückzuziehen.
Deswegen kommt es den NATO-Falken darauf an, die bisherige Art der Kriegführung gegen Rußland auf ein aggressiveres Niveau zu heben, noch bevor Trump im November wiedergewählt werden könnte - dann müßte auch er nolens volens weiterkämpfen. Mit Provokationen in den nächsten Wochen und Monaten muß also gerechnet werden.
Wie das ablaufen könnte, hat "Die Welt" bereits 2016 unter der Schlagzeile "NATO installiert Stolperdraht gegen Rußlands Armee" offenherzig ausgeplaudert. Damals übten 31.000 NATO-Soldaten im Manöver Anakonda den Übergang über die Weichsel. Oberflächlich betrachtet ging es nur darum, daß die "Blauen" einen Vorstoß der bösen "Roten" abwehren. ...
Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der März-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Der neue Faschismus".<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. März 2024 (x1.360/…): >>**Wieder ein Asylgipfel und nichts als Phrasen**
Gestern sagte der Bundeskanzler auf dem Asylgipfel mit dem Ministerpräsidenten, Deutschland sei bei der Migrationspolitik "auf einem guten Weg". In den letzten Monaten seien "grundlegende Veränderungen" angestoßen worden, aber man dürfe trotzdem nicht mit einem schnellen Rückgang der Asylbewerberzahlen rechnen.
Die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Katrin Ebner-Steiner, kommentiert dies wie folgt:
"Wieder einmal war ein Asylgipfel, aber niemand erwartet noch, daß bei diesem Ritual relevante Beschlüsse gefaßt werden. Diese Gipfel dienen bloß dazu, der Öffentlichkeit eine gewisse Aktivität vorzutäuschen. Der Kanzler und die Landesregierungen sind gar nicht gewillt, die Massenmigration einzudämmen. Dementsprechend haben sie auch jetzt wieder nur hohle Phrasen von sich gegeben: Deutschland sei 'auf einem guten Weg' und dergleichen. In Wirklichkeit steht Deutschland vor dem Kollaps. Für immer mehr Menschen wird Wohnraum unbezahlbar. Trotzdem kommen weiterhin jeden Tag rund tausend Asylforderer zu uns. Wie viele Millionen Einwanderer soll der Steuerzahler noch alimentieren?
Nur die AfD wird unsere Grenzen schließen und alle illegalen Migranten rechtskonform abschieben."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. März 2024: >>**Absurd: Bremen will AfD-Verbot**

Von *Sven Reuth*

Das sowohl von Fläche wie auch Einwohnerzahl her kleinste deutsche Bundesland will jetzt die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens durch den Bundesrat vorantreiben - ein klarer Fall von Größenwahn. …

Das rot-rot-grün regierte Bundesland Bremen macht derzeit durch eine skurrile Idee von sich reden: Die Fraktionen der SPD, Grünen und der Linken in der Bremischen Bürgerschaft wollen mit ihrer Mehrheit im Landesparlament in der kommenden Woche einen Antrag verabschieden, mit dem der Bremer Senat - also die Landesregierung - dazu aufgefordert werden soll, sich im Bundesrat für die möglichst zügige Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens einzusetzen.

Bremen will auch mal Vorreiter sein

Zu diesem Zweck sollen die VS-Behörden eine Materialsammlung über die AfD anlegen - ein geradezu putziger Vorschlag, denn schon seit Jahren legen die VS-Ämter diverse Materialsammlungen über die AfD an, die allerdings so tendenziös und selektiv zusammengestellt werden, daß sie rein gar nichts über das Wesen der Partei aussagen.

Der Bremer SPD-Fraktionsvorsitzende Mustafa Güngör betonte, mit diesem Vorstoß nehme Bremen bundesweit "eine Vorreiterrolle im Kampf gegen Rechtsextremismus" ein. Sollte die AfD in einzelnen Ländern oder im Bund in Regierungsverantwortung kommen, drohe eine Unterwanderung durch Verfassungsfeinde. Ein Verbotsverfahren müsse deshalb so schnell wie möglich geprüft und gegebenenfalls eingeleitet werden.

Nun, eine Vorreiterrolle nimmt Bremen ansonsten tatsächlich nirgendwo ein. Das seit seiner Gründung im Jahr 1947 immer von der SPD regierte Bundesland nimmt nunmehr seit Jahrzehnten zuverlässig die Rote Laterne bei Themen wie Bildung, Verschuldung oder Wirtschaftswachstum ein. Nur beim "Kampf gegen Rechts" strebt man offenbar einen Spitzenplatz an.

Grottenschlechte Bilanzen

Auf die Idee, sich mit der AfD inhaltlich auseinanderzusetzen und ihre Wähler durch gute Politik zurückzugewinnen, scheint niemand zu kommen. Von linken Politikern aus Bremen war diese Erkenntnis allerdings auch leider nicht zu erwarten, schließlich werden diese trotz ihrer grottenschlechten Leistungsbilanz alle vier Jahre wiedergewählt.

Die AfD hat etwa 15mal so viele Wähler wie das Bundesland Bremen Einwohner hat. Dennoch wird sich die patriotische Partei mit solchen Vorstößen und der zumindest theoretischen Möglichkeit eines Parteiverbots auseinandersetzen müssen.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. März 2024: >>**US-Vorwahlen: Weg frei für Trump-Kandidatur - Haley steigt aus dem Rennen aus**

Die Republikanerin Nikki Haley zieht sich offiziell aus dem partei-internen Rennen um die US-Präsidentschaft zurück und macht so den Weg endgültig frei für eine erneute Kandidatur des früheren Amtsinhabers Donald Trump. Die 52-Jährige verkündete ihre Entscheidung am Mittwoch in ihrem Heimat-Bundesstaat South Carolina, nachdem Trump am Dienstag beim "Super Tuesday" eine Siegesserie hingelegt und fast alle Abstimmungen für sich entschieden hatte.

Damit dürfte es zu einer Neuauflage des Duells zwischen Trump und dem aktuellen demokratischen US-Präsidenten Joe Biden kommen, der für eine zweite Amtszeit antreten will und in seiner Partei keine ernstzunehmende interne Konkurrenz hat. Die Präsidenten-Wahl findet am 5. November statt.

Trump dominiert "Super Tuesday"

Beim sogenannten Super-Wahltag am Dienstag hatten die Republikaner Vorwahlen in 15 Bundesstaaten abgehalten, die Trump bis auf eine Ausnahme allesamt gewann. Haley fuhr zwar einen kleinen Überraschungssieg im nordöstlichen Bundesstaat Vermont ein, wie zuvor

schon im liberalen Hauptstadtdistrikt Washington. Trump gewann alle anderen Vorwahlen bisher mit Leichtigkeit.
Damit steht Trump bereits vor dem Ende der Vorwahlen als Präsidentschaftskandidat seiner Partei fest, auch wenn seine offizielle Kür beim Nominierungsparteitag der Republikaner in Milwaukee Mitte Juli noch aussteht. Da auch der immer seniler wirkende Biden unabhängig vom Vorwahl-Prozedere als Kandidat der Demokraten als gesetzt gilt, werden die beiden im November wohl zum zweiten Mal gegeneinander antreten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. März 2024: >>**Anti-Putin-Hardlinerin Nuland tritt zurück**
Von *Wolfgang Eggert*
Die Putin-Hasserin Victoria Nuland tritt von ihrem Amt als Unterstaatssekretärin der Regierung Biden zurück. Sie war eine massive Befürworterin von Waffenlieferungen an die Ukraine und spielte eine bis heute ungeklärte Rolle bei der Explosion der Nord-Stream-Pipelines. …
Nach Informationen des investigativen US-Journalisten Seymour Hersh wurden die Explosivmittel im Juni 2022 von Kampfschwimmern der US-Marine unter dem schützenden Deckmantel der NATO-Übung BALTOPS 22 angebracht und drei Monate später mittels einer Signalboje ferngezündet. Einem Informanten zufolge waren sich die Teammitglieder völlig im Klaren darüber, daß sie an einer "Kriegshandlung" teilnahmen. Das sei auch der Grund für Warnungen aus den Reihen von CIA und Außenministerium gewesen. Tenor: "Wenn das auffliegt, werden wir einen politischen Albtraum erleben."
Unverhohlene Drohungen
Doch selbst höchste Regierungsvertreter schien das nicht zu interessieren. Sowohl US-Präsident Biden als auch seine Ostbeauftragte im Außenministerium, Victoria Nuland, hatten vor der Pipeline-Explosion unmißverständlich klargestellt, daß man dem deutsch-russischen Gasversorgungsprojekt Nord Stream 2 "ein Ende machen" werde.
Solche Aussagen fielen noch im Januar und Februar 2022. Biden erhob seine Drohung sogar im Zuge einer Pressekonferenz, während er direkt neben dem deutschen Bundeskanzler stand. Auf die Frage einer Journalistin, wie er das denn anstellen wolle, da die Pipeline doch in der Entscheidungsgewalt Deutschlands liege, kam die kryptische Antwort: "Ich verspreche Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein."
Nuland stark befriedigt
Nuland zufolge war der deutschen Seite in "harten, offenen Gesprächen" klargemacht worden, daß - sprächen in der Ukraine die Waffen - die Pipelines ihr Ende fänden, "so oder so". Als dieser Job getan war, verkündete diese Frau in einer öffentlichen Senatsanhörung ihre "starke Befriedigung, zu wissen, daß Nord Stream jetzt ein Haufen Schrott am Grund des Meeres ist". Sie denke, auch für die ganze US-Administration sprechen zu können.
Nulands Beitrag zur Aufheizung der Ostpolitik ist keineswegs neu. Die Scharfmacherin ist mit dem neokonservativen Regierungsberater Robert Kagan verheiratet, ebenfalls ein Heißsporn, der in George W. Bushs 9/11- Kriegen seine Rolle spielte.
Beide wußten stets, die typisch amerikanische Struktur nichtgewählter Nebenregierungen zu nutzen: Lobbies, Pressure Groups und Think Tanks wie das zum Krieg treibende "Project for the new American Century", oder auch die RAND-Corporation; deren Studie "Weakening Germany" im Grunde auf eine Zerstörung der deutschen Wirtschaft hinausliefe, wenn sie denn echt und keine Fälschung ist, wie hartnäckig behauptet. Doch selbst, wenn dieses am 25. Januar 2022 an US-Regierungsbehörden versandte Memorandum von russischen Berufstrollen stammt, so bleibt der beunruhigende Fakt bestehen, daß RAND etliche derartige Strategiepapiere verfaßt hat, die bereits in veröffentlichter Version zeigen, welches Geistes Kind man dort ist.

Allein schon die Vorteilsnahmen, die im Vorfeld der Tat offen geäußerten Wünsche und drohenden Absichtserklärungen würden bei jedem Kriminalermittler zu einer sofortigen Verhaftung der Verdächtigen führen. Im Fall Nord Stream 2 aber konnten die Bösewichte ziemlich ungeniert agieren.

"Es ist erledigt"

Hacker KimDotCom traute seinen Augen nicht, als er - legal, wie er behauptet - auf eine Nachricht stieß, welche die britische Premierministerin Liz Truss auf ihrem iPhone dem amerikanischen Außenminister Blinken nur eine Minute nach Explosion der Nord Stream-Pipeline geschickt hatte. "It's done" stand dort. "Es ist erledigt."

Und natürlich erinnern wir uns an den Tweet von Polens früherem Außenminister Radoslaw Tomasz Silkorski nach der Untat. Er lautet in geradezu rekordverdächtiger Offenheit: "Thank you, USA!"

London¬Warschau¬Washington¬Moskau¬Berlin … Beängstigend viel erinnert an die Dunkeldiplomatie des Jahres 1939. Und die führte direkt in einen Weltkrieg …<<

08.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 8. März 2024 (x1.365/…): >>**Ein Leben lang gearbeitet und trotzdem arm: Bürgergeld höher als viele Renten**

Senioren auf Pfandsuche sind in Deutschland keine Seltenheit mehr.

Redaktion

Rentner, die Cents zusammensuchen oder Mülltonnen nach Pfandflaschen durchwühlen: Sie gehören inzwischen in ganz Deutschland zum Stadtbild. Dabei haben viele von ihnen ein Leben lang gearbeitet und ins Rentensystem eingezahlt. Daß viele Renten geringer ausfallen als Sozialleistungen wie das Bürgergeld, die man beziehen kann, ohne auch nur einen Tag gearbeitet zu haben, ist ein Armutszeugnis für das Land des einstigen Wirtschaftswunders und ein Schlag ins Gesicht all derer, die damals zu eben diesem beigetragen haben.

Grundsicherung für Bedürftige: So nennt die Deutsche Rentenversicherung die Leistungen, mit denen Rentner mit geringer Rente, diese "aufstocken" können. Daß die Rente eines Menschen, der 45 Jahre gearbeitet und eingezahlt hat, niedriger ist, als das Bürgergeld, das jeder bekommen kann, der nie eingezahlt hat, ist wohl für keinen Menschen mit Gerechtigkeitssinn nachvollziehbar.

Die durchschnittliche Bruttoaltersrente lag 2022 nach mindestens 35 Versicherungsjahren laut Deutscher Rentenversicherung bei 1550 Euro pro Monat. Bei den Männern lag sie im Schnitt bei 1728 Euro, bei den Frauen bei 1316 Euro. Diese Brutto-Löhne müssen versteuert werden, Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung werden abgezogen.

Und, nicht zu vergessen: "durchschnittlich" heißt, daß ein Teil der Rentner deutlich weniger erhält.

Bei Bürgergeld-Empfängern übernimmt der Steuerzahler die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung. Alleinstehende erhalten außerdem 563 Euro pro Monat, eine Warmmiete von bis zu 780 Euro (abhängig vom Wohnort) wird ihnen bezahlt, zahlreiche Zusatz-Leistungen wie Kosten für Medikamente oder Erstausstattungen für Wohnungen werden übernommen.

60 Prozent der berechtigten Rentner nehmen Grundsicherung nicht in Anspruch

Waren es Ende 2020 noch 414.000 Rentner, die Grundsicherung bezogen, ist ihre Zahl bis vergangenen September laut Statistischem Bundesamt auf 469.000 gestiegen.

Und das, obwohl viele Berechtigte die Leistung nicht einmal in Anspruch nehmen. Ganze 60 Prozent waren es laut Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Jahr 2019.

Viele Menschen in Deutschland leben von Bürgergeld besser als andere von der Rente: Das ist einer der größten sozialen Konflikte in Deutschland.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. März 2024: >>**Irre:**

Grüne Jugend will 20-Stunden-Woche

Von *Sven Reuth*

Die Grünen scheinen über ein unerschöpfliches Reservoir an Polit-Wahnsinnigen zu verfügen. Nun machte Katharina Stolla, Bundessprecherin der Grünen Jugend, mit völlig verqueren Aussagen in der Talk-Sendung Markus Lanz auf sich aufmerksam. Die Grünen sind die Speerspitze des neuen Faschismus. …

Deutschlands wahre Extremisten tummeln sich in der Grünen Jugend. Wie abgedreht und realitätsfremd die sind, zeigte gestern auch der Auftritt von Katharina Stolla bei Lanz. Wer gedacht hatte, daß das derzeitige Führungsniveau der Grünen nicht mehr zu unterbieten ist, der hat sich wohl getäuscht.

Wohlstandsvernichter im Anflug

Erst einmal jammerte Stolla herum, daß ihre Generation unter einer Vielzahl von Krisen leide, so der Klimakrise, der Coronakrise und der Teuerungskrise. Damit habe man ihrer Generation die Jugend genommen. Dieser Punkt wäre vielleicht zumindest teilweise noch nachvollziehbar gewesen, doch Stolla vergaß leider zu erwähnen, daß es die Grünen waren, die während der Epidemie immer noch härtere Corona-Maßnahmen einforderten.

Junge Leute, so Stolla weiter, würden sich fragen, wie sie ihr Leben finanzieren sollen. Den Ausweg sieht sie in einer Vier-Tage-Woche bei 30 Stunden Arbeitszeit, bei vollem Lohnausgleich natürlich. Wenn diese Maßnahme abgeschlossen sei, könne man als nächstes über die 20-Stunden-Woche sprechen.

Wie die deutsche Volkswirtschaft ein solches Szenario überleben soll, ohne komplett in sich zusammenzubrechen, erklärte Stolla nicht. Mittlerweile ist in Teilen der Ökonomie nämlich wohl durchaus ein Fachkräftemangel zu konstatieren, der allerdings nicht durch eine Massenzuwanderung schlecht ausgebildeter illegaler Migranten behoben werden kann.

"Alle verfügbare Schiffe" ins Mittelmeer

Diese illegale Migration würde - wenn es nach Stolla geht - nochmals in ungeahnte Höhen katapultiert werden. Das ohnehin schon zu hohe Bürgergeld als einer der hauptsächlichen Pull-Faktoren für illegale Migration soll nochmals trotz der schweren Haushaltskrise verdoppelt werden. Die EU soll eine "neue Rettungsmission" - sprich die staatliche Beförderung des Schlepperunwesens - "mit allen verfügbaren Schiffen" auf dem Mittelmeer anstoßen.

Bezahlt werden soll das alles durch drastische Erhöhungen der Einkommens- wie auch der Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer Vermögenssteuer. Außerdem hält die gebürtige Frankfurterin ihre eigene Generation für "extrem leistungsbereit", da diese vor fünf Jahren "die Klimabewegung aufgebaut" habe und jetzt "die Proteste gegen Rechts organisiert".

Da fällt es dann wirklich schwer, noch ernst zu bleiben. Ein Glück nur, daß laut tönende junggrüne Parteikader eben gerade nicht repräsentativ für die heranwachsende Generation sind.

Die Grünen sind die Speerspitze des neuen Faschismus. Das neue COMPACT-Magazin "Der neue Faschismus. Der Linksstaat marschiert" beleuchtet, wie sich Medien und Regierung von der Rechtsstaatlichkeit entfernen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8 März 2024 (x1.360/…): >>**Die Ampel will um die Renten pokern. Das kann nur schief gehen!**

Minijob, Flaschensammeln oder schlichtweg hungern - und das selbst nach über 40 Jahren Berufstätigkeit: Schon jetzt reicht bei vielen die Rente nicht mehr zum Leben. Wie wird es erst, wenn die geburtenstarken Jahrgänge nicht mehr in Lohn und Brot stehen? Und wenn noch mehr Unternehmen aufgrund der desaströsen Ampelpolitik in Insolvenz oder ins Ausland gegangen sind? Wer soll die Altersversorgung erwirtschaften?

Die Bundesregierung will dafür mit neuen Schulden auf dem Geldmarkt spekulieren. Zwölf Milliarden sollen in diesem Jahr erstmals in einen Kapitalstock gesteckt werden, der Betrag

soll bis 2036 jährlich um drei Prozent anwachsen.
Allein schon die Tatsache, daß Finanzminister Christian Lindner (FDP), der in jungen Jahren als Unternehmer krachend gescheitert ist und dann in der Politik landete, mit unserem Geld zocken will, sollte einem zu denken geben. Wenn man dann aber sieht, zu welchen Bedingungen das geschehen soll, muß einem mulmig werden. Denn das Geld soll nicht nach marktwirtschaftlichen Erwägungen investiert werden, sondern - natürlich - nach ideologischen.
Die sogenannten ESG-Kriterien (Environmental, Social and Governance), die im Gesetzesentwurf für das Rentenpaket II verankert sind, sehen Vermögensanlagen vor allem in Gesellschaften vor, die sich in Sachen Umwelt und Soziales profilieren. Das Rentenpaket wird also zu einem Feigenblatt, hinter dem weitere Milliarden in die typischen linksgrünen Branchen gepumpt werden.
Was die Ampel da plant, nennt man im Poker "all in" - der letzte Versuch, ein Spiel auf gut Glück zu gewinnen. Alles oder nichts also. Das ist symptomatisch für die Ampelpolitik: Seit zwei Jahren sieht man die Scholz-Truppe überall nur scheitern, und trotzdem werden über die Staatsmedien nur Erfolge vermeldet. Wir von der AfD glauben nicht an Lindners Renten-Poker! Wir werden die Verschwendungswut der Ampel beenden - und die Ausgaben für Entwicklungshilfe, Kriegshilfe und Ökoprojekte herunterfahren. Dann nämlich reicht das Geld auch für die Rente!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. März 2024 (x1.361/…): >>**Blackout in Deutschland: Von "rechter Verschwörungstheorie" zur Warnung des Bundesrechnungshofs**
Der Bericht des Bundesrechnungshofs zur Energiewende hat Wellen geschlagen: Mit dem aktuellen Kurs in der Energiepolitik ist die Versorgungssicherheit gefährdet. Bemerkenswert: All das galt vor kurzem noch als "rechter Verschwörungsmythos". Eine Rückschau.
Max Roland
Das Urteil des Bundesrechnungshofes ist vernichtend: Die Energiewende-Politik birgt aktuell "gravierende Risiken für die energiepolitischen Ziele", meint der Chef des unabhängigen Finanz- und Haushaltswatchdogs. Der Bericht ist eine absolute Generalabrechnung mit der Energiepolitik der letzten Jahre und insbesondere der Ampel-Politik.
Es ist bereits der zweite Sonderbericht zur Energiewende. "Seit unserer letzten Bilanz in 2018 hat sich zu wenig getan, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten", sagte der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller, bei dessen Vorlage. "Das ist ernüchternd."
Das Urteil ist klar und brutal: "Schon heute belasten sehr hohe Stromkosten den Wirtschaftsstandort Deutschland und die privaten Haushalte", stellt die Behörde fest. Und: "Die Energiewende ist mit massiven Kosten verbunden, weitere Preissteigerungen sind absehbar." Die Regierung sei nicht ehrlich zu den Bürgern, was die zu erwartenden Strompreise angehe, meint der Rechnungshof.
Die schwerwiegendste Konklusion des Rechnungshofes ist aber: Die Energiesicherheit ist in Deutschland bald nicht mehr gegeben. Durch den Wegfall konventioneller Kraftwerke ergebe sich eine "Planungslücke" von 4,5 Gigawatt, was der Kapazität von vier großen konventionellen Kraftwerken entspricht.
Strommangel? Ein rechter Mythos!
Das ist bemerkenswert. Medial und politisch wurde uns ja in den vergangenen Jahren immer wieder erklärt: Stromknappheit und Blackout sind eine Verschwörungstheorie. "Den sogenannten Blackout nutzen besonders die politische Rechte und verschwörungsaffine Menschen, um Stimmung gegen erneuerbare Energien und den Staat zu machen", schrieb Correctiv im Sommer 2022. Die vom Grünen-Politiker Klaus Müller geleitete Bundesnetzagentur erklärt: "Ein großflächiger Blackout ist äußerst unwahrscheinlich".
Der MDR stellt wenige Monate später fest, ein Blackout in Deutschland sei "ein äußerst un-

wahrscheinliches Szenario. Trotzdem wird es seit Monaten von Medien und Politik immer wieder zum Thema gemacht. Das schürt Ängste in der Bevölkerung." Parteien und "extreme Rechte" würden das für ihre politische Agenda nutzen.
Das Faktenchecker-Format des Bayerischen Rundfunks, der "Faktenfuchs", erklärte die Angst vor dem Energiewende-Blackout auch für verschwörerisch: "Ein bayerischer YouTuber behauptet in einem Video, ein solcher Blackout werde mit der fortschreitenden Energiewende deutlich wahrscheinlicher ... Daß es wegen der Energiewende zu einem Blackout kommt, halten alle vom Faktenfuchs befragten Expertinnen und Experten für unwahrscheinlich."
Und die linke Ökonomin Claudia Kemfert schaltete sich auch ein: "Wichtig ist, deutlich zu machen: Wir haben kein Blackout-Problem", meint sie. "Die Energieversorgungssicherheit ist auch mit einer Vollversorgung aus erneuerbaren Energien gesichert," so Kemfert. Ein Sprecher der Bundesnetzagentur bestätigt ihre Einschätzung in einer E-Mail an den BR: "Die Energiewende und der steigende Anteil dezentraler Erzeugungsleistung haben keine negativen Auswirkungen auf die Versorgungszuverlässigkeit."
Die Realität sieht anders aus, wie der Bundesrechnungshof jetzt dokumentiert hat. Und eine weitere "Verschwörungstheorie" ist mal wieder wahr geworden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. März 2024: >>**Demokratisch petzen mit der AA-Stiftung**
Von *Karel Meissner*
Die Amadeu Antonio-Stiftung verballert wieder Steuermillionen für ein hinterhältiges Hilfsprojekt. Scheinbar geht es um Hilfe für Angehörige von bösen Schwurblern … Einschränkungen der Bürgerrechte, Denunziation und Denkverbote. Der Faschismus kehrt im Linksstaat zurück. …
Die Amadeu Antonio-Stiftung ist ein perfekter Repräsentant heutiger Polit-Kultur. Von Ex-Stasi-Petze Anetta Kahane gegründet, ist sie nicht nur Stellenbeschaffer für (links)radikal "Andersbegabte". Als Online-Pranger denunzieren ihre Webseiten regelmäßig Regierungskritiker. Ganz egal, ob es sich um Widerständler gegen Lockdown-Diktatur, Klimawahnsinn, Krieg oder um Rammstein-Aftershow handelt - Regierungsparteien und Antifa haben immer recht, Opposition ist in jedem Falle voll Nazi.
Solcher Service löst bei Eliten zu jeder Zeit Begeisterung aus, bei den Mielkes wie bei den Faesers. Kein Wunder, daß die AA-Stiftung im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben" reichlich Steuergeld verballern darf: Mit zwei anderen linken Gruppierungen erhält sie 1,1 Millionen Euro. Gefördert wird damit ein seltsames "Beratungsprojekt", das Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) in Begeisterung versetzt:
"Insgesamt soll das Projekt einen wesentlichen Beitrag leisten zur Vernetzung und Weiterentwicklung der Beratungs- und Informationsangebote im Themenfeld Verschwörungsdenken. Über den Aufbau einer bundesweit erreichbaren Verweisberatung soll eine leicht zugängliche und niedrigschwellige erste Orientierung und Hilfestellung geboten werden und der Zugang zu passenden Unterstützungsangeboten vor Ort erleichtert werden. Damit wollen wir Verschwörungsnarrativen und den davon ausgehenden Gefahren aktiv entgegenwirken."
Vor allem um woke Angehörige von Verschwörungsgläubigen will diesem "Projekt" sich kümmern. Die sollen hier einen Safe-Space finden. ("Wenn Menschen in Verschwörungsglauben abdriften, stellt dies für Angehörige und Freunde eine große Belastung dar", weiß das Bundesfamilienministerium.) Bei so verständnisvollen Zuhörern kann man ja auch das eine oder andere über regierungskritische Angehörige preisgeben. … Familienmitglieder als IMs.
Nancy Faeser ist begeistert:
"Wir müssen deutliche Stopp-Zeichen senden und die Prävention dort stärken, wo Menschen drohen abzudriften. Radikalisierungsprozesse gilt es, wo immer möglich, aufzuhalten. Genau dies nehmen wir uns mit unserem Projekt vor.

Wir unterstützen Betroffene und vor allem auch deren Angehörige stärker: mit Ansprechpartnern, mit Informationen, mit konkreten Angeboten. Daß wir dieses Projekt gemeinsam mit dem Familienministerium entwickelt haben, zeigt wie wichtig uns als Bundesregierung dieses Thema ist."
Wie fürsorglich! Aber klar, totalitäre Herrschaft gelingt nur mit Spaltung - bis in die Familie oder in engste Freundeskreise.
Einschränkungen der Bürgerrechte, Denunziation und Denkverbote. Der Faschismus kehrt im Linksstaat zurück. Lesen Sie alles darüber in der aktuellen COMPACT-Ausgabe. …<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. März 2024 (x1.361/…):
>>**Nach Tod von 15-jährigem Fußballer: Marokkaner kommt mit Bewährung davon**
Nachdem ein Marokkaner einen 15-jährigen Deutschen im vergangenen Sommer während eines Fußballspiels tödlich verletzt hatte, ist er jetzt wieder auf freiem Fuß. Das Gericht verurteilte den 17-jährigen Täter zu einer Bewährung von zwei Jahren und setzte somit den Haftbefehl aus.
Von *Redaktion*
Nach einer tödlichen Attacke auf einen 15-jährigen Deutschen während eines Fußballturniers in Frankfurt ist der tatverdächtige Marokkaner wieder auf freiem Fuß. Das Landgericht Frankfurt verurteilte den bei einem französischen Fußballverein spielenden Marokkaner wegen Körperverletzung mit Todesfolge sowie vorsätzlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung.
Damit wurde auch der Haftbefehl, der gegen den bis dato in Untersuchungshaft sitzenden 17-Jährigen bestand, ausgesetzt. Während dessen Eltern einen Freispruch forderten, plädierten seine beiden Verteidiger auf Bewährungsstrafen von neun beziehungsweise zwölf Monaten. Das geforderte Strafmaß wurde von den Richtern letztlich verdoppelt, auch eine Entschädigung für die in U-Haft abgesessene Zeit wird der Täter nicht erhalten.
Die Staatsanwaltschaft hatte eine Jugendstrafe von 27 Monaten und somit die Aufrechterhaltung des Haftbefehls gefordert - das Gericht entschied sich, den Täter auf Bewährung freizulassen. Einzige Auflage: regelmäßige Berichte über die Lebensumstände des Verurteilten.
Das Verfahren fand wegen des Alters des Verdächtigen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Laut Bild wollte sich der Marokkaner gegenüber dem Haftrichter nicht an den Schlag erinnern und sprach von einem "Durcheinander".
Der damals 16-Jährige war während eines internationalen Turniers am Pfingstmontag im vergangenen Jahr auf seinen Gegenspieler Paul P. losgegangen, nachdem der infolge einer Rudelbildung von der Ersatzbank aufgesprungen war.
Der Marokkaner ist außer Kontrolle, läßt sich laut Anklage nicht beschwichtigen und umkreist die Rudelbildung, ehe er dem 15-Jährigen gezielt gegen den Hals schlägt. Paul P. bricht zusammen, weil eine Arterie im Halsbereich stark verletzt wird. Rettungskräfte müssen den Jugendlichen wenig später sogar auf dem Feld reanimieren. Im Krankenhaus verstirbt der 15-Jährige an den Folgen einer schweren Gehirnverletzung, er wird für hirntot erklärt.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. März 2024 (x1.361/…):
>>**"Schönen Dank dafür" - Habeck wütend auf Bundesrechnungshof**
Der Bundesrechnungshof hat die desaströse Energiepolitik der Regierung kritisiert. Minister Habeck reagiert patzig und schimpft auf die unabhängige Behörde. "Schönen Dank dafür", motzt der Grünen-Politiker.
Max Roland
Der Bundesrechnungshof hat der Energiepolitik von Wirtschaftsminister Habeck ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt - der reagiert pikiert. "Ich sage nicht, daß wir durch sind. Aber zu sagen, die Bundesregierung tut nicht genug, die Energiepreise runterzubringen, die Energiesicherung umzusetzen, den CO2-Ausstoß zu reduzieren, ist eine erstaunliche Wahrnehmung,

die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat", sagte Habeck bei einem Besuch in Washington. Die Energiepreise würden sinken, betonte der Minister und die Regierung setze um, was jahrzehntelang versäumt worden sei.
"Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat mächtig Fahrt aufgenommen." Das BMWK habe in einer Stellungnahme für den Bericht des Rechnungshofes lediglich zugestimmt, daß die Geschwindigkeit des Ausbaus erhöht werden müsse.
Gegenüber der Bild wird der Minister noch wütender. Der Rechnungshof bemängelt in seinem Bericht, daß die Regierung Netzausbaukosten auf den Strompreis umlegen müsse, dies aber im erwarteten Strompreis nicht darstellt. Daß kommentiert Habeck wütend: "Dafür hätte ich nicht den Bericht des Bundesrechnungshofes gebraucht. Jeder, der nachdenken kann, sieht, daß das das Problem ist. Da haben sie einen Punkt. Schönen Dank dafür", meint der Minister patzig.
Der Rechnungshof hatte die Energiepolitik der Bundesregierung umfassend kritisiert und die Energiesicherheit in Deutschland in Frage gestellt. "Die bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende sind ungenügend und bergen deshalb gravierende Risiken für die energiepolitischen Ziele", sagte Rechnungshofpräsident Kay Scheller am Donnerstag in Berlin. Die deutsche Energiepolitik drohe zu scheitern. In dem Bericht kritisiert der Rechnungshof zum einen den schleppenden Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Stromnetze sowie den mangelnden Aufbau zusätzlicher Erzeugungskapazitäten für den Bedarfsfall.
Ein weiterer Kritikpunkt sind die hohen Strompreise. Sie gehören demnach zu den höchsten in der EU. Das Wirtschaftsministerium berücksichtige die für den Stromausbau notwendigen Investitionskosten nicht bei seiner Darstellung der Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien, teilte der Rechnungshof weiter mit. "Die Bundesregierung muß die Systemkosten der Energiewende klar benennen. Darüber hinaus sollte sie endlich bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Stromversorgung versteht."<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 8. März 2024 (x1.364/…):
>>**Jeder Totalitarismus würgt zuerst die Meinungsfreiheit ab**
Von *Herbert Ludwig*
Das Grundrecht der Meinungsfreiheit in Art. 5 Grundgesetz ist die elementare Lebensgrundlage einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung. Denn auf ihr entfaltet sich der Austausch der politischen Gestaltungs-Ideen der freien Bürger, die Suche nach der Wahrheit und der besten Wege ihrer Realisierung. Wer die Meinungsfreiheit bekämpft, einschränkt und schließlich zugunsten einer Einheitsgesinnung beseitigen will, ist daher ein Verfassungs- und Demokratiefeind, der im Sinn hat, einen totalitären Staat zu etablieren. Wenn eine Innenministerin dies offen unternimmt, ist für das Volk freier Bürger die höchste Alarmstufe eingetreten.
Am 13. Februar 2024 haben die SPD-Politikerin und ihre beiden Untergebenen "ein neues Maßnahmenpaket zum Schutz der Demokratie und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus" vorgestellt. Nancy Faeser sagte dazu vor der Presse:
"Wir wollen alle Instrumente des Rechtsstaats nutzen, um unsere Demokratie zu schützen. Wir wollen rechtsextremistische Netzwerke zerschlagen, ihnen ihre Einnahmen entziehen und ihnen die Waffen wegnehmen."
Es gehe darum, "unsere offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen. … Wir müssen mit aller Kraft verhindern, daß sich diese menschenverachtende Ideologie weiter in unsere Gesellschaft frißt.
Wir sollten rechtsextremistische Netzwerke so behandeln wie Gruppierungen der Organisierten Kriminalität. Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen. Das bedeutet, jeden Rechtsverstoß konsequent zu ahnden. Das kann nicht nur durch die Polizei, sondern auch durch Ordnungsbehörden wie die Gaststätten- oder Gewerbe-

aufsicht geschehen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz verstärkt hierfür seine Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden vor Ort. Bei Rechtsextremisten jeden Stein umzudrehen - das muß der Ansatz sein."
Obiger Text, sowie die Kurz- und die Langfassung des Maßnahmenpakets siehe bmi.bund.de, Langtext hier.

Maßnahmen gegen Kritiker und Opposition

Die Sprache verrät, daß sich die staatlichen Maßnahmen nicht gegen objektive Feinde der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes richten, sondern gegen die Kritiker der derzeitigen aus den linksstehenden Altparteien stammenden Machtinhaber und gegen die immer mehr erstarkende einzige wirkliche Oppositionspartei in den Parlamenten, die AfD.
Das zeigt sich schon darin, daß nicht alle Extremisten, also nicht die "Linksextremisten", genannt werden, sondern daß es nur um die "Rechtsextremisten" geht. "Rechtsextremismus" ist aber kein klar definierter, sondern ein vollkommen schwammiger Begriff, in den alles Mögliche hineingelegt wird.
In den letzten Jahren werden zunehmend alle Kritiker der (linken) Regierung, die sich gegen die totalitären Corona-Maßnahmen, gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine etc. wenden, als "Rechtsextreme", "Rechte" oder "Nazis" diskreditiert, wobei alle drei Bezeichnungen als identisch gebraucht werden, ohne aber den Einzelnen konkret eine bestimmte Gesinnung oder Handlung nachzuweisen. Es werden auch nicht inhaltlich die Argumente diskutiert, sondern nur die Menschen diffamiert.
Dabei können, wie der renommierte Freiburger Staatsrechtler Prof. Dietrich Murswiek in einem Interview ausführt, unter (staatlich verfolgbaren) "Extremismus" aber "nur verfassungsfeindliche, das heißt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen verstanden werden". Die Regierung dürfe also keine politischen Meinungen und Ideen bekämpfen.
Dies entspricht dem, was auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 22. Juni 2018 - 1 BvR 2083/15 - zur Meinungsfreiheit ausgeführt hat:
"Insbesondere kennt das Grundgesetz kein allgemeines Grundprinzip, das ein Verbot der Verbreitung rechtsradikalen oder auch nationalsozialistischen Gedankenguts schon in Bezug auf die geistige Wirkung seines Inhalts erlaubte. Vielmehr gewährleisten Art. 5 Abs. 1 und 2 GG die Meinungsfreiheit als Geistesfreiheit unabhängig von der inhaltlichen Bewertung ihrer Richtigkeit, rechtlichen Durchsetzbarkeit oder Gefährlichkeit. Art. 5 Abs. 1 und 2 GG erlaubt nicht den staatlichen Zugriff auf die Gesinnung, sondern ermächtigt erst dann zum Eingriff, wenn Meinungsäußerungen die rein geistige Sphäre des Für-richtig-Haltens verlassen und in Rechtsgutverletzungen oder erkennbar in Gefährdungslagen umschlagen (BVerfGE 124, 300 <330>)."
Damit reduziert sich der Kreis der staatlich zu verfolgenden "Rechtsextremisten" auf nur noch eine kleine Zahl, und die bombastisch angekündigte staatliche Kampagne "Rechtsextreme entschlossen bekämpfen" entpuppt sich als eine parteipolitische, die sich widerrechtlich der staatlichen Organe bedient.
Kennzeichnend ist auch, daß Frau Faeser - wie alle linken Politiker bis zu Herrn Steinmeier, dem parteiischsten Bundespräsidenten, den wir je hatten - von "unserer Demokratie" spricht, die es zu schützen gelte. Die "Demokratie dieser Politiker" ist in Wahrheit eine Parteien-Oligarchie, wie vielfach nachgewiesen wurde. Und eine Kritik dagegen ist nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes gerichtet, sondern will sie im Gegenteil endlich herbeiführen. Es sind also gerade die Partei-Politiker, deren De facto-Oligarchie permanent gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verstößt.
Ebenso wird mit der Aussage Faesers, es gehe darum, "unsere offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen", suggeriert, "offene Gesellschaft" sei ein verfassungsrechtlicher Begriff

für die Gestalt der Demokratie, welche der Staat zu schützen habe. Dabei handelt es sich aber um eine parteipolitische Programmatik, die bis in den Wortlaut auf den Titel eines Buches des Philosophen Karl Popper "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" zurückgeht. Darin wendet sich Popper gegen totalitaristische Staatsformen, also ideologisch festgelegte, geschlossene Gesellschaften, die einen für alle verbindlichen Heilsplan verfolgen.
Während offene Gesellschaften intellektuellen Meinungsaustausch und kulturelle Veränderungen ermöglichen, wofür Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit von grundlegender Bedeutung seien. Institutionen seien zwar unumgänglich, müßten sich in Offenen Gesellschaften aber einer ständigen Kritik stellen und immer veränderbar bleiben. Dafür sei die beste Staatsform die Demokratie, eine Herrschaftsform, in der es möglich sei, die Herrschenden ohne Blutvergießen auszutauschen. Dies, und nicht etwa die Behauptung, daß die Mehrheit recht habe, sei der größte Vorzug der Demokratie (Wikipedia).
Das Maßnahmenpaket der SPD-Frau, die mit Hilfe staatlicher Macht eine linke Einheitsmeinung in der Gesellschaft herstellen will, ist gerade gegen diese Grundsätze einer "offenen Gesellschaft" gerichtet. Sie ist in Wahrheit ein Feind der offenen Gesellschaft.
Abgesehen davon wird in die Idee der "offenen Gesellschaft" auch das Recht des Staates hineingelegt, für unbegrenzte Migration offen zu sein. Und jeder, der daran Kritik übt, wird als Vertreter einer geschlossenen Gesellschaft, einer totalitären Bestrebung, also als Feind der "Offenen Gesellschaft" bezeichnet.

Verwischung von Strafbarkeit und Gesinnung

Die Sprache des Maßnahmen-Papiers ist bewußt so unpräzise gehalten, daß es hinter der Verfolgung strafbarer Handlung unvermerkt auch zur Verfolgung nicht strafbarer Handlungen und Gesinnungen übergeht. Prof. Murswiek beschreibt das in dem genannten Interview beispielhaft so:
Punkt 5 laute: "Haß im Netz bekämpfen." Ziel sei es: "strafrechtlich relevante Inhalte im Internet konsequent zu bekämpfen."
"Aber Haß ist kein Straftatbestand. Wenn schon die Überschrift plakativ die staatliche Bekämpfung von etwas fordert, was nicht strafbar ist, sollte man mißtrauisch werden. Im folgenden Text heißt es: 'die Verfolgung strafbarer Inhalte im Internet wird weiter gestärkt'. Dagegen ist nichts zusagen. Doch dann liest man: 'Zudem sollen inkriminierte (beschuldigte, hl) Inhalte aus dem Internet entfernt werden, um der Verrohung der Sprache im virtuellen Raum entgegenzuwirken.'
Wären mit 'inkriminierten Inhalten' nur strafbare Inhalte gemeint, bräuchte man die Befürchtung einer Sprachverrohung nicht als zusätzliche Begründung. Anscheinend aber soll die Polizei schon gegen nicht strafbare Inhalte, die als verrohend gelten, vorgehen können. 'Inkriminiert' werden diese dann wohl von der Polizei selbst, vielleicht auch vom Verfassungsschutz, vielleicht auch von NGOs, mit denen die Polizei zusammenarbeitet. Und das BKA soll bei den Internet-Providern die Löschung der inkriminierten Inhalte 'anregen'."
Daß es sich um nicht strafbare, von der Meinungsfreiheit gedeckte Inhalte handele, ergebe sich auch daraus, daß das Papier des Bundesinnenministeriums im nächsten Satz formuliert: "Dort, wo es die gesetzlichen Regelungen ermöglichen, werden darüber hinaus durch Entfernungs-Anordnungen die Grundlagen für eine zwangsweise Durchsetzung etwaiger Löschungen geschaffen."
Wenn die Polizei gegen nicht strafbare, nicht verbotene Inhalte vorgehe, indem sie bei Providern die Löschung "anregt", verlasse sie den Rahmen des Rechtsstaats.
Prof. Murswiek geht in dem Interview auch auf die Absicht ein (Punkt 2), der Verfassungsschutz solle "Informationen an Behörden vor Ort übermitteln, wie Polizei- und Ordnungsbehörden, Gewerbe- und Gaststättenaufsicht".
"In diesem Abschnitt wird das Changieren zwischen rechtsstaatlicher Kontrolle und rechts-

staatswidriger Übergriffigkeit besonders deutlich. Zwar sichert man sich verbal damit ab, die Bekämpfung des Rechtsextremismus solle 'im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bleiben', doch ansonsten spricht der Text eine andere Sprache. 'Extremistische Umtriebe' will man so unter Druck setzen wie 'bei der ganzheitlichen Bekämpfung organisierter Kriminalität und Clankriminalität'. Durch Ahndung 'jedweder Rechtsverstöße' soll das 'klare Signal' gesetzt werden, daß 'wehrhafte Demokratie einen starken Staat beinhaltet'.
Selbstverständlich ist Rechtsdurchsetzung Aufgabe des Staates. Aber die Kraftmeierei mit dem 'starken Staat' läßt vermuten, daß - geht es gegen Rechts - der Verhältnismäßigkeits-Grundsatz keine Rolle spielen soll."
Frau Faeser habe zur Erläuterung getwittert:
"Wir wollen bei Rechtsextremisten jeden Stein umdrehen. Wer den Staat verhöhnt, muß es mit einem starken Staat zu tun bekommen."
Den Staat zu verhöhnen, also sich über die Regierung lustig zu machen, sei aber keine Straftat, sondern Ausübung der Meinungsfreiheit. Dies auf eine Ebene mit Clankriminalität zu stellen und "jeden Stein umdrehen" zu wollen, sei eine Drohung, die sich gegen die Freiheitsrechte richte. Einen Eindruck davon, was gemeint sein könnte, gebe die Akte des Verfassungsschutzes über dessen Expräsidenten Hans-Georg Maaßen, die alle seine Zeitungsartikel und Interviews möglichst vollständig aufliste, ohne daß eine verfassungsrechtliche Relevanz ersichtlich sei.
"Die Polizei", so Prof. Murswiek weiter, "dreht 'jeden Stein um', wenn sie einen Mord aufklärt. Das Leben von Menschen, die weder gewalttätig sind, noch gegen Gesetze verstoßen haben, in dieser Weise auszuforschen und in einer Akte zu dokumentieren, ruft dagegen Erinnerungen an Stasi-Zeiten wach."

Revolution von oben

Noch schärfer formuliert der Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau in einem Artikel vom 16.2.20244 mit der Überschrift: "Die Bundesregierung plant eine Revolution von oben gegen das Grundgesetz":
"Wer die Pressekonferenz von Nancy Faeser, flankiert von Thomas Haldenwang, Bundesamt für Verfassungsschutz, und Holger Münch, Bundeskriminalamt, am 13. Februar gesehen hat, der hat - um mit Adenauer zu sprechen - in einen Abgrund von Landesverrat geblickt. Denn das Bundesministerium des Innern plant eine Revolution von oben gegen das Grundgesetz. Man plant nicht weniger als die Abschaffung der Demokratie."
Denn der angekündigte Maßnahmenkatalog laufe darauf hinaus, jeden politischen Diskurs, jede politische Selbstorganisation von Bürgern, die sich nicht innerhalb des rotgrünen Transformations-Spektrums abspielt, die nicht dem Aktivismus zugunsten grüner Ideen diene, zu kriminalisieren und zu einem völlig unkalkulierbaren persönlichen Risiko zu machen und dadurch zu unterbinden.
"Parallel zu der vorangegangenen Äußerung von Lisa Paus - es gäbe Formen der Regierungskritik zumal in sozialen Netzwerken, die nicht strafbar, weil von der Meinungsfreiheit gedeckt seien, und diese müßten jetzt eben auch noch verboten werden - meint nun das Bundesinnenministerium, die Aktivitäten des Verfassungsschutzes dürften sich auf der "rechten" Seite keineswegs auf die Aufdeckung der Planung von Straftaten beschränken. Dies werde nämlich den "Gefahren", die von der "neuen Rechten" ausgingen, nicht gerecht. Stattdessen sollen nun die "persönlichen und finanziellen Verbindungen in rechtsextremen Netzwerken ausgeleuchtet" werden.
Ein 'rechtsextremes Netzwerk' besteht nach der Vorstellung des Bundesinnenministeriums etwa dann, wenn zwei oder drei Personen sich treffen, sei es auch nur rein privat, die von der Grenzöffnungspolitik Angela Merkels nicht restlos überzeugt sind oder die zum Beispiel finden, die Ampel trage mit ihrer Politik vielleicht auch selbst etwas zum Erfolg der AfD bei."

Der Rechtsstaat lebe von der Unterscheidung legal/illegal. Was nicht verboten sei, sei dann eben erlaubt und müsse vom Staat parteipolitisch neutral und willkürfrei behandelt werden. Demgegenüber falle auf, daß die Unterscheidung legal/illegal in Faesers und Haldenwangs neuen Plänen rein gar keine Rolle mehr spiele. So sollen Konten "stillgelegt" werden können, von denen aus die schon erwähnten rechten Netzwerke Überweisungen erhalten haben.
Das seien aber völlig legale Geldflüsse an Personen, die weder Straftaten noch Ordnungswidrigkeiten begehen, und an Organisationen, die nicht verboten seien, also völlig rechtmäßig bestehen! Nur, das helfe ihnen nicht; der Rechtsstaat solle ja gerade abgeschafft werden. Womöglich deswegen also sei offenbar der Veitstanz um das Potsdamer Treffen inszeniert worden.
"Es geht um das 'Aktionspotential' von Menschen, die nicht direkt rotgrüne Propagandisten sind, um ihre Möglichkeit zur 'gesellschaftlichen Einflußnahme'. Mit anderen Worten, wer anders denkt als rot und grün, muß aufpassen, daß er keinen Einfluß erlangt und möglichst nicht gehört wird, denn sonst wird es künftig ungemütlich."
Hier werde die Demokratie auf den Kopf gestellt. In einer Demokratie bildeten sich politische Anschauungen in der Gesellschaft autonom und von unten nach oben ohne staatliche Anleitung. Demgegenüber solle nun der Verfassungsschutz bereits unerlaubte Gedanken detektieren und mit einschneidenden Maßnahmen auf sie reagieren. Haldenwang habe in der Pressekonferenz klar gesagt: Der Verfassungsschutz solle durch hoheitliche Maßnahmen "verbale und mentale Grenzverschiebungen" vereiteln.
Es sollten also nicht nur die Grenzen der freien Rede, sondern auch ("mental") die überhaupt erlaubten Gedanken von einem Inlandsgeheimdienst festgelegt werden - der wegen "verbotener Gedanken" dann praktischerweise niemanden zu verklagen brauche (der Nachweis wäre ja auch manchmal schwer), sondern unmittelbar gleich Vollstrecker in eigener Sache sei. Und dann das Leben von Bürgern ruiniere. "Das Leben der Anderen" eben. Es solle künftig verboten sein, das "Staatswohl" dadurch zu gefährden, daß man vor allem die Einwanderungs- und Asylpolitik der Regierung kritisiert.
"Die letzte deutsche Revolution wurde mit dem Slogan "Wir sind das Volk" eingeleitet. Dieser war ursprünglich so entstanden, daß von der Polizei eingekesselte Demonstranten zu rufen begannen "Wir sind keine Rowdys - wir sind das Volk!". Damit bezogen sie sich auf den Straftatbestand "Rowdytum" bzw. "schweres Rowdytum", der sich im DDR-Strafgesetzbuch wie auch in den übrigen Ostblockstaaten einschließlich der Sowjetunion fand und der sich ganz allgemein auf unbotmäßiges Verhalten der Bürger bezog. Nach ihm wurde verurteilt, wer nach dem Willen der Diktatur verurteilt werden sollte, jedoch keinerlei spezifischen Straftatbestand erfüllt hatte. Die erste Hälfte des Satzes fiel dann später weg.
Die nächste deutsche Revolution - die ja nur Abwehr des rotgrünen Verfassungsputsches von oben wäre - sollte unter dem Motto stehen:
"Wir sind der Verfassungsschutz!"<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. März 2024: >>**1944: Wie die Gremlins Moskau verteidigten**
Von *S. Hofer*
1944 drehten Warner Brothers den Zeichentrickfilm "Russian Rhapsody": Hitler greift Moskau an und wird von den Gremlins überwältigt. …
Leser älteren Datums erinnern sich gewiß: Einer der großen Kinoerfolge des Jahres 1984 war "Gremlins", produziert von Steven Spielberg. Die Gremlins, das sind kleine Tiere, die eine amerikanische Kleinstadt ins Chaos stürzen. Was wenige wußten (und wissen): Die kleinen Anarchos waren damals schon 40 Jahre alt (wenn auch mit etwas anderem Layout). Dieses Jahr feiern sie bereits ihr 80. Jubiläum.
Erfunden sie für den Zeichentrickfilm "Russian Rhapsody" (1944) der Warner Brothers. Der

sollte Hitlers Größenwahn und die Unbesiegbarkeit Rußlands demonstrieren. Zum Inhalt dieses siebenminütigen Cartoons: Der GröFaZ plant die endgültige Vernichtung Moskaus durch Bombardierung, sitzt höchstpersönlich am Steuer des Fliegers. Was er nicht ahnt: Er ist nicht allein an Bord.
Viele kleine Gremlins fliegen als blinde Passagiere mit und zerlegen den Bomber in Einzelteile. Dabei singen sie vergnügt: "I am a Gremlin from the Kremlin"("Gremlin" kommt also von "Kreml").
Schließlich stürzt die Maschine ab und Hitlers sitzt wie ein verrückt kichernd in den Trümmern seiner Eroberungsträume.
"Russian Rhapsodie" hat inzwischen wieder an Aktualität gewonnen. Anstelle des GröFaZ könnte jetzt ein neuer Faschist, ein Bundeswehroffiziere des geleakten Videos oder gleich Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) im Bomber sitzen und am Schluß kapieren: Mit Rußland legt man sich besser nicht an, Man endet als Verlierer.
Sinnvoll wäre auch, den Film allen Ampel-Abgeordneten in einer Sondervorstellung zu präsentieren.
Schließlich stehen die Deutschen laut Umfrage mit großer Mehrheit hinter dem "Nein" des Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) zu den Taurus-Lieferungen an die Ukraine.<<

09.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 9. März 2024 (x1.365/…):
>>**Fußball-Junge (14) festgehalten und zusammengeschlagen: DAS ist die kranke Gewalt, die wir uns ins Land geholt haben!**
Redaktion
Nach einem Fußballspiel in Witten (NRW) haben mehrere erwachsene Männer mit Migrationshintergrund einen 14-jährigen Jungen verprügelt. Auch, als dieser auf dem Boden lag, schlugen die Männer weiter auf ihn ein. Die Polizei ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung.
Ein bärtiger Mann steht hinter dem 14-Jährigen, hält ihn fest, fordert einen 15-Jährigen auf, den Jungen zu schlagen. Im Hintergrund schreien ein paar Frauen, er solle aufhören. "Hey, das ist ein Kind!" Doch keiner der umherstehenden Männer schreitet ein. Dann holt der Bärtige aus und gibt dem Jungen mit voller Wucht einen Schlag von der Seite, so daß dieser auf den Boden stürzt.
Erwachsene Männer, die einen Jungen prügeln: Diese Szene spielt im Deutschland des Jahres 2024, und sie markiert eine neue Stufe der Eskalation importierter Gewalt. Die beteiligten Männer haben sichtbar Migrationshintergrund.
Es war vergangenen Samstag nach der C-Jugend-Partie beim TuS Heven 09 in Witten (NRW) gegen den SV Langendreer 04 aus Bochum, als die Männer den 14-Jährigen aus der Kabine holten.
Der Szene vorangegangen war eine Auseinandersetzung der gegnerischen Teams auf dem Platz. Der 14-jährige Spieler der Gastmannschaft war daraufhin ausgewechselt worden und hatte dem 15-jährigen Zuschauer aus Witten eine Ohrfeige verpaßt.

"Damit ihr wißt!"

Nach Spielende holten die Männer den Jungen aus der Kabine und verprügelten ihn. Im Weggehen rief der Haupttäter, der einen schwarzen Bart trägt, noch: "Damit ihr wißt!" Und: "Halt die Fresse!"
Der Junge trug Prellungen davon, wurde später von einem Arzt behandelt. Laut Bild waren weder der 15-Jährige, noch die erwachsenen Schläger Mitglieder des TuS Heven 09.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. März 2024 (x1.361/…):
>>**Schüsse, Schlägereien, Angriffe auf Kinder: Der Amateurfußball versinkt in hemmungsloser Gewalt**

Der Amateurfußball versinkt in uferloser Gewalt, bei der Massenschlägereien, Prügel-Attacken und sogar Messerstechereien zur Normalität werden - in Hamm wurde einem Spieler kürzlich sogar aus zwei Metern Entfernung ins Gesicht geschossen.

Jonas Aston

Im Jugendfußball kommt es immer häufiger zu gewalttätigen Vorfällen: In Bremen kam es nach einem Herrenspiel erst kürzlich zu einer Massenschlägerei und Hetzjagden über den Fußballplatz - einem Mann wurde im Zuge einer "Rudelbildung" gegen den Kopf getreten. Dabei soll einer, der vorwiegend migrantischen jungen Männer, sogar ein Messer gezogen haben. In einem C-Jugend-Spiel stürmten drei Zuschauer das Spielfeld und wollten einen Spieler der Gastmannschaft angreifen.

Da die Situation in Bremen völlig außer Kontrolle geraten ist, hat der Bremer Fußball-Verband nun die Reißleine gezogen. In einer Mitteilung heißt es: "Am vergangenen Wochenende wurde ein neuer, trauriger Höhepunkt bei der Qualität der Vorfälle auf unseren Sportplätzen erreicht. Wir sind nicht bereit, diesen Zustand weiter hinzunehmen". Zwischen Freitag und Sonntag werden aus diesem Grund keine Punkt-, Pokal- und Freundschaftsspiele ausgetragen.

Drei Erwachsene gehen in Witten auf 14-Jährigen los

Ein anderer Hotspot der Gewalt ist Nordrhein-Westfalen. Hier kam es in den vergangenen Wochen ebenfalls gleich zu diversen schockierenden Szenen. In Witten haben nach einem Fußballspiel zwischen dem TUS Heven 09 und dem SV Langendreer 04 drei Erwachsene einen 14-jährigen Nachwuchsspieler angegriffen. Dabei hielt einer der Erwachsenen den Jungen fest, während ein anderer auf ihn einschlug. Zwischen den Wittner Fans und dem Nachwuchsspieler soll es schon während des Spiels zu Provokationen gekommen sein.

Als der 14-Jährige ausgewechselt wurde, soll er einem 15-jährigen Zuschauer eine Ohrfeige gegeben haben. Jens Artschwager, Sprecher der Polizei Bochum erklärte auf Nachfrage von wa.de: "Der 15-Jährige ist nach dem Spiel zurückgekommen, mit drei Erwachsenen im Schlepptau", so Artschwager. Gemeinsam sollen sie den 14-Jährigen aus der Kabine geholt haben und anschließend auf ihn eingeprügelt haben. In einem Video ist die Tat zu sehen. Beim Verlassen des Geschehens rief einer der Schläger die Worte "damit ihr wißt".

Nur wenige nach dem Vorfall kam es in Gelsenkirchen zu weiteren Gewaltszenen. Wie die Polizei Gelsenkirchen auf Nachfrage von wa.de erklärte, kam es am Mittwochabend auf dem Sportplatz am Trinenkampf in Bismarck zu einer Prügelei. Ein Sprecher erklärte: "Eigentlich waren die beiden Mannschaften am Mittwochabend, 6. März 2024, zum Fußball verabredet, am Ende war es laut Zeugen eher ein Boxkampf".

In der 90. Spielminute kam es zu einem Streit, "der dann in einer Schlägerei endete". Weiter heißt es: "Ein 26-jähriger Spieler wurde durch das Team eines Rettungswagens vor Ort medizinisch versorgt und anschließend leicht verletzt in ein Krankenhaus gebracht". Der Schiedsrichter brach das Spiel ab. Von der Polizei wurden anschließend Personalien aufgenommen. Die Ermittlungen dauern an.

Schuß in Hamm

Im Januar kam es bei einem Hallenturnier für die Kreisliga, C- und D-Junioren, zwischen Anhängern und Spieler des BV 09 Hamm und dem SSV Hamm zu heftigen Ausschreitungen. Freunde der Spieler des SSV hatten die Tribüne verlassen und das Spielfeld gestürmt. Zwischen den Spielern und den Zuschauern beider Mannschaften kam es zu einer Massenschlägerei. Einem Spieler des BV 09 wurde sogar aus zwei Meter Entfernung mit einer Schreckschußwaffe ins Gesicht geschossen.

Marco Herzebrock, Vorsitzender des BV 09 zeigte sich gegenüber wa.de, schockiert über die Geschehnisse: "Die Zuschauer waren mit Anlauf von der Tribüne gestürmt und haben dann auf die Jungs eingeschlagen. So schnell wie die auf dem Spielfeld waren, hatte man gar keine

Chance zu reagieren". Nach dem Schuß fand die Prügelei wohl aus Schreck der Beteiligten ein Ende.
Die Vorfälle zeigen, daß der Amateurfußball ein immer härteres Pflaster wird. Die Hemmschwelle zu schwerer Gewaltanwendung ist in den vergangenen Jahren offenbar drastisch gesunken - auch gegenüber Kindern. In Hamm wurde womöglich sogar der Tod, zumindest aber die schwere Verletzung eines Spielers, billigend in Kauf genommen.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. März 2024: >>**"Schreckliche Konsequenz": EU-Gesandte gegen Lawrow**

Das russische Außenministerium hat die Botschafter der EU-Staaten zu einem Gespräch mit Außenminister Lawrow eingeladen, aber die EU-Botschafter haben ihre Teilnahme geschlossen abgesagt. …

_ von *Thomas Röper*

Die Botschafter, die in andere Länder entsandt werden, haben in erster Linie die Aufgabe, in Kontakt mit der Regierung ihres Gastlandes zu stehen. Sie bereiten Treffen von Politikern vor, verhandeln über Wirtschaftsfragen, aber natürlich auch über kulturelle und andere Themen. Aber ihre wichtigste Aufgabe ist nun einmal der Kontakt zur Regierung des Gastlandes.

EU-Botschaft lehnt Treffen mit Lawrow ab

Botschafter dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten ihres Gastlandes einmischen. Das legt die UN-Charta, also die Grundlage des Völkerrechts, in Artikel 2 eindeutig fest. Das hindert die Botschafter der EU und ihrer Mitgliedsstaaten jedoch nicht daran, sich in die russischen Angelegenheiten einzumischen, indem sie die radikale russische Opposition unterstützen oder LGBT-Propaganda machen, die in Rußland verboten ist. Nur der Vollständigkeit halber sei gesagt, daß LGBT selbst in Rußland nicht verboten ist oder bestraft wird, es gibt Gay-Clubs und so weiter. Es ist in Rußland nur verboten, das zu propagieren.
Man stelle sich einmal vor, der russische Botschafter in Deutschland würde sich in die deutsche Politik einmischen, medienwirksam beispielsweise Reichsbürger unterstützen und gegen deutsche Gesetze verstoßen. Würde die Bundesregierung sich das gefallen lassen, oder würde sie den russischen Botschafter zum Gespräch laden und verlangen, daß er diese Dinge unterläßt?

"Wo hat man das je gesehen?"

Das war es auch, was das russische Außenministerium angesichts der heißen Phase des russischen Präsidentschaftswahlkampfes den EU-Botschaftern mitteilen wollte, wie der russische Außenminister Lawrow am 4. März in einem Interview erzählte:
"Zwei Tage vor der geplanten Veranstaltung, vor dem Treffen, schickten sie uns eine Note: 'Wir haben beschlossen, nicht hinzugehen'. Können Sie sich Beziehungen zu Staaten auf diplomatischer Ebene vorstellen, deren Botschafter Angst haben, zu einem Treffen mit dem Minister des Landes zu kommen, in dem sie akkreditiert sind? Wo wurde das überhaupt jemals gesehen?"
Lawrow erzählte, daß sein Ministerium "viel Material darüber gesammelt darüber hat, wie sich die Botschaften der EU in Moskau auf unsere Präsidentschaftswahlen vorbereiten, welche Mechanismen zur Einmischung" sie verwenden und daß "irgendwelche Projekte zur Unterstützung unserer nicht systemischen Oppositionellen geschaffen werden". Und er sagte:
"Insgesamt sind das Dinge, die Botschaften nicht machen dürfen."

Die Arroganz der EU

Daraufhin hat ein russisches Wirtschaftsportal bei der Botschaft der EU in Moskau nachgefragt und folgende Antwort bekommen:
"Unsere Reaktion folgte auf den Tod von Alexej Nawalny und nachdem die Forderungen der EU nach einer unabhängigen internationalen Untersuchung der Todesursachen keine Beachtung gefunden hatten."

Es ist faszinierend, wie arrogant die EU ist. Würde ein westliches Land eine von Rußland geforderte internationale Untersuchung akzeptieren, wenn dort ein Häftling im Gefängnis stirbt? Zum Beispiel, Gott behüte, Julian Assange? Und warum kommt die EU der russischen Forderung nicht nach, den Abschuß der russischen Il-76 mit 65 ukrainischen Kriegsgefangenen an Bord zu untersuchen?
Die Ständige Vertretung der EU verwies in ihrer Antwort außerdem auf ein "äußerst geringes Maß an Vertrauen" und fügte hinzu:
"Wir wurden eingeladen, die Beziehungen zwischen der EU und Rußland zu besprechen, aber jetzt sagt Minister Lawrow, daß es bei dem Gespräch darum ging, uns zu belehren. Das beweist, daß wir Recht hatten, die Einladung abzulehnen."

Die offizielle russische Reaktion

Das wirft zwei Fragen auf. Erstens: Warum sind überhaupt noch Botschafter der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in Rußland, wenn sie inzwischen sogar Einladungen zu Gesprächen mit ihrem Ansprechpartner, also dem russischen Außenminister, ablehnen? Und zweitens: Wer trifft in der EU eigentlich wirklich die außenpolitischen Entscheidungen, wenn die EU dafür sorgen kann, daß die Botschafter aller EU-Staaten eine Einladung einfach ablehnen?
Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, wurde bei ihrer regelmäßigen Pressekonferenz nach dem Eklat gefragt und ich habe die Frage und ihre Antwort komplett übersetzt.

Beginn der Übersetzung:

Frage: Sie haben erwähnt, daß sich die EU-Botschafter geweigert haben, sich mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu treffen. Welche Konsequenzen wird ihr Handeln für sie haben?
Sacharowa: Schrecklich, schrecklich werden die Konsequenzen für sie. Wenn ein professioneller Diplomat sein Gesicht verliert, wenn jeder merkt, daß er seine Professionalität und seine Fähigkeiten verloren hat, dann gibt es keine Kompensation, in keiner Weise und in keiner Form. Das haben sie sich selbst zuzuschreiben.
Sie tun mir aus einem Grund aufrichtig Leid. Sie sind zu Geiseln ihrer eigenen Regime geworden. Viele von ihnen haben einen weiten Weg zurückgelegt, um Botschafter der EU-Länder in der Russischen Föderation zu werden. Es ist eine Tatsache, daß erfahrene Leute in große Länder entsandt werden, darunter Mitglieder der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Atommächte. In unser Land sollte man in Anbetracht seiner Größe eigentlich Fachleute entsenden, die über beträchtliche Erfahrung verfügen.

"Sind keine Vertreter ihrer Länder"

Sie alle sind nach vielen Jahren der Arbeit in diese Position, auf diesen Posten gekommen. Und ihre eigenen Staaten haben sie dumm und schlecht aussehen lassen. Nicht ihre Völker, sondern die Regime in ihren Ländern. Leider ist das geschehen. Ich glaube, es gibt keine andere Erklärung. Ob sie selbst gekniffen haben oder ob ihre Regime sie vorgeführt haben, es geht immer um dasselbe. Sie haben im Grunde "unterschrieben", daß sie keine Botschafter ihrer Länder sind.
Was ist ein "Botschafter"? Ein Botschafter vertritt nicht nur eine bestimmte Organisation, sondern das ganze Land in seiner Gesamtheit. Das ist sehr wichtig. Das ist nicht nur jemand, der diese oder jene politische Partei oder soziale Bewegung vertritt, die ihn ernannt hat. Es ist nicht jemand, der diese oder jene Ideologie, die an der Macht oder in der Opposition ist, vertritt. Nein, es ist jemand, der die Menschen seines Landes in ihrer Gesamtheit vertritt.
Wen vertreten sie, wenn sie sich weigern, sich mit der Behörde zu treffen, die für sie der Counterpart ist? Das russische Außenministerium ist für sie in erster Linie die Quelle aller Informationen, Daten, sowohl über bilaterale Beziehungen als auch über die Position in multilateralen Formaten. Sie haben das alles selbst gemacht und angerichtet. Daraus ergeben sich

die entsprechenden Konsequenzen.
Der zweite Punkt: Es wäre in Ordnung, wenn sie sich in unserem Land an allen Fronten abschotten und prinzipiell mit niemandem sprechen würden. Das wäre eine seltsame Haltung, selbstverräterisch, unprofessionell. Aber zumindest könnte man darin eine gewisse Logik sehen. Nach dem Motto, die Selbstisolierung nach der COVID-19-Pandemie ist noch nicht vorbei. Aber sie nehmen regelmäßig an irgendwelchen marginalen Veranstaltungen teil und machen sich damit in unserem Land lächerlich.
Wir begegnen den Vertretern von Ländern und Völkern mit Respekt, der sich eben daran orientiert, daß sie ihre Länder in ihrer Gesamtheit vertreten. Der Vorschlag, dieses Treffen abzuhalten, wurde aus Respekt vor ihren Völkern gemacht. Aber unsere Menschen, das Volk, die NGOs lachen buchstäblich über sie. Sie sind bereits zu Helden von "Memes" oder einer Art Performance-Kunst geworden.

"Sie werden zu Clowns"

Gehen Sie ins Internet und geben Sie "Amerikanischer Botschafter in Moskau" ein. Wer schreibt das? Das ist nicht die Regierung, das ist nicht irgendeine spezielle Institution, die das tut. Das sind Menschen, die es einfach lustig finden, wie sich die Botschafter der Länder des "kollektiven Westens" von Diplomaten in Marginale verwandelt haben, die an irgendwelchen wilden Aktionen teilnehmen, die nicht für die zwischenstaatliche Kommunikation gedacht sind.
Sie agitieren innerhalb unserer Gesellschaft, mischen sich in innere Angelegenheiten ein und werden zu den "Clowns", die vor einem Rodeo freigelassen werden, um den Hundeführer oder Reiter "aufzuwärmen" und das Publikum zu unterhalten. Sie werden zu diesen Clowns, rennen vor unserem Publikum herum und versuchen endlos, Aufmerksamkeit zu erregen, eine Performance zu inszenieren, an etwas teilzunehmen, ihre seltsamen Botschaften und Appelle zu senden, die von unserem Publikum kaum verstanden werden.
Sie versuchen ständig, irgendwo Blumen niederzulegen, irgendwelche "Regenbogenfahnen" über ihren Botschaften und wo immer möglich zu hissen. Die Leute lachen bereits über sie. Die verstehen es wahrscheinlich einfach nicht. Viele von ihnen sprechen kein oder nur unzureichend Russisch. Vielleicht verstehen sie einfach nicht, wie man über sie denkt.
Wenn nun der US-Botschafter Informationen auf seinen offiziellen Seiten veröffentlicht, die Russen hätten angeblich keine Angst davor, sich an "humanitären Aktionen" der US-Regierung zu beteiligen. Das werde Ihrem Patriotismus angeblich nicht schaden, heißt es. Wie ist das möglich? Unsere Brüder und Schwestern, unsere Bürger, werden mit amerikanischen Waffen getötet.
In russischen Regionen kommt es regelmäßig zu Terroranschlägen gegen zivile Infrastruktur. Kinder sterben, und Sie laden die Bürger unseres Landes ein, um an Programmen der US-Regierung teilzunehmen, die garantieren, daß deren Patriotismus keinen Schaden nimmt? Wir entscheiden selbst, wie wir mit all dem umgehen sollen, was wir mit Patriotismus tun sollen, wie wir ihn zeigen können und wie wir mit all Ihren Programmen umgehen sollen.

"Was ist das für eine gruselige Performance"

Das ist traurig, war aber angesichts der Degradation zu erwarten, die wir seit vielen Jahren in der Diplomatie des "kollektiven Westens" beobachten. Das deutlichste Beispiel ist Josep Borrell, der das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik innehat. Alle 27 Länder der EU orientieren sich an ihm und übertragen ihm das Recht, in außenpolitischen Fragen in ihrem Namen zu sprechen. Was quatscht er? Es zeigte sich, daß selbst offizielle Vertreter der EU-Länder nicht verstehen, was er sagt. Es zeigte sich, daß nicht er seine Kolumne schreibt, sondern daß das irgend jemand für ihn schreibt. Ich bin mir nicht sicher, ob er das überhaupt liest. Wie geht das? Was ist das denn für eine gruselige Performance?
Was ist der denn für ein Diplomat? Haben Sie jemals einen Diplomaten sagen hören, daß für

Diplomatie hier kein Platz ist und alles auf dem Schlachtfeld entschieden werden muß? Wir betonen immer, daß wir für Frieden, Verhandlungen und bis zuletzt für eine friedliche Lösung stehen. Und das obwohl wir einer hybriden Aggression seitens der USA ausgesetzt sind. Was hat der Chef der europäischen Diplomatie dazu gesagt? Josep Borrell sagt genau das Gegenteil und tötet die Diplomatie.
Ursula von der Leyen, die sich auch mit den internationalen Beziehungen der EU beschäftigt, vertritt sie die etwa? Sie setzt die Politik der USA innerhalb der EU durch. Das ist Antidiplomatie.

"Wo sind aktive Aktionen aus Berlin?"

Ich möchte Sie an Liz Truss erinnern, die anderthalb Monate lang Premierministerin Großbritanniens war und davor ein Jahr lang Außenministerin, Diplomatin des Königreichs, war. Vorher hatte sie kurzzeitig auch verschiedene leitende Positionen in der britischen Regierung inne. Was ist das für eine Diplomatie? Sie kam in einem schicksalhaften Moment zu sehr wichtigen Verhandlungen in unser Land und wußte nicht einmal, daß die Regionen Rostow und Woronesch Teil der Russischen Föderation sind. Ist das normal? Das geschah während eines Gesprächs über die Situation zwischen Rußland und der Ukraine.
Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock sagte, daß sie mit Rußland nicht reden werde, solange es keine Wende um 360 Grad und eine grundlegende Änderung seiner Außenpolitik mache. Wir haben uns um 360 Grad gedreht, na und? Wir warten auf aktive Aktionen aus Berlin. Wo sind die?
Und das hat sie mehr als einmal gesagt. Entweder sagt ihr niemand, daß sie Unsinn und dummes Zeug redet, oder sie glaubt, daß das alles Feinde sind, die über ihre Fehler reden, und sie muß dem widerstehen - das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber das ist die Ebene der "Diplomatie". Das war zu erwarten.

"Teil des hybriden Krieges gegen unser Land"

Das ist die Degradation der westlichen Diplomatie in all ihrer "Pracht". Was machen sie im UN-Sicherheitsrat? Sie töten den Sicherheitsrat doch, indem sie offensichtliche Resolutionen blockieren und sie nur durch Sanktionen ersetzen. Die können jetzt nur noch eines: diese endlosen Sanktionen beschließen, die die Diplomatie zerstören. Mehr noch, das sind nicht bloß Sanktionen, sondern ein Teil des hybriden und wirtschaftlichen Krieges gegen unser Land.
Unverzichtbares Hintergrundwissen zum Krieg in der Ukraine sowie knallharte Fakten aus der Geschichte und Gegenwart Rußlands finden Sie in COMPACT Spezial "Feindbild Rußland - Die NATO marschiert".<<

Belgien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. März 2024: >>**Polit-Sensation in Brüssel: Das Verbrenner-Verbot der EU steht vor dem Aus - Riesen-Blamage für von der Leyen!**

Die schon jetzt beste Nachricht des Jahres wird von den Mainstream-Medien noch weitgehend totgeschwiegen: Das von der EU beschlossene Verbrenner-Verbot ab dem Jahr 2035 steht vor dem Aus! Zugleich stehen von der Leyen & Co., "Grüne" und die von der E-Auto-Lobby getriebenen Autobosse vor einem einzigen Trümmerhaufen ihres Elektro-Wahns, nachdem Hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet und zum Teil schon vernichtet wurden!
Paukenschlag in Brüssel: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) muß das von ihr vehement betriebene Verbrenner-Verbot wohl rückgängig machen! Der Grund: E-Autos haben laut einer neuen EU-Studie eine deutlich schlechtere CO2-Bilanz als Benziner und Diesel. Das hat massive Folgen für BMW, Mercedes, VW und Co. und die einseitig auf Elektromobilität fixierte Antriebsstrategie der Konzerne.
Für das Verbrenner-Verbot zeichnet sich schon jetzt ab, daß es sang- und klanglos beerdigt werden dürfte. Darauf deutet, wie in die österreichische "Kronen-Zeitung" berichtet, eine Gesetzesinitiative der Europäischen Kommission selbst hin. Dabei handelt es sich um einen Vor-

schlag zur einheitlichen Erfassung von Treibhausgasemissionen. Der haben die Ausschüsse für Umwelt sowie für Transport des Europäischen Parlaments bereits zugestimmt. Jetzt geht die Initiative ins Plenum.

CO2-Schleuder E-Auto

Mit dem Vorschlag würden bei der Treibhausgasbilanz von E-Autos auch die zu deren Herstellung erzeugten Emissionen berücksichtigt werden müssen - also zum Beispiel wieviel Kohlestrom bei der energie-intensiven Produktion von Stromern verbraucht wird. Und da sieht es unter Strich schmutzig aus, sehr schmutzig sogar: von wegen null Gramm CO2!

Die "Kronen-Zeitung" veröffentlichte dazu ein Referenzdatenblatt, demzufolge E-Autos bei der Gesamtbetrachtung ihrer Emissionswerte signifikant schlechter abschneiden als Benziner und Diesel.

"Technologieoffenheit" lautet jetzt die Devise

Offenbar hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) bereits den Rückzug angetreten - auch wenn die Aufhebung des Verbrenner-Verbots offiziell noch nicht bestätigt wird. Die Kommission nennt jetzt "Technologieoffenheit" als neues Ziel. "So soll sichergestellt werden, daß es Offenheit für Technologien und Wahlmöglichkeiten gibt", zitiert die "Kronen-Zeitung" aus den EU-Papieren. In der Übersetzung bedeutet das nicht mehr und nicht weniger als den de facto Ausstieg aus dem Verbrenner-Ausstieg!

Dämpfer auch für Wasserstoff

FAZIT: Die Front für das Verbrenner-Aus ab 2035 bröckelt heftigst - in der EU werden die Zweifel lauter, ob der Elektroantrieb wirklich die einzige "klimafreundliche" Lösung ist. Und: Auch der Hype um das Wasserstoff-Auto stellt sich unter ökologischen Gesichtspunkten als großer Schwindel heraus. Polit-Blogger Alexander Raue faßt alle Einzelheiten dieser sensationellen Polit-Wende zusammen - von wegen der Verbrenner ist tot, lang lebe der Verbrenner!<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. März 2024: >>**Nuland-Aus: Stiftete sie die Bundeswehr-Generäle an?**

Von *Sven Reuth*

Victoria Nuland gehört zu den gefährlichsten Falken in der US-Administration und zählte schon vor 20 Jahren zu den wichtigsten Neocons, die den Kriegskurs des US-Präsidenten George W. Bush stützten.

Die fanatische Putin-Hasserin trat in den vergangenen Jahren dann wenig überraschend für maximale Waffenlieferungen an die Ukraine ein.

- In der vergangenen Woche trat Nuland dann von ihrem Posten als Staatssekretärin für politische Angelegenheiten zurück. Doch was war der wahre Grund für ihren Rücktritt?

- Der in Brüssel ansässige US-Rußlandexperte Gilbert Doctorow schreibt zu dieser Frage:

"Erinnern wir uns daran, daß Nuland vor mehr als einem Jahr verdeckte Absprachen mit Pentagon-Beamten traf, um die Lieferung von US-Langstreckenraketen an Kiew durchzusetzen, und es schon damals hieß, sie habe damit gegen den vorsichtigeren Ansatz ihres Chefs, Antony Blinken, verstoßen. Es ist leicht vorstellbar, daß Nuland in den letzten Monaten mit dem gleichen Ziel Kontakt zu Generälen der Bundeswehr aufgenommen hat."

- Der Nuland-Rücktritt ist in jedem Fall ein gutes Signal und ein Zeichen dafür, daß die Anti-Rußland-Falken in der Biden-Regierung an Gewicht verlieren. Darauf deutet auch die plötzliche Verhandlungsbereitschaft des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski hin.<<

Afrika: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. März 2024 (x1.361/…): >>**"Unwissenschaftliche Methoden": Afrikaner lehnen Bevormundung durch WHO ab**

Die WHO arbeitet aktuell an der Verabschiedung des globalen Pandemievertrags. Aus Afrika kommt nun Kritik - man sieht den Zwang aus Genf als eine Art "Imperialismus durch die Hin-

tertür" und spricht von "unwissenschaftlichen Instrumenten".
Jonas Aston
Für ihre restriktiven Forderungen während der Corona-Pandemie wurde die Weltgesundheitsorganisation (WHO) heftig kritisiert. Dennoch arbeitet man gerade an der Verabschiedung eines neuen Pandemievertrags, der unter anderem auch um die Verhängung von Lockdowns im Falle eines Gesundheitsnotstands vorsieht. Vor so "unwissenschaftliche(n) Instrument(en)" warnt nun die "Panafrikanische Arbeitsgruppe für Epidemien und Pandemien" - und sieht den Plan als "Imperialismus".
Wie die Daily Mail berichtet, erklärte Reginald Oduor, Professor an der philosophischen Fakultät der Universität von Nairobi, zu dem Pandemievertrag: "Dies ist die Fortsetzung des klassischen westlichen Imperialismus durch die Hintertür". Die Forscher der Wissenschaftsvereinigung fürchten, daß afrikanische Staaten, genau wie alle anderen Mitgliedstaaten, bei künftigen Pandemien einer massiven Kompetenzausweitung durch die WHO unterworfen werden. So könne die WHO zum Beispiel durch die Einführung von Impfpässen und Grenzschließungen die afrikanischen Länder zwingen, sich an die Empfehlungen der WHO zu halten, erklären die Wissenschaftler.
Die von der WHO geforderten Mittel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie lehnt die "Panafrikanische Arbeitsgruppe für Epidemien und Pandemien" strikt ab. Lockdowns halten sie für ein "unwissenschaftliches Instrument". Gerade für schwächere Wirtschaften würden diese "erheblichen Schäden" verursachen.
Oduor bezeichnet es als einen Fehler, "daß medizinische Innovationen und Wissen über Covid oder andere Pandemien aus Genf oder den Industrieländern kommen müssen". Er und die anderen Wissenschaftler stellen klar, daß die afrikanischen Länder selbst in der Lage seien, sich um ihre Gesundheitsprobleme zu kümmern. Dabei gehe es insbesondere um Krankheiten wie Cholera, Gelbfieber und Malaria, so die Gruppe - aber eben auch um Corona und andere Viren. Die Vorgaben der WHO seien für sie eine Art neuer "Kolonialismus".
Professor Wellington Oyibo, medizinischer Parasitologe an der Universität Lagos erklärt hierzu, daß eine "globale Sichtweise" nicht helfe, um lokale Krankheiten zu beseitigen. "In Afrika dezimiert zum Beispiel die Cholera immer noch Menschenleben", erklärt Oyibo. Hinzu kämen zoonotische Krankheiten wie Ebola. Weiter erklärt der Wissenschaftler: "Die Menschen gehen immer noch in die Wälder, um sich zu ernähren, und kommen mit Fledermäusen in Kontakt, weil sie ihren Lebensunterhalt verdienen wollen".
Die WHO helfe hier nicht, im Gegenteil: Wenn die WHO-Reform verabschiedet wird, werden damit "die Menschen bestraft und auch die Regierungen."<<
10.03.2024
BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. März 2024 (x1.362/…): >>**Ohne Subventionen stirbt die Energiewende**
Es wird immer deutlicher, die Energiewende braucht Subventionen. Ohne Subventionen sind die Anlagen unrentabel und müssen stillgelegt werden.
Hierzu zwei Beispiele aus dem nördlichen Niedersachen.
von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*
Windstrom- und Biogasanlagen werden unwirtschaftlich
Die Wilhelmshavener Zeitung berichtet: Viele Biogasanlagen werden in Kürze 20 Jahre alt. Damit fallen die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) von rund 20 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh) weg. Die Erzeuger erhalten nur noch den Marktpreis. Der schwankt um 10 ct/kWh. Selbst abgeschriebene Biogasanlagen sind mit diesen Erlösen unrentabel. Dabei ist das noch ein guter Preis. Denn zuverlässiger Strom aus Braunkohle wird für etwa 3 und aus Steinkohle für 5 ct/kWh erzeugt. Hinzu kommen die ideologisch-politischen Kosten durch die CO2-Zertifikate, die zurzeit den Strompreis um etwa 6 ct/kWh

erhöhen. Die Zertifikat-Kosten können jederzeit gestrichen werden.
Auch die Einspeisevergütung für die ersten Windgeneratoren ist ausgelaufen. In Friesland stehen immer mehr alte Anlagen still. Der schwankende und nicht planbare Strom stört eine sichere Versorgung und ist nur mit gesetzlichem Zwang und Subventionen abzusetzen.

Subventionen sollen weiter fließen

Die Betreiber alter Biogas- und Windstromanlagen rufen nach einer Verlängerung der EEG-Einspeisevergütung. Die wird bereits bevorzugt in Süddeutschland für weitere 10 Jahre gewährt, weil dort die Erzeugung von Wind-, Solar- und Biogasstrom (Fakepower: nicht plan- und regelbar, destabilisiert das Stromnetz) gering ist. Die Energiewende-Ideologen glauben wohl, mit diesem unzuverlässigen Strom den Süden versorgen zu können.

Nicht ausgelastete teure Stromtrassen

Auch die Stromnetze werden erweitert. So plant der Übertragungsnetzbetreiber Tennet eine zweite 380 KV-Freileitung von Wilhelmshaven nach dem südlich gelegenen Verteilerpunkt Conneforde. Auf einer Informationsveranstaltung zu der geplanten Leitung wurden folgende Daten genannt. Die Übertragungsleistung beider Leitungen erreicht 4 bis 5 Gigawatt. Das ist die Leistung von 5 großen Kraftwerken. Die Leitungen sollen weitgehend Windstrom in den Süden bringen. (In Wilhelmshaven gibt es nur noch ein Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 0,75 Gigawatt.)
Wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, fließt kaum Strom durch die Leitungen. Nur bei Starkwind wird die Leitungskapazität weitgehend genutzt. Ob der viele Strom in diesen Fällen auch im Süden verbraucht werden kann, ist fraglich. Immer wieder muß der mit hohen Einspeisevergütungen eingespeiste Strom verschenkt oder sogar unter Zuzahlung (negative Börsenpreise) entsorgt werden. Dann werden Windgeneratoren abgeschaltet. Als Kosten fallen dann "nur noch" die EEG-Ausfallvergütungen an die Betreiber für den nicht gelieferten Strom an.
Freileitungen kosten etwa 1 Million Euro/Kilometer. Erdverkabelung ist sieben Mal teurer. Reparaturen an Freileitungen dauern nur Stunden bis einen Tag. Für Erdkabel sind Tage bis zu einer Woche erforderlich. In Deutschland sollen nach den Plänen der Bundesnetzagentur bis 2045 noch 5000 Kilometer Gleichstromtrassen als Erdkabel verlegt werden. 350 Milliarden Euro soll das kosten.

Staatlich gesicherter Netzausbau

Der Kapitaldienst für die neuen nur gering ausgelasteten Netze ist langfristig gesichert. Die Bundesnetzagentur setzt eine feste Verzinsung des eingesetzten Kapitals fest. Die Kosten müssen wir alle mit der Stromrechnung tragen. Die Netzgebühren steigen um mehr als 3 ct/kWh. Auch diese staatlichen Vorschriften sind letztlich Subventionen für die Energiewende, die uns aufgebürdet werden.
Die Energiewende geht offensichtlich ohne Abstriche weiter mit immer mehr Windgeneratoren und Sonnenkollektoren und mit wachsenden Industrieruinen unwirtschaftlich gewordener Biogasanlagen und Windgeneratoren. Jede neue Anlage treibt Subventionen und Strompreis weiter in die Höhe und die Industrie ins Ausland.
Wann kapieren unsere Politiker diese einfachen Zusammenhänge?<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 10. März 2024 (x1.365/…): >>**Gegen die Meinung von Parteien, Medien und NGOs: Irische Bevölkerung lehnt Umdeutung des Familienbegriffs ab**
Regierungschef Leo Varadkar konnte sich beim Referendum nicht durchsetzen.
Redaktion
In Irland trommeln fast alle Parteien, zahlreiche Medien und der NGO-Komplex für Verfassungsänderungen, um den Begriff der Familie umzudefinieren. Doch die Iren stimmen bei einem Referendum mit überwältigender Mehrheit dagegen.

Das irische Volk hat am Freitag gleich zwei Verfassungsänderungen in einem Referendum abgelehnt und damit dem politischen Establishment einen harten Schlag versetzt. Fast alle etablierten Parteien hatten sich zuvor für die Änderungen ausgesprochen. Darunter waren etwa die Partei von Regierungschef Leo Varadkar, Fine Gael (Liberale), die beiden Koalitionspartner Fianna Fail (Liberal-Konservative) und die Grünen, sowie Labour (Sozialdemokraten) und Sinn Fein (linke Nationalisten). Zusammen kommen diese Parteien auf 128 der 160 Sitze im irischen Parlament.

Doch die Wähler entschieden sich mit einer Mehrheit von 67,7 Prozent (1. Änderung) und 73,9 Prozent (2. Änderung) der Stimmen dagegen, wie die irischen Behörden am Samstag bekannt gaben. Dies war der höchste Prozentsatz an Nein-Stimmen, der jemals in einem irischen Referendum erzielt wurde.

Begriff der Familie sollte ausgedehnt werden

Worum ging es also bei der Abstimmung? Die Wähler hatten die Möglichkeit, "die irische Verfassung zu modernisieren", wie es der britische Guardian ausdrückte. Zwei "veraltete" Klauseln in der Verfassung, die aus dem Jahr 1937 stammt, sollten geändert werden.

Die erste Formulierung besagt, daß "der Staat die Familie als die natürliche primäre und grundlegende Einheit der Gesellschaft und als eine moralische Institution anerkennt, die unveräußerliche und unumstößliche Rechte besitzt", und daß "der Staat sich verpflichtet, die Institution der Ehe, auf der die Familie beruht, mit besonderer Sorgfalt zu bewahren und sie vor Angriffen zu schützen". Die Regierung wollte die verfassungsrechtliche Definition des Begriffs "Familie" auf andere "dauerhafte Beziehungen" erweitern.

Der zweite Teil betraf die Stellung der Frau. In der Verfassung heißt es: "Der Staat erkennt insbesondere an, daß die Frau durch ihr Leben im Haus dem Staat eine Stütze ist, ohne die das Gemeinwohl nicht erreicht werden kann." Und weiter: "Der Staat wird sich daher bemühen, dafür zu sorgen, daß Mütter nicht durch wirtschaftliche Notwendigkeit gezwungen werden, unter Vernachlässigung ihrer häuslichen Pflichten zu arbeiten."

In dem Änderungsantrag wurde gefordert, diese beiden Sätze zu streichen und einen neuen Text hinzuzufügen, der besagt, daß der Staat die familiäre Fürsorge "unterstützen" soll. Kritiker empörten sich unter anderem darüber, daß die Wörter "Mütter" und "Frau" aus dem Gesetz gestrichen würden.

Nichtregierungsorganisationen seien "ideologisches Gift in der Politik"

Die fehlgeschlagene Kampagne der Regierung kostete den Steuerzahler knapp 23 Millionen Euro. "Es lag in unserer Verantwortung, die Mehrheit der Menschen davon zu überzeugen, mit Ja zu stimmen und das haben wir eindeutig nicht geschafft", bedauerte Regierungschef Leo Varadkar. Seine Regierung werde "das Ergebnis akzeptieren und voll und ganz respektieren".

Die Kampagnen-Gegner hingegen konnten jubeln. Carol Nolan, die als unabhängige Abgeordnete im Parlament sitzt, sprach von einem "politischen Erdbeben". Bei diesem Referendum sei es vor allem "um die Dominanz der NGOs in unserem derzeitigen politischen System gegangen", erklärte sie. Die Menschen hätten es satt, von nicht gewählten Nichtregierungsorganisationen wie dem National Women's Council herumkommandiert zu werden. Jener Dachverband hatte sich vehement für ein Ja beim Referendum eingesetzt. Die NGOs seien "ideologisches Gift in der Politik", schloß Nolan.

Auch eine der Hauptprotagonisten der Nein-Kampagne, die Frauenrechtlerin Laoise de Brún, zeigte sich erfreut. "Unsere Botschaft ist kraftvoll und findet im ganzen Land und weltweit Anklang. Die Welt schaut zu. Irland ist ein Versuchsfeld für linksradikale Politik und Gesetzgebung, und die Regierung hat erwartet, daß sie damit einen Volltreffer landen würde", sagte sie laut dem Onlinemagazin Gript.

"Sie werden alles tun und sagen, um den Menschen das aufzuzwingen, was sie Fortschritt

oder Inklusion nennen, was aber in Wirklichkeit das kalte Herz des Neoliberalismus, gemischt mit Gender-Ideologie, ist. Und das Volk sagt Nein. Genug", so de Brún.<<

Vatikan: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. März 2024: >>**Papst fordert Frieden - Kriegshexen entsetzt**

Von *Sven Reuth*

Papst Franziskus hat die internationale Gemeinschaft schon mehrfach dazu aufgerufen, sich verstärkt für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Krieges einzusetzen und erntet dafür eine Woge der Empörung. …

In einem Interview mit dem Sender RSI, der für die italienischsprachige Schweiz zuständig ist, rief der Papst beide Kriegsparteien dazu auf, nun aufeinander zuzugehen, um das Sterben im Ukraine-Krieg zu beenden. So äußerte er unter anderem:

"Wenn man sieht, daß man besiegt ist, daß es nicht gut läuft, muß man den Mut haben, zu verhandeln. Schämen Sie sich nicht, zu verhandeln, bevor es noch schlimmer wird. Verhandlungen sind niemals eine Kapitulation."

Und weiter stellte der Pontifex Maximus fest: "Ich denke, daß der stärker ist, der die Situation erkennt, der an das Volk denkt und den Mut hat, die weiße Flagge zu schwenken und zu verhandeln. Und heute kann man mit Hilfe der internationalen Mächte verhandeln. Das Wort 'verhandeln' ist ein mutiges Wort. Wenn du siehst, daß du besiegt wirst, daß die Dinge nicht gut laufen, habt den Mut, zu verhandeln. Du schämst dich, aber wenn du so weitermachst, wie viele Tote wird es dann geben? Verhandele rechtzeitig, suche ein Land, das vermittelt. Heute, zum Beispiel im Krieg in der Ukraine, gibt es viele, die vermitteln wollen. Die Türkei zum Beispiel … Schämt euch nicht, zu verhandeln, bevor es noch schlimmer wird."

Den Worten des Papstes war deutlich anzumerken, daß sie einer menschlichen Betrachtungsweise und einem tiefen Mitgefühl mit den Kriegsopfern entspringen.

Dennoch geriet der Papst wegen seiner Aussagen in dem Interview massiv in die Kritik.

"Russen sollen Piratenfahne einholen"

Wenig überraschend fiel die FDP-Kriegslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann sofort über den Papst her. Sie äußerte: "Bevor die ukrainischen Opfer die weiße Flagge hissen, sollte der Papst laut und unüberhörbar die brutalen russischen Täter auffordern, ihre Piratenfahne - das Symbol für den Tod und den Satan - einzuholen."

Was Strack-Zimmermann mit "Piratenfahne" meint, das bleibt wohl ihr Geheimnis.

Sofort zu Wort melden mußte sich auch die grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt. Sie sagte: "Wer von der Ukraine verlangt, sich einfach zu ergeben, gibt dem Aggressor, was er sich widerrechtlich geholt hat, und akzeptiert damit die Auslöschung der Ukraine."

Auch Kiesewetter ist empört

In diesem vielstimmigen Chor durfte natürlich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter nicht fehlen, der der Ukraine empfiehlt, Moskau anzugreifen. Er schrieb auf X (vormals Twitter): "Unglaublich, das Oberhaupt der katholischen Kirche stellt sich auf die Seite des Aggressors."

Ein Papst, der sich für Friedensverhandlungen einsetzt - auch das wird vom bundesdeutschen Polit-Establishment mittlerweile also als ungeheuerliche Verfehlung empfunden. Das absurde Theater, das in der deutschen Presselandschaft und der etablierten Politik gespielt wird, dürfte zum Glück aber für immer weniger Bürger nachzuvollziehen sein.<<

11.03.2024

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 11. März 2024 (x1.364/…): >>**Der Aufschrei der Parteien gegen die notwendige Abschaffung des Parteienstaates**

Von *Herbert Ludwig*

Auf einer AfD-Veranstaltung hat ein brandenburgischer AfD-Landtagsabgeordneter gefordert:

"Wenn wir morgen Regierungsverantwortung haben, … dann müssen wir diesen Parteienstaat abschaffen." Das ZDF berichtete davon und löste einen Shitstorm von Altparteien und Verfassungsschutz gegen die AfD aus, die wieder zeige, daß sie die Demokratie abschaffen wolle. - Dabei ist "der Parteienstaat" ein ganz bestimmter Begriff in Politikwissenschaft und Staatsrecht, mit dem eine äußerst problematische Entwicklung der Parteienherrschaft von der Demokratie zur Oligarchie gekennzeichnet wird. Doch Parteimitglieder wissen das in der Regel nicht, und so wissen sie auch nicht, was sie eigentlich tun.

Der brandenburgischen AfD-Landtagsabgeordneten Lars Hünich hatte auf einer AfD-Veranstaltung in Falkensee im Havelland am 18. Januar gewagt, auch über den Tellerrand seiner eigenen Partei hinauszublicken, die Auswirkungen des heutigen Parteiensystems auf die Demokratie insgesamt ins Auge zu fassen und an die demokratische Verantwortung der eigenen Partei zu appellieren. Das ist so selten und ungewohnt, daß es das Denkvermögen normaler Parteisoldaten übersteigt und sofort heftige Abwehr- bzw. Angriffsreflexe der Machtbesessenen auslöste.

"Es gibt in Deutschland keinen 'Parteienstaat', wie behauptet wird, sondern eine pluralistische Demokratie mit freien, gleichen und geheimen Wahlen. Wer einen Ein-Parteien-Staat will, der stellt das Grundgesetz in Frage und gefährdet die freiheitlich-demokratische Ordnung", habe Brandenburgs Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD) reagiert, berichtet die Epoch-Times.

Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Noack habe dem AfD-Politiker in einer Sitzung des Innenausschusses des Landtages heftig widersprochen. "Sie wollen einen anderen, nicht demokratischen Staat", sagte er. Die AfD wolle andere Parteien "nicht mehr haben". Ohne diese müsse die AfD nicht mehr mit Widerspruch rechnen.

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) steigerte sich noch mit der Aussage, mit dem "Kampfbegriff Parteienstaat" habe man schon einmal die parlamentarische Demokratie abgeschafft. "Das war 1933 und danach folgte eine Diktatur des Schreckens. Um es mit den Worten der AfD-Vorsitzenden zu formulieren: Mit solchen Forderungen zeigt die AfD eins ganz deutlich, diese Partei haßt die Demokratie", so Stübgen.

Die Landtagsabgeordnete Lena Kotré sei indessen ihrem Fraktionskollegen mit dem Hinweis beigesprungen, daß Politiker in einem Parteienstaat laut "Wikipedia" nur über bereits Entschiedenes in einem Parlament abstimmen würden. Hünich sei somit "für mehr Demokratie".

"Das möchte der Verfassungsschutz in Brandenburg so allerdings nicht glauben", schreibt die "Epoch Times", "und schaltet sich nun in die Debatte ein.

In der Sitzung des Innenausschusses sagte der Chef des Verfassungsschutzes, Jörg Müller: 'Wir haben das ZDF-Video schon gesichert. Es ist eingeflossen in die Bewertung zur Einstufung der AfD. Weil wir es als Verstoß gegen die Verfassung bewertet haben, was Herr Hünich da gesagt hat: die Abschaffung des Parteienstaates', teilte der Verfassungsschutz-Chef nach "Bild-Informationen" mit.

Damit verstoße der AfD-Abgeordnete gegen Artikel 21 des Grundgesetzes, das Parteienprivileg. 'Dort steht eben drin, daß die Parteien am politischen Meinungsbildungsprozeß des Volkes mitwirken.' Wenn die Aussage Hünichs zutreffe, wäre das 'ein weiterer Baustein in unserer Sammlung zur Beobachtung der AfD als Verdachtsfall'."

Ist er so dumm und ungebildet, oder handelt er wie gewohnt als "Verfassungsschmutz", als gezielter Schützer der ständig verfassungswidrig handelnden Vertreter der Altparteien in ihren staatlichen Machtpositionen?

Ein Nachsehen sogar bei Wikipedia könnte ihm ja vom Diskussions-Niveau in den Wissenschaften eine anfängliche Ahnung verschaffen und zum Nachdenken anregen. Dort heißt es:

"Ein "Parteienstaat" ist ein Staat, in dem die durch imperatives Mandat an ihre Parteien gebundenen Abgeordneten ("Fraktionsdisziplin") im Parlament die bereits in Ausschüssen oder Parteikonferenzen getroffenen Entscheidungen ratifizieren. Er wird gedeutet als Ergebnis ei-

nes unumkehrbaren Strukturwandels vom liberal-repräsentativen parlamentarischen System - der Parteiendemokratie, wie sie in den meisten westlichen repräsentativen Demokratien vorherrscht - zur parteienstaatlichen Massendemokratie. Damit geht der Charakter der völlig selbstständigen Willensbildung und Entscheidungsfindung im Parlament verloren.
Der Parteienstaat wird zum vollständigen Parteienstaat, wenn sich alle Staatsgewalten - Legislative, Exekutive und Judikative - ausschließlich in den Händen formierter gesellschaftlicher Kräfte wie der politischen Parteien befinden. Diese Art eines Gesellschaftssystems wird auch 'Parteienherrschaft' genannt. Der Parteienstaat ist Gegenstand rechtspolitischer Erörterungen."
…
Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, so schreibt reitschuster.de3, sei in diesem Punkt deutlich besser informiert als Verfassungsschutz und Landtagspräsidentin zusammen, worauf Hünich auch selbst hingewiesen habe. In einer Ausarbeitung zu Themen der Parteiendemokratie heiße es: "Inzwischen haben die Parteien ihren Einfluß in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik so weit ausgedehnt, daß Zweifel an der Legitimität ihres Handelns aufgekommen sind.
Eine wissenschaftliche und öffentliche Debatte von wechselnder Intensität fragt danach, ob sich die Parteien durch die Legalisierung des Parteienstaates im Grundgesetz eine verfassungsrechtlich bedenkliche oder gar verfassungswidrige Machtstellung gesichert haben." Daraufhin würden sieben Kriterien aufgelistet, anhand derer man feststellen könne, ob bereits ein "vollständiger" Parteienstaat vorliegt, und festgestellt, daß "weitgehende Übereinstimmung der politischen Realität der Bundesrepublik mit diesen Bedingungen" gegeben sei.

Stellungnahme Hünichs

Lars Hünich, der aktuell nach Wikipedia auch ergänzend gesagt habe: "Wir brauchen keine Parteien, die von dem Staat bezahlt werden, den sie eigentlich kontrollieren und lenken sollen", habe sich inzwischen auch selbst zu den Vorwürfen geäußert, so die "Epoch Times" weiter. In einem Video auf der Plattform X habe er gesagt, seine Aussagen seien aus dem Kontext gerissen, doch er wolle "diesen Parteienstaat" abschaffen.
Der Begriff umschreibe nämlich, daß "Parteien sich die Institutionen, die Behörden, die Ministerien, die Zivilgesellschaft quasi unter sich aufteilen." Als Beispiel nenne er dann die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes Brandenburg. "Dieser wird seit diesem Jahr parteiisch gewählt. Da geht es darum, welches Parteibuch er hat", so Hünich. Der AfD-Abgeordnete bemängele in diesem Zusammenhang, daß nicht die Qualifikation, sondern in diesem Fall das SPD-Parteibuch entscheidend für die Wahl sei.
Als zweites Beispiel nenne Lars Hünich die Richterernennung von Stephan Harbarth, dem heutigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Harbarth habe seit 2009 für die CDU im Bundestag gesessen, zum Schluß als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Auf Vorschlag der CDU sei er dann 2018 zum Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gewählt worden.
2020 sei Harbarth dann auf den in den Ruhestand gegangenen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle gefolgt, der als SPD-nahe gegolten habe und seiner Zeit auf Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion zum Bundesrichter berufen worden sei. "Genau das ist das, was den Parteienstaat umschreibt. Das müssen wir abschaffen", so Hünich. Der AfD-Politiker habe noch einmal betont, daß es hier nicht darum gehe, die Demokratie abzuschaffen. "Im Gegenteil, es braucht viel mehr Demokratie", so Hünich.
Auch gegenüber dem Fernsehsender rbb habe Hünich noch einmal betont, er wolle weder Parteien noch Parlamentarismus abschaffen, wie es gerade behauptet werde.

Berühmte Kritiker des Parteienstaates

Schon 1965 unterzog der damals in Basel lehrende Philosoph Karl Jaspers die Strukturen und die Politik des westdeutschen Staates einer gründlichen Analyse, die er in seinem aufrütteln-

den Buch "Wohin treibt die Bundesrepublik?" veröffentlichte. Es hielt der noch jungen deutschen Republik vor, es bestehe in Wahrheit keine Demokratie, sondern eine Parteienoligarchie, also eine Herrschaft weniger, die so in eine Diktatur übergehen werde.
Ab 1992 äußerte sich sogar der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (vormals CDU) kritisch über die Parteien, denen er vorhielt, sich "den Staat zur Beute gemacht" zu haben. Die Parteien hätten "einen immer weitergehenden, zum Teil völlig beherrschenden Einfluß entwickelt", der verfassungsrechtlich so nicht vorgesehen sei.
Das vorrangige Ziel der Parteien sei, die nächste Wahl zu gewinnen und nicht langfristig Probleme dieses Landes zu lösen. Sie nähmen temporäre Stimmungen im Volk in ihr Parteiprogramm auf, um bei der nächsten Bundestagswahl möglichst viele Stimmen zu erhalten. "Nach meiner Überzeugung ist unser Parteienstaat von beidem zugleich geprägt, nämlich machtversessen auf den Wahlsieg und machtvergessen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen Führungsaufgabe."
Bereits seit den 1980er Jahren zählt zu den bekanntesten Kritikern des Parteienstaates der Verfassungsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, der in seinem 1993 veröffentlichten Buch "Der Staat als Beute: Wie Politiker in eigener Sache Gesetze machen", Weizsäckers prägnante Formulierung aufgriff.
Also im Grunde sind es wissenschaftliche Ergebnisse, die entweder aus Dummheit ignoriert oder böswillig durch Diffamierung derjenigen, die sie geltend machen, bekämpft werden, womit indirekt das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes angegriffen wird, ein totalitäres Phänomen, das sich ja schon in der Corona-Plandemie ausgebreitet hat.

Die prinzipielle Demokratiewidrigkeit des Parteiensystems

Die meisten Kritiker des Parteienstaates halten die Parteien schon für notwendig und sehen das Hauptproblem im gegenwärtigen Personal, dessen Geld- und Machtgier besser eingehegt werden müsse. Doch das Parteiensystem ist prinzipiell das Problem, unabhängig davon, um welche Leute es sich handelt.
Die Parteien und ihre Fraktionen im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle.
Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".
Er ist im Grund nicht Abgeordneter des Volkes, sondern der Partei, deren Interessen er vertreten muß. Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht beim Parlament, sondern bei der Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.
Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr

besonders nahe stehen.
Zudem sind sämtliche Gerichte in die Verwaltung der Exekutive eingegliedert: die ordentlichen Gerichte in die Verwaltung des Justizministeriums, die Verwaltungsgerichte in die des Innenministeriums, die Arbeitsgerichte in die des Arbeitsministeriums usw. Das heißt: Der jeweilige Minister wählt aus und ernennt die Richter und die Gerichtsleiter, bestimmt die Art und Weise der periodischen Überwachung der Richter in Geschäftsprüfungen, beurteilt ihre richterliche Tätigkeit in Dienstzeugnissen und entscheidet über ihre Beförderung an höhere Gerichte.
Diese Personalhoheit der Exekutive über die Richter bedeutet Macht über die Lebenswege einzelner Menschen. Jeder Richter weiß, daß seine Karriere davon abhängt, ob sein Verhalten, seine Entscheidungen dem Minister, also einem Vertreter der Exekutive, gefallen oder nicht. Das führt zur psychischen und sozialen Abhängigkeit der Richter von der Politik. Den Richtern wird im Grundgesetz zwar die sachliche Unabhängigkeit garantiert in dem Sinne, daß sie keinerlei Weisungen von irgend jemandem unterstehen, persönlich sind sie aber nicht unabhängig.
Fazit
Dies alles macht offenbar, daß die im Grundgesetz verpflichtend vorgesehene Gewaltenteilung durch das Parteiensystem de facto aufgehoben ist. Alle drei Gewalten befinden sich jeweils in der Hand einer Partei oder Parteien-Koalition. Da nach übereinstimmender Auffassung der Staatsrechtler die Gewaltenteilung essentiell für das Bestehen eines demokratischen Rechtsstaates ist, handelt es sich bei der Bundesrepublik nicht um einen wirklichen Rechtsstaat und auch um keine Demokratie, sondern, wie bereits Karl Jaspers festgestellt hat, in Wahrheit um eine Parteien-Oligarchie, in der alle Macht in der Hand Weniger vereinigt ist.
Das Parteiensystem als solches ist prinzipiell Rechtsstaats- und Demokratie-feindlich.
Für eine Änderung bieten sich praktisch nur zwei Wege an. Der eine wäre in der Tat der vom Landtagsabgeordneten Lars Hünich angesprochene, daß eine Partei, wenn sie die absolute Mehrheit erreicht hat, den Parteien-Egoismus überwindet und das Wahlrecht so ändert, daß die Zweitstimme für Parteilisten und das Quasi-Parteien-Privileg für die Kandidatenaufstellung abgeschafft wird. Als Kandidaten dürften dann keine Vertreter von Parteien, sondern nur unabhängige Persönlichkeiten aufgestellt werden, so daß damit auch die Blockbildungen der Fraktionen aus den Parlamenten verschwänden.
Wenn das nicht gelingt, bleibt nur der zweite Weg. Dann müssen sich aus dem Egoismus und Wahn weniger Machtpsychopathen wohl erst noch weitere furchtbare Katastrophen entwikkeln - die Wahnsinnigen steuern ja schon wieder auf den nächsten Krieg zu -, welche die notwendige Einsicht in die rechten Wege der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung befördern.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. März 2024 (x1.360/…): >>**Clan-Fehde? Krankenhaus nach Schießerei am "Checkpoint Charlie" belagert!**
Bei einer Schießerei in der Nähe der Berliner Touristen-Attraktion "Checkpoint Charlie" ist am Sonntag ein 44-jähriger Mann ums Leben gekommen. Mehrere Kugeln trafen den Fußgänger in der Zimmerstraße. Die Folgen dieser Tat lassen erahnen, welchen Hintergrund die Schießerei haben könnte: Vor der Rettungsstelle, in die das Opfer eingeliefert wurde, versammelten sich rund 40 Angehörige. Die Polizei mußte Einsatzkräfte in das Krankenhaus schicken, um für Ordnung zu sorgen. Erst vor wenigen Wochen mußte in Berlin eine Notaufnahme nach gewalttätigen Clan-Auseinandersetzungen stundenlang gesperrt und polizeilich gesichert werden.
All diese Nachrichten erinnern nicht an das sichere und normale Deutschland, welches die Älteren noch kennenlernen durften. Ampel-Parteien und CDU sind noch nicht einmal ansatz-

weise willens, Recht und Gesetz gegenüber Clans und Gewalttätern durchzusetzen. Mit der AfD werden Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft konsequent ausgewiesen. Kriminelle und illegale Zuwanderer werden wir gar nicht erst ins Land lassen, denn wir brauchen keinen Import von Schießereien!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. März 2024: >>**Neubauer: Klimakrise ist sexistisch**

Von *Karel Meissner*

Die privilegierte weiße Millionärin Luise Neubauer verknüpft Klima- und Geschlechterideologie anläßlich des Weltfrauentages. …

Schreiend komisch wird es meist, wo zwei Opfer-Ideologien miteinander verknüpft werden. Beispielsweise beim Öko-Feminismus: Frauen werden unterdrückt (Feminismus) plus "Mutti Natur" wird ausgebeutet. Resultat der Gleichung: Der alte weiße Mann unterdrückt Natur und Frau, ist also doppelt schuldig.

Egal, ob Frauen über neueste Smartphones verfügen oder - wie Bayerns Grüne-Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze ("Kerosin-Kathi") - sich einen Wochenendflug nach L. A. gönnen. Alles geschenkt, die Umweltzerstörung bleibt eine Spezialität des alten weißen Mannes. Und die Frau ist unschuldiges Opfer.

Auch am vergangenen Freitag, dem Weltfrauentag, konnten Hardcore-Ideologen der Verknüpfungslust nicht widerstehen. Klima-Aktivistin Luise Neubauer beispielsweise postete auf X: "Heute und jeden anderen Tag: Die Klimakrise trifft alle, aber nicht alle gleich. Sie ist sexistisch und braucht - offensichtlich - feministische Antworten."

Aber wie könnte eine "feministische Antwort" aussehen? Zum Glück läßt Neubauer uns mit solchen Fragen nicht allein, sondern verlinkt ihren X-Post mit dem Artikel "Klimawandel trifft Frauen stärker als Männer" des Radiosenders Deutsche Welle. Darin heißt es kategorisch: "Frauen leben oft aufgrund ihres Geschlechts am Rande der Gesellschaft. Von dort aus sind sie weniger in der Lage, sich dem Klimawandel anzupassen oder sich von seinen negativen Auswirkungen zu erholen."

Tatsächlich bezieht sich das angeführte Beispiel auf Länder wie Bangladesh. Auf Staaten, die aufgrund mangelhafter Sozialpolitik und globalistischer Ausbeutung eine Riesen-Schere zwischen Arm uns Reich aufweisen. Das müßte einer ultraprivilegierten weißen Millionärin wie Frau Neubauer eigentlich peinlich sein.

Um sich dennoch auf der Opferseite zu wähnen, erklärt sie die Geschlechterdifferenz zum Hauptproblem. Ein beliebter Trick, mit dem linksgrüne Latte-Macchiato-Hipster sich ein gutes Gewissen machen: Nicht die Verteilungsgerechtigkeit, sondern mangelnde Wokeness ist der eigentliche Horror.

Für böse weiße Männer bleibt dann nur noch ein Ausweg, sprich eine weitere Verknüpfung: Zur Gender-Ideologie. Wenn sich alle Männer zu Transfrauen erklären, sind sie aus der ideologischen Schußlinie.

In unserem Spezial Klima-Terroristen: Was Sie denken, wer sie bezahlt zeigen wir Ihnen die Hintermänner des Klima-Ideologen und das, was sie wirklich denken und wollen. Ein Heft voller harter Fakten und sachlicher Analysen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. März 2024 (x1.360/…): >>**Hamburg: Zwischenbericht zur Cum-Ex-Affäre - "Indizienkette belastet Olaf Scholz"**

In der kommenden Bürgerschaftssitzung am 13. März wird der Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) Cum-Ex debattiert.

Dazu der Fraktionsvizechef und AfD-Vertreter im PUA Cum-Ex Dr. Alexander Wolf: "Der Zwischenbericht ist eine riesengroße Fleißarbeit, vor allem auch des Arbeitsstabes. Völlig verzerrend und unangemessen indes ist die "Bewertung", das Schlußkapitel des Zwischenbe-

richts. Denn das Kapitel wurde nicht vom PUA erarbeitet, sondern von den Regierungsfraktionen SPD und Grüne mit Mehrheitsbeschluß in den Zwischenbericht hineingeschrieben - ohne das indes zu kennzeichnen.
Die Oppositionsfraktionen waren darauf verwiesen, ihre abweichende Bewertung als "Minderheitsberichte" dem Zwischenbericht anzufügen. Ich habe dort (S. 1074 ff. der Drucksache 22/14500) dargelegt, daß die Indizienkette Olaf Scholz schwer belastet - die Tagebucheinträge von Dr. Olearius und der zeitliche Ablauf verdichten die Hinweise, daß Olaf Scholz Einfluß genommen hat - und in einem Indizienprozeß wäre er zu verurteilen."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. März 2024: >>**Haldenwang sucht Nachwuchs-Schnüffler!**
… Lust auf einen Job bei Mecki: Mitbürger verpetzen, deren Rechtsextremismus "sichern"? Dann nichts wie los. Die Schlapphüte suchen neues Personal. Vor allem Volljuristen und Techniker "im Bereich der operativen Kommunikationstechnik".
2021 lautete der Werbeslogan "Im Verborgenen Gutes tun!" Jetzt heißt er "Im Auftrag der Demokratie! Werde Verfassungsschützer*in". Diese Werbung findet man laut Apollo News auf Plakaten und im Netz.
Versprochen werden Sachbearbeitungen "mit Extremismus-/Terrorismusbezug". Tja, wenn immer mehr Bürger sich "gesichert" radikalisieren, braucht man halt auch mehr Spitzel. Nicht nur außenpolitisch steht eine Aufrüstung bevor.
Sondergesetze gegen Oppositionelle, Einreiseverbot, Grundrechtsentzug und Mordaufrufe - das kommt einem irgendwie bekannt vor. In unserer März-Ausgabe mit dem Titelthema "Der neue Faschismus - Der Linksstaat marschiert" entlarven wir die totalitäre Fratze, die sich hinter den bunten Fahnen der Ampel offenbart.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. März 2024 (x1.360/…): >>**Polizeipräsidentin verbietet deutsche Flaggen: Die AfD steht zu Schwarz-Rot-Gold!**
Solche Zustände sind wohl in keinem anderen Land der Welt denkbar: Während Polizisten mit einer Regenbogen-Flagge Stellung beziehen dürfen, ist die Flagge des eigenen Landes verboten! Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik will Schwarz-Rot-Gold-Beflaggung an Streifenwagen während der Fußball-EM nicht erlauben. Slowik versteckt sich hinter der Verpflichtung zur Neutralität. Doch die SPD-nahe Polizeifunktionärin hat zugleich kein Problem damit, daß riesige Regenbogenfahnen vor dem Polizeipräsidium gehißt werden.
In Wahrheit ist der verlogene Hinweis auf Neutralität nur vorgeschoben: Uns soll jeglicher Nationalstolz aberzogen werden. Wir haben eine ehemalige Kanzlerin, die eine Schwarz-Rot-Gold-Flagge mit angewidertem Gesichtsausdruck aus der Hand legt. Wir haben einen amtierenden Wirtschaftsminister und Vizekanzler, der Vaterlandsliebe "stets zum Kotzen" fand. Wir haben eine Außenministerin, die sich bedingungslos für die Ukraine einsetzen will, "egal, was meine deutschen Wähler denken." Und wir haben im Bundestag nur eine einzige Partei, die diesen Selbsthaß nicht mitträgt und klipp und klar sagt: Wir stehen zu Schwarz-Rot-Gold!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. März 2024: >>**Transatlantiker & Patriot: Paßt nicht zusammen**
Manche in der AfD setzen immer noch auf ein Regierungsbündnis mit der CDU/CSU. Das spielt den US-Eliten in die Hände, die alle Transatlantiker in einer Front gegen Rußland sammeln wollen.
Es folgen Auszüge aus der Rede "Neue Feinde, neue Freunde", die Hans Thomas Tillschneider auf dem COMPACT-Sommerfest im August 2022 hielt. …
Ja, ich war damals ein Linker, aber ich war es nicht, weil ich mit Traditionen brechen wollte oder mein Vaterland hassen würde - im Gegenteil, ich war Linker, weil der stärkste Wider-

stand gegen die USA damals von den Linken ausging, ich war Linker, weil ich Deutschland vom Joch der USA befreit sehen wollte, ich war Linker aus nichts anderem als reinem Patriotismus.
Als solcher habe ich Jürgen Elsässers Wandlung vom verkappten Patrioten zum Klartext-Patrioten und von der Jungen Welt zum COMPACT-Magazin sehr gut nachvollziehen können. Jürgen Elsässer hat als einer der Ersten im politischen Kosmos der BRD verstanden, daß die alten Einteilungen zwischen rechts und links überlebt sind.
Die Altparteienpolitik lebt davon, daß nicht alle Bürger politisch so intelligent sind, die Verhältnisse zu durchschauen. Viele fallen auf die Erzählungen vom Klimaschutz, vom Gesundheitsschutz und von der Solidarität mit der Ukraine herein - und fallen dann über die politisch intelligenten Bürger her, die den Irrsinn durchschauen. Die Altparteien spielen die Bürger gegeneinander aus und machen so eine Politik für Deutschland unmöglich.
Angesichts dieser Lage muß meine Partei, die unser Land aus dem Würgegriff der Altparteien und ihrer Hintermänner befreien will, ohne Wenn und Aber auf der Seite des Volkes stehen! Deshalb sage ich hier und heute in Richtung meiner Parteifreunde: Hört auf, von einer Koalitionsregierung mit der CDU zu träumen!
Wie soll eine Koalition der AfD mit einer Partei funktionieren, deren Hauptzweck darin besteht, eine Politik für Deutschland unmöglich zu machen? Niemand steht uns ferner als der Transatlantiker Friedrich Merz, der für die Oberheuschrecke und den Weltausbeuter Blackrock gearbeitet hat, der im Interesse der US-Eliten sogar noch schärfer als die Bundesregierung selbst gegen Rußland hetzt und uns lieber heute als morgen im Dritten Weltkrieg sehen würde!
Merz hat übrigens Anfang August 2022 ein Treffen mit dem US-Senator Lindsey Graham abgesagt, weil daran auch ein gewisser Joachim Steinhöfel teilnehmen sollte - ein transatlantischer Hetzer genauso wie Merz, der aber als Rechtsanwalt die Meuthen-Fraktion in der AfD beim Ausschlußverfahren gegen Andreas Kalbitz vertreten hat.
Steinhöfel war für den Distanzierungs-Merz zu viel AfD-Nähe, so daß er das Treffen abgesagt hat, was aber den Amis nicht gefallen hat, die darüber nachhaltig verstimmt waren. Der frühere US-Botschafter Richard Grenell kommentierte: "Schande über den feigen Merz", und die Bild-Zeitung sprach von einer "Riesenklatsche für Merz". Der CDU-Vorsitzende praktizierte offensichtlich mehr Distanziereritis, als der Ami erlaubt - Merz, der Kalte Krieger von der traurigen Gestalt! …

Neue Partner für die AfD

Im patriotischen Widerstand aber haben die Transatlantiker nichts verloren, denn es gibt zwei Dinge, die man nicht gleichzeitig sein kann: Transatlantiker und deutscher Patriot! Die AfD wird, um regieren zu können, aber Partner brauchen! Noch nie hat in der deutschen Geschichte eine Partei in ganz Deutschland 51 Prozent errungen - das wird auch der AfD nicht gelingen.
Wir brauchen also Partner. Das können jedoch keine Altparteien sein, denn diese haben sich alle endgültig disqualifiziert. Das dürfen nur andere sein Das könnten in Sachsen die Freien Sachsen sein, das könnte Die Basis sein. Das könnte das Wagenknecht-Bündnis sein. Das kann aber auch ein neues Projekt sein, von dem wir heute noch gar nicht wissen. …
*Hans Thomas Tillschneider (*1978) ist seit 2016 Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt und fungiert derzeit als erster Fraktionsvize.*
Die Rede "Neue Feinde, neue Freunde" von Hans Thomas Tillschneider, gehalten auf dem COMPACT-Sommerfest im August 2022, können Sie ungekürzt in COMPACT-Spezial 41 lesen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28440" berichtet am 11. März 2024 (x1.359/…): >>**Wissenschaftler warnen vor zu früher Digitalisierung in Kitas und**

Schulen

Zu lange habe man sich den großen Tech-Konzernen unterworfen, gesteht der dänische Bildungsminister. Man sei als Gesellschaft zu "verliebt" gewesen in die Wunder der Digitalwelt. In Deutschland fordern 40 Wissenschaftler einen Stopp der zu frühen Digitalisierung an Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen. Kommt jetzt die große Kehrtwende?

Die UNO hat alle Nationen dazu aufgerufen, ihre Agenda 2030 mit den 17 "Zielen für nachhaltige Entwicklung" schneller und ehrgeiziger umzusetzen. Vorgeblich sei das ganzheitliche Wohl der Nationen das Ziel. Doch bei genauer Betrachtung beinhaltet sie das exakte Gegenteil. Nehmen wir das Beispiel Bildung, eines der 17 Nachhaltigkeitsziele. Bildung wird als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der gesamten Agenda 2030 ins Feld geführt. Deutschland und weitere Länder räumen dem Bildungswesen sogar eine Schlüsselrolle ein, um die auferlegten 17 Ziele umzusetzen.

Ein Schwerpunkt ist die Digitalisierung der Schule, da eine globale Digitalisierung aller Lebensbereiche durchgesetzt werden soll. Im Aktionsplan für digitale Bildung (2021-2027) legt die EU die Marschrichtung für den digitalen Wandel in der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU fest. Schweden als Vorreiterland der Digitalisierungsstrategie verpflichtete 2017 bereits Kindergärten, Tablets zu nutzen.

Doch stehen hier die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund? Oder werden die Heranwachsenden lediglich instrumentalisiert und rekrutiert für die eigennützigen Ziele der Verfasser der Agenda 2030? Wer berät das Bundesministerium für Bildung und Forschung? Handelt es sich hierbei um Großkonzerne wie Microsoft, SAP und weitere oder sind es unabhängige Kinderärzte, Pädagogen und Neurowissenschaftler?

Der Pädagoge und Medienwissenschaftler Prof. Ralf Lankau von der Hochschule Offenburg sagte im Gespräch mit den NachDenkSeiten: "Seit mehr als 40 Jahren wird jede neue Generation von Rechnern in die Schule gedrückt - vom PC über Laptops oder heute Tablets". Weiterhin führte er aus: "Dank Lobbyismus und großer Werbeetats werden die Positionen der IT-Industrie prominent in der Presse plaziert, kritische Berichte delegitimiert."

Über 40 führende Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, zusammen mit Kinder- und Jugendärzten, halten die Digitalisierung für einen Irrweg. Sie fordern von den Kultusministern der Länder ein Moratorium, das heißt einen Stopp, zu früher Digitalisierung an Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen.

Prof. Ralf Lankau ist einer der Initiatoren des Aufrufs. Er sagt:

"Die wissenschaftliche Erkenntnis ist inzwischen, daß Unterricht mit Tablets und Laptops die Kinder bis zur 6. Klasse nicht schlauer, sondern dümmer macht. Hinzu kommen laut Studien negative gesundheitliche, psychische und soziale Wirkungen durch den vermehrten Einsatz digitaler Geräte im Unterricht.

Jetzt ist der Zeitpunkt, daß die Schulpolitik auf die Pädagogen und Kinderärzte dieses Landes hört und den Versuch des digitalen Unterrichts abbricht! In Schweden ist es bereits so weit: Die schwedische Bildungsministerin stoppte den Tablet-Einsatz in der Primarstufe. Das können die Kultusminister … in den Ländern nun auch tun."

Die Begründung der Kehrtwende in Schweden: Kleinen Kindern sollten laut aktueller Empfehlung von Wissenschaftlern keine Bildschirme vorgesetzt werden. In der Schule sei physisches Spiel dem digitalen Spiel vorzuziehen. Kinder würden so das soziale Zusammenspiel eher lernen. Zudem würde das Sprachvermögen gestärkt und Kinder lernten besser, sich in andere hineinzuversetzen.

Auch in Dänemark rief der Bildungsminister Mattias Tesfaye zur Umkehr bei der Digitalisierung in Schulen auf. Dort gehören vielerorts Tablets und Laptops zur Grundausstattung in Grundschulen. Im Dezember 2023 entschuldigte er sich bei den Schulkindern dafür, daß sie als "Versuchskaninchen in einem digitalen Experiment" mißbraucht worden seien. Weiterhin

sagt er, daß die Schulen sich zu lange den großen Tech-Konzernen unterworfen haben. Man sei als Gesellschaft zu "verliebt" gewesen in die Wunder der Digitalwelt.
Kommt jetzt also die große Kehrtwende?
Die Gefahren digitaler Medien sind durch das Alarmschlagen vieler Fachleute schon lange bekannt. Kla.TV hatte die Auswirkungen der digitalen Medien auf die Kinder 2020 in der Sendung "Digitalisierung in der Schule - ein Fortschritt?" dargelegt. Alarmierende Entwicklungsstörungen der Augen, Kinder und Jugendliche, die den Reifegrad von Kleinkindern aufweisen, Sprachentwicklungs- und Aufmerksamkeitsstörungen sind nur einige Auswirkungen. Laut Prof. Spitzer werden unsere Kinder durch den frühen Einsatz digitaler Medien in die "digitale Demenz" geführt.
Warum wurden warnende Stimmen konsequent überhört? Warum werden in Deutschland und vielen anderen Ländern weiterhin digitale Geräte immer früher eingesetzt? Eine dringend notwendige Kursänderung wäre zwar erfreulich, die umfassende Digitalisierung geht aber ungebremst weiter.
Die nächste Stufe der Automatisierung des Unterrichts in der Gestalt der künstlichen Intelligenz (KI) steht bereits vor der Tür. "Wer kein Fachwissen hat - wie Schülerinnen und Schüler bei neuen Themen - muß entweder alles aufwendig nachrecherchieren und überprüfen - was niemand macht - oder der Software glauben. So werden sie Hörige und Gläubige statt Wissende", warnt Prof. Lankau.
Große Digitalkonzerne wie Apple oder Google drängen auf den Bildungsmarkt durch Apps und Lernplattformen wie "Apple Classroom", "Google Classroom", "Apple School Manager" oder die Google Zukunftswerkstatt.
Der Wirtschaftsjournalist Ingo Leipner warnt in diesem Zusammenhang in seinem Buch: "Die Katastrophe der digitalen Bildung" vor politischen und wirtschaftlichen Interessen und deren sozialen Folgen. Er erklärt, daß High-Tech-Konzerne kaum Steuern zahlen und damit den Staaten das Geld vorenthalten, das für eine gerechte Frühförderung aller Kinder gebraucht würde. Zudem vermarkten High-Tech-Konzerne digitale Lernprogramme, mit denen gerade die Kinder der Ärmsten abgespeist werden. So vertiefen die digitalen Medien die wirtschaftliche und soziale Spaltung.
Laut Leipner haben gerade die Kinder der milliardenschweren Computergurus keine Smartphones - und sie gehen auch nicht auf sogenannte "Digital-Schulen". Dieselben Menschen, die Milliarden von Konsumenten nach ihren Produkten süchtig machen wollen, schützen also die eigenen Kinder davor. Auch dies zeigt, daß die dramatischen Folgen der Digitalisierung kein "Unfall" sind, sondern von den Entwicklern von Beginn an bekannt sind.
Leipner warnt vor der "neuen Lernkultur", bei der Kinder einzeln, ohne soziale Einbettung in der Gruppe und ohne Bezugsperson an Computern "individualisiert" unterrichtet werden können. Weiter weist er auf die immensen Datenschutzprobleme bei den meisten Arten von Lernsoftware hin und warnt vor den totalitären Tendenzen, die in automatisierten Lehrprozessen liegen, bei denen Kinder komplett vermessen und durchleuchtet werden.
Wird hier nicht das exakte Gegenteil von dem erreicht, was die UNO mit ihren wohlklingenden Bildungsplänen verspricht? Kinder werden durch die frühe Digitalisierung gezielt verdummt, zu "Datensammlern" für Tech-Konzerne degradiert und können mittels KI beliebig gesteuert werden. Damit kommt es letztlich zur völligen Entmündigung der Menschheit. Ganz im Sinne des World Economic Forum (WEF), wie der WEF-Berater Yuval Noah Harari verkündete: "Die Revolution der künstlichen Intelligenz ist dabei, die nutzlose Klasse zu schaffen."
Es ist ermutigend, daß sich Menschen wie die 40 hochrangigen genannten Wissenschaftler zusammenschließen und ihre Stimme erheben für eine Bildung, die tatsächlich das Wohl einer jungen Generation vor Augen hat.

Damit es aber zu einer erfolgreichen Wende kommt, müssen die Interessen der großen Tech-Konzerne hinterfragt, politische Verflechtungen und Geldflüsse offengelegt und die dahinterliegende Agenda 2030 des WEF oder der UNO aufgedeckt werden.
Sehen sie dazu abschließend einen Ausschnitt aus: "WEF, Great Reset und ihre Drahtzieher":
- Das WEF ist nicht einfach nur eine Schweizer Stiftung, die von einem unabhängigen Klaus Schwab ins Leben gerufen und aufgebaut worden ist.
- Das WEF erhielt mit seiner Gründung 1971 die Aufgabe, die Agenda einer Neuen Weltordnung (NWO) mit Hilfe globaler Großkonzerne weltweit umzusetzen. Mittlerweile ist hier die gesamte Elite globaler Großkonzerne zusammengeschlossen.
- Der vom WEF-Gründer ausgerufene "Great Reset" hat zum Ziel, die gesamten Erdenbürger in ein neues, digitales, von künstlicher Intelligenz gesteuertes Zeitalter einzuführen. "Great Reset" bedeutet so viel wie: Eine Welt, in der niemand mehr etwas besitzt, in der jeder vollständig überwacht und auch völlig abhängig und dadurch steuerbar ist.
- Durch das Programm des Transhumanismus - der Verschmelzung menschlicher Körper mit der digitalen Sphäre - werden die Schranken für eine Manipulation, Kontrolle und Steuerung der Menschheit geöffnet. Weg frei für eine zentrale Weltdiktatur!
Verehrte Zuschauer, liebe Eltern - verbreiten Sie das Moratorium der Wissenschaftler an Verantwortungsträger weiter, damit in einem ersten Schritt die nachweislich schädliche und verfrühte Digitalisierung unserer Kinder auch in Deutschland gestoppt wird. Helfen Sie mit, daß unsere Kinder zu starken und wachen Persönlichkeiten heranwachsen und dadurch die menschenverachtende Agenda des WEF durchkreuzt wird. …<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. März 2024: >>**Zu "Oppenheimer": Gab es die Atombombe überhaupt?**
Von *Jürgen Elsässer*
"Oppenheimer" hat abgeräumt: Gleich sieben Oscars gewann der Film gestern Abend bei der Preisverleihung. Im Zentrum der Produktion steht die Entwicklung der Atombombe, die Hiroshima zerstörte. Aber war das überhaupt eine Atombombe? Bestsellerautor Gerhard Wisnewski hat Beweise gesammelt, die dagegen sprechen - in seinem neuen Jahrbuch "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024". COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer fragt kritisch nach. …
Es klingt nach einer ziemlich steilen These: Die Bombe, die die US-Amerikaner im August 1945 auf Hiroshima abwarfen, hatte keine größere Wirkung als andere Bomben. Im Fallout konnte kein hoch angereichertes Uran 235 nachgewiesen werden, und in Nagasaki fehlte von Plutonium jede Spur. Tatsächlich, so Gerhard Wisnewski in seinem neuen Jahrbuch "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024", hätten die Amerikaner nur geblufft - eine Atombombe sei niemals auf Hiroshima abgeworfen worden.
Eine skandalöse Behauptung? Zur Untermauerung seiner These legt Wisnewski jedenfalls interessante Argumente vor, beruft sich unter anderem auf den Augenzeugen Alexander P. de Seversky. Über den russischstämmigen Piloten und Ingenieur heißt es in "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024":
"Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er auf Seiten der Amerikaner, nach dem Krieg war er an der Vernehmung des deutschen Ex-Luftwaffenchefs Hermann Göring beteiligt. Zudem war Seversky ein Experte für Bombenkriege. Nach dem Krieg schrieb er einen Bestseller darüber, der mit einer Auflage von 5 Millionen die militärische Strategie der USA beeinflußte. Seversky war also ein angesehener Fachmann, der sich mit Physik, Material, Luftfahrt aber auch mit Bomben bestens auskannte."
Der russisch-amerikanische Militärfachmann verschaffte sich bald nach der Bombardierung selbst ein Bild von den Zerstörungen und stieß dabei auf Sachverhalte, die ihn stutzig machten. "In Hiroshima ‚war er wirklich überrascht von dem, was er sah: Im Gegensatz zu den

Eindrücken, die er auf Fotos oder in den Medien über die sofortige Vernichtung dieser japanischen Stadt erhalten hatte, sah er aus der Luft nichts, was sich von den sechsundsechzig ausgebrannten städtischen Zentren unterschied, die zuvor von B-29 Bombern heimgesucht worden waren (James K. Libbey: Alexander P. de Seversky and the Quest for Air Power, Washington D.C. 2013)", so Wisnewski in seinem Jahrbuch.
Und weiter: "Hiroshima und Osaka beispielsweise 'wiesen die gleiche Fläche von zwei Quadratmeilen rosafarbener Asche auf, die durch einen Holocaust an größtenteils hölzernen Strukturen, vermischt mit Ziegeln, Dachziegeln und verrostetem Metall, entstanden war. Einzelne Beton- und Stahlkonstruktionen ragten zwar heraus, aber aus einer anderen Perspektive betrachtet blieb eine Ansammlung moderner, mehrstöckiger Gebäude im Stadtzentrum aufrecht stehen'."
Doch es gab noch weitere Ungereimtheiten. Der Hauptbestandteil einer Atombombe, hoch angereichertes Uran 235, konnte nicht nachgewiesen werden - und das, obwohl die Bombe "etwa 50 kg davon enthalten haben soll" (Michael Palmer: "Hiroshima revidiert", 2020). Die Zusammensetzung des lokalen Fallouts deutete vielmehr darauf hin, daß er "nicht durch die Detonation einer U-235-Bombe verursacht wurde, sondern durch die Verbreitung von Reaktorabfällen".
Und was ist mit den vielen Menschen, die nach dem Bombenangriff unter der sogenannten Strahlenkrankheit litten? Mit Hautblasen und -verbrennungen, Nekrosen, Übelkeit, Erbrechen, Haarausfall, DNA-Schäden, Krebs und Tod!
Hierzu schreibt Wisnewski in "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2024": "Ja, schon - aber das von Seversky befragte Krankenhauspersonal wollte von Strahlenschäden nichts wissen! Und was Ihnen bisher wahrscheinlich niemand erzählt hat: all diese Symptome treten auch bei der Anwendung anderer Kampfmittel auf, zum Beispiel von Senfgas. Besonders Verbrennungen, Nekrosen und Ablösungen der Haut, wie sie auf vielen Bildern aus Hiroshima und Nagasaki zu sehen waren."<<

12.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 12. März 2024 (x1.365/…):
>>**Wulff feiert Ramadan-Beleuchtung: "Dann kann man aber auch mal ein muslimisches Lied singen!"**
"Wenn ich viele Christen habe, die sich engagieren, dann kann man auch mal ein muslimisches Lied singen", so Wulff
Redaktion
Über Frankfurt und Köln prangen seit Sonntag leuchtende Halbmonde: Die Ramadan-Beleuchtung in den beiden Großstädten hat für Diskussionen darüber gesorgt, wie viel öffentlichen Raum islamische Religionsausübung einnehmen darf. Bundespräsident A.D. Christian Wulff erklärte die Beleuchtung nun gegenüber Welt TV zum "Zeichen von Toleranz" gegenüber den Muslimen in Deutschland.
Er prägte 2010 den Satz "Der Islam gehört zu Deutschland", und er steht noch heute zu ihm: Bundespräsident A.D. Christian Wulff hat bei Welt TV bekräftigt, daß er noch immer der Ansicht ist, der Islam sei ein Teil der Bundesrepublik: "Das ist ein Ausweis von Realität, daß es bei uns Muslime gibt."
Für die aktuelle Kritik an steuerfinanzierter Ramadan-Beleuchtung in deutschen Großstädten hat Wulff, der Stiftungsrat der Deutschlandstiftung Integration ist, kein Verständnis.
"Man soll doch die Kirche im Dorf lassen. Es ist ein Zeichen von Toleranz, es gibt viele Muslime in der Frankfurter Region, die haben jetzt den Ramadan. Und wenn man zeigt: 'Das nehmen wir wahr, das nehmen wir zur Kenntnis', ist das für mich eine Frage der Toleranz und völlig okay."
Ein "ganz wichtiges Signal"

Es sei ein "ganz wichtigen Signal in einer Zeit, wo der Kapitän unserer Fußball-Nationalmannschaft Moslem ist, wo 5000 muslimische Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr Dienst tun, ihr Leben riskieren für unser Land und für unsere Freiheit". Ohne Migranten würde die Nationalmannschaft auf dem Niveau von Liechtenstein spielen.
Kritik daran, daß der Islam zu viel Raum in der Öffentlichkeit einnehme, nannte er "fremdenfeindlich und intolerant." Die deutsche Gesellschaft unternehme viel zu wenige Anstrengungen, um die Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu integrieren. Als Beispiel nannte er Rassismuserfahrungen bei der Wohnungssuche und "Haß im Netz".
"Wir sollten weltoffen sein und uns fragen, warum wir bei ausländischen Arbeitskräften so unbeliebt geworden sind."
Ein Problem seien dabei vor allem die Menschen, die "generell für Verbannung von Religion aus dem öffentlichen Raum" sind. "Wenn ich viele Christen habe, die sich engagieren, dann kann man auch mal ein muslimisches Lied singen."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. März 2024 (x1.361/…): >>**Keine Ermittlung: 12-Jähriger von Türken gedemütigt und gequält**
Ein Türke hat in Uetersen, Schleswig-Holstein, einen 12-jährigen Deutschen erniedrigt, verprügelt und gequält - trotzdem gibt es keine Ermittlungen der Polizei.
Von *Redaktion*
In Uetersen, Schleswig-Holstein, ist ein 12-jähriger deutscher Junge von einer Gruppe Gleichaltriger verprügelt und gequält worden. Ein Handyvideo zeigt, wie einer der fünf Jugendlichen, die zumindest mehrheitlich einen Migrationshintergrund zu haben scheinen, den 12-Jährigen zwingt, auf dem Boden niederzuknien und sich zu erniedrigen. Der Täter, ein Türke, schlägt seinem Opfer daraufhin mehrmals ins Gesicht und würgt ihn. Trotzdem der grausamen Tat gibt es keine Ermittlungen der Polizei - denn auch der Täter soll erst 12 Jahre alt sein.
In dem Handyvideo, das wohl einer der Beistehenden - die man wohl als Mittäter bezeichnen kann - aufgenommen hat, hört man den Täter rufen: "Hast du meine Mutter beleidigt?" Als der 12-Jährige den Vorwurf unter Zwang bejaht, schlägt der türkische Schüler ihn, boxt ihm immer wieder ins Gesicht und zieht ihn an den Haaren. Der Gewaltexzeß hört nicht auf - auch nicht als das 12-jährige Opfer verzweifelt um Verzeihung fleht.
In dem Video ist zu sehen, daß die Haut des Opfers von den vielen Schlägen gezeichnet ist, man sieht Tränen in seinen Augen. In seiner brüchigen Stimme und seinen aufgerissenen Augen ist die blanke Angst zu sehen - doch seinem Peiniger ist das völlig egal. Er würgt sein Opfer, bis es rot anläuft. Man hört, daß eine Jugendliche, die der Sprache zufolge auch türkisch ist, zu dem Täter sagt: "es reicht". Als er nicht aufhört, wiederholt sie: "Akan, es reicht".
Doch niemand hält den Täter wirklich zurück. Am Ende schreit der Schläger sein Opfer an: "Wenn du noch einmal meine Mutter beleidigst, schlage ich dich behindert!" Als er den verstörten Jungen schließlich laufen läßt, ruft der Täter ihm auf Türkisch hinterher: "Verpiß dich!"
Polizei kann nicht ermitteln
Insgesamt sollen nach jetzigen Informationen fünf Schüler nach der Schule dem 12-Jährigen in Uetersen aufgelauert und ihn von der Bushaltestelle weggezogen haben. Der Täter demütigte und mißhandelte den Zwölfjährigen, drei weitere Jungen und ein Mädchen standen dabei. Mindestens einer filmte die Gewalttat mit seinem Smartphone.
Nach Informationen der Bild ermittelte die Polizei zunächst wegen Körperverletzung und Nötigung, doch aufgrund des jungen Alters des Täters wurden die Ermittlungen eingestellt. Polizeisprecherin Sandra Firsching erklärte gegenüber der Bild: "Bei den beiden Schülern handelt es sich um zwölf Jahre alte Kinder, die nach dem Gesetz noch nicht strafmündig sind." Die Polizei habe "den Vorfall an das zuständige Jugendamt weitergeleitet, mit dem Hinweis auf ein straffällig gewordenes Kind".

Katja Wohlers, Sprecherin des Kreises Pinneberg, erklärte: "Das Jugendamt ist seit dem 1. März in diesem Fall aktiv. Das umfaßt mehrere Gespräche mit Involvierten sowie den Einsatz von professionellen, pädagogisch geschulten Helfern." Und weiter: "Die Rosenstadtschule hat aus Sicht der Schulaufsicht genau richtig reagiert, indem sie umgehend die Polizei eingeschaltet und für eine Unterstützung des betroffenen Schülers gesorgt hat."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. März 2024: >>**Rußlands Botschafter erneuert Putin-Angebot: Deutschland kann sofort wieder Gas haben!**

Der russische Botschafter in Deutschland, Sergei Netschajew, hat das Angebot von Kreml-Chef Wladimir Putin bekräftigt, die Gaslieferungen Rußlands an Deutschland wieder aufzunehmen. Putin hatte erklärt, wenn die Bundesregierung es wollte, könnte innerhalb einer Woche durch einen immer noch intakten Strang der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 wieder Gas fließen.

Dazu sagte Netschajew in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur Tass: "Der Vorschlag unseres Präsidenten war eindeutig genug und wurde hierzulande gehört." Der Botschafter bedauerte: "Eine konstruktive Reaktion beobachten wir bislang nicht."

Der Botschafter verwies darauf, daß es auch in Deutschland auf regionaler und Wirtschaftsebene mehrfach Vorschläge gegeben habe, Nord Stream wiederherzustellen und in Betrieb zu nehmen. Das wäre ein "extrem vorteilhafter Schritt im Sinne der Bundesrepublik und ihrer Bürger".

Der russische Botschafter konstatierte: "Derzeit beschäftigt man sich in Deutschland lieber mit weiteren Sanktionspaketen gegen Rußland. Die nationalen Energieinteressen geraten an der Stelle ins Hintertreffen. Leider bleibt das Primat der Politik vor der Wirtschaft hierzulande unangreifbar."

Deutliche Warnung vor "Taurus-Einsatz"

In dem Tass-Interview wurde der Diplomat auch darauf angesprochen, wie er die Situation um das geleakte Gespräch hochrangiger deutscher Luftwaffen-Offiziere bezüglich eines möglichen Einsatzes von weitreichenden "Taurus-Marschflugkörpern" in der Ukraine bewerte. Netschajew sieht in dem abgehörten Telefonat "einen weiteren Beleg dafür, daß Berlin in den Ukraine-Konflikt gänzlich verwickelt ist. Zumal diese Geschichte mit einer außerordentlich aggressiven militaristischen Rhetorik einhergeht, die auf hoher politischer Ebene in Deutschland erklingt."

Öffentliche Äußerungen "einiger Politiker", die Bundeswehr und die deutsche Gesellschaft "kriegstüchtig" zu machen und sie für einen militärischen Konflikt mit Rußland zu rüsten, oder gar "den Krieg nach Rußland zu tragen" und russische Ministerien und Infrastrukturobjekte anzugreifen, nannte der Botschafter ein "sehr beunruhigendes Signal".

Netschajew unterstrich zugleich: "Wir stellen jedoch fest, daß nicht die gesamte deutsche Staatsführung diesen Ansatz teilt." Es werde "sehr wohl verstanden, was für Konsequenzen diese Eskalation haben könnte". Gleichwohl sollte man sich in Deutschland darüber "bewußt sein, daß jegliche Planungen, die mit der Möglichkeit von Angriffen auf zivile Infrastruktur in Rußland, einschließlich der Krim-Brücke, verknüpft sind, de facto eine Beteiligung an der Vorbereitung von Terroranschlägen bedeuten", warnte der Diplomat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. März 2024: >>**Nächster Rohrkrepierer: Unterirdisch CO2 speichern**

Von *Hilde*

Wirtschafts- und Umweltminister Robert Habeck (Grüne) will das Kohlenstoffdioxidspeicherungsgesetz dahingehend ändern, daß eine CO2-Speicherung im Meeresgrund der deutschen Nordseeküste möglich ist. Keine gute Idee. …

Bis jetzt ist die CO2-Speicherung verboten und nur in geringem Umfang zu Forschungszwekken erlaubt. Die porösen Sandsteinformationen der Nordsee würden sich dafür anbieten. Mee-

resschutzgebiete sollen ausgenommen sein. Die Speicherung an Land soll weiterhin verboten bleiben.
Industriell hergestelltes CO2, das aus der Zementindustrie oder aus der Müllverbrennung stammt, soll in einem Carbon-Management Verfahren (CCS= Carbon Capture and Storage) aufgefangen, transportiert und dann unterirdisch verpreßt werden in einer Tiefe von 800 bis 1.000 Metern.
Auch wenn die Norweger das Verfahren schon einige Zeit anwenden, denn sie lagern im Sleipnerfeld in der Nordsee jährlich 1 Million Tonnen CO2 ein, bildet sich bereits Widerstand im eigenen Lager.
Neben zustimmenden Kommentaren von Ottmar Edenhofer (Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung), der Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger und des Branchenverbandes Zukunft Gas, die einen schnellen Ausbau des Verfahrens fordern, gab es Kritik von Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner der Deutschen Umwelthilfe (DUH) der das Vorhaben als überflüssig und teuer bezeichnete.
Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid sagte, Habecks Pläne seien teuer, nicht nachhaltig und bürdeten künftigen Generationen weitere Ewigkeitslasten auf. Befürchtet werde, daß das Treibhausgas aus den Lagerstätten entweichen und den Organismen im Meer schaden könnte, so daß Todeszonen entstehen könnten.

Das Umweltamt moniert den großen Energieaufwand

Was stimmt nun? Das Verfahren ist umstritten, da nicht ausreichend geprüft wurde, ob und unter welchen Umständen das Gas aus dem Meeresboden entweichen könnte. Dann würden auf einmal große Mengen CO2 ins Wasser und in die Atmosphäre gelangen mit negativen Folgen für alle Lebewesen.
Zudem ist das Verfahren aufwendig und teuer, denn es muß ein umfangreiches Netz von Gas-Pipelines kreuz und quer durchs Land gebaut werden, das könnte schätzungsweise 10 Jahre dauern. Die Kosten werden sich dann voraussichtlich im dreistelligen Euro-Milliardenbereich bewegen.
Bis dahin muß das Gas in großen Kesselwagen zur Küste transportiert werden. Habeck will die Pipelines privatisieren. Es dürfte klar sein, daß der Clan der Habeckschen Ökomillionäre daß in dieses Geschäft einsteigen wird und neue Abhängigkeiten geschaffen werden.
Die einfachste Lösung mit dem derzeit geringsten Aufwand wäre aber der Bezug des russischen Erdgases, denn Gazprom hatte zugesagt, das CO2 katalytisch vor der Lieferung als festes Kohlenstoffpulver abscheiden zu wollen, daß dann entweder gelagert oder weiterverarbeitet werden kann.
Ein besseres Gas als das russische gibt es nicht, da ökologisch sauber, trotzdem wurde es von den Grünen diffamiert und aus politischen Gründen mit dem roten Stopp-Label versehen. Das gehört aber auf das US-Fracking-Gas geklebt.
Es ist unverantwortlich, Deutschland von dieser guten und sauberen Energiequelle abzuschneiden. Eine Reparatur von Nordstream 1 und 2 würde sich lohnen, der Plan Habecks nicht, der kostet nur viel Geld.
Das ökologisch einwandfreie Russengas sollte Deutschland nicht mehr erhalten. Dafür sorgte die USA. In COMPACT Edition "Seymour Hersh:. Der Nordsee-Krimi" deckt Investigativ-Legende Seymour Hersh die Hintergründe der Pipeline-Sprengung auf.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. März 2024 (x1.360/…): >>**15-Jähriger entführt und ermordet: Polizei fahndet nach Ahmet Onur Y.!**
Im Kölner Stadtteil Mülheim wurde am Sonntag ein 15-jähriger Junge vor einer Kneipe mit Waffen bedroht, entführt und anschließend an einem Hafenbecken mit Messerstichen ermordet. Tatverdächtig ist laut Medienberichten neben zwei weiteren Personen der 26-jährige Ah-

met Onur Y., der nun von der Polizei gesucht wird und eine Schußwaffe bei sich führen könnte. Als mögliches Tatmotiv steht im Raum, daß der 15-Jährige vor dem Amtsgericht Köln gegen einen der drei Tatverdächtigen ausgesagt hatte - damals ging es offenbar um ein Drogendelikt.
Wir sind einfach nur fassungslos und sprechen den Angehörigen des Jungen unser tiefes Mitgefühl aus. Gleichzeitig müssen wir fragen, was noch passieren muß, bis die unverantwortliche Politik der Massenmigration endlich gestoppt wird. Gerade die Stadt Köln und das Land Nordrhein-Westfalen stehen mit Innenminister Reul (CDU) für die völlige Wehrlosigkeit des Staates gegenüber kriminellen Migranten. Das wollen wir schnellstmöglich ändern, damit nicht noch mehr junge Menschen sterben müssen. Dabei muß klar sein: Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft hat, der muß nach einer Straftat - und zwar nicht erst bei einem Mord - sofort konsequent abgeschoben werden!
Mehr "Einzelfälle" hier: https://www.afd.de/einzelfallticker<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. März 2024: >>**Polizei: Bei EM keine Deutschlandfahne zeigen**
Von *S. Hofer*
Bei der EM dürfen Polizisten keine Deutschlandfähnchen am Streifenwagen befestigen. Das verstoße gegen die Neutralität, findet Polizeipräsidentin Barbara Slowik. …
Was ist neutral? Auf diese Frage hält das Ampel-Personal höchst eigenwillige Antworten parat. So auch Polizeipräsidentin Barbara Slowik, die unlängst vor dem Polizeipräsidium die Regenbogenfahne hissen ließ. Nein, Bekenntnisse zur Gender-Ideologie tun der politischen Neutralität der Sicherheitskräfte keinerlei Abbruch.
Was anders ist es, wenn Polizeibeamte bei der kommenden EM ein Deutschlandfähnchen am Streifenwagen befestigen. Das geht gar nicht. Slowik gegenüber dem Tagesspiegel: "Wir sind der Neutralität verpflichtet."

Wurde dieser Fähnchenverzicht von irgendwem gefordert? Haben sich Gäste in den letzten Jahren über entfesselten Nationalismus der Sicherheitsbeamten beklagt? - Gehört hat man nichts. Wahrscheinlicher ist, daß Slowik auf Eigeninitiative handelt: Die Polizisten sollen gefälligst nicht den Staat unterstützen, dessen Steuergeld sie finanziert. Auch nicht dessen Fußballmannschaft.
Ein weiteres Beispiel für Slowiks Neutralitätsverständnis: Während der Lockdown-Diktatur durften Beamte freudig auf Querdenken-Demonstranten eindreschen. Auch bei der EM will Slowik, trotz des Fähnchenverbots, den Streifenbeamten ihren Spaß nicht komplett rauben: "Wir überlegen uns aber gerade Alternativen, um die Verbundenheit unserer Kolleginnen und Kollegen in dieser intensiven und für alle herausragenden Einsatzzeit zu stärken. Aber mehr verrate ich nicht, es soll eine Überraschung sein."
Was das wohl für eine "Überraschung" sein wird?
Als Fußball noch nicht im Wokenesswahn versunken war: COMPACT-Spezial 17: "Nationalsport Fußball - Herzschlag einer deutschen Leidenschaft". ...<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. März 2024 (x1.361/…): >>**Haß auf Weiße: Bundesregierung finanziert neues Projekt, das Schulkinder nach Hautfarbe trennt**
Ab dem 11. März finden in Deutschland bundesweit die "internationalen Wochen gegen Rassismus" statt. Gefördert vom Bundesinnenministerium und -familienministerium werden in Stuttgart dabei Kinder nach Hautfarbe getrennt, Weiße zum Problemfall erklärt und Veranstaltungen der Migrantifa unterstützt.
Pauline Schwarz
Unter dem Motto "Menschenrechte für alle" finden ab dem 11. März wieder die "internationa-

len Wochen gegen Rassismus" in Deutschland statt. Und die sind laut den Organisatoren der Projekttage aus der Stadt Stuttgart "mit Blick auf die aktuelle gesellschaftliche Situation" wohl seit der ersten Veranstaltung im Jahr 2008 nie so wichtig gewesen wie heute. Mit seinen Veranstaltungen will man zeigen, daß "nicht alle Menschen mit der Aufrechterhaltung weißer Privilegien und der Ausgrenzung von BIPoC" einverstanden seien. Gefördert vom Bundesinnenministerium und -familienministerium wurden deshalb vier verschiedene Projektgruppen gestartet, die vor allem eines auszeichnet: die Dämonisierung von Weißen und die Kriminalisierung Andersdenkender.

Apartheid 2.0 im Klassenzimmer

Das sieht man schnell, wenn man sich zum Beispiel das "Schulprogramm" der "Aktionswochen Stuttgart" ansieht. Damit Kinder und Jugendliche sich "aktiv mit den Themen Rassismus, Vorurteile, Toleranz, Identität und Solidarität auseinandersetzen" wurden insgesamt 24 verschiedene Projekte aufgestellt - und schon das erste verkörpert im Prinzip nichts anderes, als eine woke Apartheid 2.0. Bei dem Workshop "Empowerment und Sensibilisierung" werden die Schulkinder nämlich nach zwei Gruppen aufgeteilt: Es gibt einen "Sensibilisierungsworkshop" für weiße und einen "Empowermentworkshop" für Kinder mit Migrationshintergrund.

Im Rahmen des "Sensibilisierungsworkshops" der "Black Community Foundation Stuttgart" sollen Kinder ab der 9. Klasse ihre "Involviertheit in Machstrukturen" erkennen, um für "unterschiedliche Formen von Rassismus im Alltag" sensibilisiert zu werden - denn eine "weiße Person, die noch nie mit Rassismus konfrontiert wurde" könne sich "unmöglich" in solche Situationen hineinfühlen. Demnach wird etwa 15 Jahre alten Kindern also eingeredet, daß es Rassismus gegen weiße Menschen nicht gibt, während sie, ihre Familien und ihre ganze Kultur, zu einem Problemfall erklärt werden. Die "BIPoC-Schüler" sollen derweil über ihre traumatisierenden Rassismuserfahrungen sprechen, um dann gemeinsam "zu heilen".

In anderen Workshops dürfen die Schulklassen zumindest zusammen etwas über die "die tieferen Ursachen von Alltagsrassismus" lernen - darüber wie man "rassismuskritisches Denken in die DNA unserer Gemeinschaft" einwebt, um gemeinsam eine "diversitätsorientierte" Zukunft zu schaffen. Es gibt aber auch Projekte, die auf den Kampf gegen "Fakenews", "Haß im Netz" und "Verschwörungsdenken" abzielen - zum Beispiel der Theaterworkshop "Eigentlich ist Komplexität gar nichts Schlimmes", in dem Kinder ab 14 Jahren lernen sollen "rassistische Abwertungsmuster und Stereotypisierungen", auch im Kontext von Verschwörungstheorien, zu "dekonstruieren".

Der Veranstalter dieses Workshops ist das Projekt "Einmal Brainwash und Zurück" von der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. - das laut seiner Website unabhängig von den "Wochen gegen Rassismus" vom Bundesfamilienministerium und durch "Demokratie Leben!" gefördert wird. Und zwar um sich dem Thema "Verschwörungsmythen" in all seinen Facetten zu widmen: "Reptiloide, die Klimalüge, die Islamisierung Europas, die jüdische Weltherrschaft, Chemtrails" oder auch der "Corona-Übertragung durch 5G". Das heißt also, daß Kindern verkauft wird, daß Leute, die an außerirdische Echsenmenschen glauben, genauso irre sind, wie Leute, die nicht den linken Klima-Narrativen folgen oder die vor den Folgen der Massenmigration warnen.

"Das Decodieren von Weißen Strukturen"

Qualitativ hochwertige Bildung wie diese gibt es im Rahmen der Stuttgarter Aktionswochen aber nicht nur für Schüler, sondern auch für Ihre Lehrer und andere "Multiplikatoren". In der Projektgruppe "Fortbildungsprogramm" finden sich zum Beispiel Workshops rund um "rassismuskritische, kultursensible und diversitätswertschätzende Bildung". Auch das zuvor genannte "Brainwash-Projekt" richtet gleich zwei solcher "Fortbildungen" aus.

In der Veranstaltung "Das Decodieren von Weißen Strukturen in Bildungsinstitutionen" sollen

sich "Personen, die Interesse an der Schaffung von safer spaces haben" sowie "Fachkräfte" und "Interessierte" kritisch mit dem "Konzept des Weißseins" auseinandersetzen. Geleitet wird das Seminar von Nilima Zaman, der Schöpferin einer Gruppe namens "BiPoC+ Feminismen" und Universitätsdozentin zum Thema "(Post)koloniales Weißsein".
Noch wesentlich interessanter ist allerdings eine Veranstaltung der "Migrantifa Stuttgart" - ja, sie haben richtig gehört: Das Bundesinnenministerium und das Bundesfamilienministerium fördern zumindest indirekt Veranstaltungen eines migrantischen Ablegers der linksextremen Antifa. Die extremistischen Gruppen beteiligten sich nicht nur an den gewalttätigen Ausschreitungen rund um den 1. Mai in Berlin, sondern zuletzt auch bundesweit an den Palästinenser-Demos - dabei fielen sie lautstark mit antisemitischen Haß-Parolen und Aufrufen zum Völkermord an Israelis auf.
Und mit diesem extremistischen Geist wollen sie nun offenbar auch die deutschen Lehrkräfte anstecken - denn der Workshop dreht sich um die "rassistische Berichterstattung" rund um den Nahost Konflikt und darum, wie das Leid der Menschen genutzt wird, "um hier rassistisch zu hetzen und rechte Propaganda immer mehr in die Mitte zu rücken". Zudem habe die Bundesrepublik laut der Gruppe an den Konflikten in "Süd-West-Asien" - "Nahost" ist laut Migrantifa ein "eurozentrischer Begriff" - eine Mitschuld.
Doch die Migrantifa kann nicht nur antisemitische und anti-westliche Propaganda, sie kann auch "intersektionalen" Feminismus - also Feminismus für "BIWOCS" (BIWOC = "Black, Indigenous, Women Of Color"), für "Mehrfachdiskriminierte". Eine entsprechende Podiumsdiskussion "mit anschließender Party" wird der Öffentlichkeit in der dritten Projektgruppe, den "öffentlichen Veranstaltungen", mit Staatsförderung zur Verfügung gestellt - damit sich die linksextreme Szene bei "Musik und Getränken" vernetzen kann.

Rassistische Spielzeuge und Schönheitsideale

Und das ist nicht die einzige extreme "Kulturveranstaltung": unter dem Titel "Spielfeld der Herrenmenschen" können sich Interessierte zum Beispiel mit der Frage auseinandersetzen, wie sich der Fußball dekolonialisieren läßt. Die Verbreitung des Fußballs sei ohne den Kolonialismus nämlich nicht denkbar gewesen - das Spiel sei zur "Unterdrückung" genutzt worden und Teil der "Rassenlehre". Doch nicht nur unser Fußball ist von Rassismus durchsetzt: Auch unsere Schönheitsideale und sogar unser Kinderspielzeug sind von Vorurteilen uns Rassismen geprägt. So kann man bei dem Vortrag "Spielzeug und Rassismus. Perspektiven, die unter die Haut gehen" zum Beispiel lernen, daß wir Spielzeug haben, "das Schwarze Menschen entstellt, herabwürdigt und lächerlich macht".
Und es ist noch lange nicht vorbei: Auch unser Kaffee und die Pyramiden haben etwas mit Rassismus zu tun. Deshalb sollten Sie sich, wenn sie es immer noch nicht kapiert haben, schleunigst beim Infotreffen des "Netzwerk für Demokratie und Courage" oder von "STELP Volunteer" anmelden - dort können Sie sich dann auch gleich für mindestens vier Wochen verpflichten auf Lesbos (Griechenland) in einem Flüchtlingslager auszuhelfen. Ein guter Demokrat sollte aber zumindest versuchen, mit einer szenischen Lesung, einem interaktiven Theaterworkshop oder der Teilnahme an einer Ramadan-Kulturnacht seine koloniale Schuld ein bißchen abzubauen - wenn das überhaupt möglich ist.
So oder so, eines steht fest: Wer weiß und deutsch ist, hat in der vierten und letzten Projektgruppe nichts verloren. Das "Empowermentprogramm" richtet sich laut Zielgruppenbeschreibung nämlich ausschließlich an Menschen mit Migrationshintergrund - nur eine einzige Veranstaltung, ein "FLINTA* Brunch & Creative Workshop" der Migrantifa, richtet sich zumindest scheinbar an Frauen (und die restlichen LGBT-Buchstaben) aller Hautfarben.
Die linksextreme Gruppierung "empowert", also ermächtigt, aber nicht nur die armen unterdrückten Frauen, sondern in einem zweiten Workshop natürlich auch noch "Menschen mit Diskriminierungs- und v.a. Rassismuserfahrungen", die unter dem "Imposter-Syndrom" lei-

den. Dort kann man sich dann "Selbstliebe, Stärke und Selbstbewußtsein" antrainieren, das einem das kapitalistische System, das Patriarchat und wahrscheinlich auch noch das kolonialistische Konzept des Weißseins genommen haben.
"BIPoCs" sollen sich austauschen, Karaoke singen, gemeinsam kochen oder Talkrunden abhalten. Es gibt einen "Drei-Schritte-Plan" nur für Muslimas, einen "Healing Circle" nur für schwarze Männer und einen Safespace nur für Asiaten - ihnen allen wird auf Kosten unserer Steuergelder eingeredet, daß sie von Deutschen ohne Migrationshintergrund unterdrückt werden und ihre Probleme unsere Schuld sind.
Wie viel Geld genau das Bundesinnenministerium und das Bundesfamilienministerium im Namen des Anti-Rassismus in diesen offensichtlichen Rassismus gegen Weiße investieren, will man auf Anfrage von Apollo News nicht sagen. Ein Sprecher des Familienministeriums verwies lediglich darauf, daß "die Gebietskörperschaften und Projekte" eigenverantwortlich über die "Verwendung ihrer Fördermittel im Rahmen der Vorgaben des Bundesprogramms Demokratie leben!" entscheiden würden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. März 2024: >>**Correctiv-Vize hetzt gegen Corona-Aufarbeitung**
Von *S. Hofer*
Correctiv hat ein neues Opfer. Dessen Vize-Chefin wirft der Tageszeitung Welt vor: Mit regierungskritischer Corona-Aufarbeitung gefährde sie die Demokratie …
Die Plattform Correctiv ist der optimale Arbeitsplatz für "andersbegabte" Journalisten. Denn das einzige, was Zeilenschinder hier begreifen müssen: Die Regierung, die hat immer recht. Und wenn jemand widerspricht, dann greif ihn an.
Wie eine Löwenmutter ihren Nachwuchs, so verteidigte das ausgelagerte Wahrheitsministerium die Ergüsse von Hofwirrologen, mit denen Politiker ihren Demokratieabbau rechtfertigten. Linksgrüne Machthaber wußten (und wissen) diesen Eifer zu schätzen und beschenkten ihre Propaganda-Plattform mit reichlich Steuergeldern.
Als die AfD im letzten Herbst hohe Umfragewerte erhielt, lieferten die gehorsamen Correctiv-ler ihr Meisterstück ab: Die Erfindung der "Wannseekonferenz 2.0" in Potsdam. Das brachte zahlreiche Mainstream-Konsumenten auf die Straße. Als die Science-fiction-Story dann in sich zusammenbrach, ruderte man in gewohnt chaotischer Weise zurück.
Um von dieser Mega-Blamage abzulenken, läßt die Correctiv-Vizechefin Anette Dowideit sogar die Maske fallen: Auf X attackiert sie das Springer-Blättchen Die Welt - aber nicht wegen angeblicher Fake News, sondern wegen falscher Haltung.
Und was hatte die Welt getan? Nun, das Blättchen startet endlich eine Aufarbeitung der zweijährigen Maßnahmen-Diktatur. (Etwas, das COMPACT schon seit dem ersten Tag der "Pandemie" tut.) Problem: Weil die Faktentschekisten über keine Gegenargumente verfügen, muß eine Denunziation sie ersetzen:
Sogar die Sprache ist von Meckie Haldenwang (CDU) übernommen. Der hatte die "Delegitimierung de Staates" als Grund für Schlapphut-Geschnüffel eingeführt. Besonders witzig: Anette Dowideit war bis 2022 Leiterin des internationalen Investigativnetzwerkes von Springer - und sogar beim Investigativteam der Welt! 2022 fiel sie einem internen Machtkampf zum Opfer. Ist ihre aktuelle Denunziation auch ein kleiner Beinpinkler wegen des früheren Mobbings?<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28447" berichtet am 12. März 2024 (x1.359/…): >>**Klimapolitik - der Todesstoß für die Landwirtschaft**
- ein Kommentar von *Ernst Wolff*
Auf der UN-Klimakonferenz wurden die Weichen gestellt, auch die Emissionen aus dem Agrarsektor in die Klimaziele einzubinden. Kurz darauf forderte die WHO die Regierungen auf, gegen die Landwirtschaft vorzugehen. Gerade die Tierhaltung sei klimaschädlich, wes-

halb man den Verzehr von Fleisch und Milchprodukten stark einschränken müsse! Der Finanzexperte Ernst Wolff erklärt, welche Interessen tatsächlich dahinterstehen.
Auf der 28. UN-Klimakonferenz vom 30. November bis 13. Dezember 2023 in Dubai wurden erstmalig die Weichen dafür gestellt, den Lebensmittelsektor und die Landwirtschaft beim Klimaschutz stärker zu berücksichtigen. Mehr als 130 Staaten unterzeichneten dabei eine Erklärung, wonach jetzt auch die Emissionen aus dem Agrarsektor in die Klimaziele eingebunden werden sollen. Dies betrifft vor allem die landwirtschaftliche Tierhaltung.
Ende 2023 forderte dann die WHO die weltweiten Regierungen dazu auf, gegen die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion vorzugehen! Laut dem Generaldirektor der WHO, Dr. Tedros, schädige unser Nahrungsmittelsystem die Gesundheit der Menschen und des Planeten und trage zu 30 % der Treibhausgase bei. Deshalb sei ein Umbau unerlässlich. Da vor allem die Tierhaltung als besonders klimaschädlich eingestuft wird, forderte Tedros die Regierungschefs der Welt auf, in ihren Staaten den Verzehr von Fleisch und Milchprodukten stark einzuschränken! Stattdessen soll die Ernährung auf pflanzliche Produkte und im Labor angebaute "Mahlzeiten" wie Laborfleisch und insektenbasierte Lebensmittel umgestellt werden.
Das Ganze wird vorangetrieben, obwohl bekannt ist, daß u.a. der US-Wissenschaftler Dr. Frank Mitloehner, Professor und Luftqualitätsexperte an der Universität von Kalifornien, sowie wissenschaftliche Untersuchungen der Universität Oxford belegt haben, daß Methan aus der Viehhaltung in einem immerwährenden Kreislauf bleibt.
Dem Argument, daß die Tierhaltung zur Bekämpfung des Klimawandels abgebaut werden müsse, ist damit jegliche Grundlage entzogen. Es wird ebenfalls ignoriert, daß sich in der sogenannten "Dubliner Erklärung" im Jahr 2022 650 Wissenschaftler aus aller Welt auf Basis von 1.000 wissenschaftlichen Arbeiten eindeutig zur Nutztierhaltung positioniert haben. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die Nutztierhaltung eine wesentliche Rolle in einem nachhaltigen Ernährungssystem hat. Sie sei viel zu wertvoll für die Gesellschaft, als daß sie das Opfer von Fanatismus werden dürfe.
Doch diese äußerst gewichtigen Stimmen werden offensichtlich nicht gehört, geschweige denn bei diesen derart folgenschweren Weichenstellungen berücksichtigt. Die Tierhaltung stellt die Haupteinkommensquelle vieler Landwirte dar. Demnach verbirgt sich hinter der geplanten Ernährungsumstellung langfristig nichts anderes als die Zerstörung der Landwirtschaft, wie wir sie heute kennen.
Ernst Wolff, der bekannte Finanz- und Wirtschaftsexperte enthüllt in der nachfolgenden Sendung, daß genau dies der Plan ist. Bei seinen Ausführungen wird deutlich, daß dahinter wieder das große Geld steckt, das jetzt mittels UNO, der WHO und den ihr gefügigen Regierungen zum Angriff auf die Landwirtschaft übergeht.
Dabei geht es nicht um die Rettung des Planeten oder der Umwelt. Es geht auch nicht nur um gigantische Profite für einige Superreiche, es geht um viel mehr! Henry Kissinger faßte die Strategie des Globalstrategen David Rockefeller folgendermaßen zusammen: "Wenn man das Öl kontrolliert, kontrolliert man ganze Nationen; wenn man die Nahrung kontrolliert, kontrolliert man die Menschen; wenn man das Geld kontrolliert, kontrolliert man die ganze Welt."
Werden Lebensmittel immer mehr in Fabriken erzeugt und nicht mehr von den Landwirten, so rückt dieses zweite Ziel Rockefellers für die Globalstrategen in greifbare Nähe. Es geht um die Kontrolle über uns alle durch Nahrungsmittel und dies nicht nur auf Kosten von Hunderttausenden von Landwirten, denen die Lebensgrundlage entzogen wird. Es geht um unsere Zukunft!
(Geplant: Das Ende der Landwirtschaft | Ernst Wolff Aktuell youtube.com/watch?v =_zxXdSRF8Mk) (Ernst Wolff:)
Hallo - Ernst Wolff hier. Wir erleben zurzeit einen weltweiten Umbruch von historischem Ausmaß im Finanzsystem, in der Arbeitswelt und in der Landwirtschaft. Im Finanzsystem

arbeiten aktuell mehr als 130 Zentralbanken an der Einführung von digitalem Zentralbankgeld. Wir alle sollen in absehbarer Zeit nur noch ein einziges Konto haben, und zwar bei der Zentralbank. In der Arbeitswelt stehen wir aufgrund der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz vor einer möglicherweise noch größeren Veränderung. Algorithmen und Arbeitsroboter, KI-gesteuerte Drohnen und 3D-Drucker werden branchenübergreifend unzählige Arbeiten übernehmen, die bisher von Menschen erledigt wurden.

Am dramatischsten aber sind die Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Hier eröffnen sich aufgrund des technologischen Fortschritts Möglichkeiten, die es bis vor kurzem nur in Science-Fiction-Romanen gegeben hat. Vor allem zwei Trends stehen dabei im Mittelpunkt: Vertical Farming und Laborfleisch. Beim Vertical Farming werden Pflanzen nicht mehr im Freien gezogen, sondern in geschlossenen Hallen oder Containern. Sie werden dort in Regalen gestapelt und unter Kunstlicht bestrahlt. Luftfeuchtigkeit, Wärme und Belüftung werden von Computern gesteuert.

Die Wurzeln der Pflanzen wachsen auf Schaumstoffplatten in Behältern oder Rohren, durch die mit Nährstoffen angereichertes Wasser fließt. Das Ganze findet unter absolut sterilen Bedingungen statt. Die Pflanzen kommen weder mit Sonne noch mit Erde, Regen oder Wind und auch nicht mit Insekten, Keimen oder Bakterien in Kontakt. Selbst der Tageslichtrhythmus wird zur Optimierung der Ernte künstlich gesteuert.

Der zweite Trend betrifft künstliches, durch Zellkulturen im Labor erzeugtes Fleisch. Der Öffentlichkeit bekannt wurde dieses Fleisch im August 2013, als an der Universität Maastricht der erste zellkultivierte Hamburger vorgestellt wurde. Dessen Herstellung kostete damals noch mehr als 250.000 Euro. Mittlerweile liegen die Herstellungskosten bei etwa 10 Dollar pro Hamburger, bei fallender Tendenz. Das heißt, Laborfleisch wird in Kürze auf dem Markt mit richtigem Fleisch konkurrieren und es in absehbarer Zeit preislich sogar unterbieten können.

Sowohl die künstliche Aufzucht von Pflanzen als auch die künstliche Herstellung von Fleisch haben Großinvestoren aus aller Welt angelockt, die hier ein Milliardengeschäft wittern. Und das nicht zu Unrecht.

Beim Vertical Farming braucht man keine Felder mehr, keine Landmaschinen, kaum noch Personal. Man spart Wasser, Insektizide und Pestizide, ist wetterunabhängig und kann, wenn man die Fabriken oder Container in der Nähe von Ballungszentren plaziert, auf einen großen Teil der Logistik verzichten. Mehr Kosten gibt es nur bei der Energie. Es ist daher sicherlich kein Zufall, daß die größte bisher entstandene Fabrik dieser Art im vergangenen Jahr in Dubai eröffnet wurde, wo Energie bekanntlicherweise kaum etwas kostet.

Was das Laborfleisch angeht, so sind die Einsparungen noch wesentlich gewaltiger. Man braucht keine Tiere mehr, kein Futter, keine Weiden, keine Tierärzte, keine Tiertransporter, keine Schlachthöfe und man spart immens beim Personal. Zudem spart man das Kostspieligste überhaupt, nämlich Zeit. Während ein Mastbulle 18 bis 20 Monate bis zur Schlachtreife braucht, braucht Laborfleisch nur drei bis acht Wochen, bis es abpackfertig verkauft werden kann.

Die Zukunftsvision der Großinvestoren, zu denen unter anderem Vermögensverwalter wie BlackRock, Vanguard und State Street sowie Ultra-Reiche wie Bill Gates, Google-Gründer Sergey Brin oder Richard Branson gehören, sieht in etwa so aus: Irgendwann soll es ein weltumspannendes Netz von 3D-Druckern geben, in denen dieses Fleisch hergestellt wird. Diese 3D-Drucker werden dann von Lizenznehmern betrieben, die für jedes Stück Laborfleisch eine Gebühr an die Lizenzgeber zahlen müssen. Kein Wunder also, daß in den vergangenen Jahren hunderte Millionen in die Entwicklung von Kunstfleisch und Kunstpflanzen geflossen sind. Alleine 2021 waren es beim Laborfleisch 1,9 Milliarden Dollar.

Und die Politik zieht mit. Die EU zum Beispiel hat vor etwas mehr als drei Monaten 1,8 Mil-

lionen Euro zur Verfügung gestellt, um die mögliche Kostensenkung bei der Herstellung von kultiviertem Fleisch weiter zu erforschen. Außerdem hat sie gerade das erste Zulassungsverfahren für Laborfleisch gestartet.
Das alles verheißt für die Landwirtschaft nichts Gutes. Sollten sich diese beiden Trends durchsetzen, so wäre das nicht mehr und nicht weniger als das Ende der Landwirtschaft, so wie wir sie kennen.
Aber - und jetzt wird's entscheidend - funktionieren kann das Ganze nur, wenn die Menschen mitmachen. Das heißt, wenn die Mehrheit der Konsumenten Kunstgemüse und Kunstfleisch akzeptiert. Das aber ist zumindest aktuell nicht der Fall. Was also tun? Ganz einfach. Man nehme die Ideologie vom Klimawandel und der uns allen drohenden Wetterapokalypse, jage den Menschen Angst und Schrecken ein und präsentiere ihnen Kunstgemüse und Kunstfleisch wegen des geringen Wasserverbrauchs, des niedrigen Methanausstoßes, der Verminderung von CO2-Emissionen als Lösung.
Genau das ist die Situation, in der wir uns aktuell befinden. Wir alle werden von den Medien, der Politik und der Wissenschaft durch ständige Horrormeldungen über das Klima massiv unter Druck gesetzt, um diese strukturelle Veränderung der Landwirtschaft als vermeintliche Rettung der Welt vor dem Klimawandel hinzunehmen.
Wie absurd das Ganze ist, zeigt unter anderem auch, daß zu der am World Economic Forum gegründeten Allianz von Konzernen, die sich global als Klimaführer zusammengetan haben, folgende Unternehmen finden: Allianz, AXA, Bank of America, Barclays, Deutsche Bank und Mastercard. Dazu Carlsberg, Coca-Cola, Nestlé, Syngenta und Unilever. Ebenso wie die Pharma-Riesen AstraZeneca, Novartis und als Krönung des Ganzen ausgerechnet der Glyphosat-Hersteller Bayer.
Es ist wirklich höchste Zeit zu erkennen, welches Spiel hier gespielt wird. Es geht weder um die Rettung des Planeten, noch um die Verbesserung der Umwelt, die eigentlich dringend nötig wäre. Es geht um Profit zugunsten einer winzigen Minderheit. Und das auf Kosten nicht nur von Hunderttausenden von Landwirten, denen die Lebensgrundlage entzogen wird, sondern auf Kosten der Zukunft und der Lebensqualität von uns, unseren Kindern und allen weiteren Generationen.<<

13.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. März 2024 (x1.361/…):

>>**Straftaten gegen Christen in Deutschland haben sich 2023 mehr als verdoppelt**

Auf eine Anfrage der AfD veröffentlicht die Bundesregierung neue Zahlen zur Christenfeindlichkeit: Die Zahl der Straftaten gegen Christen hat sich 2023 mehr als verdoppelt. Obwohl Delikte von "Rechts" besonders häufig erscheinen, ist der Bereich "Ausländische Ideologie" am stärksten angestiegen.

Von *Redaktion*

Die Christenfeindlichkeit in Deutschland nimmt zu. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron hervor. Demnach habe sich die Zahl der Straftaten gegen christliche Personen und Einrichtungen im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. 277 Delikte wurden gemeldet. 2022 waren es noch 135, berichtet die Junge Freiheit.
Der Großteil der christenfeindlichen Fälle, 35,4 Prozent, werden in der Statistik dem rechten Spektrum zugeordnet. Konkret spricht die Bundesregierung in 98 Fällen von politisch motivierter Kriminalität von "Rechts". Darauf folgen die Kategorien "Religiöse Ideologie" mit 77 Fällen und "Nicht zuzuordnen" mit 56. Weitere 32 Straftaten werden dem Deliktbereich "Ausländische Ideologie" zugeordnet. 2022 waren es noch fünf. In dieser Kategorie ist damit der stärkste Anstieg verzeichnet worden. Links-politisch motivierte Vorfälle gab es in nur 14 Fällen und somit ähnlich viele, wie noch 2022 (12 Straftaten).

Diese Zuordnung muß jedoch mit Skepsis betrachten werden. Immerhin ist bereits aus der Kategorisierung antisemitischer Straftaten bekannt, daß diese aufgrund einer Sonderregel jahrelang automatisch dem rechten Spektrum zugeordnet wurden, wenn der Hintergrund tatsächlich unbekannt war. Erst Ende 2023 hatte Innenministerin Nancy Faeser angekündigt, die Sonderregel abschaffen zu wollen.
Seit 2019 werden christenfeindliche Straftaten statistisch erfaßt. Damals wurden 128 Vergehen gezählt und die meisten als religiös motiviert eingeordnet. Während der Corona-Jahre nahm diese Zahl leicht ab, ehe sie letztens Jahr einen starken Anstieg anzeigte.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. März 2024: >>**"Neue Zürcher Zeitung" fordert: Der deutsche Verfassungsschutz sollte abgeschafft werden!**
Der deutsche Verfassungsschutz passe nicht zu einer liberalen Demokratie - es sei höchste Zeit, ihn abzuschaffen, meint der Berliner Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ), Oliver Maksan. In einem bemerkenswerten Leitartikel vor dem Hintergrund des aktuellen Rechtsstreits zwischen AfD und Verfassungsschutz um die Beobachtung der Partei mit nachrichtendienstlichen Mitteln kritisiert das liberal-konservative Schweizer Leitmedium, daß der deutsche Inlandsgeheimdienst längst zu einem politischen Akteur geworden sei.
NZZ-Redakteur Maksan schreibt einleitend: "Deutschland begreift seinen Inlandgeheimdienst als demokratisches Frühwarnsystem, das weit vor jeder Straftat anschlägt. Damit geht die Bundesrepublik einen autoritären Sonderweg. Sie sollte ihn schleunigst beenden, will sie die Demokratie nicht weiter schwächen."
Mißtrauen gegenüber den eigenen Bürgern
Der Autor analysiert: Der deutsche Staat traue seinen Bürgern nicht über den Weg und sehe sich ständig bedroht. Dieser aus dem Versagen der Weimarer Republik abgeleitete "permanente Ausnahmezustand aus Prinzip" sei vom Bundesverfassungsgericht als "wehrhafte Demokratie" gebilligt worden. "Je nach gefühlter Bedrohungslage produziert er illiberale Exzesse. Wie derzeit", kritisiert Oliver Maksan und merkt weiter an: "In immer engerer Taktung präsentiert die deutsche Regierung Maßnahmen, die dem Schutz des Staates und der Demokratie dienen sollen, beide tatsächlich aber beschädigen."
Der NZZ-Kommentator verweist in diesem Zusammenhang beispielhaft auf die Ankündigung von Bundesfamilienministerin Lisa Paus ("Grüne"), gegen Meinungsäußerungen im Netz auch dann vorzugehen, wenn diese keinen Straftatbestand darstellen würden.
Was heißt hier eigentlich "Verhöhnung"?
Mit Verweis auf die ultralinke Bundesinnenministerin und deren "Maßnahmenbündel gegen Rechtsextremismus" zitiert der Autor Nancy Faeser (SPD) wörtlich: "Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen!"
Maksan schreibt: Ganz abgesehen davon, daß es sich bei "Verhöhnung" um einen schwammigen Begriff handele, gehe es auch laut Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang (CDU) um "staatswohlgefährdendes Verhalten" unterhalb der Grenze zur Strafbarkeit.
Deutschland hat keine klassisch liberale Verfassung
In seinem bemerkenswerten Kommentar nimmt der NZZ-Autor Bezug auf den Berliner Verfassungsrechtler Christoph Möllers. Der habe darauf aufmerksam gemacht, daß das Grundgesetz eben keine klassisch liberale Verfassung sei wie beispielsweise die amerikanische oder die französische. Geist und Buchstabe des Grundgesetzes folgten nicht der Logik, daß alles erlaubt sei, was nicht verboten ist.
Maksan folgert: "Der deutsche Inlandgeheimdienst wird von daher ganz im Sinne des Grundgesetzes auch und gerade dann aktiv, wenn Personen oder Gruppen gegen keinen einzigen Paragraphen des Strafgesetzbuches verstoßen haben. Es reicht, wenn aufgrund ihrer Einstellungen Grund zur Annahme besteht, daß sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung ganz oder teilweise beseitigen wollen."

Verfassungsschutz wird zum politischen Akteur

Dabei gehe der Inlandsgeheimdienst in mehreren Schritten vor. Sie reichen vom bloßen Prüf- über den Verdachts- bis hin zum Beobachtungsfall als höchster Stufe. Die nachrichtendienstliche Beobachtung einer "gesichert extremistischen Bestrebung" durch den Verfassungsschutz berühre naturgemäß zahlreiche als Abwehrrechte gegen den Staat konzipierte Grundrechte. "Die Unschuldsvermutung kommt, anders als im Strafrecht, nicht zum Tragen", stellt der Autor fest und beleuchtet kritisch das Agieren des Kölner Bundesamtes im Fall der AfD.

Diese sehe sich im politischen Wettbewerb vom Verfassungsschutz benachteiligt. "An den Haaren herbeigezogen ist das nicht", konstatiert Maksan. Der Verfassungsschutz werde "vom Beobachter zum politischen Akteur". Behördenleiter Haldenwang zeige eine "unübersehbare Tendenz, politischen Erwartungen zu entsprechen".

Beschränkung auf Kernaufgaben

Der Berliner Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" resümiert: "Es wäre für die deutsche Demokratie deshalb besser, sie reihte ihr Tun ein in die Praxis aller anderen liberalen Rechtsstaaten und würde den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form abschaffen. Dessen analytische Kompetenzen könnten problemlos den Staatsschutzabteilungen der Polizei zugeordnet werden, die schon jetzt politisch motivierte Straftaten bekämpfen. Was bliebe, wäre ein entschlackter Inlandgeheimdienst, der sich um klassische Kernaufgaben wie Spionage- und Sabotageabwehr kümmert."

System-Presse als Handlanger des Staates

Abschließend teilt der NZZ-Autor gegen die Mainstream-Medien aus: "Selbst Journalisten sehen sich als verlängerten Arm des Staates und fordern, unbesehen dessen Wertungen zu übernehmen." So habe der Deutsche Journalisten-Verband kürzlich dazu aufgerufen, "die Warnhinweise des Verfassungsschutzes denen auf Zigarettenschachteln gleich zu verbreiten."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. März 2024: >>**Skandal: Bank darf COMPACT-Konten kündigen**

Von *Jürgen Elsässer*

Ein Schwarzer Tag für die Pressefreiheit: Zum ersten Mal in der Geschichte erlauben die Richter einer Sparkasse, einem Presseorgan die Konten zu kündigen. …

Seit 14 Jahren hatte COMPACT seine Konten bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS). Nun hat die Bank uns gekündigt, und das Landgericht Potsdam hat unseren Eilantrag gegen diesen Rechtsbruch gestern verworfen. Damit verlieren wir unsere Konten bei der MBS zum 30. April. Wir könnten zwar weiter prozessieren (Hauptsacheverfahren), aber das hätte keine aufschiebende Wirkung und würde Jahre dauern..

Bis zum 30.4.24 sind allerdings alle Zahlungsflüsse über die MBS-Konten noch gewährleistet, und schon Mitte April werden wir die Konten bei einer anderen Bank eröffnen. Außerdem hat COMPACT, genau in Erwartung solcher Angriffe, erhebliche Rücklagen gebildet, um solche Turbulenzen überstehen zu können. Wir können die Produktion und Bestellbearbeitung auch weiterhin in vollem Umfang gewährleisten: COMPACT ist der Fels in der Brandung, an dem sich die Feinde der Freiheit die Zähne ausbeißen!

Das Triumphgeschrei, das die Feinde der Meinungsfreiheit vermutlich heute über ihre Medien verbreiten werden, scheppert also hohl. COMPACT wird auch diesen Angriff, wie alle vorherigen, nicht nur verkraften, sondern sogar gestärkt daraus hervorgehen. Wir brauchen aber unbedingt in diesem Kampf unbedingt Ihre Solidarität, liebe Leser und Zuschauer! …

Ein Skandalurteil

Bei der gestrigen Verhandlung war mir schon nach zwei Minuten klar, daß COMPACT den Prozeß verloren hat. Die einleitenden Ausführungen des Richters ließen keinen Zweifel daran, daß er sich seine Meinung schon vorab gebildet hatte - noch bevor unser Anwalt überhaupt zu

Wort gekommen war.
Was macht das Urteil zu einem in der BRD-Geschichte einmaligen Skandal? Es kam schon oft vor, daß Banken einem Kunden das Konto gekündigt haben. Sehr selten konnten aber Sparkassen eine Kündigung durchsetzen, denn sie sind als öffentlich-rechtliche Institutionen in besonderer Weise den Grundrechten verpflichtet und müssen allen Bürgern in ihrem Einzugsbereich ein Konto zugestehen - auch als Daseinsfürsorge, denn ohne Konto kann heutzutage niemand mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Wo Sparkassen trotzdem kündigten, handelte es sich um kriminelle Aktivitäten des Kunden, etwa Geldwäsche, Betrug und Abmahntricks, die über das Konto abgewickelt wurden.
Noch nie ist es dagegen vorgekommen, daß eine Sparkasse einem Presseorgan das Konto gekündigt hat - schließlich garantiert Artikel 5 Grundgesetz in besonderer Weise die Freiheit der Medien. Deswegen haben etliche Medien aus dem oppositionellen Spektrum ein Konto bei ihrer Sparkasse. Als eine Sparkasse vor einigen Jahren einem "rechtsextremen" Verlag aus Schleswig-Holstein ein Konto verweigern wollte, zwangen die Richter die Bank zum Rückzug des Verbots.
Die Kündigung der COMPACT-Kunden durch die MBS ist deswegen ein Präzedenzfall. Entscheidend waren ausschließlich politische Gründe. Angeführt wurden die Einstufung von COMPACT durch den Verfassungsschutz (VS) als "gesichert rechtsextrem" seit Dezember 2021 und die Einwerbung von Spenden für politische Kampagnen. Die MBS behauptete, wenn sie mit einem solchen Kunden weiter Geschäftsbeziehungen hätte, bedeutete das einen massiven "Reputationsschaden".
Wie vorgeschoben beide Argumente sind, zeigt sich schon daran, daß COMPACT schon seit März 2020 vom VS als rechtsextremer "Verdachtsfall" verleumdet wird. Das Crowdfunding über MBS-Konten begann sogar schon vor sechs Jahren und erzielte erstmals im Jahr 2020 Spendeneingänge im sechsstelligen Bereich. Nie hat sich die Bank daran gestört, weder am VS noch an den Spenden - jetzt plötzlich wurde das als Vorwand zur Kontenkündigung genommen.

Warum der Angriff jetzt?

Warum jetzt? Auch das ist ausschließlich politisch motiviert. Mit der wachsenden Stärke von COMPACT und besonders COMPACT-TV (im Januar 2024 erreichten wir zum ersten Mal Zuschauerzahlen von einer Million pro Tag!) sind wir für das Regime brandgefährlich geworden. Und die Correctiv-Kampagne gegen die vermeintliche Deportationskonferenz von Potsdam bot ab Januar das geeignete mediale Hysterieumfeld, um - da man mit dem AfD-Verbot nicht weiterkommt - erstmal das sogenannte Vorfeld platt zu machen.
Es ist kein Zufall, daß parallel auch gegen unsere österreichischen Freunde von AUF1 vorgegangen wird - gegen den Sender wurde eine Strafzahlung von 195.000 Euro verhängt! Ohne AUF1 wird der zu erwartende Wahlsieg der FPÖ in Österreich schwierig, ohne COMPACT der zu erwartende Wahlsieg der AfD bei den Landtagswahlen im Osten.
Die Kontenkündigung ist der zweite schwere Angriff auf die Pressefreiheit innerhalb weniger Wochen. Schon im Februar verhängten die großen Kioskketten ein Verkaufsverbot von COMPACT - auch das ein klarer Rechtsbruch, gegen den wir juristisch vorgehen. Offensichtlich will das Regime uns einmauern, uns den Zugang zum ständig wachsenden Publikum erschweren.
Doch das wird nicht gelingen: Das Kioskverbot hat bisher nicht zu einem nennenswerten Umsatzrückgang geführt. Unsere Leser besorgen sich die schönen Hefte, die sie jetzt nicht mehr an den Bahnhöfen bekommen, eben jetzt auf anderen Wegen - wir konnten seit Februar zum Beispiel über 1.000 neue Abonnenten werben! Vielen Dank dafür!
Auch mit der Kontenkündigung werden sie uns nicht kleinkriegen. Wir werden in Kürze ein neues Konto eröffnen, auf das wir dann unsere Guthaben transferieren. Das Kapital von

COMPACT ist sicher, und auch ihre Überweisungen sind sicher. Bis 30.4. sind die Konten bei der MBS aktiv, Sie können also bis mindestens 25.4. dorthin überweisen. Schon Mitte April informieren wir über die neue Bankverbindung. Wenn Sie über Paypal überweisen, muß Sie die Kontenumstellung sowieso nicht interessieren: Über Paypal (an: verlag@compact-mail.de) findet Ihr Geld immer den Weg zu uns.

Worum wir Sie bitten

Trotz allem wird uns die Kontenkündigung sehr viel Geld kosten. Die Prozeßkosten selbst werden wohl unter 10.000 Euro bleiben. Aber wir rechnen mit Zahlungsausfällen, weil Besteller und Spender verunsichert sind und nicht mehr wissen, ob ihre Überweisungen garantiert bei uns ankommen. Diese Sorge ist zwar unbegründet, und wir werden die nächsten Wochen intensiv darüber informieren, aber trotzdem wird es einen Teil der Kunden geben, bei denen Verunsicherung bleibt. Deswegen rechnen wir fürs erste mit Zahlungsausfällen von 40.000 Euro pro Monat. Das ist ein schwerer Schaden. Wir können ihn auffangen, weil wir ein fettes Polster an Rücklagen gebildet haben - aber dauerhaft dürfen wir nicht solche roten Zahlen schreiben, um nicht in eine gefährliche Schieflage zu geraten. ...

Wenn die COMPACT-Familie zusammenhält, sind wir unbesiegbar! Gemeinsam holen wir uns unser Land zurück!

Ihr

Jürgen Elsässer<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. März 2024 (x1.360/…): >>**Straftaten mit Kinderpornographiebezug müssen Verbrechen bleiben!**

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) will durchsetzen, daß die Verbreitung sowie der Erwerb und Besitz von kinderpornografischen Inhalten gemäß Paragraph 184b des Strafgesetzbuches zu bloßen Vergehen herabgestuft werden. Das darin vorgesehene Mindestmaß von einem Jahr Freiheitsstrafe für die Erfüllung dieser Tatbestände soll nach einem neuen Gesetzentwurf der Ampel-Regierung auf sechs Monate verkürzt werden. Darüber berät morgen der Deutsche Bundestag.

Dazu teilt Mariana Harder-Kühnel, stellvertretende Bundessprecherin der Alternative für Deutschland, mit:

"Straftaten, die in Zusammenhang mit Kinderpornographie und damit sexuellem Mißbrauch von Kindern stehen, dürfen nicht verharmlost werden, sondern müssen weiterhin als das angesehen und behandelt werden, was sie sind: inakzeptable Verbrechen.

Mit einer Herabstufung zu einem bloßen Vergehen würde die Ampel das fatale gesellschaftspolitische Signal aussenden, daß eine Schändung von Kindern keinen allzu hohen Unrechtsgehalt mehr aufweise.

Den in ihrem Gesetzentwurf als Begründung für die Herabstufung angeführten Bagatellfällen, bei denen zum Beispiel Eltern den Lehrern ihrer Kinder an der Schule kursierende kinderpornografische Inhalte zur Kenntnisnahme weiterleiten, könnte in Paragraph 184b StGB durch die Regelung von minder schweren Fällen sowie der Möglichkeit des Gerichts, unter bestimmten Voraussetzungen von Strafe abzusehen, begegnet werden.

Mangelnde Ressourcen bei den staatlichen Strafverfolgungsbehörden dürfen bei der Bekämpfung von Verbrechen an Kindern nicht als Vorwand für Herabstufungen dienen, da es gerade die Pflichtaufgabe der Bundesregierung ist, für ein angemessen ausgestattetes Polizei- und Justizsystem zu sorgen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. März 2024: >>**Düsseldorf: Gastprofessur für Campino**

Von *Karel Meissner*

Andreas Frege alias Campino hat als Frontsänger der Toten Hosen ein beachtliches Vermögen

von über 20 Millionen Euro angehäuft - trotzdem spielt er auch heute noch gerne den systemkritischen Anarcho-Punker und stachelt auf seinen Konzerten pubertäre Antifanten zum "Kampf gegen rechts" auf.
Campino, Sänger der Toten Hosen, erhält eine Gastprofessur an der Heinrich Heine-Universität Düsseldorf. Grund: sein "soziales und politisches Engagement". Mit anderen Worten: Sein kritikloser Konformismus.
Zur gegenseitigen Vergoldung ihrer Gesäße benötigen Konformisten nicht einmal mehr Vorwände: Als die Düsseldorfer Heinrich Heine-Universität den Toten Hosen-Sänger Campino (61) zum Gastprofessor erklärte, behauptete niemand, das sei aufgrund seiner musikalischer oder lyrischer Talente geschehen.
Okay, der Geehrte habe "seine Affinität zu lyrischen Texten mehr als nur unter Beweis gestellt", aber "Affinität" heißt eben nicht "Talent". Der wirkliche Grund für die Jobvergabe findet sich auf der Website der Universität: Campino sei "eine der prägendsten Persönlichkeiten der Musikszene und im gesamten deutschsprachigen Raum auch für sein starkes soziales und politisches Engagement bekannt." Stimmt, er ist politisch sehr engagiert. Und dabei gern auf Regierungsseite.
2021 posteten Die Toten Hosen auf Instagram ein Foto, auf dem Pseudo-Punker Campino in der Fan-Menge badet. Aufschrift: "Impfen schützt".
Natürlich steht Campino voll auf rotgrüne Klimapolitik und bekannte drei Monate nach Ausbruch des Rußland-Ukraine-Krieges gegenüber der dpa:
"Ich persönlich habe den Kriegsdienst 1983 verweigert. Das würde ich heute, unter diesen Umständen, wenn ich jetzt meine Einberufung bekäme, wahrscheinlich nicht mehr tun."
Prof. Dr. Anja Steinbeck, Rektorin der Heinrich Heine-Universität, kann sich vor Begeisterung kaum halten:
"Ich freue mich sehr darauf, daß Campino auf deutlich spannendere gesellschaftsrelevante Fragen antworten wird. Wir kennen ihn nicht nur als einen der bekanntesten Sänger des Landes, sondern auch als einen der engagiertesten und politischsten Musiker überhaupt. Und wir sind überaus glücklich darüber, daß er diesen Ruf an der Universität seiner Heimatstadt untermauern wird."
Also Vorhang auf für Campinos Horrorshow. Zwei Vorlesungen wird er abhalten: Über "Kästner, Kraftwerk, Cock Sparrer. Eine Liebeserklärung an die Gebrauchslyrik" und "Alle haben was zu sagen. Die Kakophonie unserer Zeit".
Um sicher zu gehen, daß auf offener Bühne keine unangenehmen Fragen kommen, wird Campino dort mit Philipp Oehmke diskutieren, dem hardcore-konformistischen Spiegel-Kulturchef. Da ist keinerlei Reibung zu erwarten.
Was für Spottverse hätte wohl der Namensgeber der Universität, der wahrhaft subversive Heinrich Heine, zu dieser Posse gedichtet?<<
Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 13. März 2024 (x1.365/…): >>**Medien-Skandal! Faeser pumpt Steuergeld in Deutschlands wichtigsten Nachrichten-Lieferanten**
Innenministerin Nancy Faeser zahlt Geld an die Deutsche Presseagentur.
Julian Reichelt
Unabhängige Medien sollten kein Geld von der Regierung nehmen. Wenn Medien Geld von der Regierung nehmen, können sie nicht mehr unabhängig berichten. Wer Geld von den Menschen nimmt, über die er berichtet, macht nicht Journalismus, sondern irgend etwas zwischen PR und Propaganda.
Es ist nicht lange her, da hätte jeder Journalist im Land diese Sätze unterschrieben und, mehr noch, sich dafür geschämt, auch nur einen Cent von der Regierung anzunehmen. Unsere Demokratie beruht auf der Freiheit des Wortes. Wenn die Worte nicht mehr frei sind, sind wir

nicht Bürger, sondern Sklaven.
Niemals kann das bezahlte Wort ein freies Wort sein. Niemals sind Worte frei, wenn die Regierung für die Worte bezahlt. Jeder Mensch versteht das. Und doch ist es genau das, was in unserem Land gerade passiert.
Mit der Macht des Steuergeldes unterwandert die Regierung die freien Medien und erobert die Kontrolle darüber, welche Nachrichten "stimmen" und welche nicht. Ich arbeite seit einem viertel Jahrhundert, mehr als die Hälfte meines Lebens, als Journalist. Ich hätte mir in meinen düstersten Gedanken nicht ausmalen können, was in diesem Land gerade vor sich geht. Und wie viele Journalisten sich dem Geld der Regierung unterwerfen. Die Regierung bezahlt gefällige Medien und schafft sich ihre eigene Wirklichkeit, ihre eigenen Fakten, mit denen sie dann wiederum gegen ihre politischen Gegner mobilisiert.
Aufgescheucht durch die Bundesregierung, mobilisiert durch eines der mächtigsten Propaganda-Märchen in der Geschichte unseres Landes, sind in den letzten Wochen Millionen Menschen gegen einen Plan von Massendeportationen auf die Straße gegangen, den es nachweislich nie gegeben hat.

Niemand ist skrupelloser als Nancy Faeser

Es ist ein Mechanismus aus totalitären Regimen: Die Regierung läßt marschieren gegen ein Gerücht, das sie selbst streut. Niemand ist skrupelloser, wenn es um die Beschneidung von Unschuldsvermutung, Meinungs- und Versammlungsfreiheit geht, als Innenministerin Nancy Faeser. Wer freie Worte liebt, muß Nancy Faeser fürchten.
Ausgerechnet diese Nancy Faeser finanziert mit ihrem Innenministerium nun ein Projekt, das in nahezu jede einzelne Redaktion unseres Landes hinein wirkt. Sie werden die Details nicht fassen können.
Die Deutsche Presseagentur beliefert fast alle deutschen Redaktionen täglich mit Nachrichten. Es gibt keine Zeitung, keine Nachrichten-Website, keinen Radiosender, in dem nicht ein bißchen DPA steckt. Mal mehr, mal weniger, aber grundsätzlich gilt: Nahezu alles, was Sie täglich an Nachrichten konsumieren, hat irgendwie mit DPA zu tun. Die DPA gehört den Medienhäusern dieses Landes, insgesamt 175 Verlage sind an der DPA beteiligt. Die DPA ist das zentrale Nervensystem der deutschen Medien. …
Nun machen die DPA und Nancy Faeser gemeinsame Sache gegen das, was sie "Desinformation" nennen.
Unter dem Projektnamen "Jahr der Nachricht" finanziert das Innenministerium eine Kampagne mit dem Slogan: "Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen." Es handelt sich dabei um eine "Kampagne gegen Desinformation" zu den Themen "Klimawandel, Rechtsextremismus und Ampel-Streit".
Noch einmal, weil es so unglaublich ist: Das Bundesinnenministerium bezahlt die Deutsche Presseagentur, um gegen "Desinformation" und "Nachrichten, die Stimmung machen" beim Thema "Ampel-Streit" vorzugehen. Journalisten nehmen Geld von der Regierung, um in Zukunft "Nachrichten, die stimmen" über die Regierung zu verfassen.
Und es kommt noch besser: Das regierungsfinanzierte Projekt der DPA, das sich in fast alle Redaktionen des Landes fressen wird, sagt vollkommen offen, wogegen man vorgehen will. Hier der Beweis:
Mißtrauen gegen den Staat ist also nicht mehr erwünscht und wird mit Geld von der Regierung durch die DPA bekämpft. Mißtrauen gegen den Staat ist eigentlich die Grundlage von Journalismus. Desinformation führe zu "Selbstgefährdung z.B. durch falsche Informationen zu Impfungen", heißt es weiter.
Die Regierung, die uns mit dem Wort "nebenwirkungsfrei" belogen hat und uns entgegen aller Schwüre eine Impfpflicht aufzwingen wollte, bezahlt jetzt die DPA, um falsche Informationen zu Impfungen zu bekämpfen.

Auch gegen "Meinungsmanipulation und Spaltung der Gesellschaft" soll die DPA nun finanziert vom Innenministerium vorgehen. "Meinungsmanipulation" und "Spaltung" - wir wissen inzwischen, was das bedeutet.
Das sind bei Nancy Faeser und der Regierung all die Meinungen, die unerwünscht sind, die sich zum Beispiel gegen "Energiewende" und Massenmigration wenden. Das sind die Menschen, die sich nicht von Nancy Faeser vorschreiben lassen wollen, wann, wo und ob sie demonstrieren dürfen.
Noch einmal, bei DPA geht es nicht um eine Nachrichtenquelle von vielen. Es geht um die Grundversorgung fast aller Redaktionen. Und offenbar hat keines der 175 Medienunternehmen, denen DPA gehört, ein Problem damit, wenn durch die zentralen Nervenbahnen der deutschen Medienlandschaft das Geld von Nancy Faeser fließt.
Wenn Regierungsgeld plötzlich darüber mitentscheidet, welche "Nachrichten stimmen" und welche nur "Stimmung machen" wollen. Wir hier bei NIUS sind auch Kunden bei DPA. Wir wissen noch nicht, wie wir mit dieser Entwicklung umgehen wollen und werden Sie darüber auf dem Laufenden halten.
Die DPA wollte die Höhe der Fördersumme durch Steuergelder auf NIUS-Anfrage nicht verraten.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. März 2024 (x1.361/…):
>>**Kohleausstieg: Deutschland drohen bis zu hundert Stromabschaltungen im Jahr**
Bis zu hundert Stromausfälle mit einer Länge von bis zu 21 Stunden drohen Deutschland ab 2030, sollten die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, warnt die Chefin von E.ON-Tochter Westenergie. Der Kohleausstieg schade der Industrie und letztlich auch dem normalen Verbraucher.
Von *Redaktion*
Wenn Deutschland am Kohleausstieg bis 2030 festhält, könnte es zu massiven Stromausfällen bis zu hundertmal pro Jahr kommen. Das sagte die Vorsitzende des E.ON-Tochterunternehmens Westenergie, Katherina Reiche, bei einem Treffen der "Wirtschaftspublizistischen Vereinigung" am Dienstag in Düsseldorf. Die ehemalige CDU-Politikerin warnt vor weitreichenden Folgen für die Wirtschaft und Stromrechnungen der Bürger, sollten Kohlekraftwerke nicht länger ans Netz angeschlossen bleiben.
Unter bestimmten Bedingungen könnte es im schlimmsten Fall im Januar 2030 zu erzwungenen Stromabschaltungen wegen massiver Versorgungslücken kommen, meint Reiche. Dabei sei mit Ausfällen von einer bis zehn Stunden zu rechnen. Im ganzen Jahresverlauf könnte es während dunkler und windstiller Phasen hundertmal zu Ausfällen kommen, die dann eine Länge von bis zu 21 Stunden erreichen könnten.
2023 stammte gut ein Viertel des in Deutschland produzierten Stroms aus Kohlekraftwerken. Neben der gesetzlich verankerten Abschaltung der Kohlekraftwerke in Deutschland bis 2038 forderte die Ampelregierung längst einen Ausstieg zum Ende des Jahrzehnts.
Sollte es bei den grünen Forderungen bleiben, könnte es im ungünstigsten Szenario zu bundesweiten Versorgungslücken kommen, die dann auch Auswirkungen auf die Wirtschaft haben könnten. Für diese Prognose analysierte Westenenergie die Wetterdaten der letzten 30 Jahre und verglich sie mit der in sechs Jahren voraussichtlich verfügbaren Produktionskapazitäten.
Reiche, die mit Westenergie für rund acht Millionen Menschen in Deutschland Strom, Gas, Wasser und Internet bereitstellt, sieht jetzt eine große Gefahr für die Industrie: "Es kann sein, daß wir den Kohleausstieg etwas verschieben müssen", erklärt sie und kritisiert "Panik-Rhetorik" der Bundesregierung. Weiter: "Die Politik darf nicht den Eindruck erwecken, daß nach einem bestimmten Datum die Welt untergeht."<<
14.03.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. März 2024 (x1.362/…): >>**Autoexperte sorgt sich um Zukunft des Standorts Deutschland**

Der Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer sorgt sich um die Zukunft des Standorts Deutschland. "Die Autoindustrie hat Milliarden in die Entwicklung der Elektromobilität gesteckt, sieht jetzt aber, daß in der Berliner Politik viele Pläne und Förderungen zu deren Ausbau wieder fallengelassen werden", sagte Dudenhöffer der Mediengruppe Bayern. "Damit droht der Branche der Heimatmarkt verloren zu gehen." Der Experte sieht zudem politische Versäumnisse in der Mobilitätswende in Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung für die von Rußland angegriffene Ukraine.

"Deutschland und die EU nutzen derzeit alle Mittel, um die Ukraine im Krieg gegen Rußland zu unterstützen. Die Mobilitätswende, über die so viel gesprochen worden ist, aber gerät in den Hintergrund", so Dudenhöffer. Er erwartet für E-Autos in Europa in den nächsten drei oder vier Jahren eine "relativ schwache" Entwicklung. Die bessere Kostenposition habe China, "aber auch die großen deutschen Autobauer, die dort produzieren".

In China "wird man das E-Auto weiterentwickeln, dort wird seine neue Heimat sein", prognostiziert Dudenhöffer. "Wer in China erfolgreich ist, wird das auch in der Welt sein. Die Arbeitsplätze werden damit zunehmend in China angesiedelt sein und von Europa weggehen." Zugleich werde man einen Dumping-Preiswettbewerb in Europa erleben, und in diesem hätten Chinas Autobauer mit ihren billigen E-Auto-Kleinwagen die besten Chancen. "Wenn nun die EU Zölle darauf erheben will, ist das eine Katastrophe und wird einen Wirtschaftskrieg zum Schaden der deutschen Branche auslösen."<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 14. März 2024 (x1.365/…): >>**Staatlich finanzierte Nachrichten! Nancy Faeser zahlt eine Million Euro an DPA!**

Redaktion

Die Deutsche Presseagentur ist das zentrale Nervensystem der deutschen Medien. Kaum eine Nachrichtenseite oder Zeitung, kaum ein TV- oder Radio-Sender, der nicht Material der deutschen Presseagentur in seiner Berichterstattung verwendet. Die DPA gehört sogar den deutschen Medien, rund 175 Verlage und Medienunternehmen sind an der DPA beteiligt. DPA ist DNA - und steckt in fast allen deutschsprachigen Medienprodukten.

Nun wird öffentlich: Die DPA kassiert für das Projekt "Jahr der Nachricht" ausgerechnet Staatshilfen von der Institution, die freie Medien eigentlich kontrollieren sollen, vom Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser (SPD). Mit dem Projekt "Jahr der Nachricht" will die DPA "Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen" fördern. Es handelt sich nach Darstellung der DPA um eine "Kampagne gegen Desinformation" zu den Themen "Klimawandel, Rechtsextremismus und Ampel-Streit".

Noch einmal: Die DPA soll - bezahlt von der Ampel-Regierung - gegen "Falschinformationen" über die Ampel-Regierung vorgehen. Weiter heißt es auf der Projekt-Seite der DPA: Desinformation führe zu "Selbstgefährdung, z.B. durch falsche Informationen zu Impfungen."

Meinungsfreiheit auf dem Prüfstand?

Auf Nachfrage wollte die DPA nicht mitteilen, wie hoch die Summe ist, die man nun von Nancy Faeser für dieses Projekt kassiert. Daß das Geld ausgerechnet von Faeser kommt, ist brisant, da sie in Deutschland und auch international in der Kritik dafür steht, derzeit massiv gegen die Meinungsfreiheit vorzugehen. Das ZDF berichtete darüber, aber auch die New York Times.

DPA teilte gegenüber NIUS mit: "Hinter dem 'Jahr der Nachricht' steht die UseTheNews gGmbH. Die Gesellschaft ist gemeinnützig, weil sie Bildung und Forschung fördert (nicht Journalismus!), mit dem Ziel der Stärkung von Medien- und Nachrichtenkompetenz. Das geht nur im Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Partnern. UseThe News und das 'Jahr der Nachricht' adressieren ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Wir organisieren die Finan-

zierung als eine Public Private Partnership, die sich aus verschiedenen Quellen zusammensetzt - Medienhäuser, Stiftungen, Verbände und staatliche Stellen.
Zur Höhe der jeweiligen Zuwendungen machen wir keine Angaben. Zahlreiche Medienhäuser und Partner bringen sich zudem mit Sachleistungen ein. Das sind u. a. Anzeigenplätze, Kreativ-Input oder auch Media-Planung." Auf Nachfrage sagte DPA zu NIUS: "Die dpa macht grundsätzlich keine Angaben zu Vertragsinhalten."

Bewilligung des Höchstbetrages

Es widerspricht eigentlich den Transparenz-Richtlinien nahezu aller DPA-Eigentümer, staatliche Zuwendungen nicht offenzulegen. Deswegen fragte NIUS auch beim Innenministerium nach. Und erhielt Antwort: Für das "Jahr der Nachricht" 2024 kassiert die Deutsche Presseagentur mit ihrem Projekt bis zu einer Million Euro direkt aus Nancy Faesers Ministerium.
Wörtlich heißt es in der Antwort des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI): "Das BMI fördert das bundesweite Projekt 'Jahr der Nachricht' zur Stärkung der Medien- und Nachrichtenkompetenz vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Gewährung einer Zuwendung. Ziel der Projektförderung ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie die Stärkung der Resilienz gerade der jüngeren Bürgerinnen und Bürger gegenüber der gezielten Verbreitung von Desinformation. Projektträger ist die UseTheNews gGmbH (nicht die Deutsche Presse-Agentur).
Die Initiative erforscht die Nachrichtennutzung und -kompetenz junger Menschen und entwickelt neue Informations- und Bildungsangebote. Die Förderung wurde für den Zeitraum vom 1. November 2023 bis 31. Dezember 2024 bis zu einem Höchstbetrag von einer Million Euro bewilligt."
Darüber hinaus kassiert das DPA-Projekt noch Geld aus den Töpfen der Bundeszentrale für politische Bildung, die ebenfalls dem BMI unterstellt ist. Antwort Innenministerium: "Darüber hinaus kooperiert die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 mit der UseTheNews gGmbH bei der Durchführung des 'Jahres der Nachricht'. Die BpB hat im Rahmen dieser Kooperation für 2023 und 2024 Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 Euro eingeplant."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. März 2024 (x1.361/…): >>**"Die Zukunft ist der Koran" - Radikalislamische Verbände halten ungestört Vorträge in Deutschland**

Islamistische Verbände feiern Feste und halten ungestört Vorträge mitten in Deutschland. Allein in NRW fanden zuletzt mehrere Veranstaltungen statt, die Besorgnis erregen können.
Von *Redaktion*
Das Repertoire reicht von türkischen Nationalismus bis zu antisemitischen Haßpredigern. Seit Januar dieses Jahres treten in Nordrhein-Westfalen immer wieder radikal-islamische Redner auf gut besuchten Vorträgen auf. Dazu laden teilweise vom Verfassungsschutz beobachte Verbände wie die Grauen Wölfe ein, andere Veranstaltungen sind große, organisierte Tour-Auftritte von muslimischen Predigern.
Alle haben aber eins gemeinsam: Trotz ihrer bedrohlichen Inhalte interessiert sich die Politik nicht für die Auftritte - stattdessen läßt man die Islamisten ungestört weiter machen. Bei deutschen Rechtsextremen wäre das wohl undenkbar, bei türkischen Rechtsextremen und islamistischen Extremisten schaut man aber weg. Hier eine Auswahl der auffälligsten Auftritte.
Februar: Die Grauen Wölfe feiern in Velbert
Den Beginn für dieses Jahr machte der türkisch-rechtsextreme Verband "Graue Wölfe".
Die Grauen Wölfe sind eine ultranationalistische Vereinigung in der Türkei, die Anhänger in der ganzen Welt hat. In Deutschland werden der Organisation etwa 10.000 Sympathisanten zugeschrieben, kein unbekannter Verband also - im Gegenteil: Die Grauen Wölfe sind die größte rechtsextreme Gruppe Deutschlands. Die Bewegung gilt als antisemitisch, rassistisch

und wird insbesondere gegen Kurden, Armenier und Aleviten auch gewalttätig. Selbst in Deutschland werden diese Bevölkerungsgruppen als "Feinde des Türkentums" angegriffen.
In Frankreich und Österreich ist die Gruppe verboten, auch der Bundestag hat 2020 einen Prüfantrag für ein Verbot verabschiedet. Einer der bekanntesten Mitglieder ist wohl Ex-Nationalspieler Mesut Özil. Dieser protze im Sommer 2023 mit einem Tattoo, das das Wappen der Grauen Wölfe enthielt, auf Instagram.
Diese Grauen Wölfe traten trotz dessen prominent und ungestört in Velbert (NRW) im Februar im Zuge ihres hundertjährigen Bestehens in der Türkei auf. In der Stadt mit 84.000 Einwohnern versammelten sich im Februar zahlreiche Anhänger der Grauen Wölfe, wohl aus ganz Deutschland, um den Reden des Verbandes zu hören und den geladenen Musikern aus der Türkei zu hören. Die Polizei bestätigte damals gegenüber Der Westen, daß man Kenntnis vom Treffen habe. Skurril: Velberts Bürgermeister Dirk Lukrafka hatte erst durch eine Anfrage von der Veranstaltung erfahren. Die Jahre zuvor hatten die Grauen Wölfe schon in Hanau und Köln gefeiert.
Februar, Ehrenveranstaltung für Antisemiten in Bielefeld
Mitte Februar legte dann im Februar die nächste türkische Gruppe nach. In Bielefeld lud der Bielefelder Ableger der islamistischen Milli Görüs-Partei einen Politiker aus der Türkei nach Bielefeld ein. Dort sprach der Herr, Serafettin Kilic, im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für den türkischen Politiker Necmettin Erbakan, Gründer der Partei. Erbakan, der 2011 verstarb, gilt unter anderem aufgrund seiner Äußerungen in der Türkei als schwerer Antisemit. Auch bei Teilen der Partei beobachtet der Verfassungsschutz einen Judenhaß.
Der Verfassungsschutz NRW schreibt über die Partei: "Zum Kern der Ideologie gehören die Schlüsselbegriffe "Millî Görüs" (Nationale Sicht) und "Adil Düzen" (Gerechte Ordnung). Nach der von Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt hinsichtlich der Herrschaftssysteme zweigeteilt. Einerseits in die auf dem Wort Gottes fußende religiösislamische Ordnung (Adil Düzen) und andererseits in die westliche Ordnung der Gewalt und Unterdrückung (Batil Düzen - Nichtige Ordnung). Zum Wohle der Menschen in der Türkei und letztlich zum Wohle aller Menschen strebt die Bewegung an, die westliche Ordnung durch die 'gerechte Ordnung' zu ersetzen."
Trotz dieser mit unserer Vorstellung von Demokratie und Rechtsstaat kaum vereinbaren Weltanschauung trat die Partei schon mehrmals in Deutschland auf. Schon 2023 trat im Rahmen einer ähnlichen Gedenkveranstaltung der Politiker Muhittin H. Yildirim auf, ebenfalls in Bielefeld, ebenfalls derselbe Veranstalter. Dieser hatte damals in seinem X-Profil "Der Dschihad ist für jeden Muslim Pflicht" zu stehen, wie ein X-Account publik machte.
März: "Der Koran ist die Zukunft" - Vortrag in Gladbeck
Vor einigen Tagen dann die nächste bemerkenswerte Veranstaltung. In einer islamischen Gemeinde in Gladbeck (NRW) trat Ali Kil von der islamischen Gruppierung "Realität Islam" auf. In einiger Zeit soll dann auch ein Vortrag von Raheem Boateng von "Muslim Interaktiv" folgen. Letztere Gruppierung hatte zuletzt mit Großdemonstrationen etwa in Hamburg für mediales Aufsehen gesorgt.
"Realität Islam" und "Muslim Interaktiv" sind beide momentan extrem erfolgreich unter jungen Muslimen auf Social Media. Inhalte der Kurzvideos sind dabei meistens streng islamistische Ideologien. Besonders seit dem Terror-Angriff der Hamas auf Israel sind die Gruppen extrem aktiv und teilen anti-israelische Aufrufe und Botschaften. Beiträge auch von anderen Islamisten oder Personen aus dem Clan-Milieu werden verbreitet.
In Gladbeck findet jetzt der erste lang ersehnte Vortrag von einem der Mitglieder statt. Erwartet wird daher auch großer Anklang in der muslimischen Community. Der Titel der Veranstaltung sagt eigentlich alles, was man wissen braucht: "Die Zukunft gehört dem Koran." Das ist das Weltbild, was man propagiert.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. März 2024: >>**Die Taurus-Lüge: Wird Deutschland erpreßt?**

Der Taurus-Leak offenbart eklatante Sicherheitslücken in der deutschen Cyber-Sicherheit. Die könnten noch viel größer sein, als man seitens der Politik zugeben will. …

_ von *Naomi Seibt*

Mit dem sogenannten Taurus-Leak wurde Deutschland über Nacht zum Brennpunkt der Aufmerksamkeit: Eine abgehörte Tonaufnahme enthüllte ein Gespräch höchster Bundeswehrgeneräle über Pläne, die russische Krimbrücke mit Taurus-Marschflugkörpern anzugreifen. Dieser Skandal löste nicht nur internationale Bedenken über die Spannungen zwischen Rußland und dem Westen aus: Daß Rußland Zugang zu solch sensiblen Informationen hatte, wirft beunruhigende Fragen zur Sicherheit des gesamten deutschen Datenschutzsystems auf.

Das Verteidigungsministerium verkündete, daß der Leak angeblich durch einen "Bedienerfehler" verursacht wurde. Die offizielle Erklärung lautet wie folgt: Ein Teilnehmer in Singapur hatte sich über einen unsicheren Kanal verbunden, was darauf hindeutet, daß er ein abgehörtes Telefon benutzt hatte. Das Gespräch soll also von außen abgefangen worden sein. Ein peinliches Mißgeschick, kombiniert mit einer glücklichen Zufallsentdeckung durch den russischen Geheimdienst. Doch das ist eine Lüge!

Noch schlimmer als bekannt?

Das Narrativ, das der Öffentlichkeit verkauft wird, ergibt laut Cybersecurity-Experten keinen Sinn. Natürlich ist es unwahrscheinlich, daß gewöhnliche Menschen, die mehr Vertrauen in die Regierung als IT-Kenntnisse haben, die Einzelheiten des Leaks in Frage stellen werden.

Der öffentliche Aufschrei, zumindest seitens der Regierung, der Mainstream-Medien und der Menschen, die sie konsumieren, richtet sich gegen Rußland wegen der Bespitzelung einer deutschen Militärkonferenz, die die Russen nichts angeht - na ja, irgendwie schon. Tatsächlich ist ein großer Teil der deutschen Bevölkerung entsetzt über ihr Militär, das damit droht, Rußland zu bombardieren und den Krieg damit zu einem furchtbaren Ausmaß eskalieren zu lassen.

Doch Deutschland könnte vor einem heiklen Dilemma mit gigantischen Auswirkungen stehen: Ein vollständig gehacktes Sicherheitssystem und möglicherweise sogar Erpressung.

Maulwurf in der Bundeswehr

Lassen Sie uns das Gespräch analysieren: Es beginnt damit, daß Hauptmann Irrgang General Gräfe in Singapur anruft. Irgendwann während des anfänglich lockeren Hin und Her erwähnt Gräfe die schöne Aussicht von seinem Hotel aus und macht Witze darüber, seine Kamera auf die Aussicht zu richten, um die anderen Teilnehmer neidisch zu machen. Daher ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er sein Notebook benutzte.

Der Anruf wurde von einem deutschen Teilnehmer innerhalb der Bundeswehr initiiert. Dies ist der sicherste Weg, und die umgekehrte Route wäre wahrscheinlich sowieso durch eine Firewall blockiert worden. Außerdem wurde das Gespräch auf einem WebEx-Server gehostet, der eine hochsichere End-to-End-Verschlüsselung bietet. Die Verbindung zwischen dem Notebook in Singapur und dem Serversystem innerhalb der Bundeswehr war sowohl über eine VPN als auch über den WebEx-Server hochverschlüsselt.

Folglich gibt es nur zwei Möglichkeiten, wie das Gespräch von Singapur aus abgerufen werden konnte: Abhören des WLAN-Hotspots des Hotels durch russische Agenten im benachbarten Raum oder physischer Zugriff auf das Netbook in Singapur.

Beide Szenarien sind jedoch sehr unwahrscheinlich: Das sind fundamentale Fehler, die von Seiten des Militärs grob fahrlässig gewesen wären. Hotel-WLAN-Spots sind allbekannt für ihre potentielle Unsicherheit; kein auch nur ansatzweise auf IT-Sicherheit bedachter Offizier wäre so naiv, sich davon abhängig zu machen.

Grundlegende Standardvorkehrungen mußten umgesetzt werden, um diese Möglichkeiten des

Hacks von außen zu vermeiden. Außerdem ist das Marina Bay Sands Hotel geradezu ein nationales Symbol, bekannt für die Unterbringung von A-Promis, Weltstars und Milliardären mit hohen Sicherheitsanforderungen.
Dies ist die logische Schlußfolgerung, der man ins Auge blicken muß: Das Netzwerk der Bundeswehr wurde von innen zentral gehackt.

Virus steuert die Regierung

Wenn das der Fall ist, sind die Auswirkungen für die Sicherheit Deutschlands weit über den bekannten Leak hinaus katastrophal! Die Chancen stehen gut, daß der GRU (russischer geheimer Auslandsgeheimdienst) das System bereits vor langer Zeit infiltriert und sich Zeit genommen hat, Hintertüren zu installieren - wodurch das gesamte System infiziert wurde.
So eine Katastrophe kann normalerweise nur durch den Austausch aller Komponenten, Soft- und Hardware, behoben werden. Ein solches politisches Scheitern kurz vor den anstehenden Wahlen zuzugeben, wäre politischer Selbstmord. Boris Pistorius gibt vor, die Situation auf einen "Unfall" zurückzuführen.
Aber das ist noch nicht das Schlimmste: Nicht nur wissen wir und die Bundeswehr nicht, wie viele Informationen Rußland tatsächlich gesammelt hat, sondern vor allem ist für die Bevölkerung nicht zu erahnen, wie viel veröffentlicht wurde. Die Bundeswehr hingegen weiß genau, welche Absprachen hinter den Kulissen noch getroffen wurden!
Angesichts der Brisanz der geleakten Informationen kann man nur spekulieren, was der GRU noch herausgefunden hat und gegen die Bundesrepublik verwenden wird. Rußland hat Deutschland an der Leine. Die Erpressung könnte bereits im Gange sein. Das heißt, wir können womöglich keine Aussage der involvierten deutschen Politiker neutral bewerten.
Ist das der Grund, weswegen Bundeskanzler Scholz sich augenblicklich erschrocken über die enthüllten Pläne zeigte und beteuerte, es bestünden keine Absichten, Rußland anzugreifen? Die Demontage des gesamten Bundeswehr-Servers wäre eine kolossale Machtdemonstration Rußlands. Das Virus sitzt womöglich nicht nur im Server-System, sondern steuert die deutsche Regierung. Der Taurus-Leak könnte nur die Spitze des Eisbergs sein.
Taurus: Der Skandal, die Lügen, die wahren Hintergründe. In unserer druckfrischen April-Ausgabe mit dem Titelthema "Der Kriegsverbrecher" liefern wir Ihnen Informationen zum Taurus-Skandal, die Sie im Mainstream vergeblich suchen. Knallharte Fakten und klare Analysen auf 64 Seiten!<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. März 2024 (x1.360/…): >>**64 Mio. € für "Energiewende-Werbung": Habeck ist der Minister der Geldverschwendung!**

Wenn die politischen Leistungen unterirdisch sind, dann hilft offenbar nur noch Propaganda und Indoktrination: 64,3 Millionen Euro investierte die Bundesregierung allein für Habecks peinliche Kampagne "80 Millionen gemeinsam für Energiewechsel". Das ergab eine schriftliche Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sebastian Münzenmaier, MdB. Auf Plakaten werden die Bürger von der Ampel-Regierung bevormundet und belehrt, wobei die Slogans teilweise an Albernheit nicht zu überbieten sind. Mit der Anrede "liebe Duschfans" werden Dusch-Empfehlungen gegeben.
"Die Kosten für die Habeck-Kampagnen laufen mittlerweile völlig aus dem Ruder", sagt Münzenmaier, "die wohl teuerste und zugleich dümmste Energiepolitik der Welt wird noch einmal genauso teuer und dumm beworben." Der Bund der Steuerzahler prognostiziert, daß die Kosten für die Kampagne auf bis zu 83 Millionen Euro steigen könnten. Bereits im Dezember hatte eine Auflistung der Werbe-Ausgaben der Bundesregierung ergeben, daß kein Ministerium so viel Geld für Regierungs-PR ausgibt wie das Haus von Robert Habeck. Er ist nicht nur der Minister der Industrie-Zerstörung, sondern auch der Minister der hemmungslosen Geldverschwendung!<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 14. März 2024 (x1.365/…):

>>**Zwangssanierung, Solar-Pflicht, Verbot fossiler Heizungen: So irre ist die neue EU-Gebäude-Richtlinie**

Die neue EU-Gebäude-Richtlinie hält für Hausbesitzer unangenehme Überraschungen durch die Hintertür bereit.

Janina Lionello

Am Dienstag hat das EU-Parlament die Gebäuderichtlinie verabschiedet, Bauministerin Klara Geywitz (SPD) muß sie nun für Deutschland in nationales Recht gießen. Obwohl Geywitz betonte, man habe Zwangssanierungen für Wohngebäude abgewendet, bedeutet die Gebäuderichtlinie für viele Hausbesitzer in der Praxis eben genau das. Außerdem werden Solaranlagen zur Pflicht auf öffentlichen Gebäuden, fossile Heizungen sind ab 2040 in ganz Europa verboten.

"Wir haben den Sanierungszwang für Ein- und Mehrfamilienhäuser beendet", zitierte das Bundesbauministerium am Dienstag Ministerin Klara Geywitz, nachdem die Gebäudeeffizienzrichtlinie EPBD verabschiedet war.

Richtig ist zwar: Die explizite "Sanierungspflicht" ist nur für Nicht-Wohngebäude, also Schulen, Büros, Krankenhäuser etc. vorgeschrieben. (Bis 2030 müssen hier 16 Prozent des aktuellen Energieverbrauchs eingespart werden, 26 Prozent sollen es dann bis 2033 sein.)

Was Geywitz allerdings nicht benennt: Es gibt zahlreiche Vorgaben, die Besitzer von Ein- und Mehrfamilienhäusern eben doch zur Sanierung zwingen werden. Nicht direkt, aber durch die Hintertür.

Bereits bestehende Wohngebäude müssen bis 2033 in Summe 22 Prozent weniger Energie verbrauchen. Geywitz verkauft das als Erfolg, da einzelne Hausbesitzer auf diese Weise theoretisch ausgenommen werden können. Allerdings muß die Einsparung zu 55 Prozent an alten Gebäuden vorgenommen werden, was bedeutet, daß Deutschland und die anderen Staaten bei der Umsetzung in nationales Recht nicht darum herumkommen werden, auch unpopuläre Sanierungspflichten festzusetzen.

"Altersvorsorge von Millionen Bürgern wurde vernichtet"

Der Vorsitzende des Verbands Haus & Grund, Kai Warnecke, warnt davor, daß viele Eigentümer das nicht stemmen können. Selbst bei vorsichtigen Schätzungen sei bei älteren Gebäuden mit Sanierungskosten in sechsstelliger Höhe zu rechnen. "Die Altersvorsorge von Millionen Bürgerinnen und Bürgern wurde vernichtet".

Durchschnittlich 58.000 Euro Dämm-Kosten pro Gebäude

Laut der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen entsprechen 15 Prozent der ineffizientesten Gebäude in Deutschland etwa 2,4 Millionen Wohngebäuden. Wenn man diese Bauten auch nur teilweise modernisiere, um eine höhere Effizienzklasse zu erreichen, fielen hier Investitionskosten von jährlich mindestens 17,2 Milliarden Euro bis 2030 an. Das entspricht einem Gesamtaufwand von knapp 140 Milliarden Euro. Bei 2,4 Millionen Gebäuden seien dies etwa 58.000 Euro pro Gebäude.

Zeit zur Umsetzung wird knapp

Ein weiteres Problem: Die Zeit für die geforderten Sanierungen dürfte am Ende knapp werden, denn daß das deutsche Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, scheint unwahrscheinlich. Auf der Seite des Ministeriums heißt es: "Wichtig ist jetzt, daß das Verfahren zur Novellierung der EPBD auf EU-Ebene abgeschlossen wird. Dazu bedarf es nach dem Beschluß des Europäischen Parlaments noch die Zustimmung des Rates. Dann erst stehen die konkreten Formulierungen fest und die Frist zur Umsetzung von grundsätzlich zwei Jahren beginnt zu laufen."

Würde das Gesetz im Jahr 2026 verabschiedet, blieben für die 16 Prozent Energie-Einsparung an Nicht-Wohngebäuden gerade einmal vier Jahre Zeit. Eine extrem geringe Zeitspanne im

Bau, wo Fachkräfte ohnehin knapp sind.
An dieser Stelle finden Sie einen externen Inhalt von Twitter, der den Artikel ergänzt und von der Redaktion empfohlen wird. Sie können ihn sich mit einem Klick anzeigen lassen und wieder ausblenden.
Externer Inhalt
Ich bin damit einverstanden, daß mir externe Inhalte angezeigt werden. Damit können personenbezogene Daten an Drittplattformen übermittelt werden. Mehr dazu in unserer Datenschutzerklärung.
Das Aus für Öl- und Gasheizungen
Ein weiterer Hammer: Bis 2040 sollen fossile Heizungen komplett verschwinden. Das bedeutet nicht weniger, als daß alle Gas- und Ölheizungen europaweit herausgerissen werden müssen.
Haus & Grund-Chef Warnecke warnt vor einem massiven Wertverlust von Immobilien durch diese Maßnahme: "Wir haben schon beim sogenannten Heizungsgesetz gesehen, daß Gebäude, die über fossil betriebene Heizungen verfügen, deutlich an Wert verlieren. Die Bundesregierung sollte also ihre Fehler nicht wiederholen und dieses Mal mit Bedacht vorgehen, um massive Wertverluste zu vermeiden. Immerhin bilden Immobilien das Gros der Vermögen privater Haushalte."
Solaranlagen werden zur Pflicht
Außerdem wird auf allen öffentlichen Bestandsgebäuden mit mehr als 2000 Quadratmetern schrittweise eine Solaranlagenpflicht eingeführt. Ab 2027 müssen dann auf Schulen, Krankenhäusern und Altenheimen, die ohnehin oft marode und in finanziell schlechter Situation sind, Solarpanels angebracht werden.
Der Verband Haus & Grund nennt die europaweite Solaranlagenpflicht "ein typisches Beispiel für wenig durchdachte Zwangsmaßnahmen der Brüsseler Bürokratie im Rahmen ihres 'Green Deals'."
Präsident Kai Warnecke: "Sie unterstellt, daß die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme sowohl in Apulien als auch in Lappland identisch ist. Europa droht mit solchen Bestimmungen immer mehr in die dirigistische Planwirtschaft abzugleiten, anstatt jedem Mitgliedsland selbst zu überlassen, die für sich optimalen Lösungen zu finden."
Außerdem ist vorgesehen: Alle Neubauten sollen ab 2030 zu 100 Prozent emissionsfrei sein. Dann dürfen nur noch Gebäude gebaut werden, die vor Ort keine Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen ausstoßen, so daß europaweit im Prinzip nur die Wärmepumpe bleibt, wenn keine Fernwärme anliegt.
Lindner warnt vor Richtlinie
Bundesfinanzminister Christian Lindner hatte die Richtlinie bereits im vergangenen September scharf kritisiert. "Diese Richtlinie halte ich für enorm gefährlich - nicht nur hinsichtlich des Gebots der ökonomischen Vernunft, wonach wir an der Stelle Geld einsetzen sollten, wo es den besten Effekt für das Klima in Verbindung mit unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit hat, sondern auch hinsichtlich des sozialen Friedens, weil Menschen den Eindruck gewinnen könnten, die Politik erschwert es ihnen, in den eigenen vier Wänden zu leben und das bezahlen zu können", sagte der FDP-Politiker damals dem Nachrichtenportal Politico.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. März 2024 (x1.361/…):
>>**Habeck: "Der Staat macht keine Fehler"**
"Der Staat macht ja keine Fehler." - Mit diesem Satz verteidigte Wirtschaftsminister Habeck die anhaltende Bürokratisierung auf dem Zukunftstag des Mittelstandes. "Bürokratie entsteht aus etwas Gutem heraus", meint er
Von *Redaktion*
Auf dem Zukunftstag des Mittelstandes zeigt sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck

einmal mehr als Verfechter der Bürokratie. Der Grünen-Politiker traut sich darüber hinaus aber eine weitere brisante Aussage: "Der Staat macht keine Fehler", erklärte Habeck am Mittwoch.
Damit möchte der Minister die derzeit stark kritisierte Bürokratisierung der öffentlichen und privaten Angelegenheiten rechtfertigen. "Bürokratie entsteht aus etwas Gutem heraus", konstatierte Habeck zuvor. "Wenn man nur sagt, das sind alles Idioten, versteht man nicht, wo das Problem ist."
Aber Bürokratie ist etwas Gutes, "denn der Staat macht ja keine Fehler", erklärte der Grünen-Politiker. "Stellen Sie sich vor, jede zweite Baugenehmigung wäre wieder zu kassieren und Sie werden mit dem Risiko alleine gelassen. Oder jede zweite Lebensmittelausgabe wäre gesundheitsgefährdend und alle hätten permanent Durchfall", rechtfertigt Habeck die bürokratischen Vorgaben in vielen Lebensbereichen.
Eigentlich war der Grünen-Politiker mit dem Versprechen angetreten, die Bürokratisierung zu stoppen und einen schlankeren Staat zu formieren. Beides konnte bislang nicht erfolgreich umgesetzt werden. Stattdessen befindet sich Deutschlands Wirtschaft in einer Rezession. Das weiß auch Habeck und moniert, daß 700.000 Arbeitsplätze in Deutschland offen seien.
Die "Perspektive ist deutlich dramatischer", erklärt der Wirtschaftsminister und kritisiert deshalb die aktuell laufenden Streiks in unterschiedlichen Branchen. Momentan würde "zu viel für immer weniger Arbeit gestreikt beziehungsweise geworben", kritisiert Habeck und stellt klar: "Das können wir uns in der Tat im Moment nicht leisten."
Auf dem Treffen des Mittelstandes mußte der 54-Jährige wieder viel Kritik einstecken, viele Unternehmer äußerten Kritik an der Politik der Bundesregierung. Das wirtschaftliche Überleben würde für deutsche Betriebe aufgrund hoher Bürokratisierung, steigender Energiekosten und strenger Steuergesetze immer schwieriger, so der Tenor.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 14. März 2024 (x1.360/…): >>**Aktionsplan "Rechtsextremismus" macht Bürger zu Freiwild!**
Eine erst 16-jährige Schülerin aus Mecklenburg-Vorpommern wurde deshalb von gleich drei Polizeibeamten aus dem Unterricht abgeführt, weil sie auf TikTok einen Beitrag teilte, in dem es lautete: "Deutschland sei nicht nur ein Fleck auf der Landkarte", sondern "Heimat". Dazu AfD-Bundessprecherin Alice Weidel:
"Der Fall in Mecklenburg-Vorpommern zeigt die Methodik auf, mit der die politische Elite gegen Andersdenkende vorgeht. Dabei sind, neben der Schülerin selbst, alle Schüler nicht nur am betroffenen Gymnasium in Ribnitz-Damgarten das Ziel staatlicher Gängelung. Denn kaum ein Schüler wird es sich zukünftig noch trauen, seine Meinung in einem sozialen Netzwerk frei zu äußern.
Als Bundesinnenministerin Nancy Faeser kürzlich ihren 'Aktionsplan gegen Rechtsextremismus' vorstellte, war die darin benannte 'verbale und mentale Grenzverschiebung' ein nichtssagendes Konstrukt, ebenso wie die inhaltsleere Ankündigung, noch stärker gegen 'Hatespeech' vorzugehen. Jetzt wissen wir: Schon wer sich zu Deutschland als Heimat bekennt, gerät in den Fokus der sogenannten Demokratieschützer.
Der Aktionismus, mit dem alle etablierten Parteien die Sicherheitsbehörden und die öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Ziel mißbrauchen, den eigenen Machterhalt gegenüber der Opposition zu sichern, ist inzwischen grenzenlos. Ob es harmlose Meinungsäußerungen von Schülern sind, gut orchestrierte Medienkampagnen, wie die des Bayerischen Rundfunks hinsichtlich der angeblich '100 rechtsextremen Mitarbeiter der AfD-Fraktion', oder die zu Jahresbeginn forcierte Correctiv-Lüge: Die davon ausgehende Symbolik macht jeden, der Heimatliebe in sich trägt, eine regierungskritische Einstellung vertritt oder einfach nur auf das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit pocht, zu Freiwild.

Diese Entwicklung ist erschreckend. Diejenigen, die den Schutz der Demokratie als Deckmantel mißbrauchen, beschädigen selbige massiv. Als Alternative für Deutschland werden wir uns auch zukünftig gegen alle Versuche wehren, den Bürgern verfassungsmäßig garantierte Freiheiten durch staatliche Repressionen zu nehmen."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28469" berichtet am 14. März 2024 (x1.359/…): >>**Unzensiert: Bestatterin packt aus**

Interview mit *Marlies Spuhler*

Trotz alarmierender Übersterblichkeit läuft die Werbung für Corona-Impfstoffe weiter. Zeugen des Sterbens sollen zum Schweigen gebracht werden. Denn immer mehr Insider, wie Bestatterin Marlies Spuhler, machen ihre Beobachtungen öffentlich! Sehen Sie hier ihre Schilderungen zum Sterbegeschehen. Marlies Spuhler: "Seit 2021 ist alles anders!" …

Worin sehen UN, WHO, EU, und WEF aktuell die größte Bedrohung? Richtig: In der Desinformation. Diese sei dringend zu bekämpfen.

So prüfte Mitte November 2023 der französische Senat einen Gesetzesentwurf gegen Desinformation. Demnach drohen pharma-kritischen Personen hohe Geld- und Haftstrafen. Jeder, der es wagt, medizinische Narrative der Regierung zu kritisieren, kann mit diesem Gesetz in Konflikt geraten.

In die gleiche Kerbe schlug Mitte Dezember 2023 die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. Sie stellte einen Antrag mit dem Titel: "Für transparente Verhandlungen über das WHO-Pandemieabkommen - Gegen Fehlinformationen und Verschwörungstheorien".

Auch auf dem jährlichen Treffen des WEF in Davos, Mitte Januar 2024, wurde der Bekämpfung von Desinformation das höchste Gewicht eingeräumt.

Weshalb?

Seit der Ausrufung der Corona-Pandemie ist das Vertrauen der Bevölkerung in Politik, Medien und Gesundheitsbehörden massiv geschwunden. Viele Menschen leiden an Impfnebenwirkungen. Es gibt eine deutliche Übersterblichkeit auch bei jüngeren Menschen. Nichtsdestotrotz läuft die Werbung für die Covid-Impfung weiter als wäre nichts gewesen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Beispiel behauptet immer noch, daß die Covid-Impfung wirksam und sicher sei. Obwohl unzählige Stimmen von Impfgeschädigten, Ärzten, Statistikern, Impfstoffentwicklern, Pathologen usw. längst das Gegenteil beweisen. Welch ein Hohn gegenüber all den Opfern, die schwerstgeschädigt im Stich gelassen werden.

Die Unterdrückung genau dieser Gegenstimmen ist das Ziel des Kampfes gegen angebliche "Desinformation". Denn die Rufe nach juristischer Aufarbeitung nur schon der Corona-Verbrechen werden immer lauter.

Im Folgenden sehen Sie dazu Bestatterin Marlies Spuhler aus Süddeutschland. Frau Spuhler berichtet, was sie seit Corona erlebt. Sie bezeugt: "Es ist alles anders seit 2021" und kommt zu dem Schluß: "Unsere Politiker können sich vor dieser Verantwortung nicht davon stehlen. ... Nein, ich finde, die gehören jetzt vor Gericht geschleift. Das was sie machen, ist für mich Massenmord!"

Sehen Sie hier das leicht gekürzte Interview von Sören Schumann mit Bestatterin Marlies Spuhler. Verbreiten Sie diese Informationen in Zeiten der zunehmenden Zensur und verhelfen Sie damit unzensierten Nachrichten zum Durchbruch!

Sören Schumann: Herzlich willkommen zum heutigen Interview. Mein Name ist Sören Schumann und ich interviewe heute Marlies Spuhler und ja, wir sprechen darüber, was sie den letzten drei, vier Jahre so erlebt hat. Marlies ist nämlich Bestatterin oder ja, in einem Bestattungsunternehmen und das ist ja relativ spannend, weil da bekommt man ja, sag ich mal, an der Front mit, wie viele Leute versterben und woran vielleicht. Ich finde es sehr, sehr spannend, ihre Perspektive, ihre Erfahrungen, ihre Erlebnisse hier mal mit euch zu teilen. Und ja, Marlies, willst du noch was zu dir und zu deiner Arbeit sagen und auch, wie du mit diesen

Themen konfrontiert wurdest?
Marlies Spuhler: Ja, es war so: Ja, ich bin die Marlies Spuhler, genau, 42 Jahre alt. Mein Mann und ich, wir haben 2007 eine ökologische Schreinerei mit Bestattungen gegründet. Und so bin ich halt dazugekommen. Mein Mann hat den Schreinermeistertitel und ich habe den Bestattermeistertitel. Genau. Und ja, und jetzt führen wir halt seitdem unser kleines Familienunternehmen.
Sören Schumann: Seit 2007, das heißt 16 Jahre ungefähr.
Marlies Spuhler: Genau, ja.
Sören Schumann: Das heißt, du hast auch schon einiges an Erfahrung. Du siehst, was so los ist draußen anhand, auch an dem, wie viel (ihr) zu tun habt.
Marlies Spuhler: Ja, absolut.
Sören Schumann: Und ja, wie ging es dann so bei dir los? Was waren deine ersten Erfahrungen oder Erlebnisse jetzt im Bereich dieser Plandemie, muß man ja schon sagen? Was waren so deine ersten Berührungen damit?
Marlies Spuhler: Ja, also erfahren von dem Ganzen haben wir ja auch von den Nachrichten, wie alle anderen auch. Gemerkt, bei den Verstorbenen haben wir anfangs gar nichts. Es war sogar so, daß in 2020 sind ja weniger Leute gestorben, wie im Jahr davor oder die Jahre davor. Also es war eher ein sterbeschwaches Jahr.
Sören Schumann: Ja, obwohl es offiziell quasi Ende 2019 ging es ja schon los. Also da wurde gesagt: "Hey, jetzt ist es ganz schlimm!"
Marlies Spuhler: Genau.
Sören Schumann: Und du hast gesagt, im Jahr 2020 hattet ihr etwas weniger zu tun, sozusagen.
Marlies Spuhler: Genau, ja. Wir hatten in, also das ist ja jedes Jahr variabel, die Höhe der Sterbefälle. Und wir sind ja hier auf dem Dorf mit ungefähr 8.000 bis 9.000 Einwohnern und man sagt ja eigentlich - vor 2019 war das zumindest noch so, daß immer ein Prozent im Ort stirbt im Jahr. So hat man ungefähr die Sterberate. Und es war einfach so, dass, und wir teilen uns den Ort mit noch einem Bestatter, den es ja auch schon länger gibt wie uns. Und wir hatten in 2019, meine ich, 45, 46 Beerdigungen. Das ist viel für so einen kleinen Bestatter wie uns.
Und das Jahr drauf, also in dem 2020, hatten wir nur 35. Also das ist ja wirklich wenig. Und es war ein ruhiges Jahr. Also man hat viele private Sachen auch mal erledigen können. Genau. Und ja, es hat sich halt einfach nicht gedeckt mit dem, was die im Fernsehen erzählen. Ich habe immer gedacht: Ja, wo sind sie denn? Wo sind die alle? Und irgendwann war es dann so, daß in den Krankenhäusern halt, stand immer mit C verstorben. Genau. Das stand dann immer im Totenschein. Und da ist es uns schon irgendwann aufgefallen, daß das nur im Krankenhaus so ist. Bei den Hausabholungen hatten wir das gar nicht.
Und da ist dann, wir haben noch einen Bestatter hier bei uns im Umkreis, der auch auf Zack ist. Und seitdem telefonieren, oder am Anfang haben wir bald täglich telefoniert, ja, und haben uns da über diese Kuriositäten einfach ausgetauscht, ja, die uns aufgefallen sind. Also erstens das mit den Totenscheinen im Krankenhaus. Wir denken, das war halt auch vorrangig. Es gab halt ein bißchen mehr Geld, ja.
Sören Schumann: Wenn das draufsteht sozusagen.
Marlies Spuhler: Genau, ja, nicht für uns, aber für das Krankenhaus. Genau, und ja, zu Hause war es einfach nicht. Da sind die Menschen echt normal gestorben. Und das waren die ersten Auffälligkeiten, die uns einfach auch stutzig werden lassen haben.
Sören Schumann: Und die hast du nicht alleine gemacht, sondern du bist ja auch im Austausch mit Kollegen gewesen.
Marlies Spuhler: Genau.

Sören Schumann: Und die hatten ähnliche Beobachtungen gemacht.
Marlies Spuhler: Die haben das auch beobachtet, ja. Genau.
Sören Schumann: Okay. Und also, 2019, noch mal zur Einordnung, 2019 war ein normales Jahr, 2020 auch völlig wenig zu tun gehabt, obwohl ja die eine sehr große Gesundheitskrise angeblich schon weit fortgeschritten war. Und dann das nächste Kapitel ging wahrscheinlich 2021 los, oder?
Marlies Spuhler: Da haben wir es richtig gemerkt. Das ging sogar schon Ende 2020 los. Ich habe mich ja bei "Fakten Frieden Freiheit" versprochen, mit den Jahren, man kann ja auch mal durcheinander kommen. Ja, genau, die haben ja Ende 2020 angefangen zu impfen. Und es waren ja gerade noch drei, vier, fünf Tage, bis das Jahr vorbei war. Ich weiß nicht mehr, wie oft wir da noch in den Pflegeheimen waren. Also nur in den Pflegeheimen, zu Hause gar nicht. Da haben wir uns aber tatsächlich noch nicht unbedingt was gedacht, daß das die Spritze sein könnte. Genau. Und ja, so war das halt.
Und im Januar, Februar war es richtig heftig. Ich hatte da noch eine Praktikantin, die eigentlich Palliativärztin ist, die sich dann umorientieren wollte, weil die auch komische Sachen da in ihrem Krankenhaus erlebt hatte. Und da habe ich gesagt, du, ich weiß aber noch nicht, wie viele Sterbefälle wir haben. Das kann man vorher nie sagen. Und dann hat es so reingehauen. Und ich war so froh, daß die da war. Weil die war ja schon älter, hatte einen Autoführerschein.
Die war am Anfang mit mir auf den Ämtern. Und dann ist sie schon alleine gefahren. Die hat ihr Praktikum verlängert, daß sie mir helfen kann. Die hat gesagt, sie geht jetzt erst aus dem Praktikum raus, wenn wir das abgearbeitet haben, weil es so viele waren. Und es waren wirklich acht, neun Sterbefälle da, Anfang vom Jahr, die Woche. Das war richtig heftig. Das war ja total ungewöhnlich. Das hatten wir noch nie. Wir hatten zwar schon vier, fünf die Woche, aber keine acht oder neun. Das war schon wirklich, da hat man dann schon echt gucken müssen, daß man nichts vergißt, alles genau dokumentiert.
Sören Schumann: Da seid ihr kaum noch hinterher gekommen quasi.
Marlies Spuhler: Genau, ja. Das war schon spannend. Und dann, das Frühjahr war ja einfach ruhig. Da, wo normalerweise die meisten Menschen sterben, war es einfach ruhig. Da war nichts mehr los, ja.
Sören Schumann: Frühjahr 2021 sind wir jetzt, ja?
Marlies Spuhler: Genau. Da war es ganz ruhig auf einmal. Da war überhaupt, also ganz, ganz wenig. Eins, zwei, also ganz wenig. Wir hatten, glaube ich, drei Wochen am Stück, wo wir gar nichts hatten. Und das ist echt ungewöhnlich dann. Und wir denken halt einfach, daß die Vorerkrankten, die alten Menschen, daß die, die normal in dem Zeitraum gestorben wären, die einfach, die sind vorher gegangen, ja. Durch die Injektion halt.
Und ja, und als dann die Behandlung bei den Vorerkrankten begonnen hat, dann haben wir das auch wieder gemerkt. Weil dann haben wir die ganzen untypischen Todesfälle bekommen. So einfach tot im Bett gelegen, ja. Herzstillstand dann halt. Ja, ganz komische Sachen halt. Wir hatten auch Sterbefälle. Das fand ich eher gruselig. Die haben wirklich aus allen Poren geblutet, ja. Das war nicht schön. Das hatten wir in den 16 Jahren noch nicht einmal. Also so ganz ungewöhnliche Dinge einfach, die da aufgetreten sind, die vorher nicht waren.
Sören Schumann: Ab wann fängt denn die Arbeit eines Bestatters oder Bestatterin dann eigentlich an? Also es wird ein Tod gemeldet. Dann müssen wahrscheinlich teilweise irgendwelche anderen Sachen noch abgeklärt werden. Und wann kommt ihr dann ins Spiel?
Marlies Spuhler: Also es ist so, je nachdem, wo derjenige verstirbt. Im Krankenhaus macht ja dort der Doktor, stellt den Totenschein aus. Und wenn man zu Hause stirbt, muß man den Arzt nach Hause rufen. Manche Hausärzte geben ihre Telefonnummern raus. Die kommen dann. Oder halt beziehungsweise während der Schließzeiten der Arztpraxen ruft man beim

Bereitschaftsdienst an. Und die schicken dann irgendwann den Doktor. Vorausgesetzt, er ist halt besetzt der Bereitschaftsdienst. Ich weiß nicht, ob da jetzt eine neue Lösung kommt. Weil bei uns wird ja der Bereitschaftsdienst zurückgefahren.
Sören Schumann: Okay.
Marlies Spuhler: Ja, ist auch nicht so schön.
Sören Schumann: Ja.
Marlies Spuhler: Genau. Und ja, wenn der Doktor da war und im Totenschein nicht drinsteht: "Todesursache ungeklärt", dann dürfen wir kommen.
Sören Schumann: Okay. Und das ist dann ungefähr wann so, damit der Zuschauer eine Vorstellung hat?
Marlies Spuhler: Das sprechen wir ab mit den Angehörigen. Die Verstorbenen dürfen bis 36 Stunden zu Hause bleiben.
Sören Schumann: Ah, okay.
Marlies Spuhler: Weil viele Familien nutzen das auch für die Abschiednahme. Danach treten ja eh die Veränderungen auf. Und die wollen dann auch nicht unbedingt an den offenen Sarg. Das kann man ja auch verstehen. Das ist in Ordnung. Das ist schon ein anderes Ambiente zu Hause. Wir hatten es aber auch schon, daß wir direkt also kommen sollten. Egal, ob es dann nachts um drei oder wann ist, gibt es auch. Aber eher seltener. Die meisten warten tatsächlich bis morgens, bis sie anrufen.
Sören Schumann: Ja, aber das heißt, du hast ja gesagt, ihr habt dann auch deutliche Unterschiede wahrgenommen. In dem Zustand her, wie ihr die Verstorbenen angetroffen habt.
Marlies Spuhler: Ja, also das haben wir jetzt schon ein paar Mal erlebt, daß das so total ungewöhnlich war mit dem vielen Blut einfach.
Sören Schumann: Ab Ende 2020 beziehungsweise Anfang 2021 sozusagen.
Marlies Spuhler: Das war 2021 dann. Auch im (Jahr) 2022 so. Das ist das, was wir jetzt in den letzten beiden Jahren mehr oder weniger, oder sind ja schon drei Jahre, erlebt haben. Ja. Und was wir immer noch feststellen, ist halt einfach, wir kommen manchmal in die Trauerhäuser, da habe ich auch schon Rücksprache mit anderen Bestattern gehalten, die erleben das auch. Wir kommen manchmal in Trauerhäuser, da kommt es uns so vor, wie wenn die Verstorbenen entweder gar keine Leichenstarre mehr haben oder die ganz schnell wieder rausgeht, verschwindet und direkt die Verwesung einsetzt. Da muß man dann halt auch vorsichtig sein mit den Aufbahrungen. Die kann man natürlich nicht mehr so lange gewährleisten wie früher.
Sören Schumann: Wie lange hält normalerweise sonst so eine Leichenstarre?
Marlies Spuhler: 48 Stunden eigentlich. Die stehen ja in der Regel bei 5 Grad kalt, die Verstorbenen. Dann sind das auf jeden Fall zwei Tage.
Sören Schumann: Und jetzt ist es deutlich kürzer. Das heißt, es könnte auch daran liegen, eventuell an diesen gen-therapeutischen Injektionen, mit denen da gearbeitet wurde, daß das auch verändert sozusagen.
Marlies Spuhler: Also wir haben ja auch Kontakt zu einer Ärztegruppe und auch zu anderen Leuten. Und da sind auch welche dabei, die arbeiten viel mit dem Dunkelfeld-Mikroskop. Das kann ich eigentlich auch mal jedem empfehlen. Wenn ihr einen Heilpraktiker kennt oder irgend jemand mit Dunkelfeld, laßt das mal machen. Das ist sehr interessant. Wir haben das auch gemacht. Und wir sind nämlich erschrocken, wie unser Blut war voll mit Schwermetallen. Und da sind wir jetzt schon die ganze Zeit dabei zu entgiften, die Vitamine regelmäßig zu nehmen und so weiter. Und es geht uns wirklich viel besser wie vorher. Genau.
Und ja, auf jeden Fall haben die halt auch schon verschiedene Tests gemacht, mit dem eigenen Blut, mit den verschiedenen Chargen und so weiter. Und sie haben halt auch einen extrem schnellen Zerfall vom Blut festgestellt. Und das deckt sich natürlich mit der Beobachtung, die wir gemacht haben. Also die erklären das dann auch so, daß das schon gut sein kann, daß es

so ist halt.
Sören Schumann: Ja. Was, glaube ich, noch spannend wäre, du bist ja jetzt schon seit ungefähr 16 Jahren in dem Beruf aktiv. Und da ging ja schon die eine oder andere Pandemie sozusagen ins Land. Also Schweinegrippe, Vogelgrippe und so weiter, wo ähnliche Szenarien aufgefahren wurden. Wie hast du darauf reagiert, als es dann jetzt losging, so vor drei, vier Jahren? Welche Gefühle hattest du damals? Oder hast du auch schon gewisse Intuitionen gehabt, was es damit auf sich haben könnte?
Marlies Spuhler: Also komisch kam mir das ja von Anfang an vor. Schon alleine, wie das aufgebaut war im Fernsehen. Also erfahren haben wir es ja auch aus den Nachrichten. Und es war ja auch immer unsere Essenszeit. Also wir haben tatsächlich immer zum Essen Nachrichten geguckt.
Sören Schumann: Vielleicht nicht die beste Idee.
Marlies Spuhler: Nein. Also das haben wir schon lange wieder abgestellt. Ja, und wir hatten am Anfang tatsächlich auch ein ungutes Gefühl, weil wir ja noch nicht gewußt haben, was auf uns zukommt. Und es hat sich aber halt schnell gelegt, einfach durch die Erfahrungen, die wir im Beruf gemacht haben. Wir haben ja gesehen, daß anscheinend die Krankenhäuser nur abkassieren wollen, weil es ja nur dort war.
Und zu Hause ist komischerweise niemand gestorben. Und die Pandemien davor, entweder waren unser Bezirk immer nicht betroffen. Ja, also da war ja auch nichts. Ich denke, das waren ja schief gelaufene Experimente, keine Ahnung. Jetzt haben sie es halt nicht mehr durchsetzen können. Ich weiß es nicht. Ja, also bei uns ging es definitiv erst mit Beginn der Injektion los. Also vorher war da alles ruhig, normal. Es war mal mehr, mal weniger.
Sören Schumann: Ja. Es ist auch sehr spannend, hast du jetzt schon zweimal gesagt, daß ihr habt nichts gemerkt am Anfang und nur die Krankenhaus-Toten haben quasi diesen Stempel aufgerückt bekommen. Mit der Vermutung, die Vermutung steht im Raum, daß es auch finanzielle Interessen dahinterstehen. Es wäre ja nicht das erste Mal sozusagen.
Marlies Spuhler: Wir haben von Familien erzählt bekommen, ich will jetzt halt da niemanden näher nennen, aber die haben tatsächlich Geld geboten bekommen von den Stationen, von dem Arzt, wenn sie den Eintrag Covid da reinmachen dürfen. Das finde ich halt schon wirklich sehr kraß. Ich finde, das ist ja schon strafrechtlich hier. Wo müßte man da ja eigentlich vorgehen? Das ist ja, ja, also eine Manipulation, den Leuten noch Geld geboten. Ich könnte mal vorstellen, daß es viele auch angenommen haben, wenn du da eh nichts auf der Kante hast vielleicht. Also das finde ich wirklich, daß da auch niemand was gesagt hat, niemand gegen vorgegangen ist, das finde ich kraß.
Sören Schumann: Ja, dieses, sag ich mal, Framing wird halt häufig so ausgelegt, wie es paßt, also oder wo es dann gewisse Interessen gibt oder gewisse Vorteile für denjenigen, der es macht. Beispielsweise, wenn jetzt jemand so eine gentherapeutische Injektion bekommen hat und da vielleicht gewisse Schäden erlitten hat, dann ist es ja sehr schwer, daß das auch anerkannt wird, weil natürlich niemand wirklich Interesse daran hat, dafür zu haften. Oder der Arzt macht sich ja dann auch vielleicht verantwortlich dafür.
Hingegen, wenn ich den Leuten, wenn sie tot sind, noch mal, also wenn ich da hinschreibe, den Corona -Stempel aufdrücken kann und was davon verdiene, dann wird es halt natürlich von einigen zu mindestens gern genutzt. Und was ja jetzt schon sehr deutlich durchkam, ist, daß am Anfang, obwohl es eine riesige Gesundheitskrise war, weniger Leute gestorben sind, zumindest nicht mehr. Und dann mit dem großen Heilmittel, was angepriesen wurde, was in einem sehr speziellen Zulassungsverfahren durchgeboxt wurde, wo eigentlich schon alle Alarmglocken angeschlagen haben sozusagen, was aber dann trotzdem gemacht wurde, da gingen dann die Sterbezahlen hoch. Ist ja auch paradox, weil es ja eigentlich schützen sollte oder helfen.

Marlies Spuler: Wir hatten auch dann tatsächlich mal einen Fall, da stand wirklich drin: "an C verstorben". Und der Mann ist 14 Tage nach der dritten Impfung, also noch ein drittes Mal hingehen sozusagen - und ja, - ist der dann gestorben und war halt schon über 80. Also und er hatte dann wirklich, ja, der war krank, positiv getestet halt und ist daran dann auch gestorben. Und das war der einzige, den wir drin hatten mit "an C", ja, als Grund. Die müssen es ja eigentlich gar nicht reinschreiben. Das langt ja, wenn die ein Kreuzchen setzen bei infektiös. Aber hier wurde das halt nicht gemacht. Hier wurde anscheinend Wert darauf gelegt, daß das immer dabei steht, was es ist.
Sören Schumann: Ja.
Marlies Spuhler: Ich weiß es nicht. Ja.
Sören Schumann: Sehr spannend. Also du sprichst gerade von den Ärzten, die quasi nach Hause auch, also die zu den Verstorbenen quasi hingehen. Sozusagen. Ja. Okay.
Marlies Spuhler: Aber der Mann war auch im Krankenhaus, dann. Der war ja noch beatmet und so weiter. Der hat es halt nicht.
Sören Schumann: Ja. Und was hast du so im sozialen Bereich mitbekommen? Also ich meine, du bist ja dann auch irgendwie wahrscheinlich in Kontakt mit den Familien, mit den Betroffenen. Da schnappt man ja sicherlich auch einiges auf.
Marlies Spuhler: Also vorher war es halt so, also wir hatten ja Sterbefälle. Die wollten von mir auch einen Nachweis sehen. Und ich habe ja einen Immunitätsnachweis. Den haben wir ja machen lassen. Wir hatten ja tatsächlich Anfang 2020 Corona, wußten es bloß nicht. Haben es dann anderthalb Jahre später durch den Bluttest, den wir machen lassen, haben wir halt bestätigt bekommen und haben uns über "Evidenz der Vernunft" (Bürgerinitiative) dann diese Immunitätsbescheinigung besorgt. Die wurde in vielen Fällen auch anerkannt. Nach wie vor halt testen und so weiter.
Wir haben das dann halt vorsorglich immer gemacht, bevor wir zu den Kunden sind, daß die beruhigt sind, wenn sie es sehen wollen. Da haben wir den Zettel und gut ist. Genau. Also das war eins. Ich muß sagen. Mit dieser Kampagne ist uns halt aufgefallen, daß diese Spaltung einfach, die diese Gesellschaft betrifft, die am Stammtisch ausgetragen worden ist oder am Familientisch. Das hat sich halt tatsächlich auch in den trauernden Familien einfach widergespiegelt.
Da gab es dann halt so Anschuldigungen: "... weil er nicht geimpft war, ist er halt gestorben. Das ist deine Schuld, weil ihr alle nicht seid." Und dann sind auch Familienmitglieder weggeblieben auf der Beerdigung. Und das fand ich eigentlich schon alles sehr schade. Wie auf einmal dieses Thema alles irgendwie begleitet hat. Es war ja nur noch wichtig, ob man (geimpft) ist oder nicht. Ich rede jetzt halt so komisch, weil man hier versuchen würde, ein bißchen der Zensur zu umgehen. Ja. Daß man noch versteht, auf was ich hinaus will. Genau. Und das finde ich halt sehr schade, weil man das tatsächlich immer noch spürt.
Die Leute finden irgendwie keinen Weg mehr zusammen, daß man spätestens, wenn es dann alles um die Erbteilung geht, da vielleicht sich in die Haare kriegt. Das haben wir ja schon öfters mitbekommen. Nur jetzt war das ja schon vorher. Wo Leute nach Möglichkeit ausgeschlossen werden von Beerdigungen, daß die gar nicht erfahren, daß der und der gestorben ist. Aber wenn jetzt jemand seine Mutter oder Vater verliert, dann muß ich dann doch sagen. Also, ich rufe ihn nicht an, aber wenn er bei mir anruft und fragt, sage ich ja natürlich. Ich kann ja nicht sagen: Ich darf nichts sagen, weil die Schwester das nicht will oder so. Also das finde ich eigentlich so das Allerschlimmste. ...
Sören Schumann: Also hast du auch so Veränderungen mitbekommen? Daß am Anfang vielleicht, daß du sogar stark angegriffen wurdest oder daß die Leute gesagt haben: Hey, ja, es ist so schlimm mit diesem Virus. Und Angst davor hatten und daß sich das dann vielleicht auch ein bißchen gedreht hat, daß es vielleicht auch an der Spritze lag, daß die Leute verstorben

sind.
Marlies Spuler: Mittlerweile haben wir das. Die Leute sprechen mich jetzt zwar nicht direkt im Trauergespräch an, aber meistens, wenn wir den zweiten oder dritten Kontakt haben.
Sören Schumann: Also Trauergespräch ist quasi das erste Gespräch?
Marlies Spuler: Der Erstkontakt sozusagen, ja. Also nicht der Erstkontakt, aber ja genau, das erste Gespräch, was man führt, wo man mal die ganze, also soweit man alles bespricht. Man muß ja auch immer gucken, in was für einer Lage befinden sich jetzt die Angehörigen? Kann man mit denen schon über alles sprechen? Ich lasse auch immer einen Block dort, wo noch ein paar Sachen draufstehen, wo sie sich dann Gedanken machen müssen. Das sind dann Gestaltungen, Trauerfeier und so Punkte. Genau. Und da wäre ich also noch nicht angesprochen. Aber ich hatte jetzt schon öfter den Fall, wenn ich dann das zweite oder dritte Mal hinkomme, und dann heißt es, ach, Frau Spuhler.
… Und dann erzählen sie mir mal ihre Vermutungen. Ich kriege oft zu hören: "Wenn meine Frau nicht … (geimpft) wäre, … würde sie noch leben."
Oder: "Seit dem zweiten Mal geht es der Mama schlechter." Oder: "Seit dem dritten Mal war es beim Papa absehbar." Also ich kriege es jetzt immer öfter gesagt. Und gerade so bei den Mittelalten, sage ich jetzt mal so, schwer abzuschätzen, die werden alle so zwischen 40 und 60 sein. Die merken es jetzt doch.
Und die sagen auch ganz klar: "Also wir - nie wieder." Und dann hört man auch mal so raus, wie viele doch in den Familien auch noch drin sind, wo entweder die ganze Familie gar nicht (geimpft) ist. Also das gibt es auch noch. Oder es gibt eigentlich in jeder Familie jemanden, der das wirklich durchgezogen hat, der gesagt hat: "Ihr kriegt mich nicht!" Also es sind doch mehr, wie man denkt. Auch wenn wir hier erzählt kriegen, Impfquote wäre so und so hoch, das glaube ich nicht. Also ich denke, wir sind mehr. Wir haben uns am Anfang nur nicht gekannt. Wir kamen uns ja auch ziemlich alleine vor. Wir haben ja auch gedacht, oh Gott, sind wir jetzt die Einzigen hier.
Wir haben ja am Anfang alle versucht zu warnen. Wir haben ja die Erfahrungen gemacht, da Anfang Januar, Februar. Und haben gesagt: "Hey Leute, geht da bloß nicht hin. Bei uns sterben ganz viele." Also selbst damit und mit Tatsachen ... - man hat es ja gesehen. Wo waren sie denn alle, die Corona-Verstorbenen? Es waren ja gar keine da. Man hat sie mit Tatsachen nicht mehr beruhigen können. Die haben ja letztendlich die Zulassung von dem ganzen Dreck sogar gefordert. Die haben sich ja gefreut als Heilmittel, als Wundermittel im Endeffekt. Und ich finde es halt sehr schade, daß so viele das nicht mehr hinterfragen. Wo ist denn das Bewußtseinsempfinden hin für die Gesundheit?
Wir haben eine ökologische Schreinerei. Der größte Teil von unseren Kunden sind entweder ökologisch oder Veganer oder wie auch immer. Die leben grundsätzlich gesund. Wir ölen die Schränke mit Naturöl. Aber bei dem Dreck rennen sie zum Doktor. Wir verstehen es nicht. Das lassen sie sich reinhauen. Bei den Lebensmitteln achten sie darauf, daß sie auf keinen Fall genbehandelt sind.
Sören Schumann: Da lassen sie sich selbst gen-therapieren …
Marlies Spuhler: Keine Ahnung. Also das ist auch was, das haben wir nie wirklich nachvollziehen können. Was da in den Köpfen der Menschen passiert ist, daß man dieses kritische Denken einfach ablegt und so blind vertraut auf das Ganze, was da jetzt gerade geschieht. Haben die alle kein Bauchgefühl mehr? ...
Marlies Spuhler: Es ist ja jetzt nicht so, daß wir einen Job machen, der so allgegenwärtig ist ja? Wenn ein Bestatter dich warnt, dann müßtest du das doch eigentlich ernst nehmen. Das habe ich nie verstanden, warum die Leute dann trotzdem ...
Sören Schumann: Wie waren denn so die Reaktionen? Also wenn du jetzt gesagt hast: Hey, es wird zwar das und das gesagt, aber wir haben es genau anders herum erlebt. Wenn du das je-

mandem gesagt hast, wie haben die Leute darauf reagiert?
Marlies Spuhler: Ja, die haben sich das angehört und wenn du sie dann das nächste Mal wieder getroffen haben, waren sie halt (geimpft). Da ist es dann schon geschehen. Obwohl du sie vorher mehr oder weniger gewarnt hast.
Sören Schumann: Und du hast gesagt, daß jetzt ist es schon teilweise so, daß die Leute einsehen, daß es vielleicht nicht die richtige Wahl war, die sie getroffen haben. Daß sie jetzt schon gewisse Zusammenhänge herstellen. Gab es da vielleicht auch so eine Entwicklung von: Am Anfang überhaupt nicht … Und dann jetzt sagst du so, daß vielleicht sogar mehrfach jetzt die Leute da gewisse Zusammenhänge herstellen. War das auch so eine gewisse Entwicklung über die Zeit?
Marlies Spuhler: Ja, absolut. Absolut. Am Anfang haben die das ja nicht gesehen. Wir hatten ja auch schon Sterbefälle. Es gibt ja auch mutige Ärzte. Die schreiben dann rein, Tod durch dritte (Impfung). Und dann gibt es ja auch eine Obduktion durch die Polizei.
Sören Schumann: War es so, wenn das drinsteht, gibt es die Obduktion?
Marlies Spuhler: Ja, dann wird beschlagnahmt. Das ist ein unnatürlicher Tod.
Sören Schumann: Wenn drinsteht, Tod durch Spritze, dann ...
Marlies Spuhler: Ja, ist unnatürlich. Genau. Und dann wird obduziert, aber halt durch die Kripo, die Polizei. Und wir hatten jetzt halt, in dem einen speziellen Fall war es dann so, da hatten die Angehörigen freitags ihren Termin beim Doktor für zum Boostern. Genau. Und mittwochs war die Obduktion. Und dann haben die eigentlich nur das Ergebnis abgewartet. Und da kam ja nur raus Herzstillstand. Der Zusammenhang ist ja nicht untersucht worden. Ja, die waren dann freitags beim (Impfen) ja, und haben sich den nächsten Schuß geholt. Das war halt so. Ja, und da war es am Anfang schon eher so, die haben dem Ganzen vertraut, klar. Und wenn du eher gegenteilig gesprochen hast, dann "ach was".
Und man hat ja auch im Freundeskreis vielleicht so das ein oder andere Gespräch gehört. Ich habe ganz oft zu hören bekommen: Ich vertraue der Regierung, sie ist vom Volk gewählt. Ja, und sie glauben nicht, daß die Regierung dem Volk was Böses wollte. Was willst du, da bringst du nichts mehr. Ja, und gegen die Ärzte kommen wir halt auch nicht an, die dafür sind, die das Ganze unterstützen. Da haben wir ja keine Chance. Als Patient vertraust du ja deinem Doktor. Ja, und anscheinend stehen die halt doch noch irgendwie über uns.
Sören Schumann: Und gab es da so gewisse Ereignisse, wo sich das dann eher in die andere Richtung entwickelt hat? Oder war das so ein ganz schleichender Prozeß von: "Ja, ich vertraue dem und der ist auf jeden Fall jetzt an dem Virus gestorben", bis hin zu: "Ja, diese Gentherapie könnte…, daran hätte es jetzt wahrscheinlich gelegen" oder?
Marlies Spuhler: Man merkt ja, also wie gesagt, wir selber gucken tatsächlich wirklich, wir haben alles, was durch die GEZ bezahlt ist, das gucken wir nicht mehr. Wir meiden das konsequent, weil wir einfach auch nicht mit dem Blödsinn beschallt werden wollen. Aber man merkt ja draußen auf der Straße, wenn man sich mit den Leuten unterhält, was da kam. Weil die erzählen das ja immer, oder spiegeln ja wieder, was sie dort gehört haben. Und die Leute befinden sich ja auch im Austausch.
Und mittlerweile, wenn da ja einer mal dabei ist, der sagt: "Hey, mir geht es so schlecht seitdem.", dann traut sich ja der Nächste auch. Und das ist ja aber auch ein Prozeß. Das hast du jetzt halt gemerkt. Immer mehr trauen sich raus und sagen: "Ja, ich bin unzufrieden damit.", plus die Erfahrungen, die halt die Familien mit den Sterbefällen machen. Also da sind viele Familien ja mehr als einmal betroffen. Ja, also die haben jetzt in den letzten zwei Jahren fünf von ihren Familienmitgliedern beerdigt. Also wenn die es jetzt noch nicht verstehen, weiß ich auch nicht.
Sören Schumann: Aber gibt es wahrscheinlich auch welche, die dann immer noch sagen: "Ja, okay".

Marlies Spuhler: Die nicht. Die Dame hat gesagt: "Definitiv nie wieder". Also sie ist auch fest der Überzeugung davon, daß das von dem Ganzen kommt. Weil einfach, das kann nicht sein, ja. Und zwei Geschwister von ihr, wo beide noch kein 70 waren, ja. Der eine nicht 60, die andere nicht 70, und beide Eltern mit Anfang 80. Also irgendwo… Ja, gerade wenn man doch von einer Lebenserwartung von, was weiß ich, angeblich spricht, ja. Und auf einmal sterben alle Menschen. Das kann ja wohl nicht sein, ne. Und die sehen das mittlerweile doch.
Wie gesagt, ich kriege das immer öfter gehört. Wenn meine Frau nicht gewesen wäre (zum Impfen), würde sie noch leben, ja. Oder seit der dritten, vierten, fünften, je nachdem wieviel halt, ging es bergab, ne. Wobei die meisten tatsächlich sagen: seit der dritten geht es bergab. Ich denke, wenn man jetzt halt dann noch öfter geht, das ist ja nur meine persönliche Einstellung jetzt, ne. Um so schlechter geht es einem dann halt.
Sören Schumann: Laß uns nochmal so über den zeitlichen Verlauf beziehungsweise auch die Zahlen sprechen. Also nochmal kurz Zusammenfassung. 2020 war es sehr ruhig, weniger als vorher. Ende 2020 ging es los. Da kann man ja auch einen zeitlichen Zusammenhang zu den Injektionsprogrammen sehen. 2021 war es auf jeden Fall deutlich mehr als. . .
Marlies Spuhler: Da ging die Post ab.
Sören Schumann: Wie bitte?
Marlies Spuhler: Da ging die Post ab 2021.
Sören Schumann: 2021 ging die Post richtig ab. Und was war jetzt so in den Jahren danach? 2022, 2023?
Marlies Spuhler: Also 2022 war es auch noch heftig. Bis 2022, also 2021, 2022 haben wir immer die Korrelation gemerkt. Ja. Also immer so zwei Wochen später ging die Post ab. Und jetzt sind 2023. …
Sören Schumann: Also zwei Wochen nach einem Spritztermin. …
Marlies Spuhler: Genau, ja, genau. Und jetzt 2023 ... scheint es sich ja wieder anzugleichen. Wir haben jetzt tatsächlich dieses Jahr im Frühjahr und im Herbst wieder die meisten Sterbefälle gehabt. Wobei ich auch gleich wieder dazu sagen muß, bei uns ging es jetzt dieses Jahr am 28. 9. wieder richtig los, ja, wo viel gestorben wurde. Und am 18. 9. … haben sie ja wieder angefangen.
Sören Schumann: Angefangen heißt, es gab da eine offizielle Empfehlung sozusagen vom ...
Marlies Spuhler: Genau, und wir wissen auch von befreundeten, also von Bekannten, die bei Ärzten arbeiten, die Arzthelfer sind oder irgendwas, und die Terminbücher waren voll. Ja, die Leute haben schon darauf gewartet, daß sie wieder, ja, das auffrischen können. Und dort war es halt auch so, wie gesagt, es waren genau wieder zehn Tage, wie es bei uns losgegangen ist. Und auffällig ist jetzt halt, daß wieder die ältere Gesellschaft, ne, aufholt. Da merke ich dann halt, daß dort der Schwerpunkt war. Weil wir haben viele jetzt so in den 30er -Jahren, wo sie geboren sind, in den 30er -Jahren, wo jetzt alle. … Was nicht auf Anhieb ungewöhnlich ist. Alte Menschen sterben halt nun mal, vor allen Dingen, wenn man 90 ist. Das darf man jetzt nicht falsch verstehen. Aber es ist halt wieder, wie gesagt, auffällig: 18. (September) da war Beginn. 28. (September) da ging es los. Und jetzt gerade wird es ruhiger.
Sören Schumann: Und ihr seht es aber auch dann wahrscheinlich an dem Zustand der Verstorbenen, wie du am Anfang gesagt hast.
Marlies Spuhler: Leider sieht man es. Also viele haben ja auch diese graue, dieses sehr graue, fahle Gesicht. Also es ist unnatürlich. Nicht so wie ein Verstorbener normalerweise aussieht. Und die anderen, die sind halt auch quittegelb. Also Gelbe haben wir ganz, ganz viele, ja.
Sören Schumann: Gelb, hat das dann was mit der Leber zu tun auch?
Marlies Spuhler: In der Ärztegruppe, wo wir da halt Teil sind, da haben viele schon gesagt, daß dieses Spike -Protein, daß sich das halt in der Leber gerne ansammelt. Und das würde halt dann dieses gelbe Erscheinungsbild machen. Ich kann es jetzt auch nur, was ich gehört habe,

wiedergeben. Ich bin ja da schon wieder raus. Das ist ja nicht mehr mein Fachbereich. Aber ich habe halt die Beobachtung und halt die Verwesung nach wie vor. Diese Autolyse setzt viel früher ein. Wir holen viele Leute ab, die sind erst einen Tag gestorben. Und die kannst du nicht anfassen, weil du denen aus Versehen die Haut dann runter ziehst oder irgendwas. Und das dürfte nicht sein. Nicht nach einem Tag schon. Und die kriegen doch nicht alle Cortison und Chemotherapie oder so was.
Daß das ein Grund wäre, warum. Ne, die sind unter normalen Umständen, ich nenne es jetzt mal normale Umstände, gestorben. Und trotzdem ist der Zustand schon so. Das kann eigentlich nicht sein. Nicht in dieser Häufigkeit. Wie gesagt, das ist immer mal vorgekommen. Jemand, der vorher drei Monate oder länger Chemotherapie bekommen hat und ist an den Folgen gestorben, das setzt die Verwesung auch gleich ein. Da müssen wir nicht drüber reden. Das ist super anstrengend für den Körper. Aber die Leute sterben ja ohne Chemotherapie. Oder ohne, daß sie hochdosiertes Cortison oder irgendwas bekommen hätten. Oder irgendwelche Morphine. Wie, was weiß ich, was man da so kriegt.
Ja, und das ist halt sehr auffällig. Und das sehen wir nach wie vor. Und das Blöde ist ja, die haben ja die Bestattung, das heißt blöd, ich weiß noch nicht, ob das gut oder schlecht ist. Die haben ja die Bestattungsfrist auf zehn Tage erhöht. Vorher waren es sieben. Seit Pandemiebeginn. Und das ist natürlich für uns schon ein Problem. Gerade bei Erdbestattungen. Wenn dann eine Woche später erst die Beerdigung ist. Und das ist mit Aufbahrung. Da mußt du wirklich gucken, ob der Sarg dann nicht entweder früher zugemacht wird. Es ist halt eine andere Kommunikation, die jetzt stattfindet wie davor.
Sören Schumann: Wegen des Erscheinungsbildes des Verstorbenen.
Marlies Spuhler: Ja, genau. Das kann man den Angehörigen ja nicht mehr zumuten dann.
Sören Schumann: Ja, das heißt, ihr kommuniziert dann auch: "Hey, wenn ihr denjenigen jetzt noch mal sehen wollt, dann müßt ihr das jetzt bis zu diesem Zeitpunkt, weil sonst ist es nicht mehr zumutbar", sozusagen.
Marlies Spuhler: Genau, ja. Es entstehen ja auch Gerüche und so weiter. Wir können die zwar großflächig abstellen, sag ich jetzt mal, ja. Aber irgendwann entstehen die ja trotzdem wieder. Die Verwesung läßt sich ja nicht aufhalten, außer durch eine thanatopraktische (Thanatopraxie oder Thanatopraxis umfaßt alle Tätigkeiten im Bestattungswesen, die über eine hygienische Totenversorgung hinaus nötig sind, um die ästhetisch und hygienisch einwandfreie Aufbahrung eines Verstorbenen zu gewährleisten) Behandlung. Aber das macht ja niemand. Das wird ja nur bei Auslandsüberführungen gemacht. Oder halt Michael Jackson oder irgend jemand, der länger aufgebahrt wird. Genau. Ansonsten macht es ja keinen Sinn. ...
Sören Schumann: Du hast gesagt, vor einigen Monaten, als quasi wieder die offiziellen Empfehlungen ausgesprochen wurden, ging es dann wieder los. Was denkst du, wo geht die Reise hin? Also du hast einmal gesagt, die Leute sind teilweise schon aufgewacht, hinterfragen das. Aber, ihr merkt trotzdem immer noch klare, also wenn Empfehlungen gegeben werden zum Spritzen, daß dann danach die Todesfälle stärker werden. Was denkst du, wo geht die Reise hin? Worauf bereitest du dich vor, in deinem Job auch?
Marlies Spuhler Also ich, wir haben nur ein bißchen was auf Vorrat gekauft, vorsichtshalber, weil man einfach nicht abschätzen kann, wo das Ganze hingeht. Ich hoffe natürlich, daß die Leute irgendwann mal aufhören, da immer hinzurennen. Das wäre ja schon mal eine Möglichkeit. Was ich halt schade finde, ist wirklich unsere ältere Gesellschaft, die sich nicht wehren kann. Gerade die Leute, die in den Pflegeheimen sind. Wenn du da keine Kinder hast, die auf Zack sind, dann bist du dem Ganzen völlig ausgeliefert.
Da kannst du gar nichts machen. Und das finde ich halt schade. Weil gerade jetzt, wo man ja doch merkt, ich sag mal so, die Leute fordern ja die Aufarbeitung, auch wenn es von der anderen Seite her nicht so geschieht. Oder wenn Beiträge, wie jetzt zum Beispiel das MDR, hatte

ja letzten Dienstag einen Beitrag zu den Impfnebenwirkungen. Fand ich sehr mutig.
Es wurde natürlich nicht alles gesagt, wäre auch zu viel für die normalen Bürger. Aber der wurde jetzt schon in der Mediathek wieder runtergenommen. Daß man das nicht mehr angukken kann. Finde ich halt schade. Wo geht denn die Aufklärung los? Warum, vor was haben die denn Angst? Ja, sie haben einen Fehler begangen. Aber sie müssen halt auch dazu stehen und sich nicht versuchen, da irgendwie raus zu winden und so weiter zu machen, nur weil die jetzt noch auf wie vielen Dosen festsitzen.
Ja, es sind ja eh schon genug Milliarden in den Sand gesetzt worden für anderen Kram. Ja, dann ist doch egal, ob es bei dem auch so ist. Was soll's? Und ja, eine Aufarbeitung wäre unheimlich wichtig. Ich habe unheimlich viele Trauerschäden. Ach, wie will man denn den Leuten die verwehrte Abschiednahme zurückgeben oder die Trauerbegleitung, wo sie nicht dabei sein durften? Ja, auch die Abschiednahme im Krematorium oder dieses begleitete Einäschern? Das war ja alles untersagt. Oder die beste Freundin oder der beste Freund durfte ja noch nicht mal mehr auf die Beerdigung, weil er ausgeschlossen war.
Sören Schumann: Du meinst generell oder für Leute, die nicht den gewissen Status hatten?
Marlies Spuhler: Ja, man mußte ja zum engen Familienkreis gehören, daß man an der Beerdigung teilnehmen kann. Und das ging ja dann nicht. Erst dann, wie das mit der Testpflicht und so weiter kam, dann hat ja auf dem Friedhof 3 oder 2 G gegolten, je nachdem. Und ja, die Aufarbeitung wäre wichtig. Die Leute, die haben einen ganz wichtigen Abschnitt einfach genommen bekommen. Und gerade, wenn die Bindung eng ist.
Also das heißt, das Urenkelchen durfte ja eigentlich schon nicht mehr zu der Uroma auf die Beerdigung. Aber es könnte ja genauso gut sein, daß das Urenkelchen die ersten drei, vier Lebensjahre nur bei der Uroma war. Und dann ist ja dort eine starke Bindung. Und ich kann doch dem dann nicht sagen, nee, du darfst nicht kommen. Ja, wie soll denn das Kind jemals über diese Trauer ordentlich wegkommen oder eine richtige Trauerentwicklung haben?
Ich meine, man wird ja öfter dann mit Trauer irgendwann mal konfrontiert. Im Abschied nehmen sind wir geübte Menschen. Wir sagen jeden Tag Tschüß. Das darf man nicht vergessen. Nur ist dieser Abschied auf ewig halt doch was Anderes. Das finde ich halt schade. Und ich finde es schade, daß man halt immer noch die Wahrheit zurückhält. Und irgendwas ist ja im Gange. Es ist alles anders seit 2021. Ist einfach so. Ist alles anders. Und was ist denn anders? Es ist doch nur eine Sache anders eingeführt worden.
Sören Schumann: Also eigentlich nicht so schwer, die Gleichung zu lösen, sozusagen.
Marlies Spuhler: Nee, genau. Das ist eine ganz normale, simple Rechenaufgabe. Und wer da nicht drauf kommt, ja, ich weiß auch nicht. Ich meine, so langsam... Und ich finde halt, unserer Politiker können sich vor dieser Verantwortung nicht davonstehlen. Und das bringt eben auch nichts, indem man eben da zurücktritt oder sonst irgendwas. Nee, ich finde, die gehören jetzt vor Gericht geschleift. Das, was die machen ist für mich Massenmord! Muß man wirklich mal in den Mund nehmen, das Wort jetzt.
Sören Schumann: Klingt nach einem starken Wort, nach einer großen Anschuldigung. Aber wenn man es wirklich im Detail sich anschaut, dann sollte man wirklich mal darüber nachdenken.
Marlies Spuhler: Ja, ich denke, wie gesagt, aber was auch keine Entschuldigung sein soll. Aber viele Menschen hat es einfach nur vorgeholt (mit früher Sterben). Die wären wahrscheinlich in der nächsten Zeit eh gestorben. Gerade bei den Älteren. Die haben ja schon oft jede Menge Krankheiten. Und das hat es dann halt verstärkt. Was jetzt keine Entschuldigung sein soll für das, das die früher gehen mußten. Aber ich denke, genügend andere Menschen würden noch leben, wenn sie sich das Zeug hätten nicht reinfahren lassen. Ja, wirklich. Und das finde ich halt einfach nicht in Ordnung. Und für das müßten die sich einfach auch rechtfertigen.

Also wir haben ja in Karlsruhe auch die Strafanzeige gestellt. Wir haben da mitgemacht. Und das kann ich eigentlich nur Jedem empfehlen. Da mal so ein bißchen Werbung nebenbei gemacht. Bei ZAAVV (Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit), könnt ihr die Karte runterladen. Könnt sie ausfüllen. Könnt sie am BGH einwerfen. Also ich kann nur Jedem sagen, macht da mit! Und ich finde, die gehören strafrechtlich verfolgt. Und gerade unser Herr Lauterbach, der so viel Müll erzählt, ja, als Gesundheitsminister, also ehrlich. Mit Gesundheit hat das nichts zu tun. Für mich ist das ein Krankheitsminister.
Sören Schumann: Ja, weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll. Eher weinen wahrscheinlich.
Marlies Spuhler: Ja, ich meine, ich bin jetzt noch nie persönlich angegangen die Politiker. Habe mich da immer zurückgehalten. Aber ja, wenn man doch sieht, was hier geschieht. Ja, jetzt mal ganz ehrlich. Dann muß man doch was machen. Und die Leute sollen nicht alles gerade so hinnehmen. Kann ja wohl nicht sein! Das verstehe ich immer nicht. Wo ist denn der ganze Kämpfergeist geblieben? ...
Sören Schumann: Vielleicht noch für dich persönlich. Was waren so die letzten drei Jahre so? Was hast du für dich persönlich noch mal gelernt? Wo ist dir noch mal ein Licht aufgegangen? Oder was hast du, wo du sagst: Hey, das ist noch mal für mich ganz klar geworden?
Marlies Spuhler: Also bei mir ist es jetzt so, oder auch generell bei uns in der Familie. Wir haben gelernt, allem kritisch gegenüber zu stehen. Und auch nicht auf Aussagen von Einzelnen zu verlassen. Und immer erst mal uns selbst zu überzeugen. Also ich glaube generell nur noch das, was ich in live sehe. Also nicht mal hier auf dem Fernsehen oder so. Da wissen wir ja heute, daß alles nachgestellt sein kann. Ja, also dieses selber ein bißchen nachdenken, selber mal ein bißchen recherchieren. Was könnte dran sein an dem Ganzen?
Um auch mal positive Aspekte zu nennen: Also wir hatten noch nie Probleme mit dem Lockdown oder irgendwas. Wir haben immer alles irgendwie positiv gesehen. Es war ja eigentlich auch angenehm. Auf der Straße war nichts los. Beim Einkaufen mußten die Leute Abstand halten. Wenn du beim Arzt einen Termin hattest, also du mußtest ja anrufen, du bist sofort drangekommen. Du hattest keine Wartezeit. Also man muß ja auch mal die positiven Sachen da rausziehen jetzt aus dem Ganzen. Und was ich gar nicht mehr missen will, sind die ganzen Leute, die ich in den drei Jahren jetzt kennengelernt habe. Also ich finde schon vorher, bevor es das Wundermittel gab, hat man einfach schon gemerkt, C (Corona) hat einfach den wahren Charakter der Menschen gezeigt.
Und dann hat man auch mal gesehen, in wie vielen Leuten man sich eigentlich auch getäuscht hat. Wie viele im Grunde genommen nach außen hin irgendein Bild präsentieren, wie sie innerlich gar nicht sind. Und in den letzten drei Jahren ja durch die Umorientierung jetzt die Leute, die man kennengelernt hat, und es ist einfach so. Mir geht es jetzt viel, viel besser wie am Anfang. Also auf jeden Fall. Und Angst haben wir gar keine mehr. Die haben wir komplett abgelegt. Also wir lassen uns auch von nichts mehr irgendwie aus der Bahn werfen. Außer jemand würde jetzt direkt die Familie angehen oder so. Genau. Aber einfach die Menschen, die wir jetzt kennen, auf die bin ich echt stolz. …
Sören Schumann: Möchtest du den Leuten noch was mitgeben zum Schluß? ...
Marlies Spuhler: Also ich möchte halt jedem einfach nur ans Herz legen. Glaubt nicht immer alles, was da draußen so erzählt wird. Überzeugt euch selbst. Verlernt nicht, selbstkritisch zu sein. Ja, generell kritisch allem gegenüber. Und sucht einfach Euresgleichen. ... Und wenn wir stark sind und zusammenhalten, dann passiert uns auch nichts. Also das glaube ich ganz fest.
Sören Schumann: Ok, schönes Schlußwort und Danke für deinen Einsatz liebe Marlies. Ich hoffe, daß wir viele Leute erreichen können. Da waren jetzt viele spannende Dinge dabei. Auch ich konnte vieles dazu lernen. Und Danke für deinen Mut und deinen Einsatz.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2024
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x248/79) = Menschen in ihrer Zeit. Band 3. Im Mittelalter, Seite 79.

x248	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 3. Im Mittelalter. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x327	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 4. Frühmittelalter - Von König Chlodwig I. (um 500) bis zum Tode Karls "des Großen" (814). Unveränderter Nachdruck. Hamburg 1997.
x331	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 8. Das 15. und 16. Jahrhundert - Vom Exil der Päpste in Avignon bis zum Augsburger Religionsfrieden. 1. Auflage. Hamburg 2004.
x339	Abdel-Samad, Hamed: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018.

Internet

x894	http://www.kath.net/news/36278 - Februar 2018
x947	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehort-der-islamismus-zum-islam/ - November 2019
x994	https://frankfurter-erklaerung.de/2017/04/1400-jahre-islamische-expansion-islamischer-imperialismus-und-islamischer-sklavenhandel/ - September 2020
x1.359	https://www.kla.tv - März 2024
x1.360	https://afdkompakt.de/ - März 2024
x1.361	https://apollo-news.net/ - März 2024
x1.362	https://www.mmnews.de/ März 2024
x1.364	https://fassadenkratzer.wordpress.com - März 2024

x1.365	https://www.nius.de/ - März 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014